UNIVERSITY OF ST. MICHAEL'S COLLEGE
3 1761 02187263 5

the presence of this book

in

the J.M. Kelly Library
has been made possible
through the generosity

of

Stephen B. Roman

From the Library of Daniel Binchy

Staatengeschichte

der neuesten Zeit.

Achtundzwanzigster Band.

H. v. Treitschke

Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert

Fünfter Teil.

Siebente Auflage.
Zweiundzwanzigstes bis vierundzwanzigstes Tausend.

Leipzig
Verlag von S. Hirzel
1920.

Deutsche Geschichte

im

Neunzehnten Jahrhundert

von

Heinrich von Treitschke.

V 3

Fünfter Teil.

Bis zur März-Revolution.

Siebente Auflage.

Zweiundzwanzigstes bis vierundzwanzigstes Tausend.

Leipzig

Verlag von S. Hirzel

1920.

Das Recht der Übersetzung ist vorbehalten.

Vorwort.

Durch ein langes Augenleiden ist die Fortsetzung dieses Buches verzögert worden, und ich will nur wünschen, daß man dem Bande nicht anmerke, wie schwer mir zuweilen die Arbeit fiel.

Noch weit mehr als seine Vorgänger verdankt der vorliegende Band den Beiträgen freundlicher Leser. Ohne diesen gütigen Beistand, aus amtlichen Quellen allein hätte ich manche Ereignisse nicht verstehen können, und ich bitte auch für die Schilderung der Revolutionsjahre herzlich um solche Mitteilungen. Die Aufgabe wird immer schwieriger, je mehr die Erzählung sich der Gegenwart nähert.

Ein Mangel läßt sich bei allem Fleiße nicht ganz beseitigen. Das Leben der breiten Massen des Volks bleibt in einem Zeitalter reflektierter Bildung immer geheimnisvoll, und wieviel der Historiker auch an wirtschaftlichen, politischen, religiösen Erklärungsgründen vorbringen mag, zuletzt kann er doch nur einfach die Tatsache feststellen, daß die Stimmung der Zeit reif wurde für eine Revolution.

Die Geschichte dieser acht Jahre wirkt wie ein erschütterndes Trauerspiel. Zuerst hohe Entwürfe, glänzende Hoffnungen, überschwengliche Träume, nachher fast überall ein klägliches Mißlingen, ein unvermeidlicher Zusammenbruch. Den tragischen Ernst, der im Stoffe selber liegt, darf der Darsteller nicht durch vornehmen Gleichmut künstlich zu verwischen suchen.

Welchen Mißbrauch treibt man doch heute mit dem Ausspruch: sine ira et studio — einem Worte, das niemand weniger befolgt hat als sein Urheber. Gerecht soll der Historiker reden, freimütig, unbekümmert

um die Empfindlichkeit der Höfe, ungeschreckt durch den heute viel mächtigeren Haß des gebildeten Pöbels. Aber so gewiß der Mensch nur versteht was er liebt, ebenso gewiß kann nur ein starkes Herz, das die Geschicke des Vaterlandes wie selbsterlebtes Leid und Glück empfindet, der historischen Erzählung die innere Wahrheit geben. In dieser Macht des Gemüts, und nicht allein in der vollendeten Form, liegt die Größe der Geschichtschreiber des Altertums. —

Berlin, 10. August 1894.

Heinrich von Treitschke.

Inhalt.

Fünftes Buch.

König Friedrich Wilhelm der Vierte. 1840—1848.

Seite

1. Die frohen Tage der Erwartung 3
   - Der König und seine Umgebungen 6
   - Huldigung in Königsberg und Berlin 29

2. Die Kriegsgefahr 61
   - Der Londoner Vertrag der vier Mächte 61
   - Bedrohung der Rheingrenze. Deutschlands Rüstungen 80
   - Friedliche Lösung. Der Meerengen-Vertrag 109
   - Bistum Jerusalem. Preußen und England 120

3. Enttäuschung und Verwirrung 138
   - Provinziallandtage von 1841. Posen 138
   - Neubildung des Ministeriums. Schön und Rochow 154
   - Kölner Domfest. Die Vereinigten Ausschüsse 168
   - Der Kampf mit der Presse 189
   - Neues Leben in Berlin 213
   - Das Ministerium Eichhorn 229
   - Provinziallandtage von 1843. Verfassungspläne des Königs. Arnims Rücktritt 258

4. Die Parteiung in der Kirche 276
   - Versöhnung Preußens mit dem Vatikan 277
   - Die Ministerien Abel und Blittersdorf 305
   - Der Deutschkatholizismus 335
   - Altlutheraner und freie Gemeinden 349
   - Die erste preußische Generalsynode 361

5. Realismus in Kunst und Wissenschaft 370
   - Die politische Poesie 372
   - Roman und Drama 383
   - Die bildenden Künste 395
   - Historiker und Politiker 408
   - Die neue Naturwissenschaft 423

6. Wachstum und Siechtum der Volkswirtschaft 433
   - Erweiterung des Zollvereins. Luxemburg. Braunschweig . . . 434
   - Kampf zwischen Schutzzoll und Freihandel 448
   - Eisenbahnen und Geldmächte. Soziale Unruhen 493

Seite

7. Polen und Schleswig-Holstein 524
Europäische Lage seit dem Meerengen-Vertrage 524
Aufstände in Polen. Einverleibung Krakaus 540
Der Offene Brief. Schleswig-Holsteins Erhebung 564
8. Der Vereinigte Landtag 591
Ständische Bewegung. Das Patent 591
Die Vereinigten Landstände und ihr Ausschuß 615
9. Der Niedergang des Deutschen Bundes 649
Verfall der monarchischen Gewalt in den Mittelstaaten 649
Gelehrtenversammlungen. Preußens Bundesreformpläne 684
10. Vorboten der europäischen Revolution 702
Auflockerung der Allianzen. Österreich und Italien 702
Sonderbundskrieg. Preußen und Neuenburg 725

Beilagen.

XXVI. Zur Geschichte der Burschenschaft 745
XXVII. Denkwürdigkeiten des Prinzen Emil von Hessen 753
XXVIII. Die Ermordung des Studenten Lessing 755
XXIX. Europäische Politik des Zaren Nikolaus 756
XXX. Römische Verhandlungen des Grafen Brühl 763
XXXI. Das Märchen vom Flüchtling Heine 764
XXXII. List an König Friedrich Wilhelm 766
XXXIII. Graf Christian Bernstorff und Schleswigholstein 767
XXXIV. Der Prinz von Preußen und die Verfassungspläne 769
XXXV. Kühne an Bodelschwingh 773

Fünftes Buch.

König Friedrich Wilhelm der Vierte.

1840—1848.

Erster Abschnitt.

Die frohen Tage der Erwartung.

Am 9. Juni 1840 versammelte Fürst Metternich die sämtlichen in Wien anwesenden deutschen Gesandten zu einem Festmahle und gedachte in bewegter Rede jenes schönen Bundes, der nunmehr seit einem Vierteljahrhundert den Deutschen Glück und Frieden sichere. Fürstin Melanie weinte tiefgerührt; denn jeden Augenblick erwartete man aus Berlin die Kunde vom Tode des erkrankten Königs, und was mochte die heraufsteigende neue Zeit bringen? An der Tafel saß auch der Bundespräsidialgesandte Münch-Bellinghausen, der nach seiner Gewohnheit die letzten acht Arbeitsmonate an der Donau zugebracht hatte, um demnächst während der heißen Jahreszeit die Ferien des Bundestags wieder zu unterbrechen. Mancher der Gäste sogar konnte sich der unmutigen Frage nicht enthalten, ob dieser von der Hofburg so geringschätzig behandelte Bund wohl eines Festes wert sei.*) In der Nation ward der Erinnerungstag des Deutschen Bundes nirgends beachtet, kaum daß da oder dort ein Zeitungsblatt einen der landesüblichen bittern Scherze über das rote Frankfurter „Inkompetenzgebäude" brachte.

Wer sollte auch jubeln über die Saat des Unfriedens, die in diesen fünfundzwanzig Friedensjahren aufgeschossen war? Schroffer, unversöhnlicher denn je traten die alten großen Gegensätze unserer Geschichte einander entgegen. Während die deutsche Bundesverfassung nur durch die Freundschaft der beiden Großmächte aufrecht erhalten werden konnte und der Gesandte in Wien, Graf Maltzan, zur lebhaften Befriedigung des alten Königs, den Grundgedanken der korrekten preußischen Staatskunst in dem Satze zusammenfaßte: „nicht unter, aber stets mit Österreich"**), hatte derselbe Monarch bereits einen Weg eingeschlagen, welcher unausweichlich zur Trennung von Österreich führen mußte. Das stolze Werk dieser neu aufgenommenen friderizianischen Politik, der Zollverein,

*) Maltzans Berichte, 9. Juni 1840 ff.

**) Maltzans Berichte, Mai 1840. Randbemerkung des Königs: C'est bien cela Rien de plus correct.

stand schon so fest, die Gemeinschaft der Arbeit zwischen den Deutschen außerhalb Österreichs erschien schon so unzerreißbar, daß Michel Chevalier eben jetzt, nach einer Reise durch Deutschland, bewundernd sagte: „In der europäischen Politik weiß ich nichts Merkwürdigeres als die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Welch ein prächtiges Schauspiel, das eines großen Volkes, dessen Trümmer sich nähern, das zur Nationalität, das heißt zum Leben, zurückkehrt!"

Der grelle Widerspruch zwischen diesem jungen vollsaftigen wirtschaftlichen Leben und den Formen des starren, jeder Verbesserung spottenden Bundesrechts mußte die öffentliche Meinung verwirren. Die einen träumten noch dahin in dem Stilleben eines gedankenlosen Partikularismus, der durch die großen Verhältnisse des neuen nationalen Marktes schon überwunden war; andere wiederholten noch wie vor zehn Jahren die Schlagworte des radikalen Weltbürgertums; in den besten Klassen des Volkes aber erwachte allmählich ein leidenschaftlicher, reizbarer Nationalstolz. Sie ahnten, daß hier eine ungeheuere Volkskraft durch tausend verfitzte und verschrobene politische Rücksichten künstlich unterbunden war. Verwegene Ansprüche, wie sie vordem nur vereinzelte Schwärmer gewagt hatten, wurden zum Zeitungsgespräche. Man begann zu fragen, warum dieser junge Zollverein nicht, wie einst die Hansa, seine Flagge auf dem Weltmeere entfalte und durch seine Orlogsschiffe beschütze, warum er nicht teilnehme an der Eroberung der transatlantischen Welt. Nach allen entfremdeten Tochterlanden unseres Volkes, bis nach Flensburg, bis nach Riga und Reval schweiften die verlangenden Blicke der patriotischen Schriftsteller; und als in diesem wechselreichen Sommer die Rheingrenze von neuem bedroht schien, da erhob sich mit elementarischer Gewalt ein Sturm nationalen Zornes, der deutlich bekundete, daß der Geist der Befreiungskriege nicht erstorben war, daß die Zeiten der Erfüllung unserem ringenden Volke endlich nahten. Mit dem nationalen Stolze wuchsen auch die Freiheitshoffnungen. Nach so vielen Kämpfen und Enttäuschungen begannen sich die Liberalen um diese Zeit das theoretische Ideal des parlamentarischen Staates zu formen, das sie seitdem festhielten, bis mit dem Jahre 1866 der monarchische Staatsgedanke wieder erstarkte. Einer ihrer Führer, der Braunschweiger Karl Steinacker erklärte jetzt kurzab: „die Regierung im Repräsentativstaate ist immer die Darstellung der Majorität im Staate;" der besonnene, wohlmeinende Mann ahnte nicht, daß er mit dieser Lehre dem Königtum jede selbständige Macht raubte und nur den Weg ebnete für die republikanischen Ideen, die unter den Flüchtlingen, unter der aufgeregten Jugend gewaltig überhandnahmen.

Wie weitab von solchen beständig steigenden doktrinären Ansprüchen des Liberalismus lag die Wirklichkeit der deutschen Zustände: die überaus bescheidene Macht der süddeutschen Landtage und die dreiste Willkür des Welfenkönigs, der ungestraft sein Landesrecht mit Füßen trat. Auch

auf dem Gebiete der Theorie entstanden der liberalen Lehre einflußreiche Gegner. Unklare Erinnerungen aus Haller und den Werken der historischen Rechtsschule lieferten dem jungen Fürsten Ludwig zu Solms-Lich den Stoff zu seinem Büchlein „Deutschland und die Repräsentativverfassungen" (1838), einer Schrift, die in der vornehmen Welt, zumal am Berliner Hofe lebhafte Bewunderung erregte, von dem alten Hans Gagern aber mit dem treffenden Vorwurfe abgefertigt wurde: „Es kommen uns, vorzüglich aus dem Norden, allerlei sophistische mystische Behauptungen zu, die wie die Nebel von den Sonnenstrahlen des natürlichen Verstandes zerstreut werden." Deutlich war in den verschwommenen Sätzen nur das eine, daß der fürstliche Verfasser die ganze neue Geschichte des deutschen Südens für eine große Verirrung ansah und ihr die preußischen Provinzialstände als lichtes Gegenbild entgegenhielt. Ebenso unfriedlich gestalteten sich die wirtschaftlichen Zustände. Kaum begann unter dem Schutze des Zollvereins die junge Großindustrie aufzublühen, so zeigte sich auch schon die finstere Schattenseite der neuen Verhältnisse; weithin durch die lange Kette der mitteldeutschen Hungergebirge erklang der Jammerruf der Arbeiter; die grimme Not stimmte die Massen empfänglich für kommunistische Träume.

Eine schwere soziale Erschütterung schien im Anzuge, und sie drohte um so verheerender zu wirken, da auch das kirchliche Leben tief zerklüftet war. Derweil das römische Priestertum seit dem Kölnischen Bischofsstreite seine Macht täglich wachsen sah und der Glaubensernst der wiedererwachten evangelischen Frömmigkeit sich in fruchtbaren Liebeswerken betätigte, verhöhnten die Kritiker der junghegelschen Schule jede Form des Christentums; der Bodensatz der alten Aufklärung wirbelte wieder empor, weite Kreise der Gebildeten vermochten noch gar nicht zu begreifen, daß es mit der Religion wieder Ernst ward. Als ein Zeichen der Zeit erschien am hundertsten Gedenktage der Thronbesteigung die Jubelschrift „Friedrich der Große und seine Widersacher" von dem jungen C. F. Köppen, ein geistreiches Buch, das die erhabene Sittlichkeit des schaffenden und wissenden Heros wider die moralischen Splitterrichter siegreich verteidigte, aber auch die katholischen Wölfe im Schafskleide, die protestantischen Schafe im Wolfskleide, die aus allen Pfützen quakenden glaubensseligen Frösche mit ätzendem Hohne überschüttete. Die reiche Gedankenarbeit dreier Generationen, welche die Herrschaft der Ideen Voltaires in Deutschland gebrochen hatte, schien für diese radikale Jugend gar nicht vorhanden zu sein. Und welche Gegensätze endlich in der Literatur. Neben der strengen Forschung der historischen und der Naturwissenschaft trieb eine freche und flache Tagesschriftstellerei ihr Wesen, durch und durch tendenziös, in Vers und Prosa alle überlieferte Ordnung verspottend, immer nur auf den flüchtigen Erfolg des Augenblicks bedacht.

Deutschland war in einem Zustande bedenklicher Gärung, und einer

der wenigen Franzosen, welche den Schicksalen des Nachbarlandes mit Verständnis folgten, Saint-René-Taillandier, meinte besorgt: solche Anarchie der Geister erinnere an die Zustände Frankreichs vor der Revolution. Aber in den deutschen Wirren offenbarte sich nicht wie einst in Frankreich die Fäulnis einer sittlich zersetzten Gesellschaft, sondern der unklare Jünglingsmut eines edlen aufstrebenden Volkes, das seine Kraft zu fühlen begann. Wie leicht eine große Idee alle diese hadernden Köpfe unter einen Hut zwingen, alle diese durcheinander flutenden Gedanken, von denen keiner die Nation ganz beherrschte, völlig überschatten konnte, das lehrte jener wunderbare Einmut kriegerischer Begeisterung, der die Deutschen ergriff als sie ihre Westmark gefährdet sahen. Wenn der Nachfolger Friedrich Wilhelms III. durch freien königlichen Entschluß, wie bisher noch alle die großen Wendungen unserer Geschichte sich entschieden hatten, durch eine rechtzeitige weise Gewährung seine heimischen Verfassungshändel schlichtete, wenn er also zugleich das Ansehen seiner Krone stärkte und die Kluft überbrückte, welche sein Preußen von den kleinen deutschen Staaten abschied, wenn er das edle Vermächtnis der Befreiungskriege, das erstarkte religiöse Leben treu behütete, ohne die freie Forschung von sich zu stoßen, dann durfte er wagen die friderizianischen Gedanken in einem großen und freien Sinne wieder aufzunehmen, das Werk des Zollvereins zu vollenden und mit dem Degen in der Hand für den Staat, der das Arbeitsleben der Nation bereits beherrschte, auch die Leitung der deutschen Politik zu fordern. —

Selten hat sich so fühlbar die alte Wahrheit bestätigt, daß Männer den Lauf der Zeiten beherrschen. Friedrich Wilhelm der Vierte blieb acht Jahre hindurch der Mann des Schicksals für Deutschland; die Kräfte, die er weckte, und weit mehr noch die Gegenkräfte, die er wider sich aufrief, trieben unser Volk der Revolution entgegen. Aber selten auch ward so anschaulich, daß die Zeit sich ihre Männer bildet. Der rätselhafte Charakter des neuen Königs war selbst nur eine letzte feine Blüte der langen, kaum erst überwundenen Epoche ästhetischer Überschwenglichkeit; erst den tatkräftigeren Söhnen eines anderen abgehärteten Geschlechts, das die Greuel der Revolution durch die Gassen hatte rasen sehen, sollte gelingen, was diesen weichen Händen mißraten mußte. Eine so eigenartige Ansicht von der Vollgewalt des Königtums, wie dieser Fürst sie in begeistertem Herzen hegte, hatte mit der frivolen Selbstvergötterung der Bourbonen, mit der gedankenlosen Ruheseligkeit der Wiener Hofburg gar nichts, mit der pfäffischen Königskunst der Stuarts auch nur wenig gemein; sie konnte, gleich dem künstlerischen Absolutismus König Ludwigs von Bayern, nur auf deutschem Boden erwachsen, nur auf dem Boden jener romantischen Weltanschauung, welche in der schrankenlosen Entfaltung aller Gaben, in der Selbstgewißheit und dem Selbstgenusse des stolzen Ichs ihr Ideal fand. In der gedrückten und beengten Zeit rief

jedermann nach Freiheit, niemand lauter als der neue König. Aber vor allen wollte er selber frei sein, um auf den Höhen des Lebens sich auszuleben, die Fülle seiner königlichen Weisheit und Gestaltungskraft zu betätigen. Er glaubte an eine geheimnisvolle Erleuchtung, die den Königen vor allen anderen Sterblichen durch Gottes Gnade beschieden sei; er hegte ein warmes Zutrauen zu den Menschen und meinte die Zeit zu verstehen, weil er allem Schönen und Großen was sie bot mit feinsinniger Empfänglichkeit gefolgt war. Darum dachte er kraft seiner königlichen Vollgewalt seinem geliebten Volke mehr wahre Freiheit zu schenken als jemals eine geschriebene Verfassung gewähren könne.

Friedrich Wilhelm hatte das fünfundvierzigste Lebensjahr fast erreicht, und seine gedunsene Gestalt mit den geistreichen, aber schlaffen, bartlosen Gesichtszügen erschien trotz der jugendlich unruhigen Bewegungen schon etwas gealtert. Wie viel hatte er auch schon erlebt in diesen langen Jahren des Wartens, welche Huldigungen waren ihm zu teil geworden von jenen fernen Tagen an, da die alte Albertina den dreizehnjährigen Knaben zu ihrem Rektor erwählte, und am letzten Geburtstage seiner Mutter „des Vaterlandes blühende Hoffnung" durch eine Denkmünze geehrt wurde, bis herab zu den späteren Zeiten, da Goethe weissagte, dies große Talent müsse neue Talente wecken, und jedermann die Geisteshoheit des Kronprinzen bewunderte. Seit langem schon führte er den Vorsitz im Staatsrate wie im Ministerium und glaubte daher das ganze Getriebe des Staats zu übersehen. Sein Vater sorgte jedoch mit seinem schlichten Menschenverstande dafür, daß diese einem Thronfolger wenig angemessene glänzende Stellung nicht zu einer Mitregentschaft entartete. Der alte König war in seinem Hause weit mehr der Herr als im Staate; seine Kinder blickten zu ihm alle empor mit jener scheuen Ehrfurcht, welche ernste, wortkarge Väter selbst begabteren Söhnen einzuflößen wissen. Der politische Einfluß des Kronprinzen reichte nicht sehr weit. Einzelnen Personen, zumal rechtgläubigen Geistlichen konnte er wohl durch seine Fürsprache vorwärts helfen; auch die wenig erheblichen Verhandlungen mit den Provinzialständen blieben fast ausschließlich seiner Leitung überlassen. Aber alle entscheidenden Beschlüsse faßte der alte Herr so ganz nach eigenem Ermessen, daß der Thronfolger seine Ohnmacht bald sehr schmerzlich empfand und einen stillen, beständig wachsenden Groll gegen das alte Regiment faßte.

Er haßte nicht nur die bureaukratische Formenstrenge, die er als „Diener-Anmaßung" abzufertigen liebte, ohne ihre großen Vorzüge zu würdigen; er verabscheute noch mehr den ganzen Geist dieser Regierung, der ihm von der Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts nur wenig abzuweichen schien. Wenn er als Kronprinz in Charlottenhof dicht unter dem Hügel von Sanssouci weilte, in der rosenumrankten Villa, die ihm der Vater geschenkt und Schinkel mit italienischer Anmut ausgeschmückt hatte, dann verglichen die Gäste zuweilen in erregten Gesprächen Ver-

gangenheit und Zukunft. Das aufstrebende junge Geschlecht meinte der alten Zeit durch den Schwung, die Gläubigkeit, die Gemütstiefe, die Ironie der Romantik weit überlegen zu sein. Friedrich Wilhelms Herzensfreund Prinz Johann von Sachsen besang in feierlichen Trochäen die kalte Marmorpracht der Königssäle da droben:

Ist es nicht, als ob es hier noch tönte,
Jenes beißenden Jahrhunderts Witz? —

und schilderte dann in hüpfenden Daktylen das Gartenhaus drunten mit seiner jugendlichen Fröhlichkeit:

Hier fühlt man schlagen, was ewig dort fehlet,
Neben dem Geist ein erwärmendes Herz.

Bald nach seiner Thronbesteigung schlug der neue König selbst in dem Schlosse des großen Friedrich sein Hoflager auf, was keiner seiner beiden Vorgänger gewagt hatte. Die unausbleiblichen erdrückenden Vergleichungen erschreckten ihn nicht, denn er hoffte, daß jetzt zum zweiten Male von diesem „historischen Hügel" herab ein neuer Geist sich über das Land ergießen würde, ein anderer freilich als der friderizianische, der Geist des christlichen Staates. In ernster Arbeit und schweren Seelenkämpfen hatte er die rationalistischen Lehren seiner Jugenderzieher längst überwunden und den Glauben als die höchste Potenz der Vernunft begriffen. Unauslöschlich stand in seinem Herzen der Spruch des heiligen Augustin: das unwandelbare Licht Gottes war über mir, weil es mir das Dasein gegeben, und ich war unter ihm weil es mich erschaffen hat. Daraus ergab sich ihm „*der unaussprechliche Unterschied* des Schöpfers und Geschöpfes, daher auch der Wahnsinn, die Gottheit aus dem eigenen Wesen, als einem Analogon *der Gottheit!!!* zu konstruieren."*) Nichts war ihm darum hassenswürdiger als „die Drachensaat des Hegelschen Pantheismus"; tiefsinniger als Hegel erkannte er, daß jedes Zeitalter nicht bloß als eine Entwicklungsstufe für die Zukunft etwas bedeutet, sondern seinen selbständigen Wert, seine eigene Beziehung zu Gott hat. Die neue Zeit aber, die jetzt heraufgraute, sollte mit der Erbschaft der alten Aufklärung gründlich aufräumen, die Revolution durch die Freiheit, die fleischliche Freiheit durch die christliche, den mechanischen durch den christlichen Staat überwinden.

Eine Welt herrlicher Pläne hatte er sich mit künstlerischer Phantasie schon ausgesonnen, und nun, da er der Herr war, drängte ihn sein liebevolles Gemüt, das überall augenblicklich Freude bereiten, überall glückliche Gesichter um sich sehen wollte, sie alle zu verwirklichen. Er dachte die provinzialständische Verfassung durch die Einberufung eines ständisch gegliederten Reichstags zu vollenden, nimmermehr durch eine papierene

*) Bemerkungen des Kronprinzen zu Bunsens Abhandlung über Eherecht, Staat und Kirche.

Konstitution; denn obwohl er allen politischen Theorien seine Verachtung auszusprechen liebte, so war er doch selbst ganz durchdrungen von einer unwandelbaren politischen Doktrin. Jener künstliche Gegensatz des revolutionären Repräsentativsystems und des legitimen Ständewesens, welchen Gentz einst in der Karlsbader Denkschrift vom Jahre 1819 geschildert hatte, erschien ihm als eine unumstößliche Wahrheit; wie die alte Naturrechtslehre an ein abstraktes, über allen positiven Gesetzen erhabenes Vernunftrecht glaubte, so er an ein historisches Recht der Stände, das ohne Zutun der Staatsgewalt entstanden, auch von ihr nur anerkannt, nicht aufgehoben werden könne. Die Wahrheit, daß der rechtsbildende Gemeingeist der modernen Völker sich am stärksten in ihren Staatsgesetzen betätigt, verachtete er als eine Verirrung der hegelianischen Staatsvergötterer; von dieser „Staatsallmacht" sollte seine christliche Monarchie sich allezeit fern halten. Hallers Staatslehre feierte jetzt da ihr Urheber schon das siebzigste Jahr überschritten hatte, ihren höchsten Triumph, nur daß diese derbprosaische Machttheorie sich in der Seele Friedrich Wilhelms zu einem reichgeschmückten künstlerischen Bilde ausgestaltete: die Idee der Staatseinheit galt ihm gar nichts, genug wenn alle Stände und alle Landschaften seines weiten Reichs sich frei und farbenprächtig in ihrer historischen Eigenart entfalteten, auch die Wenden, auch die Litauer, die Kassuben, die Masuren sich ungestört ihrer volkstümlichen Sprache und Sitte erfreuten.

Alle Härten des alten Systems dachte er zu mildern; also Verzeihung für die Demagogen, auch für die Polen, die er als widerrechtlich Unterdrückte bemitleidete; Freiheit für die Presse, und vornehmlich für die Kirche. Den Groll der Katholiken über den Kölnischen Bischofsstreit hoffte er durch hochherzige Zugeständnisse zu versöhnen. Die evangelische Landeskirche aber und die oberstbischöfliche Gewalt des Königtums betrachtete er kaum als zu Recht bestehend: wenn der Protestantismus nur erst alle ungläubigen Elemente ausgestoßen hätte, dann sollten sich die Gemeinden der Gläubigen aus eigener Kraft, ungestört von der Staatsgewalt, ihre Kirche neu erbauen, und also die unsichtbare Kirche sichtbar werden. Auch die knappe Sparsamkeit des alten Regiments betrachtete er längst mit Unwillen: um eine prächtige, geschmackvolle, des hohenzollerschen Namens würdige Hofhaltung hoffte er alles zu versammeln was Deutschlands Kunst und Wissenschaft an großen Namen besaß. Schon als Kronprinz hatte er den Ausbau der Marienburg und des Kölner Doms gefördert, zu Castel auf der Felsplatte hoch über der Saar die Gruftkirche seiner lützelburgischen Ahnen, auf Stolzenfels das Rheinschloß der trierischen Kurfürsten stattlich hergestellt, auf Stahleck die Pfalzgrafenburg der Altvordern seiner Gemahlin wieder zugänglich gemacht; jetzt sollten überall die halb zertrümmerten Bauten der deutschen Vorfahren prächtig auferstehen und zugleich den schöpferischen Talenten des jungen Künstlergeschlechts eine Fülle neuer Aufgaben gestellt werden. Jeder frischen Kraft

des vaterländischen Lebens wollte der christliche Monarch sorgsam gerecht werden: dem Handel, dem Gewerbfleiß, dem Verkehre und nicht zuletzt den arbeitenden Massen, deren wachsende Macht er schon als Kronprinz, früher als die meisten Zeitgenossen, scharfsichtig würdigte.

Von der überlieferten auswärtigen Politik war er nicht gemeint sich gänzlich loszusagen; er betrachtete den Bund der Ostmächte als den Schutzwall wider die Revolution, seine alte Verehrung für Metternichs Weisheit hatte sich mit den Jahren nur gesteigert, und gegen den russischen Schwager zeigte er sich schwächer als sein Vorgänger. Der alte Herr hatte „den lieben Niks" wie einen Sohn geliebt, aber ihn in seiner stillen Weise immer in Schranken gehalten. Dem neuen Könige war die Härte des Zaren tief zuwider, und vor Vertrauten äußerte er sich oft sehr bitter über „Seine Autokratische Majestät", doch er empfand vor ihm jene geheime Furcht, welche der überlegene Wille dem überlegenen Geiste aufzwingt. Dabei fühlte er doch sehr lebhaft, daß seine innere Politik weder mit dem gemütlichen Seelenschlafe des alten Österreichs, noch mit der knechtischen Stille des Zarenreichs irgend etwas gemein haben durfte, und ersehnte die Zeit, da England wieder in den alten Vierbund eintreten, Preußen aber, gestärkt durch ein engeres Bündnis der beiden protestantischen Großmächte, etwas freiere Hand in Europa erhalten würde. Diesem stammverwandten Inselvolke widmete er seit einigen Jahren eine feurige durch Bunsens enthusiastische Briefe beständig geschürte Bewunderung. Mit Freuden nahm er wahr, wie die Anglomanie seit dem Ende der dreißiger Jahre überall in Mitteleuropa, bis nach Ungarn hinein, unter dem Adel überhandnahm, Trachten und Sitten der englischen Sportsmen von der vornehmen Welt eifrig nachgeahmt wurden. Er sah in der britischen Verfassung das Musterbild jener organischen Entwicklung, die er, in anderen Formen freilich, für seinen eigenen Staat erhoffte, und teilte die unter dem liberalen Adel wie im Bürgertum weit verbreitete Meinung, daß England unser natürlicher Bundesgenosse sei. Immerhin hatte er schon mehr politische Erfahrung gesammelt als die freiwilligen Staatsmänner des Liberalismus und erkannte wohl, daß die Verbindungen der Staaten nicht allein durch ihre innere Verwandtschaft bestimmt werden; nur wenn der alte Ostbund unerschütterlich fortbestehe, hielt er das engere Bündnis der zwei protestantischen Mächte für möglich.

Noch lebhafter beschäftigte ihn Preußens deutsche Politik. Er rechnete nicht auf ein langes Leben und sagte bald nach seiner Thronbesteigung: ob diese kurze Regierung ruhmreich werde, das wisse er nicht, aber einen deutschen Charakter solle sie tragen. Da er „die Vorurteile" des friderizianischen Zeitalters verachtete und dem alten Kaiserhause neidlos den Vortritt überließ, so hielt er den Deutschen Bund mitsamt der friedlichen Zweiherrschaft für eine höchst segensreiche Einrichtung, und sein Ehrgeiz ging nur dahin, daß Preußen diese trefflichen Institutionen be-

leben, dem Bunde die wirksame Leitung des Heerwesens, der Verkehrsverhältnisse, der Handelspolitik verschaffen müsse. Wie die erweiterte Bundesgewalt sich mit dem Zollvereine vertragen sollte, der doch ohne und gegen den Bund entstanden war — solche Fragen legte er sich kaum vor; denn sein preußisches Staatsgefühl blieb allezeit schwächer als die unbestimmte Begeisterung für Deutschlands Einigkeit, und der Gedanke, im Kampfe mit Österreich die Führung der Nation für Preußen zu fordern, lag gänzlich außerhalb seines Gesichtskreises. Unter allen hohenzollerschen Königen war er der friedfertigste, friedfertiger noch als sein Vater und darum auch der einzige, der nie einen ernsten Krieg geführt hat. Auf eines seiner Museen ließ er den alten Cäsarenspruch setzen: Melius bene imperare quam imperia ampliare — ein Wort, das dem Beherrscher eines Weltreiches wohl anstand, doch wahrlich nicht dem Könige eines jungen, unfertigen Staates mit lächerlichen Grenzen. Er war kein Mann des Degens; nur ungern bestieg der Kurzsichtige ein Roß, und wenngleich er bei den Manövern die Offiziere oft durch seine scharfsinnigen kritischen Bemerkungen überraschte, so fühlten sie doch alle, daß er diese kriegerischen Pflichten nur aus Gewissenhaftigkeit, ohne Freude erfüllte. Sein Herz hing an dem Glücke des Friedens. Alle die friedlichen Segnungen aber, welche sein Volk unter der christlich-ständischen Monarchie zu erwarten hatte, sollten allein ausgehen von der Weisheit der Krone; denn wie ein Patriarch des Alten Testaments verstand er seine Würde, recht eigentlich als eine väterliche von Gott selbst zur Erziehung der Völker eingesetzte Gewalt erschien ihm das Königtum. Auf die Person des Monarchen bezog er alles was im Staate geschah. Der höchste Zweck der freien Presse war ihm „das Aufdecken von Mißbräuchen und Unbilden, von denen Ich auf keinem anderen Wege unterrichtet werden dürfte“;*) und wenn er seinen Untertanen zürnte, dann sagte er drohend: „ungezogene Kinder zur rechten Zeit die Rute fühlen zu lassen ist schon durch Salomon und Sirach empfohlen.“ **)

Wenn sich nur unter allen diesen vielverheißenden Plänen des Thronfolgers ein einziger völlig ausgereifter, staatsmännisch durchdachter Entwurf befunden hätte! Indes jene leidenschaftliche Lust am Erfolge, selbst am verkümmerten Erfolge, welche den Mann der Tat bezeichnet, war ihm völlig fremd. Er liebte an der Fülle seiner Gedanken wie an einem künstlerischen Spiele sich zu weiden, und in den langen Jahren des Harrens verlernte er fast zu fragen, wie alle diese Herrlichkeit ins Leben treten solle. Sogar den Plan der Befreiung der evangelischen Kirche, der ihm unter allen das Herz am stärksten bewegte, dachte er nur sieben Jahre lang mit ganzem Ernst zu fördern; zeige sich dann der Widerstand

*) Marginalnote, 7. Juni 1843.

**) Marginalnote, 10. Juni 1847.

unüberwindlich, so wollte er das Buch zuschlagen. So sprach nicht ein geborener Herrscher, sondern ein phantasiereicher Kopf, der sich den Eindrücken des Lebens mehr hingab als sie selbst bestimmte, eine weiche Natur, die im Vertrauen auf Gott und die Menschen allezeit hoffte, die Dinge würden nach ihren Wünschen gehen und dann das Mißlingen nicht der eigenen Schwäche, sondern dem unerforschlichen Ratschlusse der Vorsehung zuschrieb. Auf seinem Schreibtisch in Sanssouci standen nebeneinander die Statuetten der Venus von Melos, des frommen Gellert, des Zaren Nikolaus, beredte Zeugen einer wunderbaren Empfänglichkeit, die in Kunst und Wissenschaft, in Staat und Kirche alles Bedeutende zu verstehen suchte, ohne irgendwo ganz heimisch zu werden.

Im Gespräche mit den Helden des deutschen Geistes zeigte er eine so blendende Überlegenheit, daß Leopold Ranke staunend sagte: er ist unser aller Meister. Und doch war er kein Meister, sondern nur der größte aller jener geistreichen Dilettanten, an denen die vielgestaltige moderne Kultur so reich ist. Auf keinem der unzähligen Gebiete des geistigen Lebens, die sein ruheloser Geist zu umfassen strebte, zeigte er sich wahrhaft mächtig, wahrhaft schöpferisch, am wenigsten in seinem politischen Berufe. In späteren Jahren wetterte einmal ein klagender Bauer, der von dem Monarchen an den Staat gewiesen wurde, über diesen „Racker von Staat", und der König pflegte dies geflügelte Wort halb im Scherz zu wiederholen. In seinem Munde war es leider mehr als ein Scherzwort; die unerbittliche Regelmäßigkeit der Staatsgeschäfte widerte ihn ebenso tief an wie die Härte der politischen Machtkämpfe, obgleich er die Arbeiten seines königlichen Amts mit gewissenhaftem Fleiße, bis in die tiefe Nacht hinein besorgte. Immer atmete er auf, sobald er sich aus dieser Welt der Nüchternheit in sein eigenes reiches Ich zurückziehen konnte, und nie war er glücklicher, als wenn er, berauschend und berauscht, die Flut seiner Gedanken und Gefühle in begeisterter Rede ausströmen ließ. „Es ließ mir keine Ruh', ich mußte reden," so sagte er dann, durchaus ehrlich, zu seinen Freunden.*) Nur die ihn nicht kannten, beschuldigten ihn einer schauspielernden Berechnung, welche seinem Charakter fern lag. Sein volles Herz auszuschütten, an der Pracht hoher Bilder, an dem Wohllaut der heißgeliebten, mit Meisterhand gepflegten Muttersprache sich zu erfreuen war ihm Bedürfnis. Die Wirkung dieser gesprochenen Selbstbekenntnisse stellte er dem barmherzigen Himmel anheim, ganz anders als sein Ahnherr Friedrich, der, auch ein geborener Redner, immer zum Zwecke sprach, jeden Satz auf den Willen der Hörer berechnend, und nie vergaß, daß Königsworte nur wenn sie Taten sind in der Nachwelt fortleben. Jenen unbewußten Schauspielerkünsten freilich, welche jedem begabten Redner nahe liegen, unterlag er oftmals; wenn er an froher

*) K. Friedrich Wilhelm an Thile, 13. Juni 1846 usw.

Tafelrunde in allen Augen den Abglanz seiner eigenen siegreichen Persönlichkeit widerstrahlen sah, dann sagte er oft mehr als in seinem Willen lag.

Und seltsam, während sonst Naturen von so vielseitiger Empfänglichkeit sich anderen anzuschmiegen pflegen, stand Friedrich Wilhelm ganz auf eigenen Füßen. Hier lag das Rätsel dieses seltsamen Charakters, hier der Grund, warum er selbst von großen Köpfen so oft überschätzt wurde. In sorgloser Heiterkeit, ganz unantunlich, wie die Holländer sagen, schritt er durch das Leben; kraft der Weihe seines königlichen Amtes, kraft seiner persönlichen Begabung glaubte er alle Welt weit zu übersehen, und es gefiel ihm zuweilen, seine Absichten in ein ahnungsvolles Dunkel zu hüllen, durch halbe, unklare Worte die kleinen Sterblichen in Verwirrung zu setzen. Ohne durchgreifende Willenskraft, ohne praktischen Verstand, blieb er doch ein Selbstherrscher im vollen Sinne. Niemand beherrschte ihn; aller Glanz und alle Schmach seiner Regierung fiel auf ihn selbst allein zurück. Auf den Widerspruch seiner Räte ließ er wohl einen Lieblingsplan plötzlich fallen, und dann schien es eine Weile, als ob die Gedanken in diesem unruhigen Kopfe wechselten wie die Bilder im Wandelglase — bis sich endlich mit einem Male zeigte, daß der König an seinem ursprünglichen Plane mit einer seltsamen stillen Zähigkeit festgehalten hatte und, trotz allem was dazwischen lag, zu ihm zurückkehrte. Er gab nichts auf und setzte wenig durch. Neigungen des Gemüts und fertige Doktrinen bestimmten seine Entschlüsse; Gründe der politischen Zweckmäßigkeit konnten dawider nicht aufkommen.

Und diese Unabhängigkeit von fremdem Urteile war ein Glück für den Monarchen; denn aller Menschenkenntnis bar zeigte er eine höchst unglückliche Hand in der Wahl seiner Ratgeber, eine wunderliche Neigung, bedeutende Männer an die falsche Stelle zu setzen oder sie durch unmögliche Zumutungen rasch zu vernutzen, so daß, außer den beiden persönlichen Vertrauten Thile und Stolberg, nur ein einziger seiner Minister, Eichhorn, die acht Jahre bis zur März-Revolution ganz bei ihm ausgehalten hat. In allem abweichend von der unzugänglichen Schüchternheit des Vaters, liebte er jedermanns Meinung zu befragen; in der Unterhaltung hörte er freimütigen Widerspruch gern, ja er schien ihn durch kecke Behauptungen fast herauszufordern. Den Freunden beteuerte er seine Zuneigung mit einer Überschwenglichkeit, die ihn oft in den Verdacht der Falschheit brachte, obwohl sie stets der unwillkürliche Ausdruck seiner Stimmung war. Feinsinnig erriet er alle Wünsche seiner Getreuen und erfüllte sie mit königlicher Freigebigkeit, zart und rücksichtsvoll schonte er ihre menschlichen Schwächen. Wenn er gewinnen wollte, dann entfaltete er eine bezaubernde Liebenswürdigkeit und verschmähte selbst die kleinen weiblichen Künste des Schmollens nicht. Gleichwohl fühlte er sich durch seine königliche Würde so hoch erhoben, daß ihm die

Personen im Grunde wenig galten. Mit erstaunlicher Kälte konnte er sich von altbewährten Vertrauten trennen, wenn sie ihre abweichende Meinung öffentlich kundgaben und ihm seine Zirkel störten. In jedem erklärten politischen Gegner sah er einen persönlichen Feind, und nach der Weise aller Gemütsmenschen behandelte er dann die entfremdeten Freunde ebenso hart und ungerecht wie vordem zärtlich und liebevoll, obgleich er es oft als seinen heißesten Herzenswunsch aussprach gegen jedermann streng gerecht zu sein.

Nicht bloß seine äußere Erscheinung, auch sein edel aber unglücklich angelegter Geist gemahnte an das Dichterbild des Hamlet. Wie reich war er an schönen, hohen Gedanken, und doch so unsicher in seinen Entschlüssen, daß seine Minister beim Schlusse einer Sitzung nie erraten konnten, ob er noch dieselbe Meinung hegen würde wie am Anfang. Seine Frömmigkeit kam aus den Tiefen eines gottbegeisterten Herzens, seine milde Hand schwelgte in den Werken einer jeden Schein verschmähenden christlichen Barmherzigkeit; und dieser Gütige konnte, wenn der Jähzorn ihn übermannte, sich bis zur Grausamkeit verfolgungssüchtig zeigen. Selber sittenstreng urteilte er hart, fast prüde über lockeren Lebenswandel; das schloß nicht aus, daß er an saftigen Eulenspiegeleien und Berliner Straßenwitzen seine Freude fand. Wie groß war sein Wissen und sein Wissensdrang; aber die reinste Blüte aller Bildung, die Einfachheit des Fühlens und Denkens blieb ihm unverständlich und unerreichbar; überall suchte er das Absonderliche, weitab von der Heerstraße; immer mußte er witzig und geistreich sein, selbst wenn er durch einen paradoxen Einfall den Erfolg eines politischen Geschäfts gefährdete. Die männliche Kraft des Leibes und der Seele, welche allein so viele widersprechende Gaben im Einklang halten konnte, war ihm versagt, und zuweilen ließen sich schon die Spuren einer schlechthin krankhaften Anlage erkennen.

Der alte König hatte immer, oft allzu ängstlich, die Gegensätze zu beschwichtigen versucht, immer gehandelt nach dem alten Grundsatze, daß die erste Pflicht jeder Regierung gebietet bestimmte politische Überlieferungen festzuhalten; zuletzt, in den Tagen seines erstarrenden Alters, war es dahin gekommen, daß Minister Alvensleben beruhigt sagte: wir kennen die Meinungen des Monarchen ganz genau und können unsere Berichte stets also abfassen, daß wir der Genehmigung sicher sind.*) Wie anders der neue Herrscher. Er beabsichtigte ebenfalls die Traditionen seiner alten Monarchie in Ehren zu halten; doch durch seine vielverheißenden Reden, durch die Fülle seiner Pläne, durch sein unstet abspringendes Wesen, durch das beständige Aussprechen persönlicher Gefühle wirkte er überall so aufregend und aufreizend, daß bald ein Sturm der Leidenschaften sein ruhiges Land durchtobte und er selbst dem Schicksal des Zauberlehrlings

*) Nach Kühnes Aufzeichnungen.

verfiel. Die Schwäche jeder neuen Regierung, die Unberechenbarkeit aller Verhältnisse, währte unter dem vierten Friedrich Wilhelm nahezu acht Jahre, bis eine furchtbare Niederlage des Königtums die ganze Lage veränderte. Und wenn nur die Zeit und ihr königlicher Erwecker einander irgend verstanden hätten! Er aber hatte sich in einem seltsam verschlungenen Entwicklungsgange so eigentümliche Ideale gebildet, daß er zuweilen in den Worten, niemals in der Sache mit der Durchschnittsmeinung der Zeitgenossen übereinstimmen konnte; er redete eine andere Sprache als sein Volk. Man jauchzte ihm zu, weil er nach dem Wunsche aller Welt dem Zwange, der Stille des alten Systems ein Ende bereitete, und auch durch die Form seiner Reden schien er zu beweisen, daß niemand sich völlig von seiner Zeit lossagen kann; denn ganz wie die Poeten des jungen Deutschlands, die er so tief verabscheute, liebte er durch das Ungewöhnliche zu blenden und verschmähte Schlichtes schlicht zu sagen. Doch wenn er von Freiheit sprach, so meinte er sein althistorisches Ständewesen, das nur die Macht des Beamtentums, nimmermehr die monarchische Gewalt beschränken sollte, während seine Zuhörer an das Repräsentativsystem dachten, das man allmählich für die einzige eines gesitteten Volkes würdige Staatsform ansah. Wenn er die deutsche Einheit pries, so dachte er an den Deutschen Bund und dessen friedliche Fortbildung, derweil die Gebildeten das ganze Treiben in der Eschenheimer Gasse schon längst als einen gespenstischen Mummenschanz verurteilten. Wenn er von der Selbständigkeit der Kirchen redete, so stimmte ihm jedermann zu, denn wer konnte dem Zauberworte der Freiheit widerstehen? — aber die christliche Gesinnung, die er für die freien Gemeinden der Gläubigen verlangte, war den Wortführern des Zeitgeistes völlig fremd, und alle die edlen Stiftungen seiner großartigen Wohltätigkeit, die von ihren Pfleglingen noch heute dankbar gesegnet werden, galten der Welt für Frömmelei und Muckerei. Wenn er der Kunst und Wissenschaft freie Bahn versprach, so dachte er an die alte Naturphilosophie und die romantische Dichtung, geistige Mächte, welche das selbstgefällige neue Geschlecht längst überwunden zu haben glaubte.

So ward die erste Zeit seiner Regierung eine lange Kette von Mißverständnissen, und an dieser wechselseitigen Verkennung trug der König ebenso viel Schuld wie die unklar gärende Zeitstimmung, die ihn erst für ihren Helden hielt, um ihn dann mit der ganzen Bitterkeit der Enttäuschung zu bekämpfen. Selbst General Gerlach, der getreue Freund und Diener, sagte zuweilen: „die Wege des Herrn sind wunderbar," und der nicht minder ergebene Bunsen schrieb neben die Klage des Königs: „niemand versteht mich, niemand begreift mich" die verzweifelte Randbemerkung: „Wenn man ihn verstände, wie könnte man ihn begreifen!" Friedrich Wilhelm vermochte nicht, wie sein ebenso phantasiereicher bayrischer Schwager, durch despotische Härte und durchtriebene Schlauheit sich

aus selbstverschuldeten Verwicklungen herauszufinden; er rieb sich auf in unfruchtbaren Versuchen, bis die Geschichte über ihn hinwegschritt. Weder zum herzhaften Genusse, noch zu herzhafter Tat besaß er die Kraft, und obwohl ihn die angeborene muntere Laune nie ganz verließ, so fühlte er sich doch innerlich unbefriedigt. Er erkannte bald mit Schmerz, daß ihm nichts gelinge, und die aufgeregte Zeit war nicht in der Stimmung, diesem stillen Leiden eines hochbegabten Geistes menschliche Teilnahme zu zollen. Der von dem Berufe des Königs von Gottes Gnaden so überschwenglich hoch dachte, mußte noch erleben, daß sein Regiment den Glauben an das Königtum in einem altmonarchischen Volke tief, zum Glück nicht für immer erschütterte. Es war, als wollte die Vorsehung diesem überbildeten und den Wert der Bildung maßlos überschätzenden Geschlechte an einem tragischen Beispiele zeigen, wie wenig in den Machtkämpfen des Staatslebens Geist, Wissen, Edelsinn, Herzensgüte vermögen ohne die schlichte Kraft eines männlichen Willens. In dem großen Zusammenhange der deutschen Geschichte erscheint diese tief unglückliche Regierung doch als eine notwendige, heilsame Schickung; denn unter einem stärkeren Könige wäre der unvermeidliche Übergang der stolzen preußischen Monarchie zur konstitutionellen Staatsform schwerlich ohne furchtbare Kämpfe erfolgt. —

Das Schicksal fügte, daß fast zu gleicher Zeit mehrere der wichtigsten Staatsämter durch Todesfälle erledigt wurden. Wenige Wochen vor dem alten Könige war Altenstein gestorben, schon etwas früher sein frommer Ratgeber Nicolovius. Noch ehe das Jahr zu Ende ging, starb der treue Stägemann, der so lange in allen vertraulichen Angelegenheiten die Feder für den Monarchen geführt hatte. Schinkel wurde in der Kraft seiner Jahre von einer schrecklichen Krankheit ergriffen, die seinen Geist umnachtete und ihn bald dahinraffen sollte. Den Tod des Grafen Lottum und des Kriegsministers General Rauch erwartete man binnen kurzem; beide fühlten sich altersmüde. Der ebenfalls hochbejahrte Fürst Wittgenstein hielt sich geflissentlich von den Geschäften zurück und äußerte bitter, mit dieser verwandelten Welt wolle er nichts mehr gemein haben. So war denn überall Raum für frische Kräfte, und aufjubelnd schrieb Peter Cornelius: „es naht eine Fest- und Frühlingszeit für ganz Deutschland!" Deutschland hatte aber in diesem Vierteljahrhundert erstaunlich rasch gelebt, und durch die lange Regierungszeit des alten Königs wurde die natürliche Folge der Generationen verschoben. Die neuen Männer, welche jetzt in die Höhe kamen, gehörten nicht der Jugend an; sie waren zumeist, gleich ihrem königlichen Gönner, aufgewachsen unter den bestimmenden Eindrücken der Befreiungskriege, der Zeit der Restauration und der religiösen Erweckung; manche von ihnen bewahrten auch noch die Freiheitsideale der ältesten Burschenschaft treu im Herzen. Das allerjüngste radikale Geschlecht jedoch belächelte sie schon als Reaktionäre, ihre christlich-germanischen Ideen erschienen der neuen Aufklärung der Junghegelianer

sogar noch hassenswürdiger als die trocken verständige Bureaukratie des alten Systems.

Unter allen stand Königin Elisabeth dem Herzen des Königs am nächsten. Ihr widmete er eine unbegrenzte Zärtlichkeit, fast über das Maß hinaus, das einem Herrscher erlaubt ist. Als er sich, von Tränen überströmt, ganz in Rührung zerfließend vom Todesbette seines Vaters erhob, sagte er zu ihr: „Jetzt stütze mich, Elise, nun bedarf ich der Kraft." Wenn er gepeinigt von der jeden Entschluß erschwerenden Überfülle seiner Gedanken, aufgeregt durch die Geschäfte zu ihr heimkehrte, dann empfing sie ihn immer gleich heiter, geistreich, liebevoll; nur wenn der Jähzorn ihn ganz aus der Fassung brachte, schaute sie ernsten Blicks im Zimmer umher und sprach: „ich suche den König." Sein glückliches Haus suchte er sich so gemütlich einzurichten als es die Fürstensitte erlaubt; zum Weihnachtsmarkte ging das königliche Paar selbst auf den Schloßplatz herunter, und am Silvesterabend mußte der Nachtwächter ins Schloß kommen um mit seinem Horn das neue Jahr anzukündigen. Was der König seiner Gemahlin nur an den Augen absehen konnte, tat er mit Freuden. Hochherzig überwand sie den stillen Kummer über die kinderlose Ehe; sie ließ es sich nicht nehmen, ihren Neffen Friedrich Wilhelm, den vermutlichen Thronfolger, selbst über die Taufe zu halten und wurde dem Knaben eine zweite Mutter. Ihr höchstes Glück aber fand sie in unerschöpflichem Wohltun; sie half dem Gemahl bei den unzähligen Unternehmungen seiner christlichen Milde und steuerte aus eigenen Mitteln sehr große Summen, mindestens 60 000 Taler jährlich bei; in allen den entlegenen Stadtvierteln Berlins, wo die neu gegründeten Krankenhäuser und Kinderbewahranstalten sich erhoben, kannte jedermann den Wagen der Königin mit den vier Apfelschimmeln. Trotzdem war sie im Volke nicht beliebt. Die Katholiken des Westens verziehen ihr den Übertritt nie; in den hartprotestantischen alten Provinzen aber, zumal in Berlin, wo der Geist des Jesuitenriechers Biester noch immer umging, erzählte man überall, sogar in den Kreisen der Hofdienerschaft, mit der höchsten Bestimmtheit, die Königin sei im Herzen katholisch geblieben und wolle ihren Gemahl zur römischen Kirche bekehren. Das Gerücht ward eine Macht, schädlich für das Ansehen des Königs, und entbehrte doch jedes Grundes. Aus freier Überzeugung, nach ernstem Nachdenken war Elisabeth einst zum evangelischen Glauben übergetreten, und noch in späteren Jahren sagte sie dem Papste Pius IX. mit ihrer gewohnten schönen Wahrhaftigkeit ins Gesicht: „wenn man zum Gemahl einen solchen König hat, der das Evangelium vorlebt, dann wird man im evangelischen Glauben gewiß." Freilich trug ihre kirchliche Gesinnung eine romantische Färbung, welche der Freigeisterei der Zeit verdächtig blieb; das Ideal der einen christlichen Kirche stand ihr so hoch wie ihrem Gemahl. Die streng legitimistischen Anschauungen der bayrischen Schwestern verleugnete sie nie; mit den Höfen von Wien, Dresden, München blieb

sie in unablässigem Verkehre, und wenn sie das Ansehen des Königtums gefährdet glaubte, dann konnte die leutselige Fürstin manchem kalt und stolz erscheinen; daher schrieb man ihr einen verderblichen politischen Einfluß zu, obwohl sie während dieser ersten Jahre sich seltener als späterhin mit Staatsgeschäften befaßte.

Etwas weiter reichte die politische Wirksamkeit des Grafen Anton Stolberg, der anfangs neben dem Fürsten Wittgenstein, nachher als dessen bestallter Nachfolger die Leitung des Hausministeriums übernahm. Er hatte schon bei Jena tapfer gefochten, darauf die Verfolgungen der königlich westfälischen Polizei glücklich überstanden — dank den treuen Harzern, die den Sohn des altbeliebten Harzgrafengeschlechts immer zu verstecken wußten — dann im Befreiungskriege mit dem älteren Prinzen Wilhelm, mit Gneisenau und York als treuer Waffengefährte Freundschaft geschlossen. Diese Kriegserinnerungen blieben ihm immer heilig; als er nach dem Frieden heimkehrte um seinen Vater bei der Regierung der Grafschaft zu unterstützen, ließ er sogleich auf den Felsen des Ilsensteins den gefallenen Freunden zu Ehren ein eisernes Kreuz aufrichten. Erst weit später trat er in den Verwaltungsdienst und erwarb sich als Präsident in Düsseldorf wie in Magdeburg allgemeines Vertrauen durch jene vornehme und doch schlicht menschliche Liebenswürdigkeit, welche sein edles Geschlecht von jeher ausgezeichnet hat. Lebendiger als sein politischer Sinn war sein religiöses Gefühl. Er schloß sich früh den Kreisen der „Erweckten" an, unterstützte in Düsseldorf die beiden Wohltäter des Niederrheins, den Grafen v. d. Recke und den Pastor Fliedner bei ihren Liebeswerken und übernahm die Leitung des neuen Diakonissenvereins. Diese lautere, durchaus duldsame Frömmigkeit gewann ihm das Herz Friedrich Wilhelms. Alsbald nach dem Thronwechsel mußte „Graf Anton" nach Charlottenhof übersiedeln, damit er dem Könige als ein getreuer Eckart immer zur Hand sei bei jeder Gewissensfrage der Politik, und er entsprach dem Vertrauen durch freimütige Offenheit. Aber, selbst ein Gemütsmensch und darum trotz seiner natürlichen Milde zuweilen ungerecht, vermochte er den Stimmungen des Monarchen nicht das Gegengewicht zu halten; von seiner Geschäftskenntnis und der Schärfe seines Verstandes sprach er selber sehr bescheiden.*) Das religiöse Leben seines Hauses bewegte sich in Formen, welche den protestantischen Gewohnheiten widersprachen; wenn er allabendlich mit seinen frommen liebreichen Töchtern und dem gesamten Hausgesinde auf den Knieen lag, so waren im neuen Berlin nur wenige duldsam genug um die ganz ungeheuchelte Inbrunst solcher Andachtsübungen zu achten.

Diese kirchliche Strenge zeigte sich noch schärfer ausgeprägt in der Gesinnung des Generals v. Thile, der fortan als Kabinettsminister, wie

*) Stolberg an Cuny, 12. Jan. 1841.

vordem Graf Lottum, die regelmäßigen politischen Vorträge hielt. Ein ernster gläubiger Sinn, redlich und ohne Wortprunk war in der preußischen Armee von jeher heimisch; fast alle ihre berühmten Führer meinten mit dem alten Dessauer: ein Soldat ohne Gottesfurcht ist nur ein Matz; sie taten unbefangen ihre Pflicht und stellten das ungewisse Schicksal des Kriegers demütig dem Herrn der Heerscharen anheim. Jetzt, unter einem theologisierenden friedfertigen Könige, gewann ein neuer, ganz unpreußischer Schlag von Offizieren die Gunst des Hofes, Männer, denen das Gebetbuch teuerer war als der Degen, Soldaten nicht ohne militärisches Verdienst — denn alle hatten sie im letzten Kriege sich ritterlich gehalten — aber ohne den rechten, die ganze Seele erfüllenden militärischen Ehrgeiz. Ihre salbungsvolle Frömmigkeit erinnerte an Cromwells gottselige Dragoner; von der fürchterlichen Härte der Puritaner besaßen diese sanften romantischen Gläubigen freilich nichts. Zu ihnen zählte auch Thile. Dem unscheinbaren kleinen Manne sah man nicht sogleich an, wie brauchbar er in den Geschäften war, fleißig, gewissenhaft, federgewandt und tat es not auch beredsam. An seinem Charakter haftete kein Makel; in stillem Wohltun war er unermüdlich, selbst einen persönlichen Feind, der ins Unglück geraten war, unterstützte er jahrelang unerkannt aus seinen bescheidenen Mitteln. Befreundet mit Boyen und manchen anderen Offizieren von freierer Richtung, hielt er sich den politischen Extremen fern und scheute sich nie dem heißgeliebten Monarchen ehrlich zu widersprechen. Jedoch zu selbständigen staatsmännischen Ideen erhob er sich nicht, und nur zu oft ward sein politischer Blick getrübt durch eine überspannte, mystische Frömmigkeit, die ihm bei den Berliner Spöttern den Namen des Bibel-Thile verschaffte. Noch vor kurzem hatte er ernstlich daran gedacht, als Missionär nach Australien oder Afrika zu gehen. Ebenso leidenschaftlich wie Friedrich Wilhelm verabscheute er jene neuen Philosophen, welche, wie man bei Hofe sagte, die Bibel hegelten und den Hegel bibelten; noch tiefer als der König war er durchdrungen von der Überzeugung, daß jetzt der entscheidende Kampf zwischen Glauben und Unglauben herannahte und neben diesem einen großen Gegensatze alle konfessionellen Unterschiede verschwänden. Er glaubte nicht nur an die göttliche Führung der Geschichte mit einer fatalistischen Zuversicht, welche ihm leicht die freie Tatkraft hemmte; er glaubte auch an die unmittelbare Einwirkung der himmlischen Gnade auf die weltlichen Entschlüsse, und in solchen Augenblicken der Verzückung ward seine politische Haltung schlechthin unberechenbar. Als er einmal dem Grafen Stolberg seine Meinung über die Neuenburger Händel auseinandergesetzt hatte, schrieb er dem Freunde schon nach wenigen Stunden: „Heute früh sah ich nur mit dem Auge des natürlichen Menschen in der Sache und faßte sie nur von der sogenannten politischen Seite auf.“ Dafür wurde ich am Abend beschämt, als „mir die Worte entgegengetragen wurden, daß über alle

Macht von Roß und Reutern die Macht eines mit seinem König im Gebet vereinten Volkes steht. . . In Sachen des Gebets zählen nur die Beter, und wenn Gottes Wort wahr ist, so werden sie über die Spötter siegen."*) Mit diesen Sätzen begründete er eine Veränderung seines politischen Urteils. Ein solcher Mann konnte dem Könige wohl als pflichtgetreuer Gehilfe dienen, doch nimmermehr ihn ergänzen.

In dem etwas eintönigen Verkehre mit diesen beiden alltäglichen Vertrauten fühlte sich der König immer erquickt, wenn ein anderer Freund aus dem alten Kreise der Wilhelmstraße, Oberst Joseph v. Radowitz in der Hauptstadt erschien. Dann rief er fröhlich: Petz ist wieder da! Radowitz stammte aus einem alten, wenig bekannten ungarischen Geschlechte; sein Großvater erst war als Kriegsgefangener nach Preußen gekommen und dann in Deutschland geblieben. Der merkwürdig frühreife Knabe wurde für den westfälischen Dienst bestimmt und auf französischen Kriegsschulen ausgebildet. Mit fünfzehn Jahren war er schon Offizier, im Jahre darauf erwarb er sich bei Bautzen das Kreuz der Ehrenlegion, mit achtzehn Jahren übernahm er, nach der Auflösung des Königreichs Westfalen, die erste Lehrerstelle für Kriegswissenschaften am Kasseler Kadettenhause. Dann wurde er aus Hessen vertrieben, weil er für die mißhandelte Kurfürstin ritterlich eintrat,**) und fand ehrenvolle Aufnahme im preußischen Heere, wo er bei der Leitung der Militär-Bildungsanstalten und bei der Neugestaltung der Artillerie einsichtig mitwirkte. Der Glutblick der tiefliegenden kurzsichtigen Augen unter der hohen Stirn, die gebräunte und doch bleiche Hautfarbe, die feinen, von dunklem Schnurrbart überschatteten Lippen gaben seinem scharfgeschnittenen Kopfe ein fremdländisches Gepräge. Über seinem ganzen Wesen lag ein geheimnisvoller Zauber; die feierlich würdevolle Haltung der hohen, starken Gestalt verbot jede Vertraulichkeit. In Gesellschaften saß er gern abseits, zeichnend oder in einem Buche blätternd, bis er plötzlich eine geistreiche Bemerkung in das Gespräch einwarf und den Plaudernden zeigte, daß er jedes Wort vernommen hatte. Leibliche Bedürfnisse schien er kaum zu kennen; er aß wenig, trank nur Wasser, und man merkte ihm an, daß er niemals jung gewesen war. Von früh auf beherrschte ihn ein unersättlicher Wissensdrang; Bücher waren seine einzige Leidenschaft, und in seinem starken Gedächtnis speicherte er allmählich eine erstaunliche Fülle vielseitiger Kenntnisse auf. Schon seine Jugendschrift über die Ikonographie der Heiligen bewies, wie gründlich er in der Geschichte der Sitten, der Kunst, der Kirche bewandert war. In den Salons des Kronprinzen ward er bald ein unentbehrliches Orakel, das Berliner Wochenblatt verdankte ihm mehrere seiner besten Aufsätze.

Obgleich er durch seine Verheiratung mit einer Gräfin Voß in die

*) Thile an Stolberg, 8. Dez. 1846.

**) S. o. III. 532.

Kreise des alten Landesadels eingetreten war, blieb er den strengen Altpreußen noch lange als Fremdling verdächtig. Manche nannten den edlen, alle Ränkesucht mißachtenden Mann einen neuen Cagliostro, die meisten einen verkappten Jesuiten. Der eifrig protestantische, den konstitutionellen Ideen zugeneigte Kriegsminister Witzleben hielt endlich für nötig, diesen katholischen Legitimisten aus der Umgebung des Kronprinzen zu entfernen — um dieselbe Zeit, da auch General Gröben und Oberst Gerlach in die Provinz versetzt wurden. Der alte König genehmigte den Antrag, aber in seiner gerechten Weise: er ernannte den kaum vierzigjährigen Stabsoffizier zum Nachfolger des Generals Wolzogen bei der Militärkommission des Bundestags. Auch dort wurde Radowitz durch Fleiß und geistige Überlegenheit den bequemeren Amtsgenossen bald sehr lästig. Der Sohn einer gemischten Ehe und in der Kindheit evangelisch erzogen, hatte er sich erst in seinen reiferen Jugendjahren, mit wachem Bewußtsein der römischen Kirche zugewendet und in ihr so gänzlich seinen Frieden gefunden, daß er kurzweg aussprach, jede Wahrheit sei katholisch. Sein entsagendes Denkerleben führte ihn zu einer mönchisch strengen Auffassung der sittlichen Welt. Niemals erkannte er, daß das sittliche Ideal der Protestanten, die Einheit des Denkens und des Wollens, dem schwachen Sterblichen weit schwerere Pflichten auferlegt als die Werkheiligkeit der Katholiken. In dem Cölibate sah er nicht ein Meisterstück päpstlicher Politik, ein klug ersonnenes Machtmittel, das den Klerus als eine geschlossene Priesterkaste von der bürgerlichen Gesellschaft abtrennen soll, sondern eine hohe sittliche Idee; den Kampf der Protestanten wider diese frevelhafte Verstümmelung der Natur konnte er sich nur aus der Fleischeslust erklären, obgleich er selbst in einer glücklichen, mit Kindern gesegneten Ehe lebte. Bei solcher Gesinnung mußte er den Kölnischen Bischofsstreit mit tiefem Kummer betrachten. Die Freude an seinem neuen preußischen Vaterlande erlitt plötzlich einen schweren Stoß, und er pries es als eine gnädige Fügung, daß sein Amt ihn nicht nötigte in diesem Kampfe öffentlich Farbe zu bekennen.

Ebenso einseitig war auch, trotz aller Gelehrsamkeit, sein ästhetisches Urteil. Goethes warme Sinnlichkeit blieb ihm so unverständlich wie die gesamte Bildhauerkunst, weil sie in der Darstellung heidnischer Nacktheit ihr Höchstes leistet, und den letzten Quell aller modernen Sünden suchte er in der großen Zeit des Cinquecento, in der Wiederbelebung des klassischen Heidentums. Daher verabscheute er, ganz in Hallers Sinne, die Revolution als ein teuflisches Prinzip und bekämpfte die gesamte neuere Staatslehre, weil sie den Staat nicht als den Schutzherrn, sondern als den Schöpfer des Rechts betrachte. Noch war ihm nicht klar, daß der rechtsbildende Gemeingeist der modernen Völker sich gerade in ihrer Gesetzgebung ausspricht, und die historische Entwicklung des Rechts heute nicht mehr ohne die Mitwirkung frei geordneter Staatsgewalten

erfolgen kann. Dem „pseudo-liberalen Getriebe" des Beamtentums ebenso gründlich abgeneigt wie sein königlicher Herr, behauptete er stolz „den höheren Standpunkt, der sich erhebt über die Ansicht vom absoluten Staate.*) Er hoffte auf eine große christlich-germanische Monarchie — denn ob eine christlich-germanische Republik überhaupt möglich sei, schien ihm mindestens zweifelhaft — und so fest hielt ihn in diesen dreißiger Jahren der Bannkreis der Hallerschen Ideen noch umfangen, daß er sogar den Satz wiederholte, die Macht der Krone beruhe auf dem fürstlichen Grundbesitze — eine doktrinäre Behauptung, die in Preußen, wo alle Domänen längst dem Staate gehörten, jeden Sinn verlor.

Trotzdem ward er niemals zum Sklaven einer Theorie; scharfen Blickes schaute er in die Welt der Wirklichkeit, stets bereit seine Meinungen zu berichtigen. Er erkannte sehr früh — was sich freilich erst nach langen wirrenreichen Jahren als wahr erweisen sollte — daß die Herzenssehnsucht der Deutschen sich nicht eigentlich auf die konstitutionellen Formen richtete, sondern auf wirkliche politische Güter: auf Rechtssicherheit, Nationalität, Selbstverwaltung. Auch der soziale Untergrund der politischen Bewegung entging ihm nicht. Er sah, wie die Mittelklassen sich zur Herrschaft heandrängten, und meinte, die Liberalen seien nur mächtig weil sie sich als Vertreter des Volks gebärdeten; darum müsse die Krone durch eine schöpferische soziale Gesetzgebung beweisen, daß die Massen des Volks nur bei ihr Fürsorge und wirksamen Schutz finden könnten. Am schärfsten aber — weit richtiger als der König selbst oder irgend einer seiner Freunde — urteilte Radowitz über die deutsche Bundespolitik. Da er in der römischen Kirche nicht eine bildungsfeindliche Macht, sondern die Vollendung aller Kultur sah, so konnte er ohne gehässiges Vorurteil die österreichischen Zustände mit den preußischen vergleichen, und gleichwohl kam der strenge Katholik zu dem Schlusse: dies zur Sonne aufstrebende Preußen bedürfe des Lichtes, der österreichische Schwamm gedeihe nur im Schatten. Die geistlose Unfruchtbarkeit der in so mannigfache europäische Interessen verflochtenen und darum der deutschen Nation entfremdeten Wiener Politik durchschaute er ebenso scharfsinnig, wie die oberflächliche Halbbildung der österreichischen Völker, die dem platten Josephinismus und der liberalen Phrase gar kein Gegengewicht zu bieten hätten. Stolz hielt er diesem versumpften Leben die gesunde, kerndeutsche Kraft des preußischen Volkes und Staates entgegen. Schon vor dem Thronwechsel (1839) sprach er aus, Preußen allein könne die Führung der Nation übernehmen, Deutschlands Fürsten und Völker müßten lernen, in Berlin die Verteidigung ihrer Rechte und Interessen zu suchen. Darum verlangte er Fortbildung des Zollvereins und vor allem Schutz der Rechte aller Deutschen durch die Krone Preußen — eine heilige Pflicht, welche leider in den hannoverschen Verfassungs-

*) Radowitz an den König, 23. Juni 1844.

händeln so sündlich verabsäumt worden sei. So begann ihm jetzt schon die Idee des preußischen Reiches deutscher Nation aufzudämmern, und er verhehlte nicht, daß er sich zuerst als einen Deutschen, dann erst als einen Preußen fühlte. Der König befragte und benutzte den alten Freund bei allen Fragen der deutschen Bundespolitik, doch er vermochte weder den Gedanken dieses Ratgebers ganz zu folgen, noch ihn an die entscheidende Stelle zu setzen.

In den Gesprächen über Staat und Kirche (1846) faßte Radowitz seine politischen Ideen zusammen. Das anonyme Buch wurde von vielen für ein Werk des Königs selbst gehalten, obgleich die keusche Einfachheit dieser musterhaften Prosa mit dem aufgeregten Pathos Friedrich Wilhelms gar nichts gemein hatte. Es war seit Paul Pfizers Briefwechsel unzweifelhaft das bedeutendste Werk der deutschen Publizistik. Aber wie anders hatte einst der tapfere Schwabe verstanden, die erste Aufgabe des Publizisten zu erfüllen, den Willen der Leser auf ein festes Ziel zu richten; er benutzte die Form des Dialoges nur um alle Einwendungen siegreich zu widerlegen, und schließlich mit höchster Bestimmtheit zu sagen was er selber wollte: die Einheit Deutschlands unter Preußens Führung. In Radowitzs Gesprächen hingegen tauschten der hochkirchliche Offizier, der liberale Fabrikant, der strenge Bureaukrat, der jugendliche Sozialist ihre Ansichten aus, alle höflich, alle in sauber gewählten Worten. Dann trat Waldheim dazwischen, unverkennbar das Ebenbild des Verfassers, um mit staatsmännischer Ruhe jedem die Beschränktheit seiner Parteigesinnung nachzuweisen; über seine eigenen Meinungen äußerte er sich nur selten, kühl, zurückhaltend, unmaßgeblich. So hinterließ die Schrift doch den Eindruck einer geistreichen Hilflosigkeit, welche trotz oder wegen der Mannigfaltigkeit ihrer Gesichtspunkte schwer zu einem einfachen Entschlusse gelangte. Ihr fehlte die Macht der Begeisterung. Ihre Gedanken waren nicht aus einer Wurzel heraus mächtig emporgeschossen, sondern am Spalier gezogen, mehr ausgezeichnet durch edle Form als durch ursprüngliche Kraft. Sie bewies, wie frei und unbefangen ihr Verfasser dachte, der in der Tat, entwicklungsfähiger als der König, von der Unentbehrlichkeit der konstitutionellen Staatsform sich bald überzeugen sollte. Aber sie zeigte auch ihn angekränkelt von jenem vornehmen Dilettantismus, der sich wie ein Mehltau über alle Umgebungen König Friedrich Wilhelms lagerte. Radowitz war von allem etwas, weder ganz Soldat, noch ganz Staatsmann, noch ganz Gelehrter; auch sein feiner und reicher, allen anderen preußischen Staatsmännern dieser Epoche überlegener Geist vermochte der Zeit nicht zu bieten was sie brauchte: die furchtbare Einseitigkeit einer dämonischen Willenskraft.

Wäre es mit Plänen, Einfällen, edlen Vorsätzen getan gewesen, dann hätte Bunsen der Zeit helfen können. Was kümmerte es ihn, daß die Berliner Geheimräte ihm den so kläglich mißlungenen Kampf gegen Rom nachtrugen und ihn, von wegen der Anconer Note, nur noch den

Ritter von Ancona nannten? Der Gunst des neuen Königs war er sicher, und mit jugendlicher Wageluſt spannte er an seinem glückhaften Schiffe alle Segel auf. Schon vor Jahren hatte er von der Regierung dieses Fürsten erhofft, daß sie das heilige Reich aufrichten werde:

Was tausend Jahr' vergebens erstrebt das Vaterland,
Wird rasch sich dann erheben von solches Bauherrn Hand!

Nun sollte Berlin, bevor Größeres sich vollendete, zunächst ein deutscher Musenhof werden wie einst Weimar, und sofort begann der Eifrige einen Briefwechsel mit Gelehrten und Künstlern um sie für die Hauptstadt zu gewinnen. Für sich selbst wünschte er, da der Berner Gesandtschaftsposten seinen Ansprüchen nicht genügte, den Vorsitz in einem großen Ausschusse für Kirche und Unterricht; so konnte er, unbeläſtigt von den langweiligen Verwaltungsgeschäften, nach seiner Neigung anregen, belehren, Ideen wecken und fördern.

Nicht ganz so nahe stand General v. Canitz dem Monarchen. Er hatte sich als Kriegsmann wie als militärischer Schriftsteller ausgezeichnet, dann aus Diebitschs Lager über den russisch-polnischen Krieg ebenso einsichtig als unparteiisch berichtet, endlich auf den schwierigen Gesandtschaftsposten zu Kassel und Hannover eine so selbständige Haltung eingenommen, daß er trotz seines feinen Taktes dem Unwillen des Kurprinzen und des Welfenkönigs nicht entgehen konnte. Eng befreundet mit den romantischen Genossen Clemens Brentanos und Savignys, hielt er die Befreiung der Kirche von der Staatsgewalt und die Aufrichtung der ständischen Monarchie für die beiden großen Aufgaben der neuen Regierung. Indessen hatte er nicht umsonst in dem unruhigen Kassel gelebt; er sah ein, daß Preußen, um die Politik des Zollvereins durchzuführen, sich auch in seinem inneren Leben den kleinen konstitutionellen Nachbarlanden annähern, mithin seinen Reichstag, allerdings einen ständisch gegliederten, schleunigst einberufen müsse. Harte Parteigesinnung blieb ihm fremd. Eine schöne vornehme Erscheinung, gesprächig, geistreich, sarkastisch, ließ er im Verkehre von seinen streng kirchlichen Grundsätzen gar nichts merken; die in diesem romantischen Kreise so gröblich verkannten Verdienste des preußischen Beamtentums würdigte er gern; mit den Liberalen, sogar mit Varnhagen kam er freundlich aus. Unter allen den frommen Freunden des Königs zeigte er am meisten das unbefangene Wesen eines Weltmannes.

Von anderem Schlage war General Graf Karl v. d. Gröben, der Schwiegersohn Dörnbergs, ein langer, hagerer altpreußischer Hüne, dem der weiße Mantel des Deutschen Ordens noch um die Schultern zu hängen schien. Dem Ritter ohne Furcht und Tadel ließ es keine Ruhe bis er noch im hohen Alter die Pilgerfahrt in das gelobte Land unternehmen konnte. Wie freudig hatte er einst bei der Vorbereitung des Befreiungskrieges und an dem Kampfe selbst teilgenommen; mit Gneisenau und Arndt, mit Schenkendorf und Görres war er so innig verbrüdert, daß er eine Zeitlang sogar

den Argwohn der Demagogenverfolger erregte.*) Die enthusiastische Kreuzfahrergesinnung jener frommen Tage bewahrte er sein Leben lang. Was ihm an politischem Urteil abging ersetzte er durch unverbrüchliche Treue gegen seinen christlichen König und durch eine allgemeine Menschenliebe, welche Gerechte und Ungerechte so ohne jeden Unterschied sanftmütig umfaßte, daß Königin Elisabeth einmal sagte: der gute Gröben wird uns nächstens von dem lieben, vortrefflichen Nero sprechen.

Während Gröben nur das ritterliche Gefühl unbedingter Königstreue hegte, waren die drei Brüder v. Gerlach erklärte Hallerianer. Sie stammten von jenem hochangesehenen alten Kammerpräsidenten, der einst seine Kurmark gegen die napoleonischen Erpressungen unerschrocken verteidigt, nachher, verstimmt über die Reform der Verwaltung, den Staatsdienst verlassen und gleich darauf das Oberbürgermeisteramt von Berlin übernommen hatte.**) Der Mut, die Vaterlandsliebe, die konservative Gesinnung des Vaters vererbten sich auf die Söhne; zwei von ihnen trugen das eiserne Kreuz. Der zweite Sohn, der Gerichtspräsident Ludwig war ein gelehrter, scharfsinniger Jurist, gerecht nach oben wie nach unten, sehr eifersüchtig auf die Unabhängigkeit des Richterstandes. Wie weit ihn aber sein kirchlicher Feuereifer führen konnte, das hatte er schon vor Jahren gezeigt, als er die hallischen Rationalisten durch die rücksichtslose Veröffentlichung ihrer Katheder-Aussprüche bekämpfte und dafür den Beifall seines kronprinzlichen Freundes fand.***) Der christliche Staat, die freie rechtgläubige Kirche und vornehmlich die Zweiherrschaft der beiden Großmächte im Deutschen Bunde — diese Ideale standen ihm so unerschütterlich fest, daß er sogar die Freunde Radowitz und Canitz wegen ihrer freieren Ansichten über Österreich bald als Abtrünnige beargwöhnte und des radikalen „Germanismus" beschuldigte. Überhaupt urteilte er, wie sein Bruder Leopold, über politische und kirchliche Gegner mit fanatischer, unchristlicher Härte; er verhehlte nicht, daß ihm der Gegensatz der Meinungen noch wichtiger schien als selbst der Gegensatz der Nationalitäten. Von eigenen staatsmännischen Gedanken besaß sein wesentlich kritischer Geist wenig; er vermochte wohl die Sünden der gottlosen Zeit mit erbarmungsloser Schärfe zu geißeln, doch wenn es sich fragte was zu tun sei, dann entdeckten der junge Otto v. Bismarck und die anderen praktischen Talente unter seinen Anhängern mit Erstaunen, daß der geistreiche Mann immer nur schulmeisterte und eigentlich an allem zu tadeln fand. Darum konnte er nur der gefürchtete Schriftsteller der hochkonservativen Partei werden, niemals ihr Führer. Und wie wenig stimmte doch die unzweifelhaft ernst gemeinte fromme Salbung seiner mit Bibelsprüchen überladenen poli-

*) S. o. III. 116.
**) S. o. I. 285.
***) S. o. III. 405.

tischen Aufsätze zu dem sprudelnden Witze, der gewinnenden Munterkeit des liebenswürdigen Gesellschafters. Einige Spuren von diesem Dualismus altromantischer Ironie zeigten sich auch in dem Charakter des jüngsten Bruders, des Predigers Otto. Der waltete seines schweren Seelsorgeramtes unter den Berliner Armen mit apostolischer Hingebung, glaubensfroh, bibelfest, ein unermüdlicher Tröster und Erbarmer.*) Zweimal trotzte er der angedrohten Amtsentsetzung, weil er leichtfertig Geschiedene nicht wieder trauen wollte. Und doch geschah es zuweilen zum Entsetzen der Stillen im Lande, daß er auf der Kanzel schöne Stellen aus Shakespeare vortrug; so seltsam vermischten sich in diesem geistreichen romantischen Kreise die religiösen und die ästhetischen Ideale.

Am liebsten unter den drei Brüdern war dem Monarchen der älteste, der General Leopold. Er wurde schon aus seiner Provinzial-Garnison öfters an das Hoflager gerufen, dann nach Berlin zurückversetzt und dort bei allen wichtigen Entschließungen zu Rate gezogen; doch täuschte er sich nicht über seinen Einfluß und gestand offen, keiner der persönlichen Günstlinge des Königs besitze wirkliche Macht. Seine schönsten Erinnerungen hafteten an dem schlesischen Hauptquartiere, dem er mit großer Auszeichnung angehört hatte;**) nachher war er lange Adjutant des jüngeren Prinzen Wilhelm, der ihm auch späterhin, als ihre politischen Wege sich trennten, stets aufrichtige Hochachtung bewahrte. Ganz und gar kein Höfling, gab er selbst dem gefürchteten Zaren zur rechten Zeit eine derbe preußische Antwort; das knechtische Wesen und der schablonenhafte Ordnungssinn der Moskowiter blieb ihm tief widerwärtig, obgleich er sie für Preußens natürliche Verbündete hielt. Das eigentümliche Selbstgefühl des Romantikers erging sich gern in kühnen Paradoxen, Napoleon nannte er einen gutmütigen, übrigens etwas dummen Kerl. In seinen politischen Ansichten ging der grundgescheite, vielseitig gebildete Offizier fast noch weiter als sein Bruder Ludwig; unauslöschlichen Haß widmete er dem Despotismus der Mietlings-Offizianten, zu denen er doch eigentlich selbst gehörte. An Gottes unmittelbare Einwirkung auf die gekrönten Häupter glaubte er fest und sagte streng: Prätendenten, die der Allmächtige selbst aus ihrem hohen Amte gestrichen hat, gehören ins Feldlager oder ins Kloster, nicht in den Strudel höfischer Genüsse. Indes war auch er in der Kritik stärker als in eigenen politischen Gedanken.

Eine mächtige Stütze fanden die Brüder an Ludwigs Schwager, dem Freiherrn Senfft v. Pilsach auf Gramenz, der im Hausministerium angestellt, auf den Domänen, mit erheblichen Kosten aber nur selten mit Erfolg, großartige Entwässerungspläne ausführte. Über seine politische Wirksamkeit enthalten die amtlichen Papiere fast gar nichts. Gleichwohl

*) S. o. IV. 495.

**) S. o. I. 477.

wußten alle Eingeweihten, daß der König auf das Urteil dieses Mannes, soweit er überhaupt einer fremden Meinung zu folgen vermochte, sehr großen Wert legte. Schon als Kronprinz hatte er sich des Freiherrn angenommen, als dieser, unbekümmert um die Verbote der rationalistischen Stettiner Regierung, seinen hinterpommerschen Bauern gottselige Predigten hielt, und in hellem Zorne geschrieben: „das Betragen dieser Regierung ist wirklich so ungeheuer dumm, daß es zum Erbarmen ist.“*) Senfft kannte die Eigenart Friedrich Wilhelms ganz genau, er wußte seine vertraulichen Berichte und Gespräche stets der augenblicklichen Stimmung des Monarchen anzupassen; er scheute sich auch nicht dem Könige, oft sehr unverblümt, zu sagen, was man im Volke über ihn redete. Also, bald aufrichtig, bald berechnend, gewann er mit seiner zähen stillen Ausdauer doch einigen Boden, und immer kam sein Rat den Hochkonservativen zu gute. Durch seinen und Ludwig Gerlachs gemeinsamen Schwager v. Thadden-Trieglaff unterhielt er regen Verkehr mit einem Kreise altgläubiger hinterpommerscher Edelleute, der sich durch christlichen Wandel und edle Wohltätigkeit ebenso sehr auszeichnete wie durch reaktionäre Gesinnung.

Auch was sonst noch dem Herzen des Königs nahe stand, trug hochkirchliche Farbe: so der Geheime Rat v. Voß-Buch, seit Jahren vortragender Rat des Kronprinzen und auch jetzt noch mit wichtigen Arbeiten, namentlich im Justizwesen, betraut, nebenbei berühmt durch seine unvergleichlichen Junggesellen-Gastmähler; so Friedrich Wilhelms Jugendgespiele, der Kammergerichtspräsident v. Kleist, von den Demagogen der blutige Kleist genannt, ein eiserner Ultra, der nachher den Abschied nahm, als er die neue Verfassung beschwören sollte; so der Hallerianer C. W. v. Lancizolle, vormals Lehrer des deutschen Staatsrechts für die königlichen Prinzen; so der gelehrte Jurist Götze, der kindlich fromme General Carl v. Röder u. a. m., die einst in den ersten Friedensjahren den Konventikeln der Erweckten oder dem Maikäfervereine der jungen Berliner Romantiker angehört hatten.**) Einen ehrbareren Hof hat es nie gegeben; Geist, Wissen, Edelsinn war in diesen Kreisen reichlich vorhanden, aber wenig Willenskraft, wenig Verständnis für die Bedürfnisse der Zeit.

Wie ein Fremdling erschien in dieser christlichen Umgebung der regelmäßige Genosse der königlichen Abendzirkel Alexander v. Humboldt. Der Geist zog den Geist an, der König und der große Gelehrte konnten voneinander nicht lassen, und unwillkürlich gedachten die Zeitgenossen der Freundschaft zwischen Friedrich und Voltaire — eine Vergleichung, die doch nur wenig zutraf. Voltaire hatte auf das ästhetische Urteil des

*) Kronprinz Friedrich Wilhelm an Altenstein, 2. Mai 1830.

**) S. o. II, 27. 91.

großen Königs entscheidend, auf seine philosophische Überzeugung mitbestimmend eingewirkt, der preußischen Politik wurde er unnachsichtlich immer fern gehalten. Humboldt konnte auf die längst fertige Weltanschauung seines königlichen Freundes schon darum keinen Einfluß gewinnen, weil er halb unter halb über ihr stand. Dem Jünger der alten Aufklärung, der schon in seinen jungen Tagen den preußischen Beamten zu Baireuth für einen Jakobiner gegolten hatte, fehlte jedes Verständnis für das neue religiöse Leben, das den Deutschen tagte und von dem Könige so freudig begrüßt wurde; andererseits würdigte er weit unbefangener als Friedrich Wilhelm die liberalen Ideen des emporsteigenden Mittelstandes. Also fast in allem verschieden fanden sich die beiden nur zusammen in der leidenschaftlichen Freude des Forschens und Erkennens. Humboldt fühlte bald heraus, daß dieser König kein Mann des Handelns sei und das Glück, dessen er doch bedurfte, niemals finden würde; darum beschied er sich, auf dem einzigen Gebiete der Politik, das ihm offen blieb, Segen zu stiften, die mäcenatischen Neigungen des Königs zu nähren, alle aufstrebenden Kräfte deutscher Kunst und Wissenschaft wirksamer zu fördern als es unter dem sparsamen, schwer zugänglichen alten Herrn möglich gewesen. Mit ungewöhnlicher Offenheit sprach er sich darüber einmal gegen Bunsen aus: „Ich habe die Schwachheit zu wollen, daß die, deren Talent ich früh erkannt und verehrt habe, etwas Großes hervorbringen. Dadurch hält man sich gegenseitig in der Welt und trägt dazu bei die Achtung vor geistigen Bestrebungen wie ein heiliges Feuer zu nähren und zu bewahren."

Er wollte der anerkannte Fürst sein im Reiche des Wissens, aber diese Macht auch in großem Sinne gebrauchen, um das perikleische Staatsideal zu verwirklichen, das ihm so hoch stand wie seinem Bruder Wilhelm; ohne die Pflege des Wahren und des Schönen war ihm selbst der starkgerüstete und wohlgeordnete Staat wertlos. An allem was Friedrich Wilhelm für die Wissenschaft tat hatte Humboldt seinen reichen Anteil. Das alte Familienhaus in der Oranienburger Straße ward ein Wallfahrtsort für alle jungen Talente. Dort fanden Hermann Helmholtz und manche andere vielverheißende Anfänger Rat und Hilfe. Dort saß der kleine Greis unter Türmen von Büchern, Karten, Briefen und Sendungen jeder Art, die ihm aus allen Teilen der Erde zuflogen — ihm gegenüber auf der grünen Wand die große Weltkarte — und schrieb die langen Nächte hindurch, über sein Knie gebückt, bald an seinem Kosmos, bald Entwürfe für wissenschaftliche Anstalten oder auch ungezählte Empfehlungsbriefe; es war, als ob alle Fäden aus dem unermeßlichen Reiche der Forschung in der Hand des alten Zauberers zusammenliefen. Der König überschüttete ihn mit Ehren und Geschenken, ohne doch hindern zu können, daß der aller Wirtschaft Unkundige schließlich der Schuldknecht seines eigenen Hausdieners wurde. In den Briefen an seinen teuersten Alexan-

dros entfaltete Friedrich Wilhelm alle Zartheit, alle Wärme seines guten Herzens; als Humboldt erkrankte, saß er stundenlang an seinem Bette und las ihm vor. Über alles sollte der alles Wissende Auskunft geben, bald über ein ernstes Problem, bald über ein müßiges Kuriosum, so über die Frage, warum die Produkte der Zahl 9 immer die Ziffersumme 9 ergeben. Wenn der König seinen Freund abends im Potsdamer Schloß besuchte, dann mußten die Diener mit den Windlichtern oft tief in die Nacht hinein warten, weil ihr Herr nach dem allerletzten Abschied das beglückende Gespräch noch auf der Treppe von neuem eröffnete.

Minder liebenswert als bei solchen geistreichen Zwiegesprächen zeigte sich der große Gelehrte auf den Hoffesten, wo er, angetan mit der Kammerherrn-Uniform und dem großen Bande des schwarzen Adlerordens, jedem nichtigen Menschen etwas Verbindliches sagte, oder auf den kleinen Tee-Abenden der königlichen Familie. Von Paris her war er gewöhnt den Mittelpunkt des Salongesprächs zu bilden, und er konnte sich's nicht versagen auch hier in Sanssouci oder Charlottenburg aller Augen auf sich zu ziehen. Da stand er denn vor der mürrisch schweigenden Königin, die ihm immer mißtraute, vor neidischen Hofleuten und politischen Gegnern und berichtete aus neuen Büchern, aus Zeitschriften, aus eigenen Aufzeichnungen über die Höhe des Popocatepetl oder die Isothermen oder die Gefängnisse, immer geistvoll, immer lehrreich, aber der Mehrzahl der Anwesenden unverständlich. Der König allein hörte aufmerksam zu, und auch er war zuweilen zerstreut und blätterte in Zeichnungen. Für den verhaltenen Ärger und die Langeweile dieser unerquicklichen Abende, die er doch nicht missen wollte, nahm Humboldt seine stille Rache; er trug dem Freunde Varnhagen, der jedes Schmutzbächlein wie ein Schwamm aufsog, allerhand boshaften Hofklatsch zu, lieblos selbst gegen den liebevollen König, und zeigte durch sein Medisieren, daß in den Hauptstädten, zumal in dem afterredneriſchen Berlin, selbst der hochbegabte Mensch klein wird, wenn er die Dinge allzu nahe sieht. Eines freilich ging aus seinen gehässigen Berichten unzweifelhaft hervor: diesem so mannigfach bewegten Hofe fehlte der beherrschende Kopf. —

„Lebt wohl nun, Freuden, Spiele, Töne! Mein höchster Gott ist meine Pflicht" — so hatte vor hundert Jahren König Friedrich nach seiner Thronbesteigung an Voltaire geschrieben. Von dieser entschlossenen Sicherheit des Ahnherrn zeigte der Nachkomme nichts. Friedrich Wilhelm war völlig fassungslos, als Zar Nikolaus, der noch in der letzten Stunde am Sterbebette des Schwiegervaters erschienen war, ihm den ersten Segenswunsch zur Thronbesteigung aussprach; auch nachher brauchte er noch lange Zeit um seinen Schmerz zu bewältigen und sich in der neuen Lage zurechtzufinden. „Ach", schrieb er an Metternich, „wer Ihr warmes Herz mit Ihrem kalten Kopf vereinigte! Das ist das gewisse Mittel immer

recht zu behalten und richtig zu steuern. Ich fühle nur zu deutlich, daß dieser Verein mir abgeht, denn ich vermag mich nicht von dem Schlage zu erholen, der uns niedergeschmettert hat, und meine Lage erscheint mir wie ein Traum, aus welchem ich sehnlich das Erwachen wünsche." Das ganze Land teilte die Trauer des Königs. In feierlichem Schweigen standen die Massen, als in der Nacht des 11. Juni die Leiche den breiten Mittelweg der Linden entlang hinausgeführt wurde nach dem Charlottenburger Mausoleum, wo der Verblichene neben seiner Luise ruhen wollte; die Laternen waren ausgelöscht, nur der Mond warf zuweilen aus den Wolken vortretend sein fahles Licht auf die schwarzen Wagen, die lautlos über den weichen Sandbogen dahinzogen. Auf allen Kanzeln von der Memel bis zur Saar wurde gepredigt über den Text „der Herr hat Dich gesegnet in allen Werken Deiner Hände"; die Stadt Berlin beschloß, dem Entschlafenen, dem sie so viel verdankte, draußen auf einem waldigen Hügel ein Denkmal zu errichten und nannte die Stelle ihm zu Ehren den Friedrichshain.

Noch einmal wurde dann allen Preußen die Erinnerung an den Verstorbenen lebendig, als der neue Monarch die beiden einzigen letztwilligen Verfügungen veröffentlichen ließ, welche der alte Herr, außer einer Vorschrift über seine Bestattung, hinterlassen hatte. Er fügte den Äußerungen des Vaters einige tief empfundene Worte hinzu; offenbar im Hinblick auf die Kriegsrüstungen der Franzosen, sagte er zuversichtlich: sollte je das Kleinod des teuer errungenen Friedens gefährdet werden, „so erhebt sich mein Volk auf meinen Ruf wie ein Mann, wie sein Volk sich auf seinen Ruf erhoben hat". Die beiden Testamente waren schon vor dreizehn Jahren niedergeschrieben, lange bevor die Juli-Revolution das deutsche Leben erschütterte, und ganz in dem patriarchalischen Stile jener stillen Tage gehalten. Das eine, „Mein letzter Wille" überschrieben, erging sich in frommen Betrachtungen; das andere mit den Eingangsworten „auf Dich, meinen lieben Fritz", warnte den Thronfolger vor Neuerungssucht und unpraktischen Theorien, aber auch von der zu weit getriebenen Vorliebe für das Alte, und mahnte ihn, den Bund mit Österreich und Rußland „als den Schlußstein der großen europäischen Allianz zu betrachten". Der Berliner Magistrat ließ diese Vermächtnisse des alten Königs für seine Bürgerschaft abdrucken, und noch viele Jahre hindurch hingen sie unter Glas und Rahmen in unzähligen preußischen Häusern. Aber die Zeit, der sie angehörten, war vorüber; mit diesem letzten Zolle der Dankbarkeit schien die Vergangenheit abgeschlossen; erwartungsvoll wendeten sich die Blicke dem neuen Herrscher zu.

Das erste, was er von sich hören ließ, waren Kundgebungen des Herzens; die Härten früherer Tage auszugleichen, erschien ihm als heilige Pflicht. Allen den Abgesandten, die sich ihm nahten, sagte er freundliche, ermutigende Worte; sogar die Juden Berlins, die er sehr wenig liebte, empfingen die Versicherung, daß er kein Anhänger der blinden Vorurteile

früherer Jahrhunderte sei. Dann wurde General Boyen, der lange mißhandelte, durch ein überaus gnädiges Handschreiben in den Staatsrat zurückgerufen, und alle Welt betrachtete diese erste Tat der neuen Regierung als ein Zugeständnis an den Liberalismus. Gleich darauf durfte Arndt wieder in sein Lehramt eintreten; mit hellem Jubel begrüßten die Bonner Gelehrten den treuen Mann — nur A. W. Schlegel, der alte Feind, hielt sich abseits — und erwählten ihn sogleich zum Rektor für das nächste Jahr. Keinen Augenblick war er irre geworden an seinem Staate; mitten im Elend der unverschuldeten Verfolgung hatte er seinem Vaterlande zugesungen:

Du wirst Jahrtausende durchblüh'n
In deutscher Treue, deutschen Ehren.
Wir Kurzen müssen hinnen zieh'n,
Doch Liebe wird unsterblich währen.

Nun ward ihm doch noch ein ehrenreiches, durch die Liebe seiner Deutschen verklärtes Alter. Auch der alte Jahn wurde der polizeilichen Aufsicht entledigt und nachträglich noch mit dem eisernen Kreuze geschmückt. Am 10. August unterzeichnete Friedrich Wilhelm eine Verordnung, welche allen politischen Verbrechern Amnestie gewährte, auch den Flüchtlingen, falls sie heimkehrten, Begnadigung versprach. Der Erlaß sollte erst einen Monat später, zur Feier der Huldigung veröffentlicht werden; das weiche Gemüt des Königs fand aber keine Ruhe, unverzüglich ließ er die Kerker öffnen und vielen der Befreiten gewährte er Anstellung im Staatsdienste. Diese Milde gereichte seinem Herzen zu hoher Ehre; denn an die Schuld der Mehrzahl der Gefangenen glaubte er ebenso fest wie sein Vater. Die düstere Zeit der politischen Verfolgungen ging also zu Ende, nicht ohne ein schauerliches Nachspiel. Zur selben Zeit, da die Demagogen frei kamen, verfiel der boshafteste ihrer Peiniger, Geheimer Rat Tzschoppe, in schwere Geisteskrankheit; der Unselige wähnte sich verfolgt von allen den Armen, denen er die Jugend verwüstet hatte, und starb bald nachher im Irrsinn.

Leider zeigte sich auch schon jetzt, wie gefährlich die Herzensgüte des Monarchen wirken konnte. In einer Aufwallung brüderlicher Liebe betraute er den Prinzen Wilhelm, der den friderizianischen Titel eines Prinzen von Preußen erhielt, mit dem Vorsitze im Staatsministerium und im Staatsrate. Er hoffte, sein Bruder würde einfach in die Stellung einrücken, welche er selbst bisher als Kronprinz eingenommen hatte. Aber trotz seiner Ehrfurcht vor dem Träger der Krone konnte der Prinz von Preußen hinter dem nur wenig älteren Könige unmöglich ebenso bescheiden zurücktreten, wie es der alte Herr von seinen Söhnen verlangt hatte, der Gegensatz des Charakters und der Gesinnung, der die beiden Brüder trennte, mußte an den Tag kommen, und schon die nächsten Wochen lehrten, daß das Amt eines Ministerpräsidenten für einen Thronfolger zugleich zu niedrig und zu mächtig ist.

Von vornherein war der König darüber im reinen, daß die landständische Verfassung nicht in ihrem gegenwärtigen unentschiedenen Zustande verbleiben durfte. Er ahnte, diese große Frage würde den eigentlichen Inhalt seiner ersten Regierungsjahre bilden, und bei einiger Entschlossenheit schien ihre Lösung keineswegs unmöglich. Die Verheißungen des alten Königs, wie planlos und unbedacht sie auch waren, enthielten nichts, was die Macht der Krone in der gegenwärtigen Lage irgend bedrohen konnte. Nach der Verordnung vom 22. Mai 1815 war der Monarch verpflichtet, eine beratende, aus den Provinzialständen gewählte Landesrepräsentation einzuberufen; die Art der Erwählung konnte er als alleiniger Gesetzgeber frei bestimmen. Er war ferner verpflichtet, die Grundsätze, nach denen Preußens Regierung bisher geführt worden war, in einer schriftlichen Verfassungsurkunde auszusprechen, deren Form und Inhalt ihm ebenfalls frei gestellt blieb. Endlich hatte der alte König durch das Staatsschuldengesetz vom 17. Jan. 1820 versprochen, daß dem künftigen Reichstage über die Staatsschulden jährlich Rechnung abgelegt, neue Schulden nur mit seiner Genehmigung aufgenommen werden sollten. Auch hiermit war streng genommen nur gesagt, daß die Reichsstände in regelmäßiger Wiederkehr einberufen werden mußten; die alljährliche Rechnungsablegung konnte ja, wenn man sich mit ihnen verständigte, auch vor einem Ausschusse des Reichstags stattfinden. Zum Überfluß besaß der Monarch die unbestrittene Befugnis, die Gesetze seines Vorgängers, sofern sie nicht die Rechte der Staatsgläubiger unmittelbar berührten, durch neue Gesetze aufzuheben.

Hier zeigte sich aber, daß ein konstitutioneller Fürst in vielen Fällen mächtiger ist als ein unbeschränkter Herrscher. Die Zurücknahme eines übereilten Versprechens, die im konstitutionellen Staate, wenn der Reichstag zustimmt, ohne jede Schwierigkeit erfolgt, mußte dem absoluten Könige als eine Verletzung der Ehrfurcht gegen seinen Vater, fast als eine sittliche Unmöglichkeit erscheinen. Friedrich Wilhelm fühlte sich in seinem Gewissen an die alten Verheißungen gebunden, und doch sträubten sich alle seine Neigungen und Doktrinen wider ihre wörtliche Ausführung. Ihr Kernpunkt lag offenbar in der Einberufung eines regelmäßig wiederkehrenden Reichstags; trat dieser nur erst als eine stehende Institution zusammen, in wie bescheidenen Formen immer, so mußte er sich unfehlbar weiter entwickeln. Durch die Bildung der Provinzialstände hatte einst nicht eigentlich die Reaktion, sondern der Partikularismus gesiegt. Um so nötiger war es jetzt, nachdem die Provinzen in einem Vierteljahrhundert sich doch leidlich zusammengefunden hatten, dem Sondergeiste der Landschaften ein starkes Gegengewicht zu geben, dem ganzen Volke endlich ein gemeinsames Arbeitsfeld zu eröffnen, auf dem sich ein bewußtes Preußentum, eine lebendige Staatsgesinnung betätigen konnte.

Das war es was Preußens Nachbarn vornehmlich befürchteten. Nicht

bloß Fürst Metternich und Zar Nikolaus lauschten besorgt auf jede Nachricht aus Berlin. Auch König Wilhelm von Württemberg beteuerte dem Gesandten Rochow beständig: er sei jetzt über das konstitutionelle Wesen ins klare gekommen und halte die preußischen Provinzialstände für die beste Form der Interessenvertretung.*) Die kleinen deutschen Fürsten dachten nur mit Zittern und Zagen an die Möglichkeit einer preußischen Verfassung. Bei dem bisherigen Zustande befanden sie sich allesamt recht behaglich, weil sie die Unzufriedenen daheim bald durch das abschreckende Beispiel des preußischen Absolutismus beschwichtigen, bald mit dem Unwillen der beiden Großmächte bedrohen konnten; was ward aus ihrer Souveränität, wenn ein preußischer Reichstag die Verfassungsherrlichkeit der Kleinen sofort in den Schatten stellte, wenn dies durch den Zollverein schon so mächtig erstarkte Preußen auch noch die Bühne des deutschen parlamentarischen Lebens wurde und den Deutschen täglich zeigte, welch ein Stolz es ist einem mächtigen Staate anzugehören?

Für diese einigende Kraft der Reichsstände besaß aber Friedrich Wilhelm gar kein Verständnis, weil ihm die Energie des preußischen Staatsgedankens fremd blieb. Er betrachtete die schöne Mannigfaltigkeit der Provinzialstände als einen Triumph des historischen Prinzips und warf noch in den dreißiger Jahren zuweilen die Frage auf, ob man nicht die alten Stände der Fürstentümer Magdeburg, Münster, Paderborn als Kommunallandtage wiederherstellen könne. Das stand ihm fest, daß die Provinziallandtage der Schwerpunkt der ständischen Verfassung Preußens bleiben sollten; nur in außerordentlichen Fällen dachte er sie allesamt nach Berlin zu berufen und also, ohne neue Wahl, einen Vereinigten Landtag zu bilden, der schon wegen seiner Schwerfälligkeit nur selten zusammentreten konnte. Diese Gedanken entwickelte er bereits als Kronprinz vor Leopold Gerlach; an ihnen hielt er mit seiner stillen Hartnäckigkeit fest, bis er sie nach Jahren endlich verwirklichte. Noch andere, rein doktrinäre Bedenken gegen die alten Verheißungen konnte er nicht überwinden. Eine schriftliche Verfassungsurkunde, wie sie der Vater versprochen, erinnerte den Sohn allzusehr an Rousseau und Rotteck-Welcker; niemals wollte er die freie Macht seiner Krone durch einen papiernen Vertrag beschränken. Ebenso anstößig schien ihm die Verheißung, daß die Reichsstände für alle Staatsschulden die Bürgschaft übernehmen sollten; in Kriegszeiten wollte er eine solche Beschränkung seiner monarchischen Gewalt nicht dulden. Es war eine Sorge, die nur den überfeinen Scharfsinn eines ganz unpraktischen Kopfes beunruhigen konnte. Denn für die ersten Ausgaben eines plötzlich hereinbrechenden Krieges boten der längst wieder gefüllte Staatsschatz, die reichlichen Überschüsse der Verwaltung, dazu noch die Bank und die Seehandlung vollauf genügende Mittel; und

*) Rochows Bericht, 29. Febr. 1840 ff.

war der Krieg erst im Gange, so ließ sich von der so oft, so glorreich bewährten Vaterlandsliebe der Preußen mit Sicherheit erwarten, daß ihr Reichstag notwendige Kriegsanleihen nicht verweigern würde.

Von solchen Zweifeln gepeinigt, hatte Friedrich Wilhelm einen bestimmten Entschluß noch nicht gefunden; nur das eine sagte ihm seine richtige Empfindung, daß der große Augenblick der Huldigung benutzt werden mußte um durch einen freien königlichen Befehl die Verfassungsfrage sofort zu entscheiden. Da wurde ihm zur unglücklichen Stunde jener Testamentsentwurf übergeben, welchen der Vater kurz vor seinem Ableben dem Fürsten Wittgenstein anvertraut hatte.*) Darin war vorgeschrieben, daß nur im Falle der Aufnahme einer neuen Anleihe ein Vereinigter Landtag aus 32 Abgeordneten der Provinziallandtage und ebenso vielen Mitgliedern des Staatsrats gebildet werden dürfte; überdies verlangte der alte Herr für jede Änderung der ständischen Verfassung die Zustimmung der Agnaten. Daß diese Aufzeichnungen im großen und ganzen der Ansicht des verstorbenen Königs entsprachen, ließ sich nicht bestreiten. Aber sie waren rechtlich unwirksam, da sie weder Unterschrift noch Datum trugen, und konnten nur als ein väterlicher Rat und Wunsch, nicht als ein bindendes Testament betrachtet werden, obgleich das Allgemeine Landrecht die letztwilligen Verordnungen der Mitglieder des königlichen Hauses als privilegierte Testamente von den üblichen Förmlichkeiten befreite; denn immer blieb die Frage offen, ob die Willensmeinung des Monarchen genau wiedergegeben sei. Der neue König zweifelte lange, wie er sich zu den Verfügungen des Vaters zu verhalten habe; er ließ alles, was sie über das Hausvermögen anordneten gewissenhaft ausführen und teilte das Aktenstück seinen Brüdern mit. Da erwiderte ihm der Prinz von Preußen sehr ernst, die Willensmeinung des Vaters müsse trotz ihrer mangelhaften Form unbedingt geachtet werden, ohne die Zustimmung aller erwachsenen königlichen Prinzen sei fortan jede Verfassungsänderung unzulässig.

Also gemahnt entschloß sich Friedrich Wilhelm, sofort bei der Huldigung die beabsichtigte Einberufung des seltsamen Landtags von 64 Mitgliedern anzukündigen, obgleich eine neue Anleihe zur Zeit gar nicht nötig war; auch eine Übersicht des Staatshaushalts wollte er den zur Huldigung versammelten Provinzialständen vorlegen und ihnen mitteilen, daß er seinem treuen Volke zur Morgengabe einen Steuererlaß zu gewähren denke. Durch solche freie Bewilligungen — so rechnete er — würden die Stände leicht gewonnen werden und sich gern entschließen, dafür auf die verheißene regelmäßige Berufung des Reichstags zu verzichten. Waren dergestalt die Befehle des Vaters mit Genehmigung der Agnaten ausgeführt, so konnte vielleicht später einmal, nach dem Ermessen der Krone,

*) S. o. IV. 725. 753.

ein großer Vereinigter Landtag, eine Versammlung aller Provinzialstände einberufen werden. Über diesen letzteren Plan äußerte sich der König vorerst noch nicht, obwohl er ihn in der Stille unverbrüchlich festhielt. Was er aber für die Huldigung beabsichtigte, das gab er schon zu Anfang Juli seinen Ministern kund und sagte in seinem Handschreiben: er besitze noch nicht die Autorität und das Vertrauen, welche sein Vater sich einst durch eine lange, gesegnete Regierung erworben hätte, darum dürfe er die ständische Frage nicht unentschieden lassen. Auch Boyen, Voß, Leopold Gerlach nahmen teil an den Beratungen, die sich durch Wochen hinzogen und zumal den Prinzen von Preußen tief erregten.

Für den Vorschlag des Königs erklärte sich nur einer der Befragten, General Boyen. Der alte Kriegsmann sah voraus, daß die erwartungsvolle Stille im Volke nicht mehr lange anhalten konnte, und sagte in einer Denkschrift vom 8. August: „In einem solchen zweifelhaften Falle ist es die Hauptfrage: soll die Regierung sich drängen lassen oder die Initiative ergreifen?" Überdies erwartete er bestimmt einen neuen Krieg gegen Frankreich, und wie er schon im Jahre 1808 die Berufung einer Ständeversammlung angeraten hatte, um die Krone zum Kampfe gegen Napoleon zu stärken, so verlangte er auch jetzt, daß unsere bewaffnete Macht „geistig höher" stehen müsse als die Heerscharen der Propaganda. Darum betrachtete er „diesen durch eine sonderbare Kette von Verhältnissen herbeigeführten Gedanken eines ständischen Ausschusses... als das beste und einfachste Mittel für unsere inneren und äußeren Staatsverhältnisse.... Kann jemand noch ein besseres Mittel angeben, in Gottes Namen! Aber für die gesetzliche Lenkung des Volksgeistes muß etwas in Zeiten geschehen." In einem Begleitschreiben rief er dem Könige zu: „Wir stehen gegenwärtig am Rubicon, aber der Übergang hat nicht wie bei Cäsar die Zerstörung zum Zweck. Nein, das Ziel ist das mutige Erhalten und zeitgemäße Aufbauen der vaterländischen Einrichtungen. Dies ist die von der göttlichen Vorsehung Eurer Majestät zugewiesene Aufgabe!"*) So klar der General das Ziel erkannte, ebenso schwer täuschte er sich über die Mittel und Wege. Eine Versammlung von 32 Provinzial-Abgeordneten war kein Reichstag, sondern nur ein ständischer Ausschuß, wie sie Boyen ja auch selbst nannte; durch eine so kümmerliche, fast spöttische Erfüllung des alten Königswortes konnten die Preußen weder befriedigt noch begeistert, sondern nur aufgereizt werden zur Forderung ihrer verbrieften Rechte. Diese Gefahr lag so nahe, daß selbst General Thile, der sich anfangs zu seinem Freunde Boyen gehalten hatte, bald bedenklich wurde, der Prinz von Preußen aber und die anderen Minister allesamt den Monarchen dringend warnten.

Dergestalt bewährte Friedrich Wilhelm jetzt schon seine verhängnis-

*) Boyens Denkschrift nebst Begleitschreiben an den König, 8. Aug. 1840.

volle Neigung, die Geschäfte an der falschen Stelle anzufassen; in bester Absicht verwirrte und verwickelte er die Frage also, daß beide Teile zugleich recht und unrecht hatten. Die Mehrzahl der Minister betrachtete die ständische Gesetzgebung der Monarchie als endgiltig abgeschlossen und verwarf jede Neuerung. Rochow vornehmlich, der vor achtzehn Jahren den Verhandlungen der Notabeln über die Errichtung der Provinzialstände beigewohnt*), versicherte in einer Denkschrift zuversichtlich, damals hätte „man allseitig die allgemeine Verfassungsfrage für abgetan gehalten". In ähnlichem Sinne äußerte sich Gerlach, der nachdrücklich hervorhob, daß die zur Huldigung einberufenen Stände sich unmöglich für befugt halten könnten eine so wichtige Angelegenheit alsbald zu entscheiden.**) Vor diesem allgemeinen Widerspruche verlor der König den Mut. Er legte sich nicht die Frage vor, ob es nicht ratsam sei, statt der geplanten bedenklichen Halbheit vielmehr eine ganze Gewährung zu wagen und den Preußen sogleich bei der Huldigung die Einberufung eines wirklichen, mit allen verheißenen Rechten ausgestatteten Reichstags anzukündigen. Für solche Pläne konnte er an Radowitz oder Canitz freudige Helfer finden. Da er aber durchaus selbst regieren wollte und in seinen Räten immer nur gleichgiltige Werkzeuge sah, so kostete es ihn auch wenig Überwindung, sich vorderhand noch mit Ministern zu behelfen, welche seinen reichsständischen Absichten widerstrebten. Schon halb entschlossen die unbequemen Pläne vorerst zu vertagen, besuchte er den befreundeten sächsischen Hof und traf dort in Pillnitz, am 13. August mit dem Fürsten Metternich zusammen. Er besprach sich mit ihm über die gemeinsamen Rüstungen gegen Frankreich, über die notwendige Reform der Bundesverfassung, nebenbei auch über die preußische Verfassungsfrage; und da der Österreicher, wie zu erwarten stand, den Bedenken der preußischen Minister lebhaft beipflichtete, so ließ der König für jetzt von seinen Vorsätzen ab. Also versäumte er zum ersten Male eine wunderbar günstige Stunde; und oft genug hat er späterhin bitterlich geklagt: „ich beweine eine neue verlorene Gelegenheit, wie deren so viele!!! seit Jahren verloren sind."***) Auch jetzt schon war er keineswegs mit sich zufrieden, sondern sagte traurig: „man wird sehen, welche üblen Folgen das haben wird."

Der Testamentsentwurf des alten Königs blieb also unausgeführt und wurde auf Befehl des Nachfolgers fortan streng geheim gehalten. Nunmehr faßte Friedrich Wilhelm den Plan, die Befugnisse der Provinzialstände Schritt für Schritt zu erweitern und dergestalt durch die belobte organische Entwicklung die dereinstige Berufung der Reichsstände

*) S. o. III. 237.

**) Rochows Denkschrift, 27. Juli; eine andere Denkschrift ohne Unterschrift, offenbar von Gerlach, 4. Aug. 1840.

***) König Friedrich Wilhelm an Thile, 10. Juni 1847.

vorzubereiten. Denn ganz etwas anderes als die süddeutschen Kammern sollte Preußens künftiger Reichstag werden, nicht eine Volksrepräsentation, sondern eine Versammlung von Ständen, welche ihre eigenen Rechte zu wahren hätten, eine im historischen Rechtsboden festgewurzelte Körperschaft, die eben deshalb weder den befreundeten Ostmächten Anstoß geben noch die preußische Monarchie dem Staate der Juli-Revolution in die Arme treiben könnte. Ganz und gar war der König erfüllt von jener alten Gentzischen Ständelehre, welche der Fürst von Solms-Lich den Höfen neuerdings wieder mundgerecht vorgesetzt hatte. Er übersah, daß der konstitutionelle bayrische Landtag doch auch nach dem Grundsatze der ständischen Gliederung gebildet war, und ahnte nicht, daß jeder preußische Reichstag, wenn er nur mehr war als ein kleiner Ausschuß, sich selbst für eine Volksvertretung ansehen, die öffentliche Meinung an den Tag bringen mußte. Weltkundiger als der König hatte Dahlmann schon vor Jahren diese notwendige Entwicklung vorausgesagt, als er in einem der schönsten Kapitel seiner „Politik" ausführte: dieselbe Macht der Geschichte, welche überall an die Stelle der Dienste das Geld, an die Stelle der Sitte die Einsicht, an die Stelle der Standesmeinung eine öffentliche Meinung gesetzt habe, sie nötige auch die alten Landstände zusammenzurücken zu einer Volksvertretung. Solche Worte konnte der König nur für revolutionär ansehen, denn der Führer der Göttinger Sieben warnte zugleich vor einer Doktrin, welche „den Staat halb als Vaterhaus halb als Kirche übertünchen" wolle.

Eben diese Idee des christlich-germanischen Patrimonialstaates war dem Monarchen heilig; sie wollte er verwirklichen — „auf Jahrhunderte hinaus", wie Fürst Solms zuversichtlich meinte — im bewußten Gegensatze zu den Staaten der Volkssouveränität und der papiernen Charten. Darum durfte ihm auch kein Untertan einreden in seine verborgenen Pläne. Im buchstäblichen Sinne verstand er die Mahnung, die ihm Leopold Gerlach in diesen Tagen zurief: jeder König wird unfähig zu regieren, wenn ihn das Volk nicht mehr für einen König von Gottes Gnaden hält. Wie zornig hatte er vor neun Jahren auf „diesen Pumpernickel-Lafayette" gescholten, als die westfälischen Stände an das Verfassungsversprechen zu erinnern wagten und der junge Fritz Harkort sich durch seine kühne Sprache hervortat. Das Volk sollte gehorsam abwarten, was des Königs Weisheit ihm schenken würde; nimmermehr wollte er sich drängen lassen.

Leider bekundeten jetzt schon mannigfache Anzeichen, wie wenig diese Regierung einem anhaltenden Drängen zu widerstehen vermochte. Zugleich mit der Verfassungssache hatte Friedrich Wilhelm auch die zweite der beiden großen Fragen, welche ihm sein Vater ungelöst hinterlassen hatte, den Bischofsstreit, ernstlich ins Auge gefaßt. Er beschloß, durch eine Sendung nach Rom, durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Papste den Zwist beizulegen und gestattete schon am 13. Juli dem Erz-

bischof Droste aus seiner ländlichen Heimat nach Münster überzusiedeln; nach Köln wollte er den Urheber des Streites auf keinen Fall zurückkehren lassen. Den anderen der beiden Erzbischöfe hingegen, Dunin, der noch rechtskräftig verurteilt in Colberg gefangen saß, dachte er sogleich wieder in sein erzbischöfliches Amt einzusetzen. Welch ein Mißgriff! Dunin war nicht nur der schuldigere der beiden Prälaten, da er ganz ohne Not ein seit Jahrzehnten anerkanntes Gesetz eigenmächtig aufgehoben hatte; er gehörte auch einer Provinz an, welche durch ihre Unbotmäßigkeit ebenso bekannt war wie das Rheinland durch seinen gesetzlichen Sinn und sich längst gewöhnt hatte, jede Tat königlicher Milde als deutsche Schwäche zu verspotten. Während am Rhein die Ruhe fast nirgends gestört wurde, nahmen in Posen die Kundgebungen lärmenden Zornes kein Ende: die Geistlichen verbreiteten ein Lied: „den Hirt und Vater raubt man seinen Kindern, den heil'gen Glauben will man uns entreißen."*) Grade diesen schlechtesten Untertanen Preußens, den Polen widmete Friedrich Wilhelm eine schwärmerische Zärtlichkeit. Er konnte nie vergessen, daß Platen ihn einst in den Polenliedern um Schutz für „das Volk der Leiden" angefleht und ihm zugerufen hatte:

Triumphe sind wie Niederlagen,
Wenn ihre Frucht besteht in Klagen.
Im grenzenlosen Hoß der Welt.

Mit den Radziwills und Raczynskis verband ihn alte Freundschaft. Durch Großmut hoffte er die Großmütigen, die in Wahrheit nur begehrlich waren, zu versöhnen.

Daher wurde schon am 17. Juli Geh. Rat Aulicke, ein hartkatholischer Westfale, der fortan in Preußens Kirchenpolitik noch lange eine verhängnisvolle Rolle spielen sollte, an den Gefangenen gesendet. Die verschmitzten Augen des glatten kleinen Polen leuchteten, er zerfloß in Dankbarkeit und versprach in einem höchst untertänigen Schreiben fortan Treue und Frieden zu wahren. Darauf gestattete ihm der König die Rückkehr und sprach zugleich die Hoffnung aus: „Es wird Mich freuen, durch die Betätigung Ihrer gegen Mich ausgesprochenen Verheißungen Mich bald in den Stand gesetzt zu sehen Sie an Meinem Hoflager zu empfangen."**) Die Heimkehr erfolgte, um Aufsehen zu vermeiden, am späten Abend des 5. August; aber natürlich hatte einer der adligen Vertrauten des Erzbischofs, Lipski, die Nachricht schon vorher verbreitet, so gestaltete sich denn die Einfahrt zu einem brausenden Triumphzuge, und es frommte wenig, daß der König dem Herrn v. Lipski nachträglich seinen Unwillen aussprechen ließ.***)

*) Bericht des Ministerialverwesers v. Ladenberg an den König, 3. Aug. 1840.

**) Instruktion für Aulicke, 17. Juli; Aulickes Bericht, 27. Juli; Dunin an den König, 24. Juli; Kabinettsordre an Dunin, 29. Juli 1840.

***) Ladenbergs Bericht an den König, 6. Aug.; Kabinettsordre an Ladenberg, 7. Aug. 1840.

Am nächsten Tage erklangen in allen Kirchen des Erzbistums wieder die Glocken und die Orgeln, die wegen der Gefangenschaft des Oberhirten bisher geschwiegen hatten. Die Stadt Posen veranstaltete eine große Erleuchtung zur Feier der Amnestie für die politischen Verbrecher, und wochenlang strömten Tag für Tag Hunderte von Andächtigen zu dem befreiten Märtyrer. Dunin versäumte auch nicht in Gnesen einzuziehen, wo ihm die Bauern die Pferde vom Wagen spannten; einer Pilgerschar, die zu der schwarzen Mutter Gottes von Czenstochau, der Regina Regni Poloniae wallfahrtete, erteilte er feierlich seinen Segen. So verhöhnte der Begnadigte die deutsche Staatsgewalt ins Angesicht; der so lange durch Flottwells Strenge niedergehaltene Deutschenhaß regte sich wieder, während dieser Saturnalien polnischer Siegestrunkenheit wurde der erste Keim gelegt für die Aufstände der nächsten Jahre. Unterdessen ließ der versöhnliche Hirtenbrief, welchen Dunin dem Monarchen versprochen hatte, noch immer auf sich warten. Erst nach langen peinlichen Verhandlungen mit der Regierung*) kam ein geschraubtes und gewundenes Rundschreiben zu stande (27. Aug.): den Geistlichen wurde zwar untersagt das förmliche Versprechen katholischer Kindererziehung zu fordern, anderseits aber völlig frei gestellt, ihre Mitwirkung bei der Abschließung gemischter Ehen zu verweigern. Die Entscheidung über die gemischten Ehen lag also fortan ausschließlich in der Hand des römischen Klerus; in Posen wie vorher schon am Rhein hatte der Staat völlig nachgegeben.**)

Damit die Posener Verhältnisse wieder in ruhigen Gang kämen, verlangte der König, daß die beiden alten Gegner, Dunin und der Oberpräsident Flottwell sich versöhnen sollten. Flottwell erklärte sich auch bereit die ihm anempfohlene Selbstverleugnung zu üben; der treue Mann ahnte schon, die Zeit des festen und gerechten deutschen Regimentes werde unter dem neuen Könige nicht mehr lange währen. Dunin dagegen weigerte sich den ersten Schritt zu tun, was ihm, dem Verurteilten, doch unzweifelhaft zukam. Der Oberpräsident, so versicherte er dem Könige, hätte ihn gar zu schlecht behandelt: „Die dadurch hervorgerufenen Gefühle auszutilgen vermag ich nicht, denn wenngleich Priester bin ich doch ein Mensch, und ein Wurm krümmt sich wenn er getreten wird." Zugleich fragte er ganz verwundert, warum man ihn noch immer nicht zum Krönungsfeste nach Königsberg eingeladen habe.***) Vergeblich suchte ihn Oberst Willisen, ein dem Könige nahestehender, mit dem polnischen Adel eng befreundeter Offizier, mindestens zur Wahrung des äußeren Anstandes zu bewegen; vergeblich erinnerte ihn Minister Rochow, im Auftrage des Monarchen, an die Christenpflicht der Versöhnlichkeit. Dunin blieb bei seinem Trotze;

*) Ladenberg an Dunin, 25. Aug. 1840.

**) S. o. IV. 700.

***) Dunin an den König, 24. Aug.; an Ladenberg, 22. Aug. 1840.

er hatte mit sarmatischer Schlauheit längst erkannt, daß er dieser Regierung alles bieten durfte.*) In der Tat ließ ihn der König zur Krönung an das Hoflager entbieten und gab sich der angenehmen Hoffnung hin, der Prälat würde den versäumten Besuch bei Flottwell späterhin noch nachholen. Dort in Königsberg umringte den Erzbischof alsbald der polnische Adel und begrüßte ihn als einen Vorkämpfer der Nation; mit höchster Dreistigkeit ward unter den Augen des Königs ausgesprochen, jetzt sei es Zeit den Deutschen Flottwell zu stürzen. Die öffentliche Meinung zeigte sich in diesen polnischen Dingen völlig urteilslos; sie war längst gewöhnt in jedem politischen Gegner der Regierung einen ehrwürdigen Märtyrer zu sehen und pries dankbar die Milde des neuen Herrschers.

Unterdessen wurden die Zurüstungen getroffen für die Huldigung in Königsberg. Sie sollte mit besonderer Feierlichkeit erfolgen; denn es geschah zum ersten Male, daß ein König von Preußen als völlig souveräner Herr aller seiner Lande den Thron bestieg. In dem alten Ordenslande hatte sich der verhaltene Parteihaß der letzten Jahre neuerdings noch mehr verschärft, seit General Wrangel, als Nachfolger des fein gebildeten taktvollen Natzmer, an die Spitze des ersten Armeekorps getreten war. Die ostpreußischen Kürassiere fühlten sich hoch geehrt, wieder unter die Befehle des kühnen Reitersmannes zu kommen, der sie einst im Befreiungskriege so ruhmvoll geführt hatte. Der Oberpräsident Schön aber vermochte in seinem Bildungshochmut weder die militärischen Verdienste noch die humoristische Gutmütigkeit des derben, polternden, streng konservativen Pommern zu würdigen; er verabscheute ihn ebenso gründlich wie den orthodoxen Generalsuperintendenten Sartorius und nannte ihn „das öffentlich dastehende Standbild der Stupidität und Unkultur". Der Haß der Männer ergriff auch die Frauenwelt Königsbergs: hier Schöns Freundin, die geistreiche, liebenswürdige, ganz demokratisch gesinnte Freiin Florentine v. Brederlow, dort seine feindliche Schwägerin Frau v. Bardeleben mit den Gottseligen des verrufenen Muckerkreises. Schöns Partei aber behauptete entschieden das Übergewicht. Durch seine langjährige Verwaltung fest mit dem Lande verwachsen, schien er vielen ehrwürdig, anderen schreckhaft, den meisten unentbehrlich; er beherrschte fast das gesamte Beamtentum und den größten Teil des Landadels, desgleichen die hierzulande weit verbreiteten Freimaurer und den ganzen Lehrerstand, der noch durchaus vom Geiste des alten Dinter erfüllt war. Mit den Gelehrten stand er von jeher auf gutem Fuße. Die akademische Jugend endlich verehrte ihn, nach der Legende der Provinz, als den bürgerlichen York, der auch in Zukunft der Vorkämpfer altpreußischer Freiheit bleiben müsse; denn seit kurzem war auf der Albertina das politische Leben etwas reger geworden, bei

*) Willisens Bericht an den König, 12. Aug. Rochow an Dunin, 29. Aug. 1840.

den alljährlichen Belle-Alliance-Festen auf dem Galtgarbenberge verherrlichten Dickert, Falkson und andere jugendliche Redner die künftige preußische Verfassung. Als nun die Kunde von dem Thronwechsel kam, da fanden die verhaltenen Wünsche den Atem wieder; die Provinz hoffte, alles werde jetzt anders und besser werden, die einen erwarteten ein unbestimmtes politisches Glück, andere eine Erleichterung des Druckes der russischen Grenzsperre, fast alle aber sahen in Schön den Staatsmann der Zukunft.

Und mochte er es auch ableugnen, unmöglich konnte er selbst solchen Hoffnungen fremd bleiben. Wie oft hatte er, alle diese Jahre über, ein Kabinett „das vor dem Volke stehe" gefordert. Die bisherigen Minister schienen ihm allesamt verächtlich, am verächtlichsten Rochow, der sein unglückliches Wort vom beschränkten Untertanenverstande der altpreußischen Stadt Elbing zugeschleudert und also den reizbaren Provinzialstolz tödlich beleidigt hatte. Diesen Abscheu erwiderten die Beamten der Berliner Zentralstellen, ohne Unterschied der Partei, aus Herzensgrunde; sie alle hatten unter Schöns schroffer Tadelsucht viel gelitten und oft beklagt, daß der alte König ihm alles nachsah. Der liberale Kühne, der mit dem erklärten Gegner des Zollvereins in beständiger Fehde lebte, sagte in seinen Erinnerungsblättern geradezu: „Nie hat, soweit meine Bekanntschaft reicht, das Prinzip der Lüge und Falschheit eine vollständigere Verkörperung erlangt als in diesem Manne." War es nicht natürlich, daß Schön diese seine geschworenen Feinde durch Männer seines Vertrauens zu verdrängen hoffte? Mit dem neuen Könige verband ihn eine langjährige Freundschaft, die allerdings, wie vormals Friedrich Wilhelms Verhältnis zu Niebuhr, nicht auf wirklicher Gesinnungsgemeinschaft ruhte, also ernste Prüfungen schwerlich aushalten konnte. In seinen sittlichen Grundanschauungen hatte der rationalistische Kantianer, der Gegner der historischen Schule mit dem christlich germanischen Monarchen wenig gemein. Seit seinen Kämpfen mit den Muckern war Schön in seinem Aufklärungs-Eifer immer fanatischer geworden und behauptete jetzt geradezu: „das rohe Gefühlsleben in den Formen der positiven Kirche schließt die Intelligenz aus;" stolz stellte er der Heuchelei der Jesuiten, Herrnhuter und Pietisten, die ihm alle gleich galten, sein eigenes „einfaches Christentum" entgegen, obwohl er in seiner Selbstüberhebung die christlichen Tugenden der Liebe, der Demut, der Wahrhaftigkeit mehr und mehr verlernte. Aber beide waren mit Niebuhr befreundet gewesen und erwärmten sich gern an den großen Erinnerungen des Befreiungskrieges, beide schwärmten für England, beide liebten leidenschaftlich das tapfere Volk des Ordenslandes und haßten die Bureaukratie der Hauptstadt; auch hatten sie schon oft zusammengearbeitet, bei dem Wiederaufbau der Marienburg und nachher in den ständischen Angelegenheiten. Dem Kronprinzen war es immer eine Freude, wenn er, gestützt auf das Fürwort des Oberpräsidenten, die An-

träge des preußischen Landtags im Staatsministerium verteidigen konnte; in den letzten Jahren glaubte er mit Schön ganz eines Sinnes zu sein, da sie beide, freilich aus sehr verschiedenen Gründen, die Kirchenpolitik der Krone entschieden mißbilligten. Er freute sich an den immer belebenden Gesprächen des geistreichen, vielerfahrenen Staatsmannes und entwarf sich von ihm nach seiner Künstlerweise ein ideales Bild, ohne zu bemerken, wie dicht Freimut und Verschlagenheit, dynastische Treue und parteiische Willkür, Vaterlandsliebe und Eitelkeit in diesem seltsamen Geiste beieinander lagen. Schöns Reformpläne gingen so weit nicht, wie die liberale Presse der kleinen Nachbarstaaten wähnte, die ihn jetzt beharrlich als Volksmann und antiken Charakter verherrlichte; ein preußischer Reichstag von etwa hundert Köpfen schien ihm genügend, bei der großen politischen Unerfahrenheit des Volks. Nur eine rasche Entscheidung hielt er mit Recht für notwendig. Zauderte die Krone, dann mußte sie durch den preußischen Landtag ehrerbietig an die alten Verheißungen erinnert werden. Von seinem geliebten Königsberg war einst die Befreiung des Landvolks und die Erhebung gegen Napoleon ausgegangen; warum sollte sich nicht nochmals aus diesem eigentlichen Königreiche Preußen ein Strom des Lichtes über Seiner Majestät übrige Länder ergießen?

Am 29. August hielt das Königspaar seinen Einzug in der alten Krönungsstadt. Die Schlächter ritten voran, nach dem Vorrechte, das sie sich hier, wie in Berlin, vor alters durch rühmliche Kriegstaten erkämpft hatten. Die anderen Innungen bildeten Spalier in den reichverzierten hochgiebligen Gassen, die Schiffe auf dem Pregel prangten im Flaggenschmuck. Der König kam zu Roß neben dem Wagen seiner Gemahlin daher und beantwortete die Anrede des Bürgermeisters mit wohlgewählten herzlichen Worten. Stürmisch, endlos erklangen die Jubelrufe aus den Massen; die Kinder ließen sich nicht halten und drängten sich an den Herrscher heran, der gütig lächelnd die kleinen Krausköpfe streichelte; es schien, als könnte nie mehr ein Mißklang das patriarchalische Verhältnis zwischen Fürst und Volk stören. Die nächsten Tage verbrachte der König bei den Übungen der Truppen, auf Ausflügen in das schöne Samland und bei mannigfachen Festlichkeiten. Mittlerweile versammelten sich am 5. Septbr. die preußischen Landstände. Sie waren durch eine Kabinettsordre v. 15. Juli einberufen und beauftragt, vor der Huldigung die beiden Fragen zu beantworten: ob eine Bestätigung ständischer Privilegien zu beantragen und ob eine besondere Vertretung des Herrenstandes bei der Huldigung zu erwählen sei? Die erste dieser Fragen mußte, obwohl sie sich nur an althergebrachte Formeln anschloß, unter den gegenwärtigen Umständen den Eindruck machen, als wollte der König selbst die Stände zu einer Äußerung über die Verfassungsfrage auffordern; Friedrich Wilhelm bemerkte die Gefahr nicht, weil er damals noch beabsichtigte, den Ständen selber die Berufung eines allgemeinen Landtags, nach den Plä-

nen des Vaters, anzukündigen. Inzwischen hatte er seine Absicht geändert, und da er jetzt mit leeren Händen kam, so verschuldete er selbst was er doch verhindern wollte: daß die Krone von ihrem treuen Volke gedrängt wurde.

Schön eröffnete den Landtag als königlicher Kommissar. Er gedachte zunächst des verstorbenen Königs und der jedem ostpreußischen Herzen teueren Reformperiode, welche „den letzten Rest der Sklaverei" vernichtet habe. In seiner klug berechneten Rede, die er überdies noch durch eine Denkschrift näher begründete, legte er sodann den Ständen die Antwort in den Mund, welche sie auf die Fragen des neuen Herrschers zu geben hätten: er riet ihnen, dem Könige, nach ihrem alten Ehrenrechte, das herkömmliche Huldigungsgeschenk von 100 000 Gulden anzubieten, dagegen auf die Vertretung eines besonderen Herrenstandes zu verzichten, auch auf die Bestätigung ihrer alten, aus der trüben Zeit der Klöster und der Zünfte stammenden Privilegien keinen Wert zu legen. Diese Ratschläge des mächtigen Oberpräsidenten eigneten sich die Landstände fast wörtlich an. Da er durch Brünneck, die Brüder Auerswald und andere Getreue die Versammlung vollkommen beherrschte, so läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß er auch an allem was nun folgte, insgeheim teilnahm; den Schein der amtlichen Zurückhaltung wußte er freilich so vorsichtig zu wahren, daß er nachher jede Mitwirkung in Abrede stellen konnte. Der Kaufmann Heinrich aus Königsberg, ein wohlmeinender, gemäßigt liberaler Mann, der nur dies eine Mal eine Rolle in der Geschichte Preußens spielen und nachher bald wieder vergessen werden sollte, beantragte nunmehr, den König um die Erfüllung der alten Verfassungsversprechen zu bitten. Im Sinne dieses Antrags wurde darauf eine ständische Denkschrift ausgearbeitet. Die Feder führte der ritterschaftliche Abgeordnete Alfred v. Auerswald, ein Sohn jenes wackeren alten Oberpräsidenten, der einst, noch vor der befreienden Gesetzgebung des Staates, zuerst die Hörigkeit auf seinen Gütern aufgehoben hatte. Wie sein Bruder, der jetzt als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt ebenfalls dem Landtage angehörte, war Alfred Auerswald vor Jahren auf dem Schloßhofe der alten Königsberger Ordensburg der tägliche Spielgefährte der königlichen Prinzen gewesen und ihnen seitdem in treuer Freundschaft verbunden geblieben.

In diesen Brüdern Auerswald, in dem zweiten Landtagsmarschall Saucken-Tarputschen, in Brünneck, Bardeleben und der großen Mehrzahl der anderen adligen Landstände Altpreußens offenbarte sich zur allgemeinen Überraschung eine neue politische Kraft, die man seither ganz übersehen hatte, weil sie sich im Stilleben der Provinziallandtage verlor. Die alten Adelsgeschlechter des Südens hatten bisher in ihrer großen Mehrzahl sich entweder dem neuen politischen Leben der Nation grollend ferngehalten oder sich der ultramontanen Partei angeschlossen, weil sie die Gewalttaten der rheinbündischen Tage nicht verschmerzen konnten;

und es war nur menschlich, daß der starke Bürgerstolz der Oberdeutschen adlige und reaktionäre Gesinnung fast für gleichbedeutend hielt. Hier aber trat ein patriotischer Adel hervor, fest verwachsen mit seinem Staate, königstreu durch und durch, stolz auf die kriegerischen Erinnerungen der schwarz-weißen Fahnen des Deutschen Ordens und des Königreichs Preußen, und dabei altväterisch einfach, unabhängig, freimütig bis zur Schroffheit, bei weitem nicht so radikal wie die Kammerredner des Südens, immerhin sehr empfänglich für die liberalen Ideen des Zeitalters. Wer diesen Männern herzhaft in die Augen sah, der mußte erkennen, daß Preußen an gesunden konservativen Kräften genug besaß um eine notwendige Reform getrost wagen zu können — wenn nur der König selber voranschritt. In den Verhandlungen des Landtags trat die politische Unreife der Zeit oft genug zu Tage; Heinrich selbst wußte in seinem Antrage zwischen der Assekurationsakte des Großen Kurfürsten und den neuen königlichen Verheißungen, die doch auf einem ganz anderen staatsrechtlichen Boden standen, noch nicht scharf zu unterscheiden. Aber keine einzige unehrerbietige Äußerung wurde laut, alle wetteiferten in Beteuerungen unverbrüchlicher Treue, und mitten unter unklaren, leeren Reden fiel doch schon das entscheidende Wort, worauf alles ankam: der preußische Reichstag werde dem Könige das sicherste und vielleicht einzige Mittel darbieten, die durch Raum, Sprache und Sitte vielfach getrennten Stämme seines Volks zu einen.

Nach ernster, gründlicher Beratung genehmigte die Versammlung am 7. Sept. mit 89 gegen 5, durchweg adlige, Stimmen die Denkschrift, welche den König um die Aufrechterhaltung und Vollendung der von seinem Vater neugegründeten verfassungsmäßigen Vertretung des Landes bat. Der Landtag gab sich der Hoffnung hin, daß Se. Majestät nicht anstehen würde, „das fortdauernde Bestehen der Provinzialstände, und in den Wegen des Vaters wandelnd, die verheißene Bildung einer Versammlung von Landesrepräsentanten Ihrem getreuen Volke allergnädigst zuzusichern". Die Stände sagten nichts was ihnen nicht zustand, sie gaben nur eine ehrerbietige Antwort auf eine königliche Frage, und wenn eine solche öffentliche Mahnung das Ansehen der Krone allerdings leicht gefährden konnte, so trug die Schuld der König selbst, der nicht verstanden hatte zur rechten Zeit die rechte Entscheidung zu geben. Durch diesen Beschluß ward das Eis gebrochen, der vor siebzehn Jahren notdürftig beschwichtigte preußische Verfassungskampf von neuem entfesselt.

Am Hofe fühlte man dies sogleich. Allgemein war die Entrüstung. Der Prinz von Preußen, der noch ganz in den streng absolutistischen Grundsätzen des Vaters befangen war, richtete sobald er von dem Vorhaben der Stände erfuhr, noch am 7. Sept. einen scharfen Brief an Schön: „Es ist in meinen Augen die höchste Illoyalität, einem neuen Souverän beim Antritt seiner Regierung Garantien abzufordern; und wenn selbst der selige König 1815 solche in Aussicht stellte, so blieb es

seiner Weisheit sowohl als der seiner Nachfolger vorbehalten, die Zeit zu bestimmen, wenn sie in Ausführung kommen sollten. Daß der selige König außerdem seit Einführung der Provinzialstände an jener weiteren Ausdehnung der ständischen Verhältnisse nicht gearbeitet hat, beweist wohl, wie in allem, sein tiefer und richtiger praktischer Blick, der ihn in der Modernität solcher Institutionen ringsum im Auslande nur Nachteil, Unruhe, Unzufriedenheit erblicken ließ . . . Anklang würde es bei allen finden, die Umsturz des Bestehenden wollen, die Selbstsuchts-Nährer sind und ihrer Eitelkeit frönen. Bei solchen Menschen populär zu sein ist nicht meine und nicht der wahren Patrioten Sache." Schön antwortete beschwichtigend: der Prinz möge der Sache keine Wichtigkeit beilegen, die ständische Denkschrift enthalte nichts Gefährliches, überhaupt könne ein preußischer Landtag nie etwas beschließen was dem Wohle des Königs zuwider sei.*) Mittlerweile setzte auch Minister Rochow alle Hebel ein um den König gegen die Stände einzunehmen.

Als Schön am folgenden Tage im Schlosse erschien, fand er den König sehr aufgebracht und schon halb entschlossen den Landtag schnöde abzufertigen. Auf das Zureden des alten Freundes beruhigte sich Friedrich Wilhelm allmählich und gestand: er wolle ja dasselbe wie die Stände, aber zur rechten Zeit und nach seinem eigenen freien Ermessen; er deutete auch einiges an von dem Plane eines großen Vereinigten Landtags, der ihn im stillen immer beschäftigte. Im Vorzimmer sagte Schön nachher zu Alexander Humboldt — wer will entscheiden, ob aus kluger Berechnung, oder in der Freude der ersten Überraschung?: — „der König ist noch liberaler als ich." Diese Äußerung wurde natürlich sofort überall verbreitet, und Schön, der in diesen Tagen mannigfache Beweise königlicher Gnade, den schwarzen Adlerorden und den Titel eines Staatsministers empfing, galt bei allen Ostpreußen schon für den unvermeidlichen Nachfolger des Ministers Rochow. Immerhin bewirkte Schöns Vermittlung, daß der Landtagsabschied v. 9. Sept. eine sehr freundliche Form erhielt.**) Der König sagte darin: sein Vater habe, bewogen durch die in anderen Ländern wahrgenommenen Ergebnisse, sein königliches Wort in reifliche Erwägung gezogen und demgemäß beschlossen, „von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretungen sich fern haltend", sein Wort einzulösen durch die Einführung der provinzial- und kreisständischen Verfassung. „Dieses edle Werk treu zu pflegen und einer immer ersprießlicheren Entwicklung entgegen zu führen" sei dem neuen

*) Prinz v. Preußen an Schön, 7. Sept. 1840. Antwort 8. Sept. früh.

**) Die Darstellung Schöns (Aus den Papieren III. 137) ist offenbar gefärbt und lückenhaft. Der wirkliche Hergang ergibt sich aus dem Briefe des Prinzen von Preußen, aus den Andeutungen A. v. Auerswalds (Der preußische Huldigungslandtag i. J. 1840 S. 32 f.), endlich aus den mündlichen Erzählungen Schöns an Frl. v. Brederlow, die mir von guter Hand mitgeteilt sind.

Herrscher „eine der wichtigsten und teuersten Pflichten des königlichen Berufes".

Die Bitte des Landtags war also abgeschlagen, der König stellte nicht einmal für die Zukunft irgend etwas Bestimmtes in Aussicht, da es ihm gegen die Ehre ging, sich von vorwitzigen Untertanen treiben zu lassen. Darum fühlte sich auch Zar Nikolaus sichtlich erleichtert; er dankte seinem Schwager, weil die dornige Verfassungsfrage „ein- für allemal" abgetan sei.*) Die Abweisung erfolgte jedoch in so gnädigem Tone, und Schön wußte seinen Landsleuten von den freisinnigen Absichten des Monarchen so viel Herrliches zu erzählen, daß die Stände in der Tat glaubten, der Landtagsabschied enthalte, weil er doch von der Entwicklung des Bestehenden spreche, mindestens eine halbe Gewährung. Sie begrüßten die Verlesung des Aktenstückes mit freudigen Hochrufen. So ward der Grund gelegt für ein verhängnisvolles wechselseitiges Mißverständnis. Wer hätte auch jetzt da der Jubel des beginnenden Huldigungsfestes alles übertäubte, noch die Stimmung gefunden zu ruhigem Nachdenken? Ohnehin konnte sich der Landtag keineswegs auf eine feste durchgebildete Volksüberzeugung stützen. Da Parteien noch nicht bestanden, so mochten sich manche der Landstände bei dem Beschlusse wenig gedacht haben, nur die Führer der Mehrheit waren sich ihres Zweckes bewußt. Aber auch die fünf Stimmen der Minderheit des Landtags besaßen in der Provinz einen starken Anhang. Siebenundzwanzig der zur Huldigung einberufenen adligen Grundbesitzer traten noch am 8. Sept., geführt von dem Grafen Dohna-Schlobitten zusammen um gegen die Denkschrift des Landtags Verwahrung einzulegen: sie seien, so versicherten sie dem Könige, mit den bestehenden Provinzialständen vollauf zufrieden und wünschten keine Neuerung.

Im Volke fragte noch niemand nach diesen politischen Gegensätzen, alles dachte nur an den königlichen Gast und wie man ihn verherrlichen sollte. Am Abend des 9. Sept. gab die Provinz dem Monarchen ein prachtvolles Fest; in lebenden Bildern traten die großen Gestalten der reichen Landesgeschichte auf; Männer aller Stände und aller Richtungen wirkten einträchtig zusammen; der liberale Theolog Cäsar v. Lengerke hatte die begleitenden Verse gedichtet, die der junge Jurist Eduard Simson mit klangvoller Stimme vortrug. Am folgenden Tage versammelten sich die Deputierten der Provinzen Preußen und Posen zur Huldigung; mehr denn zwanzigtausend Menschen standen in dem weiten Hofe und an den Fenstern des Schlosses zusammengedrängt; der königliche Thron prangte auf einem Altane, von dem eine mächtige Freitreppe in den Hof hinabführte. Der Kanzler und der Landtagsmarschall des Königreichs Preußen hielten ihre Ansprachen in der herkömmlichen Weise; nur der

*) Liebermanns Bericht, 29. Sept. 1840.

Posener Landtagsmarschall Graf Poninski versagte sich's nicht sehr deutlich zu erinnern an „die erhabenen, väterlichen Worte des großen Königs", der seinen polnischen Untertanen verheißen habe ihnen Volkstümlichkeit und Sprache zu wahren. Als darauf die Eidesformel verlesen wurde, klang plötzlich durch die feierliche Stille grell und schneidend, wohl zehnmal wiederholt, der Warnungsruf eines wahnsinnigen Weibes: Schwört nicht, schwört nicht! Der unheimliche Eindruck der Störung ward aber sogleich vergessen, als der König vom Throne aufstand und, die Rechte feierlich erhoben, vor allem Volke gelobte, ein gerechter Richter, ein treuer, sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König zu sein. Dann pries er in hochbegeisterten Worten dies Preußen, seine Wehrhaftigkeit ohnegleichen und die Einheit von Fürst und Volk: „So wolle Gott unser preußisches Vaterland sich selbst, Deutschland und der Welt erhalten! Mannigfach und doch eines. Wie das edle Erz, das aus vielen Metallen zusammengeschmolzen, nur ein einziges edelstes ist, keinem anderen Roste unterworfen als dem verschönernden der Jahrhunderte." Unbeschreiblich war die Wirkung dieses rhetorischen Meisterwerkes, das wie alle Werke geborener Redner den Hörenden noch viel herrlicher erschien als späterhin den Lesenden; fast niemand fragte nüchtern, ob denn alle diese schwungvollen Beteuerungen, alle diese prächtigen Bilder irgend einen greifbaren politischen Inhalt hätten. Einer der neuen politischen Lyriker, der Student Rudolf Gottschall sang:

Das Volk
Steht wie Danae in heißem Wollustsehnen, Glutverlangen,
Seiner Worte goldnen Regen in dem Schoße zu empfangen!

Alles schwamm in Freuden, und noch einige Tage hindurch währte der bacchantische Taumel.

Währenddem zeigte sich aber schon wieder die mühsam verhaltene politische Feindseligkeit. Umsonst hatte Graf Poninski seine rührsamen Bemerkungen über die treuen Polen nicht ausgesprochen. Die polnischen Abgeordneten berieten untereinander über eine Adresse an den König, und da sie, wie gewöhnlich, nicht einig wurden, so erbat sich Graf Eduard Raczynski als alter Freund Friedrich Wilhelms eine Audienz. Mit sarmatischer Feinheit wußte er die weiche Stimmung des Königs, der jetzt ganz in Tränen der Rührung zerfloß, zu benutzen und hielt ihm noch einmal alle die schon so oft auf den Provinziallandtagen besprochenen Klagen der Polen vor: der weiße Adler und der Name eines Großherzogtums würden der Provinz versagt, das Deutschtum bevorzugt, die polnische Sprache in den Schulen wie bei den Behörden zurückgesetzt, von polnischen Beamten nur eine kleine Zahl angestellt. Es war, trotz der ehrerbietigen Form, eine scharfe Anklage gegen das Regiment des tapferen Flottwell.*) Der König verlangte

*) Denkschriften von Grolman und Flottwell, 6. Okt., von Thile, 23. 29. Dez. 1840.

zunächst genauere Beweise, doch man merkte ihm an, daß seine Polen ihn schon halb gewonnen hatten.

Nicht ganz so gnädig behandelte er die preußischen Landstände, als sie ihm am 11. Sept. ihren treuherzigen Dank für den Landtagsabschied aussprechen ließen. Sie sagten in ihrer Adresse: „Fester noch, ist es möglich, als vorher ist das Demantband gezogen, welches um Preußens königlichen Herrscher und sein treues Volk sich schlingt.“ Der König aber hielt den Abgesandten eine lehrhafte, an feinen Bemerkungen reiche Ansprache, welche leider die allgemeine Verwirrung nur steigern konnte. Auf das lebhafteste versicherte er seinen Widerwillen gegen alle auf Pergament geschriebenen Staatsgrundgesetze und hob hervor, England biete, kraft einer ganz eigenartigen Geschichte, das einzige Beispiel einer glücklichen konstitutionellen Verfassung. So sagte er wohl was er nicht wollte; was er selbst beabsichtigte blieb im Dunkeln. Begreiflich daher, daß alsbald sehr verschiedene Berichte über seine Rede umliefen, und Rochow in der Königsberger Zeitung erklären ließ, die Worte des Königs seien mißverstanden worden. Inzwischen reiste Friedrich Wilhelm ab, und nun entspann sich ein häßlicher Zeitungskrieg, an dem auch mehrere Mitglieder jener letzten ständischen Abgesandtschaft teilnahmen. Jedermann fühlte, daß Rochow und Schön hinter den Streitenden standen; die Nebenbuhler bekämpften einander durch die Federn dritter, beide mit der gleichen Heftigkeit persönlichen und politischen Hasses. Endlich erwirkte Rochow, daß ihn der König durch Kabinettsordre vom 4. Okt. beauftragte die Königsberger Verhandlungen bekannt zu machen, „um jeder irrigen Ansicht entgegenzutreten, als ob ich meine Zustimmung zu dem Antrage auf Entwicklung der Landesverfassung im Sinne der Verordnung vom 22. Mai 1815 ausgesprochen hätte“. Die Ordre sagte im Grunde nur das nämliche wie der Landtagsabschied, doch sie sagte es in scharfem, schneidendem Tone und zerstörte mit einem Schlage alle die holden Träume der Ostpreußen. Wie Schuppen fiel es ihnen von den Augen, sie glaubten sich in dem Könige getäuscht zu haben, und von Stund' an erhob die Opposition, die während der Festtage fast verschwunden gewesen, wieder ihr Haupt. Schön aber, der die Hoffnung noch nicht aufgab, verbreitete geflissentlich das Gerücht, diese unzweifelhaft die Herzensmeinung Friedrich Wilhelms aussprechende Ordre habe Rochow dem Monarchen durch Überraschung abgelistet.

Außerhalb Ostpreußens bemerkte man von diesem unerquicklichen Nachspiele gar nichts; so gering war noch, dank den Provinzialständen, der politische Verkehr zwischen den Landesteilen der Monarchie. Die Berliner wollten sich nicht gedulden bis zu dem zweiten Huldigungsfeste, das in der Hauptstadt von den Vertretern aller deutschen Bundeslande des Königs abgehalten werden sollte, sondern verlangten das Herrscherpaar schon bei seiner Heimkehr festlich zu begrüßen, und Friedrich Wilhelm

willfahrte dem Wunsche durch eines jener geistreichen, mehr blendenden als überzeugenden Schlagworte, mit denen er zu spielen liebte. Er meinte, sein Vater, der so viel für das Land getan, hätte bescheiden sein dürfen, er selber habe sich dies Recht noch nicht erworben. Der Einzug erfolgte am 21. Sept., vom Frankfurter Tore her, unter Glockengeläute und Kanonendonner, als ob der König aus einem siegreichen Kriege zurückkäme. Schwungvolle Reden und Gedichte beteuerten die unbegrenzte Ergebenheit „der getreuesten Stadt des Landes". Ehrenpforten, Fahnen, Kränze allüberall, und in den Volksmassen ein rasender Jubel, wie ihn Berlin selbst bei der Rückkehr der Befreiungskämpfer nicht gehört hatte. Als der König, ganz erschöpft von dem Übermaße der Freuden, endlich die Schloßtreppe hinaufstieg, sagte er ahnungsvoll zum Oberbürgermeister Krausnick: „Das ist ja ein Taumel, eine wahre Trunkenheit. Wenn nur der Katzenjammer nicht nachkommt!"

Schon lange vor dem 15. Oktober, dem Tage der großen Huldigung trafen die Abgeordneten, alle froh erregt, in der Hauptstadt ein. In diesem heiteren geselligen Verkehr lernten sich die Vertreter der verschiedenen Provinzen zum ersten Male persönlich kennen und sie entdeckten mit freudigem Erstaunen, daß sie trotz so mancher Unterschiede doch allesamt gute Preußen waren. Aber während die landschaftlichen Vorurteile sich abschliffen, bestanden die alten sozialen Gegensätze noch in ungeminderter Schärfe fort. Das zeigte sich bei einer geringfügigen Etikettenfrage. Die brandenburgische Ritterschaft besaß von alters her das Vorrecht den Treueid persönlich in die Hand des Landesherrn abzuleisten, ein Recht, das sie noch bei der letzten Huldigung ausgeübt hatte. Da der König seine treuen Märker unmöglich eines alten Ehrenrechtes berauben konnte, so beschloß er, die sämtlichen Vertreter des Herrenstandes und der Ritterschaft aus den sechs Provinzen in seinen Gemächern zu empfangen; die Abgeordneten der Städte und des Bauernstandes sollten nachher unter freiem Himmel, im Lustgarten huldigen, weil die Räume des Schlosses dafür nicht ausreichten. Die Anordnung war ganz harmlos gemeint; doch sie erregte unter den Vertretern der Städte eine lebhafte Entrüstung, die von der liberalen Presse außerhalb Preußens geflissentlich geschürt wurde. Durch eine solche Bevorzugung des Adels fühlte sich der Bürgerstolz beleidigt. Oberbürgermeister Francke von Magdeburg versuchte mit Hilfe des Grafen Stolberg zu vermitteln, und der König stellte den Städten frei, eine Deputation in das Schloß zu senden. Die märkischen Ritter andererseits erklärten, nach ihrem guten Rechte, sie würden wohl auf Befehl des Monarchen, doch nimmermehr freiwillig ein Privilegium ihres Landes aufgeben. Die Städter versammelten sich nunmehr zu einer Beratung im Grauen Kloster, und Rochow, der hier sehr mild und versöhnlich auftrat, bewog sie schließlich, sich bei der ursprünglichen Anordnung zu beruhigen. Aber während der Verhandlung fielen starke,

fast drohende Worte, und man machte die überraschende, auch für die Zukunft bedeutsame Erfahrung, daß die Abgeordneten aus dem Westen, die man allgemein wegen ihres Radikalismus fürchtete, den ganzen Streit sehr leicht nahmen, während die Vertreter von Frankfurt, Breslau, Prenzlau und anderen Städten der alten Provinzen ihren lang verhaltenen Adelshaß heftig aussprachen.*)

Das alles verhallte bald in dem unermeßlichen Jubel des Huldigungsfestes. Der König nahm zunächst im Schlosse den Eid der Fürsten, der Geistlichkeit, der Ritterschaft entgegen und beteuerte ihnen, daß sie nicht eine sogenannte glorreiche Regierung zu erwarten hätten, die mit Geschützesdonner und Posaunenton die Nachwelt ruhmvoll erfülle, sondern eine einfache, väterliche, echt deutsche und christliche Regierung. Alsdann begab er sich auf den in Gold und Purpur prangenden Anbau des Schlosses, wo der Thron stand: gegenüber die flaggengeschmückten Tribünen für die Vertreter der Städte und des Bauernstandes; dazwischen tief unten die Innungen der getreuen Hauptstadt mit ihren Fahnen; ringsum an den Fenstern und auf den Dächern des mächtigen Platzes eine ungeheuere Menschenmasse, alles in musterhafter Ordnung. Noch bevor der Huldigungseid den beiden untersten Ständen abgefordert wurde, stand der König vom Throne auf, um abermals, noch ausführlicher und eindringlicher als in Königsberg, zu seinem Volke zu reden. Er gelobte im Sinne des Vaters als ein gerechter und friedfertiger König zu regieren, und fragte sodann alle die Anwesenden: „Wollen Sie mir helfen und beistehen, die Eigenschaften immer herrlicher zu entfalten, durch welche Preußen mit seinen vierzehn Millionen den Großmächten der Erde zugesellt ist? — nämlich: Ehre, Treue, Streben nach Licht, Recht und Wahrheit, Vorwärtsschreiten in Altersweisheit zugleich und heldenmütiger Jugendkraft? Wollen Sie in diesem Streben mich nicht verlassen noch versäumen, sondern treu mit mir ausharren durch gute wie durch böse Tage — o, dann antworten Sie mir mit dem klaren, schönsten Laute der Muttersprache, antworten Sie mir ein ehrenfestes Ja!" Unbeschreiblich war der Eindruck dieser Worte, in denen sich Friedrich Wilhelms Künstlerseele wie mit elementarischer Gewalt entlud. Der schönste Laut der Muttersprache ertönte aus Tausenden ehrlich begeisterter Herzen; selbst ein heftiger Regenschauer, der plötzlich herniederprasselte, störte die allgemeine Verzückung nicht. Und nun rief der König: „Dies Ja war für mich, das ist mein eigen, das lass' ich nicht, das verbindet uns unauflöslich in gegenseitiger Liebe und Treue, das gibt Mut, Kraft, Getrostheit, das werde ich in meiner Sterbestunde nicht vergessen!" Darauf erst ward der gesetzliche Huldigungseid geleistet, und die stürmische Begeisterung dieses

*) Nach den Aufzeichnungen Kühnes, der hier die sehr ausführlichen Mitteilungen seines vertrauten Freundes Francke wiedergibt.

unvergeßlichen Augenblicks hielt noch mehrere Tage hindurch an, bis zum Ende der prächtigen, überaus geschmackvollen Festlichkeiten.

Was diese treuen Royalisten in Berlin erregte war trotz der Verschiedenheit der politischen Gesinnung im Grunde doch nur derselbe Drang nach großen Worten und großen Empfindungen, der einst die Volksredner des Hambacher Festes beseelt hatte. Die lyrische Stimmung der goldenen Tage unserer Dichtung war noch immer nicht verflogen. Die Berliner wie vordem die Hambacher Festgenossen wollten, nach einer stillen, allzu nüchternen Zeit, ihrem starken patriotischen Gefühle einmal Luft machen. Wie die staatlosen Pfälzer sich nach einem Vaterlande irgendwo in den Wolken sehnten, so freuten sich die Preußen ihres glorreichen, waffengewaltigen Staates. Und wie einst in Hambach die treuherzige Begeisterung des deutschen Gemüts durch radikale Zuchtlosigkeit getrübt wurde, so ward jetzt in Berlin durch die mächtige Aufwallung wahrhaftiger Königstreue auch der ekle Bodensatz jener Bedientengesinnung emporgewirbelt, welche selbst in edlen Monarchien niemals völlig fehlt und bei Thronwechseln sich in ihrer ganzen Niedertracht zu zeigen pflegt. Manche der Festredner und Huldigungsdichter wußten gar kein Maß zu halten in ihren schmeichlerischen Lobsprüchen für einen König, dessen Taten alle noch der Zukunft angehörten. Salbungsvolle Theologen priesen den Chrysostomus auf dem Throne, und Ludwig Tieck sang gar:

Was sind Triumphezüge
Der Cäsarn, aller der Imperatoren,
In römischer Tyrannenzeit geboren . . .
Ja selbst des Heldenjünglings stolzer Siegeszug . . .
Der bis zum fernen Ganges seine Waffen trug?
— Darf man sie wohl vergleichen
Mit unsers Fürsten Zug durch seine Gauen,
Wo Lieb' ihm und Vertrauen
In Feld und Wald und Stadt in allen Reichen
Entgegentrat, und Freudenträn' ihm glänzte,
Und stark und männlich groß er sich bekränzte,
Statt Lorbeer mit dem Laub der vaterländ'schen Eichen?

Das Buch „der Preußen Huldigungsfest", worin der alte Geheimrat Streckfuß die Festlichkeiten der beiden Hauptstädte und der Provinzen schilderte, konnte von freien Männern nur mit gemischten Gefühlen betrachtet werden; es war der Untertänigkeit gar zu viel in allen diesen Kundgebungen preußischer Treue, und der wackere Verfasser selbst verfiel zuweilen in einen byzantinischen Ton, den sich unter dem nüchternen, jeder Schmeichelei unzugänglichen alten Könige niemand erlaubt hatte.

Immerhin mußte jedermann beim Lesen dieser Festberichte empfinden, wie stark und volksbeliebt Preußens Krone dastand. Graf Maltzan meldete aus Wien immer wieder, Metternich könne das Gefühl einer Eifersucht, „welche eigentlich dem vergangenen Jahrhundert angehören sollte", nicht unterdrücken; vornehmlich beunruhigte den Staatskanzler die

Königsberger Rede des Posener Landtagsmarschalls, weil sie die Polen in Warschau und Lemberg aufwiegeln müsse. Der greise Erzherzog Karl hingegen sagte zu Maltzan hocherfreut: die Reden des Königs haben den öffentlichen Geist geweckt, „ich erhoffe davon das gemeinschaftliche Wohl des deutschen Vaterlandes.“*) Welch ein Abstand doch zwischen diesem festgewurzelten deutschen Königtum und der Monarchie der Juli-Revolution! An dem nämlichen Tage, da dem preußischen Könige das jauchzende Ja seiner Getreuen entgegenscholl, richtete in Paris ein Mordgeselle — es war seit zehn Jahren der fünfte — die tödliche Waffe gegen Ludwig Philipp. Und war es nicht auch ein Triumph für die Sache des Königtums, daß sie einen so glänzenden persönlichen Vertreter fand? Bisher hatten die Liberalen sich im alleinigen Besitze der Bildung und der Beredsamkeit gewähnt, da die trockenen Geschäftsmänner der kleinen Regierungen als Redner gegen die Wortführer der Opposition nur selten aufkamen. Jetzt trat ein gekröntes Haupt auf, das durch den Adel seiner Rede und die Fülle seiner Bildung den Liberalismus ganz zu verdunkeln schien. Die strengen Hallerianer frohlockten über die so plötzlich wieder erstarkte Macht des Königtums von Gottes Gnaden. Nun endlich, rief das Berliner Wochenblatt, wird dem revolutionären Repräsentativsystem des Auslands etwas Positives entgegengestellt, der Patrimonialstaat: „Derjenige müßte den Irrlehren der neuzeitlichen Staatslehre bis zum Stumpfsinn verfallen sein, wer ein dürftiges Schreibwerk, was die Fürsten und Völker einander mißtrauisch gegenübergestellt, diesen im Angesicht Gottes und der Menschen übernommenen Verpflichtungen vorziehen wollte.“

Aber nach den unmäßigen Übertreibungen der Huldigungstage mußte in einem verständigen Volke sehr bald der Rückschlag eintreten. Die Ernüchterung zeigte sich zuerst in den Kreisen der strammen Monarchisten. Sie empfanden die überschwengliche Verherrlichung des Sohnes als eine Undankbarkeit gegen den Vater, und man bemerkte bald, wie nachdrücklich der Prinz von Preußen in seinen Anreden an die Offiziere immer wieder die unvergeßlichen Verdienste des verstorbenen Königs hervorhob.**) Eben diesen Männern, die mit ihren Schwüren kein Spiel treiben wollten, drängte sich unabweisbar die Frage auf: was es denn eigentlich bedeuten sollte, daß der neue König außer dem Huldigungseide, der ihm von Rechts wegen gebührte, noch ein zweites Versprechen gefordert hatte? Wer in solcher Weise ein freies Ja von seinen Untertanen erbat, der gab ihnen auch das gefährliche Recht nein zu sagen. Und war denn wirklich durch jenes feierliche Ja eine neue, über die allgemeine Untertanenpflicht hinausgehende Verbindlichkeit begründet wor-

*) Maltzans Berichte, Okt. Nov. 1840.

**) Bergers Bericht, 6. Jan. 1841.

den? Der König selbst glaubte es fest; er meinte, durch jene Fragen, die er den Huldigenden gleichsam über den Kopf geworfen, sei eine ganz eigenartige Verbindung zwischen ihm und seinem Volke entstanden, höchstpersönlich wie einst das Verhältnis der mittelalterlichen Fürsten zu ihren Fideles. Immer wieder kam er darauf zurück. Noch fünf Jahre später, als die Magdeburger Stadtbehörden scharf, aber in gesetzlicher Form, einer seiner kirchenpolitischen Anordnungen widersprachen, ließ er ihnen die zornige Frage stellen: „ob das die Erfüllung des feierlichen Huldigungsversprechens sei, mir beizustehen, mir treu zu helfen auf meiner schweren Bahn?"*)

Jenes rührende Gelöbnis, das er doch nur plötzlich, fortgerissen von der Größe des Augenblicks, halb erzwungen hatte, bestärkte ihn also in der unseligen Neigung, politische Gegner als persönliche Feinde, ja als Abtrünnige oder Meineidige zu behandeln. Sobald man nur erst anfing ruhig nachzudenken, mußte jedermann einsehen, daß die hochtönenden Reden des Königs keinen einzigen politischen Gedanken enthielten: sie verkündeten nur den Anbruch einer neuen Zeit und sagten schlechterdings nicht was diese Zukunft bringen sollte. Darum meinte der kluge schlesische Fabrikant Milde trocken, der König sei ein großer Komödiant — was er mit Absicht niemals war. Billiger urteilte Friedrich v. Gagern; er sagte: solche Pfarrerspredigten, Domines Pratjes, bezeichnen nicht den Mann der Tat! Der Wind der Volksgunst setzte plötzlich um, am raschesten in der Hauptstadt. Die Berliner schämten sich, so viel Gefühl gezeigt zu haben, und nun da sie sich wieder auf sich selbst besannen, begannen sie dem Fürsten zu zürnen, der sie durch den Zauber seiner Persönlichkeit verführt hatte, ihre eingefleischte ungemütliche Altklugheit einmal zu verleugnen. Je stürmischer in den Festtagen der Enthusiasmus aufgebraust war, um so behaglicher entfalteten sich nunmehr alle Unarten des Berlinertums: die Klatscherei, das kleinliche Afterreden, das Besserwissen in allem und jedem. Mit einer Bosheit, die an die schmählichen Zeiten des Tilsiter Friedens erinnerte, wurde alles was von oben kam, bekrittelt, verhöhnt, heruntergerissen; und schon zeigten manche Schritte des Königs, wie unsicher er sich im Regimente fühlte. In Königsberg hatte er bei den üblichen Adelsverleihungen empfohlen, daß der neue Titel nur mitsamt dem Grundbesitze der Familie auf den ältesten Sohn übergehen sollte; er mußte jedoch, wie vormals sein Schwager Ludwig von Bayern, die Erfahrung machen, daß dieser wohlgemeinte Versuch englischen Adelsbrauch in Deutschland einzubürgern auf den unüberwindlichen Widerstand altnationaler Sitten und Unsitten stieß. Bereits bei der Berliner Huldigung sah er sich genötigt die neue Anordnung abzuändern weil die alten Edelleute einen bloß an der Scholle haftenden Adelstitel nicht für voll an-

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 29. Mai 1846.

sahen. Die Berliner aber begrüßten fortan jede Niederlage ihres Königs mit lauter Schadenfreude; sie verspotteten sich selbst wegen der Begeisterung der Huldigungstage und übersetzten die damals so oft gehörten Worte: „das gelobe und schwöre ich" mit dem anmutigen Satze: „dat globe ik schwerlich."

Die nächsten Wochen brachten einige wichtige Berufungen. Geh. Rat Eichhorn wurde zum Nachfolger Altensteins ernannt, und seine Beförderung befriedigte das Publikum; denn obwohl die in der Politik gründlich unwissenden Hauptstädter nie ein Wort davon erfahren hatten, was dieser Mann für die Geschichte des Zollvereins bedeutete, so wußten sie doch durch das Stadtgerede, daß er in Wien als Demagog verrufen war; und überdies besaß er ein Verdienst, das die Stadt der Intelligenz einem Minister sehr hoch anrechnete: er war bürgerlich. Auch die Berufung der Gebrüder Grimm an die Berliner Akademie fand allgemeine Zustimmung. Mit Albrecht ward ebenfalls verhandelt; er lehnte jedoch ab, aus Dankbarkeit gegen seine sächsischen Gönner. Man konnte nicht leugnen, daß der König die hochherzige Absicht hegte, die Mißhandlung der Göttinger Sieben zu sühnen. Die Freude währte nicht lange, denn zur selben Zeit ward der Schwager der Grimms, Hassenpflug an das Berliner Obertribunal berufen. Der hatte seit seinen hessischen Mißgeschicken erst in Sigmaringen, dann in Luxemburg als Minister gewirkt und sich in der Westmark redlich bemüht, die Unabhängigkeit des deutschen Großherzogtums gegenüber dem niederländischen Königreiche zu sichern. Niemand rechnete ihm das an; er war und blieb der öffentlichen Meinung der kurhessische Reaktionsminister. Obwohl er nur ein seiner großen juristischen Befähigung durchaus entsprechendes Richteramt erhielt und niemals auf den Gang der inneren preußischen Politik irgend eine Einwirkung ausübte, so befürchtete man doch sogleich das Ärgste, da er mit den Gerlachs befreundet war. Ein Gedicht kam in Umlauf, zu singen nach der Melodie des neuen Rheinliedes:

Wir wollen ihn nicht haben,
Den Herrn von Haß und Fluch!
Scheinheiliger Gespiele
Im frommen Höflingstroß,
Der Stolberg, Gerlach, Thile,
Der Radowitz und Voß.

In solchem Tone redeten die Berliner schon über die Umgebung ihres Königs als der tolle Jubel des Huldigungsfestes noch kaum verhallt war. Die Verse ließen zugleich erraten, wo der Grund dieser gehässigen Opposition lag. Politische Parteien kannte die Hauptstadt noch kaum, die sich noch immer mit Vorliebe über Ballettänzerinnen, Opern und Klaviervirtuosen unterhielt. Doch sie war die Stadt Nicolais, und ihre selbstgefällige Aufklärung, die sich nach Umständen mit jedem beliebigen christlichen oder jüdischen Mantel schmücken konnte, trug jetzt die Farben der Junghegelianer. Wer den Epigonen Hegels widersprach war verfemt.

Das mußte der Bayer Julius Stahl erfahren, da er in diesen Tagen als Nachfolger des früh verstorbenen Gans den Lehrstuhl des Staatsrechts an der Universität übernahm. Ein getaufter Jude wie Gans, war er, anders als jener, von den Glaubenswahrheiten des Christentums tief durchdrungen und sah in der Burschenschaft, der er sich mit Begeisterung anschloß, immer nur eine christlich-germanische Verbrüderung. Herangereift widerlegte er in dem ersten, kritischen Teile seiner Rechtsphilosophie mit siegreicher dialektischer Kraft die Lehren des Naturrechts in allen ihren Verzweigungen und war jetzt eben dabei, das Ideal der ständischen Monarchie, das er keineswegs engherzig auffaßte, nach den Anschauungen der historischen Rechtsschule systematisch auszugestalten. Wenn er an seinem kleinen Tische saß, den Bleistift in der Hand, nichts vor sich als ein Blatt weißen Papieres, dann schien er die Gedanken allein aus sich heraus zu spinnen. Ein Zug von überfeinem Scharfsinn lag in ihm, auch eine fanatische Ader, die späterhin, als die Gegensätze sich schärfer zuspitzten, ihre Kraft zeigen sollte. Aber ernst und streng, ohne jeden persönlichen Ehrgeiz lebte er ganz der politischen Idee, die ihm die wahre schien; darum blieb er auch den Brüdern Grimm, die mit dem genialen Instinkt ihrer erhabenen Einfalt sich immer nur an reine Menschen anschlossen, allezeit treu befreundet. Als Redner dem Vorgänger mindestens ebenbürtig, übertraf er ihn bei weitem durch Tiefsinn und Schärfe der Gedanken. Und wie pöbelhaft ward er empfangen; die Hegelianer hatten sich verschworen den gefürchteten Gegner des Naturrechts aus dem Hörsaale hinauszuscharren. Der schmächtige kleine Mann mit den glitzernden Augen und den blassen scharfgeschnittenen orientalischen Gesichtszügen hielt aber tapfer aus, Stunde für Stunde; er zwang die Hörer ihm zu lauschen und erreichte wirklich, daß seine Vorlesungen durch lange Jahre die bestbesuchten der Hochschule blieben.

Schlimmer als solche unliebsame Berufungen wirkte der Zustand unbefriedigter Erwartung. Man hatte nach allen den großen Worten der Huldigungsfeier so zuversichtlich gehofft, daß irgend etwas Außerordentliches sich ereignen müsse, und da nun zunächst gar nichts geschah, so wuchs, zum Erschrecken schnell, von Tag zu Tag die grämliche Verdrießlichkeit. In diesen Tagen der Verstimmung unternahm Schön nochmals dem Monarchen seine helfende Hand zu reichen. Er lebte mit Rochow in unaufhörlicher Fehde; der König aber, der als Selbstherrscher die Zwistigkeiten seiner Werkzeuge mit gutmütiger Geringschätzung zu betrachten pflegte, suchte die Streitenden — so drückte er sich aus — immer wieder zusammenzuleimen, da er beide noch zu benutzen gedachte und die Königsberger Vorgänge sein Vertrauen auf Schön keineswegs erschüttert hatten. Mittlerweile erschien in einer Berliner Buchhandlung ein Bild des alten Königs, mit einer Ehrentafel seiner Großtaten, unter denen auch das von Schön verfaßte politische Testament Steins aus dem Jahre 1808

prangte. Dies Testament bezeichnete Schön selbst als sein Lieblingskind, auf diesen Rechtstitel begründete er vornehmlich seinen historischen Ruhm. Als er im Jahre 1817 die Bildung eines konstitutionellen Ministeriums vorschlug, wurde dies längst vergessene Aktenstück zum ersten Male von unbekannter Hand in einem liberalen Blatte veröffentlicht*); und bei einiger Menschenkenntnis durfte man wohl vermuten, daß auch diesmal, bei der wiederholten feierlichen Vorführung des Lieblingskindes, jene liberalen Schriftsteller und jungen Freimaurer, welche jederzeit zu Schöns Verfügung standen, irgendwie mitgewirkt hatten. Die liberale Presse benutzte natürlich die willkommene Gelegenheit um die undankbare Mitwelt an die Verdienste des ostpreußischen Staatsmannes zu erinnern; die Polizeibehörden aber wurden ängstlich und ließen das gefährliche Bild aus den Buchläden entfernen. Nunmehr sendete Schön dem Könige das Faksimile der Urkunde, das allerdings bewies, daß er selbst jene Abschiedsworte Steins im wesentlichen verfaßt hatte; in seinem begleitenden Briefe suchte er den doktrinären, unbestimmten Sätzen des Testamentes einen möglichst harmlosen Sinn unterzulegen.

So hatte er alles umsichtig für den Hauptschlag vorbereitet. Wenige Tage nachher schickte er dem Monarchen eine anonyme Schrift von sechs Druckseiten: Woher und Wohin? Ihr leitender Gedanke war entlehnt aus einem Artikel über das Preußentum, welchen Arnold Ruge kürzlich unter der Maske „eines Württembergers" in den Deutschen Jahrbüchern veröffentlicht hatte. Schön hielt diesen Aufsatz für ein Werk von Strauß und eignete sich daraus die Behauptung an, daß Preußen als Staat bisher katholisch geblieben sei, von einem politischen Priesterstande geleitet werde. In starken Zügen führte er aus, der große Friedrich hätte einst ein „kaum denkfähiges Volk" vorgefunden und durch seine Dienerschaft zu erziehen gesucht; diese Dienerschaft aber habe sich mit der Zeit überhoben, insbesondere den Grundadel durch eine unerträgliche Bevormundung erbittert, das ganze Volk am Gängelbande geleitet, die Städteordnung wie die Provinzialstände verkümmert, die Landwehr „dem Beamten-Militär" näher gebracht. Deshalb seien die vor dem Volke stehenden begüterten Männer des Königsberger Landtages aufgetreten, um „General-Stände" zu fordern, welche einen großen Teil der Verwaltung sich zueignen, die Zahl der Beamten vermindern, Verschwendungen entgegentreten, die Landwehr wieder dem Volke annähern, allen Kabalen und Polizeikünsten ein schnelles Ende bereiten und, kraft ihrer Kenntnis der Volksverhältnisse, auch die Meinung des Volks stets für sich haben würden. „Nur durch General-Stände" — so schlossen die Blätter — „kann und wird in unserem Lande ein öffentliches Leben entstehen und gedeihen... Wenn man die Zeit nicht nimmt wie sie ist, und das Gute daraus ergreift und

*) S. o. I. 330. II. 199 ff.

es in seiner Entwicklung fördert, dann straft die Zeit." In dieser nachdrücklichen Mahnung und in der Persönlichkeit des Verfassers lag die einzige Bedeutung der Blätter; von eigentümlichen Gedanken enthielten sie nichts, und obwohl die beständigen Ausfälle auf „die Dienerschaft" unverkennbar auf Friedrich Wilhelms persönliche Abneigung berechnet waren, so mußten doch der absprechende Ton der Darstellung, die hochmütige Verunglimpfung der gesamten Vergangenheit Preußens, und vollends gar die Berufung auf die heidnischen Junghegelianer den König in tiefster Seele verletzen. Darum meinte sein Vertrauter Geh. Rat v. Voß, als er mit Erstaunen den Namen des Verfassers erfahren hatte: „Ich fand die Schrift sehr albern und riet auf einen Querkopf von Gutsbesitzer. Aus Schöns Stellung heraus liegt aber in der Abfassung einer solchen Schrift etwas völlig Verrücktes, und das hat mir ganz melancholische Empfindungen gemacht." *)

Aber wie ungeschickt immer, diese Blätter waren zweifellos Schöns Ministerprogramm; er wollte dadurch entweder den König gewinnen, oder, wenn dies mißlang, durch die Forderung der Reichsstände ein weithin leuchtendes Panier aufstecken, das die zerfahrene, ratlose Opposition des Landes um sich sammeln sollte. Der Gedanke war wohl berechtigt, nur mit der Stellung eines Oberpräsidenten kaum vereinbar. Späterhin behauptete Schön freilich, sein Woher und Wohin? hätte nur als eine geschichtliche Urkunde dienen sollen, um den Kulturstand des Königreichs Preußen im Jahre 1840 der Nachwelt zu überliefern. Doch unmöglich konnte der welterfahrene alte Staatsmann glauben, eine solche Schrift von solchem Verfasser würde auf die Dauer geheim bleiben, nachdem sie in der Königsberger Hofbuchdruckerei gedruckt, an mehrere Archive verteilt und fünf Freunden von sehr verschiedener politischer Gesinnung vertraulich zugesendet worden war. Der König selbst hielt diese Geheimhaltung für undenkbar und antwortete dem Oberpräsidenten am 26. Dez. sehr offenherzig, jetzt sei eine Prüfungszeit für ihre alte Freundschaft eingetreten. „Woher und Wohin? gefällt mir nicht." Das Woher, die historische Darstellung hätte so kurz nach dem Tode des alten Königs anders gefaßt werden müssen; das Wohin aber „wird Ihren Freunden Leid, Ihren Feinden Frohlocken bereiten". Dann hielt er ihm alle die unbedachten liberalen Redensarten der Schrift vor: daß die Landwehr wie ein Heer der Volksvertreter dem Heere der Krone entgegengestellt würde, daß die Generalstände sich die Verwaltung zueignen sollten: „die Perspektive ist ermutigend für mich!" Darauf betonte er nochmals den Grundgedanken seiner über allem Untertanen-Vorwitz erhabenen Politik: „Ich fühle mich ganz und gar von Gottes Gnaden und werde mich so mit Seiner Hilfe bis zum Ende fühlen. Glauben Sie mir's auf mein königliches

*) Voß an Thile, 31. Dez. 1840.

Wort: zu meiner Zeit wird sich kein Fürst, kein Bauernknecht, kein Bauernknabe, kein Landtag und keine Judenschule etwas was dermalen mit Recht oder Unrecht bei der Krone ist zueignen, wenn ich es nicht zuvor gegeben habe... Glanz und List überlasse ich ohne Neid sogenannten konstitutionellen Fürsten, die durch ein Stück Papier dem Volke gegenüber eine Fiktion, ein abstrakter Begriff geworden sind. Ein väterliches Regiment ist teutscher Fürsten Art, und weil die Herrschaft mein väterliches Erbteil, mein Patrimonium ist, darum hab' ich ein Herz zu meinem Volke, darum kann ich und will ich unmündige Kinder leiten, entartete züchtigen, würdigen wohlgeratenen aber an der Verwaltung meines Gutes teilgeben, ihnen ihr eigenes Patrimonium anweisen und sie darin vor Diener-Anmaßung schützen." Endlich befahl er dem Freunde, die Schrift nicht in den nächsten ostpreußischen Landtag hineinzuwerfen, wo sie nur Unheil stiften könne; nachher möge sie immerhin erscheinen, doch nur unter Schöns eigenem Namen.*)

Der Brief gereichte dem milden Herzen des Königs zur Ehre, nicht seinem politischen Verstande; denn verwarf er die Gedanken der Schrift, so durfte Schön nicht länger mehr an der Spitze einer Provinz bleiben, deren Stimmung täglich schwieriger ward. Doch im Grunde der Seele wünschte er ja selbst die von Schön verlangten Reichsstände, nur in anderer Weise, und da er den teueren Freund nicht kränken wollte, so entschied er endlich, obgleich Schön zweimal seine Entlassung anbot, am 1. Jan. 1841, daß der Oberpräsident als sein Freund und Bevollmächtigter das Amt des königlichen Kommissars bei dem nächsten Landtage übernehmen solle. Also blieb Schön im Amte, und über ihm stand Rochow. Der konnte sich das boshafte Vergnügen nicht versagen, dem Oberpräsidenten zu bedeuten: eine gefährliche Schrift Woher und Wohin? sei im Umlaufe, gegen den unbekannten Verfasser müsse man einschreiten sobald man ihn erkundet habe. In einem groben Antwortschreiben bekannte sich Schön als Verfasser und beteuerte, die Schrift sei nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.**) Wie sollten diese beiden Todfeinde einträchtig zusammenwirken? Die Verfassungsfrage erschien immer rätselhafter und verworrener. Auf den ersten Weckruf des preußischen Landtags war jetzt schon der zweite gefolgt, das Banner der Reichsstände flatterte in den Lüften, und wenn die Krone sich nicht rechtzeitig entschloß, so konnte keine Macht der Welt mehr hindern, daß eine in Preußen unerhörte Bewegung von unten her anhob.

*) König Friedrich Wilhelm an Schön, 26. Dez. 1840. Aus diesem wichtigen Briefe werden in Schöns Papieren (III. 154) nur einige einleitende Worte mitgeteilt. Die Hauptsätze hat der Herausgeber unterdrückt. Sie stehen allerdings in gar zu grellem Widerspruche mit der dreisten Behauptung Schöns (III. 153): der König hätte sich „im Geiste" von Woher und Wohin? gegen Flottwell geäußert.

**) Rochow an Schön 19. Dez., Antwort 23. Dez. 1840.

Inzwischen begannen Poninskis Königsberger Rede und die Beschwerden des Grafen Raczynski ihre Frucht zu tragen. Raczynski verbreitete unter dem polnischen Adel eine Bittschrift, welche seine mündlichen Äußerungen wiederholte, und sendete zugleich dem Monarchen die Belege für seine Klagen.*) Poninski aber, der bei der Huldigung den Grafentitel und mannigfache Gnadenbeweise erhalten hatte, bezeigte seinen Dank, indem er an der Spitze von fünfzehn anderen polnischen Edelleuten dem Minister Rochow die unglaubliche Zumutung stellte: der zu Recht bestehende Posener Landtag müsse aufgelöst werden, damit bei den Neuwahlen auch die soeben begnadigten Hochverräter aus den dreißiger Jahren mitwirken könnten.**)

Über diese polnischen Wirren wurde im Staatsministerium während der drei letzten Monate des Jahres gründlich verhandelt. General Grolman und Oberpräsident Flottwell erstatteten mit gewohntem Freimut einen ausführlichen Bericht: nur der Adel und der Klerus seien feindlich gesinnt, die polnischen Bauern zufrieden, die Deutschen, die schon zwei Fünftel der Bevölkerung ausmachten, unverbrüchlich treu. Der Thronwechsel habe jedoch bei den Polen unsinnige Hoffnungen erweckt, welche durch die Triumphreisen des begnadigten Erzbischofs und sicherlich auch durch die Pariser Propaganda geflissentlich genährt würden. Dem gegenüber müsse das bewährte System der „allmählichen Germanisierung" unerschütterlich aufrecht bleiben. Demnach baten sie den Monarchen, die Beschwerden des polnischen Adels rundweg abzuweisen und sodann, kraft seines königlichen Rechtes, dem nächsten Posener Landtage zu befehlen, daß diese erledigte Sache nicht wieder berührt werden dürfe. Aus vollem Herzen stimmte der greise Stägemann den beiden zu. In einer Denkschrift, die er wenige Tage vor seinem Tode abfaßte, billigte er namentlich den durch die Regierung betriebenen Ankauf polnischer Rittergüter und sagte mit seinem alten Markmannenstolze kurzab: man möge den Klagenden nur eröffnen, „daß ihre Germanisierung beabsichtigt werde", und sie an den Treubruch des Jahres 1830 erinnern. Selbst General Thile konnte nicht umhin, mit einigen Vorbehalten, sich den beiden anzuschließen. Wie durfte man auch im Ernst von einem Sprachenzwange in Posen reden? Die Verwaltungsbehörden schrieben an Polen deutsch, aber mit beigelegter polnischer Übersetzung. Vor Gericht wurden die Prozesse in der Sprache des Klägers verhandelt; nur wenn er des Deutschen vollkommen mächtig war verlangte man, daß er sich der deutschen Sprache bediente; denn da die Polen sich dem Staatsdienste fern hielten, so konnten von 168 Richtern nur 54 fertig polnisch sprechen; ihrer 33 verstanden nur wenig, 81 gar kein polnisch.***)

*) Raczynski, Eingabe an den König, 27. Nov. 1840.

**) Rochow, Bericht an den König, 12. Dez. 1840.

***) Stägemann, Denkschrift über Posen, Nov. 1840. Die übrigen Denkschriften s. o. V. 47.

Trotzdem wollte Friedrich Wilhelm seine Großmut zeigen. In einem großen Kronrate am 23. Dez., dem auch Grolman und Flottwell beiwohnten, wurde beschlossen, zwar die Eingabe Raczynskis unbeantwortet zu lassen, aber den Beschwerden der Polen insoweit abzuhelfen, daß der nächste Landtag keinen Grund mehr fände sie zu erneuern.*) Das war Flottwells Sturz. Der tapfere Deutsche mit den feurigen tiefen Augen durfte sich's nicht bieten lassen, daß man die völlig bodenlosen Klagen seiner polnischen Feinde für halb begründet erklärte. Schon am 31. Dez. wurde er, unter allen Zeichen königlicher Gnade, als Oberpräsident nach Sachsen versetzt. Die Polen hatten ihr Spiel gewonnen. Mit dieser Tat gutmütiger Schwäche endete das erste Jahr der neuen Regierung. Was aus solchen Widersprüchen noch hervorgehen würde, das ahnte niemand, nicht einmal Friedrich Wilhelms nächste Vertraute. Schweren Herzens schrieb um die Jahreswende Graf Anton Stolberg an den wackeren Präsidenten von Cuny in Aachen und beschwor den alten Freund, keinem der umlaufenden finsteren Gerüchte Glauben zu schenken, sondern „der religiösen aber wahrhaft freisinnigen Richtung" des Monarchen zu vertrauen. „Der König will und wird gehen (das ist sein eigener Ausdruck). Er wird als souveräner König ohne Charte gehen und die Bedürfnisse seiner Zeit erkennen, das halten was er ausgesprochen in den unvergeßlichen Reden zu Königsberg und Berlin."**) Mehr wußte selbst Stolberg nicht zu sagen.

Draußen im Reiche aber, wo man schon geblendet von dem neu aufstrahlenden Glanze der Krone Friedrichs die Augen niedergeschlagen hatte, begann der alte Preußenhaß wieder hohe Wellen zu werfen. Man rieb sich die Hände, weil die großen Dinge wieder einmal ein kleines Ende zu nehmen schienen. Recht aus dem Herzen der radikalen deutschen Jugend sang der geistreichste der neuen politischen Lyriker, der kosmopolitische Nachtwächter Franz Dingelstedt, die höhnenden Gaselen:

Ihr habt gepredigt, nun ein Jahr, die neue, treue, freie Zeit;
Wann wird die Mär denn endlich wahr, die neue, treue, freie Zeit?
Ihr saßt schon lange auf dem Ei und gackertet in alle Welt,
Allein noch kroch nicht aus der Aar, die neue, treue, freie Zeit.
Ein stolzes Wort habt ihr gewagt; nun eilt, daß es zu Ende kommt,
Und macht uns andern offenbar die neue, treue, freie Zeit! —

*) Protokoll über die Verhandlung vor Sr. Majestät, am 23. Dez. 1840.
**) Stolberg an Cuny, 12. Jan. 1841.

Zweiter Abschnitt.

Die Kriegsgefahr.

Wie der inneren so schien sich auch der europäischen Politik Preußens in dem hoffnungsvollen Jahre des Thronwechsels eine Zeit reicher Erfolge zu eröffnen. Auch diese Erwartungen blieben unerfüllt, nicht eigentlich durch die Schuld des neuen Königs, sondern weil der Zustand des Weltteils für große Entscheidungen noch nicht reif und Preußen am wenigsten in der Lage war, die verschlungenen Machtverhältnisse Europas frei zu überblicken. Jedem Staate kommen Zeiten, wo ihn ein übermächtiges Interesse zwingt seinen Gesichtskreis zu verengern. Durch die unversöhnliche Rachsucht der Franzosen wurden Preußen und Frankreich während eines Vierteljahrhunderts auf einer Stelle festgebannt, beide Staaten waren verhindert ihre natürliche Interessengemeinschaft zu erkennen und der friedlichen Welteroberung, welche Englands Handelspolitik in der Stille einleitete, rechtzeitig entgegenzutreten. Solange die französischen Parteien allesamt die Vernichtung der so unbillig milden Pariser Verträge forderten, mußte der preußische Staat die Sicherung seiner Westgrenze als seine nächste, jeder anderen Rücksicht vorgehende Aufgabe betrachten; denn umringt von hilflosen kleinen Nachbarstaaten, allein angewiesen auf die zweifelhafte Hilfe der beiden weit entlegenen Kaisermächte sah er sich dem ersten Angriff allein preisgegeben.

Bis an sein Ende, und nicht ohne Erfolg hatte der alte König sich bemüht diese Gefahren abzuwenden, ein leidliches Verhältnis zu dem neuen Machthaber Frankreichs herzustellen. Aber der Bürgerkönig stand selbst nicht fest genug um den unberechenbaren Aufwallungen des Nationalhasses jederzeit Halt zu gebieten; und wie dankbar er auch die Freundlichkeit des Königs von Preußen anerkannte, so sah er doch, scharfsinniger als die Mehrzahl seiner Landsleute, bestimmt voraus, daß dieser deutsche Staat dereinst Frankreichs gefährlichster Nebenbuhler werden müsse. Nicht Preußens, sondern Österreichs Bundesgenossenschaft faßte er ins Auge, wenn er sich beharrlich um die Gunst der deutschen Mächte bemühte.

Zwischen Frankreich und Rußland ward die Kluft mit den Jahren immer breiter, obgleich die erstarkende altmoskowitische Partei am Petersburger Hofe ein Bündnis der beiden Mächte gegen Deutschland dringend wünschte, und der Zar seinem preußischen Vertrauten Oberst Rauch oft gestand: außer mir selbst sind nur noch Nesselrode und Orlow aufrichtige Freunde der deutschen Allianz. Noch immer wollte Nikolaus sich nicht entschließen dem französischen Thronräuber zu verzeihen; er fand es schamlos, daß Ludwig Philipp nach der Geburt seines Thronerben, des Grafen von Paris, von der Fortdauer seiner Rasse zu reden wagte, und konnte sich den ruhigen Schritt der preußischen Politik, die in Wahrheit von dem alten Könige selbst geleitet wurde, nur aus der Schwäche Ancillons — „Monsieur Vacillants" — erklären. Halsstarrig blieb er bei seiner alten Meinung, daß der Weltkrieg gegen den Staat der Revolution noch kommen müsse. Die Lage Preußens malte er sich in den dunkelsten Farben, weil er sie also sehen wollte und immer noch mit der Hoffnung spielte, seine formidable russische Reserve würde dereinst die Deutschen aus den Klauen der Jakobiner retten. Während des Kölner Bischofsstreites erkannte er sogleich, daß Österreich sich nicht als ehrlicher Freund Preußens zeigte, und meinte: nun werde Frankreich den günstigen Augenblick benutzen um den Krieg alsbald auf dem rechten Rheinufer zu eröffnen. Das alles, so beteuerte er heilig, sagte er nur „aus kindlicher Verehrung für den geliebten Vater". Rauch aber erwiderte stolz: kommt der Krieg, so werden wir selbst die Angreifer sein.*) Unablässig, und in immer schärferem Tone wiederholte der Zar seine Beschwerden über die Umtriebe der polnischen Propaganda; mehrmals befahl er seinem Botschafter Paris auf längere Zeit zu verlassen. Seine Ungezogenheit wurde so widerwärtig, daß Ludwig Philipp verzweifelnd ausrief: „ich werde mir meine Verbündeten anderswo suchen."

Als der alte König dies erfuhr, ließ er seinem Schwiegersohne sagen: „Ludwig Philipp hat zum öfteren die Neigung gezeigt sich den Kontinentalmächten zu nähern und in ihrem Sinne zu handeln. Solange indessen der Kaiser seine Antipathien gegen ihn nicht zu überwinden im stande ist und sich hierüber unverhohlen, ganz offen, ausspricht, so lange wird auch auf Ludwig Philipp wenig zu rechnen sein und er allerdings andere Alliierte suchen müssen. Wollte der Kaiser aber an seiner vorgefaßten Meinung in etwas nachlassen, so wäre es auch ein großer Gewinn für die konservative Partei."**) Die Mahnung fand taube Ohren. Der Zar fuhr fort dem Bürgerkönige bei jeder Gelegenheit seine Mißachtung zu zeigen, bis dieser endlich einen tiefen persönlichen Haß gegen den unversöhnlichen Peiniger faßte. Nach Nikolaus' Meinung war Frankreich schlecht-

*) Rauchs Bericht, 26. Dez. 1837.

**) Rauchs Bericht, 23. Juli 1837, nebst Randbemerkung des Königs.

hin die Macht des Unheils, überall, sogar im Mittelmeer und im Oriente, wo die Interessen der beiden Mächte sich doch keineswegs feindlich berührten. Daß Rußland und Frankreich sich über irgend eine europäische Frage ehrlich verständigen könnten, schien vorderhand rein unmöglich; das unter seiner schwachen Greisenherrschaft mehr und mehr erstarrende Österreich tat auch gar nichts die beiden Feinde zu versöhnen.

Also herrschte auf dem Festlande wieder jener Zustand schleichenden Unfriedens, dessen England für seine Pläne bedurfte, und niemals hat sich die alte Wahrheit, daß Kaufmannspolitik die unsittlichste von allen ist, so grell gezeigt wie in diesen Jahren. Unbehelligt durch die hadernden Großmächte durfte Palmerston, nach seiner unritterlichen Weise, den britischen Übermut an den Schwachen auslassen. Mit Neapel begann er Streit wegen des sizilianischen Schwefelhandels, mit Portugal wegen der Opfer des letzten Bürgerkrieges, eines Krieges, welchen England selbst geflissentlich geschürt hatte. Mit Serbien schloß er einen Handelsvertrag und versuchte zugleich den Fürsten Miloſch zur Aufhebung der Verfassung zu drängen. Mitten im Frieden wurde 1839 das Felsennest Aden geraubt, der Schlüssel zum Roten Meere, das Gibraltar des Ostens. Gleich darauf begann der Opiumkrieg, der scheußlichste von allen, welche jemals ein christliches Volk geführt hat; die Chinesen wurden gezwungen den Opium-Schmuggel aus Ostindien zu dulden, und während England ihre Leiber vergiftete, suchte es ihre Seelen durch die Bekehrungspredigten seiner Missionäre zu retten. An stärkere Gegner wagte sich Palmerston nur mit den Waffen der Arglist. Jedermann ahnte, daß das neutrale England die Tscherkessen in ihrem Kampfe gegen Rußland insgeheim unterstützte; ruchbar ward das Geheimnis erst, als die Russen an der kaukasischen Küste das mit Waffen befrachtete Schiff Vixen aufgriffen. Noch schwerere Sorgen erregte dem Londoner Hofe die Besetzung Algeriens, das letzte und beste Vermächtnis der französischen Bourbonen. Nach englischer Auffassung gehörte ganz Afrika von Rechts wegen den Briten. Selbst der friedfertige Lord Aberdeen sagte zu dem preußischen Gesandten höhnisch: die Franzosen haben Algier „für immer" mit Frankreich vereinigt; dies „für immer" bedeutet: bis der Krieg erklärt wird, bis das erste englische Linienschiff im Hafen von Algier erscheint! Dieses schöne zukunftsreiche Pflanzungsland der Franzosen zu zerstören war jedes Briten Herzenswunsch; darum konnte Frankreichs gefährlicher Feind, der heldenkühne Abdelkader jederzeit auf Englands geheimen Beistand zählen.

Gegenüber einer solchen, völlig gewissenlosen, überall in der Welt hetzenden und bohrenden Handelspolitik erschienen alle anderen Kulturvölker als natürliche Bundesgenossen. England war der Hort der Barbarei im Völkerrechte. England allein verschuldete, daß der Seekrieg, zur Schande der Menschheit, noch immer ein organisierter Seeraub blieb. Allen Völkern gemeinsam lag die Aufgabe ob, auch auf den Meeren das

Gleichgewicht der Mächte herzustellen, das auf dem Festlande längst bestand, jenes heilsame Gleichgewicht, das keinem Staate ermöglichte sich alles zu erlauben und darum jedem ein menschliches Völkerrecht sicherte. Die Gesittung des Menschengeschlechts forderte, daß die vielgestaltige Herrlichkeit der Weltgeschichte, die einst mit der Herrschaft der monosyllabischen Chinesen begonnen hatte, nicht in einem trostlosen Kreislaufe mit dem Reiche der monosyllabischen Briten endigen durfte. Sobald die orientalische Frage wieder in Fluß geriet, mußte eine weitschauende Staatskunst darnach trachten, die erdrückende Fremdherrschaft, welche Englands Flotten von Gibraltar, Malta, Korfu aus aufrecht hielten, zum mindesten einzuschränken, das Mittelmeer den mediterranischen Völkern zurückzugeben. Der preußische Staat aber besaß noch keine Flotte; er konnte und durfte sich zu einer so freien Anschauung jener weit entlegenen Händel nicht erheben, solange er selbst die zerfahrene deutsche Welt kaum notdürftig zu schützen vermochte und eine italienische Großmacht noch nicht bestand.

Der Friede zwischen Ägypten und der Pforte wurde nach orientalischem Herkommen von beiden Seiten unredlich gehalten. Sultan Mahmud dürstete nach Rache an dem meuterischen Vasallen, und der englische Gesandte, der rücksichtslose alte Heißsporn Lord Ponsonby bestärkte ihn in seinem Hasse, desgleichen dessen Legationssekretär Urquhart, der fanatische Türkenschwärmer. Mehemed Ali aber war durch das Kriegsglück verwöhnt und schaltete in seinen neu errungenen Paschaliks wie ein unabhängiger Fürst. Er gewann die Freundschaft des Tuilerienhofes, der schon um Algeriens willen sich der ägyptischen Flotte versichern wollte, und die begeisterte Verehrung der Franzosen. Wundersame Märchen erzählten den Parisern von der genialen Herrscherkraft dieses Napoleons des Ostens, der als echter Orientale französische Sitte und Sprache überall bevorzugte; und bald galt es in Frankreich als ein politischer Glaubenssatz, daß nur Mehemed Ali in dem erstarrten Oriente ein neues Leben erwecken könne. In Deutschland war Fürst Pückler-Muskau des Paschas wärmster Bewunderer. Der erregte allgemeines Aufsehen, als er von der Nilfahrt und den Wüstenritten heimgekehrt, im Fes auf arabischem Rosse durch die Straßen Wiens zog; bei Kaiser Ferdinand ward er erst vorgelassen nachdem er dem preußischen Gesandten versprochen hatte, diesen traurigen Hof, der allerdings eine naturgetreue Schilderung kaum vertrug, in seinen Reisebüchern nicht zu erwähnen.*) Überall, in Wort und Schrift, verkündete Semilasso den Ruhm des großen Ägypters.

In Wahrheit stand Mehemed Alis Macht bei weitem nicht mehr so fest wie zur Zeit des letzten Krieges. Die ungebändigten Völker Syriens ertrugen den Druck des aufgeklärten Despotismus schwerer als die leidsamen Fellahs am Nil; ein Aufstand schien nicht aussichtslos, und

*) Maltzans Berichte, Jan. 1840.

zugleich ward Englands Feindschaft immer bedrohlicher. Seit den Tagen der Quadrupelallianz hegte Palmerston einen heißen, stillen Groll gegen die unzuverlässigen französischen Freunde. Wie oft war er damals von Talleyrand überlistet worden; *) dies verzieh er nie, denn nach seiner Anschauung besaß allein die englische Diplomatie das Recht, ihre Bundesgenossen zu betrügen. Das gerühmte herzliche Einvernehmen der Westmächte bestand nur noch dem Namen nach. Obwohl der Lord von den Verhältnissen des Orients und der Kolonien sehr wenig wußte, so besaß er doch ein sicheres instinktives Gefühl für die Größe seines Landes; niemals glaubte er an die neue Lehre der Freihandelsschule Richard Cobdens, daß jede Kolonie sich vom Mutterlande losreißen müsse und Großbritannien durch seinen transatlantischen Besitz nur geschwächt würde. Er erkannte sogleich, Englands Machtstellung im Mittelmeere sei verloren, wenn Mehemed Ali über die schwachen Zwischenländer hinweg den Franzosen in Algier die Hand reichte. Der schlaue Ägypter wußte auch sehr wohl, wo er seine Feinde zu suchen hatte; geflissentlich erschwerte er den Briten den Verkehr mit Indien, er versperrte den wichtigen Handelsweg durch Vorderasien zum Euphrat und Orontes, bemächtigte sich des einträglichen Kaffeehandels im Roten Meere, begann in Syrien und Ägypten Fabriken anzulegen, welche die englische Einfuhr schädigten. Diese Handelsinteressen bestimmten Englands Haltung, ganz wie im Jahre 1830 bei der Preisgebung Hollands der Groll über die niederländische Zoll- und Kolonialpolitik den Ausschlag gegeben hatte. Mit leidenschaftlichem Ungestüm suchte Palmerston die gefährliche Macht des Ägypters zu vernichten oder doch zu schwächen; alles Gerede über den unaufhaltsamen Zerfall des türkischen Reichs erklärte er kurzab für nonsense.

Schadenfroh konnte der Petersburger Hof abwarten, wie die Feindschaft der beiden Westmächte im Oriente sich mehr und mehr verschärfte. Seit der Schließung der Dardanellenstraße beherrschte er das Schwarze Meer fast unumschränkt, und da er durch den Vertrag von Hunkiar-Iskelessi berechtigt war, seinem türkischen Schützling im Kriegsfalle Hilfe zu leisten, so betrachtete er nicht ohne Behagen, wie der Sultan und der Pascha sich zum Kampfe rüsteten. Mehrere Jahre hindurch standen die türkischen und die ägyptischen Truppen an der syrischen Grenze einander gegenüber. Durch diese gewaltigen Heeresmassen wurden die armen Länder am oberen Euphrat völlig ausgesogen und die Kraft der beiden mohammedanischen Reiche dermaßen gelähmt, daß der in Petersburg ersehnte Zusammenbruch vielleicht bald eintreten konnte.

Von dem ermatteten Wiener Hofe hatten die Moskowiter wenig zu fürchten. Dessen ganze Weisheit lief noch immer darauf hinaus, daß der Sultan der legitime Herrscher, der Pascha ein fluchwürdiger Reformer und

*) S. o. IV. 507 ff.

Empörer sei. Metternich selbst empfand zuweilen die Last seiner Jahre und sagte mehrmals zu Maltzan: „In meinem Alter muß man zu erhalten, nicht zu schaffen suchen; es wäre töricht eine Arbeit zu beginnen, die man wahrscheinlich nicht mehr selbst beendigen kann.“*) Der alte unfruchtbare Streit zwischen dem Staatskanzler und dem Grafen Kolowrat währte fort, und da Erzherzog Ludwig noch immer jede Neuerung ablehnte, so kam unter der Herrschaft dieses traurigen Triumvirats keine einzige der geplanten Verwaltungsreformen zustande. Der Staatshaushalt verharrte in der gewohnten Unordnung, auch nachdem der mit der Wiener Börse nahe befreundete Finanzminister Eichhoff endlich den Abschied erhalten hatte. Die Armee litt, wie Graf Maltzan bedauernd sagte, „in fast unglaublichem Grade“ Mangel an allem, und eben jetzt, im Januar 1840, starb General Graf Clam, der einzige Mann, der im Staatsrate einiges für ihre Schlagfertigkeit getan hatte. Schlaffheit und gedankenlose Routine herrschten überall; nur das italienische Heer unter Radetzkys Führung zeigte sich kriegstüchtig. Noch niemals war das alte Österreich für einen schweren Kampf weniger vorbereitet gewesen. Unter solchen Umständen konnte der greise König von Preußen, der für das stille Erstarken seines Landes so dringend des Friedens bedurfte, nur den bescheidenen Wunsch hegen, daß die Kriegsgefahr im Osten vorübergehen möchte.

Gleichwohl geschah das Unausbleibliche. Im Frühjahr 1839 vermochte die Pforte die Wucht ihrer Rüstungen nicht mehr zu ertragen, der Sultan seinen Haß nicht mehr zu bändigen. Der Krieg brach aus und endigte mit einem Schlage. Die türkischen Truppen hatten dank der einsichtigen Tätigkeit der preußischen Generalstabsoffiziere schon einiges gelernt, aber auch in dem langen Lagerleben durch Krankheiten furchtbar gelitten. Nur die Hälfte des großen kleinasiatischen Heeres war unter Hafiz Paschas Führung bei Nisib vereinigt, und diese Hälfte bestand zum guten Teile aus feindseligen Kurden, welche die Stunde des Abfalls ersehnten. Hafiz hörte mehr auf die törichten Reden seiner Mollahs und Astrologen als auf den großen fränkischen Ratgeber, der ihm zur Seite stand. Er versäumte, wider den Rat des Hauptmanns Moltke, das Heer Ibrahim Paschas bei einem Umgehungsversuche zur rechten Zeit in der Flanke anzugreifen. Er verschmähte sodann, die Truppen an den Euphrat in die feste Stellung von Biredschik zurückzuführen; und der Preuße legte, das sichere Verderben vorausfagend, sein Amt als Ratgeber förmlich nieder. Am nächsten Tage, 23. Juni, ward der Pascha von dem sieggewohnten ägyptischen Feldherrn in höchst ungünstiger Stellung angegriffen; nach kurzem, wenig rühmlichen Widerstande stob sein Heer auseinander. Wie einst König Friedrich sein Feldherrnleben mit dem Fluchtritte von Mollwitz eröffnete, so begann der größte deutsche Krieger des neun-

*) Maltzans Berichte, März 1840.

zehnten Jahrhunderts eine Siegeslaufbahn ohnegleichen, er selbst freilich schuldlos, mit der Niederlage von Nisib. An den Greueln dieses Rückzugs lernte er, was die sittlichen Mächte im Kriege bedeuten; derweil er das unwegsame Land durchritt behielt er immer noch Zeit und Gleichmut um seine geliebten Landkarten ebenso gewissenhaft zu ergänzen, wie er früherhin den einzigen treuen Plan von dem unübersehbaren Gassengewirr Konstantinopels gezeichnet hatte. Nach der Heimkehr sammelte er dann seine Briefe aus der Türkei und ließ das klassische Werk wie ein bescheidener Anfänger durch ein Vorwort Karl Ritters in die gelehrte Welt einführen; seine geistvolle ältere Schrift über Polen hatte ja nur wenig Leser gefunden.

Die Niederlage war vollständig. Auch die anderen türkischen Truppen in Kleinasien lösten sich auf, obgleich der Sohn Mehemed Alis, dem eigenen Heere mißtrauend, seinen Sieg nicht zu verfolgen wagte. Inmitten dieser allgemeinen Verwirrung starb Sultan Machmud plötzlich, noch bevor die Schreckenskunde aus Nisib ihn erreichte — die letzte große tragische Gestalt der osmanischen Geschichte. Bis über die Kniee war er im Blute gewatet um seinem Volke eine höhere Gesittung zu bringen, und verzweifelnd sank er ins Grab im Bewußtsein eines verfehlten Lebens. Die Zeitgenossen verglichen ihn gern mit Peter dem Großen, die Ermordung der Janitscharen mit der Vernichtung der Strelitzen. Doch der geniale Barbar des Nordens beherrschte ein christliches und darum bei aller Roheit bildsames Volk. Die Osmanen blieben eine Reiterhorde des Ostens, geschaffen für die Zelte der Wüste, der Kultur gänzlich unzugänglich, bei den anderen mohammedanischen Völkern selbst wegen ihrer Stumpfheit verrufen; sie glichen jenen harmlosen wilden Hunden, welche Tags über in den Gassen Stambuls schlafen, bei Nacht den Unrat aus den Häusern fressen, aber sobald man sie ins Haus nimmt jeder Erziehung trotzen und aus Sehnsucht nach der Freiheit bald dahinsterben. Nunmehr bestieg Abdul Medschid den Thron, Machmuds junger schwächlicher Sohn, der nie zum Manne heranreifte. Zur selben Zeit segelte die türkische Flotte von den Dardanellen südwärts, nicht ohne die geheime Mitwirkung des französischen Admirals Lalande, und vereinigte sich vor Alexandria mit den Schiffen des ägyptischen Rebellen. Also ohne Heer, ohne Flotte, ohne einen kräftigen Herrscher schien das osmanische Reich, zum dritten Male binnen elf Jahren, dem sicheren Untergange zu verfallen. Da die Integrität der Türkei von allen Großmächten — ehrlich oder nicht — für eine europäische Notwendigkeit erklärt war, so ergriff die Gesandten der fünf Mächte ein jäher Schrecken. Sie traten zusammen und auf das Andringen des österreichischen Internuntius Stürmer ermahnten sie die Pforte durch eine gemeinsame Note vom 27. Juli 1839, nicht eher mit dem Ägypter abzuschließen als bis Europa gesprochen hätte. Metternich triumphierte, er meinte die Türkei gerettet und das Schicksal des

Ostens in seiner Hand zu haben; er nannte mit gewohnter Ruhmredigkeit diese Tat einen der größten diplomatischen Erfolge seines Lebens und schmeichelte sich mit der Hoffnung, nunmehr würde unter seiner Leitung ein europäischer Kongreß in Wien zusammentreten, der die orientalischen Händel, natürlich zum Nachteil Mehemed Alis, beilegen sollte.*)

Anders dachte der König von Preußen. Er sah klar voraus, daß diese scheinbare Einigung Europas die Hintergedanken Rußlands, das Zerwürfnis zwischen den Westmächten sehr bald an den Tag bringen, vielleicht gar den allgemeinen Krieg hervorrufen mußte. Ärgerlich meinte er, die Mächte hätten besser getan sich nicht zu übereilen, sondern dem Sultan die Verständigung mit dem Pascha zu überlassen.**) Weil er auf seine alten Tage keinenfalls den Frieden brechen, seinem Volke um dieser entlegenen Händel willen weder Subsidienzahlungen noch Kriegslasten auflegen wollte, so ließ er den großen Höfen mehrmals auf das bestimmteste erklären: Preußen gewähre den Versuchen zur friedlichen Lösung der orientalischen Frage nur seinen moralischen Beistand (appui moral) und behalte sich die strengste Neutralität vor, falls die unmittelbar beteiligten Mächte zu den Waffen greifen sollten.***) Er hatte recht geahnt. Die Absichten der beiden Westmächte zeigten sich sofort als unvereinbar. Während Frankreich seinen ägyptischen Schützling schonen wollte, beabsichtigte Palmerston den Sieger von Nisib für seinen Sieg zu bestrafen, ihn durch ein salomonisches Urteil Europas eines guten Teiles seiner alten Besitzungen zu berauben.

Auch die Pforte blieb, trotz ihrer Schwäche, unversöhnlich und erfand jetzt ein neues, sehr wirksames Kampfmittel wider Mehemed Ali. Der Minister des Auswärtigen Reschid Pascha hatte als Gesandter in London die Macht der Presse des Abendlandes kennen gelernt und alsbald begriffen, welchen Vorteil dem Ägypter die brünstigen Lobeserhebungen der französischen und vieler anderen liberalen Zeitungen gewährten. Er riet daher dem jungen Sultan, durch ein feierliches Schauspiel den Europäern zu bekunden, daß der Großherr noch weit liberaler denke als der aufgeklärte Despot am Nil. Am 2. Nov. versammelten sich die Großwürdenträger des Reichs und die Notabeln der Hauptstadt in einem Hofe des alten Serails vor dem Kiosk von Gülhane, nahe jener alten Platane, in deren Schatten einst die meuterischen Janitscharen zu beraten pflegten. Sobald der Hofastrolog mit seinem Astrolabium den günstigen Augenblick erkundet hatte, wurde der Hattischerif von Gülhane verlesen, eine mit alttürkischem und neufränkischem Wort-

*) Maltzans Berichte, 1. Jan. 1840 ff.

**) König Friedrich Wilhelm, Randbemerkung zu Maltzans Bericht v. 23. April 1840.

***) Bericht von Werther d. J., Geschäftsträger in London, 20. Dez. 1839, mit Randbemerkung des Königs. Minister Werther, Bericht an den König 15. Jan., dessen Weisung an Werther d. J. 20. Jan. 1840 nebst Randbemerkungen.

schwall reich ausgestattete Urkunde, welche allen Untertanen des Sultans Sicherheit von Leib und Habe, Aufhebung der Steuerpacht, gerechte Verteilung der Abgaben und des Kriegsdienstes verhieß. Darauf beschwor der Sultan nebst den hohen Beamten seinen Gnadenerlaß, der natürlich niemals ausgeführt wurde, und die Batterien auf beiden Ufern des Bosporus donnerten ihren Festgruß.

Der Hattischerif eröffnete die lange Reihe jener „mit Honig beschriebenen Papiere", welche die klugen Moslemin fortan von Zeit zu Zeit den unbeschreiblich verachteten Franken vorzuhalten pflegten. Wunderbar schnell, mit orientalischer Findigkeit lebte der Diwan sich in neue politische Künste ein; er spielte fortan die liberale Macht und wußte bald durch die dienstwilligen Federn der befreundeten Gesandtschaften in Pera, bald durch einfache Bestechung die europäische Presse dermaßen zu beherrschen, daß die einst im Portfolio angeschlagenen Töne überall mächtig wiederklangen. Schon seit dem Altertum waren die Stämme am Bosporus um ihrer Ruchlosigkeit willen verrufen. Hier lag Lesbos, die Heimat der unnatürlichen Wollust, hier Lampsakos, wo Aphrodite den schamlosesten ihrer Söhne, den Priapus gebar, hier die große Polis, wo der Auswurf dreier Weltteile stinkend zusammenrann, und mitteninne das barbarisch geschändete schönste Gotteshaus der morgenländischen Christenheit. In diesen Ländern, wo Menschenleben wenig, Menschenwürde nichts gilt, wo die Natur alle ihre Reize, die hellenischen, die byzantinischen, die orientalischen Völker ebenso verschwenderisch alle ihre Niedertracht entfaltet haben, wähnte die Presse des Abendlandes eine Heimstätte der Freiheit zu sehen; mit Ausnahme der französischen verherrlichten jetzt alle europäischen Blätter den liberalen Sultan mitsamt seinem Hofastrologen. Der Ägypter aber, der seine Leute kannte, sagte ingrimmig: dieser Hattischerif sei nichts weiter als ein gegen ihn gerichteter Schachzug.

Mittlerweile vollzog Rußland eine längst vorbereitete diplomatische Schwenkung. Nikolaus hatte gleich nach seiner Thronbesteigung die Erfahrung gemacht, daß er seine Zwecke im Oriente dann am sichersten erreichen konnte, wenn er sich mit dem gefährlichsten Gegner, mit England scheinbar verständigte.*) Persönlich hegte er, soweit ein Zar dies vermochte, fast eine Vorliebe für die Briten; während der letzten Jahre hatte er sich stets absichtlich gehütet die revolutionäre Politik Palmerstons zu bemerken. Dies England mit Frankreich zu verfeinden, das herzliche Einvernehmen der Westmächte zu zerstören, den alten Vierbund der konservativen Mächte wiederherzustellen und also den verhaßten Staat der Revolution gänzlich zu vereinzeln, bis vielleicht der große Kreuzzug der Legitimität möglich würde — dahin gingen von langeher die Wünsche des Zaren. Der Vertrag von Hunkiar-Iskelessi lief binnen kurzem ab;

*) S. o. III 729.

ihn zu erneuern schien unmöglich, da die Eifersucht der Westmächte längst erwacht war. Die friedliche Schutzherrschaft Rußlands in der Türkei ließ sich ja auch ohnedies behaupten, wenn man nur dem englischen Hofe und den beiden deutschen Mächten eine bescheidene Mitwirkung bei der Rettung des Sultans einräumte. Am Petersburger Hofe wünschte man die Macht des Ägypters also zu schwächen, daß er nie mehr hoffen konnte als Hausmeier des Sultans das osmanische Reich von innen heraus zu verjüngen; man wollte ihn aber auch nicht ganz fallen lassen, weil sein halbselbständiger Staat doch immer ein Pfahl im Fleische der Türkei blieb. Seit der Schlacht von Nisib mußte auch Palmerston einsehen, daß man Mehemed Ali nicht vernichten konnte. Mithin bestand keine ernstliche Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Mächten; sie mußten sich nur noch verständigen über die beiden Fragen, welche Stücke syrischen Landes dem betrogenen Sieger verbleiben, und wie die Großmächte im Notfalle ihre bewaffnete Einmischung ausführen sollten. Da Rußlands Streitkräfte durch die kaukasischen Kämpfe und einen Feldzug gegen Chiwa erheblich geschwächt waren, so wünschte Nikolaus im Augenblicke keinen europäischen Krieg; er hoffte vielmehr Frankreich friedlich zu besiegen, indem er sich erst mit England, dann mit den beiden deutschen Mächten vereinigte.

Die Einladung zu der Wiener Konferenz lehnte er entschieden ab, weil er befürchtete dort durch Österreich und die Westmächte überstimmt zu werden. Metternich empfand diese Absage als eine schwere persönliche Beleidigung und erging sich in Schmähreden wider die Schwäche und die Torheit des Zaren — ganz wie im Jahre 1826, als sich Rußland und England über die griechische Frage verständigten. Auch diesmal mußte er erfahren, daß in den orientalischen Händeln Rußland, nicht Österreich die führende Macht des Ostbundes war. Im September 1839 wurde einer der jüngeren russischen Diplomaten, Frhr. v. Brunnow nach London gesendet, ein sanfter, feiner, geschmeidiger Mann, der alsbald eine unbegrenzte Bewunderung für die Sitten der vornehmen Gesellschaft Englands zeigte, an ihrem Sport, ihren Bazaren und Wohltätigkeitskonzerten eifrig teilnahm. In der diplomatischen Welt hieß er der russische Gentz; die Vergleichung traf freilich nicht zu, denn mit dem Geiste und der schriftstellerischen Größe des österreichischen Staatsmannes konnte er sich nicht von fern vergleichen, in den Künsten schlauer Unterhandlung war er ihm weit überlegen. Brunnow eröffnete dem britischen Minister: der Zar habe nichts dawider, wenn England durch seine Flotte den Ägypter zur Annahme eines billigen Friedens zwingen wolle, und würde dann nötigenfalls seine eigenen Truppen über Sinope durch Kleinasien gegen Ibrahim Pascha vorgehen lassen. Nicht ohne ein begreifliches Mißtrauen nahm Palmerston diese Anerbietungen entgegen; sie genügten ihm nicht, da ihm vor allem daran gelegen war, den Vertrag von Hunkiar-Iskelessi zu beseitigen, der britischen Flotte die Einfahrt durch die Dardanellen

zu eröffnen. Gleichwohl hegte der Russe, als er unverrichteter Dinge abreisen mußte, die stille Überzeugung, daß eine Verständigung wohl möglich sei. Auf der Heimkehr traf er am Rhein mit Metternich zusammen. Der Österreicher zeigte sich mürrisch, übellaunig, sichtlich verletzt durch Rußlands einseitiges Vorgehen, aber in der Sache selbst nicht feindselig. Auch hier empfing Brunnow den Eindruck, die vier Mächte würden sich ohne Frankreich wohl einigen können, und Neſſelrode sagte nachher befriedigt, mit diesem Johannisberger Gespräche sei die peinliche erste Epoche der orientalischen Frage abgeschlossen.*)

In Petersburg mit neuen Weisungen versehen, kehrte Brunnow um Neujahr nach London zurück und überraschte den Lord durch die freundliche Erklärung: sein Kaiser bestehe nicht mehr auf dem Vertrage von Hunkiar-Iskelessi, er wolle im Notfalle 15 000 Mann und acht Kriegsschiffe zur Verteidigung Stambuls schicken, sei aber auch nicht dagegen wenn die anderen Mächte dann je vier Schiffe in das Marmarameer sendeten. Zugleich ließ er durchblicken was die russischen Diplomaten in Pera schon vorm Jahre angedeutet hatten: künftighin könnten vielleicht beide Meerengen in Friedenszeiten geschlossen werden. Damit war das Eis gebrochen, Palmerstons Mißtrauen beschwichtigt. Im Februar 1840 vereinigten sich die Vertreter der großen Mächte in London zu förmlichen Konferenzen. Sie alle, mit einziger Ausnahme des französischen Gesandten, betrachteten die Erhaltung des osmanischen Reichs als ihre höchste Aufgabe und stimmten mit Brunnow darin überein, daß Mehemed Ali nur die erbliche Herrschaft über Ägypten, außerdem noch für seine Lebenszeit ein Stück Syriens, etwa das Paschalik Akkon behalten dürfte; widersetzte er sich, dann müßte man ihn durch die Waffen Europas zur Unterwerfung zwingen. Der Sieger sollte also einen Teil seines alten Besitzstandes dem Besiegten schenken! Die grobe Ungerechtigkeit dieses Schiedsspruchs der europäischen Mächte lag auf flacher Hand; selten hatte sich so deutlich gezeigt, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird. Vom Rechte aber war in den schmutzigen orientalischen Händeln nie die Rede; hier handelte es sich nur um die Macht, diesmal um die Frage, ob Mehemed Ali stark genug sei den erleuchteten Beschlüssen Europas zu widerstehen. Dergestalt hatte Rußland nochmals, wie einst vor der Schlacht von Navarin, durch eine plötzliche Annäherung an England die entscheidende Stellung in der orientalischen Politik erlangt. Metternich sah sich in die zweite Reihe gedrängt und meinte unmutig: nur die Germanen kennten den Begriff der Ehre, die Romanen übertrieben ihn bis zum point d'honneur, die Slawen hätten nicht einmal ein Wort dafür. Aber einer Staatskunst, welche die Erhaltung des türkischen Reichs zu erstreben vorgab, konnte er unmöglich entgegentreten. Auch der Berliner Hof pflichtete den Anträgen Brunnows vorläufig bei,

*) Liebermanns Bericht, 4. Jan. 1840.

immer in der ehrlichen Hoffnung, daß Frankreich den anderen Mächten nicht widersprechen würde, immer mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß Preußen nur moralischen Beistand leisten könne.*)

Unterdessen gestaltete sich Frankreichs Lage höchst bedrohlich. Aufgeregt durch die Pariser Presse schwärmte die gesamte Nation für den aufgeklärten Mehemed Ali. Als man nun erfuhr, daß die vier Mächte diesen Liebling Frankreichs ungerecht mißhandeln wollten, da ging ein Aufschrei des Zorns durch das Land. Alles rief: England hat uns verraten, die entente cordiale ist zerstört.**) In der Tat hatte der schlaue Bürgerkönig, der die auswärtige Politik über die Köpfe des Ministeriums Soult hinweg leitete, diesmal sich von seinem persönlichen Hasse betören lassen und ganz falsch gerechnet. Da er mit dem Todfeinde Mehemed Alis, mit England sich über die orientalischen Wirren unmöglich einigen konnte, so mußte er mit Rußland und den deutschen Mächten eine Verständigung suchen. Er konnte jedoch seinen Groll über die Hoffart des Zaren nicht überwinden und richtete alle seine Pfeile gegen Rußland. Wieder und wieder mußte Soult in spitzigen Depeschen erklären, die Integrität der Türkei sei nur ein leeres Wort, wenn ihr nicht auch die Unabhängigkeit — das wollte sagen: die Unabhängigkeit von Rußland — gesichert würde. Nesselrode rieb sich die Hände und gab eine hochmütige Antwort.***) Während Ludwig Philipp sich also in einen unfruchtbaren Federkrieg gegen den Zaren verbiß, bemerkte er kaum, wie England und Rußland einander näher traten. Da mit einem Male stand er zwischen zwei Feuern: der englische Freund war zu dem russischen Feinde übergegangen, und die Verständigung der beiden Mächte war in sehr rücksichtsloser Form geschehen, ohne daß man den französischen Gesandten auch nur einer genauen Mitteilung gewürdigt hätte.

Die Stellung des Tuilerienhofes ward noch schwieriger, als im Februar 1840 — wieder durch des Königs Schuld — das gemäßigte, bei den Höfen leidlich angesehene Ministerium Soult zusammenbrach. Ludwig Philipp hatte einst — den uralten Gesetzen des Landes zuwider — das ungeheuere Vermögen der Orleans, das von Rechts wegen der Krone Frankreich gehörte, seinen Kindern abgetreten, und durfte jetzt nicht erwarten, daß die Nation geneigt sein würde den so schmählich geretteten Reichtum des ungeliebten königlichen Hauses noch zu vermehren. Gleichwohl verlangte der König, als sein zweiter Sohn der Herzog von Nemours sich mit der reichen Prinzessin von Coburg-Kohary verlobt hatte, von den Kammern eine Jahresrente für das junge Paar. Allgemein war der Unwille. Die Presse verdäch-

*) Brunnow an Werther d. J. 23. Jan.: Min. Werther, Weisungen an Arnim in Paris, 22. Jan., an Werther d. J. 27. 31. Jan. 1840.

**) Arnims Berichte, Paris 12. 16. 22. Jan. 1840.

***) Soult, Weisung an Sebastiani, 25. Nov. Nesselrode, Weisung an Medem, 26. Dez. 1839.

tigte den persönlichen Charakter des Monarchen mit einer Unehrerbietigkeit, welche dies illegitime Königtum nicht ertragen konnte. Timon-Cormenin, seit Courriers Tode der wirksamste Publizist der Radikalen, schrieb die wütenden „Fragen eines Jakobiners"; er hielt den Franzosen vor, wieviel unfreier sie seien als die Preußen, denen ihr absoluter König die altherkömmliche Prinzessinnensteuer regelmäßig erlassen habe. Die Dotation ward verworfen, das Ministerium Soult trat zurück, und durch die liberale Opposition emporgehoben bildete Thiers am 1. März ein neues Kabinett — der Staatsmann, der von jeher dem Bürgerkönige besonders widerwärtig und in der gegenwärtigen Kriegsgefahr dreifach unwillkommen war. Auch die vier Mächte verhehlten ihr Mißtrauen nicht. Graf Maltzan schrieb aus Wien schwer besorgt: „die Grundsätze von 1830 sind wieder am Ruder,"*) und der französische Gesandte auf der Londoner Konferenz sah sich fortan noch weniger rücksichtsvoll als bisher behandelt. Er fühlte, wie die vier hinter seinem Rücken berieten.

Thiers stand bei den Höfen im Rufe eines radikalen Chauvinisten, weil er zur Zeit der Juli-Revolution für die reine Parlamentsherrschaft gearbeitet, während des Karlistenkrieges sehr übermütig geredet und durch seine Geschichtswerke die napoleonische Legende mächtig gefördert hatte. Indes war der kluge, bildsame Mann, obwohl noch weit entfernt von der ruhigen Weisheit seines Alters, doch schon durch die Erfahrung etwas gereift. Die peinliche diplomatische Lage, die er vorfand, war nicht durch ihn verschuldet, sondern durch den König. Als er die Regierung übernahm, hegte er noch keineswegs kriegerische Absichten; dem ungleichen Kampfe mit vier Großmächten dachte er sein leidenschaftlich geliebtes Vaterland nicht auszusetzen. Am wenigsten wollte er an dem englisch-französischen Bündnis rütteln, das ihm für den Hort der Bürgerfreiheit galt. Darum ließ er durch den Gesandten Guizot dem englischen Hofe ernst, aber freundschaftlich erklären: zur Integrität der Türkei gehöre die Macht des Paschas so gut wie die Macht des Sultans, und ohne Syrien könne der Ägypter nicht bestehen. Nachdrücklich verwahrte er sich gegen die bewaffnete Einmischung Europas, die den alten Grundsätzen der Westmächte offenbar widerspreche.**) Und allerdings bewährte Palmerston nur von neuem den grundsatzlosen Wankelmut seiner Staatskunst, wenn er, der so oft die Lehre der Nichteinmischung feierlich verkündigt hatte, jetzt zu den Ansichten des Troppauer Kongresses zurückkehrte und die gewaltsame Intervention der Großmächte wider den ägyptischen Rebellen empfahl.

Thiers' Warnungen waren ehrlich gemeint; denn wie alle Franzosen überschätzte er die Macht Mehemed Alis bei weitem und fürchtete, der Pascha würde der Einmischung Europas einen so hartnäckigen Widerstand

*) Maltzans Bericht, 4. März 1840.

**) Berichte von Bülow, London 17. März, 3. Apr., von Arnim, Paris 20. Apr. 1840.

entgegensetzen, daß vielleicht die Türkei selbst darüber in Trümmer gehen könnte. Palmerston kannte die augenblickliche Lage besser, er versprach sich einen raschen Erfolg von den Zwangsmaßregeln gegen den Ägypter. Die Verhandlungen zogen sich durch mehrere Monate ohne Entscheidung dahin. Unterdessen klagten die Gesandten der drei Ostmächte laut und lauter über die „subversive" Politik der Tuilerien, die Londoner Regierungsblätter sprachen von Frankreich in einem anmaßenden Tone, der von drüben ebenso kräftig erwidert wurde. Palmerston fühlte sich durch den hartnäckigen Widerspruch der Franzosen schwer gereizt und sagte in einem Artikel seines Morning Chronicle drohend: England würde sich gezwungen sehen den alten Vierbund der konservativen Mächte zu erneuern. Brunnow, der mit seiner glatten, kühlen Freundlichkeit dem ungestümen Lord immer überlegen blieb, half in der Stille nach. Mehr und mehr befreundeten sich die Gesandten mit der russischen Ansicht, daß man die orientalische Frage auch zu vieren, ohne Frankreichs Mitwirkung, lösen könne.

Dennoch zauderte Palmerston noch lange. Die schwache, von Lord Melbourne sehr schlaff geleitete Whig-Regierung hatte sich längst überlebt. Schon vorm Jahre war sie durch das Parlament gestürzt und nur durch den lächerlichen Zwischenfall der sogenannten Schlafstubenfrage vorläufig wieder aufgerichtet worden. Damals hatte die junge Königin zum ersten Male etwas gezeigt was einem politischen Willen ähnlich sah und sich entschieden geweigert ihre whiggistischen Hofdamen, wie die Torys verlangten, zu entlassen. Nur dieser persönlichen Vorliebe der Monarchin verdankten die Whigs die Wiederherstellung ihrer Herrschaft, welche schon seit Jahren nicht mehr auf eine feste Mehrheit im Parlamente zählen konnte. Und dies altersmüde Kabinett war über die Fragen der großen Politik keineswegs eines Sinnes. Die Lords Holland, Clarendon, viele andere der nächsten Freunde und Amtsgenossen Palmerstons hielten einen Bruch mit Frankreich für rein undenkbar; auf der entente cordiale oder ihrem Namen beruhte ja die ganze Stellung, welche England während des letzten Jahrzehntes in Europa eingenommen hatte. Selbst unter den Torys war die Meinung weit verbreitet, daß die Quadrupelallianz der liberalen Weststaaten den Weltfrieden, das Gleichgewicht Europas aufrecht erhalten habe und nimmermehr durch die Erneuerung des alten konservativen Vierbundes ersetzt werden dürfe. Also wurde Palmerston zwischen den verschiedensten Bedenken hin und her geschleudert und gelangte immer wieder zu dem Schlusse: man müsse die Dinge hinzuhalten suchen.*) Er hoffte kaum noch den Tuilerienhof umzustimmen und wollte doch den Bruch vermeiden. Noch am 11. Juni schrieb er dem drängenden österreichischen Bevollmächtigten Neumann: „Ich ziehe eine zeitweilige Verzögerung einem sofortigen schlechten Ende vor."**)

*) Bülows Berichte, 26. Mai, 26. Juni 1840.

**) Palmerston an Neumann, 11. Juni 1840.

Um die Verwirrung zu vollenden sendete Metternich von Zeit zu Zeit übellaunige Depeschen; der konnte sich gar nicht darüber trösten, daß die Entscheidung nicht mehr in seinen Händen lag und fürchtete immer, Rußlands kopflose Politik würde sich in den englischen Netzen verfangen.*) Auch der türkische Gesandte Shekib Pascha vermehrte die Mißklänge dieses seltsamen Konzerts; er gehorchte blindlings den Ratschlägen des österreichischen Bevollmächtigten Neumann, der ausdrücklich beauftragt war sich seiner zu bemächtigen (s'emparer).**) Da Lord Ponsonby die Pforte, trotz ihrer Niederlage, beständig zur Erneuerung des Krieges drängte, so zeigte sich der Türke sehr zuversichtlich und beschwor die Mächte um baldige Verurteilung des ägyptischen Rebellen.***)

Die Verwicklung ward unerträglich, beinahe lächerlich. Der preußische Gesandte Heinrich von Bülow, der zu Anfang März 1840 nach langem Urlaub wieder in London eingetroffen war, schrieb im Juni, nachdem er sich viele Wochen hindurch vergeblich um die Aussöhnung der Streitenden bemüht hatte, ganz verzweifelt: „Was ist unter solchen Umständen von dem Fortgang der hiesigen Verhandlungen zu erwarten? Schimpf und Schande! Man täte besser sie abzubrechen."†) Endlich einigten sich die Gesandten der drei Ostmächte zu einem letzten Versuche; sie verlangten von Palmerston vertrauliche Beratungen ohne Frankreich, das man vorläufig doch nicht gewinnen könne. Seit dem 21. Juni versammelten sich nunmehr die Gesandten der vier Mächte, hinter Guizots Rücken, zu regelmäßigen Sonntagssitzungen bei Palmerston; die Stille des englischen Sabbats kam dem Geheimnis zu statten. Der europäische Kongreß, zu dem man Frankreich förmlich eingeladen hatte, verwandelte sich also in eine geheime Konferenz der vier. Dies hinterrückige, allerdings durch Frankreichs Haltung mitverschuldete Verfahren mußte den französischen Stolz tief verletzen sobald es ruchbar ward. Die Gefahr eines europäischen Krieges rückte so nahe, daß der friedfertige Minister Werther schwer erschrocken dem Gesandten Bülow sein Befremden aussprach und ihm nochmals einschärfte, auf jeden Fall der Krone Preußen die so oft ausbedungene Neutralität vorzubehalten.††) Die vier einigten sich in ihren Sonntagssitzungen über die Grundzüge eines Vertrags zur Rettung des Sultans, aber zum förmlichen Abschluß gelangte man noch immer nicht, weil Palmerston der Zustimmung seines Kabinetts nicht sicher war.†††)

Vergeblich mahnte Metternich in mehreren Depeschen: die Türkei könne den Zustand der Ungewißheit nicht länger mehr ertragen; komme man

*) Maltzans Bericht, 2. Jan. Metternich an Trauttmansdorff, 7. März 1840.

**) Maltzans Bericht, 3. März 1840.

***) Shekib Paschas identische Noten an die Gesandten der fünf Mächte, 2. Juni 1840.

†) Bülows Berichte, 3. März ff. 12. Juni 1840.

††) Werther, Weisung an Bülow, 16. Juli 1840.

†††) Bülows Berichte, 23. 30. Juni 1840.

zu fünfen nicht weiter, so müsse man selbviert vorschreiten.*) Die dritte Sonntagssitzung mußte verschoben werden, weil die britischen Minister noch keinen Beschluß gefaßt hatten. „Wir stehen auf Flugsand" — sagte Bülow traurig. Guizot, der die Gefahr wohl ahnte, hielt sie doch nicht für nahe und verbrachte die kostbare Zeit in geistreicher Unterhaltung mit seiner plötzlich eingetroffenen russischen Freundin, der Fürstin Lieven. Der unschuldige Teil der vornehmen Gesellschaft glaubte, diese feine vielgewandte Diplomatin, die beredsame Egeria der hohen Politik wollte insgeheim für den Franzosen arbeiten. Wer moskowitische Verhältnisse kannte, mußte leicht erraten, daß sie mit Brunnow in Verbindung stand und den Auftrag hatte, jede Annäherung zwischen Guizot und Palmerston zu verhindern.

Da faßte sich Bülow endlich das Herz zu einem entscheidenden Ratschlag. Im Augenblicke besaß er nicht einmal eine giltige Vollmacht, da mittlerweile der Thronwechsel in Berlin eingetreten war; indes wußte er, daß der neue König noch friedlicher dachte als der alte, und sagte zu Neumann im Vertrauen: weil Preußen an Zwangsmaßregeln gegen Mehemed Ali niemals teilnehmen wird, darum fühle ich mich nicht verpflichtet die anderen zurückzuhalten. Durch seinen langen Londoner Aufenthalt und die enge Freundschaft mit Palmerston hatte er sich in englische Anschauungen tiefer eingelebt als einem Preußen geziemte; er betrachtete den Großtürken, nach der britischen Überlieferung, als heilig und hielt daher Frankreichs orientalische Politik, die doch ihre guten Gründe hatte, schlechthin für revolutionär. Demzufolge arbeitete der geistreiche Staatsmann, der in Petersburg des Liberalismus verdächtigt wurde, arglos der russischen Politik in die Hände; er half ihr die Westmächte zu entzweien, das osmanische Reich in einem Zustande hilfloser Schwäche vorläufig zu erhalten. Des ewigen Zauderns müde wollte er endlich Taten sehen. Am 1. Juli, auf einem Lever der Königin zog ihn Lord Melbourne abseits und fragte ängstlich: Was raten Sie mir in der ägyptischen Sache? Bülow erwiderte: Habt Ihr genügende Streitkräfte im Mittelmeer? Auf die bejahende Antwort fuhr er lebhaft fort: Dann seid schnell und kühn! Sendet sofort die Flotte vor Alexandria, werfet die Truppen von Malta und den ionischen Inseln nach Beirut und an die syrische Küste, wo Mehemed Ali keinen Angriff erwartet. Vorher schließen wir hier zu vieren den Vertrag mit dem türkischen Gesandten ab, ohne die Ratifikationen abzuwarten. So wird Frankreich überrascht und doch nicht unmittelbar beleidigt, der Pforte aber bleibt die gefährliche russische Hilfe erspart. But I say again, be quick and bold! — Bülow glaubte ganz sicher, Frankreich würde den ersten Ärger bald überwinden und schließlich doch genehmigen, was nicht mehr zu än-

*) Metternich an Neumann, 24. 27. Juni 1840.

dern sei. Das alles sagte er, wie er selbst gestand, unbeauftragt und unvorbereitet.*)

So geschah das Seltsame: die friedfertigste aller Großmächte, die im Oriente gar kein eigenes Interesse zu wahren hatte, gab jetzt durch den Mund ihres Gesandten selber den verhängnisvollen Rat, welcher unfehlbar einen Waffengang im Mittelmeer, vielleicht sogar einen europäischen Krieg heraufbeschwören mußte. Palmerston atmete auf. Der Gedanke, daß man ohne Rußlands Waffenhilfe, ohne offenbare Kränkung Frankreichs zum Ziele gelangen könne, leuchtete seinen ängstlichen Amtsgenossen ein. Schon am 8. Juli konnte er den Vertretern der Ostmächte mitteilen, daß er die Mehrheit im Kabinett gewonnen und dem türkischen Gesandten versprochen habe, England werde den Sultan mit den Waffen unterstützen.**) Für die Vorbereitung des Kampfes hatte Englands punische Treue bereits gesorgt. Britische Agenten bereisten als Kaufleute verkleidet mit wohlgefüllten Beuteln die syrischen Gebirge und hetzten das Volk wider den gestrengen Pascha auf — eine offenkundige Tatsache, welche Palmerston späterhin mit gewohnter Dreistigkeit in Abrede stellte. Schon im Juli stand der ganze Libanon in Waffen. Nachher ließ auch Metternich, wie er dem Grafen Maltzan selbst erzählte, einen Sendboten zu den Maroniten abgehen, um ihnen Freiheit des christlichen Glaubens, Sicherheit von Hab und Leben zu verbürgen, falls sie für den Sultan gegen den rebellischen Pascha kämpften.***) Wenn Mehemed also zugleich durch die Aufständischen im Lande, durch die britische Flotte an der Küste bedrängt wurde, dann mußte seine Macht in Syrien rasch zusammenbrechen. Frohen Mutes schritten die vier Mächte zum Abschluß. Die Konferenzen drängten sich in rascher Folge, jetzt auch an den Wochentagen. Bülow empfing von allen Seiten Glückwünsche wegen seines klugen Rates und wiederholte mit Selbstgefühl die Worte: Be quick and bold! Man dachte, sobald man fertig sei den Pariser Hof um nachträgliche Zustimmung oder doch um mittelbaren Beistand zu bitten.†) Der Österreicher Neumann versprach sofort, österreichische Kriegsschiffe sollten mit den britischen zusammenwirken. Brunnow war die Liebenswürdigkeit selbst; denn der Petersburger Hof hatte begreiflicherweise nichts dawider, wenn die befreundeten Mächte auf ihre Kosten seine Geschäfte führen wollten.

Am 15. Juli unterzeichneten die Gesandten der vier Mächte mit Shekib Pascha einen Vertrag, der nachher in der Presse den etwas über-

*) Dieser merkwürdige Vorfall ist schon i. J. 1849 in den „Politischen Briefen und Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart" (von Usedom) S. 270 ziemlich genau erzählt, aber noch von keinem Historiker beachtet worden. Usedoms Mitteilungen werden bestätigt und ergänzt durch Bülows Bericht v. 3. Juli und Bülows Schreiben an Maltzan v. 9. Juli 1840.

**) Bülows Bericht, 10. Juli 1840.

***) Maltzans Bericht, 7. Sept. 1840.

†) Bülows Bericht, 14. Juli 1840.

schwenglichen Beinamen des Londoner Quadrupel-Allianz-Vertrags erhielt. Der Sultan versprach, dem Pascha die erbliche Verwaltung Ägyptens und für Lebenszeit das Paschalik Akkon zu überlassen; die vier Mächte verpflichteten sich Mehemed Ali gemeinsam zur Annahme zu bewegen und „behielten sich vor, zu diesem Zwecke zusammenzuwirken nach dem Maße der Machtmittel (moyens d'action), worüber jede von ihnen verfügen kann." Diese letzte Klausel hatte Bülow durchgesetzt um nötigenfalls erklären zu können, daß Preußen gegen den Ägypter überhaupt keine moyens d'action, außer der moralischen Unterstützung, besitze. Zunächst dachten England und Österreich mit ihren Flotten einzuschreiten; rückten die Ägypter durch Kleinasien vor, dann wollten die vier Mächte sich noch verabreden wegen gemeinsamer Sicherung Konstantinopels zu Lande und zur See. In Zukunft aber sollten beide Meerengen, Bosporus und Dardanellen, zu Friedenszeiten allen Nationen verschlossen bleiben. Damit gab der Zar den Vertrag von Hunkiar-Iskelessi auf. Dieser großmütige Verzicht bedeutete freilich wenig; denn der Vertrag ging ohnehin zu Ende, Rußland aber blieb auch jetzt noch der Beherrscher des Pontus und, nach seiner geographischen Stellung, der nächstberufene Beschützer Stambuls. Da Gefahr im Verzuge war, so nahmen die Gesandten, wie Bülow geraten hatte, alles auf ihren Kopf und verabredeten, ohne die Ratifikation abzuwarten, die sofortige Absendung der englisch-österreichischen Flotte.

In Berlin erregten diese Nachrichten zugleich Freude und Besorgnis. Unzweifelhaft hatte Bülow seine Instruktionen eigenmächtig übertreten, obgleich er allerdings im Augenblicke des Abschlusses die beiden neuesten Weisungen noch nicht besaß, welche ihm ausdrücklich anbefahlen, einen Vierer-Vertrag nicht eher zu unterzeichnen, als bis die drei anderen Mächte die Neutralität Preußens für den Kriegsfall förmlich anerkannt hätten.*) Dem preußischen Hofe standen jetzt zwei Wege offen. Er mußte entweder den ungehorsamen Gesandten abrufen und die Ratifikation verweigern, oder wenn er das Geschehene billigte den Vertrag kurzweg genehmigen und dessen gefährliche Folgen mutig auf sich nehmen. Einem stolzen Staate stand es wahrlich übel an, zuerst die anderen Mächte zu kühnen Taten zu ermuntern und dann sich selber für neutral zu erklären. Gleichwohl glaubte der neue König diesen dritten Weg gehen zu können. Schon bei dieser ersten an ihn herantretenden großen Aufgabe europäischer Politik zeigte sich seine verhängnisvolle Vorliebe für unhaltbare diplomatische Stellungen, für alles was vom schlichten Menschenverstande abwich. Er wollte Bülows eigenmächtige Schritte billigen; denn er hielt es für seine königliche Pflicht, den legitimen Sultan im Kampfe gegen den revolutionären Ägypter zu unterstützen, und mit Freuden begrüßte er die Versöhnung seines geliebten Englands mit den Ostmächten. Bei dieser diplomatischen

*) Werther, Weisungen an Bülow, 16. 18. Juli 1840.

Wendung wurden ihm alle die teuren Erinnerungen des Befreiungskrieges wieder lebendig. „Wir dürfen", so ließ er nach Wien schreiben, „den ersten Vertrag nicht abschwächen, durch welchen das britische Kabinett sich offen von Frankreich getrennt und seinen Platz unter den konservativen Mächten wieder eingenommen hat."*) Andererseits sah er wohl ein, daß Preußen die schwerste Last würde tragen müssen, falls ein allgemeiner Krieg ausbräche. Um dies Unheil von seinem Lande abzuwenden, ließ er allen Mächten bestimmt erklären, er halte fest an der friedlichen Politik seines Vaters. Die Klausel, welche Bülow dem Vertrage eingefügt, genügte ihm nicht; er verlangte vielmehr, daß seinem Staate die Neutralität feierlich verbürgt werden müsse.**)

Mit erklärlicher Verwunderung nahmen die drei befreundeten Mächte diese Mitteilungen entgegen. Palmerston meinte kurzweg, alle vier Mächte seien vertragsmäßig verpflichtet, nach dem Maße ihrer Machtmittel zusammenzuwirken, und ließ in Berlin anfragen, was demnach Preußen für die gemeinsame Sache zu tun gedenke.***) Nesselrode sagte dem preußischen Gesandten Liebermann, der ihm im stillen nicht unrecht geben konnte, hoch entrüstet: das sei doch unerhört, daß Frankreichs zunächst bedrohter Nachbarstaat, nachdem er sich dem Vierbunde angeschlossen, noch neutral bleiben wolle; und der Zar warnte freundschaftlich, solche Vorbehalte erregten in England Geringschätzung.†) Selbst Metternich konnte nicht umhin, im August bei der Pillnitzer Zusammenkunft dem Könige vorzustellen: eine förmliche Erklärung der Neutralität erwecke das Mißtrauen Englands, „das wir soeben zu unserem Banner bekehrt haben"; Thiers aber würde darin ein Zeichen der Schwäche des Vierbundes sehen.††) So geschah es auch; denn kaum hatte der französische Minister etwas erfahren, so sagte er erleichtert: also nicht ein Vierbund, nur ein Dreibund steht uns gegenüber!†††) Mehrere Wochen hindurch währten diese geheimen Verhandlungen; sie erweckten bei allen Höfen den Eindruck, daß Preußens Diplomatie unter dem bescheidenen alten Regiment doch weit verständiger und fester geleitet worden war als unter dem prunkhaften neuen. Endlich ward ein Vermittlungsantrag Metternichs angenommen und am 14. August von den vier Mächten ein geheimes Protokoll unterzeichnet, kraft dessen Preußen sich für den Fall eines Krieges „vollkommene Freiheit des Handelns und namentlich das Recht der strengsten Neutralität vorbehielt."*†) Nun erst ratifizierte Preußen den Vertrag.

*) Werther, Weisung an Maltzan, 24. Juli 1840.

**) Werthers Bericht an den König, 22. Juli; Weisung an Bülow, 4. Aug. 1840.

***) Werthers Bericht an den König, 28. Juli 1840.

†) Liebermanns Berichte, 26, 29. Sept. 1840.

††) König Friedrich Wilhelm an Werther, Pillnitz 12. Aug. 1840.

†††) Maltzans Bericht, 26 Aug. 1840.

*†) Geheimes Protokoll der vier Mächte, London 14. Aug.; nebst Briefen von Palmerston, Neumann, Brunnow an Bülow, 14. Aug. 1840.

Das Protokoll sagte in seiner dehnbaren Fassung sehr wenig; denn führte der Londoner Vertrag zu einem europäischen Kriege, so konnte Preußen sich dem Streite unmöglich entziehen. Unvergeßlich aber blieb die traurige Erfahrung, daß der Staat, der die verwegensten Ratschläge gab, sich im Handeln unter allen am kleinmütigsten zeigte. —

Durch den Juli-Vertrag wurde der ägyptische Streit zu einer europäischen Frage, und mit einem Male sah sich Preußen, dem diese orientalischen Händel so fern lagen, in die vorderste Reihe der Streitenden geschoben. Mit der einzigen Ausnahme Rußlands beabsichtigte keine der vier Mächte den französischen Stolz irgend zu kränken. Sie alle meinten, ihr eigenmächtiges Verfahren sei durch die beständig ausweichende, zuwartende Haltung der französischen Diplomatie vollauf gerechtfertigt; hatte doch Guizot in den letzten Tagen, als Palmerston ihn fragte, ob Frankreich nicht mindestens die gänzliche Losreißung Ägyptens verhindern wolle, nur achselzuckend geantwortet: alors comme alors! *) Sie alle glaubten, wie Bülow sagte, Thiers würde gute Miene zum bösen Spiele machen, mit Anstand zurückweichen und sich wohl hüten, im Bunde mit dem ägyptischen Rebellen der offenbaren Übermacht zu trotzen.**) An dem nämlichen Tage, da der Vertrag unterzeichnet wurde, schrieb Palmerston mit ungewohnter Höflichkeit an Guizot: die vier Mächte hätten sich nur mit tiefem Bedauern, nur um doch etwas zustande zu bringen, von Frankreich getrennt; sie hofften, diese Trennung würde nur von kurzer Dauer sein und den Gefühlen aufrichtiger Freundschaft keinen Eintrag tun; sie hofften sogar, Frankreich würde seinen großen Einfluß in Alexandria benutzen um ihnen seinen moralischen Beistand zu leihen und Mehemed Ali zur Nachgiebigkeit zu bewegen.***) Noch friedfertiger redete Preußen. Bülow schrieb nach Paris: „wir mußten uns der Form nach von Frankreich trennen, hoffen aber in der Sache selbst auf dessen hilfreiche Mitwirkung;" und Minister Werther schlug vor, man möge den Tuilerienhof noch vor der Ratifikation des Vertrags zum Beitritt einladen, damit jeder Schein eines Zerwürfnisses vermieden würde.†) Der österreichische Staatskanzler hegte allerdings einen tiefen Haß gegen Thiers, „die wahre Verkörperung der Revolution von 1830." In seinen vertrauten Briefen schalt er maßlos auf „diese in jeder Hinsicht elende Persönlichkeit", die alle schlechten Leidenschaften der Franzosen wachrufe und wie ein Trinker sich nur durch Branntwein stärken könne. Er sagte mit boshaftem Wortspiele: dieser Nichtswürdige wolle der Napoleon der Juli-Revolution werden und sie wie ein Tertian-

---

*) Palmerston, Memorandum über seine Gespräche mit Guizot, 18—20. Juli 1840.

**) Bülow an Maltzan, 9. Juli 1840.

***) Palmerston an Guizot, 15. Juli; Bülows Bericht 31. Juli 1840.

†) Bülow an Arnim, 21. Juli; Werther an Bülow, 4. Aug. 1840.

sieber wiederkehren lassen (il veut la faire tourner en Thiers).*) Aber den Krieg gegen Frankreich wünschte auch er keineswegs.

Wie wenig ahnte die Diplomatie in ihren feinen Berechnungen von der elementarischen Macht des französischen Nationalstolzes. Schon längst empfanden die Franzosen mit gerechtem Unmut, daß ihr Land seit der Juli-Revolution in Europa weniger galt als unter den Bourbonen, ihr Bürgerkönig sich würdelos um die Gunst der Ostmächte bewarb. Die Nation begann der Herrschaft des Großkapitals müde zu werden; Lamartine sprach nur das Herzensgeheimnis der großen Mehrzahl seiner Landsleute aus, als er sagte: la France s'ennuie. Und nun ward der Liebling der Franzosen, der aufgeklärte, von der Pariser Presse vergötterte Reformator des Orients durch einen offenbar ungerechten Schiedsspruch Europas, ohne Frankreichs Vorwissen, verurteilt, durch ein hinterhaltiges Verfahren, das noch tiefer verletzen mußte als ein offener Bruch. Als die Nachrichten aus London allmählich bekannt wurden, bemächtigte sich der Nation eine furchtbare Aufregung, die allen Höfen ganz unerwartet kam; nur das Petersburger Kabinett hatte mit dem Scharfblicke des Hasses alles vorausgesehen. Die Franzosen wähnten wieder von einer Koalition bedroht zu sein; nach ihrer nationalen Überlieferung, die in Thiers' Geschichtswerken einen so beredten Ausdruck fand, waren ja die Kriege des napoleonischen Zeitalters allesamt nicht durch Frankreich verschuldet worden, sondern durch die Herrschsucht der europäischen Koalitionen. Da sie sich zur See den Briten nicht gewachsen fühlten, zu Lande aber den Sieg erhofften, so erklang durch das Land lauter und lauter der Ruf: An den Rhein, an den Rhein! Mit einem Male erfuhr Europa, daß Frankreich in einem Vierteljahrhundert noch immer nicht gelernt hatte, den Eintagsbau des napoleonischen Weltreichs als unwiederbringlich verloren anzuerkennen.

Thiers selbst sprach anfangs noch mit Mäßigung, da er weder an die Ausführung der geplanten Zwangsmaßregeln des Vierbundes noch an eine mögliche Niederlage Mehemed Alis glaubte. Er verhehlte den Mächten nicht, daß er den Frieden für gefährdet halte, mißbilligte offen die Feindseligkeit wider den Ägypter und behielt sich weiteres vor.**) Doch war er zu sehr Franzose um der nationalen Stimmung auf die Dauer zu widerstehen. Die öffentliche Meinung erhitzte sich von Tag zu Tage. Da die englische Presse einen unleidlich anmaßenden Ton anschlug und kurzweg die Unterwerfung Frankreichs unter die Befehle des Vierbundes forderte, so antworteten die Pariser Zeitungen mit revolutionären Drohungen, und selbst der Herzog von Broglie, der friedfertige Doktrinär meinte, jetzt müsse

*) Metternich an Werther, 5. Aug. 1840.

**) Arnims Bericht 23. Juli; Thiers' Denkschrift zur Antwort auf Palmerstons Schreiben, 15. Juli 1840.

der Krieg der Propaganda von neuem beginnen. Schon am 5. August sah sich Thiers genötigt, durch königliche Ordonnanz einen außerordentlichen Kredit von 56 Mill. Fr. zu verlangen; bald darauf folgten neue Anleihen und Truppenaushebungen, alles trieb dem Kampfe zu.

Mit steigender Angst betrachtete Ludwig Philipp dies kriegerische Treiben seines verhaßten Ministers. Auch er hatte Augenblicke, da er die beschämende Stellung seines Landes bitter empfand und zornig sagte, er würde wohl die rote Mütze aufsetzen müssen. Indes solche Wallungen gingen rasch vorüber. Der kluge Kaufmann wußte wohl, daß seine illegitime Dynastie einen siegreichen Feldherrn ebenso wenig ertragen konnte wie eine Niederlage. Der Ruf nach der Rheingrenze ließ ihn kalt, und wie ein Axiom wiederholte er den Satz: wer den allgemeinen Krieg anfängt, unterliegt unfehlbar. Er wünschte den Frieden um jeden Preis und sagte schon in den ersten Tagen zu dem österreichischen Botschafter: lieber wolle er sein Ministerium zerschmettern als seine friedlichen Bahnen verlassen. Ihm graute vor dem Radikalismus, der unausbleiblich durch den Krieg emporkommen müsse; er wollte gar nicht begreifen, wie man seine harmlosen Absichten so sehr verkennen, wie man ihn der Gefahr aussetzen könne von der Revolution überflutet zu werden, und beschwor den jüngeren Werther, als den Vertreter der friedfertigsten Großmacht, für eine Verständigung zu wirken: Europa sitzt auf einem Pulverfasse, solange Frankreich vereinsamt dasteht!*) Eben in diesen schwülen Wochen landete Prinz Ludwig Napoleon mit einer Handvoll Getreuer bei Boulogne und wagte einen zweiten Aufstandsversuch. Das Unternehmen scheiterte sofort, der kühne Abenteurer schien dem Fluche der Lächerlichkeit zu verfallen. Dem Könige aber war übel zu Mute; er ahnte, wie leicht sein geraubter Thron einem andern Räuber anheimfallen konnte.

Die beiden deutschen Großmächte versäumten nicht, den Bürgerkönig in seinen löblichen Ansichten zu bestärken. Friedrich Wilhelm ließ — nicht ohne die halb unbewußte Selbsttäuschung rhetorischer Überschwenglichkeit — inbrünstig versichern, seine persönlichen Gefühle für Ludwig Philipp seien ebenso unwandelbar wie seine Freundschaft für Frankreich. Metternich aber hielt für geraten, dem ängstlichen Orleans das Schreckgespenst der Revolution vorzuhalten: wolle Thiers den Krieg, so müsse er die Politik des Konvents treiben, seinen eigenen König entthronen und Mehemed Ali auf den Herrschersitz der Sultane erheben.**)

Mit diesen Friedensmahnungen der deutschen Mächte stimmte die Haltung Rußlands und Englands wenig überein. Zar Nikolaus behauptete in Stambul, wie einst seine Großmutter in Warschau, eine

*) Werther d. J., Berichte aus Paris, 26. Juli, 26. Aug. 1840.

**) Minister Werther, vertrauliche Weisung an Werther d. J., 8. Aug. Metternich, vertrauliche Weisung an Apponyi, 4. Aug. 1840.

wohlwollende Schutzherrschaft. Er traute sich's zu, diese Stellung, trotz einiger kleinen Zugeständnisse an die anderen Mächte, auch fernerhin aufrechtzuhalten und also den türkischen, wie vormals den polnischen Schützling langsam für die Vernichtung vorzubereiten. Das Schicksal Syriens kümmerte ihn wenig; für jetzt verfolgte er nur den einen Zweck, die beiden Westmächte gründlich und für immer zu entzweien. Darum hatte sich Brunnow, wie man in Berlin wohl bemerkte, während der letzten Wochen bescheiden zurückgehalten; er sah voraus, daß England und Frankreich sich doch nicht einigen würden. Jetzt aber, nachdem der Vierbund geschlossen war, trat der sanfte Mann wieder hervor und führte plötzlich eine sehr herausfordernde Sprache gegen den Tuilerienhof. Der Zar sprach nunmehr offen aus, die Vereinsamung und Demütigung des revolutionären Frankreichs sei sein Ziel. Nesselrode erklärte hochmütig: wenn Frankreich sich jetzt noch erbieten sollte, mit den vier Mächten gemeinsam zur Verteidigung Konstantinopels mitzuwirken, so müsse man dies Unterfangen als ein feindliches Unternehmen abweisen; ja er forderte den Sultan im voraus auf, jeden solchen Versuch der französischen Flotte mit den Waffen zurückzuweisen.*) Einige Wochen darauf enthüllte er der Wiener Hofburg ganz unzweideutig den leitenden Gedanken der russischen Politik; er schrieb: „die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten der beiden konstitutionellen Mächte dürfen nicht so vollständig ausgeglichen werden, daß wir Gefahr liefen, sie von neuem gegen die monarchischen Interessen verbündet zu sehen." **)

Während Rußland also an der Zerstörung der entente cordiale arbeitete, dachte Palmerston nur an Englands mediterranische Herrschaft. Ungestüm wie er war fühlte er sich durch Frankreichs Widerspruch, den er schon in den spanischen Händeln so unliebsam empfunden hatte, tief verstimmt. Seine Sprache ward immer heftiger; er wollte Frankreich einschüchtern, der Zorn erweckte ihm eine blinde Hartnäckigkeit. „Die Absichten der vier Mächte", schrieb er kurzweg nach Paris, „sind uneigennützig und gerecht" — eine Behauptung, die den Franzosen wie Hohn klingen mußte, da so große englische Handelsinteressen auf dem Spiele standen.***) In solcher Stimmung hörte Palmerston williger als sonst auf die Ratschläge Lord Ponsonbys, der stürmisch die Vernichtung des Ägypters forderte.

Mehemed Ali verhandelte mittlerweile mit zwei Abgesandten von Thiers, erst mit einem Sohne Casimir Periers, dann mit einem Sohne Napoleons dem Grafen Walewski, der damals dem Geschichtschreiber des Kaiserreichs sehr nahe stand, und erbot sich schließlich, einen guten Teil seines Be-

*) Westphalens Bericht, Petersburg 7. Aug. Nesselrode, Weisung an Meyendorff in Berlin, 27. Juli, an Titow in Konstantinopel, 20. Juli 1840.

**) Nesselrode, Weisung an Tatistschew in Wien, 10. Sept. 1840.

***) Palmerston an Bulwer, 31. Aug. 1840.

sitzes, Kreta, das wichtige Grenzland Adana sowie die heiligen Stätten Mekka und Medina dem Sultan auszuliefern, wenn ihm dafür Ägypten erblich, Syrien auf Lebenszeit zur Verwaltung überlassen würde. Diese Anerbietungen klangen aus dem Munde des Siegers von Nisib nicht unbillig; der preußische Hof selbst fand sie befriedigend, doch den anderen Mächten genügten sie nicht, am wenigsten der Pforte.*) Seit der Sultan an dem Vierbunde wieder einen Rückhalt besaß, flammte der alte Haß der Osmanen wider den Ägypter mächtig auf, und im September wurde Mehemed Ali, auf Lord Ponsonbys Andrängen, durch einen Ferman des Großherrn abgesetzt, obgleich der Diwan versprochen hatte, nicht einseitig ohne den Beirat Europas vorzugehen. Eine solche Gewalttat konnten die vier Mächte unmöglich billigen; sie mußte ebenso erfolglos bleiben, wie die Acht welche Sultan Machmud vor acht Jahren über den ägyptischen Vasallen verhängt hatte. Immerhin bewies sie, daß der Streit der beiden orientalischen Herrscher nicht ohne Waffengewalt zu schlichten war. Die Gefahr des allgemeinen Krieges rückte näher.

Wunderbar stark und von nachhaltigem Segen war die Rückwirkung dieser Ereignisse auf das deutsche Volksleben. Die Deutschen hatten von den verwickelten Londoner Unterhandlungen nur wenig erfahren und an die Möglichkeit eines europäischen Krieges kaum gedacht. Es traf sie wie ein Blitz vom hellen Himmel, als plötzlich bei der Einweihung der Juli-Säule auf dem Bastilleplatze die Marseillaise, diesmal in drohendem Ernst, erklang und alle französischen Blätter den Feldzug an den Rhein forderten. Daß Frankreich wegen einiger syrischen Paschaliks die deutsche Westmark bedrohen wollte, erschien allen als ein Beweis rasenden Übermuts, und sofort antwortete dem gallischen Kriegsgeschrei aus allen Gauen Deutschlands der alte Schlachtruf der Germanen: her, her! Deutschland war einig in dem Entschlusse, sein altes so glorreich wiedergewonnenes Erbteil ritterlich zu behaupten. Die welschen Ideale des vergangenen Jahrzehnts schienen wie weggeblasen, die Heldengestalten von Dennewitz und Leipzig traten den Deutschen wieder leuchtend vor die Augen; auch die ästhetische Begeisterung für das schöne Rheinland wirkte mit, die sich während der jüngsten Jahre durch die Bilder der Düsseldorfer und die Lieder der letzten Romantiker in weiten Kreisen verbreitet hatte. In jedem anderen Volke hätte sich ein solcher Entschluß von selbst verstanden; den Deutschen aber traute das Ausland nationalen Stolz nicht zu, und ungeheuer war der Eindruck, als hier plötzlich, ganz frei und naturwüchsig, an hundert Stellen zugleich der Volkszorn seine mächtige Stimme erhob. Man fühlte überall: diese Empfindung war tiefer, mächtiger als die Kriegsbegeisterung der Franzosen, die freilich auch aus dem Herzen kam,

*) Thiers, Weisung an Bresson in Berlin, 27. Sept. Minister Werther, Bericht an den König, 23. Sept. 1840.

aber von der Pariser Presse künstlich gefördert und geleitet wurde. Sogar die allezeit streitlustigen Elsässer erschraken; die Straßburger Zeitungen sagten kleinmütig, auf das preußische Rheinland müsse Frankreich wohl für immer verzichten, nur die Pfalz sei noch zu gewinnen.

Sofort stand außer Zweifel, daß die Deutschen diesen Krieg, wenn er kam, sogar noch einträchtiger führen würden als den Feldzug von Belle Alliance; denn gerade in den Landschaften, welche bisher für französische Ideen eine besondere Vorliebe gezeigt hatten, flammte das kriegerische Feuer am hellsten. Wie oft hatten die preußischen Rheinländer beim Schoppen über den Ehrenbreitstein und die anderen „Zwing-Uris" ihres Königs gespottet; jetzt fühlten sie alle dankbar, daß sie hinter diesen Bollwerken deutscher Freiheit so wohlgeborgen saßen. Den Süddeutschen aber fiel es schwer aufs Herz, wie gröblich ihre Regierungen und Landtage sich durch falsche Sparsamkeit an dem großen Vaterlande versündigt hatten; sie sahen sich wehrlos und alle wendeten ihre Blicke hilfesuchend auf den neuen König von Preußen. Recht aus dem Herzen der verständigen Süddeutschen heraus sagte Nebenius in einer anonymen Flugschrift über „das südwestliche Deutschland und seine Stimmungen": unser Süden bedürfe vor allem einer Landwehr nach preußischem Muster, damit er sich endlich aus eigener Kraft zu verteidigen lerne. Auch die bayrische Pfalz, vor acht Jahren noch die Heimstätte des wüsten Radikalismus, hielt sich so musterhaft, daß der Regierungspräsident Fürst Wrede den Pfälzern mit vollem Rechte sagen konnte, ihr Nationalsinn hätte ihn „mit wahrer Bewunderung erfüllt".*) Die tollen Reden des Hambacher Festes waren ja doch nur der unbestimmten Sehnsucht nach einem großen Vaterlande entsprungen; seitdem hatte die Langeweile des Bourgeois-Regiments die französischen Sympathien sehr abgekühlt, die unwiderstehliche Interessengemeinschaft des Zollvereins das deutsche Nationalgefühl mächtig gefördert; und sobald Not an Mann kam zeigte sich sogleich, daß der Pfälzer ebenso gut ein Deutscher war wie der Märker oder der Pommer. In schönem Einmut hielten alle Stämme zusammen; höchstens im Königreich Sachsen und den anderen Kleinstaaten des Ostens, die sich nicht unmittelbar bedroht fühlten, erklang noch zuweilen schüchtern eine Stimme philisterhafter Friedensseligkeit.**)

Und wie das Volk so seine Fürsten. Von jener rheinbündischen Gesinnung, die noch im Jahre 1815 zu Stuttgart und Karlsruhe so dreist herausgetreten war, fand sich nirgends mehr eine Spur. Der gesamte hohe Adel der Nation scharte sich ehrenhaft um das Banner des Vaterlandes: von dem alten Welfen an, der als grimmiger Reaktionär den Vernichtungskampf wider die Revolution ersehnte, bis hinüber zu dem Teutschesten der

*) Abschiedsschreiben des Reg.-Präs. Fürst Wrede an die Pfälzer, Speier, 30. Apr. 1841.

**) Jordans Bericht, Dresden 24. Okt. 1840.

Teutschen, König Ludwig von Bayern, der seine Vaterstadt Straßburg noch als die starke Bundesfestung unseres Südens zu begrüßen hoffte.*) Die französischen Gesandten in Deutschland fühlten sich wie verraten und verkauft, als sie in diesem gutherzigen, gastfreundlichen Volke auf einmal den Haß auflodern sahen. Graf Bresson in Berlin, ein bekannter Heißsporn, gebärdete sich wie ein Unsinniger; er klagte, Frankreich sei erniedrigt, entehrt, von Europa geächtet,**) und verkroch sich bei dem nächsten Hoffeste, um nur den König nicht sprechen zu müssen, hinter einem Fenstervorhang, wo man ihn ruhig stecken ließ. Der Gesandte in München wollte gar nicht verstehen, was man gegen ihn habe, da doch Frankreich immer das deutsche Gleichgewicht verteidigte;***) der in Darmstadt bat um Schutz für sein Haus, weil er sich durch den Lärm der Presse persönlich bedroht glaubte.†) Offenbar kam es den Franzosen ganz unerwartet, daß die Deutschen sich als eine Nation fühlten.

Die öffentliche Meinung hielt sich ganz frei von dem fratzenhaften Franzosenhasse der Zeiten der alten Burschenschaft. Man wagte nicht einmal die Wiedereroberung des Elsasses zu fordern, sondern wollte nur tapfer das deutsche Hausrecht wahren. Major Moltke erwies freilich in einem beredten Aufsatze über die westliche Grenzfrage, „daß wenn Frankreich und Deutschland je miteinander abrechnen, alles Soll auf seiner, alles Haben auf unserer Seite steht", und sprach die Erwartung aus, in diesem Falle würde Deutschland „das Schwert nicht eher in die Scheide stecken bis Frankreich seine ganze Schuld an uns bezahlt" hätte. Solche Hoffnungen mochten in der Stille von vielen, zumal von preußischen Offizieren gehegt werden; in der Presse fanden sie nur sehr selten einen Widerhall. Mitten während des Kriegslärms wurden in Deutschland Sammlungen für die Überschwemmten zu Lyon veranstaltet, und weil die Empfindung der Nation so einfach war, darum fand sie auch ihren natürlichen Ausdruck in den schlichten Worten eines Mannes aus dem Volke. Niklas Becker, ein junger Gerichtsschreiber im preußischen Rheinlande, dichtete in guter Stunde das Lied:

Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein,
Ob sie wie gier'ge Raben sich heiser darnach schrei'n,
Solang er ruhig wallend sein grünes Kleid noch trägt,
Solang ein Ruder schallend in seine Wogen schlägt.

Als die Kölner im Oktober ihrem neuen Könige huldigten, wurde dies Lied zum ersten Male gesungen, und feurige rheinische Patrioten, die noch halb unbewußt unter dem Einflusse der französischen Verbildung des letzten Jahrzehnts standen, schlugen vor, das Gedicht, als ein Gegenstück der

*) Dönhoffs Bericht, München 10. Nov. 1840.
**) Minister Werther an Bülow, 10. Aug. 1840.
***) Dönhoffs Bericht, 9. Dez. 1840.
†) Nach du Thils Aufzeichnungen.

Marseillaise, die Colognaise zu nennen. Gewaltig war die Wirkung. Mehr als zweihundertmal wurde das Rheinlied in Musik gesetzt; und eben wegen dieser überschwenglichen Begeisterung konnte es nicht im Gedächtnis des Volkes dauern, da keine der unzähligen Melodien die anderen aus dem Felde zu schlagen vermochte. Ein Heer von Nachahmern stimmte in Beckers Weisen ein, unter ihnen auch ein unbekannter junger Schwabe Schneckenburger. Der dichtete in der Schweiz ein Lied „die Wacht am Rhein", das als Dichtung dem Vorbilde weit nachstand. Doch bei einem Volksliede bedeutet die Melodie fast alles, der Text wenig; dank der kräftigen, volkstümlichen Komposition Wilhelms sollte Schneckenburgers Lied nach einem Menschenalter der rauschende Kriegsgesang der deutschen Sieger werden. Damals sprach niemand davon; alles schwärmte für Niklas Becker, dessen poetische Kraft freilich mit diesem einen glücklichen Wurfe erschöpft war. König Friedrich Wilhelm bewies ihm in Wort und Tat seine Anerkennung; Ludwig von Bayern sendete ihm als Pfalzgraf bei Rhein einen Ehrenbecher und schrieb: „Aus diesem vergoldeten, silbernen, von mir angegeben wordenen Pokal trinken Sie oft, das singend: Sie sollen ihn nicht haben!"

Von französischer Seite antwortete zuerst Lamartine mit einer „Marseillaise des Friedens", die in den Träumen allgemeiner Menschenliebe schwelgte:

Der Haß und Neid allein besitzt ein Vaterland,
Die Bruderliebe kennt es nicht.

Mit solcher Gefühlsseligkeit konnte der französische Übermut sich unmöglich zufrieden geben. Erst Alfred de Musset fand das rechte Wort für die nationale Empfindung, als er den Deutschen zurief:

Wir hatten ihn schon, euern deutschen Fluß,
Er fühlte im Nacken des Siegers Fuß —

und sie höhnend aufforderte, im freien Rheine ihre Bedientenjacke zu waschen. In ähnlichem Tone pries Victor Hugo den Cyklopen Frankreich und sein eines Auge, Paris; ein anderer Poet sang gar: nous l'aurons quand nous le voudrons — und mußte sich von den Deutschen an den Fuchs, dem die Trauben zu sauer schienen, erinnern lassen. Mehrere Monate hindurch währte dieser poetische Wettstreit, in dem die Deutschen entschieden die Oberhand behielten; von allen den drohenden und prahlenden Gesängen der Franzosen hielt keiner den Vergleich aus mit dem frischen Rheinweinliede Georg Herweghs:

Wo solch ein Feuer noch gedeiht,
Wo solch ein Wein noch Flammen speit,
Da lassen wir in Ewigkeit
Uns nimmermehr vertreiben!
Stoßt an, stoßt an: der Rhein,
Und wär's nur um den Wein,
Der Rhein soll deutsch verbleiben!

Die Gesinnung der Nation sprach sich so unwiderstehlich aus, daß selbst Jakob Venedey, der Häuptling der Pariser „Geächteten", der abgesagte Feind Preußens nicht umhin konnte in seinem phrasenreichen Buche „der Rhein" ehrlich einzugestehen, die Rheinfrage dürfe für deutsche Männer keine Frage sein. Sogar in Österreich regte sich zuweilen das deutsche Blut. Auf den Straßen Wiens wurde das Rheinlied gesungen, und für den Österreichischen Beobachter, der vor kurzem noch die höchstgefährliche Idee der deutschen Einheit so ingrimmig verfolgt hatte, schrieb jetzt der junge Liberale Franz Schuselka die „deutschen Worte eines Österreichers". Von den Gegnern wagten sich nur einzelne mit der Sprache heraus; so W. Cornelius, der Demagog aus den Hambacher Zeiten, der ließ in einem bissigen Gedichte den Vater Rhein seinen Sängern antworten: „nennt mich weder deutsch noch frei." Heinrich Heine fühlte sich wie betäubt, als der kunstvolle Prachtbau der welschen Phrasen des letzten Jahrzehntes so jählings zusammenbrach und die verhaßten Teutonen sich so ungebärdig wider sein geliebtes Frankreich erhoben; indessen zog er vor, für jetzt noch klüglich zu schweigen.

Der fremdbrüderliche Liberalismus der dreißiger Jahre war mit einem Schlage vernichtet. Niemand empfand dies schwerer als Rotteck, den die tragische Gerechtigkeit des Schicksals eben jetzt, im November 1840, inmitten der Lärmrufe der teutonischen Kriegsbegeisterung aus dem Leben abberief. Auf seine Weise hatte der ehrliche Doktrinär sein Vaterland immer geliebt; aber die Möglichkeit eines Krieges gegen das liberale Frankreich war ihm während der letzten Jahre ganz unfaßbar geworden. In der verwandelten Zeit fand er sich nicht mehr zurecht, und noch auf seinem Sterbebette fragte er traurig: in welche Hände wird nun das Vernunftrecht kommen? Er ahnte nicht, daß diese Hände sich niemals finden sollten. Die schöpferische Wissenschaft war über die Träume des Vernunftrechts längst hinweggeschritten, die verständigen Liberalen begannen schon, nach Dahlmanns Vorgang, ihre Ideale den gegebenen Zuständen anzupassen; die jungen Schwarmgeister aber, die noch an das Wahnbild eines unwandelbaren, in den Sternen geschriebenen Rechtes glaubten, gingen weit über Rotteck hinaus, sie hofften auf ein Reich der unbedingten Freiheit und Gleichheit. So starb der Führer des badischen Liberalismus zur rechten Zeit für seinen Ruhm, in einem Augenblicke, da er den Deutschen nichts mehr sein konnte.

Zum ersten Male seit unvordenklichen Zeiten war die deutsche Nation mit ihren Fürsten ganz einig, und Metternich, der jetzt im Alter die Dinge bequem zu nehmen liebte, meinte zufrieden, diese nationale Bewegung sei ganz unberührt von den revolutionären Gedanken der Befreiungskriege. Zar Nikolaus dagegen sagte besorgt zu dem preußischen Gesandten, es scheine ratsam die stürmische nationale Gesinnung der Deutschen zu überwachen, denn sie äußere sich am lautesten in den Kreisen

der Männer, welche bisher die Regierungen bekämpft hätten.*) Der Russe sah schärfer als der Österreicher. Es war in der Tat der Geist von 1813, der aus allen diesen Gedichten, Reden und Zeitungsartikeln sprach; es war der Stolz einer endlich erwachenden starken Nation, der zum vollen Selbstbewußtsein gereift der Fremdherrschaft Österreichs ebenso verderblich werden mußte wie die hohlen Formen der Bundesverfassung. Die Kugel stand auf scharfer Kante; ein leichter Stoß genügte sie ins Rollen zu bringen. Der Krieg war erklärt, sobald Preußen eine ernste Anfrage wegen der französischen Rüstungen nach Paris ergehen ließ und sie veröffentlichte.

Ein König von friderizianischer Kühnheit hätte dieser Versuchung schwerlich widerstanden. Alle die tapferen Männer des preußischen Heeres, welche seit Jahren schon den dritten punischen Krieg für unvermeidlich hielten, vereinigten sich in der Meinung, jetzt sei die rechte Zeit zum Schlagen. Der Prinz von Preußen lebte und webte in dem Gedanken des rheinischen Feldzugs. In ernster Rede mahnte er die Offiziere der Garde, den vaterländischen Sinn wach zu halten in dem Heere, „der Schöpfung des seligen Königs", die sich mehr denn je das Vertrauen des befreundeten Auslandes erworben habe.**) Er schrieb sich das Rheinlied eigenhändig ab, und unter die Schlußworte:

Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein
Bis — seine Flut begraben des letzten Manns Gebein

setzte er jenen kühnen Federzug, der späterhin aus der Namensunterschrift des Sedansiegers der weiten Welt bekannt werden sollte. Auch Radowitz riet seinem geliebten Könige, sich jetzt durch einen verwegenen Entschluß eine Stellung ohnegleichen zu gewinnen. Die Lage schien für Preußen wunderbar günstig. Thiers hoffte zwar den Krieg in Italien zu beginnen, um dadurch Deutschland neutral zu halten; er war aber ganz außer stande, die gallische Kriegsbegier, sobald sie einmal entfesselt wurde, von ihrem eigentlichen Ziele, dem Rheinlande abzulenken, und mit vollem Rechte ließ daher die preußische Regierung in Paris erklären, sie müsse jeden Angriff auf Italien als einen Kriegsfall betrachten. Wenn Frankreich also gezwungen wurde seine Streitkräfte zu teilen, so konnte nach menschlichem Ermessen den preußischen Waffen der Sieg nicht entgehen, trotz der voraussichtlich elenden Beihilfe der kleinen deutschen Bundesgenossen. Aber so wahrscheinlich der kriegerische Erfolg, ebenso gewiß war schließlich die diplomatische Niederlage; denn auch dieser Krieg hätte wie der Feldzug von Belle Alliance unter dem Neide und der Halbheit aller Koalitionskriege verkümmern müssen; er konnte nach aller Wahrscheinlichkeit nur damit enden, daß Preußen mit ungeheueren Opfern die persönliche

*) Liebermanns Bericht, 23. Febr. 1841.
**) Bergers Bericht, 6. Jan. 1841.

Rachsucht des Zaren befriedigt, Englands mediterranische Herrschaft befestigt und für sich selbst nichts davon getragen hätte als einige wertlose Grenzplätze in Elsaß-Lothringen.

König Friedrich Wilhelm ließ solche Erwägungen gar nicht an sich herankommen; für ihn hatte der Gedanke eines dritten Pariser Einzugs keinen Reiz. Er wollte den Frieden, nichts als den Frieden. Erst als die französischen Drohungen unsere Westgrenze gefährdeten, rüstete er sich zur Abwehr, und für diesen bescheidenen Zweck der Verteidigung Deutschlands arbeitete die preußische Politik, die sich in den internationalen Londoner Verhandlungen so schwächlich, so widerspruchsvoll gezeigt hatte, mit ehrenwerter Umsicht und Beharrlichkeit. Der König dachte die Gelegenheit zu benutzen und mit dem Bundesheerwesen zugleich die gesamte deutsche Bundespolitik, die seinem Herzen so teuer blieb, neu zu beleben. „Zu Frankfurt", so gestand er einem Vertrauten, „brau' ich mein Eigenstes; zu keiner Gesandtschaft steh' ich in so unmittelbarem Verhältnis als zu dieser."*) Er wußte, wie eifrig sein Vater sich während der letzten Jahre bemüht hatte, in Frankfurt durch Radowitz eine Verbesserung der elenden Bundeskriegsverfassung zu bewirken, und wie kläglich alle diese Bemühungen an der Gleichgiltigkeit Österreichs gescheitert waren. Gerade in den Tagen des Thronwechsels berichtete Radowitz hoffnungslos über die Haltung der Hofburg: „Bei völliger Kenntnis und Einsicht in die vorhandenen Gebrechen ist dennoch das Interesse an deren Heilung nicht groß genug oder die Berücksichtigung anderweiter Motive zu vorwiegend."**) Durch den Zauber seiner Beredsamkeit hoffte der neue König diesen Widerstand zu überwinden; schon auf der Pillnitzer Zusammenkunft sagte er zu Metternich tiefbewegt, fortan müsse eine neue Zeit auch für die Bundespolitik kommen. Der Österreicher wich aber aus und vermied auch fernerhin ängstlich jedes Gespräch über den Deutschen Bund.

Metternich verbrachte den August und September in Königswart, wohin er die Gesandten aller Großmächte nebst dem päpstlichen Nuntius eingeladen hatte. Mit Spannung beobachtete die diplomatische Welt diesen geheimnisvollen Kongreß. Fleißiger denn je arbeitete Metternichs Feder; ungezählte Depeschen flogen aus seinem böhmischen Schlosse in alle Welt und sie klangen alle in hohem Tone. „Die Frage ist ganz einfach die des die Pforte zu seinem Vorteil fressen wollenden Paschas von Ägypten," so schrieb er nach Frankfurt. Die orientalische Verwicklung war und blieb ihm nur ein Kampf zwischen der Revolution und dem legitimen Sultan; den Bürgerkönig suchte er zu erschrecken durch den Bericht eines k. k. Agenten, der seit Jahren allen Pariser revolutionären Klubs angehörte und bestimmt versicherte, die Radikalen planten einen neuen Streich

*) König Friedrich Wilhelm an Rochow, 9. April 1842.

**) Radowitz, Bericht an Werther, 2. Juni. Eichhorn an den Kriegsminister v. Rauch, 9. Juli 1840.

wider die Krone.*) In Wahrheit verbarg sich hinter diesem vielgeschäftigen Treiben nur die Angst. Der greise Staatskanzler wollte schlechterdings nicht an die Möglichkeit eines europäischen Krieges glauben, weil er seinem morschen Reiche nicht mehr die Kraft zutraute solchen Gefahren zu widerstehen; er beabsichtigte von vornherein, die dem Sultan verheißene Unterstützung nur durch die Absendung einiger Kriegsschiffe, nimmermehr durch Landtruppen zu leisten, und zeigte eine sorglose Sicherheit, welche Graf Maltzan ganz unbegreiflich fand, da ja bekanntlich alle Rüstungen in Österreich nur schwer und langsam zu stande kämen.**) Endlich gingen dem Preußen die Augen auf. Am 11. Sept. gestand er seinem Monarchen: wir sind alle von Metternich betrogen, alle „in der possierlichsten Weise hineingefallen"; der Fürst hat uns nur in Königswart hingehalten, weil er nicht nach Wien gehen, unliebsame Erörterungen mit seinem übersparsamen, den gefährlichen Vierbund verabscheuenden Nebenbuhler Kolowrat vermeiden will.***) So stand es in der Tat. Metternich regierte Österreich nicht, er konnte auf die Unterstützung des Triumvirats nicht zählen; alle die verrosteten Räder der unförmlichen Staatsmaschine knarrten und knirschten.

Wie hochbedenklich mußten einem solchen Hofe die immerhin etwas herzhafteren preußischen Verteidigungspläne erscheinen. Schon am 25. August erklärte Maltzan, sein Monarch halte für nötig, daß die beiden deutschen Großmächte sich über die gemeinsame Abwehr verständigten und dann die kleinen Höfe zur Mitwirkung aufforderten. Preußen könne binnen acht Wochen 200 000 Mann am Rhein versammeln; wie viele Truppen denke Österreich in Vorarlberg aufzustellen? Dort standen augenblicklich kaum 1000 Mann. Metternich antwortete „aufs höchste entzückt" mit einigen allgemeinen Redensarten.†) So ging es weiter, viele Wochen hindurch, ohne jedes Ergebnis. Noch in den ersten Oktobertagen sprach der Österreicher von bewaffneter Neutralität und schrieb an Neumann in London: eben weil Frankreich rüstet dürfen die vier Mächte nicht rüsten. Maltzan sagte entsetzt: Welche Logik! Und Preußen ist Frankreichs Nachbar! Er faßte sich ein Herz und schrieb nach Berlin: „Heute tauschen Österreich und Preußen ihre Rollen. Der Geist des kaiserlichen Kabinetts ist wesentlich friedlich. Preußen dagegen, stark durch seine physische und sittliche Kraft, überbietet Österreich und ist offenbar berufen, die Bewegungen der beiden Großmächte und Deutschlands sowohl hervorzurufen als zu leiten."††) Nach neuem lebhaftem Andrängen des preußischen Hofes sendete Metternich am 9. Okt. an König Friedrich Wilhelm

*) Metternich an Münch 9. Sept.; an Apponyi 20. Aug. 1840.

**) Maltzans Berichte, 8. 26. 29. Aug. 1840.

***) Maltzans Bericht, 11. Sept. 1840.

†) Maltzans Bericht, 25. Aug. Metternich an Min. Werther, 26. Aug. 1840.

††) Maltzans Berichte, 3. 5. Okt. 1840.

ein Schreiben, das, ohne bestimmte Zusagen zu geben, doch mindestens die Hoffnung erweckte, Preußen und Österreich würden „als die ersten Glieder des Deutschen Bundes in geschlossener Stellung auftreten". Auch dies blieben nur leere Worte, die Verhandlungen rückten nicht von der Stelle. Schon waren vier Monate seit dem Juli-Vertrage verflossen, Frankreichs Rüstungen wurden immer gefährlicher, die Kriegsdrohungen der Pariser Presse immer lauter, und noch war für Deutschlands Verteidigung nur das eine geschehen, daß Preußen seine rheinischen Festungen in der Stille ausrüstete, die Mobilmachung des Heeres vorbereitete.

Alles wartete auf den neuen König, und nun endlich sah er ein, daß er, die Ehrfurcht vor dem k. k. Erzhause überwindend, selber die Vorhand übernehmen mußte. Am 16. Novbr. erschienen in Wien General Grolman, Preußens angesehenster Heerführer, und Oberst Radowitz, der unterwegs den sächsischen Hof besucht hatte. Derweil die auswärtigen Diplomaten noch ihre Anstalten trafen um die erwarteten langwierigen Verhandlungen zu belauschen, wurden die beiden Preußen schon nach zwei Tagen mit General Ficquelmont handelseins. Grolmans heldenhafter Gradsinn und Radowitz's umfassende Sachkenntnis ergänzten einander sehr glücklich. Sie setzten durch, daß jener preußische Kriegsplan vom Jahre 1831, der damals so peinliche Beratungen veranlaßt hatte, jetzt wieder aufgenommen wurde.*) Nur wollte man diesmal kühner verfahren und im Kriegsfalle sogleich zum Angriff schreiten. Also ein preußisch-norddeutsches Heer abwärts von Mainz; ein süddeutsches, durch preußische Truppen verstärkt, am Oberrhein, endlich in Oberschwaben eine österreichische Reserve-Armee, deren Stärke Ficquelmont auf 150000 Mann anschlug.**) Diesen zuversichtlichen Zahlenangaben traute Grolman freilich ebenso wenig wie den Prahlereien Metternichs, der den kleinen deutschen Gesandten beharrlich versicherte, Österreich sei vollkommen gerüstet; der General wußte nur zu wohl, in welchem elenden Zustande sich das k. k. Heer befand, und wie dringend Radetzky, immer vergeblich, um Verstärkung mindestens der italienischen Armee flehte.***) Indessen zog er vor keinen Widerspruch zu erheben. Ihm genügte, daß die Hofburg, im Gefühl ihrer Ohnmacht, den Oberbefehl über die deutschen Kleinstaaten tatsächlich an Preußen überließ, auch auf den alten Lieblingsplan des k. k. Hofkriegsrats, auf den Zug durch die Schweiz nicht mehr zurückkam. Von der lächerlichen Bundeskriegsverfassung war ohnehin, wie immer in Zeiten der Gefahr, gar nicht mehr die Rede.

Da die günstigen Nachrichten vom orientalischen Kriegsschauplatze den Mut der Hofburg mittlerweile etwas gehoben hatten, so beschlossen die

*) S. o. IV. 214. 740.

**) Werther, Weisung an Liebermann, 3. Dez. Maltzans Berichte, 20. 24. Nov. 1840.

***) Maltzans Bericht, 24. Dez. 1840.

beiden Mächte, durch ein Rundschreiben die deutschen Höfe zur Wachsamkeit aufzufordern und zugleich in Paris vertraulich wegen der französischen Rüstungen anzufragen. Bei alledem hegte man in Berlin wie in Wien noch durchaus friedliche Absichten. Der preußische Hof hatte dem französischen die Sendung der beiden Offiziere nach Wien schon im voraus freundschaftlich angezeigt und die Beteuerung hinzugefügt, durch die Eintracht des Deutschen Bundes werde die allgemeine Ruhe am besten gesichert.*) Nur für den Fall, daß die Kriegspartei den friedlichen Bürgerkönig überwältigte, wollte man sich gedeckt halten. Frankreichs Rüstungen bewirkten einen Zustand des „bewaffneten Friedens" — so lautete der neue Modeausdruck der Diplomaten und der Zeitungen. Deutschland mußte auf der Wacht stehen. Diese unschuldige Absicht hatte der König durch die Sendung seiner Offiziere in der Tat erreicht, und mit hohem Selbstgefühle sagte Maltzan zu Metternich: unser Monarch achtet Österreichs Stellung in Deutschland, er ist jedoch unabänderlich entschlossen, den Deutschen Bund aus dem Zustande der Entwürdigung zu reißen und ihn „in die Reihe der Mächte wieder emporzuheben".**) Friedrich Wilhelms dichterische Phantasie trug sich wirklich mit dem Wahne, daß der Deutsche Bund neben Österreich und Preußen noch eine selbständige Macht bilden und Deutschland also mit der Wucht dreier Großmächte in die Geschicke der Welt eingreifen würde. Metternichs Nüchternheit konnte diese traumhaften Vorstellungen von den Riesenkräften Bayerns und Darmstadts unmöglich teilen; er hielt jedoch für klug in den weihevollen Ton des preußischen Hofes einzustimmen und redete fortan in Gesprächen und Denkschriften hochpathetisch von „dem Deutschen Bunde, dem Staate des europäischen Festlandes, der unter allen nach dem Umfange seiner Machtmittel den ersten Rang einnehme", im Kampf gegen Frankreichs bewaffneten Frieden die erste Rolle zu spielen berufen sei und als fünfte Macht dem Vierbunde beitreten müsse.***)

Wie diese fünfte Macht in Wirklichkeit beschaffen war, das sollte Radowitz sofort erfahren, als er nunmehr die Höfe von München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Wiesbaden besuchte, die allesamt schon durch die preußische Bundesgesandtschaft über die europäische Lage und die Kriegsgefahr unterrichtet waren.†) Etwas später kam auch, mit gleichlautenden Weisungen versehen, General Heß, einer der tüchtigsten Soldaten aus Radetzkys Schule. Überall wurde der Preuße mit offenen Armen aufgenommen, überall empfing er bundesfreundliche Zusagen und die vertrauliche Beteuerung, daß Süddeutschland weder der Kraft noch

*) Werther, Weisung an Arnim in Paris, 14. Nov. 1840.

**) Maltzans Bericht, 27. Nov. 1840.

***) Maltzans Bericht, 14. Dez. Metternichs Denkschrift über die europäische Lage, 18. Dez. 1840.

†) Sydows Bericht, Frankfurt 23. Okt. 1840.

dem guten Willen des Wiener Hofes vertraue, also nur unter Preußens Führung kämpfen wolle.*) Graf Bismarck, der früherhin als Bonapartist verrufene württembergische Gesandte in Berlin, sprach jetzt begeistert von dem Nationalkriege und drängte die Preußen zu raschem Handeln. König Ludwig von Bayern, der sich noch kürzlich, während des Kölner Bischofsstreites so gehässig gegen Preußen gezeigt hatte, erschien schon seit Jahresfrist wie verwandelt. Er merkte, daß er zu weit gegangen war, denn die für Bayern so überaus vorteilhaften Zollvereinsverträge liefen nächstens ab. Immer wieder beteuerte er jetzt dem preußischen Gesandten: ich bin stets für Preußen gewesen und nur scheinbar von diesem Systeme abgewichen; noch brünstiger versicherte er seine Begeisterung für den Zollverein — was den alten König Friedrich Wilhelm zu der trockenen Bemerkung veranlaßte: „das glaube ich wohl, da Bayern dabei so viel gewinnt als Preußen verliert.“**) Nun vollends, da sein geliebter Schwager den preußischen Thron bestiegen hatte, sang der Wittelsbacher hochbegeistert:

Herrlicher geht die Sonne jetzt auf, wird glänzend uns scheinen,
Liebend belebender Kraft, Preußen und Deutschland zum Heil.

Er schien jetzt ganz in der preußischen Politik aufzugehen, überhäufte Radowitz mit Ehren und gefiel sich darin, den Grafen Dönhoff vor den Augen des französischen Gesandten geflissentlich auszuzeichnen.***) Auch in Hannover fand Radowitz warmen Empfang. Der alte Welfe war der erste der Bundesfürsten, der die Pferdeausfuhr nach Frankreich verbot und dadurch Preußen, nachher auch den Deutschen Bund zur Nachfolge zwang.†)

Doch was leisteten die kleinen Höfe, die also von patriotischen Worten überflossen, für die Verteidigung des Vaterlandes? Unglaublich, wie dies neue Jahrzehnt konstitutioneller Kammerherrlichkeit die Wehrkraft des deutschen Südens von Grund aus zerstört hatte. In Bayern zählte die Kompagnie auf Kriegsfuß 172 Mann, davon wurden 62 Mann gar nicht eingestellt; von den also verbleibenden 110 beurlaubte man nach der kurzen Exerzierzeit stets 85 Mann, so daß ein Infanteriebataillon während der längsten Zeit des Jahres 100 (Mißtrauische behaupteten sogar: nur 60) Mann unter der Fahne behielt. Und angesichts solcher Zustände meinte König Ludwig schon ein Großes zu tun, als er wegen der Kriegsgefahr zwei Batterien auf Kriegsfuß setzen und für sein ganzes Heer etwa 250 Pferde, statt der fehlenden 5000, ankaufen ließ.††) Er

*) Berichte von Rochow, 14. Dez., von Otterstedt 17. 21. Dez. 1840.

**) Randbemerkung des Königs zu Dönhoffs Bericht v. 28. März 1840.

***) Dönhoffs Berichte, 15. Nov., 5. Dez. 1840.

†) Bergers Berichte 27. 29. Dez. 1840, 8. Febr. 1841.

††) Bericht des Leg. Sekr. v. Canitz, München 22. Okt. Dönhoffs Bericht, 30. Nov. 1840.

versprach den Mißbrauch der ständigen Beurlaubungen endlich abzustellen, kam aber nicht über den guten Vorsatz hinaus. Kaum besser stand es in Württemberg. Dort hatte das in zwei Bataillone eingeteilte Infanterieregiment zur Sommerszeit 401, im Winter 307 Mann bei der Fahne. Aufgeregt durch die bedenklichen Pariser Nachrichten sprach König Wilhelm wieder viel von einer schwäbischen Landwehr; er meinte aber nicht das preußische Landwehrsystem, das seinen Landständen viel zu kostspielig schien, sondern wollte nur durch ein Gesetz die Aushebung neuer, ganz unausgebildeter Mannschaften ermöglichen für den Fall, daß Linie und Reserve bereits ausgerückt wären. An die allgemeine Wehrpflicht, die von der Ritterschaft und vom Beamtentum verabscheut wurde, ließ sich vollends gar nicht denken; der Gesandte Rochow schrieb: „das Einsteher-Wesen ist hier wie eine eherne Mauer" und fand es „für einen Preußen kaum begreiflich", wie sehr man sich hier vor der mißleiteten öffentlichen Meinung fürchte.*) In Baden geschah für das Heer sehr wenig, weil Minister Blittersdorff den Argwohn hegte, hinter allen diesen Kriegsvorbereitungen verbärgen sich nur Preußens hegemonische Gelüste.

Auch in Darmstadt hielt du Thil alle Rüstungen für überflüssig; er hatte längst bemerkt, daß Österreich nur mit halber Seele bei der Sache war, nur um Preußen nicht allein das Feld zu überlassen an den militärischen Verhandlungen teilnahm.**) Ohnehin glaubten diese Kleinstaaten allesamt ihren Bundespflichten schon überreichlich genügt zu haben; hatten sie doch im letzten Herbst am unteren Neckar gemeinsame Manöver des 8. Bundesarmeekorps veranstaltet, die erträglich ausfielen und als ein Beweis tatkräftiger Bundestreue selbst von dem preußischen Generalstabschef Krauseneck nachsichtig belobt wurden.***) Auch hinter patriotischen Bedenken wußte sich die Schlaffheit zu verschanzen; als Nesselrode, taktlos genug, die kleinen Höfe durch ein Rundschreiben zur Kriegsbereitschaft mahnen ließ, da hieß es überall: nimmermehr dürfe sich das stolze Deutschland von Rußland drängen lassen.†) Radowitz's Rundreise brachte zunächst nur ein greifbares Ergebnis: die süddeutschen Staaten traten im Febr. 1841 zu Karlsruhe zusammen und beschlossen — aus Rücksicht auf Bayerns Stolz, zum großen Ärger des ehrgeizigen Schwabenkönigs — den zukünftigen Oberbefehl über das zukünftige Südheer dem Prinzen Karl von Bayern zu übertragen. In Norddeutschland war selbst eine solche Einigung unerreichbar, da die kleinen Fürsten des 10. Armeekorps allesamt Bedenken trugen, ihre Truppen dem verrufenen hannoverschen Welfen anzuvertrauen.††)

*) Rochows Berichte, 6. Dez. 1840, 17. Jan. 29. Inni 18. Juli 1841.

**) Nach du Thils Aufzeichnungen.

***) Berichte von Otterstedt, 21 22. Sept., von Rochow 12. Sept. 1840.

†) Nesselrode, Rundschreiben an die Gesandschaften in Deutschland, 2. Dez. 1840.

††) Berichte von Rochow 27. Febr., von Berger, 28. April 1841.

Der Bundestag trieb unterdessen trotz der schweren Zeiten seine gewohnte Kurzweil. Die Staaten der sechzehnten Kurie hatten bisher an dem reichen Frankfurter v. Leonhardi einen überaus wohlfeilen gemeinsamen Bundesgesandten besessen, der die Geschäfte nur zu seinem Vergnügen führte, und zankten sich nunmehr, als dieser göttliche Philister gestorben war, mit solcher Ausdauer über den Gehalt des Nachfolgers, daß der Posten drei Jahre unbesetzt blieb. Der Landgraf von Homburg, der im Jahre 1817 dem Bunde nachträglich beigetreten war, forderte stürmisch das ihm gebührende Stimmrecht und erlangte endlich nach fünfundzwanzigjährigen Kämpfen Einlaß in die sechzehnte Kurie. Die Ernestiner konnten sich über den Vorrang bei der Unterschrift nicht einigen, und ihr neuer Bundesgesandter mußte daher mit vier gleichlautenden Vollmachten ausgerüstet werden.*) Derweil man sich also vergnügte, suchte Graf Münch, unbekümmert um die dringenden Mahnungen des preußischen Gesandten mehrere Monate hindurch jede Beratung über die Kriegsbereitschaft des Bundes zu vereiteln. Er wußte wohl, daß diese Zögerung den stillen Wünschen fast aller kleinen Höfe entsprach; hatte doch selbst König Ludwig von Bayern in Berlin vorsichtig erklären lassen: erst wenn die Rüstung Süddeutschlands ganz vollendet sei, dürfe der Bund in Paris eine Anfrage stellen.**)

Endlich am 13. März 1841, acht Monate nach dem Juli-Vertrage, beantragte Münch, die Militärkommission solle aufgefordert werden, über die näheren Bedingungen der Kriegsbereitschaft ein Gutachten zu erstatten. Voran ging ein langer Vortrag, dessen hochpatriotischer Ton von dem dürftigen Inhalte lächerlich abstach: „die Pflicht sämtlicher deutschen Regierungen, für die Ehre des deutschen Namens sowie für die Sicherheit der Völker Deutschlands Sorge zu tragen, erheischt, daß überall die Wehrkraft der Bundesstaaten allen eintretenden Wechselfällen zu genügen im stande sei." Diese tiefsinnigen Worte hatte Metternich selbst in den Präsidialvortrag eingefügt, an der Stelle eines etwas schärferen, von General Heß vorgeschlagenen Satzes.***) Die Hofburg wollte alles vermeiden, was dem Souveränitätsdünkel der kleinen Höfe auch nur wie ein leiser Zwang erscheinen konnte. Natürlich wurde der Antrag, unter den üblichen Dankesbezeigungen gegen die allezeit fürsorgliche Präsidialmacht, pflichtschuldigst angenommen; die vertraulichen Eröffnungen in Paris überließ man den beiden Großmächten. Es stand noch immer wie in den Regensburger Zeiten. Der Bundestag durfte sich der angenehmen Erwartung hingeben, daß sein Beschluß gar keine Folgen haben, sondern entweder durch eine friedliche Wendung der europäischen Händel oder durch eine Kriegserklärung Frankreichs überholt werden würde.

*) Berichte von Bülow, 15. Okt. 1841, von Schöler, 17. Okt. 1840.

**) Gise, königliche Weisung an Lerchenfeld, 20. Dez. 1840.

***) Sydows Bericht, 13. März 1841.

Dem alten Könige war kurz vor seinem Tode noch einmal recht deutlich geworden, was von der Opferwilligkeit seiner deutschen Bundesgenossen zu erwarten sei. Damals (1839) hatte er mit einem Aufwande von Millionen drei seiner Armeekorps auf Kriegsfuß gesetzt um den endlichen Abschluß des schmählichen Luxemburgischen Streites zu erzwingen, und bei diesem Unternehmen, das doch allein der Sicherung des Bundesgebietes galt, am Bunde keinerlei Unterstützung, nicht einmal durch Worte gefunden. Jetzt mußte sein Nachfolger, kaum auf den Thron gestiegen, schon die gleiche Erfahrung machen. Er konnte sich nicht mehr darüber täuschen, daß die kleinen Höfe gern bereit waren sich durch Preußens starken Arm aus der Not retten zu lassen, aber nicht im mindesten beabsichtigten die schimpfliche Wehrlosigkeit, welche ein volles Drittel des tapfersten aller Völker darniederhielt, zu beseitigen. Trotz alledem hielt der neue König seine Bundesreformpläne fest; an der Bildsamkeit dieser trefflichen Bundesverfassung wollte er nimmermehr verzweifeln. Am 6. Januar 1841 sendete er an die Wiener Gesandtschaft einen Erlaß, worin er bestimmt aussprach, er werde allein vorgehen falls Österreich seine Mitwirkung verweigere.*) Diese Drohung wirkte für den Augenblick. Auf Preußens Andrängen beschloß der Bundestag (29. Juni), daß fortan aller drei Jahre Bundesinspektoren sich von dem Zustande der Streitkräfte der verbündeten Staaten überzeugen sollten,**) und noch im Herbste 1841 wurde die erste Bundesinspektion ins Werk gesetzt.

Also doch endlich ein bescheidener Fortschritt, denn bisher waren nur die lächerlichen Truppen der Reserve-Infanteriedivision von Bundes wegen gemustert worden. Der Beschluß kam unter schweren Kämpfen zu stande; manche der wohl durchdachten Vorschläge des Obersten Radowitz, der jetzt seinen Sitz in der Bundesmilitärkommission wieder eingenommen hatte, mußten geopfert werden. Österreich zeigte eine wohlbegreifliche Scheu, sein aus so verschiedenen Völkerschaften gemischtes Heer dem Urteile von Ausländern zu unterwerfen. Die Mecklenburgischen Höfe hatten ihren Bundesgesandten Schack bereits angewiesen gegen die Bundesinspektion förmliche Verwahrung einzulegen, und gaben erst nach, als König Friedrich Wilhelm seine Verwandten in Strelitz persönlich besucht hatte. Ihre trotz der Bundesgesetze gänzlich verwahrlosten Reserven wollten die Kleinstaaten schlechterdings nicht mustern lassen; Mecklenburg erklärte entrüstet: „die jährliche Einberufung der Reserve wäre eine wahre Landeskalamität.“***) Auch eine Bestimmung über die Dauer der jährlichen Übungszeit ließ sich nicht durchsetzen. „Spezielle Zeitbestimmungen“, meinte Württemberg, „würden hier nichts nützen, sondern schaden“, da alles auf

*) Maltzans Berichte, Jan. 1841.

**) Sydows Bericht, 24. Juni 1841

***) Sydows Berichte, 13. Mai, 4. Juni 1841.

die Intelligenz des Volksstammes ankommt und „die diesseitige Infanterie, wenn sie auch wenig Paradedressur haben mag, doch desto felddienstttüchtiger erscheint.“*) Nicht einmal zu gemeinsamen Vorschriften für den Wachtdienst und den militärischen Gruß wollte sich der Bundestag verstehen.

Nachdem man sich also mit Müh und Not über einen möglichst inhaltlosen Beschluß geeinigt hatte, begann alsbald ein neuer Zank wegen der Frage, welche Staaten die Bundesinspektoren stellen sollten. König Wilhelm von Württemberg hatte sehr lange widerstrebt und sich erst durch das Zureden seines alten Waffengefährten FML. Latour davon überzeugen lassen, daß seiner Souveränität keine Gefahr drohe. Indes wollte er seine Schwaben weder durch Österreich noch durch Hannover mustern lassen, weil er den alten tiefen Groll gegen die Hofburg noch nicht verwunden hatte und mit dem verhaßten Welfenkönige noch immer um den Vorrang stritt. Er erzwang auch, daß statt des Hannoveraners ein dänischer General nach Stuttgart kam; den Österreicher aber erließ man ihm nicht, und er rächte sich nach seiner Weise, indem er den k. k. Feldmarschallleutnant Sunstenau mit ausgesuchter Grobheit behandelte.**)

Auch dieser Streit hörte endlich auf, und jeder der zehn Inspektionsbezirke wurde wirklich von drei Generalen anderer Bundesstaaten besichtigt. Als aber die Berichte der Inspektoren einliefen, da zeigte sich's mit erschreckender Klarheit, wie die große Lüge dieser Bundesverfassung alles was mit ihr in Berührung kam ansteckte und sogar die sprichwörtliche Ehrlichkeit des deutschen Offizierstandes verdarb. Die inspizierenden Generale, unter denen sich viele Prinzen befanden, waren durch mannigfache politische Rücksichten beengt; die meisten dachten auch mit stiller Angst an den Jammer ihres heimatlichen Heerwesens und verfuhren wie die Krähen, sie urteilten sanftmütig um nicht ihr eigenes engeres Vaterland hartem Tadel auszusetzen. Sogar die preußischen Generale, die in den Kleinstaaten durch ihre strenge Wachsamkeit und den Freimut ihrer Rügen überall Schrecken erregten, sprachen in den amtlichen Berichten doch bei weitem nicht so scharf wie in ihren vertrauten Briefen. Daher lobte die Bundesmilitärkommission, als sie nach fast zwei Jahren (Juli 1843) über das Gesamtergebnis der Inspektion berichtete, mit warmen Worten „den echt föderativen Geist“ der Regierungen und versicherte, es seien „die Armeekorps zum größeren Teil in ganz vollkommen kriegsverfassungsmäßigem Stande“; der preußische Bundesgesandte aber bemerkte sarkastisch: zu einer zweiten Inspektion wird sich der Bundestag wohl schwerlich entschließen, da ja diese erste fast gar keine Mängel im Bundesheere aufgefunden hat.***) Wer zwischen den Zeilen der höflichen Be-

*) Sydows Bericht, 18. Juni 1841.
**) Berichte von Rochow, 2. Okt., von Maltzan, Okt. 1841.
***) Bülows Bericht, 15. Okt. 1841.

richte las, konnte solche Mängel, und darunter manche wundersame, allerdings entdecken.

In Bayern erhielten die Inspektoren, nach einer geheimen Weisung des Königs, keinerlei vertrauliche Mitteilungen von seiten der Militärbehörden.*) Sie fanden dort eine Landwehrpflicht vor, welche sich bis zum sechzigsten Lebensjahre jedes Wehrfähigen erstreckte und natürlich nur auf dem Papiere stand; die Artillerie und Infanterie der Linie wurde nur aller zwei Jahre zu viermonatlichen Übungen einberufen. Der Präsenzstand war so niedrig, daß selbst die Bundesmilitärkommission den bescheidenen Wunsch nicht unterdrücken konnte, es möchte künftighin bei der Infanterie ein Sechstel der gemeinen Mannschaft stets im Dienste sein. Trotzdem erklärten die drei inspizierenden Generale (ein Österreicher, ein Sachse, ein Darmstädter) dies Heer für sehr lobenswert. Über die Reiterei sagten sie liebevoll: Von der Friedenspräsenzstärke ist nur die Hälfte vorhanden, und die Leute dienen nur sechs Monate, „was spezielle Unvollkommenheiten mit Grund entschuldigen kann." Die naheliegende Frage, ob sich die sechsmonatliche Dienstzeit der bayrischen Reiterei selbst entschuldigen lasse, übergingen sie mit Stillschweigen. Noch weniger sprachen sie von der Menge der gebrechlichen alten Stabsoffiziere, dem allgemeinen Übelstande dieser langen Friedenszeit, der nirgends greller hervortrat als in Bayern. Darum sagte Prinz Karl von Bayern traurig zum Grafen Dönhoff: der Bericht ist viel zu sanft, er wird auf König Ludwig keinen Eindruck machen.**) In Sachsen war das stehende Heer recht tüchtig, aber für die Reserve schlechterdings gar nicht vorgesorgt; und als die Bundesmilitärkommission dies leise zu rügen wagte, da erwiderte der Dresdner Hof spitzig: er könne sich nicht erklären, warum Sachsen in Frankfurt nicht dieselbe Berücksichtigung fände wie andere Bundesstaaten, die ebenso wenig für ihre Reserve getan hätten.

In Luxemburg mußte die Musterung unterbleiben, weil ein Bundeskontingent dort noch immer nicht bestand. Der König von Dänemark hatte sich gradezu geweigert, seine Holsten an gemeinsamen Übungen des 10. Bundesarmeekorps teilnehmen zu lassen; er scheute den Vergleich mit den besser ausgerüsteten Hannoveranern, die freilich bisher auch noch niemals zu einem Divisions-Manöver zusammengetreten waren.***) Völlig trostlos lauteten die Berichte des preußischen Generals Ditfurth über die Bückeburger und die Mehrzahl der anderen Kontingente, welche die Reserve-Infanteriedivision des Bundes bilden sollten. Zog man schonungslos die Summe, so waren die Bundesgesetze nur in einem einzigen Staate,

*) Dönhoffs Bericht, 4. Okt. 1841.

**) Berichte von Bülow, 17. Dez. 1841, von Dönhoff, 2. Nov. 1842.

***) Bergers Bericht, 8. Mai 1841.

in Preußen ganz gewissenhaft ausgeführt worden. Hier genügte ein Drittel des Heeres um diesen wahrlich bescheidenen Anforderungen zu entsprechen. Der alte König hatte sich immer geweigert einen bestimmten Teil seines Heeres als Bundeskontingent zu bezeichnen, weil er alle seine Truppen schlichtweg für deutsche Soldaten hielt. Jetzt wurden drei von den neun Armeekorps für die Bundesinspektion bestimmt, und die Manöver in Schlesien verliefen so gut, daß selbst Erzherzog Ferdinand, der nach österreichischem Brauche jedem Volksheere mißtraute, ehrlich eingestehen mußte: nun erst habe ich meine Zweifel an dem preußischen Landwehrsystem aufgegeben.*) Da die Zusammensetzung der preußischen Armeekorps, infolge des Landwehrsystems, von den Ziffern der Bundeskriegsverfassung ein wenig abwich, so befahl der König überdies im März 1843, daß fortan fünf seiner Armeekorps das Bundeskontingent bilden sollten, damit den Bundesgesetzen bis auf den letzten Buchstaben genügt würde.

Das war der Zustand der deutschen Wehrkraft in einer Zeit, da die Liberalen der kleinen Landtage beständig über die unerschwinglichen Heereskosten klagten; und doch hatte diese Opposition nicht unrecht, denn die Ausgaben für ein solches Heer waren wirklich Verschwendung. Am letzten Ende bewirkten Friedrich Wilhelms wohlgemeinte Anträge nur, daß einige der ganz gewissenlosen kleinen Höfe sich fortan aus Furcht vor den Bundesinspektionen ein wenig in acht nahmen. Doch mit so sanften Mitteln war die dreißigköpfige Anarchie nicht zu heilen; und dies konnte der König, als warmer Verehrer der unwandelbaren Bundesverfassung, nicht begreifen.

Etwas besser gelangen seine Bemühungen für die Bundesfestungen. Während der letzten Jahre hatte Bayern seine Festung Germersheim ausgebaut; nur der unentbehrliche Brückenkopf auf dem badischen rechten Rheinufer fehlte noch, weil Baden sich hartnäckig weigerte die kleine Landstrecke abzutreten. Über den Zustand von Mainz erstattete der österreichische Gouverneur Landgraf von Hessen-Homburg, sobald das Kriegsgeschrei durchs Land ging, einen Bericht, der so beschämende Vorwürfe enthielt, daß die Bundesversammlung beschloß ihn nicht in ihre Protokolle aufzunehmen. An der Rheinkehle, der wichtigsten Stelle des Platzes war die Mauer fast spurlos verschwunden — so versicherte der Landgraf — allerhand Gewerbtreibende hatten dort ihre Lager und Werkstätten aufgerichtet, „der Hauptschlüssel zu den deutschen Landen ist an seiner Kehle ein vollkommen offener Ort." Das Weissenauer Lager und die wenigen anderen neuen Festungswerke gereichten ihren österreichischen Erbauern nicht zur Ehre; den größten Teil der Festungsgelder hatte man verwendet um Kasernen zu bauen und für die Amtswohnungen der kom-

*) Maltzans Berichte, Okt. 1841.

mandierenden Offiziere Möbel anzuschaffen, welche, dank der mangelhaften Kontrolle, schon wieder fast ganz zerstört waren. So schimpflich das alles war, Graf Münch meinte achselzuckend: ein Neubau könne für diesen Krieg doch nichts mehr nützen und nur gefährliches Aufsehen erregen. Selbst Radowitz hielt für geraten, jetzt für Mainz nichts zu fordern, denn sonst wäre die Beratung über die süddeutschen Bundesfestungen, welche dem Könige zunächst am Herzen lag, nie zum Abschlusse gelangt.*)

Seit dem Jahre 1836 ward diese so sündlich verschleppte Angelegenheit wieder ernstlich besprochen. Die Parteien standen noch wie vor zwei Jahrzehnten. Während die Süddeutschen, nach Sinn und Wortlaut der Verträge, eine Bundesfestung „am Oberrhein", also Rastatt verlangten, bestand Österreich noch immer auf der Befestigung von Ulm. Der k. k. Hofkriegsrat wollte seine Kaiserstadt gegen die Gefahren eines neuen napoleonischen Donaufeldzugs decken und verfocht hartnäckig die doktrinäre Behauptung, daß die Franzosen den nächsten Krieg unfehlbar mit einem Zuge durch die Schweiz eröffnen, mithin die oberrheinischen Lande von vornherein umgehen würden. Diesen Ansichten, die nur zu lebhaft an den wundersamen Feldzugsplan von 1814 erinnerten, pflichtete in Berlin nur ein einziger namhafter Offizier bei: der immerdar österreichisch gesinnte Knesebeck. Alle andern Generale, voran der Kriegsminister Rauch und der Generalstabschef Krauseneck standen auf der Seite der oberrheinischen Höfe. Krauseneck sagte mit preußischem Gradsinn: „die Süddeutschen wollen eine sie schützende Festung haben ohne den Österreichern dienstpflichtig zu werden; diese, welche die Revolution zum Gespenst machen, mit dem sie die Kabinette einschüchtern, wollen eine österreichische Festung mit deutschem Gelde erbaut wissen." Aber die süße Gewohnheit, deutsche Kräfte für österreichische Zwecke auszubeuten, war in Wien seit Jahrhunderten zu fest eingebürgert; der Hofkriegsrat blieb unbelehrbar. Daher kam Friedrich Wilhelm III. schon frühe zu der Einsicht, der unwürdige Streit lasse sich nur dann beilegen, wenn man beide Plätze, Ulm und Rastatt zugleich befestige. Auch General Aster meinte, es gebe keinen anderen Ausweg. Der Petersburger Hof, der es nun einmal nicht lassen konnte die Verteidigung unserer Westgrenze wie seine eigene Sache zu behandeln, äußerte sich in gleichem Sinne gegen die deutschen Großmächte.

Der alte Herr erlebte noch die Freude, daß die süddeutschen Staaten sich im April 1840, auf einer Konferenz zu Karlsruhe, über den preußischen Vermittlungsvorschlag einigten und auch Baden endlich ein Stück Landes für den Germersheimer Brückenkopf abtrat.**) Aber erst sein

*) F. Z. M. Landgraf von Hessen-Homburg an das Bundespräsidium 21. Aug. Berichte von Schöler, 4., 12. Sept., von Sydow, 31. Okt. 1840.

**) Dönhoffs Bericht, 25. April 1840.

Nachfolger brachte die Sache vor den Bundestag. Die kriegerische Stimmung des Augenblicks geschickt benutzend ließ der neue König den unermüdlichen Radowitz noch einmal an den süddeutschen Höfen umherreisen und versprach hochherzig, zu den noch bei Amschel Rothschild aufbewahrten französischen Kontributionsgeldern einen beträchtlichen Zuschuß zu leisten. Weil die für den Bau der vierten Bundesfestung bestimmten 20 Mill. Fr. französischer Kontributionsgelder voraussichtlich für zwei Festungen nicht ausreichten, so erklärte er sich bereit noch gegen 10 Mill. Fr. zu zahlen, obgleich Preußen bereits die niederrheinischen Festungen, gutenteils aus seinen eigenen Mitteln, erbaut hatte. Also bewirkte er, daß die Bundesversammlung am 26. März 1841 endlich den Bau beider Festungen beschloß. Ulm sollte als süddeutscher Hauptwaffenplatz dienen, Rastatt nur als Verbindungs- und Grenzfestung, aber zugleich auch als Waffenplatz für das achte Bundeskorps, obwohl bisher noch nie ein Staat auf den wundersamen Gedanken geraten war, seine Militärvorräte in einer Grenzfestung unterzubringen. Nur für ein solches, den Ansprüchen aller zusagendes Kompromiß konnte man die Mehrheit gewinnen. König Friedrich Wilhelm war überglücklich und ließ der Versammlung seine Freude über ihre föderative Gesinnung aussprechen. Geh. Rat v. Sydow aber, der nach dem Tode des Generals Schöler die Geschäfte der deutschen Bundesgesandtschaft führte, sagte wehmütig voraus: „Auch die diesjährige Arbeitszeit wird ganz vorübergehen, ohne daß man in Ulm oder Rastatt eine Schaufel bewegt." *)

Er kannte seine Leute. Schon bei der Abstimmung hatte Herr v. Mieg einen der beliebten bayrischen Vorbehalte gestellt, da „die deutsch-patriotische Gesinnung", welche König Ludwig bei dem Bau von Germersheim bewährt habe, besondere Rücksichten verdiene. **) Bald darauf verlangte er nachdrücklich, der Gouverneur von Ulm müsse abwechselnd von Bayern und von Württemberg ernannt werden; denn die alte Reichsstadt selbst war württembergisch, das kleine Neu-Ulm auf dem rechten Donauufer bayrisch. Dawider der Schwabenkönig hochentrüstet: er habe schon genug Opfer gebracht, indem er seine gute Stadt zur Bundesfestung hergegeben. Also entspann sich zwischen diesen beiden Königen, welche die liberale Partei vor Zeiten als die Bannerträger der nationalen Einheit gefeiert hatte, ein grimmiger Zank um das Kommando einer Festung, die noch gar nicht gebaut war. Dies Schauspiel freundnachbarlicher Eintracht entfaltete seinen ganzen Reiz erst als Mieg eine Zeitlang die württembergische Stimme führte und mithin genötigt war sich selber die schwäbischen Anzüglichkeiten vor dem Bundestage feierlich vorzulesen. Ein voreiliger Bundesbeschluß, erklärte Württemberg, könne die Verständigung

*) Sydows Bericht, 22. Jan. 1841.

**) Sydows Bericht, 27. März 1841.

nur erschweren.*) In der Tat mußte Preußen wieder ins Mittel treten. Radowitz der vielgeplagte reiste im Januar 1842 nochmals nach Wien, München, Stuttgart und brachte mit unsäglicher Mühe einen Vergleich zu stande, kraft dessen Württemberg den Gouverneur, Bayern den Kommandanten der zukünftigen Festung ernennen sollte.**) Ein Glück nur, daß der preußische Major Prittwitz, einer der tüchtigsten Ingenieure aus Alters Schule, sich durch sein anspruchsloses Wesen und unbestreitbares Talent das persönliche Vertrauen König Wilhelms gewann; so ließ man ihn bei seinen Ulmer Bauplänen ziemlich frei gewähren.

Im Oktober 1844 wurde der Grundstein für die beiden Festungen gelegt, und nunmehr schritt der Bau langsam aber ununterbrochen vorwärts. Rothschild mußte die 20 Mill. Fr., die ihm so vielen Segen gebracht, nach und nach herauszahlen; er hatte sie in den letzten Jahren, auf Preußens Andringen, etwas höher als früher, mit 3—$3^1/_2$ Prozent verzinst; jetzt zog er bei jeder Rückzahlung $^1/_2$ Prozent Provision ab, und der Bundestag ließ sich diese vertragswidrige Übervorteilung gefallen, weil die Frankfurter Bankiers, die es mit dem mächtigen Hause nicht verderben wollten, inbrünstig beteuerten, günstigere Bedingungen könne niemand stellen.***)

Das war das einzige wertvolle Geschenk, das der Deutsche Bund seinem begeisterten königlichen Verehrer verdankte, und es ward dargebracht mit einer Großmut, welche der wohlberechtigten Ansprüche Preußens gar nicht gedachte. Friedrich Wilhelm versuchte nicht einmal, für seine Truppen das Mitbesatzungsrecht in den oberdeutschen Bundesfestungen zu fordern, sondern bewilligte ganz unbedenklich, daß Österreich im Frieden für Ulm einen Teil der Artillerie, für Rastatt die Pioniere, im Kriege für beide Festungen ein Drittel der Besatzung stellen sollte; ließ man die Österreicher also bis zum Oberrhein vorgehen, so schien der preußische Staat auf die Verteidigung Süddeutschlands, die er doch 1831 und 1840 für sich gefordert hatte, für die Zukunft freiwillig zu verzichten. Daß Rastatt jemals, so wie es im Jahre 1870 wirklich geschah, einen Angriff auf Straßburg unterstützen könnte, ward noch gar nicht als möglich angenommen; nur Verteidigungszwecken sollte die neue Bundesfestung dienen und auch die Arbeiten der süddeutschen Generalstabsoffiziere erörterten immer nur die klägliche Frage, wohin man sich bei einem französischen Angriffe zurückziehen müsse.

Seit im Frühjahr 1841 die Kriegsrufe der Franzosen schwächer wurden, ließ der politische Eifer der kleinen Höfe überall nach; sie alle priesen sich im stillen glücklich, daß der Deutsche Bund wieder in seine Nichtigkeit zurücksank. Baden hatte noch zu Anfang des Jahres einen recht ver-

*) Bülows Bericht, Frankfurt 24. Dez. 1841.

**) Rochows Bericht, 16. Febr. 1842.

***) Berichte von Bülow, 7. März 1842, von Dönhoff, 2. Febr. 1847.

ständigen Landwehrplan für Süddeutschland ausarbeiten lassen, den einzigen, der die Landwehr aus geschulten alten Linienfoldaten bilden wollte und sich einigermaßen an das bewährte preußische Vorbild anschloß.*) Nach wenigen Monaten war von alledem keine Rede mehr, und Prinz Emil von Hessen sagte nachher traurig zu dem preußischen Bundesgesandten: die beste Gelegenheit, das preußische Heerwesen im Süden einzuführen, ist versäumt.**) Metternich schrieb noch im Frühjahr triumphierend an den König von Württemberg: Durch das erwachte Nationalgefühl „hat sich die gediegenste der Mächte in innerer Kraft und Kopfzahl, der Deutsche Bund seit seinem Entstehen zum ersten Male auf dem Felde der europäischen Politik gezeigt. Die Erfahrung hat bewiesen, was der Bund zu sein vermag wenn er einig dasteht." Die Antwort des Schwabenkönigs aber klang entschieden mißtrauisch: „Diese nämlichen Resultate werden sich stets wieder erneuern, solange die Grundregeln des Bundes — gleiche Rechte und gleiche Pflichten — beobachtet, und ebenso nur im deutschen Interesse solche Opfer verlangt werden, welche Regierungen und Völker bringen können." ***) Unter Freunden äußerte sich König Wilhelm noch weit schärfer; dem sächsischen Gesandten Nostitz-Jänkendorf klagte er: so weit ist selbst Napoleon nicht gegangen, daß er die Rheinbundstruppen gemustert hätte! †)

Und wie sollten auch die kleinen Fürsten Vertrauen fassen, wenn die Hofburg, die alte Feindin der nationalen Idee, jetzt plötzlich das deutsche Nationalgefühl feierte! Der letzte Grund der deutschen Zerrissenheit lag in Wien. „Die moralischen Kräfte Österreichs schlummern; alles was sich dieser Luft nähert, wird davon angesteckt," so schrieb Maltzan, der Freund Metternichs um Neujahr 1841; und sein Nachfolger Canitz, der dem k. k. Staatskanzler noch näher stand, sagte ein Jahr nachher: „Man scheint hier zu glauben, daß die Maschine des Deutschen Bundes zerbrechen würde sobald man versuchte sie in Bewegung zu setzen. Da man immer fürchtet zu viel zu tun, so liebt man gar nichts oder so wenig als möglich zu tun."††) So lange der König von Preußen diese Wahrheit nicht einsah, mußten alle seine hochherzigen Reformpläne ein Stückwerk bleiben. Er aber wollte sie nicht einsehen. Er ging darüber hinweg, daß die Allgemeine Zeitung den preußischen Staat eben jetzt in höchst gehässigen Artikeln befehdete, welche ersichtlich aus Metternichs nächster Umgebung herrührten; er fand es nicht einmal anstößig, daß Hof-

*) Badische Denkschrift „über die Errichtung einer Landwehr in den verschiedenen süddeutschen Staaten" 1841.

**) Dönhoffs Bericht, 9. März 1843.

***) Metternich an König Wilhelm von Württemberg, 26. April, Antwort 5. Mai 1841.

†) Dönhoffs Bericht, 20. April 1844.

††) Berichte von Maltzan, 5. Jan. 1841, von Canitz, 26. Jan. 1842.

rat Berly, der Vertraute des Grafen Münch, in der Frankfurter Oberpostamtszeitung (3. April 1841) höhnisch sagte: Preußen denkt nicht „an das Schreckgespenst der deutschen Einheit", das die Franzosen sich vorhalten; dergleichen mochte zur Zeit der Schlacht von Roßbach vielleicht zutreffen; Friedrich Wilhelm IV. aber weiß, daß Friedrich von Hohenzollern in demselben Jahre Burggraf wurde, da Rudolf von Habsburg die Kaiserkrone empfing!

Ganz ohne heilsame Nachwirkung blieb die schöne nationale Begeisterung dieser unruhigen Tage mit nichten; in den weltbürgerlichen Taumel des letzten Jahrzehnts konnte der deutsche Liberalismus nie wieder ganz zurückfallen. Aber sehr merklich war doch die Abkühlung als die Kriegsgefahr verschwand. Da alle Kriegsrufe, denen kein offener Kampf folgt, nachträglich komisch erscheinen, so säumten die Spötter nicht an dem „defensiven Enthusiasmus" Niklas Beckers ihren stumpfen Witz zu wetzen; unter den radikalen Philistern aber entstand die Meinung, jede deutsche Erhebung, die von den Fürsten gebilligt werde, sei von Haus aus verdorben. Unterdessen versank die Bundesmilitärkommission bald wieder in ihr gewohntes Scheinleben. Sie beriet gründlich über die Wiederersetzung eines vorzeitig zerrissenen Taues am Roten Brunnen zu Luxemburg; sie brauchte Jahre um Frieden zu stiften zwischen den hadernden Staaten des neunten Armeekorps. Für dieses hatte bisher vertragsmäßig das Königreich Sachsen allein die Pontoniere gestellt; da kam der hessische Prinzregent plötzlich auf den Einfall, daß sich auch Kurhessen den Genuß eines eigenen Brückentrains gestatten dürfe, und kündigte eigenmächtig den Vertrag. Der artige Dresdener Hof konnte darauf nicht umhin „das lebhafte diesseitige Bedauern über die jenseitigen Absichten" auszudrücken; Nassau und Luxemburg pflichteten ihm bei. Der Hesse aber erwiderte entrüstet: er glaube noch Dank zu verdienen für seinen vaterländischen Eifer, denn sein Brückentrain sei 126 Fuß lang, während Kurhessen nach den Bundesgesetzen nur für 110 Fuß Brückenlänge zu sorgen habe.*) Über solchen wichtigen Beratungen gerieten die Rügen der Bundes-Inspektoren fast überall in Vergessenheit. In Württemberg betrug der Präsenzstand der Kompagnie bald wieder nur 15 Mann; und sollte die Stuttgarter Garnison bei Eröffnung des Landtags Spalier bilden, dann mußten in Eile die Beurlaubten einberufen werden.**)

Auch auf den anderen Gebieten der Bundespolitik vermochte König Friedrich Wilhelm von seinen guten Absichten fast gar nichts durchzusetzen. Er erreichte nur, da er selbst mit dem guten Beispiele der Amnestie vorangegangen war, daß die Demagogenverfolgung endlich aufhörte und die Bundes-Zentralbehörde im August 1842 vertagt wurde — denn

*) Dönhoffs Berichte, 17. Mai 1844 ff.

**) Bericht von General v. Thun, Stuttgart 22. Jan. 1848.

sie gänzlich aufzulösen schien den Wiener Staatsmännern zu gefährlich. Er ließ dabei die Hoffnung aussprechen, die Heimkehr der Mitglieder der Zentralbehörde werde „als ein neues sicheres Zeichen einer günstigeren Gestaltung der Dinge und des Vertrauens der Regierungen" in ganz Deutschland freudig begrüßt werden. Doch seine eigenen Beamten vermochten diese Hoffnungen nicht zu teilen. Nach dem Tode des trefflichen bayrischen Gesandten v. Mieg gestand Geh. Rat v. Sydow traurig: jetzt könne der Bundestag selbst sehr mäßigen Ansprüchen nicht mehr genügen, und nur noch durch einen durchgreifenden Personenwechsel neues Leben gewinnen.*) Geistreiche junge Männer, wie Adolf von Schack, der Sohn des mecklenburgischen Bundesgesandten, wurden durch die abschreckende Nichtigkeit des Frankfurter Diplomatenlebens in das Lager des Liberalismus hinübergescheucht. In der Hofburg betrachtete man diesen Jammer mit unverwüstlichem Gleichmut; ja Metternich kam, zur Verzweiflung König Friedrich Wilhelms, mehrmals zurück auf seinen alten Vorschlag: ob man nicht den ständigen Bundestag durch eine von Zeit zu Zeit wiederkehrende Gesandtenkonferenz ersetzen solle?

Wie weit die Deutschen noch von einem lebendigen, instinktiven Nationalgefühle entfernt waren, das lehrte mitten in diesen Tagen vaterländischer Begeisterung ein aberwitziger Streit, der sich auf den vielbesungenen grünen Wogen des freien deutschen Rheines abspielte. In seiner inneren Politik konservativ bis zum Starrsinn, blieb Minister du Thil doch der beste Deutsche unter den süddeutschen Staatsmännern. Er hatte bei der Begründung des Zollvereins bewiesen, wie hoch er über allem partikularistischen Kleinsinne stand, und verhehlte keineswegs, daß er die Militärhoheit der kleinen Fürsten für einen gemeinschädlichen Mißbrauch hielt; aber — das war der Fluch dieser Bundesverfassung — solange die Souveränität der kleinen Staaten bestand wollte er der Würde seines Großherzogs nicht das mindeste vergeben.**) Dies gewaltige hessendarmstädtische Selbstgefühl veranlaßte manche ergötzliche Zwistigkeiten. Darmstadt unterstand sich einen Orden Philipps des Großmütigen zu stiften. In Kassel hingegen wurde der gemeinsame Stammvater der hessischen Häuser als ein kurhessischer Nationalheld betrachtet und die Selbstüberhebung der jüngeren Linie allgemein verurteilt; es währte mehrere Jahre bis der Zorn sich legte und kurhessische Beamte die Erlaubnis erhielten den Orden zu tragen. Noch kräftiger regte sich der darmstädtische Stolz, als die neue Taunusbahn von Frankfurt über Castel nach Biebrich eröffnet wurde. Die Bahn war, da sie durch ein Stück hessischen Gebietes führte, unter Mitwirkung du Thils zu stande gekommen. Es zeigte sich jedoch bald, daß sie den Mainzer Handel schädigte. Während die vordem

*) Sydows Berichte, 7. Mai, 11. Juni 1842.

**) Nach du Thils Aufzeichnungen.

so schwunghafte Schiffahrt auf dem unteren Maine zu erlahmen begann, eröffnete die Nassauer Regierung zu Biebrich einen Freihafen, in der freundnachbarlichen Absicht auch den Rheinverkehr des Mainzer Hafens an sich zu reißen, und ließ sodann Strombauten ausführen, welche das Fahrwasser von Mainz hinweg nach dem rechten Ufer ablenken sollten.

Da der Bundestag seine Pflichten gegen die deutsche Schiffahrt gänzlich verabsäumt hatte, so beruhten alle Rechtsverhältnisse des Rheinstroms lediglich auf Treu und Glauben, auf Verträgen zwischen den souveränen Uferstaaten, und niemand hätte für möglich gehalten, daß ein deutscher Staat sich erdreisten würde den vereinbarten Talweg eigenmächtig zu verändern. Um so lauter also der Zorn der benachteiligten Rheinhessen. Die Mainzer tobten: durch die Genehmigung der Taunusbahn hätten die „garstigen Hackeln" — so hießen die Darmstädter Beamten nach den Tannenzapfen ihrer Nadelwälder — schon des Unheils genug angestiftet, nun sollten sie dem goldenen Mainz mindestens sein altes Fahrwasser retten. Denn die Dampfschiffahrt auf dem Rheine nahm neuerdings erfreulich zu, Preußen unterstützte sie durch Nachlaß an den Flußzöllen; schon begann man auch die Mosel mit Dampfern zu befahren; Anteil zu behalten an diesem neuen Verkehrsmittel war für jede Rheinstadt eine Lebensfrage. Die Rheinschiffahrts-Kommission der Uferstaaten in Mainz vermochte nicht zu helfen; sie bemühte sich seit Jahren durch treufleißige Verhandlungen, bei denen Nassau und Darmstadt stets als die ärgsten Zänker auftraten, einen gemeinsamen Tarif für die Flußzölle zu vereinbaren, was ihr im Jahre 1845 endlich gelang; doch eine obrigkeitliche Gewalt besaß sie nicht, sie konnte das souveräne Nassau nicht zwingen. Die Mainzer durch eine linksrheinische Eisenbahn zu entschädigen war auch unmöglich; denn in militärischen Kreisen herrschte damals die ängstliche Meinung, daß eine Verbindungsbahn zwischen den großen Rheinfestungen nur den Franzosen die Eroberung des Landes erleichtern würde, und noch viele Jahre hindurch blieb die kleine Bonn-Kölner Bahn die einzige Eisenbahn am linken Ufer.

So geriet du Thil in arge Verlegenheit. Wie verächtlich auch der bureaukratische Hochmut der Darmstädter „Dienerschaft" auf die öffentliche Meinung herabzublicken pflegte: vor der ungestümen Beredsamkeit der liberalen Rheinhessen fürchtete man sich doch, denn sie gab auf den Landtagen oft den Ausschlag. Der hessische Minister versuchte zunächst durch dringende Vorstellungen und Beschwerden die nassauische Regierung zur Wiederherstellung des alten Talwegs zu bewegen. Als er immer nur höhnische Antworten erhielt, entschloß er sich endlich das Faustrecht zu gebrauchen und bereitete, mit eifriger Beihilfe der Rheinhessen, einen Gewaltstreich vor. In der Nacht des 28. Febr. 1841 fuhr ein Zug von 103 schweren Rheinschiffen durch die geöffnete Mainzer Schiffbrücke talwärts; die Schiffer gaben den Festungsbehörden an, daß

sie Steine zum Kölner Dombau führten, und sangen bei der Durchfahrt: „sie sollen ihn nicht haben", wobei sie allerdings an die Nassauer, nicht an die Franzosen dachten. Nahe beim Biebricher Hafen hielt die Flotte plötzlich an, mehrere der Schiffe versanken angebohrt, die anderen löschten ihre Ladung in den Rhein, ein Offizier mit 20 Gendarmen behütete die Arbeiter, und nach wenigen Stunden war der rechte Rhein-Arm zwischen der Insel Petersau und dem Biebricher Ufer durch einen mächtigen Steindamm fast völlig abgesperrt.*)

Mit heller Schadenfreude begrüßten die Rheinhessen am anderen Morgen das seltsame Bauwerk. Du Thil hatte sein ganzes Land hinter sich und rühmte sich noch im hohen Alter dieser darmstädtischen Heldentat.**) Unter dem heiligen Reiche hatte der Rhein solcher freundnachbarlicher Streiche ja schon viele gesehen. Wie oft waren damals die kurkölnischen oder die bergischen Bauern bei Nachtzeit auf Geheiß ihrer Amtleute ausgezogen um die Faschinen am Ufer gegenüber zu zerstören. Die Nassauer aber schimpften weidlich auf „unsere Nachbarn jenseits des neuen Steindammes", die fremden Diplomaten am Bundestage höhnten, und alle Witzbolde des lustigen Rheinlands trieben ihren Schabernack mit diesem neuen Wasunger Kriege. Ein in der Frankfurter Gegend weitverbreitetes Lied besang die Steinleiden des alten Rheins mit einem cynischen Witze, der einer solchen Sache würdig war, und schloß mit der tröstlichen Versicherung: „Der Deutsche Bund verspricht von Herzen Ihm Hoffnung — Anno Siebenzig."***) Indes die Friedensstörung war doch allzu roh; selbst das geduldige k. k. Gouvernement in Mainz konnte nicht umhin wegen Verletzung seiner Würde und Übertretung der Rayons-Vorschriften Klage zu erheben, da der hessische Cyklopenbau noch innerhalb des Festungsgebietes lag.†) Die Bundesgesandten bemühten sich wetteifernd, den ärgerlichen Handel aus der Welt zu schaffen. Am gastlichen Tische des Grafen Münch traten die Minister der beiden streitenden Mächte, Graf Walderndorff und du Thil einander näher.††) Der Hesse versprach, den Steindamm so weit hinwegzuräumen, daß zwei Dampfschiffe nebeneinander einlaufen könnten, verlangte aber um so nachdrücklicher die Wiederherstellung des alten Talwegs. Darüber entbrannte der Zwist sofort wieder, und erst nach dritthalb Jahren, im August 1843 kam unter Vermittlung des Bundes ein Vergleich zu stande, der im wesentlichen den Wünschen der Hessen

*) Sydows Bericht, 4. März 1841.

**) Nach du Thils Aufzeichnungen.

***) Offenes Sendschreiben an unsre Nachbarn jenseits des neuen Steindammes. Von einem Biebricher, als Mskr. gedruckt Wiesbaden 1841. Fliegendes Blatt: „Selbst der so lange die Franzosen" ꝛc. — sehr bissig, aber ganz unmitteilbar.

†) Bericht des k. k. Gouverneurs F. M. L. Graf Leiningen an das Bundespräsidium, Mainz 2. März 1841.

††) Sydows Berichte, 1. 23. April 1841.

entsprach.*) Du Thil machte die angenehme Erfahrung, daß unter diesem Bundestage Selbsthilfe am sichersten ihr Ziel erreichte. —

Mittlerweile ging die europäische Krisis unter mannigfachen Schwankungen ihrer unvermeidlichen friedlichen Lösung entgegen. Keine der Großmächte, vielleicht mit Ausnahme Rußlands, wünschte in vollem Ernst den allgemeinen Krieg, sie alle wurden durch wechselseitiges Mißtrauen in Schach gehalten. Darum erklärten auch die vier Mächte am 17. Sept., in einem Zusatzprotokolle zum Juli-Vertrage, dem türkischen Gesandten feierlich, daß sie im Oriente weder besondere Vorteile noch Gebietserweiterungen für sich erstrebten.**) Gleichwohl geriet Thiers in die peinlichste Lage. Kühne Pläne für Frankreichs afrikanische Machtstellung hegte er nicht, die festländische Politik lag seinem Gedankenkreise näher. Aber eine öffentliche Beschämung Frankreichs konnte ein Mann von seiner Vergangenheit kaum ruhig hinnehmen, und tief empörte ihn die heuchlerische Sprache in der Presse und den Denkschriften der vier Mächte. Ihr werft uns vor, so sagte er zu Apponyi, daß wir durch die Begünstigung Mehemed Alis die Revolution nährten, und ihr selber hetzt durch eure Agenten die Völker Syriens zum Aufstande gegen ihren Pascha!***) Doch wie sollte er den ungleichen Kampf wagen? Seine leisen Anfragen, ob nicht Preußen und der Deutsche Bund neutral bleiben würden, begegneten scharfer Ablehnung.†) Der Turiner Hof, der anfangs an Neutralität dachte, empfing von Metternich die Zurechtweisung: „der Krieg ist nur möglich entweder mit niemand oder mit aller Welt."††) Fuhr das Schwert aus der Scheide, so stand Frankreich der geschlossenen Phalanx des legitimen Europas gegenüber. Thiers schwankte lange, derweil er die Rüstungen eifrig fortsetzte; noch zu Ende Septembers war er mit sich nicht im reinen.†††) Die Presse aber erwies sich wieder als eine Macht des Unheils für das neue Frankreich, und Thiers am wenigsten konnte ihrem wilden Drängen widerstehen, da er seine Laufbahn gutenteils den Zeitungen verdankte. Seine nächsten Freunde im Constitutionnel drohten: Wir haben ihn erhoben und wir lassen ihn fallen wenn er Frankreich preisgibt; „die Gefahr der Schande ist für eine Regierung schlimmer als die Gefahren des Krieges."

---

*) Berichte von Dönhoff, 16. Aug. 1842, 3. Aug. 1843.

**) Metternich an Neumann, 5. Okt. Liebermanns Bericht, 3. Okt. 1840.

***) Werther d. J., Bericht aus Paris, 13. Sept. 1840.

†) Werther d. J., Pariser Bericht, 5. Okt. 1840.

††) Metternich an Schwarzenberg in Turin, 11. Okt., an Trauttmansdorff, 13. Okt. 1840.

†††) Werther d. J., Pariser Bericht, 30. Sept. 1840.

Nun kam noch die Nachricht, daß die englisch-österreichische Flotte den Angriff gegen die Küstenplätze Syriens begonnen und die Widerstandskraft der Ägypter sich weit schwächer gezeigt hatte als man in Paris hoffte. Da wallte das heiße Provenzalenblut des Ministers hoch auf; besser im Rheine als in der Gosse sterben, rief er zornig. Er verlangte im Ministerrate, ohne durchzudringen, die sofortige Absendung der Flotte zum Schutze von Alexandria*), und redete in seinen Depeschen als ob er den Krieg der revolutionären Propaganda eröffnen wollte. Der Bund der vier Mächte, so ließ er sich vernehmen, „ähnele nur zu sehr jenen Koalitionen, welche seit fünfzig Jahren Europa mit Blut bedeckt hätten", und habe bereits den segensreichen Bund der Westmächte zerstört. „Fraget die Völker von Cadix bis zu den Ufern der Oder und der Elbe! Fraget sie, und sie werden antworten, daß dieser Bund seit zehn Jahren den Frieden und die Unabhängigkeit der Staaten erhalten hat ohne der Freiheit der Völker zu schaden."**) Dabei hütete er sich noch immer, die diplomatischen Formen allzu gröblich zu verletzen. Den Chartisten Attwood, der mit einer Verbrüderungs-Gesandtschaft radikaler Briten nach Paris kam, weigerte er sich zu empfangen, weil ihm der englische Gesandte sagte, man werde dies in London übel aufnehmen.***) Als aber die Kammern sich wieder versammelten, riet Thiers dem Könige, stolz aufzutreten und in der Thronrede zu sagen: er werde dem Frieden nicht das ihm von der Revolution anvertraute geheiligte Kleinod der nationalen Unabhängigkeit und Ehre opfern.

Diesen Mißgriff hatte Ludwig Philipp nur abgewartet um sich des verhaßten Ministers zu entledigen. Er verweigerte seine Zustimmung zu der gefährlichen Drohung. Darauf trat Thiers zurück, und am 29. Okt. bildete Guizot ein neues Kabinett, in der erklärten Absicht, die Versöhnung mit den vier Mächten herbeizuführen.†) Der Bürgerkönig verleugnete all diese Zeit über seine Friedensseligkeit niemals und gestand bereits im September dem preußischen Geschäftsträger: ich betrachte den Kriegslärm als ein Mittel um die längst nötige Vermehrung des Heeres und die Befestigung von Paris durchzusetzen. Dies embastillement de Paris — wie die Radikalen spotteten — hatte schon vor einem Vierteljahrhundert der Kaiser Franz den Bourbonen anempfohlen; Ludwig XVIII. war jedoch nicht darauf eingegangen, da er der Treue seiner Franzosen sicher zu sein glaubte. Jetzt nahm man die alten Entwürfe wieder auf:

*) Werther d. J., Pariser Berichte, 6. 11. Okt. 1840.

**) Thiers an Guizot, 3. Okt., an Bresson, 9. Okt. 1840.

***) Werther d. J., Pariser Bericht 17. Okt. 1840.

†) Die Behauptung H. Wageners (die Politik Friedrich Wilhelms IV. S. 28), daß der König von Preußen durch Absendung des Generals Dohna die friedliche Wendung der französischen Politik mit bewirkt hätte, beruht auf einer Verwechslung. Graf Dohna war 1840 gar nicht in Paris, sondern i. J. 1837, zum Besuche der Manöver.

Ludwig Philipp weil er sich gegen einen Pariser Straßenaufruhr decken wollte, Thiers weil er weiter schauend erkannte, was die befestigte Hauptstadt im Kriegsfalle für die Verteidigung dieses zentralisierten Landes leisten konnte.*) Durch Thiers' volkstümlichen Namen wurde die liberale Presse für den anfangs wenig beliebten Plan gewonnen, und nachdem dies Ziel erreicht war, konnte der König leichten Herzens den unbequemen Mann fallen lassen. Das neue Friedensministerium war sein eigenstes Werk, und nach alter Gewohnheit suchte er nunmehr die vier Mächte zu einiger Nachgiebigkeit zu bewegen indem er ihnen das Schreckgespenst der Revolution vorhielt. „Wenn das gegenwärtige Kabinett fällt", so schrieb er, „dann gebt euch keiner Täuschung hin: was dann folgt ist der Krieg um jeden Preis und nachher ein vervollkommnetes 1793."**)

Auch sein Schwiegersohn König Leopold bemühte sich eifrig für den Frieden. Der hatte den Juli-Vertrag von Haus aus als einen Fehler betrachtet und sogleich an Metternich warnend geschrieben: „Bedenken Sie, welchen Zündstoff Sie in die Hände von Lord Ponsonby, Napier und anderen dieses Schlages gelegt haben." Auf der Freundschaft der Westmächte ruhte seine eigene Herrschaft; und da er richtig erkannte, daß die Friedensstörung diesmal von England und Rußland ausging, so eilte er schwer besorgt nach Windsor um seine königliche Nichte vor diesem „monströsen" Kriege zu warnen, und versuchte zugleich durch Bülow, der ihm von lange her nahe stand, auf Palmerston einzuwirken.***) Sobald das neue Kabinett in Paris gebildet war, beschwor er den Preußen (3. Nov.), die vier Mächte möchten dem französischen Hofe eine goldene Brücke bauen: „Lassen wir das jetzige Ministerium fallen, so bekommen wir Thiers als Chef der gesamten Linken ins Ministerium, der unglückliche König muß sich dann unterwerfen, und ein Krieg und Unheil jeder Art ist unfehlbar." Noch drängender schrieb er vier Tage darauf, „da man ja natürlich annehmen muß, daß man es mit Downing-Street und nicht mit Bedlam zu tun hat: Ihre Hand hat mit den trefflichen Traktat unterzeichnet; sie muß uns daher auch wieder von den Segnungen dieses Traktats befreien, an denen wir alle schlagähnlich darniederliegen. Lassen Sie mir das gute jetzige Ministerium umwerfen, so armiere ich hier ganz bestimmt, und das wird dann Deutschland auch zum Armieren encouragieren."†)

Dies emsige Treiben des schlauen Coburgers mußte den vier Mächten hochverdächtig erscheinen, weil er offenbar nur sagte was sein Schwiegervater ihm eingab. Sie waren, als sie einst in so vielen Verträgen,

*) Werthers d. J. Berichte, 16. 30. Sept. 1840.

**) König Ludwig Philipp an König Leopold, 5. Nov. 1840.

***) König Leopold an Metternich, mitgeteilt in Maltzans Bericht v. 21. Aug. 1840, Bülows Bericht, 21. Aug. 1840.

†) König Leopold an Bülow 3. 7. Nov. 1840.

zuletzt noch in dem Schlußvertrage vom 19. April 1839, die vollständige Neutralität Belgiens ausbedungen hatten, alleſamt von der Vorausſetzung ausgegangen, daß die Unabhängigkeit des jungen Staates nur von Frankreich her bedroht werden könne. Nun erfuhren ſie, auf wie lockerem Grunde alle dieſe papierenen Verheißungen ſtanden; ſie durften nicht dulden, daß dies neutrale Land ſich erdreiſtete als europäiſche Macht aufzutreten, und ließen daher in Brüſſel ſehr nachdrücklich erklären: in der gegenwärtigen Lage bedeute die bewaffnete Neutralität Belgiens nichts anders als den Anſchluß an Frankreich, den Bruch aller europäiſchen Verträge.*)

Alle dieſe Wechſelfälle beirrten den König von Preußen nicht in ſeiner faſt unbedingten Friedfertigkeit. Mit einer Wärme, welche weit über das Maß ſeiner wirklichen Gefühle hinaus ging, beteuerte er dem Bürgerkönige beſtändig ſeine perſönliche Verehrung. Die Londoner Konferenz wünſchte er nach Wien zu verlegen, wo man Frankreich zuziehen könne und den Übermut Palmerſtons nicht zu fürchten habe. Als er damit nicht durchdrang, ließ er dem ruſſiſchen Hofe ausſprechen, wie viel Schmerz ihm perſönlich die ablehnende Haltung Brunnows bereite.**) Noch deutlicher ſchrieb Werther nach Petersburg: Rußland lege dem Juli-Vertrage einen ausſchließlichen und aufreizenden Sinn unter, welchen Öſterreich und Preußen niemals billigen könnten; ihnen ſei es nie eingefallen, Frankreich für immer von den orientaliſchen Verhandlungen auszuſchließen. Rußland ſtütze ſich auf Wüſten und auf friedliche Nachbarn und könne ſich daher wohl die Genugtuung geſtatten, das Scheinbild des in Wahrheit nicht mehr beſtehenden Bundes der Weſtmächte zu zerſtören. Preußen dagegen, obwohl feſt entſchloſſen einen aufgezwungenen Verteidigungskampf mit voller Kraft zu führen, müſſe den Frieden wünſchen, da bei der Schwäche Öſterreichs und der kleinen Staaten „die ganze Laſt eines deutſchen Krieges auf Preußen fallen würde. Die Hilfe, welche uns Rußland leiſten könnte, würde, wie die Erfahrung gelehrt hat, verſpätet, unvollſtändig und von tauſend Übelſtänden begleitet ſein.“ An der Vernichtung Mehemed Alis wolle Preußen auf keinen Fall teilnehmen; ſein Ziel ſei die Erhaltung des osmaniſchen Reichs unter Mitwirkung Frankreichs.***) Ganz ebenſo friedlich äußerte ſich Metternich, obwohl er ſeinen Abſcheu gegen „Thiers' verworfene Perſönlichkeit“ mit ſtarken Worten bekundete;†) in langen lehrhaften Depeſchen verſuchte er den Mächten zu zeigen, wie man Frankreich in das europäiſche Konzert zurückführen könne.

*) Schleinitz' Bericht, London 18. Sept. Liebermanns Bericht, Petersburg 23. Sept. 1840.

**) König Friedrich Wilhelm an Min. Werther, 26. Aug., 7. Okt. 1840.

***) Werther, geh. Weiſung an Liebermann, 31. Okt., Bericht an den König, 9. Nov., Weiſungen an Bülow, 9. 11. Nov. 1840.

†) Metternich an Werther, 3. Sept. 1840.

Dieser versöhnlichen Politik der deutschen Mächte widerstand der Petersburger Hof lange mit hochmütiger Schroffheit. Nikolaus verhehlte nicht seine Schadenfreude über den Londoner Vertrag; er hoffte dem französischen Thronräuber wo nicht eine Niederlage auf dem Schlachtfelde, so doch eine beschämende öffentliche Demütigung zu bereiten. Unter mannigfachen Vorwänden lehnte Brunnow alle Vermittlungsvorschläge ab.*) Auf jeden Fall, meinte der Zar, müsse Frankreich den ersten Schritt zur Versöhnung tun; „wenn die Initiative für das französische Kabinett schwer ist, so ist sie für uns noch viel schwerer, und ganz gewiß werden wir sie nicht ergreifen.“**) Und Nesselrode schrieb den deutschen Höfen: jeder Versöhnungsversuch wird Frankreichs Übermut nur steigern; jetzt ist die Zeit „dem französischen Volke eine Lektion zu geben, die ihm ebenso nötig ist wie sie für uns vorteilhaft sein wird;“ nach den Kriegsdrohungen der Franzosen können die vier Mächte heute vieles nicht mehr bewilligen was früher annehmbar erschien.***) Fast ebenso herausfordernd redete zuweilen das englische Kabinett. Obgleich Palmerston anfangs, gleich den anderen Mächten, die Absetzung Mehemed Alis verurteilt hatte, so blieb er doch auf die Dauer nicht unempfänglich für die Berichte Ponsonbys, der polternd und schmähend den fanatischen Haß des Diwans noch zu überbieten suchte. Derselbe Lord Feuerbrand, der in Europa jede mutwillige Empörung schadenfroh begünstigte, entblödete sich nicht, die Doktrin der starren Legitimität auf den Orient anzuwenden, wo für ein legitimes Recht gar kein Boden war, und meinte jetzt mit Ponsonby: man dürfe dem Sultan die jedem Souverän zustehende Befugnis, einen rebellischen Statthalter abzusetzen, nicht bestreiten. Der preußischen Regierung ließ er, da sie den Gewaltstreich des Sultans nach wie vor mißbilligte, mit gewohnter Ungeschliffenheit sagen: sie habe sich „nicht die Mühe gegeben diese Sache und ihre Folgen zu ergründen.“†) Bis zur Vernichtung Mehemed Alis wollte er allerdings nicht gehen; er wünschte vielmehr, der rebellische Pascha möge sich dem Oberlehnsherrn bald unterwerfen, um dann vom Sultan begnadigt und mit der Erbherrschaft über Ägypten neu belehnt zu werden.††)

Die Meinungsverschiedenheit im Schoße der vier Mächte begann schon bedrohlich zu werden; da fiel die Entscheidung auf dem orientalischen Kriegsschauplatze. Die Flotte der Verbündeten, mit einer Handvoll türkischer Truppen an Bord eroberte, nicht ohne die Beihilfe des englischen

*) Berichte von Liebermann 3. Okt.; von Schleinitz, London, 5. 27. Okt., von Bülow 24. Okt. 1840.

**) Liebermanns Bericht, 17. Okt. 1840.

***) Nesselrode an Tatistschew in Wien, 5. Okt. a. St., an Meyendorff in Berlin, 12. 25. 31. Okt. a. St. 1840.

†) Ponsonby an Palmerston 10. Sept. Will. Russell an Werther 20. Okt. 1840.

††) Palmerston, Weisung an Ponsonby, 15. Okt. 1840.

Goldes, die syrischen Küstenplätze Byblus, Beirut, Saida. Am 2. Nov. wurde nach kurzer Beschießung das Banner des Großherrn neben den Fahnen Österreichs und Englands auf den Wällen der unbezwinglichen Festung Akkon aufgepflanzt. Der junge Erzherzog Friedrich, ein Sohn des Siegers von Aspern zeichnete sich bei diesen Kämpfen rühmlich aus, und groß war die Freude in Wien, da die Welt jetzt zum ersten Male von einer Waffentat der österreichischen Flotte hörte. Währenddem tobte im Innern Syriens der Aufruhr, und die Verbündeten trugen kein Bedenken die Empörer mit Waffen zu versehen. Also zugleich von der Küste und vom Binnenlande her bedroht entschloß sich Ibrahim Pascha die Trümmer seines zerrütteten Heeres nach Ägypten zurückzuführen. Die Herrschaft seines Vaters über Syrien war vernichtet. Nun segelte Kommodore Napier, der gefeierte britische Seeheld jener Tage, der auch in Syrien das Beste getan hatte, mit seinem Geschwader auf die Höhe von Alexandria und schloß dort am 27. Nov. mit dem erschreckten Pascha einen Vertrag, kraft dessen Mehemed Ali versprach sich dem Sultan zu unterwerfen und die geraubte türkische Flotte wieder auszuliefern; dafür sollte er, mit Genehmigung der vier Mächte, als Vasall des Großherrn die ägyptische Erbherrschaft wieder erhalten.

Die eigenmächtige Tat des tapferen Kommodores erregte an den Höfen allgemeine Verwunderung. Metternich schrieb entrüstet: „Das ist eine saubere Tollheit. Napier hat bewiesen, daß er sich trefflich aufs Fenstereinwerfen versteht, er versteht indessen auch die Vernunft in Stücke zu schlagen.“*) Palmerston aber, dessen Übermut seit den syrischen Erfolgen sehr hoch gestiegen war, heuchelte wieder legitimistische Bedenklichkeiten; er sagte salbungsvoll: „es ist unvereinbar mit den Grundsätzen der englischen Regierung einem Untertan eine politische Gewalt, welche ihm sein Souverän gewährt hat, förmlich zu verbürgen.“**) Bei ruhiger Prüfung mußte man doch allerseits zugeben, daß Napiers derber Seemannsverstand genau die Lösung gefunden hatte, welche den Ergebnissen des kurzen Feldzuges und den neuen Machtverhältnissen entsprach. Schon vor dem Vertrage von Alexandria, schon am 17. Nov. hatte Bülow, der unermüdliche Vermittler, auf der Londoner Konferenz durchgesetzt, daß man dem Pascha den erblichen Besitz Ägyptens gewähren müsse. Ward im Oriente ein Waffenstillstand auf solche Bedingungen hin abgeschlossen, so konnte Frankreich seine Zustimmung kaum mehr verweigern, weil Syrien doch für Mehemed Ali verloren war, und das in Berlin so sehnlichst gewünschte Einverständnis aller europäischen Mächte stellte sich fast von selbst wieder her.***)

*) Il est à la fois un brise-raison. Metternich an Esterhazy, 21. Dez. 1840.

**) Palmerston an die Lords der Admiralität, 15. Dez. Werthers Weisungen an Arnim, 17. Nov., an Bülow, 19. Nov. 1840.

***) Bülows Bericht, 17. Nov. Arnims Bericht, 22. Nov. 1840.

Die Stellung Guizots und seines Friedenskabinetts blieb gleichwohl noch lange sehr peinlich. Seit Monaten befand sich das französische Volk in einem krampfhaften Zustande kriegerischer Aufregung. Alles jauchzte, da aus Algier die Nachricht kam von einem großen Siege, der bei Masagran über die Horden Abdel-Kaders erfochten sein sollte; und als sich die Siegesbotschaft bald nachher als eine plumpe Erfindung erwies, da wagte keine einzige Pariser Zeitung die Lüge zu widerlegen, jeder Franzose blieb fortan verpflichtet an die märchenhafte Heldentat zu glauben, deren Ruhm in allen großen Städten Frankreichs durch die neuen Rues de Masagran verewigt wurde. Also gestimmt konnte die Nation durch die wahrlich bescheidenen syrischen Siege der Verbündeten nur noch mehr erbittert werden. Zumal die leichte Eroberung jenes Akkon, das einst einem Bonaparte widerstanden hatte, erschien den Pariser Boulevardiers wie eine persönliche Beleidigung. Das Kriegsgeschrei hielt den ganzen Winter hindurch an und ward für die Regierung immer kränkender. Die öffentliche Meinung besänftigte sich auch nicht, als Ludwig Philipp die Asche Napoleons nach Paris zurückführen ließ und in dem pomphaften Leichenzuge mit einem Male die verschlissenen Uniformen der kaiserlichen Tage wieder auftauchten. Guizot freilich sagte in seiner verblendeten Selbstgewißheit: es war ein bloßes Schauspiel; Prinz Ludwig Napoleon aber, der im Schlosse zu Ham die Strafe für seinen zweiten abenteuerlichen Aufstandsversuch abbüßte, ahnte siegesfroh, daß die napoleonische Legende wieder Macht gewann über die Herzen der Franzosen. Diesem stolzen Volke konnte die Vergleichung der großen Vergangenheit mit der kleinen Gegenwart nur tief schmerzliche Gefühle erregen. Indes die Unmöglichkeit, das verlorene Syrien dem Lieblinge der Pariser zurückzugewinnen, lag klar am Tage, früher oder später mußte sich Frankreich in die vollendeten Tatsachen finden.

Noch blieben auf der Londoner Konferenz große Schwierigkeiten zu überwinden. Von dem Österreicher Neumann unterstützt tat Bülow sein Bestes um den Knoten, den er selber mit geschürzt, wieder zu lösen. Palmerston zögerte, weil er sich zu tief in den Streit verbissen hatte, und der beständig durch Ponsonbys brutale Drohungen aufgestachelte Hochmut der Pforte wollte sich lange zu keinem Zugeständnis an den ägyptischen Rebellen bequemen.*) Am frühesten bekehrte sich Rußland zu den versöhnlichen Anschauungen der beiden deutschen Höfe. Mit ganz ungewöhnlicher Freundlichkeit schrieb Nesselrode schon im Dezember nach Paris: er vertraue „der mutigen Offenheit" Guizots, keine der vier Mächte wünsche Frankreich von dem allgemeinen Einverständnis auszuschließen.**) Müde des ewigen Zauderns der englischen Regierung, erklärte Bülow

*) Bericht des k. k. Internuntius, 21. Dez. 1840. Werthers Weisung an Maltzan, 21. Jan. 1841.

**) Nesselrodes Weisung an Pahlen, $\frac{25. \text{ Nov.}}{7. \text{ Dez.}}$ 1840.

endlich, gemeinsam mit dem Österreicher: die deutschen Mächte müßten dem Divan ihren Beistand entziehen.*) Diese Drohung wirkte. Nur vier Tage nachher (30. Jan. 1841) richteten die Gesandten der vier Mächte an Shekib Effendi eine gemeinsame Note, welche den Sultan dringend aufforderte dem Pascha die erbliche Herrschaft über Ägypten zu gewähren und dergestalt den Streit beizulegen.**)

„Unser großes Geschäft ist also nahezu beendigt", schrieb Palmerston erleichtert; „noch bleibt uns übrig der Krieg gegen den bewaffneten Frieden."***) Auch dieser Sorge sollten die vier Mächte bald enthoben werden. Aufs eifrigste bemühte sich König Leopold, der im Februar nochmals nach London kam, den Franzosen eine goldene Brücke zu bauen. Da Guizot mittlerweile die Gewißheit gewonnen hatte, daß die Kammern die Befestigung von Paris genehmigen würden, so durfte er jetzt unbedenklich dem Protokolle zustimmen, das zwischen den vier Mächten am 5. März vereinbart wurde und dem Pascha die erbliche Herrschaft über Ägypten sowie den lebenslänglichen Besitz von Akkon beließ.†) Nun galt es nur noch, mit Frankreich gemeinsam einen Vertrag über die orientalischen Dinge abzuschließen um die wiederhergestellte Eintracht Europas feierlich zu bekunden. Viel Neues konnte dies Abkommen allerdings nicht bringen; denn obwohl alle Staatsmänner mit dem Ernste der Auguren die Unantastbarkeit der Türkei als „ein politisches Axiom" bezeichneten, so wollte doch weder Frankreich noch Rußland eine förmliche Bürgschaft für den Bestand dieses Reichs übernehmen.††) Mit naiver Dreistigkeit bemerkte Brunnow, die häßlichsten Erinnerungen der moskowitischen Politik wieder wach rufend: solche Bürgschaften seien nutzlos; das habe man seiner Zeit bei der Teilung Polens gesehen.†††) Der sogenannte Meerengen-Vertrag, der am 15. Juli 1841 zwischen der Türkei und den vier Mächten vereinbart, gleich darauf auch von Frankreich angenommen wurde, enthielt demnach, außer den Verabredungen über Mehemed Ali, nur noch jene Zusage, welche der Petersburger Hof gleich beim Beginne der Verwicklung gegeben hatte: beide Meerengen, Bosporus und Dardanellen, sollten fortan in Friedenszeiten den Kriegsschiffen aller Nationen verschlossen bleiben. Somit ward der gefürchtete Vertrag von Hunkiar-Iskelessi noch kurz vor seinem Ablauf geopfert, und mit erhabenem Stolze priesen die russischen Diplomaten diesen neuen Beweis der versöhnlichen Großmut ihres Zaren.

*) Bülows Bericht, 26. Jan. 1841.

**) Note der vier Mächte an Shekib Effendi, 30. Jan. 1841.

***) Palmerston an Bülow, 1. Febr. 1841.

†) Protokoll der vier Mächte, 5. März; Weisung Guizots an Humann in Berlin, 20. März 1841.

††) Nesselrode an Meyendorff, 10. Dez. a. St. 1840.

†††) Bülows Bericht, 23. Febr. 1841.

Dergestalt nahm dieser große diplomatische Kampf, der langwierigste welchen Europa seit dem belgischen Streite erlebt hatte, ein armseliges Ende. Im Grunde konnte sich nur der Sultan des Ausgangs freuen. Er war durch die vier Mächte vor den Folgen einer schmählichen Niederlage bewahrt worden und durfte nunmehr hoffen, unbelästigt durch einen tatkräftigen Hausmeier sein nichtiges Schlummerleben noch eine gute Weile fortzuführen. Selbst die Erbherrschaft des Rebellen am Nil ließ sich zur Not ertragen. Den Osmanen galt sie keineswegs für eine unabänderliche Tatsache, weil Mehemed Alis Geschlecht nicht heilig war und der Orient ein gesichertes Thronfolgerecht kaum kennt. Die Fäulnis des Reiches der Sultane hatte sich freilich so grell offenbart, daß sogar H. v. Moltke, der den Türken so viel edle Kraft geopfert hatte, jetzt in der Allgemeinen Zeitung rundweg aussprach, ein christlich-byzantinisches Reich müsse dereinst die Erbschaft am Bosporus antreten. Vorläufig jedoch stand der Halbmond auf der Kuppel der Hagia Sophia wieder fest, und bei der Eifersucht der Franken blieb es sehr zweifelhaft, wann jemals das Kreuz wieder über dem Christendome Justinians glänzen würde. Noch mehr, die Türkei war jetzt zum ersten Male in eine europäische Konferenz als vertragschließende Macht eingetreten und hatte also, vornehmlich durch Englands Schuld, in der Völkergesellschaft des Abendlandes eine Stellung erlangt, welche ihr in keiner Weise gebührte; denn das europäische Völkerrecht beruht auf der christlichen Idee der Verbrüderung der Nationen, der Koran hingegen kennt nur zwei Reiche auf Erden, das Reich des Islams und das Reich des Krieges, mithin darf ein mohammedanischer Staat die Grundgedanken völkerrechtlicher Gleichheit und Gegenseitigkeit nicht ehrlich anerkennen. Die vielverheißene Gleichberechtigung der Rajahvölker mußte ein leeres Wort bleiben, weil die Herrschaft der Gläubigen über die Ungläubigen eben das Wesen dieser unwandelbaren theokratischen Verfassung ausmachte; noch immer diente kein einziger Christ im türkischen Heer, das ja ausdrücklich zur Knebelung der Christen bestimmt war. Die Aufnahme eines solchen Staates in die Rechtsgemeinschaft der christlichen Völker war eine häßliche Unwahrheit; sie wurde jedoch von der aufgeklärten liberalen Welt, die sich der christlichen Grundlagen unserer Kultur nur ungern erinnerte, als ein erfreulicher Fortschritt der Gesittung gepriesen; praktisch schien sie darum erträglich, weil die Pforte im Gefühle ihrer Schwäche sich bald von einer bald von mehreren der christlichen Mächte leiten ließ.

Wie man in Petersburg die Londoner Verträge ansah, das hat Nesselrode 1850 ausgesprochen in einem Rechenschaftsberichte über die auswärtige Politik des letzten Vierteljahrhunderts, den er dem Zaren zum Regierungsjubelfeste überreichte. Da schilderte er — aufrichtig wie er unter vier Augen sprechen durfte, und mit einer fast mongolischen Ruhmredigkeit: — erst die Juli-Revolution habe der Regierung des Kaisers „den wahren

Charakter aufgeprägt, der sie in der Zukunft auszeichnen würde." Seitdem sei Nikolaus „für die Welt der Vertreter der monarchischen Idee, die Stütze der Grundsätze der Ordnung, der unparteiische Verteidiger des europäischen Gleichgewichts geworden," und, wenn auch oft gehemmt durch „die Furchtsamkeit" seiner deutschen Verbündeten, doch endlich 1841 dahin gelangt, das feindselige und verderbliche englisch-französische Bündnis zu sprengen. Über Rußlands orientalische Politik sagte er sehr deutlich: „Indem Ew. Maj. sorgsam vermieden, sich durch eine Bürgschaft für den Länderbestand eines verfallenden Staates zu binden, um nicht im voraus die Zukunft Rußlands festzulegen, befolgten Sie immer den Grundsatz, für jetzt die Unantastbarkeit der ottomanischen Besitzungen zu wahren, da die Nachbarschaft dieses Staates, in dem Zustande verhältnismäßiger Schwäche worin ihn unsere früheren Eroberungen gelassen haben, unter den gegenwärtigen Umständen das für unsere politischen und Handels-Interessen günstigste Verhältnis darbietet. Sonderbare Wirkung des Wechsels, den das Glück in den gegenseitigen Beziehungen hervorgebracht hat! Die Macht, die man früher als den natürlichen Feind der Türkei betrachtete, ist ihre festeste Stütze und ihr treuester Verbündeter geworden." Demgemäß hat Rußland zweimal den Sultan vor dem ägyptischen Rebellen gerettet. „Die zweite dieser Krisen, weniger glänzend vielleicht, hat besser gesicherte Ergebnisse herbeigeführt. Der Vertrag von Hunkiar-Iskelessi, wogegen Frankreich und England sich vergeblich verwahrt hatten, wurde scheinbar vernichtet, in Wahrheit unter einer anderen Form verewigt. Der neue, von allen Mächten anerkannte Vertrag, der an seine Stelle trat, untersagte den Kriegsschiffen die Einfahrt in die Dardanellen und sichert uns fortan gegen jeden Angriff von der Seeseite."*)

Ganz so glänzend, wie diese prahlerische Denkschrift behauptete, waren Rußlands Erfolge nicht. Dem Zaren wurde freilich die Freude, daß der verhaßte Westbund sich eine Zeitlang spaltete; doch die Trennung war keineswegs unwiderruflich. Durch den Meerengenvertrag opferte der Petersburger Hof zwar wenig oder nichts, da das Schwarze Meer jetzt fast so vollständig den Russen gehörte wie vor hundert Jahren den Osmanen; gleichwohl war seine Machtstellung in Pera erschüttert, der Diwan zeigte den unbedingten britischen Freunden mehr Vertrauen als dem trotz alles Selbstlobes immerdar zweifelhaften russischen Gönner. Und wie unsicher blieb das neugegründete freundliche Einverständnis mit England. Nikolaus überhäufte den englischen Gesandten mit Artigkeiten und zeigte geflissentlich überall seine Vorliebe für britisches Wesen.**) Solche gottorpische Schauspielerkünste konnten doch den tiefen Gegensatz, welcher die beiden um Asiens Beherrschung ringenden Mächte trennte, nicht beseitigen.

*) Nesselrode, Denkschrift über die auswärtige Politik i. d. J. 1825—50, St. Petersburg, 20. Nov. a. St. 1850. S. Beilage XXIX.

**) Liebermanns Berichte. 3. Sept. 1841 ff.

Das mußte Brunnow erfahren, als er während der Londoner Konferenzen bei Wellington anklopfte ob England und Rußland sich nicht in Freundschaft über ihr asiatisches Machtgebiet verständigen könnten. Weder Palmerston noch der eiserne Herzog wollte sich auf solche Verhandlungen einlassen; denn augenblicklich drang England überall auf asiatischem Boden siegreich vor, in Syrien, in Afghanistan, in China, derweil die Russen gegen Chiwa einen unglücklichen Feldzug führten, und sich für die Zukunft die Hände zu binden widersprach allem englischen Brauche.*) Also war der Zar mit Frankreich verfeindet, mit England und der Pforte nur lose verbunden, von der Hofburg beargwöhnt und selbst der preußischen Freundschaft nicht mehr so sicher wie vormals.

Auch England erfreute sich keines ungetrübten Triumphes. Seine Herrschaft im Mittelmeere war freilich von neuem gesichert; aber Palmerstons schnödes Verfahren hatte die Franzosen dermaßen aufgebracht, daß Ludwig Philipp den Lord gradezu als den Urheber des französischen Mißgeschicks bezeichnete, und selbst in Guizots kaltem Herzen ein Stachel zurückblieb. Eine Vergeltung konnte also sehr bald eintreten; der jetzt von den Torys selbst für unentbehrlich gehaltene Bund der Westmächte war nur notdürftig wiederhergestellt. Auf Frankreichs inneren Frieden wirkten die orientalischen Händel wahrhaft verderblich ein. Was man auch zur Beschwichtigung sagen mochte, die Nachgiebigkeit Ludwig Philipps in einer Sache, wo er doch keineswegs unrecht hatte, erschien nach so lauten und anhaltenden Kriegsdrohungen wie eine Demütigung Frankreichs. Die Deutschen vermochten trotz ihrer Friedfertigkeit den Spott doch nicht ganz zu verbeißen; als Thiers bald nach dem Meerengenvertrage durch Berlin kam, sangen die Studenten vor seinen Fenstern: sie sollen ihn nicht haben! Unmöglich durfte eine ehrgeizige Nation, die von jeher gewohnt war die auswärtige Politik mit argwöhnischer Wachsamkeit zu verfolgen, eine solche Niederlage verzeihen. Guizot handelte klug und verständig, da er einem hoffnungslosen Kampfe auswich; allein nicht jederzeit ist Mäßigung die höchste Tugend des Staatsmannes, nicht jederzeit ist ihm erlaubt die Vorurteile seiner Nation zu mißachten. Der Schimpfname „Ministerium des Auslandes", der schon so vielen verhaßten Kabinetten beigelegt und immer wieder rasch vergessen worden war, blieb an Guizots Regierung haften; denn ganz sinnlos war er diesmal nicht. Durch die Gunst des Königs und die Machtmittel amtlicher Wahlbeherrschung behauptete sich das Friedensministerium viele Jahre hindurch am Ruder; im Volke ward es nie beliebt. Die Franzosen wußten nunmehr, daß die Orleans kein Herz für die Ehre des Landes besaßen, und einen solchen Makel konnte eine illegitime Dynastie schwerlich ertragen. Der Meerengenvertrag ward ein Nagel zum Sarge des Juli-Königtums.

*) Bülows Bericht, 27. Nov. 1840.

Auch die wohlgemeinte Politik Preußens erntete in diesem diplomatischen Spiele keine Lorbeeren. Friedrich Wilhelm hatte sich durch Palmerston und Bülow unbedacht in einen Streit verwickeln lassen, welcher dem Machtgebiete seines Staates fern lag, und war alsdann den englisch-russischen Ränken so lange gefolgt, bis er endlich gezwungen wurde, sich unter mannigfachen, wenig rühmlichen Windungen aus einer selbstverschuldeten falschen Stellung wieder hinauszuretten. Er wünschte aufrichtig den Bestand des Juli-Königtums, das er früher gehaßt hatte, jetzt aber als ein letztes Bollwerk der bürgerlichen Ordnung hoch schätzte; und doch half er selbst mit, durch den Juli-Vertrag die Grundlagen dieser Monarchie zu erschüttern, eine neue französische Revolution vorzubereiten, welche ihre Brandfackel leicht nach Deutschland hinüberschleudern konnte. Als die Rheingrenze bedroht ward erfüllte er ehrenhaft seine Pflicht gegen das Vaterland; aber wie unklar erschien seine hochherzige Bundespolitik. Wo war denn jener Deutsche Bund, der in den Depeschen der Hofburg als die erste der europäischen Mächte gefeiert wurde? Auf der Londoner Konferenz besaß er nicht einmal einen Vertreter. Es zeigte sich zur Beschämung der Phantasten, daß für Europa ein Deutschland neben Österreich und Preußen überhaupt nicht vorhanden war. Friedrich Wilhelms deutsche Politik rechnete mit Faktoren, welche nirgends bestanden. Und zu alledem noch die klägliche Ohnmacht des altersschwachen Österreichs, die sich durch Metternichs hochtrabende Denkschriften längst nicht mehr bemänteln ließ.

Nach dem großen Versöhnungsfeste des Meerengenvertrages war Europa tiefer denn jemals zerspaltet. Von den alten Allianzen stand keine mehr ganz fest, neue hatten sich nicht gebildet. Das Staatensystem der Wiener Verträge trieb ratlos einer furchtbaren Erschütterung entgegen, wenn sich nicht noch in der elften Stunde ein genialer Wille fand, der die zersplitterten Kräfte Mitteleuropas zu einer geschlossenen Macht zusammenballte. —

Schwerlich wäre König Friedrich Wilhelm an die Gefahren eines allgemeinen Krieges so nahe herangetreten, wenn nicht die religiöse Begeisterung bei seinen Entschlüssen mitgewirkt hätte. Indem er sich für die Unantastbarkeit der Türkenherrschaft aussprach, glaubte er, seltsam genug, den philhellenischen Gesinnungen seiner Jugend keineswegs untreu zu werden. Das herrische Eingreifen der europäischen Mächte in die inneren Verhältnisse des Orients erschien ihm vielmehr wie eine Erneuerung der Kreuzzüge, wie ein Sieg des Kreuzes über den Halbmond, und von vornherein sprach er die Erwartung aus, diese Gelegenheit müsse benutzt werden um allen christlichen Kirchen auf dem Berge Zion eine Heimat zu sichern. Jerusalem war die heiligste Stätte der Christenheit,

freilich auch die Stätte, wo sich der Glaubenshaß der kirchlichen Parteien allezeit am rohesten bekundete; an jedem großen Kirchenfeste mußten in der Kapelle des heiligen Grabes die mohammedanischen Kawassen dazwischen fahren um mit ihren Stöcken und Krummsäbeln Frieden zu stiften unter den raufenden Mönchen der Lateiner und der Orthodoxen. Unter Mehemed Alis gestrengem Regimente war die Ordnung leidlich gewahrt worden; er hatte sogar den Judenmissionaren der Protestanten gestattet ihre Tätigkeit im gelobten Lande zu beginnen. Jetzt da die Herrschaft der Pforte durch die christlichen Waffen wiederhergestellt wurde, machte man die demütigende Erfahrung, daß die Lage der Christen sich verschlechterte.

Das rohe türkische Recht erkannte nur solche Kirchen an, welche sich um ein sichtbares Oberhaupt scharten, die Protestanten waren mithin rechtlos. Darum verlangte Friedrich Wilhelm in einer Denkschrift, welche ihm sein Radowitz ausgearbeitet hatte: in Jerusalem sollten drei Residenten ihren Wohnsitz aufschlagen um, mit Hilfe einer gemeinsamen Garnison der Großmächte, die Rechte der drei großen Kirchen Europas zu beschützen. Die Denkschrift hatte lediglich kirchliche Zwecke im Auge; an ein deutschchristliches Fürstentum Palästina, wie es H. v. Moltke damals für möglich hielt, dachte der König nicht von fern. Rußland aber war keineswegs gewillt die Vorteile, deren die Orthodoxen von altersher in Vorderasien genossen, mit anderen Kirchen zu teilen. Freundlich warnte Nesselrode vor einem Unternehmen, das die Souveränität der Pforte anzutasten drohe; er und Orlow meinten bedenklich: wenn man in Jerusalem ein religiöses Krakau schaffe, so würden die Verlegenheiten des Sultans nur wachsen. Auch Metternich schützte Besorgnisse vor wegen der politischen Gefahren einer solchen kirchlichen Republik; in Wahrheit betrachtete der Wiener Hof jedes Erstarken des Protestantismus ganz ebenso mißtrauisch wie der Petersburger. Nur Frankreich schien den preußischen Vorschlägen günstig.*)

Friedrich Wilhelm mußte daher einen Teil seiner Pläne fallen lassen und versuchte nur noch der evangelischen Kirche in Jerusalem die Gleichberechtigung neben den Lateinern, den Griechen, den Armeniern zu verschaffen. Da die englische Staatskirche auf dem Berge Zion bereits Grundbesitz erworben und eine Gemeinde gebildet hatte, so wünschte der König, daß ein anglikanischer Bischof die Leitung des evangelischen Kirchenlebens übernähme und von den deutschen Protestanten, die in Palästina zerstreut lebten, als sichtbares Oberhaupt anerkannt würde. Eine solche Unterordnung schien ihm mit der evangelischen Freiheit wohl vereinbar, weil er die durch Handauflegung geweihten Bischöfe als rechtmäßige Nach-

*) Nesselrode, Weisung an Meyendorff, 12. März; Berichte von Liebermann, 9. Febr., Arnim in Paris, 12. Febr. 1841.

folger der Apostel, ihr Amt als das wahrhaft katholische ansah, und gern war er bereit, die Hälfte der Kosten, ein Kapital von 15 000 £ für dies anglikanische Bistum zu zahlen, wenn nur die englische Kirche der preußischen „eine schwesterliche Stellung" gestatten wolle.

Mit diesen Aufträgen wurde Bunsen im Sommer 1841, als die orientalische Verwicklung eben zu Ende ging, nach London gesendet, und kühner noch als einst auf dem Kapitole erhoben sich jetzt die Hoffnungen des diplomatischen Theologen. Er sah die Arche der Kirche schon auf ihrem Ararat gelandet, die Christenheit im katholischen Apostolate wieder vereinigt, das jüdische Volk in seiner Heimat für den christlichen Glauben gewonnen und dadurch der Anfang gemacht zur Herstellung Israels — und das alles durch die jugendliche Kraft der evangelischen Kirche, denn „der Tod der beiden alten Kirchen", so sagte er mit gewohnter Zuversicht, „ist nirgends sichtbarer als im gelobten Lande". Der König selbst hielt für nötig diese überschwenglichen Erwartungen etwas zu dämpfen; er meinte, für jetzt wäre es genug, wenn die Evangelischen den Türken gegenüber sich durch ein sichtbares Oberhaupt deckten, wenn eine evangelisch-deutsche Zunge sich im Oriente zusammenfände und diese evangelische Kirche vielleicht den Mittelpunkt bildete für die Juden-Christen. Palmerston aber empfing Bunsens Vorschläge zunächst mit Befremden. Als echter Brite witterte er böse Hintergedanken, da so plötzlich Jrus kam den Krösus zu beschenken; denn so stark der konfessionelle Ehrgeiz des Königs, ebenso schwach war der nationale. Nur die Machtstellung der evangelischen Gesamtheit lag ihm am Herzen, für seine preußische Landeskirche forderte er gar nichts. Er ergab sich darein, daß die englische Staatskirche die in Preußen ordinierten Geistlichen nicht anerkannte, während die preußische Kirche die anglikanische Ordination unbedenklich als rechtsgiltig ansah; nur für sich persönlich als den Mitstifter forderte er das Recht, abwechselnd mit der Königin von England den Bischof von Jerusalem zu ernennen.

Eine so überaus bescheidene schwesterliche Stellung konnte selbst der Erzbischof von Canterbury, der anfangs mit pharisäischem Dünkel über „die minder vollkommenen Einrichtungen" des festländischen Protestantismus sprach, der deutschen evangelischen Kirche unmöglich versagen; waren doch zwei Deutsche, Nicolayson und Pieritz, die ersten Bahnbrecher der Judenmission in Palästina und auch sonst überall in Vorderasien deutsch-evangelische Missionäre tätig. Zum Glück eiferten Pusey, Newman, alle die fanatischen Kryptokatholiken unter den Anglikanern lebhaft wider die Pläne des Königs, und eben dieser Zorn der verhaßten Puseyiten-Partei ließ der öffentlichen Meinung die Annäherung an das ungläubige Deutschland minder verdächtig erscheinen.

Im November 1841 wurde der erste evangelische Bischof von Jerusalem durch den Erzbischof von Canterbury geweiht, ein Breslauer Jude,

der in der Taufe den Namen Alexander angenommen hatte und sein schwieriges Amt sehr würdig ausfüllte. Die Weihepredigt feierte den Bischofsitz auf Zion als die Erstlingsfrucht der Union aller Evangelischen. So schenkte Preußen dem neuen anglikanischen Bistum außer der Hälfte der Unterhaltungskosten auch die Person des Bischofs. Bunsen schwamm in Wonne; er glaubte wieder einmal einen großen diplomatischen Sieg errungen zu haben, da er die Briten zur Annahme der preußischen Geschenke bewogen hatte, und vernahm mit Entzücken, wie sein gottseliger Freund Lord Ashley Preußens christlichen Monarchen als „den besten und herrlichsten König dieser Welt" pries. Nicht ohne Schadenfreude bemerkte er, daß die anderen Großmächte allesamt das evangelische Bistum mit scheelen Augen betrachteten.*) Rußland und Frankreich bewarben sich seit dem Dardanellen-Vertrage wieder wetteifernd um Englands Gunst und konnten nicht wünschen, durch Preußen überboten zu werden, während Metternich von der Freundschaft der beiden protestantischen Großmächte unbestimmte Gefahren für die katholische Kirche befürchtete, und sein getreuer Neumann in London ängstlich sagte: Bunsen soll hier einen neuen schmalkaldischen Bund gründen.

Aber auch die deutschen Protestanten zeigten sich mißtrauisch. Ganz vergeblich versuchten General Gerlach in der Augsburger Allgemeinen Zeitung, Hengstenberg in seiner Kirchenzeitung das Werk ihres königlichen Gönners zu rechtfertigen.**) Geradezu abschreckend wirkte das weihevolle Büchlein über „das evangelische Bistum in Jerusalem", das von Bunsen gemeinsam mit einem anderen theologischen Diplomaten, dem jungen Abeken ausgearbeitet war und über die unermeßliche Zukunft des christianisierten Palästinas mit einer Sicherheit redete, als ob die Weltgeschichte verpflichtet wäre ihre Schauplätze niemals zu verändern. Die liberale Welt wollte sich zu kirchlichen Unternehmungen überhaupt kein Herz fassen; sie lächelte über die Berliner „diplomatische Romantik" und fragte spöttisch, warum nur dieser König, der seine preußischen Juden so wenig liebe, für das Volk Gottes in der Urheimat so zärtlich sorge. Aber auch „sehr gut gesinnte Männer" in Preußen und in Süddeutschland fanden, wie General Thile berichtete, die Unterordnung deutscher Gemeinden unter einen anglikanischen Bischof höchst anstößig; das längst verbreitete Gerücht von den katholischen Neigungen des Königs schien jetzt seine volle Bestätigung zu empfangen. Als Bischof Alexander den ersten Jahrestag seines Einzugs in Jerusalem durch eine Danksagung feiern wollte und der König die Gemeinden seiner Landeskirche „in aller Freiheit" zur Mitwirkung auffordern ließ, da zeigte sich nur an wenigen Orten aufrichtige Teilnahme.***)

*) Bunsens Berichte, 6. Jan. 1842 ff.

**) Thiles Bericht an den König, 14. Dez. 1841.

***) Thiles Bericht an den König, 14. Aug. 1842. Kabinettsordre an Thile und Eichhorn, 9. Jan. 1843.

Da die evangelische Kirche sich auf dem Worte aufbaut, so gewährt sie der Persönlichkeit, mithin auch der volkstümlichen Eigenart der Prediger einen großen, oft allzu großen Spielraum; die Deutschen vermißten in den trockenen, schablonenhaften Ansprachen der Anglikaner gänzlich die durchgebildete homiletische Kunst ihrer heimischen Predigten. Die vorherrschende Meinung der Landeskirche bekundeten zwei streng gläubige Theologen, Schneckenburger und Hundeshagen in einer geharnischten Schrift „das anglo-preußische Bistum zu St. Jakob"; sie nannten es unwürdig, daß Deutschlands Protestantismus hinter seiner jüngeren Schwester zurückstehen solle: sei seine schlichte Wahrhaftigkeit etwa weniger christlich als die werkheilige Selbstbespiegelung jener Staatskirche, welche Milton schon mit der Diana von Ephesus verglichen hatte?

Der König ließ sich durch alle solche Einwürfe nicht beirren, und er erlebte nach einigen Jahren die Freude, daß seine fromme Stiftung gedieh, weit bescheidener freilich als Bunsen geträumt hatte. Die Judenmission fand im Vaterlande Israels begreiflicherweise einen sehr undankbaren Boden; indessen mehrte sich die Zahl der Protestanten nach und nach durch Einwanderung und vereinzelte Bekehrungen. Neben der Jakobskapelle auf Zion entstanden bald ein Hospital, ein Waisenhaus, eine treffliche Schule. Drei Gemeinden, eine deutsche, eine englische, eine arabische erkannten den Bischof als geistliches Oberhaupt an ohne doch ihre Selbständigkeit aufzugeben; die deutsche hielt ihren Gottesdienst nach der Liturgie, welche Bunsen einst auf dem Kapitol eingeführt hatte. Als Alexanders Nachfolger Bischof Gobat alles auf anglikanischen Fuß zu setzen versuchte, mußte er rasch wieder einlenken und sah sich genötigt, zuweilen selbst deutschen Gottesdienst zu halten.*) Also erblühte auf Zion ein gesundes evangelisches Kirchenleben, vielgestaltig und doch einträchtig, wie es der Idee des Protestantismus entspricht; und die Macht des jungen Bistums reichte bald weit genug um den Protestanten überall in Vorderasien eine Stütze zu bieten. Auf die Dauer aber konnten die Deutschen unmöglich ertragen, daß ihren Geistlichen die Gleichberechtigung verweigert wurde; und da der britische Hochmut schlechterdings nicht nachgab, so sah sich die Krone Preußen nach einem halben Jahrhundert (1887) genötigt, das phantastische Unionsbistum aufzugeben, ihre Gemeinde auf Zion ganz selbständig auszugestalten.

Als politischer Vertrag war das von Bunsen geschlossene Abkommen eine Ungeheuerlichkeit, weil England allein ohne jede Gegenleistung die Vorteile daraus zog, und erfahrene Diplomaten meinten schon: jetzt werde dem theologischen Eindringling doch endlich das Handwerk gelegt werden. Friedrich Wilhelm dachte anders. Politische Pläne hatte er bei

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 5. Okt. 1847. Heinrich v. Thile d. J., Bericht an den König, Jerusalem, 3. April 1848.

diesen Verhandlungen überhaupt nicht verfolgt, sondern immer wieder bescheiden gemahnt: „effacieren wir uns;" und da er nun das christliche Liebeswerk, das ihm allein am Herzen lag, gesichert sah, so beschloß er seinen Unterhändler glänzend zu belohnen. Seit dem Herbst 1841 begann er die längst geplante Verschiebung im diplomatischen Korps durchzuführen. Minister Werther erhielt ein hohes Hofamt, und an seine Stelle trat Graf Maltzan, bisher Gesandter in Wien. Bülow, dessen Talente der König sehr hoch anschlug, wurde zum Danke nach Frankfurt versetzt um frischen Zug in die Bundespolitik zu bringen. Bei der Ernennung des Nachfolgers zeigte Friedrich Wilhelm ein galantes Zartgefühl, wie es in der Geschichte der Diplomatie unerhört war; er ließ der jungen Königin selbst die Wahl zwischen drei Namen: Graf Arnim, Graf Dönhoff, Bunsen. Die Antwort konnte kaum zweifelhaft sein, da Bunsen während der jüngsten Verhandlungen allen englischen Wünschen so geschmeidig nachgegeben hatte. Nach Rücksprache mit der Königin erwiderte Lord Aberdeen: „wir können nichts Besseres tun als zu behalten was wir haben," also Bunsen; die beiden anderen Herren kennen wir nicht.*)

Unmöglich konnte England eine bessere Wahl treffen, unmöglich Preußen eine schlechtere. Die schwächste der großen Mächte brauchte als Vertreter Männer von starkem preußischem Stolze, Männer, welche die Selbständigkeit ihres bei den älteren Großmächten noch kaum für voll angesehenen Staates rücksichtslos wahrten. Daran hatte es schon Bülow zuweilen fehlen lassen, da er sich mit den Jahren bis zur Selbstvergessenheit in englische Anschauungen eingelebt hatte. Bunsen aber war bereits als er sein Amt antrat durch den Einfluß seiner britischen Gattin halb zum künstlichen Engländer geworden; mehrere seiner Kinder nahmen die Nationalität der Mutter an; das Unglück so vieler Diplomatenfamilien, die internationale Verschwommenheit ließ sich von diesem Hause gar nicht abwenden. Welch eine Genugtuung für den selbstzufriedenen Mann, als er, so bald nach seinen römischen Niederlagen, aus dem stillen Landhause auf dem Hubel bei Bern plötzlich nach dem stattlichen Prussia-House auf Carlton-Terrace versetzt wurde. Dort sah er in seiner nächsten Nachbarschaft den Buckingham-Palast der Königin, den Westminsterpalast des Parlaments, das Auswärtige Amt in Downingstreet, die alten Bäume des St. James-Parkes, überall die Zeugen einer großen Geschichte. Hellauf leuchtete das Flackerfeuer seiner leicht entzündlichen Begeisterung; Staat und Kirche, Land und Leute der reichen Insel erschienen ihm in rosigem Lichte. Sein eigenes Amt hielt er für den wichtigsten diplomatischen Posten Preußens, und hoch beglückte ihn das Bewußtsein,

*) Bericht des Gesandtschaftsverwesers Leg.-Rat v. Schleinitz an den König, 16. Nov. 1841. Persönliche Bedenken gegen die beiden anderen Vorgeschlagenen lagen nicht vor; die Erzählung in Stockmars Denkwürdigkeiten S. 385 ist nicht ganz richtig.

daß er berufen sei „die historische Allianz" der beiden stammverwandten Nationen wieder fester zu schließen. Diese historische Allianz war seit dem Thronwechsel ein Lieblingswort der preußischen Diplomatie; niemand fragte, was der preußische Staat durch die englische Freundschaft einst gewonnen habe und ob er jetzt nicht stark genug sei ihrer zu entraten.

Hoffnungsselig wie einst in Rom betrachtete Bunsen auch in London jede persönliche Freundlichkeit die ihm widerfuhr als einen politischen Sieg und glaubte im Ernst, das ungemütlichste aller Völker durch Gemütlichkeit gewinnen zu können; er hoffte harmlos, die Briten würden der Erweiterung des Zollvereins nichts in den Weg legen und falls Deutschland Kolonien erwürbe, diese liebevoll mit ihrer Flotte beschützen. Die Engländer betrachteten ihren glühenden Bewunderer mit stiller Ironie und versäumten nicht seine unerwiderte Liebe sich zu nutze zu machen. Ritter Bunsen — so hieß er bei Hofe — wurde bald eine gefeierte Größe der Londoner Gesellschaft, ein Liebling der Zeitungsreporter. Er machte es möglich, neben der Unmasse seiner immer geistreichen aber immer unpraktischen Depeschen und Denkschriften auch noch an seinem Buche über Ägyptens welthistorische Stellung zu schreiben und seine liturgischen Studien fortzuführen. So stand er den diplomatischen, den gelehrten, den kirchlichen Kreisen Londons gleich nahe und konnte immer wieder mit gerechtem Selbstgefühle berichten, wie er einem Feste beim Lord Mayor oder beim Erzbischof von Canterbury als einziger Foreigner beigewohnt, wie sein in tadellosem Englisch gehaltener speech irgend eine Versammlung begeistert, wie die Universität Oxford, dankbarer als die deutschen Hochschulen, ihn durch ihren Doktorhut geehrt habe. Er benutzte diese glänzende gesellschaftliche Stellung um für die Deutschen Londons mannigfache gemeinnützige Anstalten zu gründen und zumal den jungen deutschen Gelehrten, die ihm bei seinen Arbeiten zur Hand gingen vorwärts zu helfen. Nach der Meinung des großen Publikums gereichte es auch dem preußischen Staate zum Vorteil, daß von dem Prussian Minister in der Riesenstadt immer und überall die Rede war. In Wahrheit brachte seine politische Wirksamkeit in London wie vormals in Rom dem Vaterlande nur Schaden. Auf die kalten englischen Geschäftsmänner konnte ein Enthusiast, der so leicht mit biederen Worten abzuspeisen war, unmöglich Einfluß gewinnen. Am preußischen Hofe aber wurden durch Bunsens sanguinische Berichte grundfalsche Vorstellungen von Englands deutscher Politik hervorgerufen, verhängnisvolle Irrtümer, welche sich späterhin als Schleswig-Holsteins Schicksal auf dem Spiele stand schwer bestrafen sollten.

In Berlin war der Boden für solche gemütliche Selbsttäuschungen nur zu wohl vorbereitet. Friedrich Wilhelms alte, ursprünglich wohl durch Niebuhrs Vorträge geweckte Vorliebe für England hatte neuerdings noch an Wärme gewonnen, seit mit der jungen Königin an den vormals

so leichtlebigen Hof eine bürgerliche Wohlanständigkeit eingezogen war, welche selbst der Sittenrichter-Strenge des preußischen Königspaares genügte. Die wenigen entschiedenen Monarchisten, welche England noch besaß, hegten den verständigen Wunsch, daß Victoria sich mit ihrem fast gleich alten Vetter, dem Prinzen Georg von Cambridge vermählen möchte; dann konnte ein Wechsel der Dynastie, der das Ansehen der Krone immer schädigt, dem Lande erspart bleiben. Die Königin aber wollte gut bürgerlich ihrer Neigung folgen, und ihr Oheim König Leopold hatte schon dafür gesorgt, daß ihr Herz nicht weit von den Wegen des Hauses Coburg abirren konnte. Sein Neffe, der schöne, für die Brautfahrt sorgfältig vorbereitete Prinz Albert errang sich die Hand Victorias, die so lange vergeblich erstrebte Stellung eines englischen Prinzgemahls ward wirklich einem Coburger gewonnen, die vierte Königskrone stand den Wettinern in Aussicht, der luftige Bau der sächsischen Hauspolitik kam unter Dach. Prinz Albert bekam anfangs den Deutschenhaß der Briten schwer zu empfinden. Zahlreiche Zerrbilder stellten ihn dar inmitten seines bärtigen, rauchenden, biertrinkenden Gefolges; man bezweifelte boshaft, ob dieser Sohn des ältesten Bekennergeschlechtes der Protestanten evangelisch sei, da ja seine Vettern, die Coburg-Koharys sich der römischen Kirche zugewendet hatten; sein Jahreseinkommen ward vom Parlamente unanständig knapp bemessen, der Titel eines König-Gemahls, den ihm die zärtliche Gattin zudachte, stieß auf allgemeinen Widerspruch, und ein Mitglied des Geheimen Rats sagte höhnisch zu Bunsen: wir können ihn doch nicht gegebenen Falles König-Witwer nennen.*) Selbst den Namen eines Prinzgemahls gewährte man dem Deutschen erst nach Jahren, und Zeit seines Lebens gelang es ihm nie das Mißtrauen des Inselvolkes gänzlich zu überwinden.

Gleichwohl gewann er durch Klugheit, Takt, ernste gemeinnützige Tätigkeit nach und nach einigen Boden. Die Damen waren von vornherein für den schönen Prinzen, und die beiden großen Adelsparteien fanden es bald ratsam sich seiner Unterstützung zu versichern.**) Die Briten freuten sich an dem wohlgeordneten Haushalt und dem Familienglück der Königin, das alljährlich mit großer Pünktlichkeit, sobald die von den Naturgesetzen gebotene Zwischenzeit ablief, durch die Geburt eines Kindes verschönt wurde. Der Hof wurde endlich wieder eine soziale Macht, obgleich er nie mehr, wie einst in den Tagen der Stuarts, den Mittelpunkt des hauptstädtischen Lebens bilden konnte, und die gründlich frivole vornehme Gesellschaft Londons mußte sich mindestens in ihrer äußeren Haltung nach den ehrbaren höfischen Sitten richten. Zum ersten Male seit der Thronbesteigung der Welfen zeigte das königliche Haus wieder einiges

*) Bunsens Bericht, 6. Jan. 1842.
**) Bülows Bericht, 2. Juni 1840.

Verständnis für das geistige Leben der Nation, eine Teilnahme, die allerdings nicht in die Tiefe ging; denn Prinz Albert war, wie alle Coburger, ohne warmes religiöses Gefühl, eine schwunglose prosaische Natur, die sich leicht daran gewöhnte, nach englischer Weise alles very interesting zu finden; er hatte sich zu Brüssel tief eingelebt in die mechanische Weltanschauung des Statistikers Quetelet, der alle Erscheinungen des sozialen Lebens, auch die sittlichen, aus dem Walten blinder Naturgesetze erklärte. Das Kunstgewerbe stand ihm höher als die Kunst, die Technik höher als die Wissenschaft, das Merkwürdige höher als das Ideale. Den eigentümlich trockenen Ton dieses sittsamen Hofes gaben späterhin Victorias „Blätter aus unserem Leben in den Hochlanden" getreulich wieder, unbestreitbar das langweiligste unter den vielgenannten Büchern des neunzehnten Jahrhunderts.

Der Prinz betrachtete, gleich seinem Oheim Leopold, den Oranier Wilhelm III. als sein Muster, und obwohl er weder die Macht noch das Genie seines Vorbildes besaß, so wirkte er doch auf die Entwicklung der englischen Verfassung nachhaltig ein. Er gewöhnte die Krone, ohne Widerspenstigkeit und unter Wahrung der äußeren Würde die neutrale Stellung einzunehmen, welche ihr nach dem Verlaufe der Geschichte dieses Landes allein noch zukam: die Stellung nicht über, sondern unter den Parteien. Als er nach England kam, fand er die Whigs noch am Ruder und die Königin ernstlich gewillt die Freunde ihrer Jugend im Besitze der Macht zu erhalten. Albert selbst stand als Fremdling den Parteien unbefangener gegenüber und wurde von seinem getreuen Stockmar dringend ermahnt sich diese Freiheit zu erhalten. Als nun die Whig-Regierung bald nach ihrem letzten Erfolge, dem Meerengenvertrage rettungslos zusammenbrach, da war er es, der die Königin bewog, den jetzt unvermeidlichen Torys mit Wohlwollen entgegenzukommen und selbst die Damen ihrer Umgebung aus den Reihen der herrschenden Partei zu wählen. In späteren Jahren trug er sich mehrmals mit der Absicht die Macht der Krone zu verstärken, den persönlichen Willen des Monarchen nach deutscher Weise zur Geltung zu bringen. Sobald er jedoch die Unmöglichkeit solcher Pläne erkannte, gab er seiner Gemahlin den Rat, jedes Ministerium, das der Mehrheit im Parlamente sicher sei, ohne Hintergedanken zu unterstützen. Der Rat wirkte, und die Krone ward nach und nach so anspruchslos, daß die Königin nicht einmal mehr wagte bei der Wahl der Personen für das Kabinett mitzureden, sondern dem leitenden Staatsmanne der Mehrheit des Unterhauses die Bildung der neuen Regierung stets unbeschränkt überließ.

Fortan herrschte Eintracht zwischen Krone und Parlament, während die früheren Könige des Welfenhauses unwillkommene Minister immer durch kleine Bosheiten zu schädigen gesucht hatten; und es ergab sich, daß eine klug beratene Frau die Rolle eines parlamentarischen Schattenkönigs fast

noch besser zu spielen vermag als ein Mann. Denn eine Fürstin darf, ohne Ärgernis zu erregen, mit der naiven Unbescheidenheit der Weiber alles was unter ihrem Namen geschieht für ihr eigenes Werk ausgeben, und die Galanterie der Männer gestattet den Frauen jederzeit über unverstandene Dinge zuversichtlich abzusprechen. Von diesen beiden Vorrechten ihres Geschlechtes machte Königin Victoria ausgiebigen Gebrauch. Sie sprach geläufig über alle Einzelheiten der Verwaltung, erzählte dem ironisch aber ehrfurchtsvoll zuhörenden General Natzmer mit der größten Bestimmtheit von den Verbesserungen, welche sie im Heerwesen eingeführt habe, und ließ sich gern eine andere Elisabeth nennen, obschon die Welfin mit der minder tugendhaften aber großen Tochter des Hauses Tudor eigentlich nichts gemein hatte als den weiblichen Eigensinn. Also lernte das Königtum durch den Prinzgemahl, seine Nichtigkeit mit Anstand zu ertragen; dafür ward der Trägerin der Krone überall mit Worten tiefster Ergebenheit gehuldigt. Die Phrase der Untertänigkeit, der constitutional cant der Briten blühte wie nie zuvor; wer aufrichtig genug war die junge Königin nicht schön zu finden lief Gefahr von der vornehmen Welt für toll gehalten zu werden.

Ein solches Schauspiel inneren Friedens mußte grade die gemäßigten deutschen Liberalen mit Bewunderung erfüllen; enttäuscht durch das Ränkespiel des Juli-Königtums begannen sie sich von den französischen Freiheitsgedanken der dreißiger Jahre abzuwenden und fanden nunmehr in dem Staate der Königin Victoria das konstitutionelle Ideal verwirklicht. Nur wenige bemerkten, wie der aristokratische Unterbau des altenglischen Parlamentarismus seit der Reformbill zerbröckelte, wie die Entscheidung im Unterhause allmählich in die Hände der Schotten und der Iren kam, und also neue demokratische Umgestaltungen sich vorbereiteten. Zugleich erlebte Großbritannien eine Zeit beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwungs. Sein Gewerbfleiß erstarkte dermaßen, daß es sich nunmehr zutraute alle Märkte der Welt zu beherrschen und darum das Banner des Freihandels aufpflanzte. Eine gewaltige Auswanderung eroberte ihm weite Kolonien, welche selbst wenn sie die politische Herrschaft des Mutterlandes vielleicht dereinst abschüttelten, doch seiner Gesittung unverloren blieben und also dem angelsächsischen Volkstum einen großen Vorsprung vor dem teutonischen sicherten; nicht lange, so lag in jedem Winkel des Erdballs ein Land, das die glückhaften Namen Victoria und Albert führte. Befangen in ihren Parteikämpfen und ihrer nachbarlichen Eifersucht beachteten die Völker des Festlandes kaum, wie also in aller Stille das größte Reich der Weltgeschichte heranwuchs. Ja die deutschen Anglomanen pflegten England als eine musterhaft friedfertige Macht zu preisen, die in ihrer Harmlosigkeit mit einem kleinen Söldnerheere auskomme; und doch war dies neue Karthago der einzige Staat Europas, der beständig, häufiger sogar als Rußland, Kriege führte, freilich Kriege, in denen das Gold noch mehr bedeutete als das Eisen.

An der Seite der Herrscherin eines solchen Weltreichs mußte ein kleiner deutscher Prinz in die nämliche Lage geraten wie eine ins Ausland verheiratete Prinzessin: er konnte sein Volkstum nicht behaupten. Prinz Albert wurde bald ganz zum Engländer, obwohl er im Familienkreise meistens deutsch sprach und die liebreiche Gemahlin, zum Entsetzen aller frommen Britenherzen, ihm sogar erlaubte beim Fischessen ein silbernes Messer zu benutzen. Als er wenige Jahre nach seiner Heirat Deutschland wieder besuchte, trug er die britischen Sitten geflissentlich zur Schau und hielt im grauen Sommer-Überrock die Heerschau über die Mainzer Garnison, so daß die preußischen Generale erzürnt fragten, ob dieser junge Wettiner denn gar nicht mehr wüßte, daß deutsche Fürsten die vaterländischen Fahnen im Waffenschmucke ehrten. In dem kalten, freudlosen englischen Leben verlor er jene menschenfreundliche Heiterkeit, welche den gebildeten Deutschen auszeichnet, und wurde steif, pedantisch, in seinen Urteilen schroff und lieblos, so daß ihm auch die Arbeit in der Kindererziehung, die er mit großem Pflichteifer betrieb, nur bei einigen seiner Töchter, bei dem Thronfolger gar nicht gelang. Sein Selbstgefühl ward durch die berechneten Schmeicheleien der britischen Parteiführer und die harmlosen Lobeserhebungen der festländischen Konstitutionellen sehr hoch gesteigert. Auf seine durchlauchtigen Genossen daheim sah er mit Hochmut herab; er glaubte die deutsche Politik besser als sie zu verstehen, obgleich er durch die lange Abwesenheit die Fühlung mit den vaterländischen Dingen längst verloren hatte, und meinte nichts Arges zu tun, wenn er die deutschen Fürsten in hofmeisterndem Tone aufforderte allezeit den Wegen Englands zu folgen. Derselben Ansicht huldigte auch die Königin. Sie liebte ihren Gemahl so innig, daß sie auch sein Vaterland mit ins Herz schloß und nach Frauenart sich berechtigt glaubte über dessen Wohl zu wachen. Wie ihre Vorfahren als Könige von Hannover, so wähnte sie als Herzogin zu Sachsen dem Deutschen Bunde mit anzugehören, und die deutschen Höfe boten für die zarten Künste der Damenpolitik einen ungleich dankbareren Boden als das englische Parlament.

Zwischen London, Brüssel, Wiesbaden und Coburg wurde, mit Abzweigungen nach Paris und Lissabon, eine Kurierkette eingerichtet, welche die Vertrauten des Hauses Coburg in regelmäßigem Verkehr erhielt. Während die englische Presse in ihrem blinden Fremdenhasse den angeblichen „deutschen Einfluß" am Londoner Hofe bekämpfte, konnte Deutschland mit besserem Rechte über englisch-coburgischen Einfluß klagen. Des Prinzgemahls älterer Bruder, der gut deutsch gesinnte Herzog Ernst von Coburg empfand dies selbst sehr lebhaft; bald nachdem er seinen kleinen Thron bestiegen hatte, schrieb er dem Oheim Leopold: „wir müssen wieder ehrlich deutsch werden," denn bisher haben wir uns meist nur als Verwandte der großen Höfe des Westens gezeigt, darum gilt Coburg für ein Nest undeutscher Ränke und ultraliberaler Ideen. Doch leider blieb es bei

den edlen Vorsätzen. Klugen Rechnern wie Leopold und Albert mußten die großen westeuropäischen Interessen ihrer weltbürgerlichen Dynastie wichtiger erscheinen als das kleine deutsche Stammland; und noch oft sollten die Ratschläge der Coburger dem deutschen Volke schädlich werden, um so schädlicher, da dies überall vom Schicksal begünstigte Haus auch das seltene Glück hatte, nicht von gemeinen höfischen Schmeichlern, sondern von angesehenen und ehrlichen Schriftstellern literarisch verherrlicht zu werden. Alle die tüchtigen deutschen Gelehrten, welche sich in London der Gönnerschaft Bunsens und Stockmars erfreuten, wurden zu Aposteln der Coburgischen Legende und erzählten in gutem Glauben den Landsleuten daheim, wie wunderbar der Prinzgemahl verstanden habe zugleich ein ganzer Brite zu werden und ein ganzer Deutscher zu bleiben.

Niemand hörte auf solche Erzählungen williger als König Friedrich Wilhelm. Er zeigte schon seine Thronbesteigung auch dem Prinzgemahl in einem eigenhändigen Briefe an, was die Königin hoch beglückte*), und erwies fortan dem jungen Paare beständig zarte Aufmerksamkeiten. Sein weltkundiger Vater hatte sich nie darüber getäuscht, daß Palmerston den Unfrieden auf dem Festlande absichtlich nährte.**) Er aber meinte wieder klüger zu sein und glaubte den Berichten Bülows, der ihm nach den Versicherungen englischer Staatsmänner treuherzig beteuerte, Palmerston sei nur durch die Schroffheit der Ostmächte wider seinen Wunsch gezwungen worden sich von ihnen zu trennen und mit dem Vierbunde von 1840 zu seinen ursprünglichen Ansichten zurückgekehrt.***) Als nun gar die Torys ans Ruder kamen, Lord Aberdeen, der altbewährte Anhänger Metternichs in das Auswärtige Amt wieder eintrat, da floß man in Berlin von Vertrauensseligkeit über. Ein Ministerialschreiben an die Gesandtschaft sagte: selbst unter den Whigs seien zwischen den beiden historisch verbundenen Mächten die Fäden niemals ganz abgerissen; um so herzlicher werde sich jetzt das Verhältnis zu Aberdeen gestalten.†) Der Führer des neuen Kabinetts, Robert Peel gewann sich durch Gradsinn und ernste Frömmigkeit das Herz Friedrich Wilhelms; selbständig genug um nötigenfalls die Dogmen der Partei zu verletzen, hielt er sich auch frei von nationaler Gehässigkeit und betrachtete Deutschland mit einiger Teilnahme. Wenn ihm Bunsen von dem Deutschen Bunde als einer Macht ersten Ranges sprach, dann war Peel so höflich diese allerneueste Doktrin des Berliner Hofes mit seinen guten Wünschen zu begleiten.

Als bald nachher dem neuen sächsisch-welfischen Königshause ein Thronfolger geboren wurde, da beschlossen die Eltern, auf Stockmars Rat, den König von Preußen durch eine klug berechnete Aufmerksamkeit in seiner

*) Bülows Bericht, 7. Juli 1840.

**) S. o. IV. 515.

***) Bülows Denkschrift über die innere Lage Großbritanniens, 17. Juli 1841.

†) Werther, Weisung an Schleinitz, 13. Sept. 1841.

freundschaftlichen Gesinnung zu bestärken und baten ihn zu Gevatter. Sie selbst legten, nach Coburgischen Grundsätzen, auf kirchliche Feierlichkeiten wenig Wert. Friedrich Wilhelm hingegen sah in der Einladung ein feierliches Symbol des Bundes der beiden protestantischen Großmächte und erklärte sich bereit, zu der Taufe persönlich zu erscheinen. Aberdeen war außer sich vor Freude, wie Bunsen behauptete, desgleichen der edle, heroische neue Bischof von Jerusalem. Metternich aber befürchtete von dieser englischen Reise eine gefährliche Aufregung protestantischer Parteileidenschaften, und Zar Nikolaus ließ dem Schwager besorglich vorstellen, unterwegs würde sich eine Zusammenkunft mit dem Blusenkönige Leopold oder einem der französischen Prinzen kaum vermeiden lassen.*) Im Januar 1842 kam Friedrich Wilhelm auf dreizehn Tage nach England und wurde von der amtlichen Welt mit dem höchsten Glanze empfangen. Nur ein Teil der Presse schmähte auf den deutschen Spion, Idioten und Heuchler, und Lord Brougham sprach im Oberhause die höfliche Erwartung aus, der Preuße würde von Englands Freiheit etwas lernen, die Versprechungen seines Vaters endlich ausführen. Fest folgte auf Fest, feierliche Trinksprüche verherrlichten die Freundschaft der beiden protestantischen Nationen. Victoria entfaltete ihre ganze Liebenswürdigkeit, schmückte ihren Gast eigenhändig mit dem Hosenbandorden und trug bei den Feierlichkeiten ein Armband mit seinem Bildnis. Auch ein junger Coburg-Kohary war zugegen, dem der unersättliche Brüsseler Ehestifter, wie jedermann bei Hofe erzählte, schon die Hand der Königin Isabella von Spanien zugedacht hatte.

Der König zeigte sich hoch entzückt von allen den britischen Institutionen, die er doch daheim keineswegs nachahmen wollte und wohnte der Eröffnung des Parlaments nicht als schlichter Zuschauer bei, sondern — wunderlich genug — gleichsam als großbritannischer Reichsverwandter, in vollem Schmuck auf einem besonderen Sitze, der ihm zwischen dem Throne der Königin und den Plätzen der Lords bereitet war. Er hörte den Gottesdienst in St. Paul mit großer Andacht und scheute nicht die beständigen dem deutsch-protestantischen Gefühle so widerwärtigen Kniebeugungen; er besuchte, begleitet von der gottseligen Quäkerin Mrs. Fry das Gefängnis von Newgate und bewunderte mit der Aufmerksamkeit des literarischen Feinschmeckers die Aufführung Shakespearischer Lustspiele in ihrer ursprünglichen Gestalt. So verging die kurze Frist sehr genußreich, aber ohne wirkliche Belehrung und ohne jedes politische Ergebnis. Den nüchternen britischen Staatsmännern gefiel Friedrich Wilhelms Reisebegleiter, der unerschöpflich mitteilsame Humboldt weit besser als sein Herr, der trotz seiner geistreichen Liebenswürdigkeit doch nicht den

*) Berichte von Bunsen, 10. Dez. 1841, 7. Jan. 1842, von Liebermann, 28. Dez. 1841.

Eindruck eines beherrschenden politischen Kopfes hinterließ. Stockmar erschrak geradezu über die phantastischen Einfälle des Königs, als ihm dieser sehr ausführlich und ernsthaft vorhielt, Belgien müsse um seiner Sicherheit willen durchaus in den Deutschen Bund eintreten — ein im Frieden schlechthin unausführbarer Plan, da ja Belgien auf Preußens eigenen Antrag von allen Großmächten als neutral anerkannt war.

Unterwegs wurde, trotz der dringenden Einladungen des Gesandten Bresson, der französische Boden und jede Berührung mit den Orleans sorgfältig vermieden. Leopold von Belgien aber hatte, zur Entrüstung des Zaren, den deutschen Nachbarn schon auf der Hinreise in Ostende begrüßt; und da Friedrich Wilhelm den für den Zollverein wichtigen belgisch-luxemburgischen Grenzverkehr friedlich zu ordnen wünschte, so entschloß er sich schweren Herzens, seinem geliebten Vetter, dem neuen Könige Wilhelm II. der Niederlande einen Freundschaftsdienst zu erweisen und den belgischen Usurpator auf der Heimreise zu besuchen, in demselben Schlosse, das einst den oranischen Verwandten gehört hatte. „Je Vous porterai un véritable sacrifice", schrieb er dem Oranier; „j'irai le trouver en chemin (à Laeken!!! — ! — ! — !!!) pour le travailler."*) Trotz dieses Besuchs bei dem liberalen Belgier blieb die englische Reise den aufgeklärten Berlinern hoch verdächtig; sie meinten in ihrer Tadelsucht, der König sei drüben ganz in die Netze der Hochtorys und der Anglikaner geraten. In ihm aber klangen die religiösen Stimmungen dieser Taufahrt noch lange nach. Nach einer schönen Zeichnung von Cornelius ließ er für sein Patenkind einen silbernen Glaubensschild fertigen, der in der Mitte einen Christuskopf, darunter die Darstellungen der beiden evangelischen Sakramente, an den Rändern neben dem Einzuge Jesu in Jerusalem auch ein Bild der Meerfahrt des Paten zeigte: da fuhr der christliche König in Pilgerhut und Muschelmantel auf einem Schiffe, das ein Engel lenkte und der gefesselte Höllengeist des Dampfes schnaubend vorwärts trieb, neben ihm Humboldt mit einem Ölzweige in der Hand, Anton Stolberg und General Natzmer; drüben am Strande erwartete ihn Englands Schutzpatron, der heilige Georg, mit dem Prinzgemahl und Wellington — eine Zusammenstellung, welche dem Coburgischen Weltkinde insgeheim wohl ebenso fragwürdig erscheinen mochte wie dem ungläubigen deutschen Naturforscher und im radikalen Lager widerwärtige Hohnreden hervorrief.

Auch das auswärtige Ministerium fuhr noch lange fort, dem britischen Kabinett unerwiderte Zärtlichkeitsbeteuerungen zu senden, zumal seit Bülow dem schon nach wenigen Monaten unheilbar erkrankten Grafen Maltzan im Amte gefolgt war. Bülow blieb als Minister wie vordem

*) König Friedrich Wilhelm an König Wilhelm II. der Niederlande, 29. Jan. 1842.

als Gesandter ein so unbedingter Verehrer Englands, daß Stockmar ihn befriedigt für den fähigsten aller preußischen Diplomaten erklärte. Auf die Nachricht von neuen asiatischen Erfolgen der Engländer ließ er durch Bunsen die Glückwünsche seines Hofes aussprechen und fügte hochentzückt hinzu: „mit Großbritannien verbunden durch die Bande einer langen Allianz und einer beständigen innigen Freundschaft, sind wir gewohnt alles was den Ruhm und das Wohlsein des britischen Reichs vermehrt fast ebenso anzusehen als wäre es uns selbst widerfahren.“*) So uneigennützig übernahmen diese Gemütspolitiker im Namen ihres ehrenhaften deutschen Staates gleichsam die Mitverantwortlichkeit für Englands schmachvollen Opiumkrieg! Freilich war man in Berlin über die orientalischen Dinge schlecht unterrichtet, da Bunsen seinen britischen Freunden alles glaubte und entrüstet heim berichtete, wie sündlich sein England wegen des Opiumhandels verleumdet worden sei.**)

Sehr lange konnte diese Anglomanie, die doch nur den persönlichen Neigungen des Königs und seiner Vertrauten entsprach, unmöglich vorhalten. Zu einem politischen Bündnis der beiden Mächte lag gar kein Anlaß vor, ja ihre volkswirtschaftlichen Interessen gingen augenblicklich sehr weit auseinander. Sobald Preußen einige seiner Zölle um ein geringes erhöhte, zeigte sich Peel tief entrüstet, gleich als ob England, dessen eigene Zölle noch weit höher standen, in seinen Rechten gekränkt worden wäre; und wenngleich Bunsen friedfertig erwiderte: „der Zollverein ist noch immer der beste Kunde Euerer Industrie,“ so konnte doch sein königlicher Herr selbst nicht verkennen, daß der deutsche Gewerbfleiß darnach trachten mußte dieser Abhängigkeit zu entwachsen.***) Wie wenig dem englischen Volke an dem deutschen Bündnis gelegen war, das zeigte eben in diesen Jahren Macaulays Aufsatz über Friedrich den Großen. So hochmütig, so verständnislos, so roh hatten selbst die Franzosen, die den Philosophen von Sanssouci doch immer gelten ließen, noch nie über Preußen abgesprochen, und der glänzende Essayist sagte hier wie überall nur was der Durchschnitt seiner gebildeten Landsleute dachte. Auch Friedrich Wilhelms kunstsinniger Freund Graf Raczynski machte seine Erfahrungen an der britischen Selbstgenügsamkeit. Als er, bei Hofe freundlich aufgenommen, die Frage aufwarf, ob man nicht deutsche Künstler einladen solle zur Einführung der hierzulande noch fast unbekannten Freskomalerei, da widersprachen die englischen Maler sehr heftig, und Sir Morton Shee erwiderte stolz: unsere Schule ist die anerkannt erste der Welt.†)

Mit der Zeit fühlte auch der König selber, wie fremd ihm im Grunde die ganz moderne Weltanschauung des Coburgischen Hauses war. Ein

*) Bülow, Weisung an Bunsen, 5. Nov. 1842.

**) Bunsens Bericht, 10. Dez. 1842.

***) Bunsens Berichte, 25. Juli 1842 ff.

†) Bunsens Bericht, 6. Mai 1842.

lächerlicher Titelstreit brachte ihm dies zum Bewußtsein. Schon längst strebten die ernestinischen Herzöge nach schöneren Titeln, weil sie bei der großen Rangerhöhung der rheinbündischen Zeiten leer ausgegangen waren. Seit das Haus Coburg so kühn emporgestiegen, meinte sich vornehmlich der alte Herzog von Coburg als Vater und Bruder gekrönter Häupter wohlberechtigt den Namen eines Großherzogs oder einer königlichen Hoheit zu führen. Die englischen Verwandten unterstützten ihn dabei lebhaft*); denn die Coburger bewährten sich auch darin als treue Jünger der alten Aufklärung, daß sie zwar mit Worten gern über leere Standesunterschiede spotteten, in der Tat aber ihren Rang sehr eifersüchtig wahrten. Nach strengem Rechte konnte der Coburgische Herzenswunsch nur durch einen Bundesbeschluß erfüllt werden, weil der Bund über der Rangordnung seiner Mitglieder zu wachen, auch die Mediatisierten schon gewissenhaft in Durchlauchten und Erlauchten eingeteilt hatte. In Frankfurt aber lagen die Dinge höchst ungünstig. Der Präsidialhof war über das selbstbewußte Auftreten des Herzogs von Coburg-Kohary, der doch unzweifelhaft zu den Untertanen der Stephanskrone gehörte, längst sehr aufgebracht, seine Diplomaten redeten mit der äußersten Gehässigkeit über den Coburger Hof.**) Auch der König von Preußen wollte den althistorischen Titel Durchlaucht nicht gern ändern. Nun gar die kleineren Fürsten meinten sich allesamt, und manche mit Recht schwer beeinträchtigt; sie beruhigten sich auch nicht, als Coburg seine Ansprüche herabsetzte und nur noch den Titel Hoheit verlangte. Da wünschten Nassau und Braunschweig, von wegen ihrer größeren Macht, Großherzoge zu werden; in Baden, das ja einst den Kurhut getragen hatte, sprach man schon von der Annahme des Königstitels; der Kurfürst von Hessen dachte seiner verunglückten Kattenkrone, der Großherzog von Darmstadt dem stolzen alten Mainzer Kurhute den Majestätstitel beizulegen; Homburg wollte landgräfliche, Schwarzburg fürstliche Hoheit heißen; der Fürst von Hechingen ließ die Hoheit für Nassau nicht gelten, weil sein Haus früher als Nassau in den Fürstenrat des alten Reichstags gelangt war.***) So zeigte sich an einem abgeschmackten und doch sehr heftigen, die Bundesgenossen tief verstimmenden Zwiste, daß jene ruhelose soziale Eitelkeit, welche beständig nach oben drängend, den Herrennamen zum Gemeingut aller, die Mädchen zu Fräulein, die schlichten Marschälle und Seneschälle zu Großwürdenträgern gemacht hat, auch in demokratischen Jahrhunderten bei hoch und niedrig ihren Spuk treibt.

Mittlerweile hatte der unternehmende junge Herzog Ernst II. die Regierung in Coburg angetreten. Er merkte bald, daß auf diesem Markte

*) Bunsens Berichte, 8. Juli, 25. Aug. 1842.

**) Bunsens Berichte, 5. 8. Nov. 1842.

***) Berichte von Dönhoff, 27. Avril ff.; von Radowitz, 19. Mai; Fürst v. Hohenzollern-Hechingen an Dönhoff, 7. Mai 1844.

der Eitelkeiten nur vollendete Tatsachen entscheiden konnten, und schloß im April 1844 mit seinen Vettern von Meiningen und Altenburg einen Hausvertrag, kraft dessen die sächsischen Herzoge eigenmächtig den Titel Hoheit annahmen. Alles zürnte über diese Umgehung der Bundesgewalten, und auf Metternichs Befehl brachte Graf Münch am 20. Juni die Sache am Bundestage zur Sprache. Dringend verlangte er zugleich Wahrung des Geheimnisses, da die Verhandlungen sich von Haus aus sehr stürmisch anließen. Während mehrere Regierungen der selbstgeschaffenen neuen Hoheit die Anerkennung verweigern wollten, erklärte der Gesandte der ernestinischen Herzoge hochtrabend, jeder Bundesbeschluß in dieser Frage sei unzulässig, sei ein Eingriff in die Souveränitätsrechte. Eine solche Sprache schien dem Könige von Preußen, der den Bundestag so warm verehrte, ganz unerträglich. Er schrieb entrüstet: „Der Zustand dieser ebenso ridikülen als für die deutsche Sache und Einheit bedrohlichen Sache reduziert sich nach der letzten inqualifiablen Erklärung der sächsisch herzoglichen Häuser auf die Frage, ob der Bund und in specie der Bundestag ein alter Esel ist, der sich solche Dinge bieten läßt." Er ließ sie sich bieten; denn ihm fehlte jede Macht souveräne Fürsten zu zwingen, und die großen Höfe des Westens hatten sich inzwischen schon beeilt die Coburger als Hoheiten zu begrüßen. Wohl wies der preußische Gesandte Graf Dönhoff die bundesfeindlichen Behauptungen der Ernestiner in scharfer Rede zurück, zuletzt mußte man sich doch in das Geschehene ergeben, und der Bund beschloß (16. Aug.), alle regierenden Herzoge Deutschlands fortan Hoheit zu benamsen.*) Dann währte der Zank noch ein Jahr lang fort; Dönhoff fürchtete schon, Frankreich könnte die Majestäts-Gelüste Badens und Hessens für einen neuen Rheinbund ausbeuten, bis sich endlich der kurfürstliche und die großherzoglichen Höfe begnügten die Titel ihrer Prinzen angemessen zu verschönern.**)

Friedrich Wilhelm brauchte lange bis er dem Hause Coburg diesen Streich gegen die Würde seines geliebten Bundestags verzieh, und auch der englische Hof zeigte bald, daß er sich durch seinen kirchlichen und politischen Liberalismus wie durch seine Familieninteressen weit stärker zu dem Bürgerkönige hingezogen fühlte als zu dem Könige von Preußen. Die enge, durch die Heiraten Leopolds von Belgien und des Herzogs von Nemours begründete Verbindung der Häuser Orleans und Coburg wurde während der nächsten Jahre durch zwei neue Prinzenhochzeiten noch mehr befestigt, und im Herbst 1843 sahen die Franzosen, was seit Jahrhunderten unerhört war, den englischen Hof an ihrer Küste landen um das Königspaar im Schlosse Eu zu besuchen. Der lebhafte Verkehr, der sich nun-

*) Dönhoffs Berichte, 20. 27. Juni, 16. August 1844 nebst Randbemerkungen des Königs.

**) Dönhoffs Bericht, 10. Juli 1845

mehr zwischen den beiden bluts- und wahlverwandten Höfen entspann, wurde von den gemäßigten Parteien diesseits wie jenseits des Kanals nicht ungern gesehen; denn der alte Nationalhaß war wirklich erloschen, die Idee der Verbrüderung des freien Westens kam trotz mancher Irrungen immer wieder obenauf. Freilich standen an der Spitze beider Höfe kühle Kaufleute, die ihre dynastischen Sonderinteressen niemals aus den Augen verloren, und wie leicht konnten diese begehrlichen Hintergedanken eine Freundschaft sprengen, welche immer des Vertrauens entbehrte.

Preußen aber stand in der diplomatischen Welt so einsam wie seit Jahren nicht. Sein König hatte verstanden, in kurzer Zeit die alten Freunde Österreich und Rußland mit Mißtrauen zu erfüllen; er hatte mit seinen Freundschaftswerbungen in England wenig Anklang gefunden, und kaum war die Kriegsgefahr vorüber, so bemerkte man bald, daß Preußen jetzt auch an den kleinen deutschen Höfen weniger geachtet war als einst unter dem alten Könige. Die ruhige Würde des Vaters erweckte Vertrauen, die bewegliche Geschäftigkeit des Sohnes Zweifel und Argwohn. —

Dritter Abschnitt.

Enttäuschung und Verwirrung.

Während der drei letzten Jahre seiner Regierung hatte Friedrich Wilhelm III. die Provinziallandtage nicht mehr versammelt, weil er die Besprechung des Kölnischen Bischofsstreites vermeiden wollte. Der neue König berief sie allesamt schon auf das Frühjahr 1841 zur regelmäßigen Tagung; er hoffte — so ließ er ihnen aussprechen — „mit wahrer Freudigkeit auch für die ständischen Verhältnisse eine lebendigere Zeit zu beginnen." Da erinnerte ihn, gerade als die ersten Landtage zusammentraten, zum dritten Male ein Mahnruf aus Ostpreußen an die Verheißungen des Vaters. Im Februar erschienen die „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen" — eine den Ständen Altpreußens gewidmete Flugschrift, die der unklaren Sehnsucht der Liberalen endlich ein brauchbares Programm, ein handliches Schlagwort darbot. In scharfer, zuversichtlicher, beinah drohender Sprache forderte sie für dies längst mündige hochgebildete Volk „Öffentlichkeit und wahre Vertretung" statt der Beamtenallgewalt und der politischen Nichtigkeit aller selbständigen Bürger; sie behauptete frischweg, das Versprechen der Volksrepräsentation vom Mai 1815 sei giltiges Gesetz, und gelangte dann, ohne in die schwierigen Rechtsfragen tiefer einzugehen, mit der schnellfertigen Logik des Radikalismus zu dem einfachen Schlusse: Preußens Provinzialstände sollten „das was sie bisher als Gunst erbeten, nunmehr als erwiesenes Recht in Anspruch nehmen." Otto Wigand in Leipzig, der unermüdliche Verleger der radikalen Partei hatte die Vier Fragen gedruckt; auf dem Titel stand aber der Name: Heinrich Hoff in Mannheim, eine Firma, die fortan oftmals von preußischen Schriftstellern vorgeschoben wurde und in der nächsten Zeit als Herberge der Opposition eine ähnliche Rolle spielte wie vor zweihundert Jahren die holländische Scheinfirma Peter Hammer in Köln.

Der ungenannte Verfasser war Johann Jacoby, ein jüdischer Arzt in Königsberg. Er gehörte schon zu dem neuen Geschlechte, das die Befreiungskriege nicht mit Bewußtsein durchlebt hatte, seine Ideale der Juli-

Revolution und dem polnischen Aufstande verdankte. Jung war er nie gewesen, die Welt des Schönen blieb ihm so fremd wie das Spiel des Scherzes. In gebückter Haltung, und doch feierlich schritt der kahlköpfige kleine Mann daher, ein tiefer Ernst lag in den scharfgeschnittenen Gesichtszügen, in den durchdringenden stechenden Blicken der großen blauen Augen. Alles verriet sogleich den sittenstrengen, fleißigen, bedürfnislosen Stubengelehrten. Obgleich er als spinozistischer Freidenker die Synagoge grundsätzlich nie betrat, so meinte er sich doch berufen im Namen seiner Glaubensgenossen zu reden und schrieb schon als junger Mann ein geharnischtes Büchlein für die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten. Diese Schrift und eine zweite noch schärfere wider die preußische Zensur verschafften ihm bald ein hohes Ansehen unter den Liberalen Königsbergs; bei den Sammlungen für die Göttinger Sieben erschien er schon wie ein Parteiführer. Da die Ostpreußen von allen Deutschen am besten verstehen sich ihre Juden zu erziehen, so war auch Jacoby weit mehr Ostpreuße als Jude. Nur die vordringliche Dreistigkeit erinnerte an die orientalische Abstammung; den Grundzug seines Charakters bildete jener starre altpreußische Rechts- und Freiheitstrotz, der schon so viel Ruhm und so viel Elend, den Befreiungskrieg so gut wie den Eidechsenbund und die polnische Herrschaft über das alte Ordensland gebracht hatte. Was er für Recht hielt, dabei blieb er, unerschrocken und unbelehrbar; wer anders dachte war dem Fanatiker kaum mehr denn ein Tor oder ein Schurke. Auch den starken Provinzialstolz teilte er mit seinen Landsleuten; sprach er von der Stadt, „wo einst Kant die Welt erleuchtete," dann klang durch seine allezeit ernsthafte Rede ein Ton hohenpriesterlicher Salbung. Von politischem Talente besaß er freilich gar nichts. Wie einst Bailly, Condorcet und so viele andere in das Staatsleben verschlagene radikale Naturforscher lebte er der Meinung, daß man in der Politik jener Sachkenntnis, welche die exakten Wissenschaften verlangen, nicht bedürfe, sondern mit einigen abstrakten naturrechtlichen Sätzen und etwas kecker Dialektik wohl auskomme. Darum konnte er sich nur in einer Zeit der Erwartungen, der Wünsche, der Programme einen Eintagsruhm erringen. Sobald die Tage des Bauens und Gestaltens kamen, da ward seine politische Unfruchtbarkeit offenbar, und die unaufhaltsame Logik seines harten Verstandes, der die Ehrfurcht vor der historischen Welt niemals lernte, trieb ihn dann von einer doktrinären Folgerung zur anderen, bis er endlich in einen bodenlosen, Vaterland und Gesittung zugleich zerstörenden Radikalismus versank. Unverkennbar stand ihm bei seinem Büchlein die Schrift von Sieyes Qu'est-ce que le tiers état? vor Augen. Gleich dem Franzosen verstand er die Stimmungen des Augenblicks sicher zu treffen, gleich ihm schritt er hochmütig über die historische Welt hinweg, und der Gedanke eine Revolution zu entfesseln hatte auch für ihn keine Schrecken.

Der König nannte die Vier Fragen sofort eine revolutionäre Schrift.

Ihm entging nicht, wie nahe sich ihre Gedanken mit Schöns Woher und Wohin? berührten, und da er den alten Freund noch immer zartfühlend schonen wollte, so schrieb er ihm vertraulich: der Verfasser solle unverfolgt bleiben, falls Schön ihn dem Monarchen nenne und seine Straflosigkeit verlange. Doch mittlerweile hatte Jacoby im Bewußtsein seiner Unfehlbarkeit selbst die Flugschrift an den König gesendet, sich als Verfasser bekannt und sein Büchlein geradezu unter den Schutz der Krone gestellt. Dies nahm Friedrich Wilhelm für eine absichtliche Beleidigung, weil die scharfen Vorwürfe, persönlich überreicht, ihm noch schärfer klangen. Um sich nicht zu übereilen berief er einige „Doktoren der Rechte" zu sich — ein Titel, dem er hohen Wert beilegte — und erst als diese sich für die Einleitung eines Strafverfahrens aussprachen, gab er Schön zu wissen, er habe „Jacobys Herausforderung angenommen". Nunmehr blieben alle Fürbitten des liberalen Oberpräsidenten vergeblich. Die Untersuchung nahm ihren Anfang, der Bundestag verbot, auf Preußens Antrag, den Vertrieb der Schrift, die gleichwohl in aller Händen war; der Königsberger aber gewann, ohne alle Opfer und Leiden, die Stellung des politischen Märtyrers, welche solchen Rechtsfanatikern besonders zusagt und ihre Macht verstärkt.

Sehr tief wurmte den König, daß die Königsberger Judenschaft ihren beherzten Wortführer auf den Schild hob. „Getaufte Juden", schrieb er an Schön, „zähle ich nicht zu meinen Ostpreußen. Das ist ein wahrer Trost für mich. Machen Sie nur, daß unbeschnittene Männer von alter Treue und die ein Herz zu mir haben, die Schmach gut machen, welche die Beschnittenen Ostpreußen angetan."*) In solchem Tone bekundete er fortan immer seinen Judenhaß; seine heftigen, der Würde des Königtums wenig geziemenden Äußerungen wurden von der mächtig angewachsenen Schar der israelitischen Zeitungsschreiber emsig umhergetragen und erweckten in der gesamten Judenschaft eine unauslöschliche Rachgier, welche den Ruf seiner Regierung noch schwer schädigen sollte.

Jacobys Schrift wurde an alle Provinziallandtage versendet, sie fand aber dort vorerst nur wenig Anklang; denn die Stände traten überall in gehobener Stimmung zusammen. Durch die herzliche Sprache und die reichen Gewährungen seines Propositionsdekrets gewann der König das allgemeine Vertrauen für kurze Zeit wieder. Um seinen getreuen Provinzialständen zu beweisen, wie ernstlich er sie ehre, welchen Wert er auf das Ersprießliche ihrer Wirksamkeit lege, gestattete er ihnen ihre Protokolle zu veröffentlichen und verhieß sie fortan regelmäßig aller zwei Jahre zu berufen. Für die Zwischenzeit sollten aus allen Landtagen Ausschüsse gewählt werden, damit der Monarch sich „ihres Rates bedienen und ihre Mitwirkung in wichtigen Landesangelegenheiten stattfinden lassen"

*) König Friedrich Wilhelm an Schön, 23. 28. Febr., an Thile, 28. Febr. 1841.

könne; auch behielt er sich vor, diese Ausschüsse je nach Umständen zu gemeinsamer Beratung zu vereinigen. Dergestalt begann die von Friedrich Wilhelm so lang geplante organische Entwicklung der ständischen Institutionen. Er ahnte nicht, wie weit sie führen mußte. Die erweiterte Öffentlichkeit, die er den Landtagen gewährte, hatte er freilich sehr eng umgrenzt; denn er kannte alle Übelstände des konstitutionellen Systems nur zu genau, er fürchtete die Eitelkeit der parlamentarischen Redner und wußte auch, wie selten die Zeitungen ein treues Bild von den Landtagsverhandlungen geben; darum verbot er die Namen der Redner zu erwähnen. Doch wie leicht ließ sich dies ängstliche Verbot umgehen. Die klugen Rheinländer wußten ihre Protokolle alsbald so einzurichten, daß jedermann auf die Hauptredner mit Fingern weisen konnte. Mit dem Geheimnis der Verhandlungen brach aber ein Grundpfeiler des alten Ständewesens zusammen. Landtage, die sich dem Urteil der öffentlichen Meinung preisgaben, konnten sich auf die Dauer nicht mit unmaßgeblichen Ratschlägen begnügen, sie mußten fordern, daß ihnen irgend ein Recht der Beschließung gewährt würde und die Räte der Krone ihnen persönlich Rede stünden. Mehrere Minister sagten dies dem Monarchen sogleich voraus; er hörte sie nicht.

Noch unklarer blieb, was die Vereinigten Ausschüsse und ihre verheißene „Mitwirkung" bedeuten sollten. Die Gesandten der kleinen Höfe sahen in ihrer Herzensangst schon das Schreckbild einer parlamentarischen Regierung emporsteigen.*) Aber auch mancher ruhige Mann zog den bündigen Schluß: die Vereinigten Ausschüsse sollen aus den Provinzialständen gewählt werden, sie sind mithin nichts anders als die in der Verordnung vom 22. Mai 1815 verheißene Repräsentation des Volks und können sobald sie in Berlin zusammentreten, alle Rechte einer solchen verlangen. Der König hingegen betrachtete die Ausschüsse, deren Berufung ihm Rochow zuerst vorgeschlagen hatte, lediglich als ein Mittel um seine Preußen nach und nach für einen künftigen Vereinigten Landtag zu erziehen. Seinem Schön erklärte er: „In den Ausschüssen hab' ich mir Elemente geschaffen, durch welche ich in den landtaglosen Jahren die wichtigsten Gesetze für die nächsten Landtage vorbereiten und Dinge allgemeinen Interesses von den vorigen Landtagen her ausgleichen kann; † mit einem Worte, die Möglichkeit, schon jetzt und sobald sich das Bedürfnis zeigt, alle Vorteile der Generalstände zu genießen, ohne die Erschütterungen, welche ihre plötzliche Einführung mit sich führt, befürchten zu müssen; und kommen die Fälle, die in des seligen Königs Gesetzen vorgesehen sind, wo ein Allgemeiner Landtag unumgänglich ist, so ist der Ideen-Austausch und das Beraten mit Männern aus allen Ländern nichts Ungewohntes mehr. † Kurz, ich habe einen Bau begonnen, der ohne

*) Bergers Bericht, 29. April 1841.

die sündlichen Possen, die tiefe Unwahrheit und das häßliche Theaterspiel moderner Konstitutionen und Grundgesetz-Wische in die Region wahrer Freiheit hinaufreichen kann . . Heute, ich sage es getrost, können nur Jakobiner, Perücken oder Esel über meine ehrliche Liebe zur Freiheit in Zweifel sein . . . Den Ständen allen im Lande und denen von Preußen an der Spitze aller, wird die Wahl zwischen Israel und mir nicht schwer fallen . . . Den Reuigen, auch den Beschnittenen, werde ich mit Freuden die begnadigende Hand reichen."*) Die Stelle seines Briefes, welche er zwischen Kreuzen eingeschlossen hatte, befahl der König streng geheim zu halten. Er erwartete also, seine Untertanen würden ohne nur zu fragen sich unbedingt der Leitung seiner überlegenen Weisheit überlassen; und doch lagen seine Absichten in so rätselhaftem Dunkel, daß selbst Schön, der Empfänger des Briefes, sie gänzlich mißverstand und dem Monarchen hoffnungsvoll erwiderte: mit der Einberufung der Ausschüsse sei das Verfassungsversprechen vom Mai 1815 erfüllt.

Im Volke konnte man noch weniger begreifen, wo hinaus diese geheimnisvolle Staatskunst wollte. Aber die alte Treue stand noch unerschütterlich fest; man scheute sich der Krone vorzugreifen, und dem Könige ward die Freude, daß keiner seiner Provinziallandtage den Lockungen Israels Folge leistete. Mit gerührten Worten dankten sie ihm alle für seine Gewährungen. Die preußischen Stände wiesen eine in Jacobys Sinne gehaltene Petition von dreihundert Königsbergern kurzerhand ab, weil der König selbst schon im Begriffe stehe die ständische Verfassung weiter auszubauen. In ähnlicher Weise ward eine Petition preußischer Grundbesitzer abgefertigt, die den Landtag aufforderte seine Bitten vom vorigen September zu erneuern. Sie sprach schon sehr bitter von getrübten Hoffnungen; zum Schluß erinnerte sie scharf mahnend an die Verse: „nicht Roß, nicht Reisige schützen die steile Höh' wo Fürsten stehn," und seitdem ward es in den Kreisen der aufgeregten Opposition üblich, diese Worte des Königsliedes wie eine Drohung gegen das königliche Haus zu richten.**) Auch der schlesische Landtag ließ sich durch eine liberale, mit Zeitungsschlagwörtern reichlich ausgeschmückte Petition der Breslauer Stadtbehörden nicht hinreißen, sondern beschloß mit allen gegen acht Stimmen, es lediglich der Weisheit des Königs anheimzustellen, ob, wann und auf welche Art die Reichsstände zu berufen seien. An der Verhandlung im Plenum beteiligten sich nur Vertreter der Städte, und sogar unter ihnen gestanden mehrere aufrichtig, der Wunsch nach Reichsständen sei noch keineswegs allgemein.

Noch war der König in der Lage, den Verfassungsbau ganz nach

*) König Friedrich Wilhelm an Schön, 9. März 1841.

**) Protokoll des preußischen Landtags vom 25. März; Bericht des Deputierten v. Below an den König, 25. März 1841.

seinem Ermessen zu vollenden, wenn er nur rasch handelte und auf dem Boden des Rechts blieb. Aber die Stunde drängte. Selbst die Verhandlungen dieser so überaus bescheidenen Stände zeigten, daß eine neue Zeit gekommen war, deren Ansprüche beständig wuchsen. Zum ersten Male seit langen Jahren bewies das Volk den Landtagen wieder lebhafte Teilnahme, eine unerhörte Menge von Petitionen ward ihnen zugesandt; und wie sorgsam man sich auch hütete die Gefühle des Königs zu verletzen, die beengenden Schranken der Geschäftsordnung ließen sich doch nicht einhalten, immer wieder sprachen die Redner über allgemeine Landesangelegenheiten.

Im Auslande erweckten schon die ersten leisen Regungen des neuen preußischen Parteilebens tiefen Argwohn; man wußte dort von altersher, obwohl man es ungern aussprach, daß das deutsche Volk gleich dem edlen Rosse seine Stärke nicht kannte. Schwer geängstigt hielt Metternich dem Grafen Maltzan vor: durch die Reden des Posenschen Landtags würden Österreichs Tschechen und Polen aufgestachelt, während zugleich der gesamte deutsche Liberalismus hoffend auf Preußen blicke; er wußte aus aufgefangenen Briefen, daß Rauschenplatt und andere Flüchtlinge den süddeutschen Genossen vorläufig Ruhe empfahlen, weil der Erfolg in Berlin zuletzt nicht fehlen könne.*) Auch der französische Hof hielt den Sieg des konstitutionellen Systems, bei dem liberalen Geiste des preußischen Beamtentums, für unvermeidlich.**) Nun gar der Zar wähnte seinen Schwager schon ganz in den Klauen der Revolution; er empfing außer den verständigen Berichten seines Berliner Gesandten Meyendorff auch Meldungen von subalternen Agenten seiner geheimen Polizei, die dem Selbstherrscher gern nach dem Munde redeten, und sprach seine Besorgnisse für Preußen laut vor dem Hofe aus. Ruhiger ward er erst, als der Prinz von Preußen zur Hochzeit des Großfürsten-Thronfolgers nach Petersburg kam und ihm die Preußischen Zustände nicht ohne Bedenken, aber ohne Furcht schilderte.***)

In der Tat bewiesen die Landtage wie in der Verfassungsfrage so auch in den Finanzsachen dem Könige ein wahrhaft kindliches Vertrauen. Friedrich Wilhelm verlangte ihren Rat wegen eines Steuererlasses von etwa $1^1/_2$ Mill. Tlr., den er seinem Volke zu gewähren dachte, falls die Kriegsgefahr vorüberginge, und befahl darum, eine Übersicht der außerordentlichen Ausgaben der jüngsten Zeit für die Stände zusammenzustellen. Die Minister Alvensleben und Rother unterzogen sich, mit Beihilfe des Geh. Rats Voß, dieser Aufgabe und berechneten (11. Febr.) den außerordentlichen Aufwand der elf Jahre 1830—40 im ganzen auf 63222527 Taler.

*) Maltzans Berichte, 6. April 1841 ff.

**) Berichte des Ministerresidenten Rumpf an den Hamburger Senat, Paris, April 1841.

***) Liebermanns Berichte, 23. März, 11. Mai 1841.

Ausführliche Mitteilungen an die Landtage schienen ihnen gefährlich, weil man im In- und Auslande den Zustand der Finanzen, auf denen die Kraft Preußens doch vornehmlich beruhe, für günstiger halte als er sei; und wie leicht könnten genaue Angaben über die Mobilmachungen oder die Chausseebauten den Argwohn des Auslandes, die Eifersucht der Provinzen erregen.*) Offenbar erschreckt durch diese Warnungen des alten Beamtentums ließ der König noch im letzten Augenblicke reichlich 2 Mill. von der Rechnung absetzen, so daß die Propositionsdekrete vom 23 Febr. nur 61 208 590 Tlr. als außerordentlichen Aufwand angaben.

Also erfuhren die getreuen Stände zum ersten Male von Amts wegen, was die Einsichtigeren freilich längst geahnt hatten: daß in Preußen schon seit langen Jahren neben dem veröffentlichten ordentlichen noch ein geheimes außerordentliches Budget bestand, und dies wurde ihnen auch jetzt nicht einmal in seiner Gesamtsumme vollständig mitgeteilt. Diesem Unwesen der doppelten Budgets hatte das Finanzministerium, zu Kühnes Verzweiflung, schon längst seine ganze Rechnungsweise angepaßt. Man berechnete die wahrscheinlichen Einnahmen nicht nach dreijährigem Durchschnitte, sondern betrachtete die Mehreinnahmen größtenteils als Ergebnisse vorübergehender günstiger Umstände, so daß, dank dem beständigen Wachstum des Volkswohlstandes, regelmäßig bedeutende Überschüsse, im Jahre 1840 wieder 6,8 Mill. Tlr., für außerordentliche Ausgaben verwendet werden konnten.**) Der soeben veröffentlichte Etat für 1841 schloß in Einnahme und Ausgabe wieder säuberlich mit 55 867 000 Tlr. ab, und unmöglich konnte man noch an die Richtigkeit dieser Zahlen glauben. Gleichwohl ergingen sich die Landtage allesamt nur in Danksagungen für den verheißenen Steuererlaß; niemand schien mehr zu wissen, daß der alte König die Bekanntmachung der Etats einst ausdrücklich deshalb angeordnet hatte, damit jedermann sich von der Notwendigkeit der Abgabenlast selbst überzeugen könnte.***)

Durch Freimut und Selbstgefühl übertrafen die Preußen und die Rheinländer alle anderen Provinzialstände; jene dachten mit Stolz an ihren Kant, diese an die Ideen von 89, die einen wie die anderen ließen sich's wohlgefallen, daß ihre beiden Provinzen von der süddeutschen Presse als die Bannerträger der Zivilisation im preußischen Staate gefeiert wurden. Aber selbst diese beiden Landtage wagten die Aufhebung der Zensur nicht förmlich zu verlangen, weil die Krone selbst schon einige Erleichterungen in Aussicht gestellt hatte. Die Preußen kleideten ihre Beschwerde über die harte Behandlung der Presse in so ehrfurchtsvolle Formen, daß der König sie durch Schöns Schwager Brünneck ausdrücklich beloben ließ.

*) Übersicht über die außerordentlichen Ausgaben der Jahre 1830—40. Von Rother, Alvensleben, Voß, 11. Febr. 1841. S. o. IV. 189. 544.

**) Geh. Rat v. Patow, Denkschrift über den Steuererlaß, 4. April 1842.

***) S. o III. 84.

In Düsseldorf beantragte Dr. Monheim, der Abgeordnete von Aachen, der Landtag möge von der Krone verlangen, daß sie den Erzbischof Droste entweder wieder einsetze oder vor Gericht stelle; der Antrag wurde jedoch nach lebhafter Verhandlung mit Zweidrittel-Mehrheit verworfen, wie vorher schon ein ähnlicher Antrag im westfälischen Landtage. Die Stände beruhigten sich vorderhand, weil ihnen der König bei der Eröffnung so herzlich versichert hatte: er umfasse alle Untertanen beider Bekenntnisse mit gleicher Liebe und hoffe den gestörten Einklang der Gemüter wiederherzustellen. Nur die Städte Aachen und Koblenz bekundeten durch feierlichen Empfang ihrer klerikalen Abgeordneten, wie tief die Provinz den kirchenpolitischen Kampf empfand. Über die zugestandene beschränkte Öffentlichkeit urteilten die Provinzen sehr verschieden. Während die allezeit konservativen Brandenburger und Pommern sogar die Gewährungen des Königs bedenklich fanden und sich gradezu weigerten ihre Protokolle herauszugeben, baten die meisten anderen Landtage um erweiterte Öffentlichkeit; eine Petition von tausend Einwohnern Kölns verlangte schon, daß der Zutritt zu den Ständesälen jedermann freistehen müsse. Noch etwas ungeduldiger trat das Selbstgefühl der Mittelklassen heraus: fast sämtliche Landtage wünschten, daß die so unbillig schwache Vertretung der Städter und der Bauern endlich verstärkt würde, und verlangten auch die Wiederherstellung des Handelsministeriums, damit die Interessen der aufstrebenden Großindustrie zu ihrem Rechte kämen.

In hoffnungsvoller Stimmung kehrten die Stände nach vollbrachter Arbeit heim. Wie peinlich aber wurden sie an den Unterschied von Sonst und Jetzt erinnert, als im Spätsommer und Herbst die Landtagsabschiede erschienen. Der alte König hatte seine getreuen Stände immer schlicht und trocken beschieden, ihre Wünsche indes, soweit es möglich schien, erfüllt; der neue Herr antwortete ihnen in gnädigen, gefühlvollen Worten, doch fast alle ihre bescheidenen Bitten schlug er rundweg ab, und auch jetzt noch sagte er ihnen nicht deutlich, was er eigentlich mit seinen ständischen Ausschüssen bezwecke. Nur das eine erfuhren sie, daß er nicht beabsichtigte die Befugnisse der Provinziallandtage an die Ausschüsse zu übertragen. Niemand ahnte, welchen Zielen die angekündigte organische Entwicklung der ständischen Institutionen zuführen solle. Da begannen die kaum wieder erwachten Hoffnungen abermals zu schwinden, und auch mancher treu ergebene Mann ward besorgt: so mit verbundenen Augen konnte ein denkendes Volk seinem Herrscher nicht folgen. —

Trotz und Anmaßung zeigte unter allen Landtagen allein der Posener; hier trug die widerspruchsvolle Schwäche des neuen Regiments schon arge Früchte. Der Landtag wurde am 28. Febr. noch durch Flottwell als königlichen Kommissar eröffnet; noch einmal mußte der polnische Adel dem verhaßten stolzen Deutschen in die flammenden Augen blicken. Auch in seinen Propositionsdekreten schien der König anzudeuten, daß er an dem

bisherigen Systeme festhalte. Er gab den Ständen zu wissen, daß er die zahlreichen Beschwerden aus der Provinz ernstlich geprüft habe; die Verwaltung sei aber streng nach den Gesetzen verfahren, und ihre wesentlichen Grundsätze denke er nicht aufzugeben. Darauf hielt er den Polen vor: sie selber trügen die Hauptschuld an den Mißständen, da sie absichtlich dem Staatsdienste wie dem höheren Lehramte fern blieben; und sei es denn nicht wider ihre eigene Ehre, wenn sie dem preußischen Beamtentum zumuteten, an polnische Kandidaten geringere Anforderungen zu stellen? Zum Schluß sprach er die Hoffnung aus, daß der Landtag sich weitgehender Anträge enthalten würde. Doch wie sollten die Polen diese Warnungen beherzigen, da sie alle wußten, daß der gefürchtete Oberpräsident schon zu Neujahr nach Magdeburg versetzt war und nur noch die Geschäfte des gegenwärtigen Landtags abwickeln sollte?

Die alte Festigkeit der deutschen Herrschaft war dahin: das lehrte außer so manchen weichmütigen vertraulichen Äußerungen des Königs vornehmlich seine Kabinettsordre vom 15. Jan. über die Gerichtssprache. Seit 1817 bestand in Posen die Vorschrift, daß alle Zivilprozesse in der Sprache des Klägers, falls er aber beider Sprachen gleich mächtig sei, in deutscher Sprache verhandelt werden sollten — sicherlich eine sehr milde Bestimmung in einem wesentlich deutschen Staate, der nur mit Mühe polnisch redende Richter auftreiben konnte und für die polnischen Parteien stets eine Übersetzung der deutschen Akten anfertigen ließ. Der sarmatische Adel indessen betrieb die Verhöhnung der preußischen Gesetze längst wie einen standesgemäßen Sport. So hatte auch der als gewandter deutscher Redner wohlbekannte Oberst Niegolewski sich das Vergnügen gestattet seinem Landgerichte polnisch zu schreiben und darum, da die Richter keinen Scherz verstanden, einen Prozeß sowie eine Vormundschaft verloren. Dies selbstverschuldete Mißgeschick seines Standesgenossen hatte Graf Raczynski dem Könige sehr rührsam geschildert, und daraufhin wurde durch jene Kabinettsordre befohlen, daß alle Zivilprozesse ohne Unterschied in der Sprache des Klägers zu verhandeln seien. Dem polnischen Edelmanne stand es also fortan frei, den königlichen Richtern ihre Amtssprache vorzuschreiben. Zugleich wurden die Belohnungen für die polnisch lernenden deutschen Beamten abermals erhöht, alle Landräte und Bezirkskommissäre der Provinz, auch die der deutschen Kreise, angehalten, ihren Verfügungen polnische Übersetzungen beizulegen.

Seitdem jubelten die Polen, die Politik des Germanisierens sei zu Ende, und mit dreister Zuversicht begannen sie auf dem Landtage den Ansturm wider das Deutschtum. Gleich als der Landtagsmarschall Poninski die Sitzungen mit schwungvollen Worten einleitete, wurde der gesetzwidrige Antrag gestellt, diese Eröffnungsreden sollten künftighin in beiden Sprachen gehalten werden. Nun folgten die alten Beschwerden über die Begünstigung der deutschen Sprache. Glaubte man diesen Rednern, so war die Unwissen-

heit und Faulheit der Polen ein Rechtstitel, kraft dessen ihrer Sprache die Herrschaft gebührte, denn unter den Deutschen verstehe der dritte oder vierte Mann, unter den Juden fast jeder auch polnisch, während von je sechs Polen nur einer deutsch rede. Daß diese zweisprachige Provinz einem Staate von elf Millionen Deutschen angehörte, kam gar nicht in Betracht. Vor acht Jahren schon hatte der alte König eine Summe von 16 000 Talern für die Errichtung eines Posenschen Konvikts an der Landesuniversität Breslau bewilligt, Erzbischof Dunin aber dies bereits angenommene Geschenk wieder zurückgewiesen und trotzig verlangt, seine Theologen, die mit seltenen Ausnahmen aller gesellschaftlichen und gelehrten Bildung entbehrten, müßten in Rom, München, Wien oder Prag studieren. Der Besuch deutscher Hochschulen ward grundsätzlich verworfen. Die von dem neuen Könige berufenen Professoren der slawischen Sprachen in Berlin und Breslau fanden kaum Zuhörer, selbst um die soeben vermehrten Stipendien für polnische Studenten bewarben sich nur wenige. Angesichts solcher Tatsachen forderten die Landstände eine theologisch-philosophische Fakultät für die Stadt Posen, ferner für die Provinz mehrere Gymnasien mit vorherrschend polnischem Unterrichte, endlich polnische Schulsprache in den Elementarschulen aller der Ortschaften, wo die polnische Bevölkerung überwöge; zugleich rügten sie, daß die deutsche Regierung zufrieden sei, wenn die deutschen Schüler ein leichtes polnisches Buch geläufig übersetzen könnten.

Der Landtag scheute sich nicht, das so frech mißbrauchte Recht der Erwählung der Landräte als einen Schutz für das Großherzogtum zurückzufordern, damit die Provinz sich durch ihre eigenen Beamten gegen die deutsche Krone verteidigen könnte. Er verlangte Aufhebung der Distrikts-Kommissäre, deren Verdienste um die bürgerliche Ordnung er doch selbst anerkennen mußte; er erklärte, das Aufkaufen überschuldeter polnischer Güter durch die Regierung hätte die Herzen der Polen mit Wehmut erfüllt, und bat die Krone, sie möchte den Warschauischen Offizieren, welche an dem letzten Aufstande teilgenommen, ihre Pensionen wieder auszahlen. Allen diesen Anträgen der Ritterschaft schlossen sich die Vertreter der deutschen Städte und Dörfer „aus Rücksichten der Billigkeit" an; so kräftig verstand der polnische Adel alle Künste der Einschüchterung anzuwenden, und so wirksam unterstützten ihn die deutschen liberalen Zeitungen, die noch immer ohne Sinn für die nationalen Machtkämpfe der Ostmark, jede Opposition, auch die der Feinde Deutschlands grundsätzlich verherrlichten. Worauf die Polen ausgingen, das verriet sich deutlich als der Oberbürgermeister Naumann von Posen, auf Andringen seiner Bürgerschaft, die Berufung der preußischen Reichsstände befürwortete; da klang es lärmend von allen Seiten: als Polen stimmen wir dagegen. Die Frage wegen des Steuererlasses beantworteten die Polen mit der Bitte: der König möge lieber jeder Provinz eine Summe jährlich zu freier Ver-

wendung zuweisen. So in allem und jedem dachten sie für sich zu bleiben.

Dies Übermaß des Undanks fand selbst der langmütige Friedrich Wilhelm unerträglich. Erzürnt schrieb er seinen Ministern: der Landtag habe Mißbrauch getrieben mit dem Worte: polnische Nationalität, und solle daher nachdrücklich darüber belehrt werden, daß die Krone dieser Provinz keine politische Absonderung gestatten könne.*) Demgemäß sagte der Landtagsabschied sehr ernst: das Großherzogtum sei eine Provinz wie alle andern, einverleibt der Monarchie, zu deren deutschem Kerne die Polen ganz ebenso stünden wie die Litauer oder die Wallonen; der nationale Gegensatz finde seinen Vereinigungspunkt in dem Namen Preußen. Die meisten Bitten des Landtags wurden abgeschlagen; die Kreisstände sollten das Recht der Landratswahl, die alten Offiziere ihre Pensionen erst wieder erhalten, wenn sie sich der Gnade würdig zeigten.

Die deutsche liberale Presse wollte gar nicht begreifen, warum der freisinnige König die freisinnigen Polen so hart anließ. Am Petersburger Hofe dagegen, wo die Posener Wirren mit wachsender Sorge verfolgt wurden, atmete man befriedigt auf, der Zar zeigte dem preußischen Gesandten wieder eine lang vermißte Vertraulichkeit und Nesselrode dankte ihm herzlich für die würdige Abweisung des sarmatischen Übermutes.**) Die polnischen Edelleute klagten laut, in der Stille rieben sie sich zufrieden die Hände; denn der Landtagsabschied enthielt unter vielen Versagungen eine Gewährung und sie betraf grade die wichtigste aller nationalen Beschwerden. Der König versprach nämlich, daß die von der Regierung aufgekauften überschuldeten Landgüter fürderhin auch an Polen veräußert werden sollten. Bisher hatte der Staat fast allein solche Güter angekauft, deren adlige Herren durch hochverräterische Umtriebe herabgekommen waren. Wenn er diese Besitzungen seiner geschworenen Feinde gegen reichliche Zahlung an sich brachte und sie dann zuverlässigen Deutschen anvertraute, so arbeitete er nicht nur mit den mildesten Mitteln an dem großen Werke deutscher Kolonisation, das hier seit sechs Jahrhunderten im Gange war, er erwies auch den Polen selbst eine Wohltat, allerdings nicht dem Adel, wohl aber den kleinen Leuten; denn auf allen diesen verwahrlosten Gütern saßen dienstpflichtige Hintersassen, und bei jedem Verkaufe ließ Flottwell die bäuerlichen Lasten ablösen oder in billiger Weise neu ordnen. Das Verfahren des deutschen Beamtentums war so unanfechtbar, daß selbst General Thile, der den polnischen Neigungen seines königlichen Gönners so weit als möglich nachgab, nichts dawider einzuwenden wußte. Friedrich Wilhelm aber meinte, die Verwaltung hätte sich dieser friedlichen Germanisierungspolitik zu schämen, weil er den Märchen Glauben schenkte, die

*) Kabinettsordre an das Staatsministerium, 12. Juni 1841.

**) Liebermanns Berichte, 24. Aug., 28. Dez. 1841.

im Palaste Radziwill umhergetragen wurden, und beteuerte kleinlaut, schon bisher seien diese Güter auch an polnische Erwerber verkauft worden, was aber nur in ganz seltenen Ausnahmefällen geschehen war;*) fortan, so verhieß er, würde jeder Unterschied zwischen den beiden Nationen hinwegfallen. Wie sollte solche Nachgiebigkeit auf die Adelskreise wirken, deren Damen bei der Verhaftung Dunins Trauerkleider angelegt hatten um sie beim Tode des alten Königs schleunigst wieder auszuziehen!

Mittlerweile verließ Flottwell das Großherzogtum und übersandte dem Monarchen (15. März) noch eine Denkschrift über seine zehnjährige Verwaltung, ein herrliches Zeugnis für den Freimut, die Einsicht, die Tatkraft des alten Beamtentums. Ganz unumwunden sprach er hier aus, um der menschlichen Gesittung willen hätte er die deutsche Bildung befördert, die dem preußischen Staatsleben widerstrebenden polnischen Gewohnheiten zu bekämpfen gesucht; dann schilderte er mit gerechtem Selbstgefühle, was alles in dieser schönsten Zeit der Posener Landesgeschichte geleistet worden. Wie nachdrücklich hatte vor wenigen Jahren der alte König seine getreuen Beamten belobt, als Flottwell ihm nachgewiesen, die scheinbare Zunahme der Vergehen in der Provinz sei nicht ein Zeichen wachsender Verwilderung, sondern ein Ergebnis des wachsamen Kampfes, welchen die neugebildeten dreißig Land- und Stadtgerichte mitsamt den neuen Distrikts-Kommissären wider die polnische Gesetzlosigkeit führten. So einfach vermochte der Sohn nicht zu handeln; seine Gutherzigkeit und seine Neigung für das Absonderliche verwickelten ihn stets in Widersprüche, welche den Verdacht der Falschheit hervorriefen. Er dankte dem scheidenden Oberpräsidenten aufs wärmste für den Bericht, wie für seine kräftige patriotische Verwaltung, und verlieh ihm einen hohen Orden.**) Die polnischen Edelleute murrten, denn Flottwells Denkschrift ward ihnen, vermutlich aus den befreundeten Hofkreisen, bald verraten und erschien allen wie das frechste Selbstbekenntnis deutscher Zwingherrschaft. Doch zur nämlichen Zeit erklärte Friedrich Wilhelm dem neuen Oberpräsidenten Grafen Arnim-Boitzenburg seine bestimmte Absicht dies soeben belobte alte Verwaltungssystem aufzugeben.

Er wünschte womöglich alle Oberpräsidentenstellen der Monarchie mit vornehmen Grundherren zu besetzen, die nach der Weise englischer Lordleutnants den Adel der Landschaft in ihrem gastfreien Hause versammeln sollten. Da das durchaus in demokratischen Sitten aufgewachsene preußische Volk wohl dem königlichen Beamten, doch keineswegs dem Edelmanne Ehrerbietung zu zeigen pflegte, so mußte dieser Plan schon in anderen Provinzen auf manches Hemmnis stoßen. Um wie viel mehr in Posen, wo nur der Adel und der Klerus unzuverlässig, die Mehrzahl der kleinen

*) S. o. IV. 558.

**) Kabinettsordre an Flottwell, 11. Mai 1841.

Leute treu ergeben war. Arnim wurde für diese Stelle ausgewählt, weil er mehrere der angesehensten Edelleute der Provinz von der Universität her kannte und als Regierungspräsident in Aachen mit den aufgeregten Katholiken gut ausgekommen war; zu der liebenswürdigen Gräfin sagte der König, sie solle ihm die Herzen der Polen gewinnen. Der neue Oberpräsident zeigte sich als trefflicher Geschäftsmann und hielt ein großes Haus; seine gemessene Ruhe behagte vielen mehr als das ungestüme Wesen Flottwells, der, wie er selbst gestand, gern mit jungen Pferden fuhr, seine raschen Entschlüsse am liebsten durch feurige junge Männer ausführen ließ.*) Das dem Monarchen überreichte Programm der neuen Verwaltung sagte behutsam: das Großherzogtum dürfe nur als Provinz behandelt, das Ziel der Germanisierung nie aus den Augen verloren werden, obwohl man die Polen schonen und allein edle Mittel anwenden wolle; denn das für Preußen wesentliche Deutschtum sei auch in Posen, wie Fürst Sulkowski selbst zugestehe, der Träger aller Kultur. Darum solle, unter Vermeidung jedes Zwanges, das Deutsche doch Staatssprache bleiben und in allen Schulen nach Bedarf als Haupt- oder Nebensprache gelehrt werden; der Kirche müsse man, unbekümmert um die öffentliche Meinung, nach dem Befehle des Königs ihr volles Recht gewähren, aber auch nicht mehr.**)

Selbst diese sanften Worte klangen dem Monarchen noch zu deutsch; er antwortete mit der Mahnung: „jeden Anschein einer versuchten Verdrängung oder Beeinträchtigung des polnischen Elements durch das deutsche zu vermeiden.“***) Mangelhaft unterrichtet, empfahl er seinem Oberpräsidenten das löbliche Beispiel der Franzosen im Elsaß, während in Wahrheit die Welschen gegen das Deutschtum weit schärfer vorgingen als die Deutschen gegen das Slawentum: längst waren in den elsasser Volksschulen durchweg französische Lehrbücher eingeführt; jetzt verlangte die Pariser Regierung auch französische Sprache für den Religionsunterricht, so daß außer den Protestanten, die allezeit tapfer für ihre lutherische Bibel stritten, auch der schmiegsame Bischof Räß von Straßburg erbittert wurde und der Krone erwiderte, sein Gewissen verbiete ihm die Religionsstunden anders als in der Muttersprache der Kinder erteilen zu lassen. Graf Arnim aber lernte bald durch schmerzliche Enttäuschungen, daß er das launische, nach Weiberart bald trotzende bald schmeichelnde Polentum minder richtig beurteilt hatte als sein in dieser Grenzerwelt aufgewachsener Vorgänger. Die polnischen Jugendfreunde, von denen er so viel Hilfe erwartet hatte, zeigten ihm wie allen königlichen Beamten nur glatte Höflichkeit, doch weder Vertrauen noch guten Willen. Der kluge und edle

*) Oberlandesgerichts-Präsident v. Frankenberg-Ludwigsdorf an Thile, 27. Aug. 1841.

**) Graf Arnim, Denkschrift über die Verwaltung Posens, 30. Juni 1841 dem Könige überreicht.

***) Kabinettsordre an Arnim, 21. Juli 1841.

Mann stand nicht an, dem Könige seinen Irrtum zu bekennen. Bereits nach zwei Monaten berichtete er (14. Aug.): die Scheidewand zwischen Deutschen und Polen scheine doch weit schroffer als er gedacht; „das Umlenken aus einer seit zehn Jahren verfolgten Bahn" biete große Schwierigkeiten, da man die erprobten Werke jenes Jahrzehnts nicht umstoßen wolle, und „Gott gebe, daß es nicht zu spät dazu ist." Hierzulande sei das Beamtentum alles, tüchtige Männer fehlten unter den Polen fast ganz, „die Aufrichtung des gesunkenen Volkes" lasse sich noch gar nicht absehen.*) Seitdem ward er wachsamer und begann nachzudenken über die Warnung des großen Friedrich: man darf den Polen keine Komplimente machen, das verdirbt sie nur. Aber noch bevor er sich in seinem schwierigen Amte ganz zurechtgefunden hatte, schon nach Jahresfrist, berief ihn der König auf einen Ministerposten.

Durch so jähe Wechselfälle gewannen die polnischen Edelleute die tröstliche Überzeugung, daß keine starke Hand mehr das Steuer führte. An den Zwangsverkäufen ihrer Güter beteiligte sich der Staat nicht mehr, und freiwillig veräußerten sie nur noch selten eine Scholle an einen Deutschen; das Sprichwort kam auf: große Verräter verkaufen ihr Vaterland im ganzen, kleine morgenweise. Von den Volksschulen fürchteten sie auch nicht mehr viel, weil der König, um die römische Kirche ganz zufrieden zu stellen, die Ämter der Schulinspektoren häufig an polnische Priester übertragen ließ. Selbst das höhere Schulwesen hofften sie dereinst noch dem Polentum zu unterwerfen: war doch soeben ein polnischer Geistlicher zum Rektor des Posener Marien-Gymnasiums ernannt worden; und die Regierung hatte bewilligt, daß dort künftighin bloß polnisch, nur in den zwei obersten Klassen auch deutsch unterrichtet würde. Der König ahnte nicht, wie schwer er dadurch die gesellschaftliche Stellung seiner polnischen Schützlinge selber schädigte; ohne gründliche Kenntnis der deutschen Sprache konnte in Preußen ja längst niemand mehr zu irgend einer höheren bürgerlichen Wirksamkeit gelangen. Selbst ein polnischer Jugendbildungsverein, dessen eigentlicher Zweck keinem Deutschen in der Provinz zweifelhaft blieb, wurde von der Regierung freundlich begünstigt. Nach alter Gewohnheit dankten die sarmatischen Edelleute der deutschen Schwäche durch Untreue und Verschwörungen. Daß diese Regierung mit Hochverrätern streng umgehen würde, stand ja doch nicht zu befürchten: dem Landtagsabschied zuwider erhielten die warschauischen Offiziere allesamt bald nachher ihre verwirkten Pensionen wieder ausbezahlt.

Zwar bestand, namentlich unter den reichen und bejahrten Grundherren, eine kleine gemäßigte Partei, die auf das friedliche Erstarken des polnischen Volkstums hoffte. „Werden wir besser, gebildeter, reicher als die Deutschen", so sagte Graf Eduard Raczynski, „dann sind wir die Herren

*) Arnim, Bericht an den König, 14. Aug. 1841.

in Posen." Und Eugen von Breza hatte den Mut, in einer Flugschrift über Posener Zustände auszusprechen: der beste Pole seit Kasimir dem Großen sei der Bauernbefreier Friedrich Wilhelm III. gewesen. Aber solche vereinzelte Stimmen wurden durch den Terrorismus der Revolutionäre rasch niedergedonnert; gegen Breza schrieb Aug. Hatzfeld eine höhnische Erwiderung, die unzweifelhaft die Meinung der polnischen Mehrheit wiedergab. Die „Zentralisation" der polnischen Propaganda in Paris und Versailles unterhielt seit Jahren, durch Palmerston beschützt, mit den Posener Landsleuten einen geheimen Verkehr, den die englische Gesandtschaft in Berlin vermittelte*); und trotz der Beschwerden des preußischen Hofes hörte diese Verräterei der britischen Freunde selbst als die Torys zur Regierung gelangten nicht gänzlich auf. Auch unmittelbar wurden, mit Umgehung der Post, regelmäßige Botschaften zwischen Paris und Posen ausgetauscht.**)

Gerade die Großpolen um Posen und Gnesen besaßen im höchsten Maße jenen tolldreisten, abenteuerlichen Sinn, welcher den Polen bei ihren östlichen Nachbarn den Namen der Hirnlosen verschafft hatte. Nach den Erfahrungen des Flottwellschen Regiments mußten sie auch wohl glauben, daß Gefahr im Verzuge sei, und das Deutschtum im polnischen Rom dereinst noch siegen könnte. Als Menschen, so sagten sie oft, befinden wir uns besser, als Polen schlechter denn unsere Brüder in Galizien und Warschau. Seit dem Jahre 1842 suchte die Zentralisation gradeswegs einen neuen Aufstand vorzubereiten; sie gründete in Versailles eine eigene Kriegsschule, Mieroslawski und Wysocki hielten militärische Vorträge, viele junge Polen besuchten französische Militärbildungsanstalten. Jedermann fühlte, daß ein Sturm in der Luft lag. Erzbischof Dunin, der kaum begnadigte, gebärdete sich wie der Herr des Landes; das geschmeidige Pfäfflein mit dem violetten Käppchen lächelte verständnisinnig, wenn ihm der Adel als dem Primas von Polen huldigte. Zum Dank für seine Befreiung ernannte er den Offizial Brodzizewski, den eigentlichen Anstifter des Kirchenstreites ***) zum Weihbischof von Gnesen und verlangte, daß alle Schulbücher der Provinz der erzbischöflichen Kurie zur Genehmigung eingereicht würden. Er wagte in seinen Rundschreiben an den Klerus die Regierung offen anzugreifen und beklagte sich vor dem Monarchen über „die unerhörte Arroganz" der königlichen Beamten in so frechem Tone, daß ihm Eichhorn einen scharfen Verweis senden mußte.†) Das persönliche Verhältnis zwischen Deutschen und Polen ward um so kälter, je leiser die Regierung auftrat; selbst Graf Raczynski,

*) Rochow an Graf Maltzan, 29. Dez. 1841.

**) Nagler an Minister Werther, 20. Mai 1841.

***) S. o. IV. 708.

†) Dunin, Eingabe an den König, 29. Jan.; Eichhorn an Dunin, 22. Febr., Bericht an den König, 24. Febr. 1841.

den seine Standesgenossen wegen seines guten Einvernehmens mit den Deutschen beargwöhnten, warnte nachdrücklich, diese beiden Nationen sollten wohl friedlich nebeneinander leben, doch niemals sich vermischen. Unter sich waren die Polen keineswegs einig. Neben den Geheimbünden des Adels bildete sich ein radikaler Verein unter den Gewerbtreibenden der Provinzialhauptstadt und einem Teile jener müßigen Händler und Schenkwirte, welche in den kleinen Städten den fehlenden Handwerkerstand vertraten; seine von Dr. Libelt herausgegebene Zeitschrift, das Jahr, stand den Lehren des Kommunismus nahe. Gegen die Deutschen aber hielten alle Parteien zusammen. Schon wurde die Losung ausgegeben, man dürfe nur bei Landsleuten kaufen, und in Posen ein Bazar auf Aktien gegründet, dessen Läden die Gesellschaft ausschließlich an Polen vermietete; auch für ein polnisches Theater ward gesammelt.

Infolge der beständigen Warnungen der russischen Gesandtschaft erhielten die Landräte den Befehl, auf die geheimen Umtriebe der Polen scharf aufzumerken. Da sich indessen die moskowitischen Berichte zum Teil als falsch oder übertrieben erwiesen, so ließ sich die deutsche Gutmütigkeit bald wieder einschläfern. Ein berüchtigter Agent der Propaganda Trzemski wurde, als man ihn nach Jahren endlich einfing, wieder losgegeben, weil er sich auf die Amnestie des neuen Königs berief*); und über den gefährlichsten aller Preußenfeinde des Landes, Titus Dzialynski urteilte das Auswärtige Amt unschuldig: dieser Graf sei viel zu vornehm zum Verschwörer.**) Harmloser noch als seine Beamten war der König selbst. Als er im Sommer 1842 auf der Durchreise Posen berührte, da ließ er sich, wie man sagte, durch die Bitten der Radziwills bewegen, dort einige Tage zu verweilen, und die Polen bereiteten ihm eine jener lärmenden Huldigungen, welche der slawischen Leichtlebigkeit gar nichts kosten. Entzückt schilderte er, wie man ihn über alle Erwartung gut empfangen und wie er beim Festmahle 205, meist adlige Magen habe füllen müssen.***) Nach dem kurzen Aufenthalte verlieh er zum Abschied noch 55 Orden an diese ungetreue Provinz, die er schon bei der Königsberger Huldigung mit Auszeichnungen überschüttet hatte; selbst Dunin wurde durch einen Orden geehrt. Dergestalt trieb man arglos dem großen Verrate der Polen entgegen. Ein genialer, seiner Macht sicherer Staatsmann darf wohl zuweilen abweichen von der alten Regel, daß die Staatsgewalt sich auf ihre Freunde, nicht auf ihre Feinde stützen soll. Eine schwache Regierung verrät nur ihre eigene Haltlosigkeit, wenn sie in kurzsichtiger Überschlauheit unbelehrbaren Gegnern zu schmeicheln versucht. So geschah es hier: die Polen wurden nicht gewonnen, die treuen Deutschen aber fühlten sich wie verraten und

*) Schreiben des Justizministeriums an Rochow, 16. Okt. 1840.

**) Weisung des Auswärtigen Amts an Arnim in Paris, 8. Juni 1841. Vgl. IV. 62.

***) König Friedrich Wilhelm an Thile, Posen, 25. Juni 1842.

verkauft, da sie den König die Politik Flottwells beloben und doch selbst den genau entgegengesetzten Weg einschlagen sahen. —

Inzwischen wurde das Ministerium nach und nach völlig neu gestaltet. Im März 1841 erhielt Boyen, trotz seiner siebzig Jahre, die Leitung der Kriegsverwaltung, zum Schrecken der alten mecklenburgisch-welfischen Partei, die er noch vor wenigen Jahren durch eine freimütige Schrift über Scharnhorst abermals gekränkt hatte. Der König ward nicht müde, den alten Herrn für die Unbill vergangener Jahre durch eine fast kindliche Verehrung und durch sinnig gewählte Auszeichnungen zu entschädigen. Er gab ihm sofort, nach dem Dienstalter, die erste Stelle im Ministerium, schmückte ihn am Grabe Gneisenaus zu Sommerschenburg, als dort das Denkmal des Helden enthüllt wurde, mit dem schwarzen Adlerorden, ernannte ihn zum Chef des ersten Infanterie-Regiments, in dem der General einst seine Soldatenlaufbahn begonnen hatte, ließ zum Jubelfeste seiner sechzigjährigen Dienstzeit eine schöne Denkmünze schlagen. Boyen aber täuschte sich nicht über die Bedeutung dieser Gnadenbeweise. Aufgewachsen in den Ideen Kants, klar, bestimmt, verständig in allem, auch in seiner innigen Frömmigkeit, fühlte er klug heraus, wie wenig er Friedrich Wilhelms romantischen Träumen zu folgen vermochte, und hielt sich der großen Politik in der Regel fern; nur zuweilen, wenn er einen verhängnisvollen Mißgriff befürchtete, warnte er den König mit seiner kräftigen ostpreußischen Treuherzigkeit. Auch in seinem eigenen Ministerium machte er bald die Erfahrung, daß er vor fünfundzwanzig Jahren, trotz der vielbeklagten Unentschlossenheit des alten Königs und trotz der Feindseligkeit der Maulwürfe, wie er seine Gegner nannte, doch weit rascher vorwärts gekommen war als jetzt. Gleich zu Anfang hatte er, wie der König sagte, „ein Stückchen Schwerenot" mit dem Chef des Militärkabinetts General Lindheim, und es gelang ihm den rechthaberischen Gegner zu verdrängen, indem er offen aussprach: ich habe das Amt nur angenommen „um dem König einen Beweis meiner treuen Anhänglichkeit zu geben; sobald ich aber sehe, daß meine Wirksamkeit gelähmt wird, so hat die Stelle keinen Wert für mich."*)

Freie Hand jedoch gewann er dadurch noch nicht, denn der König erschwerte ihm, wie allen übrigen Ministern das planvolle Arbeiten durch plötzliche Vorschläge und Entwürfe, die er dann oft ebenso plötzlich wieder aufgab. „Es liegen", sagte Thile, „im Geiste Sr. Maj. noch so viele Keime für die raschere Entwicklung unserer Staatsverhältnisse in mannigfacher Richtung." Selbst die Formen des Geschäftsganges standen nicht mehr

*) Boyen an Thile, 28. März; König Friedrich Wilhelm an Thile, 25. 29. März 1841.

fest. Friedrich Wilhelm ließ sich zwar, wie sein Vater, in der Regel von dem Kabinettsminister Vortrag halten, berief aber auch zuweilen kurzweg einen oder mehrere der andern Minister oder erschien unerwartet im Ministerrat; so überlastete er sich und fand schwer ein Ende.*) Um sich gegen die unberechenbaren Einfälle des Monarchen zu decken, versammelte Boyen häufiger als er vordem pflegte beratende Kommissionen, in deren schwerfälligen Verhandlungen mancher gute Plan stecken blieb. Dergestalt ward seine zweite Amtsführung, wenn auch nicht unfruchtbar, doch weit weniger erfolgreich als die erste. Er empfand oft schmerzlich die Last seiner Jahre, obgleich andere sich über seine jugendliche Frische verwunderten, und in seinen Augen noch immer jene verdeckte Glut brannte, die ihm einst den Namen des stillen Löwen verschafft hatte. Mehr als das Alter hemmte ihn die Unsicherheit seiner Stellung; alle Ratgeber Friedrich Wilhelms überkam bald das drückende Gefühl, daß man in einer unmöglichen Zeit lebte.

Auch im Justizministerium ward ein Personenwechsel unvermeidlich. Schon gleich nach seiner Thronbesteigung (29. Juni 1840) hatte der König eine dankenswerte Reform in der Rechtspflege herbeigeführt, indem er erklärte, es widerstrebe seinem Gefühl, die Todesurteile förmlich zu bestätigen. Die Krone verzichtete also auf jede unmittelbare Ausübung ihrer alten oberstrichterlichen Gewalt, sie begnügte sich fortan mit dem Rechte der Begnadigung; wenn sie von diesem Rechte keinen Gebrauch machen wollte, dann befahl sie einfach, der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen, so daß die Unabhängigkeit der Gerichte jetzt auch in der Form streng gewahrt wurde. Dieser ersten Reform sollten größere folgen, vornehmlich eine Neugestaltung des Strafverfahrens. Wie hätte Friedrich Wilhelm für solche Pläne den alten, ihm persönlich widerwärtigen Kamptz gebrauchen können, der mit allem seinem Fleiße das Werk der Gesetzrevision kaum von der Stelle gebracht hatte und, befangen in der toten Gelehrsamkeit seines geliebten Reichskammergerichts, Öffentlichkeit und Mündlichkeit als Reliquien aus den Kinderzeiten der Rechtspflege bemitleidete? Vor kurzem erst, bei seinem Jubiläum waren dem Demagogenverfolger mannigfache Auszeichnungen, sogar das Ehrenbürgerrecht der Hauptstadt zu teil geworden. Er hielt sich für unentbehrlich, ging im Sommer 1841 wohlgemut nach Gastein, dem Jungbrunnen der Greise, und wollte seinen Augen kaum trauen, als ihm General Thile dorthin schrieb: bei seiner „Lebens- und Geistesfülle" bedürfe der König jüngerer Diener. Kamptz sträubte sich noch heftiger denn vor drei Jahren, als man ihm die rheinische Justizverwaltung nahm**); flehentlich bat er den General, selbst zu beurteilen „ob ich jemals mit meinen Kräften zurückgeblieben bin", und beschwor

*) Thile, Bericht über die Vereinfachung des Geschäftsganges, 15. Febr. 1842.
**) S. o. IV. 551.

den König, ihm die Arbeiten der Gesetzrevision zu lassen, da ihm „Gott diese Kräfte ungeschwächt erhalten habe".*)

Alles vergeblich. Der König hatte die Stelle bereits seinem Freunde Savigny zugedacht und verlangte von diesem Vorschläge für eine zweckmäßige Einrichtung der Gesetzrevision. Die Denkschrift, welche Savigny darauf (im Januar 1842) dem Monarchen überreichte, enthielt in vornehmer, gemessener Form eine entschiedene Absage der neuen historischen Rechtslehre an die Wetzlarische Gelahrtheit des alten Jahrhunderts. Sie brach den Stab über Kamptz' gesamte Amtsführung und zeigte mit siegreicher Klarheit: grade das Landrecht, grade diese so ausführliche, so ins einzelne gehende Kodifikation habe den wissenschaftlichen Geist des trefflichen preußischen Richterstandes gelähmt; darum sei auch nicht, wie bisher immer, eine Umarbeitung des ganzen Landrechts zu erstreben, sondern zuvörderst eine Neugestaltung des Prozesses, damit die Richter in ihrer ganzen Tätigkeit freier gestellt, unabhängiger nach oben, entlastet von fremdartigen Amtsgeschäften, wieder mit der Wissenschaft in lebendige Wechselwirkung träten. Am materiellen Rechte wollte Savigny nur verändern, was durch die Erfahrung widerlegt sei und den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft widerspreche. Er forderte also, wie sein Lieblingsschüler Ludwig v. Gerlach sagte, statt toter Kodifikation lebendige Legislation; und bei dem freudigen Verständnis, das Friedrich Wilhelm den Ideen seines Lehrers immer gewidmet hatte, schien die Hoffnung wohlberechtigt, daß Preußens Gesetzgebung sich fortan auf der Höhe der Wissenschaft halten würde.

Als Savigny auf Grund jenes Programmes im März den Ministerposten erhielt, da meinten fast alle guten Köpfe an den Hochschulen wie an den Gerichten, eine glücklichere Wahl hätte der König nicht treffen können; denn durch sein Wirken im Staatsrate und neuerdings durch sein System des heutigen römischen Rechts war der größte Rechtsgelehrte des Jahrhunderts auch bei den Praktikern zu hohem Ansehen gelangt. Schon Stein hatte einst vorausgesagt, der würde einst ein würdiger Nachfolger des Großkanzlers Carmer werden. Nur die Radikalen, die ihm seine Kämpfe gegen das Vernunftrecht nicht verzeihen konnten, ergingen sich in wohlfeilen Spöttereien über den Mann, der einst unserer Zeit den Beruf zur Gesetzgebung abgesprochen hätte und nun selbst das Ministerium der Gesetzrevision übernähme; sie hielten ihm vor, daß er, der Protestant, seinen Sohn streng katholisch erziehen ließ, daß er einst Gans bekämpft und Stahl beschützt hatte, daß er jetzt Gerlach sogleich in sein Ministerium berief; sie weissagten dem „christlich-germanischen Solon" ein schlimmes Ende. Und seltsam, diesen Parteifanatikern gab der Erfolg schließlich mehr Recht als den Einsichtigen und Unbefangenen. Es zeigte sich bald, daß

*) Thile an Kamptz, 5. Aug.; Kamptz an den König, 5. Okt., an Thile, 5. Okt. 1841.

Friedrich Wilhelm auch diesmal wieder einen bedeutenden Mann an die falsche Stelle gesetzt hatte; Savignys Tätigkeit im Ministerrate beraubte die Wissenschaft auf einige Jahre einer unvergleichlichen Kraft und förderte die preußische Gesetzgebung nur wenig.

Leichter als Kamptz trennte sich Graf Alvensleben von seinem Amte. Er hatte vor Jahren der romantischen Maikäfergesellschaft der Gebrüder Gerlach angehört und wurde von diesen Jugendfreunden noch immer zu den zuverlässigen Gesinnungsgenossen gezählt. Durch seine lange Amtsführung war er jedoch an den geräuschlosen stetigen Gang des alten Regiments gewöhnt und sagte zu Rochow von vornherein: jetzt sei für sie beide kein Platz mehr, der neue Herr wolle in allem allein regieren, selbst die Einzelheiten der Verwaltung durch oft willkürliche oder unpraktische Befehle regeln, und umgebe sich darum absichtlich nur mit Männern, die er weit übersehe. Längst entschlossen, sich bei rechter Gelegenheit zurückzuziehen, erhielt der Graf im Oktober 1841 einen scharfen Verweis, weil er bei den schwebenden Verhandlungen über die Zuckerzölle den Absichten des Monarchen zuwider gehandelt hätte. Sofort verlangte er seinen Abschied.*) Das hatte Friedrich Wilhelm nicht beabsichtigt; denn er schätzte Alvensleben sehr hoch, und war vorm Jahre schon nahe daran gewesen ihm das wichtige Kultusministerium zu übertragen. Um den gekränkten Minister zu beschwichtigen dachte der König in der ersten Verlegenheit, alle Schuld an dem Streite auf den pedantischen alten Generalsteuerdirektor Kuhlmayer abzuwälzen. Da trat ihm Thile entgegen und sagte freimütig: das würde die erste wirkliche Ungerechtigkeit in der Regierungszeit Sr. Majestät sein, denn Kuhlmayer habe immer nur genau die Weisungen des Ministers befolgt.**) So blieb es denn dabei, daß Alvensleben aus der Finanzverwaltung austrat; mit ihm schied auch Kuhlmayer.

Der König war jedoch nicht gesonnen, sich gänzlich von dem alten Freunde zu trennen; er ließ durch Leopold Gerlach, nachher durch die Königin mit ihm verhandeln, und Alvensleben entschloß sich endlich als Kabinettsminister neben General Thile einen Teil der politischen Vorträge bei dem Monarchen zu übernehmen. Mittlerweile wurde der Oberpräsident v. Bodelschwingh zum Eintritt in das erledigte Amt aufgefordert, und nach den Anschauungen des alten Beamtentums betrachtete er es als seine Dienstpflicht dem Rufe des Königs zu gehorchen, obgleich er sehr ungern seinen schönen rheinischen Wirkungskreis verließ.***) Im Mai 1842 trat er das Amt an, unter ihm Geh. Rat Kühne als Generalsteuerdirektor. Endlich wieder schien ein frischerer Geist in die etwas erstarrte

*) Nach Kühnes Aufzeichnungen.

**) Thiles Bericht an den König o. D. (Januar 1842).

***) Bodelschwingh an Thile, 25. Nov. 1841.

Finanzverwaltung einzuziehen, da zwei so ausgezeichnete Beamte, beide noch im kräftigsten Alter, persönlich befreundet und in ihren handelspolitischen Grundsätzen ganz gleichgesinnt, die Zügel ergriffen.

Ungleich wichtiger als alle diese Änderungen erschien der öffentlichen Meinung der hartnäckige Kampf zwischen Schön und Rochow. Dessen Ausgang, so glaubte alle Welt, mußte über den Charakter der neuen Regierung endlich entscheiden. Rochow galt nun einmal für den Bannerträger der Reaktion. Nicht ganz mit Recht. Eben jetzt vollendete er, durchaus nach den Wünschen des Provinziallandtages, die Landgemeindeordnung für Westfalen vom 31. Okt. 1841, die an die Stelle von vier rheinbündisch-französischen Gemeindegesetzen trat und offenbar eine Mittellinie einhalten sollte zwischen dem napoleonischen Verwaltungsdespotismus und der patriarchalischen Selbstverwaltung des Ostens. Die althistorischen Ortsgemeinden wurden wiederhergestellt, sofern sie eigenen Haushalt besaßen; den Gemeindevorsteher ernannte der Landrat, nach französischem Brauche, die Gemeinderäte jedoch sollten fortan von den Meistbeerbten frei gewählt werden und erhielten erweiterte Befugnisse. Eine oder mehrere Gemeinden bildeten einen Landesverwaltungsbezirk, das Amt, unter einem ernannten Amtmann. Die Rittergüter konnten in der Regel nur mit Zustimmung beider Teile aus dem Gemeindeverbande ausscheiden. Das Gesetz zeigte gar nichts von staatsmännischen Gedanken; es war der Notbehelf eines wohlmeinenden Beamtentums, das den im Westen vorherrschenden und darum liberal genannten Anschauungen nach Kräften entgegenzukommen suchte. Aber auch dies Zugeständnis an den Liberalismus vermochte den Haß, der auf Rochows Namen lastete, nicht zu sänftigen. Und ihm gegenüber stand Schön, der Abgott der Zeitungen.

Der hatte die Verhandlungen des jüngsten ostpreußischen Landtags durch seine Getreuen sehr klug geleitet; denn er stand dem Könige persönlich dafür ein, daß unter den Ständen seines Lieblingslandes kein unehrerbietiges Wort fallen sollte. Nichtsdestoweniger fuhr er fort, die radikale Verstimmung, die in Königsberg seit dem Erscheinen der Vier Fragen überhandnahm, geflissentlich zu schüren durch seine maßlose Tadelsucht, durch sein hoffärtiges Absprechen über alles was aus Berlin kam, neuerdings auch durch geheimnisvolle Andeutungen über des Königs Verfassungspläne. Mehrmals warnte General Wrangel die Krone vor diesem aufreizenden Treiben des Oberpräsidenten; immer ward ihm die Antwort, dem Freunde des Königs sei nichts Arges zuzutrauen. Mit seinem Vorgesetzten Rochow war Schön bereits seit dem Huldigungslandtage gänzlich zerfallen. Jetzt sandte Rochow eine gehässige Anfrage wegen eines albernen radikalen Gedichts, das dem Oberpräsidenten zusang, er habe „das große Wort der Freiheit uns gelehrt." Schöns Erwiderungen wurden immer gröber; es schien als ob er den Minister verhöhnen wollte. Zugleich verklagte er ihn, freimütig aber ohne irgend einen Be-

weis beizubringen, vor dem Könige als einen gemeinschädlichen Staatsdiener. In den Berliner Regierungskreisen äußerte man schon: wenn Rochow nur einen Funken von Klugheit besäße, so müßte er diesen Gegner fordern.*) Beide Feinde zeigten sich gleich herrschsüchtig, beide gleich wenig wähleriſch in den Mitteln: während Schöns liberale Gefolgschaft den Minister in den Blättern der Opposition schmähte, ließ Rochow, wie die Ostpreußen bald erfuhren**), in seinem Bureau gehässige Artikel gegen den Oberpräsidenten schmieden und wußte manche davon sogar in der Augsburger und der Leipziger Allgemeinen Zeitung unterzubringen.

Trotz dieses offenkundigen Skandales wünschte der beiden Gegnern gleich wohlgeneigte Monarch beide im Amte zu halten; denn im stolzen Gefühle seiner Selbstherrlichkeit legte er auf die Streitigkeiten seiner Diener gar keinen Wert. Auch glaubte er keineswegs, daß eine grundsätzliche Feindschaft die beiden trennte. Hatte er doch als Kronprinz jahrelang mit beiden friedlich in der landständischen Kommission zusammen gearbeitet und von Rochow soeben noch Ratschläge für die Fortbildung der Ständeverfassung empfangen. Zwischen dem Könige und seinem alten ostpreußischen Freunde hatte sich nach und nach ein gefährliches gegenseitiges Mißverständnis gebildet, wie es nur zwischen so seltsamen Charakteren entstehen konnte. Da Schön alle die nicht seines Sinnes waren als „Männer der finsteren Zeit" tief verachtete, so glaubte er wirklich, sein geliebter König würde nur durch die reaktionären Hofleute verhindert, die konstitutionellen Pläne auszuführen, die er doch in solcher Weise gar nicht hegte. Friedrich Wilhelm seinerseits wähnte, „der Schön" lasse sich nur zuweilen „durch seinen jüdischen Freundespöbel" zu liberalen Äußerungen verleiten, die in Wahrheit die Herzensgesinnung des Kantianers wiedergaben. Wieder und wieder sendete er dem Freunde herzliche Briefe und mahnte ihn zur Versöhnlichkeit: das Minimissimum, das ich zu fordern berechtigt bin, ist eine Explikation mit Rochow, den Sie ungerecht beschuldigt haben; Ihnen fehlt die Liebe, die auch mit Gegnern für das Ganze zusammenwirkt.***) Gewandt eingehend auf diese ihm sonst wenig geläufige biblische Sprache erwiderte Schön: der Spruch „Und hätte ich die Liebe nicht" stehe mit Flammenschrift in seinem Herzen. Dem Minister aber wollte er seine Hand nicht bieten. Vergeblich hielt ihm sein Landsmann Boyen in einem gemütlichen Schreiben vor: die Versöhnung mit Rochow sei zugleich die Versöhnung mit dem Monarchen, vergeblich versuchte des Königs vertrauter Adjutant, Oberst Below, einer der ersten Grundherren der Provinz, im Verein mit einigen anderen ostpreußischen Edelleuten den Erzürnten zu überreden.†)

---

*) Nach Kühnes Aufzeichnungen.

**) Brünneck an Thiele, 7. März; Oberst v. Below an den König, 7. April 1841.

***) König Friedrich Wilhelm an Schön, 23. Febr. 1841.

†) Boyen an Schön, 25. April. Belows Bericht an den König, 21. März 1841.

Schön ließ sich über die Schärfe des vorhandenen Gegensatzes nicht täuschen; er blieb dabei, A und Non A könnten nicht zusammengehen. Zweimal erbat er seinen Abschied, offenbar weil er noch immer hoffte, den Gegner zu stürzen. Er wußte längst, daß der König mehrmals daran gedacht hatte, ihm das Handelsministerium zu übertragen — allerdings ein sonderbarer Einfall, da Schön zwar reiche technische Kenntnisse besaß, aber als unbelehrbarer Feind des Zollvereins in der Handelspolitik sicherlich Unheil angestiftet hätte — und er war nicht nur bereit diesem Rufe zu folgen, er traute sich's auch zu, den gesamten Ministerrat zu leiten. Immer wieder kam er in Briefen und Gesprächen auf den allein rettenden Gedanken zurück: wir brauchen „ein reguliertes Ministerium", an dessen Spitze „ein wissenschaftlich gebildeter Staatsmann mit voller Erfahrung" stehen muß; und von solchen Staatsmännern besaß die Monarchie nach seiner Meinung nur einen einzigen!

Mit leidenschaftlicher Erregung verfolgte die Provinz diese Kämpfe; denn von allen deutschen Stämmen halten die Ostpreußen, neben den Holsten, den Schwaben und den Schlesiern, am festesten untereinander zusammen; und Schön liebte, alle Vorwürfe, die ihm aus Berlin zukamen, als Verdächtigungen der Treue seines Heimatlandes aufzufassen, um sie dann mit hoher patriotischer Entrüstung zurückzuweisen.*) So erschien Rochow bald jedem stolzen Ostpreußen fast wie ein persönlicher Feind. Mittlerweile verbreitete sich in der Provinz plötzlich das Gerücht von zahlreichen Briefverbrechungen; Schön sprach darüber als ob ein Zweifel gar nicht möglich wäre. Der König aber, der schon nach seiner Thronbesteigung, zum Kummer des alten Nagler, alle solche schlechte Künste streng untersagt hatte, sendete sofort den Obersten Below mit außerordentlichen Vollmachten in seine Heimat, um eine scharfe Untersuchung vorzunehmen. Sie brachte schlechterdings nichts Bedenkliches an den Tag**); indessen ließen sich die Altpreußen ihren Verdacht nicht nehmen.

Nun begann auch die schwache konservative Partei der Provinz sich zu regen. Unter dem Vorsitze des übelberufenen Landrats v. Hake versammelten sich im Februar einige Grundbesitzer zu Preußisch-Holland, um zu erklären, daß sie die Adresse der Freunde Jacobys mißbilligten und dem absoluten Könige unbedingt vertrauten. Hocherfreut erwiderte Rochow einem der Teilnehmer, der Monarch habe die loyalen Grundsätze der Versammlung mit Wohlgefallen aufgenommen.***) Da liefen von verschiedenen Seiten Anzeigen gegen Hake ein; man beschuldigte ihn eines Kassendefekts, und Schön beeilte sich in einem grimmigen Berichte die Nichtswürdigkeit dieses politischen Gegners mit grellen Farben zu schildern.

*) Kabinettsordre an Thile, 30. März; Thiles Bericht an den König, 31. März 1841.

**) Kabinettsordre an Below, 10. März; Belows Bericht an Thile, 24. März 1841.

***) Rochow an Regierungsrat v. Bessel, 1. März 1841.

Rochow aber versuchte anfangs den Handel mit Stillschweigen zu übergehen und ward erst durch einen ausdrücklichen Befehl des erzürnten Monarchen gezwungen die Untersuchung anzuordnen, die mit Hakes Verurteilung endigte.*) Seitdem war der König über die Parteilichkeit des Ministers ebenso ungehalten wie über die geheime Opposition des Oberpräsidenten. So schleppte sich der Streit noch durch Monate dahin. Schön triumphierte und versicherte dreist, in seiner treuen Provinz gäbe es keine Parteien, allein die winzige Partei des Verbrechers Hake ausgenommen. In Wahrheit war das Ordensland tief aufgewühlt, fast so erbittert wie vor zweihundert Jahren, als die edlen freien Preußen den märkischen Despotismus bekämpften. Unerschütterlich fest stand die Sage, daß der König bei der Krönung konstitutionelle Zusagen gegeben und sie nachher zurückgenommen hätte; nichts aber verzeiht dieser kräftige Stamm schwerer als die Unbeständigkeit. Als Schön im Oktober den Sitzungen des Staatsrats beiwohnte, wollten ihm die Berliner Liberalen ein Ständchen bringen, was er nur mit Mühe verhinderte; bei seiner Heimkehr begrüßten ihn seine Königsberger Anhänger mit beflaggten Schiffen und erleuchteten Fenstern als den Helden des Landes, und die Königsberger Polizei meldete dem Ministerium beschwichtigend: allgemein sei die Teilnahme doch nicht gewesen.**)

So stand es bereits: die ostpreußischen Polizeibehörden erstatteten Bericht über ihren eigenen Oberpräsidenten! Daß solche Zustände nicht dauern konnten, mußte schließlich auch dem langmütigen Monarchen einleuchten. Als Schön im Januar 1842 zum dritten Male seinen Abschied erbat, nahm sich der König fast drei Monate Bedenkzeit und genehmigte endlich das Gesuch durch Kabinettsordre vom 31. März. Aber diese Ordre blieb tiefgeheim, auch der Zeitpunkt des Austritts noch vorbehalten, und weder der Oberpräsident noch die wenigen anderen Eingeweihten hielten die Entscheidung für unwiderruflich; Minister Alvensleben klagte bitter: „das Vertrauen des Königs zu Schön besteht nach wie vor.“***) Noch im Mai reiste Schön, schwerlich ganz ohne Hoffnung, wieder nach Berlin zu den Verhandlungen des Staatsrats. Dort traf ihn die erschreckende Nachricht, daß seine Abhandlung: Woher und Wohin? soeben auf dem Büchermarkte erschienen sei. Die Schrift war, wie sich kaum anders erwarten ließ, bei einem der fünf Freunde, denen Schön sie anvertraut, von unbefugter Hand abgeschrieben und einem radikalen Buchhändler verraten worden.†) Der Diogenes der deutschen Demagogen, der Flüchtling Georg Fein, Hambacher Angedenkens††), ließ sie alsdann in seinem sicheren Straß-

*) Schöns Bericht an Thile, 6. Mai; König Friedrich Wilhelm an Thile, 10. Mai; Rochows Bericht an den König, 13. Mai 1841.

**) Königsberger Polizeibericht, 25. Okt. 1841.

***) Alvensleben an Thile, 22. Mai 1842.

†) Rochows Berichte an den König, 21. Mai, 9. Juni 1842.

††) S. o. IV. 601.

burg zu billigem Preise erscheinen und fügte ein langes Nachwort hinzu, das in törichten Schmähungen gegen Preußens Staat und Regierung schwelgte. Da ward Friedrich Wilhelm geschildert als „ein höchst schlauer, lebensgewandter Aristokrat, der sich sowohl auf die Schwächen als auf die schönsten Eigenschaften des deutschen Volkes versteht und beide mit nicht gewöhnlicher Verstellungskunst für seine Herrscherzwecke zu benutzen und auszubeuten weiß."

Sofort mußte Thile auf Befehl des Königs den Oberpräsidenten „wegen des Verrates seiner fatalen Schrift"*) befragen, und Schön äußerte sich natürlich hoch entrüstet über Feins „Schändlichkeit." Gleichwohl unterließ er was die Pflicht des Anstands und der Treue gebieterisch erheischte; er erklärte nicht öffentlich, daß er an dem unbefugten Nachdruck keinen Anteil habe und das radikale Nachwort entschieden mißbillige. Der König in seinem arglosen Edelsinne mutete ihm eine solche Erklärung auch gar nicht zu, sondern untersagte jede Verfolgung „des Woher und Wohin mit dem Drachenschwanze", damit das Gericht des Publikums „unedles, ja ehrloses Gebaren nach Gebühr behandeln" könne.**) Wie gründlich täuschte er sich doch über die Urteilsfähigkeit der öffentlichen Meinung, die zwischen gemäßigter und radikaler Opposition noch keineswegs zu unterscheiden verstand. Da das Machwerk Feins unbehelligt umlief, so glaubten die Leser allesamt, der Straßburgische Demagog und der Freund König Friedrich Wilhelms hegten im Grunde die nämliche Gesinnung. In solcher Gestalt dargeboten wirkte Schöns Abhandlung in der Tat wie eine Brandschrift, und sein Verbleiben im Amte wurde rein unmöglich.

Und doch war Schön nicht ganz im Irrtum, wenn er von dem unberechenbaren Charakter des Königs bis zuletzt noch eine Sinnesänderung erhoffte. Friedrich Wilhelm hatte mit dem alten Freunde noch nicht ganz gebrochen; und in demselben Augenblicke da er Schöns Entlassung genehmigte, strafte er zugleich dessen Feinde. Am 7. April wurde General Wrangel zu seinem schmerzlichen Erstaunen nach Stettin versetzt, weil der König meinte: der bärbeißige Soldat würde in Königsberg zu früh schießen lassen. Zugleich brach auch über Rochow das Verhängnis herein. Friedrich Wilhelm hielt sich verpflichtet, die offenbare Parteilichkeit, welche der Minister während des langen Streites gezeigt hatte, nicht ungerügt zu lassen; es entging ihm nicht, daß Rochows offiziöse Zeitungsschreiber an der Zügellosigkeit der liberalen Presse mitschuldig waren; dennoch brachte er es nicht über das Herz dem Freunde die ganze Wahrheit zu gestehen. Am 9. April sagte er dem Überraschten in einem

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 24. Mai 1842.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 23. Mai; Randbemerkung des Königs zu Rochows Bericht vom 21. Mai 1842.

liebevollen Briefe: er hätte erfahren, daß Rochow seiner Gesundheit halber auszutreten wünsche, und könne ihn nur unter Tränen scheiden sehen. „Ich habe", so fuhr er fort, „den kalten Verstand zu Hilfe rufen müssen, und Sie wissen, lieber Freund, daß er nicht immer kommt wenn ich ihn rufe. Er ist aber diesmal gottlob gekommen, und jetzt — billige ich Ihre Wünsche . . . Es muß notwendig so eingerichtet werden, daß auch die Bosheit nicht behaupten könne, Sie würden Schön zum Opfer gebracht. Wenn Sie kurz nach Schöns Abgang Ihre Stellung verändern, so ist dies politisch gut und ersprießlich." Dann ließ er ihm die Wahl zwischen mehreren hohen Ämtern. Fünf Tage nachher sendete Rochow das ihm also aufgezwungene Entlassungsgesuch ein. Er fühlte sich tief verletzt durch die freundschaftlichen Worte, die ihm unter solchen Umständen fast wie Heuchelei erscheinen mußten, und sagte in seinem Begleitschreiben sehr deutlich, daß er die Gründe seines Sturzes wohl erraten hatte. Die schwierige Stellung, so schrieb er, ist unter den seit 1840 eingetretenen Verhältnissen nur dann auszufüllen, wenn den Minister „der Besitz des Einverständnisses, des offenen Vertrauens und des Schutzes seines Souveräns dazu befähigt einen bestimmt bezeichneten Weg konsequent und mit frischem Mute zu verfolgen." Das Gesuch ward genehmigt, und zugleich verfügte der König, daß Rochow, da er kein anderes Amt annahm, den Sitz im Ministerium wie im Staatsrate behalten solle.*)

Auch diese Befehle wurden vorläufig noch streng geheim gehalten; und so konnte das Seltsame geschehen, daß Rochow, der seinen Abschied bereits in der Tasche hatte, noch über die Schrift des ebenfalls schon entlassenen Schön sein Gutachten abgeben mußte. Im Juni wagte der König endlich abzuschließen; am 3. wurde Schöns, am 13. Rochows Entlassung veröffentlicht; Schön erhielt die Würde eines Burggrafen von Marienburg, verlor aber seinen Sitz im Staatsministerium. So lagen denn beide Gegner am Boden, obschon beide noch bis zuletzt auf eine günstige Wendung gehofft hatten; und keine Partei wußte recht ob sie klagen oder jubeln sollte. Zufrieden waren vorerst nur die Klerikalen, weil Schön und Rochow beide für Vertreter der alten harten Kirchenpolitik galten. Sehr bald zeigte sich jedoch, daß die wunderliche Entscheidung nur den Liberalen Schaden brachte. Als Nachfolger Schöns wurde Geh. Rat Böttticher berufen, ein tüchtiger Jurist, der sich in hohen Richterstellen bewährt hatte, in der Verwaltung aber nur wenig leistete und unter den Ostpreußen niemals ein gesichertes Ansehen erlangte; seine hochkonservative Gesinnung war allbekannt, und der König sprach bei seinem nächsten Besuche auf Marienburg öffentlich aus, daß er ihn nur deshalb zum Oberpräsidenten ernannt hätte. Die Stelle des kommandierenden Generals er-

*) König Friedrich Wilhelm an Rochow, 9. April; zwei Eingaben Rochows an den König, 14. April; Thiles Bericht an den König, 24. April 1842.

hielt der mit Böttticher nahe befreundete Graf Friedrich Dohna, Scharnhorsts Schwiegersohn, ein alter treuer Genosse des Gerlach-Stolbergschen Kreises; er konnte schon weil er dem altbeliebten ostpreußischen Grafen-Geschlechte angehörte, leichter als Wrangel in Königsberg Boden gewinnen und trat der Partei Schöns zwar in etwas milderen Formen, doch ebenso bestimmt entgegen wie sein Vorgänger. Zu Wrangel aber sagte der König noch in diesem Sommer vertraulich: er habe ihn leider einen Augenblick verkannt und jetzt erst durch bittere Erfahrungen gelernt, daß Schön mit seinen Freunden in der Tat sehr gefährlich wirke.

Die Stimmung des entlassenen Oberpräsidenten verbitterte sich mehr und mehr. Er mahnte Boyen an das schöne Beispiel Esparteros, der die Garde aufgehoben habe, er empfahl den Freigeist Alexander Humboldt zum Kultusminister; er versicherte dreist, Preußen hätte drei Millionen Taler für Don Carlos bezahlt und fand des Scheltens wider die Rotte Korah gar kein Ende mehr. Die große Mehrzahl der Ostpreußen empfand Schöns Verabschiedung wie eine Beleidigung des Landes. Die Stadt Königsberg verlieh ihm alsbald das Ehrenbürgerrecht, die Ritterschaft wählte ihn zum Abgeordneten für den Provinziallandtag; die Königsberger Hartungsche Zeitung, die jetzt anfing Leitartikel unter der Überschrift „Inländische Zustände" zu bringen, verherrlichte den Gestürzten und schlug gegen die Krone einen gereizten, fast drohenden Ton an. Da fürchtete der König, Schön könnte auf dem nächsten Landtage die Führung der Opposition übernehmen. Um vorzubeugen sendete er ihm zu Weihnachten (21./27. Dez.) einen neun Folioseiten langen Brief, eine feurige Ansprache, worin sich das alte noch immer nicht erloschene Freundschaftsgefühl mit verhaltenem Unwillen und schmeichelnder Weiberschlauheit gar seltsam vermischte. Halb zweifelnd halb vertrauend sprach er die Erwartung aus, daß Schön unter den Landständen die Vergiftung der öffentlichen Meinung bekämpfen würde. „In meinem geliebten Ostpreußen allein herrscht *schnöder Friede!!* In dem Lande, welches Gott der Herr als ein Bollwerk teutschen Wesens in das slawische und sarmatische Wirrleben vorgeschoben hat, wird das teutsche Wort in Bann, ja in schimpfliche Bande getan durch eine *Clique*, die mit Franzosen-Sinn und Franzosen-Mitteln wirkt: mit Lüge! mit Lüge!... Sehen Sie, lieber Schön, die Lüge, vor der *fürchte ich mich*." Dieser Clique, die doch unzweifelhaft zu seiner eigenen Partei gehörte, sollte Schön entgegentreten im Verein mit edlen treuen Männern und laut verkünden: „*daß das Vorgeben dem König zu dienen, den König zu lieben eine infame Lüge ist, wenn man zugleich seine Regierungs-Maschine, die Ausführer seiner Absichten antastet und als Feinde des Volks und des Lichts darstellt.*" Insbesondere sollte Schön die unter Mißbrauch seines Namens umhergetragene Lüge widerlegen, daß der König konstitutionelle Pläne hegte: „*Ich will keine Felonie gegen meinen treuen Lehnsherrn treiben* und weder von einem

menschlichen Tage noch von einem Stück Pergament die Rechte meiner Krone nehmen. Ich will nicht die Verfassung meines Landes ändern. Und alles dies weil ich nicht darf." Darum verlangte er Schöns „Hilfe gegen das Streben der Dunkelmänner, Juden und Judengenossen" und trug ihm auf, das Schreiben den ostpreußischen Freunden zu zeigen.

Er fühlte jedoch insgeheim, daß Schön diesem Befehle kaum nachkommen konnte ohne sich selbst bloßzustellen, und ließ daher Abschriften seines Briefes dem neuen Oberpräsidenten sowie anderen namhaften Männern der Provinz zugehen. Als ihm nun Böttticher meldete, daß Schön über „den köstlichen königlichen Brief" beharrlich schwieg*), da geriet er in schweren Zorn. Vergeblich hielt ihm Schöns Schüler Flottwell vor: man dürfe die Ostpreußen nicht mit dem gewöhnlichen Maßstabe messen, da dort die Mehrzahl der einsichtigen und zugleich treu ergebenen Männer „durch die Ideen von Kant wie die Erde von den Strahlen der herbstlichen Sonne auf eine wunderbare Weise erleuchtet, erwärmt, ja durchglüht würde."**) Neue Kundgebungen Jacobys und seiner Königsberger Freunde brachten den Unmut des Monarchen zum Ausbruch, und er wiederholte was er zu Schön gesagt noch nachdrücklicher in einem Briefe an General Dohna (24. Febr. 1843).***) „Ich möchte", schrieb er hier, „wie aus Rolands Horn einen Ruf an die edlen treuen Männer in Preußen ergehen lassen, sich um mich wie treue Lehensmänner zu scharen, die kleineren Übel über das anwachsende große, jammerschwangere Übel zu vergessen und auf meiner Seite den unblutigen geistigen Kampf zu kämpfen, der allein aber gewiß den blutigen Kampf unmöglich macht . . . Solch' Unglück ist für Preußen und für Königsberg insbesondere die Existenz und das Walten jener schnöden Judenclique mit ihrem schwanzläppischen und albernen Kläffer!! Die freche Rotte legt täglich durch Wort, Schrift und Bild die Axt an die Wurzel des teutschen Wesens; sie will nicht (wie ich) Veredlung und freies Nebeneinanderstellen der Stände, die allein ein teutsches Volk bilden; sie will Zusammensudeln aller Stände... Ich würde Gott, meinem Volke und mir selbst lügen, gäbe ich je eine Konstitution, eine Charte und meinem Volke mit ihnen die notwendigen Bedingungen zu endlosen Unwahrheiten: erlogene Unfehlbarkeit des Königs, unwahre Budgets, Lüge des Angriffs und der Verteidigung, Lüge des Lobes und des Tadels, Komödie vor und hinter den Kulissen, wie solches zum Schaden und zum Ekel in den konstitutionellen Staaten zu sehen ist, wo nur eine Wahrheit waltet: die, daß eine Partei sich

*) Böttichers Bericht an den König, 6. Jan. 1843.

**) Flottwell an König Friedrich Wilhelm, Magdeburg, 24. Dez. 1842.

***) Die beiden großen Briefe des Königs an Schön und Dohna sind vollständig abgedruckt in den „Aufzeichnungen über die Vergangenheit der Familie Dohna" vom Grafen Siegmar Dohna. A. 4. Textheft B. Berlin 1885. (Manuskript).

an die Stelle der anderen setzen will." General Dohna beeilte sich natürlich diesen Brief überall zu verbreiten, und von konstitutionellen Plänen des Königs konnte fortan niemand mehr reden.

Ein Jahr nach Schöns Entlassung, 8. Juni 1843, feierten die Ostpreußen den fünfzigsten Jahrestag seines Eintritts in den Staatsdienst. Einige angesehene Männer des Landes hatten eine Sammlung veranstaltet, und — so stark war schon die Macht der liberalen Legende — selbst aus Süddeutschland liefen Beiträge ein, obgleich der eingefleischte altpreußische Partikularist sich um die übrigen Deutschen nie viel gekümmert hatte. Der Ertrag reichte aus um Schöns Familiengut Arnau von Schulden zu entlasten; mit dem Überschusse wollte man ihm noch bei Lebzeiten ein Denkmal, einen Obelisken in Königsberg, errichten, ein in jener Zeit ganz unerhörter Plan, den der König genehmigte, doch ohne dem Jubilar sonst noch eine Gnade zu erweisen. Schön sträubte sich lange dem Feste der Grundsteinlegung beizuwohnen, er wollte, wie er mit verblüffender Kindlichkeit sagte, keine Untreue gegen sich selbst begehen. Die Mitglieder des Festausschusses mußten ihn erst mehrfach durch Briefe und Besuche bedrängen bis sie sich endlich rühmen konnten „einmal im Leben seinen Entschluß geändert zu haben." Fast die ganze Provinz nahm teil, als nunmehr „großartiger Bürgertugend die Huldigung dargebracht" wurde; nur die Strengkirchlichen und einige aus den konservativen Adelskreisen hielten sich fern. Nicht bloß der aufgeklärte Theolog Cäsar von Lengerke ließ seine den Liberalen allezeit gefällige Leier erklingen; selbst Eichendorff, der gut katholische Dichter, der während seiner Königsberger Amtszeit das Land und dessen langjährigen Beherrscher lieben gelernt hatte, sendete „dem braven Schiffer" seinen Festgruß:

Und da die Brandung sich verlief,
Die Wasser müde sanken,
Gerettet hat er aus dem Tief
Den Hort uns der Gedanken.

Auch die Universität überreichte ihren Glückwunsch; denn fast überall war das Professorentum schon für den Liberalismus gewonnen. Die Hauptrede hielt Friedrich von Jahrenheid, der volksbeliebteste Mann vom liberalen ostpreußischen Adel, ein transzendentaler Pferdezüchter, wie Schön ihn nannte, vielseitig gebildet, menschenfreundlich, hochverdient um Wiesenbau und Wettrennen. Bescheiden wies der Gefeierte die Lobsprüche von sich und sagte, durchaus nach dem Sinne der Ostpreußen: alles Verdienst seines ganz der Idee gewidmeten Lebens gebühre seinem großen Lehrer Kant. Es war ein großes Familienfest der Provinz, und auch fernerhin blieb der alte Herr bei der Mehrzahl seiner Landsleute in solchem Ansehen, daß jeder Zweifel an seiner Größe fast wie ein Landesverrat betrachtet wurde; denn in einer langen Amtsführung war sein Name unzertrennlich mit der Provinz verwachsen, die mannigfachen guten Früchte seines Wirkens

mußte selbst sein Nachfolger Böttticher anerkennen*), und in seinem streitbaren Wesen zeigten sich scharf ausgeprägt viele Charakterzüge des ostpreußischen Volkstums, nur leider nicht der schönste: die Wahrhaftigkeit. Er zog sich nach seinem stillen Arnau im Pregeltale zurück, gründete den landwirtschaftlichen Zentralverein, dessen Vorsitz er übernahm, und war auch sonst vielfach für gemeinnützige Zwecke tätig. Noch lebhafter beschäftigte ihn die Sorge um den eigenen Nachruhm: unablässig bemühte er sich bald junge Gelehrte ganz mit seinem Geiste zu durchtränken, bald älteren Historikern jene kunstvollen Geschichtsdarstellungen zu übermitteln, die er sich zu seiner eigenen Verherrlichung ersonnen und dann so unzähligemal wiedererzählt hatte, daß er schließlich selbst daran glaubte. Zu einer großen politischen Wirksamkeit gelangte er nie mehr, obgleich der König ihm die persönliche Freundschaft mit rührender Treue bewahrte. —

An Rochows Stelle wurde Graf Arnim aus Posen berufen. Man begrüßte ihn mit großen Erwartungen; man glaubte allgemein, der kräftige, noch nicht vierzigjährige Mann, der sich auch sofort mit jungen Räten umgab, würde die gesamte Richtung des Kabinetts bestimmen. Ein Neffe Steins hatte Arnim seines aristokratischen Stolzes nie ein Hehl; er nannte es einen unschätzbaren Vorzug, daß sein Haus eine der Stätten sei, wo Recht gesprochen, wo das Unrecht gestraft, wo die Ordnung geschützt würde. An den englischen Moden und Passionen, welche damals in die vornehme Welt Deutschlands und Österreichs einzudringen begannen, fand der Graf viel Freude; seine hohe, etwas steife, stets elegant gekleidete Gestalt erinnerte mehr an einen Lord als an den Sohn eines alten deutschen Kriegergeschlechtes; nicht ohne Herablassung schaute der blonde Kopf zwischen den mächtigen Vatermördern — wie man die neuen Hemdkragen nannte — auf die gewöhnlichen Sterblichen hernieder. Aber gleich seinem großen Oheim war er ganz durchdrungen von dem Grundsatze des Gleichgewichts der Rechte und der Pflichten; er verlangte, daß der preußische Adel sich eine Machtstellung durch politische Arbeit verdiene und wünschte dringend baldige Berufung eines Reichstags auf den vorhandenen ständischen Grundlagen. Dem Könige konnten solche Gedanken, schon weil sie so einfach und zweckmäßig waren, unmöglich zusagen; in seinem selbstherrlichen Stolze hatte er es indes gar nicht für nötig gehalten, sich mit dem neuen Minister, der ihm persönlich gefiel und ja doch nur Werkzeug sein sollte, im voraus zu verständigen. Auch in ihren religiösen Anschauungen stimmten die beiden nicht zusammen, da Arnim zwar ein gläubiger Christ, doch jeder Art des Pietismus feind war und die alte staatskirchliche Politik Altensteins zwar behutsam weiterführen, doch keineswegs aufgeben wollte. Arnim übernahm

*) Böttichers Bericht an Thile, 2. Juni 1844.

sein Amt mit einem Gefühle der Entsagung. Er war bereit, den Tadel für alle Mißgriffe und Mißerfolge seines königlichen Herrn ritterlich auf sich zu nehmen; aber der große staatsmännische Ehrgeiz, der seinem Zeitalter die Richtung geben will, blieb ihm fremd, und für einen so selbständigen Willen war in diesen Jahren auch kein Raum.

Wie das neue System in Posen durch Arnims plötzliche Abberufung gestört wurde, so kam auch die für Frankfurt geplante unternehmende Bundespolitik sogleich wieder ins Stocken, da Graf Maltzan nach kurzer Amtsführung tödlich erkrankte, und nunmehr der Bundesgesandte Heinrich von Bülow im Frühjahr 1842 das Auswärtige Amt übernahm. In Petersburg und Wien ward diese Ernennung mit Mißtrauen aufgenommen, da der Freund Lord Palmerstons dort für einen schlimmen Liberalen galt; in Berlin erwartete man von dem geistreichen Manne, der einst an der Begründung des Zollvereins so rührig teilgenommen hatte, eine entschlossene nationale Handelspolitik. Gleich darauf starb der alte Ladenberg, und Graf Stolberg übernahm neben dem Hausministerium noch die Verwaltung der Domänen. Also war nach zwei Jahren das Staatsministerium endlich ganz neu gestaltet. In ihren alten Stellen blieben nur noch: der kränkelnde Nagler, der sich, ärgerlich über die neue Zeit, ganz auf sein Postfach beschränkte, der ebenfalls stark gealterte Rother und der Justizminister Mühler. —

Der veränderte Charakter des Regiments offenbarte sich auch in der unruhigen Reiselust des neuen Herrschers, der gern unterwegs war soweit es die mangelhaften Verkehrsmittel irgend erlaubten. Auf die Huldigungsreisen folgte im Spätsommer 1841 ein längerer Aufenthalt in Schlesien. Den Breslauer Stadtbehörden ließ der König sagen, daß er von ihnen weder ein Fest noch einen feierlichen Empfang annehmen wolle, weil sie beim schlesischen Landtage die Berufung der Reichsstände befürwortet und also „offene Opposition" getrieben hätten. Die Breslauer antworteten ehrfurchtsvoll, das sei ihr gutes Recht gewesen, und als sie dann nochmals durch Abgesandte einluden ließ der Zürnende sich besänftigen. Er wurde glänzend empfangen, freute sich tiefbewegt des patriotischen Jubels seiner treuen Schlesier, die zugleich den hundertsten Jahrestag ihrer Vereinigung mit Preußen feierten, und bezauberte wieder alle Herzen, als er zum Abschied in begeisterter Rede der alten Stadt „noch tausend Jahre wie diese hundert" wünschte. Den Stadträten aber sagte er in einer Audienz: was ihm eine fünfundzwanzigjährige Erfahrung als unzweckmäßig gezeigt das lasse er sich durch keine Macht der Erde abzwingen; sie sollten sich hüten der Zeit vorzugreifen; was kommen solle, komme doch. So verlangte er wieder unbedingtes Vertrauen auf Pläne, deren Sinn niemand enträtseln konnte.

Von Schlesien eilte er nach Warschau um mit Kaiser Nikolaus zusammenzutreffen. Mehrmals hatte der Zar neuerdings dem Berliner Hofe heilig beteuern lassen, die Annäherung an England solle der älteren und engeren Freundschaft der drei Ostmächte keinen Abbruch tun; er bemühte sich auch seinen Gast liebenswürdig zu empfangen. Aber die harmlosen Tage waren längst vorbei, da die Berliner immer den Zaren meinten wenn sie von „dem Kaiser" schlechthin sprachen. Wie das wieder emporkommende, von Nikolaus selbst begünstigte Altmoskowitertum gegen die kulturbringenden Westler, die Deutschen einen barbarischen Ingrimm zeigte, so war auch in Preußen die russische Kriegsgenossenschaft jetzt gründlich vergessen; der Zorn der Ostpreußen über „die chinesische Mauer" der moskowitischen Nachbarn vereinigte sich mit dem alten Hasse der liberalen Polenfreunde, im Hohne gegen Rußland fanden sich fast alle Parteien zusammen. Unwillkürlich wurden auch die beiden Herrscher mit berührt von der veränderten öffentlichen Meinung ihrer Völker. Nikolaus war etwas gealtert, aber noch immer fühlte er sich als Gottes auserlesenes Werkzeug, zum Vernichtungskampfe gegen die Revolution fest entschlossen, und seit sein Thronfolger kürzlich eine hessische Prinzessin geheiratet hatte meinte er sich mehr denn je berufen über Deutschlands Ruhe zu wachen; die unberechenbare Neuerungslust Friedrich Wilhelms blieb ihm verdächtig. Dem Künstlergemüte des Königs widerstand die harte menschenverachtende russische Zucht; er langweilte sich bei den Kasernengesprächen dieses Schwagers, der im vollen Ernst sagte was unschuldige Leute für eine boshafte Erdichtung hielten: nichts verdirbt ein Heer so sehr wie der Krieg. Die kurze Zusammenkunft brachte kein politisches Ergebnis, nicht einmal einen gründlichen Gedankenaustausch; immerhin erweckte sie dem Könige wieder alte teuere Jugenderinnerungen. Als er auf der Heimreise bei Kalisch das Denkmal für die Jahre 1813 und 1835 erblickte, dessen Inschrift den Segen Gottes für das preußisch-russische Bündnis erflehte, da schritt er tief bewegt die Stufen hinauf und schrieb mit dem Finger „Amen" unter die Zeilen — was ihm die liberale Welt sehr übel nahm. Im November besuchte er sodann den Münchener Hof. Bald nachher verlobte sich der vielumworbene Kronprinz Max von Bayern mit der schönen Prinzessin Marie von Preußen, einer Tochter des älteren Prinzen Wilhelm; und die dem Könige so teuere Freundschaft des bayrischen Hauses schien von neuem gesichert.

Noch im selben Winter folgte die englische Reise. Um die doch recht bemerkbare Eifersucht des Zaren zu beschwichtigen, wurde dann der fünfundzwanzigste Jahrestag seiner Ernennung zum Chef der brandenburgischen Kürassiere mit vielem Glanze gefeiert. Als Nikolaus die Abgesandten seines Regiments empfangen hatte, sagte er zu dem preußischen Gesandten nicht ohne Wehmut: das seien damals doch die glücklichsten Zeiten seines Lebens gewesen, die Tage der jungen Liebe und des zwanglosen Verkehrs

mit den preußischen Schwägern.*) So unschuldig dachte die deutsche Welt jedoch nicht mehr. Die Königsberger Zeitung forderte stürmisch die Befestigung Ostpreußens und sprach von einem möglichen Kriege gegen Rußland so deutlich, daß der russische Gesandte angewiesen wurde, sich über die Milde der preußischen Zensur zu beschweren. Unter solchen Umständen hielt Friedrich Wilhelm für ratsam, der silbernen Hochzeit des russischen Kaiserpaares im Juni 1842 selber beizuwohnen. Das Familienfest verlief in guter Freundschaft, Kaiserin Charlotte bemühte sich redlich die beiden Schwäger in heiterer Stimmung zu erhalten. Doch unterdessen spielten hinter den Kulissen unerquickliche politische Verhandlungen.

Die für Preußen so lästige, für Rußland so vorteilhafte Kartellkonvention war dem Ablaufe nahe, und die Königsberger Kaufmannschaft bat den König, den Vertrag nicht zu erneuern, worauf ihr der herrische, an Rochows Zeiten erinnernde Bescheid zuging: solche politische Fragen lägen über den Gesichtskreis der Untertanen hinaus. Indessen empfand Friedrich Wilhelm selbst, wie berechtigt die Klagen seiner Ostpreußen waren. Er nahm die Kabinettsräte Uhden und Müller nach Petersburg mit um in vertraulichen Unterhandlungen eine Milderung der Grenzsperre durchzusetzen und unterstützte beide mit der ganzen Macht seiner Beredsamkeit.**) Ein befriedigender Abschluß wurde noch nicht erreicht, obgleich der Zar seinem königlichen Gaste zu Ehren die nach Sibirien verbannten preußischen Schmuggler begnadigte, und man trennte sich schließlich nicht ohne Verstimmung. Im August, bald nach der Heimkehr des Königs, befahl eine Kabinettsordre die Befestigung Königsbergs und des Städtchens Lötzen in der masurischen Seelandschaft; auch Memel und einige andere kleine Plätze an der Ostgrenze sollten Festungswerke erhalten. Der Plan war längst vorbereitet, denn unleugbar hatte der alte König über der Sorge um Deutschlands Westgrenze die Ostmarken militärisch vernachlässigt; das gesamte preußische Land östlich der Weichsellinie entbehrte der Festungen, und sobald General Boyen das Kriegsministerium übernahm, schritt er sofort daran, das seiner geliebten Heimat angetane Unrecht zu sühnen. Daß Preußen dem mächtigen polnischen Festungsdreieck der Russen einige Bollwerke entgegenstellte, konnte an der Newa billigerweise nicht befremden. In diesem Augenblicke aber erschien die Kabinettsordre wie eine Antwort auf den Petersburger Empfang, und man hielt das Verhältnis zwischen den beiden Nachbarhöfen überall für unfreundlicher als es war.

Auf der Heimreise verweilte der Monarch einige Tage in Königsberg. Er wußte, hier sei „im Volke ein Grund edelster Gesinnung und uralter Treue wie vielleicht in keinem anderen Lande". Darum kam er in den ersten sechs Jahren seiner Regierung fünfmal nach Ostpreußen, in der aus-

*) Liebermanns Bericht, 19. April 1842.

**) Bülow an Rauch, 20. Aug. 1842.

gesprochenen Absicht durch königliche Großmut, durch rückhaltlose Offenheit dies geliebte Volk ganz für seine Krone zu erobern. Diesmal erschien er verstimmt, nicht bloß wegen der anwachsenden Partei Jacobys, sondern auch wegen der Universität, die ihm als langjährigem Rektor besonders nahe stand. Vor kurzem war der Mecklenburger Hävernick, ein gelehrter Theolog von der strengsten Hengstenbergischen Schule, durch Minister Eichhorn nach Königsberg berufen worden, damit die Exegese des Alten Testaments nicht dem liberalen Lengerke allein überlassen bliebe. Hävernick stand im Geruche eines Denunzianten, denn als blutjunger Student hatte er einst der Evangelischen Kirchenzeitung jene Kollegienhefte von Gesenius und Wegscheider mitgeteilt, aus denen nachher Gerlach sich die Waffen zur Bekämpfung der Hallischen Rationalisten schmiedete;*) und trotz der langen Jahre seither wollte man ihm diesen häßlichen Streich jugendlicher Glaubenswut noch immer nicht verzeihen. Die Studentenschaft, die fast durchweg aus Ostpreußen, nebenbei noch aus einigen allezeit lärmlustigen Polen bestand, fühlte sich in ihrem Provinzialstolze beleidigt und bereitete dem Neuberufenen einen so stürmischen Empfang, daß er auf lange hinaus seine Vorlesungen einstellen mußte; nachher brachten die jungen Leute seinem Gegner Lengerke als dem Vertreter freier Wissenschaft ein Ständchen, und der Gefeierte erwiderte wohlgefällig, diese Huldigung gelte nicht ihm, sondern dem Geiste seiner Lehre. Anfangs wollte Friedrich Wilhelm kaum glauben, daß „meine Studenten" sich solcher Ungebühr erdreistet, „mein Senat" sie ungestraft gelassen hätte; er drohte im ersten Zorne den Purpurmantel der Albertina abzulegen.**) Als er in Königsberg eintraf hatte er sich schon etwas beruhigt; er belobte die Provinzialstände wegen der würdigen Haltung des Landtags, an die Dekane der Universität richtete er aber eine höchst ungnädige Ansprache, die in den Zeitungen sogleich dermaßen entstellt wurde, daß die Minister sich zu amtlichen Berichtigungen genötigt sahen.***) Der letzte Eindruck war sehr peinlich. Die Ostpreußen dankten dem Monarchen seine Liebe wenig. Sie fanden es unköniglich, daß er auch in kleinen Dingen regieren wollte; die beständige Väterlichkeit ward ihrem Selbstgefühle lästig.

Glücklicher verlief gleich darauf die Reise des Königs in die westlichen Provinzen. Mochte er nun in Minden mit freundlichen Worten dem alten Vincke den schwarzen Adlerorden überreichen oder den Ravensbergischen Geistlichen einschärfen, alle Furcht vor der freien Forschung sei Glaubensschwäche, oder in Hamm „mit überfließendem Herzen" auf das Wohl der treuen Grafschaft Mark trinken, oder den Bürgern von Barmen danken für die einst dem Kronprinzen gewährte Gastfreundschaft: überall zeigte er sich gütig, hochgemut, enthusiastisch erregt; es war als ob ihn ein wonniger Traum um-

*) s. o. III. 405.

**) König Friedrich Wilhelm an Schön, 6. Dez. 1841.

***) Arnim an Thile, 19. Okt.; Stolberg an Arnim, 21. Okt. 1842.

fange. Zu den Manövern der beiden westlichen Armeekorps sodann kamen Offiziere aus fast allen Ländern Europas, mehrere der benachbarten Fürsten erschienen persönlich; nur der Großherzog von Baden entschuldigte sein Ausbleiben, er durfte sich von den liberalen Kammerrednern nicht nachsagen lassen, daß er preußischen Ratschlägen folge.*) Von den kriegerischen Übungen reiste der König alsdann zu dem Feste der zweiten Grundsteinlegung des Kölner Doms. Auch Sulpiz Boisserée wollte an seinem Ehrentage nicht fehlen, und wie erstaunte er, da er nach langjähriger Abwesenheit die Heimat wiedersah; alles war anders geworden unter der preußischen Herrschaft, die wieder aufgeblühten alten Städte und der mächtige Verkehr auf dem befreiten Strome, anders auch die Gesinnung des Volkes. Einst in den napoleonischen Zeiten hatten die Kölner über ihn die Achseln gezuckt, wenn er ihnen von der Erhaltung ihres ewigen Domes sprach, und es keineswegs befremdlich gefunden, daß der französische Bischof Berdollet die alte gotische Steinmasse ganz abzutragen dachte; jetzt drückten alle dem Herausgeber des Dombwerkes freudig die Hand, alle meinten, den unvergleichlichen Bau wiederherzustellen sei eine Ehrenpflicht der Provinz. Und daß es so stand, daß die Rheinländer ihrer eigenen großen Vorzeit wieder liebevoll in die Augen zu sehen wagten, das verdankten sie der Krone Preußen, die dies Land seinem halbwelschen Sonderdasein entrissen und in die Strömung des nationalen Lebens zurückgeleitet hatte.

Gedanken, die aus der Literatur verschwinden, klingen in den Sitten der Gesellschaft oft noch lange nach; so waren auch die romantischen Stimmungen, obgleich die Chorführer der Dichtung längst andere Wege gingen, am Rheine noch sehr mächtig. Eben in diesen Jahren sang Karl Simrock unter dem Jubel seiner Landsleute die schalkhafte Warnung vor dem Rhein:

An den Rhein, an den Rhein, zieh nicht an den Rhein,
Mein Sohn, ich rate dir gut.
Da geht dir das Leben zu lieblich ein,
Da blüht dir zu freudig der Mut.

Niemals früher waren die alten Gemäuer der rheinischen Schlösser so viel besucht und gepriesen worden wie jetzt, da die neuen Dampfboote täglich weinseliges junges Volk, Maler aus Düsseldorf, Studenten aus Bonn, Sänger aus Köln rheinaufwärts führten. Prinz Friedrich von Preußen ließ den Rheinstein, Bethmann-Hollweg die Burg Rheineck wieder aufbauen, Graf Fürstenberg auf dem Apollinarisberge die weithin das Stromtal beherrschende prächtige gotische Kirche errichten; auf den Mahnruf Ferdinand Freiligraths, der in Unkel beim roten Bleichert glückliche Dichtertage verträumte, wurden Sammlungen veranstaltet, um den eingestützten Fensterbogen der Burg Rolandseck herzustellen; bald nachher entstand auch der Königsstuhl von Rhense aus seinen Trümmern wieder. Aus diesen

*) Radowitz' Bericht, 20. Aug. 1842.

romanisch-ästhetischen Gefühlen war die Begeisterung für den Kölner Dom ursprünglich hervorgegangen; mit ihnen verbanden sich späterhin der rheinische Provinzialstolz und der katholische Glaubenseifer, die der Bischofsstreit so mächtig erregt hatte, und neuerdings, zumal seit dem Kriegslärm des Jahres 1840 auch das deutsche Nationalgefühl. Als Görres einst im Rheinischen Merkur aussprach, dieser unfertige Riesenbau sei ein Vermächtnis, das die großen alten Kaiserzeiten dem wiederbefreiten neuen Deutschland zur Vollendung hinterlassen hätten, da hörten ihn nur wenige. Jetzt sprach jedermann im gleichen Sinne: eben hier auf dem vielumstrittenen linken Ufer wollte man den Welschen zeigen was Kraft und Einmut der Germanen vermöchten. Wie die halbverschollene Kyffhäusersage erst in diesen Jahrzehnten durch Rückerts Gedicht neues Leben gewann, so kamen jetzt altertümlich klingende Domsagen in Umlauf, von denen sich das Mittelalter nichts hatte träumen lassen, allesamt echte Kinder der vaterländischen Sehnsucht des jüngsten Geschlechts: der alte Krahn auf dem Stummel des Turmes war „ein riesig Fragezeichen", ein Symbol der Zerrissenheit des Vaterlandes; erst wenn er dereinst verschwunden war und die beiden Türme vollendet in die Lüfte ragten, dann sollte der Traum der Jahrhunderte, die Einheit Deutschlands in Erfüllung gehen.

Und nun geschah was einst Schenkendorf*) geweissagt:

Und gefunden ist der Meister
Und der alte Bann gelöst,
In die Herzen, in die Geister
Neue Lust zum Werk geflößt.

Der Dombaumeister Zwirner, ein Schlesier aus Schinkels Schule überreichte dem Könige einen wohldurchdachten fertigen Plan für den Ausbau des gesamten Domes, ein riesiges Unternehmen, daß selbst Boisserée früherhin für unmöglich gehalten hatte. Unterdessen traten die Bürger Kölns zusammen das Werk zu fördern. Anfangs konnten sie sich nicht einigen, weil manche eifrige Katholiken meinten: solange der Stuhl des Oberhirten im hohen Chore leer stehe dürfe man keine Hand regen. Da trat der junge August Reichensperger ins Mittel, selbst ein strenger Klerikaler, aber zugleich ein guter Preuße und warmer Bewunderer der alten rheinischen Kunst; er mahnte seine Landsleute in einer beredten Flugschrift, alle Späne zu vergessen und den günstigen Augenblick des Thronwechsels zu benutzen. So ward der Widerstand überwunden und der große Dombauverein gegründet, der gleich der St. Peters-Brüderschaft des Mittelalters für den Ausbau des Gotteshauses sammeln und arbeiten sollte. Nichts konnte dem Könige willkommener sein. Seit er einst, von Boisserée geführt, zum ersten Male durch das Steinlaubwerk des Chorumgangs gewandert war, alle diese Jahre hindurch hatte ihn die Hoffnung den Wieder-

*) Vgl. o. II. 45.

aufbau der Marienburg noch zu überbieten, in seinen Träumen beschäftigt. Er übernahm sofort das Protektorat des Domvereins und bestimmte 50 000 Taler aus Staatsmitteln jährlich für den Fortbau. Die gleiche Summe etwa dachte man aus freiwilligen Beiträgen zu gewinnen; und da Zwirner die Gesamtkosten auf 5 Mill. anschlug, so hielten selbst hoffnungsvolle Schwärmer für wahrscheinlich, daß erst das zwanzigste Jahrhundert die gänzliche Vollendung erleben könnte.

Am 4. September wurde der zweite Grundstein gelegt, fast volle sechshundert Jahre nachdem einst Erzbischof Konrad von Hochstaden den Bau des hohen Chores begonnen hatte; die zerrissene Kette der Zeiten sollte sich wieder schließen. Der König besuchte zuerst den Gottesdienst in der protestantischen Kirche; denn heute am wenigsten wollte er seinen evangelischen Glauben verbergen, dieser Bau war ihm ein Werk des Brudersinnes aller Bekenntnisse. Darauf fuhr er zum Hochamt in den Dom; und als er dann draußen im Freien, umgeben von der Schar seiner fürstlichen Gäste, von der Klerisei und einem glänzenden Gefolge, von dem Dombauvereine und einer ungeheueren Zuschauermenge, den Hammer erhob um den Grundstein zu legen, da entlud sich die Begeisterung seiner Künstlerseele wieder in einer prächtigen Rede: „Hier wo der Grundstein liegt, dort mit jenen Türmen zugleich, sollen sich die schönsten Tore der ganzen Welt erheben. Deutschland baut sie, so mögen sie für Deutschland durch Gottes Gnade Tore einer neuen, großen, guten Zeit werden. Der Geist, der diese Tore baut . . . ist der Geist deutscher Einigkeit und Kraft. Ihm mögen die Kölner Dompforten Tore des herrlichsten Triumphes werden! Er baue, er vollende! Und das große Werk verkünde den spätesten Geschlechtern von einem durch die Einigkeit seiner Fürsten und Völker großen, mächtigen, ja den Frieden der Welt unblutig erzwingenden Deutschland! Der Dom von Köln, das bitte ich von Gott, rage über diese Stadt, rage über Deutschland, über Zeiten, reich an Menschenfrieden, reich an Gottesfrieden, bis an das Ende der Tage!" Und mit der Sicherheit des geborenen Redners die Empfindungen seiner rheinischen Hörer richtig herausfühlend, rief er zum Schluß „das tausendjährige Lob der Stadt: Alaf Köln!" Ein unbeschreiblicher Jubel folgte diesen Worten, wie einst der Königsberger Rede; aufs neue erbrauste der Beifallssturm, als nunmehr der alte Krahn droben in Bewegung geriet und der erste Baustein auf den Turm emporschwebte. Auch auf dem Festmahle nachher, das siebenhundert Gäste des Königs unter einem großen Zelte vereinigte, herrschte die helle Freude; alte Männer fielen einander weinend in die Arme und priesen sich glücklich diesen Tag noch zu erleben, Friedrich Wilhelm selbst überschüttete den aus dem Getümmel herangeholten Sulpiz Boisseree mit dankbarer Huld. Am Abend war die Stadt mit ihren malerischen Türmen festlich beleuchtet — ein unvergeßlicher Anblick für die Tausende, die auf reichbeflaggten Dampfern den Rhein auf und nieder fuhren.

Unter den namhaften Gästen war wohl nur einer, den die allgemeine Glückseligkeit kalt ließ: Fürst Metternich. Der stand derweil der König redete in dessen nächster Nähe und zog einen langen Kamm aus der Tasche um sich bedächtiglich sein gelichtetes Haar vom Hinterkopf nach vorn zu strähnen. Nicht ohne Ironie betrachtete er jetzt seinen königlichen Verehrer, der alles in Unruhe bringe und immer sich selber ins Licht zu stellen suche; vor Vertrauten bespöttelte er diese Siege auf Schlachtfeldern, wo kein Blut vergossen würde, und meinte, man wisse nicht, ob der hohe Herr sich selbst oder andere mehr berausche. Leider lag ein Körnlein Wahrheit in diesem boshaften Urteile. Friedrich Wilhelms Reden waren, wie der Bildhauer Rietschel mit kongenialem Verständnis nachfühlte, echte Kunstwerke, nicht gemacht, sondern geworden, unmittelbare Ergießungen seines bewegten Inneren und eben darum, wie der Geist des Redners selbst, ohne klaren politischen Inhalt, jeder Deutung und Mißdeutung fähig. Gründlicher als hier in Köln war der königliche Redner noch niemals mißverstanden worden. Der junge Poet Robert Prutz sang ihm zu:

Herr, die Geschichte drängt, die Räder rollen,
Und wollt' es Gott, Gott selber hielt sie nicht . . .
So sprich das Wort zum zweiten Dombaufeste,
Sprich aus das Wort: Konstitution!

Und wenn auch nur ein kleiner Teil seiner Hörer so bestimmte liberale Wünsche hegen mochte, so glaubten doch alle, daß er mit seinen verheißungsvollen Worten eine ganz neue Ordnung der Dinge ankündigen wolle, eine Zeit der Erfüllung, die dem Freiheits- und Einheitsdrange der Nation endlich gerecht werden müsse. Er aber meinte, das einige, den Frieden unblutig erzwingende Deutschland hätte sich ja schon vor zwei Jahren vor aller Welt bewährt, und dachte weder den Bundestag noch die Souveränität der kleinen Kronen jemals anzutasten.

Sobald die Nation den wahren Sinn der königlichen Worte zu erraten begann, mußte der patriotische Hoffnungsrausch der Festtage verfliegen. Aber die Begeisterung für den Dombau hielt an. Rascher als man zu hoffen gewagt schritt die Arbeit vorwärts. Meister Zwirners Bauhütte wurde eine hohe Schule der bildenden Künste für unseren Westen; Männer wie Statz und F. Schmidt gingen aus ihr hervor, große Talente, die das Werk der Vorfahren „nach Zirkels Kunst und Gerechtigkeit" weiterführten und doch die überlieferten Formen, den Gefühlen des neuen Jahrhunderts gemäß, leise umbildeten; nur in den massenhaften Skulpturwerken des Bildhauers Fuchs verriet sich oft die Flüchtigkeit überhasteten Schaffens. Die reichsten Spenden gab wie billig das Rheinland, selbst die Studenten in Bonn hatten einen akademischen Domverein gebildet; aber auch aus Berlin und anderen entlegenen Städten kamen reiche Beiträge. Unter den Eifrigsten war König Ludwig von Bayern. Er sprach die Hoffnung aus, daß „seiner Bayern Mitwirkung"

nicht fehlen werde wo es gelte „teutschem Sinn und teutscher Eintracht ein großartiges Denkmal zu setzen", und bemühte sich einen Dombauverein deutscher Fürsten zu bilden. Da dieser Plan an den protestantischen Bedenklichkeiten der Höfe von Stuttgart und Kassel scheiterte, so ging der Wittelsbacher allein vor und stellte der unter seiner Herrschaft wieder aufgeblühten Kunst der Glasmalerei eine würdige Aufgabe; die herrlichen Fenster, die er dem südlichen Seitenschiffe schenkte, konnten den Vergleich mit der glühenden Farbenpracht der Werke des Mittelalters beinahe aushalten. Es war ein schöner Wetteifer; die Mehrheit der Nation ließ sich in ihrer politischen Hochherzigkeit nicht beirren durch die leider sehr nahe liegende Frage: ob denn die Priester dieses Domes sich selbst bekennen würden zu dem Geiste christlicher Liebe, der den königlichen Protektor des Baues beseelte?

Nur die alten Rationalisten und die jungen Atheisten überschütteten das Unternehmen mit Spott und Hohn. Der halbverschollene greise Bretschneider in Gotha zeterte wider den Kölnischen Pfaffengeist, da ja Görres soeben in einer warmen und ausnahmsweise friedfertigen Schrift seinen alten Weckruf erneuert hatte. David Friedrich Strauß faßte einen grimmigen, geradezu persönlichen Haß wider den Dombau, denn nach seiner Meinung wohnte „der Gott in keinen Tempeln mehr". Heine aber weissagte mit wiehernder Schadenfreude:

Er wird nicht vollendet trotz allem Geschrei
Der Raben und der Eulen,
Die altertümlich gesinnt so gern
In hohen Kirchtürmen weilen.

Er weidete sich an dem Gedanken, daß man das Gotteshaus dereinst noch in einen Pferdestall verwandeln würde. So gänzlich hatte er an der Seine Fühlung mit seinem verlassenen Volke verloren. Die geborenen Franzosen dachten anders; ihrer viele gestanden mit stillem Neide: zu einem solchen Werke, dessen das zerrissene Deutschland sich erdreiste, würde romanischer Opfermut schwerlich ausreichen.

Noch einige Wochen verweilte der König am Rhein, schwelgend in den historischen und künstlerischen Reizen des Landes. Überall riß er die warmherzigen Massen hin; selbst die gegen alles preußische Wesen noch sehr mißtrauischen Aachener fühlten sich geehrt als er in gütiger Ansprache ihre Treue lobte. Darauf gab er in Brühl, dem lieblichen Rokokoschlosse der Kölnischen Kurfürsten seinen hohen Gästen nochmals ein Fest und feierte in seinen Trinksprüchen erst die beiden Helden des Befreiungskrieges, die Könige von Württemberg und Niederland, alsdann, an die alte Waffenbrüderschaft erinnernd, den Erzherzog Johann, dessen Name „uns anwehe wie die Bergluft der Hochalpen". In Deutschland war der greise Erzherzog so gut wie unbekannt, von den wenig glücklichen Kriegstaten seiner Jugendjahre sprach längst niemand mehr. In der

Hofburg dagegen galt er für verdächtig; das alte grundlose Märchen, daß er in den napoleonischen Tagen sich ein Alpenkönigreich Rhätien hätte schaffen wollen, fand dort noch immer Glauben. Seit Jahren lebte er dem Hofe fern in der Steiermark, ein rüstiger Landwirt und Gemsjäger, mit vielen Gelehrten und Künstlern befreundet, eifrig bemüht um die wissenschaftlichen Sammlungen der steirischen Hauptstadt. Er sah aus wie ein schlichter Bauersmann, und die seinem Hause eigentümliche Kunst der gemütlichen Anbiederung verstand er aus dem Grunde; auch wußte man, daß er sich unter Freunden zuweilen mit dem Unmute des gebildeten Mannes über die Torheiten der k. k. Zensur äußerte. So gelangte er unverdientermaßen in den Ruf eines Oppositionsführers; noch lauter ward seine Freisinnigkeit gepriesen, als er sich in die Tochter eines einfachen Posthalters verliebte und dies wackere Kind heimführte, denn der gefühlvolle Liberalismus jener Tage schwärmte für Mißheiraten ganz so treuherzig wie die Putzmacherinnen und die Ladenmädchen. Auf den Trinkspruch des Königs dankte der Erzherzog tiefgerührt und schloß etwa also: „Solange Preußen und Österreich, solange das übrige Deutschland soweit die deutsche Zunge klingt einig sind, werden wir unerschütterlich dastehen wie die Felsen unserer Berge." Wunderbar war die Wirkung dieser unschuldigen Worte; den Zeitgenossen schien es ganz unerhört, daß ein Erzherzog in Gegenwart Metternichs, und mit den Worten des verfemten Arndtschen Vaterlandsliedes die Einigkeit Deutschlands gepriesen hatte. Sofort wurde der alte Herr ein berühmter Mann; die Zeitungen versicherten, er hätte gesagt: kein Österreich, kein Preußen mehr! ein einig Deutschland hoch und hehr, ein einig Deutschland fest wie seine Berge! In Nationen, die einer großen Entscheidung entgegenzittern, walten die Kräfte der Mythenbildung mit rätselhafter Stärke; sie warfen sich jetzt auf den Österreicher und gestalteten ihn zu einem volkstümlichen Helden, ganz wie die Italiener sich bald nachher ein phantastisches Idealbild von dem liberalen Papste Pius IX. aufbauten. Der neckische Humor der Weltgeschichte war damit noch nicht erschöpft; die Zeit sollte kommen, da Erzherzog Johann zur Belohnung für einen Trinkspruch, den er so nicht gehalten, an die Spitze der deutschen Nation berufen wurde.

Nach dem Brühler Festmahle rastete Friedrich Wilhelm eine Weile auf seinem Stolzenfels. Dann ging er nach Trier, wo ihn die alten Erinnerungen wieder zu einer Rede begeisterten. Als er darauf nach Saarbrücken, an die äußerste Westgrenze seines Reiches kam, da stieg das Bild der fernen Ostmark vor seiner Seele auf, das Bild der anderen Grenzstadt, wo er erst vor zwei Monaten, von Rußland heimkehrend gelandet war. Für dies Memel hegte er stets eine Passion, wie er sagte; dort waren ihm einst frohe Knabentage vergangen, dort hatte er so oft am Strande geträumt, wenn die Dünenreihe der Nehrung im geheimnisvollen

Dämmerscheine der langen nordischen Sommernächte wie ein goldgrüner Schleier über dem Meere lag. In sinnigen Worten faßte er jetzt zusammen was er für den Osten wie für den Westen seiner Lande empfand, und trank auf das Wohl der beiden Städte Saarbrücken und Memel. So wand er sich Rose auf Rose in den Kranz seines Lebens. Er bedurfte des Glückes; in solchen Tagen poetischer Wanderfreuden sprühte er von Geist und Leben. Der Eindruck war so blendend, daß selbst der nüchterne König von Württemberg ganz bezaubert von den rheinischen Festen heimkam, und der Gesandte aus Stuttgart ehrlich berichtete: „wenn Seine Majestät überhaupt ein Herz für irgend jemand auf der Welt haben, so ist es Euerer Majestät zugewandt.“*)

Auch außerhalb des Rheinlandes erwarb sich Friedrich Wilhelm durch diese Festreden für kurze Zeit wieder die Gunst des Volkes; denn überall in Deutschland herrschte während des heißen Sommers von 1842 eine gehobene patriotische Stimmung. Mehr noch als die Freude an dem großen rheinischen Nationalwerke beschäftigte die deutschen Herzen die gemeinsame Teilnahme für das unglückliche Hamburg. Am 5. Mai, als man grade die neue Eisenbahn nach Bergedorf festlich zu eröffnen dachte, wurde die Hansestadt von einem ungeheueren Brande heimgesucht. Drei und einen halben Tag hindurch wüteten die Flammen; an zweitausend Häuser, mehr als ein Fünftel der Stadt, sanken in Asche, darunter alle die prächtigen neuen Gebäude des Jungfernstiegs an dem Wasserbecken der Alster; fast zwanzigtausend Menschen verloren ihr Obdach, den Schaden schätzte man auf 45 Millionen Taler. Das grauenhafte Schauspiel erinnerte an die Sagen des Altertums. Ein Funkenregen, wie er einst auf Pompeji herabsank, wurde vom mißgünstigen Winde weithin über die Stadt getragen; in mächtigen Springquellen stieg der brennende Sprit aus den großen Weinlagern auf und nieder, das Wasser der Fleete mit blauen Flämmchen bedeckend; die schreckliche Hitze und ein feiner Staub, der wie glühendes Mehl in alle Poren drang, benahmen den Menschen fast die Sinne. Zu Anfang betrugen sich die Behörden schwach und kopflos; auch die Bürger zeigten die allen Großstädtern bei Feuerlärm eigentümliche Gleichgiltigkeit und vertrauten blindlings auf ihre gerühmten Löschanstalten. Die Größe der Gefahr ward erst erkannt, als der hohe Turm der Nikolaikirche jählings auf das Kirchendach herabstürzte, mit seinen umherfliegenden Trümmern alle Häuser ringsum entzündend, und sein schönes Glockenspiel im Herabfallen wie in wahnsinniger Verzweiflung grelle Mißtöne erklingen ließ. Nun erst erlaubte der Senat, daß unter der Leitung des verdienten englischen Ingenieurs Lindley ganze Häuserreihen in die Luft gesprengt oder mit Kanonen zusammengeschossen wurden, sogar das ehrwürdige Rathaus, wo der Senat ein halbes Jahr-

*) Rochows Bericht, 25. Sept. 1842.

tausend hindurch getagt hatte. Am dritten Tage hatten sich die Bürger an die Gefahr gewöhnt und, obwohl auch ihre älteste Kirche, St. Petri noch in Trümmer fiel, doch die Hoffnung gewonnen, daß die Stadt nicht ganz verloren sei; mit wachsender Zuversicht und zuletzt in trefflicher Ordnung führten sie den Kampf zu Ende.

Wie immer, wenn die Sterblichen vor der Macht der Elemente ihre Kleinheit fühlen, traten alle edlen und alle gemeinen Kräfte der menschlichen Natur zugleich zu Tage. Wenn die Pulverwagen durch die brennenden Straßen fuhren, dann setzten sich manche wackere Bürger-Artilleristen freiwillig auf die Pulverfässer um sie mit ihrem Leibe gegen die umherstiebenden Funken zu decken. Aber auch der berüchtigte Pöbel vom Hamburger Berge und Massen wüsten Gesindels vom Lande her waren zusammengeströmt; die Unholde umtanzten die Flammen mit viehischem Gejohle, hielten ihre Saufgelage in den brennenden Häusern, raubten, plünderten, zerstörten nach Herzenslust; und das Bürgermilitär, das sich überhaupt in dieser ernsten Probe weit besser hielt als sonst auf den Exerzierplätzen, mußte mehrmals, mit den Linientruppen vereint, den scheußlichen Banden Straßengefechte liefern. Selbst ruhige Männer wurden krankhaft aufgeregt durch den finsteren Argwohn, der bei solchem Unheil selten ausbleibt. Die Engländer stecken die Stadt an — so hieß es überall, denn die große Maschinenfabrik auf dem Grasbrook beschäftigte viele englische Arbeiter, die den einheimischen längst verhaßt waren; und manche Leute von englischem Aussehen, auch der junge Dichter Friedrich Hebbel sahen sich von der erhitzten Menge schwer bedroht. In der langen Untersuchung nachher wurde jedoch kein einziger Fall von Brandstiftung nachgewiesen, auch die erste Ursache des Unglücks blieb immer verborgen. Als die Gefahr überwunden war, da zeigte sich erst, was Deutschland an dem Reichtum und dem Bürgersinne seiner ersten Handelsstadt besaß. Schon nach wenigen Tagen erklärte man den benachbarten Regierungen zuversichtlich: für den Geldverlust könne die Stadt allein aufkommen.*) Der Stolz der Kaufmannschaft, die neue Börse, war unter der Hut beherzter Männer unversehrt geblieben inmitten der Trümmer; die Bank hatte ihre Schätze gerettet und das Abschreiben nicht einen Tag lang eingestellt, auch in den Häfen war die Arbeit nicht gänzlich unterbrochen worden. Salomon Heine, der reiche Oheim des Dichters setzte durch daß der Disconto nicht über vier vom Hundert steigen durfte; zwanzig Firmen bildeten alsbald eine Darlehnsgesellschaft mit 12 Millionen Mark Banco Capital, und im August schon konnte die Stadt eine große Anleihe zu 3 Prozent aufnehmen. Nun wurden die weiten Trümmerfelder abgeräumt, wobei man noch zehn Wochen nach dem großen Brande in manchen Kellern fortschwelendes Feuer fand, die zerstörten Straßen

*) Thiles Bericht an den König, 16. Mai 1842.

schöner und stattlicher wieder aufgebaut, die Häfen erweitert, neue Verbindungen mit dem linken Elbufer eingerichtet.

So erfüllte sich was Schenkendorf in der Trübsal der napoleonischen Herrschaft vorhergesagt: man sah in jungen Ehren den Phönix Hamburg wieder. Doch die Not lehrt nicht bloß beten, sie lehrt auch in sich gehen und um sich blicken. Die politischen Gebrechen des unbehilflichen altväterischen Gemeinwesens waren in den Schreckenstagen doch gar zu fühlbar geworden; bald nachher beschloß die angesehene Patriotische Gesellschaft, auf den Antrag des Publizisten Wurm, des Doktors Kirchenpauer und anderer jüngerer Bürger, den Senat um Trennung von Rechtspflege und Verwaltung, um ein freieres Wahlverfahren in den städtischen Kollegien, endlich um Verbesserung des verwahrlosten Polizeiwesens zu bitten. Der alte Bürgermeister Bartels aber und die Mehrzahl der Senatoren erklärten diese bescheidenen Wünsche für jakobinisch, und da auch die Mehrzahl der Bürgerschaft, ganz dahingenommen von wirtschaftlichen Sorgen, für politische Fragen jetzt keinen Sinn hatte, so kam von allen geplanten Reformen nur die eine zu stande, daß die Juden fortan überall in der Stadt, nicht wie bisher nur in bestimmten Stadtvierteln wohnen durften. Nach wenigen Jahren sollten sich diese politischen Unterlassungssünden schwer bestrafen.

Bei dem Wiederaufbau der Stadt half die gesamte Nation brüderlich mit. Schon während des Brandes eilten aus allen deutschen Nachbarstaaten Truppen und Löschmannschaften herbei, und auch nachher kam die beste Hilfe, wie billig, aus Deutschland, obgleich die gesamte gesittete Welt, namentlich das mit dem großen Freihafen der Elbe durch so mannigfache Interessen verbundene Nordeuropa reiche Beiträge spendete. Vorräte aller Art wurden elbabwärts gebracht, so daß die kleinen Leute in Hamburg, die nur wenig verloren aber jetzt viel zu verdienen hatten, nach dem Brande fast besser lebten denn zuvor; an barem Gelde sendete das noch immer arme Binnenland in wenigen Monaten mehr denn 1,6 Mill. Mark Banco. Selbst im Süden, wo man die Hansestädte wegen ihrer Handelspolitik wenig liebte, bekundete sich das Mitgefühl in manchen rührenden Zügen; in Heidelberg bildeten sogar die Dienstmädchen einen Hilfsverein. Und alle diese Werke der Barmherzigkeit verklärte der patriotische Gedanke. Zahllose Gedichte und Aufrufe sprachen aus: durch den Kölner Dom und den Wiederaufbau Hamburgs müßten die Deutschen zeigen, daß sie als Landsleute in Freud und Leid zusammenstünden. Der Naturdrang der nationalen Einheit wallte kräftig auf, und ganz im Sinne seines Volkes sang Hoffmann von Fallersleben:

Ja in Hamburgs Feuerscheine
Tat uns Gott die Wahrheit kund,
Und des Neubaus erste Steine
Sind der neue deutsche Bund.

Auch der König von Preußen nahm an dem Werke der Barmherzigkeit freudig teil. Er half durch seine Truppen die Ordnung aufrecht halten, schickte den Oberpräsidenten Flottwell hinüber um selbst nachzusehen wo Hilfe not täte, spendete, wie die meisten anderen deutschen Fürsten ein großes Geldgeschenk, ließ überall in seinem Staate eine Haus- und Kirchenkollekte veranstalten, weil er glaubte, daß seine Preußen diese Not „als gemeinsame Not empfinden würden", und da die vom Bundestage so oft verfolgte Buchhandlung von Hoffmann und Campe durch den Brand schwer gelitten hatte, so erlaubte er, daß ihre Verlagswerke, die in Preußen erst kürzlich wieder in Bausch und Bogen verboten worden waren, fortan frei umlaufen durften. Diese Gnade rechnete man ihm hoch an, weil sie der liberalen Sache zu gute kam, und nur wenige bedachten, welch eine Willkür doch in solcher Gemütlichkeit lag.

Vom Rhein reiste der König zu seinen treuen Neuenburgern, die ihm vor kurzem jubelnd gehuldigt und dafür die altherkömmliche Zusage erhalten hatten, daß er die Landschaft nie veräußern, ihre Rechte allezeit wahren würde. Mit allem monarchischen Pomp empfing der Kanton seinen Fürsten; die Glocken läuteten, auf den Triumphbogen wehten preußische und neuenburgische, nur selten ein schweizerisches Banner. Die amtliche Welt dachte durchaus royalistisch, vom jüngsten Leutnant bis hinauf zu Baron Chambrier, dem einflußreichsten Manne des Fürstentums; auch die Massen bekundeten lebhafte Freude, denn die im stillen angewachsene aber noch führerlose radikale Partei hielt sich scheu zurück. So empfing der König die allergünstigsten Eindrücke und sagte oft: auf keine meiner Untertanen bin ich so stolz. Er ahnte nicht, wie bald das Schicksal ihn fragen sollte, ob er der Mann sei diesen Getreuen seinen Eid zu halten. —

Während aller dieser Reisen beschäftigte den König fortwährend die Ausbildung der seinem Herzen so teuren ständischen Institutionen. Beglückt durch den friedlichen Verlauf der letzten Landtage, hatte er bereits im Frühjahr die Absicht ausgesprochen, die neu gebildeten ständischen Ausschüsse, die noch in keiner Provinz ihre Tätigkeit begonnen hatten, schon in diesem Jahre insgesamt als Vereinigte Ausschüsse nach Berlin zu berufen. Ein zwingender Grund lag freilich nicht vor; man wußte nicht einmal, womit sich die Ausschüsse beschäftigen sollten. Friedrich Wilhelm fühlte sich jedoch in der Stimmung eines glücklichen Vaters, der es nicht erwarten kann seinen wohlgeratenen Kindern eine frohe Überraschung zu bereiten. Als am 11. Juni das Staatsministerium mit der ständischen Kommission zu gemeinsamer Besprechung zusammentrat, da zeigte sich fast jedermann ratlos. Niemand verstand recht, was diese Ausschüsse eigentlich bedeuteten. Sie waren, wie es die Verordnung vom 22. Mai 1815 für die künftigen Reichsstände vorschrieb, „aus den Provinzialständen gewählt." Waren sie nun selber die damals verheißene Landesrepräsentation, oder sollten sie nur über Fragen, die der

Monarch ihnen nach freiem Ermessen vorlegte, unmaßgebliche Ratschläge erteilen? Der König meinte unzweifelhaft das letztere, er dachte nach seiner patriarchalischen Weise die Preußen erst durch die Schule der Ausschuß-Beratungen zu erziehen um ihnen späterhin noch größere ständische Rechte zu gewähren. Doch wer konnte die Ratschlüsse dieser geheimnisvollen Staatskunst ergründen?

Sehr nachdrücklich erklärte sich der Thronfolger wider das Vorhaben des Königs. Dem klaren Blicke des Prinzen von Preußen entging nicht, wie unbedacht man das Volk erregte und die Hoffnungen der anwachsenden konstitutionellen Partei aufstachelte, wenn immer nur Tropfen für Tropfen kleine Gewährungen aus dem verborgenen Borne königlicher Gnade herniedersickerten. Ihm lag vornehmlich an einer ruhigen, stetigen Entwicklung. Darum, so sprach er, solle man nur erst die neuen Ausschüsse der einzelnen Provinziallandtage in Wirksamkeit setzen und abwarten wie sie sich bewährten. Was könne eine verfrühte Berufung der Vereinigten Ausschüsse, ohne einen erheblichen Gegenstand der Beratung, anders bewirken als falsche Erwartungen? Besser also, man verschiebe die Einberufung bis man wichtige Gesetzentwürfe vorzulegen habe; dann biete sich von selbst die rechte Gelegenheit, um die lange Reihe der ständischen Versprechungen endlich abzuschließen und ganz bestimmt zu erklären: „daß das Gebäude der ständischen Einrichtungen hiermit vollendet und eine weitere Konzession nicht zu erwarten sei." Die Meinung des Prinzen ging demnach dahin, daß die Vereinigten Ausschüsse, nachdem sie einmal leider durch den Befehl des Königs geschaffen waren, dereinst als die Versammlung der Reichsstände anerkannt und mit sehr bescheidenen Rechten ausgestattet werden sollten. In ähnlichem Sinne äußerte sich der zunächst beteiligte Minister des Innern Graf Arnim. Doch auf die Meinung der Minister kam in diesen Jahren wenig an. Der Monarch regierte nicht nur selbst; er verstand auch die Dinge also einzufädeln, daß seine Ratgeber zumeist vor halbvollendeten Tatsachen standen. So stimmte auch jetzt die große Mehrzahl der Versammelten dem königlichen Plane zu, manche mit der bescheidenen Erklärung: der Beschluß Sr. Majestät stehe ja fest und sei schon in weiteren Kreisen bekannt geworden. General Boyen meinte mit dem Freimute des alten Soldaten: die Vereinigten Ausschüsse würden immerhin die freiere Entfaltung des ständischen Lebens fördern und ganz könne sich Preußen dem Einflusse der benachbarten konstitutionellen Staaten nicht mehr entziehen.*)

Eine Kabinettsordre vom 19. August entbot nunmehr die Vereinigten Ausschüsse zum 18. Okt. nach Berlin. In vieldeutigen Worten, ohne alle juristische Schärfe ward darin ausgesprochen: die Vereinigung der

*) Protokoll der Sitzung des Staatsministeriums und der Ständischen Immediatkommission vom 11. Juni; Arnim an Thile, 12. Juni 1842.

Ausschüsse ist eine Entwicklung der ständischen Institutionen, indem sie den ständischen Beirat der einzelnen Provinzen durch ein Element der Einheit ergänzt. Kein Wunder also, daß die Regierung ihrem Lose, überall mißverstanden zu werden, auch diesmal verfiel. Fürst Solms-Lich, der begeisterte Verherrlicher der ständischen Monarchie, war zum Marschall der Vereinigten Ausschüsse ausersehen und erschien während der rheinischen Festtage auf dem Stolzenfels um sich nähere Weisungen zu erbitten. Wie erschrak der König, als dieser Getreue, der doch „gewiß kein Liberaler" war, ihm in aller Unschuld gestand: man glaube allgemein, die Krone beabsichtige vorsichtig zum konstitutionellen Systeme überzugehen; da scheine es doch ratsamer den Ausschüssen sogleich erweiterte Befugnisse zu gewähren: Petitionsrecht, Einsicht in den Staatshaushalt, Einberufung aller drei Jahre, beratende Mitwirkung bei den Landesgesetzen — und zugleich ausdrücklich zu erklären, die ständische Verfassung habe nunmehr ihren Schlußstein erhalten; sonst würden sich widerwärtige Adreßdebatten in den Ausschüssen kaum vermeiden lassen.*) Auch Metternich, der auf dem rheinischen Schlosse ebenfalls befragt wurde, meinte bedenklich, man habe sich auf eine schiefe Ebene gewagt. Der König aber erwiderte, die Ausschüsse sollten weder selbst Reichsstände sein noch den Keim eines künftigen Reichstags bilden. Um alle Mißverständnisse abzuschneiden, beauftragte er noch unterwegs den General Radowitz mit der Ausarbeitung eines Manifestes, das den Ausschüssen bei ihrer Eröffnung vorgelesen werden sollte.

Gleich nach seiner Heimkehr, in den ersten Tagen des Oktobers, ließ er die Minister zusammentreten um über diese Bekanntmachung zu beraten. Radowitz' Entwurf war sehr doktrinär gehalten. Er sagte über die Verfassungspläne des Königs nichts Bestimmtes, sondern bekundete lediglich, daß die Theoretiker der ständischen Monarchie nur wußten was sie nicht wollten. „Wir werden", hieß es da, „die deutsche fürstliche Herrschaft in diesem Reiche nicht in eine konstitutionelle Souveränität verwandeln, die königliche Herrschaft nicht der Herrschaft der Majoritäten unterwerfen." Der Ton klang so feindselig gegen alles konstitutionelle Leben, daß selbst General Thile meinte: wenn man also rede, dann könne man mit den süddeutschen Staaten nicht mehr im Frieden leben, selbst den Zollverein kaum noch aufrecht halten.**) Auch die anderen Minister fanden das Manifest bedenklich. Nur der Prinz von Preußen verlangte, obwohl auch ihn der Radowitzsche Entwurf nicht befriedigte, in lebhafter Rede, daß der Monarch jetzt zu den Preußen reden und deutlich angeben solle, ob die ständische Gesetzgebung endlich abgeschlossen sei, oder ob noch weitere Schritte bevorstünden. Im Volke, rief er aus, bestehen zwei Par-

*) Bodelschwingh, P. M. zu der befohlenen Beratung über die Vereinigten Ausschüsse, 28. Sept. 1842.

**) Radowitz, Entwurf zu einem Manifest an den Ausschußtag. Sept. 1842.

teien, die eine voll Furcht, die andere voll Hoffnung; die Nation muß wissen woran sie ist.*) Zuletzt beschloß man, die Versammlung zu eröffnen ohne ein Manifest und ohne eine feierliche Anrede des Monarchen; denn die ständischen Entwürfe, mit denen der König sich noch trug, waren seinen Räten noch nicht mitgeteilt, und er wollte davon für jetzt nichts öffentlich verlauten lassen.

Am Jahrestage der Leipziger Schlacht traten die Ausschüsse im Schlosse zu Berlin zusammen. Von der gehobenen Stimmung, welche der große Erinnerungstag erwecken sollte, zeigte sich keine Spur. Wohl sagte Arnim in seiner Eröffnungsrede, dies sei für immer ein glorreicher Tag in der Regierung des Königs. Die Versammlung aber fühlte sich unsicher, denn sie sahen keinen Rechtsboden unter ihren Füßen; um so ängstlicher mußte sie sich hüten, in die Rechte der Provinziallandtage oder des künftigen Reichstags einzugreifen. Sie bestand aus 98 Mitgliedern, 46 von den Standesherren und der Ritterschaft, 32 städtischen, 20 bäuerlichen Abgeordneten. Jeder Überhebung war durch eine überaus kleinliche Geschäftsordnung vorgebeugt. Minister Bodelschwingh erlaubte den Ausschüssen nicht einmal, dem Monarchen in einer Adresse für die Einberufung zu danken; sie mußten ihren Dank in den Protokollen niederlegen. Diese wurden gedruckt und enthielten — wieder ein kleines Zugeständnis — sogar die Namen der Redner, aber sie durften nur zum Gebrauche der Mitglieder selbst dienen. Nach langem Suchen hatte das Ministerium endlich drei Fragen aufgefunden, welche den Ausschüssen zur Begutachtung vorgelegt wurden. Die erste betraf den beabsichtigten Steuererlaß von 2 Mill. Tlr. und war im Grunde überflüssig. Denn von vornherein hatte das Finanzministerium geraten, nur eine Steuer, die bei den kleinen Leuten verhaßte Salzsteuer zu ermäßigen, damit der Beweis königlicher Gnade jedem in die Augen fiele**); dieser Vorschlag war von der großen Mehrzahl der Provinziallandtage angenommen worden, und den Ausschüssen blieb nur übrig das schon Beschlossene nochmals zu genehmigen. Noch weniger politische Bedeutung hatte die dritte Frage wegen der Benutzung der Privatflüsse; dieser Gesetzentwurf konnte nur technische Erörterungen hervorrufen.

Sehr peinlich aber war der Eindruck, als die Regierung ihre zweite Frage stellte: ob die Ausschüsse die baldige Ausführung eines umfassenden, die Provinzen unter sich und mit der Hauptstadt verbindenden Eisenbahnsystems für notwendig hielten? Die Frage wurde mit großer Mehrheit bejaht, seit dem glücklichen Gelingen der Leipzig-Dresdener Eisenbahn begannen den Preußen die Augen aufzugehen. Von allen Seiten ward anerkannt, das germanische Preußen müsse „der Führer

*) Protokolle des Staatsministeriums, 6. 8. 10. Okt. 1842.

**) Denkschriften über den Steuererlaß, von Alvensleben Aug. 1840, von Patow 24. Jan. 1842.

der Zeit" sein, das neue Verkehrsmittel solle das Gefühl der Einheit in den so weit entlegenen Provinzen erwecken, ihre Volkswirtschaft kräftigen, ihre militärische Verteidigung sichern; denn daß die Eisenbahnen mindestens Infanteriemassen befördern könnten, hielt man jetzt für möglich. Nur der brandenburgische Landtagsmarschall Rochow-Stülpe und einige andere seiner konservativen Landsleute wollten an den Nutzen der Neuerung noch nicht glauben, und Graf Raczynski meinte traurig, der kümmerliche Gewerbfleiß der Städte Posens könnte den Wettbewerb, den die Eisenbahnen bringen würden, schwerlich ertragen. Nunmehr erhob sich die schwierigere Frage, was der Staat für den Bau der Eisenbahnen tun solle, und bei dieser Beratung ward allen fühlbar, in welcher Verwirrung sich das Staatsrecht des Landes befand. Die große Mehrheit der Ausschuß-Mitglieder — Graf Arnim selbst gestand dies späterhin ehrlich zu*) — wünschte im stillen, daß der Staat die Hauptlinien selbst bauen sollte; man fürchtete im Lande den Aktien-Wucher der Börsen und begriff nicht, woher die armen Ostprovinzen das genügende Privatkapital auftreiben könnten. Die Regierung aber stand nicht auf der Höhe der Zeit; sie entbehrte eines staatsmännischen Sachverständigen, wie ihn die Badener an ihrem Nebenius besaßen; sie hielt den Staatsbau für ein zweifelhaftes Wagnis und fühlte sich zudem unfrei, weil sie Anleihen ohne Reichsstände nicht aufnehmen konnte.

Darum erklärte Bodelschwingh auf das nachdrücklichste, die Regierung habe beschlossen, in den nächsten Jahren keine Eisenbahn selbst zu bauen, sie sei jedoch bereit, wie sie es bisher schon mehrmals getan, den Privatbahnen für wenige Jahre eine mäßige Verzinsung des Anlagekapitals zu verbürgen. Eine solche Zinsengarantie war im Grunde auch nichts anderes als eine Vermehrung der Staatsschuld. Niemand wußte das besser als der kluge Generalsteuerdirektor Kühne**); indes mußte er schweigend mit anhören, wie sein vorgesetzter Minister die Versammlung dahin belehrte: zwischen einem Bürgen und einem Hauptschuldner bestehe doch ein großer Unterschied. Durch die bestimmte Weigerung des Ministers wurden die Ausschüsse verhindert, sich über den Staatsbau zu äußern, da sie ja nur vorgelegte Fragen beantworten sollten. Die Stimmung im Saale ward recht unbehaglich, obgleich man die ruhige Haltung bewahrte; die Reden, die von den ungeübten Sprechern meist abgelesen wurden, klangen verlegen; auf allen lastete das drückende Gefühl, daß man seine wahre Meinung nicht sagen konnte. Ganz frei von der Leber weg sprach nur ein Heißsporn vom Rhein, Kaufmann Brust aus Boppard; der meinte, ohne die Reichsstände könne die Krone keine Zinsengarantie übernehmen, und verlangte erst genaue Mitteilungen über den Stand

*) Arnim, Denkschrift über die ständischen Angelegenheiten, 13. Mai 1845.
**) So gesteht er selbst in seinen Denkwürdigkeiten.

des Staatsschatzes und der Staatseinnahmen, bevor man sich über Finanzsachen ausspräche. Niemand wollte ihm folgen, denn zur Lösung der großen Verfassungsfragen, die sich hier drohend ankündigten, hatte der Ausschußtag kein Recht. Viele fühlten, welch eine unglückliche Halbheit es doch war, wenn der Staat an den möglichen Gewinsten der Eisenbahnen nicht teilnehmen, sondern nur für ihre Verluste aufkommen wollte.

Gleichwohl wurde die Frage bejaht: ob die Regierung den Eisenbahnbau mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, namentlich auch durch Zinsgarantien fördern solle. Es war ein Notbehelf. Die Ausschüsse stimmten nur zu, weil sie nach der Erklärung des Ministers für jetzt auf Staatseisenbahnen nicht rechnen konnten, und erwiesen ihm sodann noch die Gefälligkeit, diesen ganz unzweifelhaften Beweggrund ihres Beschlusses mit einer Mehrheit von drei Stimmen ausdrücklich in Abrede zu stellen. Da der Kabinettsminister General Thile wie sein Vorgänger General Lottum nach preußischem Soldatenbrauche in allen Geldsachen sehr genau war, so beschlossen die Ausschüsse ferner: die Ausführung des Eisenbahnsystems erscheine notwendig selbst unter dem Vorbehalte einer möglichen Wiedererhöhung der Steuern; doch zugleich baten sie den König von diesem Vorbehalt abzusehen, „um nicht den wohltätigen Eindruck des Steuererlasses zu schwächen."

So schwankten sie von einer Unklarheit zur anderen; ohne Anleihen, ohne Reichsstände kam dieser Staat keinen Schritt mehr vorwärts. Die Ostpreußen, die überhaupt am festesten zusammenhielten, zeigten sich sehr unwillig über die beengende Geschäftsordnung, die das Reden nur nach der Reihenfolge des Alphabets gestattete, und Rudolf von Auerswald gab der Gesinnung seiner Landsleute einen lebhaften Ausdruck. Als Graf Arnim zum Schluß im Namen des Königs vertraulich anfragte, ob die Provinzen nicht den Bau je einiger Strebepfeiler am Kölner Dome übernehmen wollten, da wurde ihm in aller Ehrfurcht erwidert, es wäre wohl einfacher, wenn die Provinziallandtage oder ihre einzelnen Mitglieder zu freiwilligen Beiträgen aufforderten; eine Versammlung, der die Krone gar keine wirksamen Rechte zugestand, konnte doch unmöglich Geschenke bewilligen.*) Am 10. Novbr., nach drei Wochen, wurde die Tagung geschlossen; der Erfolg war, wie der Prinz von Preußen vorausgesagt: die wenig fruchtbaren Verhandlungen hatten in der gärenden Zeit allerhand unbestimmte Hoffnungen erweckt und keine befriedigt. Zum Abschied berief der König die Ausschüsse zu sich, dankte ihnen herzlich und hielt ihnen alsdann in einer sonderbar lehrhaften Ansprache einen Hauptsatz der Hallerschen Doktrin vor: sie seien zugleich Vertreter ihrer eigenen ständischen Rechte und völlig unabhängige Ratgeber der Krone, also „keine Repräs-

*) Berichte über die Verhandlungen der Vereinigten Ausschüsse, von Bodelschwingh 21.—29. Okt.; von Arnim 3.—9. Nov. 1842.

sentanten des Windes der Meinung und der Tageslehren". Mit Verwunderung folgten die Stände dieser dunklen Rede: glaubte der König wirklich, daß irgend ein Mann sich im politischen Leben dem Winde der Meinung ganz entziehen könne? oder wollte er nur den liberalen Tageslehren Fehde ansagen? Verdrießlich und enttäuscht ging man auseinander. Die vertrauensvolle Stimmung der rheinischen Festtage war verschwunden, und sie kehrte nicht wieder. Das Beckersche Rheinlied verscholl in Deutschland bald gänzlich und tauchte erst nach langen Jahren in Belgien wieder auf, wo die Flamen drohend den Franzosen zusangen: zy zullen hem niet temmen, den fieren vlaamschen Leeuw! —

Noch während die Ausschüsse tagten eröffnete der König neue Verhandlungen über die Fortbildung der ständischen Institutionen. In einer Sitzung des Ministerrats, am 8. Nov. entwickelte er den Verfassungsplan, den er fortan mit stiller Zähigkeit festhielt, aber erst nach vollen vier Jahren ausführte. Er erkannte das Staatsschuldengesetz von 1820 als verbindlich an, und da er den „für Preußen unmöglichen konstitutionellen Weg nie zu betreten" entschlossen war, so dachte er der Regel nach mit den Provinzialständen und ihrem Zentralorgane, den Vereinigten Ausschüssen auszukommen. Würde aber in Friedenszeiten eine Anleihe oder die Erhöhung direkter Steuern unvermeidlich, dann wollte er die sämtlichen Provinziallandtage als Vereinigten Landtag zusammenberufen — am besten wohl in eine harmlose Provinzialstadt, etwa nach Brandenburg; denn sein Lehrer Ancillon, der einst die Anfänge der französischen Nationalversammlung als Augenzeuge mit erlebt, hatte ihm oft beweglich vorgestellt, wie tief die Drohungen eines hauptstädtischen Pöbels ein Parlament entwürdigen könnten. Diesem Vereinigten Landtage beabsichtigte er in solchen Notfällen das Recht der Steuerbewilligung einzuräumen. Er ging also hochherzig sehr weit über die Versprechungen seines Vaters hinaus. Sein Billigkeitsgefühl sträubte sich dawider, von einem Landtage, der keine Abgaben zu bewilligen hatte, die Bürgschaft für eine Anleihe zu verlangen; auch wußte er wohl, daß die Steuerbewilligung allezeit ein gutes Recht der alten deutschen Stände gewesen war. Während er dergestalt mit der einen Hand den Reichsständen neue Rechte schenkte, nahm er leider mit der anderen mehrere Verheißungen des alten Königs zurück. Er fürchtete den bei der günstigen Lage des Staatsschatzes höchst unwahrscheinlichen Fall, daß schon während der geheimen diplomatischen Vorbereitung für einen Krieg eine Anleihe nötig würde, und den fast undenkbaren Fall, daß seine Preußen ihm gar während des Krieges eine Anleihe verweigern könnten; darum dachte er den Ständen die Bürgschaft für Kriegsanleihen zu versagen. Ferner wollte er die Versammlung des Vereinigten Landtags ganz in seiner Hand behalten und sich zu keiner periodischen Berufung verpflichten, obgleich die Reichsstände auf Grund des Staatsschuldengesetzes alljährlich Rechenschaft von der Schuldenverwaltung verlangen durften. Auch dies

war ein rein doktrinäres Bedenken; denn kam der Vereinigte Landtag einmal zusammen, so mußte er unfehlbar häufig wiederkehren, keine Macht der Welt konnte dies dann noch verhindern. Endlich scheute der König die Aufregung der Wahlen, obwohl doch die Erwählung der Vereinigten Ausschüsse soeben ganz ruhig verlaufen war, und wollte darum die Reichsstände durch einfache Zusammenberufung aller Provinziallandtage bilden.

Alle diese Abweichungen von den alten Gesetzen hoffte er aber auf streng rechtlichem Wege, mit Zustimmung seiner getreuen Stände selbst, durchzuführen, und stellte daher an den Ministerrat drei Fragen. Erstens, kann man den Ständen, wenn man sie auf dem Provinziallandtage oder in einem Vereinigten Landtage befragt und ihnen das Steuerbewilligungsrecht zugesteht, die Anforderung stellen, daß sie auf die Zustimmung zu Kriegsanleihen verzichten? Zweitens, werden sie sich nicht für inkompetent erklären? Drittens, sind für den Fall eines plötzlich ausbrechenden Krieges genügende Mittel vorhanden? Die Befragten waren ebenso sehr verwundert über die halb freigebigen halb kargen Gewährungen des Monarchen, wie über die rechtlichen Schwierigkeiten, die er sich durch seinen künstlichen Plan selbst geschaffen hatte. Ganz einverstanden erklärte sich nur einer, Geh. Rat von Voß. Die große Mehrzahl der Minister, Boyen, Thile, Bodelschwingh, Stolberg, Mühler, Eichhorn, Savigny, Bülow, ja selbst der greise Präsident des Staatsrats General Müffling hielten für unmöglich, daß ständische Körperschaften ihre eigene Macht freiwillig beschränken könnten; sie sagten dem Könige voraus was nach vier Jahren eintraf: die Vereinigten Provinzialstände würden sich nicht für befugt halten, in die Rechte des verheißenen Reichstags einzugreifen. Nicht ganz so ablehnend, aber auch nicht zustimmend lauteten die Gutachten von Rochow, Alvensleben, Rother, Arnim. Mehrere empfahlen die Berufung eines gewählten ständischen Ausschusses. Der Justizminister Mühler wagte sogar die ketzerische Behauptung: „Gegen eine Verfassungsurkunde des preußischen Staates läßt sich nichts erinnern. Eine solche Urkunde im Sinne des monarchischen Prinzips wäre die erste ihrer Art und würde dann zu den konstitutionellen Charten anderer Länder einen interessanten Gegensatz bilden."

Der alte Rother sogar, der als treuer Diener des verstorbenen Königs nur dessen letzten Willen auszuführen, nur einen kleinen Ausschuß von 32 Landständen und eben so vielen Staatsräten zu berufen vorschlug, fühlte sich doch gedrungen zu der bestimmten Erklärung: die Verwaltung der Staatsschulden lasse sich ohne irgend eine Mitwirkung von Ständen auf die Dauer nicht mehr weiterführen. Die Schuld, so führte er aus, sei seit 1820 um fast 68 Mill. Tlr., bis auf 138,86 Mill. vermindert worden und werde in einer nahen Zukunft nur noch 100 Mill. betragen. Tiefer aber dürfe sie nicht sinken; sonst triebe man das heimische Kapital in das Ausland oder in Schwindelgeschäfte; darum müsse das

Staatsschuldengesetz mit ständischer Zustimmung rechtzeitig abgeändert und dann die Tilgung eingestellt werden.*) Selbst dieser Mann der alten Hardenbergischen Schule hatte also gelernt von der verwandelten Zeit. Die Meinung, daß Staatsschulden schlechthin vom Übel seien, war einst in den knappen Jahren nach den Kriegen aufgekommen und durch Nebenius' klassisches Buch über den öffentlichen Kredit im deutschen Beamtentum zur Herrschaft gelangt; jetzt da der Unternehmungsgeist erwachte begannen schon viele Deutsche bewundernd auf England zu schauen, das bei seiner riesigen Staatsschuld doch immer reicher wurde. Freilich blieb Rother noch weit entfernt von der Einsicht, daß jetzt der rechte Augenblick gekommen war die preußische Staatsschuld durch produktive Anleihen für den Eisenbahnbau zu vergrößern.

Die wohlgemeinten Gutachten der Minister konnten den König nur verwirren; denn sie wurden schriftlich eingereicht, nach und nach, ohne gemeinsame Vorberatung, manche erst nach Jahresfrist, und wichen im einzelnen weit voneinander ab. Es fehlte ein beherrschender staatsmännischer Kopf, der die Blicke der Amtsgenossen auf das Wesentliche gerichtet und im Namen des Ministerrates den Monarchen gebeten hätte: er möge, statt zu künsteln, fest auf dem Boden der alten Gesetze bleiben, an denen er ja selbst als Kronprinz mitgebaut, und aus den Provinzialständen einen Reichstag wählen lassen, dessen Zahl und Zusammensetzung noch ganz in der Hand der Krone lagen. Ein solcher gemeinsamer Schritt der Minister war allerdings sehr schwer, bei der subalternen Stellung, welche Friedrich Wilhelm seinen Räten zuwies; sie beschieden sich alle, nur unmaßgebliche Ratschläge zu erteilen und überließen die Verantwortung dem Monarchen allein. Verstimmt über die Bedenklichkeit der Minister legte der König nach seiner Weise die ärgerliche Sache vorläufig zur Seite und nahm sich im stillen vor, zu gelegener Stunde wieder auf seinen unwandelbaren Plan zurückzukommen. Bei der zwecklosen Berufung der Vereinigten Ausschüsse hatte er soeben alles überhastet; jetzt verlor er wieder eine köstliche Zeit, die Tatenscheu hielt dem Gefühle seiner königlichen Unfehlbarkeit die Wage. Im Ministerrate war fortan ein volles Jahr lang von der großen Zukunftsfrage der Monarchie gar nicht mehr die Rede. —

Unter allen den Geschenken, welche Friedrich Wilhelm aus dem Füllhorn königlicher Gnade seinen Preußen zu spenden dachte, war ihm die Entfesselung der Presse besonders teuer. Er liebte die Freiheit nach seiner patriarchalischen Weise, er hoffte durch die Freiheit die Presse zu

*) Vota der Minister auf die drei Fragen Sr. Majestät, vom 9. Nov. 1842 bis zum 15. Nov. 1843.

erziehen, sie emporzuheben aus ihrer geistlosen Verdumpfung. In die Zeiten seiner Thronbesteigung fiel das Jubelfest der Erfindung der Buchdruckerkunst. Der Tag wurde im Mittelpunkte des deutschen Buchhandels, in Leipzig glänzend gefeiert; begeisterte Redner sprachen die Hoffnung aus, daß die größte aller deutschen Erfindungen fortan unter dem Segen der Freiheit erst ihre volle Wirksamkeit entfalten würde; selbst der Festredner der Aula, der konservative Gottfried Hermann pries in elegantem Latein die Macht des freien Wortes. Für Preußen hatte die ängstliche alte Regierung alle öffentlichen Feierlichkeiten untersagt; der neue Herr begnügte sich, im August noch eine Nachfeier zu erlauben. Um den Wiener Hof nicht zu verletzen, ließ er es auch geschehen, daß der Bundestag im Juli 1841, nach einer Verabredung zwischen den beiden Großmächten*), die Giltigkeit der alten Bundesgesetze über die Presse und die Universitäten abermals um sechs Jahre verlängerte. Trotzdem hielt er seine Befreiungspläne fest; denn da er sein eigenes Herz eben so wenig kannte wie die Herzen anderer, so traute er sich's zu, den Lärm der Zeitungen gleichmütig zu ertragen. Er dachte vorerst der preußischen Presse innerhalb der Schranken des Bundesrechts eine freiere Bewegung zu gestatten und späterhin vielleicht den Bund selbst zur Abänderung seiner harten Gesetze zu bewegen. Darum wurde zunächst der unentbehrliche Ratgeber für die Bundespolitik, Radowitz, zu einem Gutachten aufgefordert; der ergriff den Gedanken mit Begeisterung und sprach die Hoffnung aus: also würde sein königlicher Herr in dem Geiste der Nation selbst „den mächtigsten Verbündeten gegen die Apathie und den egoistischen Widerwillen der Kabinette" finden.

Darauf begannen, seit dem Herbst 1841, im Staatsministerium sehr langwierige Verhandlungen über ein neues Preßgesetz. Der Gedanke, die Presse einfach dem gemeinen Rechte zu unterwerfen, lag allen deutschen Regierungen noch ganz fern. Jedermann in diesen Kreisen glaubte noch an den alten Gentzischen Grundsatz, daß die gefährliche Macht der Zeitungen unter besondere Behörden gestellt werden müsse. Die freiesten Köpfe verlangten nur eine milde Zensur und zum Schutze gegen die Mißgriffe dieser „Preßpolizei" eine eigene „Preßjustiz". Präsident Gerlach, der ebenfalls befragt wurde, erklärte mit dem Stolze des preußischen Richters: wolle man „die aufregende Maßregel" einmal wagen, dann müsse das neue Preßgericht auch die ganze Selbständigkeit eines Tribunals erhalten.**) Über alles Weitere war man nicht einig, und man empfand bei diesen verworrenen Beratungen zum ersten Male, daß der neue Justizminister Savigny praktischen Aufgaben nicht gewachsen war. Der König wollte den Professoren die Zensurfreiheit, die ihnen vor alters

*) Sydows Bericht, 12. Juni 1841.

**) Gerlachs Votum, 31. Dez. 1841.

zugestanden, wiedergeben, er wollte die gleiche Freiheit auch anderen Standespersonen gewähren und diesen Begünstigten sogar erlauben, die Zensur über die Schriften anderer auszuüben. Da hielt ihm Thile entgegen: grade unter den Gelehrten befänden sich so viele unchristliche Radikale.*) Er dachte ferner zu verbieten, daß die Zeitungen ihn selber lobten, während sie die Regierung tadelten „und so die Person des Königs in einem Gegensatze mit dem Geiste seiner Administration erscheinen ließen". Graf Arnim aber erwiderte ritterlich: die Minister dürften sich nicht hinter dem Monarchen verstecken.**) So zogen sich die Verhandlungen durch viele Monate fruchtlos hin.

Um doch etwas zu tun, gab der König den Provinzialbehörden durch ein Ministerialschreiben v. 24. Dez. 1841 zu wissen, daß er das Bedürfnis einer freimütigen, anständigen Publizistik anerkenne, und forderte sie auf, die bestehenden Zensurgesetze milde zu handhaben; zugleich ward die Presse väterlich ermahnt, sich aller frivolen Feindseligkeiten und Verdächtigungen zu enthalten, auch nicht durch gehaltlose Tagesneuigkeiten und Klatschereien auf die Neugier ihrer Leser zu wirken. Trotz seines wunderlichen patriarchalischen Tones erregte dieser Erlaß allgemeine Freude; die geknebelten Schriftsteller atmeten auf und glaubten endlich den Tag der Freiheit zu sehen. Im Mai 1842 wurden sodann alle Bilder von der Zensur befreit; denn Friedrich Wilhelm lachte gern über geistreiche Karikaturen, und da die Bundesgesetze von einer Bilderzensur nicht sprachen, so wollte er den Zeichnern ihren harmlosen Scherz nicht verkümmern. Ein halbes Jahr später, am 4. Oktober, gab der König alle Bücher von mehr als zwanzig Druckbogen frei — was nach Bundesrecht erlaubt war. Gleich darauf befahl er den Behörden, unwahre Mitteilungen des schlechten Teils der Tagespresse augenblicklich in diesen Zeitungen selbst zu berichtigen: „Eben da wo das Gift der Verführung eingeschenkt worden ist, muß es auch unschädlich gemacht werden... indem man die Redaktionen zwingt, das Urteil über sich selbst zu veröffentlichen." So fielen Stein auf Stein die alten Schranken, und alle Welt erwartete hoffnungsvoll das von der Regierung oft verheißene umfassende Preßgesetz.

Mittlerweile begann die Milderung der Zensur schon ihre Früchte zu tragen. Es schien, als sollte mit dem Jahre 1842 eine Zeit der Blüte für die preußische Presse beginnen; und ein solcher Umschwung war dringend nötig, denn überall in Deutschland lastete auf den Schriftstellern der gleiche unerträgliche Druck, nur die Leipziger Zensur übte zuweilen ein klein wenig Schonung, um den großen Buchhandel nicht ganz zu verderben. Was verschlug es, daß einige Bundesstaaten nur die Schriften unter zwanzig Bogen, andere, wie Hannover, die Karlsbader Beschlüsse noch

*) Thiles Bericht an den König, 15. Nov. 1841.

**) Thiles Berichte an das Staatsministerium, 25. Aug., an den König, 7. Sept., an das k. Kabinett, 12. Sept. 1842.

überbietend, alle Drucksachen ohne Ausnahme der Zensur unterwarfen? Was nicht zensiert war unterlag überall beliebigen Verboten, selbst die zensierten Zeitungen durften nachträglich noch konfisziert werden. Sogar vor gerichtlicher Verfolgung war der Verfasser einer zensierten Schrift nicht immer sicher: in Kassel wurde der schreibselige alte Sonderling Friedrich Murhard (1844) verhaftet und, den Bundesgesetzen zuwider,*) zu schwerer Strafe verurteilt wegen eines Artikels im Rotteck-Welckerschen Staatslexikon, der längst schon von der sächsischen Zensur gebilligt war. In dem Thurn- und Taxisschen und anderen kleinen Postgebieten mußten die Zeitungen auch noch fiskalische Mißhandlungen ertragen, da die Post ihnen die Versendungskosten ganz nach Willkür berechnete.

Die Bayern rühmten sich gern, daß bei ihnen allein die Karlsbader Beschlüsse nicht vollständig ausgeführt würden; und allerdings ließ der Münchener Hof nach wie vor nur politische und statistische Zeitschriften zensieren, obgleich er doch selber einst am Bundestage die Verlängerung der Karlsbader Ausnahmegesetze durchgesetzt hatte. Indessen wußten seine Polizeibehörden auch Bücher aller Art durch Verbote so handfest niederzuhalten, daß die deutschen Nachbarn durchaus keinen Grund fanden die Bayern zu beneiden. Außer einigen schüchternen liberalen Blättchen in Franken gediehen hierzulande nur die unschuldigen Landboten und Landbötinnen für den Bauersmann und die Schützlinge des Ministeriums Abel, die ultramontanen Blätter, vom Schlage der Neuen Würzburger Zeitung und des Fränkischen Kuriers. In beiden Zeitungen trieb Zander sein Unwesen, ein feiler Jude, der erst zur evangelischen, dann zur katholischen Kirche übergetreten war. Diesen Getreuen gestattete die Regierung noch immer jede Schmähredе wider Preußen; erst auf wiederholte Beschwerden des Berliner Hofs befahl sie durch Ministerial-Erlaß, daß für jetzt, solange die Verhandlungen zwischen Berlin und Rom noch schwebten, „aus Rücksicht auf die katholische Kirche" alle Aufreizungen vermieden werden sollten.**) Eine so sanfte Mahnung fruchtete bei den Würzburger Fanatikern wenig; und wenn man sich in Berlin nicht die Augen verschloß, so mußte man endlich einsehen, daß diese Partei nicht die Kirchenpolitik des alten Königs, sondern den preußischen Staat selber bekämpfte.

Eine seltsame Ausnahmestellung nahm die Augsburger Allgemeine Zeitung ein, die sich diplomatisch zwischen der bayrischen und der österreichischen Zensur hindurchwinden mußte. Ihre beiden neuen Leiter, die Schwaben Mebold und Kolb hatten einst als Demagogen auf dem Hohenasperg zusammen gesessen, doch in ihren politischen Ansichten gingen die Freunde weit auseinander. Der gelehrte Historiker Mebold betrachtete die preußischen Dinge unbefangen. Kolb war ein feiner Kenner des gei-

*) S. o. IV. 610.

**) Werther, Verbalnote an Graf Lerchenfeld, 16. Febr.; Gise, Weisung an Lerchenfeld, 14. März 1841.

stigen Lebens, er erweiterte die Beilage zu einer Rundschau über die gesamte europäische Literatur und förderte manches junge Talent durch wohlwollende, einsichtige Kritik; von den landschaftlichen Vorurteilen seiner Schwaben befreite er sich aber niemals, und sein Preußenhaß gab in der Redaktion fast immer den Ausschlag, weil sie ihr größtes Absatzgebiet, Österreich nicht verlieren durfte. Die Zeitung wurde keineswegs, wie man im Norden oft argwöhnte, von Wien her bestochen — mit solchen Mitteln war dem reichen Hause Cotta nicht beizukommen —: sie brachte vielmehr selbst große Opfer um die Hofburg bei guter Laune zu halten, zahlte glänzende Honorare an die Federn der k. k. Preßleitung, 4000 Gulden jährlich allein an den alternden Pilat, der nur noch selten schrieb, und nahm gehorsam alles auf was ihr aus diesen Kreisen zukam. Metternich ward aber von Tag zu Tag mißtrauischer gegen Preußen, zumal der Zollvereins-Demagog Eichhorn blieb ihm unheimlich, und da er selbst die Maske der Freundschaft nicht abnehmen durfte, so ließ er durch seine Leute einen boshaften Federkrieg führen, der viel dazu beitrug das Ansehen des neuen Königs in Süddeutschland zu untergraben. Die giftigen Artikel der Allgemeinen Zeitung „vom Main" flossen meist aus den Federn der beiden Wiener Hofpublizisten Zedlitz und Jarcke; der Bundesgesandte Graf Dönhoff wußte dies wohl und meinte traurig: so wird es schwer sein, „an ein wahres, aufrichtiges Zusammenwirken von Wien und Berlin glauben zu machen."*) Als die preußische Presse sich zu heben begann, ließ Cotta der Hofburg melden, „daß die Allgemeine Zeitung, um bestehen zu können, sich nun ebenfalls auf ein liberales Feld werde stellen müssen." Metternich antwortete mit der verständlichen Drohung: wir werden uns darnach richten.**) Seitdem schillerte die Zeitung noch mehr denn sonst in verschiedenen Farben, nur niemals in schwarz-weißen, und mit vollem Rechte betrachtete die preußische Regierung das mächtigste Blatt des Südens als ihren gefährlichen Feind.

In Württemberg erlaubten die Zensoren dem wackeren Schwäbischen Merkur fast nur über wirtschaftliche Landesangelegenheiten frei zu reden. Auch Karl Weil, ein gewandter liberaler Publizist, der in Stuttgart erst den Deutschen Kurier, dann die Konstitutionellen Jahrbücher herausgab und sich vornehmlich der bedrückten Hannoveraner mit Eifer annahm, erlangte kein rechtes Ansehen, weil seine Beziehungen zum Hofe Ludwig Philipps mit gutem Grunde beargwöhnt wurden. Baden endlich, das gelobte Land der liberalen Musterverfassung, ward jetzt auch das Land der Muster-Zensur, wie K. Mathy im Landtage treffend sagte. Die badischen Zensoren wurden geradezu angewiesen, mißliebigen Blättern durch das Streichen der neuesten Nachrichten die Kundschaft zu entziehen; unter ihnen tat sich der Mannheimer

*) Dönhoffs Bericht, 22. Juni 1842.

**) So erzählt Metternich selbst in seiner Weisung an Trauttmansdorff, 14. Febr. 1843.

Zensor v. Uria-Sarachaja durch seinen ultramontanen Fanatismus besonders hervor. Er begann einen Vernichtungskampf gegen die Mannheimer Abendzeitung, ein radikales Blatt, das der Preuße Karl Grün erst von Mannheim aus, nachher, als man ihn aus Baden ausgewiesen, noch eine Weile vom linken pfalzbayrischen Rheinufer aus leitete. Alle deutschen Regierungen zitterten vor Grüns groben Ausfällen; der preußische Hof mahnte den badischen, das Blatt zu verbieten, und erhielt die Antwort: Preußen sollte nur der Abendzeitung den Postdebit entziehen, dann ginge sie von selbst ein. Da ergab sich denn nach amtlicher Untersuchung, daß die gefürchtete Zeitung in ganz Preußen nur 134 Abonnenten zählte, in Berlin und den östlichen Provinzen ihrer 44. So kläglich stand es noch fast überall um den Absatz der Tagesblätter. Freilich wurden die spärlichen Exemplare in den Konditoreien und Klubs von sehr vielen und sehr andächtig gelesen, so daß sie mehr wirkten als heutzutage. Das Verbot unterblieb schließlich, weil man das Ärgernis scheute.*)

Nun aber half Uria mit seinem unerbittlichen Rotstift aus und zähmte das Blatt binnen kurzem gänzlich. Hierauf wendete sich der kleine Wüterich gegen das Mannheimer Journal des Rechtsanwalts Gustav v. Struve, der damals noch zur gemäßigten liberalen Partei gehörte. Mochten die Schriftsteller des Mannheimer Journals dem Jesuitenorden seine wohlbekannten alten Fürstenmords-Lehren vorhalten oder die nicht mehr neue Behauptung aufstellen, der Gebietsumfang der Bundesstaaten Preußen, Baden und Waldeck sei doch recht ungleich, oder auch die poetische Gräfin Hahn-Hahn in anzüglichen Versen „Du adelstolze Ida" anreden, oder einfach ankündigen, daß ein liberaler Professor öffentliche Vorträge über Experimentalphysik zu halten gedenke: — einerlei, Uria strich alles; oder wenn sich gar nichts streichen ließ, dann schrieb er mindestens eine grobe Bemerkung an den Rand des Zensur-Exemplars, als zum Beispiel: „ist zwar wieder eine Lüge, kann indessen passieren." Als die Regierung alle amtlichen Bekanntmachungen ausschließlich der wenig bekannten Mannheimer Morgenzeitung überwies, und viele angesehene Einwohner, darunter Männer wie Karl Mathy und Fecht, öffentlich erklärten, sie würden trotzdem das Blatt weder lesen noch halten, da wurde selbst diese Kundgebung vom Zensor unterdrückt, obschon sie kein beleidigendes Wort enthielt. In seiner Verzweiflung verfiel Struve endlich auf einen tollkühnen Anschlag. Er sammelte alle durch Uria gestrichenen Stellen seines Journals und ließ sie zu Mannheim selbst in drei zensurfreien Zwanzigbogen-Bänden mit roten Lettern drucken. Niemand wagte ihn zu hindern. Ein überwältigender Anblick: diese drei Bände badischer Zensurstriche, denen die badischen Gerichte nichts anhaben konnten! Drastischer ließ sich der Aberwitz des Karlsbader Preßgesetzes nicht erweisen.

*) Nagler an Thile, 4. März. Bülow, Weisung an Dönhoff, 26. Febr. Denkschrift des Auswärtigen Amts. 9. Nov. 1844.

Fast noch tiefer lag die norddeutsche Presse darnieder. Die Leipziger Allgemeine Zeitung der Firma Brockhaus bemühte sich, nach dem Vorbilde der Augsburger Allgemeinen, den Gebildeten aller Parteien des Nordens einen Sprechsaal zu eröffnen; indes klang in ihren Spalten der protestantisch-liberale Grundton noch weit vernehmlicher durch als der österreichische in dem süddeutschen Blatte. Sie brachte zahlreiche Beiträge von Mundt, Buhl, Rutenberg und den anderen jungen liberalen Literaten, die sich in der berühmten roten Stube der Stehelyschen Konditorei zu Berlin versammelten. Diese Berliner Berichte lauteten immer boshafter, höhnischer, grimmiger, je mehr die Stimmung in Preußen sich verbitterte; auch viele preußische Beamte schütteten hier, gedeckt durch die Anonymität, ihren Unmut aus, nicht selten unter Verletzung des Amtsgeheimnisses. Also wurde die Zeitung allmählich zu einer Ablagerungsstätte für allen preußischen Skandal; und da ihr in Preußen der Postdebit zugesichert war, so geschah es wohl, daß unzufriedene Schlesier ihre Klagen nur deshalb nach Leipzig schickten, um die Artikel des erlaubten sächsischen Blattes nachher ungestraft in der Breslauer Zeitung nachzudrucken.*) Den Berliner Behörden war es eine ganz neue Erfahrung, daß preußische Zustände von einem nichtpreußischen Blatte so eifrig besprochen wurden; sie fürchteten sich vor diesen persönlichen Angriffen, und mancher Geheime Rat fragte wenn er morgens sein Bureau betrat, angstvoll: was die Leipziger Allgemeine wieder gesagt hätte? Die stille Zeit war dahin, da die reiche Meßstadt ihre politische Bildung aus dem vielverspotteten „sächsischen Kinderfreunde", der unsäglich geistlosen amtlichen Leipziger Zeitung geschöpft hatte. Der Literatenkreis an der Pleiße vermehrte sich beständig durch mißvergnügte Zuzügler aus den Nachbarlanden; aus Österreich kamen Schlesinger, Herloßsohn, Hartmann, Meißner. Wer unter diesen Halbflüchtlingen etwas gelten wollte, mußte mindestens eine liberale Brandschrift oder ein Sonett gegen Metternich geschmiedet haben.

Auch Arnold Ruge siedelte nach Sachsen über, von den liberalen Hallensern zum Abschied noch mit begeisterten Huldigungen begrüßt, und ließ seine Hallischen Jahrbücher auch fernerhin bei dem getreuen O. Wigand erscheinen, aber unter dem neuen Namen der Deutschen Jahrbücher, damit die preußischen Behörden nichts mehr dreinzureden hätten. Einige dieser burschikosen Leipziger Literaten fanden ein Unterkommen bei Heinrich Laubes „Zeitung für die elegante Welt" oder bei Robert Hellers „Rosen"; die meisten trieben Politik, keiner eifriger als der unstete kleine Böhme Ignaz Kuranda. Der hatte in Brüssel eine literarisch-politische Rundschau, die Grenzboten gegründet um seine österreichischen Landsleute aus dem Schlummer zu rütteln, und verlegte diese Wochenschrift jetzt nach Leipzig, wo sie dem Wiener Hofe bald lästig wurde und mit der Zeit auch die

*) General von Röder an Thile, 17. Aug. 1842.

preußischen Zustände scharf zu beobachten begann. Kurandas treuer Gehilfe war ein anderer böhmischer Jude, der kindlich gutherzige Jakob Kaufmann, ein schüchterner Stubengelehrter von linkischem Wesen, dem man gar nicht ansah, wie klar und sicher er über politische Fragen urteilte. Ganz unerhört aber war es in diesem Lande des Preußenhasses, daß ein geborener Kursachse Karl Biedermann sich jetzt unterstand, eine „Deutsche Monatsschrift" herauszugeben, welche den Gedanken Paul Pfizers, die preußische Hegemonie, allerdings ohne den Geist und Schwung des Schwaben, aber mit tapferem Freimut verteidigte. Die Monatsschrift zeigte Verständnis für das wirtschaftliche Leben und betrachtete den Zollverein als den Kern einer festeren deutschen Staatsbildung; freilich zählte sie nur 500 Abonnenten, doch mehr hatten auch Ruges gefürchtete Jahrbücher nicht aufzuweisen.

Alle diese Plänkler der Tagesmeinung sahen sich durch den Unverstand der Zensurvorschriften zu verzweifelten Zigeunerstreichen gezwungen, zu listigen Umgehungen des Gesetzes, welche, vom Volke stets mit Schadenfreude begrüßt, das öffentliche Rechtsgefühl, die Würde der Obrigkeit erschüttern mußten. Wenn der Kölnischen Zeitung die Korrespondenzen „von der Murg" gestrichen wurden, so erschienen die nämlichen Artikel wieder mit der Aufschrift „von der Leine". Die in Österreich streng verbotenen Grenzboten wanderten allwöchentlich in Kisten mit doppelten Böden oder als Umschläge und Einlagen erlaubter Bücher über die böhmische Grenze; in die berüchtigten Freischeine der k. k. Zensur pflegten die Buchhändler ganze Reihen verbotener Bücher nachträglich einzuschalten. Kam in Leipzig ein gefährliches zensurfreies Zwanzigbogenbuch zur Ausgabe, dann fuhr ein Wagen des Verlegers mit der gesamten Auflage vor dem Polizeihause vor; kaum war das gesetzliche Pflichtexemplar abgeliefert, so eilten die Pferde in rasendem Laufe durch die Gassen des Buchhändlerviertels, und im Nu verschwanden die Bücherpakete in den Kommissionsgeschäften, bevor die Behörde noch Zeit fand ein Verbot auszusprechen.

Für die unglücklichen Zensoren schien kein Wort der Verachtung zu schlecht. In Preußen wie in den kleinen Staaten war es schon längst dahin gekommen, daß nur unbrauchbare ältere Beamte dies verhaßte Amt übernehmen wollten. Glauben Sie denn, ich könnte meine besten Räte zu Zensoren hergeben? — sagte der Oberpräsident der Rheinprovinz zu dem klagenden Verleger der Kölnischen Zeitung. Oft genug mußte man sich mit unerfahrenen Assessoren behelfen, die den Auftrag nicht ablehnen durften. Da geschah es einst zu Köln, daß zwei solche jugendliche Zensoren nach einem lustigen Gelage mit dem Nachtwächter Händel begannen; der eine war der geistreiche Graf Fritz Eulenburg, der also nicht ohne Geräusch seinen Einzug in die preußische Geschichte hielt. Obwohl die Missetat durch Versetzung und durch eine Geldstrafe gesühnt

wurde, so erhob doch die gesamte Presse ein herzbrechendes Geschrei, als wäre noch niemals ein germanischer Nachtwächter geprügelt worden; gesinnungstüchtige Liberale fragten feierlich: hat denn nicht der König selbst befohlen, daß „nur Männer von wissenschaftlicher Bildung und erprobter Rechtschaffenheit" zu Zensoren ernannt werden dürfen?

Die Zahl der deutschen Journalisten vermehrte sich in diesen Jahren beträchtlich. Viele aus dem Staatsdienste verdrängte liberale junge Männer flüchteten zu den Zeitungen, so der abgesetzte rheinländische Beamte Karl Heinzen und der entlassene preußische Leutnant Wilhelm Rüstow; dazu die wachsende Schar der gebildeten Juden, die von der Beamtenlaufbahn ausgeschlossen, in der Journalistik das einzige Mittel sahen auf den Staat einzuwirken, und sehr bald bemerkten, wie glücklich sich ihre natürliche Begabung für die leichte Tagesschriftstellerei eignete. Fast alle die österreichischen Literaten in Leipzig waren Juden. Als der Jude A. Ochse-Stern der Kölnischen Zeitung ihre tadelnden Bemerkungen über seine „wehrlosen" Stammverwandten verwies, da erwiderte der Verleger Dumont trocken: diese Wehrlosen sind Besitzer vieler rheinischen Zeitungen! Metternich aber schrieb sorgenvoll an die Gesandtschaft in Berlin: „Siebzehn deutsche Blätter werden heute — und unter den deutschen Produkten nicht die wenigst pikanten — von Judenjungen redigiert!"

Begreiflich, daß durch solche Elemente der Radikalismus und der Kirchenhaß der Presse oft gefördert wurden. Auch besonnene Journalisten gewöhnten sich in dem ewigen Kampfe gegen die Behörden an eine versteckte und daher um so boshaftere Gehässigkeit; sie wußten in kunstvollen Sätzen ihren Groll halb zu zeigen, halb zu verbergen, und mancher, der damals das Handwerk erlernte, konnte auch nachher in den Tagen der Preßfreiheit den anwinkenden Zensurstil nicht mehr ablegen. Indes war diese Generation deutscher Tagesschriftsteller noch ziemlich reich an wackeren Männern. Das Geschäft warf noch wenig ab, da die Deutschen in der Kunst der Anzeigen und Reklamen weit hinter den Völkern des Westens zurückgeblieben waren, und die Börse jetzt erst, seit der Wucher mit den neuen Eisenbahnaktien aufblühte, ihre Polypenarme nach den Zeitungen auszustrecken begann. Ein großer Teil der Tagesschriftsteller kämpfte ehrlich, ja enthusiastisch um der Sache willen, und nicht wenige unter ihnen betrieben ihre Arbeit mit jener frohmutigen, jugendlichen Pflichttreue, welche späterhin in Freytags Journalisten ihr Denkmal erhielt. Daneben gab es freilich auch einen eigentümlichen Menschenschlag von journalistischen Philistern, die sich demütig in die Willkür der Zensur ergeben hatten. Er blühte vornehmlich in Frankfurt, wo alle Bundesregierungen zugleich für die Knebelung der Presse sorgten. Dort erschien ein französisches Journal de Francfort für die diplomatische Welt; sodann die Oberpostamts-Zeitung des Hauses Thurn und Taxis, unter dem guten alten Hofrat Berly, der stets mit der Miene des Tiefeingeweihten einherging und unterweilen von der k. k. Gesandt-

schaft seine Weisungen empfing, sonst aber getreulich seinen offen eingestandenen Grundsatz befolgte: das öffentliche Aussprechen einer Meinung ist immer ein Wagnis; dazu endlich noch das etwas liberaler gefärbte Frankfurter Journal, das sich mit der Oberpostamts-Zeitung durch einen förmlichen Vertrag dahin vereinbart hatte, daß sie einander gegenseitig weder bekämpfen noch auch nur erwähnen wollten.

In solcher Lage mußten die Erleichterungen, welche König Friedrich Wilhelm der Presse verhieß, allgemeine Freude erregen. Der liberale Rheinländer L. Buhl begrüßte die kommende bessere Zeit sogleich mit einer begeisterten Schrift über „den Beruf der preußischen Presse". Als eine der ersten Früchte der neuen Freiheit erschien das Buch von E. von Bülow-Cummerow „Preußen, seine Verfassung und Verwaltung", das einen damals noch beispiellosen Absatz fand. Dieser alte rührige Vorkämpfer des Großgrundbesitzes, der einst den Kreisordnungs-Plänen Hardenbergs so lebhaft entgegengetreten war,*) hatte inzwischen die ritterschaftliche Bank für Pommern gegründet und wollte auch jetzt noch die altständischen Institutionen des flachen Landes, gutsherrliche Polizei und Patrimonialgerichtsbarkeit aufrechthalten. Um so mehr mußte es überraschen, daß ein so konservativer Mann unumwunden aussprach: seit dem Thronwechsel befinde sich das Land in einer Krisis, die nur durch rasche Lösung der Verfassungsfrage beendigt werden könne. Er forderte zum mindesten regelmäßige Berufung der Vereinigten Ausschüsse zur Prüfung des Staatshaushalts und Bewilligung neuer Steuern. Mit Selbstgefühl sprach er von Preußens führender Stellung im Deutschen Bunde und sagte schon dreist: Österreich gehöre eigentlich gar nicht zu Deutschland, wohl aber Holstein. Sein scharfer, oftmals ungerechter Tadel wider die Finanzverwaltung, namentlich wider die Domänenverkäufe empörte das Beamtentum; Kühne schrieb dawider geharnischte Artikel in der Staatszeitung. Der König aber erwies dem unruhigen alten Herrn sein Wohlwollen; denn Angriffe des Landadels auf die Geheimen Räte kränkten ihn nicht, und noch wiegte er sich in dem hoffnungsvollen Wahne, daß er selber jeden Widerspruch ertragen könne.

Am wenigsten bemerkte man in Berlin von der freieren Bewegung der Presse. Die Behörden zeigten sich hier besonders ängstlich; eine neue Zeitschrift L. Buhls, der Patriot, wurde schon nach wenigen Monaten verboten, obgleich sie kaum über die Durchschnittsmeinung des aufgeklärten Liberalismus hinausgegangen war. Die Vossische Zeitung begann schüchtern einige Leitartikel zu bringen, während die Spenersche ihre gewohnten Erörterungen über Straßenpflaster und Gaslaternen treufleißig fortsetzte. Noch war hier kein Boden für eine kräftige Publizistik; der politische Sinn der höheren Stände zeigte sich allein in der boshaften persönlichen Klatscherei

*) S. o. III. 115.

über den Hof und die Minister, sonst dachten sie nur an Theater, Konzerte, Literatur. In den Provinzen wurde Berlin gründlich gehaßt, schon weil der Instinkt des Partikularismus fühlte, daß die Stadt trotz alledem zur deutschen Hauptstadt heranwuchs. Ihres eigenen Bürgermutes froh verachteten die Rheinländer und die Ostpreußen den politischen Stumpfsinn der Spreestadt; „die Berliner sind eben Berliner", so klang es überall in den Zeitungen des Westens und des Ostens. In der Stille bereitete sich doch schon eine Wandlung vor. Die in Großstädten unvermeidliche Demokratisierung der Sitten wirkte auf die politische Gesinnung der niederen Stände zurück. Der Berliner Philister spottete über den Prunk des Hofes, den Hochmut der Offiziere, die Barschheit der Gendarmen, am liebsten über die Frömmigkeit der vornehmen Kirchgänger; Adolf Glaßbrenners bildergeschmückte Flugschriften, die Lieblinge der kleinen Bürger redeten immer dreister, stachlicher, politischer.

Überhaupt brachte die Aufhebung der Bilderzensur dem Könige bittere Enttäuschungen. Es war die Zeit da Gavarni für den Pariser Charivari seine geistvollen Skizzen zeichnete. Scherzbilder und Rebus kamen auch in Deutschland in die Mode, und diese Eintagsfliegen fanden überall unmäßige Beachtung, weil ein ernsthaftes öffentliches Leben sich noch kaum entwickelt hatte. Unschuldige Gemüter ergötzten sich an dem neuen Witzblatte der Münchener Maler, den Fliegenden Blättern: der dicke kleine Baron Beisele und sein hagerer Hofmeister Doktor Eisele, die beiden harmlosen Reisenden, die mit Frankfurter Kellnern, Berliner Geheimräten und bayrischen Knödelessern so viel schnurrige Abenteuer erlebten, wurden zu volkstümlichen Gestalten, in Zinn und Porzellan, in Zuckerguß und Schokolade unzähligemal nachgebildet. Doch daneben gelangten auch freche Karikaturen in Umlauf, denen die nachträglichen Verbote nichts mehr anhaben konnten. Es war der Fluch des persönlichen Regiments, daß die Satire ihre giftigsten Pfeile gegen den Monarchen selber richten mußte; seine Räte kamen glimpflicher davon, nur der vielverleumdete Kultusminister wurde als Eichhörnchen in mannigfachen Verzerrungen dargestellt. Da sah man den König, in der einen Hand die Ordre, in der andern die Kontre-Ordre, auf seiner Stirne stand zu lesen: Désordre; oder auch zwei Eckensteher, der Berliner Friede und der Bayer Lude hielten selbander ein hochromantisches Zwiegespräch; oder gar der große Friedrich schritt durch den Schnee, und seinen Fußstapfen folgte, schwankenden Ganges, mit zwei Champagnerflaschen in den Händen, der neue Herrscher, dazu die Inschrift: wie einer immer daneben trat! Dies letzte Bild bewies zugleich, wie tief sich die überall zischelnde giftige Nachrede schon in die Volksmeinung eingefressen hatte. Friedrich Wilhelm war wie fast alle Hohenzollern ein starker Esser, jedoch im Trinken mäßig, weil er wenig Wein vertrug. Wenn er aber beim Mahle mit gerötetem Gesicht und unruhig zuckenden Armen einen Trinkspruch ausbrachte, darauf sein volles Glas auf einen Zug leerte und vor

aller Augen die Nagelprobe machte, dann konnten ihn Fernstehende leicht für berauscht halten, und diese albernen Witzeleien wurden so beharrlich umhergetragen, daß schließlich fast ganz Deutschland an die Trunksucht des Königs glaubte.

In Königsberg wagte die Hartungsche Zeitung nunmehr offen als Oppositionsblatt aufzutreten und gewann bald großen Einfluß auf die Stimmung der Provinz. Jacobys Getreue Crelinger, Jachmann, Walesrode lieferten ihre Beiträge; der letztere fuhr zugleich fort in den „Untertänigen Reden" und anderen humoristischen Flugschriften die preußischen Zustände durchzuhecheln. Die Zeitung schrieb über Politik nicht unverständig, über kirchliche Dinge sehr höhnisch, denn die friderizianische Aufklärung galt ihr schlechthin für den Geist des preußischen Staates — und immer trug sie jenen erhabenen Tugenddünkel zur Schau, der die liberalen Volksredner allesamt auszeichnete. Als den Tagesblättern befohlen wurde amtliche Berichtigungen aufzunehmen, da erwiderte sie stolz: dergleichen mag in Frankreich nötig sein, nicht bei uns, da „in der inländischen Presse gegenwärtig ein gesunder Kern ist, neben dem absichtliche Bosheiten und Lügen nicht bestehen können". Auch die Schlesische Zeitung wagte jetzt etwas lauter zu reden. Sie war vor einem Jahrhundert recht eigentlich unter den Flügeln des preußischen Adlers, gleich nach der Eroberung Schlesiens entstanden und hatte sich allezeit ehrenhaft gehalten, besonnener als die jüngere Breslauer Zeitung, die sich schon radikalen Meinungen zuneigte; gleichwohl wurde sie durch die ängstlichen Behörden, selbst in diesem Jahre der milderen Zensur, beständig gequält, über die russische Grenzsperre durfte sie bald gar nichts mehr sagen.

Alle anderen preußischen Blätter übertraf durch Geist und Kühnheit die neugegründete Rheinische Zeitung. Ihre Unternehmer, lauter begabte junge Männer, die zumeist den reichen Familien Kölns angehörten, Bürgers, Dagobert Oppenheim, Mevissen, Rudolf Schramm, hatten sich um der Sache willen in fröhlicher Begeisterung zusammengeschart; sie wollten doch sehen wie viel die Presse wagen dürfe, auf wirtschaftlichen Gewinn kam es ihnen nicht an; einig waren sie freilich nur in unbestimmten liberalen Hoffnungen und in der Verehrung für die Hegelsche Philosophie.*) Daher schlug der wissenschaftliche Teil des Blattes von Haus aus einen radikalen Ton an, die Gebrüder Bauer und die anderen frechen junghegelianischen Kritiker fanden hier ihre Verherrlichung; auch die Zeitgedichte des Feuilletons redeten oft sehr dreist und weissagten die nahe Schlacht auf dem Walserfelde: „ja, es wird das Blut der Bösen in der Guten Schuhe schießen." Die politischen Artikel hingegen waren meistens frisch geschrieben, reich an guten Gedanken und keineswegs maßlos, obwohl die jugendliche Unerfahrenheit noch überall durchbrach. Die Zeitung

*) Ich benutze hier u. a. eine Aufzeichnung des Herrn Geh. Rat von Mevissen in Köln.

verlangte nur Ausbau der ständischen Institutionen und, in einem ehrfurchtsvollen Artikel zum Dombaufeste, Aufhebung der Zensur; sie sprach mit einem kräftigen preußischen Stolze, wie er am Rhein noch selten war, und glaubte fest an die große Zukunft Deutschlands, das in Religion und Literatur dem Weltteil Gesetze gegeben habe und dereinst auch die Politik Europas beherrschen werde, „so lächerlich das heute klingen möge".

Die Augsburger Allgemeine Zeitung wehklagte schon: diese erwachende preußische Presse rede mit einer Zuversicht, als ob ihrem Staate die Hegemonie in Deutschland gebührte — worauf die Rheinische fröhlich erwiderte: die preußische Hegemonie ist nur das moralische Übergewicht, das aus dem Zollvereine, aus dem Geiste des Fortschritts und dem neuen Regierungssysteme entsteht. Wenn die Regierung diese Angst ihrer süddeutschen Feinde richtig würdigte, dann mußte sie die übermütige und doch patriotische Jugend des mächtigen rheinischen Bürgertums durch Nachsicht zu gewinnen suchen. Der König aber fand den religiösen Radikalismus der Zeitung frevelhaft; auch ihre scharfen, wohlberechtigten Angriffe wider das Treiben der rheinischen Ultramontanen erschienen jetzt unbequem seit sich der Wind in Berlin gedreht hatte. Darum wurde sie durch Zensurstriche und Verwarnungen arg mißhandelt. Da ihr Absatz trotzdem sehr rasch wuchs, so konnte es nicht ausbleiben, daß die Heißsporne unter den jungen Leuten die Oberhand erlangten: der Referendar Georg Jung, ein eleganter Lebemann, der die Opposition nach Heines Weise wie einen kurzweiligen Sport betrieb, und der jüngste unter allen, Karl Marx aus Trier, ein kräftiger Mann von vierundzwanzig Jahren, dem die dichten schwarzen Haare aus Wangen, Armen, Nase und Ohren quollen, herrisch, ungestüm, leidenschaftlich, voll unermeßlichen Selbstgefühles, aber tief ernst und gelehrt, ein rastloser Dialektiker, der mit seinem unerbittlichen jüdischen Scharfsinn jeden Satz der junghegelschen Lehre bis zu den letzten Folgerungen durchführte und jetzt schon durch strenge volkswirtschaftliche Studien seinen Übergang zum Kommunismus vorbereitete. Unter Marxens Leitung begann die junge Zeitung bald sehr rücksichtslos zu reden; die Behörden betrachteten sie mit wachsender Besorgnis und hegten sogar den ganz törichten Argwohn, daß sie von Frankreich bezahlt würde.*)

Die preußischen Skandalgeschichten der Leipziger Allgemeinen Zeitung wurden bald gemein und schmutzig; in ihrer aussichtslosen Oppositionsstellung hatten sich die Liberalen ja längst gewöhnt jeden Gegner wie einen knechtischen Liebediener zu behandeln, sie verfuhren in der literarischen Polemik meist unanständiger als die Konservativen, die in den Worten Maß hielten, weil sie ihre Feinde durch gewaltsamere Mittel niederwerfen konnten. Mittlerweile waren Ruges Jahrbücher auf ihren dialektischen Irrfahrten bei der Selbstkritik des Liberalismus angelangt und stellten die

*) Graf Arnims Bericht an Bülow, Paris, 30. Jan. 1843.

Forderung auf: daß die Kirche in der Schule aufgehen und mit dieser das Heerwesen sich verschmelzen müsse, dem Volke aber Selbstregierung und eigene Justiz gebühre. Das Programm der reinen Demokratie war verkündet. Auch die Zeitgedichte wählten die Person des Königs gern zur Zielscheibe; ein weit verbreitetes Ghasel des kosmopolitischen Nachtwächters höhnte: ein König soll nicht witzig sein, ein König soll nicht hitzig sein, nicht strenge gegen Itzig sein, „er wolle nicht in jedem Ding — hier schweig' ich — altenfritzig sein".

Diesen gewaltigen Ansturm der Opposition dachte Friedrich Wilhelm hochsinnig nur durch geistige Waffen abzuschlagen. Er verlangte von den Ministern und den Oberpräsidenten dringend, daß sie literarische Talente gewinnen, durch belehrende Leitartikel und rasche Bekanntmachung der Motive neuer Gesetze die Verdächtigungen bekämpfen sollten.*) Minister Eichhorn ging auf die Absichten des Monarchen eifrig ein, er dachte in Berlin und in jeder Provinz ein großes zuverlässiges und doch nicht unfreies konservatives Blatt zu gründen. Aber wie gänzlich war die Stimmung im Lande umgeschlagen. Vor zehn Jahren hatte Preußen neben den beiden konservativen Zeitschriften Jarckes und Rankes keine einzige liberale Zeitung besessen, jetzt trug fast die gesamte Journalistik liberale Farben. Das Berliner politische Wochenblatt ging zu Neujahr 1842 ein. Die Zeitschrift war durch ihren legitimistischen Übereifer sowie durch ihre geheimen Beziehungen zur russischen Gesandtschaft allmählich herabgekommen,**) und seit ihr rührigster Mitarbeiter Jarcke infolge des Kölner Bischofsstreites sich zurückzog, verlor sie Geist und Leben. Bald nachher verschwanden auch die Berliner Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik, das Organ der Althegelianer; sie konnten den Wettkampf mit den zeitgemäßen Schriften des philosophischen Radikalismus nicht mehr aushalten. Als der Minister sie für die Regierung zu gewinnen suchte, lagen sie schon im Sterben. So galt es denn neue Blätter zu schaffen, da die Staatszeitung auch unter der Leitung des neu berufenen tüchtigen Publizisten Zinkeisen jene öde Langweiligkeit nicht ablegte, welche in Deutschland fast allen amtlichen Blättern anhaftet.

Unbeirrt durch kleinliche Parteirücksichten, hoffte Eichhorn die besten Federn der Nation für eine freimütige Verteidigung der preußischen Politik zu gewinnen. Er wollte bei Karl Reimer, dem gleichgesinnten Sohne des kürzlich verstorbenen hochangesehenen liberalen Buchhändlers, eine Zeitung erscheinen lassen, und General Thile empfahl dem Könige für die Redaktion Dahlmann, „einen Mann von tadelfreier Gesinnung, dessen Name in Deutschland einen guten Klang hat".***) Als aber Dahlmann, wie sich

*) Kabinettsordre an das Staatsministerium, 16. Jan.; Thiles Bericht, 25. Aug. 1842.

**) S. o. IV. 203.

***) Thiles Bericht an den König, 22. Sept. 1842.

nicht anders erwarten ließ, Zensurfreiheit für das Blatt forderte, da trug man Bedenken das Bundesgesetz zu übertreten, obgleich doch schon im letzten Jahrzehnt die durch Pertz geleitete amtliche Hannoversche Zeitung, unbehelligt vom Bundestage, lange ohne Zensur erschienen war. Die Verhandlungen zerschlugen sich; auch was später noch von ähnlichen Plänen auftauchte scheiterte an bureaukratischen Bedenklichkeiten. Man begnügte sich zunächst mit der Unterstützung der Literarischen Zeitung, die unter der Leitung von K. H. Brandes schon seit einigen Jahren bestand, und bald hieß es in der gelehrten Welt, leider nicht ohne Grund: wer an diesem Blatte mit arbeite, könne am sichersten auf Beförderung rechnen. Die Zeitung schrieb maßvoll, „in festem Vertrauen auf die unbesiegliche und ewige Jugend des christlich-deutschen Geistes", und sagte wider die Flachheit der modischen Aufklärer manches treffende Wort; aber ein begeisterndes Ideal vermochte sie der liberalen Freiheitsschwärmerei nicht entgegenzustellen. Ihr schwerfälliger Doktrinarismus konnte weder, wie einst das Politische Wochenblatt, den legitimistischen Kreuzfahrersinn aufregen, noch den naturwüchsigen monarchischen Instinkt des Volks, den Stolz auf das Eiserne Kreuz und die schwarzweißen Fahnen wachrufen.

Noch weniger bewährte sich nachher der Schwabe Victor Aimé Huber, der auf Radowitz' Empfehlung berufen wurde*), auch eines von den vielen Talenten, welche der König an falscher Stelle verbrauchte. Gedankenreich, ernst, tief-fromm, hatte Huber früher als die meisten Zeitgenossen den sozialen Hintergrund des modernen Parteiwesens, den Zusammenhang der liberalen Doktrin mit den Interessen des beweglichen Kapitals durchschaut. Aber die fruchtbaren sozialpolitischen Ideen, die ihm späterhin verdienten Ruhm schaffen sollten, waren noch nicht zur Reife gelangt als er nach Berlin kam; er kannte die preußischen Zustände wenig und fühlte sich in der Polemik gegen den Liberalismus schon darum unsicher, weil er selbst die regelmäßige Berufung eines ständisch gegliederten Reichstags wünschte. Auf dem Berliner Katheder hatte der Unbeholfene ebenso wenig Erfolg, wie mit seiner Zeitschrift Janus, die vom Könige, anfangs sogar ohne Vorwissen der Minister, freigebig unterstützt wurde, auch von Leo, Gerlach, Stahl einige Beiträge empfing und gleichwohl nur einen winzigen Leserkreis gewann. In Königsberg gab der gelehrte Statistiker F. W. Schubert, der dem gemäßigten Liberalismus nahe stand, eine konservative Zeitung heraus; auf den Westen sollte Professor Bercht, ein wohlmeinender, einst als Demagog verfolgter Patriot, durch seinen Rheinischen Beobachter einwirken. Doch beide Regierungsblätter gediehen nicht, weil das hohe Beamtentum alles Zeitungstreiben tief verachtete und sie weder mit Beiträgen noch mit Geldmitteln genugsam unterstützte.

So blieb denn diese Regierung, die so hoch über ihrem Volke zu

*) Thiles Bericht an den König, 6. April 1843.

stehen glaubte und die Preußen für neue Ideale erziehen wollte, fast ohne jede wirksame literarische Vertretung; und leider erwies ein plumper Lobredner dem Königtum eben jetzt einen schlimmen Dienst. Nachdem der geistreiche Präsident von Hippel unlängst eine würdige und lehrreiche Biographie des verstorbenen Königs veröffentlicht hatte, ließ der Bischof Eylert seine geschwätzigen „Beiträge zur Charakteristik Friedrich Wilhelms III." erscheinen. Es konnte nur Ekel erregen, wenn hier die schlichte Tüchtigkeit, der so viel gerechter Dank gebührte, durch untertänige Schmeichelei verzerrt und dem wortkargen Fürsten lange salbungsvolle Predigten in den Mund gelegt wurden. Fünf Bände hindurch war nur von Ihm und Er die Rede, während der Herrgott, dessen Namen der Bischof stark mißbrauchte, mit dem einfachen „er" vorlieb nehmen mußte. Alte treue Diener des Entschlafenen mochten in diesem Wust von Anekdoten liebe Erinnerungen wiederfinden; auf die radikale Jugend aber wirkte das Buch wie Gift, sie fühlte sich bestärkt in dem Wahne, daß monarchische Gesinnung mit byzantinischem Sklavengeiste Hand in Hand gehe.

Da wurde die preußische Presse plötzlich durch die Torheit eines liberalen Wortführers in die alte Bedrängnis zurückgeschleudert. Der junge Schwabe Georg Herwegh war zur Zeit der Held des Tages; die feurig radikalen Gedichte eines Lebendigen fanden, überall verboten, überall begeisterte Leser. In einem dieser Lieder redete er den König von Preußen persönlich an, um für das deutsche Volk zu flehen wie einst Platen für die Polen, und bekundete den dunklen, ziellosen Tatendrang der Jugend also:

Und frage nicht wo Feinde sind,
Die Feinde kommen mit dem Wind.
Behüt' uns vor dem Frankenkind
Und vor dem Zaren, deinem Schwager.

Augenblicklich spielte Herwegh in der Schweiz den politischen Flüchtling. Irgend eine Unbill war ihm freilich daheim nie widerfahren; zuchtlos wie er von früh auf gewesen, hatte er sich vielmehr dem württembergischen Waffendienste durch die Flucht entzogen. In der liberalen Welt stand aber der Haß gegen die Söldlinge schon so fest, daß sie dem Poeten diese Verletzung der allgemeinen Bürgerpflicht gar nicht verargte. Er selbst sang prahlend:

Deserteur? Mit Stolz! Ich habe des Königes Fahne,
Die mich gepreßt, mit des Volks soldlosem Banner vertauscht.

Im Herbst 1842 unternahm er eine Triumphreise durch Deutschland; überall, in Weimar, Jena, Leipzig, Dresden bereiteten ihm die Liberalen einen glänzenden Empfang. Berauscht durch solche Huldigungen kam er nach Berlin und erbat sich durch seinen Schweizer Freund, den geistreichen Leibarzt Schönlein eine Audienz beim Könige. Friedrich Wilhelm schrieb darüber nachher an General Dohna: „Ich habe mich acht Tage besonnen, ob ich seinem Wunsche mich zu sehen entsprechen sollte"; ich tat es weil

ich ihn für einen wahren, begeisterten Republikaner hielt; hätte ich gewußt, daß er Deserteur von einem württembergischen Infanterie-Regimente ist, „so hätt' ich ihn natürlich nie gesehen." Vor dem Angesichte der Majestät benahm sich der junge Schwabe linkisch, verlegen, demütig. Der König lobte sein poetisches Talent und bedauerte seine radikale Richtung; er wünschte ihm einen Tag von Damaskus — „dann erst wird Ihr Wirken außerordentlich groß sein" — und schloß das kurze Gespräch mit den gütigen Worten: wir wollen ehrliche Feinde sein. Zum Dank brachte die Leipziger Allgemeine Zeitung einen gehässig entstellenden Bericht, worauf Friedrich Wilhelm befahl, in der amtlichen Berichtigung solle bemerkt werden: „Es verlautet, der König habe nach Lesung des Artikels gesagt: Ich erkenne das Machwerk derjenigen Juden, über deren zudringliche Freundschaft Herwegh klagte. — Das ist nämlich wörtlich geschehen!"*) Er ward noch unwilliger, als er Näheres über die Vergangenheit des Dichters erfuhr, und äußerte bitter: Ein Gedicht in den Zeitungen „scheint mir Herwegh zu verspotten wegen seines Nackenbeugens bei mir. Grand bien lui fasse!"**)

Mittlerweile war der Poet nach Königsberg gegangen, und hier scharte sich um ihn die gesamte Opposition. Bei dem großen Festmahle spielte man die Marseillaise — was bei den liberalen Feierlichkeiten dieser Jahre schon ganz gewöhnlich war und den gedankenlosen Zuhörern kaum noch auffiel.***) Ein Festgruß des jungen Dichters Wilhelm Jordan feierte die Felsennacken der Männer Ostpreußens und sprach verächtlich von dem weichlichen Berlin, wo alles in tollem Veitstanz rase, wenn Fanny Elsler ihre Sylphenbeine schwinge:

Der Eitelkeit und der Genußsucht Dämon
Besessen hält dies üppige Korinth.
Hier aber, Herwegh, hier ist Lacedämon,
Wir rasen nicht, weil wir Spartaner sind

Die Phrase lag in der Luft, alles überbot sich in heroischem Pathos. Ein junger Mann, aus dem nachmals ein trefflicher Gelehrter geworden ist, erwiderte auf Jacobys Frage: „Sie sind Student?" — feierlich: „Und in des Worts verwegenster Bedeutung" — worauf er die erhabene Zurechtweisung erhielt: „Sagen Sie doch lieber: im Sinne der Tat." Sogar der kluge Rechtsanwalt Crelinger, ein hagerer Herr mit großer Judennase, dem man den feinen, verwöhnten Gelehrten sofort ansah, konnte dem allgemeinen Rausche nicht widerstehen und redete so gewaltig von dem Schwert an seiner Linken, daß seine Freunde selbst ihn nicht ohne Lächeln betrachten konnten.

Der König war empört über „die Blutlieder" dieses Festes. Wie

*) Randbemerkung zu Thiles Bericht vom 28. Nov. 1842.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 8. Dez. 1842.

***) Böttichers Bericht an Thile, 13. Dez. 1842.

ward ihm aber, als ihm der Dichter noch aus Königsberg einen höchst unziemlichen Brief zusendete. Herwegh beabsichtigte in der Schweiz eine für Deutschland bestimmte Zeitschrift herauszugeben; das Blatt wurde in Preußen eben jetzt im voraus verboten — was den Behörden gesetzlich freistand, aber gleich nach jener Audienz sich sehr gehässig ausnahm — und der Gekränkte richtete nun „ein Wort unter vier Augen" an den Monarchen, „ohne eine Devotion zu heucheln, die ich nicht kenne, oder Gefühle, die ich nicht empfinde und nie empfinden werde". Er klagte die Diener der Fürsten an, deren „alterndem Bewußtsein" sein beschränkter Untertanenverstand, sein Bewußtsein einer neuen Zeit auf ewig widersprechen müsse; er beteuerte: „ich bin durch die Notwendigkeit meiner Natur Republikaner", und drohte: „noch gibt es Menschen, die durch nichts zu schrecken sind, und ich rechne mich zu ihnen." Die kindischen Großsprechereien verdienten keine Beachtung. Zu Weihnachten jedoch wurde der den Königsberger Liberalen längst mitgeteilte Brief in der Leipziger Allgemeinen Zeitung abgedruckt, und also veröffentlicht erschien er wie eine freche Verhöhnung des Monarchen.

Am Berliner Hofe war nur eine Stimme der Entrüstung. Man fand es auch menschlich niederträchtig, daß „ein Wort unter vier Augen", nicht ohne die Mitschuld seines Urhebers, verraten wurde,*) und hielt für nötig, mindestens auf einige Zeit „einen Belagerungszustand" über die Presse zu verhängen. Zur Vorbereitung mußte die Literarische Zeitung eine laute Wehklage anstimmen: die Wortführer der Freiheit haben in einem Jahre die deutsche Presse um ihren hundertjährigen guten Ruf gebracht; durch Verkündigung der vollen Preßfreiheit würde der Staat eine außer seinem Bereiche stehende Macht anerkennen. Darauf wurde Herwegh aus Preußen ausgewiesen und die Leipziger Allgemeine Zeitung verboten, weil sie „eine Niederlage von Lügen, Entstellungen und böswilligen Angriffen" geworden sei. In welche peinliche Lage geriet nun Graf Arnim-Boitzenburg. Er wünschte dringend die freiere Bewegung der Presse und war eben deshalb in den Rat der Krone berufen worden; jetzt sah er sich doch genötigt, als Minister des Innern bei allen Zwangsmaßregeln voranzugehen, auf seinen Namen sammelte sich der ganze Haß der Liberalen. Der König verlangte indes noch weitere Verbote.

Auf den Schutz der Gerichte glaubte er sich nicht mehr verlassen zu können; denn grade in diesen Tagen (Jan. 1843) wurde Johann Jacoby, der, einmal schon verurteilt, seine Vier Fragen in zwei Rechtfertigungsschriften tapfer verteidigt hatte, von dem Ober-Appellationssenate des Kammergerichts endgiltig freigesprochen. Das Urteil trug die Unterschrift des ehrwürdigen Präsidenten Grolman. In den sehr ausführlichen Entscheidungs-

*) Denkschrift über Herweghs Brief, Dez. 1842, o. N., wahrscheinlich von Ludw. v. Gerlach.

gründen äußerten sich die Richter mit einer Unerschrockenheit wie sie dem alten Ruhme dieses Tribunals entsprach; sie erklärten, mit der Ehrfurcht vor dem Könige sei freimütiger Tadel der bestehenden Einrichtungen wohl vereinbar, und sagten gradezu, einem Schriftsteller dürfe man nicht verwehren, die Zensur die schlimmste Feindin der Presse zu nennen. Eine Abschrift dieser Urteilsgründe wurde dem Freigesprochenen, gemäß den Grundsätzen des geheimen Gerichtsverfahrens, nicht mitgeteilt, weil man voraus wußte, daß er alles sofort veröffentlichen würde. Auch der König verweigerte, trotz der dringenden Bitte Jacobys, die Erlaubnis dazu; ihm war diese Freisprechung rein unbegreiflich.

Um so nötiger schien ihm also ein kräftiges Einschreiten der Verwaltung. In den nämlichen Tagen wurden Ruges Deutsche Jahrbücher unterdrückt — fast gleichzeitig in Sachsen und in Preußen, nachher auch noch durch den Bundestag — weil sie den Liberalismus in Demokratismus auflösen, durch Herstellung des absoluten Staates zur Freiheit gelangen wollten. Nach einer stürmischen Verhandlung genehmigte der sächsische Landtag dies Verbot. Gleich darauf erhielt die Rheinische Zeitung den Befehl, daß sie vom 1. April an nicht mehr erscheinen dürfe, wegen ihrer Zügellosigkeit in Gesinnung und Ausdruck, ihrer subversiven Richtung gegen Staat und Kirche. Sie unterwarf sich mit den bitteren Worten: „das Unrecht, die falsche Basis der Rheinischen Zeitung war die Begeisterung für das junge Licht, welches nach langem Dunkel die Gipfel der Berge zu röten begann; aber es war nur das prophetische Leuchten, nicht die Morgenröte eines neuen Tages für Deutschland." Im Februar 1843 wurde dann auch noch die den Bildern gewährte Zensurfreiheit zurückgenommen. Das Jahr der bedingten Preßfreiheit ging zu Ende, die einflußreichsten Organe des norddeutschen Liberalismus waren allesamt verstummt. Mit tiefem Unwillen nahm die Nation diese Verbote auf. An die unverbrüchliche Stille des alten Regiments hatte man sich schließlich gewöhnt; diese neue Regierung aber forderte das Volk beständig zu freimütigem, lautem Reden auf und verbot doch alles was ihr nicht zusagte. Wer konnte das begreifen? Dazu der unausstehliche schulmeisternde Ton dieser Verbote, die den unterdrückten Zeitungen salbungsvoll ihr Sündenregister vorhielten!

Und was am schlimmsten wirkte, der König selbst konnte es nicht lassen, in jede Kleinigkeit des Zeitungstreibens belehrend einzugreifen. Es zeigte sich bald: die dicke Haut, die zum Ertragen der Freiheit gehört, war diesem feinen reizbaren Geiste ganz versagt. Immer wieder beklagte er sich gegen seine Minister über die Königsberger Schandzeitung und ihre Hurenschwester am Rhein. Als ein ostpreußischer Gutsbesitzer Deutsch sich in Sachen des Elbinger Anzeigers beschwerte, da hielt ihm der Monarch in einem eigenhändigen Schreiben seine „schweren Irrtümer" vor: „Gegen Trugbilder zu Felde zu ziehen, welche von einer Partei mißbraucht werden

um den unaufgeklärten Teil des Volks aufzuregen, ist mein Amt zu heilig und meine Liebe zur Wahrheit zu lebendig."*) Noch härter wurde Wilibald Alexis angelassen, als er sich seiner unschuldigen Vossischen Zeitung gegen die Zensur annahm. „Mit Widerwillen", schrieb ihm der König, „habe ich einen Mann von Ihrer Bildung und literarischen Bekanntheit in der Klasse derer gefunden, die es sich zum Geschäft machen, die Verwaltung des Landes durch hohle Beurteilung ihres Tuns, durch unüberlegte Verdächtigung ihres nicht von ihnen begriffenen Geistes vor der großen meist urteilslosen Menge herabzusetzen und dadurch ihren schweren Beruf noch schwerer zu machen." Das Schreiben wurde bald bekannt, und selbst General Gerlach meinte traurig: den treuen, von den Liberalen so oft servil gescholtenen Dichter der Marken hätte man so nicht behandeln sollen.

Der König betrachtete alle diese Verbote nur als Ausnahmemaßregeln für den Augenblick und versammelte mittlerweile seine Minister, auch Radowitz und Gerlach, häufig zu Beratungen über einen neuen Zensurgesetz-Entwurf, den Graf Arnim ausgearbeitet hatte.**) Er hoffte dadurch — so erklärte er fröhlich — die Freiheit der Zukunft zu verkündigen und vorzubereiten. An geistreichen Einfällen ließ er es auch diesmal nicht fehlen. So dachte er die Unterzeichnung aller politischen Artikel gesetzlich zu erzwingen; man sah jedoch bald ein, daß dieser gute Gedanke um zwanzig Jahre zu spät kam und die Anonymität sich in der Presse schon unausrottbar eingebürgert hatte.***) Desgleichen wollte er irgendwie öffentlich aussprechen, daß ihm begründete Mitteilungen der Presse über Beamtenwillkür immer willkommen seien; da stellte ihm Thile vor: man dürfe das Publikum nicht gleichsam zum Kampfe gegen das Beamtentum herausfordern.†) Auch Metternich, der schon lange die Bewegung in der preußischen Presse kummervoll betrachtete, sendete seine Ratschläge durch die Gesandtschaft.††) Er blieb bei seiner alten Meinung, daß die moralische Gewalt der Presse nur durch vorbeugende Mittel zu regeln sei; denn — so schrieb er, den Wortschatz seiner Angstsprache wieder um eine Metapher bereichernd — „ist eine Brut giftiger Insekten einmal ausgeflogen, was nützt die Zerstörung des Nestes? Optimisten hoffen auf die Schwalben und Sperlinge; ich nicht." —

Da sich ein Ende der Beratungen noch gar nicht absehen ließ, so wurden zunächst einige vorläufige Anordnungen erlassen. Am 4. Febr. 1843 erhielten die Zensoren, weil sie die Befehle des Monarchen „gänzlich mißverstanden" hätten, eine neue, sehr strenge Instruktion; „was ich nicht

*) Kabinettsordre an Deutsch, Jan. 1843.

**) Arnims Schreiben an Eichhorn, Thile, Bülow, 18. Sept. 1842.

***) Thile, Notiz für das Staatsministerium, Dez. 1842.

†) Thiles Bericht an den König, 27. Jan. 1843.

††) Canitz' Berichte, Wien, Febr. 1842 ff. Metternich an Trautmansdorff, 14. Febr. 1843.

will", sagte die Kabinettsordre, „ist die Auflösung der Wissenschaft und Literatur in Zeitungsschreiberei, die Gleichstellung beider in Würde und Ansprüchen." Zugleich einigte sich der Ministerrat nach lebhaften Kämpfen auch über die vorläufige Organisation der Zensur-Behörden. Der König selbst befahl, daß bei dem Ober-Zensurgericht, wie in den Ländern des mündlichen Verfahrens, ein Staatsanwalt die Strafanträge stellen sollte. Für die Mitglieder dieses Gerichtshofes forderten die juristischen Räte der Krone allesamt gesicherte Selbständigkeit: Savigny verlangte ihre Anstellung auf Lebenszeit; Gerlach außerdem noch, daß sie nur nach veröffentlichten Landesgesetzen urteilen sollten, darin liege „das Wesen und die Bedingung aller Justiz"; Mühler endlich dachte sich das Ober-Zensurgericht als einen durch zwei Gelehrte zu verstärkenden Senat des Obertribunals, denn sein Zweck sei die Presse vor der Willkür der Zensoren zu schützen, und „was man will muß man ganz wollen".*) Schließlich wurden die Rechtsbedenken der Juristen durch die polizeiliche Ängstlichkeit doch überstimmt; die Mehrzahl der Minister beruhigte sich bei dem Troste, daß die neue Einrichtung ja nur als ein Versuch gemeint sei. Die Verordnung vom 23. Febr. 1843 setzte für die Zensurverwaltung Lokal- und Bezirkszensoren ein, unter der Leitung des Ministers des Innern, und übertrug die Preßjustiz einem Ober-Zensurgerichte, dessen Mitglieder—sieben Juristen und zwei Gelehrte — auf drei Jahre ernannt wurden und außer den Landesgesetzen auch die den Zensoren erteilten „speziellen Anweisungen befolgen" sollten.

Der beste Gedanke der königlichen Reformpläne fiel also zu Boden. Eine solche Behörde war kein unabhängiger Gerichtshof, sie unterschied sich nur wenig von dem alten Ober-Zensurkollegium, und mit dem Freimut des preußischen Richters erklärte Ludwig Gerlach sofort: er sehe sich außer stande, das ihm angetragene Präsidium dieses Zensurgerichts zu übernehmen.**) Statt seiner erhielt Staatssekretär Bornemann den Vorsitz, ein ausgezeichneter Jurist von entschieden liberaler Gesinnung; der meinte traurig, man müsse seinen ganzen Ruf dem Staatsinteresse zum Opfer bringen, und in der Tat ward er wegen seines verhaßten Amts bald überall als Reaktionär verlästert. Es war ein Kennzeichen dieser Regierung der Mißverständnisse, daß unter ihr niemand im rechten Lichte erschien. Am 30. Juni wurden dann noch einige Ergänzungen veröffentlicht, die im wesentlichen nur die alten Zensurvorschriften in etwas veränderter Fassung wiederholten. Mehr war für jetzt nicht zu erreichen. Ratlos, steuerlos schwankte die Regierung zwischen freisinnigen Wünschen und bureaukratischer Angst.

Das neue Zensurgericht bewährte sich nicht. Derweil die Nation

*) Denkschriften von Gerlach, 15. Dez. 1842, von Mühler, 22. Febr. 1843. Savigny an Thile, 23. Febr. 1843.

**) Gerlach an den König, 21. Febr. 1843.

ihren Abscheu gegen alles Zensurwesen täglich lauter bekundete, verbiß sich diese Behörde in einen Kampf wider das freie Wort; ihre Urteile, die anfangs glimpflich gelautet hatten, wurden allmählich, zumal seit Bornemann wieder ausgeschieden war, immer härter, ja sie klangen zuweilen so unsinnig, daß sie den Vergleich mit den Taten des Badeners Uria wohl aushalten konnten. Bei dem liberalen Königsberger Buchhändler Voigt erschienen schon seit längerer Zeit heftweise, von der Zensur ungehindert, die „Materialien zur Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms IV.", eine dem Historiker noch heute willkommene Tageschronik, welche die Ereignisse der preußischen Zeitgeschichte ohne jede Zwischenrede aufzählte; nur an der Auswahl des Stoffs sowie an einzelnen ironischen Redewendungen konnte man erraten, daß der Sammler wohl dem Kreise Schöns und Jacobys angehören mochte. Gegen dies Buch beantragte der Staatsanwalt beim Ober-Zensurgerichte ein Debitsverbot (1845) und bot damit dem Verteidiger Anwalt Crelinger die heiß ersehnte Gelegenheit, eine Regierung, die sich also vor der Erzählung ihrer eigenen Taten fürchtete, mit siegreichem Hohne zu bekämpfen. Trotzdem wurde das Verbot ausgesprochen, einfach wegen der „entschieden hervortretenden feindseligen Tendenz" der Schrift, und der Staat mußte dem Verleger, da das Heft mit inländischer Zensur gedruckt war, eine Entschädigung zahlen. Crelinger aber wurde zur Strafe in einen kleinen Ort versetzt und nahm seinen Abschied.

Und wie fruchtlos blieb alle diese Härte und Willkür. Zwar die Leipziger Allgemeine war gebändigt; sie lebte nach einigen Monaten unter dem Namen der Deutschen Allgemeinen Zeitung wieder auf, und ihr neuer Herausgeber, der als Zensor wohlbekannte Professor Bülau vermied ängstlich jedes kecke Wort. Auch Arnold Ruge gewann das Ansehen, das er durch seine Jahrbücher erlangt hatte, niemals wieder — wesentlich durch seine eigene Schuld. Er ging nach Frankreich und vermaß sich, „ein anderes Volk zu machen", eine das Jahrhundert beherrschende, eine weltgewinnende Literatur der Aufklärung zu erzeugen; auf die Männer der strengen Wissenschaft, auf „die Bildung der Herren Twesten, Trendelenburg und Ranke" sah er aus Himmelshöhen ebenso verächtlich hernieder wie auf den „reaktionären Idealismus" Arndts und Jahns. Im Herzen blieb der grundehrliche Polterer noch immer der Jüngling von Rügen, wie seine Jugendfreunde ihn nannten; er war nicht eigentlich verbittert, das erlaubte seine Gutmütigkeit nicht, nur der Rausch der absoluten Kritik trieb ihn zur dialektischen Vernichtung alles dessen was deutschen Herzen heilig ist. Vor nicht gar langer Zeit war Börne in den alten Jahrbüchern der schamlose Thersites des deutschen Volkes genannt worden; und jetzt gründete Ruge in Paris die „Deutsch-französischen Jahrbücher", deren Schmähreden jenen älteren Thersites fast noch überboten. Da hieß es: „Der deutsche Geist, soweit er zum Vorschein kommt, ist niederträchtig,

und ich trage kein Bedenken zu behaupten: wenn er nicht anders zum Vorschein kommt, so ist dies lediglich die Schuld seiner niederträchtigen Natur." Diese Lästerungen standen freilich in einem fingierten Briefwechsel; sie gaben aber unzweifelhaft Ruges eigene Ansicht wieder, daß sein alter Freund Robert Prutz sich als treuer Patriot gedrungen fühlte warnend zu widersprechen. „Wer ist noch patriotisch? Die Reaktion. Wer ist es nicht mehr? Die Freiheit. Das wahre Vaterland des Freiheit suchenden Menschen ist die Partei. Nur freie Männer haben keine Religion —" in dem Labyrinthe solcher seichten und frechen Kraftworte bewegte sich alles was Ruge in den nächsten Jahren schrieb. Seine Deutsch-französischen Jahrbücher gerieten alsbald ins Stocken; von dem ersten Hefte wurde fast die ganze Auflage an der pfälzischen Grenze konfisziert, und manche der französischen Radikalen, die sich Ruge zu Mitarbeitern ausersehen hatte, entsetzten sich über die gottlosen Doktrinen des deutschen Philosophen, dessen politische Unschädlichkeit sie nicht durchschauten. Auch in Deutschland begann man, obschon der politische Radikalismus beständig zunahm, der scholastischen Formeln der Junghegelianer müde zu werden. Nachdem die souveräne Kritik jeden möglichen und unmöglichen Standpunkt überwunden hatte, wußte sie der Nation nichts mehr zu sagen; das junge Geschlecht aber verlangte nach praktischer Freiheit, nicht nach Gedankenspielen.

Die Rheinische Zeitung hingegen wurde bald durch die Kölnische ersetzt. Dies alte, durch die Inserate der gewerbreichen westlichen Provinzen wohlgesicherte Blatt war eine Zeitlang hinter der übermütigen jungen Nebenbuhlerin zurückgetreten und hob sich jetzt wieder schnell, da viele Mitarbeiter der unterdrückten Zeitung zu ihm übergingen. Der Verleger Joseph Dumont, ein kräftiger Altkölner voll reichsstädtischen Stolzes und preußischer Königstreue, machte plötzlich die Entdeckung, daß die Regierung einen seiner Hauptredakteure, Dr. Hermes bestochen hatte — was in Preußen ganz unerhört und sicherlich auch ohne Vorwissen des Monarchen geschehen war; er entließ den Mann sofort und vertraute seine Zeitung zuverlässigeren Händen an. Etwas später übernahm der Westfale K. H. Brüggemann die Leitung. Der hatte seine Hambacher Festrede und die Schwärmerei seiner Studentenjahre auf der Festung Posen abgebüßt; aber unverbittert durch die lange Haft, schrieb er nachher (1843) das geistreiche Büchlein „Preußens Beruf in der deutschen Staatsentwicklung", ein Programm der Wünsche, welche das liberale Bürgertum des Westens bewegten: er verlangte ständische Vertretung ohne allgemeine Wahlen, Freiheit der Presse, des Handels, der Gewerbe, Selbstverwaltung der Gemeinden, Aufhebung aller Privilegien neben Anerkennung der ständischen Unterschiede, und sprach schon die bestimmte Erwartung aus, daß Preußen an die Spitze der deutschen Nation treten würde. Wenn der Minister Bodelschwingh für nötig hielt, diesen Ver-

treter des gemäßigten Liberalismus vor „subversiv-kommunistischen Tendenzen" zu warnen, so bewies er damit nur, wie völlig die Regierung durch ihre Angst verblendet war: sie vermochte die grundverschiedenen Richtungen, die sich augenblicklich in der Opposition zusammenfanden, gar nicht mehr zu unterscheiden. Da Brüggemann sich als erfahrener Publizist vor den Zensoren selten eine Blöße gab, auch dem kirchenfeindlichen Treiben der Junghegelianer fern blieb, so gewann die Kölnische Zeitung starken Anhang. Mit ihren 9000 Abonnenten oder mehr wuchs sie bald zu einem großen Blatte heran und wurde der Regierung grade durch ihre ruhigere Haltung fast noch lästiger als vordem die Rheinische Zeitung.

Für die Leipziger Allgemeine aber boten die demokratischen Buchhandlungen, die sich überall dicht vor der deutschen Südwestgrenze auftaten, der Skandalsucht der Lesewelt reichlichen Ersatz. In Winterthur hatte der Thüringer Julius Fröbel das Literarische Comptoir gegründet, das sich zuerst durch Herweghs Gedichte einen Namen erwarb. Mehrere wirkliche oder vorgebliche Flüchtlinge halfen mit, eine Zeitlang auch einer der Gebrüder Follen, der schöne Adolf, vormals von den Unbedingten als deutscher Kaiser gefeiert. Ein ehrenhafter, aber durchaus doktrinärer Demokrat, hielt Fröbel in den mannigfachen Wandlungen seiner politischen Ansichten viele Jahre hindurch nur einen Gedanken unverbrüchlich fest, den Haß gegen Preußen; er sprach offen die Absicht aus, durch seinen wilden Verlag die Macht der Zensur für immer zu untergraben. Zugleich eröffnete Wirth, der Volksredner des Hambacher Festes, in Bellevue bei Konstanz die Druckerei der deutschen Volkshalle; ähnliche Unternehmungen entstanden in Straßburg, Bern, Zürich.

Also aus sicherer Ferne prasselte ein Hagel radikaler Schriften über die deutsche Grenze herein. Alle wurden begierig gelesen; manche erregten großes Aufsehen, so eine aus Wahrheit und Dichtung gemischte Darstellung des Prozesses Weidig, so zwei von Schmutz starrende Bücher des jungen Schwaben Joh. Scherr, das enthüllte Preußen und Württemberg i. J. 1844. Auch die kleinen deutschen Nachbarstaaten mußten manche Schmähschrift gegen Preußen stillschweigend dulden, sie hatten den Mut schon verloren und waren froh, wenn sie sich ihrer eigenen Haut wehren konnten. Der Rheinländer Karl Heinzen, der roheste aller preußischen Demagogen, ließ seine unflätigen Bücher über die preußische Bureaukratie, die Opposition und wie sie sonst hießen, in Darmstadt drucken oder bei dem radikalen Buchhändler Hoff in Mannheim; nur wenn er offen Meuterei und Hochverrat predigte, wie in den „dreißig Kriegsartikeln" für das deutsche Heer, dann nannte er einen beliebigen Druckort. Heinzen hatte nach einer abenteuerlichen Jugend als ein Schiffbrüchiger ein Unterkommen im preußischen Subalterndienste gefunden und dort zwar die Demütigungen erfahren, die in solcher Lage keinem gebildeten Manne erspart bleiben, doch niemals ein Unrecht erlitten; gleich-

wohl meinte er sich berechtigt, das preußische Beamtentum wie eine Ausgeburt der Hölle zu behandeln. Ein vielbelachtes Zerrbild stellte den König dar, wie er die Zeitungen mit Füßen trat und dazu rief: ich liebe eine gesinnungsvolle Opposition! Was wollte der preußische Hof gegen alle diese Freibeuter ausrichten? Er fühlte sich gänzlich waffenlos; auch seine Zensoren daheim konnten schließlich nicht mehr unterdrücken was in der Luft lag. Der alte Preßzwang ward unhaltbar. Im Septbr. 1847 sang ihm Minister Bodelschwingh selbst das Totenlied und gestand: „Die Zensur ist altersschwach, sie hat ausgedient;" es fragt sich nur noch, wie sie zu ersetzen sei.*)

Die neue Zeit, die so oft verkündigte, zeigte sich einem jeden handgreiflich in der geschmackvollen Pracht des neuen Hofes. Der König liebte in reichen, vier- oder sechsspännigen Wagen daherzufahren; er gab der Hofdienerschaft schöne silberne, mit schwarzen Adlern gestickte Kragen an ihre Uniformen, den Pagen wieder die malerische rote Tracht aus den Zeiten Friedrichs I., den Marschällen der Landstände Marschallsstäbe, den Professoren der Universitäten würdige Talare; die Ritter vom Schwarzen Adler ließ er im Kapitel wieder die roten Ordensmäntel anlegen und die Richter des Rheinlandes wollte er nicht anders als in der feierlichen Robe der französischen Magistratur vor sich sehen. Das alles war ihm mehr als Form; er hielt sich verpflichtet das Königtum von Gottes Gnaden sowie alle seine Diener wieder in standesmäßigem Glanze auftreten zu lassen. Als ihm General Thile einmal vorstellte, die Einfachheit der preußischen Monarchen, namentlich Friedrich Wilhelms III. hätte allgemeine Ehrfurcht erweckt, die neuen glänzenden Formen würden vom Volke nicht verstanden, ja vielleicht für theatralisch gehalten werden, da dankte er dem treuen Freunde für seine Offenheit und erklärte: „Dennoch können offenbare Irrtümer mich in meinen Ansichten nicht wankend machen. Gewiß ist's, daß viel, sehr, sehr viel Anstand verloren gegangen ist. Das ist, weit entfernt mich zu veranlassen so fortzufahren, die Ursach, warum ich den Anstand und als solchen Zeichen verliehener Würden wieder einführe. Darum die Amtstracht des Magnifikus und der Professoren, darum die Amtstracht der Richter, darum den Marschällen Marschallsstäbe. Bei der Landtags-Eröffnung werde ich mir, wie bei der Huldigung, die Reichs-Insignien vortragen lassen. Suum cuique."**)

Den breiten Massen dieses kriegerischen Volkes kam der Wandel der Zeiten erst ganz zum Bewußtsein, als in den Jahren 1842 und 43 das Heer

*) Bodelschwingh, Denkschrift über die Presse, Sept. 1847.

**) Thile an König Friedrich Wilhelm, 18. März 1847, mit Randbemerkung.

eine neue Kleidung erhielt: kleidsame Waffenröcke statt der abgeschmackten Fräcke, Helme statt der Tschakos. Eine Flut von Spötterei ergoß sich über die Pickelhauben, die mittelalterliche Erfindung königlicher Romantik. Sehr bald begann man doch zu fühlen, daß Friedrich Wilhelm seinen Truppen die zweckmäßigste und schönste Kleidung gegeben hatte, welche je ein modernes Heer getragen; er hielt mit seinem feinen künstlerischen Geschmacke glücklich die Mitte ein zwischen der Steifheit der altrussischen und der seiltänzerischen Buntheit der neufranzösischen Uniformen, und in einem glorreichen halben Jahrhundert ist diese Kleidung der Nation so vertraut geworden, als ob deutsche Krieger in anderer Tracht gar nicht auftreten könnten.

Wie anders als unter dem alten Herrn erschienen nunmehr die Schlösser in Berlin und Potsdam, die sich so lange nur zu großen Hoffesten geöffnet hatten; jetzt drängten sich Maskenbälle, Konzerte, lebende Bilder, Theateraufführungen. Nicht selten bat sich der Monarch auch selbst zu Gaste im Palaste des Fürsten Radziwill, dem Sammelplatze des katholischen Adels, oder bei dem Grafen Pourtalès, dem Grafen Redern, wo zuweilen Jenny Lind und Franz Liszt sich hören ließen, oder bei der schönen Herzogin von Sagan-Kurland, die in ihren reifen Jahren noch einen so bestrickenden Zauber auf Männerherzen ausübte, daß der vielbewunderte Fürst Felix Lichnowsky ihr wie ein Schatten folgte. Das diplomatische Korps zeichnete sich aus durch eine große Zahl bedeutender Männer; da war der Amerikaner Wheaton, der gelehrte Kenner des Völkerrechts, der kluge hochgebildete Belgier Nothomb, und Lord Westmoreland, ein glühender Bewunderer der deutschen Musik; selbst die türkische Gesandtschaft besaß an ihrem Sekretär Davoud Oghlu einen gediegenen Gelehrten, der es in der deutschen Rechtsgeschichte mit den Deutschen selber aufnehmen konnte, und die Gattin des sardinischen Gesandten, des Grafen Rossi, Henriette Sontag entzückte jetzt die Gäste ihres Hauses wie vormals die Besucher des Königstädtischen Theaters, durch ihren herrlichen Gesang.

Über diese reich bewegte vornehme Gesellschaft dachte Friedrich Wilhelm das ganze Füllhorn deutscher Kunst und Wissenschaft auszuschütten. Er verhehlte nicht, daß er seinen bayrischen Schwager überbieten, Berlin zur Hauptstadt der nationalen Kultur erheben wollte, und der Wittelsbacher klagte bald bitterlich, die Berliner entführten ihm jedes große Talent. Dem Preußen fehlten aber die zähe Ausdauer und die berechnende Umsicht, welche den Bayern befähigten alle seine Unternehmungen zu Ende zu führen, und während dieser seine Künstler nur selten durch ein Machtwort in ihrer Arbeit störte, meinte jener selbst ein Künstler zu sein, dem freien Schaffen meisternd die Bahnen weisen zu können. Auf allen Gebieten der Kunst zugleich schienen dem Könige die edelsten Kräfte der Nation zu Gebote zu stehen. Welch ein Viergespann! — schrieb Bunsen

in schöner Freude — Schinkel, Cornelius, Rauch, Mendelssohn! Da trat das Unheil ein, das über den künstlerischen Charakter der neuen Regierung von vornherein entschied. Schinkel starb, der einzige Mann, der durch seine allseitige Bildung, seine unerschöpfliche Phantasie, seinen wesentlich architektonischen Genius vielleicht vermocht hätte, dem verwandten, aber unstet ins Weite schweifenden Geiste des Monarchen Halt und Richtung zu geben. Unter den Baumeistern, mit denen sich Friedrich Wilhelm nunmehr begnügen mußte, waren viele treffliche Männer, doch kein wahrhaft beherrschender Kopf; und so wurde diesem königlichen Mäcenas, der so viel Geist und Geschmack, so viel Arbeit und Opfer für das Schöne aufwendete, doch das grausame Schicksal, daß er nur an einer Stelle, in Potsdam, Werke hinterließ, welche sein eigenstes Wesen der Nachwelt getreu überliefern.

Lenné, der größte Gartenkünstler des Jahrhunderts, der auf dem Alten Zoll zu Bonn, im Hofgarten der kölnischen Kurfürsten aufgewachsen, schon unter dem alten Könige begonnen hatte den Berliner Tiergarten und die Parks von Potsdam zu verschönern, erhielt jetzt erst freie Hand für seine Entwürfe. Die moderne Technik bot die Mittel, um die prächtigen Wasserkünste endlich auszuführen, mit denen Friedrich der Große immer vergeblich versucht hatte sein Sanssouci zu schmücken; und an dem Potsdamer Persius gewann sich Friedrich Wilhelm einen Architekten, der wohl vertraut mit der stillen Schönheit dieser Havellandschaften, seine Bauten in den Rahmen der Wälder und der Wiesen, der Hügel und der Seen sinnig einzufügen wußte. Also, durch das Zusammenwirken aller Künste, ließ er hier vollenden und zu einem Ganzen abrunden was seine Ahnen stückweise begonnen hatten. Die majestätische Kuppel der Potsdamer Nikolaikirche gab dem Landschaftsbilde seinen beherrschenden Mittelpunkt; am Fuße des Hügels von Sanssouci begann Persius das Lieblingswerk des Königs, die Friedenskirche, einen edlen Bau nach der Weise der altitalienischen Basiliken, der sich mit seinen Säulenhöfen und dem ragenden Campanile im stillen Weiher widerspiegelte, eine Heimstätte gläubigen Friedens neben der sorgenlosen Weltlichkeit da droben. Hier in den meilenweiten Parkgeländen war Raum genug für die vielseitige Phantasie des königlichen Bauherrn, hier verlebte er in heller Künstlerfreude seine besten Stunden, und hier allein, unter den schlichten Leuten der Haveldörfer ist er auch in den unglücklichen Jahren seiner Regierung immer volksbeliebt geblieben. Unabläßig, bis zum Ende seiner gesunden Tage, ließ er hier bauen und bilden: dicht am Ufer des blauen Stromes die weihevolle kleine Heilandskirche; auf einsamer Waldhöhe das bayrische Häuschen für die Königin; in den Gebüschen und Baumgängen marmorne Exedren und leuchtende Statuen, unter denen auch Meister Lennés Herme nicht fehlen durfte; auf dem Pfingstberge die hohen Aussichtstürme, prächtige Propyläen einer Villenanlage, die, groß gedacht wie eines Dichters

Traum, durch die Stürme der Revolution unterbrochen wurde; endlich in den letzten Jahren noch den reichen Palladio-Bau der Orangerie. Es waren Werke von allerlei Stil, dem eklektischen Geschmacke des Königs entsprechend, und sie hinterließen doch nicht den Eindruck stilloser Buntheit, weil sie auf weiten Räumen verteilt, zwischen den Bäumen eingerahmt standen. Jeder Beschauer mußte fühlen, daß ein reicher und hoher Geist hier sinnvoll waltete.

Für Berlin reichte eine solche, mehr schmückende und spielende als schöpferische Kunsttätigkeit nicht aus. Sollte der Kunst der Hauptstadt die verheißene neue Blütezeit erscheinen, so mußten monumentale Bauten von mächtiger Eigenart den Werken Schlüters und Schinkels gegenübertreten, welche den architektonischen Charakter Berlins bisher bestimmt hatten, und dieser Aufgabe war weder der unruhige Geist Friedrich Wilhelms selbst gewachsen, noch das feine, geschmackvolle, zierliche Talent des Thüringers Stüler, der dem Monarchen fortan nach Persius' frühem Tode fast bei allen seinen Bauplänen zur Hand ging. Mit liebevollem Eifer und meist auch mit glücklichem Erfolge bemühte sich der König zunächst, die Bauwerke seiner Vorfahren zu vollenden und zu zieren. Dem Museum gab er auf Dach und Treppe reichen Skulpturenschmuck, wie den Treppenwangen des Schauspielhauses, die Säulenhalle davor wurde mit den Fresken nach Schinkels Entwürfen geziert; über den Pfeilern der breiten Schloßbrücke ließ er schöne Marmorgruppen lernender und kämpfender Krieger aufrichten, unbekümmert um den prosaischen Spott seiner Berliner, die sich an diese nackten Puppen gar nicht gewöhnen wollten. An der neuen Terrasse vor dem Schlosse prangten die vom Zaren Nikolaus geschenkten Rossebändiger des estnischen Baron Clodt; auch sie wurden von dem Witze der Hauptstädter als Bilder des gehemmten Fortschritts und des geförderten Rückschritts verhöhnt, während sich Rauch an der vollendeten Naturwahrheit der beiden Rosse kaum satt sehen konnte. Das abgebrannte Opernhaus Friedrichs des Großen wurde ganz nach Knobelsdorffs ursprünglichem Plane, nur reicher und stattlicher wiederhergestellt; die ebenfalls eingeäscherten Mühlen über dem rauschenden Wehr der Spree standen in der Gestalt einer malerischen Ritterburg wieder auf. Dann erhielt auch die schwere etwas eintönige Masse des Hohenzollernschlosses selbst kräftigen Abschluß und deutliche Gliederung durch Stülers bestes Werk, die gewaltige Schloßkuppel über dem römischen Triumphbogen.

Alle diese Zier- und Umbauten galten dem Könige nur als Beiwerk zu der großen Umgestaltung, die er für die Mitte der Hauptstadt beabsichtigte. Er dachte die lange Spreeinsel hinter dem alten Museum in eine Weihestätte der Künste umzuwandeln, die durch Säulengänge von dem Treiben des Alltags abgetrennt, eine ganze Reihe von Musentempeln umschließen sollte, und wie er allezeit liebte sich in Plänen zu übernehmen, so schwelgte er jetzt in immer neuen Entwürfen für die Ausführung dieser entzückenden Idee. Was

von alledem schließlich zu stande kam war doch nur ein Bruchteil und wenig erfreulich. In Schinkels altem und Stülers neuem Museum spiegelte sich der Charakter der Regierungen des dritten und des vierten Friedrich Wilhelm treulich wieder. Dort einfache Würde, ruhige Hoheit; hier ein anspruchsvoller alexandrinischer Prachtbau, der dem Auge nirgends ein Gesamtbild darbot, im Innern eine unübersehbare Fülle köstlicher Sammlungen, die Räume trotz mannigfacher Einzelschönheiten bunt, unruhig, überladen, das Ganze mehr gelehrt als schön und in der Anlage so willkürlich, daß unschuldige Beschauer das riesige Treppenhaus mit seinen Wandgemälden und Gipskolossen nicht für ein dienendes Glied, sondern für den Mittelpunkt des Gebäudes halten mußten. Der neue Generaldirektor, der strengultramontane Westfale Ignaz v. Olfers war ein gelehrter Kenner der kirchlichen Altertümer und sorgte unter des Königs unmittelbarer Leitung eifrig für die Vermehrung der Sammlungen; für die Kunst der Lebenden zeigte er kein Verständnis. Noch trauriger mißriet das zweite große Bauunternehmen des Königs. Er faßte den glücklichen Gedanken, an der Stelle des unscheinbaren friderizianischen Domes im Lustgarten eine reiche Kathedrale zu errichten, das prächtigste Gotteshaus der festländischen Protestanten, zum würdigen Abschluß des schönen Straßenzuges vom Brandenburger Tore her; doch die Jahre vergingen über Entwürfen und Gegenentwürfen, und zuletzt ward nichts vollendet als der kostspielige, in das Bett des Flusses hineingeschobene Unterbau der Chorabschlüsse, so daß die Berliner höhnten, hier wachse das teuerste Gras von Europa.

Es war eine herbe Enttäuschung; denn dieser Dom sollte die Krone werden über den 300 Kirchen, welche der fromme Monarch in zwei Jahrzehnten teils wiederherstellte, teils neu baute. Aus dem Gemäuer der römischen Basilika zu Trier erhob sich eine neue evangelische Kirche; der karolingische Kuppelbau im Aachener Münster entstand wieder in seiner alten Pracht; nahe seinem geliebten Erdmannsdorf, in dem Föhrenwalde auf halber Höhe der Schneekoppe, ließ der König das uralte romanische Holzkirchlein Wang aus Norwegen wieder aufrichten. Seine Neubauten verleugneten nirgends den feinen Geschmack des Bauherrn, indes erschienen die meisten nur wie leicht hingeworfene Zeichnungen eines geistreichen Dilettanten, ohne Kraft und künstlerische Durchbildung; die dürftigen Betsäle im Inneren entsprachen dem zierlichen Äußeren nur selten, während Schinkel als guter Protestant sich die evangelischen Gotteshäuser immer als Innenbauten gedacht hatte. Die eleganten kleinen Kirchen des neuen Berlins verschwanden fast zwischen den hohen Häusermassen, und eigentlich nur Sollers katholische Michaeliskirche erweckte den Eindruck eines bedeutenden Architekturbildes, wie sie so stattlich dastand an dem breiten Hafen des Engelbeckens, jenseits des Wassers der heitere Terrakottenbau von St. Thomas und die düstere Klosterburg des Diakonissenhauses Bethanien.

Das Mißgeschick des Dombaus wurde verhängnisvoll auch für die Entwicklung der Berliner Malerei. Mit hellem Frohlocken folgte Peter Cornelius, nachdem er mit seinem wittelsbachischen Gönner gebrochen hatte, dem Rufe Friedrich Wilhelms; er war auserwählt, die monumentale Malerei an der Spree einzubürgern, die Königsgruft der Hohenzollern, den Campo Santo, der sich neben dem Dome erheben sollte, mit biblischen Fresken auszuschmücken. Hoch begeistert, wie der König selbst, für ein allgemeines evangelisches Christentum, dachte er hier das christliche Epos, das er in der Münchener Ludwigskirche nur teilweis hatte vollenden können, zum herrlichen Abschluß zu bringen, den apokalyptischen Sagenkreis von den letzten Dingen, die geheimnisvolle Welt, wo Irdisches und Ewiges sich berühren, in grandiosen, jedes Christenherz erschütternden Bildern darzustellen. Da ward ihm die Höllenpein, die furchtbarste für einen schöpferischen Geist, Jahr für Jahr nur planen und planen zu müssen, denn die Wände, die er schmücken sollte, blieben unvollendet. Wie konnte es ihn trösten, daß ihm vor dem Brandenburger Tore, neben der lieblichen Villa seines Freundes, des Grafen Athanasius Raczynski ein würdiges Künstlerheim bereitet wurde? daß der König ihn mit Gnaden überschüttete, bei allen Prunkgeschenken und Denkmünzen dieser festlustigen Jahre nach seinem Griffel verlangte? Der jugendliche Schaffensdrang des Siebzigjährigen lechzte nach dem einen was ihm jetzt das Leben war. Und da nun wieder Jahre um Jahre in vergeblichem Harren dahingingen, so zeichnete er still entsagend an seinen riesigen Kartons weiter, ohne Hoffnung, nur um der Stimme des eigenen Genius zu gehorchen. Anfangs mit hohen Ehren aufgenommen, lernte er bald den eigentümlichen demokratischen Geist des Berliner Lebens kennen, der im Grunde gar nichts gelten läßt und zwar junge Talente heilsam stacheln, stolze, gereifte Naturen aber leicht verstimmen kann. Auch die wohlweisen Kritiker der Hauptstadt fühlten schnell, daß dieser herrische kleine Mann mit den streng geschlossenen Lippen, den stechenden dunklen Augen unter der schwarzen Perücke nicht ihresgleichen war, und sie rächten sich nach ihrer Weise durch hämische Angriffe.

Unter allen den mannigfachen Gestalten menschlicher Beschränktheit erscheint keine gedankenreichen Köpfen so unleidlich wie die Dummheit, die alles am besten weiß; und da diese Form der Dummheit in Berlin vorherrschte, so wurde die ungemütliche Stadt dem großen Künstler verleidet. Hier fand er weder die schönheitsfrohe Welt seines geliebten Roms, noch die fröhliche Zecherlust der Münchener Kumpanei. Angeekelt durch die Berliner Aufklärung kehrte er im Alter zurück zu strengkatholischen Anschauungen, die er in früheren Tagen überwunden hatte. Unterdessen begann die Geschichte über ihn hinwegzuschreiten; die verwandelte Zeit verlangte mit Recht von den Malern Farbenglanz und Naturwahrheit. Cornelius selbst mußte bezweifeln, ob sich unter dem jungen Geschlechte noch Künstler fänden, die seine Kartons je ausführen könnten oder wollten. Also

beschied ihm ein hartes Schicksal, bei voller Schaffenskraft den eigenen Ruhm zu überleben, und diese Berliner Jahre, die ihm den Lohn für ein reiches Künstlerwirken hatten bringen sollen, gestalteten sich zu einer tragischen Leidenszeit.

Ebenso wenig konnte Felix Mendelssohn-Bartholdy, der alsbald vom Könige glänzende Anträge erhielt, sich an der Spree wieder heimisch fühlen. Er hatte sich schon vor Jahren der Vaterstadt entfremdet, weil sie ihm die Direktion der Singakademie nicht anvertrauen wollte, und seitdem, durch die geniale Leitung der Gewandhauskonzerte, Leipzig zum Mittelpunkte des idealen deutschen Musiklebens erhoben. Zweifelnd, ungern kehrte er heim; die dankbare, harmlos empfängliche Hörerschaft, die ihm in Sachsen und auf den rheinischen Musikfesten zugejauchzt hatte, konnte er in der Stadt der kritischen Überbildung nicht wiederfinden. Nach seinem guten Rechte verlangte er ein Orchester und einen Chor, die sich seiner Herrschaft fügen sollten; gleichwohl ward ihm kein bestimmter Wirkungskreis angewiesen, da der König zunächst nur, planlos und ungeduldig, große Namen für Berlin gewinnen wollte; und so geriet der Vielgeliebte und Vielverwöhnte, den man überall sonst auf den Händen trug, bald in widerwärtige Händel mit der Amtseifersucht der königlichen Musikbehörden. Schon nach drei Jahren zog er sich verstimmt wieder in seine friedlichere Leipziger Tätigkeit zurück.

Mittlerweile war Spontini dem Volkshasse erlegen, der sich seit Jahren gegen den herrischen Fremdling angesammelt hatte. Eine leidenschaftliche öffentliche Antwort auf die Angriffe Rellstabs und anderer Kritiker bewirkte, daß er wegen Majestätsbeleidigung verfolgt wurde. Der gütige Monarch schlug die Untersuchung nieder, weil er fühlte, daß der heißblütige, des Deutschen kaum mächtige Italiener den Sinn seiner Worte nicht recht erwogen hatte; der Groll des Publikums ließ sich aber jetzt nicht mehr bändigen. Ein pöbelhafter Theaterskandal verjagte Spontini von dem Pulte, auf dem er so lange als unumschränkter Herrscher gethront hatte. An seine Stelle wurde Giacomo Meyerbeer berufen. Dem Könige war es eine frohe Genugtuung, die großen Musiker, die Berlin unter seinen Söhnen besaß, beide zugleich an seinem Hofe zu sehen; er bedachte nur nicht, daß diese beiden grundverschiedenen Naturen, die sich grade durch das Bewußtsein der gemeinsamen Abstammung voneinander abgestoßen fühlten, unmöglich zusammenwirken konnten. Meyerbeer leitete eine Zeitlang die Oper mit großem Erfolge, er verherrlichte alle Hoffeste durch prächtige Märsche und Tänze, und da er auf seine Weise immer ein stolzer Preuße blieb, so komponierte er zur Wiedereröffnung des eingeäscherten Opernhauses das Feldlager in Schlesien, die einzige nationale seiner Opern, ein Werk voll Feuer und Leben, in dem die kriegerische Begeisterung des friderizianischen Zeitalters kräftig wiederhallte. In der Stadt kannte alle Welt den freundlichen kleinen Mann, der an jedem Mittag mit seinem roten Regenschirm im Tiergarten spa-

zieren ging. Auf die Dauer ward ihm doch nicht wohl. Wie Mendelssohns keuscher Künstlersinn sich nach der friedlichen Stille einer deutschen Mittelstadt zurücksehnte, so strebte dieser Virtuos des rauschenden Erfolges hinaus nach der großen Bühne der internationalen Kunst, die für ihn die natürliche Heimat war. Nach einigen Jahren schied auch er, um fortan wieder in Paris zu leben und die Vaterstadt nur alljährlich auf kurze Zeit zu besuchen.

Seltsames Mißgeschick! Von dem glänzenden Viergespann, das Bunsen vor den Wagen des königlichen Kunstfreundes zu spannen hoffte, konnte nur einer im neuen Berlin seine ganze Stärke zeigen: Christian Rauch. Ihm blieb bis ins hohe Alter der stetig anhaltende Atemzug künstlerischer Kraft und nicht minder die treue Hingebung an das königliche Haus. Er arbeitete alle diese Jahre hindurch an dem Riesenwerke des Friedrichsdenkmals. Doch ein solches Unternehmen bedurfte langer Zeit; die Berliner bekamen von dem Altmeister lange nichts Neues mehr zu sehen außer dem schönen Grabmale des alten Königs, das neben dem Sarkophage der Königin Luise im Charlottenburger Mausoleum errichtet wurde. Was hatte man nicht alles erwartet von diesem hochsinnigen Fürsten, der, selbst ein Künstler, mit dem berühmtesten Kunstkenner der Zeit, dem Freiherrn v. Rumohr nahe befreundet war. Nun ließ sich doch nicht mehr verkennen, daß in diesen acht Jahren von bleibenden Kunstwerken weniger zu stande kam als weiland unter dem nüchternen alten Herrn. Die krankhaft aufgeregte Tadelsucht spottete, diese Regierung sei auch darum echt modern, weil ihren großen Intentionen die verkümmerte Ausführung niemals entspräche.

Wie die beiden ersten Musiker so wünschte Friedrich Wilhelm auch den namhaftesten Dichter unter den lebenden Berlinern in die Vaterstadt zurückzurufen. Ludwig Tieck kam, und der König zeigte sich sehr herzlich, eingedenk der Wonnen, die ihm einst in seiner Jugend die Märchenpracht des Phantasus bereitet hatte. Der Dichter erhielt seine verkaufte Bibliothek durch des Königs Freigebigkeit zurückgeschenkt und im Parke von Sanssouci ein Haus angewiesen, damit er immer zur Hand wäre, wenn sein Gönner an einem stimmungsvollen Abend eine dramatische Vorlesung zu hören wünschte. Aber seine schöpferische Kraft war schon versiegt; die neue Zeit mit ihrem Lärm widerte den Romantiker so tief an, daß er nicht einmal die Eisenbahn nach Potsdam benutzen mochte, sondern in seinem Wagen daneben herfuhr. Vom Alter gebeugt verbrachte er den größten Teil dieser Berliner Jahre in hoffnungslosem Siechtum. Die Vorlesungen bei Hofe wurden seltener und seltener, da der König nicht lange bei der Stange bleiben konnte. Selbst eine stille Gemeinde, wie sie in Dresden das Lesepult des Altmeisters umstanden hatte, ließ sich in dem unruhigen, zerstreuenden Treiben der Hauptstadt nicht zusammenbringen; bloß vereinzelte Besucher, treue Hausfreunde oder dann und wann ein

junger Poet, freuten sich an seinem seelenvollen Gespräche und dem wunderbaren Blicke der dunklen Dichteraugen.

Nur für dramaturgische Aufgaben nahm man seine Kraft noch mehrmals in Anspruch. Er richtete die Antigone des Sophokles für die Bühne ein, Mendelssohn setzte die erhabenen Chorgesänge in Musik, die Aufführung gelang über alle Erwartung, und in seiner dankbaren Freude ließ der König eine prächtige Medaille prägen, welche die Antigone mit der Urne und dazu über griechischen Versen die Bilder ihrer beiden Wiedererwecker zeigte. Auch Shakespeares Sommernachtstraum erweckte, wie ihn die beiden dem modernen Theater angepaßt hatten, allgemeinen Beifall. Als aber der König auch noch den Ödipus auf Kolonos, dann sogar, gegen Tiecks eigenen Wunsch, den Gestiefelten Kater und den Blaubart aufführen ließ, da zeigte die ablehnende Haltung der Hörer, daß die Bühne sich zu gelehrten oder phantastischen Experimenten nicht hergeben darf. Vollends Racines Athalie, dies eintönige Stück, dessen salbungsvolles Pathos den Deutschen meist schon auf der Schulbank verleidet wird, brachte die Berliner fast zur Wut; sie witterten jetzt überall pfäffische Anschläge und riefen in Gegenwart des Hofes ungebärdig: wir wollen keine Predigten. Ein so genügsamer standhafter Theaterbesucher wie sein Vater konnte Friedrich Wilhelm, der selbst schon so viel gedacht und empfunden hatte, niemals werden, denn ideenreichen Köpfen fällt das Hören immer schwerer als das Sehen; nur von Zeit zu Zeit reizte ihn das Außerordentliche, Seltsame, Fremdartige. Er sprach oft enthusiastisch von der Verjüngung des deutschen Theaters, jedoch die aufstrebenden dramatischen Talente, an denen die Zeit nicht arm war, ließen ihn kalt, weil sie allesamt zur Opposition gehörten. Also brachte seine Regierung auch der Bühne kein frisches Leben. Der neue aus München berufene Theaterdirektor v. Küstner waltete seines Amts mit Kraft und Eifer, er zeigte sich auch nicht unfreundlich gegen die jungen Poeten; die Herrscherin im königlichen Schauspielhause blieb doch nach wie vor die gute Charlotte Birch-Pfeiffer.

Am allerwenigsten war Friedrich Rückert der Mann um die Pläne einer Theaterreform, mit denen der König spielte, ins Leben einzuführen. Er warf sich, seit auch er nach Berlin berufen worden, mit jugendlichem Eifer auf dramatische Arbeiten, doch sie konnten seinem lyrischen Genius nicht gelingen; eine Tätigkeit, die ihn dem Bühnenleben näher gebracht hätte, ward ihm gar nicht angewiesen. So wurden ihm diese Berliner Jahre die traurigsten und die unfruchtbarsten seines Lebens. „Der indische Bramane, geboren auf der Flur" fand den Hof und die vornehme Gesellschaft ebenso ungenießbar wie den Lärm der Großstadt und ihre reizlose Gegend; die Handvoll Zuhörer, die sich in der bescheidenen Wohnung auf der Behrenstraße zu den orientalistischen Kollegien des Dichters einfand, bot ihm auch keinen Trost, und er dankte Gott, als er nach einigen Jahren heimkehren durfte ins fränkische Hügelland, um wieder in länd-

licher Stille zu bilden und zu dichten. Eine besondere Vorliebe hegte der König für den Schlesier August Kopisch, den fröhlichen Wanderer und Schwimmer, der einst die blaue Grotte von Capri entdeckt, auch dem Kronprinzen in Neapel als Cicerone gedient und, halb Maler halb Poet, das geheimnisvolle Treiben der Kobolde und Heinzelmännchen, die glückselige Dummheit der deutschen Krähwinkelei, die Lust des Bechers und der Liebe in manchem schalkhaft anmutigen Gedichte besungen hatte. Der wurde jetzt im Hausministerium untergebracht und schrieb, lässig nach Künstlerweise, viele Jahre lang ein Buch über die Potsdamer Schlösser.

Noch schlimmer fuhr der König mit dem jungen Ferdinand Freiligrath, der den Monarchen durch die funkelnde Pracht seiner Sprache bezaubert hatte und ein kleines Jahrgehalt angewiesen erhielt. Vor kurzem erst war Freiligrath den politischen Poeten entgegengetreten mit der schönen Mahnung:

Der Dichter steht auf einer höh'ren Warte
Als auf der Zinne der Partei —

worauf ihm Herwegh dreist erwiderte:

Ich hab' gewählt, ich habe mich entschieden,
Und meinen Lorbeer flechte die Partei.

Die Presse war aber bereits gewohnt, jeden der am preußischen Hofe ausgezeichnet wurde, als einen Volksverräter zu brandmarken. Von allen Seiten wurde der „pensionärrische" Poet mit gereimten und ungereimten Schmähungen beworfen; überall sang man die höhnischen Verse Hoffmanns v. Fallersleben: „wollte mir ein König geben Pension!" Dieser albernen Entrüstung vermochte der erregbare Dichter nicht Trotz zu bieten; war er doch selbst, obwohl ein ganz unpolitischer Kopf, nach Anlage und Bildungsgang ein radikaler Schwärmgeist. Nach zwei Jahren schon fühlte er sich gedrungen die Annahme des Jahrgelds zu verweigern, und fortan sang er selbst Zeitgedichte im Geiste der wildesten Opposition. Seltsam doch, wie unsicher und schwächlich die allseitige Empfänglichkeit des Königs sich oft zeigte. Die sentimentale Novelle Godwie Castle der ehrbaren Frau Henriette Paalzow fand bei Hofe unbegrenzte Bewunderung; auch der orthodoxe Pastor Wilhelm Meinhold erfreute sich der königlichen Gnade, ein abgesagter Feind der modernen „Vieh-Philosophie", der in einem manierierten, altertümelnden Romane „die Bernsteinhexe" einen scheußlichen Stoff aus der Zeit der Hexenverbrennungen nicht ohne realistisches Talent, aber roh und fanatisch dargestellt hatte. Ungetrübte Freude wurde dem Könige, bei allem was er hochherzig zur Förderung der deutschen Poesie unternahm, eigentlich nur einmal: als er die edle Begabung Emanuel Geibels erkannte und dem Dankbaren durch gütige Unterstützung über einige bedrängte Jugendjahre hinweghalf.

Ein Musenhof nach dem Vorbilde Rheinsbergs oder Weimars, wie

ihn der König sich zuweilen erträumte, konnte unter solchen Umständen nicht entstehen. An Talent und Bildung war kein Mangel. Auf der Cantianstraße nahe den Museen, in dem berühmten braunen Saale des Generaldirektors v. Olfers versammelte sich allwöchentlich ein dichter Kreis von Künstlern, Gelehrten, Kennern, liebenswürdigen Frauen; die Hausfrau, Stägemanns Tochter Hedwig, brachte jedem ein freies menschliches Verständnis entgegen und erweckte in der Gesellschaft eine Stimmung fröhlichen Behagens; sie wußte, wie ihre Töchter und der gelehrte Schwiegersohn Geh. Rat Abeken, alle die Feindschaft, die unter so vielen bedeutenden Männern nicht fehlen konnte, durch leichte Anmut niederzuhalten. In den unscheinbaren Salons des greisen Fräuleins Solmar fanden sich noch die letzten Vertreter einer älteren, bereits versinkenden literarischen Epoche zusammen. Und so gab es noch überall in der Hauptstadt einfache gastliche Häuser, wo bei Butterbrot und Tee eine geistreiche, oft allzu geistreiche Geselligkeit blühte; die jungen Rheinländer erfreuten sich meist der besonderen Gunst der Berliner Damen, weil sie als frische Naturburschen von den klugen Norddeutschen wohltätig abstachen. Aber all dies reiche Leben bewegte sich ganz selbständig, ohne jede Fühlung mit dem Hofe.

Keiner der berühmten Neuberufenen trat dem Monarchen wirklich nahe; er sprach mit ihnen gelegentlich, immer gütig und geistvoll, doch sein zerstreuter, unruhiger Sinn mochte nicht lange bei den einzelnen verweilen. Bequemer als diese Größen war ihm eigentlich der vielbelesene Salon-Historiker Alfred v. Reumont, ein ultramontaner Diplomat, der, trotz seiner spaßhaften Häßlichkeit immer elegant und zierlich, allerhand literarische Leckerbissen nicht ohne Gewandtheit aufzutragen wußte. Auch wurde die Zeit doch zu ernst für eine poetisch-philosophische Tafelrunde: Friedrich war im Innern seines Staats der unangefochtene Herr gewesen, den Nachfolger bedrohten schwere politische und kirchliche Kämpfe, die ihm die unbefangene Freude an der Welt der Ideale störten.

Schon längst empfand er es als einen Widerspruch im deutschen Leben, daß die Künstler und Gelehrten in keiner anderen Nation eine so bescheidene soziale Stellung einnahmen wie in dem Volke der Dichter und der Denker. Er wußte wohl, wie wenig alle äußeren Auszeichnungen das ideale Schaffen selbst fördern; doch er hielt sie, wie sein Humboldt, für unentbehrlich um das banausische Publikum auf die Würde der geistigen Arbeit hinzuweisen — zumal in diesem eiteln Jahrhundert, das, trotz seiner Freiheitsreden, nach Rang und Titeln so begehrlich trachtet wie kein anderes Zeitalter seit dem Untergange des Byzantinerreichs. Selbst die Radikalen fühlten sich beschämt, und Hoffmann von Fallersleben sang ein bissiges Lied auf „Deutschlands Schmach und Schande", als der bejahrte Jakob Grimm in diesen Tagen seinen ersten Orden erhielt — und dieser Orden war das Kreuz der Ehrenlegion, das Guizot dem von allen deutschen Fürsten Vergessenen übersandte, um im Namen des

Königs der Franzosen deutsche Wissenschaft zu ehren. Das sollte anders werden. Friedrich Wilhelm beschloß, dem einzigen preußischen Orden, der noch nicht durch Verschwendung an Wert verloren hatte, dem friderizianischen Kriegsorden pour le mérite eine Friedensklasse hinzuzufügen, welche nur für dreißig hervorragende Gelehrte und Künstler als stimmfähige Ritter deutscher Nation bestimmt war, dazu noch für dreißig ausländische Ritter ohne Stimmrecht. Nach Todesfällen sollte der Orden künftighin, damit sein Ansehen ungeschmälert bliebe, nur auf Vorschlag der Ritter selbst verliehen werden. Offenbar schwebte dem Könige der Gedanke vor, die Symposien von Sanssouci in idealer Form zu erneuern. Humboldt, der natürlich zum Kanzler des Ordens ernannt wurde, fühlte sich so recht in seinem Element, als er dem Monarchen bei den ersten Ernennungen Ratschläge erteilen durfte; und in der Tat fiel die Wahl durchweg auf ausgezeichnete Männer. Einige Not bereitete der greise Bildhauer Gottfried Schadow; der erklärte eigensinnig: ich nehme den Orden nur an, wenn mein Wilhelm — der Direktor der Düsseldorfer Akademie — ihn auch erhält. Da sagte ihm der König in seiner unerschöpflichen Gutherzigkeit zu, Wilhelm solle dereinst in des Vaters Stelle eintreten und verfügte eigenhändig: Bei Papa Schadow muß der Sohn als erbberechtigt angeführt werden. Der Sohn kann aber die Dekoration tragen ohne Stimmrecht."*)

Unter den dreißig Rittern war nur ein gänzlich unwürdiger: Metternich. Der hatte zwar vor Jahren dem jungen Leopold Ranke die verschlossenen Wiener Archive geöffnet, doch sonst niemals etwas Nennenswertes für Deutschlands Kunst und Wissenschaft getan, sondern das geistige Leben der Nation durch die Karlsbader Beschlüsse nach Kräften geschädigt. Und grade ihn betrachtete sein königlicher Bewunderer als eine hohe Zierde der neuen Stiftung;**) er teilte ihm die Verleihung mit, in einem gemütlich witzelnden Briefe, als ob Metternich durch seinen Beitritt den anderen Rittern eine große Gunst erwiese, und bat ihn sogar den Orden zwar anzunehmen, doch niemals zu tragen, weil neben dem Goldenen Vließe dafür kein Platz bleibe. Das war der Ton nicht, in dem ein König von Preußen einem ausländischen Untertan eine seltene, ganz unverdiente Ehre ankündigen durfte. Friedrich Wilhelm ließ sich's nicht träumen, daß man in Wien noch keineswegs gemeint war, den preußischen Staat als eine ebenbürtige Macht anzusehen, und ahnte kaum, wie seine herzliche Vertraulichkeit auf den hochmütigen k. k. Staatskanzler wirken mußte, der natürlich eine gewandte, hofmännische Antwort gab.

Im folgenden Jahre feierte der König den Jahrestag des Verduner Vertrags, „das tausendjährige Jubiläum von Deutschland", wie er es

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 26. Mai 1842.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 24. Mai 1842.

nannte,*) durch die Stiftung eines Preises für Werke aus der vaterländischen Geschichte. Die Festlichkeiten, die er sonst noch für diesen Tag anbefahl, beschränkten sich auf die Kirchen und Schulen; nur der Alttentsche Maßmann veranstaltete ein lärmendes Turnfest in der Hasenheide. Das Volk nahm wenig Anteil, denn was die Deutschen an Festlust besaßen, war in den Kölnischen Jubeltagen draufgegangen. Die radikale Jugend fand den Rückblick auf dies Jahrtausend deutscher Geschichte wenig erfreulich, und selbst ein reifer Mann wie Kühne nannte das Fest „einen recht dummen Streich". Unter dieser verbitterten Stimmung mußte auch der Ansbacher Bildhauer Ernst von Bandel leiden, ein stürmischer Teutone aus Maßmanns Freundeskreisen, der schon im Jahre 1838 den Plan gefaßt hatte, auf der Grotenburg im Teutoburger Walde, inmitten der westfälischen Gebirge, dem Cherusker Herman ein riesiges Denkmal zu errichten. Er dachte dabei an den ewigen Kampf der Germanen wider die welsche, insbesondere die französische Tücke, und merkte nicht, daß er also den Franzosen einen neuen Vorwand gab, sich selber für Kulturbringer, uns für Barbaren zu erklären. Unter schweren Opfern, mit einer wunderbaren Ausdauer, der seine künstlerische Begabung leider nicht von ferne gleichkam, lebte der begeisterte Patriot fortan diesem einen Gedanken; denn immer wenn eine Nation sich auf sich selbst besinnt, wendet sie ihre andächtigen Blicke der fernsten Vorzeit zu. Um dieselbe Zeit, vielleicht angeregt durch Bandels Werk, schlug der Dichter Niccolini den Italienern vor, auf dem Gipfel des Mont Cenis ein Bild des Marius aufzubauen, mit drohend gen Norden gerichtetem Schwerte, und darunter die Inschrift: Zurück ihr Barbaren! Das Unternehmen des tapferen Franken fand anfangs lebhaften Anklang und wurde auch durch reiche Spenden König Friedrich Wilhelms gefördert; jetzt aber erkaltete der Eifer, die ungeduldige Jugend wollte Taten sehen, und wirklich ist das Werk erst nach drei Jahrzehnten vollendet worden, als Deutschland auf große neue Siege zurückschauen konnte.

Jener historische Preis war nur ein Glied aus einer langen Kette königlicher Geschenke an die Wissenschaft. Durch die Freigebigkeit der Krone erhielt Richard Lepsius die Mittel für die große vierjährige orientalische Reise, die der Ägyptologie erst einen festen wissenschaftlichen Boden schaffen sollte. Ebenso wurde Karl Ritter bei seinen Reisen unterstützt; ihn liebte der König zärtlich, denn eine so wunderbare Verbindung von frommer Einfalt und tiefer Gelehrsamkeit fand sich in der modernen Welt nur selten. Die Akademie der Wissenschaften wurde beauftragt die sämtlichen Werke König Friedrichs herauszugeben, obgleich die gottseligen Fanatiker mindestens die Gedichte und die philosophischen Schriften des großen Freigeistes von der Veröffentlichung ausschließen wollten; zugleich begann Freiherr von Stillfried

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 29. März 1843.

die Urkundensammlung zur ältesten Geschichte des königlichen Hauses, die Monumenta Zollerana. Für Doves geniale Forschungen wurde das meteorologische Institut eingerichtet, das bald in ganz Norddeutschland seine Beobachtungsstationen anlegte. An die Spitze der Berliner Bibliothek kam Pertz, der Herausgeber der Monumenta Germaniae, der damals auf der Höhe seines Wirkens stand.

Den Universitäten Berlin und Königsberg bewilligte der König sogleich ein beträchtlich erhöhtes Einkommen; auch das arg vernachlässigte alte Greifswald sollte gehoben werden. Und wie viele glänzende Berufungen gleich in der ersten Zeit! Bald nach den Brüdern Grimm erhielt auch Dahlmann einen preußischen Lehrstuhl in Bonn angewiesen. Beim Abschied in Jena begrüßte ihn Robert Prutz mit einem Liede, das dem brausenden, ziellosen Tatendrange des jungen Geschlechts treuen Ausdruck gab:

Es gilt dem kommenden Geschlechte,
Es gilt dem künftgen Morgenrot.
Der Freiheit gilt es und dem Rechte,
Es gilt dem Leben und dem Tod.

Am Rhein wurde der Führer der Göttinger Sieben nicht minder freudig aufgenommen, und in seiner Antrittsvorlesung sagte er hoffnungsvoll: der Tadel der Nation gegen Preußens selbständige Politik werde erst verstummen „in der Fülle der Zeiten, vor dem unter Preußens Vorgange vollendeten Werke, vor Deutschlands großer Zukunft". In die Berliner juristische Fakultät trat neben Stahl dessen Landsmann Puchta ein, der natürliche Nachfolger Savignys, ein tiefsinniger, in Schrift und Rede gleich ausgezeichneter Lehrer des römischen Rechts; er gehörte einer gemäßigt konservativen Richtung an, doch als Freund Schellings, als Anhänger der historischen Rechtsschule und streng kirchlicher Protestant erfuhr er, wie Stahl, in der Presse alsbald gehässige Anfeindungen. Nach seinem frühen Tode wurde der Schweizer Keller berufen, auch ein trefflicher Jurist, nur minder glücklich als Lehrer: er hatte einst in Zürich die Radikalen geführt, doch angeekelt von dem souveränen Unverstande, hielt er sich in Preußen zu der streng konservativen Partei. Als nun auch der milde, aber den Rationalisten verhaßte Theolog Dorner neben Hävernick nach Königsberg berufen wurde, da hieß es allgemein, der König begünstige nur reaktionäre Gelehrte. Man dankte ihm auch nicht, daß er Maßmann, dem Bücherverbrenner von der Wartburg, erlaubte in Berlin einen großen Turnplatz einzurichten und nebenbei an der Universität verworrene germanistische Vorlesungen zu halten; die Burschenschafter aus der ältesten christlich-germanischen Generation galten dem neuen Liberalismus allesamt für Dunkelmänner. Selbst der Baseler Protestant Gelzer, ein ernstgläubiger, keineswegs engherziger Literaturhistoriker wurde, kaum nach Berlin berufen, sofort als geheimer Jesuit verlästert.

Unter allen Neuberufenen erregte Schelling das größte Aufsehen. Er war ausdrücklich auserwählt um den idealen Sinn und Zweck der neuen Regierung vor der gelehrten Welt zu vertreten; er sollte die Hegelschen Populärphilosophen Vatke, Hotho, Benary, Michelet, die an der Berliner Universität noch die Lehre des Meisters in zeitgemäßer Verdünnung vortrugen und bei Hofe für Verderber der Jugend galten, auf das Haupt schlagen durch eine zugleich gläubige und streng wissenschaftliche Philosophie. Seine Berufung wurde zugleich Parteisache. Sogar Humboldt, der vor zehn Jahren so bestimmt erklärt hatte, Schelling sei der einzig mögliche Nachfolger auf Hegels Lehrstuhl, verhielt sich jetzt kühl, fast feindselig; und unter dem Wehgeschrei der gesamten liberalen Welt hielt der siebenundsechzigjährige Philosoph seinen Einzug in Berlin, wo auch er nie wahrhaft heimisch werden sollte. Seit einem Menschenalter hatte er außer einigen akademischen Reden nichts mehr veröffentlicht, als die wiederholte Ankündigung, daß „es jetzt ernst sei" mit seinem so oft verheißenen großen theosophischen Werke, und einige hochmütige Ausfälle gegen jüngere Philosophen, die ihm seine Ideen entwendet haben sollten. Schweren Herzens schied er von München, das für ihn doch der natürliche Boden war; denn er meinte sich von Gott erwählt, in der Hochburg der Hegelschen Schule als Lehrer der Zeit aufzutreten. Er vermaß sich, die Philosophie nicht aufzuheben, sondern zu ergänzen durch eine bisher für unmöglich gehaltene Wissenschaft, ihr in der Offenbarungsphilosophie eine Burg zu gründen, worin sie von nun an sicher wohnen sollte. Und wer durfte ihm bestreiten, daß er die neue historische Weltanschauung der Deutschen mit begründet und reich befruchtet hatte, daß Stahl und Puchta ihre wissenschaftliche Überlegenheit, einem Gans oder Rotteck-Welcker gegenüber, gutenteils ihm verdankten?

Als er nun die Vorlesungen über die Philosophie der Offenbarung begann, da drängte sich das gesamte gelehrte Berlin nach dem winkligen Auditorium maximum der Universität, die meisten feindselig, viele neugierig, einige in der unschuldigen Hoffnung das größte Rätsel der Menschheit gelöst zu sehen. Der Adel der Sprache, die gewaltige Zuversicht der Rede, die sich zuweilen zu prophetischem Schwunge erhob, und manche geniale Gedankenblitze verrieten wohl noch den alten Meister; doch zeigte sich bald, daß die Uneingeweihten ganz recht hatten, wenn sie diese neue Wissenschaft für unmöglich erklärten. Schelling sagte selbst: „die Offenbarung muß etwas über die Vernunft hinausgehendes enthalten, etwas aber, das man ohne die Vernunft doch nicht hat." Aus diesem tiefsinnigen Satze zog er jedoch nicht den Schluß, daß der Philosoph sich bescheiden müsse, die Grenzen des Erkennens abzustecken, und kritisch festzustellen, wo die geheimnisvolle, der Vernunft nie ganz zugängliche Welt der subjektiven, innerlich erlebten Gemütswahrheiten beginnt; er unternahm vielmehr, die Offenbarung selbst vernünftig zu begreifen, womit

doch ihr Wesen aufgehoben wird, und geriet daher in mystische Phantasiespiele, die um so rätselhafter klangen, weil der Philosoph den Gedankenbau seines Systems ersichtlich noch nicht abgeschlossen hatte. Der gute Steffens, der bis zum Tode die Gabe behielt alles zu begreifen was er begreifen wollte, bemühte sich umsonst den jüngeren Genossen die Worte des Meisters zu erklären. Das neue Gelehrtengeschlecht besaß schon den schönen Mut der Unwissenheit, dessen die voraussetzungslose Wissenschaft bedarf; der junge Historiker W. Wattenbach erwiderte dem schwärmenden Naturphilosophen ehrlich: ich habe gar nichts verstanden.

Unterdessen rüstete sich Schellings nächster Landsmann, sein Todfeind Paulus in Heidelberg zu einem vernichtenden Schlage. Er ließ die Vorlesungen insgeheim nachschreiben und gab sie plötzlich in einem dicken Bande heraus als „die endlich offenbar gewordene positive Philosophie der Offenbarung" (1843); in einem Schwall polemischer Zusätze entfaltete der greise Rationalist die ganze Fülle seines Hohnes, seiner geschwätzigen Plattheit. Es war ein Bubenstreich, ohne Beispiel selbst in der wenig zarten Geschichte deutscher Gelehrtenkämpfe. Mit welcher heiligen Entrüstung war vor kurzem Hävernicks Berufung von den Liberalen gebrandmarkt worden, weil dieser einst als junger Student einige Sätze aus den Kollegien der Hallenser Rationalisten an die Kirchenzeitung verraten hatte. Jetzt stahl ein welterfahrener, zweiundachtzigjähriger Professor einem Kollegen ein ganzes Heft, in der denkbar gehässigsten Absicht, um den Gegner sittlich zu vernichten; und fast die gesamte liberale Presse nahm Partei für den Dieb; Varnhagen jubelte und Heine feierte im Liede den edlen Räuber Kirchenrat Prometheus. Zu solcher Roheit war der Parteihaß schon angeschwollen. Schelling klagte wegen Nachdrucks; er meinte, der verstockte alte Sünder könne nur noch durch eine Geldstrafe empfindlich getroffen werden. Der aber erwiderte keck, sein Buch sei kein Nachdruck, sondern ein Vordruck; und das Berliner Gericht sprach ihn frei, denn der Wortlaut des Gesetzes war nicht ganz unzweideutig, auch ließ sich eine gewinnsüchtige Absicht dem Angeklagten nicht zutrauen. Sicherlich wirkte aber auch eine unbewußte Parteilichkeit bei dem seltsamen Urteile mit; die vordem der öffentlichen Meinung so unzugänglichen preußischen Gerichte wurden jetzt schon leise in das liberale Fahrwasser hinübergetrieben, in den politischen Prozessen mehrten sich die Fälle unerwarteter, ja rätselhafter Freisprechungen. Aufs äußerste überrascht erklärte Schelling nunmehr, wenn die Regierung ihn nicht schütze, so könne er nicht mehr lehren, und zog sich vom Katheder zurück. Also blieb auch diese Berufung, woran der König sein Herz gehängt hatte, ohne jede Frucht.

Dieser große akademische Skandal offenbarte zum ersten Male den tiefen Abscheu, der sich in der gelehrten Welt binnen kurzem gegen den neuen Kultusminister angesammelt hatte. Eichhorns Bedeutung wurde bald von Freund und Feind empfunden. Der König sagte gradezu: „seine Erhaltung ist für mich Selbsterhaltung,“*) und die Opposition pflegte das neue System schlichtweg als das Ministerium Eichhorn zu bezeichnen, da unser gelehrtes Volk längst gewöhnt war, den Geist einer Regierung nach ihrer Unterrichtsverwaltung zu beurteilen. Unter allen den hochbegabten Männern, welche der König an falscher Stelle vernutzte, hat keiner so schwer, so tragisch gelitten wie Eichhorn. Aus den Geschäften des Zollvereins, der zum guten Teile sein Werk war und gerade jetzt seiner kundigen Führung bedurfte, sah er sich in seinem zweiundsechzigsten Jahre herausgeschleudert in eine grundverschiedene Tätigkeit; aus dem Ministerium, das die Schlagkraft des Staates vertritt, also von allen seinen Gliedern unbedingten Gehorsam fordern muß, trat er plötzlich hinüber zu der Leitung des geistigen Lebens, das seinen eigenen Gesetzen folgt und vom Staate nur mittelbar, mit schonender Hand gefördert werden kann. Wie sein Vorgänger Altenstein erfuhr er das gemeine Menschenschicksal, daß die Welt die Männer der Tat stets nach ihrer letzten Wirksamkeit beurteilt. Altenstein hatte das Glück, daß man die schweren staatsmännischen Fehler seiner früheren Jahre über seinen großen Verdiensten um die preußischen Bildungsanstalten ganz vergaß. Eichhorn mußte erleben, daß schon die Mitwelt seines ruhmvollen Wirkens für unsere wirtschaftliche Einheit gar nicht mehr gedachte, sondern ihm nur die kampferfüllten, durch Schuld und Unglück verdorbenen, wenig fruchtbaren Jahre seines Alters anrechnete. So ward er einer der bestverleumdeten Männer des Jahrhunderts.

Über seine Ernennung grollte nur die Wiener Hofburg, die dem Zollvereins-Demagogen allezeit gram blieb; die preußischen Gelehrten begrüßten sie anfangs mit Freude, denn der hochgebildete, geistreiche, durch und durch edle Mann hatte einst als Syndikus der Berliner Universität das akademische Leben aus der Nähe kennen gelernt, dann jahrelang mit Schleiermacher und anderen namhaften Gelehrten freundschaftlich verkehrt. Und doch sollte grade dieser Verkehr ihm verderblich werden. Zur Leitung des deutschen Unterrichtswesens gehört vor allem eine tiefe Ehrfurcht vor der Freiheit der Wissenschaft. Unsere Universitäten waren allezeit Republiken und werden es immer bleiben; der rücksichtslose Wahrheitsmut der deutschen Gelehrten ist von einem oft unbequemen eigensinnigen Trotze fast unzertrennlich, der Lehrer verwächst mit seiner Lehre. Dies wußte Wilhelm Humboldt, weil er selbst ein großer Gelehrter war; er sagte rundweg, gelehrte Anstalten könnten nur von innen heraus wachsen, wie die Kristalle sich langsam in der Stille „ankandierten“. Auch Altenstein empfand ähnlich, weil er noch zu den vornehmen Herren aus Harden-

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 24 Jan. 1846.

bergs fränkischer Schule gehörte; wenn die Geister aufeinander platzten, so wartete er meist gemächlich ab, welche Kraft sich als die lebendige erweisen würde, und eigentlich nur bei der Begünstigung der Hegelschen Philosophie zeigte er sich als wissenschaftlicher Parteimann. Von dieser weltmännischen Gelassenheit Altensteins besaß Eichhorn gar nichts, ein ganzer Gelehrter wie Humboldt war er auch nicht; im Umgang mit seinen wissenschaftlichen Freunden hatte er sich jedoch eigentümliche Ansichten über Geist und Methode des akademischen Unterrichts gebildet, und diese unfertigen, halbgereiften Gedanken wollte er jetzt den gelehrten Republiken als bindende Vorschriften ebenso herrisch auferlegen, wie er einst im Auswärtigen Amte seinen Diplomaten Befehle erteilt hatte. Also verfiel auch er dem Fluche dieser Regierung, dem Dilettantismus. In den Zollvereinsgeschäften, die er von Grund aus beherrschte, hatte der bewegliche kleine Mann seine natürliche Lebhaftigkeit immer gebändigt, so daß manche der törichten kleinen Regierungen allein durch seine überlegene Geduld gewonnen wurde; auf dem neuen Boden aber fühlte er sich nicht ganz sicher und wurde heftig, reizbar, rechthaberisch. Das schöne Verhältnis gegenseitigen Vertrauens, das unter Altensteins gütigem Regimente so lange zwischen dem Ministerium und den Universitäten bestanden hatte, verschwand binnen kurzem gänzlich, und die Gelehrten begannen bald ihren Vorgesetzten als einen herrschsüchtigen Schulmeister zu beargwöhnen.

Auf diesem Gebiet verlor Eichhorn was sein Vorgänger gewonnen hatte; in der Kirchenpolitik dagegen trat er eine sehr schlimme Erbschaft an, und was ihm hier mißriet, ward mehr durch die Ungunst der Verhältnisse verdorben als durch seine eigenen Fehler. Aufgewachsen im strengen Luthertum, aber ein überzeugter Anhänger der evangelischen Union, dachte er über die Fragen der Kirchenhoheit freier, tiefsinniger, weitherziger als Altenstein. Die Aufsicht des Staates über die katholische Kirche wollte er auf das Unerläßliche beschränken, und für die Selbständigkeit der evangelischen Kirche, für die Reform ihrer Gemeinde- und Synodalverfassung hegte er seit Jahren wohlüberlegte Pläne, die sich erst nach einem Menschenalter ganz verwirklichen sollten. Doch solange die alten Gesetze und die oberstbischöflichen Befugnisse der Krone noch bestanden, hielt er sich gleich seinem Vorgänger auch verpflichtet, das innere Leben der evangelischen Kirche im evangelischen Sinne zu überwachen. Da er nun der neuen theologischen Kritik weit ferner stand als Altenstein und, hierin ganz Parteimann, die Hegelsche Philosophie noch lebhafter verabscheute als jener sie begünstigt hatte, so verwickelte er sich bald in Glaubensprozesse und Lehrverfolgungen, die seinen eigentlichen Absichten widersprachen und seinen Namen mit einem ungeheueren Hasse beluden.

Von den persönlichen Freunden des Königs, von Bunsen wie von Radowitz wurde Eichhorn mit stillem Mißtrauen betrachtet; unter den

Ministern besaß er nur an Thile und Savigny nahe Gesinnungsgenossen, und in seinem eigenen Departement fand er fast nur Gegner vor, erklärte Hegelianer oder aufgeklärte Beamte von dem alten rationalistischen Schlage. Aus den Kreisen dieser unzufriedenen Geheimen Räte gingen nachher, unter Varnhagens eifriger Mitwirkung, viele der anonymen Zeitungsartikel hervor, welche den Minister als einen beschränkten Pietisten verlästerten. Dem Monarchen entgingen diese Mißstände nicht. Wieder und wieder dachte er an die Berufung frischer Arbeitskräfte, schon weil er seinen Freund „vom Totarbeiten retten" wollte;*) schließlich scheute er sich doch, durch einen umfassenden Personenwechsel das Selbstgefühl der alten Beamten zu verletzen. So blieb denn der Staatsmann, der eine widerstrebende Welt zum lebendigen Christentum zurückführen sollte, fast ganz allein. Mit seinem Ministerialdirektor Ladenberg lebte er in offener Feindschaft; dem unermüdlichen Johannes Schulze entzog er sogleich einen Teil seiner Amtsgeschäfte, und schmerzlich genug vermißten die Professoren bald die kollegialische Freundlichkeit ihres feurig aufbrausenden und doch so wohlwollenden Ioannes parvulus, der eben erst, durch die Berufung Ritschls nach Bonn, wieder einmal seinen Scharfblick bewährt hatte und auch mit Gegnern so gut auskam, daß Leo ihm dankbar die Italienische Geschichte widmete.

Der einzige Geheime Rat, der dem Minister mit freudiger Zustimmung half und demnach auch überall mitwirken mußte, war der neu berufene Pädagog Gerd Eilers, ein friesischer Bauernsohn, der als Knabe zu Schlossers Füßen gesessen und sich dann in einem erfahrungsreichen Leben den strengen lutherischen Glauben seines Vaterhauses, den Abscheu gegen alle philosophische Zweifelsucht treu bewahrt hatte. Ein ehrlicher, uneigennütziger Patriot, ein brauchbarer praktischer Schulmann von mannigfachen, allerdings ungleichmäßigen Kenntnissen, blieb Eilers doch immer ein unklarer Kopf, geschwätzig, formlos, verworren, wie seine chaotische Selbstbiographie, „meine Wanderung durch das Leben". Über Menschen und Dinge urteilte er mit eigensinniger Willkür. Er verehrte Schlosser und Dahlmann, während er Gervinus, der zwischen beiden etwa in der Mitte stand, für einen gefährlichen Volksverderber hielt; er verdammte den süddeutschen Liberalismus, doch dem Bannerträger der Triaspolitik, Wangenheim zollte er warme Bewunderung. Alle diese rein subjektiven Ansichten vertrat er mit friesischer Schroffheit, und obwohl er als abgesagter Feind der Metternichschen Politik die Demagogenverfolgungen, denen mehrere seiner nächsten Freunde zum Opfer gefallen waren, entrüstet verurteilte, so hielt er doch für ganz natürlich, daß die Staatsgewalt alle, die nach seinem Ermessen offenbare Atheisten oder Revolutionäre waren, sich kurzerhand aus dem Wege räumte. Ein solcher Ratgeber konnte auf den

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 23. Febr. 1844.

Minister, der ihn sehr weit übersah, keinen wirklichen Einfluß gewinnen; und also ganz vereinsamt mußte Eichhorn, je heftiger die Tagesmeinung wider ihn anbrauste, nur um so tiefer in die einmal eingeschlagene Richtung hineingeraten.

Die Berufungen neuer Lehrkräfte waren allesamt unter des Ministers eifriger Mitwirkung, zum Teil auf seine Anregung zu stande gekommen; doch man dankte ihm für dies große Verdienst nur wenig, weil er von vornherein, allem akademischen Brauche zuwider, in die kleinen und kleinsten Angelegenheiten der Universitäten herrisch eingriff. Noch in den ersten hoffnungsvollen Monaten der neuen Regierung taten sich etwa 150 Hallenser Studenten, unter der Führung des wackeren jungen Theologen Rudolf Haym, zusammen um den König, ihren Rektor, in einer kindlich ehrerbietigen Adresse zu bitten, daß er D. F. Strauß nach Halle berufen möge. Das Unternehmen mußte jedem, der die Meinungen des Monarchen kannte, wunderbar naiv erscheinen und war ebendeshalb unzweifelhaft harmlos; die jungen Leute gaben einfach ihrer Begeisterung für den Verfasser des Lebens Jesu einen etwas vorlauten Ausdruck. Aufgestachelt waren sie nicht; der alte Rationalist Gesenius hatte sogar väterlich abgemahnt.*) Dem Minister aber erschien die Bittschrift wie eine atheistische Freveltat, und er ruhte nicht, bis der akademische Senat die bereits gegen die Urheber verhängten Strafen noch verschärfte, worauf sich dann unausbleiblich ein gehässiger Zeitungskampf entspann. Ebenso hart beurteilte er die Königsberger Studenten, die den armen Hävernick ausgescharrt hatten, und der Senat der Albertina beschwerte sich bei dem Könige, natürlich umsonst, über den Minister.

Seitdem stand die Meinung fest, „das Eichhörnchen" begünstige überall den Pietismus, und bei der gereizten Stimmung der Zeit konnte es nicht ausbleiben, daß die Gegenpartei sich zu manchen Ungerechtigkeiten hinreißen ließ. Der Berliner akademische Senat verbot den Studenten aus Hengstenbergs Schule, einen Verein zum Historischen Christus zu bilden; er begründete das Verbot mit der offenbar höhnischen Erklärung, sonst müßte man auch antichristliche Vereine gestatten, und der Minister sah sich genötigt, diesmal zum Schutze der akademischen Freiheit einzuschreiten. Strafen und Entlassungen, die unter Altenstein nur selten vorkamen, wiederholten sich häufig und sie wurden allesamt als Zeichen der neuen Gewissenstyrannei angesehen. Man schalt sogar, als dem Bonner Privatdozenten Bruno Bauer die Erlaubnis zum Lesen entzogen wurde. Der hatte in seiner Kritik der synoptischen Evangelien den Boden des positiven Christentums so gänzlich verlassen, daß die Theologie, die doch keine reine Wissenschaft ist, ihn unmöglich noch in ihren Reihen dulden konnte. Der Minister ließ sich, bevor er einschritt, gewissenhaft von allen

*) Ich benutze hier eine freundliche Mitteilung von R. Haym.

theologischen Fakultäten des Staates Gutachten erstatten, die er sofort veröffentlichte. Der Entlassene aber stiftete alsbald in Berlin mit seinem Bruder Edgar und einigen anderen Wortführern der souveränen Kritik einen Bund „der Freien", der durch seine bodenlose Frechheit, seine Lästerungen, Zoten und Unflätereien selbst den Ekel des radikalen Ruge erregte. Gleichwohl wurde Bauer in allen Zeitungen als edler Dulder gepriesen.

Leider konnte der König selbst in seiner nervösen Reizbarkeit die akademische Freiheit am wenigsten ertragen; er hatte sich ganz nach eigenem Ermessen eine Grenze vorgezeichnet, welche das freie Wort nicht überschreiten sollte. Im Nov. 1843 schrieb er an Thile: „Lösen Sie mir das Rätsel, wie der p. Nauwerck, ein bekannter patentierter Revolutionär hier an der Universität Privatdozent geworden ist, und wie man ihm den größten Hörsaal, d. h. Schellings und Savignys Katheder einräumt!!!!!! Ich bin tief betrübt über diesen entsetzlichen Mißgriff, der den werdenden guten Geist der Studenten wieder sehr ernst gefährdet. Es **muß endlich** in meinem Geist verfahren werden. Revolutionäre dürfen in Preußen keine Freistätte unter den Fittichen der Regierung finden."*) Nauwerck war ein gewöhnlicher radikaler Schwätzer, der mit Mühe ein mittelmäßiges Buch über die Geschichte des Bundestags zu stande brachte. Seine sofort gedruckte Antrittsvorlesung über die Teilnahme am Staat enthielt nicht viel mehr als Gemeinplätze, und wenn man dies dürftige Lichtlein ruhig brennen ließ, so wäre es wohl bald von selbst erloschen. Diesmal wagte Eichhorn, der solche Aufwallungen des Monarchen schon oft beschwichtigt hatte, nicht zu widerstehen; Nauwerck mußte den Lehrstuhl verlassen und erlangte für einige Zeit einen ganz unverdienten Ruhm.

Weit härter noch bestrafte sich die Entlassung Hoffmanns von Fallersleben in Breslau. Wer kannte ihn nicht, den frohmutigen fahrenden Sänger, der überall mit dabei war, wo man auf fremde Kosten Wein trinken konnte? Die Zeche zahlte er doch redlich; denn alles jubelte ihm zu, wenn der Recke mit kräftiger Stimme seine heiteren, wohlgereimten Gesellschaftslieder bald singend, bald deklamierend vortrug. Ein tüchtiger Germanist, deutsch durch und durch bis zur Ungerechtigkeit gegen alles Fremde, kannte er namentlich unser Volkslied aus dem Grunde und verstand sehr geschickt, scheinbar kunstlos seine eigenen Gedichte alten volksbeliebten Texten und Melodien einzufügen. Solche mutwillig über den Strang schlagende Wildfänge kann ein großer Staat unter der Masse seiner Beamten noch am leichtesten ertragen, und von dem kunstsinnigen Könige ließ sich wohl einige Nachsicht erwarten für den weinseligen Poeten, der neben vielen leichten, mit der Lust des Zechens verwehenden Liedern dem deutschen

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 30. Nov. 1843.

Volke doch auch Unvergängliches geschenkt hatte. Am Felsenstrande von Helgoland dichtete er nach der Haydnschen Melodie das Lied „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt", das den Grundgedanken des Arndtschen Vaterlandsliedes einfacher, wärmer, lebendiger wiedergab und nach langen Jahren erst mit voller Macht auf die deutschen Gemüter wirken sollte. Ein andermal in guter Stunde schrieb er die einfältig schönen Zeilen:

Treue Liebe bis zum Grabe
Schwör' ich dir mit Herz und Hand.
Was ich bin und was ich habe
Dank' ich dir, mein Vaterland!

Ohne alle Kenntnis der Politik, aber durch sein ungebundenes Wanderleben radikal gestimmt, erfreute er seine Hörer zuweilen auch durch politische Gedichte, und der Beifall, den diese Improvisationen hervorriefen, berauschte ihn dermaßen, daß er sich zum Freiheitsdichter berufen fühlte. Seine „Unpolitischen Lieder" waren sehr reich an kräftigen Ausfällen; manche davon schmeichelten sich durch ihre leichte sangbare Form in jedes Ohr und machten rasch die Runde auf allen Studentenkneipen, so die burschikosen, einem alten Schnaderhüpfel nachgebildeten Verse:

Ist denn gar kein Weg,
Ist denn gar kein Steg,
Der uns führt aus dieser Sklaverei?

Eben wegen dieser volkstümlichen Wirksamkeit erschien das Büchlein, das schon die Feuerprobe der Hamburgischen Zensur bestanden hatte, den preußischen Behörden hochgefährlich. Durch Beschluß des Staatsministeriums wurde Hoffmann zu Neujahr 1844 seiner Professur enthoben; der König tat nichts den grausamen Spruch zu mildern, und der Entlassene bereiste fortan die deutschen Städte als poetischer Wanderprediger des Radikalismus. Überall wo feurige Patrioten zusammen zechten, deklamierte er rührsam:

Ich bin Professor gewesen,
Nun bin ich abgesetzt.
Einst konnt' ich Collegia lesen;
Was aber kann ich jetzt? —

worauf denn meist ein geharnischtes politisches Lied oder auch vergnügliche Bänkelsänger-Reime folgten. Die warmherzigen Pfälzer und Rheingauer konnten sich an ihm nicht satt hören, sie feierten ihn als ein Opfer des preußischen Despotismus. Nur bei den Holsten fand er üblen Empfang; ihre Zeitungen sagten barsch: hierzulande sei man zu ernsthaft für dies ewige Schim-schim-schim und Juch-juchhe. Als die Berliner Studenten seinen alten Freunden, den Brüdern Grimm einen Fackelzug brachten, da erschien Hoffmann plötzlich als ungeladener Gast an einem Fenster, und die jungen Leute, deren Anführer wohl mit im Geheimnis waren, begrüßten auch ihn mit jauchzendem Zuruf; darauf Ausweisung des Heimat-

losen, Untersuchung gegen die jugendlichen Ruhestörer und eine Zeitungserklärung der Brüder Grimm, die ihren königlichen Schirmherrn doch nicht verhöhnen durften, also öffentlich ihre Unschuld beteuerten. Seitdem blieb die Polizei dem Dichter auf den Hacken; auch aus anderen Städten ward er verwiesen, selbst in seinem Geburtslande Hannover durfte er sich nicht zeigen. Endlich fand er eine Zuflucht unter dem Schutze der ritterschaftlichen Libertät Altmecklenburgs. Da ein mecklenburgisches Staatsbürgerrecht nicht bestand, jeder Rittergutsbesitzer aber befugt war, auf seinen Dörfern nach Belieben das Heimatsrecht zu erteilen, so entschloß sich der Führer der bürgerlichen Ritterschaft, der liberale Dr. Schnelle, den gehetzten Mann auf seinem Gute Buchholz als Ortsangehörigen — die liberalen Zeitungen logen: als Kuhhirten — aufzunehmen; und in diesem unangreifbaren Schnellischen Reiche konnte Hoffmann fortan immer sicher ausruhen sobald er anderswo ausgewiesen wurde. So war das öffentliche Recht des Deutschen Bundes. Solche tragikomische Erbärmlichkeiten erweckten selbst im Auslande Spott und Hohn, und zuletzt fiel aller Haß auf Preußen zurück.

Dem leicht erregbaren Selbstgefühle der Gelehrten erschienen diese Entlassungen fast noch erträglicher als die beständigen Ermahnungen und Verweise von oben her. Als der Hallenser Philosoph Hinrichs, ein sehr gemäßigter Liberaler, über Politik las, wurde er herrisch bedeutet, zu solchen Vorträgen sei er unfähig. Sogar Dahlmann, dessen erstes Auftreten zu Bonn Eichhorn selbst mit warmen Worten begrüßt hatte, erhielt nachher einen schnöden Verweis, da er bei einem Fackelzuge einige ganz unverfängliche Worte über die freien Hochschulen, den Stolz des zerstückelten Deutschlands sprach. So oft der pflichteifrige Minister auf einer seiner zahlreichen Dienstreisen eine Universität besuchte, erging er sich in lehrhaften Ansprachen. In Breslau erinnerte er an das credo ut intelligam; die Professoren in Münster mahnte er, religiöse Gesinnung mit wissenschaftlicher Gründlichkeit zu verbinden, die Bonnenser, das öffentliche Recht auf das Studium der Vergangenheit zu stützen und also dämonische Kräfte von sich fern zu halten. Er schien gar nicht mehr zu wissen, daß ihm doch nur die äußere Ordnung und Förderung der Universitäten oblag, die Gelehrten aber über die Aufgaben der Wissenschaft sicherlich mehr nachgedacht hatten als er selbst. Mit vollem Rechte fühlte sich die gesamte Professorenschaft beleidigt, als Eichhorn dem Rationalisten Wegscheider in Halle bei dessen Jubiläum nicht bloß die übliche Auszeichnung versagte, sondern den verdienten greisen Gelehrten zu seinem Ehrentage sogar brieflich wegen seiner kirchlichen Haltung wie einen Schulbuben abkanzelte.

Auch wohlgemeinte Verfügungen des Ministers erschienen durch ihre verfehlte Form als lästige Bevormundungsversuche eines fahrigen Dilettantismus. Da Eichhorn richtig erkannte, daß die althergebrachten Katheder-

monologe auf den Universitäten allzu sehr überwogen und manche Professoren die Erfindung der Buchdruckerkunst noch nicht zu kennen schienen, so befahl er (1843) durch einen Erlaß, wobei Eilers mit seinen derben Schulmeisterhänden offenbar mit geholfen hatte, daß die akademischen Lehrer Repetitorien und wiederholte Prüfungen mit ihren Vorlesungen verbinden sollten. Diese Häufung der Examina, deren Überzahl ja schon längst eine preußische Staatskrankheit war, drohte die akademische Freiheit zu vernichten; man glaubte überall, freilich mit Unrecht, Eichhorn wolle die freie Lehre durch mechanische Abrichtung, die Wissenschaft durch Kenntnisse verdrängen. Der ruhige Dahlmann meinte entrüstet, so bis zu der Erbärmlichkeit österreichischer Unterrichtsanstalten ließen sich die deutschen Universitäten nicht herabdrücken; Oberpräsident Böttticher sogar konnte sich den Stimmungen der Königsberger Gelehrten nicht ganz entziehen und klagte bitterlich über dies traurige „Vielregieren".*) An dem einmütigen Widerstande der akademischen Welt scheiterten Eichhorns Befehle. Was in ihnen berechtigt war verwirklichte sich späterhin von innen heraus durch die natürliche Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens, das seine Gebrechen selbst am sichersten zu heilen vermag. Die Mediziner und Naturforscher hatten von altersher praktische Übungen abgehalten; philologische Seminare bestanden schon damals fast an allen preußischen Universitäten; die Historiker folgten nachdem Ranke den Weg gewiesen; in Greifswald gründete G. Beseler eine juristische Gesellschaft, wie vorher schon Jacoby in Königsberg eine mathematische, Trendelenburg in Berlin eine philosophische. Aus diesen Keimen erwuchs allmählich in einem halben Jahrhundert eine Fülle von Seminaren aller Art; ein reich, fast überreich ausgebildeter dialogischer Unterricht trat dem alten monologischen ergänzend an die Seite.

Wie tief der Minister trotz seines edlen Willens sich die Gelehrten entfremdet hatte, das sollte dem Könige selbst greifbar vor die Augen treten bei der Jubelfeier der Albertina. Es war wieder ein Ehrentag und zugleich ein Verbrüderungsfest für unsere Nordostmark. In Scharen waren sie herbeigeströmt die alten Herren, die einst den Albertus auf der Mütze getragen, und auf aller Lippen schwebten die Namen der beiden Männer, welche der Geschichte dieses Landes den Stempel ihres Wirkens am tiefsten eingeprägt hatten, die Namen Herzog Albrechts und Kants. Am Vorabend dieses Festes, das unter Kants Gestirne stand, konnte Eichhorn sich nicht enthalten, die Professoren in strafendem Tone vor den Verirrungen des kritischen Geistes zu warnen. Der Rektor Burdach, ein beredter, geistreicher Mediziner noch aus der alten halb naturphilosophischen Schule, antwortete sogleich unerschrocken, die Universität sei sich keiner Schuld bewußt. Bei den Festlichkeiten der nächsten Tage feierte der

*) Böttticher an Thile, 2. Juni 1844.

greise Philolog Lobeck den Kritiker der reinen Vernunft, dem diese Hochschule ihren Ruhm verdanke, Burdach aber den volkstümlichsten Schulmann der Provinz, den frommen alten Rationalisten Dinter, dessen Lehrbücher die Regierung eben jetzt aus den Schulen entfernen ließ. Die Reden klangen wie eine Kriegserklärung gegen den Minister, und die brausenden Huldigungen, welche die Festgenossen den beiden Rednern darbrachten, bewiesen genugsam, daß sie ihren Landsleuten aus der Seele gesprochen hatten. Als schließlich der Grundstein gelegt wurde für das neue Universitätsgebäude, führte der König die ersten Hammerschläge: „Vorwärts sei für und für die Losung unserer Hochschule". In diesem Augenblicke trat die Sonne aus den Wolken hervor, und begeistert fuhr er fort: „Ihr Vorwärts sei das des Lichts der Sonne, das gleichmäßig ausgestrahlt die Finsternis wirklich erhellt, in tiefe Höhlen dringt, das Nachtgefieder verscheucht, Keime entwickelnd, Blüten entfaltend, Früchte reifend, Früchte, an deren Genusse die Menschen gesunden." Dann mahnte er zur Gottesfurcht, zu Taten der Ehre unter den Fittichen des Adlers, zu „echter Treue, die da weiß, daß man dem Fürsten nicht dient, wenn man seine hohen Diener herabzieht". Schöner, feuriger hatte er selten gesprochen; doch die Hörer blieben kalt, sie konnten die Schlußworte nicht verwinden. Große Redner fühlen immer selbst zuerst, ob ihr Wort gezündet hat; der König schied tief verstimmt, er wußte jetzt, daß seine geliebten Altpreußen ihn nicht mehr verstanden. Der alte Schlosser sprach nur die allgemeine Meinung der Gelehrten aus, da er sagte: Euer Minister hat mehr aufgeregt als er bewältigen kann. —

Die Universitäten hätte Eichhorn mit weiser Zurückhaltung wohl friedlich leiten können; im Volksschulwesen hingegen fand er schwierige Aufgaben vor, die sich ohne ernste Kämpfe nicht lösen ließen. Unzweifelhaft hatte Altensteins Verwaltung auf diesem Gebiete Großes geleistet: 38 Lehrerseminare und etwa 30 000 Volksschulen waren in zwei Jahrzehnten neu gegründet oder umgestaltet worden; die Technik der Pädagogen konnte sich großer Fortschritte rühmen, die Lehrer besaßen durchschnittlich viel mehr Kenntnisse als die alten Unteroffiziere, welche Friedrich der Große als Schulmeister zu verwenden pflegte. Um gut zu lehren muß man aus dem Vollen schöpfen, etwas mehr wissen als was man lehrt — an diesem erprobten Grundsatz hielt Altenstein immer fest. Doch wie sein Johannes Schulze die Gymnasien mit einer Überfülle von Lehrfächern belud, ebenso, und in noch höherem Maße wurden die Lehrerseminare durch einen wohlmeinenden Bildungseifer überlastet, und man vergaß die nicht minder erprobte Wahrheit, daß der Schulmeister nicht zu viel wissen darf, wenn er nicht die Freude an seinem schönen anspruchslosen Berufe verlieren soll. Ein Stand, der gleichsam zwischen zwei Stühlen saß, der weder an der schlichten wirtschaftlichen Tätigkeit der Volksmassen, noch an dem schöpferischen Wirken der Gelehrten unmittelbar teilnahm, mußte, wenn

ihm zu viele unverarbeitete Kenntnisse eingeprägt wurden, einer gefährlichen Halbbildung und Anmaßung verfallen. Schon in den zwanziger Jahren bemerkte Harnisch, der verdiente Direktor der Seminarien von Breslau und Weißenfels: die althergebrachten Sünden der Roheit und Dieberei würden unter seinen Zöglingen seltener, dafür nähmen Dünkel und Weltsinn überhand.

Bedenklicher war, daß die Volksschule, die ja den großen Wandlungen der Ideen immer nur in einigem Abstande folgen kann, an dem erstarkenden religiösen Leben der drei letzten Jahrzehnte kaum teilgenommen hatte. Sie stand noch immer unter der Herrschaft der Lehren Pestalozzis. Wohl war es einst eine schöne Zeit der Erweckung gewesen, als der edle schweizerische Sonderling den verknöcherten Schulunterricht auf die lebendige Anschauung und Selbsttätigkeit zu begründen unternahm, als er in Lienhard und Gertrud, in dem Buche der Mütter die Erzieher lehrte, sich liebevoll in das Seelenleben ihrer Zöglinge zu versenken. Damals bewunderten ihn fast alle namhaften Männer Deutschlands, die gläubigen Stein und Arndt so gut wie der radikale Fichte, und Königin Luise dankte ihm im Namen der Menschheit. Aber der Gedanke der abstrakten, allgemeinen Menschlichkeit, der ihn, den Illuminaten, den Ehrenbürger der französischen Republik begeisterte, konnte dem vertieften religiösen Gefühle, der schärferen historischen Kritik dieser neuen Tage längst nicht mehr genügen. Alle praktische Humanität der modernen Geschichte — das begann man endlich zu begreifen — wurzelte, bewußt oder unbewußt, im Christentum, in der Idee der Gotteskindschaft, in dem königlichen Gesetze der Liebe; der Herzenshärtigkeit der heidnischen Völker, die sich allesamt für die auserwählten ansahen, war sie immer fremd geblieben, wenngleich einzelne große Denker sie als ein theoretisches Ideal verherrlichten. Zu menschlicher Freiheit konnte die moderne Jugend nur durch eine christlich-religiöse Erziehung herangebildet werden; und dies galt vornehmlich von den Volksschulen, denn ein hellenisches Sittlichkeitsideal, wie es etwa einem Wilhelm Humboldt vorschwebte, war wesentlich aristokratisch und schloß die Banausen aus, denen nur die demokratische Moral des Christentums Trost und Frieden zu bringen vermochte. Pestalozzi selbst hatte diese Wahrheit allmählich begriffen und sich im Alter dem lebendigen Christenglauben zugewendet. Die Mehrzahl seiner Schüler und Anhänger dagegen hing noch immer an dem alten Wahne, daß man dem Baume der Menschenliebe seine christlichen Wurzeln abgraben und doch im Schatten seines Wipfels sich lagern könne. Ein freundlicher, bequemer Rationalismus herrschte in den Volksschulen vor; der Religionsunterricht behauptete keineswegs überall seine natürliche Stellung in der Mitte des Lehrplans. Seit der Kabinettsordre vom 23. März 1829 wurde die Errichtung von Simultanschulen immer begünstigt, wenn die Gemeinden sich darüber freiwillig einigten und für konfessionelle Schulen nicht die genügenden Mittel besaßen;

indes war die Zahl dieser gemischten Volksschulen noch gering, am stärksten in den polnischen Landesteilen, da sie hier zur Verbreitung der deutschen Sprache mitwirkten, und man bemerkte bald, daß sie den konfessionellen Gegensatz öfter verschärften als milderten. Wo sich kirchliche Gleichgiltigkeit in den Volksschulen zeigte, da lag die Schuld meistens an der Gesinnung der Lehrer, zumal der evangelischen.

Der anerkannt erste Mann des preußischen Volksschullehrerstandes war Adolf Diesterweg, der in Nassau-Siegen geboren, lange in Süddeutschland, dann in Elberfeld und Mörs erfolgreich gewirkt hatte, und seit 1832 das Seminar für städtische Lehrer in Berlin, die Musterschule des Staates leitete, ein grundehrlicher Idealist, volkstümlich derb, arm, bedürfnislos, mit vielen Kindern gesegnet, der geborene Schulmeister, mit Leib und Seele bei der Sache, durch keine Wiederholung je zu ermüden. Trotz seiner Lebhaftigkeit besaß er auch die größte aller Pädagogentugenden, die Gabe sich in der Schule nie zu ärgern; er verstand wie wenige seine Schüler zum eigenen Nachdenken zu zwingen, sie vom Konkreten zum Abstrakten hinaufzuleiten; sie hingen an dem Gestrengen mit leidenschaftlicher Liebe, und mancher unbeholfene Gymnasiallehrer konnte ihn um seine wirksame Lehrmethode beneiden. Unter Altenstein genoß er das volle Vertrauen der Schulbehörden und verfaßte in ihrem Auftrage den Wegweiser zur Bildung für deutsche Lehrer. Höher hinauf durfte sich seine fruchtbare streitlustige Feder freilich nicht wagen. Als er auch „über das Verderben der deutschen Universitäten" mit der ganzen Unfehlbarkeit des Schulmeisters schrieb, da wurde er von Leo und anderen Gelehrten in seine Schranken verwiesen; denn die Welt der klassischen Bildung blieb ihm unverständlich, und niemals konnte er begreifen, daß die akademische Freiheit Lehrer wie Lernende in edlerem Sinne erzieht als der Schulzwang.

Auch in seinem religiösen Denken vermochte er nicht, wie sein Vorbild Pestalozzi, fortzuschreiten mit der wachsenden Zeit; er verharrte vielmehr in dem Bannkreise des alten Rationalismus. Die trivialen Wundererklärungen der Dinterschen Schullehrerbibel schienen ihm allerdings gar zu platt. Er wünschte jedoch einen konfessionslosen Unterricht im vernunftgemäßen Christentum, einen Unterricht, der sich auf Gebet, biblische Geschichte, Sittenlehre beschränken, Katechismus und Gesangbuch verschmähen sollte, also in Wahrheit lediglich dem subjektiven Belieben des Schulmeisters anheimfallen mußte. Da er überall darauf ausging, seine Zöglinge selbst die Wahrheit finden zu lassen, so hielt er es für eine geistlose Abrichtung, wenn sie nach dem alten Schulgebrauch gezwungen wurden, halbverstandene Bibelverse und Gesangbuchlieder auswendig zu lernen, und auch die kirchenfeindliche Presse wähnte sehr klug zu handeln, wenn sie beständig gegen das öde Memorieren eiferte. Dieser weltliche Wissensdünkel vergaß ganz, daß religiöse Wahrheiten auch von

dem reifen Manne nur geahnt, erst sobald er sie an sich selbst erlebt hat wirklich begriffen werden, desgleichen, daß die erhabenen Sprüche biblischer Weisheit, einmal aufgenommen in das empfängliche Gedächtnis des Kindes, in der Stille mit dem Menschen fortleben um dann plötzlich, in den Versuchungen und Unglücksfällen des Lebens, eine tröstende und erhebende Kraft zu zeigen, welche weder dem Einmaleins noch dem ABC noch den Kinderfabeln vom Ochs und Esel innewohnt.

Diesterweg dachte zu klug, zu ruhig um in dem Religionsunterrichte seines Seminars die hergebrachten Formen gradezu zu verlassen; doch eine lebendige Freude an der christlichen Offenbarung konnte er seinen Zöglingen nicht erwecken. Noch schädlicher wirkte die unmäßig hohe Vorstellung, die er in seinem stürmischen pädagogischen Feuereifer sich von der Würde des Lehrers gebildet hatte. Schlicht wie er selbst war wollte er auch seine Zöglinge aus dem Volke hervorgehen und im Volke wirken sehen; gleichwohl hielt er, nach einem mißverstandenen Ausspruche Schleiermachers, den Lehrer für den wichtigsten Mann im Staate und verlangte, die der handwerksmäßigen Schulmeisterei entwachsene, zur Wissenschaft erhobene Pädagogik müsse sich zur Kunst ausbilden. Was Wunder, daß die Schüler den Meister noch überboten und überall unter den Seminaristen die Schlagworte umliefen: Bildung macht frei, wer die Schule hat, hat die Zukunft; kühnere Köpfe weissagten bereits, die Schule würde dereinst die Kirche ganz verdrängen. Die Lehrer verwechselten den unschätzbaren Wert des heranwachsenden Geschlechts mit dem bescheidenen Werte der Dienste, welche sie dieser Jugend leisteten; weil der Besitz einiger Elementarkenntnisse in der modernen Welt jedem so unerläßlich war wie einst in einfacheren Zeiten die Waffentüchtigkeit, so hielten sie das Unentbehrliche für das Würdigste und Höchste. In den neuen Lehrerzeitungen und Lehrervereinen zeigte sich ungewöhnlich stark der dem ganzen Zeitalter eigentümliche Geist der sozialen Unruhe, der jeden drängte sich über seinen Stand zu erheben; hier wurde mit dem Nürnberger Trichter oft gradezu ein Kultus getrieben, hier sprach man nur noch von den Herren Lehrern, und der schöne alte Name Schulmeister, der doch mehr und Besseres sagt, galt schon für ehrenrührig.

Dies starke Selbstgefühl der Schulmeister stand in schreiendem Widerspruche zu ihrer gedrückten wirtschaftlichen Lage, die sich unter der sparsamen alten Regierung nur wenig gebessert hatte; Gehalte von 50—100 Talern jährlich waren nicht selten, selbst die alte bettelhafte Unsitte des Reihetischs bestand noch in einzelnen abgelegenen Gegenden. Seit das Allgemeine Landrecht die Schulen für Veranstaltungen des Staates erklärt hatte, war der Schulmeister nicht mehr schlechtweg der Untergebene des Pfarrers, und schon geschah es zuweilen, daß er dem Geistlichen als Vorkämpfer der weltlichen Aufklärung trotzig entgegentrat. Von der Höhe seiner zur Wissenschaft erhobenen Pädagogik

wähnte er die Bauern weit zu übersehen, während diese ihn wegen seiner Armut verachteten, manche auch ganz richtig fühlten, daß zur Leitung einer großen Bauernwirtschaft viel mehr Kraft des Willens und des Verstandes gehört als zum Einüben der ersten Schulkenntnisse. So wirkten mannigfache Verhältnisse zusammen um den Volksschullehrern den bescheidenen, zufriedenen Sinn zu stören, und die Opposition wußte sich dieser Verstimmung bald zu bemächtigen. In vielen Dörfern Schlesiens, Sachsens, Ostpreußens sammelte der radikale Schulmeister die unzufriedenen kleinen Leute um sich und begann in aller Stille eine Wühlerarbeit, deren Früchte das Revolutionsjahr an den Tag brachte. Trotz der großen Fortschritte der pädagogischen Methode blieb es zweifelhaft, ob nicht die schulmeisternden Invaliden der friderizianischen Zeit, alles in allem, mehr Segen gestiftet hatten als ihre kenntnisreicheren Nachfolger. Sie hatten geholfen ein dürftig unterrichtetes, aber frommes, pflichtgetreues, zufriedenes Geschlecht zu erziehen; in der verbesserten Volksschule wirkten neben den aufbauenden auch zersetzende und zerstörende Kräfte.

Solche Mißstände ließen sich schwer heilen, weil sie in dem gesamten geistigen und sozialen Zustande der Nation wurzelten. Aus manchem widerwärtigen Skandal lernte der neue Minister, wie der Geist des Dünkels in einem Teile des Lehrerstandes überhandnahm. Das große Schullehrerseminar in Breslau mußte gänzlich geschlossen werden, weil ganze Klassen der Zöglinge sich widersetzlich zeigten; und der schlesische Schulmeister Wander, einer der frechsten Radikalen, unterstand sich sogar in einem anmaßlichen offenen Briefe den Minister zur vollständigen Neugestaltung des Seminarunterrichts aufzufordern: durch den Besuch der Oberrealschulen und das Anhören akademischer Kollegien sollten die Lehrer des Volks künftighin würdig auf ihren hohen Beruf vorbereitet werden. Eichhorn hegte den wohlerwogenen Plan, ein Ober-Schulkollegium zu errichten, damit sich nach und nach eine feste, von dem Wechsel der Personen im Ministerium unabhängige Tradition bilden könnte. Er wollte ferner den Notstand unter den Lehrern durch beträchtliche Erhöhung der Gehalte beseitigen, den überladenen Lehrplan der Seminare vereinfachen, dem Religionsunterrichte die herrschende Stellung in der Volksschule zurückgeben, so daß sich die anderen Lehrfächer daran anfügen sollten. Auch wünschte er, hierin ganz mit Diesterweg einig, die Seminare aus der zerstreuenden Unruhe der Großstädte hinweg zu verlegen. Diese gute Absicht trug freilich nicht immer die gehofften Früchte; denn in den kleinen Städten spielten die Seminare oft fast die Rolle einer Universität, die Musikaufführungen ihrer Schüler standen im Mittelpunkte des geselligen Lebens, und dies laute Treiben bildete keine glückliche Vorschule für junge Menschen aus dem Volke, die ihre Jahre vielleicht in der Stille eines Walddorfes verbringen sollten. Im Jahre 1844 beschränkte Eichhorn die Überzahl der Lehrbücher; Dinters Bibel und einige ähnliche Bücher wurden ganz verbannt.

Währenddem arbeiteten zahlreiche Federn an den neuen Lehrplänen, niemand eifriger als der Westfale D. W. Landfermann, Eilers Nachfolger in der Koblenzer Schulratsstelle, ein urkräftiger Teutone, der als Burschenschafter schwere Verfolgungen erlitten hatte, im Unterrichtswesen gründlich erfahren, in der Politik gemäßigt liberal, aber wegen seines kirchlichen Ernstes ganz mit Unrecht als Pietist verrufen. Viele Jahre hindurch war der Umschwung des religiösen Lebens in den Schulen so gänzlich unbemerkt geblieben, daß der streng kirchlich gesinnte Karl Ritter, der große Schüler Schnepfenthals noch lange mit seinen Pestalozzischen Lehrern vertraulich verkehrte ohne den inneren Gegensatz zu empfinden. Jetzt schieden sich die Geister; man begann einzusehen, daß die Wahrheiten des Christentums Kindern nur in der konkreten Form eines bestimmten Bekenntnisses überliefert werden können. In diesem Sinne waren Landfermanns Reformvorschläge gehalten. Ohne die Schule der kirchlichen Obrigkeit zu unterwerfen, wollte er doch die Schulmeister auf das Bekenntnis ihrer Kirche verpflichten, der Bibel und dem Gesangbuch wieder ihr gutes Recht einräumen, eine nicht übermäßige Anzahl von Bibelsprüchen und Kirchenliedern den evangelischen Kindern gründlich einprägen lassen, damit das junge Geschlecht wieder bibelfest würde und in das zerstreuende moderne Leben einen bleibenden Schatz der Erbauung mit hinübernähme.

Doch alle diese Entwürfe blieben unausgeführt in dem Wirrwarr kirchlicher Kämpfe, der den Minister umtobte; man hörte nur zuweilen von Maßregeln notwendiger Strenge gegen einzelne radikale Lehrer. Sie genügten um das einmal feststehende Urteil über Eichhorns Verfolgungssucht zu bekräftigen; und dies Urteil gelangte überall zur Herrschaft, als Diesterweg selbst dem neuen Systeme weichen mußte. Die Leitung des Hauptseminars konnte ein Mann, der den konfessionslosen Religionsunterricht erstrebte, unter dieser Regierung nicht mehr behalten. Aber Diesterwegs fleckenloser Charakter, seine untadelhafte Amtsführung, seine großen Verdienste erheischten Schonung; die jetzt unvermeidliche Versetzung konnte sehr wohl in solchen Formen geschehen, daß er sich persönlich nicht verletzt fühlte; selbst Eilers meinte, man dürfe ihn doch nicht bestrafen wegen einer Gesinnung, die ihm unter Altenstein Dank und Ehren eingebracht hatte. Leider wollte der König von Schonung nichts hören; er verabscheute Diesterweg als einen Mann des Unglaubens und empfand es als eine persönliche Beleidigung, daß der Seminardirektor auf einer großen Berliner Lehrerversammlung fast wie ein rationalistischer Gegenminister verherrlicht wurde. Als Diesterweg nach Pestalozzis hundertjährigem Geburtstag um Unterstützung für ein ländliches Erziehungshaus nachsuchte, da schlug der König die Bitte vorläufig ab, mit der ungnädigen Bemerkung: bei der Feier habe sich ein dem frommen Sinne des Gefeierten durchaus fremder Geist offenbart. Bald darauf, im Frühjahr 1847 wurde Diesterweg an eine Blindenanstalt versetzt. Da er dieser Zumutung unmöglich entsprechen

konnte, so trat er einstweilen in den Ruhestand, und der tief gekränkte Mann wendete sich fortan mit seiner einseitigen Strenge ganz dem Radikalismus zu. Die unüberlegte Härte der Regierung rächte sich grausam; in allen Zeitungen begannen die ergrimmten Volksschullehrer einen anonymen Federkrieg, der den Namen Eichhorns ganz in Verruf brachte.

Auch die Gymnasiallehrer betrachteten das neue Regiment mit Mißtrauen, da die Literarische Zeitung den heidnischen Geist des humanistischen Unterrichts in törichten Artikeln zu bekämpfen liebte. Die Besorgnis war freilich grundlos. Der König und sein Minister standen beide viel zu hoch um die befreiende Macht der klassischen Bildung zu verkennen; sie ließen sich weder durch jenen christlichen Übereifer beirren noch durch die Plattheit der Nützlichkeitslehrer, die eben jetzt in einem Teile der liberalen Presse wieder sehr laut forderten, daß die deutsche Jugend nicht mehr zum selbständigen Denken erzogen, sondern durch das Einprägen mannigfaltiger Notizen für das praktische Leben abgerichtet werden sollte.

Die Gymnasien blieben ungestört bei ihrem altbewährten Lehrplane, und Eichhorn erweiterte ihn durch die dankenswerte Wiedereinführung des Turnens. Nur der Religionsunterricht wurde gründlich umgestaltet. Er war seit dem Anfang des Jahrhunderts auf den meisten evangelischen Gymnasien Preußens und der Nachbarlande erteilt worden nach dem Lehrbuch des Hallenser Kanzlers Niemeyer, des gefeierten Pädagogen, der einst als Urenkel Franckes die Schulstiftungen seines Eltervaters lange Jahre hindurch geleitet, mehrere der ersten Beamten Preußens, Vincke, Bassewitz, Merckel, Bodelschwingh und viele andere namhafte Männer erzogen hatte. Das Lehrbuch zeigte alle Charakterzüge des alten Rationalismus, der jetzt zu Grabe ging: bürgerliche Ehrbarkeit, humane Milde, nüchterne Verstandesdürre; und dieselbe Macht der Geschichte, welche vor Zeiten das Hallische Waisenhaus, das eigenste Werk des glaubensstarken Pietismus, in die Bahnen der Aufklärung hinübergeleitet hatte, mußte jetzt zu einem neuen Rückschlage führen. Dem wieder erstarkten religiösen Gefühle konnte Niemeyers moralisierende Trockenheit nicht mehr genügen. Eichhorn tat nur seine Pflicht, er hielt Schritt mit den lebendigen Kräften der evangelischen Kirche, als er nach dem Erscheinen der achtzehnten Auflage das veraltete Lehrbuch aus den Schulen entfernen ließ. Umsonst bemühte sich Herm. Agathon Niemeyer, der Nachfolger des alten Kanzlers in dem Franckischen Familienamte, das Buch seines Vaters gegen den Minister zu verteidigen. Auch andere Gymnasiallehrer, die sich einen Primaner ohne das Niemeyersche Lehrbuch gar nicht vorstellen konnten, betrachteten das Verbot als ein Anzeichen hereinbrechenden Geistesdrucks; und gereizt wie man war, verargte man dem Minister selbst notwendige Maßregeln disziplinarischer Strenge. Oberlehrer Witt, einer von Schöns literarischen Schildknappen, wurde überall in der Presse wie ein Glaubensheld verherrlicht, weil er sich weigerte aus der Redaktion der scharf oppositionellen

Königsberger Zeitung auszutreten, und dann durch gerichtlichen Spruch die verdiente Strafe empfing. Neben dem Rechte der souveränen Überzeugung sollte die Amtspflicht des Lehrers gar nichts mehr gelten.

Also gelangte Eichhorn in seiner achtjährigen Unterrichtsverwaltung nirgends zu Neuschöpfungen, sondern nur zu vereinzelten Anläufen und Eingriffen, welche das Nahen eines neuen Systems verkündigen sollten; und diese Versuche genügten um die gesamte Gelehrten- und Lehrerwelt von Humboldt bis herab zu den Schulmeistern mit Groll zu erfüllen. Die Demagogenverfolgungen der früheren Tage erschienen nunmehr fast erträglich, da sie sich doch nur gegen vermeintliche Staatsverbrechen gerichtet und die Lehre nicht berührt hatten; das aber war seit langem unerhört und widersprach allen Lebensgewohnheiten der protestantischen Welt, daß jetzt von oben her versucht wurde die Wissenschaft selber zu meistern und zu gängeln. Da man aus monarchischer Ehrfurcht den König selbst schonen und den geistreichen Fürsten auch nicht für einen entschiedenen Feind des untrüglichen Zeitgeistes halten wollte, so bildete sich in weiten Kreisen die grundfalsche Vorstellung: daß der Monarch durch die Rotte von Dunkelmännern, die ihn umgäbe, halb wider Wissen und Willen der Gegenwart entfremdet würde, und der Dunkelste dieser Dunkeln sollte Eichhorn sein.

In solchem Argwohn wurde die gelehrte Welt bestärkt durch die Wandlung, die sich allmählich in den strengkirchlichen Parteien vollzog. Hengstenberg hielt sich wie immer ganz unabhängig, er verhehlte nicht, daß ihm der neue Kultusminister viel zu liberal war. Gleichwohl galt seine Evangelische Kirchenzeitung überall für ein Organ des Ministeriums, und sie zeigte immer deutlicher, daß die neue, mit ihrem alten Feinde, dem Pietismus, versöhnte Orthodoxie gradeswegs zurückstrebte zu dem starren Luthertum des siebzehnten Jahrhunderts; jede theologische Forschung, die über diese Grenze hinausging, ward als ungläubig verdammt. So entstand, unnatürlich genug, eine breite Kluft zwischen dem kirchlichen Glauben und der modernen Wissenschaft. Denn wahrlich nicht bloß die radikalen Junghegelianer, sondern grade die besten Köpfe der jungen empirischen Wissenschaft, die eben erst zur Freiheit voraussetzungslosen Forschens hindurchgedrungen waren, sträubten sich wider die Zumutung, daß sie zurückkehren sollten zu den Ideen einer der dumpfsten Zeiten deutscher Geschichte; nicht darum hatten sie die Fesseln der philosophischen Scholastik gesprengt, um nun theologische Ketten zu tragen. Seit die Orthodoxie wider die freie Wissenschaft eiferte, verbreitete sich unter den Mittelklassen weiter denn jemals das alte, in der Geschichte der neuen deutschen Bildung so tief begründete Vorurteil, als ob der ernste Kirchenglaube nur das Erbteil der Schwachköpfe, der Duckmäuser und der Heuchler wäre. Zudem forderten die neuen Lutheraner, wie die alten, für das geistliche Amt in der Kirche eine Herrscherstellung, welche sich mit der

evangelischen Idee des Priestertums der Laien nicht mehr vertrug, und näherten sich also, trotz des tiefen Gegensatzes der sittlichen Grundgedanken, den hierarchischen Ansichten der Ultramontanen, während das gebildete Bürgertum bereits begann die konstitutionellen Ideale der Zeit in das kirchliche Leben hinüberzutragen und irgend eine Form des Repräsentativsystems für die evangelische Landeskirche erhoffte. Endlich zeigte der neue lutherische Pietismus, scheinbar mindestens, eine aristokratische Färbung, welche den stillen Adelshaß der bürgerlichen Klassen aufreizen mußte. Der alte Pietismus hatte seine feste Stütze an den kleinen Leuten gefunden, und solcher Stillen im Lande gab es noch immer viele, aber an der Spitze dieser Erweckten standen jetzt fast überall neben den Geistlichen fromme Edelleute. Da waren in Mecklenburg die Bernstorff, Oertzen, Bassewitz, am Niederrhein der edle Graf von der Recke, in Pommern die Below, Blankenburg, Kleist-Retzow, in Schlesien der adlige Kreis, der sich um die Prinzessin Marianne und die Gräfin Reden scharte.

Nun gar in Berlin wurde die strengkirchliche Gesinnung, seit der Hof sie begünstigte, bald zur Modesache der vornehmen Welt, und neben der ehrlichen Frömmigkeit trat auch oft eine scheinheilige Kopfhängerei zu Tage. Zu den Bibelstunden des Generals Thile drängte sich manches ehrgeizige Weltkind; selbst in militärischen Kreisen sprach man allzuviel von Wiedergeburt und Erleuchtung, und an jedem Sonntag zog eine Schar strebsamer Leutnants und Referendare mit dem Gesangbuch in der Hand, zur Kirche um sich nachher in der Habelschen Weinstube unter den Linden beim Frühschoppen von der ausgestandenen geistlichen Mühsal zu erholen; der Volkswitz nannte diese jungen Herren die nassen Engel. Dies alles im Verein verstimmte die bürgerlichen Klassen; der echt protestantische Abscheu gegen jeden Schein von Gewissensdruck und der kirchenfeindliche Radikalismus der neuesten Literatur wirkten zusammen. Wer ein wissenschaftlich geschulter, gut bürgerlicher Liberaler war, hielt sich verpflichtet den Geist der Finsternis am Hofe zu bekämpfen; der Name der Pietisten wurde bald zum Schimpfwort, und nach wenigen Jahren dieses christlichen Regiments zeigte sich die große Mehrheit der gebildeten Berliner wieder so ganz unkirchlich gesinnt wie einst vor dem Jahre 1806.

Ohne jedes Verständnis, nicht selten sogar mit frivolem Spott betrachtete die liberale Welt alle die schönen Unternehmungen christlicher Liebe, in denen die strengen Schriftgläubigen ihre religiöse Tatkraft bekundeten In einer Zeit, da die Massen des Volks schon in Gärung gerieten und eine furchtbare soziale Revolution sich ankündigte, überließ man gedankenlos alle Arbeit des praktischen Christentums allein der orthodox-pietistischen Partei. Während im alten Trappistenkloster zu Düsselthal, inmitten der katholischen Welt, das Kinder-Rettungshaus des Grafen v. d. Recke fröhlich aufblühte, gründete nahebei in Kaiserswerth Pastor Fliedner (1836) das erste Diakonissenhaus, ein unscheinbarer kleiner Mann,

der doch, wenn es galt für seine frommen Stiftungen zu bitten, eine hinreißende Beredsamkeit entfalten konnte. Wie sein alter Gönner, der Freiherr vom Stein, empfand er es längst als ein Gebrechen, daß der Protestantismus, von Männern in einem männischen Jahrhundert geschaffen, dem starken religiösen Gefühle der Frauen gar keine kirchliche Wirksamkeit zu bieten wußte; in frohem Gottvertrauen schritt er ans Werk, und aus dem bescheidenen Kaiserswerther Mutterhause ging allmählich die große evangelische Schwesterschaft der Diakonissen hervor, die im Laufe der Jahre Tausende frommer Frauen zur Armen- und Krankenpflege, zu allen Werken christlicher Barmherzigkeit heranrief. Noch höhere Aufgaben stellte sich Wichern, der Stifter des Rauhen Hauses. Er sah, wie kläglich die Massen in Groll und Elend verkamen, und wie gleichmütig die höheren Stände, betört durch die Lehre von der angeblichen Unwandelbarkeit der volkswirtschaftlichen Naturgesetze, ihre Pflichten gegen die leidenden Brüder verabsäumten. Wichtiger noch als die Heidenmission erschien ihm die Aufgabe der „inneren Mission" — der Name begann seit 1842 aufzukommen — die im Vaterlande selbst den sittlichen und wirtschaftlichen Notstand der niederen Klassen lindern sollte. Jedes warme Christenherz, ohne Unterschied der Parteien, wollte er für dies Liebeswerk gewinnen, und seine Schuld war es nicht, daß seine Pläne nur bei den Orthodoxen, zunächst in Mecklenburg Anklang fanden. Die Berliner Armenpflege versuchte Otto v. Gerlach in christlichem Sinne neu zu gestalten, neben ihm der greise Baron Kottwitz, der sich glücklich pries noch die Anfänge dieser gottseligen Regierung zu erleben. Für die Reform des arg verwahrlosten Gefängniswesens wirkte seit Jahren schon Dr. Julius, ein warmherziger Hamburger Jude, der sich aus tiefer Überzeugung zum strengen Katholizismus bekehrt hatte; er wurde der Schöpfer der Gefängniskunde in Deutschland und verlangte vornehmlich die Einführung der in der liberalen Welt noch verrufenen Einzelhaft.

Allen diesen frommen Werken folgte der König mit inniger Teilnahme; ihm war dabei zu Mute „wie wenn der Saft in die Bäume tritt". Schon als Kronprinz hatte er sich über den Zustand der Zuchthäuser und Gefängnisse Europas eifrig unterrichtet;*) jetzt berief er Julius als Hilfsarbeiter in sein Kabinett, und versuchte, leider vergeblich, den edlen Deutschamerikaner Franz Lieber, einen der beredtesten Verteidiger der Einzelhaft für die Leitung der preußischen Strafanstalten zu gewinnen.**) Auch seine englische Freundin Elisabeth Fry, die fromme Trösterin der Gefangenen, wurde zum Besuch geladen; stundenlang saß sie in ihrer hohen weißen Quäkermütze predigend und lehrend zwischen der Königin und der Prinzessin Marianne; zu ihren öffentlichen Vorträgen drängte sich die vornehme Gesellschaft, die Zeitungen

*) Bunsen an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 1. April 1840.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 8. Dez. 1844.

hatten nur Spott dafür. Fliedner brachte die ersten Diakonissen nach Berlin, Wichern erhielt preußische Brüder für sein Rauhes Haus zugesendet, beide wurden oft um Ratschläge und Gutachten angegangen*), und freudig versprach Eichhorn seine Unterstützung für die Pläne der inneren Mission.

Dem Könige genügte das nicht. Um den christlichen Charakter seiner Regierung feierlich zu bekunden, wollte er alle die Vereine, welche „das Christentum durch Leben und Tat bewiesen", zu einer großen monarchisch geleiteten Gesellschaft verbinden. Darum beschloß er den längst verschollenen Schwanenorden zu erneuern, eine freie geistliche Genossenschaft, welche sein Ahnherr Kurfürst Friedrich II. vor grade vierhundert Jahren gestiftet hatte. Romantische Erinnerungen an die schönen Grabsteine der Schwanenritter in der Ansbacher Stiftskirche und an die prächtige Kapelle der geistlichen Adelsbrüderschaft zu Haßfurt mochten dabei wohl mitwirken. Zu Weihnachten 1843 verkündete er diese Absicht in einem hochpathetischen Patente, dessen altertümlich klingende Sätze er mit Eichhorn und Thile vereinbart hatte; der Thronfolger wurde erst nachträglich unterrichtet, offenbar weil man seine nüchterne Kritik fürchtete.**) König und Königin übernahmen das Großmeistertum des wiederhergestellten Ordens und hofften auf den Zutritt von „Männern und Frauen ohne Unterschied des Standes und Bekenntnisses". Wie dieser Eintritt erfolgen, wie die bestehenden Vereine sich dem Orden angliedern sollten, darüber sagte das Patent nichts. Der edel gedachte Plan war leider nur ein unreifer Einfall, so nebelhaft, so gestaltlos, daß selbst Wichern meinte, man müsse die Idee des Schwanenordens erst ins Deutsche unserer Tage übersetzen, und er erregte einen Sturm der Entrüstung in der öffentlichen Meinung. Nun schien es doch klar erwiesen, daß die Christlichkeit dieses Hofes allein einer phantastischen Schrulle entsprang. Ein mittelalterlicher Orden und noch dazu als höchstes Ordenszeichen das Bild der heiligen Jungfrau über dem Schwane an goldener Kette hängend: — das vermochten die aufgeklärten Berliner nicht zu ertragen. Der Hohn und der Abscheu sprachen sich überall kräftig aus; weder Katholiken noch Protestanten konnten sich mit der seltsamen Stiftung befreunden. Sogar Bunsen wurde jetzt bedenklich; und er hatte vor kurzem noch diesen Orden schwärmerisch begrüßt als eine christliche Zentralgewalt, welche Rom vernichten müsse. Da verlor der König den Mut und gab den Schwanenorden stillschweigend auf.

Nur einige der großen Stiftungen, die er unter seinem Orden hatte vereinigen wollen, kamen zu stande, obgleich die öffentliche Meinung, wie General Thile selbst gestand, „dem spezifisch christlichen Geiste" dieser An-

*) Wichern, Denkschrift über das Kloster zum Heiligen Grabe, 1844 usw.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 19. Dez. Thile an den Prinzen von Preußen, 27. Dez. 1843.

stalten aufs äußerste widerstrebte.*) Im Herbst 1847 wurde das mit königlicher Freigebigkeit ausgestattete Krankenhaus Bethanien eröffnet. Fliedners Diakonissen zeigten hier zum ersten Male, was sie in großen Verhältnissen zu leisten vermochten; die erste Oberin Marianne von Rantzau und ihre Nachfolgerin Gräfin Anna Stolberg, des Ministers Tochter, warteten ihres schweren Amts in christlicher Treue, und nach mancher Enttäuschung zuletzt mit so günstigem Erfolge, daß die Spötter und die Zweifler verstummen mußten. Bald nachher kam der Bau des neuen Moabiter Zellengefängnisses zum Abschluß; die Anstalt sollte nach Julius' Grundsätzen geleitet werden, und auch sie mußte erst lange Jahre unfertiger Versuche und bitterer Anfeindung überstehen, bis ihre Wirksamkeit allgemein anerkannt wurde. Mehr zu erreichen war in dieser gärenden Zeit unmöglich, die Regierung wagte nicht einmal Wichern nach Preußen zu berufen. Erst als die Not wieder beten lehrte, als in den Kämpfen der Revolution die Verwilderung des armen Volks den besitzenden Klassen drohend unter die Augen trat und sie an alte Unterlassungssünden mahnte, da erst sollte der fruchtbare Gedanke der inneren Mission sich in mannigfachen christlichen Vereinen ausgestalten und Anhänger werben auch unter denen, welche bisher den Pietismus verhöhnt hatten. —

Für jetzt freilich standen die Gegensätze einander noch ganz unvermittelt gegenüber. Das ungeheuerliche Durcheinander von Mißverständnissen und Mißerfolgen, von Versuchen und Enttäuschungen mußte zu einer Katastrophe führen. Niemand vielleicht sah dies früher voraus als Bettina v. Arnim. Glückselig hatte sie bei der Thronbesteigung ihres königlichen Freundes „den Frühling des geliebten Preußenlandes" begrüßt; doch schon nach wenigen Monaten sagte sie in tiefer Herzensangst mit dem Ahnungsvermögen des genialen Weibes: „wir müssen den König retten." „Die Schmach der Geistesknechtschaft", das glaubte sie fest, ging nicht von dem Könige aus; nur seine pergamentnen Staatsverwalter, Eichhorn und ihr Schwager Savigny, den sie weit zu übersehen wähnte, beirrten ihn in seinen edlen Vorsätzen. Um ihn aus solchen Banden zu befreien veröffentlichte sie 1843 die wunderliche Schrift: „Dies Buch gehört dem Könige." Groß zu denken von den Menschen blieb ihr von jeher Bedürfnis; in jedem Kinde Gottes erkannte sie den geborenen Helden, wenn man ihm nur volle Freiheit gewähre. Diese optimistische Weltanschauung war freilich das genaue Gegenteil der stolzen Menschenverachtung, welche alle großen Staatsmänner, alle mächtigen politischen Denker ausgezeichnet hat; doch sie entsprach den gemütlichen Idealen der besten und uneigennützigsten Männer der deutschen liberalen Partei. Also gelangte die romantische Schwester der hoch-klerikalen Gebrüder Brentano zu einem Liberalismus des Herzens. Wie sie einst für die Befreiungskriege der Tiroler und der Preußen geschwärmt hatte, so jetzt für den Kampf um die bürgerliche Frei-

*) Thile, Denkschrift über Bethanien, Juni 1847.

heit, und nach Frauenart erwarmte sie noch mehr, seit ihr die Ideen des neuen Geschlechts in Fleisch und Blut menschlich nahe traten.

Nun da ihre Locken ergrauten und ihr Herz doch nicht altern wollte, wendete sie sich mit Vorliebe an die Jugend; den Studenten widmete sie mit dithyrambischer Weiherede ihr rührendes Erinnerungsbuch „die Günderode". Geistreiche junge Männer verkehrten täglich mit ihr und begleiteten sie auf ihren Mondscheinwanderungen durch den Tiergarten: so der liebenswürdige idealistische Ästhetiker Moritz Carriere, so H. B. Oppenheim, ein radikaler Publizist, der, als Schriftsteller sehr langweilig, im Gespräche, wie so viele junge Juden, durch einen Zug genialischer Frechheit bestach. Und ganz jugendlich, ganz phantastisch war denn auch das Idealbild des demokratischen hochherzigen Fürsten, das sie in ihrem Königsbuche ihrem erlauchten Freunde vorhielt: im Staate allenthalben nur Milde, Nachsicht, Verständnis; das Richtbeil begraben; die Freiheit jedes einzelnen durch die Freiheit aller verbürgt, da ein großer Monarch sich nicht wie ein Schulmeister in jeden Stank mischen dürfe; und über allem Hasse der Bekenntnisse die eine „schwebende Religion" der Zukunft, bei deren friedlicher Schönheit jedes warme Menschenherz sich wohl fühlen sollte. Das alles wurde von Goethes Mutter, der Frau Rat in lebendigen Gesprächen verkündigt; dazwischen hinein hochpoetische Schilderungen, anmutige Erzählungen von Königin Luise und von Weimars großen Tagen; das Ganze ein so formloses Durcheinander hoher menschenfreundlicher Gedanken und barocker Einfälle, daß der König enttäuscht sagte, er wisse mit dem Buche nichts anzufangen. Greifbaren Inhalt zeigte die Schrift nur in ihren letzten Abschnitten, die von den sozialen Aufgaben der Zeit handelten. Die edle Frau empfand das Elend des armen Volks ebenso tief wie die Dunkelmänner der inneren Mission, von denen sie doch nichts wissen wollte. Sie ließ sich's nicht verdrießen, mit ihren jungen Freunden die entsetzlichen Arbeiterkasernen des Berliner Vogtlandes zu besuchen, und erzählte nun, nichts verhüllend, was sie dort unter den arbeitslosen Webern erlebt hatte. Ergreifend klang ihre Mahnung: Wer ist des Königs Nächster? sein hungerndes Volk!

Derber, handfester ging Robert Prutz dem neuen Regimente zu Leibe in seiner Politischen Wochenstube, einer aristophanischen Komödie, die, den Literaturdramen Platens nachgebildet, doch unwillkürlich darüber hinausstrebte; denn die Literatur war jetzt so eng mit der Politik verflochten, mit einem Bilde des Bildes der Welt konnte ein heißblütiger junger Poet sich nicht mehr begnügen, er mußte versuchen ein Weltenbild zu geben. Unsagbar traurig erschien das Bild der preußischen Welt, das sich hier entrollte. Ausgelassen und übermütig, nicht ohne die Ungerechtigkeit, die der komischen Muse erlaubt sein muß, aber mit entschiedenem satirischem Talente schilderte der Dichter in lustigen Zerrbildern und saftigen Späßen die vergeblichen Geburtswehen der Offenbarungsphilosophie, die glänzenden

und doch so unfruchtbaren Berufungen, die ewigen Verheißungen, denen keine Tat folgte. Der boshafte Chorgesang

Ach, daß der Schwanenorden
Nicht fertig ist geworden —

sprach den Grundgedanken des Gedichtes aus: allüberall nur ein großes Mißlingen, und zuletzt nur die Hoffnung, daß dereinst einmal ein Mann erstehen würde, Germanias wahrer Bräutigam, ein Rächer dem hoffenden Volke. Diese Keckheit verwickelte den Verfasser in eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung; der König aber schlug großmütig das Verfahren nieder. —

Wie getreu diese spöttische Dichtung die erbitterten, argwöhnischen Stimmungen der gebildeten Klassen widerspiegelte, das mußte Friedrich Wilhelm schmerzlich erfahren bei einer Reformarbeit, die ihm als heilige Pflicht erschien, bei dem Versuche die Ehegesetzgebung zu reinigen. Das Preußische Landrecht hatte mit der alten willkürlichen Theologenlehre, welche nur Ehebruch und bösliche Verlassung als biblische Scheidungsgründe gelten ließ, gänzlich gebrochen und, im Geiste der neuen Aufklärung, die Ehescheidung sehr erleichtert, da der große König die Vermehrung der Bevölkerung grundsätzlich begünstigte. Die dehnbaren Vorschriften des Gesetzes wurden zudem von den Untergerichten, denen die Entscheidung in der Regel überlassen blieb, so leichtfertig gehandhabt, daß die frivolen Scheidungsklagen auf Grund unüberwindlicher Abneigung oder gegenseitiger Einwilligung, die der Gesetzgeber nur in Ausnahmefällen hatte zulassen wollen, sich mehr und mehr häuften. Das Verfahren war meist ohne Ernst und Würde; der junge Referendar Otto v. Bismarck fühlte sich in tiefster Seele empört, als er auf dem Berliner Stadtgerichte mit ansehen mußte, wie gleichmütig man die tragischen Kämpfe des häuslichen Lebens abzutun pflegte. Die öffentliche Meinung fand an der bequemen Praxis der Gerichte wenig auszusetzen; denn bewußt oder unbewußt stand sie noch unter der Herrschaft des alten Vernunftrechts, das in der Ehe lediglich einen freien privatrechtlichen Vertrag sah, und aus der neuen Dichtung hatte sie die Lehre von dem schrankenlosen Rechte des Herzens geschöpft. Nur wenige erkannten, daß die Ehe die sittliche Grundlage alles menschlichen Gemeinwesens ist und darum auch dem Staatsrechte und dem Kirchenrechte angehört. Zu diesen wenigen zählte der alte König, der mehrmals, sehr dringend noch in seinem letzten Regierungsjahre, das unbehilfliche Gesetzgebungsministerium zu einer Revision des Eherechts aufforderte. Damals ward auch der Kronprinz auf die schreienden Übelstände aufmerksam; er ließ sich von Bunsen ein umfängliches Gutachten erstatten; und unablässig drängte ihn Ludwig v. Gerlach zum Kampfe wider das Landrecht, das der gestrenge Hallerianer kurzab „der Feindschaft gegen Kirche, Ehe und Recht" beschuldigte.*)

*) Bunsens Schrift ist oben V. 8, Anm., angeführt. Gerlachs Gutachten darüber, o. D., Anfang 1840.

Nach dem Thronwechsel ward die Reform alsbald ernstlich erwogen; es galt den christlichen Staat auf dem Boden des christlichen Hauswesens aufzubauen. Gerlach erhielt den Auftrag, unter Savignys Oberleitung den Entwurf eines Ehescheidungsgesetzes auszuarbeiten; er rühmte das Unternehmen als „eine Sr. Majestät persönlich eigene, die innersten, tiefsten Tendenzen der Regierung des Königs bezeichnende Maßregel".*) Als gewiegter Kenner der Geschichte gab der Minister unbefangen zu, daß die Staatsgewalt weder Sittlichkeit erzwingen noch Unsittlichkeit verhüten könne; genug, wenn sie durch den Ernst ihrer Gesetze verhindere, daß die Begriffe des Volks von Recht und Unrecht, Gut und Böse sich verwirrten. Trotzdem genehmigte er den Entwurf seines Freundes, der in puritanischem Eifer weit über diese Grundsätze hinausging. Gerlach wollte von den Scheidungsgründen des Landrechts ihrer elf aufheben, die Ehescheidung in der Regel nur nach einer vorläufigen langen Trennung von Tisch und Bett gestatten, den Ehebruch auch ohne den Antrag des verletzten Gatten bestrafen; so blieb gar kein Raum mehr für das christliche Verzeihen und Erbarmen, das doch von solchen, mehr sittlichen als rechtlichen Streitfällen nicht ausgeschlossen werden darf.

Kaum hatte Savigny diese Vorschläge im November 1842 dem Staatsministerium unterbreitet, so wurden sie schon widerrechtlich in den Zeitungen veröffentlicht, gewiß nicht ohne die Mitschuld eines der unzufriedenen alten Geheimen Räte, die fast allesamt noch auf dem Boden des Landrechts standen. Die Wirkung war furchtbar. Auf der ganzen Linie der liberalen Presse erscholl der Lärmruf: die Grundsätze Friedrichs des Großen werden preisgegeben, die Krone will die Unauflöslichkeit der Ehen anbefehlen. Der alte Argwohn gegen Friedrich Wilhelms katholische Neigungen sprach sich überall lebhaft aus; und, wie üblich, wurde Eichhorn wieder als der Urheber alles Unheils verlästert, obgleich er bei diesem Gesetze nur in zweiter Reihe mitwirkte. Die Königsberger Zeitung verherrlichte die Scheidungen auf Grund unüberwindlicher Abneigung also: „wir halten diese Bestimmung für die Blüte unserer Gesetzgebung, weil sie des freien Menschen würdig ist;" sie sprach von „dem Schrei des Unwillens in der ganzen Nation" und schalt so ungebärdig, daß der König das Blatt seinem Kabinettsminister sendete mit der entrüsteten Frage: „haben wir noch Richter, die nach dem Gesetze erkennen?"**) Auch an frechen Gesellen fehlte es nicht, die nach den Lehren des Jungen Deutschlands das freie Konkubinat priesen und die Zwangsehe der Frömmler verhöhnten. Umsonst verteidigte Puchta die wohlberechtigten Grundgedanken des Entwurfs in einer geistvollen Flugschrift „die Ehescheidungsfrage"; seine ruhige Stimme verhallte in dem allgemeinen Toben.

*) Gerlachs Votum, 15. Dez. 1842.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 3. Dez. 1842.

Flehentlich beschwor Gerlach die Krone, daß sie sich an den Lärm nicht kehren möge: „Weicht man vor dem dreisten Geschrei der Zeitungen in dieser Sache zurück, bei welcher der König persönlich so beteiligt ist, ja scheintes auch nur so — so wird die schlechte Presse durch so eklatante Siege auf eine Weise ermutigt werden, deren Folgen sich nicht berechnen lassen." In gleichem Sinne sprach Savigny; er ahnte tief bewegt, daß seine ganze Wirksamkeit gefährdet war, wenn sein erster großer Gesetzentwurf scheiterte.*) General Boyen hingegen konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß aus den verworrenen, leidenschaftlichen Zornreden der Opposition doch auch ein gesundes protestantisches Gefühl sprach; es war ja der Unsegen dieser Regierung der Mißverständnisse, daß fast bei jedem Streite beide Teile recht hatten, und trotz seiner altväterischen Frömmigkeit blieb der greise Kriegsmann immer in Fühlung mit den Kantianern seiner ostpreußischen Heimat. Er hielt sich verpflichtet den geliebten König zu warnen, „da ich, so wahr als Gott über mir ist, die Wendung, welche diese Sache in der öffentlichen Meinung genommen hat, für höchst bedenklich ansehe". Dann hielt er in seiner herzgewinnenden, patriarchalischen Sprache dem Monarchen vor, daß die Erschwerung der Ehescheidungen doch nicht überall die Sittlichkeit fördere: „Zu einer vollständigen christlichen Ehe gehört auch häuslicher Friede und vor allem christliche Kinderzucht, und wo diesem beharrlich von einer Seite entgegengewirkt wird, da ist — Ehebruch." Nach einer langen erbaulichen Erörterung mahnte er schließlich den König an das Beispiel Friedrichs des Großen, der auf den Wunsch einzelner Gemeinden die Einführung eines Gesangbuchs zurückgenommen und „dabei in wahrhaft christlichem Sinne gehandelt habe". Im ersten Augenblicke fühlte sich Friedrich Wilhelm schwer betroffen durch die Warnungen „des lieben, treuen Mannes".**) Auf Savignys Andringen beschloß er jedoch endlich, den Entwurf, den schon im Staatsministerium Graf Arnim lebhaft angegriffen hatte, zu erneuter Prüfung dem Staatsrate vorzulegen.***)

Fünf Monate hindurch verhandelte der Staatsrat nunmehr, seit dem Januar 1843, über das Gesetz. Die Beratungen wurden bald so stürmisch, daß der greise Vorsitzende General Müffling die Streitenden kaum im Zaume halten konnte, obgleich der König persönlich manchen Sitzungen beiwohnte und seine Vorliebe für den Entwurf deutlich zu erkennen gab.†) In vielem einverstanden, erklärte selbst der Prinz von Preußen die Verkündigung eines so unbeliebten Gesetzes für hochgefährlich. Am eifrigsten bekämpfte Präsident Scheller den Entwurf, ein Harzer, der einst

*) Gerlach an Thile, 21 Nov. Thiles Bericht an den König, 22. Nov. 1842.

**) Boyens Denkschrift über das Ehegesetz, Dez. 1842. König Friedrich Wilhelm an Thile, 22 Dez. 1842.

***) Savigny an Thile, 23. Dez. 1842.

†) Nach Kühnes Aufzeichnungen.

als Richter in den westlichen Provinzen das rheinische Recht und das öffentliche Verfahren schätzen gelernt hatte. Er ließ es sich nicht verdrießen, zweimal wöchentlich mit der Post von Frankfurt zu den Sitzungen hinüberzufahren; und es war ein Zeichen der Zeit, wie er und Gerlach sich miteinander maßen, beide gleich würdige Vertreter des altpreußischen Richterstandes, gelehrt, freimütig, beredt, beide, der Liberale wie der Romantiker, fest davon überzeugt, daß sie für die wahre Freiheit kämpften, und doch so grundverschieden in ihrer ganzen Weltanschauung. Scheller verlangte zum mindesten, daß die Zahl der Scheidungsgründe nicht allzusehr beschränkt würde, damit der Richter der Mannigfaltigkeit der Lebensverhältnisse, die sich grade in häuslichen Händeln überall aufdrängt, einigermaßen gerecht werden könne. Er wagte sogar zu behaupten, Einheit des Eherechts sei erst möglich wenn man die bürgerliche Eheschließung einführe. Der beste Beweis für diese Ansicht, die in den alten Provinzen noch als ketzerisch galt, lag in dem neuen Gesetze selber: der Entwurf sollte bürgerliches Recht enthalten und gab doch Ausnahmevorschriften für die geschiedenen Katholiken, deren Trauung den Geistlichen aller Bekenntnisse untersagt wurde.

Mittlerweile fuhren die liberalen Zeitungen in ihren Zornreden fort, und Gerlach hielt für nötig, daß auch seine orthodoxen Gesinnungsgenossen ihre Stimme erhöben. Unter der Hand ließ er seine Freunde wissen, der König würde sich freuen, wenn die Gläubigen für das christliche Eherecht einträten; und nicht lange, so wurden, vornehmlich von pommerschen Geistlichen, zahlreiche Bittschriften eingesendet, welche die Annahme des Entwurfs empfahlen. Als aber der Prinz von Preußen erfuhr, wie man den Namen des Monarchen mißbraucht hatte, da wallte sein fürstliches Selbstgefühl hoch auf, und in einer Sitzung des Staatsrats stellte er den pommerschen Bischof Ritschl, der selbst allerdings an diesen Umtrieben nicht teilgenommen hatte, zornig zur Rede; er verlangte strenge Untersuchung und schrieb dem Bruder: „ich hoffe, daß du Ernst zeigen wirst.*)" Nun kam Gerlachs Mitschuld bald zu Tage; der Heißsporn der Romantik konnte sich im Ministerium nicht mehr halten und wurde, nachdem man noch eine Weile gezaudert, im April 1844 unter allen Zeichen königlicher Gnade als Präsident des Oberlandesgerichts nach Magdeburg versetzt.

Zur selben Zeit lag auch der Gesetzentwurf endlich fertig vor; er war im Staatsrate wesentlich gemildert und gleichwohl von der Mehrheit nur ungern angenommen worden, von einzelnen wohl nur aus Ehrfurcht vor dem Könige. Kühne, einer der heftigsten Gegner des Gesetzes, sagte grimmig: ein dicker, stickender Nebel der Heuchelei und der Beängstigung lag über den Verhandlungen. Jetzt erst erhob sich die peinlichste Frage.

*) Eichhorn an Oberpräsident v. Bonin in Stettin, 29. März; Prinz von Preußen an den König, 2. April 1843.

Durfte man wagen, mit diesem im voraus verleumdeten und verlästerten Gesetze vor die Landtage zu treten? Nach der Verfassung mußte mindestens der materielle Teil des Entwurfs den Provinzialständen vorgelegt werden, weil er in das Personenrecht eingriff. Der König schwankte; im Ministerium konnte man sich nicht einigen, Graf Arnim namentlich beharrte bei seinem Widerspruche. Auch Bunsen, der doch ursprünglich das Unternehmen mit veranlaßt hatte, warnte jetzt, da er Berlin wieder besuchte, dringend vor der unheildrohenden öffentlichen Stimmung. Da vermochte Friedrich Wilhelm nicht mehr stand zu halten. Am 28. Juni 1844 wurde plötzlich der kleinere, formale Teil des Gesetzes, der keiner ständischen Beratung bedurfte, als „Verordnung über das Verfahren in Ehesachen" veröffentlicht. Es war unzweifelhaft der bestgelungene Teil des Werks, eine dankenswerte Reform, auch darum erfreulich, weil sie auf die Neugestaltung des gesamten Prozesses hindeutete. Die Entscheidung der Scheidungsklagen wurde den Obergerichten übertragen, und das Verfahren so frei gestaltet, daß dem pflichtmäßigen Ermessen der Richter ein weiter Spielraum blieb; selbst an die Geständnisse der Parteien sollten sie, wegen der naheliegenden Gefahr der Kollusion, nicht unbedingt gebunden sein. Nach den Erfahrungen der Obergerichte dachte man späterhin die Reform des materiellen Eherechts von neuem zu beginnen. Wie die Dinge lagen war dieser halbe Erfolg fast unvermeidlich. Der König aber empfand es als eine Niederlage, daß er einen Lieblingsplan vor dem Toben einer doch sehr unklaren öffentlichen Meinung großenteils zurückziehen mußte. Zudem war Gerlach aus dem Rate der Krone verdrängt und Savignys Ansehen schwer erschüttert, da er nach dritthalbjähriger Arbeit nur ein so bescheidenes Ergebnis gewonnen hatte.

Auch was der König sonst noch versuchte um christliche Sitte zu beleben, stieß überall auf unüberwindlichen Widerstand. Mit vollem Rechte fand er es anstößig, daß die bestehenden, sehr milden Vorschriften über die Sonntagsfeier so nachlässig gehandhabt wurden. Die Behörden zeigten wenig Sinn für das kirchliche Leben, noch weniger für die Bedrängnis des armen Volkes: was kümmerte sie der Geselle und der Arbeiter, wenn der Ladenbesitzer oder der Fabrikant versicherte, sein Geschäft könne keine Unterbrechung ertragen? Die Zeit schien ganz vergessen zu haben, daß der Sabbat die größte soziale Wohltat war, welche das Volk Israel einst der menschlichen Kultur gebracht hatte. Wohl nicht ohne Vorwissen des Königs richteten die evangelischen Geistlichen Berlins in seinem ersten Regierungsjahre „ein Wort der Liebe" an ihre Gemeinden um ihnen die Heiligung des Feiertags ans Herz zu legen und sie wieder zu erinnern an die Schleiermachersche Lehre, daß alle Religion sich nur in der Gemeinschaft betätige. Leider erweckte diese warme Ansprache nur Mißtrauen. Die liberale Presse witterte alsbald Unrat; am lau-

testen lärmten die jüdischen Journalisten, weil ihre Leute zwar den jüdischen Sabbat streng einhielten, den christlichen Sonntag aber für ihre Geldgeschäfte mit den Bauern zu benutzen pflegten. Bald erzählte man allenthalben, der König und sein unheimlicher Helfershelfer Eichhorn wollten die harte, dem deutschen Gemüte unerträgliche englische Sonntagsfeier einführen. Für diese finstere Sitte hegte Friedrich Wilhelm allerdings, weil er alles Englische überschätzte, eine theoretische Vorliebe; doch war er keineswegs gesonnen sie seinem Volke aufzuzwingen. Ganz leise, ohne Verletzung alter Gewohnheiten, wollte er die Zügel etwas fester anziehen; er verlangte nur, „daß die vorhandenen Bestimmungen in Kraft bleiben und das Dawiderhandeln endlich einmal bestraft werden solle".*) Selbst diese wahrlich bescheidene Absicht konnte er, bei dem allgemeinen stillen Widerstreben, nicht durchsetzen. Ebenso gründlich ward er mißverstanden, als er einigen der strengeren Geistlichen Berlins auf ihren Wunsch erlaubte, ihre verwilderten Gemeindemitglieder im Hause zu besuchen, und dann den Plan faßte, eigene Hilfsgeistliche für diese ganz verabsäumten Pflichten der Seelsorge anzustellen. Da hieß es sofort, eine Sittenpolizei mit geheimen Angebern solle eingeführt werden, und diese Gerüchte wirkten so aufregend, daß der Prinz von Preußen selbst das Ministerium aufforderte ihnen öffentlich zu widersprechen.**)

Wie konnte bei solcher Stimmung des Volks das neue Adelsgesetz gelingen, an dem der König sieben Jahre hindurch in der Stille beständig arbeiten ließ? Der Adel war der einzige der alten Geburtsstände, der sich in einer demokratisierten Gesellschaft unter lauter Berufsständen noch erhalten hatte, und gehörte doch zugleich selbst diesen neuen Berufsklassen, den höchsten wie den niedersten an; darum erschien er den neuen besitzenden Klassen wie eine fremdartige, feindselige Macht oder auch wie eine Lächerlichkeit, und nichts konnte die öffentliche Meinung stärker beleidigen als eine Begünstigung adliger Standesrechte. Das mußte noch der alte König erfahren, als er (16. Jan. 1836) den Häuptern der alten rheinischen Reichsritterschaft, nachher auch noch den Häuptern einiger westfälischen Geschlechter, das Recht erteilte, nach dem Brauche früherer Zeit wieder durch autonomische Bestimmungen über ihren Nachlaß zu verfügen. Diese Kabinettsordre, die man nicht einmal in der Gesetzsammlung abzudrucken wagte, war durch wiederholte Bitten der rheinischen Ritterschaft veranlaßt***) und bezweckte nur die alten Geschlechter im Besitze ihrer Stammgüter zu erhalten; sie kränkte keinen anderen Stand in seinen Rechten, da sie ja nur den jüngeren Söhnen des Adels selbst ihre Erbansprüche verkümmerte. Doch sie widersprach dem gemeinen Rechte, und wider jede soziale Ungleichheit, wider jede Gebundenheit des Grund-

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 27. Nov. 1844.

**) Prinz von Preußen an Thile, 29. April, Antwort 1. Mai 1843.

***) Eingaben rheinischer Ritter (Frhr. v. Mirbach u. Gen.) 1833 ff.

besitzes sträubten sich die Rheinländer aufs äußerste.*) „Die rheinischen ritterbürtigen Autonomen", wie man sie spottend nannte, bildeten nunmehr eine Adelsgenossenschaft, welche die Streitigkeiten ihrer Genossen durch ein Standesgericht entschied und für ihre Söhne eine Ritterakademie in Bedburg gründete. Obwohl die Führer, Freiherr v. Mirbach und Graf Spee wegen ihrer gemeinnützigen Tätigkeit allgemein geachtet waren, so zeigten sich in dem geschlossenen Adelsvereine doch bald sehr unerfreuliche Gesinnungen: Kastenstolz, klerikaler Übereifer und ein rheinischer Partikularismus, der, allem preußischen Wesen feind, beständig nach dem geliebten Erzhause hinüberschielte. Als Mirbach dem Könige vorstellte: der Adel dürfe nicht aufgehen in dem Stande der Rittergutsbesitzer, weil er mit der Krone das Geburtsrecht gemein habe und darum sie stütze — da erschrak selbst Thile und mahnte besorgt: die Edelleute würden gut tun, wenn sie auch die Söhne anderer Grundherren in ihre Ritterakademie aufnähmen.**) So kam es, daß der rheinische Provinziallandtag sich sofort sehr lebhaft wider die Sonderrechte der Ritterbürtigen erklärte; einer der besten rheinischen Juristen, Frhr. v. Mylius, selber ein alter Edelmann, stand voran im Kampfe für die Rechtsgleichheit. Die Aufregung im rheinischen Bürgertum hielt an, ein volles Jahrzehnt hindurch; sie wurde so stark, daß selbst der alte Arndt und ein junger Bonner Jurist von ebenso gemäßigter liberaler Gesinnung, H. Hälschner sich in streitbaren Flugschriften wider die ritterbürtigen Autonomen wendeten.

Solche Erfahrungen mußten dem Könige zeigen, wie viel sozialen Unfrieden ein Adelsgesetz aufwühlen konnte. Und war denn die ersehnte Adelsreform wirklich so unerläßlich? Hinter dem Glanze und dem Reichtum der englischen Aristokratie blieben die kleinen landsässigen Geschlechter der alten Provinzen Preußens freilich unendlich weit zurück; aber so gewiß die Kraft des Adels in seiner politischen Tätigkeit liegt, ebenso gewiß brauchten sie, als ein monarchischer Adel, den Vergleich mit Englands parlamentarischem Adel nicht zu scheuen. Neben der Krone bedeuteten sie wenig, doch in ihrem Dienste hatten sie mitgewirkt an dem Heldentum einer großen Geschichte; sie bildeten noch immer den Kern des Offizierskorps, behaupteten sich durch eigenes Verdienst in den Reihen des Beamtentums, trugen in vielen Landesteilen die schwersten Pflichten der ländlichen Selbstverwaltung und ergänzten sich zumeist aus bürgerlichen, im Staatsdienste heraufgekommenen Familien, ganz so wie einst die alten Ministerialen selbst über die Gemeinfreien emporgestiegen waren. Bunt gemischt wie er war aus altem Grundadel, neuem Dienstadel und zahlreichen schlechten Elementen durfte ein solcher Stand doch verlangen, daß die Krone ihm seine Traditionen nicht zerstörte, und zu diesen zählte der alte

*) S. o. II. 274.

**) Mirbach an Thile, 24. April; Antwort 3. Juli 1845.

deutsche Rechtssatz, daß jeder Sohn eines Edelmanns selbst ein Edelmann war. Davon wollten die preußischen Adligen ebenso wenig abgehen, wie sie sich dazu verstanden hätten, nach englischer Weise infolge eines Erbfalls ihre Namen zu wechseln. Eine Regierung, die sich ihres historischen Sinnes rühmte, durfte solche Tatsachen nicht verkennen; war sie klug, so mußte sie diesen Stand, der eigentlich gar keine soziale Organisation mehr besaß, sich selbst überlassen und zunächst abwarten, welche Geschlechter in den ewig wogenden Klassenkämpfen der neuen Gesellschaft durch Besitz und Verdienst ein aristokratisches Ansehen noch behaupten würden. Der König aber konnte sein englisches Ideal nicht aufgeben; er wollte durchaus, wie er es schon bei den Adelserhebungen der Huldigungstage vergeblich versucht hatte, einen eigentlichen Grundadel schaffen, der an dem befestigten Grundbesitze untrennbar haften sollte. Beharrlich künstelte er an diesen unfruchtbaren Plänen. Nach dem Grundsatze der ständischen Gliederung dachte er auch allen Edelleuten den Eintritt in niedere Berufsklassen zu untersagen, um also die Sitten des Standes zu heben. „Eine Hauptsache" — so bestimmte er in einem Briefe an Thile — „ist die Ablegung des Adels bei gewissen Hantierungen, vornehmlich und unerläßlich aber beim Ergreifen des Komödianten-Handwerks." Indem er also schrieb, begann er doch selbst die Unausführbarkeit seiner Gedanken zu ahnen, und schon leise einlenkend fügte er in einer Nachschrift hinzu: den königlichen Hofschauspielern würde man den Adel schwerlich nehmen können.*)

Nach langen Vorbereitungen hielt er endlich am 10. Sept. 1846 in Sanssouci einen Kronrat, zu dem nur die adlig geborenen Minister entboten waren. Hier erklärte sich der Prinz von Preußen, und mit ihm die große Mehrheit, sehr nachdrücklich gegen den Plan, die Vererbung des Adels auf einen Teil der Nachkommenschaft zu beschränken: das widerspreche der nationalen Gewohnheit und müsse im Adel selbst bedenkliche Spaltungen bewirken.**) Der Monarch ließ sich nicht überzeugen. Nach seinen Weisungen vollendete Savigny nunmehr, gegen Neujahr 1847, den Entwurf eines Adelsgesetzes, das neben dem alten Erbadel noch einen bedingt erblichen, an der Scholle haftenden Grundadel schaffen wollte; dazu drittens einen persönlichen Adel für hohes Verdienst und schließlich gar noch eine halbadlige Ritterschaft oder Gentry für die Söhne der Neugeadelten.

So sollte denn Preußens niederer Adel, der doch gerade wegen seiner Überzahl in der öffentlichen Achtung gesunken war, noch um einige neue Klassen vermehrt werden; ja sogar die rheinbündische Institution des Personaladels, die in Süddeutschland den Erbadel so tief heruntergebracht

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 4. Jan. 1847.

**) Protokoll über die Konferenz vor Sr. Maj., 10. Sept. 1846.

hatte, erschien dieser romantischen Staatskunst als ein Heilmittel. Solchen Sprüngen wollte selbst Thile nicht mehr folgen. Radowitz aber, dem der Entwurf nach Karlsruhe zugesendet wurde, antwortete mit schönem Freimut: „Euerer K. Majestät Anordnungen zur Belebung und Gliederung des Adels würden in den weitesten Kreisen nur auf Mißtrauen und Gehässigkeit stoßen, in dieser Atmosphäre aller Lebenskraft von vornherein ermangeln und statt des gehofften Nutzens nur neue Gefahren und Verlegenheiten bereiten.“*) Diese Warnung wirkte für den Augenblick. Die Entwürfe blieben vorläufig liegen, zum Glück für die Regierung; denn das Bürgertum war schon durch die umlaufenden Gerüchte erbittert worden und erzählte sich überall, der König wolle eine adlige Bank am Kammergericht errichten. Dann brach die Revolution herein und zwang den Adel, die Reformen, die ihm der Staat nicht bringen konnte, aus sich selbst heraus zu versuchen, soweit dies noch möglich war. Seitdem erst begannen die Geschlechter, die sich noch ein aristokratisches Gefühl bewahrt hatten, durch Familientage und Satzungen, durch Stiftungen und Familien-Geschichtswerke den erschlafften und oft entarteten Standesgeist wieder etwas zu kräftigen. —

Hoch über allen diesen Gegensätzen stand doch die Frage der Zeit, der Kampf um die Reichsstände. Da die Vereinigten Ausschüsse so gar wenig geleistet hatten, so wendete sich die öffentliche Teilnahme wieder den Provinzialständen zu, die für den März 1843 zu einer neuen Tagung einberufen waren. Eine Menge von Petitionen wurde vorbereitet; an ihrer unaufhaltsam wachsenden Masse ließ sich das Anschwellen der Volksbewegung ebenso sicher abmessen wie einst im Zeitalter der Reformation an der Zahl der neuen Drucke. Die große Mehrzahl kam aus den Städten; der Streit war ja zum guten Teile ein Kampf der bürgerlichen Interessen wider das Übergewicht des Grundbesitzes. Die schöne kleine Stadt Hirschberg am Abhang des Riesengebirges, die sich allezeit durch radikalen Widerspruchsgeist auszeichnete, wagte bereits die Nachbarstädte aufzufordern zur Mitunterzeichnung einer Petition, welche Vermehrung der bürgerlichen Abgeordneten und Erweiterung des städtischen Wahlrechts verlangte. Oberpräsident Merckel vereitelte für diesmal noch das nach dem bestehenden Rechte unerlaubte Unternehmen; doch seitdem begann zwischen den liberalen Städten ein still geschäftiger politischer Verkehr, dessen Folgen sich bald zeigen sollten. Sobald die Landtage ihre Arbeit anfingen, mußte jedem Weltkundigen einleuchten, daß der alte Verfassungszustand sich schlechterdings nicht mehr halten ließ. Statt der vergeblich erwar-

*) Thile an Radowitz, 28. Mai; Radowitz an den König, 13. Juni 1847.

teten einen reichsständischen Versammlung besaß Preußen ihrer acht, die im Wetteifer, unmaßgeblich, und eben deshalb oft leichtfertig, vorlaut, rücksichtslos, über alle erdenklichen Fragen der allgemeinen Gesetzgebung Gutachten abgaben oder Wünsche äußerten und durch dies achtfache Dreinreden schließlich jede Regierung unmöglich machen mußten. Überall schritten die Provinzialstände weit über ihre bescheidenen Befugnisse hinaus; gleichwohl ließ sich der großen Mehrzahl weder ein zuchtloser Übermut vorwerfen, noch eine förmliche Verletzung des Verfassungsrechts, denn alle allgemeinen Gesetze berührten mittelbar auch jede einzelne Provinz insbesondere, und irgendwo mußten die Begehren der gärenden Zeit doch zu Worte kommen.

Gleich im Anfang wurde des Königs weiches Herz schmerzlich berührt durch die Undankbarkeit seiner geliebten Polen. Die sarmatischen Edelleute wollten den letzten Landtagsabschied, der ihnen so väterlich ihre Pflichten gegen den preußischen Staat vorgehalten hatte, nicht ruhig hinnehmen. Ermutigt durch die Schlaffheit der Regierung, entwarfen sie alsbald eine nach Form und Inhalt gleich ungehörige Adresse, welche dem Landesverrate, der Lossagung von Preußen sehr nahe kam. Da hieß es: „Sollen sie, gleich den in ihrer Nationalität nicht mehr bestehenden litauisch und wallonisch redenden Untertanen, ihren Vereinigungspunkt in dem Namen Preußen finden, so erblicken sie hierin eine Gefährdung jener Verheißung (v. J. 1815); sie fürchten, nicht mehr sein und sich nennen zu dürfen, was sie nach ihrer Sprache, ihren Sitten, ihren geschichtlichen Erinnerungen, was sie nach feierlich geschlossenen Verträgen und erteilten Zusicherungen sind: — Polen!" Die Adresse wurde, nach polnischem Brauche, unter wüstem Geschrei hastig angenommen; viele wußten kaum was man beschloß.*) Ohne die deutsche Minderheit auch nur einer Erwähnung zu würdigen, sprach die polnische Mehrheit kurzweg im Namen der gesamten Provinz; denn wie einst die alte sarmatische Adelsrepublik alle nicht-polnischen Nationalitäten grausam mißhandelt hatte, so stellte der Posener Adel jetzt, da er wieder zu hoffen wagte, die dreiste Behauptung auf: die Deutschen in Posen, deren Stamm sich dort seit sechshundert Jahren als Vorkämpfer der Gesittung behauptet hatte, seien einfach „Polen deutscher Abkunft"; gebe es doch auch in Breslau und Berlin einzelne Deutsche polnischer Abkunft. Solche Frechheiten konnte sich der König doch nicht bieten lassen. „Die Adresse der Posener Stände", schrieb er zornig, „ist der Art, daß mir eine Antwort mit umgehender Post ausnahmsweise gerechtfertigt scheint."**) Eigenhändig entwarf er eine scharfe Erwiderung, die, vom Staatsministerium fast unverändert angenommen, am 12. März nach Posen abging. Sie sprach

*) Bericht des Oberpräsidenten v. Beurmann an Graf Arnim, 9. März 1843.
**) König Friedrich Wilhelm an Thile (o. D.), März 1843.

den Landständen die hohe Mißbilligung des Monarchen aus und drohte: die Posener Stände würden nicht mehr regelmäßig versammelt werden, wenn es sich zeigen sollte, daß die in der Adresse ausgesprochenen Gesinnungen nicht bloß von einer Partei, sondern von dem Landtage selbst gehegt würden. Zar Nikolaus zeigte sich hoch erfreut und ließ dem Schwager sagen: nun würde er doch wohl Rußlands polnische Politik milder beurteilen.*)

In Posen aber erbitterte die Antwort nur ohne zu schrecken, denn niemand traute dem gutherzigen Könige zu, daß er seine Drohung ausführen würde. Unbelehrt erging sich der Landtag nach wie vor in törichten Beschwerden und verlangte sogar die Errichtung einer Universität in Posen; die Absicht ließ sich leicht erraten, denn bisher hatte in Breslau wie in Berlin immer nur ein winziges Häuflein Polen studiert. Der neue Oberpräsident v. Beurmann trat, die Formen schonend, doch etwas fester auf als vor ihm Graf Arnim und gestand dem durchreisenden Zaren offen: seit er die Polen kennen gelernt, sehe er wohl ein, daß man sie nur mit Strenge beherrschen könne.**) Durch die Gutmütigkeit des Monarchen sah er sich jedoch überall gehemmt. Der polnische Adel merkte, was er sich unter dieser Regierung erlauben durfte; seine Kasinos und Leseklubs mehrten sich von Jahr zu Jahr; in den Agronomischen Vereinen suchte er sich den polnischen Bauern wieder zu nähern; sein Jagdklub veranstaltete in den weiten Wäldern Reit- und Schießübungen, und jeder der Genossen wußte, daß er sich rüsten sollte für den ersehnten Tag der Deutschenjagd. —

Da die Regierung mit dem Beraten und Planen nie zu Ende kam, so vermochte sie den Provinziallandtagen nur ein wichtiges allgemeines Gesetz vorzulegen, das schon unter Kamptz' Leitung entworfene und seitdem wieder mehrfach umgearbeitete Strafgesetzbuch. Und was konnte aus der achtfachen Besprechung eines so umfangreichen und bedeutsamen Gesetzes anders hervorgehen als ein verwirrendes Durcheinander subjektiver Ansichten? Sehr mächtig zeigte sich die philanthropische Gefühlsseligkeit der liberalen Theorie, die zu den rüstigen Lebensgewohnheiten dieses Volkes in Waffen doch gar nicht stimmte; die allerdings strengen Strafen des Entwurfs fand man grausam, und schon forderten zahlreiche Stimmen die Abschaffung der Todesstrafe. Das eigentliche Hindernis der Verständigung bildete jedoch der veraltete Kriminalprozeß. Einführung der Schwurgerichte und des öffentlich-mündlichen Verfahrens war jetzt der allgemeine Wunsch der liberalen Welt, und mindestens die letztere Forderung erkannte auch Savigny als berechtigt an; aber während der Minister die schwierige Reform bedachtsam vorbereitete, wurden die Provinzialstände von dem

*) Liebermanns Bericht, 23. März 1843.

**) Liebermanns Bericht, 23. Okt. 1843.

Strome der öffentlichen Meinung fortgerissen, da sie ja als bloß beratende Körperschaften gar keine Verantwortung trugen. Der preußische Landtag erklärte kurzab: die Reform des materiellen Strafrechts sei erst möglich, wenn zu gleicher Zeit das Strafverfahren umgestaltet würde, und die nämliche Ansicht ward auch auf anderen Landtagen laut.

Nur die Rheinländer gingen ihres eigenen Weges; verwöhnt durch die unerschöpfliche Nachsicht der Regierung, wollten sie auch jetzt noch an ihrem ausländischen Sonderrechte festhalten. Offenbar sühnte die Krone nur eine alte schwere Unterlassungssünde, indem sie endlich das Strafgesetzbuch vorlegte; denn ohne Einheit des Strafrechts kann auf die Dauer weder ein geordneter Staat bestehen noch ein starkes politisches Gemeingefühl sich ausbilden; das Gewissen des Volks mußte irr werden an allem Rechte, wenn im Rheinlande andere Strafen verhängt wurden als in Westfalen. Kein denkender Mann am Rhein durfte sich dieser Einsicht verschließen, und zum Überfluß hatte der König mehrmals feierlich versichert, daß er der Provinz ihr hergebrachtes Gerichtsverfahren unter allen Umständen erhalten würde. Es bestand also gar kein vernünftiger Grund zu einem Kampfe wider das neue Strafgesetzbuch, das in vielen Bestimmungen milder, menschlicher war als der harte Code pénal. Aber die Legende, daß die Freiheit des Rheinlands mit dem rheinischen Rechte stehe und falle, stand schon unumstößlich fest. Einstimmig beschloß der Düsseldorfer Landtag die Krone zu bitten: sie möge für das Rheinland allein ein neues Strafgesetzbuch auf Grund des Code Napoléon ausarbeiten lassen. Die Bitte war nicht allzu schlimm gemeint, sie entsprang unwillkürlich dem naiven Sondergeiste der Provinz; doch sie klang fast ebenso staatsfeindlich wie die Adresse des Posener Landtags, und das Ärgernis verschlimmerte sich noch, als die Stände, ihres Beschlusses froh, am 4. Juli ein großes Festmahl veranstalteten. Da ward in der Lust des Weines keck, fast höhnisch ausgesprochen, diese Feier gelte dem Siege des rheinischen Rechts über das preußische, und nach einem heftigen Wortwechsel verließ der Oberpräsident v. Schaper samt den übrigen Beamten den Festsaal.

Der König war empört über „diese unanständigen Auftritte"; es wurmte ihn gar zu tief, daß gerade die Polen und die Rheinländer, die er doch neben den Altpreußen stets bevorzugt hatte, sich ihm widersetzten. Im ersten Zorne ließ er (18. Juli) eine Kabinettsordre veröffentlichen, welche das Beamtentum vor der Teilnahme an solchen wertlosen Demonstrationen warnte: „sie sind nur imstande Lärm zu erzeugen, ohne irgend einen Einfluß auf die Sache, auf Meine Entschließung und auf den Gang Meiner Regierung üben zu können." Die Rheinländer nahmen diese Rüge sehr übel auf; nach Landesbrauch konnten sie gar nicht begreifen, warum man die beim Becher gesprochenen Worte so auf die Goldwage legte; und nun wurden ihnen auch noch die Freudenfeste, die sie für ihre heimkehrenden Abgeordneten vorbereitet hatten, durch die Behörden

untersagt. Graf Arnim, der vergeblich abgeraten hatte, berichtete nach einigen Monaten dem Monarchen, durchaus der Wahrheit gemäß: „Von jenem Augenblicke an wendete sich zuerst die Mißstimmung am Rhein, welche bis dahin nur gegen die Minister gerichtet war, auch gegen Ew. K. Maj. (ich kann dies mit Belegen dartun); und nicht bloß die Rheinländer, sondern auch viele andere beklagten es, daß Ew. K. Maj. bei solcher Veranlassung von der Höhe des Thrones zwischen die Parteien getreten waren."*) Die Bitte des Landtags wurde verdientermaßen abgeschlagen. Savigny hatte einen strengen Tadel beantragt gegen diese Partikularisten, die statt eines verbesserten deutschen Strafrechts vielmehr ein neues französisches Recht forderten;**) und demgemäß sagte der Landtags-Abschied schneidend: „Den Antrag der Stände weisen Wir um so entschiedener zurück, da Wir es Uns zu einer Hauptaufgabe gestellt haben, deutsches Wesen und deutschen Sinn in jeder Richtung zu stärken."

Je weniger Gesetze die Krone vorlegte, um so eifriger berieten die Landtage über die eingelaufenen Petitionen und zahllose Anträge ihrer eigenen Mitglieder. Die Parteistellung der Provinzen war noch die alte. Am lautesten sprachen die Preußen, die Rheinländer, die Posener, auch die Bürger und Bauern Schlesiens traten schon sehr kräftig auf; schwächer zeigte sich die liberale Stimmung in Westfalen, ganz schwach in Pommern, Brandenburg und seltsamerweise auch in der Provinz Sachsen, deren Oppositionslust noch völlig in den kirchlichen Streitigkeiten aufging. Der Antrag auf Einführung von Reichsständen erlangte nur in zwei Provinzen die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit. Die Preußen und die Rheinländer wagten aber schon, der Krone den Weg vorzuzeichnen, der nach allem was geschehen als der einfachste erschien; sie baten, der König möge den vereinigten Ausschüssen die Rechte der Reichsstände zuweisen und also den Verfassungsbau abschließen. Dazu dann Bitten um Preßfreiheit, um mündliches Gerichtsverfahren, um Öffentlichkeit der Provinziallandtage und der Stadtverordneten-Versammlungen, um Aufhebung der Patrimonialgerichte, um Vermehrung der städtischen und bäuerlichen Abgeordneten, um Erweiterung des Wahlrechts, um Emanzipation der Juden, — und so weiter in endloser Reihe, lauter Herzenswünsche des liberalen Bürgertums, manche in vier, fünf Landtagen fast gleichlautend ausgesprochen.

Als Arnim dies Chaos überblickte, da konnte er sich schwerer Besorgnisse nicht erwehren und er gab der ständischen Immediatkommission zu erwägen, ob man nicht das so gröblich mißbrauchte Petitionsrecht der Landtage einschränken, den Druck ihrer Protokolle scharf überwachen und andererseits zur Belehrung des Volks, die Gesetzentwürfe immer rechtzeitig, vor

*) Graf Arnim, Bericht an den König, 26. Mai 1844.

**) Savigny, Entwurf zu einem Bescheide an den Rheinischen Landtag, Nov. 1843.

den ständischen Beratungen veröffentlichen solle.*) Die Kommission wagte jedoch keine Neuerung, weil man den Landtagen offenbare Ungesetzlichkeit nicht nachweisen konnte. So erschienen denn zum Jahresschlusse die acht Landtagsabschiede in der hergebrachten Form: die Anträge der Landtage waren alle einzeln beantwortet und, soweit sie allgemeine Landesangelegenheiten betrafen, fast sämtlich abgelehnt, in einem schnöden, väterlich verweisenden Tone, der freie Männer beleidigen mußte. Immer wieder hieß es: Übereilte Beratungen sind nicht geeignet einen Einfluß auf Unsere wohlerwogenen Absichten auszuüben; Wir werden Uns in der Ausführung Unserer wohlerwogenen Entschlüsse nicht hemmen lassen; Wir werden die Richtung, die Wir nach reiflicher Prüfung als gedeihlich erkannt haben, einhalten. Zählte man zusammen, so hatte die Krone an hundert Anträge ihrer getreuen Stände rundweg zurückgewiesen; und welche Regierung auf der Welt war stark genug, um aller zwei Jahre hundertmal feierlich Nein zu sagen?

Das einzige bleibende Ergebnis dieser unfruchtbaren Tagung war die Rheinische Gemeindeordnung, die nach so vielen vergeblichen Versuchen**) jetzt in neuer Fassung dem Provinziallandtage vorgelegt und dann am 23. Juli 1845 veröffentlicht wurde. Mit ihr errangen der rheinische Sondergeist und der napoleonische Verwaltungsdespotismus, der hierzulande Freiheit hieß, einen vollständigen Sieg über die deutschrechtlichen Grundsätze der Krone. In Westfalen waren doch mindestens die Städte des Segens altländischer Selbstverwaltung teilhaftig geworden; am Rhein blieb jeder rechtliche Unterschied zwischen Stadt und Land beseitigt. In den Städten und in den ländlichen Bürgermeistereien schaltete, fast so unumschränkt wie einst der Maire, der von der Regierung ernannte Bürgermeister; der aus den Meistbeerbten gebildete Gemeinderat besaß wenig mehr als die kümmerlichen Befugnisse eines französischen Conseils, da die Regierung jeden seiner Beschlüsse als ungesetzlich oder schädlich aufheben konnte. Das rheinische Gemeindewesen war weit unfreier als die altländischen Städteordnungen, unfreier sogar als die altväterische gutsherrliche Selbstverwaltung. Doch dies bureaukratische Regiment entsprach der Bequemlichkeit des Beamtentums und den Interessen der großen Gewerbtreibenden, deren Fabriken teils auf dem Lande, teils in den Städten lagen; es entsprach den Gewohnheiten der Provinz und vornehmlich ihrem sozialen Gleichheitsdrange, der in der Trennung von Stadt und Land nur einen feudalen Mißbrauch sehen wollte. Jeder Unterschied von Grundherren, Städtern und Bauern sollte verschwinden in dem kahlen Begriffe des Staatsbürgertums. „Ich will es Euch nennen: Bürger heißt das

*) Graf Arnim an die Immediatkommission, 18. Sept. 1843, nebst drei Denkschriften: über das Petitionsrecht, über die Veröffentlichung der Landtagsverhandlungen, über das Verfahren der Verwaltung gegenüber den Landtagen.

**) S. o. IV. 554.

Wort!" — so sagte einer der Redner des Landtags, unter jubelndem Beifall; und mancher der Rufer dachte dabei an den Citoyen der französischen Republik. Der Mehrzahl der Rheinländer gereichte es zu hoher Genugtuung, daß der Prüß ihrem hartnäckigen Liberalismus endlich doch so viel nachgegeben hatte; sie glaubten dem Osten auch in ihrem Gemeindeleben weit überlegen zu sein, und vernahmen nicht ohne Schadenfreude, wie der Monarch einigen altländischen Provinziallandtagen, die um Reform ihrer Landgemeindeordnungen baten, ungnädig erwiderte: er denke nichts zu ändern an dem geschichtlich erwachsenen Zustande „der Provinzen, welche das Glück gehabt hätten, daß die Grundlagen ihrer ländlichen Kommunalverfassung nicht durch eine revolutionäre Gesetzgebung aufgelöst worden seien". —

Der König empfand schmerzlich, wie er die Fühlung mit seinem Volke nach und nach verlor. Es war ein Unheil, daß Preußen in diese große Krisis seines Verfassungslebens erst eintrat zu einer Zeit, da sich im übrigen Deutschland schon eine fertige Theorie des allgemeinen konstitutionellen Staatsrechts gebildet hatte, und je länger sich jetzt noch die Entscheidung verzögerte, um so höher mußten die Ansprüche der Liberalen steigen. Dennoch kam der König noch immer nicht ins reine mit den Verfassungsplänen, über denen er nun seit vierthalb Jahren brütete. Nur der Grundgedanke, die Berufung eines großen Vereinigten Landtags stand ihm unerschütterlich fest; über alles einzelne wußte er sich noch keinen Rat, und sein seltsam zerklüftetes Ministerium konnte ihm diesen Rat nicht bieten. Der Vorsitzende, der Prinz von Preußen erklärte sich entschieden gegen eine reichsständische Versammlung, die durch Steuerverweigerungen die Wehrkraft, die ganze Machtstellung des Staates zu gefährden drohe. Aus vertraulichen Unterredungen ersah der König, daß er sich mit dem Bruder so leicht nicht verständigen könne, und der Thronfolger blieb fortan lange ohne nähere Kenntnis von den weiteren ständischen Plänen des Monarchen. Der Prinz dachte von früh auf ernst über die jedem Thronfolger gebotene Zurückhaltung, und niemals hätte er sich dazu herabgelassen, der Führer der konservativen Partei zu werden; dawider sträubten sich sein Fürstenstolz und seine Königstreue. Trotzdem konnte es nicht ausbleiben, daß alle Anhänger des alten absoluten Regiments auf ihn als ihr natürliches Haupt blickten. „Es steht", sagte Graf Arnim traurig, „eine hochachtbare Überzeugung an der Spitze des Ministeriums, welche es als den ihr gewordenen Beruf betrachtet, das Bestehende mit der äußersten Festigkeit zu verteidigen."*) Das aufgeklärte Berlin, das den Prinzen bisher wenig beachtet hatte, begann nunmehr ihn zu beargwöhnen. Auch sein schlichtes soldatisches Wesen und die warme Verehrung, die ihm das Heer entgegenbrachte, schadeten jetzt seinem Rufe;

*) Graf Arnim, Promemoria, 25. Mai 1845.

denn die neufranzösischen Schmähreden wider das Söldnerwesen drangen allmählich auch in Preußen ein; da alle Welt auf die Regierung schalt, so hielt man die schweigende Treue der Offiziere für servil, und mannigfache häßliche Zänkereien bekundeten schon eine Feindschaft zwischen Heer und Bürgertum, die in vielen Rheinbundsstaaten wohl gute Gründe haben mochte, in dem Lande der allgemeinen Wehrpflicht aber schlechthin sinnlos war. Genug, die bösen Zungen ließen von dem Thronfolger nicht mehr ab: er sollte des Königs böser Dämon in der Politik sein, wie Eichhorn in den kirchlichen Dingen. Das schändliche Gerede fand schließlich fast überall Glauben; in solchen Zeiten, da die politische Leidenschaft schon erwacht ist, aber ein öffentliches Leben noch nicht besteht, wuchern ja die Legenden der Parteien immer am üppigsten auf. In Wahrheit besaß der Prinz, trotz seiner hohen Staatswürden, zur Zeit gar keinen politischen Einfluß; auch die zur Schau getragene Christlichkeit der neuen Gottseligen widerstand seinem einfachen Gradsinn.

Zum großen Leidwesen des Königs verlangte im Frühjahr 1844 Graf Alvensleben seine Entlassung aus dem Amte des Kabinettsministers, das er nur ein Jahr lang bekleidet hatte. Sein derber Geschäftsverstand konnte die Unruhe der pläneschmiedenden Planlosigkeit nicht mehr ertragen; und nicht bloß die von Humboldt verhöhnten Montmorencys des Havellandes beklagten seinen Rücktritt, sondern auch Kühne und alle die erfahrenen Beamten, die jetzt den strengen Ordnungssinn des alten Königs überall schmerzlich vermißten.*) An Alvenslebens Stelle trat Bodelschwingh, der sich kaum erst im Finanzministerium eingerichtet hatte. Es war ein ewiges Kommen und Gehen. Für die Finanzen schlug Bodelschwingh seinen treuen Gehilfen Kühne vor, unzweifelhaft den tüchtigsten unter den Fachmännern. Der König aber scheute die scharfe Zunge des freigeistigen alten Junggesellen und berief zum allgemeinen Erstaunen Flottwell — wieder einen bedeutenden Mann auf eine falsche Stelle. Flottwell hatte, seit er aus Posen verdrängt worden, in Magdeburg abermals sein glänzendes Verwaltungstalent bewährt; jedoch vom Finanzwesen verstand er wenig, seine feurige, ungestüme Natur paßte nicht für diese Geschäfte, und die reichsständischen Pläne des Monarchen konnten an dem Schüler Schöns auch keine Stütze finden. Der Prinz von Preußen sagte betrübt: „Alvenslebens Ausscheiden ist mehr wie eine Kalamität, ebenso Bodelschwinghs Verlassen der Finanzen. Beide Stellen sind b e -, aber nicht e r setzt.“**)

Gleich darauf mußte noch einer der Minister des alten Königs, Mühler zurücktreten. Er konnte sich mit seinem nächsten Amtsgenossen Savigny nicht verständigen, er hatte gegen das Ehegesetz gestimmt, auch in

*) Nach Kühnes Aufzeichnungen.

**) Prinz von Preußen an Thile, 25. April 1844.

der Verfassungssache seine strenge Rechtsansicht unerschrocken festgehalten. Der König wünschte ihn auf gute Art zu beseitigen, und bald fanden sich dienstbeflissene Leute, welche dem arglosen, leicht zu täuschenden Monarchen vorspiegelten: der greise noch sehr rüstige Präsident des Obertribunals Sack wünsche nach seinem Jubiläum, im nächsten Juli auszuscheiden. So erhielt denn der vornehmste Richter der Monarchie zu seinem Jubelfeste neben dem wohlverdienten hohen Orden zugleich die ganz unerwartete Mitteilung: der König würde ihm den Abschied gern erteilen, falls er altershalber darum bäte. Tief gekränkt trat er sofort zurück, und der gesamte Richterstand fühlte sich mit ihm beleidigt.*) In dies erledigte Amt rückte Mühler ein; er behielt jedoch, wie Rochow, Sitz und Stimme im Staatsministerium, das also immer zahlreicher und bunter wurde. Das Ministerium der Justizverwaltung erhielt der Kabinettsrat Uhden; der König mochte wohl insgeheim hoffen, durch diesen seinen persönlichen Vertrauten den zaudernden, gelehrten Minister der Gesetzgebung zu rascherer Tätigkeit anzuspornen.

Mittlerweile ward auch Graf Arnim seines Amtes müde. Hoffnungsvoll und fest entschlossen, seine ganze Kraft für die ständischen Pläne des Königs ritterlich einzusetzen, war er vor zwei Jahren in das Ministerium eingetreten, aber sofort in den unseligen Kampf mit der Presse verwickelt worden. Die ganze Gehässigkeit jener Zeitungsverbote haftete nunmehr an seinem Namen, obwohl er stets nur die Befehle seines königlichen Herrn ausgeführt hatte. Er fühlte das und fragte den Monarchen mehrmals: werde ich nicht zu unbeliebt sein, um jetzt noch im Amte bleiben zu können, da die Zeit des Widerstandes vorüber ist und „eine Periode des besonnenen Fortschreitens" beginnen soll? Noch schwerer bedrückte ihn, daß er sich von der Unausführbarkeit der Entwürfe des Königs sehr bald überzeugen mußte. Anfangs stand er der Verfassungsfrage, gleich allen seinen Amtsgenossen, noch ganz urteilslos gegenüber; er hatte Augenblicke, da ihm die mecklenburgische Verfassung bewundernswert erschien, und wieder andere, da er, wie auch Radowitz**), sich der harmlosen Hoffnung hingab, das regere Leben der Provinziallandtage würde den reichsständischen Gedanken bald ganz ersticken. Sobald er sich aber tiefer einarbeitete, gelangte er zu der nüchternen Erkenntnis, daß der Neubau der ständischen Verfassung auf einem festen unangreifbaren Rechtsboden ruhen müsse. Darum schlug er vor (Apr. 1844), aus den Virilstimmen des Herrenstandes und erwählten Abgeordneten der Provinziallandtage einen Reichstag von etwa 160 Köpfen zu bilden, der aller drei Jahre regelmäßig zusammenträte, um über neue Steuern und Gesetze zu beraten, über neue Anleihen zu beschließen. So würden alle Verheißungen der

*) So ist mir der einst vielbesprochene Vorfall von seiten der Familie des Präsidenten erläutert worden.

**) Radowitz' Bericht, 22. Juli 1843.

Gesetze von 1815—23 gewissenhaft eingelöst und jedes Rechtsbedenken abgeschnitten. Verteile man hingegen, nach der Absicht des Monarchen, die reichsständischen Befugnisse zwischen den Vereinigten Ausschüssen und einem Vereinigten Landtage, so würde das Volk weder jene noch diesen als Reichsstände gelten lassen; man hätte also „alle Nachteile der vollständigen Erfüllung jener Gesetze, ohne ihre Vorteile".*) Es war die Sprache des gesunden Menschenverstandes, und ehe drei Jahre verflossen, sollten Arnims Weissagungen wörtlich in Erfüllung gehen. Dem Könige aber, der alles Hohe und Feine so geistvoll faßte, war gerade das Einfache, Plattverständliche am wenigsten beizubringen. Arnims Vorschläge wurden verworfen, und darauf (17. Mai) erbat er seine Entlassung. In zwei Eingaben schilderte er zugleich sehr freimütig die Ursachen der gegenwärtigen Verwirrung: der König selbst hätte durch seine ersten Reden hohe Erwartungen erregt, aber dabei „einen anderen Entwicklungsgang vor Augen gehabt als die Mehrzahl derer, die diese Worte vernahmen". So seien Mißverständnisse entstanden, dann heftige Angriffe, dann Unterdrückung und jetzt endlich allgemeines Mißtrauen. Dazu noch die Uneinigkeit im Ministerium und die eigentlich gegenstandslose, aber durch die Maßregeln der Regierung selbst beförderte religiöse Aufregung.**)

Durch gütiges Zureden ließ sich Arnim endlich bewegen, sein Abschiedsgesuch für jetzt zurückzuziehen; und so begannen denn von neuem die geheimen Beratungen, endlos und zwecklos, weil der König von Haus aus entschlossen war, sich von Männern, die er so tief unter sich sah, in seinem Lieblingsplane nicht stören zu lassen. Auch Bunsen mußte bei seinem Berliner Aufenthalt sein Gutachten abgeben, und da ihm die Arbeit durch seine gänzliche Unkenntnis der preußischen Verhältnisse sehr erleichtert wurde, so entstiegen seiner schöpferischen Phantasie alsbald mehrere Denkschriften, welche nicht nur die ständische Verfassung, sondern auch das Krongut, die Kirchenpolitik, die Rechte des Beamtentums, die Neubildung des Adels nach englischem Muster behandelten. General Canitz, der ebenfalls von seinem Gesandtschaftsposten zur Beratung herbeigerufen wurde, unterzog diese luftigen Einfälle einer schneidenden Kritik, aber eigene Vorschläge wußte er nicht aufzustellen.***)

Da wurde der König durch ein gräßliches Erlebnis an den Ernst der Zeit gemahnt. Schon seit zwei Jahren waren im königlichen Kabinett zahlreiche Anzeigen, auch Selbstanzeigen eingelaufen, welche von Mordanschlägen wider den Monarchen erzählten. Das alles erwies sich als leere Erfindung und war doch nicht ganz unwichtig; man konnte daraus abnehmen, wie leidenschaftlich, in Haß und Liebe, alle Welt sich mit diesem einen Manne beschäftigte. Nun sollte doch noch geschehen, was in der Geschichte Preußens

*) Arnim, Denkschrift über die ständische Verfassung, April 1844.

**) Arnim, Eingabe an den König, 26. Mai, nebst Denkschrift vom 25. Mai 1844.

***) Canitz an Thile, 24. Nov. 1844. Thile an Arnim, 5. April 1845.

ohne jeden Vorgang war. Als der König am 26. Juli 1844 im Portale des Schlosses den Wagen bestieg um nach Schlesien zu reisen, wurden plötzlich aus nächster Nähe zwei Pistolenschüsse auf ihn abgefeuert. Die Schüsse trafen, der König aber trug, wunderbar genug, nur eine kaum bemerkbare Verletzung davon, da die dichten Falten seines Mantels die Kraft der Kugeln geschwächt hatten. Der Mörder war der Alt-Bürgermeister von Storkow, Tschech, der Sohn eines geachteten Geistlichen, ein harter, tugendstolzer, in grauenhafter Selbstgerechtigkeit erstarrter Mensch, der fünfzig Jahre im sicheren Bewußtsein vollkommener Sündlosigkeit dahin gelebt hatte, weil er ja immer nur seiner Überzeugung folgte. Durch seine herrische Rechthaberei hatte er sich mit den Stadtverordneten und dem Landrate seines Städtchens in Händel verwickelt und schließlich entrüstet seinen Abschied verlangt. Als er darauf um eine Anstellung im Staatsdienste bat und ihm dies völlig grundlose Gesuch verdientermaßen abgeschlagen wurde, da wähnte er nicht nur sein eigenes Recht, sondern alle Gerechtigkeit im Staate zerstört. Er brachte seine Bitte bis zum Thronfolger, zur Königin, zum Könige. Auch hier abgewiesen, nahm er sich vor, als ein Gerechter im Namen Gottes die Strafe zu vollziehen an dem Monarchen. Ruhig, ohne alle Gewissensbedenken bereitete er die Tat vor und ließ zuletzt noch bei einem der Daguerreotypisten, die jetzt überall in den deutschen Städten ihre Läden aufgeschlagen hatten, sein Bild aufnehmen: in hochtheatralischer Stellung, die Hand erhoben um Kraft von oben zu erflehen. Auch im Gefängnis bewahrte er unerschütterlich die Kälte des verstockten Fanatikers bei vollkommener Klarheit des Verstandes.

Tschech hatte niemals einer Partei angehört. Seine Tat war gewiß kein eigentlich politisches Verbrechen, aber ebenso gewiß aus dem Geiste der Zeit heraus geboren. Aus ihr redete dieselbe freche, jede Obrigkeit, jede gegebene Ordnung des Menschenlebens verachtende subjektive Überhebung, die sich seit den Zeiten der Jakobiner und der Unbedingten in allen Wandlungen des modernen Radikalismus bekundet hatte. Darum sprach auch das öffentliche Gewissen nach der Untat keineswegs sicher und einmütig. Zwar die große königstreue Mehrheit der Preußen zeigte sich tief empört; doch in zahllosen Gesprächen, Anspielungen, kunstvoll verhüllten Zeitungsartikeln ward auch eine widerliche Schadenfreude laut. Die Revolution kündigte sich schon an, die Obrigkeit begann ihre Würde, der Königsmord seine Schrecken zu verlieren. Ein in mannigfachen Lesarten verbreitetes Berliner Lied „war wohl je ein Mensch so frech wie der Bürgermeister Tschech?" zog das unheimliche Ereignis in den Schmutz der Gasse herab; seine hämischen Witze über das fromme Königspaar klangen fast, als ob der Bänkelsänger bedauerte, daß „der verruchte Attentäter" nicht besser getroffen hätte. In den Brandschriften der Flüchtlinge vollends ward dies Bedauern ganz offen ausgesprochen; Karl Heinzen setzte auf die letzte Seite seines neuesten Pamphlets nur die eine groß

gedruckte Frage: „Tschech?!“ Friedrich Wilhelm hatte nach seiner Errettung, die er nur überirdischer Hilfe zuschrieb, von Erdmannsdorf aus das Bergkirchlein Wang besucht und dort tief zerknirscht, überwältigt von der Gnade Gottes, seine Dankgebete gehalten. In dieser weichen Stimmung wollte er den Verbrecher gern begnadigen; er hielt es für unedel, gleichsam in eigener Sache zu richten.

Diesmal aber zeigten sich seine Minister endlich einig; sie fühlten alle, wie schwach die Krone schon geworden war, und wie tief sie sich selbst erniedrigte, wenn sie nicht mehr wagte, einem solchen Hochverrat mit dem ganzen Ernste des Gesetzes entgegenzutreten. In einem gemütvollen Briefe hielt der alte Boyen dem Monarchen zuerst diese Mahnung vor und sprach zugleich tief betrübt, freilich ohne einen greifbaren Ratschlag zu geben, über den allgemeinen Mißmut des Volks und die Fehler der Regierung: „Es ist der größte Irrtum, daß man den Entwicklungsgang der Zeit beliebig hemmen oder die öffentliche Meinung durch Verweise öffentlich schulmeistern könne.“*) Da der Prinz von Preußen nebst sämtlichen Ministern den Vorstellungen Boyens beipflichtete, und die Untersuchung gar nichts an den Tag brachte, was die Tat Tschechs irgendwie entschuldigen konnte, so sah Friedrich Wilhelm endlich ein, daß er der Justiz freien Lauf lassen mußte. Noch einmal verhieß er, im Dezember, dem Verurteilten die Begnadigung, falls er sein Unrecht bekennen wollte. Aber Tschech blieb trotzig. Unter strömenden Tränen unterzeichnete der König endlich das Todesurteil in einem großen Ministerrate und ließ dem Verbrecher dann noch durch seinen Vertrauten, den Präsidenten Kleist sagen, daß er für ihn als seinen christlichen Bruder beten würde.

Die Strenge war nur zu nötig, denn in dem gebildeten Berlin herrschte, dank der giftigen Klatscherei dieser Jahre, eine Liederlichkeit der Empfindung, die allem Rechte Hohn sprach. Varnhagen und seine Freunde wollten gar nicht glauben, daß in diesem aufgeklärten Jahrhundert die Barbarei einer solchen Hinrichtung möglich wäre; rührsame Zeitungsartikel, die unverkennbar großenteils aus diesen Kreisen herstammten, erinnerten den König an das schöne Vorbild Ludwig Philipps und Victorias, die in ähnlichen Fällen stets begnadigt hatten. Man wußte kaum noch, daß die Krone der Hohenzollern doch etwas anderes war als das Schattenkönigtum jener belobten Westländer. Als nun das Notwendige dennoch geschah, da nannte man den König blutbefleckt und der Pöbel schob wieder alle Schuld auf den Prinzen von Preußen. Ein offenbar von einem gebildeten Manne verfaßtes Berliner Gassenlied sagte:

Ins Volk fiel's wie ein Donnerkeil,
Daß Tschech mußt' fallen unterm Beil.
Der fromme König, ach so gut,

*) Boyen an den König, 3 Aug. 1844.

Vergoß um nichts Märtyrerblut.
Im Opernhause kann man's sehn:
Der König, der muß flöten gehn. Hurra!

Der mittellosen Tochter des Verbrechers nahm sich der König gnädig an; er ließ sie auf seine Kosten bei einem braven Pfarrer in Westfalen unterbringen. Das trotzige, ganz in den Gedanken des Vaters befangene Mädchen sah aber in der Wohltat nur eine Strafe. Von dem badischen Liberalen Hecker unterstützt, entfloh sie in das Elsaß, nachher in die Schweiz, wo sie durch Rauschenplatt und Dulk in die Geheimbünde der wildesten Demagogen eingeführt wurde und ein Buch über ihres Vaters Leben verfaßte — eine der ruchlosesten Schriften dieser verworrenen Zeit: da ward der Königsmord wie die einfachste Sache von der Welt dargestellt, die gar keiner Erklärung bedurfte, und der gesetzmäßige Richterspruch wie ein grausamer Frevel. Derweil die Schriften der Flüchtlinge sich in wütenden Schmähungen wider die Berliner Blutrichter ergingen, hielt Otto v. Gerlach seiner armen Gemeinde in der Elisabethkirche eine erschütternde Predigt: es ist ein Bann unter Dir, Israel. Er hatte dem Verurteilten während seiner letzten Lebenstage beigestanden — so liebevoll, daß Tschech selbst die geistliche Hilfe nicht ganz ablehnte — und nach diesen frischen Eindrücken schilderte er nun mit dem Mute des treuen Seelsorgers das Verbrechen, wie es wirklich war: als eine Tat persönlicher Rachsucht und zugleich als ein Zeichen des unbotmäßigen Hochmuts dieser Tage. Die Rede enthielt kein unwahres, kein fanatisches Wort; als Gerlach sie jedoch auf den Wunsch der tief ergriffenen Hörer zum Drucke geben wollte, da verweigerten die ängstlichen Behörden die Erlaubnis. Sie befürchteten, die allgemeine Aufregung würde noch steigen, wenn ein tapferer Mann in die offenen Wunden der Zeit den Finger legte; daß die Schmäh-Artikel der Demagogen überall über die Grenze drangen, vermochten sie freilich nicht zu hindern. Also wuchs die Ratlosigkeit der Regierung, und mit ihr die Frechheit der revolutionären Partei; noch weiter auf diesem Wege, und eine friedliche Lösung ward unmöglich. —

Friedrich Wilhelm ahnte das selbst und begann nunmehr seine Verfassungspläne ernstlich auszuarbeiten. Auf einer Reise durch Österreich besprach er sich darüber mit Metternich, der nachher noch durch den Gesandten Canitz genauere Mitteilungen erhielt, aber, wie sich voraussehen ließ, nur mit ehrerbietigen Abmahnungen antwortete. Nicht eigentlich um den Rat des Österreichers war es dem Könige zu tun; er wünschte nur sein Herz auszuschütten vor dem verehrten Staatsmanne, den er für Preußens wärmsten Freund hielt, ihm die Notwendigkeit der geplanten Reformen unwiderleglich zu erweisen. Heimgekehrt brachte er seine Gedanken endlich zum Abschluß und erteilte am 24. Dez. 1844 dem Ministerrate seine Weisungen für das Verfassungswerk. Er wollte zum ersten die Provinziallandtage erhalten mit dem Rechte der Beratung über Provinzial-

angelegenheiten; zum zweiten die Vereinigten Ausschüsse, die regelmäßig zur Beratung allgemeiner Gesetze zusammentreten sollten; zum dritten endlich dachte er von Zeit zu Zeit, nach seinem freien Ermessen, die sämtlichen Provinzialstände zu einem Vereinigten Landtage zusammenzurufen, der, nach dem uralten Rechte deutscher Stände, in Friedenszeiten neue Anleihen und Steuern zu bewilligen, vielleicht auch über einzelne allgemeine Gesetze zu beraten hätte. Inmitten dieses großen Landtags sollte eine Art Oberhaus bestehen, gemeinsam beratend mit den anderen Ständekurien, aber gesondert beschließend. Im Jahre 1847 hoffte der König die Vereinigten Landstände zuerst zu versammeln, vielleicht in dem stillen Brandenburg. Das war sein alter Lieblingsgedanke, der noch aus Ancillons Lehrstunden herstammte. Was für schreckliche Demütigungen sollte der Arglose noch erleben, bis wirklich einmal ein preußisches Parlament in Brandenburg zusammentrat!

Wer konnte die Hochherzigkeit Friedrich Wilhelms in diesen Entwürfen verkennen? Von freien Stücken ging er weit hinaus über die Verheißungen des Vaters; an ein Steuerbewilligungsrecht seiner bloß beratenden Stände hatte der alte Herr ja nie gedacht. Und doch, wie verwickelt, überladen, unhandlich war der ganze Plan: dies verhüllte Zweikammersystem, dieser übergroße Reichstag, der ja nicht einmal seiner regelmäßigen Wiederberufung sicher war, diese überfein ausgeklügelte Verteilung der reichsständischen Befugnisse an die Ausschüsse und an den Vereinigten Landtag — eine Künstelei, woraus unfehlbar die von Arnim vorhergesagte allgemeine Begriffsverwirrung hervorgehen mußte. Am gefährlichsten blieb doch, daß der Entwurf des Königs mit den Verheißungen der älteren Gesetze nicht ganz übereinstimmte. Gelang es nicht noch, diesen unwesentlichen, aber willkürlichen Änderungen eine unangreifbare gesetzliche Form zu geben, so drohte ein Rechtsstreit mit den künftigen Reichsständen, der sich durch den zähen juristischen Eigensinn der Deutschen bald verschärfen konnte.

Mittlerweile hatte der König dem Fürsten Metternich seine Absichten noch einmal erläutert, in einem langen, vertrauensvollen Schreiben, das ihn seit dem 8. Nov. fast fünf Wochen lang beschäftigte.*) Hier stellte er die seltsame Behauptung auf, Preußen leide an einer dreifachen Krankheit, weil die drei Gesetze von 1815, 20, 23 einander widersprächen; in Wahrheit lag die Ursache der Krankheit allein in dem Doktrinarismus des Königs, der an dem Wortlaut jener Gesetze so lange deutelte und brütete, bis er darin Widersprüche entdeckte, die ein handfester, entschlossener Staatsmann kaum bemerkt hätte. Demnach

*) Dieser Brief vom 8. Nov. bis 8. Dez. 1844 wurde im Aug. 1888 in der Kölnischen Ztg. wortgetreu veröffentlicht. Es fehlen aber in diesem Abdruck einige Sätze des eigenhändigen Konzepts, die möglicherweise in der letzten Stunde noch gestrichen worden sind.

beabsichtigte er, das erste Verheißungsgesetz von 1815 aufzuheben, weil darin der unzulässige Ausdruck „Landesrepräsentation" vorkam; das Staatsschuldengesetz von 1820 wollte er „regulieren", indem er den Reichsständen nur für Friedenszeiten das Recht der Bewilligung neuer Anleihen einräumte; das Provinzialständegesetz von 1823 hingegen dachte er vollständig zu erfüllen. Nach seiner Gewohnheit sagte er wieder sehr nachdrücklich was er nicht wolle: „Ich will bestimmt und entschieden 1) keine Nationalrepräsentation, 2) keine Charte, 3) keine periodischen Fieber, d. h. periodischen Reichstage, 4) keine Reichstagswahlen... weil ich König von Preußen bleiben, weil ich Preußens Stellung in Europa nicht umwerfen will." So hoffte er „jedes fernere Begehren des Fortschritts nach den Theorien des Tages **nachdrücklich** und **wohlgemut** zurückzuweisen." Besonders erfreulich erschien ihm, daß durch die Berufung des Vereinigten Landtags die Vereinigten Ausschüsse — wie er auf eine frühere Warnung Metternichs anspielend sagte — „auf eine gerade Fläche gestellt" würden und nicht mehr versuchen könnten ihre Rechte zu erweitern: „Die arglistige Absicht, die periodischen Ausschußtage durch die eigene Schwere in die Reichstags-Kategorie hinüberrollen zu lassen, ist mausetot." Leider entging ihm, daß er seinen Vereinigten Landtag selbst auf eine schiefe Fläche gestellt hatte; denn unausbleiblich mußte eine so große, mit so bedeutsamen Rechten ausgestattete Versammlung zum mindesten ihre periodische Wiederkehr verlangen; an der Nichtberufung der Landtage waren ja die ständischen Verfassungen der preußischen Kronländer einst fast allesamt zu Grunde gegangen.

Vergeblich bat Arnim den König, er möge seine Herzensergießung mindestens noch so lange zurückhalten bis die Entscheidung in Preußen selbst gefallen sei: „wird nicht der österreichische Kanzler diese offene Schilderung der preußischen Zustände aus der Feder des Monarchen zum Vorteil Österreichs und zur Schwächung des äußeren Ansehens Preußens ausbeuten und zu geeigneten Mitteilungen an andere Regierungen verwenden?"*) Der Brief an Metternich ging ab; und da der König doch fremden Einspruch nicht mehr beachten wollte, so nahm er keinen Anstand, auch den Zaren Nikolaus und den Nestor der deutschen konstitutionellen Fürsten, den König von Württemberg in seine Pläne einzuweihen. Metternich wiederholte zur Antwort nur seine alten Warnungen, und die beiden Monarchen erwiderten in demselben Sinne. König Wilhelm versicherte dem preußischen Gesandten beständig, wie gründlich er mit seinen konstitutionellen Jugendträumen aufgeräumt hätte: diese Institutionen, sagte er oft, sind ein ausländisches Gewächs, ich kann mich nur bemühen sie so unschädlich zu machen als möglich.**) Nikolaus aber ge-

*) Arnim an den König, 13. Dez. 1844.

**) Rochows Berichte, Stuttgart, 5. Jan., 30. April 1845.

riet in heftigen Zorn, als er durch den getreuen Rauch zuerst von den Absichten des Schwagers erfuhr; er sah die Revolution schon dicht vor der Tür und sagte zu den Generalen, die zur Rekrutierung in die Provinzen gingen: ich bedauere meinem Volke so große Lasten auflegen zu müssen, aber die Vorgänge in meinem westlichen Nachbarlande zwingen mich, für alle Fälle mich bereit zu halten. In der Petersburger Gesellschaft brach der alte Deutschenhaß wieder durch; Nesselrode und die gesamte vornehme Welt jammerten über das preußische Demagogentum. Auch die Gesandten unserer kleinen Höfe beteuerten dem Kaiser nach ihrer bedientenhaften Gewohnheit: Preußen allein halte die deutsche Welt in Unruhe. Der Zar selbst konnte seinen Grimm so wenig bemeistern, daß er selbst auf der Reise dem preußischen Grenzpostmeister Nernst in Tilsit seinen nachbarlichen Kummer über die preußischen Neuerungen aussprach; zur Rede gestellt, mußte er nachher seine Äußerungen verlegen ableugnen.*)

Alle diese Mahnungen von außen her ließen den König kalt. Auf das tiefste aber fühlte er sich gekränkt, als der Thronfolger, den man jetzt erst, im Dezember, über das Geschehene unterrichtet hatte, in einem eingehenden Schreiben sein Bedenken freimütig vortrug und zugleich daran erinnerte, daß, nach dem Testamente des Vaters, die Agnaten befragt werden müßten (Jan. 1845). Das hielt der König für eine Verletzung der Ehrfurcht. Sichtlich erregt erteilte er dem Prinzen einen scharfen, völlig unverdienten Verweis und erwiderte: er werde seine Pläne weiter ausarbeiten lassen, den Agnaten stehe ein Recht des Einspruchs nicht zu.**) Er fürchtete sogar — ganz ohne Grund, wie sich bald zeigte — der Thronfolger würde eine förmliche Verwahrung einlegen, und ließ sich von Savigny darüber Bericht erstatten, auch von zwei namhaften Rechtslehrern (vermutlich von Heffter und dem Rechtshistoriker Eichhorn) Gutachten einfordern. Da jenes Testament nie vollzogen worden war, so stimmte der Bericht des Ministers mit den beiden Gutachten dahin überein, daß ein Protest der Agnaten gegen die ständische Gesetzgebung keinen rechtlichen Boden hätte. Dies wurde dem Prinzen von Preußen mitgeteilt, und seitdem blieb er von den Verfassungsberatungen lange ganz ausgeschlossen.

Unterdessen fühlte auch Graf Arnim immer lebhafter, daß er dem Könige nicht mehr folgen konnte. Er hatte nach dem Plane des Monarchen einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wagte aber zugleich noch einmal seine eigenen Gedanken vorzulegen. Da die Berufung des Vereinigten Landtags nunmehr sicher war, so riet Arnim jetzt, sogleich ein klares Zweikammersystem einzuführen, den erhaltenden wie den bewegenden Elementen des Staatslebens ihr eigenes Organ zu schaffen; denn unver-

*) Liebermanns Berichte, 4. Febr., 14. 18. März; Rochow an Canitz, Petersburg 19. 24. Aug. 1845.

**) In den Akten liegt nur ein undatierter Entwurf dieses Antwortschreibens.

kennbar drängen die Ideen des Westens in den Osten vor, da gelte es den Staat vor Überstürzung zu behüten. Für die zweite Kammer wünschte er das Wahlrecht dergestalt zu erweitern, daß auch die Intelligenz, der Handel, die Gewerbe ihre Vertretung fänden. Vor allem aber verlangte er wieder rechtliche Sicherheit für die neuen Institutionen, und darum eine regelmäßig wiederkehrende Berufung des Vereinigten Landtags; denn sonst würden Mißtrauen, Zweifel, Übergriffe niemals aufhören.*) Der König aber verabscheute grade die periodische Wiederkehr der Reichsstände als einen revolutionären Gedanken; er fürchtete seine königliche Würde einzubüßen, wenn er diese Versammlung nicht ganz in seiner Hand behielte, und sagte bitter: Arnim hat mir einen Entwurf vorgelegt, wie ich ihn wohl von Flottwell, aber nicht von ihm erwartet hätte. Bei einem Vortrage am 21. Mai 1845 kam es zu lebhaften Erörterungen. Arnim entschloß sich, zum zweiten Male um seinen Abschied zu bitten.

Sein Name stand eben jetzt im übelsten Rufe bei den Liberalen; denn grade in diesen Maitagen wurden die gefeierten badischen Kammerredner Itzstein und Hecker aus Berlin ausgewiesen, als sie angeblich eine Erholungsreise durch die preußischen Städte antreten wollten. In jener Zeit war es aber noch niemals vorgekommen, daß ein Süddeutscher in Berlin und Königsberg Erholung gesucht hätte. Selbst der minder radikale Welcker hatte vor vier Jahren, als er wirklich nur wegen eines Familienfestes nach Berlin kam, den Argwohn der Polizei erregt und nach einer urkräftigen Ständchen-Rede die Stadt eilig wieder verlassen müssen. Jetzt suchte man sogleich von Amts wegen zu erforschen, was die beiden im Schilde führten, und es ergab sich bald, daß sie in den Bürgervereinen der Städte aufregende Reden halten und Verbindungen anknüpfen wollten; Hecker war es ja, der die Tochter Tschechs auf ihrer Flucht zuerst unterstützte. Als Itzstein in Berlin mit dem schlesischen Grafen Reichenbach, einem fanatischen Radikalen, insgeheim zusammenkam, offenbar um den Feldzugsplan zu verabreden, da befahl Arnim sofort die Ausweisung.**) Die Verfügung war gesetzlich, da die Badener nach löblichem Bundesrecht in Preußen für Ausländer galten — aber auch sehr unklug; denn alsbald erklang durch die liberale Presse ein Wutgeschrei, das weit mehr schadete als die Redekunst der Ausgewiesenen. Eine angeblich in Koblenz gedruckte „Adresse deutscher Preußen" dankte den beiden, „daß sie unserer vielgepriesenen Regierung eine eklatante Gelegenheit gegeben haben, ihre wahre Gesinnung an den Tag zu legen. Sie ist dabei zum erstenmal ganz aufrichtig gewesen, sie hat zum erstenmal ohne Paraphrase ihre Herzenssprache, nämlich russisch gesprochen." Johannes Scherr fügte seinem pöbelhaften Buche „das enthüllte Preußen"

*) Arnims Denkschriften vom 13. 14. 23. Mai 1845.

**) Arnim an Thile, 22. Mai 1845.

schleunigst eine Nachrede hinzu: „Die Verjagung Itzsteins und Heckers aus Sandjerusalem und allen Borussenlanden — gewiß, diese brutale, allerhöchst befohlene Polizeiflegelei ist ein herrliches Präludium zu dem angekündigten Puppenspiel: Eine preußische Verfassung.“ Daheim wurden die beiden durch gesinnungstüchtige Zweckessen über ihr Mißgeschick getröstet, gewaltige Trinksprüche verkündeten den Zorn der Patrioten über die preußische Tyrannei. Arnim glaubte nur das Notwendige getan zu haben; in seiner ritterlichen Hingebung wollte er jedoch die Person des Monarchen gegen den öffentlichen Unwillen decken und bat daher, der König möge die Ausweisung nachträglich mißbilligen, um sich mit den Liberalen zu versöhnen, und hierauf ihn entlassen.*) Dies Anerbieten wurde natürlich abgelehnt; als aber Arnim nunmehr ausschied, da hieß es doch überall, er falle als das Opfer seiner reaktionären Gesinnung. Niemand ahnte, wie liberal dieser Verrufene sich in der Verfassungsberatung gezeigt hatte.

Der König nahm Arnims Rücktritt ungnädig auf; eine solche Selbständigkeit der Gesinnung wollte er als absoluter Herr auch seinen höchsten Dienern nicht gestatten.**) Das erledigte Amt übernahm Bodelschwingh, der zugleich den Vortrag als Kabinettsminister behielt und also jetzt die mächtigste Stellung unter seinen Amtsgenossen erlangte; er nannte sich jedoch selbst nur bescheiden Sr. Majestät ersten Schreiber. Noch im Juli sollte eine kleine Kommission von durchaus ergebenen Männern zusammentreten um den Verfassungsplan genau nach den Weisungen des Monarchen auszuarbeiten. Der Prinz von Preußen war zur Seite geschoben, der widersprechende Minister entlassen. Nach den verlorenen fünf Jahren hoffte Friedrich Wilhelm nun endlich bald die Tage der Erfüllung zu erleben, durch seine große ständische Monarchie die konstitutionellen Mißbildungen der Zeit zu beschämen. Sein Schiffsvolk schien willig, sein Ziel meinte er deutlich zu erkennen, und er traute sich's zu, daß ihm das Steuer nicht aus der starken Hand glitte.

*) Thile an Bodelschwingh, 11. Juni 1845.

**) Thiles Bericht an den König, 8. Juli 1845.

Vierter Abschnitt.

Die Parteiung in der Kirche.

Nichts in der Geschichte ist so geheimnisvoll wie das religiöse Leben der hochgebildeten Völker, welche das naive Gesamtgefühl, das lebendige Einverständnis zwischen den Höhen und den Tiefen der Gesellschaft längst verloren haben. Ihnen geschieht es zuweilen, daß alle Gottesfurcht, alle Andacht aus den Kreisen der Verstandesbildung zu verschwinden scheint, bis plötzlich aus den Massen des Volkes ungeahnte Kräfte freudigen Glaubens oder dumpfen Aberglaubens emporsteigen; aber es kommen auch Zeiten, da ein im Grunde glaubenloses, gleichgiltiges Geschlecht lärmende kirchliche Kämpfe führt, denen das Gemüt des Volkes fremd bleibt. Eine solche Zeit ohne Glaubenskraft und doch voll kirchlichen Haders erschien jetzt den Deutschen. Ein volles Drittel der neuen literarischen Erscheinungen dieser acht Jahre bestand aus kirchlichen Streitschriften; gleichwohl war die große Mehrheit der gebildeten Klassen von Grund aus weltlich gesinnt. Von dem tiefen Glaubensernst der Befreiungskriege zeigten sich nur noch wenige Spuren, erst die erschütternden Erfahrungen der Revolutionsjahre sollten ihn wieder erwecken. Die Ultramontanen allein bildeten eine festgeschlossene kirchliche Partei; und sie verfolgte wesentlich politische Zwecke, wie sie ja auch ihre neue Macht dem Kampfe gegen die Krone Preußen verdankte. Die rein kirchlichen Reformgedanken, mit denen sich Nitzsch und so manche andere Schüler Schleiermachers trugen, fanden unter den politisch erregten Zeitgenossen sehr wenig Verständnis. Auch der religiöse Radikalismus, der in beiden Kirchen mannigfache unglückliche Versuche neuer Sektenbildungen wagte, besaß keinen Boden im Volke, das nach den Streitigkeiten der Philosophenschulen nie gefragt hatte; er entsprang selten einer starken sittlichen Überzeugung; öfter ward er nur, in natürlichem Rückschlage, durch den wachsenden Übermut der Ultramontanen oder durch die strengkirchliche Haltung der preußischen Regierung hervorgerufen; in den meisten Fällen aber diente er der politischen Opposition als Deckmantel für ihre welt-

lichen Pläne. Noch niemals seit dem Niedergange der alten Aufklärung war Deutschland an fruchtbaren religiösen Ideen so arm gewesen wie in diesem Jahrzehnt unablässigen kirchlichen Streites.

Tragisches Schicksal, daß Friedrich Wilhelm in solcher Zeit das Ideal seines christlichen Staates zu verwirklichen unternahm. Zuvörderst wünschte er die Versöhnung mit dem Papste. Schon längst hatte er sich ein holdes Phantasiebild von der römischen Kirche ersonnen, das die landläufigen Selbsttäuschungen der gläubigen Protestanten unseres Nordostens noch weit überbot. Er glaubte fest, seit den Westfälischen Friedensschlüssen würde die Parität der Bekenntnisse in Deutschland von allen Seiten ehrlich anerkannt, und vergaß die allbekannte Tatsache, daß der römische Stuhl jene Friedensschlüsse wieder und wieder feierlich verdammt hatte. Bei dem hohen Stande der Volksbildung hielt er eine ernste Störung des konfessionellen Friedens nicht mehr für möglich, obwohl die Kurie soeben erst, bei dem Streite über die gemischten Ehen, unzweideutig bewiesen hatte, daß sie die evangelischen Christen nach wie vor als unreine Ketzer ansah. Daß die römische Klerisei je wieder in die Verweltlichung früherer Zeiten zurückfallen könnte, schien ihm undenkbar; und doch weissagten die französischen Klerikalen bereits — was sich auch wörtlich erfüllen sollte: — ihre von der Revolution ausgeplünderte Kirche würde jetzt in einem Jahrhundert mehr Reichtümer gewinnen, als sie vordem in sechzehnhundert Jahren erworben hätte. Auch die Mirakel, die Wallfahrten, die Ausstellung der Reliquien betrachtete der König nur als überlebte Mißbräuche, deren sich die römische Kirche bald ganz entledigen würde, obgleich sie augenscheinlich von Jahr zu Jahr mehr überhandnahmen. Vor den Bischöfen endlich hegte er eine tiefe, stille Verehrung; denn das ließ er sich nicht nehmen, daß dies heilige Amt durch die mystische Weihe der Handauflegung in grader Linie von den Aposteln selbst herstammte. Voll arglosen Vertrauens trat er also an den Bischofsstreit heran und beschloß, da in der Tat kein anderer Ausweg mehr blieb, mit dem Vatikan unmittelbar zu verhandeln.

Als er den Thron bestieg, befand sich die volle Hälfte der preußischen Bistümer in einem unsicheren Zustande, der nur durch das Einverständnis der weltlichen und der geistlichen Gewalt gebessert werden konnte. Droste-Vischering und Dunin waren noch aus ihren Diözesen entfernt. In Trier hatte das Kapitel den Domherrn Arnoldi zum Bischof gewählt, der alte König aber die unzweifelhaft gesetzwidrige Wahl nicht genehmigt. In Breslau endlich war Fürstbischof Sedlnitzky, weil er die Gesetze des Staates befolgt hatte, vom Papste zur Abdankung aufgefordert worden, und es stand der Krone noch frei, den treuen Prälaten gegen eine so willkürliche Zumutung zu beschützen. Diese Fülle von Streitpunkten konnte dem Staate zum Vorteile gereichen, wenn er alle seine Karten vorsichtig in der Hand behielt und sich der alten Wahrheit erinnerte, daß

man mit der zähen Hartnäckigkeit des römischen Stuhles immer Zug um Zug verhandeln muß. Friedrich Wilhelm aber verschmähte alles was dem Markten und Feilschen glich. Er hielt es für königlich, alsbald durch eine freie Tat seiner Großmut der Kurie zu zeigen, wie wohl er es mit der Kirche meinte. Noch bevor die römischen Verhandlungen begannen, gab er seinen geliebten Polen ihren Erzbischof zurück, und wenige Tage später genehmigte er, sehr ungern freilich, auch Sedlnitzkys Abdankung. Dergestalt waren zwei der vier schwebenden Fragen schon im voraus zu Roms Gunsten entschieden.

Zum Unterhändler wurde noch im Juni 1840 ein Jugendfreund des Königs, Oberstleutnant Graf Brühl bestimmt, ein in diplomatischen Geschäften noch ganz unerfahrener Offizier von liebenswürdigen Formen und vertrauenerweckendem Gradsinn. Brühl war überzeugter Katholik, doch keineswegs ultramontan gesinnt; mit dem milden Bischof Sedlnitzky unterhielt er von langeher freundschaftlichen Verkehr, und seine eigenen Töchter ließ er in dem evangelischen Bekenntnis der Mutter, einer Tochter Gneisenaus erziehen. Noch bei Lebzeiten des alten Königs fragte Sedlnitzky in Wittgensteins Auftrage bei ihm an, ob er nicht als Adjutant zu dem kranken Prinzen Heinrich nach Rom gehen wolle, um dort unter der Hand Verhandlungen mit dem Vatikan einzuleiten. Damals lehnte Brühl ab, weil er den harten Territorialismus der preußischen Kirchenpolitik ebenso tief verabscheute wie die fanatischen Allokutionen der Kurie: „Altenstein mit den Seinen sowie Lambruschini mit seiner Clique sind einander wert.“*) Jetzt nahm er den wiederholten Auftrag unbedenklich an: dem Rufe seines königlichen Freundes wollte er sich nicht entziehen, und seit dem Thronwechsel erschien die Unterhandlung auch nicht mehr aussichtslos. Er sollte sich in Rom zunächst aller bestimmten Anerbietungen enthalten, aber der Kurie feierlich versichern, daß der König der römischen Kirche in Preußen alle nur mögliche Freiheit gewähren wolle, und schließlich „als einen ersten Beweis guten Willens“ verlangen: der Papst möge den Erzbischof von Köln — vielleicht als Kardinal — aus Deutschland abberufen um alsdann mit der Krone gemeinsam die Verwaltung des verwaisten Erzbistums endgiltig zu ordnen**); bliebe der römische Stuhl ganz unversöhnlich, dann müßte sich Preußen mit England und anderen protestantischen Mächten über eine gemeinsame Kirchenpolitik verständigen. Diese Drohung bedeutete freilich gar nichts; denn jedermann wußte, daß der Londoner Hof nie einen Finger regte, wenn er sich nicht in seinen eigenen Interessen bedroht glaubte, und in der Tat gab Palmerston, auf eine Anfrage des preußischen Gesandten, nur eine freundliche, aber völlig nichtssagende Antwort.***)

*) Sedlnitzky an Brühl, 20. 21. Febr. 1840, nebst Brühls Bemerkungen.

**) Werthers Weisungen an Brühl, 10. 22. Juli, an Buch, 22. Juli 1840.

***) Bülows Bericht, London, 16. Aug., Werthers Bericht an den König, 26. Aug. 1840.

Nach der Rückkehr Dunins erwartete alle Welt auch die Wiedereinsetzung Droste-Vischerings, niemand zuversichtlicher als der greise Erzbischof selbst. Der beteuerte, als ihm Minister Rochow einen abschlägigen Bescheid gab, in seinem fürchterlichen Deutsch kurzab: dies nimmt mir meine Hoffnung nicht, „da sie auf die erhabene Gesinnung Sr. Majestät ruht"; er schaffte sich schon Wagen und Pferde an um triumphierend in seiner Metropole einzuziehen.*) Seine Anhänger am Rhein überschütteten den Monarchen mit rührsamen Bittschriften, und nicht alle waren so tapfer wie die Erzeugerin des berühmten Kölnischen Wassers, die Klosterfrau Martin, die sich unbedenklich auf ihren Guttäter, den seligen König berief; manche versicherten treuherzig, sie würden „aus Furcht vor den Gegnern" ihre Unterschrift erst später beifügen.**) Friedrich Wilhelm aber beurteilte auch diese politische Machtfrage gemütlich, nicht als Staatsmann, sondern als guter Sohn. Dunin war durch gerichtlichen Spruch verurteilt und konnte also ohne weiteres begnadigt werden. Droste hingegen hatte den ganzen Streit begonnen und dann ohne Urteil und Recht, auf unmittelbaren Befehl des verstorbenen Monarchen sein Bistum verlassen müssen. Diesen Befehl des Vaters zurückzunehmen, erschien dem neuen Könige wie eine Verletzung der kindlichen Pietät, und da auch seine Minister allesamt den Polen unverdientermaßen milder beurteilten als den Westfalen, so mußte Brühl von vornherein erklären: nun und nimmermehr dürfe Droste zurückkehren, nur unter dieser Bedingung sei Dunin begnadigt worden. Zum Glück stimmte Friedrich Wilhelms Gemütspolitik nahezu überein mit den nüchternen Berechnungen des Vatikans. Klüger als die preußische Regierung hatten die Kardinäle in dem Kölnischen Fanatiker von vornherein einen unbequemen deutschen Trotzkopf gesehen; nun war er durch sein Martyrium der Kirche nützlich geworden, und nur als Märtyrer vermochte er ihr auch fernerhin zu nützen. Gebrauchen konnte man ihn sonst nicht mehr, denn in den drei Jahren seines Exils hatten sich die Grobheit und der zänkische Eigensinn des kränkelnden Prälaten bis zum Unerträglichen gesteigert. Daher war man im stillen schon längst entschlossen, beim Friedensschlusse den getreuen Westfalen als Sündenbock mit vatikanischer Gemütsruhe abzuschlachten. Vorher aber mußte die Staatsgewalt noch einmal gründlich gedemütigt werden.

Als Graf Brühl am 20. August die Unterhandlungen begann, da empfing ihn der Kardinal-Staatssekretär nicht feindselig, aber mit dem Hochmute des Siegers. Lambruschini donnerte in ungestümen Zornreden, die dem Preußen zuweilen theatralisch klangen, wider das staatstreue Kölnische Domkapitel, wider die Hermesianer, am heftigsten wider Bunsen;

*) Rochow an Lottum, 6. Aug.; Droste-Vischering an Vincke, 14. Aug. 1840.

**) Eingaben an den König von Düsseldorfer Bürgern, 30. Jan.; von der Klosterfrau Martin, 17. Nov. 1841 usw.

und allerdings mußte Brühl selbst nach Einsicht der Akten eingestehen: „der Mann war nicht wahr." Der mildere Kardinal Capaccini gab im Vertrauen zu, daß Droste für die Verwaltung des Erzbistums völlig ungeeignet sei; doch auch er meinte: zuerst müsse der Vertriebene feierlich wieder eingesetzt werden, späterhin könne er dann vielleicht altershalber abdanken und den Kardinalshut erhalten. Um Vorwände waren die Monsignoren nicht verlegen. Bald sagten sie: das Domkapitel müsse für die Preisgebung seines Oberhirten gezüchtigt werden; bald wieder: die katholische Presse verlange diese Sühne; oder auch: der heilige Stuhl schulde eine Genugtuung dem schwer beleidigten Episkopate, der allerdings überall, selbst in Amerika, den preußischen Kirchenstreit wachsam verfolgte und dem Märtyrer zu Münster zahlreiche Trostbriefe sendete. Die Absicht war klar: der ketzerische König sollte sich in den Staub werfen vor dem ungehorsamen Bischof — ganz wie es dieser selbst vor zwei Jahren verlangt hatte.*) Erfolglos blieb auch eine Fahrt nach dem schattigen Bergschlosse von Castel Gandolfo, wo der Papst seine Sommerfrische hielt. Gregor lebte ganz in seinem mönchischen Gedankenkreise; er verstand von Politik sogar noch weniger als Lambruschini, las nur eine Zeitung, den streng klerikalen Univers und glaubte alles was darin stand. Er behandelte den Abgesandten mit väterlichem Wohlwollen und sprach dankbar von der edlen Gesinnung des Königs; doch immer wieder brach der alte Mönchshaß gegen das ungläubige Deutschland durch; immer wieder hieß es: der Papst kann das nicht! Von „dem Papste" redete Gregor stets wie von einem höheren Wesen, das mit seiner eigenen Person nichts gemein hätte; und wenn deutsche Protestanten oder orthodoxe Russen ihm versicherten, es gäbe nur ein Rom, dann pflegte er zu antworten: „Nun liebe Kinder, kommt herein; warum bleibt ihr draußen?" — Nach drei peinlichen Wochen reiste Brühl heim, ohne jedes Ergebnis, aber mit der festen Überzeugung, daß man im Vatikan selbst wünsche den westfälischen Störenfried auf gute Art zu beseitigen.**)

Seine Ahnung trog ihn nicht. Bald nach ihm kehrte auch Wilhelm Schadow von einer Romfahrt zurück, der berühmte Direktor der Düsseldorfer Kunstakademie, der längst zur katholischen Kirche übergetreten war und, nach der Weise der Konvertiten, die allerstrengste klerikale Gesinnung betätigte. Schadow hatte in Rom mit Capaccini gesprochen und erbot sich jetzt, nach den Weisungen des Kardinals vertraulich mit Droste zu verhandeln, falls der König es gestatte. Friedrich Wilhelm genehmigte den sonderbaren Antrag, der ihm durch General Gröben gemeldet wurde, und fügte seinerseits die bestimmte Weisung hinzu: Droste dürfe nicht nach Köln zurückkehren, sondern müsse sich's gefallen lassen, daß der Papst

*) S. o. IV. 706.

**) Brühls Berichte, Rom, 20. Aug. bis 5. Sept. 1840.

ihm für seine Lebenszeit einen Koadjutor ernenne.*) Begleitet von dem Grafen Fürstenberg-Stammheim, einem der Wortführer des ultramontanen rheinischen Adels, reiste Schadow um Weihnachten nach Münster, und der Erfolg war, wie ihn jeder Menschenkenner vorauswissen mußte. Aus Ehrfurcht vor dem großen Märtyrer wagten die beiden klerikalen Abgesandten nicht einmal die Aufträge des Königs auszurichten; sie nahmen nur demütig die Willensmeinung des Erbosten entgegen und berichteten dann harmlos: Droste verlange unbedingt seine Wiedereinsetzung, späterhin denke er sich bei Gelegenheit aus Köln zurückzuziehen. Mit der ganzen politischen Unschuld des Künstlers fügte Schadow hinzu: sehr wünschenswert erscheine auch die Beglaubigung eines Nuntius beim Bundestage; der könne unter Österreichs Schutz die deutsche Kirche leiten, Preußen brauche dann nur noch einen Geschäftsträger für die laufenden Angelegenheiten in Rom zu unterhalten; so würde freilich „eine Art Staat im Staate" entstehen, aber da doch alles Heil von der katholischen Kirche ausgehen müsse, so komme der Segen auch den Akatholiken zu Gute! Diese „saubere Bescherung" erschien selbst dem gütigen Monarchen unheimlich und er schrieb traurig: „Der Geist, der das Ganze durchweht, stimmt mich mutlos, nicht weil ich sehe was ich lange weiß, daß die beiden Herolde verstockte Papisten sind, sondern weil die ganze Einleitung mir nun klar ist und von Capaccini (dem sanftesten, nachgiebigsten der päpstlichen Umgebung) wahrscheinlich noch so viel als möglich gemildert worden ist."**)

Unterdessen begann der Vatikan doch zu fühlen, daß er mit einer mächtigen Krone so nicht spielen durfte. Im Februar 1841 erschien mit Aufträgen des Papstes ein neuer Unterhändler bei Droste: der Bischof von Eichstädt, Graf Reisach. Auch dieser Name versprach nichts Gutes. Reisach war der weltkluge Führer der jesuitischen Partei in Bayern und machte dem Rufe zweideutiger Verschlagenheit, der noch von den napoleonischen Tagen her an seinem Hause haftete, alle Ehre. Unter ihm war das liebliche Städtchen im stillen Felsentale der Altmühl zu einem kleinen bayrischen Rom geworden; drunten im alten Dome lag das Grab des heiligen Willibald, droben in der Bergkirche sickerte aus dem Felsen das wundertätige Öl der heiligen Walpurgis; hier gab es Mirakel soviel das Herz begehrte, und wieder wie einst in den Tagen des bayrischen Konkordats versammelte sich in dem stattlichen Residenzschlosse des Bischofs ein Eichstädter Bund von handfesten Ultramontanen.***) In den Münchener Priesterkreisen erzählte man sich überall, wohl mit

*) Gröbens Bericht an den König, 28. Okt.; Thiles Aufzeichnung über die Befehle des Königs, 5. Nov. 1840.

**) Berichte von Fürstenberg und Schadow, 2. Jan., von Gröben, 3. Jan.; König Friedrich Wilhelm an Thile, 8. Jan. 1841.

***) S. o. II. 346.

gutem Grunde: daß Reisach vor fünf Jahren, in vertraulicher Zwiesprache bei der Tabakspfeife, den Kölnischen Erzbischof zum Kampfe gegen die Krone zuerst ermuntert hatte; und dieser Prälat sollte jetzt vermitteln! Der Bayer benutzte seinen Aufenthalt in Münster nebenbei, um den jungen, aus dem preußischen Staatsdienste ausgetretenen Wilhelm v. Ketteler für den Priesterstand anzuwerben. Bei Droste aber richtete er nichts aus. Von einem Verzichte wollte der störrische Greis nichts hören; weder der Kardinalspurpur noch das Leben in Rom hatte für ihn einen Reiz. Den Uneingeweihten blieb es immer dunkel, ob Reisach eigenmächtig die Verhandlungen erschwert hatte oder ob er von Rom her angewiesen war die Dinge noch in der Schwebe zu halten.

Immerhin schienen diese geheimen Umtriebe anzudeuten, daß der römische Stuhl doch nicht ganz unnachgiebig bleiben wollte. Darum wurde Graf Brühl im Dezember 1840 zum zweiten Male nach Rom gesendet. Diesmal kam er mit vollen Händen: er konnte dem Vatikan die frohe Botschaft verkünden: daß der König sich von freien Stücken entschlossen habe, den Verkehr der Bischöfe mit dem Papste frei zu geben, das königliche Recht des Plazet einzuschränken und im Kultusministerium eine eigene katholische Abteilung zu bilden. Da die Staatsgewalt am Rheine wie in Posen schon nachgegeben hatte und ein zweifaches Staatskirchenrecht in Preußen unmöglich war, so sollten fortan in der ganzen Monarchie die gemischten Ehen nach dem berüchtigten päpstlichen Breve und nach dem Ermessen der Bischöfe behandelt werden.*) Friedrich Wilhelm war sogar bereit, das freiere Wahlrecht, das den Domkapiteln des Westens nach der Zirkumskriptionsbulle zustand, auch den Bistümern des Ostens zu gewähren, obgleich die Krone hier bisher die Bischöfe tatsächlich allein ernannt hatte. Ganz von selbst verstand sich endlich nach den früheren Erklärungen, daß der Staat die Hermesianer nicht begünstigen wollte. In allem und jedem also war der König den Wünschen des Vatikans nicht entgegen-, sondern zuvorgekommen. Und für diese Fülle freiwilliger Gewährungen verlangte man ein einziges Zugeständnis. „Fest muß nur das eine bleiben": — so schrieb Eichhorn — „keine Rückkehr des Erzbischofs nach Köln, wenn auch nur auf eine Minute um ins Tor von Köln zu sehen!"**) Brühls erste Reise war der Welt anfangs verborgen geblieben. Jetzt aber hatte sich das Gerücht überall verbreitet, und alsbald erbot sich der befreundete Turiner Hof zur Vermittlung; er wußte jedoch — gemäß den klerikalen Grundsätzen König Karl Alberts — nur vorzuschlagen, daß Droste auf kurze Zeit zurückkehren und dann sein Amt niederlegen solle. Die Vermittlung wurde mit Dank abgelehnt.***) Friedrich Wilhelm war

*) Ladenberg, Promemoria über die gemischten Ehen, 1. Sept. 1840.

**) Eichhorn an Thile, 12. Jan. 1841.

***) Truchseß-Waldburg, Bericht aus Turin, 12. Okt.; Werthers Bericht an den König, 25. Okt. 1840.

entschlossen, dies Unternehmen, das er allein begonnen, auch allein zu vollenden.

Aber auch die Gegner rüsteten sich. Bischof Laurens und die Jesuiten boten alles auf um die Versöhnung zu hintertreiben; aus Wien kam Jarcke, aus München Guido Görres herbei.*) Sehr rührig arbeitete auch Frau v. Kimsky gegen Preußen, jene Somnambule, welche einst den greisen Hardenberg mit ihren Gaukelkünsten betört und nachher, übersättigt von den Freuden dieser Welt, sich in den Schoß der römischen Kirche geflüchtet hatte. Papst Gregor hielt dieses Weib alles Ernstes für eine fromme Heilige; freilich hatte der alte Kamaldulensermönch wohl nur wenig Gelegenheit gehabt, ehrbare Frauen kennen zu lernen. So tummelten sich denn wieder zahllose Ränke in dem berühmten „Lügenstübchen" des Vatikans, das die freien Geister des Cinquecento schon verspottet hatten; der Papst zauderte und schwankte, und der milde Capaccini sagte oft verzweifelnd zu Brühl: wer mag ihn jetzt wieder aufgestiftet haben? Was der österreichische Gesandte Graf Lützow insgeheim trieb, ließ sich nicht erkennen; doch schwerlich wirkte der bigotte Konvertit zu Preußens Gunsten. Aus der Ferne arbeitete auch des Königs Stieftante, Herzogin Julia von Köthen mitsamt ihrer Jesuitenschar gegen ihren Neffen. Unterdessen erhoben auch die Provinzialstände von Rheinland und Westfalen ihre Stimme, sicherlich nicht ohne die geheime Mitwirkung der Freunde in Rom. In beiden Landtagen kam der Antrag auf Drostes Wiedereinsetzung zwar schließlich zu Falle; in Münster erklärten sich nur die sämtlichen Ritter und ein Bauer dafür, alle Fürsten und Herren, alle Vertreter der Städte und der Landgemeinden, mit Ausnahme jenes einen, stimmten dagegen. Aber wie frech erklang schon die Sprache der erstarkten ultramontanen Partei. Graf Westphalen sagte im Münsterschen Landtage: „meine Mitstände beschwöre ich es auch nicht einmal stillschweigend gutheißen zu wollen, als bedürfe es nur einer seidenen Schnur zur moralischen Selbsttötung eines dem Gouvernement mißfälligen Bürgers;" und als seine königstreuen Landsleute sich wider diesen jakobinischen Ton verwahrten, da versicherte er dreist, mit der seidenen Schnur hätte er den verstorbenen König nicht beleidigen wollen. Bald nachher verließ er den preußischen Staat, da es ihm nicht gelang sich vor der Krone zu rechtfertigen.

Unter so bedenklichen Anzeichen begann Graf Brühl seine zweite Verhandlung, die sich durch fünftehalb Monate, bis in den Mai 1841 hinzog. Indes hatten ihm die großen freiwilligen Gewährungen des Königs seinen Weg doch etwas geebnet. Die Kardinäle selbst gestanden jetzt, der starrköpfige alte Erzbischof, dem seine eigene bigotte Familie kaum mehr zu nahen wagte, könne in Köln nur Unheil stiften. Da fragte

*) Major v. Moliere, Adjutant des Prinzen Heinrich, an Brühl, 18. Mai 1841.

Brühl, ob nicht der Papst selber, im Einverständnis mit der Krone, sofort einen zur Nachfolge berechtigten Koadjutor ernennen wolle — ein Ausweg, der dem Könige schon gleich nach seiner Thronbesteigung durch den staatstreuen Bonner Klerikalen Ferdinand Walter empfohlen worden war. Gregor ging darauf ein: so wurde ja das verhaßte Kölner Domkapitel ganz zur Seite geschoben. Nunmehr begann man nach vatikanischem Brauche einander wechselseitig zu betasten und auszuforschen wegen eines möglichen Kandidaten. Nach mannigfachen Winkelzügen nannte Lambruschini den Jesuitenhäuptling Reisach, sodann den vertrauten Freund der Familie Droste, Professor Kellermann in Münster, endlich den jungen Münchener Domherrn Windischmann, den Sohn des Bonner Arztes, einen tüchtigen Orientalisten, der, mehr Gelehrter als Geistlicher, doch zu der strengen Jesuitenpartei gehörte und in Görres' gelben Blättern seine Feder tummelte. Alle drei erklärte Brühl für unmöglich; sein König wünschte den edlen, hochgebildeten Domkapitular Diepenbrock in Regensburg; den aber wies die Kurie zurück. Über die Personenfrage hätte man sich doch einigen können, da beide Teile noch einen allerletzten Kandidaten in Bereitschaft hielten. Ganz unlösbar aber erschien wieder die Frage, ob Droste zurückkehren dürfe. Niemals! erklärte Brühl; nur auf wenige Tage! sagten die Monsignoren, obwohl sie selbst zugestanden, daß eine solche Rückkehr die Rheinländer aufregen, die Protestanten der alten Provinzen erbittern mußte. Dazwischen hinein kamen Adressen von den Getreuen am Rhein, die den heiligen Vater um Rückkehr ihres Oberhirten anflehten. Auch Droste selber schrieb — „in seiner eigentümlichen unhöflichen Weise", wie Capaccini sagte: — an dem Purpur des Kardinals lag ihm nichts, nur Genugtuung wollte er haben; denn es stehe schlecht um die Kirche, wenn der Papst solche Unbill den Bischöfen widerfahren lasse.

Brühl hielt sich tapfer und erfuhr aus endlosen Zerrungen und Zettelungen, wie richtig die Römer das Wesen der Theokratie beurteilten, wenn sie kurzab zu sagen pflegten: mit Priestern kann man nicht verhandeln! Langsam, langsam zurückweichend gelangte die Kurie nach Monaten endlich zu dem Gegenvorschlage: Droste solle nur auf vierundzwanzig Stunden nach Köln kommen und nicht einmal um den Koadjutor einzusetzen, sondern lediglich um als envoyé du pape dem ernannten Koadjutor nachträglich die Bischofsweihe zu erteilen. Dabei wollte man unwiderruflich bleiben. Dieser letzte Vorschlag bewies deutlich, daß es sich gar nicht mehr um die Wahrung kirchlicher Rechte handelte, sondern um eine mutwillige Verhöhnung der Krone Preußen. Niemand wußte dies besser als der gelehrte Kanonist Gregor; der aber stellte sich so verzweifelt an und sprach sein ewiges „der Papst kann nicht" in so herzbrechendem Tone, daß der ehrliche Preuße sich endlich ganz zerknirscht fühlte. Der geistliche Despot, dessen nichtswürdige Regierung von allen seinen Untertanen

verflucht wurde, blieb in den Augen des gläubigen deutschen Katholiken doch immer der heilige Vater. Seinen Weisungen gemäß erklärte Brühl bis zuletzt: nun und nimmermehr dürfe der Erzbischof amtlich zurückkehren. An Thile aber schrieb er traurig: ich bin kein Diplomat, „ich kann mit dem Papste nicht feilschen", ich vermag „den edlen Greis" nicht mehr zu bedrängen, da mein Gewissen ihm recht gibt.*) So reiste er zum zweiten Male heim, wieder ohne Ergebnis.

Der König, der schon während der Verhandlungen mehrmals geschwankt hatte, fühlte sich schmerzlich überrascht; er meinte: die Vorschläge des römischen Stuhls „erfordern eine sehr reife Prüfung, zumal der Konsequenzen meines Reins." Nun kam auch noch ein Brief von seinem Oheim, dem Prinzen Heinrich, der sich seit langen Jahren tief in die römische Welt eingelebt hatte und bei vielen, wohl mit Unrecht, für einen geheimen Katholiken galt. Der kranke Prinz schrieb in seiner munteren, geistreichen Weise: das sei doch das einfachste von der Welt, wenn Droste für einen Tag nach Köln käme und sich dann sogleich fortscheren müßte.**) Nach qualvoller Überlegung entschloß sich der König, auch der letzten Zumutung des Vatikans zu willfahren. Er wollte wirklich erlauben, daß die rheinischen Ultramontanen auf dem Grabe seines edlen Vaters einen Tag hindurch ihre Triumphtänze abhielten. Droste sollte zur Bischofsweihe zurückkehren, und Brühl erhielt Befehl, mit neuen Weisungen versehen, zum dritten Male nach Rom zu gehen.***)

Und noch eine neue Anmaßung des Papstes ließ der Monarch sich bieten. Eben jetzt, zu Ende Aprils, war der wackere Kölnische Generalvikar Hüsgen gestorben, der in diesen schweren Übergangsjahren die provisorische Verwaltung des Erzbistums zur vollen Zufriedenheit des alten wie des neuen Königs geführt hatte. Das Domkapitel fragte zunächst beim Oberpräsidenten an, ob Droste wieder eintreten oder bei der Wiederbesetzung des Generalvikariats mitwirken dürfe. Auf die verneinende Antwort wurde die Neuwahl vollzogen, ganz in der nämlichen Weise wie 1837 nach Drostes Wegführung, und der neue Generalvikar Kanonikus Müller, ein würdiger, friedfertiger geistlicher Herr gleich seinem Vorgänger, erhielt von Seiten des Oberpräsidenten die Bestätigung. Der Papst aber sah in diesem Verfahren frevelhaften Ungehorsam, denn nicht einmal für die kurze Zeit bis zur nahen Ausgleichung wollte er dem vermaledeiten Domkapitel die provisorische Verwaltung, die er doch bisher geduldet hatte, erlauben. Er erklärte die Wahl für nichtig und ernannte seinerseits den Kanonikus Iven, den einzigen Ultramontanen im Domkapitel, der sich allein der Wahl enthalten hatte und dafür auch das besondere Lob

*) Brühls Berichte, 26. Dez. 1840 bis 1. Mai 1841.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 13. Mai; Prinz Heinrich an den König, 24. April 1841.

***) Thile an Brühl, 21. Mai, 22. Juni 1841.

des heiligen Vaters empfing.*) Währenddem erschien in dem Heerlager der Ultramontanen zu Würzburg eine von Hermann Müller verfaßte anonyme Schrift: Die Kölnische Kirche im Mai 1841 — ein wütendes Libell, das in Preußen wegen seiner frechen Schmähungen sofort verboten und gleichwohl auf Schleichwegen dem Könige in die Hände gespielt wurde. Der päpstliche Machtbefehl war offenbar gesetzwidrig, da Gregor nicht einmal für nötig gehalten hatte, den so grenzenlos nachgiebigen Monarchen vorher zu benachrichtigen. Der König versagte also dem Domherrn Ivo die Anerkennung; aber eingeschüchtert durch die Drohungen der Klerikalen ließ er zugleich durch Brühl in Rom vertraulich aussprechen: unter Vorbehalt seiner landesherrlichen Rechte wolle er Ivens Amtsführung stillschweigend dulden! So wankte er von einem schwächlichen Zugeständnis zum andern.**)

Inzwischen hatte schon ein neuer Vermittler in die Unterhandlungen eingegriffen: König Ludwig von Bayern. Der Wittelsbacher wünschte jetzt aufrichtig die Aussöhnung, weil er den Berliner Schwager auf seine Weise liebte und bei der noch immer drohenden Kriegsgefahr jede Schwächung Preußens für bedenklich hielt, vornehmlich aber, weil er durch seine eigene Politik die bayrischen Liberalen und Protestanten tief verstimmt hatte und durch das Friedenswerk ihren Groll zu beschwichtigen hoffte; nur sollten auch sein getreuer Minister Abel und die Ultramontanen an der Ausgleichung ihre Freude haben. Er empfahl seinem Schwager den Bischof Geissel von Speier, den er unter seinen Landesbischöfen besonders hoch schätzte, zum Koadjutor für das Erzbistum und sagte: einen stärkeren Beweis seiner Freundschaft könnte er ihm unmöglich geben, als indem er ihm einen solchen Mann abträte. Den nämlichen Vorschlag hatte er, allem Anschein nach, schon vorher in Rom vertraulich aussprechen lassen; denn Geissel war jener letzte Kandidat, den sich die Kurie im stillen vorbehielt, schon im März deutete Capaccini, in einem Gespräche mit Brühl, vorsichtig auf diesen Namen hin. König Friedrich Wilhelm ging auf den Rat ein***), und als Graf Brühl im Juli zum dritten Male nach Rom reiste, nahm er den Weg über München, um dort das Nähere zu besprechen. Darauf forderte König Ludwig den Bischof Geissel in einem schmeichelhaften Briefe auf, sich zur Annahme der Koadjutor-Stelle bereit zu erklären. Abel unterstützte die Bitten des Monarchen und sagte mit seiner gewohnten fanatischen Plumpheit rund heraus, was die Jesuiten von dem künftigen Kölnischen Oberhirten erwarteten. „Sie sollen", so schrieb er, „indem Sie die katholische Kirche Preußens wieder in ihr gutes Recht einsetzen, durch die von da ausgehende, unabwendbare Rückwirkung

*) Lambruschini an Brühl, 21. Mai; Breve des Papstes an Ivo, 21. Mai 1841.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 2. Juni; Kabinettsordre an Eichhorn, 7. Juli; Brühls Bericht, 21. Juli 1841.

***) König Friedrich Wilhelm an Thile, 2. Juni 1841.

auf die übrigen protestantischen Staaten in Deutschland auch dort jenen revolutionären Grundsätzen ein Ende machen, die aus der hehren Himmelstochter die dienstbare Magd des modernen Staatstums herausbilden, sie entweihen und entwürdigen möchten." Wahrlich, es geschahen Zeichen und Wunder, seit die neue ultramontane Partei sich fest zusammengeschlossen hatte. Wer hätte vordem für denkbar gehalten, daß ein deutscher Minister einen Priester gradeswegs zum Kampfe wider die Kirchenpolitik deutscher Regierungen auffordern könnte? Geissel antwortete zunächst vorsichtig ablehnend; aus den wohlgewählten Worten ließen sich jedoch seine ehrgeizigen Wünsche leicht herauslesen.

In Rom wurde Brühl diesmal, nach den neuen großen Gewährungen des Königs, mit offenen Armen aufgenommen; und als er Geissel nannte, fand weder Lambruschini noch der Papst selber gegen diesen guten Namen etwas einzuwenden. Da mit einem Male ward ein neuer Pfeil aus dem unerschöpflichen Köcher vatikanischer Verhandlungskünste herausgeholt, ein schweres, ganz unüberwindliches Bedenken. Geissel war ja schon Bischof, also konnte er auch nicht durch Droste nachträglich die Bischofsweihe empfangen, und folglich — so schlossen die Monsignoren, alle früheren Abreden vergessend, mit verblüffender Unbefangenheit — folglich mußte er nicht durch den Papst, sondern durch Droste selbst in das Koadjutor-Amt eingesetzt werden, damit der alte Erzbischof doch irgend eine Genugtuung erhielte. In Berlin hatte man sich jedoch gegen solche Überfälle gerüstet. Brühl lehnte die Zumutung unbedingt ab, und als die Kurie nicht nachgab, erklärte er plötzlich: nun wohl, dann lassen wir Geissel fallen und verlangen den Domherrn Arnoldi in Trier — denselben Arnoldi, den einst der alte König als persona minus grata von dem Trierschen Bischofsstuhle ausgeschlossen hatte! Nach kurzem Zögern nahm Gregor diesen neuen Vorschlag an; über alles einzelne ward man schnell einig, und wenige Tage später meldete Brühl zufrieden: „Das Beschlossene ist unwiderruflich"; der Papst ernennt Arnoldi zum Koadjutor und sendet nachher den alten Erzbischof für einen Tag nach Köln, wo die Bischofsweihe im Auftrage des heiligen Vaters vollzogen wird. In welche Widersprüche war doch der König durch seine Herzensgüte hineingedrängt worden. Aus Pietät gegen seinen Vater hatte er Drostes Rückkehr untersagt und jetzt wollte er doch gestatten, daß dieser von dem alten Könige wegen Ungehorsams weggewiesene Prälat auf vierundzwanzig Stunden zurückkam um die Bischofsweihe dem neuen Kölnischen Koadjutor zu erteilen, dem der alte Herr nicht einmal das bescheidene Bistum Trier hatte anvertrauen wollen! Hieß das nicht, das Andenken des Vaters zweimal beschimpfen? Eine schmachvolle Niederlage stand der Krone Preußen und der Person ihres Trägers bevor; denn so gewiß der Staat Macht ist, ebenso gewiß bleibt die Schwäche, auch die wohlmeinende Schwäche unter allen politischen Sünden die schwerste.

Daß diese Schande dem preußischen Staate erspart blieb, war allein dem Starrsinn Drostes zu verdanken. Bei dem hatten mittlerweile Schadow und Fürstenberg nochmals, und wieder vergeblich, ihre Überredungskünste versucht. Der unbeugsame Westfale wurde den Monsignoren immer lästiger und Capaccini meinte: ein Glück nur daß er den Purpur verschmäht, er wäre ja imstande hier mit Papst und Kardinälen Händel anzufangen! Gregor aber fühlte sich beunruhigt; denn er wußte wohl, daß der Papst nicht befugt ist, einem Bischof, ohne dessen Einwilligung, einen Koadjutor mit so ausgedehnten Befugnissen beizuordnen; und so unbedenklich er die Rechte der weltlichen Gewalt beeinträchtigte, ebenso gewissenhaft vermied er das kanonische Recht zu verletzen. Er entschloß sich daher, den Erzbischof durch einen eigenhändigen Brief sehr nachdrücklich zur Anerkennung des Koadjutors aufzufordern, und sendete zugleich den Bischof Reisach zum zweiten Male nach Münster, diesmal mit den allerstrengsten Weisungen, so daß der bayrische Jesuit seine ganze Kraft einsetzen mußte. Nach einigen Wochen peinlichen Harrens meldete Reisach endlich: Droste habe sich den Befehlen des heiligen Vaters gänzlich unterworfen und wolle sogar einen Hirtenbrief erlassen um seine Herde zum Gehorsam gegen den Koadjutor zu ermahnen. Nur die Reise nach Köln zur Bischofsweihe hatte der Alte entschieden abgelehnt, indem er seine schwache Gesundheit vorschützte.*) Offenbar ging es dem deutschen Freiherrn wider die Ehre, jetzt noch an einem frivolen vierundzwanzigstündigen geistlichen Possenspiele teilzunehmen, nachdem ihn der Vatikan schnöde preisgegeben hatte; der Gegensatz deutscher Treue und welscher List zeigte sich vom Anfang bis zum Ende dieser Tragikomödie.

Dergestalt rettete der vertriebene Erzbischof wider Willen seinen König vor einer selbstverschuldeten Demütigung. Im Vatikan aber änderte sich die Szene noch einmal, als die Nachrichten aus Münster einliefen. Vergessen und verschollen waren plötzlich alle die salbungsvollen Reden, mit denen man den Preußen früherhin weich gestimmt hatte. Die so inbrünstig verlangte Genugtuung für den beleidigten Episkopat wurde jetzt gar nicht mehr erwähnt, und da man doch endlich zum Abschluß kommen wollte, so schien es am einfachsten, wieder auf Geissel zurückzugreifen, der keiner Bischofsweihe bedurfte. Droste hatte nichts dawider; das wußte man schon aus Reisachs Berichten. Der Kardinal-Staatssekretär vollzog diese neue Schwenkung mit solcher Leichtigkeit, daß Brühl Verdacht schöpfte und richtig herauswitterte: Geissel wäre vielleicht schon von langer Hand her der eigentliche Kandidat Lambruschinis, Reisachs und der Jesuiten gewesen. Ahnungsvoll fügte er hinzu: auf das Urteil des unklaren und in katholischen Dingen befangenen Königs Ludwig sei wohl wenig zu geben. Aber nach seinen Weisungen durfte er nicht mehr widersprechen.

*) Brühls Berichte, 10. 16. Sept. 1841.

Nun ging die Verhandlung, die wieder dritthalb Monate gewährt hatte, rasch zu Ende, und am 23. Sept. wurde die Ernennung Geissels förmlich verabredet, durch ein geheimes Übereinkommen, das zugleich die früheren Zusagen der preußischen Krone nochmals aufzählte. In Perugia verabschiedete sich Brühl von dem Papste. Gregor weilte dort in den heiligen Stätten Umbriens um ein Gelübde einzulösen; er dankte dem Könige wie dem Unterhändler aufs wärmste und pries sich glücklich, nun in Frieden sterben zu können.*)

Der Münchener Hof, der von dem Arnoldischen Zwischenspiele erst spät erfuhr, hatte sich mittlerweile eifrig bemüht den Bischof von Speier zur Annahme des Koadjutor-Amtes zu bewegen. Geissel war mithin nicht unvorbereitet, als er jetzt die Anfrage des heiligen Stuhls und gleich darauf die Ernennung erhielt. Dann galt es noch das staatstreue Kölner Domkapitel zu gewinnen, und dieser peinlichen Aufgabe mußte sich Bodelschwingh, damals noch Oberpräsident, unterziehen. Er fand die Mehrzahl der Domherren aufgebracht über die Umgehung ihres Wahlrechts, und zugleich für die Zukunft schwer besorgt; denn sie fürchteten, nunmehr von einem jungen kräftigen Manne in Drostes Geiste beherrscht zu werden. Nur mühsam konnte er sie beschwichtigen, indem er ihnen bewies, daß die Zirkumskriptionsbulle zwar ein Staatsgesetz, aber zwischen der Krone und dem römischen Stuhle vereinbart sei, also auch durch gegenseitiges Einverständnis suspendiert werden könne. Zuletzt beschloß das Kapitel sich aus Gehorsam zu unterwerfen, jedoch ohne förmliche Beistimmung.**) Auch dem Könige blieb eine Tat persönlicher Selbstüberwindung nicht erspart. Dem römischen Abkommen gemäß gab er dem alten Erzbischof eine öffentliche Ehrenerklärung, worin bezeugt wurde, der einst gegen Droste erhobene Vorwurf „politisch-revolutionärer Umtriebe" hätte sich als völlig grundlos erwiesen. Als Thile diesen von Eichhorn entworfenen, nachher noch durch den Monarchen eigenhändig stark umgestalteten Brief am Geburtstage des Königs zur Unterzeichnung übersendete, schrieb er weihevoll: „Nehmen Ew. Majestät das Geburtstagsgeschenk, das der Herr Ihnen heute durch den Friedensschluß mit dem Erzbischof machte, wie eine schöne Ankündigung der Friedensgedanken, die er mit Ihnen hat!"***)

Gewiß, der Friede war geschlossen. Aber um welchen Preis! In der Kölnischen Sache erlangte die Staatsgewalt einen halben Erfolg, in allen den anderen noch schwebenden kirchenpolitischen Händeln gab sie vollständig nach, sogar in dem Trierschen Bischofsstreite, wo sie das klare Recht für sich hatte. Der Domkapitular Arnoldi war ein frommer, mildtätiger Geistlicher, als Kanzelredner sehr beliebt, gut römisch gesinnt, aber

*) Brühls Berichte, 21. Juli bis 25. Sept. 1841.

**) Bodelschwinghs Bericht an Thile, 4. Mai 1841.

***) Thile an König Friedrich Wilhelm, 15. Okt. 1841.

kein Fanatiker, sondern weich, gutmütig, bestimmbar, also leicht zugänglich den Einflüsterungen jenes geheimnisvollen geistlichen Hofgesindes, das man im katholischen Deutschland den Küchen-Klerus zu nennen pflegt. Der alte König kannte den Mann, wohl aus Bodelschwinghs Berichten, und ließ ihn bei der Bischofswahl von 1839 als minder genehm bezeichnen. Dennoch wurde Arnoldi gewählt, den Bestimmungen des Breves von 1821 offenbar zuwider, und die Krone versagte von Rechts wegen ihre Genehmigung.*) Der Papst aber war damals noch von wildem Hasse gegen Preußen erfüllt und behauptete, ohne sich auf Gründe einzulassen: die Wahl sei kanonisch. Nach dem Thronwechsel konnte der Handel bei gutem Willen sofort geschlichtet werden; denn Arnoldi, der wenig Ehrgeiz hegte, hatte schon am 1. Juni 1840 in aller Stille die Erklärung nach Rom gesandt: er wolle um des Friedens willen verzichten, falls der Papst es erlaube. Diese Erklärung wurde in Rom streng geheim gehalten, Brühl erfuhr keine Silbe davon; erst weit später merkte er, daß der Vatikan „ein Tauschgeschäft treiben wollte" und die Trierſche Frage absichtlich offen ließ um in Köln desto sicherer seinen Willen durchzusetzen.**) Hartnäckig weigerte sich der Papst eine Neuwahl anzuordnen; er hatte sogar die Stirn zu behaupten, jenes zwischen der Krone und der Kurie vereinbarte Breve enthalte keine bindenden Vorschriften.***)

Da wich der König zurück. Er forderte jetzt nur noch eine ordnungsmäßige Neuwahl; dabei wollte er dem Kapitel unbeschränkte Wahlfreiheit lassen und selbst Arnoldi nicht ausschließen; über den hatte er mittlerweile günstige Urteile gehört und meinte wieder klüger zu sein als sein Vorgänger. Der Ehrfurcht gegen seinen Vater glaubte er zu genügen, wenn er noch an einer wertlosen, fast lächerlichen Förmlichkeit festhielt. Eichhorn, der von dem ersten Verzichte auch nichts wußte, schrieb nunmehr freundlich mahnend an den Trierschen Domherrn, worauf Arnoldi als guter Patriot im Januar 1841 eine zweite Verzichtserklärung — immer unter Vorbehalt der päpstlichen Genehmigung — nach Rom schickte.†) Auch jetzt noch blieb der Papst unbeugsam, Brühl konnte in dieser Sache gar nichts erlangen. Erst im Februar 1842 genehmigte Gregor den Verzicht, aber ohne die frühere Wahl für nichtig zu erklären. Damit war der Form notdürftig genügt, und alsbald erlaubte der König dem Domkapitel, für die Neuwahl eine Kandidatenliste einzureichen. Also ganz ohne Not ein neues Zugeständnis, weit über die Landesgesetze hinaus! Wie viel Arbeit hatte einst Niebuhr aufwenden müssen um die gefährlichen Listenwahlen dem preußischen Staate fern zu halten und der Krone das Recht der unbedingten Exklusive zu sichern; darum polterte auch Lambruschini,

*) Denkschrift von Bülow und Eichhorn an den König, 12. März 1842.

**) Brühls Bericht, 15. März 1841.

***) S. o. III. 205 f.

†) Arnoldi an Eichhorn, 19. Jan.; Brühls Bericht, 26. Febr. 1841.

gleich in seinem ersten Gespräche mit Brühl, zornmutig wider den großen Historiker. Und nun gab Friedrich Wilhelm das wohldurchdachte Werk seines verehrten Lehrers preis, allerdings nur für dies eine Mal. Dann kam was kommen mußte. Auf der Kandidatenliste stand Arnoldis Name natürlich obenan, der König genehmigte sie ohne weiteres, und im Juni wurde Arnoldi gewählt. Noch nicht genug der Schwäche. Da der Neugewählte eine Stelle in dem üblichen Huldigungseide der Bischöfe bedenklich fand, so strich Friedrich Wilhelm sie eigenhändig aus, und im tiefsten Herzen fühlte er sich erquickt, als er dann, heimkehrend von dem Dombaufeste, den Bischof von Trier in seiner Metropole begrüßte. Eine nahe Zukunft sollte lehren, wie richtig der alte König den Prälaten beurteilt hatte.

Noch kläglicher fast endeten die Breslauer Wirren, und hieran trug der König weniger Schuld als die Friedfertigkeit des edlen, frommen Fürstbischofs, der von seinem Freunde Brühl sehr hart, aber leider nicht ganz ungerecht also geschildert wurde: „Sedlnitzky ist ein unverantwortlich matter Mensch, kein Staatsmann, kein Bischof. O wäre er Konsistorial- und Schulrat geblieben!" Kurz vor dem Thronwechsel war der Bischof durch ein Handschreiben des Papstes zur Abdankung aufgefordert worden.*) Diese formlose Ermahnung bedeutete rechtlich gar nichts, da ihr weder ein kanonisches Verfahren noch eine Mitteilung an die Krone Preußen vorangegangen war. Trotzdem fühlte der Graf den Boden unter seinen Füßen wanken. Nachdem die Staatsgewalt in der Frage der gemischten Ehen nachgegeben hatte, konnte er doch nicht königlicher sein als der König und das alte Verfahren in Ehesachen noch aufrechthalten. Volksbeliebt war er nicht. Die bigotten Polen Oberschlesiens kannten den stillen beschaulichen kleinen Herrn kaum, trotz seiner unerschöpflichen Wohltätigkeit. Sein Domkapitel hatte sich unter seiner gutmütigen Leitung in Fraktionen zersplittert, und an der Spitze der rührigen ultramontanen Partei stand der weltkluge, ehrgeizige Domherr Förster, ein auch bei den Protestanten beliebter Kanzelredner, der früherhin für liberal gegolten hatte, jetzt aber von dem Jesuitenpater Beckx Ratschläge empfing. Die klerikalen Heißsporne haßten den Bischof tödlich, Ketteler nannte ihn einen Elenden, weil er dem Staate treu und gegen die Protestanten freundlich war. Eben jetzt, seit den letzten Jahren des alten Königs schwebte eine Verhandlung wegen der Rückgabe einiger der schlesischen Kirchen, welche einst unter Österreichs Herrschaft den Protestanten geraubt worden waren, und zu dieser Untersuchung bot Sedlnitzky die Hand mit einer Unbefangenheit, die seinem Rechtsgefühle zur Ehre gereichte, einem Bischof aber nach römischen Grundsätzen nie verziehen werden konnte. Die Kardinäle hielten ihn, da sie von Deutschland so

*) S. o. IV. 710.

gar wenig wußten, für einen Hermesianer; in Wahrheit hatte er diese Schule stets bekämpft; dagegen hoffte er auf die Rückkehr aller Sekten zu der gereinigten katholischen Kirche, und dies Ideal des allgemeinen Christentums verstand er so ganz im Sinne der inneren Wiedergeburt, der Metanoia, daß er früher oder später noch weit über die Hermesianer hinausgehen und zur Erkenntnis der evangelischen Wahrheit gelangen mußte.

So stand er vereinsamt. Nach seiner ganzen Anlage konnte er die Kraft seines Willens nur in der tiefen Gewissenhaftigkeit des religiösen Empfindens und Forschens, nicht in den Kämpfen des handelnden Lebens betätigen; niemand merkte ihm an, daß er wirklich ein Bruder des durch seine brutale Strenge in aller Welt berüchtigten Wiener Polizeipräsidenten war. Nach ernster Selbstprüfung erwiderte er dem Papste, daß er bereit sei das Amt niederzulegen, das er einst wider seinen Wunsch erhalten hatte. Dann ging er nach Berlin und beschwor den König um Genehmigung des Verzichtes: er könne nicht anders; bei der ultramontanen Gesinnung und der Eitelkeit eines großen Teiles seines Klerus dürfe er nicht mehr auf eine heilsame Wirksamkeit hoffen; auch wolle er nicht durch sein Verbleiben den Frieden zwischen Staat und Kirche erschweren.*) Friedrich Wilhelm zeigte sich sehr aufgebracht über die eigenmächtige Willkür der Kurie. Doch wie konnte der Weiche den Weichen stützen? Er widerstrebte noch mehrere Tage lang; dann genehmigte er die Abdankung des Prälaten, dem nichts zur Last fiel als die treue Befolgung der alten Staatsgesetze, und ernannte den Grafen, mit dem Ausdruck wärmster Anerkennung, zu seinem Wirklichen Geheimen Rate (29. Juli). Dazu versicherte er mündlich, nur aus Pietät gegen seinen Vater bewillige er den Rücktritt; so wunderbar verstand er die Dinge immer anders zu sehen als andere Menschen.

In einem rührenden Abschiedsschreiben an das Domkapitel sprach der Entlassene aus: er denke immer innig vereint zu bleiben mit allen denen, die an Christum wahrhaft glauben. Ein christliches Wort, aber sicherlich kein römisches. Männern von solcher Gesinnung bot die alte Kirche keine Stätte des Wirkens mehr. Das hatte schon Wessenberg erfahren, der denn auch nicht säumte, aus seinem Altensitze Konstanz dem Schicksalsgenossen seinen Gruß zu senden. Und noch stiller sogar als Wessenberg einst schied Sedlnitzky aus dem bischöflichen Amte. Fortan lebte er in Berlin ganz der Mildtätigkeit und dem religiösen Nachdenken; die Predigten von Nitzsch, Stahn, Müllensiefen erschütterten ihn in den Tiefen der Seele; er fühlte wo er das Wesen des Christentums zu suchen habe, und bald mochte er das Bischofskleid nicht mehr tragen. Als er endlich hochbejahrt den notwendigen Schluß aus seinen inneren

*) Sedlnitzky an König Friedrich Wilhelm, 14. Juli 1840.

Erfahrungen zog und — der erste katholische Bischof seit dem Zeitalter der Reformation — mit der Gemeinde zum evangelischen Abendmahle ging (1862), da erregte dieser Übertritt außerhalb der theologischen Welt nur wenig Aufsehen. Ein frommer Christ, ein treuer Patriot, ein liebenswerter Mensch, aber kein Mann der bahnbrechenden Tat — so war er immer gewesen. Mit warmer Teilnahme, ohne jede Bitterkeit gedachte er auch fernerhin der alten Kirche, die ihn einst in seinem zwölften Lebensjahre zum Domherrn geweiht und dann so rauh behandelt hatte, den Evangelischen aber ward er teuer als ein Vorbild ernster tief innerlich erlebter Frömmigkeit und durch ein Fülle milder Stiftungen, in denen sein Name noch heute gesegnet fortlebt.

Nachdem der König diesen Mann so schnell hatte fallen lassen, befahl er auch noch die Verhandlungen wegen der geraubten evangelischen Kirchen sofort einzustellen. Was konnte es unter solchen Umständen frommen, daß Brühl beauftragt wurde, für die eigenmächtige Verdrängung Sedlnitzkys unzweideutige Genugtuung zu fordern? Einige erregte Gespräche mit Lambruschini waren die einzige Folge. Das Verweseramt in dem erledigten Bistum übernahm nunmehr, von der Krone nicht anerkannt*), aber geduldet, der Domherr Professor Ritter, ein wilder Ultramontaner, der den Christen nur die Wahl ließ zwischen Rom und Fr. David Strauß, und soeben in einer Schrift Irenikon kurzab behauptet hatte, die Kirche stehe über dem Staate. Da galt es denn die Neuwahl zu beschleunigen. Der Papst mahnte dazu, ohne bei der Krone anzufragen, und der König in seiner unerschöpflichen Gutmütigkeit gestattete dem Kapitel für diesmal, eine Kandidatenliste aufzustellen, was allem Recht und Brauch zuwiderlief.**) Zum Danke erlaubten sich die Domherren ein schmutziges Ränkespiel, wie es nur unter Klerikern möglich ist, und nannten schließlich nicht weniger als zwölf Kandidaten, von denen die Mehrzahl dem Domkapitel selbst angehörte; die hochwürdigen Konfratres hatten einander also wechselseitig gewählt.***) Nun endlich begann Graf Brühl, der die Breslauer Verhältnisse genau kannte, Unrat zu wittern. Er fürchtete nicht gerade einen neuen Gewaltstreich des Papstes, „weil es weit mehr im Geiste der hiesigen Politik liegt in eine unbewachte Öffnung hineinzuschleichen, als keck Bresche zu legen und sie mit Gewalt zu erstürmen." Doch wenn das Kapitel sich nicht rechtzeitig einigte, so konnte der Papst nach dem Rechte der Devolution selber den Bischof ernennen, und was ließ sich dann wieder erwarten? Darum riet Brühl dringend, die Krone müsse jetzt Ernst zeigen: mündliche Verhandlungen mit den einzelnen Domkapitularen nützen gar nichts, sie werden einfach

*) Kabinettsordre an Eichhorn, 19. Dez. 1840.

**) Gregor XVI., Breve an das Breslauer Domkapitel, 21. Nov. 1840; Kabinettsordre an Eichhorn, 24. Febr. 1841.

***) Eichhorns Bericht an den König, 15. April 1841.

abgeleugnet!*) In der Tat befahl der König höchst ungnädig eine kanonische Wahl mit Stimmenmehrheit, das Domkapitel bat demütig um Verzeihung, und nach verschiedenen neuen Winkelzügen wurde schließlich (August 1841) der von der Krone als genehm bezeichnete Prälat Knauer gewählt, freilich ein hochbejahrter Herr, der dies zerrüttete Bistum schwerlich bemeistern konnte.**)

In allem und jedem suchte der König die Gefühle des Papstes zart, fast ängstlich zu schonen. Als das Bistum Jerusalem gegründet wurde, da ließ er in Rom — was einem evangelischen Monarchen doch übel anstand — ausdrücklich versichern, damit sei keinerlei Feindseligkeit gegen die katholische Kirche beabsichtigt.***) Wie tief mußte es ihn also verwunden, daß ihm die Kurie überall, selbst in unpolitischen Dingen nur Mißtrauen und Mißwollen zeigte. Schon als Kronprinz hatte er den Wohnsitz der preußischen Gesandtschaft, den Palast Caffarelli auf dem Kapitol durch Bunsen kaufen lassen. Gregor aber wollte nicht vergessen, daß Bunsen sich einst übermütig vermessen hatte, hier an dem Felsen des Kapitols solle die Macht des Papsttums zerschellen;†) ihm kochte das Blut, so oft er hinüberschaute nach dem Hügel drüben, wo die Ketzerei à la barbe du pape gepredigt wurde — so sagten die Kardinäle; auch war es den Italienern nicht zu verdenken, wenn sie diese Stätte uralter nationaler Erinnerungen nur ungern im Besitze einer fremden Gesandtschaft sahen. Gleich nach Bunsens Abberufung beschwerte sich Lambruschini bei dem Residenten Buch heftig, weil die evangelische Gemeinde auch nicht zur Gesandtschaft gehörige Personen aufnähme, weil Preußen gewagt hätte, ohne Erlaubnis des Papstes sein archäologisches Institut auf dem tarpejischen Felsen, ja sogar ein evangelisches Krankenhaus zu gründen — und was der Klagen mehr war.††) Mit Mühe konnte Buch den Ergrimmten halb beschwichtigen. Nach dem Thronwechsel aber trat die Kurie plötzlich gar mit der Behauptung hervor: der Verkauf des Palastes Caffarelli bestehe nicht zu Recht. Da brauste der König auf, dem der Besitz dieser herrlichen Stelle recht eigentlich Herzenssache war. „Ich betrachte", so schrieb er an Brühl, „den Palast als mein Eigentum. Er war bezahlt und übergeben. Nach den Gesetzen aller Länder ist er mein. Ebenso nach dem Gebrauche aller Länder, mit Ausnahme der Türkei und, wie die Erfahrung gelehrt hat, des päpstlichen Gebiets." Er verbot also jede Nachgiebigkeit, denn jetzt am wenigsten sei für ihn der Augenblick zu neuen Opfern, da 9 Mill. Evangelische ihm schon zürnten wegen

*) Brühls Berichte, 25. Febr., 19. Juli 1841.

**) Kabinettsordres an Eichhorn, 23. April, 30. Juni; Eingabe des Domkapitels an Eichhorn, 16. Juni; Berichte des Oberpräsidenten Merckel, 19. Juni, 27. Aug. 1841.

***) Werther, Weisung an Brühl, 16. August 1841.

†) S. o. III. 414; IV. 704.

††) Lambruschini an Buch, 10. Juni; Buchs Bericht, 23. Juni 1838.

der beiden großen Opfer: der Rückkehr Dunins und der Abdankung Sedlnitzkys. „Dagegen", so schloß er, „kann die Evakuation des Kapitols gar bald vor sich gehen, dann aber nicht um eine andere Wohnung, sondern um keine jemals wieder zu beziehen, was vielleicht zur größten Satisfaktion beider Teile geschehen wird."*) Solche Drohungen aus dem Munde des gutherzigen Monarchen konnten wenig wirken, und leider stellte sich auch bald heraus, daß wieder einmal ein idealer Geniestreich Bunsens vorlag. Der phantasiereiche Diplomat hatte in Wahrheit nur einen Censo, einen kündbaren Rentenvertrag mit Vorkaufsrecht, abgeschlossen; überdies war ein Teil des Palastes Fideikommiß und der Eigentümer Herzog Caffarelli wurde bald nachher als Verschwender unter Kuratel gestellt.**) Die Kurie besaß also der Waffen genug um den Vertrag anzufechten, und es bedurfte noch sehr langwieriger, widerwärtiger Unterhandlungen, bis die Krone Preußen sich endlich in Sicherheit ihres teuer erworbenen Besitztums erfreuen konnte.

Ebenso zäh zeigten sich die beiden Erzbischöfe in Geldsachen. Dunin verlangte nachträglich Diäten für seinen Berliner Aufenthalt, den er einst auf Befehl des verstorbenen Königs angetreten, dann aber durch seine Flucht eigenmächtig abgebrochen hatte; die Kosten dieser Flucht stellte er großmütig nicht in Rechnung. Seine Forderung wurde bewilligt.***) Hierdurch ermutigt, verlangte Droste nachher Erstattung der 12000 Tlr., die ihm während der vier Jahre seiner Abwesenheit zur Besoldung des Generalvikars von seinem Gehalte abgezogen worden waren. Das war mehr als Bodelschwingh ertragen konnte; er beschwor den König, die Nachsicht gegen den Halsstarrigen nicht zu weit zu treiben. Auch Mühler und Eichhorn erklärten: ein Rechtsanspruch sei nicht zuzugeben, höchstens im Wege der Gnade könne die Erstattung erfolgen†); und so geschah sie denn auch, Friedrich Wilhelms Großmut gegen die römische Kirche kannte keine Grenzen. Das Verfahren wider die beiden Erzbischöfe hatte insgesamt 21754 Tlr. 25 Sgr. 3 Pf. gekostet. Indem der König diese Rechnung gut hieß, befahl er zugleich, daß man in Zukunft für geheime polizeiliche Dienste nicht Privatpersonen, sondern Beamte von ungewöhnlicher Ehrenhaftigkeit verwenden solle.††) Damit berührte er die faulste Stelle dieses unseligen Bischofsstreites, der das Volk der katholischen Provinzen tief entsittlicht, ein ganzes Heer von Denunzianten hervorgerufen hatte. Capaccini selbst erzählte dem Grafen Brühl mit Ekel, was für nichtswürdige geheime Berichte über den preußischen Hof wie über einzelne Personen Tag für Tag im Vatikan einliefen.†††) Um sich gegen dies

*) König Friedrich Wilhelm an Brühl, 17. Sept. 1840.
**) Brühls Bericht nebst Denkschrift, 6. Sept. 1841.
***) Dunin an Eichhorn, 27. Mai; Eichhorns Bericht, 6. Juli 1841.
†) Berichte von Eichhorn 10. März, von Mühler und Eichhorn 15. Juni 1842.
††) Kabinettsordre an Wittgenstein, Bodelschwingh, Arnim, 1. Aug. 1842.
†††) Brühls Bericht, 3. Sept. 1840.

Treiben der Klerikalen zu decken hatte auch die Regierung selbst oftmals unsaubere Mittel angewendet.

Der neue Kölner Koadjutor Johannes Geissel teilte, wie die geängsteten Domherren richtig gewittert hatten, durchaus die Gesinnungen Drostes; nur war er klüger, jünger, gewandter und darum für diese schwache Staatsgewalt weit gefährlicher. Er hatte schon in jungen Jahren an dem Mainzer „Katholiken", der ersten Zeitschrift der wiedererstehenden ultramontanen Partei eifrig mitgearbeitet,*) nebenbei auch als Dilettant in Dichtkunst und Geschichte ein leichtes Formtalent bewährt und sodann die Diözese Speier sehr geschickt verwaltet. Als geborener Pfälzer kannte er dies überwiegend protestantische, alles Pfaffentum verabscheuende Volk genau und hütete sich Unfrieden zu erregen. Eine stattliche Prälatengestalt, wohlbeleibt, mit funkelnden Augen, die zugleich Herrschsucht und Verschlagenheit verkündeten, wußte er seine Würde so wohl zu bewahren, daß er selbst während der abgeschmackten Umkleidungen beim Hochamte niemals lächerlich erschien; in Gesellschaft bewegte er sich mit der Freiheit des lebensfrohen Weltmannes und verstand meisterhaft, das leichte Gespräch für diplomatische Berechnungen auszunutzen. Ein rechter Preuße ward er nie, weil er trotz der Gnade des Königs doch den protestantischen Geist dieses Staates herausfühlte; der Gottesstaat der alleinseligmachenden Kirche blieb sein Vaterland. Nach einer Unterredung mit Brühl, der von dem milden, grunddeutschen Sinne des Prälaten ganz entzückt war**), und nach einem peinlichen Besuche bei dem unwirschen alten Erzbischof erschien Geissel um Neujahr 1842 in Berlin, wo er mit hohen Ehren aufgenommen wurde und alsbald verlangte, den Huldigungseid in die Hand des Monarchen selbst abzulegen. Solche Förmlichkeiten hatte der alte König stets seinen Kommissaren überlassen, weil er es ungerecht fand den katholischen Bischöfen, die an Würden und Ehren schon so viel mehr genossen als die Geistlichen der evangelischen Landeskirche, auch noch einen Vorzug zu gestatten, der keinem anderen Untertan der Krone eingeräumt wurde. Der Sohn aber gewährte die Bitte unbedenklich.

In seinen Gesprächen mit dem Könige und dem Kultusminister wußte Geissel noch eine lange Reihe kirchlicher Anliegen wirksam vorzutragen. Er wünschte unter anderem unbeschränkte Herrschaft über das Priesterseminar und Entfernung der letzten Hermesianer von der rheinischen Hochschule; er verlangte sogar die Entlassung des Kurators der Bonner Universität Rehfues, der während des Bischofsstreites die Eingriffe Drostes nach seiner Amtspflicht zurückgewiesen und nachher die Kirchenpolitik des alten Königs in einer verständigen, streng sachlich gehaltenen Flugschrift verteidigt hatte.***) Da Geissel diese Schrift doch nicht zu nennen wagte,

*) S. o. III. 210.

**) Brühls Bericht an den König, Koblenz, 8. Nov. 1841.

***) S. o. IV. 718.

so berief er sich auf Rehfues' historische Romane, die sich über die Greuel des spanisch-italienischen Mönchslebens, der Wahrheit gemäß, sehr aufrichtig aussprachen. Dies genügte, und der geistvolle Romandichter mußte fortan auf seiner schönen Rosenburg bei Bonn in unfreiwilliger Muße leben. So weit war die Staatsgewalt bereits eingeschüchtert: ein protestantischer königlicher Kurator wurde entlassen, weil seine Dichtungen einem katholischen Bischof nicht gefielen. Am Hofe lobte jedermann den milden neuen Erzbischof in partibus, der auch von dem Münchener Nuntius als „Friedensapostel" warm empfohlen wurde.*) Geissels erster Hirtenbrief aber war, sanfter in der Form, doch ganz im Geiste des Vorgängers gehalten. Zu gleicher Zeit wurde die einst bei Drostes Verhaftung erlassene Bekanntmachung amtlich zurückgenommen; und nun erst, am 9. März sendete der griesgrämige alte Erzbischof, der bis zuletzt noch „preußische Kniffe" befürchtet hatte, nachträglich auch seinen Hirtenbrief: „dem Moyses, dem Freunde Gottes nachahmend" hob er seine Hände betend zum Himmel und übergab die Herde dem neuen Oberhirten.

Unterdessen hatte die Krone auch die anderen dem römischen Stuhle gegebenen Zusagen eingelöst. Zu Neujahr 1841 gewährte sie den Bischöfen freien Verkehr mit dem Papste und ermäßigte das Recht des Plazet dergestalt, daß fortan lediglich die den Staat berührenden Erlasse der kirchlichen Behörden der Anzeigepflicht unterlagen. Sie verzichtete damit lediglich auf veraltete, unwirksame Rechte; bei der Abdankung Sedlnitzkys hatte sie ja soeben erst mehrmals erfahren, wie leicht sich das Plazet in diesem Zeitalter freien Weltverkehrs umgehen ließ. Den Bischöfen brachte die neue Freiheit im Grunde nur Belästigungen; denn bisher hatte ihnen die königliche Gesandtschaft die allezeit umständlichen vatikanischen Geschäfte stets gut und pünktlich besorgt, jetzt mußten sie in Rom eigene Agenten dafür halten, die sich nicht immer bewährten.**) Immerhin blieb es eine kühne Tat hochherzigen Freisinns, daß der König freiwillig einem Hoheitsrechte entsagte, das von den meisten anderen Landesherren, auch den katholischen, noch festgehalten und von der vorherrschenden liberalen Staatslehre als unentbehrlich angesehen wurde. Mit der Beteuerung ewiger Dankbarkeit und unverbrüchlicher Treue begrüßten seine Landesbischöfe diesen „großartigen Beweis königlichen Vertrauens."***)

Weit folgenreicher wurde die Errichtung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, am 14. Februar 1841. Der erste Vorschlag dazu war einst von Württemberg ausgegangen und von dem alten Könige genehmigt worden.†) Der Nachfolger erweiterte den ursprünglichen Plan;

*) Nuntius Viale Prela an Brühl, 11. Febr. 1842.

**) Brühls Bericht, Rom 3. Aug. 1841.

***) Dankbriefe an Eichhorn, von den Bischöfen und Bistumsverwesern von Münster 13. Jan., Culm 13. Jan., Trier 16. Jan., Paderborn 18. Jan., Köln 20. Jan. 1841 usw. †) S. o. IV. 713.

er wollte, wie er seinem Kultusminister von vornherein erklärte, um beiden Kirchen Selbständigkeit zu gewähren, einerseits ein evangelisches Oberkonsistorium bilden, andererseits die katholischen Bischöfe zu regelmäßigen Konferenzen in Berlin versammeln; daneben sollten die kleinen laufenden Geschäfte der Kirchenpolitik durch die neue katholische Ministerialabteilung besorgt werden. Jenes Oberkonsistorium kam aber, dank den Parteikämpfen der evangelischen Kirche, in den nächsten Jahren noch nicht zustande; mithin konnte auch die Bischofskonferenz noch nicht berufen werden, das hätte die Protestanten zu tief beleidigt. So ergab sich denn fast von selbst, daß die anfangs der Bischofskonferenz zugedachten Befugnisse tatsächlich auf die katholische Abteilung übergingen. Die Bischöfe behandelten diese Abteilung als eine kirchliche Behörde, sie traten mit den katholischen Geheimen Räten in vertraulichen Verkehr, sendeten ihnen Gutachten, Ratschläge, Weisungen, suchten die Pläne der Kirche unmittelbar im Ministerium selbst durchzusetzen. Dies geheime Treiben begann sofort, mit großer Dreistigkeit; denn schon während der ersten römischen Verhandlungen hatte Friedrich Wilhelm durch Graf Brühl die unglaubliche Zusicherung erteilen lassen: er würde, wenn das Verhältnis zur Kurie sich freundlich gestaltete, in die katholische Abteilung nur solche Männer berufen, die sich des Vertrauens des Papstes erfreuten.*) Die Behörde also, welche die Hoheitsrechte der Krone Preußen gegenüber der Kirche zu wahren hatte, sollte aus Vertrauensmännern der römischen Kurie bestehen! Harmloser hatte noch nie ein Staat seine Souveränität dem römischen Stuhle preisgegeben.

Den Vorsitz erhielt Unterstaatssekretär v. Düesberg, ein Jugendfreund und Waffengefährte des frommen Diepenbrock, also gut katholisch, aber nicht klerikal gesinnt; er behielt sein Amt jedoch nur kurze Zeit. Der alte Schmedding, der sich bei hochkirchlicher Gesinnung doch auch manche gute Traditionen des altpreußischen Beamtentums bewahrte, besaß keinen Einfluß. Die Seele der neuen Behörde war jener Westfale Aulicke, der schon die Verhandlungen wegen Dunins Rückkehr geführt hatte**), ein erklärter Ultramontaner. Der fühlte sich stolz als der berufene Vertreter der römischen Kirche und sagte klagenden Geistlichen oft geradezu: der Herr Bischof erlaubt das nicht. Das katholische Schulwesen leitete Cornelius' Schwager, Geh. Rat Th. Brüggemann aus Westfalen, ein ausgezeichneter Schulmann und treuer Patriot, beredt, geschäftsgewandt, hochgebildet. Er hatte sich einst zu den Hermesianern gehalten und von den rheinischen Ultramontanen manche Anfeindungen erfahren. Mit den Jahren wendete er sich gleich seinem großen Schwager streng römischen Anschauungen zu; es genügte ihm bald nicht mehr, daß die katholischen

*) Brühls Bericht, Rom 1. Sept. 1840.

**) S. o. V. 33.

Schulen, die doch grade in Preußen meist Schöpfungen des Staates waren, fast überall unter geistlichen Inspektoren standen, er verlangte für die Kirche sogar ein förmliches Recht der Schulaufsicht, das dem Landrechte widersprach. Mit der mächtigen Hilfe des Hofes wagte auch der katholische Adel Posens und der westlichen Provinzen einen Fuß in den Bügel zu setzen, und nicht lange, so saß er fest im Sattel des Ministeriums; im Palaste Radziwill wurden die meisten Maßregeln der katholischen Abteilung vorbereitet.

Also bildete sich bald ein krankhafter, unwahrer Zustand, der früher oder später neue Kämpfe hervorrufen mußte: die grundsätzlich unduldsame Macht der alleinseligmachenden Kirche besaß eine eigene Vertretung mitten im Schoße dieser paritätischen Staatsregierung, die ohne kirchlichen Frieden nicht zu leben vermochte. Einen Nuntius freilich wollte der König keinenfalls in seiner Hauptstadt zulassen, obgleich man im Vatikan diesen Wunsch oft sehr lebhaft aussprach.*) Durfte ein evangelischer Monarch einem römischen Priester den Vortritt im diplomatischen Korps einräumen, den der Papst für seine Nuntien überall verlangte? durfte er dulden, daß sich die Unzufriedenen aus allen katholischen Provinzen um den Sendboten Roms scharten? Solche Fragen drängten sich selbst dem arglosen Friedrich Wilhelm auf. Den Ausschlag gab, daß er den Plan seiner Bischofskonferenzen noch immer festhielt; traten diese erst regelmäßig zusammen, so wurde der Nuntius überflüssig. Darum blieb der König diesmal unerschütterlich; und als die Zeitungen der beunruhigten Protestanten gleichwohl beständig von dem kommenden Nuntius redeten, da befahl er hocherzürnt, diese „abscheulichen Gerüchte Schlag für Schlag zu widerlegen".**)

Bei solcher Luft schoß der Weizen der ultramontanen Partei rasch in Halme. Die letzten Hermesianer wendeten sich noch einmal nach Rom; da Gregors Nachfolger Pius IX. jedoch das Verdammungsurteil seines Vorgängers bestätigte, so mußten sie fortan ihre Lehrtätigkeit einstellen. Der Staat konnte sie nur im Besitze ihres Amtes und Einkommens schützen, weil die dogmatische Streitfrage ihn nicht berührte; und so standen denn die beiden einzigen, die sich nicht unterwarfen, die Professoren Braun und Achterfeldt viele Jahre hindurch in jedem Bonner Lektionskataloge verzeichnet mit dem wehmütigen Zusatze: lectiones nullas habere pergent. Geissel aber begnügte sich nicht mit dem Rechte des Einspruchs, das den Bischöfen bei der Ernennung theologischer Professoren gesetzlich zustand; er behauptete schon bei seinem ersten Berliner Besuche, der Bischof sei befugt den Professoren eine missio canonica zu erteilen, das will sagen: er wollte diese Staatsbeamten selbst ernennen und dem Staate lediglich erlauben die Besoldungen zu zahlen. Die missio canonica war, wie

*) Brühls Berichte, 3. Sept. 1840 ff.

**) Entscheidung des Königs auf Thiles Bericht vom 8. März 1847.

Schmedding sagte, eine „formal nagelneue Erfindung"; sie widersprach nicht nur den Staatsgesetzen, sondern auch dem kanonischen Rechte, denn noch niemals hatte die Kirche bisher die Universitäten, die ja dem ganzen katholischen Deutschland dienen sollten, bloß als Diözesananstalten behandelt. Trotzdem und trotz den Bedenken Eichhorns fand der König die Zumutung ganz unverfänglich. Bald nachher beanspruchte der dankbare Dunin die Ernennung aller Religionslehrer in seiner Diözese, und auch dieser Anmaßung gab die Krone zuletzt im wesentlichen nach. Eine Kabinettsordre vom 6. Nov. 1846 bestimmte, daß der Minister sich mit dem Bischof über die Person jedes neu zu berufenden Religionslehrers verständigen, darauf der Bischof die kanonische Mission erteilen, und dann erst der Staat die Ernennung vollziehen solle.

Über die Gesinnung des neuen rheinischen Oberhirten konnte bald kein Zweifel mehr bestehen. Geissel beeilte sich zwar als gewandter Hofmann den murrenden rheinischen Adel zu beschwichtigen, dem der halbe Sieg in dem Bischofsstreite noch immer nicht genügte. Er weigerte sich aber Diepenbrock zu seinem Dompropste zu ernennen, obgleich ihn der König dringend darum ersuchen ließ*); der Regensburger Domherr war ihm zu friedfertig und wohl auch zu bedeutend für einen Untergebenen. Als vertraute Ratgeber dienten ihm erst jener Kanonikus Ivon, dem der Papst einst eigenmächtig die Verwaltung des Erzbistums übertragen hatte, nachher der Weihbischof Baudri, beide erklärte Anhänger der strengen ultramontanen Partei. Von derselben Farbe war auch der auf Geissels Vorschlag ernannte neue Bischof von Speier, der Begründer des Mainzer „Katholiken" Weis. Wie gänzlich verkannte doch der König die Zeichen der Zeit, wenn er arglos hoffte, die römische Kirche würde ihrer Verweltlichung bald entwachsen. Noch niemals seit den Zeiten Tezels hatte der Klerus unseres Westens so wie jetzt in pomphaften Festlichkeiten geschwelgt. Auf das Kölner Domfest folgte die Ausstellung des heiligen Rocks in Trier; dann wurden in Aachen die Windeln des Christkindleins dem gläubigen Volke gezeigt, bräunliche Fetzen, von denen selbst Baudri meinte, ihre Echtheit sei zweifelhaft, unzweifelhaft aber ihre Heiligkeit; darauf feierte man zu Münster mit unerhörtem Prunk das Jubiläum des greisen blinden Bischofs Caspar Max Droste, und überall war Geissel mit dabei.

Der heranwachsende rheinische Klerus zeigte, dank den trefflichen Unterrichtsanstalten des preußischen Staates, mehr Bildung als das ältere Geschlecht, und seit dem Domfeste auch oft ein warmes Verständnis für die alte kirchliche Kunst; dem Erzbischof gegenüber bekundete er aber gar keinen eigenen Willen mehr. Die zahlreichen Sukkursalpfarrer des linken Rheinufers, die nach dem schlechten französischen Brauche keine festen kanonischen Pfründen besaßen, standen ganz in Geissels Hand; und auch die in ihrem

*) Thile an Eichhorn, 24 Juni 1842

Amte besser gesicherten Pfarrer des rechten Ufers wußte er durch eiserne Disziplin niederzuhalten. Er gehörte nicht förmlich dem Jesuitenorden an wie sein Freund Reisach; doch in rein jesuitischem Geiste ließ er das Bonner Konvikt durch Professor Martin leiten. Die Seele der Bonner Fakultät war der aus Speier mit herübergekommene Schwabe Dieringer, ein Theolog von geringer wissenschaftlicher Bedeutung, aber unschätzbar als rühriger ultramontaner Parteimann. Da die katholische Abteilung des Ministeriums gern ein Auge zudrückte, so entstand in der Stille eine Reihe von Klöstern ohne die gesetzlich notwendige Genehmigung des Landesherrn. Geissel wollte die politische Herrschaft, die der Klerus am Rhein so lange behauptet hatte, durch eine ebenso wirksame soziale Herrschaft ersetzen. Weithin über das Land spannte sich nach und nach ein dichtes Netz von katholischen Genossenschaften aller Art, die für Krankenpflege und Armenversorgung manches Gute wirkten, immer aber ein hartes konfessionelles Gepräge trugen; bald traten auch rein gesellige, offen oder insgeheim von Geistlichen geleitete Vereine hinzu. Der Verkehr zwischen den beiden Konfessionen beschränkte sich mehr und mehr auf das geschäftliche Leben; der Haß gegen die Protestanten wurde den katholischen Familien durch die Beichtväter so nachdrücklich eingeschärft, daß nur noch selten evangelische Dienstboten bei katholischen Herrschaften Aufnahme fanden.

Etwas erfreulicher gestalteten sich die kirchlichen Zustände in Schlesien. Da der neue Fürstbischof Knauer schon nach kurzer Zeit, 1844 starb, so wurde dem Könige die Freude, daß Melchior Diepenbrock den fürstbischöflichen Stuhl bestieg, der edelste Charakter unter den deutschen Kirchenfürsten dieser Zeit. Friedrich Wilhelm hatte den frommen Westfalen schon 1840 in Regensburg durch seinen Radowitz, bei Gelegenheit der militärischen Rundreise besuchen lassen und seitdem nicht mehr aus den Augen verloren. Wohl zeigte schon Diepenbrocks Einzug, wie gründlich das kirchliche Leben verwandelt war. Der katholische Adel bereitete dem Oberhirten prächtige Huldigungen, wie man sie unter preußischer Herrschaft noch nie erlebt hatte. Und stolz genug schritt er einher, eine große, schlanke, würdevolle Gestalt mit schönen, schwärmerischen Augen; jede Miene verkündete, wie hoch erhaben er sich jetzt über allen Laien fühlte. Keine Macht der Welt konnte ihn in der strengsten Erfüllung seiner kirchlichen Pflichten beirren: den Fürsten Hatzfeldt, an dessen Seite er soeben in Breslau eingefahren war, exkommunizierte er kaum zwei Jahre später, weil der Fürst sich inzwischen von seiner Gemahlin getrennt und eine neue Ehe geschlossen hatte. Auch die klerikalen Strömungen der Zeit ließen ihn nicht ganz unberührt; es währte nicht lange, so verlangte er wie Geissel das Recht, den theologischen Professoren der Landesuniversität die kanonische Mission zu erteilen. Aber unendlich höher als die Macht seiner Kirche stand ihm doch der lebendige Geist des Christentums. Als er nach der Bischofsweihe majestätisch vor den Altar trat und den Stab

dröhnend auf die Marmorstufen stemmte, mit dem Ausrufe: Und so setze ich denn meinen Hirtenstab auf den ewigen Urfelsen, der da ist Christus — da meinten viele der anwesenden Protestanten, das klänge mehr evangelisch-christlich als römisch. Er war tief gläubig, ganz durchglüht von religiöser Empfindung, und dabei ein guter Preuße, der trotz seiner gemütlichen Anhänglichkeit an das Bayerland den alten königlichen Offizier nie verleugnete und seine Staatstreue auch in schwerer Zeit furchtlos bewährte. Die Branntweinpest unter den oberschlesischen Polen bekämpfte er nicht bloß durch Enthaltsamkeitsvereine, sondern durch das allein wirksame Mittel, durch gesundes Bier, das er von herbeigerufenen bayrischen Brauern herstellen ließ; und als die Hungersnot im Gebirge ausbrach, da waren seine barmherzigen Brüder überall zur Stelle. Nach der Konfession wurde bei solchen Liebeswerken nie gefragt. Begreiflich, daß der König ihn liebte. Wenn er nach Erdmannsdorf kam, bat er den Fürstbischof stets zu Gaste in den engsten Familienkreis, und obwohl Friedrich Wilhelm dem Protestantismus nie untreu werden wollte, so fiel es doch allgemein auf, daß er keinem evangelischen Geistlichen je so viel Verehrung erwies wie diesem katholischen Prälaten.

Die Niederlage der Krone in dem Kirchenstreite erregte unter den Protestanten nicht so allgemeinen Zorn, wie Friedrich Wilhelm selbst gefürchtet hatte. Die Staatsgesinnung war noch wenig durchgebildet, das Schlagwort der Kirchenfreiheit übte noch seinen berückenden Zauber; die Liberalen schalten wenig, weil ihre Lieblinge, die Rheinländer zufrieden waren und die Sonne ja noch immer im Westen aufging; dem jungen Radikalismus endlich schienen alle kirchlichen Fragen lächerlich. Indes fehlte es nicht ganz an warnenden Stimmen. Der treue Arndt, der am Rhein längst heimisch geworden und dort seinen anerzogenen schwedisch-lutherischen Vorurteilen entwachsen war, sagte doch jetzt in seinem Aufsatze „Ein paar deutsche Notabene" rund heraus: „Die Jesuiten sind wieder da, und sie werden, wie immer, deutsche Liebe und deutsche Treue zerhadern und zersplittern!" Als Graf Anton Stolberg im Mai 1844 die westpreußischen Domänen bereist hatte, gestand er dem Monarchen ehrlich: die katholischen Polen träten hier überall höchst übermütig auf und sagten laut: heute muß man katholisch sein um bei Hofe etwas zu gelten."*) Auch König Wilhelm von Württemberg zeigte sich besorgt; er erwog mit dem preußischen Gesandten Rochow oftmals die Frage, ob die protestantischen Fürsten Deutschlands nicht unter Preußens Führung zusammentreten sollten zur gemeinsamen Wahrung der Rechte ihrer Kirchenhoheit.

In der Tat hatte die ultramontane Partei schon fast alles erreicht was ein paritätischer Staat irgend gewähren konnte. Einer ihrer Hitz-

*) Stolbergs Bericht an den König, 16. Mai 1844.

köpfe, der konvertierte Franziskaner Gaßer, bereiste die süddeutschen Höfe und verkündete überall prahlerisch, am Berliner Hofe könne die römische Kirche alles durchsetzen. Die Klerikalen haben aber mit den radikalen Demokraten die Unersättlichkeit gemein, weil beide Parteien ein starres, dem ewigen Werden der Geschichte widersprechendes und darum unmögliches Prinzip vertreten. Noch immer nicht befriedigt forderten die Ultramontanen alsbald neue Rechte: zunächst die vor Jahren verheißene Ausstattung der Kirche mit liegenden Gründen. Auf dem rheinischen Landtage von 1843 mahnten mehrere Redner stürmisch an dies Versprechen Hardenbergs, das auch Bunsen in den letzten Tagen seiner römischen Wirksamkeit leichtfertig wieder in Erinnerung gebracht hatte; zum Glück war die alte Zusage jetzt unerfüllbar, da die Krone ohne Zustimmung der Reichsstände das Domanium nicht mehr schmälern durfte. Sodann verlangte man, daß an den beiden paritätischen Universitäten die Hälfte der Professoren, sogar der Mediziner stets aus Katholiken bestehen müsse — eine rein willkürliche und bei der geringen Anzahl der vorhandenen katholischen Gelehrten völlig unausführbare Forderung. Im letzten Hintergrunde stand endlich der Wunsch nach einer freien katholischen — das will sagen: ganz von der Kirche beherrschten — Universität belgischen Stiles; um die eigentliche Absicht zu bemänteln, klagten die Ultramontanen beweglich, daß Bayern zwei katholische Universitäten besitze, das große Preußen keine einzige. Die Beschwerde entbehrte jedes Grundes, da die beiden paritätischen Universitäten für die Bedürfnisse der katholischen Theologie vollkommen ausreichten. Aber bei einiger Klugheit konnte die Krone diesen immerhin wirksamen Anklagen leicht einen Riegel vorschieben, wenn sie die Münstersche Akademie, die von dem Fluche aller Halbheit doch nicht loskam, zu einer katholischen Staatsuniversität ausgestaltete und neben der katholisch-theologischen Fakultät dort noch drei weltliche, allen Bekenntnissen zugängliche Fakultäten einrichtete. Diese Waffe, die sich ganz von selbst darbot, wurde leider nicht gebraucht; offenbar fürchtete der König, daß die westfälischen Protestanten, die ja fast die Hälfte der Provinz ausmachten, sich dann ihrerseits beschweren würden.

Wie mächtig das Selbstgefühl der Ultramontanen gewachsen war, das verkündete Görres 1842 in seiner Schrift: Kirche und Staat nach Ablauf der Kölner Irrung. Das Büchlein klang wie das Jubelgeheul eines die feindlichen Skalpe schwingenden Indianers. Der heißblütige Alte, dessen Leidenschaft mit den Jahren nur gewachsen war, redete jetzt gradezu von „dem rheinischen und westfälischen Adel katholischer Zunge!" Kein Band der Volksgemeinschaft sollte zwischen den beiden Bekenntnissen mehr bestehen. Zum Abschluß seiner zahllosen politischen Wandelungen verherrlichte der Herausgeber des Rheinischen Merkurs nunmehr die rheinbündische Trias; er pries sein Bayern als den natürlichen Führer der kleinen Staaten, als die ausgleichende Macht zwischen den beiden Großmächten

— dies Bayern, das eben jetzt wegen seiner ultramontanen Mißregierung fast von allen deutschen Höfen tief verabscheut wurde!

Die letzten Ziele der Klerikalen enthüllte mit gewohnter Plumpheit der greise Clemens August Droste selbst in einem noch während seines Exils geschriebenen Buche „über den Frieden unter der Kirche und den Staaten". Er führte hier nur näher aus was er schon vor Jahren über „die Religionsfreiheit der Katholiken" geschrieben hatte.*) Das neue Buch war ebenso stümperhaft wie das alte, aber bedeutsam durch den Namen seines Verfassers, mehr noch durch seine erschreckende massive Offenherzigkeit, so daß Marheineke und andere evangelische Theologen sich gedrungen fühlten sofort zu antworten. Hier wurde die römische Kirche kurzab für das Himmelreich auf Erden erklärt und dem Staate nur ein Schutzrecht vergönnt, wie umgekehrt auch die Kirche befugt sein sollte den Staat zu beschützen. Daraus ergab sich denn eine rein revolutionäre Staatslehre. Wie die Jakobiner einst ihre Menschenrechte allem positiven Rechte entgegengesetzt hatten, so unterschied Droste die mit der Natur des Staates gegebenen, auch die Kirche verpflichtenden „Staatsgesetze" von den willkürlichen „Staaten- oder Landesgesetzen" der Regenten, denen die Kirche keinen Gehorsam schulde. Frecher war die Doktrin der Revolution seit den Tagen des Konventes nicht mehr verkündet worden; denn mochten die einen betend ihre Hände falten und vor den Bildern der Heiligen knien, die anderen um den Freiheitsbaum tanzen — wer also ein erträumtes natürliches Recht über die Gesetze des lebendigen Staates stellte, zerstörte jedes Band der Treue und des Gehorsams im politischen Leben. Der Staat, so schloß Droste, muß der Kirche, der eigentlich die Herrschaft gebührt, mindestens die volle Gleichberechtigung gewähren, unbekümmert um die törichte Unzufriedenheit der Protestanten, die von ihrem Luther nur gelernt haben, der Unsittlichkeit, dem Vernunftstolze, dem Zweifel zu frönen.

Mit diesem ehrlichen Glaubensbekenntnis trat der alte Kämpe der alleinseligmachenden Kirche von der politischen Bühne ab. Seinen Bischofssitz sah er niemals wieder, aber eine Pilgerfahrt nach Rom mochte er sich in seinem hohen Alter nicht versagen; dort wohnte er bei einem frommen westfälischen Buchdrucker und lebte, ohne nach den glänzenden Ehrenbezeigungen des Vatikans viel zu fragen, ganz seiner mönchischen Andacht. Und seltsam, dieser Mann, der in Prosa nie einen lesbaren Satz schreiben konnte, erlebte doch dann und wann Augenblicke poetischer Begeisterung. In solchen Stunden dichtete er das von den Kindern beider Bekenntnisse oft gesungene Lied „Stell' himmelwärts, stell' himmelwärts gleich einer Sonnenuhr dein Herz"; und noch deutlicher sprach der knorrige Westfälinger sein innerstes Wesen aus in den Versen:

*) S. o. III. 217.

Es soll gleich einem Eichbaum stark
Der Mann mit Stürmen ringen.
Es soll ihm trotzig Bein und Mark
Die Willenskraft durchdringen.

Im Jahre 1845 starb er — eines jener blinden und dumpfen Werkzeuge, welche die Vorsehung zuweilen für ihre unerforschlichen Pläne auswählt; unzweifelhaft ein historischer Charakter, denn mit seinem Namen verflicht sich das Gedächtnis einer der folgenreichsten Wandelungen unseres Parteilebens. —

Noch vernehmlicher als Drostes Buch redeten die Taten der ultramontanen Partei in Bayern. Dort behauptete sie ein Jahrzehnt hindurch die unbeschränkte Herrschaft, und es gelang ihr, das Beste was dieser Staat besaß, den kirchlichen Frieden von Grund aus zu verwüsten. „Lassen Sie Sich" — so schrieb bald nach Sedlnitzkys Abdankung ein klerikaler Heißsporn des Breslauer Domkapitels — „durch das Gerücht, in Bayern bereite sich eine kirchliche Reaktion vor, nicht irre machen. Die Widerstrebenden werden mit eisernen Ruten niedergehalten werden. Jetzt wo die weltliche und die kirchliche Macht den Entscheidungskampf auch hier in Deutschland beginnt, müssen die feindlichen Stützen brechen, und die Geschichte lehrt uns, daß der Sieg doch am Ende Rom bleibt."*) In der Tat war König Ludwig jetzt ganz in klerikalen Gedanken befangen. Nichts lag ihm ferner als der bewußte Plan, die Gleichberechtigung der Bekenntnisse zu stören, die er noch immer für ein Kleinod seines Königreichs ansah. Doch seit den pfälzischen Unruhen und dem stürmischen jüngsten Landtage hielt er die Rechte seiner Krone für gefährdet: „jetzt ist's noch Zeit; wie die Felswände an dem See ragen unerschütterlich, so stehe ich." Um die Krone zu retten, klammerte er sich fest an die neue politische Heilslehre der Klerikalen; in dem Kampfe zwischen Rom und der Revolution sah er fortan den Inhalt der Zeitgeschichte. Wenn er nach dem Vorbilde seines Ahnherrn, des Kurfürsten Max den deutschen Katholizismus mit starker Hand beschirmte, dann hoffte er nicht nur die Revolution zu bändigen, sondern auch das zugleich geliebte und beargwöhnte Preußen zu überflügeln und nach dem mißlungenen griechischen Abenteuer dem Hause Wittelsbach doch noch eine große europäische Machtstellung zu gewinnen.

Solange solche Ideen den unsteten Geist des Königs beherrschten, blieb Minister Abel für ihn der natürliche Ratgeber, ein geschäftskundiger, rastlos tätiger Bureaukrat von durchfahrender, brutaler Strenge, hart,

*) Schreiben an den katholischen Propst von Berlin, 12. Juni 1841, von einem Mitglied des Breslauer Domkapitels (vermutlich Ritter).

herrschsüchtig, rücksichtslos, im Landtage gefürchtet durch seine schlagfertige, feurige Beredsamkeit. Aus Wetzlar gebürtig, war Abel einst als Rat der griechischen Regentschaft dem pfälzischen Protestanten Maurer bei seinen Reformgesetzen zur Hand gegangen und auch im Münchener Landtage für manche Forderungen des Liberalismus eingetreten. Noch erzählte man sich gern, wie stürmisch er damals mit seiner mächtigen Stimme gegen die Zensur gedonnert hatte, die morsche Krücke einer schwachen, die lähmende Fessel einer starken Regierung. Späterhin hatte er sich, tief erschüttert durch den Tod seiner geliebten frommen Gattin, von den alten Genossen schroff abgewendet und in der harten Autoritätslehre der Klerikalen seinen Frieden gefunden; bei grauendem Morgen, unbemerkt von der Welt, pflegte er fortan täglich vor einem Altare der Theatinerkirche betend zu knien. Zu keiner Zeit, schrieb er dem gleichgesinnten Hurter, waren die Throne von so großen Gefahren umgeben, nur von der Kirche ist noch Heil und Rettung zu hoffen. Als er in die Regierung eintrat, da erschien es ihm wie ein Wink Gottes, daß fast im selben Augenblicke Droste-Vischering den Damm zerstieß und die ultramontane Hochflut über Deutschland dahinrauschte. Er wollte kämpfen für Thron und Altar, so wie einst Haller diesen Kampf verstanden hatte. Was kümmerte es ihn in seinem fanatischen Tatendrange, daß er durch diese Politik das evangelische Drittel des bayrischen Volks gegen die Krone aufreizte und die Sicherheit aller deutschen protestantischen Dynastien gefährdete? Je ärger die Zustände im protestantischen Deutschland sich verwirrten, um so höher sollte das Gestirn der gläubigen Wittelsbacher steigen. Gewiß war Abel weit mehr ein Politiker als ein kirchlicher Eiferer, und da er überall den selbstherrlichen Willen seines katholischen Königs unerbittlich ausführte, so konnte es nicht fehlen, daß er unterweilen auch einzelne seiner klerikalen Freunde vor den Kopf stieß. Gleichwohl bewiesen die Ultramontanen schwarze Untreue, als sie den verhaßten und verrufenen Mann nach seinem endlichen Sturze in hellen Haufen verließen und verleugneten, als ob er nie zu ihnen gehört hätte. Denn ihm allein verdankten sie in Wahrheit, daß sie an der Isar eine Zeitlang so herrisch schalten konnten wie vormals in der Pfaffengasse des heiligen Reichs.

Nirgends wußte man dies besser als in Rom. Sobald Abel ans Ruder kam, erkannte die Kurie sofort, jetzt sei der rechte Augenblick dem Klerus in Bayern ein ebenso behagliches Paradiesgärtlein einzurichten, wie in Belgien. Sie war sehr gut vertreten durch den Nuntius Viale Prela, einen geistreichen, liebenswürdigen Prälaten, der Deutschland kannte und liebte, aber als weltkluger Welscher über den Feuereifer seiner bajuvarischen Gefolgschaft manchmal selbst erschrak. Nun fügte das gütige Schicksal, daß in den nächsten Jahren die meisten bayrischen Bistümer ihre Oberhirten verloren. Unter Abels freudiger Mitwirkung wurden überall rüstige junge Kleriker von jesuitischer oder doch streng ultramontaner

Gesinnung mit dem Hirtenstabe betraut: Weis in Speier, Stahl in Würzburg, Hofstätter in Passau, Riedel in Regensburg. An der Spitze dieses jungen streitbaren Episkopats stand der Eichstädter Reisach; er wurde jetzt Koadjutor des greisen Erzbischofs von München, bald nachher dessen Nachfolger, und wie er einst mit großem theatralischem Erfolge, zur Erbauung aller kindlichen Gemüter, als pilgernder Kuttenmann in seine Wilibaldstadt eingezogen war, ebenso gewandt bewegte er sich nunmehr in der vornehmen Gesellschaft der Hauptstadt. Auf dem Lehrstuhle des Kirchenrechts in München stand Phillips, der preußische Überläufer, der sein verlassenes Vaterland mit unauslöschlichem Hasse bekämpfte; er lehrte bereits, den Konzilien gebühre nur eine beratende Stimme, da die Kirche nur durch Petrus Kirche sei, und näherte sich also Schritt für Schritt dem Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit, in dem die klerikale Dialektik zuletzt notwendig ausmünden mußte. Der aus Würzburg neu berufene Lehrer des Staatsrechts Moy verkündigte in anständigerer Form dieselbe Lehre von der Civitas Dei, welche Droste-Vischering in seiner letzten Streitschrift verfocht; alle Befugnisse der Kirchenhoheit, alle Majestätsrechte des Staates galten ihm nur für Erfindungen einer pseudoliberalen Theorie.

Nicht umsonst ließ der alte Görres den Schlachtruf erschallen: „Hammer oder Amboß ist die Losung des Jahrhunderts!" Überall in der Welt erhoben die Klerikalen neue, bisher unerhörte Forderungen. Die Münchener gelben Blätter verlangten kurzab freie Verfügung der Kirche und ihrer Hirten über die gesamte Wissenschaft und den Unterricht; mit einem Fußtritt sollten alle Segnungen des weltlichen deutschen Schulwesens, die Arbeit dreier Jahrhunderte über den Haufen geworfen werden. Zugleich begann Graf Montalembert in der französischen Pairskammer hochbegeistert seinen Kampf gegen die Staatsschule. Dem ritterlichen Schwärmer stand außer Zweifel, daß die katholische Kirche nur die Königin oder gar nichts sein könne. Da die Härte der napoleonischen Unterrichtsordnung, die geistlose Gleichförmigkeit der Lyceen, die Pedanterei „der Mandarinen der Universität" in der Tat viele Blößen darboten, so glaubte er wirklich für die Freiheit zu kämpfen, wenn er die Schulen wieder in das Joch des Klerus spannen wollte und die Söhne der Kreuzfahrer ermahnte, nicht zurückzuweichen vor den Söhnen Voltaires. Durch Geburt und Bildung halb Engländer halb Franzose hatte sich Montalembert kürzlich mit einer Tochter des belgischen ultramontanen Parteiführers Felix v. Merode vermählt, und dieser eigentümliche weltbürgerliche Zug der römischen Partei zeigte sich auch in dem Münchener Kreise. In der Hofgesellschaft glänzten neben den alteingebürgerten ultramontanen Geschlechtern Löwenstein, Arco, Cetto, Deuxponts, Rechberg, Seinsheim auch der unglückliche Minister Karls X. Fürst Polignac, die gleichgesinnten Rohans und das karlistische Haus Lichnowsky. Fürst Felix Lichnowsky erfreute sich

der besonderen Gunst Abels; ungestraft durfte er den durchreisenden Herzog von Nassau, wegen eines persönlichen Streites, zum Zweikampf herausfordern und mit der Reitpeitsche bedrohen; es währte Monate bis der protestantische Herzog die Ausweisung seines hitzigen Gegners durchsetzte.*)

Zu den aristokratischen gesellten sich aber auch demagogische Elemente; denn es lag im Wesen dieses Bundes der Vorkämpfer Roms, daß er wie die Grenzen aller Länder, so auch alle politischen Parteien durchschnitt. Der alte Görres, der selber seine radikalen Neigungen nie ganz überwand, empfing in seinem gastlichen Hause neben französischen Legitimisten auch schweizerische Jesuiten und polnische Revolutionäre; dazu die sehr bunt gemischte Schar der ultramontanen Literaten: den an die halbamtliche Münchener Zeitung neuberufenen streitbaren Historiker Höfler, die Mitarbeiter der Augsburger Zeitschrift Sion, nicht zuletzt die Getreuen der gelben Blätter, die, sonst gegen jedermann kampflustig, doch über die Gebrechen der bayrischen Verwaltung nur selten und behutsam sprachen, weil sie den unentbehrlichen mächtigen Minister schonen mußten. Harmloser war die heitere Tafelrunde, welche das reiche „Schweizerfräulein", die von Clemens Brentano angebetete, mit Cornelius, Ringseis, Diepenbrock befreundete fromme Konvertitin Emilie Linder um sich zu versammeln pflegte; hier freute man sich noch an dem feinen Duft und Schmelz der alten romantischen Bildung. Solche mildere Gesinnungen vermochten aber nicht aufzukommen gegen den fanatischen Übermut, der in der Münchener Kongregation vorherrschte. Mit tiefem Schmerz empfand Möhler diese Wandlungen, der erste wissenschaftliche Kopf der deutschen katholischen Theologie. Er war, kurz bevor Abel ans Ruder kam, nach München berufen worden und hatte soeben erst, als er seine Symbolik wider die Angriffe Christian Baurs verteidigte, genugsam bewiesen, daß er den ehrlichen wissenschaftlichen Streit selbst mit einem überlegenen Gegner nicht scheute. Doch in die Bahnen des politischen Kampfes wollte er seine Kirche nicht einlenken sehen; ihm graute vornehmlich vor der ultramontanen Presse, vor „dem Schweife literarischer Niederträchtigkeit", der sich an die Kongregation ansetzte. Abel wußte mit dem feinfühligen Gelehrten nichts anzufangen und versetzte den Kränkelnden plötzlich als Domherrn nach Würzburg; da wurde Möhler (1838) durch einen frühen Tod aus einer unhaltbaren Lage befreit.

Vor allem war es der wütende Haß gegen Preußen, was die bureaukratischen, die demagogischen und die aristokratischen Kräfte dieser Partei zusammenhielt. Darum zählte auch zu ihren rührigsten Mitgliedern der österreichische Gesandte Graf Senfft-Pilsach, jener sächsische Minister, der einst im Befreiungskriege vergeblich versucht hatte, seinen König in die Wege der Wiener Politik hinüberzudrängen und, inzwischen längst von dem Glauben

*) Dönhoffs Berichte, 30. April, 14. Mai, 16. Juni 1840.

seines altprotestantischen Geschlechts abgefallen, der besonderen Gunst des Metternichschen Hauses genoß. Er unterhielt Verbindungen mit den Klerikalen aller Länder und pflegte sich mit seinem Freunde Abel meist schon bei der stillen Morgenandacht in der Theatinerkirche zu besprechen. Auch Metternich selbst begann nunmehr, gleich den beiden bayrischen Schwestern in Wien, einen lebhaften Briefwechsel mit dem Münchener Hofe; die Eifersucht auf den Zollverein und das aufstrebende Preußen ließ ihm keine Ruhe, nur durch die römische Kirche glaubte er den nordischen Nebenbuhler noch bändigen zu können. Im Herbst 1841 verweilte er mehrere Tage in München, wo er mit dem König und dem Nuntius viel verkehrte, durch den getreuen Jarcke sich die Häuptlinge der Kongregation vorstellen ließ und darauf nach Biebrich und Stuttgart kirchenpolitische Weisungen aussendete.*) Erstaunlich, wie tief der Alternde sich jetzt in kirchliche Anschauungen einlebte, die seiner lustigen Jugend so fremd gewesen; er trug kein Bedenken mehr die rein römische Ansicht auszusprechen: ein Staat mit überwiegend katholischer Bevölkerung stehe in der Kirche, weil diese ja die allgemeine sei! Unter den klerikalen Schriftstellern gefiel ihm namentlich der roheste, Hurter. Der war, nachdem er noch jahrelang für Rom gearbeitet und sogar ein geheimes Breve des Papstes persönlich dem Erzbischof von Freiburg überbracht hatte, endlich durch eine ehrliche Anfrage seiner Schaffhäuser Amtsbrüder gezwungen worden, sein so schamlos entweihtes evangelisches Kirchenamt niederzulegen, und darauf — wieder erst nach mehreren Jahren — förmlich zum Katholizismus übergetreten. Abel fand an ihm jederzeit einen tätigen Helfer. Metternich aber sagte, als er Hurters Geschichtswerk gelesen, hoch entzückt: „der Verfasser ist mein Mann" und berief ihn (1845) als k. k. Reichshistoriographen nach Wien, wo er zunächst die Geschichte Ferdinands II. schreiben sollte. Deutlicher ließ sich nicht aussprechen, daß die Hofburg mit den josephinischen Grundsätzen gänzlich gebrochen hatte.

Einer solchen Partei gegenüber hatte Graf Dönhoff einen schweren Stand. Es konnte nicht ausbleiben, daß die bayrischen Protestanten, die den alten König so oft als den Beschützer des evangelischen Glaubens gefeiert hatten**), sich jetzt in ihrer Bedrängnis oft an den preußischen Gesandten wendeten, und obgleich Dönhoff sich nach seiner Amtspflicht, soweit es die Ehrlichkeit erlaubte, zurückzuhalten suchte, so wurde er doch von den Ultramontanen bald als das Haupt der protestantischen Opposition verlästert. Das Lamm trübte dem unschuldigen Wolfe das Wasser: während Abel den neuen Kölner Erzbischof gradezu zum Kampfe wider die Kirchenpolitik der evangelischen Höfe aufforderte, beschuldigte er die Berliner Pietisten, die mit ihren heimischen Parteikämpfen wahrlich genug zu tun hatten: sie beanspruchten für die Krone Preußen die Schirmherrschaft über die bay-

*) Dönhoffs Bericht, 9. Okt. 1841.

**) S. o. IV. 567.

rischen Protestanten. Unter den Berliner Pietisten war zunächst Eichhorn gemeint, dem alle Anhänger Österreichs das Ärgste zutrauten. Leider blieb König Ludwig solchen Einflüsterungen nicht unzugänglich. Weil er selbst die Rolle des katholischen Kurfürsten Max spielen wollte, witterte er jetzt überall politische Umtriebe des Protestantismus; sogar die englischen Phantasien seines preußischen Schwagers erschienen ihm wie eine Bedrohung der römischen Kirche*), und um dem Bistum Jerusalem ein Gegengewicht zu bieten, sendete er in das gelobte Land einige bayrische Gelehrte, die sich dort mit geringem Erfolge bemühten katholische Klöster und Hospitäler zu errichten. Als Dönhoff nachher an den Bundestag versetzt und sein Nachfolger Graf Bernstorff bei dem bayrischen Monarchen eingeführt wurde, da beklagte sich Ludwig bitter über die parteiische Haltung des bisherigen Gesandten. Bernstorff erwiderte mündlich und schriftlich: er würde sich niemals in das Treiben der bayrischen Parteien mischen, aber auch nicht seine Glaubensgenossen von sich stoßen, nicht die politischen und religiösen Sympathien seiner Regierung verleugnen, nicht darauf verzichten, leidenschaftliche Angriffe gegen evangelische Regierungen zurückzuweisen. König Friedrich Wilhelm bemerkte dazu: „er hat wie ein Ehrenmann und rechter preußischer Gesandter gesprochen und geschrieben, und es soll ihm meine volle Zufriedenheit zu erkennen gegeben werden." Auch König Ludwig mußte die Offenheit des Preußen anerkennen.**) Trotzdem und trotz der persönlichen Freundschaft der königlichen Schwäger blieb das Verhältnis der beiden Höfe getrübt. Es war der Fluch der ultramontanen Parteiherrschaft, daß sie nicht bloß Bayerns innere Entwicklung störte, sondern auch seine natürlichen Bundesgenossen abschreckte.

Zum ersten Male wurde König Ludwig mißtrauisch gegen seine klerikalen Anhänger, als sein Hofprediger Eberhard (1841) in der Michaelskirche eine Reihe von Predigten hielt, deren pöbelhafte Schmähungen fast darauf berechnet schienen, die massenhaft herbeigeströmten Hörer zum Kriege gegen die Protestanten aufzuwiegeln: da ward Luther ein elender Betrüger genannt, die evangelische Ehe Hurerei, die gemischte Ehe ein Sakrileg, die katholische Mutter, die ihr Kind protestantisch erziehen ließ, eine Frevlerin wider die Gesetze der Natur. Das Ärgernis war so schlimm, daß mehrere angesehene Protestanten — auch Thiersch war darunter — sich klagend an die Krone wendeten. Diepenbrock, der damals noch dem Regensburger Domkapitel angehörte, fand es unbegreiflich, wie man die Kanzel also zum Fechtboden herabwürdigen könne, und sein Freund, der greise, schon tödlich erkrankte Bischof Schwäbl hielt dem Münchener Eiferer in einem schönen Briefe die Pflichten der christlichen Liebe vor: „so redet nicht der Geist

*) Dönhoffs Berichte, 20. Jan., 2. Febr. 1842.

**) Bernstorffs Berichte, 31. Okt., 2. Nov.; Gise an Bernstorff, 2. Nov.; Ministerialschreiben an Bernstorff, 12. 13. Nov. 1845.

aus der Höhe, sondern der Geist menschlicher Gereiztheit." Eberhard gab eine freche Antwort, die der Bischof auf seinem Sterbebette empfing. Da schritt der König selbst ein und verbot dem Hofprediger vorläufig die Kanzel der Michaelskirche: „wenn sie auch nicht verkürzt, so hat er verbittert doch des so würdigen Bischofs von Regensburg Tage letzte."*) Nachher mußte Abel die Kreisregierungen durch ein Rundschreiben anweisen, daß sie die Predigten überwachen und weder Störungen des konfessionellen Friedens noch materialistische Lehren dulden sollten. Das Münchener erzbischöfliche Ordinariat aber, das insgeheim hinter Eberhard stand, verwahrte sich dawider und erklärte kurzab: die Behauptung des Rundschreibens, daß die Grundlehren des Christentums allen Konfessionen gemeinsam seien, führe zum Indifferentismus. Diesen Widerspruch nahm der gestrenge Minister schweigend hin. Nicht lange, so durfte auch Eberhard seine Kanzel wieder besteigen; und mit ihm wetteifernd donnerte Hofstiftsprediger Wiser gegen die verstockten Herzen der Protestanten, die ja in Bayern überall die katholische Wahrheit lernen könnten.

Nachhaltiger verstimmte den Monarchen die Haltung seines Klerus bei der Bestattung der Königin-Witwe Karoline (Nov. 1841). Mutter so vieler strengkatholischer Töchter, Wohltäterin der milden Stiftungen beider Bekenntnisse, hatte die edle Frau ihren evangelischen Glauben doch nie verleugnet und das altbewährte preußisch-bayrische Bündnis immer hoch geschätzt; noch im letzten Lebensjahre des alten Königs war sie zu ihm nach Potsdam gereist um die gestörte Freundschaft der beiden Höfe wieder zu befestigen.**) Grundes genug für den Haß der Klerikalen. Die evangelische Geistlichkeit wollte die Leiche nach der Trauerfeier zu der Fürstengruft unter der Theatinerkirche geleiten um sie dort auszusegnen. Dies entsprach dem allgemeinen Brauche; denn der segensreiche Grundsatz des Westfälischen Friedens, daß die deutschen Protestanten nicht als Häretiker behandelt werden dürften, war seit Montgelas' Zeiten auch in Bayern zur vollen Geltung gelangt, alle Protestanten Münchens beerdigten ihre Toten mit kirchlichen Ehren auf dem katholisch geweihten schönen Kirchhofe der Stadt. Windischmann aber, der Heißsporn des Domkapitels verabredete sich in tiefem Geheimnis mit Abel.***) Darauf erließ der Erzbischof ein Verbot; auch den barmherzigen Schwestern, die ihrer freigebigen Gönnerin zum Grabe zu folgen wünschten, wurde jede Teilnahme untersagt. So mußte denn die königliche Leiche bei strömendem Regen draußen vor der Türe der Theatinerkirche ausgesegnet werden; dann trug man sie rasch hinab, und die katholischen Priester standen im Frack dabei ohne sich zu regen. Fast ebenso unanständig verlief der gesetzliche Trauergottesdienst in den anderen Bischofsstädten. Nur Bischof Richarz von Augsburg, ein

*) König Ludwig an das Ministerium für Kirchenangelegenheiten, 19. Juli 1841.

**) Dönhoffs Bericht, 8. Dez. 1839.

***) Dönhoffs Bericht, 27. Nov. 1841.

Prälat aus der alten Schule, veranstaltete eine würdige Feier, freilich ohne Seelenmesse, und gestand dem Monarchen ehrlich: als treuer Untertan habe er nicht weniger tun können, aber auch nicht mehr, aus Rücksicht auf seinen Erzbischof; dann beteuerte er seine „Überzeugung, daß diejenigen, die den konservativen Prinzipien in der Religion und im Leben mit Vernunft ergeben sind, Liebe, nicht Haß zu predigen und zu üben haben."*)

Der König dankte dem Getreuen durch ein sogleich veröffentlichtes Belobungsschreiben; er wußte sicherlich nicht, daß sein eigener Minister den schmählichen Auftritt in München mit veranlaßt hatte, und erst weit später ward ihm kund, wie der heilige Vater selbst darüber dachte. Dem alten Kamaldulensermönche hatte die Verhöhnung der protestantischen Königin eine rechte Herzensfreude bereitet. In solcher Stimmung richtete Gregor an den Augsburger Ketzerfreund ein strenges, doch nicht ganz ungnädiges Breve; er tadelte ihn, weil er sich nicht gescheut hätte die Tote sogar den frommen Bitten der Gläubigen zu empfehlen, und schloß mit der väterlichen Mahnung: der Bischof möge sein Unrecht sühnen, seine treuen Schafe beschützen „gegen den eitlen Trug jener Ohrenschmeichler, welche lügnerisch ausbreiten, ein dem katholischen Glauben und der katholischen Kirche fremder Mensch könne, wenn auch so gestorben, zum ewigen Leben gelangen." Um auch für die Zukunft vorzubauen sendete der Papst bald nachher ein zweites Breve an den Propst des Benediktinerklosters Scheyern, das der König soeben wiederhergestellt hatte; da hieß es: der heilige Stuhl könne diese Klosterstiftung nur dann bestätigen, wenn die vom Stifter ausbedungenen Trauerfeiern für das königliche Haus ausschließlich auf die Sterbetage der katholischen Wittelsbacher beschränkt würden.**) So wagte die Kurie schon dem Fürstengeschlechte zu begegnen, das ihr unter allen in Deutschland stets die größte Hingebung gezeigt hatte. König Ludwig empfand diese Kränkungen sehr tief, obgleich er seine Stiefmutter nie geliebt hatte. Die ihm näher standen merkten bald, daß er fortan seinen Minister mit stillem Argwohn betrachtete.

Für jetzt konnte er freilich den kräftigen Diener nicht entbehren, der ihm so viele Erübrigungen für seine Bauten verschaffte und die Landstände so scharf im Zaum hielt. Im Auslande fragte man wohl spottend, warum doch der Segen der Überschüsse, den man sich in anderen Ländern sehnlich wünschte, dem Münchener Landtage so viel Kummer bereitete. Die Bayern hatten jedoch guten Grund zur Klage; denn ihre Erübrigungen, die man für die letzten Jahre bis 1841 auf 29 Mill. Gulden schätzte, wurden nur ermöglicht durch die Verwahrlosung wichtiger Verwaltungs-

*) Bischof Richarz an König Ludwig, 24. Nov. 1841.

**) Gregor XVI., Breven an Bischof Peter von Augsburg, 13. Febr., an Propst Rupert von Scheyern, 9. Juli 1842.

zweige. Das Heer verkam, die schlecht unterhaltenen bayrischen Landstraßen standen bei den süddeutschen Nachbarn in bösem Rufe; und wie das Unterrichtswesen daniederlag, das erfuhr der Landtag staunend, als die Vertreter der drei Universitäten, der konservative Lutheraner Stahl und die Klerikalen Moy und Ringseis völlig übereinstimmend die Dürftigkeit ihrer Hochschulen schilderten. Am tapfersten sprach Stahl; der Verfassung gemäß bestritt er dem Ministerium rundweg das Recht, über die Erübrigungen nach Belieben zu verfügen. Zur Strafe befahl ihm Abel, das Fach des Staatsrechts aufzugeben und fortan Vorlesungen über Zivilprozeß zu halten. Diese höhnische Mißhandlung erleichterte ihm die Annahme des Rufs nach Preußen; sie hinderte freilich nicht, daß der freimütige Gelehrte von den aufgeklärten Berlinern sofort als ein Serviler beschimpft wurde. Die Universitäten aber sanken bald noch tiefer, weil Abel ihnen eine neue Studienordnung auferlegte mit übel ausgewählten Zwangskollegien und zahlreichen Zwischenprüfungen, die alle akademische Freiheit vernichten mußten; er wiegte sich in dem Wahne, daß die Künste ohne die freie Wissenschaft auf die Dauer blühen könnten.

Der neue Landtag, der um Neujahr 1840 zusammentrat, verlief anfangs still, da der König kein Bedenken trug viele Abgeordnete persönlich unter Androhung seiner Ungnade zum Gehorsam zu ermahnen, andere durch Abels Barschheit eingeschüchtert wurden.*) Wieder wie so oft schon hatte die Regierung einer langen Reihe von Staats- und Gemeindebeamten den Urlaub für den Landtag verweigert; sie beanspruchte jetzt sogar das Recht, auch die Rechtsanwälte nach Belieben von der Kammer auszuschließen. Selbst darüber kam es nicht zum Bruch, und die heikle Streitfrage wegen der willkürlichen Verwendung der Erübrigungen wurde durch den plötzlichen Schluß des Landtags einfach abgeschnitten. Die evangelischen Abgeordneten, die fast ein Drittel der Kammer ausmachten, zeigten sich sehr versöhnlich; sie wollten den Landtag nicht zum Tummelplatze konfessionellen Zankes machen und beschlossen unter sich, ihre kirchlichen Beschwerden in einer besonderen Denkschrift dem Könige selbst vorzutragen.**) Die Beschwerdeschrift klagte über die parteiische Behandlung der gemischten Ehen; wurde doch sogar das erzwungene Versprechen katholischer Kindererziehung durch Abel für rechtsgiltig erklärt. Sie wies ferner nach, wie die Regierung in Neuburg, Landshut, Perlach und anderen Orten die Bildung evangelischer Gemeinden verboten, auch Betsäle, die mit amtlicher Erlaubnis schon eröffnet waren, wieder geschlossen hatte; in Ingolstadt versuchte die vom Klerus aufgewiegelte katholische Bürgerschaft selbst den Bau einer evangelischen Kirche zu hintertreiben. Sogar den Namen „evangelisch" bezeichnete der Minister als unzulässig, als eine Beleidigung

*) Dönhoffs Bericht, 6. Jan. 1840.

**) Dönhoffs Bericht, 28. Febr., Vorstellung der unterzeichneten Mitglieder der protestantischen Kirche, Febr. 1840.

der Katholiken; dies Wetzlarer Kind schien gar nicht mehr zu wissen, daß der Name „katholisch" noch vor vierzig Jahren durch die alten Reichsgesetze verboten gewesen war, während der Name des Corpus Evangelicorum amtliche Geltung hatte. Und diese kleinlichen Bedrückungen der Protestanten währten noch jahrelang fort unter demselben Könige, der eben jetzt, nach dem Vorbilde seines preußischen Schwagers, den Verkehr der Bischöfe mit dem römischen Stuhle freigab.

Die heftigsten Beschwerden richteten sich aber gegen die den evangelischen Soldaten aufgezwungene Kniebeugung, eine unbegreiflich gehässige Neuerung, die sich wohl nur aus einer phantastischen Schrulle des Königs erklärte; Ludwig hatte einen begeisterten Zeitungsbericht über eine prächtige Kirchenfeier der französischen Truppen in Algier gelesen und meinte nichts Arges zu tun, wenn er ähnliche Zeremonien auch in seinem Heere einführte. Er bedachte nicht, welche widerwärtigen Erinnerungen der Wittelsbachischen Geschichte er damit wieder aufrührte; durch denselben Kniebeugungszwang hatte ja vor hundertundzwanzig Jahren Pfalzgraf Johann Philipp seine treuen Heidelberger dermaßen erbittert, daß er sich gezwungen sah nach Mannheim überzusiedeln. Auch jetzt war der Unwille in der evangelischen Welt allgemein. Die Protestanten im Herzogtum Berg gedachten wieder der pfalzbayrischen Zeiten und des wirksamen Schutzes, den ihre Vorfahren stets bei Kurbrandenburg gefunden hatten. Ihre Kreissynoden, voran die Düsseldorfer, baten schon 1839 den König von Preußen um seine Vermittlung beim Münchener Hofe, was der alte Herr als gänzlich nutzlos ablehnte. In mehreren bayrischen Garnisonen kam es zu bedenklichen Auftritten; viele protestantische Offiziere und Soldaten erklärten, sie würden die schwere Sünde der Anbetung der Kreatur auf sich laden, wenn sie vor dem Allerheiligsten niederknieten. Selbst Diepenbrock und manche andere wohlmeinende katholische Priester gestanden zu, daß die Protestanten hier das klare Recht für sich hätten.

Unterdessen verwendete sich auch Graf Karl Giech, der einzige Protestant unter den Regierungspräsidenten, nachdrücklich für seine Glaubensgenossen, und da ihn Abel schnöde abfertigte, nahm er seinen Abschied. Vor dem Könige rechtfertigte er sich durch eine ehrerbietige Denkschrift, die unumwunden alle Sünden des Abelschen Regimentes aufzählte: wie die Protestanten schon anfingen an der Gerechtigkeit der Krone zu zweifeln, die Kreisregierungen, dank dem Erübrigungssysteme, mit ihren ungenügenden Arbeitskräften die wachsende Geschäftslast nicht mehr bewältigen könnten, die Beamten und die Lehrer bei übervollen Staatskassen darben müßten.*) Des Staatsdienstes entledigt ließ Giech sodann in Württemberg ein Büchlein über

*) Gf. K. Giech, Darlegung der Motive meines Austritts aus dem Staatsdienste, Nürnberg, 12. Sept. 1840, lithographiert; späterhin abgedruckt in General v. Afters Betrachtungen und Urteilen (herausgegeben v. Eilers, Saarbrücken 1858) I. 251.

die Kniebeugung der Protestanten erscheinen, das in Bayern sofort verboten aber eifrig gelesen wurde. Nachher erbte er von seinem Bruder, dem Schwiegersohne Steins die Standesherrschaft Thurnau und blieb fortan viele Jahre lang eine Zierde des fränkischen Adels, vornehm zugleich und leutselig, feingebildet und lebenskundig, königstreu und freimütig.

Der König nahm die Beschwerden der protestantischen Abgeordneten freundlich auf; doch merkte man ihm an, daß er nicht recht daran glaubte. Er meinte, die Katholiken könnten sich freuen, wenn sie in protestantischen Ländern ebenso gut behandelt würden, wie die Protestanten in Bayern. Sein Abel hatte ihm vorgespiegelt, hinter allen diesen Klagen verstecke sich nur die liberale Opposition.*) Während die zweite Kammer fast jedem Streite behutsam auswich, begann sich unter den Reichsräten ein unerwarteter Widerstand zu regen. In einem Vierteljahrhundert parlamentarischen Lebens waren manche konstitutionelle Rechtsgrundsätze selbst diesem hochkonservativen Adel in Fleisch und Blut gedrungen; die Reichsräte klagten, jede Prüfung des Staatshaushalts würde zum leeren Schein, solange die Regierung mit den Erübrigungen nach Gutdünken schalte. Zudem pflegte Abel mit herausforderndem Übermut doktrinäre politische Sätze aufzustellen, die das süddeutsche Gefühl verletzten; er donnerte wider den modernen Staatsbegriff, er wollte den Namen Staatsministerium nicht hören, da man hierzulande nur königliche Minister kenne; er behauptete, die bayrische Verfassung sei ständisch, nicht repräsentativ, obwohl ihre Urheber von diesem neuerfundenen Unterschiede noch gar nichts gewußt hatten.

Bei den Streitigkeiten, die sich aus solchen Anlässen ergaben, hielt Abels Amtsvorgänger immer die Hand im Spiele, Fürst Oettingen-Wallerstein, der einst als Abels Vorgesetzter von diesem tief untertänige Briefe empfangen hatte**), jetzt aber, seit des Königs Ungnade auf ihm lastete, um so gröber behandelt wurde. In der Schlußsitzung der zweiten Kammer (10. April 1840) ließ sich Abel endlich zu einem Wutausbruche hinreißen, dessengleichen die deutschen Ständesäle noch nicht erlebt hatten. Die Abwesenheit Wallersteins unritterlich mißbrauchend, sprach er von den Schandtaten dieses tief gesunkenen Individuums und schmähte so unbändig, daß die Reichsräte sofort ihre Entrüstung über die unwürdige Beschimpfung ihres Mitgliedes feierlich aussprachen. Der preußische Gesandte meinte: nach einem solchen Vorfall müsse Abel unfehlbar zurücktreten; denn „die wahren monarchischen Grundsätze können nicht gewinnen, wenn sie verteidigt werden durch die religiöse und politische Heuchelei, ohne Redlichkeit und Gradsinn, ohne Anstand und Würde.“***) Es kam anders. Derweil der Landtag sich auflöste, traten der frühere und der gegenwärtige Minister

*) Dönhoffs Bericht, 10. März 1840.

**) Abel an Wallerstein, 1. Jan. 1837.

***) Dönhoffs Bericht, 12. April 1840.

der kirchlichen Angelegenheiten einander mit der Pistole in der Hand gegenüber; der Kriegsminister Gumppenberg und Präsident Graf Rechberg sekundierten. Nachdem jeder der beiden Gegner einmal gefeuert hatte, nahm Abel noch auf dem Kampfplatze seine Beleidigungen zurück. Nachträglich behauptete er jedoch, diese Zurücknahme wäre nur mit Einschränkungen erfolgt. Nun entspann sich zwischen den vier hochgestellten Männern ein höchst unanständiger Briefwechsel; alle Zeitungen besprachen die Vorgänge bei dem Ministerduell auf das gründlichste. Und dies in einem Lande, dessen Presse von dem leitenden Minister öffentlich als Buhldirne gebrandmarkt und durch eine eiserne Zensur niedergehalten wurde. Es war einer jener häßlichen Skandalfälle, welche gemeinhin dem Sturze eines vermorschten politischen Systems voranzugehen pflegen. König Ludwig begnügte sich indes, dem Fürsten Wallerstein vor Zeugen sein Bedauern auszusprechen. Abel blieb im Amte als wäre nichts geschehen.

Entsetzlich, wie nunmehr die kirchliche Feindschaft in alles eindrang und dem Könige selbst seine besten Unternehmungen verdarb. Wohl erlebte er selige Stunden, als im Oktober 1842 die Walhalla eröffnet wurde, der gewaltige, aus dem Dunkel deutscher Eichen weithin über das Donautal schimmernde griechische Tempel; im Giebelfelde prangte die Hermannsschlacht, Schwanthalers schönstes Werk, bei dem sich der schnellfertige Meister doch einmal Zeit gelassen hatte, in dem majestätischen Innenraume Rauchs herrliche Viktorien inmitten der Büsten der großen Deutschen. Aber Luther und Melanchthon fehlten; sie zuzulassen konnte der katholische König sich jetzt nicht überwinden, obgleich Ernst Rietschel die Büste Luthers, auf Ludwigs eigene Bestellung, schon vor Jahren vollendet hatte. Deshalb begann sofort ein wüster Zank in Zeitungen und Flugschriften. Zu allem Unglück geriet Ludwig auch noch auf den Einfall, das köstliche Geschenk, das er der Nation darbot, mit einer Erläuterungsschrift zu begleiten. Nicht vergeblich waren seinen Gedichten von so vielen bedeutenden Männern überschwengliche Lobsprüche gespendet worden; selbst Rückert, der niemals schmeichelnde, hatte ihm zugesungen, das sei recht, daß der Schutzherr aller Künste die Poesie im eignen Herzen pflege:

Die Poesie ist aller Künste Mund,
Ihr ist des Menschen Sprache vorbehalten,
Und sie allein tut dem Bewußtsein kund
Was unbewußt die andern schön gestalten.

Ludwig glaubte jetzt wirklich ein großer Schriftsteller zu sein und schrieb das Büchlein „Walhallas Genossen“, kurze Lebensbeschreibungen der Helden Deutschlands, in dem geschraubten Lapidarstile seines Lieblingshistorikers Johannes Müller, mit einer starken Zutat königlicher Partizipialkonstruktionen. Im Vorworte erzählte er, wie er schon in den Tagen der tiefsten Schmach des Vaterlandes den Gedanken gefaßt hatte, „der fünfzig rühmlichst ausgezeichneten Teutschen Bildnisse in Marmor verfertigen zu lassen.

Später" — so fuhr er fort — „wurde die Zahl vermehrt, dann auf keine beschränkt und nur rühmlich ausgezeichneter Teutscher, fühlend, daß sagen zu wollen, welche die rühmlichsten, Anmaßung wäre, wie denn auch zu behaupten, daß es keine gäbe, die ebenso verdienten in Walhalla aufgenommen zu sein, und mehr noch als manche, die es sind. Rühmlich ausgezeichneten Teutschen steht als Denkmal und darum Walhalla, auf daß teutscher der Teutsche aus ihr trete, besser als er gekommen." Solche Stilproben genügten um in der Presse, die überall gierig nach den Schwächen der Mächtigen ausspähte, ein unauslöschliches Hohngelächter zu erwecken. Die Deutschen vergaßen undankbar über dem abgeschmackten Beiwerk das Wesentliche und Große, sie fragten nicht mehr, wo denn sonst noch in der Welt ein solcher Kunstfreund lebte, so vaterlandsfroh, so hochherzig, so tatkräftig.

Von der Walhalla fuhr der König nach Kehlheim, um dort auf einem anderen Felsen des Donautals den Grundstein zu legen für einen grandiosen Kuppelbau, der an die Schlachten der Befreiungskriege erinnern sollte. Deutschtum und bayrischer Partikularismus lagen aber in diesem wunderlichen Geiste dicht beieinander. Kaum hatte er dem großen Vaterlande seinen Zoll abgetragen, so ließ er in München den Bau einer bayrischen Spezial-Walhalla beginnen, mit der Kolossalstatue der Bavaria davor. Da wurden denn alle die großen Franken Hutten, Dürer, Vischer, die sich bei Lebzeiten von solcher Ehre nichts hatten träumen lassen, noch im Grabe unnachsichtlich zu Bayern ernannt und mit der deutschen Geschichte ein so tolles Spiel getrieben, wie wenn man heute von dem Preußen Goethe reden wollte. Also fand die liberale Welt stets neuen Stoff für wohlfeile Spötterei. Tieferen Mißmut erregten die unbedachten Reden, mit denen in München die Denkmäler des Kurfürsten Max und seines Tilly enthüllt wurden; in solchem Tone durfte man ein paritätisches Volk nicht an die düsteren Zeiten der Glaubenskriege erinnern.

Noch immer täuschte sich der König über die Stimmung seines Landes wie über sein eignes Herz. Nicht im entferntesten war er gemeint, die milden Grundsätze seines geliebten Lehrers Bischof Sailer zu verlassen; vielmehr schärfte er dem neuen Bischof von Regensburg nachdrücklich ein: „daß Sie vorzüglich Sailer nachahmen wünsche ich." Und doch hielt er den grausamen Kniebeugungszwang hartnäckig fest, mit einigen kleinen Erleichterungen, die ihm niemand dankte. Schon kam es so weit, daß ein Dekan Redtenbacher sich in einer gedruckten Ansprache geradeswegs an die Gewissen der protestantischen Soldaten wendete, um sie über die Sündhaftigkeit der papistischen Zeremonien zu belehren. Der unerschrockene Geistliche wurde gerichtlich verurteilt, der König aber mußte ihn begnadigen, aus Furcht vor dem Unwillen der Protestanten. Mittlerweile betrieben die Mönche und Nonnen, die jetzt überall in die Schulen und Wohltätigkeitsanstalten eindrangen, das Rettungswerk an den jungen Seelen,

und mit solchem Erfolge, daß viele Schulkinder, auch mehrere Zöglinge des Münchener Blindenhauses in die römische Kirche einzutreten verlangten. Der Klerus nahm die minderjährigen Proselyten allesamt unbedenklich an, obgleich das der Verfassung angehängte Religionsedikt den Übertritt Unmündiger ausdrücklich verbot. Abel indes erklärte dreist, dies Verbot widerspreche der natürlichen Gewissensfreiheit und dem Konkordate. Also erweckte er mutwillig, bei einer höchst gehässigen Veranlassung, die alte noch niemals klar entschiedene Streitfrage: ob die Verfassung vorgehe oder das Konkordat? Drang seine Ansicht durch, dann verlor die protestantische Kirche Bayerns den Rechtsboden unter ihren Füßen.

Ebenso roh zeigte sich die Parteilichkeit der Regierung, als der neue Gustav-Adolf-Verein sich in Bayern auszubreiten versuchte. Diese Stiftung war schon vor Jahren, nach der großen Erinnerungsfeier auf dem Lützener Schlachtfelde gegründet, aber erst seit 1841, infolge eines Aufrufs des Darmstädter Prälaten Zimmermann, reicher ausgestaltet worden. Sie sollte vornehmlich den Protestanten in der Diaspora beistehen, ihnen die Gründung neuer Kirchen und Gemeinden erleichtern, also, gemäß dem Geiste des Protestantismus, in voller Freiheit und bescheidener Form den riesigen Machtmitteln der römischen Propaganda entgegenwirken. Da jener Aufruf aus den Kreisen der liberalen Theologen kam und der gleichgesinnte Leipziger Superintendent Großmann bald an die Spitze trat, so betrachteten die Orthodoxen den Verein anfangs mit Mißtrauen. Hengstenberg nannte ihn mit gewohntem Fanatismus eine große Lüge; denn allerdings waren in den letzten Jahrzehnten die Unternehmungen evangelischer Werktätigkeit allesamt von den strengen Bibelgläubigen ausgegangen, und diese erste Regung kirchlicher Tatkraft unter den milder gesinnten Theologen eine ganz unerhörte Erscheinung. Auch König Friedrich Wilhelm blieb lange argwöhnisch, bis er endlich einsah, daß der Gustav-Adolf-Verein wirklich alle Parteien der evangelischen Kirche zum gemeinsamen Liebeswerke heranrufen wollte. Da übernahm er selbst für Preußen das Protektorat der Stiftung. Freilich versicherte er zugleich seinen katholischen Landesbischöfen, daß damit keine Feindseligkeit gegen die römische Kirche gemeint sei — was viele gute Protestanten, selbst der getreue Anton Stolberg als unkönigliche Schwäche beklagten. Seitdem nahm der Verein einen erfreulichen Aufschwung; das Vaterland der Reformation gab durch kräftige Unterstützung der bedrängten Glaubensgenossen die würdige Antwort auf die Übergriffe des römischen Stuhls.

Leider war der Name der Gustav-Adolf-Stiftung unglücklich gewählt. Zerteilte Völker, die sich ihrer Einheit entgegensehnen, zeigen oft ein krankhaft reizbares Nationalgefühl; sie urteilen ungerecht über die Zeiten, da sie ausheimischen Gewalten unterlagen, und verkennen die Tatsache, daß jedes Kulturvolk Europas, selbst das englische Inselvolk, irgend einmal durch das Eingreifen großer Fremdlinge in seiner Entwicklung gefördert

worden ist. So war auch damals weit verbreitet eine ganz unhistorische Anschauung vom dreißigjährigen Kriege, die in den Geschichtswerken von Gfrörer und Barthold ihren wissenschaftlichen Ausdruck fand; man übertrug den Gegensatz der Welfen und der Ghibellinen in das Zeitalter der Religionskriege und verurteilte die Verteidiger des evangelischen Glaubens kurzweg als Rebellen gegen Kaiser und Reich. Begreiflich genug, daß diese pseudo-ghibellinische Geschichtsansicht dem glühenden Verehrer des Kurfürsten Max wohl gefiel. König Ludwig betrachtete die Gustav-Adolf-Stiftung schon um ihres Namens willen als offenbaren Landesverrat, die Ultramontanen nannten sie „die wahre Spottgeburt der Aufklärung und der deutschen Mißeinheit". Der Verein wurde in Bayern streng verboten, die evangelischen Gemeinden durften nicht einmal Unterstützungen von ihm annehmen, derweil den römischen Proselytenwerbern Tür und Tor offen blieben.

Nur so grobe und hartnäckige Ungerechtigkeit konnte bewirken, daß die alten Parteien sich zersetzten und die an konservativen Kräften so reichen fränkischen Protestanten allesamt in das Lager der ergrimmten Opposition hinüberzogen. In Erlangen war der alte Rationalismus zuerst durch die erweckenden Kanzelreden und die praktische Frömmigkeit des Predigers Krafft bekämpft, nachher durch Lehmus, Harleß, Höfling, Thomasius und andere neuberufene Theologen völlig überwunden worden. Jetzt herrschte in der theologischen Fakultät eine strenge konfessionell-lutherische Gesinnung; die Erlanger stritten wider die evangelische Union so beharrlich, daß der Vorwurf preußischer Gesinnung, den der Minister gegen die Protestanten zu schleudern liebte, grade hier am wenigsten zutraf. Dabei zeigten sie ernsten wissenschaftlichen Sinn und hielten sich ganz frei von pietistischer Kopfhängerei; das frische, anspruchslos fröhliche Burschenleben, das diese kleine Hochschule jederzeit ausgezeichnet hatte, blieb ihr noch immer erhalten. Den leidsamen Lutheranern lag die Ehrfurcht vor der Obrigkeit tief im Blute; erst durch Abels offenbare Verfassungsverletzungen gerieten sie in Harnisch, und fortan fühlten sie sich in statu confessionis. Wie einst in den Tagen des Augsburger Interims die hartgläubigen Jenenser mehr Widerstandskraft gezeigt hatten als die Schüler des milden Melanchthon, so fanden jetzt die bayrischen Protestanten ihre beste Stütze an dem einseitigen, charakterfesten Konfessionalismus der Erlanger Theologen. An sie schlossen sich die ebenso konservativ gesinnten Edelleute, voran Graf Giech und Freiherr v. Rotenhan, dann die Nürnberger, die sich der reichsstädtischen Zeiten und der Kämpfe gegen die katholischen bayrischen Nachbarn wieder zu erinnern begannen, endlich das gesamte protestantische Frankenland.

Seit Stahls Abgange vertrat Harleß die Erlanger Universität im Landtage, der Herausgeber der streng lutherischen Zeitschrift für Protestantismus und Kirche, ein tapferer und weltkluger Gelehrter, sehr wirksam

als Redner auf der Kanzel wie im Ständesaale. Er hatte schon 1839, sehr zur rechten Zeit, den Jesuitenspiegel herausgegeben, eine gemeinverständliche Darstellung der moralischen Kasuistik der Gesellschaft Jesu, und damit die Ultramontanen schwer gereizt, weil sein Büchlein durchweg aus unanfechtbaren Quellen geschöpft war. Nun versuchten die beiden protestantischen Generalsynoden von Ansbach-Baireuth mehrmals, die Beschwerden ihrer Kirche vor den Thron zu bringen. Abel bestritt ihnen das Recht dazu und ließ, wieder ganz willkürlich, durch die königlichen Kommissäre solche Verhandlungen verbieten. Da traten die Synodalen als einzelne zusammen — keiner von allen schloß sich aus — und sendeten ihre Bittschriften unmittelbar an den Monarchen.

Unterdessen währte der literarische Streit fort. Harleß, Thiersch und die anderen Vorkämpfer der Protestanten bewahrten, im Bewußtsein ihres guten Rechts, noch einige Mäßigung. Die Klerikalen dagegen schlugen bald einen Ton an, wie er in den schwülen Zeiten vor dem dreißigjährigen Kriege üblich gewesen; sie behaupteten — was aus dem Munde gläubiger Katholiken wie Hohn klang — die Kniebeugung sei ja nur ein Gruß, eine Körperbewegung, ohne Sinn solange der Knieende sich nichts dabei denke. Durch pfäffische Gehässigkeit tat sich namentlich J. Döllinger hervor, der erste Gelehrte der Münchener theologischen Fakultät seit Möhlers Tode, ein scharfsinniger und doch unfreier Geist, dessen mannigfache Häutungen damals noch niemand ahnen konnte. Er sagte in seinen Streitschriften gegen Harleß: auch er hätte sich mit den Werken der Wittenberger Reformatoren beschäftigt, „doch niemals ohne jene geistigen Verwahrungs- und Absperrungsmittel vorzukehren, wie wir sie körperlich anzuwenden pflegen, wenn wir unsern Weg durch einen unsauberen Ort oder eine stinkende Pfütze nehmen müssen.“ Die evangelische Freiheit der Protestanten war ihm eitel Torheit; geringschätzig verspottete er ihre „arme Kirche“, die sich vor dem Übertritt der Minderjährigen fürchte, die nichts Festes anerkenne als Gottes Wort und, in unzählige Parteien zerspalten, das Ja und das Nein mit gleicher Zuversicht zu behaupten wisse. Nach diesem Federkriege und einigen heftigen Auftritten in der Kammer wurde Harleß plötzlich als Konsistorialrat nach Baireuth versetzt, damit er sein Erlangen nicht mehr im Landtage vertreten könnte. Da man seine Vorstellungen nicht beachtete, so verlangte er den Abschied und folgte einem Rufe nach Leipzig. Wohin sollte diese Parteiregierung noch geraten, wenn sie Gegner wie Stahl und Harleß nicht mehr zu ertragen vermochte?

Der wachsende Unmut der Franken zwang schließlich auch den konservativsten aller bayrischen Lutheraner, den Präsidenten des Münchener Oberkonsistoriums K. Roth, auf den Kampfplatz hinauszutreten. Dieser geistvolle, tief gelehrte, ganz von der klassischen Bildung seines Heimatlandes durchdrungene Schwabe hatte sich um die neue Blüte der Erlanger Universität große Verdienste erworben und im fränkischen Schul-

wesen, nach Beseitigung des grob rationalistischen Schulrats Stephani, wieder ein kräftiges religiöses Leben erweckt. Neuerdings bemühte er sich eifrig, die pfälzische Unionskirche, deren Vereinigungsurkunde allein die heilige Schrift als Glaubensgrund und Lehrnorm gelten ließ, auch zur förmlichen Anerkennung der symbolischen Bücher zu bewegen; dies Unternehmen verwickelte ihn von neuem in Streit mit seinem alten Gegner Paulus und konnte ohne Gewissenszwang unmöglich gelingen, da der Rationalismus in den Gemeinden der Pfalz noch vorherrschte.*) Also in beständiger Reibung mit den Epigonen der Aufklärung gelangte er zu einem verhängnisvollen Irrtum, der im Norden häufiger vorkommt als in dem besser erfahrenen Süden; er betrachtete die Ultramontanen als seine natürlichen Bundesgenossen im Kampfe gegen den Unglauben. Der König zeichnete den hochverdienten Beamten geflissentlich aus, Abel wußte ihn stets zu beschwichtigen, und mit Schmerz bemerkte der preußische Gesandte, wie viel Unbill das Oberkonsistorium von den Klerikalen hinnahm.**) Endlich gingen dem glaubensstarken Präsidenten doch die Augen auf, und seit er die Bedrängnis seiner Kirche erkannt hatte, verteidigte er ihre Rechte mit kluger Entschlossenheit. Er war es, der das schlimmste kirchliche Ärgernis beseitigte; durch einen freimütigen Brief an den König erreichte er, daß der schon mehrmals gemilderte Kniebeugungsbefehl im Dez. 1845 gänzlich aufgehoben wurde. Sieben Jahre hindurch waren also, ohne Sinn und Zweck, die Gewissen der Protestanten geängstigt und gequält worden. Am letzten Ende gereichten diese Händel der protestantischen Kirche des Landes zum Segen. Sie hatte durch tapfere Bekenntnistreue ihr Gemeingefühl gekräftigt, viele Gleichgiltige wiedergewonnen, selbst die Gegner zur Achtung gezwungen; sobald die ultramontane Sturmflut verrauschte, gestaltete sich das Verhältnis der beiden Kirchen grade in Bayern sehr friedlich.

Mittlerweile war der Landtag von 1842 noch ohne heftige Stürme vorübergegangen. Die Abgeordneten klagten über die teueren Prachtbauten, andererseits über die Verwahrlosung der Schulen und die Knauserei dieser Regierung, die so viele wichtige Ämter unbesetzt ließ, alte Beamte stets vor Ablauf des fünfzigsten Dienstjahres verabschiedete um ihnen die volle Pension vorzuenthalten. Doch der böse Streit wegen der Erübrigungen wurde wieder durch das persönliche Einschreiten des Königs beseitigt. Ludwig glaubte nur sein Kronrecht auszuüben, wenn er über die Ersparnisse frei verfügte, und nachdem er mehrere Landstände mündlich ermahnt, schrieb er einem Getreuen kurzab: „Da untunlich, alle gutgesinnten, mir ergebenen Abgeordneten kommen zu lassen, schreib' ich Ihnen, dem mir sehr ergebenen Auerweck, daß Sie können den anderen

*) Vgl. o. I. 242.

**) Dönhoffs Berichte, 2. Jan. 1840 ff.

lesen lassen, als wenn ich selbst mit ihnen gesprochen hätte, daß sie wirken sollen. Es gilt."*) Dies genügte, der Landtag trennte sich in Frieden. Einige wüste Straßenaufläufe, die in der nächsten Zeit die Hauptstadt beunruhigten, hatten ihren Grund lediglich in den hohen Bierpreisen; bedenklich war nur, daß die Truppen den angestammten Durst auch nicht verleugnen konnten und dem Pöbel gegenüber schlechte Mannszucht hielten.

Auch ernstere Anzeichen verrieten schon, daß die Regierung nicht mehr ganz fest stand. Die Liebe der Massen besaß der König längst nicht mehr; die kleinen Bürger schalten auf seine Baulust, auf seine wiederholten italienischen Reisen, auf die knappe Verwaltung und den ewigen kirchlichen Zank. An der Türe der Ludwigskirche fand man mehrmals ein freches Vater Unser angeschlagen, das den Vater des Bayerlandes bat: erlöse uns von dem Übel deiner Person. Als Abel im Staatsrate vorschlug, der König möge den protestantischen Synoden sein Mißfallen öffentlich aussprechen, da konnte der bisher Allmächtige schon nicht mehr durchdringen. Sein alter Freund von Griechenland her, der gelehrte Maurer, trat ihm entschieden entgegen; desgleichen der Kronprinz, den die Ultramontanen insgeheim wegen seiner preußischen Heirat und wegen seines Verkehrs mit norddeutschen Gelehrten haßten; ja selbst der streng katholische junge Prinz Luitpold verlangte, daß man den Protestanten ihr gutes Recht nicht verkümmere.**) Da erschrak der König; Gerechtigkeit war ja sein Stolz und man hörte ihn einmal ausrufen: „mit Abel geht es nicht mehr."

Noch im selben Jahre, Dez. 1845, trat der neu gewählte Landtag zusammen und er zeigte sich von Haus aus weit streitbarer als sein Vorgänger. Wohl beteuerte die Adresse der zweiten Kammer inbrünstig: „Untertanen eines solchen Königs zu sein ist der Bayern Stolz;" der ludovizianische Lapidarstil wirkte ansteckend, ihn nachzuahmen gehörte zum Hofbrauch. Zum Präsidenten wurde jedoch Frhr. v. Rotenhan gewählt, der tapfere protestantische Franke, und da Abel sieben protestantischen Abgeordneten den Urlaub verweigert hatte, so kam es gleich anfangs zu heftigen Auftritten. Zwei liberale Aristokraten Frhr. v. Thon-Dittmer und Max v. Lerchenfeld standen an der Spitze der Opposition, entschlossene Männer von ungewöhnlicher Beredsamkeit. Die schärfsten Angriffe widerfuhren dem Minister jedoch abermals im Hause der Reichsräte. Die unmäßige Begünstigung des Klosterwesens hatte selbst in dieser fast durchaus katholischen Kammer Besorgnisse erweckt. Man zählte bereits 9 männliche, 14 weibliche Orden im Lande mit mindestens 132 Klöstern; Genaues wußte niemand. Die Nonnen gaben wenig Ärgernis; nur die Lehrschwestern machten sich oft unnütz durch seelenrettende Betriebsamkeit. Von den Mönchen genossen die Benediktiner hohes Ansehen; sie hatten sich

*) K. Ludwig an den Abg. Auerweck, o. D. (Ende März 1842).

**) Bericht des Ministerresidenten v. Küster, 28. Febr. 1845.

vor Zeiten den Schottenmönchen des heiligen Columban angeschlossen und gleich diesen auf deutschem Boden immer deutsche Gesinnung gezeigt; ihre jetzt aus Österreich neu berufenen Brüder bemühten sich redlich, ihre dürftige klassische Bildung zu vervollständigen und erteilten auf den Gymnasien, die man ihnen anvertraute, leidlichen Unterricht. Bedenklicher erschienen die Mönche von dem rätselhaften „dritten Orden" des heiligen Franz und vornehmlich die der Gesellschaft Jesu affiliierten Redemptoristen, die ungestört ihre Missionen halten durften, obgleich der König den Jesuiten selbst, trotz der wiederholten Bitten der Klerikalen, die Zulassung hartnäckig verweigerte.

Fürst Wrede, des Feldmarschalls Sohn, ein stark verschuldeter, übelbeleumdeter Herr stellte nun diese und viele andere Beschwerden gegen die Regierung in einer förmlichen Anklageschrift zusammen, die er den Reichsräten übergab; dem König aber schrieb er: Abel sei nahe daran, ihn um die Liebe eines großen Teiles seines Volks zu bringen. Da glaubte Fürst Wallerstein, jetzt könne er sich wieder in den Sattel schwingen. In einer schlau berechneten hochpathetischen Rede nannte er sich selbst den Ultramontansten der Ultramontanen, den ergebensten aller Untertanen und stellte dann einen vorgeblichen Vermittelungsantrag, der doch auf Abels Sturz abzielte; er beantragte, die Regierung möge keinen geistlichen Orden zulassen, der den religiösen Frieden stören könne. In einem Briefe an den Vertrauten des Königs Frhrn. v. d. Tann warnte er zugleich die Krone vor der „nahen europäischen Krisis"; es gehe nicht mehr an, jeden Andersdenkenden als Feind anzusehen.*) Wallersteins Antrag wurde von den Reichsräten mit allen gegen sechs Stimmen angenommen; der Kronprinz selbst sprach und stimmte dafür.

In solcher Not griff Abel zu demagogischen Mitteln. Er ließ durch seine Beamten das katholische Volk aufwiegeln, und bald liefen aus allen Winkeln des Landes Adressen ein, die der gerechten Regierung Dank und Vertrauen aussprachen. Der König, der von seinem Minister noch immer nicht ganz lassen wollte, fühlte sich anfangs durch solche Vertrauensbeweise beglückt und schrieb den Augsburgern: „Großen Undank nicht selten erfahrend, ist mir der Dank von Augsburgs katholischen Bürgern um so erfreulicher, der ich Katholiken und Protestanten in ihren verfassungsmäßigen Rechten beschütze." Doch die Adressen mehrten und mehrten sich, und ihre pfäffische Frechheit überschritt alles Maß. Eine Eingabe aus München behauptete frischweg: „jeder Bayer" verlange Freiheit für seine katholische Kirche, der schon seine Voreltern Gut und Blut geopfert hätten. Die Protestanten wurden also schon gar nicht mehr zu den Bayern gerechnet. Noch gröber redeten die ungezählten Flugschriften, die jetzt mit einem Male „gegen die neuen Kirchenfeinde und Klosterstürmer" hervortraten:

*) Fürst Ludwig v. Wallerstein an Frhrn. v. d. Tann, 19. Jan. 1846.

aus dem bayrischen Walde, von einem bayrischen Katholiken, von einem Pfarrer der Diözese Eichstädt, und wie die Verfasser sich sonst nannten. Da hieß es: die katholische Kirche ist in Bayern um ein halb Jahrtausend älter als das Haus Wittelsbach — oder auch: vergesset nicht, daß der größte und der körperlich kräftigste Teil des bayrischen Volkes für die römische Kirche zu kämpfen bereit ist! Höfler aber, bei weitem noch nicht der Wildeste unter den Klerikalen, sagte in einer Schrift über Wredes Anträge: wenn manche der hochgeborenen Reichsräte glaubten, die Mönche wären nicht im Geiste der Zeit, so meine das Volk vielmehr, der Adel sei nicht mehr im Geiste der Zeit; auf den Vorwurf, die Redemptoristen störten den kirchlichen Frieden, erwiderte er höhnisch: dieser Friede ist längst zerstört, seit Luthers Auftreten. Also suchte die Partei, da sie ihren Sturz nahe sah, sich durch terroristische Drohungen noch krampfhaft zu halten. Dem Könige indessen drängte sich nun doch die Frage auf, ob sein Haus sich auf solche geistliche Jakobiner stützen könne, und er verbat sich zunächst weitere Adressen.

Hierauf gingen die Klerikalen im Landtage selbst zum Angriff vor. Es genügte ihnen nicht mehr, daß der Klerus das gesetzliche Verbot des Übertrittes Unmündiger beharrlich umging; sie verlangten jetzt Aufhebung des Verbots. Zur Unterstützung dieses Antrags wurde der greise Münchener Erzbischof Gebsattel von seinem streitbaren Kanonikus Windischmann aufgestiftet. Der gutmütige Herr veröffentlichte noch kurz vor seinem Tode einen feierlichen Protest, der sich auf die Großtaten der heiligen Kinder Vitus und Agnes berief und dann zu dem bündigen Schlusse gelangte: da das Konkordat die vigens ecclesiae disciplina anerkenne, so müsse auch der Übertritt der Kinder gestattet werden. Dieser dreiste Versuch, das Konkordat über die Verfassung zu stellen, beunruhigte den König von neuem. In der Kammer drangen die Ultramontanen nicht durch. Die Liberalen ließen sich auch nicht schrecken als Döllinger, jetzt der feurigste Redner der Regierungspartei, ihnen revolutionäre Absichten vorwarf; sie witterten Morgenluft und wagten schon wieder Anträge auf Preßfreiheit und öffentliches Gerichtsverfahren einzubringen. Die aufgeregten Verhandlungen wurden zwar im Mai 1846 durch das erprobte Mittel der plötzlichen Landtagsschließung abgeschnitten. Doch die Unruhe im Lande hielt an, Graf Bernstorff berichtete traurig: es geht nicht mehr weiter.*) Ähnlich empfand der König selbst, er bereitete schon einen Systemwechsel vor. Gise und Schrenck, die unfähigen Minister des Auswärtigen und der Justiz wurden entlassen; der Kriegsminister Gumppenberg blieb freilich zunächst noch im Amte, obwohl die wüste Zuchtlosigkeit in den überfüllten Münchener Kasernen täglich zeigte, wie gewissenlos die Militärverwaltung ihre Pflichten verabsäumte.

*) Bernstorffs Bericht, 13. Juni 1846.

Ein Zeichen der Zeit war es auch, daß Friedrich Rohmer, den man bisher oft in den Zirkeln der österreichischen Gesandtschaft gesehen hatte, den Ultramontanen den Handschuh hinwarf. Dieser seltsame Grübler, der halb Philosoph halb Abenteurer, halb vernünftig halb wahnsinnig, sich selber kurzweg für die größte Persönlichkeit der Menschengeschichte erklärte, irrte zur Zeit in Süddeutschland und der Schweiz umher, immer umgeben von einem kleinen Kreise jugendlicher Bewunderer, die seinem despotischen Wesen, dem diabolischen Reize seines Aztekenkopfes nicht widerstehen konnten und hingebend für seinen kostspieligen Unterhalt sorgten. Er brütete über den Bilder- und Zahlenspielen einer traumhaften Psychologie und über einer politischen Doktrin, die den Staat, nach der alten Unart der Naturphilosophen, als den vergrößerten menschlichen Körper betrachtete. Seine Schrift über die vier Parteien enthielt unter krausem Unsinn nur vereinzelte gute Gedanken; sie wurde wenig beachtet und bewirkte lediglich, daß Rohmers namhaftester Schüler, der Schweizer J. C. Bluntschli eine Zeitlang auf phantastische Abwege geriet. Zuweilen vermochte Rohmer doch, aus dem geilen Dickicht seiner Theorien in das Tageslicht hinauszutreten, und dann zeigte er — wunderbar genug — sicheren politischen Instinkt, eine glückliche Gabe die Dinge im Großen zu sehen und lebendig darzustellen. Die „Materialien zur Geschichte der neuesten Politik", die er jetzt erscheinen ließ, unterwarfen das Treiben der bayrischen Ultramontanen einer unbarmherzigen, treffenden Kritik und wirkten um so stärker, da ihr Verfasser sich selbst als einen Konservativen bekannte.

Als das Jahr 1846 zu Ende ging hatte König Ludwig endlich eingesehen, daß auf die anderen Minister wenig ankam und allein Abels Kirchenpolitik den allgemeinen Unfrieden verschuldete. Im Dezember wurde die Verwaltung der Kirchenangelegenheiten dem Minister des Innern abgenommen und dem gemäßigt konservativen neuen Justizminister, dem Sohne und Nachfolger des alten Frhrn. v. Schrenck, übertragen. Es war der Anfang des Endes. Wenn der König auf diesem Wege fortschritt und aus freiem politischem Entschlusse das völlig verbrauchte, grenzenlos verhaßte Ministerium ganz beseitigte, dann konnte die selbstverschuldete Niederlage der ultramontanen Parteiherrschaft dem ganzen Deutschland zum Heile gereichen. Da griffen unsaubere Hände ein, und dieser schuldbelasteten Regierung wurde noch das unverdiente Glück, daß sie umstrahlt von dem Heiligenscheine erhabener sittlicher Entrüstung, würdevoll von der Bühne abtreten konnte. —

Derweil die Klerikalen in Bayern herrschten, begann in Baden ein weltlich reaktionäres Regiment, das ihnen mindestens befreundet war und mittelbar ihre Zwecke förderte. Eine geschlossene ultramontane Partei hatte sich hierzulande noch nicht bilden können, obwohl die Klerisei des gesamten Südwestens im Stifte Neuburg bei Heidelberg, unter dem gastlichen Dache der Frau Rat Schlosser ihre geheimen Zusammen-

künfte zu halten pflegte, und auch im Landtage, zumal in der ersten Kammer immer einzelne Männer von streng römischer Gesinnung saßen. Die Mehrzahl der Beamten und der gebildeten Laien war noch ganz erfüllt von den Grundsätzen der josephinischen Kirchenpolitik; unter den älteren Geistlichen fanden nicht nur Wessenbergs Ideen, sondern auch kühnere kirchliche Reformgedanken starken Anhang. Nicht weniger als 160 geistliche Herren hatten i. J. 1831 die Petition um Abschaffung des Zölibats unterzeichnet; noch neuerdings war im Oberlande der von dem liberalen Dekan Kuenzer geleitete Schaffhauser Verein entstanden, der alle kirchliche Fragen mit ungebundenem Freimut besprach und, nach dem Vorbilde der Protestanten, gemischte Synoden von Geistlichen und Laien auch für die katholische Kirche verlangte. Doch mittlerweile begann ein neuer, gut römisch gesinnter Klerus aufzuwachsen. Die Regierungen Badens und Württembergs unterlagen beide dem tragischen Schicksal, daß sie sich durch ihre treue Fürsorge für die katholischen Fakultäten der Landesuniversitäten selbst ihre Feinde heranzogen. Die jungen, in Freiburg unter Hirscher und anderen keineswegs ultramontanen Gelehrten gebildeten Kleriker besaßen mehr theologisches Wissen, mehr kirchlichen Sinn als das ältere Geschlecht, darum auch mehr priesterliches Selbstgefühl; die bureaukratische Kirchenhoheit der guten alten Zeit erschien ihnen unerträglich, und hier wie überall in Deutschland wurde der Klerus durch die Kölner Wirren zu neuen Ansprüchen ermutigt.

Im Landtage brachte Frhr. v. Andlaw den Notstand der römischen Kirche schon mehrmals zur Sprache, und 1841 erschien als erstes kräftiges Lebenszeichen der werdenden ultramontanen Partei die anonyme Flugschrift „die katholischen Zustände in Baden". Ihr Verfasser war, wie sich erst nach seinem Tode herausstellte, der Archivdirektor Mone, ein den Historikern durch seine voreiligen Hypothesen wohlbekannter gelehrter Vielschreiber. Er redete, als ob die katholische Mehrheit des badischen Volkes durch die protestantischen Beamten der protestantischen Dynastie bedrückt würde. Allerdings waren die Durlacher — wie man die Beamtenfamilien der alten protestantischen Markgrafschaft Baden-Durlach noch zu nennen pflegte — in den höhern Staatsämtern stark vertreten, weil der katholische Adel des Oberlandes seine Söhne häufig in österreichischen Dienst schickte. An eine Bevorzugung der Protestanten aber dachte der gutmütige Großherzog nicht von fern; und wenn seine Behörden die Katechismen, die Gesangbücher, die Fastengebote der katholischen Kirche argwöhnisch überwachten, so mußten doch die Evangelischen die gleiche Aufsicht ertragen. Der allwissende Bevormundungseifer lag im Wesen des Polizeistaats; die alte Doktrin, die in den Geistlichen nur Staatsdiener sah, wirkte noch überall nach. Im Einverständnis mit dem greisen Minister Reizenstein widerlegte Nebenius die Anklagen Mones durch eine würdige Gegenschrift; aber die Saat des Unfriedens war ausgestreut, die Kirche begann sich in die ihr allezeit vorteilhafte Rolle der klagenden Dulderin einzuleben.

Als Anhänger Österreichs und geschworener Feind Preußens stand Minister Blittersdorff den ultramontanen Bestrebungen nahe, wie er denn auch mit Abel immer vertrauten Verkehr unterhielt. Für seine nächsten Zwecke aber bedurfte er anderer Machtmittel. Er hoffte durch rücksichtslosen Gebrauch seiner bureaukratischen Amtsgewalt wiederherzustellen was er das monarchische System nannte, das Beamtentum zu schweigendem Gehorsam zu zwingen und die Opposition im Landtage zu vernichten. „Ich werde es", sagte er kurzab, „so weit treiben als ich vermag." Weder der Großherzog noch die übrigen Minister schenkten dem Hoffärtigen volles Vertrauen; doch seine dreiste Zuversicht schüchterte sie ein, und nach der korrekten Wiener Doktrin war jeder deutsche Hof dem Bunde für das Wohlverhalten seiner Kammern verantwortlich, der Minister des Auswärtigen also befugt die gesamte Haltung der Regierung zu beaufsichtigen.

Gehässig, mit einem junkerhaften Übermut, der von Winters bürgerlicher Gemütlichkeit widerlich abstach, trat Blittersdorff den Abgeordneten entgegen und verhehlte ihnen nicht, daß er, gewöhnt an die erhabenen Geschäfte des Bundestages, die badischen Kammerhändel als armselige Kleinmeisterei verachtete. Dies kränkte am tiefsten; denn nirgends in Deutschland war die Verfassung so fest mit dem Volke verwachsen, nirgends das Selbstgefühl der Abgeordneten so überkräftig. Da das Beamtentum und die Landstände im Drange der Volksbeglückung miteinander wetteiferten, so wurden hier die Landtage sehr häufig, fast alljährlich einberufen und währten sehr lange; das Wahlrecht war wenig beschränkt, selbst die Masse des Volks verfolgte die Verhandlungen mit Spannung. Nach den Debatten über die Gründung des Zollvereins verkaufte man auf den Jahrmärkten des Schwarzwalds Pfeifenköpfe, worauf die Abstimmungen der Volksvertreter verzeichnet standen. Rottecks Hinscheiden wurde landauf landab als ein nationales Unglück beklagt; die liberalen Zeitungen nannten ihn einmütig den ersten Volksmann des Jahrhunderts, auf seinem Grabsteine prangten die Schillerschen Verse: „Er ist hin, und alle Lust des Lebens wimmert hin in ein verlornes Ach!" Maßlos wie die Bewunderung der Getreuen zeigte sich auch der Haß der Gegner. Als die Oberländer ihrem tapferen Landsmann ein Standbild errichten wollten, verbot König Ludwig von Bayern seinem Schwanthaler die Ausführung des Kunstwerks, weil „Rotteck nicht ein Ehrendenkmal, sondern eine Schandsäule verdient" hätte. Also ward durch Freund und Feind die von Welcker verkündigte „große badische Idee" genährt, die Vorstellung, daß hier am Oberrhein der liberale Musterstaat Deutschlands bestände.

Der Stolz dieser Volksvertretung, die wirklich auf der Höhe der Weltgeschichte zu stehen glaubte, schien der Regierung schon darum unerträglich, weil fast die Hälfte der zweiten Kammer aus Staatsdienern bestand und das ohnehin sehr unabhängig gestellte Beamtentum leicht dahin gelangen konnte, sich durch parlamentarischen Druck seine eigenen Vor-

gesetzten zu unterwerfen. Blittersdorff beschloß daher, den Stier bei den Hörnern zu packen, und als die Kammern 1841 sich wieder versammelten, ließ er zweien der neugewählten Beamten den Urlaub versagen. Das war kein Rechtsbruch; denn die Verfassung sagte nirgends, daß Staatsdiener zum Eintritt in die Kammer keines Urlaubs bedürften, und die Regierung hatte zwar vor zwanzig Jahren um des Friedens willen einige Urlaubsverweigerungen wieder zurückgenommen, auch seitdem dies kleinliche Machtmittel nicht mehr angewendet, aber niemals förmlich darauf verzichtet.*) So leichthin ließ sich gleichwohl die langjährige Übung nicht beseitigen. Die zweite Kammer fühlte sich in den Grundfesten ihrer Macht bedroht, da sie der sachkundigen liberalen Beamten nicht entbehren konnte, und erklärte die Urlaubsverweigerungen kurzerhand für verfassungswidrig. Da bewog Blittersdorff den Großherzog, persönlich einzugreifen. Die Kammern wurden vertagt, und in einem Manifeste sagte Leopold seinem Volke, daß er die Verirrungen seiner zweiten Kammer beklage, jedoch auf bessere Einsicht hoffe. Zu einer solchen landesherrlichen Botschaft, die doch keine gesetzliche Anordnung enthielt, war der Großherzog unzweifelhaft berechtigt, wenn nicht der letzte Schatten monarchischer Gewalt verschwinden sollte. Indes nach der herrschenden vernunftrechtlichen Theorie galt es für ausgemacht, daß der Souverän niemals ohne die Unterschrift seiner Minister irgend eine Willensäußerung wagen dürfte. Alsbald erhob sich ein mächtiges Wehegeschrei, und als der Landtag um Neujahr 1842 nochmals zusammentrat, führten der alte Itzstein und der grimmig polternde Welcker sofort ihr grobes Geschütz auf. Unter brausendem Jubel der Galerien wurde auch das Manifest des Großherzogs für verfassungswidrig erklärt.

Die Auflösung des Landtags war die einzig mögliche Antwort, und nunmehr glaubte Blittersdorff sein Spiel gewonnen. Einen Wahlkampf, wie er jetzt über Baden hereinbrach, hatte Deutschland noch nicht erlebt. Seine lang nachwirkenden Folgen zeigten sich in der krankhaften Verbitterung des Parteilebens und vornehmlich in der Gesinnungslosigkeit des Beamtentums, das sich diesmal in seiner großen Mehrzahl knechtisch den Winken des verhaßten Ministers fügte, also für die Zukunft die Kraft verlor, den Mächten des Umsturzes zu widerstehen. Alles ward aufgeboten, was sich an schlechten Künsten amtlicher Bedrohungen, Einschüchterungen und Verheißungen nur irgend ersinnen ließ, und die Opposition antwortete mit gleichen Waffen. Mannheim und Konstanz waren ihre festen Burgen. Von dort erteilte Vater Itzstein seine Weisungen an die Wahlredner, von hier bearbeitete Jos. Fickler die oberländischen Bauern durch die demagogischen Artikel seiner Seeblätter. Und das alles, weil der Großherzog zwei Beamten den Urlaub versagt und nachher eine landesväterliche Ansprache an seine Badener gerichtet hatte! Indes lag

*) S. o. III. 50; IV. 628.

der Grund des allgemeinen Hasses tiefer: das Volk empfand dunkel, daß Blittersdorf in der Tat darauf ausging die Landesverfassung, nötigenfalls mit Hilfe des Bundestages, umzugestalten. Wer die wüste Hetzerei dieser Wahlkämpfe nüchtern beobachtete, mußte schon ahnen, daß eine Revolution herannahte.

Die Liberalen siegten vollständig, sie erlangten zum ersten Male seit langer Zeit wieder eine sichere Mehrheit in der zweiten Kammer, eine Mehrheit freilich, die mit den Gegnern auf Tod und Leben verfeindet war. Vater Itzstein machte seinem volkstümlichen Beinamen Ehre: er hatte trefflich verstanden seiner Partei einen Nachwuchs heranzuziehen. Zu den alten Kämpen des Liberalismus gesellten sich jetzt der feurige, herrschsüchtige, von seinen Freunden Marat genannte Jurist Sander; dann der Mannheimer Buchhändler Bassermann, ein warmherziger Vertreter des gebildeten, besitzenden Bürgertums, der nur durch die rückhaltlose Offenheit seiner Reden in den Ruf radikaler Gesinnung kam; endlich, alle anderen überragend, Karl Mathy. Nach langen Jahren schließlich freigesprochen, hatte Mathy sein stilles Schulmeisteramt in der Schweiz verlassen und die alte Heimat wieder aufgesucht. In den Kreisen der Regierung galt er fast für den schlimmsten aller Demagogen; wenn er sich langsam erhob, mit seinen großen, ruhigen blauen Augen den Ministern gerade ins Gesicht sah und dann kalt in wohlerwogenen ironischen Sätzen ihnen seine Vorwürfe zuschleuderte, so verwundete er tiefer als Welckers pathetische Entrüstung. Und doch war er der einzige staatsmännische Kopf in den Reihen der Opposition; er besaß die Mäßigung, die der gründlichen Kenntnis entspringt, er verschmähte die Phrase, sprach immer zur Sache, am liebsten über Finanzfragen und nur wenn ein Erfolg möglich schien.

Dank dem wilden Ansturm Blittersdorffs erlebte der badische Liberalismus jetzt nochmals eine Zeit der Blüte wie einst auf dem großen Landtage von 1831. Was nützte es, daß die Minister beschlossen den Verhandlungen des neuen Landtags zunächst fern zu bleiben, damit die Opposition sich durch ihre Zornreden wider die leeren Regierungsbänke lächerlich machen sollte? Alle Welt sah darin nur ein Zeichen der Schwäche. Mathys vielgelesene Landtagszeitung verbreitete ausführliche, klug berechnete Mitteilungen aus dem Ständesaale bis in die entlegensten Walddörfer. Weither, selbst aus Württemberg und der bayrischen Pfalz kamen die Neugierigen herbei; die Kammer ward zum Theater, und die Zuschauer spielten mit. Welch ein Fest, wenn der Präsident die überfüllten Galerien wegen grober Ruhestörung räumen ließ und bald nachher auf den Antrag eines liberalen Abgeordneten das souveräne Volk wieder eingelassen wurde um den Lärm von neuem zu beginnen. Damen saßen auf den Stufen des Präsidentenstuhls, andere Gäste mitten im Saale, als Bassermann die abwesenden Minister, „die Beamten des Volks" zur schuldigen Rechenschaft vorforderte, als ergrimmte Redner die schmutzige Wäsche des jüngsten Wahl-

kampfs sorgsam ausbreiteten, die Verteidiger der Regierung selbst nur verlegene Worte der Entschuldigung vorzubringen wußten, und die Mehrheit schließlich, auf Itzsteins Antrag, dem Ministerium ihre wohlverdiente Mißbilligung aussprach. Der Beschluß bedeutete rechtlich gar nichts, da die erste Kammer ihm nicht zustimmte; gleichwohl fühlte sich Großherzog Leopold schwer betroffen. Er merkte wohl, fast das ganze Land war einig in dem Rufe: fort mit Blittersdorff; und doch ging es ihm gegen seine fürstliche Ehre, dem Drängen der Stände nachzugeben. Blittersdorff blieb im Amte, ohne den Landtag eines Besuchs zu würdigen, und in begreiflichem Unmut hielten die Liberalen noch manche zornige Rede über die großen Wünsche der Zeit: Preßfreiheit, Schwurgericht, Beschränkung der Polizeigewalt. Auch einzelne radikale Heißsporne ließen sich schon vernehmen, die offenbar weit über die Ziele der liberalen Führer hinausstrebten, aber durch Itzsteins diplomatische Väterlichkeit noch bei der Stange gehalten wurden: so der unaufhaltsame burschikose Großsprecher Friedrich Hecker, so Bürgermeister Baum, der kurzab verlangte: wenn der Edelmann im Zuchthause den Adel verliere, dann müsse folgerecht der bürgerliche Verbrecher in den Adelstand degradiert werden. Als die Stände im September auseinandergingen, mochte die grollende Opposition nicht zu der feierlichen Schlußsitzung erscheinen, und der preußische Gesandte Radowitz berichtete traurig: „So wurde dieser Landtag geschlossen unter dem Lebehoch weniger, dem Schweigen vieler, der peinlichen Stimmung der Mehrzahl.“*)

Trotzdem erweckten die großen Reden dieses unfruchtbaren Landtags weithin in der liberalen Welt begeisterte Freude. Robert Prutz sendete „Badens zweiter Kammer“ drei Jubellieder:

Der Itzstein und der Welcker
Die gehen kühn voran.
Schon tummeln sich die Völker,
Schon bricht der Morgen an.

Im Lande selbst war der Zweckessen und Versammlungen kein Ende; die Opposition wußte sich aller öffentlichen Lustbarkeiten so geschickt zu bemächtigen, daß selbst die Kirchenfeste des Oberlandes daneben fast zurücktraten. Welcker, der vor kurzem erst seine Freiburger Professur wieder erhalten hatte, wurde nunmehr, zu Metternichs absonderlichem Wohlgefallen**), zum zweiten Male willkürlich abgesetzt und siedelte nach Heidelberg über. Dort in seiner Villa, jenseits des Neckars, über dem roten Steinbruche, wo einst der Mithrastempel der Römer gestanden hatte, pflegten sich die Liberalen zu ernsten Beratungen zu versammeln. Lustiger ging es in Hallgarten zu, wo Itzstein seine Sommerrast hielt; hier und in den weinseligen Nachbar-

*) Radowitz' Bericht, 10. Sept. 1842.

**) Metternich, Weisung an Trauttmansdorff, 19. Okt.; Otterstedts Bericht, 6. Nov. 1841.

orten begrüßten sich die Badener mit den Gesinnungsgenossen aus Nassau und Hessen. Auf einem dieser Rheingaufeste stimmte Hoffmann von Fallersleben, der Unvermeidliche sein „Willkommen Vater Itzstein" an — ein Lied, das rasch die Runde durch Süddeutschland machte, weil es die redselige Gesinnungstüchtigkeit der Zeit so gar unschuldig wiedergab:

Laßt uns öffentlich besprechen
Voller Männermut
Unsre Leiden und Gebrechen,
So wie Er es tut!
Vaterland, freue dich!
Deine Nacht wird immer heller.
Itzstein unser Stern
Leuchtet nah und fern!

Bei dem Jubelfeste der badischen Verfassung 1843 beging die Regierung die unbegreifliche Torheit sich aller amtlichen Teilnahme zu enthalten, und die Feier gestaltete sich zu einem lärmenden Triumphe der Opposition. Vater Itzstein verteilte seine Festredner über alle Städte des Landes; er selbst ging nach Griesbach, wo vor fünfundzwanzig Jahren das Grundgesetz unterschrieben worden war, und die Bauern begrüßten ihn überall festlich als den Schirmherrn des Landesrechts. Alle die Weihereden, die nachher Mathy in einem umfänglichen Bande gesammelt herausgab, alle die Hochrufe auf die geliebte Verfassung klangen wie ein drohendes Schlachtgeschrei gegen Blittersdorff.

Zu allem Unheil wurde der politische Streit auch noch durch einen widerwärtigen Hofskandal vergiftet. Der berüchtigte karlistische Agent Moritz v. Haber, ein verlorener Sohn des Hofbankhauses Salomon Haber, war kürzlich heimgekehrt, nachdem er sich lange im Auslande, bald als Jude bald als Katholik bald als Protestant umhergetrieben, und hatte zum allgemeinen Erstaunen rasch das Vertrauen der stolzen, geistvollen Großherzogin Sophie gewonnen; er half ihr die zerrütteten Vermögensverhältnisse ihres unglücklichen Bruders, des Prinzen von Wasa zu ordnen. Er stand in Verbindung mit dem Hause Rothschild und mit Benazet, dem verrufenen Pächter der Spielbank von Baden-Baden; auch mit Blittersdorff verkehrte er vertraulich, da der Minister gewagte Geldgeschäfte liebte. Der Großherzog aber und seine Brüder betrachteten den verschmitzten Abenteurer mit erklärlichem Mißtrauen; das Zerwürfnis am Hofe ward bald offenkundig, die klatschsüchtige Residenz erzählte sich Wunder von Habers Verworfenheit und seinen reaktionären Plänen. Man nannte ihn die Geißel des Landes. Die Gesellschaft in Baden-Baden schloß ihn von ihren Festlichkeiten aus, und als Haber deshalb einen Leutnant v. Göler forderte, entschied das Ehrengericht, mit einem solchen Manne könne ein Offizier sich nicht schlagen. Da trat ein vornehmer Russe für Haber ein, und in dem Duelle, das nun folgte, fanden Göler und sein russischer Gegner beide den Tod. Diese Nachricht entflammte die Wut des Volkes,

auch der alte Judenhaß mochte wohl mitwirken. Der Pöbel in Karlsruhe rottete sich zusammen und zerstörte das Habersche Haus; die Polizei tat wenig, die Truppen erschienen zu spät, und es ließ sich leicht erkennen, daß eine mächtige Partei am Hofe dem Vertrauten der Großherzogin die Züchtigung gönnte.*) Die Regierung wußte sich nicht zu helfen. In ihrer Herzensangst verbot sie den Zeitungen irgend etwas über die schmählichen Vorfälle zu drucken; und mit vernichtendem Hohne hielt ihr nachher Mathy im Landtage vor, wie gröblich sie erst durch Schwäche, dann durch Härte gesündigt hätte; er weissagte, auf den Karneval dieser Staatsweisheit würde ein Aschermittwoch folgen. Noch nicht genug. Ein Offizier außer Dienst, Uria-Sarachaja beschloß den gefallenen Kameraden zu rächen und beschimpfte Haber in einem veröffentlichten Briefe dermaßen, daß ein zweites Duell unvermeidlich wurde. Haber erschoß seinen Feind und entzog sich dann durch die Flucht einem dritten ihm noch angedrohten Zweikampfe. Nun brauste die Entrüstung von neuem auf, selbst die Bänkelsänger auf den Jahrmärkten besangen die gräßliche Mordgeschichte von den drei Blutopfern; in der rheinischen Presse fand der Günstling des Hauses Rothschild freilich auch manche tugendhafte Verteidiger.

Während diese Händel noch schwebten hatte Blittersdorff endlich eingesehen, daß seines Bleibens in dem feindseligen Lande nicht mehr sei. Im November 1843 ging er wieder als Bundesgesandter nach Frankfurt um dort abermals auf eigene Faust österreichische Politik zu treiben. Aus seinem und aus Abels Regiment entnahmen die Süddeutschen die heilsame Erkenntnis, was von klerikaler oder halbklerikaler Parteiherrschaft zu erwarten sei. Sein Rücktritt kam aber zu spät; der Mißmut hatte sich schon zu weit verbreitet. Der Finanzminister Böckh, der fortan die Leitung übernahm, vermochte trotz seiner fachmännischen Tüchtigkeit das Ansehen der Regierung nicht wiederherzustellen. Alles ging aus Rand und Band.

Bei dem preußischen Hofe fand der Großherzog, der in seiner Hilflosigkeit überall Rat suchte, keine wirksame Unterstützung. Der König hatte den alten, in Süddeutschland wohl bewanderten Gesandten Otterstedt abberufen und seinen Freund Radowitz beauftragt, neben dem Frankfurter Posten auch die Karlsruher Gesandtschaftsstelle zu verwalten. Wieder ein unbegreiflicher Mißgriff. Radowitz kannte die Zustände des Südens gar nicht und vermochte sie auch nicht unbefangen zu beobachten, da er damals noch streng klerikale Ansichten hegte, mit Mone und dessen Hintermännern auf gutem Fuße stand. Durch seine überlegene Persönlichkeit gewann er am Hofe bald festen Boden. Der Großherzog besuchte ihn oft heimlich, und war der Preuße in Frankfurt, so schrieb Leopold ihm

*) Radowitz' Berichte, 6. 11. Sept. 1843.

Briefe oder ließ ihn durch seinen Flügeladjutanten Krieg mündlich befragen. Die Erwiderungen lauteten immer mild und ruhig. Radowitz warnte vor Staatsstreichen, er ermutigte den gequälten Fürsten zum Ausharren, wenn dieser unterweilen an Abdankung dachte, und verhehlte auch nicht, daß er Blittersdorff für einen unheilvollen Mann ansah. Doch niemals begriff er, was die Verfassung für dies Land bedeutete. Das ganze bureaukratisch-konstitutionelle Staatsleben des Südens ekelte ihn an; „die Umwandlung deutsch-fürstlicher Herrschaften in moderne Souveränitäten" blieb ihm der Urgrund alles Übels. Darum hielt er für ratsam die Verfassung in wesentlichen Punkten umzugestalten, freilich nur mit gesetzlichen Mitteln — was doch bei der Stimmung des badischen Landes rein unmöglich war. Lebhaft empfahl er ein politisches Bündnis zwischen dem Hof und dem Erzbischof, damit eine konservative Partei „mit spezifisch katholischem Charakter" sich bilden könne. Daß eine solche Partei der Krone Preußen feind sein mußte, ahnte er nicht.*)

Den Ultramontanen zerstörte Blittersdorffs Sturz manche stille Hoffnungen. Indes zeigte sich die Regierung so zerfahren und ratlos, daß man wohl noch einen Vorstoß wagen konnte. Vicari, der Nachfolger des friedfertigen Demeter auf dem erzbischöflichen Stuhle, war ein schwacher, freundlicher, leicht zu beherrschender Greis, und bald genug ließ sich die Wirksamkeit jener geheimnisvollen weltlichen und geistlichen Gäste erkennen, welche sich am Freiburger Münsterplatze zur wohlbesetzten Prälatentafel einzufinden pflegten. Von Rom her ermutigt, auch durch mehrere Petitionen der Seeschwaben aufgestachelt, befahl der Erzbischof plötzlich (1845), daß bei der Einsegnung gemischter Ehen fortan wie in Preußen die katholische Erziehung der Kinder gefordert werden müsse; und er setzte seinen Willen durch, obgleich die Regierung lebhaft widersprach, auch ein Teil des Klerus selbst bei dem milderen alten Brauche verharren wollte. So begann ein kirchenpolitischer Kampf, der sich durch ein Vierteljahrhundert hinziehen sollte. —

Überall in der Welt nahm der römische Stuhl seine alten Ansprüche wieder auf, seit er in dem Kölnischen Handel so unerwartet gesiegt hatte. Auch Württemberg, das alle paritätischen Staaten Deutschlands bisher um seinen kirchlichen Frieden beneidet hatten, erlebte jetzt den ersten Ansturm der Ultramontanen. Hier wurde das alte staatskirchliche System, das in sämtlichen Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz herrschte, mit besonderer Strenge gehandhabt. Die königliche Oberaufsichtsbehörde, der katholische Kirchenrat behütete alle Rechte der Kirchenhoheit so wachsam, daß König Wilhelm nach seinen Erfahrungen wohl berechtigt war der Krone Preußen die Nachbildung dieser Behörde zu empfehlen. Selbst in das innere

*) Radowitz' Berichte, 26. Mai, 18. Juli, 10. Sept. 1842. Dessen Denkschrift über Baden, 10. Dez. 1846.

kirchliche Leben griff der Kirchenrat handfest ein; er ordnete Gottesdienst und Gebete an, er bestimmte die Länge der Predigten und der Homilien, er erteilte den geistlichen Weihen seine Zustimmung. Der Landesbischof, der in Rottenburg, absichtlich in der Nähe der strengprotestantischen altwürttembergischen Gebiete und der paritätischen Landesuniversität, seine sehr bescheidene Residenz angewiesen erhielt, besaß gar keine selbständige Disziplinargewalt über seinen Klerus und durfte keine einzige Pfründe im Lande vergeben, da die Krone kraft zweifelhafter Rechtstitel ein landesherrliches Patronat beanspruchte; alle Erlasse seines Ordinariats bedurften der Genehmigung des königlichen Kommissars. Der König zeigte sich in diesen Jahren höchst mißtrauisch gegen die römische Kirche. Evangelische Gesinnung lag dem sarkastischen Weltmanne fern, doch eine starke Staatsgewalt erschien ihm als der einzige Halt und Hort in der gärenden Zeit; darum sah er in den Klerikalen jeder Farbe nur geistliche Demagogen. Offen sprach er aus, daß er die Tübinger katholische Fakultät von den Schülern Möhlers reinigen wolle, und in der Tat ward ein ultramontaner Eiferer, Professor Mack auf eine stille Landpfarre versetzt.*) Die nachgiebige Kirchenpolitik Preußens erfüllte den König mit schwerer Besorgnis, dagegen begrüßte er freudig den Gustav-Adolf-Verein, dem er sogleich durch ein veröffentlichtes Handschreiben seine Unterstützung zusagte. Wegen der kirchenpolitischen Streitfragen verlangte er mehrmals den Rat Wessenbergs. Dieser ehrwürdige alte Herr lebte freilich in Zeiten, die gewesen; er träumte noch immer den unmöglichen Traum einer deutschen Nationalkirche, deren Primat zwischen den Erzbischöfen von Köln, Freiburg, München wechseln sollte, und mahnte vornehmlich, das Plazet festzuhalten, auch in Sachen der gemischten Ehen nichts zu ändern — zwei Forderungen, die doch jetzt, nachdem die Krone Preußen nachgegeben, schon allen Boden verloren hatten.**)

Lange Jahre hindurch hatte der schlaffe greise Bischof Keller von Rottenburg die gestrenge aber fürsorglich wohlmeinende Vormundschaft des Staats geduldig ertragen; er gehörte noch zu der leidsamen alten Schule und war vor Jahren selbst Mitglied des Kirchenrats gewesen. Nach und nach begann die neue klerikale Partei ihm doch über den Kopf zu wachsen. Die dem Könige besonders verhaßten Repetenten des Tübinger Wilhelmsstifts,***) die katholischen Edelleute Oberschwabens und die jungen Kleriker, die sich hier wie zu Freiburg in die bischöfliche Kurie eindrängten, bestürmten ihn mit Forderungen. Er wurde in Rom angeschwärzt, erhielt drohende Mahnungen aus dem Vatikan, und um dem Schicksal Sedlnitzkys zu entgehen, entschloß er sich endlich, dem Landtage von 1841/42 eine lange

*) Rochows Berichte, 8. Jan., 9. 14. Febr. 1840.

**) Wessenberg, gutächtliche Ansichten über die katholischen Kirchenzustände in Deutschland, 21. Mai 1840; neuer Versuch zur Ausgleichung des Streites über die Einsegnung gemischter Ehen, Jan. 1841.

***) Rochows Bericht, 11. Jan. 1842.

Reihe von Beschwerden über die Bedrängnis der katholischen Kirche vorzulegen. Die begleitende Denkschrift lautete so ungeschlacht, daß ihm Minister Schlayer auf den Kopf zusagte, dergleichen könnten nur junge Hitzköpfe geschrieben haben.

Der Schlag war von langer Hand her vorbereitet; Graf Zeil hatte sich deswegen in München mit Abel und dem Nuntius verabredet.*) Aber auch die Gegner gerieten in Aufregung. Die tapferen Evangelischen in der Exulantenstadt Freudenstadt, die pietistischen Stundenleute von Calw und Kornthal, alle guten Altwürttemberger riefen erschrocken: jetzt wollen die Jesuiten die feste Burg des süddeutschen Protestantismus erstürmen. Nach leidenschaftlicher Beratung wurden die Beschwerden des Bischofs von der Kammer allesamt abgewiesen und nur eine angenommen: die Klage über die Beschränkung der Presse, eine Klage, die sich freilich in Kellers Munde seltsam ausnahm, da er früherhin immer gegen die gottlose Preßfreiheit geeifert hatte. Hier zeigte sich, wo die Stärke der Ultramontanen lag. Wenn sie das Zauberwort der Freiheit gegen die unleugbaren Härten des alten Polizeistaates geschickt ausspielten, dann konnte ihnen die Hilfe der Liberalen nicht fehlen. Trotz ihres Sieges fühlte sich die Regierung unsicher und suchte ihr Verhalten durch eine Denkschrift vor dem römischen Stuhle zu rechtfertigen. Bald darauf (1844) gewährte sie aus freien Stücken zwei kleine Erleichterungen. Der Bischof erhielt eine etwas erweiterte Disziplinargewalt und die Besetzung von fünfzehn Pfarreien. Der alte Territorialismus hatte noch einen letzten Erfolg davon getragen, aber seine Tage waren gezählt. —

Nicht bloß den Staatsgewalten hatte die römische Kirche große Zugeständnisse entrungen; sie bewährte ihre gewaltige Widerstandskraft auch gegen den Versuch einer Sektenbildung, die freilich von Haus aus hohl und geistlos, doch an dem unklaren politischen Freiheitsdrange der Zeit eine Stütze fand. Arnoldi, der einst von dem alten Könige zurückgewiesene, nunmehr von dem Nachfolger begünstigte neue Bischof von Trier, geriet bald in die Hände der klerikalen Partei und veranstaltete im Sommer 1844 die Ausstellung des ungenähten heiligen Rocks — ein Schauspiel, das seit mehr als einem Menschenalter unterblieben war und jetzt, wie der alte Görres öffentlich aussprach, lediglich dazu dienen sollte, den Triumph der Kirche über den paritätischen Staat feierlich zu bekunden. Und dies pfäffische Blendwerk wurde gewagt, obwohl Papst Gregor erst vor einem Jahre den Benediktinern von Argenteuil in einem Breve bezeugt hatte, daß sie den heiligen Rock des Herrn in ihrem Altar verwahrten. Zum Überfluß bewiesen

*) Dönhoffs Bericht, München 28. März 1842.

noch zwei junge Bonner Professoren, der Orientalist J. Gildemeister und der Historiker H. v. Sybel in einer streitbaren, aber ernsten, streng wissenschaftlichen Schrift über „den heiligen Rock zu Trier und die zwanzig anderen heiligen ungenähten Röcke", welch ein Unfug die Jahrhunderte hindurch mit dieser gefälschten Reliquie getrieben worden war. Doch was vermochten Gründe wider den frommen Wahn? Was galt es den römischen Priestern, daß Nitzsch zu Bonn in einer herrlichen Predigt die Protestanten ermahnte, statt der toten Reliquie die Heilkraft des lebendigen Christus zu verehren, und mitleidig ausrief: o der Armen, denen das Evangelium nicht gepredigt wird! Binnen sieben Wochen strömten eine Million und hunderttausend Pilger nach Trier; in allen Städten und Dörfern des schönen Moselllandes läuteten die Glocken, so oft ein Zug von Wallfahrern mit wehenden Kirchenfahnen herankam; die Gastwirte, die Bilderkrämer, die Paramentenhändler der Bischofsstadt hielten eine goldene Ernte, und inbrünstig erklang im Dome das Stoßgebet: heiliger Rock, bitt' für uns! Auch die Mirakel blieben nicht aus. Eine Verwandte des alten Erzbischofs Droste-Vischering wähnte durch den Anblick des Rocks von einer Lähmung geheilt zu sein; und das Bänkelsängerlied spottete ihr nach: Du Rock bist ganz unnätig, drum bist du auch so gnädig! Ernste Protestanten konnten nur mit Besorgnis wahrnehmen, wie verblendet der Klerus grade die alten Mißbräuche neu belebte, welche einst die Reformation unmittelbar veranlaßt hatten.

Da erklang plötzlich ein gellender Widerspruch aus der Mitte der Priesterschaft selbst. Ein junger, vor kurzem wegen eines freigeistigen Zeitungsartikels suspendierter Kaplan zu Laurahütte in Oberschlesien, Johannes Ronge, veröffentlichte in den radikalen Sächsischen Vaterlandsblättern ein Schreiben an Arnoldi, das den Bischof wegen seines „Götzenfestes" scharf angriff und in dem Satze gipfelte: „Schon ergreift der Geschichtsschreiber den Griffel und übergibt Ihren Namen, Arnoldi, der Verachtung bei Mit- und Nachwelt und bezeichnet Sie als den Tezel des neunzehnten Jahrhunderts." Diese Worte bewiesen schon genugsam, daß der eitle Mann, der sich so deutlich selber für einen neuen Luther ausgab, nicht aus dem Holze der Reformatoren geschnitzt war. Ihn entflammte ein achtungswertes Gefühl jugendlicher Entrüstung wider das Schaugepränge römischer Werkheiligkeit; doch von dem Ernste, dem Tiefsinn, der Selbstverleugnung des Glaubenshelden lag nichts in ihm. Sein Brief wiederholte lediglich alte Wahrheiten, die der Protestantismus längst kühner und würdiger ausgesprochen hatte; neu war daran nur der moderne journalistische Stil und das patriotische Pathos. „Erzürnen Sie nicht die Manen Ihrer Väter, welche das Kapitol zerbrachen, indem Sie die Engelsburg in Deutschland dulden" — so rief er dem Bischof zu, und man konnte leicht erraten, daß er seine Weltanschauung gutenteils der Rotteckschen Weltgeschichte verdankte.

Trotzdem rief Ronges Schreiben eine starke, freilich nicht nachhaltige Erregung hervor. Das Trierer Schauspiel erschien weiten Kreisen wie eine mutwillige Verhöhnung aller modernen Bildung; denn die Zeit wähnte sehr frei zu denken, und nur wenige helle Köpfe bemerkten schon, daß in diesem durch so mannigfache Gegensätze zerklüfteten Jahrhundert auch der rohe Autoritätsglaube hüben und drüben eine gewaltige Macht besaß, da die einen ebenso blind auf die Zeitungen und die Schlagworte der Tagespolitik schwuren, wie die anderen auf Heiligenbilder und Reliquien. In Schlesien zeigten die Ultramontanen seit Sedlnitzkys Sturz einen herausfordernden Hochmut, der das ohnehin unzufriedene Volk reizte; der Breslauer Pöbel verhöhnte nicht selten die geistlichen Herren auf der Straße, selbst Fürstbischof Diepenbrock ward einmal von Studenten öffentlich beschimpft. Auch die unklaren reformatorischen Gedanken regten sich wieder, die aus der katholischen Kirche Schlesiens niemals ganz verschwunden waren,*) gutmütige Vorstellungen von einer geläuterten Kirche, welche nicht römisch und doch katholisch sein sollte. Nach wenigen Wochen schon gründete Ronge eine Gemeinde, die sich von Rom förmlich lossagte. Sie bestand zumeist aus kleinen Leuten der Mittelklassen; aber auch zwei Männer von geachtetem wissenschaftlichem Namen schlossen sich an, erst der Kirchenrechtslehrer Professor Regenbrecht, dann der gelehrte, grundehrliche Pater Anton Theiner, beide den Klerikalen längst verhaßt als unerschrockene Kämpfer wider den Zölibat und andere römische Mißbräuche. Unterdessen hatte auch Kaplan Czerski in Schneidemühl, ein wegen heimlicher Ehe verurteilter Priester, mit starkem Anhang die römische Kirche verlassen, und bald bildeten sich in zweiundzwanzig norddeutschen Städten Dissidentengemeinden, die den widerspruchsvollen Namen der Deutschkatholiken annahmen. Im Süden war der Zulauf schwächer, da Österreich und Bayern die neue Sekte mit äußerster Härte verfolgten. Das gläubige Landvolk hielt sich überall fern. Mehr als 60000 Bekenner zählte der Deutschkatholizismus niemals, und die volle Hälfte gehörte Ronges schlesischer Heimat an.

Im Vatikan war anfangs der Schrecken groß; denn wer mochte wissen, wohin ein Schisma auf diesem heißen Boden, in dem Vaterlande der einzigen siegreichen Ketzerei noch führen konnte? Der Klerus erhielt Befehl, mit weltkluger Mäßigung zu verfahren, und nur die abtrünnigen Priester wurden exkommuniziert. Die Evangelischen hingegen hießen Ronges Unternehmen willkommen; ihrer viele sahen ja das Wesen des Protestantismus allein in der Bekämpfung des Papsttums, und auch die Gläubigen lebten der Überzeugung, daß die evangelische Lehre die dem deutschen Gemüte entsprechende Form des Christentums ist, sie hofften auf die kirchliche Wiedervereinigung der Nation. Fast in allen Städten, wo deutschkatholische Gemeinden entstanden, beeilten sich die Protestanten, ihnen die Rathaussäle

*) S. o. III. 416 f.

oder auch ihre Gotteshäuser einzuräumen. Im März 1845 tratzu Leipzig ein Konzil zusammen um Bekenntnis und Verfassung der neuen Sekte festzustellen, und hier zeigte sich alsbald die religiöse Schwäche der Bewegung. Der Deutschkatholizismus krankte nicht nur an einem logischen Widerspruche, da er zugleich allgemeines und nationales Christentum sein wollte, sondern auch an einer schweren sittlichen Unwahrheit, denn er gab vor, zwischen den Katholiken und Protestanten mitteninne zu stehen, während er in Wirklichkeit weit über den evangelischen Glauben hinausging und nur den extremen Sekten der Protestanten verwandt war. Erschienen doch in Königsberg zur Eröffnung des deutschkatholischen Gottesdienstes, freundlich eingeladen, sogar die Führer der liberalen Judenschaft, Jacoby, Falkson, Korsch. Auf dem Leipziger Konzile errang Ronge mit seinem radikalen Anhange den Sieg. Das Dogma wurde im Geiste des platten Rationalismus dermaßen vereinfacht, daß von christlichem Inhalt wenig übrig blieb; die Gemeinden erhielten eine fast unbeschränkte Selbständigkeit, ihrer viele gewährten, allem kirchlichen Brauche zuwider, sogar den Frauen das Stimmrecht. So weit wollte der immerhin etwas ernster gestimmte Czerski doch nicht gehen, den Glauben an die Göttlichkeit Christi gab er nicht auf; auch der wackere Pater Theiner zog sich bald zurück, entsetzt über Ronges windige Phrasen; und es ließ sich jetzt schon vorhersehen, daß diese gedankenlose Sektiererei an der gewaltigen Konsequenz der katholischen Kirche notwendig zerschellen mußte.

Aber die fieberische politische Freiheitssehnsucht des Zeitalters klammerte sich an jeden Strohhalm; alles hieß sie willkommen, was den alten Gewalten in Staat und Kirche irgend widerstrebte. Ulrich von Hutten war den Liberalen dieser Tage die Lieblingsgestalt der deutschen Geschichte; in seinem kühnen Freimut, seinem rhetorischen Pathos, seiner ungebundenen Lebensweise, seinen gestaltlosen vaterländischen Träumen meinten sie sich selber wiederzuerkennen. Und wie er einst von der Reformation die Auferstehung deutscher Macht und Herrlichkeit erhofft hatte, so wähnten jetzt Unzählige, dieser schlesische Kaplan würde der nahenden politischen Revolution eine Gasse brechen. Der philosophische Radikalismus trat für einige Zeit ganz in den Hintergrund, da sich mit einem Male die Aussicht auf große praktische Erfolge der geistigen Freiheit zu eröffnen schien. Viele liberale Zeitungen verherrlichten den Führer der Deutschkatholiken mit einer Inbrunst, die sich neben der Nichtigkeit des Mannes und der Dürftigkeit seiner Erfolge hochkomisch ausnahm. Ein Rebus, der an allen Schaufenstern hing, sagte:

Ronge, zweiter Luther du,
Streite, streite wacker zu!
Nicht durch Rock und Narrenglocken
Sollen uns die Pfaffen locken.
Aberglaube, fliehe fort!
Gleich dem Blitz trifft Ronges Wort.

Wie hätte der Eitle solches Lob ertragen sollen? In neuen Sendschreiben, die er nunmehr an seine Glaubensgenossen, an die Geistlichen, an die Lehrer richtete, schlug er ganz den Ton des radikalen journalistischen Großsprechers an. Er prahlte, die Schlacht gegen das Römertum würde nicht mehr im Dunkel des Teutoburger Waldes, sondern auf den Höhen des germanischen Geistes geschlagen; er weissagte, die in der ersten Reformation verlorene Weltherrschaft Deutschlands solle jetzt durch die zweite Reformation wiedergewonnen werden, und verhieß seinen Genossen: „der unaustilgbare Dank der Geschichte wird Sie durch die Jahrhunderte tragen."

Mit seinem getreuen Dowiat, einem feurigen radikalen Kraftredner bereiste er sodann die süddeutschen Städte, um überall auf Banketten und Zweckessen die Huldigungen der Opposition entgegenzunehmen. Ein ekelhafter Anblick, wie der neue Luther im vierspännigen Wagen mit Ruge und Fröbel, den ungläubigen Demagogen, und mit Fickler, dem Volksmanne der liberalen Seeschwaben, aus Konstanz hinausfuhr zur Kirchenfeier auf dem nahen sichern Schweizerboden, und der dicke Fickler schmunzelnd sagte: das hätt' ich nicht gedacht, daß ich noch einmal Apostel werden sollte. Nachher beim Festmahl rief Dowiat ein schmetterndes Pereat auf die Petersburg im Süden und die Petersburg im Norden; währenddem meldeten sich einige harmlose Konstanzer zum Eintritt in die neue Gemeinde; Dowiat ging hinaus um nach weihevoller Ansprache ihre Namen in sein Kirchenbuch einzutragen und kehrte dann sarkastisch lächelnd, zum Champagner zurück. Darum erklärte der fromme, von Rom so schwer gekränkte Wessenberg sehr nachdrücklich, daß er mit diesem frivolen Treiben nichts gemein haben wolle. Viele andere tüchtige Männer überschätzten die Bewegung; der alte Protestantenhaß gegen den römischen Antichrist wallte hoch auf, alles strebte hinaus aus der Stickluft dieser Tage der Erwartung. Sogar der scharfblickende Karl Mathy ließ sich, allerdings nicht lange, über die Bedeutung der kirchlichen Demagogen täuschen; war er doch selbst der Sohn eines römischen Priesters, der sich einst nach schweren Seelenkämpfen in die evangelische Freiheit hinübergerettet hatte.

Von selbst verstand sich, daß der unaufhaltsame alte Paulus „zur Rechtfertigung der Deutschkatholiken" schrieb; er glaubte ihnen treuherzig, sie würden den Westfälischen Frieden ausführen, den Gegensatz der Bekenntnisse in Deutschland versöhnen. Ebenso zuversichtlich begrüßte sein rationalistischer Gesinnungsgenosse Röhr in Weimar den neuen Kampf wider Rom. Aber auch Gervinus, der weltlichste unter den jüngeren Historikern wähnte sich berufen, von „der Mission der Deutschkatholiken" Großes zu weissagen und in einer zweiten Streitschrift die protestantischen Geistlichen wegen ihrer besonnenen Zurückhaltung hart anzulassen. Er hielt es für ein Naturgesetz, daß Deutschland nach einer religiösen und einer literarischen Epoche jetzt eine politische Zeit erleben müsse; solcher Hoffnung voll begrüßte er die neue Sekte als den Keim einer großen nationalkirch-

lichen Union, die über das Dogma hinwegsehend, allein der Moral, der Duldsamkeit, der Abwehr ausheimischer Mächte leben sollte. Von der beseligenden Kraft der göttlichen Verheißung, von dem gemeindebildenden Drange des lebendigen Glaubens hatte er gar keine Ahnung. Zugleich zeichnete er hier zuerst die Umrisse einer neuen demokratischen Geschichtsphilosophie, die noch viel Unheil in den Köpfen der Halbdenker anzurichten bestimmt war. Während die Weltgeschichte sich bisher immer durch die Wechselwirkung großer Persönlichkeiten und der allgemeinen Zustände fortgebildet hatte, durch Männer, die aus den Trümmern alter Welten eine neue zu formen verstanden, sollte sie im neunzehnten Jahrhundert plötzlich ihren Charakter verändert haben und sich fortan ohne die Macht des Genius, allein durch die Meinungen und Leidenschaften der Massen weiter bewegen. So lautete die neueste Geschichtsoffenbarung; Otto v. Bismarck war grade dreißig Jahre alt. Gervinus stand nicht an, weiter zu schließen: die Deutschkatholiken könnten eben darum auf die Zukunft zählen weil sie so blutarm seien an bedeutenden Männern; und an diesem Satze hielt er eigenrichtig fest, obgleich doch grade in der Kirchengeschichte die Macht der Persönlichkeit ganz überwältigend wirkt; denn noch nie und nirgends ist eine kräftige Religion oder Sekte anders entstanden als durch die erweckende Kraft gottbegeisterter Apostel und Propheten.

Diese trocken politische Beurteilung kirchlicher Dinge war so undeutsch, daß selbst Gervinus' nächste Freunde darüber erschraken. Vor allen Dahlmann. Er hegte, durchweg tiefsinniger und darum bescheidener als sein jüngerer Freund, von frühauf ein starkes religiöses Gefühl und empfand so schmerzlich wie einst Niebuhr, daß sein ganzer Bildungsgang ihn dem kirchlichen Leben entfremdet hatte. Demütig sprach er aus: „Auf der Sittenlehre läßt sich keine Kirche gründen. Mir kommt es vor, daß diejenigen welche sich an Christus selbst halten, die Kirche ausmachen. Wenn wir andern ein- und ausgehen, wir bringen Zug, aber keine Wärme hinein." Und der liberale Theolog Thudichum in Büdingen sagte in einer Gegenschrift ruhig: wo sei denn die aufbauende Kraft der neuen Sekte, da doch die römische wie die evangelische Kirche trotz allem Zeitungsgeschrei ganz unerschüttert dastünde? Ähnlich äußerte sich der Führer der Vermittlungstheologen, Ullmann in Heidelberg, ein feiner, sinniger, künstlerisch angelegter Geist. In seinem „Bedenken über die deutsch-katholische Bewegung" fragte er zweifelnd: wie könne eine dauernde religiöse Gemeinschaft bestehen, wenn sie nicht wie aus einem Keime herauswüchse aus dem ursprünglichen, vollen Leben eines hervorragenden, geistig gewaltigen Einzelnen? —

Die Zweifler behielten recht. Schon nach Jahresfrist war der Deutschkatholizismus ganz verweltlicht, ganz in den Wirrwarr der radikalen Politik hinabgesunken. Die Ironie des Schicksals fügte, daß er nur im Königreich Sachsen tiefe Spuren seines Wirkens hinterlassen sollte, in dem einzigen der größeren deutschen Staaten, der fast gar keine Katholiken ent-

hielt und mithin für eine ernsthafte katholische Reformbewegung den denkbar ungünstigsten Boden bildete. Die glücklichen ersten Jahre des sächsischen Verfassungslebens gingen zu Ende. Minister Lindenau, der Schöpfer des Grundgesetzes fühlte sich nicht mehr sicher. In Wien war er sehr schlecht angeschrieben; denn er verhehlte nicht, daß er die Beschlüsse der Ministerkonferenzen von 1834 für bedenklich hielt; er wurde in den deutschen, den französischen, den englischen Zeitungen beständig als Gegner Metternichs gefeiert und hatte einmal eine sehr peinliche diplomatische Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Großmächten wegen ultraliberaler Äußerungen, die ihm die Presse andichtete.*) Am Hofe verzieh man ihm nie, daß er dem Könige geraten hatte, die Einkünfte des Kammergutes gegen eine Zivilliste hinzugeben, was nach der strengen Hallerschen Doktrin für eine Entwürdigung des Königtums galt.**) Die erste Kammer zeigte sich dem Minister feindlich; der Grundadel wollte weder in die Aufhebung der Patrimonialgerichte willigen, noch in ein billiges Wildschadengesetz, dessen die kunstvolle Landwirtschaft des dichtbevölkerten Landes doch gar nicht entraten konnte. Auf der anderen Seite begann der Radikalismus, der hier seit Jahren unter dem Boden arbeitete,***) sichtlich zu erstarken, zuerst im Vogtlande. Neue Abgeordnete zogen in die Kammer ein, zunächst die Vogtländer Todt, Dieskau, Watzdorf, wohlmeinende Liberale, die sich doch gedankenlos von der Strömung des Tages forttreiben ließen und bald zu der Forderung des Einkammersystems gelangten. Zwischen diesen feindlichen Mächten wußte Lindenaus zarte Gelehrtennatur sich nicht zu behaupten; zum Bedauern aller Einsichtigen im Lande nahm er 1843 seinen Abschied.

An die Spitze des Ministeriums trat nunmehr der Justizminister v. Könneritz, ein tüchtiger Jurist von hartkonservativer Gesinnung. Die neue Regierung war nicht geradezu reaktionär, aber dem Liberalismus feindlich, da jetzt ein anderer Wind von Berlin her wehte; und man merkte ihr rasch jene Ratlosigkeit an, welche gemeinhin revolutionären Bewegungen vorangeht. Die Behörden verfuhren bald schwach, bald hart. Schwere Not brach herein, mehrere Städte wurden von großen Bränden heimgesucht; die Dürre des Jahres 1842, die Kartoffelkrankheit, die Geschäftsstockung in vielen großen Gewerbsbetrieben des Erzgebirges nährten die allgemein schleichende Unzufriedenheit. Auf dem Landtage verteidigte Minister Könneritz tapfer und beredt die völlig verlorene Sache des alten geheimen schriftlichen Strafprozesses; er stand fast allein, die Liberalen aber veranstalteten eine Sammlung, damit einer ihrer juristischen Führer, Braun die Länder des öffentlichen Verfahrens bereisen und sich über die

*) Minister v. Minckwitz, Verbalnote für die Gesandten in Berlin und Wien, 9. Dez. 1834.

**) Jordans Bericht, 25. Aug. 1843.

***) S. o. IV. 153.

Schwurgerichte belehren konnte. So erwachte plötzlich der politische Sinn in dem vordem so stillen Lande. Inzwischen verstärkte sich die Opposition durch neue Wahlen; Schaffrath, Joseph und einige andere Radikale erschienen im Landtage, noch eine kleine Schar, maßlos in den Grundsätzen, formlos im Auftreten. Selbst die allzeit getreue freie Bergstadt Freiberg begann zu grollen, als zwischen den Bergstudenten und der Garnison Zwistigkeiten entstanden, die durch rechtzeitige Strenge der Behörden leicht beigelegt werden konnten,*) und die Regierung dann, nach einem unglücklichen Duell, volle zwei Drittel der Studentenschaft relegierte; das Land war eine Zeitlang nahe daran, seinen Stolz, die berühmte Bergakademie ganz zu verlieren.

Und nun bewährte sich wieder, wie noch in allen unruhigen Zeiten der neueren sächsischen Geschichte, der alte Fluch des albertinischen Hauses: selber schuldlos mußten die Nachkommen noch immer unter dem unseligen Glaubenswechsel Augusts des Starken leiden. In dem wohlwollenden Charakter des Königs lag gar kein Zug konfessioneller Engherzigkeit, und im Vatikan kannte man den hartprotestantischen Boden Kursachsens zu gut um die Hebel grade hier einzusetzen. Trotzdem fühlte sich das Volk schwer beunruhigt durch den Übermut, den die ultramontane Partei im benachbarten Preußen und Bayern zur Schau trug; man glaubte allgemein, auch in Sachsen trieben die Klerikalen ihr Wesen, und bald hieß es, die Jesuiten seien im Lande. Ernsthafte Beschwerden lagen nicht vor. Die Erzbrüderschaft vom Herzen Jesu hatte in einer Ortschaft der Lausitz eine kleine Niederlassung gegründet, aber ohne Vorwissen der Regierung; dann fand man in der neuen katholischen Kirche zu Annaberg am Hochaltar den Namen des heiligen Ignatius und schloß daraus, ganz willkürlich, diese Kirche gehöre der Gesellschaft Jesu. Das war nahezu alles. Doch das Mißtrauen im Volke ließ sich nicht beschwichtigen und wendete sich mit unbegreiflicher Verblendung gegen den Prinzen Johann, der allerdings ein strengerer Katholik war als sein königlicher Bruder, aber in allen kirchenpolitischen Fragen stets eine untadelhafte Mäßigung gezeigt und soeben erst durchgesetzt hatte, daß die Kniebeugung der protestantischen Soldaten in der Dresdener Hofkirche abgestellt wurde. Der schändlich verleumdete Prinz sollte durchaus ein Jesuit sein, das glaubte jedermann bis zu den Schulkindern herunter, und jedermann nahm es für ein Zeichen des göttlichen Zornes wider den katholischen Hof, daß bei dem schweren Eisgange des Frühjahres 1845 das große goldene Kruzifix auf der Dresdener Brücke, für immer unauffindbar, in den Wellen versank.

Nur diese krankhafte Jesuitenfurcht und die politische Verstimmung des Landes bewirkten, daß in dem kleinen Häuflein der sächsischen Katho-

*) Jordans Bericht, 19. Febr. 1845.

liken mehrere deutsch-katholische Gemeinden entstanden, die sich bald durch radikale Protestanten verstärkten und mit den freien Gemeinden der benachbarten preußischen Provinz in Verbindung traten. In Dresden übernahm ein gewöhnlicher Schwätzer, der Stenograph Wigard, die Führung, in Leipzig aber Robert Blum, neben Friedrich List das größte demagogische Talent dieser Tage.

In Köln geboren, kleiner Leute Kind, hatte Blum vor Jahren als Chorknabe den Altardienst verrichtet und sich dann aus tiefer Armut tapfer in die Höhe gearbeitet, auch eine leidliche Bildung erlangt, die doch niemals weit über den Gesichtskreis des Kleinbürgertums hinausging, also dem schlichten Volke immer verständlich blieb. Die natürliche Beredsamkeit der Rheinländer besaß er im höchsten Maße und dazu eine dämonische Gabe die Menschen zu beherrschen. Wenn der breitschulterige, behagliche Bürger mit dem unschönen, aber klugen und gutmütigen Gesicht und den strahlenden braunen Augen zu sprechen anhob, immer aus tiefster Brust, meist hochpathetisch, zur rechten Zeit auch sentimental, dann fühlten die Handwerker und die Ladengehilfen: das ist unser Mann. Jetzt bekleidete er in Leipzig die bescheidene Stelle des Theaterkassierers und war doch schon eine Macht. Auf den jährlich wiederkehrenden Schillerfesten, die er eingerichtet hatte, feierte er den Dichter der Freiheit; mit den Führern der süddeutschen Oppositionsparteien stand er in regem Verkehr; die polnischen Flüchtlinge nahmen in seinem Hause Herberge, und in stiller Nacht feilte er selbst an dem Schlüssel, der den Aufständischen das Tor der Krakauer Zitadelle öffnen sollte. Bei allen Wahlen entfaltete er eine rastlose Tätigkeit, die er selbst ehrlich als Wühlerei bezeichnete. Auch mit gewandter Feder vertrat er die demokratischen Grundsätze in seinem Volkstaschenbuche „Vorwärts" und in den Sächsischen Vaterlandsblättern, einem sehr wirksamen Blättchen, das namentlich die Abderitenstreiche der Kleinstaaterei köstlich verhöhnte. An Stoff konnte es ja hier in der Mitte Deutschlands niemals fehlen. Da war in Altenburg der hochmütige, verschwenderische Hof, in Reuß jüngerer Linie der halbtolle Fürst Heinrich LXXII. Die Erlasse dieses volksbeglückenden Patriarchen brauchte man nur nachzudrucken um den Radikalen ein Fest zu bereiten. Seinen Garten in Osterstein öffnete er allen anständigen Fremden, aber „mit der Dunkelheit hört der Besuch auf. Warum? Weil dann die Begriffe Anständig und Unanständig sich verwirren." Und nach einem Feuer in Lobenstein ließ sich der zweiundsiebzigste Heinrich also vernehmen: „Mein Grundsatz ist: erst löschen und dann einpacken. Nämlich so: wenn ein kleines Feuer schnell gelöscht wird, so schlafen dann die Leute ruhiger, als wenn durch Vernachlässigung desselben eine schlecht gebaute Stadt vielleicht drauf geht."

Also unermüdlich in der Verbreitung demokratischer Ideen, begrüßte Blum es als einen willkommenen Zufall, daß er selbst katholisch getauft

war, und bemächtigte sich sofort der Leipziger Deutschkatholiken; vor Freunden gestand er aufrichtig, diese kirchlichen Wirren dienten ihm nur zum Mittel für seine politischen Zwecke. Auf dem Leipziger Konzil hielt er, hinter einem verhängten Tische stehend, zündende Reden. Kam eine schwierige kanonische Frage vor, dann langte ihm der Historiker Wuttke, ein giftiger kleiner radikaler Molch, der nebenan hinter einem Haufen Bücher saß, unter dem Tischtuch einen Zettel herüber; ein Blick darauf genügte, und der Kirchenstifter sprach alsbald mit bewunderungswürdiger Geläufigkeit über das tridentinische Konzil, dessen Dasein er vordem wohl kaum gekannt hatte.

Inzwischen ward die Regierung besorgt, da die freien Gemeinden Preußens ihre Sendboten nach Sachsen schickten und sich mit den Deutschkatholiken verbrüderten. Am 17. Juni 1845 erklärten die mit der Wahrung des lutherischen Kirchenregiments beauftragten Minister, daß sie, eingedenk ihres Eides, Versammlungen oder Vereine, welche das Augsburgische Bekenntnis in Frage stellten, nicht dulden könnten. Der Erlaß war schwerlich bös gemeint, aber höchst ungeschickt, wie fast alles was von Könneritz und dem neuen Minister des Innern Falkenstein ausging; verstand man ihn buchstäblich, so schien er in der Tat die Gewissensfreiheit zu beschränken, den Austritt aus der lutherischen Landeskirche zu verbieten. Ganz deutlich sagte er aber, daß die sächsische Regierung, wie die preußische, mit dem alten Rationalismus brechen wollte. Und diese behagliche, bis zur Gleichgiltigkeit duldsame Aufklärung herrschte im Volke, zu mal in den Städten noch überall vor; ihr gefeierter Vertreter, der greise Ammon war noch immer Oberhofprediger. Darum erregte die Bekanntmachung der Minister allgemeinen Unwillen, und wieder schob man alle Schuld auf den gänzlich unbeteiligten Prinzen Johann.

Die Gemüter waren erhitzt, die Behörden hatten schon mehrfache Warnungen erhalten; da kam der Prinz am 12. August nach Leipzig um die Kommunalgarde zu mustern. Schon während der Truppenschau erlaubten sich die Zuschauer manche Frechheit; und als der Prinz nachher spät abends mit den Spitzen der Behörden bei Tafel saß, im Gartenhause des Preußischen Hofs am Roßplatze, da sammelte sich eine tobende Volksmasse auf dem weiten Platze. Die Menge sang „Eine feste Burg ist unser Gott"; dann ertönten Hochrufe auf Ronge und Czerski, wilde Lieder, Flüche und Schimpfreden, ein Hagel von Steinen schlug an die Fenster des Gasthofs. Niemand von den Behörden fand den Mut, dem Haufen mit einer kräftigen Ansprache entgegenzutreten. Erst als der Unfug sich bedrohlich steigerte, sendete man nach der Wachtmannschaft der Kommunalgarde. Gleich darauf ließ der Stadtkommandant Oberst v. Buttlar, ein sehr tüchtiger Offizier, auf Verlangen der Zivilbehörde ein Bataillon seiner Truppen herbeirufen; die noch von den Dresdener Straßenkämpfen her beim Pöbel verhaßten schwarzen Schützen waren früher zur Stelle als

die behagliche Bürgerwehr. Um seine Furchtlosigkeit zu beweisen kam der Prinz selbst einen Augenblick heraus und verlangte, daß man für die Räumung des Platzes sorgte, dann kehrte er zu seinen Gästen in den Gartensaal zurück ohne zu ahnen was sich nun begeben sollte.*) Unterdessen hatten die Schützen ohne Gewalttätigkeit den Haufen von dem Platze größtenteils hinweggedrängt. Jetzt staute sich die Menge in den Baumgängen der Promenaden, die den Roßplatz umsäumten. Abermals Steinwürfe, abermals Geschrei und Toben; wiederholte Aufforderungen zum Auseinandergehen verhallten ungehört oder unbeachtet; da feuern zwei Pelotons der Schützen in die dichtgedrängte Menge hinein, sieben aus der Menge werden getötet, mehrere verwundet. Es war eine unglückselige Übereilung, ganz gewiß nicht planvoll vorbereitet, aber auch nicht entschuldigt durch drängende Not; allem Anschein nach hatten zwei Offiziere inmitten der wüsten Verwirrung, im abendlichen Dunkel den Überblick verloren und die augenblickliche Gefahr zu hoch angeschlagen. Als die Kommunalgarde endlich durch Generalmarsch aufgeboten wurde, da verliefen sich die Massen, aber ein tiefer Groll blieb in den Herzen der Bürgerschaft zurück. Der durch den blutigen Vorfall schmerzlich überraschte Prinz Johann sollte wieder an allem die Schuld tragen, und als er am Frühmorgen abreiste, wurde sein Wagen mit Flüchen und Steinwürfen verfolgt.

Alle Parteien überschätzten das traurige Ereignis, denn das Vorgefühl einer großen Entscheidung zitterte durch die Welt. Freiligrath sang die volltönende Ode auf Leipzigs Tote:

Ich bin die Nacht, die Bartholomäusnacht,
Mein Fuß ist blutig und mein Haupt verschleiert.
Es hat in Deutschland eine Fürstenmacht
Zwölf Tage heuer mich zu früh gefeiert —

prächtige Verse, die sich neben der nüchternen Wirklichkeit doch fast lächerlich ausnahmen. Ebenso aufgeregt betrachtete man in Wien diese Pöbelunruhen, denen die wackere Bürgerschaft der Meßstadt ganz fern geblieben war. Metternich sah die seit einem Menschenalter befürchtete Revolution jetzt mit Riesenschritten herannahen und hatte schon im April seinen Diplomaten geschrieben: „Tritt das Übel einmal deutlich aus dem Verstecke, in dem es sich hält, hervor, dann werden die Regierungen sich zu erheben bemüßigt sein aber Freischaren gegenüberstehen, denen die geregelte Macht in die Länge nur schwer zu widerstehen vermag.“**) Ganz im Sinne des Meisters berichtete nunmehr der k. k. Generalkonsul Hübner in Leipzig, ein kluger, ehrgeiziger Reaktionär, der in der Gesell-

*) So berichtet der Prinz selbst (Falkenstein, König Johann von Sachsen S. 160). Seine Erzählung ist, wie sich von selbst versteht, in allem Wesentlichen zuverlässig; doch stammt sie unverkennbar erst aus späterer Zeit und enthält daher einige leicht erklärliche kleine Ungenauigkeiten.

**) Metternichs Denkschrift, 30. April 1845.

schaft Jesu eine hohe Stellung einnahm: diese durch die Schwäche der Behörden verwöhnte „sogenannte Hauptstadt der Intelligenz" sei neben Königsberg der Hauptsitz des deutschen Demagogentums; den Tumult hätten die Literaten veranlaßt und die Studenten als Werkzeuge gebraucht; „hier ist alles zur Revolution reif, versöhnt wird hier niemand." Seine Schilderung war so grell, daß selbst das preußische Ministerium meinte, der Österreicher scheine doch nicht unbefangen.*)

Am Morgen nach dem Blutvergießen zeigten sich die königlichen Behörden ganz gelähmt vom Schrecken, kein Soldat erschien in den Straßen. Die Studenten, die noch in der Nacht den Fechtboden erbrochen hatten, versahen im Verein mit der Kommunalgarde allein den Sicherheitsdienst. Nachmittags drängten sich Scharen von Bürgern und Studenten in das Schützenhaus, alles verwünschte den Prinzen, dem man eine berechnete Untat andichtete, und forderte Rache für das vergossene Blut. Da trat plötzlich Robert Blum in die furchtbar aufgeregte Versammlung. Er war am Tage zuvor verreist gewesen — was ihm jetzt sehr zum Vorteil gereichte — und gradeswegs vom Bahnhofe herbeigeeilt. Augenblicklich übersah er die Lage und begriff, daß die Zeit für neue Gewalttätigkeiten noch nicht gekommen war; in mächtiger, tief ergreifender Rede sprach er den Versammelten aus, eine Sühne müsse der Stadt werden, aber nur auf gesetzlichem Wege. Dann führte er diese erbitterten Tausende in ruhiger Ordnung nach dem Markte; kein Unfug befleckte, so rühmte Blum, „die wahrhafte Majestät dieser Volksversammlung". Nach kurzer Frist verkündete er vom Altane des Rathauses herab, daß der Stadtrat sich den Beschlüssen des Volks unterworfen habe, Abzug der Garnison und strenge Untersuchung vom Könige verlangen wolle. Vier Tage hindurch beherrschte er die Stadt wie ein Diktator, die Behörden schienen verschwunden. Beim Begräbnis der Erschossenen erklangen wieder stürmische Reden, doch die Ordnung blieb völlig ungestört; die Kommunalgarde hielt strenge Wacht, nach den Weisungen des Demagogen.

Am Dresdener Hofe wußte man sich anfangs nicht zu helfen. Die Minister schöpften erst wieder Mut, als durch Blums Entschlossenheit die nächste Gefahr beseitigt war, und nun endlich griffen sie sehr scharf ein. In stiller Nacht wurden Truppen mit Geschützen nach Leipzig gesendet, und gedeckt durch diese bewaffnete Macht erschien am 17. als königlicher Kommissar der Geh. Rat v. Langenn, ein gelehrter Jurist, der sich in allen politischen Kämpfen als hochreaktionärer Parteimann benahm. Parteiisch verfuhr er auch hier. Er kündigte, wie billig, eine strenge Untersuchung gegen die Aufrührer an, erklärte aber zugleich, daß die Regierung die doch keineswegs tadelfreien Maßregeln ihrer Organe vertreten würde. Die Stadt,

*) Hübners Bericht an Metternich 27. Aug. Schreiben des preuß. Minist. des Innern an Canitz, 11. Okt. 1845.

sagte er kurzab, hat eine Sühne nur zu geben, nicht zu fordern; und noch hochmütiger ermahnte nachher im Landtage Minister Falkenstein die Leipziger, sie sollten in sich gehen und sich wiederfinden. Die Bekanntmachung über die Ergebnisse der kommissarischen Voruntersuchung erschien erst nach sechs Wochen und enthielt offenbare Unwahrheiten. Sie begnügte sich nicht mit der ganz unbestreitbaren Versicherung, daß Prinz Johann das Schießen nicht befohlen hatte, sondern leugnete sogar feierlich ab, daß er vor dem Feuern einmal auf den Platz hinausgekommen war — was doch gar nichts zur Sache tat und von dem Prinzen selber unbefangen eingestanden wurde. Solche liebedienerische Unaufrichtigkeiten mußten den Verdacht erwecken, daß die Regierung nicht mit gleichem Maße messe. Auch über das gerichtliche Verfahren nachher verlautete nur wenig Bestimmtes. Die radikalen Agenten, die wohl sicherlich insgeheim mitgewirkt und den blinden Papistenhaß der Massen mißbraucht hatten, hielten ihr Spiel wohl verdeckt; die zunächst beteiligten Offiziere aber wurden in der Stille aus Leipzig versetzt.

So ließ die bureaukratische Seelenangst alles im Dunkel, wiewohl sie eigentlich nichts Fürchterliches zu verstecken hatte. Um so eifriger zeigte sie sich in kleinen polizeilichen Bosheiten. Mehrere der auswärtigen Schriftsteller wurden ausgewiesen, sogar der Königsberger Wilhelm Jordan, der schon das sächsische Staatsbürgerrecht besaß. Unablässig bestürmte der Dresdener Hof den Berliner um strenge Maßregeln gegen die angeblich mitschuldigen Radikalen der Provinz Sachsen, namentlich gegen die Hallenser Studenten — obgleich ein sofort hinübergesendeter Pedell keinen einzigen Hallenser in Leipzig auffinden konnte.*) Vornehmlich die Presse bereitete dem sächsischen Hofe schweren Kummer. Die Kölnische, die Schlesische, die Magdeburgische Zeitung beeilten sich ihren Lesern die Leipziger Mordnacht in greller Beleuchtung, nicht selten mit groben Entstellungen, vorzuführen. Der sächsische Gesandte Minckwitz brachte dem Minister in Berlin ganze Stöße ruchloser preußischer Zeitungsartikel und bat flehentlich, die Besprechung der Leipziger Ereignisse ganz zu verbieten oder doch mindestens die Namen der frevelnden Korrespondenten zu erforschen. Beides war unzulässig, nach den wahrlich nicht milden neuen Zensurverordnungen Preußens; auch merkte man in Berlin, daß die sächsischen Minister Rache nehmen wollten an einigen verdächtigen Schriftstellern in Leipzig. Vier Monate währte dies klägliche Jammergeschrei; dann endete es ohne jedes Ergebnis.**)

In solcher Lage begann der neue sächsische Landtag, lärmend und friedlos. Die Opposition erhob sogleich heftige Anklagen, ihr radikaler

*) Min. v. Zeschau an den Geschäftsträger v. Bose in Berlin, 14. 17. Aug.; Kurator Pernice in Halle an Eichhorn, 16. 20. Aug. 1845.

**) Verbalnoten an Canitz: von Bose, 20. 26. Aug., von Minckwitz, 10. 27. Sept. 1845 usw. Canitz an Bodelschwingh, 20. Okt., 14. Dez. 1845.

Flügel verlangte sogar schon, infolge einer Petition Robert Blums, Verminderung des Heeres und Vereidigung der Truppen auf die Verfassung. Für diesmal ward sie noch geschlagen; der Hof fühlte jedoch, wie die Zuversicht der Gegner unaufhaltsam anwuchs, und ließ den Nachbarhöfen aussprechen, nur feste Eintracht aller Kronen könne noch retten. Darauf versprach ihm Metternich die moralische Unterstützung Österreichs; der preußische Gesandte aber, der alte Jordan, der doch sonst den Herrgott gern einen guten Mann sein ließ, sagte sorgenvoll: „Ich fürchte, es dürfte die Zeit kommen, wo das appui moral nicht mehr ausreichen wird.“*)

In der Tat hatte Robert Blum seit jenen stürmischen Augusttagen eine gefährliche Macht erlangt. Es erfüllte sich, was der Österreicher Hübner damals voraussagte: Blum hält die Ordnung aufrecht, und „diesen Dienst wird er sich teuer bezahlen lassen“. Die Regierung konnte ihm nichts anhaben, sie war dem klugen Demagogen sogar Dank schuldig. Das Volk betete ihn an, bei keinem Zweckessen, keiner politischen Versammlung durfte er fehlen; seine Freunde schürten überall die Mißstimmung, und es war wesentlich sein Werk, daß beim Ausbruch der Revolution Sachsen neben Baden als das radikalste aller deutschen Länder erschien. Seltsamerweise — so wenig kannten die Minister ihr eigenes Land — fand Blum in den kleinen Industriestädten mehr Anhänger als in Leipzig selbst. Zwar umgab ihn auch hier eine starke Partei, die er durch die Schillerfeste und seinen neugegründeten Redeübungsverein stets in Atem hielt; der Kern der reichen, gebildeten Bürgerschaft aber gehörte dem gemäßigten Liberalismus an, und als die Tage der Prüfung kamen, da hielt sich keine Stadt des Landes so ruhig, so gesetzlich, wie dies von der Regierung so schnöde behandelte Leipzig.

Also blieb die deutschkatholische Bewegung für das religiöse Leben gänzlich unfruchtbar und bewirkte nur, daß die römische Kirche unangreifbarer denn je erschien. In den Landtagen wurde natürlich um die Duldung der neuen Sekte lebhaft gestritten; je liberaler eine Regierung war, um so freundlicher kam sie den Anhängern Ronges entgegen, so vornehmlich der Braunschweiger Hof. Im badischen Landtage verlangte Pfarrer Zittel die völlige Religionsfreiheit und Rechtsgleichheit für alle christlichen Sekten. Ein echter Sohn des badischen Pfarrhauses, vielseitig gebildet, mild, fromm, ganz von Hebels menschenfreundlicher Weisheit erfüllt, hätte Zittel gern auch für die Juden alle bürgerlichen Rechte gefordert und stand davon nur ab, weil er den tiefen Abscheu seiner Bauern gegen die Güterschlächter und Roßtäuscher kannte. Aber selbst mit seinem beschränkten Antrage vermochte er noch nicht durchzudringen, da die Ultramontanen im Oberlande Lärm schlugen und die Regierung bedenklich wurde.

*) Jordans Bericht, 3. Nov. 1845.

Sehr unsicher verfuhr die Krone Preußen gegen die neue Sekte. Zu Anfang begrüßte der König den Abfall Ronges gradezu mit Freude. Nach seiner Doktrin konnten ja beide Kirchen nur an innerer Kraft gewinnen, wenn die Ungläubigen ausschieden. Ganz in seinem Sinne riet General Thile, die kleine, von Rom ausgestoßene Schneidemühler Gemeinde Czerskis so günstig als möglich zu stellen; das würde hoffentlich auch die evangelischen Sektierer zum Austritt aus der Landeskirche ermutigen, „und der Weg zu einer Reinigung unserer Kirche kann sich dadurch vielleicht mit anbahnen". Da die Schneidemühler sich ernst und ehrbar hielten, so war Friedrich Wilhelm sogar geneigt, sie als Augsburger Konfessionsverwandte anzuerkennen und ihnen sein Wohlgefallen auszusprechen.*) Erst nach einem Gespräche mit dem Erzbischof Geissel auf Stolzenfels ward er mißtrauischer; er begann jetzt zu bemerken, wie der politische Radikalismus sich der Sekte bemächtigte, und als er gar erfuhr, daß Ronge in der evangelischen Kirche zu Jerschendorf erschienen war, um die Gemeinde zum Abfall zu verführen, da schrieb er zornig: „Heute hört man noch nichts von ernstlicher Untersuchung, viel weniger aber von Bestrafung des Frevels!!!!!!! Es ist mein ernster Wille, daß für die Zukunft unserer Kirche derselbe Rechtsschutz gegen die neukatholischen Eingriffe geleistet werde, dessen sich die römische Kirche bei uns erfreut."**) Nach vielfachen Erwägungen beschloß er endlich, die rechtliche Stellung der Deutschkatholiken und der protestantischen Dissidenten zugleich durch ein umfassendes Toleranz-Edikt zu regeln. —

Dieser Entschluß rechtfertigte sich von selbst, denn auch die evangelische Kirche ward durch sektiererische Bewegungen erschüttert. Der ältesten und ehrwürdigsten dieser protestantischen Sekten, den Altlutheranern, suchte Friedrich Wilhelm von Haus aus durch milde Nachsicht gerecht zu werden, wie er ja schon als Kronprinz die harte Behandlung dieser Frommen stets verurteilt hatte.***) Er gestattete ihnen stillschweigend ungestörten Gottesdienst und die Heimkehr der ausgewanderten Prediger. Die gesetzliche Anerkennung der Sekte wagte er jedoch erst nach Jahren auszusprechen, weil der Prinz von Preußen ernst und beharrlich widerstand. Immer voll Pietät für den Vater, verlangte der Thronfolger, daß man die Anordnungen der früheren Regierung nicht förmlich zurücknehmen, sondern die Behörden lediglich zur Duldung der Altlutheraner anweisen solle. So in allem und jedem zeigte sich der Gegensatz der beiden Brüder.

*) Thiles Denkschrift über Schneidemühl, 11. Jan.; Thile an Uhden und Eichhorn und Bericht an den König, 6. Sept. 1845.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 4. Juli 1846.

***) S. o. IV. 565 ff.

Der getreue Thile fürchtete schon, daß der Thronfolger durch die Kraft seines Charakters die Herrschaft im Ministerrate erlangen könnte, und warnte: „Der Prinz hat in hohem Grade die Gabe der Ausdauer und Energie in dem, was er will und verfolgt, und jede Erfahrung, daß er auf dem Wege des beharrlichen Widerspruchs seinen Zweck erreicht, wird ihn darin nur bestärken.“*)

Schließlich erlangte der Thronfolger doch so viel, daß, statt eines Gesetzes, am 23. Juli 1845 nur eine „General-Konzession“ veröffentlicht wurde.**) Sie sicherte den Altlutheranern alle bürgerlichen Rechte zu, gestattete ihnen die Bildung von Kirchengemeinden unter einem gemeinsamen Vorstande, erklärte ihre Taufen und Trauungen für rechtsgiltig, sobald sie den Gerichten angezeigt würden; nur der Name Kirche sollte den Bethäusern versagt bleiben. Welch ein Widerspruch, daß also eine Kirche, die doch älter war als die unierte Landeskirche selbst, jetzt nachträglich eine bedingte Anerkennung erhielt! Immerhin ward den Bedrängten endlich eine Sühne alten Unrechts; sie bildeten, etwa 50 000 Köpfe stark, nunmehr eine Kirchengemeinschaft mit dem Mittelpunkte Breslau, die sich in ihrem frommen Stilleben sehr engherzig zeigte und sogar die „gemischten Ehen“ von Lutheranern und unierten Evangelischen zwar nicht gradezu verbot, doch für seelengefährlich erklärte. Alles was einst Thomasius vor anderthalb Jahrhunderten über diese Ehefragen geschrieben, und der ganze große Wandel der Zeiten seitdem war für den konfessionellen Starrsinn nicht vorhanden. Bald darauf erwachte der lutherische Sondergeist auch in der unierten Kirche selbst; Superintendent Otto und andere streng lutherische Geistliche von den Odermündungen unternahmen, innerhalb der Union eine geschlossene altpommersche Landeskirche zu bilden.

Weit gefährlicher erschienen dem Könige die radikalen Protestanten, die jetzt in der alten Heimat der Aufklärung, der Provinz Sachsen ihre Stimmen erhoben. Hier begann das kirchliche Zerwürfnis schon in den letzten Tagen des Ministeriums Altenstein. Bischof Dräseke, der gewaltige Kirchenredner, geriet in einen heftigen Kanzelstreit mit dem Prediger Sintenis, der die Anbetung Christi feierlich verdammt hatte. Wie ein Mann traten die Berliner Orthodoxen für den Bischof ein, obgleich er keineswegs zu ihrer Partei gehörte. In der Provinz dagegen, mindestens unter den älteren Geistlichen und im Kleinbürgertum, herrschte noch durchaus die Schule der rationalistischen Hallenser Wegscheider und Gesenius; der vor kurzem noch hochgefeierte Bischof sah sich plötzlich in Zeitungen und Flugschriften schonungslos angegriffen. Da suchte Eichhorn den Frieden herzustellen, indem er beiden Gegnern Stillschweigen gebot. Eine solche Demütigung wollte der stolze Prälat nicht ertragen; er fühlte, daß er

*) Thiles Bericht an den König, 17. März 1845.

**) Thile an Bodelschwingh, 14. Juli 1845.

die Herrschaft über seine Herde verloren hatte, legte sein Amt nieder und zog sich, ein gebeugter Mann, nach Potsdam zurück, wo ihn des Königs Gnade doch nicht über den tiefen Fall zu trösten vermochte. Seitdem schwoll das Selbstgefühl der Rationalisten mächtig an, und wie einst Altensteins harte Unionspolitik den Sektengeist der Altlutheraner gestachelt hatte, so wurde jetzt der Radikalismus aufgereizt durch die streng kirchliche Haltung Eichhorns und des neuen Magdeburgischen Konsistorialpräsidenten Göschel. Seit 1841 vereinigte sich eine starke Anzahl von rationalistischen Geistlichen zu regelmäßigen Versammlungen, um die Neugestaltung der Kirche im Sinne eines einfachen, vernunftgemäßen evangelischen Christentums zu besprechen; sie nannten sich selbst die protestantischen Freunde, von den Gegnern wurden sie als Lichtfreunde verspottet. Bald traten auch Laien hinzu, der Zulauf wuchs von Jahr zu Jahr. Die Eisenbahnen bewährten sich hier zum ersten Male als eine demokratische Macht, die neuen Bahnlinien zwischen Saale, Elbe und Mulde führten Tausende herbei; auf dem weiten Köthener Bahnhofe tagten mehrmals große Volksversammlungen der Lichtfreunde, die bei Bier und Tabak über die Zukunft des Christentums verhandelten.

Die Führer dieser Bewegung zeichneten sich durch ehrliche Rechtschaffenheit und religiösen Ernst sehr vorteilhaft aus vor den windigen Helden des Deutschkatholizismus. Leberecht Uhlich hatte einst als Köthener Landprediger seine protestantische Gesinnung, dem katholischen Hofe gegenüber, freimütig behauptet und dann in einem Magdeburgischen Dorfe sein Pfarramt mit solchem Eifer verwaltet, daß er eine Zeitlang gar in den Ruf des Pietismus geriet, weil die meisten anderen Rationalisten sich um die Pflichten der Seelsorge wenig zu bekümmern pflegten. Als er jetzt eine Predigerstelle in der Stadt Magdeburg erhielt, strömten ihm die kleinen Bürger freudig zu. Sie glaubten ihm, denn er redete ihre Sprache und lebte mit ihnen, wie er auch seine Söhne zu schlichten Handwerkern erzog; die lärmenden Volksversammlungen schwiegen sofort, wenn der derbe grobknochige Mann mit den ernsten treuherzigen Augen seine starke Stimme erhob. Daß er selber noch fest auf dem Boden seiner geliebten evangelischen Kirche stände, war dem ehrlichen Rationalisten ganz unzweifelhaft; er predigte ja noch immer dieselben Grundsätze, die er einst bei Wegscheider auf der königlichen Universität gelernt hatte, und konnte gar nicht begreifen, warum ihm das jetzt zum Vorwurfe gereichen sollte. Ebenso grundehrlich war der Hallenser Pfarrer Wislicenus, ein hartverständiger Kopf, der sich mit den Kämpfen der neuen Theologie doch etwas ernstlicher als Uhlich beschäftigt und darum auch einige Gedanken der Junghegelianer aufgenommen hatte.

Diesen beiden Führern folgten viele hilflose, einfältig fromme Menschen, denen das Herz schwer ward, weil sich der Widerspruch zwischen der christlichen Offenbarung und den landläufigen Lehrsätzen moderner Natur-

und Geschichtsforschung doch gar nicht wegleugnen ließ. Sehr tief wurzelte in den Massen jener alte gutmütige Rationalismus, der, nach der Weise des bekannten „vergnügten" Katechismus der Holsten, die sittliche Aufgabe der Menschheit in einem vergnügten, bürgerlich achtbaren Leben suchte. Den frommen westpreußischen Dichter Bogumil Goltz faßte gradezu ein Schauder, wenn er dies so ganz im Diesseits aufgehende, aller Heiligung entfremdete Geschlecht betrachtete, und er verkündete seine Warnungen in einer geistvollen, leider formlosen Schrift: Deutschlands Entartung in der lichtfreundlichen und modernen Lebensart. Hinter den Rationalisten stand die breite Masse der Unzufriedenen. Irgendwie mußte sich der Groll über die Stockung des öffentlichen Lebens doch Luft machen. Hier in den alten Lutherlanden warf er sich zunächst auf die kirchlichen Fragen. Dies Land alter Kultur und starker geistiger Regsamkeit trat später als alle andern preußischen Provinzen in die Kämpfe des Staatslebens ein. Als aber die politische Leidenschaft dann endlich erwachte, da verschwand die religiöse Parteiung ebenso schnell, wie sie gekommen war, weil sie doch mehr in dem unbestimmten Gefühle allgemeinen Mißmuts als in der Empörung des Gewissens ihre Wurzeln hatte. Zur selben Zeit entbrannte auch in Königsberg der kirchliche Streit; der Divisionsprediger Rupp bekämpfte vor seinen Soldaten das athanasianische Glaubensbekenntnis und wurde dafür von Jacobys Judenkreise mit schadenfrohem Lobe überschüttet, von dem Konsistorium aber, auf Andringen des frommen Generals Dohna, zur Rechenschaft gezogen. Auch Rupp war ein sehr achtungswerter, im Grunde des Herzens christlich gesinnter Geistlicher, höher gebildet als die beiden Sachsen; der rücksichtslose Wahrheitsdrang, der so tief im Wesen des Protestantismus liegt, verleitete ihn, die Kanzel mit dem Katheder zu verwechseln und seiner Herde statt des Brotes der Erbauung den Stein theologischer Kritik zu bieten.

Der Kampf ward heftiger, als Wislicenus auf einer Köthener Versammlung (1844) die Frage stellte: ob Schrift, ob Geist? — und rundweg antwortete: unsere Lehre ist nicht schriftgemäß. Da erhoben sich die Hallenser Orthodoxen, die dort in der theologischen Fakultät den altersschwachen Rationalismus schon fast ganz überwunden hatten: voran Guericke, der einst verfolgte, erst kürzlich wieder eingesetzte strenge Lutheraner, ein Mann ohne alle Menschenfurcht, in der Politik fast radikal, in seinem religiösen Wunderglauben so folgerecht, daß ihm selbst Bileams redender Esel keine Bedenken erregte. Nachher hielt Tholuck Zeitpredigten wider den Unglauben, tapfer und beredt, aus der Fülle seines frommen Gemütes heraus, aber auch hart und ungerecht gegen die Weltanschauung des friderizianischen Zeitalters. Unterdessen begann Hengstenbergs Kirchenzeitung Lärm zu schlagen; Hunderte von Geistlichen, Pastor Büchsel voran, erklärten in ihren Spalten, daß sie dem ungläubigen Wislicenus die Pastoralgemeinschaft aufsagen müßten. So wunderlich hatten die Zeiten

sich verändert, der feierliche Kirchenbann erschien jetzt in der leichtfertigen Gestalt von Zeitungsartikeln. Gegenerklärungen blieben nicht aus, sie trugen weit mehr Unterschriften, aber meist von Laien; auch manche erklärte Feinde des Christentums nahmen teil, um der Kirche doch einmal einen Schlag zu versetzen.

Zu früheren Zeiten hatte Deutschlands evangelische Kirche unter der milden Leitung ihrer Landesherren solche sektiererische Bewegungen fast immer niederzuhalten vermocht. Es war ihr Ruhm, daß sie die notwendigen radikalen Elemente des Protestantismus nicht, wie Englands pharisäische Staatskirche, als Dissenters ausgestoßen, sondern meist langmütig ertragen und dadurch immer wieder besänftigt hatte. Jetzt am wenigsten war die Zeit, mit solchen schönen Traditionen zu brechen. Der Rationalismus hatte hundert Jahre lang die Kanzeln beherrscht, er besaß unbestritten ein historisches Recht; nun da er alterte und vermorschte, konnten seine an Geist und Glaubenskraft armen Epigonen der Kirche nicht mehr gefährlich werden. Das deutsche Gewissen rang danach, die neue wissenschaftliche Weltanschauung mit der ewigen Wahrheit des Christentums zu versöhnen; selbst der fromme Twesten gestand traurig seinem gleichgesinnten Freunde Perthes: wir Gläubigen haben eigentlich mehr Sehnsucht nach Glauben als wirklichen Glauben. In solchen Tagen des Zweifels und der Gärung, in diesem unverkennbar weltlichen Zeitalter mußte die Kirche sich vor jedem unbedachten Eingriff hüten, werdende Gedanken und Parteibildungen in Freiheit ausreifen lassen.

Ganz anders empfand König Friedrich Wilhelm. Mit Unrecht warfen ihm die Gegner vor, daß er sich betören ließe durch das Vorbild der anglikanischen Kirche, deren Schwächen er sehr wohl erkannte. Aus seinen eigensten Gemütserfahrungen, aus seinem ganzen Sein und Denken vielmehr ergab sich ihm die Überzeugung, daß die lebendige Kirche nur aus Gläubigen bestehen dürfe — ein hohes Ideal, das sich freilich in der Gebrechlichkeit dieser Welt noch nie und nirgends verwirklicht hatte. Solange die gegenwärtige Kirchenverfassung bestand, wollte er, wie sein getreuer Thile sich ausdrückte, zwar nicht das centrum auctoritatis, wohl aber das centrum unitatis für die evangelische Landeskirche bleiben; und diese Pflicht des Kirchenhauptes — oft genug sprach er es gegen Eichhorn aus — stand ihm unendlich höher als etwa die Sorge für die auswärtige Politik seines Staates. Er meinte im Geiste evangelischer Freiheit zu handeln und seinen irrenden Brüdern selbst einen christlichen Liebesdienst zu erweisen, wenn er ihnen, um sie vor Heuchelei zu bewahren, die Pforte der Kirche zum Austritt weit auftat. Ihn quälte dabei nur das eine Bedenken, ob man nicht die Versuchung zum Abfall befördere, wenn man das Ausscheiden allzu sehr erleichtere. Daher erklärte Eichhorn den Magdeburger Lichtfreunden von vornherein: sie hätten nur die Wahl, entweder auszutreten oder ihre kirchlichen Reformpläne aufzugeben. In

einer langen Denkschrift, die des Königs vollen Beifall fand, führte Thile aus: das Bekenntnis bilde den einzigen Boden für das staatsrechtliche Dasein der evangelischen Kirche; träte selbst die Hälfte ihrer Mitglieder aus, so würde die andere Hälfte um so fester zusammenhalten, wie das Beispiel der Altlutheraner bewiese. Nicht wir, so schloß er, wollen richten, wer noch evangelisch sei, sondern nur denen die Tür öffnen, die sich selbst für abgefallen bekennen.*)

Von solchem Bekenntnis waren die Lichtfreunde jedoch weit entfernt; sie behaupteten vielmehr gute evangelische Christen zu sein. Freiheit in der Kirche, nicht außer der Kirche! — so lautete ihr Feldgeschrei. Die katholische Kirche begnügte sich neuerdings, gleich der weltlichen Staatsgewalt, meist mit dem äußerlichen Gehorsam, mit der Befolgung ihrer Satzungen und Formen, und erwies durch diese mehr politische als kirchliche Behandlung des religiösen Lebens doch den Zweifelnden und Schwankenden einige Schonung. Der Protestantismus hingegen, der den Glauben so viel tiefsinniger und innerlicher auffaßte, mußte eben deshalb sofort zu den Machtmitteln des Gewissensdrucks greifen, wenn er versuchte, die Treuen von den Ungetreuen zu scheiden. Also geschah es, daß dieser König, der die Gewissensfreiheit so hoch hielt, gehässige Lehrprozesse gegen die Lichtfreunde einleiten ließ, damit sie selbst ihren Unglauben eingestünden und dann der Freiheit des Unglaubens preisgegeben würden. Nach dem bestehenden Kirchenrechte war er dazu unzweifelhaft befugt. Er verkannte jedoch, daß solche Religionsgespräche niemals ein überzeugendes Ergebnis haben, weil die Gemütswahrheiten des Glaubens nur erlebt, nicht bewiesen werden können; er verkannte, daß nicht jedem Menschen der gleiche Drang und die gleiche Kraft des Glaubens verliehen ist; und wie er alles persönlich nahm, so betrachtete er die Geistlichen, die ihm „der Apostasie vom christlichen Glauben" schuldig schienen, kurzweg als Eidvergessene.**) So mußten denn der ehrwürdige strenglutherische Superintendent Heubner, Twesten und andere Theologen in Wittenberg, ganz nach der Weise des siebzehnten Jahrhunderts, ein Kolloquium mit Wislicenus abhalten; auch Rupp in Königsberg und Archidiakonus Krause in Breslau wurden solchen Verhören unterworfen. Alle Angeschuldigten behaupteten, daß sie durch ihre Auslegung der Dogmen nur das gute Recht evangelischer Freiheit betätigt hätten.***)

Mittlerweile tobte der Kampf zwischen Hengstenberg und den Lichtfreunden weiter, und zum Kummer des Königs erklärte sich jetzt auch eine unbestreitbar kirchlich gesinnte Mittelpartei wider die Verfolgungssucht der Orthodoxen. Bischof Dräseke, der soeben erst durch die sächsischen Nationa-

*) Thiles Denkschrift über die Lichtfreunde, 16. Aug. 1845.

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 29. Nov. 1845.

***) Snethlage und Twesten, Bericht über das Wittenberger Kolloquium, 16. Mai 1845.

listen so schwer verunglimpfte, und der allezeit untertänige greise Bischof Eylert unterzeichneten (Aug. 1845) eine von den Schülern Schleiermachers in Berlin entworfene Adresse an den Monarchen, welche zwar die Verirrungen der Lichtfreunde beklagte, aber auch vor willkürlichen Ausschließungen dringend warnte: nur unter lebendiger Teilnahme der Gemeinden solle die Kirche sich selbst gestalten und ihre Lehrformeln in christlichem Sinne frei entwickeln. Weit gröber lautete eine bald nachher vom Berliner Magistrat beschlossene Adresse. Alle diese Jahre hindurch hatte die Stadt Nicolais lediglich durch Witze und Klatschereien in die Kämpfe des öffentlichen Lebens eingegriffen; erst als sie die Grundsätze der Aufklärung bedroht glaubte, geriet sie in Aufregung. Mit begreiflicher Verwunderung berichteten die ausländischen Zeitungen, wie dieser Magistrat, der doch nur als Patron an kirchlichen Dingen teilnahm und die Pflichten des Kirchenpatronats immer sehr leicht genommen hatte, jetzt plötzlich in die theologische Polemik hineingeriet und die Zeitungen Hengstenbergs wegen ihres „katholischen Prinzips" vor dem Monarchen feierlich verklagte. Einen solchen theologisierenden Stadtrat hatte die Welt seit den Zeiten der Puritaner nicht mehr gesehen, und wahrlich kein Hauch von dem Glaubensernste jener Gottseligen wehte im Berliner Rathause; es war allein die werdende politische Opposition, die sich hinter der theologischen Hülle verbarg. Als der König auf einer Reise durch Pommern von dieser „frechen Adresse" erfuhr, geriet er in heftigen Zorn und bestand darauf, ihre Urheber müßten sie ihm persönlich überreichen.*) Nach seiner Heimkehr, am 2. Okt. fuhren die Stadtbehörden Berlins in einem langen Zuge von Staatswagen zum Schlosse, wo ihnen ein sehr ungnädiger Empfang wurde. Der König verwies ihnen, daß ihre Eingabe nur die Treuen tadle, nicht auch die Eidbrecher, und schloß mit der Versicherung, er würde den Tag segnen, wo er „das Kirchenregiment in die rechten Hände zurückgeben" könne. Wen er unter diesen rechten Händen meinte, das blieb den Berlinern vorderhand noch dunkel. Ebenso streng wurden zwei Adressen der Städte Breslau und Königsberg abgefertigt, und tief besorgt meinte Bodelschwingh: „Lieber wäre es mir freilich, Se. Majestät überließe in ähnlichen Fällen den Ministern die Bescheidung."**)

Indem der König so ganz persönlich in die kirchlichen Parteikämpfe eingriff, setzte er sich den ärgsten Verdächtigungen aus, da der beschränkte Hochmut der modernen Aufklärung an die Ehrlichkeit der Gegner niemals glauben will. Er ahnte das selbst und sagte in diesen Tagen bitter — so erzählte man überall und wohl mit gutem Grunde: — bei der Huldigung wollten mich die Berliner vor Liebe auffessen, heute tut es ihnen leid, daß sie es nicht getan haben. Die Sache der Lichtfreunde erschien jetzt schon

*) König Friedrich Wilhelm an Bodelschwingh, 20. 11. 13. Sept. 1845.

**) Bodelschwingh an Thile, 29. Jan. 1946.

vielen als die Sache der evangelischen Freiheit; in solchem Sinne redete ein Aufruf aus Halle, der die Unterschriften Max Dunckers, des Philosophen Hinrichs und vieler anderen gemäßigten Männer trug. Selbst der alte Marheineke — so seltsam verwirrten sich die Parteien — hieß jetzt ein Liberaler, weil er Eichhorns Kirchenpolitik literarisch bekämpfte, auch als Hegelianer den Rationalisten nahe stand; und er hatte doch einst im Namen der allmächtigen Staatsgewalt die liturgischen Schriften Schleiermachers ebenso lebhaft befehdet. Neue Verfolgungen schärften den Unwillen. In Breslau wurde Konsistorialrat David Schulz entlassen, weil er die Adresse der Stadt mit unterschrieben hatte; in Magdeburg konnte Erler, ein weit milderer Rationalist, die Bestätigung als Superintendent nicht erlangen, weil er an Versammlungen der Lichtfreunde teilgenommen und dadurch das Vertrauen des Königs verloren hatte;*) in Halle mußte Karl Schwarz, ein gelehrter, keineswegs unkirchlicher junger Theolog, seine Vorlesungen einstweilen, bis auf bessere Erkenntnis, einstellen; in Königsberg schloß die reformierte Gemeinde selbst ihre Kirche, nachdem das Konsistorium statt des Pfarrers Detroit, der die Symbole nicht verlesen wollte, einen anderen Geistlichen berufen hatte, und als der Berliner Michelet den Vorfall in einem parteiischen Zeitungsartikel besprach, da wurde selbst dieser schon längst unschädliche, ganz in seinen dialektischen Formeln eingerostete Hegelianer mit Absetzung bedroht. Das alles geschah auf ausdrücklichen Befehl des Königs, der eigenhändig verfügte: „Die Frechheit der Feinde des Evangelii wird nachgrade zu arg. Es muß und es soll aufs würdigste und aller-entschiedenste gegen sie eingeschritten werden, sowohl in Königsberg, als in Halle, Magdeburg, Nordhausen, Berlin oder wo immer der Abfall von Gott vorbereitet wird um bald vom König abfallen zu können.“ **) Der Partei Hengstenbergs genügten diese kleinen Quälereien noch nicht, und auf der weiten Welt fand Friedrich Wilhelms Kirchenpolitik nur einen einzigen namhaften Verteidiger: Thomas Carlyle, den Namensvetter des Historikers, einen der zwölf Apostel der schottischen Irvingianer, der in seiner Schrift „Deutschlands moralische Phänomene“ den christlichen Monarchen nicht ohne Geist, aber ohne Sachkenntnis verherrlichte.

Die krankhafte, unsern Tagen fast unbegreifliche Reizbarkeit der Zeit zeigte sich grell, als Friedrich v. Raumer im Jan. 1847 in Gegenwart des Königs eine akademische Gedächtnisrede auf Friedrich II. hielt. Der nach Form und Inhalt gleich wertlose Vortrag war ersichtlich veranlaßt durch Tholucks Predigt über den großen König und sollte wohl auch der gegenwärtigen Regierung einige leise Mahnungen andeuten; diese polemische Absicht ließ sich aber kaum bemerken, da der Redner in platter Behaglich-

*) Zwei Kabinettsordres an Eichhorn, Ende Dez. 1845.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 4. Jan. 1847.

keit immer nur den einen Gedanken, daß jeder nach seiner Fasson selig werden müsse, hin und her wendete. Gleichwohl suchten die erregten Hörer in jedem unschuldigen Worte eine Anzüglichkeit; auf den Bänken hinter dem Monarchen wurde laut gelacht, als Raumer von den gutmütigen eigensinnigen Fürsten sprach, die in allem nach ihrer Überzeugung regieren wollten, und von den größeren, welche den Wert der Persönlichkeit anerkännten. Voll Unwillens verließ der Hof den Saal. Die Akademie benahm sich wieder ebenso klein, wie vor Jahren, als sie Hegel den Einlaß verweigerte; wie damals durch persönliche Bosheit so ward sie jetzt durch klägliche Angst betört und richtete ein höchst untertäniges, würdeloses Entschuldigungsschreiben an den Monarchen. Selbst Humboldt war Hofmann genug, die langweilige Rede „maßlos" zu nennen. Darauf erklärte Raumer seinen Austritt, obgleich Friedrich Wilhelm sich bald wieder besänftigt hatte und über die „Excusen" seiner Akademiker mutwillig scherzte.*)

So von allen Seiten her angefeindet beschäftigte sich der König nur um so eifriger mit dem Toleranzedikte, das die Welt über die beiden Grundgedanken seiner Kirchenpolitik aufklären sollte: er dachte im Staate jedem die altpreußische Gewissensfreiheit zu sichern, aber zugleich die evangelische Kirche von allen erklärten Ungläubigen zu reinigen. Fast zwei Jahre lang, seit dem Juli 1845, wurde darüber beraten, im Staatsministerium, im Staatsrate, auch mit mehreren Theologen. Von vornherein stellte der König die Regel auf, das Kirchenvermögen gehöre der gesamten Kirche, nicht der einzelnen Gemeinde, und dürfe daher niemals von den Dissidenten beansprucht werden: — einen rechtlich unhaltbaren, hochgefährlichen Grundsatz, der den alten Anmaßungen der römischen Kurie entgegenkam und, bis in seine letzten Forderungen durchgeführt, die Ordensherrschaft im Herzogtum Preußen hätte wiederherstellen müssen.**) Besondere Schwierigkeiten bot die Frage der bürgerlichen Eheschließung. Der im Kölnischen Bischofsstreite bewährte Starrsinn der katholischen Priester, die neuen Sektenbildungen, die mit der Freizügigkeit anwachsende konfessionelle Mischung der Bevölkerung, die kirchliche Gleichgiltigkeit breiter Volksschichten — kurz, alle Erfahrungen der jüngsten Jahre zwangen den Staat gradezu, die Zivilehe in irgendwelcher Form einzuführen. Griff die Krone rechtzeitig durch, dann konnte die unabweisbare Reform noch sehr wohl ohne Verletzung der frommen kirchlichen Gefühle dergestalt erfolgen, daß die bürgerliche Eheschließung nur aushilfsweise eintrat, falls die kirchliche Trauung durch anerkannte Geistliche entweder verweigert oder verschmäht wurde.

Dem Könige wurden solche Gedanken aufgedrängt durch einen häß-

*) König Friedrich Wilhelm, Entwurf für die Antwort an die Akademie, 7. März 1847.

**) Thile an Eichhorn, Savigny, Bodelschwingh, Uhden, 13. Juni 1845.

lichen Vorfall, der ihn in seinen heiligsten Gefühlen verletzte. Der junge Dr. Falkson in Königsberg, ein achtungswerter, gemäßigt liberaler Mann aus Jacobys Freundeskreise wollte ein Christenmädchen heiraten und doch Jude bleiben, obgleich er dem positiven Glauben seiner Stammgenossen fern stand. Eine solche Ehe war verboten, durch eine ganz unzweideutige, von allen Gerichten stets übereinstimmend ausgelegte Vorschrift des Allgemeinen Landrechts (Tl. 2. Tit. 1. § 36). Selbst Rupp, der Prediger der freien Gemeinde, verweigerte die Trauung; alle guten Protestanten nannten es eine Unverschämtheit, daß dieser Jude, aus rein persönlichen Gründen, sich den Segen der evangelischen Kirche zu erschleichen suchte. Da die Krone trotz wiederholter Eingaben das Recht nicht beugen wollte, so ließ sich Falkson in Hull durch einen anglikanischen Geistlichen trauen. Darin sah der König, mit gutem Grunde, „eine freche Verhöhnung der Landesgesetze", und verfügte: „Die Ehe kann nur bestehen, wenn sie sich gerichtlich verpflichten, ihre Kinder christlich taufen und erziehen zu lassen; wollen sie das nicht, so muß man sie engagieren, dahin auszuwandern, wo sie sich haben trauen lassen. Hier im Lande jedoch dürfen sie dann nicht vierundzwanzig Stunden zusammenbleiben, oder vielmehr, ihre Progenitur muß im voraus als Bastarde erklärt werden." Bunsen erhielt darauf Befehl, in England nachzuforschen, auch vielleicht von dem Primas eine Nichtigkeitserklärung zu erlangen. Dort ließ sich nichts erreichen; denn die anglikanische Kirche fühlte sich von jeher dem Judentum näher verwandt als der deutsche Protestantismus. Nun endlich mußten die preußischen Gerichte einschreiten *), obwohl der König ihrem Liberalismus wenig traute. „Unsere Gerichte", schrieb er an Bunsen, „sind in allen kirchlichen Dingen mehr wie schlecht, d. h. zugleich ignorant und entschlossen alle Gesetzesstellen auf das möglichst Unkirchlichste zu interpretieren." Sein Mißtrauen rechtfertigte sich nicht. Falksons Ehe wurde, dem Gesetze gemäß, in zwei Instanzen für nichtig erklärt, und das gerichtliche Verfahren erst eingestellt, als die Verfassung von 1848 den Rechtsboden verändert hatte.

Mitten in seiner zornigen Aufregung fühlte der König doch, daß die bestehenden Gesetze der verwandelten Zeit nicht mehr genügten. Seinem Bunsen gestand er: „Ich gehe mit dem Projekt (aber nur in gremio) schwanger, dergleichen gemischte, jüdische und apostatische Ehen nicht zu verbieten für die Zukunft... dagegen den Christen das Getrautwerden in der Synagoge, den Juden dasselbe in der Kirche streng zu verbieten; die Schließung solcher Ehen aber vor den Richter zu verweisen, wie das geschehen soll mit den Ehen aller derer, die aus der Landeskirche austreten. Ich bin überhaupt ein großer Freund, nicht der Zivilehe im fran-

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 27. Aug. 1846, 10. Febr. 1847. Bunsens Berichte, 25. Jan. 1847 ff.

zösischen Sinne, wohl aber der Erklärung einer legitimen Ehe vor dem Richter." Eifrig kam er auf diese Idee einer „Quasi-Zivilehe" zurück, nur sollte sie mit den Institutionen des „revolutionären Frankreichs" schlechterdings nichts gemein haben.*) Bald zeigte sich aber, daß er über solche Dinge weit freier dachte, als die Mehrzahl seiner Räte; darum beschloß er die große Prinzipienfrage der bürgerlichen Eheschließung vorläufig ruhen zu lassen und zunächst nur für die Trauungen der Dissidenten mildere Vorschriften zu geben. Auch dabei stieß er auf lebhaften Widerspruch. Mehrere der Minister fanden die Pläne des Monarchen von Haus aus viel zu weitherzig; Hofprediger Snethlage, ein gläubiger, keineswegs fanatischer Westfale, der sich bald des Königs persönliches Vertrauen gewann, verlangte zum mindesten, daß die bürgerliche Eheschließung der kirchlichen Einsegnung der Dissidenten immer vorangehen müßte, damit der christliche Staat nicht in die Lage käme, die Zeremonien der Sektierer mittelbar anzuerkennen.

Nach sehr weitläufigen Verhandlungen einigte man sich dahin, daß die Brautleute der geduldeten Sekten zunächst gerichtlich aufgeboten, dann nach dem Brauche ihrer Sekte eingesegnet werden und schließlich durch die Eintragung in die Register der Gerichte die bürgerliche Anerkennung ihrer Ehe erlangen sollten.**) Im übrigen schloß sich der von Eichhorn vorgelegte Entwurf des Religionspatentes eng an die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts an.***) Gleichwohl erschien er manchen Orthodoxen wie eine gefährliche Neuerung. Präsident Gerlach widersprach im Staatsrate entschieden — denn „man darf nicht alles was sich Kirche und Trauung nennt, auch als solche unbesehens gelten lassen" — und beschwor noch im letzten Augenblicke seinen königlichen Freund flehentlich, dies unselige, die Abtrünnigkeit fördernde Gesetz nicht zu veröffentlichen.†) Der König blieb standhaft. Am 30. März 1847 wurde das Patent über die Bildung neuer Religionsgesellschaften unterzeichnet, das allen Ausgetretenen den Genuß der bürgerlichen Rechte und Ehren zusicherte, sobald ihre neue Religionsgemeinschaft vom Staate genehmigt würde. Solche Sekten, welche sich mit einer der beiden großen Religionsparteien des Westfälischen Friedens „in wesentlicher Übereinstimmung befänden", sollten, gleich den Altlutheranern, befugt sein ihre Amtshandlungen mit voller rechtlicher Wirkung vorzunehmen; andere Sekten wurden nur geduldet und mußten sich den neuen Vorschriften über die Quasi-Zivilehe unterwerfen.

*) König Friedrich Wilhelm an Bunsen, 16. Jan., 10. 12. Febr. 1847.

**) Thiles Bericht, 15. Juli 1845. König Friedrich Wilhelm an Thile, 13. Dez.; Protokoll der Ministerkonferenz, 13. Dez.; Snethlage an Thile, 14. 16. Dez.; Thiles Antwort, 16. Dez. 1846.

***) Eichhorn, Motive und Denkschrift zum Religionspatente, 15. Juli, 14. Dez. 1845.

†) Ludwig v. Gerlach an König Friedrich Wilhelm, 14. Dez. 1846, 23. Febr., 30. März 1847. Ministerialprotokoll, 20. Dez. 1846

Das Patent brachte endlich Klarheit in verdunkelte Rechtsverhältnisse. Gleichwohl erntete der König keinen Dank dafür; denn man fürchtete allgemein, daß die den Dissidenten so großmütig gewährte Freiheit zugleich als ein Mittel dienen sollte um das doktrinäre Ideal einer sichtbaren Kirche von Gläubigen zu verwirklichen und die Zweifelnden aus der Landeskirche zu verdrängen. So geschah es auch. Rupp, Uhlich, Wislicenus hatten sich inzwischen mit ihren Anhängern zu freien Gemeinden zusammengetan; gleich ihnen der Prediger Baltzer in Nordhausen, auch er ein grundguter, herzensfrommer Mann, bekannt durch sein phrasenreiches Gedicht:

Luthers Geist er macht euch frei
Von des Wahnes Tyrannei!

Sie alle sahen sich nunmehr gezwungen die Landeskirche zu verlassen; Rupp ward auch aus dem Gustav Adolf-Vereine ausgeschlossen, weil ihn die Mehrheit nicht mehr für einen Christen gelten ließ. Gegen Uhlich war der König besonders aufgebracht; er nannte ihn undankbar, da er ihm doch „unerhörte Schonung" erwiesen, seine Berufung nach Magdeburg nicht gehindert hätte.*)

Die Magdeburgische Gemeinschaft schien anfangs kräftig zu gedeihen, sie zählte 5000 Köpfe und war nicht arm an Werken christlicher Liebe. Bald aber erfüllte sich auch an ihr wie an allen anderen freien Gemeinden die alte Wahrheit, daß sich eine Kirche nicht auf Verneinungen aufbauen läßt. Zumal im deutschen Volke, das für die Sektiererei niemals viel Sinn gehegt hat, konnten sich kleine Sonderkirchen immer nur dann behaupten, wenn sie durch die Kraft mystischer Verzückung, begeisterter Glaubensinbrunst getragen wurden. Von alledem zeigte sich hier keine Spur. Die rohe Kritik des ungeschulten Verstandes drängte die freien Gemeinden von einem Nein zum andern. Manche verzichteten bald auf jedes Bekenntnis, andere auf die Sakramente; in Magdeburg wirkte eine Zeitlang ein ungetaufter Jude mit; Wislicenus' Hallische Gemeinde gab selbst den Namen einer kirchlichen Gemeinschaft auf und hielt ihre Versammlungen unter den heiteren Klängen der Pickelflöte.

Da die Volksversammlungen der Lichtfreunde schon im August 1845, nach dem Vorgange Sachsens, verboten wurden, so verschwand die neugierige Teilnahme des großen Publikums schnell, und als nunmehr die Politik alle Leidenschaften der Zeit in Anspruch nahm, da wurden auch die freien Gemeinden in die Wirbel der politischen Organisation hineingerissen. Das Strohfeuer der religiösen Erregung verflackerte, die Mehrzahl der Genossen ging in das demokratische Lager über. Uhlichs Freund, der nach Bremen übergesiedelte Prediger Dulon ward ein Apostel des wilden Radikalismus, während Uhlich selbst auch in der Politik seine kleinbürgerliche Ehrbarkeit

*) König Friedrich Wilhelm an Eichhorn, 3. Juni 1846, an Thile, 19. April 1847.

nicht ganz verleugnete. Nach wenigen Jahren blieb von den Lichtfreunden nichts übrig als ein Häuflein von kleinen deistischen oder atheistischen Vereinen, die für das religiöse Leben der Nation nicht das geringste leisteten. Also bereiteten diese Dissidenten, ganz wie die Deutschkatholiken, zuletzt nur ihren unbedingten Gegnern einen Triumph. Hengstenberg schien recht zu behalten, wenn er voraussagte, daß jeder Abfall vom strengen Bekenntnis notwendig zur Anarchie führe. Wer freier und milder urteilte, wie der tief fromme Bethmann-Hollweg, mußte freilich zugestehen, daß auch der König und sein Kirchenregiment an diesem Jammer eine Mitschuld trugen. Mit etwas mehr Weisheit und christlicher Geduld hätte man „den armen, unglücklichen Uhlich" so wie viele andere seiner gleich redlichen Gesinnungsgenossen wohl in der Landeskirche festhalten und also vielleicht vor radikalen Verirrungen bewahren können. —

Wer „die rechten Hände" waren, denen der König dereinst seine Kirchengewalt anvertrauen wollte, das wußten seine Vertrauten längst. Schon vor seiner Thronbesteigung hatte er in einem ausführlichen Briefe an Bunsen dargestellt, wie Preußens evangelische Kirche sich aus sich selbst heraus, nach dem Vorbilde der christlichen Urkirche, neu gestalten sollte. Er wollte Bischöfe, die nach altchristlichem Brauche sich unmittelbar an der Seelsorge beteiligten, mithin bescheidene kleine Bistümer, „Kirchen", etwa so groß wie die bestehenden Sprengel der Superintendenten, für ganz Preußen ungefähr 350. Die Bischöfe sollten allesamt durch Handauflegung eine ganz unanfechtbare apostolische Weihe empfangen, die ersten also durch englische oder schwedische Bischöfe eingesegnet werden und dann den empfangenen Segen weiter spenden; von dieser katholischen Vorstellung kam Friedrich Wilhelm nicht los, und schlechterdings nicht wollte er zugestehen, daß sie den Grundgedanken des Protestantismus widersprach. Darunter Presbyterien von Pfarrern und Laien, die aber auch Kirchendiener, nicht Repräsentanten sein sollten; dann noch altardienende, armenpflegende Diakonen, zu unterst die Gemeinden der Gläubigen, der am Wort und Sakrament wirklich Teilnehmenden. Über den Bischöfen etwa dreizehn Metropolitane in den althistorischen Bischofssitzen des evangelischen Preußens, mit Kapiteln, denen die Befugnisse der bisherigen Konsistorien übertragen würden. An höchster Stelle endlich der Fürst Erzbischof von Magdeburg, der Primas Germaniens, mit einem Primatialkapitel, das an die Stelle des Kultusministers treten sollte. Dem Monarchen verbliebe dann nur noch die äußere Schirmherrschaft und das Recht, die Beschlüsse der großen Landessynoden zu bestätigen.

Die Unausführbarkeit dieses Planes sprang in die Augen; Friedrich Wilhelm selbst rechnete ihn zu seinen zahlreichen Sommernachtsträumen.

Eichhorn hingegen erkannte als erfahrener Geschäftsmann den Weg, der allein zur Aufhebung des alten harten Territorialsystems führen konnte. Es gelang ihm zwar nicht, den Monarchen von seinen geheimen Lieblingsgedanken abzubringen — denn wer hätte das je vermocht? — wohl aber bewog er ihn, die Selbständigkeit der Landeskirche zunächst durch freiere Ausbildung ihrer bestehenden Institutionen vorzubereiten. So wurden denn seit 1841 die im Osten fast verschwundenen Kreissynoden neu belebt, 1844 die Provinzialsynoden einberufen. Im folgenden Jahre erhielten die Konsistorien erweiterte Befugnisse und eigene Präsidenten, während sie bisher fast nur die Prüfung der Kandidaten selbständig besorgt, die Regierungen aber die eigentlich kirchliche Verwaltung geleitet hatten.

Das alles geschah unter dem stillen Widerstande der Mehrzahl der Minister; Graf Arnim und die anderen unter seinen Amtsgenossen, welche gleich ihm früher an der Spitze einer Regierung gestanden hatten, konnten sich, nach der alten bureaukratischen Überlieferung, unabhängige kirchliche Behörden gar nicht vorstellen. Bedenklicher war, daß der Monarch selbst die gesunde, freie kirchliche Selbstverwaltung, die in Rheinland und Westfalen aufzublühen begann, sehr mißtrauisch betrachtete.*) Diese Presbyterien waren ihm zu modern, sie erinnerten ihn zu sehr an das gottlose Repräsentativsystem. Nicht ihnen wollte er die Kirchenzucht anvertrauen, sondern allein der gläubigen Gemeinde, der „Kirche". Vergeblich wendete Thile ein, solche ganz im Glauben einige Gemeinden bestünden heute nur noch selten.**) Friedrich Wilhelm blieb dabei, die große Idee des evangelischen Priestertums würde geschändet, wenn auch Gleichgiltige und Ungläubige an den Wahlen und den Ämtern teilnähmen; niemals begriff er, daß diese idealistische Doktrin nicht ohne Heuchelei und unevangelischen Zwang verwirklicht werden konnte. Andererseits wollte er, aus Scheu vor der römischen Kirche, den Presbyterien des Westens nicht einmal eine berechtigte kirchliche Notwehr gestatten; er untersagte ihnen, pflichtvergessene Hausväter, die ihre Kinder allesamt katholisch erziehen ließen, von den kirchlichen Ämtern auszuschließen.

Doch die Zeit drängte. Angesichts der überhandnehmenden Sektiererei und des gewaltigen Aufschwungs der ultramontanen Partei mußten die evangelischen Landeskirchen Deutschlands versuchen sich innerlich zu kräftigen und sich untereinander fester zusammenzuschließen. Niemand empfand dies früher als der ganz unkirchlich gesinnte, aber politisch kluge König von Württemberg. Die klerikalen Umtriebe in seinem eigenen Lande und die ultramontane Politik des verhaßten bayrischen Nachbarhofes beunruhigten ihn schwer. Schon am 28. April 1843 übersendete er dem Gesandten

*) S. o. III. 403.

**) Thile an Eichhorn, 15. Juni 1844.

Rochow mit einem eigenhändigen Briefe eine Denkschrift, welche der preußischen Regierung vorschlug, ein neues Corpus Evangelicorum am Bundestage zu bilden: die evangelischen Höfe sollten sich vereinbaren über eine gemeinsame Kirchenpolitik, insbesondere über die Abwehr römischer Übergriffe. In solcher Gestalt schien der württembergische Antrag unannehmbar. Das Corpus Evangelicorum hatte den Protestanten einst als Schutzwehr gegen die katholische Mehrheit der alten Reichstage gedient; jetzt da nur noch sechs der regierenden Fürsten katholisch waren, drohte ein solcher Bund im Bunde nur Unfrieden zu erregen; und wie konnten die evangelischen Höfe unbedingt füreinander einstehen, da ihre Kirchenpolitik sich doch auf so verschiedenen Bahnen bewegte? Daher gab der König durch das Auswärtige Amt eine vorsichtig ablehnende Antwort; zu Verhandlungen über das evangelische Kirchenwesen erklärte er sich jedoch bereit.*) So leicht ließ sich der besorgte Schwabenkönig nicht abweisen. Er war über die Umtriebe der Ultramontanen gut unterrichtet; er wußte, daß die Getreuen der Münchener Kongregation überall in der Welt, selbst in Irland geschäftig arbeiteten; er mußte erleben, daß eine Verfügung seines eigenen Konsistoriums, welche die evangelischen Geistlichen zur kirchlichen Treue, aber auch zur Sanftmut gegen die Andersgläubigen ermahnte, von den bayrischen klerikalen Blättern höhnisch angegriffen wurde. Solchen Feinden gegenüber hielt er für nötig, daß die evangelischen Kronen am Bundestage gemeinsam die bedrängte Lage der Protestanten in Österreich und Bayern, die bedrohlichen Anmaßungen der römischen Kirche zur Sprache brächten. In Berlin aber suchte man alles zu vermeiden was den Vatikan reizen konnte; einen Antrag beim Bunde wollte König Friedrich Wilhelm höchstens als „ultima ratio" zulassen.**) Also nochmals abgewiesen ermäßigte der König von Württemberg seine Wünsche und verlangte nur noch, auf den Rat seines Oberhofpredigers Grüneisen, daß Preußen die evangelischen Regierungen zu Beratungen über die Kirchenverfassung einladen sollte. Diese Idee der „inneren Unierung" der deutschen Landeskirchen hatte Eichhorn schon im Anfang der langwierigen Verhandlungen ausgesprochen; jetzt wurde sie von Ullmann auch vor der Lesewelt vertreten in dem Büchlein „für die Zukunft der evangelischen Kirche Deutschlands", das der König von Preußen mit großer Befriedigung las.***)

So ward denn das alte, niemals ganz verschwundene Idealbild der deutschen evangelischen Nationalkirche wieder lebendig, leider in Tagen die es unmöglich ausgestalten konnten. Auf Preußens Einladung versammelten sich nunmehr, um Neujahr 1846 die Abgesandten der sämtlichen protestantischen Regierungen Deutschlands zu einer freien „Evangelischen

*) Berichte an den König, von Bülow, von Thile, 27. Mai 1843.

**) Rochows Berichte, Stuttgart, 14. Juni, 17. Nov. 1844.

***) König Friedrich Wilhelm an Thile, 20. Febr., 11. Nov. 1845. Vgl. den trefflichen Aufsatz von O. Mejer über Minister Eichhorn (Biographisches S. 319 ff.).

Konferenz" in Berlin. Durch persönliche Würde, tiefen Glaubensernst und umfassende juristische Sachkenntnis erlangte Bethmann-Hollweg bald die Stellung des Führers unter den Tagenden. Gleichwohl ließ sich an einen augenblicklichen Erfolg gar nicht denken, da die kirchlichen Zustände der einzelnen Lande sich durch eine wirrenreiche Geschichte so grundverschieden gestaltet hatten und auch der partikularistische Eigensinn kräftig heraustrat. Die bischöflichen „Kirchen" Friedrich Wilhelms mit ihren Presbytern und Diakonen fanden in der Versammlung gar keinen Anklang, während er wiederum den von Württemberg vorgelegten Verfassungsentwurf nicht billigen mochte.*) Nach sechs Wochen endeten die Beratungen ohne ein bestimmtes Ergebnis. Ganz ohne Folgen blieb der verfrühte Versuch doch nicht. Aus dieser Versammlung gingen die Eisenacher Konferenzen hervor, die sich in späteren Jahren regelmäßig unter Bethmann-Hollwegs Leitung vereinigten und zur Klärung des wieder erstarkten kirchlichen Lebens manches beitrugen.

Nach solchem Mißerfolge schien es um so ratsamer, zunächst die Verfassung der preußischen Landeskirche unter Dach zu bringen. Auf Pfingsten 1846 berief der König die erste evangelische Generalsynode. Sie bestand aus 37 Geistlichen und 38 Laien — aus den Generalsuperintendenten, aus Vertretern der theologischen und juristischen Fakultäten und einigen durch die Kirchenbehörden der Provinzen vorgeschlagenen Mitgliedern geistlichen und weltlichen Standes; sie erschien mithin als eine Notabelnversammlung, welche zwar nicht den Willen der Kirche förmlich aussprechen konnte, aber durch Ansehen, Einsicht, Erfahrung wohl befähigt war, die künftige Kirchenverfassung vorzubereiten. Mehr verlangte Friedrich Wilhelm auch nicht; er ließ noch keinen Verfassungsplan ausarbeiten, sondern erwartete zunächst nur, daß die Berufenen „sich aussprächen". Aber wie gehässig wurden seine edlen Absichten wieder mißdeutet. Das Bürgertum der großen Städte des Ostens war durch den lichtfreundlichen Adressensturm stark erregt; um Ronge zu ehren hatten die Berliner sogar Volksversammlungen unter den Zelten abzuhalten gewagt. Nach all dem wirren freigeisterischen Gerede dieser Jahre hatte man für die kirchlichen Pläne des Monarchen nur noch Hohn und freche Witze. Als die Erzbilder der Rossebändiger auf der neuen Schloßterrasse aufgestellt wurden, da hieß es überall, der König könne seinen Hengstenberg gar nicht nahe genug bei sich haben; Varnhagen aber und sein Kreis verurteilten die Generalsynode schon im voraus als eine geistliche Spielerei der Weltlichen. Zehn Städte sendeten ihren zur Generalsynode einberufenen Mitbürgern Weisungen im Sinne der modischen Aufklärung; die Magdeburger erklärten ihrem Stadtrat Grubitz, sie könnten diese Versammlung nicht als eine Vertretung der Landeskirche anerkennen, und

*) Snethlage an Thile, 5. Febr.; Thiles Bericht an den König, 5. Febr. 1846.

legten ihm auf, eine „aus freien Wahlen von unten" hervorgehende Presbyterial- und Synodalverfassung zu fordern. Dem Könige schnitt es tief ins Herz, daß grade diese ehrwürdige Märtyrerstadt des Protestantismus, die er sich als Sitz des Fürsten Primas dachte, so reich an „Heiden" war; er fand in dem Schreiben „modernes Mißverständnis oder wissentliche Unwissenheit, ja Aufforderung zum Ungehorsam" und drohte im ersten Zorn, er würde sich „über das Gesetz stellen", die städtischen Freiheiten suspendieren müssen.*) Schwer ließ er sich besänftigen; doch bald wurde die maßlose Tadelsucht der Opposition durch die Haltung der Generalsynode selbst tief beschämt.

Eichhorn sagte in seiner würdevollen Eröffnungsrede: noch niemals seit den Zeiten der Reformation habe Deutschland eine solche Versammlung gesehen und noch niemals einen landesfürstlichen Schirmherrn, der die freie Entwicklung der Kirche so vertrauensvoll ermuntert hätte. In der Tat durften die deutschen Protestanten nach so vielen Erfolgen des Papsttums jetzt wieder einmal aufatmen und sich der überlegenen geistigen Kräfte dieser Kirchenversammlung erfreuen. Sie war die erste gemeinsame Vertretung aller preußischen Provinzen, gleichsam das kirchliche Vorspiel des geplanten Vereinigten Landtags; und jener Zug vom Westen her, der die ganze Zeit durchwehte, mußte gerade hier seine volle Kraft zeigen, weil die rheinisch-westfälischen Protestanten in der Ausbildung ihrer Kirchenverfassung dem Osten unzweifelhaft vorausgeeilt waren. Der alte Rationalismus war auf der Synode nur durch einen Mann vertreten, den Kanzler des Königreichs Preußen v. Wegnern, der mit bescheidenem Freimut sagte: von einem alten Ostpreußen könne man doch keine andere Gesinnung erwarten. Auch die streng Konfessionellen geboten nur über ein gutes Fünftel der Stimmen. Die große Mehrzahl gehörte zu den verschiedenen Parteien der Vermittlungstheologie, die sich allesamt auf Schleiermacher beriefen; darum wurde die Versammlung von Haus aus durch die Lichtfreunde ebenso heftig angefeindet wie durch Hengstenbergs Kirchenzeitung, ein lutherischer Pastor des Wuppertals schimpfte sie kurzab eine Räubersynode. Das hochverehrte Haupt der Mehrheit war Nitzsch, der Wittenberger, der sich seit so vielen Jahren schon in die kirchliche Selbstverwaltung des Westens eingelebt hatte und wie niemand sonst befähigt schien die lutherischen Lande des Ostens mit den Grundgedanken der calvinischen Kirchenverfassung zu befreunden. Seine tiefe Gelehrsamkeit wurde ebenso allgemein anerkannt, wie sein frommer christlicher Sinn, der die Einheit der Lehre stets in der Person des Erlösers suchte. Der edle Mann erlebte jetzt die Tage seines höchsten Ruhmes, aber auch

*) Schreiben der Magdeburger Stadtverordneten und Kirchenvorsteher an Stadtrat Grubitz (mit Randbemerkungen des Königs), 16. Mai; König Friedrich Wilhelm an Thile, 29. Mai; Thiles Bericht, 18. Juni 1846.

den tragischen Wendepunkt seiner Wirksamkeit; denn es zeigte sich bald, daß wohl Eichhorn mit ihm übereinstimmte, doch nicht der König selbst.

Friedrich Wilhelm begrüßte die Synode mit einer überschwenglichen Ansprache; er forderte sie auf, ihre Blicke über die Grenzen der Landeskirche, ja selbst des evangelischen Bekenntnisses hinaus zu richten; im Geiste des ursprünglichen, apostolischen, allgemeinen Christentums sollte sie allen Christen sagen, daß Preußens evangelische Kirche die Gläubigen aller Bekenntnisse zu ihrem heiligen Tische zulasse und nur der Unglaube von ihr scheide. Eine so scharfe Trennung der Gläubigen von den Ungläubigen konnten Nitzsch und seine Freunde unmöglich billigen; man bemerkte auch sogleich, wie sorgsam der König und sein General Thile jedes eingehende Gespräch mit dem verdächtigen Bonner Professor vermieden.

Dies Mißtrauen des Monarchen steigerte sich noch, als nunmehr über die Lehrverpflichtung der Geistlichen beraten wurde. Die Union war einst nur darum durchgedrungen, weil sie lediglich eine Gemeinschaft des Kultus und der Sakramente, nicht eine vollständige Glaubensgemeinschaft darstellen wollte. Trotzdem versuchte die Generalsynode, eine Bekenntnisformel für alle Geistlichen der Landeskirche aufzustellen; daneben sollte den einzelnen Gemeinden noch freistehen ihre Prediger auf besondere Symbole zu verpflichten. Nitzsch wollte die Formel so weit fassen, daß jeder evangelische Christ sie annehmen, auch die lebendige Wissenschaft der Gegenwart nichts dawider einwenden könnte; selbst das apostolische Glaubensbekenntnis erschien ihm zu eng, und er entwarf, nach seiner subjektiven wissenschaftlichen Überzeugung, eine noch einfachere Formel, welche freilich nur aus Bibelworten bestand, aber auch noch mannigfache Auslegungen zuließ. Das wohlgemeinte Unternehmen mußte mißlingen, weil sein gelehrter Urheber, trotz seiner reichen Erfahrungen im praktischen Kirchenleben, diesmal doch die Kraft des Volksglaubens doktrinär verkannte; die deutsche Theologie war ja die gelehrteste von allen und fühlte sich leicht versucht, die Macht der Wissenschaft in der Kirche zu überschätzen. Wagte man das Apostolikum zu vereinfachen, das älteste und ehrwürdigste Bekenntnis der gesamten Christenheit auch nur in der Form zu verändern, so wurden vielleicht einige hundert gebildete Männer befriedigt, die Radikalen aber nicht entwaffnet und Millionen schlicht gläubiger Menschen, die doch für die Kirche genau so viel bedeuten wie die Gelehrten, in ihren frommen Gewissen beirrt. Nur ein glaubensstarker, durch die freudige Zustimmung des gesamten evangelischen Volks getragener und gehobener Reformator, doch wahrlich nicht dies zweifelnde und suchende Geschlecht durfte zu solchem Wagnis sich erkühnen.

Sehr lebhaft traten die Konfessionellen wider den Antrag auf. Der pommersche Lutheraner v. Thadden-Trieglaff — ein konservativer Heißsporn, der bald nachher aus der Landeskirche ausschied — hatte keineswegs unrecht, als er die paradoxe Behauptung aufstellte, dieser Weg führe zur

Hierarchie. Es war doch wirklich das von den Pietisten so oft bekämpfte „Papsttum der Wissenden", das sich jetzt, in bester Absicht freilich, herausnahm, seinen kritisch geläuterten Glauben den protestantischen Gemeinden aufzuerlegen; wie die Bourgeoisie im französischen Staate, so suchte in der deutschen evangelischen Kirche die Intelligenz alle Herrschaft an sich zu reißen und verwechselte unbefangen sich selber mit dem gesamten Volke. Auch Stahl, der damals noch die Union als eine vollendete Tatsache anerkannte, mahnte ernst: in Zeiten der Not dürfe die Kirche wohl schweigen, doch nicht zweideutig reden; ja selbst der mit Nitzsch persönlich und wissenschaftlich befreundete Twesten warnte, man solle das christliche Volk nicht durch die theologische Wissenschaft vergewaltigen. Für die Anträge sprachen beredt und geistvoll der Hallenser Julius Müller und der Königsberger Dorner. Die Anhänger der Schleiermacherschen Linken, Graf Schwerin und der Berliner Prediger Sydow erklärten sich anfangs im Namen der evangelischen Freiheit gegen jede bindende Lehrverpflichtung; im Verlaufe der langen, höchst lebendigen und gedankenreichen Verhandlungen traten sie jedoch den Ansichten Nitzschs näher. Schließlich wurde mit starker Mehrheit eine vereinfachte Ordinationsformel angenommen, die mit dem Geiste der Union doch nicht im Einklange stand, wie weitherzig man sie auch auslegen mochte. Mehrheitsbeschlüsse haben aber nur da Sinn und Wert, wo ein Entschluß für das handelnde Leben gefaßt werden muß und die Abstimmung erweisen soll, auf welcher Seite die stärkere Macht steht. In Glaubenssachen bedeutet die Mehrzahl so wenig wie in der Wissenschaft. Die konfessionelle Minderheit fühlte sich mit nichten überwunden, denn mit geistigen Waffen war sie nicht geschlagen; und wie konnte man gar hoffen, daß der König einer Abschwächung der alten Symbole jemals zustimmen würde? Hofprediger Strauß, ein gefühlvoller, allezeit begeisterter Pietist, der den Monarchen genau kannte, gab schon während der Beratungen deutlich zu verstehen, das alles sei verlorene Arbeit.

Der unselige Streit um die Lehrverpflichtung wurde leider auch dem Hauptwerke der Generalsynode, dem Kirchenverfassungs-Entwurfe verderblich. Wie planlos und hilflos stand die Krone doch dieser großen Aufgabe gegenüber. Von den kleinen bischöflichen „Kirchen", die der König wünschte, war kaum die Rede. Eichhorn überließ vielmehr der Versammlung, ihre eigenen Vorschläge auszusprechen, und ganz von selbst vereinigte sich die große Mehrheit in dem Gedanken die bestehende Ordnung weiter auszubauen: das Konsistorialsystem des Ostens wollte man nicht aufheben, sondern durch die presbyterialen und synodalen Institutionen des Westens ergänzen und beleben. Hier zeigte Nitzsch seine große organisatorische Begabung; Bethmann-Hollweg, der jetzt auch dem Rheinland angehörte, ging ihm zur Hand mit seiner gründlichen Rechtskenntnis, Landfermann mit seiner reichen, im Westen angesammelten Erfahrung. So entstand ein

tief durchdachter, wohl ausführbarer Entwurf. Die Konsistorien sollten fortbestehen und über ihnen noch ein Oberkonsistorium errichtet werden als höchste Kirchenbehörde zur Wahrung der Disziplin und Beratung des Landesherrn. In jeder Gemeinde ein Presbyterium, das von allen christlichen Hausvätern, nach unmaßgeblichen Vorschlägen der Kirchenvorstände, frei gewählt würde. Darüber Kreis- und Provinzialsynoden, dann endlich die Generalsynode, sie alle aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern gemischt, aber keineswegs nach den Grundsätzen des politischen Repräsentativsystems eingerichtet, sondern also gebildet, daß der Regel nach nur sachkundige, im Kirchendienst erprobte Männer ihnen angehören konnten. Dergestalt suchte man den Gemeinden ihr gutes Recht zu geben und doch die völlig Gleichgiltigen oder Unerfahrenen von den Synoden fern zu halten. Die Grundgedanken dieser Reform erwiesen sich so dauerhaft, so lebenskräftig, daß Emil Herrmann sie mit geringen Änderungen wieder aufnahm, als er ein Menschenalter später den Neubau der Kirchenverfassung endlich zum Abschluß brachte.*)

Für jetzt stand freilich nichts zu hoffen. Drei Monate hindurch waren die Synodalen fast Tag für Tag die hundert Stufen hinaufgeklommen, um droben in der alten Schloßkapelle, unbekümmert um die glühende Sommerhitze dieses gesegneten Weinjahres, ihre langen mühseligen Sitzungen zu halten; da wurde die Versammlung am 29. August ohne einen Bescheid vertagt. Friedrich Wilhelm scherzte zuweilen selbst über seine oberstbischöfliche Gewalt, die er so gern den „rechten Händen" übergeben wollte. Als er, von Staatsgeschäften überhäuft, die Synode mit jener unvorbereiteten Ansprache begrüßt hatte, die ihn selber nicht befriedigte, da schrieb er spöttisch: „Ein neuer Beweis, daß unser summus episcopus ein sehr bedenkliches Kreatur ist!!!!!!!"**) Gleichwohl hielt er sich verpflichtet diese Gewalt, solange sie ihm noch zustand, rücksichtslos auszuüben, und nach seiner Überzeugung gereichten die Beschlüsse der Generalsynode wahrlich nicht zum Heile der Kirche: die neue Ordinationsformel schien ihm unchristlich, und darum betrachtete er auch den Verfassungsentwurf mit Argwohn. Nur ungern erlaubte er einige Monate später, auf Eichhorns dringende Bitten, daß Nitzsch als Propst nach Berlin berufen wurde; nach wie vor vermied er jede nähere Berührung mit dem Manne, den er für den Führer der kirchlichen Opposition ansah, und niemals konnte Nitzsch in Berlin wieder eine so fruchtbare Wirksamkeit erlangen wie einst am Rhein. Ganz vergeblich bemühte sich der Minister um die Bestätigung der Synodalbeschlüsse. Inzwischen fuhr Hengstenberg mit seinen Anklagen fort, und der ehrwürdige alte

*) Dies ergibt sich von selbst aus einer Vergleichung und ist mir auch von meinem verstorbenen Freunde E. Herrmann in manchen Gesprächen versichert worden.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 13. Juni 1846.

Goßner jammerte: die neue Lehrverpflichtung reiße die Mauern der Kirche nieder, so daß die Ungläubigen in Haufen eindringen könnten. Die liberale Presse andererseits zeigte sich gleichgiltig oder hämisch, und im deutschen Auslande, wo die preußische Union längst in schlimmem Rufe stand, war der Göttinger Lücke fast der einzige namhafte Theolog, der sich warm für das Werk der Synode aussprach. Zuletzt blieb alles liegen; der König wollte die vertagte Generalsynode weder abermals einberufen noch mit einem abweisenden Bescheide auflösen.

Von allen Institutionen des Verfassungsentwurfs trat nur eine einzige ins Leben: das Oberkonsistorium; denn dies sollte ja, nach den geheimen Absichten des Monarchen, das Seitenstück werden zu der geplanten Konferenz der katholischen Bischöfe. So vereinzelt, so losgelöst von den synodalen Institutionen, erschien die neue oberste Kirchenbehörde nur wie eine Verstärkung des alten Konsistorialsystems, von dem man sich doch grade befreien wollte, und wurde daher selbst von den gemäßigten Parteien sogleich als eine hierarchische Macht angefeindet. Im Februar 1848 trat sie zusammen, und nachdem sie eine einzige Sitzung abgehalten, war sie schon von den Wellen der Revolution hinweggespült. Also mißriet dem Könige alles; auch die Ruhigen konnten sich der bangen Ahnung nicht mehr erwehren, daß ein Gewitter die schwüle Luft dieser Tage reinigen müsse. —

Fünfter Abschnitt.

Realismus in Kunst und Wissenschaft.

Treuer als die so oft durch politische Hintergedanken verdunkelten und verfälschten kirchlichen Kämpfe spiegelte die Literatur den Geist dieser weltlichen Tage wieder. Unverloren blieb ihr das beste Vermächtnis des Jungen Deutschlands, der Drang nach dem Wirklichen, nach dem modernen Leben; die politische Leidenschaft, die Ahnung eines nahenden großen Umschwungs zwang sich jedem ernsten Geiste so mächtig auf, daß selbst die strenge Wissenschaft sich der Tendenz nur selten ganz zu erwehren vermochte. Künstlerische Andacht konnte einem so friedlosen, aufgeregten Geschlechte nicht leicht fallen; gleichwohl begann der Formensinn unverkennbar wieder zu erstarken nach der wüsten ästhetischen Verwilderung der dreißiger Jahre. Die Herrschaft des souveränen Feuilletons war gebrochen; all der Wust von eilfertigen Kritiken, Zeitbildern, Capriccios und Halbnovellen, die ganze trübe Vermischung von Poesie und Prosa, die im letzten Jahrzehnt für geistreich gegolten hatte, erschien jetzt schal und abgestanden. Wieder einmal bewährte sich die alte Erfahrung, daß die Zeit nichts verschont, was ohne sie geschaffen ist. Auch die witzelnde Frechheit des Judentums behauptete nicht mehr ihre Macht über die Leserwelt. Wohl hatte sich die Schar der jüdischen Journalisten gewaltig vermehrt, und wenn ein junger Schriftsteller auf Zeitungsruhm ausging, so mußte er sich vor jeder Kränkung der orientalischen Eitelkeit sorgsam hüten; aber die alten literarischen Chorführer, Börne, Gans, die Rahel waren gestorben, Heine hatte seine Blütezeit längst hinter sich. Neue Talente kamen empor, fast alle deutschen Blutes, fast alle beseelt von einer jugendlichen lyrischen Begeisterung, welche dem Jungen Deutschland immer gefehlt hatte. Gleich ihren Vorgängern fühlten sie sich als Kämpfer der Freiheit und panzerten ihre Muse mit dem Waffenschmuck der politischen Tendenz; doch zugleich erwachte wieder die Freude an Bild und Reim; Kritik und Witz genügten nicht mehr, die neuen Zeitpoeten schwelgten im Wohllaut des Verses und zeigten sich schon durch den Adel der Kunstform dem Feuilletongeplauder des letzten Jahrzehntes überlegen.

Die kräftigeren Geister des Jungen Deutschlands selbst hatten sich längst aus dem verzettelnden Eintagsschaffen hinausgesehnt, sie wendeten jetzt ihre gereifte und gesammelte Kraft der Bühne zu und mit ihnen viele von dem jüngeren Nachwuchs. Bühnengerechte, künstlerisch durchdachte Dramen, manche wohl angekränkelt von der nervösen Unruhe der Zeit, aber manche auch lebendig, aus dem Herzen der Gegenwart heraus empfunden, brachten dem verfallenen Theater ein frischeres Leben, das leider durch die Stürme der Revolution nur zu bald zerstört werden sollte. Auch auf die Dichtung hatte die nationale Begeisterung des Jahres 1840 erstaunlich tief eingewirkt. Ganz so gekräftigt war der deutsche Nationalstolz freilich noch nicht, wie König Ludwig meinte, als er in einem wunderlichen Gedichte den „Teutschen seit dem Jahre 40" nachrühmte: „daß vorüber nun ist die Verblendung". In einem Volke, das noch kaum die Anfänge einer ernsthaften Parteibildung besaß, konnte der wüste, ziellose Radikalismus nicht völlig aussterben. So schamlos aber wie vor zehn Jahren wagten sich das vaterlandlose Weltbürgertum und die knechtische Vergötterung Frankreichs nur noch selten heraus; die meisten der jungen Zeitpoeten schwärmten für ein mächtiges Vaterland, sie ahnten seine große Zukunft, und auch darum erschienen sie achtungswerter als die Schildknappen Börnes.

An Geist und Empfindung war die Zeit nicht arm; eine heitere Sinnlichkeit belebte und erwärmte den geselligen Verkehr. Lieblichere Trachten als damals haben die Frauen in diesem geschmacklosen Jahrhundert nie getragen: die Taille saß endlich einmal an der rechten Stelle; aus dem faltigen, nicht allzu stark aufgebauschten Rock hob sich die Gestalt schlank und leicht empor; das schlicht gescheitelte Haar, die nackten Arme, der frei, nicht frech entblößte Busen ließen die natürliche Schönheit auch schön erscheinen. Von dem berückenden Liebreiz der genialen Sängerin Wilhelmine Schröder-Devrient und der Herzogin von Sagan, von den galanten Abenteuern des Fürsten Lichnowsky und des „Landsknechts" Schwarzenberg erzählte jedermann. Wenn die Münchener und die Düsseldorfer ihre farbenreichen Künstlerfeste hielten, wenn die jungen lyrischen Dichter in Unkel oder St. Goar oder im Bonner Maikäferbunde zusammentrafen, um das niemals ausgesungene Lob des Rheines zu singen, dann wallte die herzhafte Lebenslust fröhlich auf; selbst auf den ungezählten Zweckessen und politischen Festbanketten erklangen mitten im Phrasenschwall zeitgemäßer Stichwörter oftmals die herzbewegenden Reden einer tiefen, ursprünglichen Begeisterung. Die deutsche Welt glaubte noch an Ideale. Aber auch die dämonischen Mächte der frechen Unzucht und die Krankheit des Jahrhunderts, der Größenwahnsinn der halben Talente fanden freies Spiel in der allgemeinen Anarchie der Geister. Keine Partei blieb von ihnen verschont. In der Vermessenheit geistigen Hochmuts standen die liederlichen Schlemmgesellen des konservativ-liberalen kleinen

bayrischen Catilina Friedrich Rohmer nicht zurück hinter den Brüdern Bauer und den Berliner Freien, die einmal beim Saufgelage ein kräftiges Pereat Gott! gröhlten. Einer aus Rohmers Kreise, A. Widmann, schilderte seine Erlebnisse, sobald er aus dem Taumel erwacht war, in einem Romane „der Tannhäuser"; und als er drei Jahre später, 1850, in der Zeit der politischen Enttäuschung, sein geistreiches Buch herausgab, da konnten die ernüchterten Leser schon kaum mehr begreifen, daß man „dies neue Titanentum, das unserer Revolution vorausging", jemals bewundert hätte.

In solchen Tagen besaß das halb poetische, halb patriotische Pathos der politischen Lyrik seine volle Berechtigung. Wenn die neuen Zeitpoeten in wohlgereimten Versen die Nation beschworen, fortan das Versesschweißen zu lassen, so bekundeten sie durch den wunderlichen Widerspruch nur was dies tatenarme und tatendurstige Geschlecht wirklich empfand. Sie glaubten den Deutschen etwas völlig Neues zu bringen und betrachteten geringschätzig die von Heine so oft verhöhnte Jünglingspoesie des Befreiungskriegs. Dennoch sind von ihren feiner und glätter durchgebildeten Gedichten nur sehr wenige so lebenskräftig bis zur Nachwelt durchgedrungen wie die kunstlosen Lieder Arndts und Körners, Schenkendorfs und Fouqués. Die Dichter des großen Völkerkampfes besangen den Krieg, die einzige der künstlerischen Anschauung sofort vertraute politische Tätigkeit; sie erweckten durch ihre patriotische Begeisterung ewige, rein menschliche Gefühle, Waffenlust und Schlachtenzorn, Siegeshoffnung und Siegesfreude; sie verfolgten ein bestimmtes, dem schlichten Sinne verständliches Ziel, die Befreiung des Vaterlandes von den fremden Unterdrückern; sie dichteten mit dramatischer Wahrheit, oft recht eigentlich aus dem Stegreife, fast im Angesichte des Feindes, und blieben bescheiden, weil in großer Zeit die Tat das Wort beschämt. Die modernen friedlichen Ideale konstitutioneller Freiheit, bürgerlicher Gleichberechtigung, nationaler Einheit boten hingegen einen weit spröderen Stoff, der nur durch mächtige Leidenschaft, durch ungewöhnliche Größe des Urteils künstlerisch bezwungen und gestaltet werden konnte; das leichtere Talent lief hier immer Gefahr, in die Leere der phrasenhaften Allgemeinheit oder in den Kleinsinn des Parteihasses oder in die Prosa der rohen Satire zu verfallen.

Und begreiflich genug, daß die neuen politischen Dichter sich selbst überschätzten, denn vor glorreichen Taten brauchten ihre großen Worte nicht zu erröten; sie hielten sich für die gottbegnadeten Führer der Zeit, weil selbst die Männerwelt ihren Liedern freudig lauschte. So stürmische Huldigungen, wie sie Herwegh auf seiner Triumphreise erlebte, waren einem deutschen Dichter von ernsten Männern kaum je bereitet worden, und fast schien es, als sollte die Dichtung wieder stolz und breit in die Mitte unseres Volkslebens treten. In Wahrheit war diese Begeisterung rein politisch. Die politischen Lieder klangen den Hörern wie verhaltene Parlamentsreden und

verfielen darum, wie die Worte des Staatsmannes und des Publizisten, dem Lose der Vergänglichkeit. Sobald die Politik in neue Bahnen einlenkte, erschienen sie überwunden und abgetan, während das reine Kunstwerk, eine Welt für sich selber, der Zeit zu trotzen vermag; und schon heute verstehen die Rückschauenden schwer, daß in der flüchtigen, doch nicht hohlen Erscheinung dieser Zeitgedichte die nationale Sehnsucht eines langsam zum politischen Wollen erstarkenden Geschlechtes ihren natürlichen Ausdruck fand.

Im Grunde war keiner der jungen Zeitpoeten an eigenen Gedanken und ursprünglicher Empfindung so arm wie der berühmteste von allen, Georg Herwegh. Man nannte ihn die Lerche des deutschen Völkerfrühlings, weil die Gedichte eines Lebendigen, zum ersten Male nach Anastasius Grüns Wiener Spaziergängen, die politische Begeisterung vom Auslande hinweg wieder zu den vaterländischen Kämpfen zurücklenkten. Schmetternd, sinnverwirrend erklangen diese ungestümen Weckrufe; prahlerische, unmögliche Hyperbeln, die in den wohlgeglätteten Versen nur um so drastischer wirkten, verstärkten noch den Eindruck, als wollte ein rasender Titane ein versinkendes Volk zum letzten Verzweiflungskampfe aufbieten:

Reißt die Kreuze aus der Erden!
Alle sollen Schwerter werden,
Gott im Himmel wird's verzeih'n!

Doch der tiefe, ernste Inhalt fehlte. Fast überall nur eine fieberische Ungeduld, die aus der Langeweile der Gegenwart hinausdrängte und zornig drohend irgend eine unbestimmte Herrlichkeit, bald den Aufruhr schlechthin, bald den Krieg mit Russen und Franzosen, bald auch die Verbrüderung aller freien Völker forderte. Am glücklichsten zeigte sich die lyrische Begabung des Poeten in den eingestreuten unpolitischen Gedichten: wenn er die Todesahnung der ins Morgengrauen hinausſprengenden Reiter aussprach oder in einem sentimentalen, aber stimmungsvollen Klageliede sich wünschte, hinzugehen wie das Abendrot und wie der Tag in seinen letzten Gluten. Seine politischen Ideen hatte er fast durchweg aus Börnes Schriften geschöpft, und unter den Kämpfern der deutschen Vorzeit stand ihm keiner höher als „unser Heiland" Ulrich von Hutten. Das trotzige „Ich hab's gewagt" des fahrenden Ritters hallte in unzähligen Gedichten und Zeitungsaufsätzen nach, der feurige, unklare politische Idealismus des sechzehnten Jahrhunderts sagte dieser unkirchlichen Zeit zu, während Luthers religiöse Gewissenskämpfe ihr fremd blieben. Mit dem gedankenreichen Tiefsinn der Schwaben hatte Herweghs oberflächliche, schnellfertige Keckheit nichts gemein; darum galt er auch in seiner Heimat weniger als im Norden, und der erste Kunstkenner Schwabens, Friedrich Vischer urteilte, selbst ein Radikaler, in seinen geistvollen „Kritischen Gängen" sehr hart über die dürftige Gestaltungskraft dieses Dichters der hohen Worte. Herwegh gab sich früh aus; er zählte zu den Blendern,

die sich in absteigender Linie entwickeln, der unmäßige Beifall war Gift für diese kleine eitle Seele. Die Radikalen hatten ihm nicht verargt, daß er, der Deserteur, in prahlenden Liedern nach „eines Streithengsts Bügeln" verlangte; aber seine herzbrechende Klage „mein ganzer Reichtum ist mein Lied" vergaßen sie nicht, und als er jetzt, durch eine Heirat reich geworden, in ein träges, nichtsnutziges Wohlleben versank, da wendeten sie sich doch erschrocken ab, denn der ekelhafte Anblick prassender Demagogen war den Deutschen noch neu.

Von dichterischer Kraft blieb ihm bald nichts mehr als die Formgewandtheit. Seine radikale Gesinnung erhitzte sich bis zur lästernden Frechheit, weil er zu faul, zu selbstisch war um von der Zeit zu lernen. Schon vier Jahre vor der Revolution sang er die wüsten Verse:

Keine Steuern, keine Zölle,
Des Gedankens Freiverkehr!
Keinen Teufel in der Hölle,
Keinen Gott im Himmel mehr!
Nieder mit dem Blutpokale,
Drin der Kirche Wahnwitz kreist!
Ein Kolumb zerbricht die Schale,
Wenn er eine Welt beweist.

Und während des polnischen Aufstandes von 1846 schrieb er wütend:

Ich rufe den Empörern Sieg
Und jede Schmach auf deutsche Fahnen!

Als ihm dann endlich, nach kläglichen Heldentaten im Revolutionsjahre, ein gütiges Geschick beschied, die Tage deutschen Ruhmes zu erleben, da ist er noch lange keifend, schimpfend, höhnend hinter dem Siegeswagen des neuen deutschen Reiches dahergetaumelt, ein Trunkenbold der Phrase, verachtet von den Einsichtigen, vergessen von der Mehrheit der Nation. Neben Herweghs neuen Gedichten erschienen die losen Spottverse Hoffmanns v. Fallersleben, mit aller ihrer burschikosen Torheit, doch ehrlich und harmlos: und wie konnte man denn mit ihm rechten, der in guten Stunden seinem Volke so tief ins treue Herz blickte, der, selber ohne Haus und Herd, in seinen Kinderliedern das holde Dämmerglück der deutschen Kinderwelt so warm, so wahr, so einfältig, ohne einen einzigen falschen Ton moderner Niedlichkeit, besang?

Aus feinerem Tone geformt war der dritte der beliebten Zeitpoeten, der kosmopolitische Nachtwächter Franz Dingelstedt. Man feierte ihn weniger laut als jene beiden, weil die jüdischen Zeitungskritiker ihm grollten und seine oft an Platens Formenstrenge erinnernden Gedichte sich nicht singen ließen. Dennoch übertraf er sie durch Geist und Witz, durch die scharfe Welt- und Menschenkenntnis, die dem politischen Dichter so unentbehrlich ist wie dem Historiker. Die leeren Allgemeinheiten verschmähend suchte er die grellen Widersprüche des deutschen Lebens zu anschaulichen Bildern zu gestalten und schilderte bald mit übermütigem Spott die

bayrische Pfaffenherrschaft oder die närrischen Despotenlaunen der Dutzendfürsten und Taschenhöflein, bald in finsterer Ahnung das unheimliche Schicksal, das über den alten Welfen und seinen blinden Knaben heraufzog. Sein bitterster Hohn galt „der Stadt der Bildung und des Tees, der Künste und der Rücken", die eitle geistreiche Unfruchtbarkeit der Berliner Politik und Kunst ekelte ihn an. Ganz unbekümmert um die Judenschwärmerei seiner liberalen Freunde wagte der Nachtwächter frank herauszusagen, daß „Er, der Einzle, Einz'ge, Eine", Rothschild schon in der Bundesstadt allmächtig schalte; er warnte die Deutschen, das ewig klagende Juda hätte schon längst zu Haufen sich gesammelt,

Und halb um Gold, und halb mit Sklavenwitze
Kauft es dem Zeitgeist ab sein Losungswort.

Rücksichtslos war seine Muse, wie der Mann selber, aber niemals frech. In dankbarer Ehrfurcht beugte er sich vor Goethe, Platen, Chamisso; ein tiefes Heimweh klang durch seine Lieder, wenn er von dem stillen Liebreiz seines Wesertals oder von dem Freiheitstrotze seiner tapferen hessischen Landsleute sang; und den Frevlern, die in ihrem rasenden Parteihaß das Vaterland selber lästerten, erwiderte er einfach:

Nein, wer mit deutscher Zunge spricht
Ruft Deutschland niemals Wehe.

Seine Dichterkraft völlig auszubilden, gelang diesem edel angelegten Geiste doch niemals. Ein Mensch von Fleisch und Blut, schön, schlank und liebenswert, sprudelnd von Lebenslust und Lebensmut, sehnte er sich hinaus aus der kleinbürgerlichen Enge seiner Jugend, er wollte die Welt sehen, in ihr herrschen, an ihrem Glanze sich sonnen. Als er dann, ohne seine liberale Gesinnung je zu verleugnen, eine Bibliothekarstelle am Stuttgarter Hofe erhielt, da mußte er wegen solcher Verhofräterei, wie Heine spottete, von den Überzeugungsterroristen der liberalen Presse groben Unglimpf hören, wie auch Anastasius Grün ein Abtrünniger gescholten wurde, weil er nach dem Brauche seines Hauses den österreichischen Kämmerertitel annahm. Nachher gewann Dingelstedt als Leiter großer Hofbühnen eine Mittelstellung zwischen der Kunst und der vornehmen Gesellschaft, wie sie seiner Neigung zusagte; er erwarb sich hohe Verdienste um die Bühne, doch zu eigenem Schaffen konnte er sich in dem weltmännischen Treiben nur noch selten sammeln.

Diesen Bannerträgern folgte ein ganzes Heer von Zeitpoeten. Die Lyrik, die so lange in den Taschenbüchern der Damenwelt ein stilles tränenseliges Dasein geführt hatte, drängte sich lärmend auf den Markt hinaus; fast keine Zeitung, die nicht manchmal einen gereimten Leitartikel brachte. Meist wurde die Poesie durch die Tendenz gänzlich übertäubt; das Vaterland, so hieß es kurzab, „das will von der Dichterinnung statt dem verbrauchten Leiertand nur Mut und biedre Gesinnung." Der Ton war fast überall radikal, da die Kunst keine Vermittlung verträgt. Einer

aus der rasch anwachsenden Schar unzufriedener Leutnants, die aus dem langweiligen Garnisonsdienste zur Schriftstellerei übergingen, der hochherzige Enthusiast Friedrich von Sallet, dem leider das Pathos statt der Schönheit galt, nahm der großen Mehrzahl der jungen Stürmer das Wort von den Lippen, als er, noch immer im barschen Tone des militärischen Kommandos, kurzab fragte:

Für Fürstenmacht? Für Volksrecht?
Für Geisteslicht? Für Pfaffendunkel?
Republikaner oder Knecht?
Ja oder nein! Nur kein Gemunkel!
Entweder oder!

Ganz unwillkürlich ward auch Ferdinand Freiligrath in die Wirbel der Tendenzpoesie hineingerissen, ein westfälischer Seelenmensch mit treuherzigen Kinderaugen, der zuerst durch die virtuose Behandlung fremdländischer Stoffe Aufsehen erregt hatte. Seine Jugendgedichte vom Ritt des Löwen auf der Giraffe, vom Mohrenfürsten, vom Banditenbegräbnis schilderten fast durchweg fertige Situationen ohne dramatische Bewegung, aber mit glühender Farbenpracht, in markiger, packender Sprache; und wie sonderbar sich auch der Baobab, das Gnu, die Karroo und all der andere ausländische Flitter in den deutschen Versen ausnahmen, so fühlte der Hörer doch, daß alles selbsterlebt war, erlebt von einem tiefen deutschen Gemüte. Wenn der junge Poet in seinem weltabgeschiedenen heimischen Städtchen hinter dem Ladentische stand oder nachher als Kaufmannsdiener in Amsterdam die mächtigen Ostindienfahrer an der Buitenkant landen sah, da ergriff ihn die Sehnsucht nach der Märchenwelt der weiten Ferne; die glänzenden Gemälde, die ihm dann im Augenblicke aufstiegen, mußten auch augenblicklich von fröhlichen Freunden bestaunt werden, und er selbst freute sich so herzlich daran wie ein Knabe an den Wundern des Orbis pictus oder des Guckkastens. Das Ferne und Fremde trat ihm menschlich nahe, sobald es sich ihm zum Bilde gestaltete. Als ihm einmal in heller Sommernacht im Schlafzimmer ein Landsmann die alte Sage erzählte, daß westfälische Legionäre beim Kreuze Christi Wache gehalten und um des Heilands Kleid gewürfelt hätten, da stand ihm mit einem Male vor Augen, wie dort auf Golgatha die alte und die neue Weltgeschichte sich berührten; er sprang auf, schlug sich das Betttuch in malerischen Falten um das Hemde und rief: „In Christi Mantel der Germane!" — den Schlußvers seines poetischen Gemäldes „die Kreuzigung".

Derselbe Drang nach dem Hohen, Großen, Wunderbaren führte ihn dann in die Reihen des allerwildesten Radikalismus, als die politische Begeisterung ihn ergriff; die wildschöne Siegerin mit roter Mütze und flatterndem Haar, die Revolution ward seine Göttin. Ehrlich im Hassen wie im Lieben, harmlos unerfahren in der Welt der Geschichte, konnte er nichts begreifen was ihm Halbheit schien. Mit starker Leidenschaft, die

auch den rohen Cynismus nicht verschmähte, trat er für diese Ideale ein; in seinem wuchtigen „trotz alledem und alledem" hallten die Schlachtrufe Ulrichs von Hutten: Perrumpendum tandem! Iacta est alea! ganz anders nach als in Herweghs zierlicheren Versen. Wenn er sich in seine radikalen Träume verlor, dann spielte seine erhitzte Phantasie selbst mit dem Bilde des Königsmords; er schilderte den „Proletarier-Maschinisten", der den König von Preußen rheinauf zum Stolzenfels fährt und sich schon überlegt, ob er nicht das Dampfschiff mitsamt seiner erlauchten Last in die Luft sprengen solle: „der Dampf rumort, er aber sagt: heut, zornig Element, noch nicht!" Dabei blieb er doch allezeit ein freundlicher frohmutiger Gesell und dichtete mitten unter den revolutionären Drohungen auch unschuldige Lieder vom Rhein und Wein und das tief empfundene „O lieb', solang du lieben kannst", so daß er niemals bloß für einen Tendenzdichter gelten konnte. Sein gutes Herz bewahrte ihn auch, trotz so manchem politischen Torenstreiche, vor der Verzweiflung am Vaterlande. „Herr Gott im Himmel, welche Wunderblume wird einst vor allen dieses Deutschland sein", so sprach er ahnungsvoll, da er die Blüten am Baume der Menschheit betrachtete; und wenn er sein Deutschland einen Hamlet nannte — eine Vergleichung, die nunmehr in Vers und Prosa unendlich oft wiederholt wurde — so fügte er doch bescheiden hinzu:

Bin ich ja selbst ein Stück von dir,
Du ew'ger Zauberer und Säumer!

So konnte er leben mit den Lebendigen, und als nach Jahren alle seine republikanischen Ideale zertrümmert am Boden lagen, der Traum seiner Jugend durch monarchische Gewalten in Erfüllung ging, da jubelte er dankbar, ohne Kleinsinn, der neuen Größe Deutschlands zu, und sein heller Dichtergruß antwortete der Trompete von Gravelotte.

Nicht eigentlich durch die politische Leidenschaft, sondern durch die Sehnsucht nach geistiger Freiheit wurde auch der Deutsch-Ungar Nikolaus Lenau in das Heerlager der lyrischen Streiter geführt. Dem edlen, wahrhaftigen, liebevollen Träumer hing die Schwermut nachtend über der krausen Stirn und den feurig dunklen Augen; er versenkte sich in die Schauer der „ernsten, milden, träumerischen, unergründlich süßen Nacht", er hörte das Schiff am See gespenstisch flüstern, er brütete finster über der Nichtigkeit des Lebens, „wie man's verraucht, verschläft, vergeigt und es dreimal verachtet". Die Jugendgedichte, in denen er die öde schweigende Heide, das unendliche Meer, das Leid der jungen Liebe, die süße Todesmüdigkeit des Unglücks besang, waren zuweilen unklar und formlos, aber immer belebt durch eine tief und wahr empfundene elegische Stimmung; sie klangen als ob die Zigeuner seiner heimischen Pußten auf ihren Geigen eine traurige Weise spielten. In jungen Jahren ging er, die Freiheit suchend, nach Amerika, und als er dann schmerzlich ent-

täuscht aus dem „Land voll träumerischem Trug" heimgekehrt war, versuchte er sich an größeren Werken.

In der lockeren, echt modernen Kunstform des lyrischen Epos, die in England seit Scott und Byron heimisch, den Deutschen noch wenig vertraut war, konnte Lenaus allezeit schwärmerisch erregter und doch nach Gestaltung drängender Geist sich am freiesten entfalten. Die harmonische Schönheit der Goethischen Dichtung war ihm so unheimlich wie des Altmeisters heitere Lebensweisheit; er wollte der Menschheit durch richtende und befreiende Worte das Bewußtsein ihrer Ewigkeit erwecken. Doch der Drang der Erkenntnis gereichte dem Grübler zum Fluche; furchtbare Zweifel zerrissen und zermarterten sein krankes Herz, sein Weltschmerz war ehrlich und endete im Wahnsinn. So ward auch der Zweifel, wie Lenau selbst gestand, der eigentliche Held seiner wirksamsten Dichtung, der Albigenser. Manche Auftritte des gräßlichen Glaubenskrieges führte er den Lesern mit erschütternder Gewalt vor die Seele; der Wechsel der bewegten Versmaße, gefährlich für die Einheit des Ganzen, gab den einzelnen Szenen lebendige Stimmung. Der schlichte evangelische Bibelglaube aber, in dem doch gerade die ahnungsvolle Größe, der geistige Gehalt jenes ehrwürdigen mittelalterlichen Ketzertums enthalten ist, blieb dem katholischen Zweifler unverständlich; der Dichter strich von seinen Albigensern alle frische historische Farbe ab und zeichnete sie als die Vorkämpfer einer ziellosen Freigeisterei, einer modernen, schlechthin verneinenden Gesinnung. Und ganz nach dem Herzen seiner aufgeregten Leser, ein rechtes Zeichen der Zeit war denn auch die prächtige Schlußvision des Gedichts, welche die gesamte Weltgeschichte wie einen unendlichen Kampf der Freiheit wider dumpfen Zwang darstellte:

Den Albigensern folgen die Hussiten
Und zahlen blutig heim was jene litten.
Nach Hus und Ziska kommen Luther, Hutten,
Die dreißig Jahre, die Cevennenstreiter,
Die Stürme der Bastille — und so weiter!

Mit wohlbegreiflichem Ärger betrachtete Heinrich Heine diese Wandlungen unseres geistigen Lebens. Das hohe Pathos der lyrischen Demagogen mußte dem ästhetischen Gefühle des geistreichen Schalks lächerlich erscheinen, und unmöglich konnte er der Weltgeschichte verzeihen, daß sie so ganz andere Wege ging als er geweissagt. Die Deutschen, die hundertmal beschimpften, wagten gegen „das aufrichtige und großmütige, bis zur Fanfaronade großmütige Frankreich" ihren Willen zu behaupten und durchzusetzen, sie erdreisteten sich sogar eine Nation zu werden — was ihnen Heine doch ein für allemal grinsend verboten hatte; und das ärgste von allem, das tödlich gehaßte Preußen stand jetzt im Vordergrunde der deutschen Politik. Noch immer jammerte Heine in seinen Schriften kläglich über die schlaflosen Nächte des Exils, das er sich durch seine deutsche Vaterlandsliebe verdient haben wollte. Dabei bezog er

wohlgemut seine Pension von König Ludwig Philipp, und da er sich von Frankreich bezahlen ließ, so bewarb er sich, ganz folgerichtig, auch um das französische Staatsbürgerrecht. Der ängstliche Guizot erschrak; denn nach den herzbrechenden Klagen des Dichters mußte er annehmen, daß Heine in Deutschland als ein fürchterlicher Hochverräter verfolgt würde. Um den Berliner Hof nicht zu beleidigen ließ er zunächst durch den Gesandten Bresson vorsichtig anfragen: wie Heine zur preußischen Regierung stehe? und was man tun wolle, wenn er französischer Untertan würde? Darauf erfolgte (17. Febr. 1843) die kühle Antwort: unsere Behörden wissen gar nicht, ob Heine noch preußischer Untertan ist; sie haben vor Jahren seine Schriften verboten, aber gegen seine Person niemals irgend eine polizeiliche Maßregel angeordnet; will er sich in Frankreich naturalisieren lassen, so finden wir nichts dawider einzuwenden, dann hat er gegen uns die Rechte eines Franzosen.*) Das war der Unglückliche, dessen gräßliches Martyrium den deutschen Zeitungsschreibern so viele blutige Tränen erpreßte! Da mithin Guizots einziges Bedenken aufs gründlichste beseitigt war, so läßt sich mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß Heine nunmehr wirklich ein Franzose wurde, obgleich er dies späterhin ableugnete; das Bürgerrecht des so unsäglich verabscheuten preußischen Staates aufzugeben, konnte ihn doch keine Überwindung kosten, nachdem er längst schon französischen Sold empfing. Als Guizot kaum zwei Jahre darauf (Jan. 1845) sich entschloß, die sämtlichen Mitarbeiter der radikalen deutschen Zeitschrift Vorwärts auszuweisen, da wurde Heine, der auch zu den Mitarbeitern gehörte, ausdrücklich ausgenommen, weil er als naturalisierter Franzose nicht ausgewiesen werden konnte; und wer mag glauben, daß die französische Regierung, nach allem was geschehen, die Staatsangehörigkeit eines ihr so nahe stehenden Mannes nicht gekannt haben sollte?

Auf die Dauer konnte das leere Geplauder des Feuilletons dem Künstlersinne Heines doch nicht genügen; er sammelte sich wieder zu poetischer Arbeit, und manche seiner neuen Gedichte standen den älteren gleich. Selbst in dem Liederstrauße, den er unbefangen neun Pariser Straßendirnen zugleich darbot, dufteten einzelne frische Blüten. So dreist, so lebendig hatte er sein Evangelium von der Verklärung des Fleisches noch nie verkündigt, wie jetzt in den Versen:

Vernichtet ist das Zweierlei,
Das uns so lang betöret.
Die dumme Leiberquälerei
Hat endlich aufgehöret.

Die Gesinnungstüchtigkeit der neuen politischen Lyrik, die ihn so widerwärtig an die verhaßten teutonischen Gesänge des Befreiungskrieges er-

*) Schreiben des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an Graf Bresson, Berlin 17. Febr. 1843. Vgl. Beilage XXXI.

innerte, dachte er zu überwinden durch den Atta Troll, einen Sommernachtstraum, der phantastisch sein sollte, zwecklos wie die Liebe, wie das Leben. Er überwand sie nicht, obwohl er zu ihrer Verhöhnung das glückliche Schlagwort erfand „kein Genie, doch ein Charakter"; denn sein eigenes Gemüt empfand längst nicht mehr frei genug um sich unbefangen im Spiele des Humors zu ergehen. Der Atta Troll wurde keineswegs, wie der Dichter meinte, das letzte freie Waldlied der Romantik, sondern grade durch den bewußten Kampf wider die Tendenz selbst ein Tendenzgedicht; ihm fehlte nicht nur, wie allen größeren Versuchen Heines, die geschlossene künstlerische Komposition, sondern auch die Einheit der Stimmung. An dem dünnen Faden einer albernen, nicht einmal drolligen Bärengeschichte war allerhand feuilletonistischer Kleinkram aufgereiht: Landschaftsschilderungen aus den Pyrenäen, Zauberbilder von der Hexenküche und der wilden Jagd, vornehmlich aber politische und literarische Bosheiten jeder Art. Reich an schönen Bildern und bestechenden übermütigen Witzen wirkte das Ganze doch nicht heiter, nicht befreiend. Der Waldesduft der unschuldigen Märchenwelt vertrug sich nicht mit dem Schwefeläther journalistischer Polemik; die vierfüßigen Trochäen, die nur durch das heroische Pathos spanischer Grandezza Kraft und Feuer gewinnen können, klangen hier, wo sie einem komischen Stoffe aufgezwängt wurden, eintönig, einschläfernd, wie das Geplätscher aus dem Brunnenrohre.

Weit freier und ehrlicher, aber auch noch schmutziger und frecher gab sich Heine in dem Wintermärchen: Deutschland (1844); er schrieb es nieder, nachdem er, völlig unbelästigt durch die Behörden, sein Vaterland noch einmal besucht hatte. Hier war alles Tendenz; hier zeigte sich, daß der Atta Troll durchaus nicht die prosaische Herabwürdigung der freien Kunst bekämpft hatte, sondern lediglich die politische Richtung der neuen Zeitlyriker. Diese jungen Propheten fühlten sich zumeist doch stolz als Söhne eines großen Vaterlandes; Heines Tendenz aber blieb nach wie vor alles deutsche Wesen zu verhöhnen, obgleich ihn dann und wann einmal ein leises Heimweh beschlich. Er hatte sich seiner Nation entfremdet und stand den neuen Ideen, welche Deutschland jetzt durchrauschten, ebenso verständnislos, ebenso reaktionär gegenüber, wie einst Nicolai und die Berliner Aufklärer unserer jugendlichen klassischen Dichtung. Was ihm auch im neuen Deutschland begegnen mochte, alles und jedes riß er in den Staub; auf jeder Seite des Wintermärchens kicherte er schadenfroh: es wird nichts daraus, es kann nichts daraus werden; und den Siegern von Dennewitz und Belle Alliance, die in ihrem neuen Helmschmucke so bald wieder zum dritten Male den alten Siegesweg nach Paris ziehen sollten, sang er weissagend die Warnung zu: „Des Mittelalters schwerer Helm könnt' euch genieren im Laufen!" Aber all dieser Hohn und Haß kam unzweifelhaft aus den Tiefen des Herzens. Auch

das leichte gereimte Versmaß mit seinen scheinbar kunstlosen und doch dem Genius unserer Sprache fein abgelauschten Hebungen und Senkungen gab dem Wintermärchen einen frechen Schwung, der den Künsteleien des Atta Troll fehlte; die alte Sprachgewalt war dem Dichter auch jetzt noch geblieben, und in Paris wollte man sein Französisch nie recht gelten lassen, denn wer einer Sprache gänzlich Meister ist, kann eine zweite fast niemals völlig beherrschen. Um den Besuch des alten Vaterlandes würdig abzuschließen fragte Heine zum Abschied nach der Zukunft Deutschlands und erblickte ihr Bild — im Nachtstuhle Karls des Großen: „es war als fegte man den Mist aus sechsunddreißig Gruben!" Grade dies Gedicht, eines der geistreichsten und eigentümlichsten aus Heines Feder, mußte den Deutschen zeigen was sie von diesem Juden trennte. Die arischen Völker haben ihren Thersites, ihren Loki; einen Ham, der seines Vaters Scham entblößt, kennen nur die Sagen der Orientalen.

Daß ein englischer, ein französischer oder italienischer Jude sich je erfrecht hätte sein Geburtsland dermaßen mit Unflat zu bewerfen, war schlechthin undenkbar. Der deutsche Nationalstolz aber, unfertig wie er war, bald überreizbar, bald stumpf, ertrug auch dies. Derweil die ernsten Männer sich angeekelt abwendeten, behielt Heine unter der radikalen Jugend noch immer Verehrer, und bald wagte er in seinen „Zeitgedichten" jene Schmutzereien noch zu überbieten. Über dem stinkenden Sumpfe der „Lobgesänge auf König Ludwig von Bayern" erglänzte noch dann und wann das Irrlicht eines schlechten Witzes; doch den Spottliedern auf Preußen und sein Herrscherhaus fehlte jeder Hauch künstlerischer Anmut, feinen Scherzes; hier erklang nur noch das „steiniget ihn, kreuziget ihn", das blödsinnige Wutgeheul jüdischen Hasses. „Ihr sollt es ersäufen oder verbrennen", so sprach er über Preußen, den Wechselbalg, das Ungetüm, unter einem Aufwande sodomitischer Bilder, wie sie nur seiner unreinen Phantasie entsteigen konnten. Und wieder unter sodomitischen Schmutzreden schilderte er die Hohenzollern, das Geschlecht Friedrichs des Großen, also:

Das Brutale in der Rede;
Das Gelächter ein Gewieh'r;
Stallgedanken, und das öde
Fressen — jeder Zoll ein Tier!

Nicht lange nachher verfiel er einer schrecklichen Krankheit, die ihn bis zum Tode an das Bett fesselte. Er ertrug sie standhaft — allerdings nicht ohne der Welt die Qualen seiner „Matratzengruft" mit orientalischem Marktgeschrei zu verkündigen — und blieb der Alte, ein Dichter, der Schönheit ebenso mächtig wie der Niedertracht. Sein letzter Ausgang, bevor er für immer der freien Luft entsagen mußte, führte ihn in den Louvre, zu der Stelle, wo das Standbild der Venus von Melos leuchtend aus der roten Wand heraustritt. Dort vor dem Bilde der Göttin, die ihm

so viel Lust und so viel Leid geschenkt, brach er weinend zusammen — ein erschütternder Anblick für jeden, der Menschenschuld und Menschenruhm menschlich zu verstehen vermag.

So klirrte und schwirrte es überall von streitbaren politischen Versen. Selbst Adolf Glaßbrenner, der Liebling und Erzieher des zungenfertigen demokratischen Berliner Kleinbürgertums, bestieg jetzt einmal das Flügelroß. Sein Neuer Reineke Fuchs spiegelte den Jesuitenhaß der norddeutschen Lichtfreunde in burlesken Bildern und ausgelassenen Späßen wieder; doch über die feine Grenze, welche die Prosa von der Poesie, die grobe direkte Satire vom verklärenden Humor trennt, kam er nur selten hinaus.

Unter den jungen Lyrikern war nur einer, der sich herausnahm, stolz, im Gefühle eines hohen künstlerischen Berufes, dem Radikalismus der Zeitpoeten und der Heinischen Frivolität zugleich entgegenzutreten: der Lübecker Emanuel Geibel. Aufgewachsen in der gesunden Luft eines frommen, hochgebildeten evangelischen Pfarrhauses, unter dem kräftigen Bürgertum und den großen historischen Erinnerungen seiner alten Hansestadt, stand er von frühan fest auf dem Boden des christlichen Glaubens:

Mir quillt der Dichtung heil'ger Bronnen
Am Felsen, der die Kirche trägt.

Er hatte Italien durchwandert, mit seinem Freunde, dem Philologen Ernst Curtius auf den Inseln des Ägäischen Meeres eine selige Zeit der Dichterwonne durchlebt, und noch lange nachher fiel es ihm schwer, die Flammenstrahlen der südlichen Sonne zu entbehren. Die reine Schönheit, die er dort geatmet, den Formenadel seines Lieblings Platen wollte er der deutschen Lyrik durch ernste, keusche Dichtungen wieder bringen, im bewußten Gegensatze zu Heines spielender Formlosigkeit und zu der handgreiflichen Tendenz der politischen Dichter. Die Kritik wußte mit ihm zuerst nichts anzufangen; sie fällte das Urteil, das er selbst vorhergesagt: „und wer nicht mitschreit heißt ein Knecht." Man nannte ihn den Poeten der Backfische, weil die Liebesgedichte seiner Jugend, obwohl allesamt erlebt in tiefem Seelenglück und Seelenleid, von sentimentaler Weichheit nicht frei waren. Nachher kam doch die Zeit, da auch reife Männer sich an der getragenen Würde seiner gedankenreichen, formvollendeten Terzinen und Sonette erfreuten. Die fortreißende Macht dramatischer Leidenschaft blieb ihm freilich ebenso versagt wie der Einblick in die tiefsten Abgründe des Seelenlebens. Fast zu gleicher Zeit versuchten sich Geibel und Heine an der Fabel vom Tannhäuser. Geibels Gedicht ward ein wohlabgerundetes kleines Kunstwerk, vom Anfang bis zum Ende durchklungen von demselben Tone warnender Wehmut, während Heine nach einem glücklichen Anfang sich den letzten Eindruck durch feuilletonistische Witzeleien selbst verdarb. Aber die Schauer der Wollust, die geheimnisvolle Macht der Weiberschönheit, die schon Vater Homer schreck-

haft nannte, die sinnberückenden Zauberkünste der Teufelin des Venusbergs, diese ganze dämonische, mit der Askese des Mittelalters so wirksam kontrastierende Welt der Sinnenglut, die der alten Sage doch allein Farbe und Leben gibt, verstand der lose Pariser Spötter unvergleichlich anschaulicher, feuriger, schöner auszugestalten als sein sittsamerer Gegner.

Geibel haßte den Pöbel, den Gleichheitswahn des Radikalismus, „denn Sünde ward es aus dem Schwarm zu ragen", und mit einem ehrlichen „Gott helfe mir, ich kann nichts anders" sagte er Herwegh ins Gesicht: daß deine Lieder Aufruhr läuten! „Zu bau'n, zu bilden, zu versöhnen" dünkte ihm ein besseres Amt als die Fackel Herostrats zu schwingen. Und doch glühte auch sein Herz für die Größe des Vaterlandes, für ein freies Volk, das fest halten sollte an seinem Gott und seinem Recht. Aus den verworrenen Träumen der Zeit fand sein edler Sinn sicher die lebendigen Ideale heraus; den alten Kaisertraum seines Volks bewahrte er sich in aller Enttäuschung so treu wie die Hoffnung auf den Staat Friedrichs des Großen; für die Rechte Schleswig-Holsteins trat er zuerst unter allen deutschen Dichtern in die Schranken; der Konservative scheute sich nicht, auch den Italienern einen rettenden Odysseus, den Griechen die Befreiung des Bosporus zu weissagen, und nachdem seine ersten Zeitgedichte in dem wüsten Toben des Radikalismus fast verklungen waren, sollte er dereinst noch der glückliche Sängerherold des neuen Reiches werden. Damals freilich konnte selbst dieser milde, sinnige Dichtergeist sich der Ahnung furchtbarer Kämpfe nicht erwehren; er sah, wie der Hader der Parteien uns das Mark im Gebeine versengte, wie viel tausend Hungergesichter sich vor den Häusern der Reichen drängten, und sagte warnend: Deutschland ist todkrank, schlagt ihm eine Ader! —

Wie eine Stimme aus dem Grabe erklang in diese modernen Kämpfe hinein der Roman Vittoria Accorombona, Ludwig Tiecks letzte Dichtung, kurz vor der Übersiedelung nach Berlin vollendet, wohl das reifste, das bestdurchdachte Kunstwerk des alten Meisters, eine in strengem historischem Stile gehaltene, selten durch Betrachtungen unterbrochene Erzählung von den Greueln des ausgehenden Cinquecento, von den Untaten jenes hochgebildeten Geschlechts, das jeden starken Menschen in die Wirbel der allgemeinen politischen und sittlichen Zuchtlosigkeit hineinriß und sich so lange selbst zerfleischte bis der bleischwere Schlummer der Fremdherrschaft über Italien hereinsank. Die Sinnlichkeit erschien hier immer heidnisch nackt, das Verbrechen berechnet, sicher, unbedenklich, die Schuld des einzelnen als die notwendige Schuld des Ganzen; das Gewissen schwieg, jeder Frevler sagte zu seinen Opfern kalt: cosa fatta capo ha. Die Kritiker, die den alten Gegner des Jungen Deutschlands längst haßten, beeilten

sich dies ganz aus der Fülle geschichtlichen Lebens heraus empfundene, in seiner Art meisterhafte Gedicht mit einigen schnöden Bemerkungen über altromantischen Höllenspuk abzutun.

Ganz grundlos war dieser ungerechte Tadel nicht. Die Gegenwart besaß doch schon zu viel eigenes Leben, sie verlangte mit Recht, ihre eigenen Empfindungen auch in der Schilderung einer fremden abenteuerlichen Welt wiederzufinden. Darum vornehmlich hatten Walter Scotts historische Romane, die allen verständlichen, in Deutschland eine so ungeheuere Verbreitung gefunden, obgleich Tieck und die anderen Romantiker den größten Erzähler des Jahrhunderts kaum zu den Dichtern rechnen wollten. Unter Scotts zahlreichen Nachahmern waren manche Unterhaltungsschriftsteller gewöhnlichen Schlages, aber auch der geistreiche Schwabe Rehfues, dessen Roman Scipio Scicala den dumpfen Druck der spanischen Herrschaft in Neapel, das wilde Renegatentum der spanisch-türkischen Seekriege, die gräßliche Entartung des südländischen Priesterlebens so treu und lebendig schilderte, daß die Klerisei des Rheinlands für nötig hielt den freimütigen Dichter aus Bonn zu entfernen.*)

Sie alle überragte Willibald Alexis, ein in Berlin längst heimischer Schlesier aus hugenottischem Stamme. Er faßte sich das Herz, mit Scott selbst zu wetteifern, den historischen Roman, so wie es dem Schotten in seiner Heimat gelungen war, zum modernen Nationalepos zu erheben. Die Freude am Erzählen hatte er von den schlesischen und französischen Altvordern geerbt; einem bewegten Geschäftsleben verdankte er eine reiche Menschenkenntnis. Schon 1832, lange bevor die Historiker sich des gewaltigen Stoffes ernstlich bemächtigt hatten, wagte er sich in dem Roman Cabanis an das friderizianische Zeitalter; und nicht bloß der schon von Lessing geschilderte Gegensatz kursächsischer Feinheit und preußischer Schroffheit, auch die vielen anderen tragischen Gegensätze jener großen Tage, die engherzige Haustyrannei des Berliner Kleinbürgertums und die freie Heldengröße des Königs, die eiserne Manneszucht des Heeres und die windigen Ränke abenteuernder Diplomaten erschienen hier lebendig ausgestaltet in Menschen von kräftiger Eigenart. Dann folgten Romane aus den askanischen und den ersten hohenzollernschen Zeiten, aus den Tagen, da die Reformation in die Marken einzog, endlich aus dem Zeitalter der Fremdherrschaft. Überall echt märkische Charaktere, knapp und scharf, treu und tapfer, nicht ganz so übermäßig sittsam wie die meisten Helden Scotts, Kerneichengewächs, aus dem sich wohl das Holz zu einer Großmacht schnitzen ließ. Und wie köstlich war die seit den Kräutersalat-Versen des guten Schmidt von Werneuchen und dem Spotte Goethes so viel verhöhnte märkische Landschaft verklärt: die im Abendlichte glühenden roten Kiefernstämme, das mittägliche Schweigen der

*) S. o. V. 296.

schwülen öden Heide, die blauen Seen mit dem einsam kreisenden Reiher darüber. Was im alten Berlin lebendig und naturwüchsig war ist niemals treuer dargestellt worden als von den beiden Halbfranzosen Chamisso und Häring. Ein fleißiger Künstler, bedachtsam sinnend und feilend, vermochte Alexis doch nicht jederzeit in so heiterer Sicherheit wie Scott über der Fülle seiner Gestalten zu stehen; und die große Schlußwirkung, grade die Stärke des Schotten, fehlte bei ihm fast immer, da er die Einwirkung der Tieckschen Romantik nie ganz überwand und zuletzt oft wie im Traum die Zügel aus den Händen gleiten ließ.

Gleichwohl blieben diese vaterländischen Romane echte Perlen erzählender Dichtung, sie konnten in jedem guten deutschen Bürgerhause zugleich künstlerische und patriotische Freude erregen. Da zeigte sich aber, was es auf sich hat, ob eine Nation sich noch eins fühlt mit ihrer Geschichte. Die Schotten lebten und dachten allesamt mit ihrem nationalen Romandichter, sie hoben ihn frohlockend auf den Schild. Jeder Graham, Scott, Campbell, Douglas fühlte sich geehrt, wenn er die Genossen seines Clans in Sir Walters Romanen wiederfand. Dem deutschen Dichter, der allerdings nicht ganz so hoch stand, wurde von solchem Flammenmeere nationaler Begeisterung nicht einmal ein kümmerlicher Lichtstrahl zu teil. Die Deutschen außerhalb Brandenburgs wußten von der märkischen Vorzeit noch schlechthin gar nichts; sie fanden es mühsam sich auch nur hineinzulesen in diese fremde Provinzialgeschichte. Die Brandenburger selbst wurden geistig beherrscht von dem durchaus liebelosen und geschichtslosen Berlinertum, sie haben sich um den eigentlich märkischen Dichter nie viel gekümmert. Und auch die Undankbarkeit der Hohenzollern sollte er gründlich kennen lernen, den unschönen Erbfehler des Herrscherhauses, von dem unter allen preußischen Königen allein Friedrich der Große und Kaiser Wilhelm I. ganz frei geblieben sind; soviel man weiß hat der Dichter des Rolands von Berlin und der Hosen des Herrn v. Bredow in diesen Jahren von seinem kunstsinnigen Könige nie ein anderes Zeichen der Teilnahme empfangen als jenen ungerechten Brief, der ihm die liberalen Harmlosigkeiten seiner Vossischen Zeitung strafend vorhielt.*)

Weit reicheren Beifall ernteten die Dorfgeschichten Berthold Auerbachs, ein Buch, das den realistischen Zug, die demokratische Weltanschauung des neuen Geschlechts kräftig förderte und dadurch Bedeutung für die Zeitgeschichte gewann. Auerbach stammte aus einem jener jüdischen und halbjüdischen Dörfer, welche, eine seltene Ausnahme auf deutschem Boden, da und dort am oberen Neckar liegen. An Spinoza gebildet, hatte er sich als Dichter anfangs nur an jüdischen Stoffen versucht und trat nun plötzlich mit einem weiten Schritte aus dem Ghetto in das deutsche Volksleben hinüber. Seine kleinen Geschichten waren mit niederländischem

*) S. o. V. 208.

Fleiße sauber ausgemalt, gewissenhaft der Natur nachgebildet, frisch und kräftig, frei von gefühlsseliger Schönfärberei, so realistisch gehalten, daß selbst die Sprache beständig wechselte: der schwäbische Dialekt der Bauerngespräche und sogar der Bauernbriefe hob sich grell, oft häßlich ab von dem Hochdeutsch der Erzählung und der allzu reichlich eingestreuten Reflexionen. Auerbach hatte sein Manuskript der liberalen Bassermannschen Buchhandlung in Mannheim, der jetzt auch Karl Mathy angehörte, zugesendet, und Mathys treffliche Hausfrau fühlte sich glückselig, da sie die Blätter zuerst durchmusterte und dies neue Kleinod deutscher Dichtung gleichsam entdeckte. Auch Freiligrath, der allezeit neidlos empfängliche, rief begeistert: „das ist ein Buch! ich kann es dir nicht sagen wie mich's gepackt hat recht in tiefster Seele"; und den Brüdern Grimm diente diese Fülle oberländischer, dem Volksmunde sorgsam abgelauschter Wörter und Redewendungen als eine willkommene Fundgrube sprachlicher Forschung.

Der erste Erfolg der Dorfgeschichten war groß und wohlverdient. Übersättigt von den süßen Salonnovellen der Taschenbücher stürzten sich die Leser mit Behagen auf diese derbe Hausmannskost, und selbst die blasierte vornehme Welt fand eine Zeitlang den Tolpatsch originell, den Ivo pikant, das Vefele allerliebst. In der Gesellschaft wurde der junge Dichter wie ein fröhlicher Salon-Tiroler betrachtet; er erzählte auch im Gespräche meisterhaft, redete mit erstaunlicher Offenherzigkeit über seine Entwürfe und nahm jeden Beifall begierig auf; ein guter treuer Kamerad, ein warmherziger liberaler Patriot, erwarb er sich viele Freunde und selbst sein stark jüdisch gefärbter Spinozismus schien, nach der Meinung jener Tage, von der vorherrschenden christlichen Aufklärung nicht sehr weit abzuweichen. Zahlreiche Nachahmer, die sehr bald in Manier verfielen, bemächtigten sich sogleich der neu entdeckten Dorfwelt; aus allen dunklen Winkeln deutscher Erde, aus Oberschlesien und aus dem Ries, stieg in den nächsten zehn Jahren ein Geschlecht von Tölpeln und Rüpeln empor, und je roher, je plumper die Bauern es trieben, desto lauter wurden sie bewundert als aus dem Leben gegriffene Gestalten, desto lebhafter reizten sie das stoffliche, ethnographische Interesse der Leserwelt. Unleugbar lag eine erziehende Kraft in solchen einfachen Stoffen, die jeder Leser bis ins einzelne nachprüfen konnte; wer sich daran wagte, mußte der Natur treu bleiben. Seit die Dorfgeschichten aufkamen, wurden auch die nach schöneren Kränzen strebenden Dichter gezwungen zu einer genauen, andächtigen Beobachtung des wirklichen Lebens, welche der deutschen Poesie nur zu oft fehlte.

Als der Reiz der Neuheit verflog, da bemerkte man freilich, daß Auerbach selbst nicht gänzlich in und mit seinen Menschen lebte; eine so mächtige, so unvergeßliche Gestalt wie der Hofschulze im Münchhausen gelang ihm nie, obgleich er viel mehr berechnete Kunstmittel aufwendete als Immermann. Er spottete gern über die theoretisierenden Künstler, die das Ei hart sieden und hernach noch ausbrüten wollten. Im Grunde be-

saß er selbst wenig naive Dichterkraft. Oft verfuhr er wie ein Gelehrter oder ein gebildeter Althändler, der die Prachtexemplare aus seiner Sammlung vorwies und dann die Eigentümlichkeiten dieser merkwürdigen Stücke des Menschengeschlechts sinnig betrachtend erläuterte; ja einzelne Bauern waren, wenn man sie näher ansah, doch nur verkleidete Juden, denn wo das dämmernde Gemütsleben des Volks geschildert werden soll, da läßt sich die Stimme der Natur durch alle Kunstfertigkeit niemals ganz ersetzen. Dies fühlte man zuerst in der schönheitskundigen Heimat des Dichters selbst; Auerbach ist den württembergischen Schwaben, so herzensgut er es auch mit ihnen meinte, doch niemals so lieb geworden, wie den badischen ihr Hebel, der kein bewußter Künstler war, aber als christlicher Landpfarrer mit dem christlichen Volke gelebt hatte. Nach und nach begann man auch wieder zu fühlen, daß die große Leidenschaft, um künstlerisch groß zu erscheinen, eines weiten Hintergrundes bedarf, tragische Kämpfe in der Enge des Dorflebens meist quälend und bedrückend wirken, weil die scheußliche Prosa des Zuchthauses oder der rohen Mißhandlung immer dahinter lauert. Man erkannte allmählich, daß die bewunderten Naturkinder aus dem niederen Volke, gebunden wie sie sind durch starre Sitten und Ehrbegriffe, oft weniger frei, weniger menschlich empfinden als die Gebildeten, und der Dorfgeschichte mithin in der Romandichtung nur die Stelle gebührt, die ihr Immermann von Haus aus angewiesen hatte, die Stelle einer bescheidenen Episode. Auerbach selbst blieb nur auf diesem seinem eigensten kleinen Gebiete schöpferisch; was er darüber hinaus versuchte mißriet.

In der beständig wachsenden Schar der Poeten gelangten auch einige Frauen zu Ansehen. Ganz im Geiste der demokratischen Aufklärung schrieb Fanny Lewald, eine vielseitig gebildete ostpreußische Jüdin von klarem, gradem Verstande, arm an Phantasie, mehr zur Kritik befähigt und zum sicheren Beobachten als zum künstlerischen Gestalten, dabei menschenfreundlich, treu bemüht um die geistige und wirtschaftliche Hebung des weiblichen Geschlechts, bürgerlich achtbar und wohlanständig. Nur zuweilen verriet sich bei ihr eine dem deutschen Gemüte unverständliche Empfindungsweise: ganz unbefangen erzählte sie, wie ihr hochverehrter Vater nach dem Rückzuge der Franzosen aus Moskau den elenden Flüchtlingen das in Rußland geraubte Kirchensilber abgekauft und in seiner Silberschmelze verjüngt hatte. In dem Tendenzromane Jenny verfocht sie die Emanzipation ihrer Stammgenossen, nicht ohne Geschick, aber auch nicht ohne gemachten und gezierten Judenschmerz; sie besaß das Talent, alle Dinge nur von einer Seite zu sehen, — jene gefährliche Gabe, welche die Juden zu so brauchbaren Rechtsanwälten macht. Wenn die Verlobung ihrer freigeisterischen, ohne Erfolg getauften Heldin mit einem gläubigen evangelischen Theologen noch zur rechten Zeit wieder auseinander ging, so war dies doch sittlich notwendig, heilsam für beide Teile, durchaus kein Beweis christlicher Unduldsamkeit; und wenn dieselbe reiche Jüdin schmelzend klagte: o Vaterland süß, Vater-

land mein, könnt' ich nur im Tode vereinet dir sein — so hatten die christlichen Deutschen auch dies Herzeleid nicht verschuldet, sie verwehrten ihr ja keineswegs nach Palästina heimzukehren.

Zarter, reizender, weiblich liebenswürdiger erschien Fanny Lewalds Todfeindin, die Gräfin Ida Hahn-Hahn in ihren nachlässig hingeworfenen, mangelhaft durchgebildeten Salonromanen. Die anmutige Tochter des allbekannten mecklenburgischen Theatergrafen, der sein ganzes Leben und ein großes Vermögen an die Abenteuer wandernder Schauspielerbanden verschwendete, hatte von ihrem Vater die Wunderlichkeit und die schwärmerische Empfindung geerbt. Ihre „immense Seele" sehnte sich ewig unbefriedigt nach „dem Rechten"; und es war Weiberlos, daß dies liebebedürftige Gemüt nach manchen holden Verirrungen endlich von Babylon nach Jerusalem pilgerte, in der Strenge des Klosters seinen Frieden suchte. Ihre Welt war der Adel, aber nicht die tüchtigen, auf der väterlichen Scholle hausenden oder unter den Fahnen ihres Fürsten kämpfenden Edelleute, wie Alexis sie schilderte, sondern die eleganten Weltmänner der Residenzen und der Bäder, fast alle geistreich, galant, eifrig beschäftigt mit der Erforschung großer Frauenseelen, so völlig unbekümmert um die Prosa des Lebens, daß sie von einem ihrer Helden bezeichnend sagen konnte: der ganze gestrige Abend war ihm wie Geld unter den Händen weggekommen. Aus manchen Liebesszenen sprach ein reines Gefühl süßer weiblicher Hingebung; zuletzt hinterließ das gesamte Treiben dieser vornehmen Gesellschaft doch den Eindruck zweckloser, eitler Müßigkeit. Von der Kritik unbarmherzig mißhandelt, wirkten die Romane der Gräfin fast wie Satiren, sie stärkten den Adelshaß in dem demokratischen jungen Geschlechte.

Hoch über diesen beiden vielgenannten Gegnerinnen stand, noch wenig beachtet, Annette Droste-Hülshoff, unter Deutschlands schriftstellernden Frauen das stärkste Dichtertalent, dem nur leider die künstlerische Durchbildung fehlte. Unter den Vorkiekern des Münsterlandes war sie geboren, unter den schweigsamen, blaßblonden, träumerisch blickenden Niedersachsen, denen die Gabe des zweiten Gesichts beschieden ist; dann verbrachte sie fast ihr ganzes Leben in romantischer Einsamkeit auf dem Rüschhaus und anderen stillen Heideschlössern der Heimat, zuletzt auf der alten Mersburg am Bodensee, bei ihrem Schwager, dem letzten Ritter des heiligen römischen Reichs, dem sagenkundigen Freiherrn v. Laßberg*) — eine jener hohen, edlen Frauen, die überall Liebe und Verehrung finden ohne die Leidenschaft eines Mannes zu reizen. Von nonnenhafter Zartheit lag gar nichts in ihrem freien, starken Geiste; sie scheute den derben Humor so wenig wie den Ernst der Forschung oder die Pein des Zweifels und kehrte erst nach schweren innern Kämpfen zurück zu der katholischen Gesinnung, die ihr in die Wiege gebunden war. Mit ihrem Landsmann Freiligrath

*) S. o. III. 699.

teilte sie die kindliche Freude am Großen, Herrlichen, Wunderbaren, und ganz westfälisch, kräftige Kinder der roten Erde waren auch ihre Gedichte und Erzählungen — meist einfache Stoffe, aus Gebirg und Moor, aus dem Alltagsleben, aus dem Kirchenjahre und der Geschichte der Heimat, aber alles verklärt durch die leidenschaftliche Macht einer immer selbständigen, ursprünglichen Empfindung. Das geheimnisvolle Traumleben der Natur, in der Landschaft wie in der fiebernden, bangenden Menschenseele, war der Tochter der Heide von Kindesbeinen an vertraut und ihre männliche Sprachgewalt fand auch für das Geisterhafte stets den packenden, den entscheidenden Ausdruck. Leider verdarb sie den Eindruck ihrer Dichtungen oft durch die ungelenke, ja rohe und inkorrekte Form; das Geheimnis der künstlerischen Komposition blieb ihr wie fast allen Weibern unfaßbar. Dem Streite des Tages stand Annette fern; nur selten wagte sie ein Wort der Warnung an den Vorwitz der Weltverbesserer oder an die friedlose Hast des neuen Geschlechts, das kaum noch fähig schien Freud und Leid der vierundzwanzig Tagesstunden rein auszukosten:

Vor uns die Hoffnung, hinter uns das Glück,
Und unsre Morgen morden unsre Heute! —

Frischere Blüten als die anderen Zweige der Dichtung trieb in diesen Jahren die dramatische Kunst. Zu lange schon kränkelte unser Theater an den Schultheorien der Romantiker. Feine Kennerkreise erlabten sich an Tiecks Shakespeare-Vorlesungen oder an gelehrten Lesedramen. Die mißachtete Bühne aber, die doch leben, doch die Schaulust der Menge befriedigen mußte, verfiel mehr und mehr dem Handwerkerfleiße schlechter Übersetzer.*) In solcher Lage erwarben sich die beiden kräftigsten Talente des eigentlichen Jungen Deutschlands, Laube und Gutzkow, ein großes Verdienst, als sie versuchten dem deutschen Theater durch deutsche, streng bühnengerechte und doch nicht gehaltlose Werke wieder aufzuhelfen. Ihre Vorbilder konnten sie nur bei den Franzosen finden, bei dem einzigen Volke, dessen Theater damals wirklich lebte. Zum Glück besaß Frankreich keinen überlegenen dramatischen Genius, der die deutschen Schüler, wie Walter Scott unsere Romandichter, zu unfreier Nachahmung verführen konnte. Wohl aber ließ sich von Scribes vollendeter Technik vieles lernen; seine feinberechneten Intrigen vermochten allein dem deutschen Gemüte so wenig zu genügen wie die mageren, schablonenhaften, ganz durch die Handlung beherrschten, ja fast erdrückten Charaktere. Es galt, Dramen zu schaffen, deren Handlung ebenso spannend und erregend wirkte, aber aus dem Zusammenstoße der Charaktere notwendig hervorging. Und wie schwer war diese Aufgabe. Welch einen Schatz besaß Frankreich an seiner rein nationalen Bühne; seine Schauspieler hatten immer nur Franzosen darzustellen, Menschen, deren Art und Unart jedem Hörer verständlich war.

*) S. o. IV. 451.

Unsere Dichter und Übersetzer waren in ihrem weltbürgerlichen Drange so weit auf der Erde umhergefahren, daß sie den Schauspielern fast unmögliche Aufgaben stellten und ein nationaler Bühnenstil sich niemals bilden konnte. Uns fehlte die Hauptstadt, uns fehlten die allen gemeinsamen nationalen Gefühle; uns fehlte selbst die lebendige historische Erinnerung, denn den alten Fritz oder die Helden des Befreiungskriegs kannte man in Bayern fast ebenso wenig wie in Pommern die Kaiser unseres Mittelalters.

Laubes gesunde, derbe, praktische Natur hatte die jungdeutsche Ziererei, die ihm nur von außen her angeflogen war, bald wieder abgeschüttelt. Er lebte sich mit gewissenhaftem Fleiße in die Theaterwelt ein, was seit langen Jahren außer Immermann kein ernster Dichter mehr für nötig gehalten hatte, und verkehrte freundschaftlich mit Schauspielern, denen er dankbar seine Stücke zu widmen pflegte. Ihm entging nicht, daß die Hörer wie die Schauspieler fast nur noch dem bürgerlichen Drama willige Empfänglichkeit entgegenbrachten; durch gemeinverständliche, jedem naheliegende Stoffe, grobe Züge, einfache Exposition hoffte er den verwilderten Geschmack des Publikums wieder an den Genuß dramatischer Kunstwerke zu gewöhnen. Seine Dramen waren mehr gemacht als gedichtet, da ihm der hohe poetische Schwung versagt blieb, aber wohl gebaut, lebendig, von einer kecken Frische, die den fröhlichen Weidmann verriet; ihr Gehalt niemals tiefsinnig, doch bedeutsam genug für gebildete Hörer. Die beiden beliebtesten, Gottsched und Gellert und die Karlsschüler, verdankten ihren Erfolg freilich einem ästhetischen Fehler, den erst ein späteres, tatenfrohes Geschlecht ganz durchschauen sollte. Der Dichter suchte nach volkstümlichen historischen Stoffen, er pries sich glücklich in Schiller einen Mann zu finden, den die Deutschen allesamt besser kannten als irgend einen politischen Helden, und übersah nur, daß die rein geistige Größe sich nicht in dramatischer Handlung ausgestalten läßt. So entstand ihm ein Literaturdrama, eine Zwitterform, die den Stimmungen dieser Übergangszeit entsprach, aber minder berechtigt war als vormals die ganz von der Bühne absehenden dramatischen Satiren Platens. Die Literaturgeschichte diente hier der Bühnenkunst nur als Krücke, als ein unkünstlerisches Mittel für wohlfeile Effekte; der junge Schiller, der sich aus dem Zwange der Karlsschule losriß, entzückte die Hörer nicht durch die Macht der dramatischen Tat, sondern weil sie von der Schulbank her wußten, daß dieser Jüngling dereinst noch den Wallenstein und den Tell schreiben würde.

Mehr Geist und mehr Unruhe brachte Gutzkow dem Theater. Auch er war den Verirrungen seiner Jugend längst entwachsen und, scharf beobachtend, auf der Bühne ganz heimisch geworden; er hegte den Ehrgeiz, daß seine Dramen zugleich als Waffen dienen sollten für den Kampf der Aufklärung gegen die Lüge, während Laube die Tendenz nur gelegentlich als ein Zugmittel benutzte. Und doch gerieten ihm gerade die Dramen am glücklichsten, in denen die Tendenz ganz zurücktrat; seinem skeptischen

Verstande lag die feine Pointe des Lustspiels näher als das tragische Pathos. Im Urbild des Tartuffe schilderte er geistreich, mit allem Aufwande bühnengerechter heiterer Überraschungen, das Los des komischen Dichters, den alle loben solange sie sich nicht selbst von den Pfeilen seines Witzes getroffen fühlen; in Zopf und Schwert ebenso lebendig, mit dick aufgetragenen Farben, den Gegensatz altpreußischer Soldatenderbheit und feiner moderner Weltbildung. In diesem vaterländischen Drama klang sogar zuweilen ein gemütlicher Ton warmer Berlinischer Heimatliebe durch; die grob gezeichnete Gestalt Friedrich Wilhelms I. war doch lebendig genug um in preußischen Herzen ein Gefühl launigen Behagens zu erwecken, und selbst die ängstliche Berliner Theaterzensur mußte endlich einsehen, daß die alte engherzige Vorschrift, welche die Person des Fürstenhauses von den Brettern ausschloß, nur der Sache des Königtums selber schadete: wenn die großen Hohenzollern auf der Bühne erschienen, so wurden sie dem Volke doch ungleich verständlicher als durch Denkmäler oder Gemälde.

Gutzkows Trauerspiele dagegen verrieten überall, daß der nervöse, friedlose, unruhig grübelnde Dichter zur inneren Freiheit noch nicht gelangt war. Im Richard Savage wurde ein tiefsinniger Stoff, der Widerspruch zwischen dem natürlichen Gefühle und der gesellschaftlichen Heuchelei, unter allerhand geistreichen Einfällen und gezierten Gesprächen so leichthin abgetan, daß der sittliche Gehalt der Fabel ganz verloren ging; im Patkul mußte die abstrakte Freiheitsrhetorik, im Wullenweber gar das Zeitungsschlagwort die tragische Leidenschaft ersetzen. In seinem hastigen Schaffen ließ er sich nicht Zeit zu der umständlichen Ausführung der Charaktere, die er doch selbst an Schiller bewunderte, und vermochte darum auch nicht so fest an seine Menschen zu glauben wie Schiller an den Max oder den Tell. Fast noch unsicherer sprach sein sittliches Gefühl im Uriel Acosta, der vielbewunderten Tragödie der freien Forschung: der Held war kein Denker, sondern ein Zweifler, kein Bekenner, sondern ein Schwächling, der nur durch die Verkettung der Umstände, nicht durch freien Entschluß vor schimpflichem Widerrufe bewahrt wurde. Aber in diesen Tagen der freien Gemeinden und des Deutschkatholizismus klang der Vers „die Überzeugung ist des Mannes Ehre" ganz unwiderstehlich. Die Hörer vergaßen willig die Erbärmlichkeit des Helden, da das Stück doch in sehr wirksamen Szenen den Kampf des freien Gedankens wider das verknöcherte Dogma vorführte; und obschon die mächtige Judenschaft dem Dichter grollte, weil er nicht die landesüblichen christlichen Priester, sondern Rabbiner als Vorkämpfer des Gewissenszwanges auftreten ließ, so blieb das Stück gleichwohl ein Liebling der aufgeklärten Freigeister, und noch viele Jahre später pflegte die kirchliche Reaktion überall wo sie siegte mit Verboten gegen den Uriel einzuschreiten.

Wie viel Verfehltes auch mit unterlief, das deutsche Theater besann

sich doch wieder auf sich selber und wollte nicht mehr bloß vom Abhub fremder Tische zehren. Die jungen Dramatiker glaubten wieder an die Zukunft unserer Bühne; die Stücke Gutzkows und Laubes spiegelten das Leben der Zeit immerhin treuer wieder als die weit zierlicher ausgefeilten Dramen des Österreichers Halm, der, ganz undeutsch, an spanischen Vorbildern geschult, die erkünstelte Unnatur seiner Gestalten nur durch technisches Geschick und eine melodische, klangvolle Sprache erträglich machte. Für den täglichen Hausbedarf sorgte außer den Wiener Lustspieldichtern jetzt auch der Leipziger Benedix, ein lustiger Naturbursch mit sehr leichtem Gepäck, höchst erfinderisch in derb komischen Situationen. Wenige Monate vor dem Ausbruch der Revolution erschien auch schon, in Kalischs erster Posse, die volkstümliche Gestalt Zwickauers auf der Berliner Bühne. Damit begannen die Blütezeiten der Berliner Posse, die, begünstigt durch die neue Redefreiheit, durch die politische Erregung, durch die unaufhaltsame Demokratisierung der Sitte, etwa anderthalb Jahrzehnte währen sollten. Alle die lustigen Figuren aus dem niederen Berliner Volksleben, die bisher in Glaßbrenners Flugblättern ihr Wesen getrieben, traten jetzt auf die Bretter, alle schnippisch, vorlaut, witzig, selbstbewußt, nicht ohne derbe Gutmütigkeit, und wurden nicht müde einander zu schrauben, zu uzen, zu verhöhnen; unerbittlich fegte die freche Satire über die Höhen und Tiefen des sozialen Lebens dahin; leichte Musik und kecke Couplets erhöhten noch die komische Wirkung, und es war sicherlich ein Glück, daß diese überkluge Großstadt wieder lernte so herzlich über sich selbst zu lachen. Freilich blieb die Berliner Posse, da sie so ganz naturwüchsig aus dem märkischen Sande aufstieg, auch allezeit grundprosaisch; für den romantischen Zauber, der einst die Possen Raimunds verklärte, wehte die Luft an der Spree zu scharf.

Der wieder erwachende Schaffensdrang der dramatischen Dichter belebte auch die Schauspielkunst. Einige Theater spielten sehr wacker. Die Dresdener Bühne, die eine Zeitlang durch Eduard Devrient einsichtsvoll geleitet wurde, besaß für das Drama an Emil Devrient und Marie Baier-Bürck, für die Oper an Tichatschek und Wilhelmine Schröder-Devrient zwei unvergleichliche Heldenpaare. Dort wirkte auch schon im Orchester der junge Richard Wagner; er errang soeben mit seinem Rienzi den ersten großen Erfolg und trug sich schon mit dem Plane, die Oper zu überbieten durch musikalische Tragödien, in denen Musik und Dichtung völlig verschmolzen und namentlich die dem rezitierenden Drama versagten großartigen Massenwirkungen erreicht werden sollten.

Eine ganz eigene Stelle, halb in der Zeit halb außer ihr, wählte sich der Dithmarsche Friedrich Hebbel, ein ernster, gedankenschwerer, grüblerischer Nordländer, der in rauher Lebensschule eine düstere, fast hoffnungslose Ansicht von der Menschheit, von den Widersprüchen der modernen Gesellschaft, von der Geschichte Deutschlands gewonnen hatte. Er setzte sich

die höchsten Ziele, suchte stets große sittliche Probleme dramatisch zu gestalten und entsprach dem realistischen Zuge des Zeitalters durch die unerbittlich strenge, folgerechte, alle Phrase verschmähende Durchbildung seiner Charaktere. Aber sein Schaffen war zu bewußt, seine Gestalten selbst wußten sich zu viel mit ihrer Eigenart, jedes ihrer Worte klang so scharf berechnet, daß ihnen die naive Freiheit, der Reiz des Unmittelbaren verloren ging; und obwohl die gedrungene Komposition, die mächtig aufsteigende Handlung, der erschütternde Schluß einen starken theatralischen Erfolg zu erzwingen schienen, so fehlte ihm doch der Sinn für das Gemeinverständliche, der alle Bühnenwirkung bedingt; die krankhaften, verschlungenen, bis zur Ungeheuerlichkeit seltsamen Seelenkämpfe, die er darzustellen liebte, konnten schlichte Hörer nur befremden. Verwirrend und berauschend wirkte sein erstes Drama Judith. Hebbel fühlte scharf heraus, daß diese von dem naiven Gattungsgefühle des Altertums schlechthin bewunderte epische Heldin uns Modernen als eine tragische Gestalt erscheinen muß, weil unser freies christliches Gewissen die blinde Hingebung des einzelnen an das Volksganze nicht mehr für eine unbedingte Pflicht ansieht, und erregte nun in der Seele des gräßlichen Weibes einen Sturm widersprechender Empfindungen, aus denen die nervöse Sinnlichkeit des Zeitalters zuletzt so übermächtig hervortrat, daß ein reines tragisches Mitleid nicht mehr aufkam.

Sein wirksamstes Drama war Maria Magdalena, ein bürgerliches Trauerspiel, das durch die Wucht der Leidenschaft, die gewaltsame Spannung lebhaft an Kabale und Liebe erinnerte. Hier wagte Hebbel aus der Not eine Tugend zu machen; er wagte „die schreckliche Gebundenheit in der Einseitigkeit" — jene Klippe, woran so viele bürgerliche Dramen und Dorfgeschichten scheiterten — selber zum Mittelpunkt des tragischen Kampfes zu erheben. An der Grausamkeit der kleinbürgerlichen Ehrbegriffe ließ er seine Heldin untergehen, und in dem harten, borstigen Meister Anton schuf er eine Gestalt, die sich dem alten Miller vergleichen durfte. Aber auch hier blieb zuletzt kein reiner Eindruck zurück, weil die Schuld der Heldin so unnatürlich, so seltsam erklügelt war. Nachher zog sich Hebbel verstimmt von der Bühne zurück, in eine bewußte und gewollte Vereinsamung, die dem Dramatiker stets verderblich wird. Umgeben von einer kleinen Schar fanatischer Verehrer, die seinen Hochmut bis zum Übermaße steigerten, brütete er lange über einer neuen, unmöglichen Kunstform, der Tragikomödie. Erst nach vielen Jahren qualvollen Ringens fand er den Glauben an einfachere Ideale wieder und die Kraft zu dauernden Werken — ein großangelegter, tiefsinniger Dichtergeist, ein echter Sohn dieser Hohes suchenden, wenig vollendenden Tage.

Die rechte Herzensfreudigkeit des glücklich schaffenden Dichters besaß unter allen den neuen Dramatikern nur einer, der Schlesier Gustav Freytag. Wie tapfer und bewußt er auch Teilnahm an allen den geistigen und politischen Kämpfen seiner hoch erregten Zeit, immer bewahrte er sich doch jene

„gutmütige ins Reale verliebte Beschränktheit", welche Goethe so oft das wahre Glück des Dichters nannte. Er liebte seine Menschen und lebte mit ihnen, er schien sie an sein Herz zu drücken, so daß sie ihm selbst und den Hörern unvergeßlich blieben, während man den dramatischen Gestalten der anderen oft die Berechnung, die Reflexion anmerkte. Darin lag schon der Reiz seines Erstlingsdramas, des Kunz von der Rosen; die noch lose aneinander gereihten Szenen bezauberten den Leser, weil die goldene Laune des Helden alles verklärte und der treuherzige Frohmut unseres sechzehnten Jahrhunderts jeden anheimelte. Vor den Brettern erkannte Freytag selbst, daß dies Stück noch kein Drama war, und nachdem er das Theater gründlich kennen gelernt, schenkte er ihm zwei bühnengerechte Schauspiele aus der modernen vornehmen Welt, Valentine und Graf Waldemar. Beide behandelten ein einfaches, aber schönes und gehaltreiches Problem; sie zeigten, wie die wahre Liebe eine edle Natur von der Verbildung der großen Gesellschaft zur sittlichen Freiheit zurückführt. Er erlaubte sich viel, weil seine heitere Anmut viel wagen durfte, doch niemals einen groben theatralischen Effekt. Stärker noch als der festgegliederte Aufbau seiner Dramen wirkten die Charaktere, diese so fest mit dem Gemüte des Dichters verwachsenen, so ganz in heimlicher Stille ausgereiften Gestalten, und der freie optimistische Humor, der selbst in den Spitzbuben noch das Menschliche zu finden wußte.

An der Grenze, dicht neben den Slawen war er aufgewachsen, im sicheren Gefühle deutscher Überlegenheit, ein stolzer Preuße, ein rechter Markmanne; auf der Universität wendete er sich der germanistischen Wissenschaft zu, und so grunddeutsch blieb seine Empfindung, daß ihn die fremdbrüderliche Schwärmerei jener Jahre nur anwidern konnte. Wohl lernte er dankbar aus englischen Romanen und französischen Dramen, doch seine eigenen Stoffe fand er unwillkürlich nur im Vaterlande. Hier war seine Welt, selbst der Wunsch fremde Länder zu bereisen regte sich ihm kaum jemals. Amerika, das in den engen Verhältnissen der Dorfgeschichten immer als das Eldorado der Freiheit erschien, spielte auch in seine Dichtungen zuweilen hinein, doch nur wenn er einen seiner Helden durch einen romantischen Zug abenteuerlicher Keckheit von dem deutschen Stilleben dieser Friedensjahre wirksam abheben wollte. Die Tendenz verschmähte er grundsätzlich; endlichen Zwecken, so sagte er stolz, sollten seine Kunstwerke niemals dienen. Und zu seinem Glücke besaß er auch die journalistische Federgewandtheit; er konnte seine literarischen und politischen Gedanken als Kritiker und Publizist in angemessener Form aussprechen, darum durfte das Schifflein seiner Dichtung, unbeschwert vom prosaischen Ballast, frei dahin segeln. Schon diese ersten Dramen verrieten, obwohl sie sich auf den Höhen der Gesellschaft bewegten, deutlich die bürgerlich-demokratische Gesinnung des Dichters; Bürgerliche vertraten die einfache sittliche Wahrheit, während der Adel fast nur seine Schattenseiten zeigte. Noch stand Freytag

mitten in seiner Entwicklung, seine Helden spielten noch übermütig mit dem Leben, ohne es handelnd zu beherrschen; die Zeit sollte noch kommen, da er der Lieblingsdichter des deutschen gebildeten Bürgertums wurde.

Auffällig unterschied sich Freytag von den anderen Dramatikern auch durch den Adel seiner einfachen, reinen, seelenvollen Sprache. Wer diese Dramen las oder die Gedichte Geibels und Dingelstedts, oder die Prosa der Brüder Grimm, Rankes, Dahlmanns, Schellings, der mußte freudig erkennen, daß die frische Lebenskraft der jüngsten und bildsamsten Kultursprache weder unter der Jäteluft der urteutonischen Sprachreiniger, noch unter der fremdbrüderlichen Ziergärtnerei der Jungdeutschen ernstlich gelitten hatte. Alle diese Schriftsteller schrieben gut deutsch, keiner dem andern gleich, und in der Freiheit des individuellen Stils lag unsere Stärke. Die straffen Saiten der alten herrlichen Goldharfe gaben noch vollen Klang, sie harrten immer nur des Meisters, der sie spielen konnte. Mit gerechtem Stolze rief Rückert unserer Sprache zu:

Durch der Eichenwälder Bogen
Bist du brausend hingezogen
Bis der letzte Wipfel barst.
Durch der Fürstenschlösser Prangen
Bist du klingend hergegangen,
Und noch bist du die du warst. —

Die Poesie bleibt allezeit die eigentlich nationale Kunst. Wie ihre Sprache nur von den Volksgenossen ganz verstanden wird, so schöpft auch der Dichter die Ideale für sein bewußtes Wirken gradeswegs aus dem Leben seines eigenen Volks; alle großen christlichen Nationen, wie vieles sie auch dem Gedankenaustausche mit dem Auslande verdanken mochten, haben sich ihre klassische Dichtung wesentlich aus eigener Kraft geschaffen, auf sehr verschiedenen Altersstufen, manche in Zeiten da die anderen Völker sämtlich brach lagen, aber alle dann wenn ihnen die eigene Seele frei und reich ward. Das Gemüt ist national, Ohr und Auge sind Weltbürger. Die großen Epochen der Musik und der bildenden Künste, Gotik, Renaissance, Barock und Zopf gehören, trotz der Mannigfaltigkeit der nationalen Stile, allen Kulturvölkern an; aus der Gemeinsamkeit der Sitten und Trachten, des Verkehres und der Weltverhältnisse bildete sich jedes Jahrhundert bestimmte Tonempfindungen und Formentypen aus, denen sich keine Nation ganz entziehen konnte. Und dieser weltbürgerliche Zug der bildenden Künste verleugnete sich auch nicht in dem neunzehnten Jahrhundert, das unstet suchend, hastig schaffend seinen eigenen Stil niemals recht zu finden vermochte. Der erhabene Idealismus, der einst unter den deutschen Malern in Rom zuerst erwacht war, hatte auch die französische Kunst nicht unberührt gelassen; doch schon nach zwei

Jahrzehnten — so schnell, daß die Kunststile dieses unruhigen Zeitalters fast wie Moden erschienen — begann von Frankreich her der Rückschlag.

Cornelius und seine Schüler hegten einen hocharistokratischen Stolz, der sich in diesem demokratisierten Jahrhundert nicht auf die Dauer behaupten konnte, sie betrachteten die Kunst als eine vom gemeinen Alltagsleben ganz abgetrennte Welt der Ideale, als einen Tempel, den niemand mit unheiligen Sohlen, niemand ohne stille Sammlung betreten sollte; und wie sie in ihrem eigenen Schaffen die Technik gering schätzten neben der poetischen Erfindung, so fühlten sie sich auch hoch erhaben über allem Kunsthandwerk, während doch in wahrhaft schönheitsfrohen Zeiten die Kunst allgegenwärtig wirkt, durch Schmuck und Gerät das Leben jedes Hauses verklärt. In Frankreich war das Kunstgewerbe nie so gänzlich zerstört worden wie in dem verarmten Deutschland, und nicht zufällig geschah es, daß dort die Malerei zuerst wieder versuchte, die Natur in jedem Zuge sorgsam nachzubilden, durch Farbenreiz das Auge zu entzücken. Auch in der Literatur aller Länder bekundete sich dieser der Grundstimmung der neuen Zeit entsprechende realistische Drang mächtig, nur daß ihn die Dichter nach ihrer nationalen Eigenart, in sehr verschiedenen Formen ausgestalteten. Der Malerei aber dienten die französischen Koloristen unmittelbar zum Vorbilde. Schon die Düsseldorfer Malerschule, die zuerst dem Idealismus der Cornelianer schüchtern entgegentrat, lernte viel von den Franzosen, und noch mehr verdankten ihnen die Belgier. Dort an der Schelde begann die bildende Kunst in derselben Zeit wieder aufzublühen als das Land sich von der holländischen Herrschaft losriß; und da das zweisprachige Volk eine nationale Dichtung nie erlangen konnte, der flamische Dichter Hendrik Conscience doch nur für die Flamen schrieb, so hegten und pflegten alle Belgier im schönen Wetteifer ihre junge farbenreiche Malerei als die nationale Kunst: sie sollte die neu gewonnene Unabhängigkeit des Landes gleichsam geistig vor Europa rechtfertigen. Im Jahre 1843 machten zwei wirksam gemalte belgische Historienbilder, von Gallait und de Biefve, die Runde durch Deutschlands Städte und wurden überall unmäßig bewundert; an dieser Kraft der Farbe, an dieser naturgetreuen Charakteristik, so hieß es allgemein, sollte die deutsche Kunst sich ein Beispiel nehmen. Um dieselbe Zeit ward auch der größte der neufranzösischen Maler, Paul Delaroche den Deutschen näher bekannt durch sein lebensvolles Bild Napoleon in Fontainebleau. Die deutschen Kunstgelehrten, denen die spröde Strenge des alten Idealismus noch im Blute lag, stritten sich ernsthaft über die Frage, ob es auch ästhetisch erlaubt sei, daß dieser Cäsar, der nach langem Fluchtritt erschöpft und verzweifelnd auf dem Stuhle saß, wirklichen Schmutz an seinen Reitstiefeln trug. Die unbefangenen Beschauer aber dankten dem fremden Künstler, daß er ihnen das Große und Furchtbare so menschlich nahe brachte. Es war nicht anders, die Augen der Menschen begannen sich zu verwandeln, sie verlangten nach sinnlicher Wahrheit,

nach natürlicher Kraft, nach lebendigem Können und fühlten sich beleidigt, wenn ihnen die künstlerische Idee formlos entgegentrat.

Zu so ungünstiger Zeit betrat Cornelius den feindlichen Boden Berlins. Sein Abgang war für München ein unersetzlicher Verlust. Mochte auch der grollende Wittelsbacher trotzig sagen: „ich, ich der König bin die Kunst in München" — es ergab sich doch bald, daß fast allein die herrische Persönlichkeit des großen Malers die Künstlergemeinde zusammengehalten hatte. Bald nach ihm verließen mehrere andere namhafte Künstler die Isarstadt; Zersplitterung und Mißmut zeigten sich überall; und es währte sehr lange, bis die Münchener Künstler das stolze Gefühl einer großen historischen Bestimmung, das Cornelius ihnen erweckt hatte, einigermaßen wiederfanden. Aber auch der Meister selbst erlebte schmerzliche Enttäuschungen, bald nachdem er beim Scheiden den Gegnern stolz zugerufen hatte:

Ich eile auf dem Hippogryph davon.
Mellt nur die Kuh! Ich gönn' euch das Vergnügen.

Gleich das erste Werk, mit dem er sich in seinem neuen Wohnsitz einführte, das abscheulich gemalte Ölbild: Christus in der Vorhölle befremdete die Berliner, die an monumentale Malerei noch nicht gewöhnt waren und sich eben jetzt für die neuen belgischen Koloristen begeisterten. Als sodann jüngere Künstler unter seiner Oberleitung die Schinkelschen Fresken in der Vorhalle des Museums ausmalten, da konnten auch Unbefangene die Schwächen dieser in Ideen und theoretischen Programmen schwelgenden Kunstweise nicht mehr ableugnen. Die hochpoetischen Bilder der aus dem Chaos aufsteigenden Weltkräfte, der dem Himmelslichte zustrebenden hellenischen Kultur, wie entstellt erschienen sie hier durch grobe Verzeichnungen und falsche Farben; wo war hier jener entsagende Künstlerfleiß, den einst der ungestüme Michelangelo betätigt hatte, als er die gewaltige Decke der Sixtinischen Kapelle geduldig mit eigenen Händen malte? Wahre Freude konnte das tiefsinnige Werk nur dann erregen, wenn einmal abends bei festlicher Beleuchtung der prächtige Farbenteppich zwischen den hohen Säulen phantastisch herausstrahlte und die Mängel der einzelnen Gestalten in dem unsicheren Lichte verschwanden. Unterdessen zeichnete Cornelius an den Kartons für den nie vollendeten Campo Santo und beschämte seine Neider, indem er rastlos wie ein Jüngling an sich selber arbeitend, auch die Formen immer sicherer zu beherrschen lernte. So mächtig hatte sich sein Genius noch nie offenbart wie jetzt in der dämonischen, zermalmenden Furchtbarkeit der apokalyptischen Reiter oder in der Majestät des strafenden Erzengels auf den Trümmern Babels.

Die alten Getreuen in Rom und München jauchzten ihm zu, so oft er ein Bruchstück seines großen Werks vor ihnen ausstellte. In Berlin blieben die Meinungen immer geteilt; und allerdings verstieg sich der Meister, als jede Hoffnung auf die malerische Vollendung seiner Entwürfe

verschwand, zuletzt in eine erhabene Gedankenkunst, die, überreich an poetischer Erfindung, doch nur ihm selber angehörte. Ganz aus seinem persönlichen Gefühle heraus schuf er ein Epos mit eingeflochtenen Chorgesängen, das über die Grenzen aller überlieferten Kunstgattungen verwegen hinwegschritt. Seine warmen Bewunderer Rauch und Rietschel verlangten beide, er sollte die schönen Gruppenbilder von den Seligsprechungen nicht in Farben ausführen lassen, sondern als Reliefs in weißem Marmor; und die beiden großen Bildhauer wußten doch genau, daß gerade das Relief der strengsten plastischen Formen bedarf und allen malerischen Reiz verschmähen muß. So stand Cornelius bald einsam in der verwandelten Welt; das Publikum „das mit gleichem Appetit Häcksel und Ananas frißt" hatte er von jeher verachtet und zu einem der neuen Koloristen sagte er kurzab: Sie haben vollkommen erreicht was ich mich mein Lebenlang sorgfältig zu vermeiden bemüht habe. Als der Freund zweier Könige war er durch das Leben geschritten, und unbefangen, wahrlich nicht um zu schmeicheln setzte er die Bildnisse der preußischen Königsfamilie in sein Gemälde von der Erwartung des jüngsten Gerichts; die Gesalbten des Herrn sollten das Leben der Menschheit leiten bis dereinst der letzte aller Könige seine Krone in die Hände des Gekreuzigten niederlegte. Er wollte es nicht anders wissen, und ganz unbegreiflich blieben ihm die Ideen der Volksherrschaft, die jetzt über die Welt hereinbrachen.

Wie viel leichter verstand Kaulbach sich in die neue Zeit zu finden, der Vielgewandte, der kurz vor der Revolution nach Berlin berufen wurde, um für das Treppenhaus des Neuen Museums Kolossalbilder aus der Geschichte der Menschheit zu malen. Seiner virtuosen Gewandtheit gelang es, die schon erkaltende Teilnahme für das Kolossale noch einmal zu beleben und ein volles Jahrzehnt hindurch blieb er, den Meister ganz verdunkelnd, der Lieblingskünstler der Berliner. Der unbefangene Tiefsinn der alten italienischen Historienmalerei, die den Geist der Vergangenheit einfach in den großen Taten großer Menschen künstlerisch auszugestalten suchte, erschien dem vielbelesenen Monarchen zu schlicht. Nicht der Wille und die Tat, sondern die Idee war ihm der Inhalt des historischen Lebens; er erging sich gern in geschichtsphilosophischen Betrachtungen, die er ohne es selbst zu ahnen doch dem gescholtenen Hegel verdankte, und in diesem Sinne sollte auch Kaulbach den Ideengehalt der Geschichte durch große symbolische Bilder darstellen. Die beiden ersten und schönsten dieser mächtigen Entwürfe, die Hunnenschlacht und die Zerstörung Babylons, zeigten noch die geschlossene Einheit einer dramatischen Handlung, die späteren nur ein verwirrendes Durcheinander geistreicher Einfälle, bei denen sich der grübelnde Verstand allerhand denken mochte. Es war eine gelehrte Kunst, so alexandrinisch wie der unglückselige Bau des Neuen Museums selber, ganz begreiflich nur mit Hilfe wissenschaftlicher Kommentare, und doch dem Durchschnittsmenschen ver-

ständlicher als Cornelius' Kartons; denn hier fühlte sich niemand bedrückt durch die Übermacht religiöser Begeisterung, hier redete überall ein ganz moderner, liberal aufgeklärter Geist, der, kühl bis ans Herz hinan, die Gestalten des Altertums, des Mittelalters, der Renaissance mit der gleichen Leichtigkeit aus dem Ärmel schüttelte und in den Bildern der erlösten, aus Babels Zwingburg fröhlich ausziehenden Völker auch den Freiheitsdrang der neuen Zeit unmittelbar zu befriedigen wußte.

Besonders glücklich gelangen ihm erhabene allegorische Einzelfiguren, wie die Sage; die Gestalten der historischen Gruppenbilder dagegen wurden allmählich, da sie ja allesamt kein persönliches Leben führten, sondern nur Ideen darstellten, so schablonenhaft, daß man jedes Geschöpf der Kaulbachschen Muse an dem süßlich verzogenen Munde, der immer einem liegenden Paragraphenzeichen glich, sofort erkennen konnte. Das alles aber war flott, frisch, wirksam gemalt; die Fruchtbarkeit des Künstlers schien unerschöpflich, die elegante gedämpfte Färbung der Wasserglasmalerei behagte dem modernen Geschmacke mehr als die Strenge des Fresko. Die Fülle der feinen Beziehungen und Anspielungen in diesen geschichtsphilosophischen Gemälden gab reichen Stoff für das überbildete Geschwätz, das an der Spree geistreich hieß; der Berliner fühlte sich so grundgescheit, wenn er in der unmöglichen Gruppe der friedlich aus dem brennenden Jerusalem hinwegflüchtenden Christen eine große Idee entdeckte oder in dem Shakespeare auf dem Bilde des Reformationszeitalters das Gesicht eines bekannten Kunstkritikers wiedererkannte.

Mancher Zug in Kaulbachs Charakter erinnerte an Heine oder Voltaire. Den deutschen Dichter überragte er freilich weit durch seine mächtige Gestaltungskraft; hinter dem Franzosen stand er zurück, weil er nicht wie dieser die nationale Bildung eines reichen Jahrhunderts in sich verkörperte, sondern nur eine flüchtige Erscheinungsform unserer liberalen Aufklärung. Der Schelm aber saß ihm stets im Nacken, er blieb immer der Künstler des Reineke Fuchs, der lebenskluge Menschenkenner und Menschenverächter. Auch in diesen Jahren, da alle Welt seine idealen Geschichtsbilder anstaunte, bekundete sich sein Talent immer am stärksten und eigentümlichsten, wenn er in kleinen übermütigen humoristischen Zeichnungen, die sich oft kaum vor das Vaterauge der Sittenpolizei hinauswagen durften, die Sinnlichkeit und die Narrheit der Welt verhöhnte. Leider hielt sich dieser satirische Drang nicht immer in seinen natürlichen Schranken. Als König Ludwig ihm die Außenwände der Neuen Pinakothek zur Bemalung übergab, da konnte Kaulbach der Versuchung nicht widerstehen, die gesamte neue Münchener Kunst, die doch seine eigene Mutter war, grausam zu verspotten und beleidigte das künstlerische, wie das sittliche Feingefühl durch die widerliche Geschmacklosigkeit kolossaler Karikaturen.

Mit wachsendem Widerwillen verfolgte Cornelius das ganz moderne Schaffen dieses abtrünnigen Schülers, und tief mußte es ihn wurmen,

daß die monumentale Malerei, die er immer für die wahrhaft deutsche Kunst erklärt hatte, in allen diesen Jahren nur noch einen hochbegabten Jünger fand: den Rheinländer Alfred Rethel, der sich ganz unabhängig, mehr durch Dürer und Holbein als durch moderne Meister belehrt, zum Historienmaler hohen Stils herangebildet hatte und in seinen Kartons zur Geschichte Karls des Großen, tiefsinnig wie Cornelius, aber ohne jede symbolische Zutat, einfach die Männer und die Waffen selber reden ließ. Die Majestät ruhiger Männerschönheit verstand Rethel ebenso lebendig darzustellen wie den teuflischen Reiz der Sünde. Nur der ausdrückliche Befehl des Königs ermöglichte ihm, diese herrlichen Bilder im Aachener Rathaussaale auszuführen; der Stadtrat der alten Karolingerstadt — zu solchem Wahnsinn hatte sich der kirchliche Haß seit dem rheinischen Bischofsstreite schon gesteigert — wollte die gegebene Zusage zurücknehmen, weil der mitten im alten „Reiche von Aachen" geborene Künstler zufällig Protestant war, was man seinen Gemälden doch nirgends anmerkte.

Mittlerweile zog einer der treuesten Schüler von Cornelius, Julius Schnorr von Carolsfeld aus München hinweg, nachdem er noch den Zyklus seiner Nibelungenbilder vollendet hatte — dann immer glücklich, wenn ihm der ewig drängende König Ludwig einmal erlaubte, die üblichen Gewohnheiten der verrufenen Münchener Eilkunst zu verlassen und seine großgedachten Entwürfe gründlich durchzubilden. Da ihm jetzt, in der sächsischen Heimat kein monumentales Gemälde mehr aufgetragen wurde, so begann er an dem lang vorbereiteten Unternehmen zu arbeiten, das allein unter allen Werken der Cornelianer sich die Gunst des Volks erwerben, diese hocharistokratische Kunst dem Verständnis der Massen näher bringen sollte: an seiner „Bibel in Bildern". Ganz durchdrungen von dem Schillerschen Gedanken der ästhetischen Erziehung des Menschengeschlechts wollte er in kräftigen frischen Zügen dem Volke die heilige Weltgeschichte vor das Auge führen; der Holzschnitt galt ihm als ein Freskobild im kleinen, als eine Kunstform, die dem Zeichner erlaubte, sich an die großen Grundzüge der Handlung zu halten, und nach der Weise der alten Italiener gab er seinen heiligen Gestalten, den Realismus der malerischen Reisebeschreiber verschmähend, in Gewand und Gesicht den idealen, „urweltlichen" Charakter, der sie nicht als Semiten, sondern als Träger allgemeingiltiger, menschlicher Empfindungen erscheinen ließ. So entstand in langen Jahren ein echtes Volksbuch, erhaben zugleich und gemeinverständlich, unverkennbar protestantisch und doch nach deutscher Art im Geiste des allgemeinen Christentums gehalten, das schönste Vermächtnis, das die alte idealistische Kunst in ihrem Niedergange noch unseren Mittelständen hinterlassen hat.

Schwind, der dem alten Meister immer die Treue bewahrte, wußte doch als begeisterter Musiker sehr wohl, daß jeder nur singen kann, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und gestaltete sich aus den deutschen Märchen und Sagen seine eigene klassisch-romantische Bilderwelt. Auch

Friedrich Preller in Weimar, des alten Goethe jüngster Schüler, war ein abgesagter Feind der neuen realistischen französischen Kunst, die von außen nach innen gehe, während der rechte Deutsche von innen nach außen wirken müsse. Auch er ging seine eigene Bahn; ihn entzückte die ideale Landschaft, die er stets als ein Ganzes, durch den Aufbau und den Fluß der Linien wirken ließ; zugleich verstand er der nackten menschlichen Gestalt so einfach kräftige, klassische Formen zu geben, wie nur sein Freund, der große Zeichner Genelli. Als er in Unteritalien die Stätten der Wanderfahrt des Odysseus durchzog, da bevölkerte seine Phantasie ganz von selbst Felsen, Wald und Meer mit den Bildern des homerischen Helden, die er sich nur in der feierlichen Größe dieser Natur denken konnte, und in mannigfachen Entwürfen bereitete er schon sein Lebenswerk vor, den Zyklus der erhabenen odysseischen Landschaften.

Selbst an dem Stilleben der Düsseldorfer gingen die Kämpfe der Zeit nicht spurlos vorüber. Wie schnell war doch Wilhelm Schadow zum kirchlichen Parteimanne geworden, der Liebenswürdige, der früherhin so vielen grundverschiedenen Talenten als verständnisvoller Lehrer die Wege geebnet hatte. Jetzt vergiftete pfäffischer Haß alles Leben am Rhein. Da der tapfere Lessing unbeirrt fortfuhr, die Helden der Reformationszeit in kräftigen historischen Bildern zu verherrlichen — immer lebendig und feurig, aber niemals mit bewußter Parteilichkeit — so entstanden bald häßliche Zerwürfnisse in der fröhlichen Kumpanei des Düsseldorfer Malkastens. Die neuen Nazarener scharten sich um Schadows Panier. Zu ihnen zählten Deger und manche andere begabte Künstler, die in den Fresken der Remagener Apollinariskirche viel Gefühl und viel technisches Geschick bekundeten; aber in allen ihren Werken verriet sich die beschränkte Einseitigkeit eines Sektengeistes, der dem freien deutschen Gemüte niemals zugesagt hat, und der neue Düsseldorfer Verein zur Verbreitung religiöser Bilder bemühte sich grundsätzlich, eine katholische, den Ketzern unverständliche Kunst zu fördern. Bei allem Zwist ging dem munteren Düsselvölkchen der Humor nicht aus; das zeigten Hasenclevers derblustige Bilder von den Weinproben der rheinischen Schoppenstecher. Am letzten Ende gereichte der notwendige Streit der Düsseldorfer Schule zum Heile, er bewahrte sie vor Erstarrung. Außerhalb der Akademie Schadows entstanden fortan selbständige Malerwerkstätten. In ihnen wuchs nach und nach ein neues Geschlecht heran: Genremaler, die nicht ewig die taubenrunden und taubenfrommen altdüsseldorfischen Jungfrauengesichter malen, Landschafter, die nicht allezeit denselben Mondschein über denselben rheinischen Burgen erglänzen lassen wollten; sie freuten sich alle an der Farbenkraft und der lebendigen Charakteristik der belgisch-französischen Nachbarn. Die Jugend glaubte nicht mehr an den Kernspruch Genellis: „der Fisch gehört ins Wasser, der Künstler nach Rom." Hatte doch Lessing selbst den Boden Italiens nie betreten. Man begann zu ahnen, daß die Formenwelt des Südens jetzt nach so langem innigem

Verkehre jedem ernstlich gebildeten deutschen Maler in Fleisch und Blut gedrungen sein mußte und nunmehr eine ganz selbständige nordische Kunst möglich war.

Unterdessen bewies ein bescheidener, lange kaum beachteter Meister, daß auch in dieser bildungsstolzen Zeit die volkstümliche Kunst mit einfachen Mitteln große Erfolge erringen konnte. Ludwig Richter war in dem stillvergnügten Philistertum einer armen Vorstadt Dresdens aufgewachsen, in einer Welt von kleinbürgerlichen Originalen; die engen Verhältnisse bedrückten den kindlich frommen, genügsamen Jüngling wenig; war doch die Natur so reich und mild im heiteren Tale der Elbe, und wie wonnig ließ es sich träumen unter den Zweigen des alten Birnbaums im Garten, vor den üppigen Rosenbeeten. Nachher zu Rom schloß er Freundschaft mit Koch und seinem Landsmanne Schnorr und versuchte sich in dieser strengen Schule an dem hohen Stile historischer Landschaften; als er aber dort einmal gedrängt wurde, rasch aus dem Kopfe ein Bild zu entwerfen, da zeichnete er unwillkürlich eine Schar sächsischer Landleute, die mit ihren Kindern am Sonntag durchs hohe Korn zur Kirche zogen. Es war die Stimme des Herzens, die Ahnung seines Lebensberufes.

Als er dann wieder daheim im bescheidenen glücklichen Hause saß, da fühlte er bald, daß ihm das schlichte Bürgerkind, die deutsche Landschaft doch viel traulicher zum Gemüte redete als die stolze Königstochter des Südens, und er begriff, warum der Welsche im Walde auf dem Bauche liegt, der Deutsche auf dem Rücken. Die Heimat mit ihrem Kleinleben ward ihm immer lieber, und er begann nunmehr für den Holzschnitt zu zeichnen — eine echt deutsche Kunstweise, die einst in Dürers Tagen weit tiefer als die Malerei auf unser Volk eingewirkt hatte, dann lange ganz vergessen und endlich in England zuerst wiederbelebt, neuerdings auch in Deutschland wieder tüchtige Vertreter fand. Naiv, wie er immer blieb, wendete er sich also von der großen zur kleinen Kunst, vom Erhabenen zum Schlichten, ohne sich's träumen zu lassen, daß diese Wendung doch durch die veränderte Zeitstimmung mitbedingt war. Ihm war die Kunst „ein wunderschöner Engel, der die Menschen, die eines guten Herzens sind, auf sonnige und blumige Stellen führt", und mit seliger Freude schilderte er nun auf unzähligen Blättern das Treiben seines Volks: Studenten und Handwerksburschen, das Lebkuchenhäuschen des Volksmärchens und die frierenden Kinder, die auf dem Dresdener Striezelmarkte ihre aus Backpflaumen geformten Schornsteinfeger verkaufen, vor allem doch das Glück des Hauses: den Weihnachtsbaum, die Punschbowle des Silvesterabends und die dampfende Kartoffelschüssel — was jeder kennt und jeder erlebt hat.

Überall Glück und Frieden, auch ein Zug von jenem warmherzigen Spenerschen Pietismus, der unter den Stillen im kursächsischen Lande

noch fortlebte; niemand hätte erraten, daß Richter katholisch erzogen war und erst als Mann, dann freilich mit andächtigem Entzücken, die unverfälschte Bibel kennen gelernt hatte. Die drolligen Philister seiner Heimat gelangen ihm immer, auch die Weiber und Kinder, die Engel und die Gnomen, seltener die kräftigen Männer, nun gar an die Heldengestalten unserer erhabenen Dichtung durfte er sich nicht heranwagen; das Kostüm beachtete er wenig, aber gern stellte er seine unschuldigen Menschen mitten hinein in eine anmutige Landschaft oder ließ den Rauch aus dem Schornstein des befriedeten Hauses sich hell abheben vom dunklen Tannenwalde dahinter. Der Beifall wuchs; in den fünfziger Jahren lagen Richters Holzschnitte fast auf jedem deutschen Familientische, strenge Kunstgelehrte schrieben Abhandlungen über seine Entwicklung, die Sammler drängten sich um jedes Blatt, das er irgend einmal für ein Kommersbuch, einen Volkskalender, eine Märchensammlung gezeichnet hatte. So lebte er von Haß und Neid ganz unberührt, ein geliebter Hausfreund seines Volks, und noch im hohen Alter schritt er täglich, froh bewegt, seines Gottes voll, hinauf nach dem Waldrande über seinem Loschwitzer Weinbergshäuschen, um sich der lieblichen Landschaft zu erfreuen. Er bemerkte nicht mehr, daß noch bei seinen Lebzeiten der Kunstgeschmack dieses rastlosen Jahrhunderts sich schon wieder veränderte. Das Geschlecht, das sich an Richters frommer Einfalt erbaute, war reich an literarischen und politischen Gedanken, doch in seinen Lebensgewohnheiten noch sehr bescheiden; nachher wuchsen mit dem Wohlstande die Genußsucht, die Ansprüche an das Leben, der Drang nach sinnlicher Fülle des Daseins, und die verwandelte Zeit begann den unschuldig gemütlichen Idealismus langweilig und leer zu finden. Die Freude an Richters Holzschnitten verschwand zusehends — für lange, vielleicht für immer; denn in dem launischen Geschmackswechsel eines übersättigten Zeitalters können wohl elegante Kunstwerke, wie die so lange mißachteten Gemälde Watteaus wieder zu Ehren kommen; die genügsamen Menschen aber, die sich an den Kinderbildern des Dresdener Zeichners ergötzten, kehren so leicht nicht wieder.

Über die idealistischen Anfänge unserer neuen Malerei sagte Schnorr einst: Wir hatten damals vollauf zu tun um nach den Grundanschauungen der alten großen Meister des fünfzehnten Jahrhunderts wieder arbeiten zu lernen; „es war uns unmöglich alles auf einmal zu leisten, und wir glaubten die Weiterführung, namentlich die Ausbildung der Technik in demselben Geiste, den Nachkommenden überlassen zu können." Aber alle Kunst ist Können, sie darf die Technik nicht als ein Beiwerk ansehen, das auch wegbleiben kann. Unsere Malerei bedurfte eines Künstlers, der, kräftiger als die Düsseldorfer, mit unerbittlichem Ernst, mit der Hand und dem Herzen zugleich die Wahrheit, nichts als die Wahrheit suchte und doch durch poetische Erfindsamkeit so hoch stand, daß ihn niemand wie einen Handwerker geringschätzen durfte. So, als ein Bahnbrecher

des starken, mannhaften Realismus trat plötzlich Adolf Menzel auf, ein Schlesier, der schon seit seinen Jugendtagen, von wenigen gewürdigt, in Berlin einen harten Lebenskampf bestanden hatte. Italien kannte er nicht, und von den lebenden deutschen Meistern hatte keiner tief auf ihn eingewirkt, nicht einmal der preußische Soldatenmaler Franz Krüger. Ganz selbständig schritt er seines Wegs, scharf um sich schauend in die wirkliche Welt, und sagte „den Schönheitsschwärmern" ruhig: „Man muß gar nichts verlangen, dann wird man in allerwege überrascht."

Als im Jahre 1839 die Geschichte Friedrichs des Großen von dem Kunsthistoriker Franz Kugler mit Menzels Zeichnungen erschien, da mochte die deutsche Wissenschaft wohl beschämt die Augen niederschlagen. Seit dem alten Archenholtz hatte sich kein namhafter Historiker mehr an den reichen Stoff herangewagt. Kugler selbst bot im Text nur eine muntere, wenig durchgeistigte Erzählung. Wie unwiderstehlich hingegen sprach aus diesen Holzschnitten das innerste Wesen einer großen Zeit. Schlachten und Hoffeste, Heldenzorn und Heldennot, Zerstörung und Siegesfreude, die ganze gewaltige Entwicklung des Königs selbst von den stürmischen Jugendtagen an bis zu der Zeit, da er beim Ende des sechsten Kriegsjahres noch am Rande des Abgrunds als kühner Fechter stand und wieder bis zu den letzten finsteren Jahren der einsamen Größe — das alles erschien hier in so überwältigender Wahrheit, daß Alexis' patriotische Romane daneben doch ganz verschwanden. Mit einem Male war das Werk da, und jeder treue Preuße, der sich darein versenkte, fragte unwillkürlich: warum ist es nicht immer da gewesen? Kein anderes Volk besaß ein solches nationales Erinnerungsbuch, das in seiner bescheidenen Gestalt in jedermanns Hände gelangen konnte und doch an tiefem historischem Gehalt so reich war wie die großen Doelen- und Regentenstücke der alten Niederländer. Und welch ein ungeheuerer Fleiß verbarg sich hinter diesen kleinen Blättern. In sorgsamen Studien war der Abstand der Uniformknöpfe wie die Länge des Metallbeschlags an den Offiziersstöcken bis auf den Zoll vorher ausgemessen, und nachher erschien das peinlich Erforschte doch in voller künstlerischer Lebendigkeit. Der Künstler wußte, daß alle wahrhaftige Geschichte grelle Farben trägt; er ließ sich's nicht verdrießen selbst den Regimentsprofoßen durch sein hartes Tagewerk hindurch zu verfolgen und bildete ihn ab, wie er die Spießruten schneidet für die Strafen des nächsten Morgens.

Vier Jahre nachher wurde die akademische Prachtausgabe der Werke Friedrichs vorbereitet; da verstand es sich schon von selbst, daß nur Menzel den Auftrag zur Ausführung der zweihundert Vignetten erhalten konnte. Dem Monarchen aber war offenbar nicht recht geheuer bei dem Realismus und der kriegerischen Kraft dieser friderizianischen Bilder; er besprach sich niemals mit dem Künstler, ließ sich niemals einen Entwurf vorlegen, obgleich er doch sonst so gern in der Kunst dilettierte. Während der sechsjährigen Arbeit erhielt Menzel vom Hofe nur die einzige Weisung,

daß keine Vignette die Höhe von 12 Zentimetern überschreiten dürfe.*) So konnte er, gleich den Meistern unseres sechzehnten Jahrhunderts, die glückliche Freiheit des Holzschnittes ausgiebig benutzen und, wie jene, auf losen Blättern den ganzen Reichtum seiner Gedanken und Erfindungen entfalten; die dem entschlossenen Realismus immer drohende Gefahr der Überschreitung der Kunstgrenzen war ja in dieser fast schrankenlosen Darstellungsform nicht zu fürchten, und die Holzschneider Unzelmann, Vogel, Müller beherrschten die Technik schon so sicher, daß sie jeder Kühnheit des Zeichners zu folgen vermochten. Die Bilder, mit denen er Friedrichs philosophische Aufsätze schmückte, verrieten deutlich, daß er selbst dem königlichen Freigeiste weit näher stand als dem romantischen Nachfahren. Weibliche Anmut und gemütliche Beschaulichkeit lockten ihn nicht; sein Gebiet war das Denken und Schaffen der Männer. Durch seinen Stoff ward er tief in die Formenwelt des Barock- und Rokokostils eingeführt; er liebte sie ohne je in ihr unterzugehen; und wenn er an den Eingang der Geschichte Friedrichs das Bild des Schlüterschen Kurfürstendenkmals mit dem alten Schlosse dahinter setzte, so war damit ebenso sehr ein ästhetischer wie ein historischer Gedanke ausgesprochen. Auch die reiche Kleinkunst dieser allzu hart gescholtenen Zeit brachte er durch seine Zeichnungen zuerst wieder zu Ansehen.

Eine Schule zu bilden liegt nicht in der Neigung solcher starken, stolzen, durchaus eigenartigen Naturen; aber Menzels stille, mittelbare Wirksamkeit war ungeheuer, wenngleich sie sich erst langsam offenbarte. Als er nachher mit der Tafelrunde von Sanssouci die Reihe seiner großen Gemälde begann und darauf wieder, wie in seinen frühesten Jugendarbeiten, mitten hineingriff in das Leben der nächsten Gegenwart, da konnte niemand mehr an seinen Werken vorübergehen; jeder Künstler sah sich gezwungen einmal in diesen scharfen Spiegel zu schauen und sich zu fragen, ob er auch selbst noch wahr sei. Also brach für die deutsche Malerei eine neue Zeit an, reich an Erfolgen, späterhin auch reich an Verirrungen. Ganz deutsch in seinen Stoffen wie in seinen Empfindungen errang sich Menzel weit mehr, als es einem der alten Idealisten je gelungen war, die Bewunderung auch des Auslands; denn der Drang nach Lebenswahrheit, dem er einen so mächtigen Ausdruck gab, beherrschte die Gefühle des ganzen Zeitalters.

Dasselbe Jahr, das Menzels Friedrichsbuch erscheinen sah, brachte auch der Bildnerkunst eine folgenreiche Entscheidung. Schon seit zwei Menschenaltern wurde in Berlin der Plan eines Denkmals für den großen König hin und her erwogen. Tassaert und Schadow, Schinkel und Rauch hatten in Vorschlägen gewetteifert, in der Mannigfaltigkeit dieser Pläne spiegelte sich der Wandel der Kunstempfindungen eines suchenden Jahr-

*) Nach einer freundlichen Mitteilung von A. Menzel.

hunderts treulich wieder. Als Rauch endlich mit der Ausführung beauftragt wurde, da sah er alsbald, daß Friedrichs stolze Wahrhaftigkeit sich mit klassischem Pomp sogar noch weniger vertrug als die schlichte Größe der Feldherren des Befreiungskrieges. Den alten Fritz, dessen Gestalt noch in aller Gedächtnis lebte, auf eine Trajanssäule stellen oder in einen Tempel oder als Triumphator auf eine Quadriga, wie noch Schinkel vorgeschlagen hatte, das hieß das Volksgefühl beleidigen; und von der volkstümlichen Wirksamkeit der Kunst war Rauch ebenso tief überzeugt wie sein Liebling Rietschel, der dem Meister ermutigend schrieb: vom Volke begriffen werden, es erheben, begeistern, hierdurch erhält ein Kunstwerk die wahre Autorität. Auf Rauchs Antrag genehmigte der alte König ein halbes Jahr vor seinem Abscheiden die Errichtung eines großen Reiterstandbilds; es war die letzte gute Tat, die der anspruchslose und doch so still sinnige Mäcenas der deutschen Kunst erwies. Enthusiastisch ging der Nachfolger auf den Gedanken ein; er erlaubte, den Plan zu erweitern, am Sockel des Königsstandbilds den ganzen Heldenkreis der friderizianischen Zeiten in mächtigen Erzgestalten darzustellen und suchte dem Meister selbst bei der Komposition zu helfen. Künstler, Gelehrte, Offiziere wurden befragt, wer einen Platz auf dem Sockel verdiene. Die langwierigen Verhandlungen erschienen fast wie ein historischer Familienrat des preußischen Volks; man empfand die Macht einer noch in der Gegenwart fortwirkenden großen Geschichte, alle die alten Soldatengeschlechter setzten ihren Stolz darein, daß ihre Ahnen auf dem nationalen Ehrendenkmal nicht fehlen sollten.

Das geistvolle, dem Maler so willkommene Gesicht des großen Königs ließ sich unbeschattet vom Bildhauer kaum darstellen, da der Ausdruck ganz in den mächtigen Augen lag und das Profil nur zwei scharfe Linien zeigte. Darum mußte Rauch den Kopf Friedrichs mit dem Hute bedecken, wie die Hellenen den Zwiebelkopf ihres Perikles unter dem Helme verbargen. Als eine Erinnerung gleichsam an die früheren antikisierenden Entwürfe blieb nur der schwere Krönungsmantel, der dem Herrscher um die Schultern geschlagen zu dem Dreispitz, dem Krückstock, der Uniform wenig stimmte. Streng in der Tracht der Zeit wurden die Bildwerke des Sockels gehalten: die vier Reitergestalten der ersten Heerführer des Königs aus den Ecken hervorsprengend, dazwischen die dichte Schar der Generale, auf der Rückseite auch die Staatsmänner und Denker. Welch' eine Zumutung an den greisen Künstler, der soeben noch in der hellen Schönheit seiner Walhalla-Viktorien geschwelgt hatte, „diese sämtlich von einem Friseur mit gleicher Lockenzahl über dem Ohr frisierten Menschen" mit ihrer häßlichen Tracht zu bekleiden; er fühlte sich zuweilen „geistig fertig". Doch sein eiserner Wille hielt stand bei der ungeheueren Arbeit. Jedem der Köpfe, die er zumeist nur aus schlechten Bildnissen kannte, verstand er ein kräftiges persönliches Leben einzuhauchen; die bald ganz

frei, bald halbrund, bald flach aus dem Sockel heraustretenden Gestalten ordnete er so glücklich hinter- und nebeneinander, daß die Überzahl der Arme und Beine verdeckt blieb; die ruhige Gruppe der Männer des Friedens hob sich wirksam ab von den bewegteren der Kriegshelden. Das Werk reichte an die Majestät des Schlüterschen Kurfürstenstandbildes nicht ganz heran und erschien etwas steif durch den allzu hohen Aufbau; aber in diesem Jahrhundert war der deutschen Bildnerkunst noch nie eine so großartige Schöpfung gelungen. Leider konnte das Denkmal erst nach der Revolution enthüllt werden, vor einem verstimmten Geschlechte, das dem unglücklichen Könige für nichts mehr danken wollte.

Gleich dem Meister wendete sich auch sein liebevoller Johannes, Ernst Rietschel, ohne die klassische Formenstrenge aufzugeben, einer schärfer charakterisierenden, realistischen Kunstweise zu. Der milde, fromme, kindlich bescheidene Künstler ähnelte in manchen Charakterzügen seinem Freunde und Landsmanne Ludwig Richter. Nur war sein Geist weit freier, größer angelegt und durch eine harte Lebensschule gestählt. Wie ahnungsvoll hatte der blutarme Knabe einst von den Bergen seiner Lausitz hinübergeschaut nach den fernen Türmen Dresdens; und als er dann in die ersehnte Stadt des Glanzes und der Künste einzog, da kümmerte er wieder jahrelang hin, ratlos, führerlos, unter unfähigen Lehrern, in einer weichen romantischen Luft, oft ganz zerknirscht durch den Gedanken, daß der Bildhauer für die Ewigkeit schaffen soll — bis ihm endlich Rauch eine neue Welt kraftvoller Schönheit aufschloß. Jetzt errang er zuerst einen durchschlagenden Erfolg, als er in der Gruppe der Pieta einen tausendmal behandelten Stoff völlig neu und eigentümlich gestaltete, ebenso gemütvoll wie die alten Nürnberger Meister, aber mit unvergleichlich reinerem Formensinne.

Dann übertrugen ihm die Braunschweiger die Ausführung ihres Lessingstandbildes, und sofort machte er dieselbe Erfahrung wie Rauch beim Friedrichsdenkmal. Der Todfeind des gespreizten Römertums der französischen Tragödie konnte doch unmöglich in der Toga erscheinen, der stolze Verächter alles falschen Scheines unmöglich im Theatermantel. Rietschel entschloß sich also noch einen Schritt über den Meister hinaus zu wagen und den Helden selbst, so wie einst Schadow den alten Zieten, stark, schlicht und ehrlich, ohne jede schmückende Zutat, in der Tracht der Zeit hinzustellen, ein köstliches Bild deutschen Wahrheitstrotzes. Schadows Zieten war im Grunde nur eine akademische, zufällig in die Husarenuniform gekleidete Gestalt; Rietschel ging darauf aus, daß Form und Inhalt seines Bildwerks vollkommen übereinstimmen sollten. Aus jeder Not ward ihm eine Tugend, den Haarbeutel benutzte er um die freien Linien des wallenden Haares zu zeichnen, das enge kurze Beinkleid um die gedrungene Kraft der Glieder zu zeigen. Auch dies lang und schwer durchdachte Werk gelangte erst nach den Stürmen der Revolution zum

Abschluß. Also begann die Bildnerkunst auf die Höhe eines klassisch geschulten, dem Idealen nicht entfremdeten Realismus aufzusteigen; erst die Zukunft sollte erfahren, daß von diesem steilen Gipfel manche lockende Abwege niederwärts führten zur naturalistischen Roheit und malerischen Unruhe.

An wahrhaft genialen Baumeistern besaß diese Zeit nur einen, Gottfried Semper, und ihn versuchte König Friedrich Wilhelm seltsamerweise niemals für sich zu gewinnen. Semper blieb in Dresden, und nachdem der schöne Halbrundbau des Theaters mit dem reichen Bildnerschmucke Rietschels und Hähnels vollendet war, begann er den Bau des Neuen Museums, ein Werk, das alle architektonischen Unternehmungen des kunstsinnigen Preußenkönigs leuchtend überstrahlte. Es war ein tollkühnes Unternehmen, die vierte, noch offene Seite des Zwingervierecks durch einen römischen Renaissancepalast auszufüllen; und doch fügte sich die reine, ruhige, an Bramante gemahnende Schönheit dieses Langbaues glücklich ein in die malerische Umgebung, sie hielt kräftig stand vor der überladenen Pracht der Rokoko-Pavillons gegenüber. Die heitere, warme Anmut der Innenräume stimmte jeden, der die schönste Galerie des Nordens betrat, sofort festlich und empfänglich. Auch dieser Bau und die verdiente Bewunderung, die er nach seiner späten Vollendung fand, bewiesen, wie unaufhaltsam dies erregte Geschlecht aus der klassischen Einfachheit der Schinkelschen Zeiten hinausstrebte. —

Der frische politische Zug, der seit der Vertreibung der Göttinger Sieben die deutschen Hochschulen durchwehte, verstärkte sich noch von Jahr zu Jahr in diesem Zeitalter der ungeduldigen Erwartung; und es konnte nicht fehlen, daß die Gelehrten jetzt häufiger denn je zuvor mit den Waffen der Wissenschaft in den Kampf des Tages eintraten. Wie einst Fichte durch die Philosophie das Leben der Tat beherrschen wollte, ebenso, und mit demselben Pathos eines hohen sittlichen Berufes, faßte Dahlmann von jeher sein politisch-historisches Lehramt auf; er wollte aus den Tatsachen entwickeln, „wie man praktisch die Aufgaben der Staatskunst mehr oder minder glücklich gelöst" habe, und also seinen Hörern den Weg zum eigenen Handeln weisen. Auf die Bitten seiner Freunde entschloß er sich jetzt, zwei seiner Kollegien, die Geschichte der englischen und der französischen Revolution in Buchform herauszugeben. In gedrungener Kürze, wie einst Mignet, in einer markigen, das Gewissen erschütternden Sprache und mit erstaunlicher Kraft der Charakterzeichnung schilderte er hier die beiden großen Umwälzungen. Mignet freilich war so glücklich die Geschichte seines Vaterlandes zu erzählen, und seine Schrift vermochte, auch nachdem sie wissenschaftlich überwunden war, als ein Erinnerungsbuch des nationalen

Ruhmes noch lange unter den Franzosen fortzuleben. Dahlmann sollte — so mühselig war noch der Entwicklungsgang deutscher Historiker — niemals dazu gelangen, die Geschichte des Volkes zu schreiben, dem doch all sein Denken galt, und die Darstellung der beiden ausländischen Revolutionen, die er jetzt seiner Nation vorhielt, damit sie die herbe Frucht der Selbsterkenntnis pflückte, konnte nur so lange das Herz der Deutschen fesseln, als sie selber noch glaubten, daß fremde Nationen ihnen einfach zum Vorbilde dienen müßten. In dieser kurzen Zeit aber, etwa ein Jahrzehnt hindurch, wirkten die beiden Büchlein sehr stark und heilsam. Sie wurden die Sturmvögel der deutschen Revolution.

Zum ersten Male gelang es dem ernsten, wortkargen Manne, auch die breiten Massen des gebildeten Mittelstandes hinzureißen. In unzähligen Landtags-Anträgen und -Reden der nächsten Jahre klangen Dahlmanns Kernworte wieder; und wie einstmals die Damen der Pariser Salons arglos gespielt hatten mit den Ideen Voltaires und Rousseaus, welche bald die alte französische Gesellschaft in ihren Flammen verzehren sollten, so wurden jetzt die zwei Revolutionen Dahlmanns nicht bloß von der liberalen Prinzessin von Preußen, sondern auch an hochkonservativen deutschen Fürstenhöfen eifrig gelesen. Furchtbar ernst klang aus beiden Büchern das porro unum est necessarium heraus, die Forderung, daß Preußen zu konstitutionellen Einrichtungen übergehen müsse. „Unverrückt", so hieß es kurzab, „weist der große Zuchtmeister der Welt immerfort auf dieselbe Aufgabe hin." Obgleich Dahlmann, ganz frei von Schlossers moralisierender Strenge, auch die Gegner mit menschenfreundlichem Humor zu würdigen wußte, so sprach er doch seine politischen Ideen mit einem solchen Nachdruck aus, daß die Zweifelnden sich sittlich beschämt und entmutigt fühlen mußten.

In der bewußten und gewollten Einseitigkeit dieser Grundgedanken lag gerade die Stärke der beiden Bücher; denn wer in den Zeiten großer vaterländischer Kämpfe ganz unbefangen und leidenschaftslos zu bleiben vermag, der verdient nicht sie zu erleben. Niebuhrs Vorlesungen über das Revolutionszeitalter, die fast zur selben Zeit gedruckt erschienen, ließen die Leserwelt kalt, denn aus ihnen redete die fast verschollene Gesinnung der Restaurationsjahre; Dahlmann verkündete was die Gegenwart stürmisch forderte. Den Zunftgelehrten bot er der Blößen genug. Wenn der Historiker immer nur einen Ausschnitt aus der Fülle des Geschehenen zu geben vermag, so war hier die Grenze doch sehr willkürlich gezogen: die auswärtige Politik und die sozialen Verhältnisse traten ganz zurück; beide Revolutionen erschienen nur wie Kämpfe um Verfassungsfragen. Die wenig selbständige Forschung entlehnte viel, hier von Guizot, dort von Droz; den Vorkämpfern der konstitutionell-monarchischen Gedanken ward übermäßige Bewunderung gezollt, Hampden erhielt die Stelle zugewiesen, die allein dem Protektor Cromwell gehört, und Mirabeau erschien auf

einer Höhe, welche wohl seinem dämonischen Genie, doch nicht seiner politischen Tätigkeit gebührt. Trotz alledem bewiesen beide Schriften durch ihre mächtige Wirksamkeit, wie hoch das politische Denken und Wollen über der gelehrten Forschung steht; sie sprachen das rechte Wort zur rechten Zeit, sie zwangen auch die kleinmütigen deutschen Historiker, fortan mit ihrem politischen Urteil nicht mehr ängstlich hinter dem Berge zu halten, und erhoben den tapferen Verfasser für einige Jahre zum verehrten politischen Führer unserer Gelehrtenwelt. Wie eine Weissagung klang sein Ausspruch, daß „die monarchische Unumschränktheit ihre unvergeßliche Zeit gehabt hat, gegenwärtig aber, verlassen von dem Glauben der Völker, ein so eitles Geräusch treibt, wie die klappernden Speichen eines Rades, dessen Nabe zerbrochen ist."

Noch schärfer und kühner verkündete J. G. Droysen die Forderungen der Gegenwart in seiner Geschichte der Freiheitskriege. Aufgewachsen in einem stillen pommerschen Pfarrhause war Droysen früh in die Kreise der höchsten künstlerischen und wissenschaftlichen Bildung Berlins eingetreten und hatte seine vielseitige Begabung schon durch die geistvolle Übersetzung des Äschylus und Aristophanes bewährt, nachher durch die Geschichte Alexanders, ein Buch voll schöner jugendlicher Begeisterung, das freilich nach Hegels Weise den unterliegenden Parteien meist unrecht gab. Unter Freiheitskriegen verstand er die gesamte große Bewegung, welche seit der Erhebung Nordamerikas bis zu den Pariser Friedensschlüssen die gesittete Welt erschüttert hatte. Das Buch konnte und wollte nur ein erster Versuch sein, den Deutschen ein Bewußtsein von dem Ideengehalte dieser reichen Zeit zu erwecken. Die Darstellung der Tatsachen mußte mangelhaft bleiben, da die deutschen Archive noch verschlossen lagen; die Erzählung ward durch die Reflexion noch stark überwogen, die Geschichte erschien mehr als ein dialektischer Prozeß, denn als ein Kampf wollender Männer. Aber klar und lebendig trat das letzte Ziel der langen Entwicklung heraus: das nationale Preußen, das seinem Sondergeist entwachsend mehr und mehr im deutschen Namen untergehen müsse. Vollständig, erschöpfend wie in keinem anderen Buche dieser Jahre ward das ganze Programm des gemäßigten Liberalismus dahin zusammengefaßt: nationale Selbständigkeit und Einheit; grundgesetzliche Rechtssicherheit; ein wahrhaftes Staatsbürgertum, gegründet auf kommunaler und reichsständischer Freiheit; gerechte Autonomie in allen Lebenskreisen, deren Zweck nicht der Staat ist. In der Summe dieser Forderungen sah Droysen, da er von der Doktrin der Menschenrechte doch noch nicht ganz loskam, die königliche Vollfreiheit des sittlichen Menschen, und in dieser — nach Schöns bekanntem Ausspruch — den unerschütterlichen Pfeiler jedes Thrones. König Friedrich Wilhelm hatte sich in die Welt seiner ständischen Gliederung schon so tief eingesponnen, daß er selbst diese maßvoll und edel vorgetragenen Gedanken nicht mehr verwinden konnte. Den ersten Band des Buchs

nahm er mit kühlem Danke an, den zweiten ließ er ungnädig dem Verfasser zurücksenden.*)

Dahlmann und Droysen gebrauchten nur das gute Recht des Historikers, wenn sie aus den Erfahrungen der Vergangenheit ernste Lehren für die Gegenwart zu gewinnen suchten. Aber neben dieser berechtigten Tendenz wagte sich auch die unberechtigte des boshaften Anspielens und des versteckten Anwinkens hervor, ein schlechtes Handwerk, das sich mit der Würde der Geschichte nie verträgt. David Fr. Strauß hatte die letzten Jahre, tief darniedergedrückt durch seine unglückliche Ehe mit der schönen Sängerin Agnese Schebest, ganz untätig verbracht; und recht genesen war er auch noch nicht, als er, der ehelichen Fesseln endlich ledig, seine streitbare Feder wieder ergriff und den lange verhaltenen Groll wider König Friedrich Wilhelm in der Flugschrift „der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren" entlud. Das Beste daran war der witzige Titel, der denn auch genügte, der sehr wenig gelesenen Schrift einen in Zeitungen und Büchern dauernden Ruhm zu verschaffen. Julianus, der gewaltige Feldherr, der ernste, prosaische, ganz in politischen Sorgen aufgehende Staatsmann wurde hier mit dem romantischen Preußenkönige verglichen, weil der gestrenge Römer die alte mit dem römischen Staate unzertrennlich verwachsene Staatsreligion wiederherzustellen versucht hatte und das Christentum, nach Straußens Ansicht, heutzutage ebenso verlebt sein sollte wie damals das Heidentum. Nur der verblendete Haß konnte zwei in Art und Unart so grundverschiedene Charaktere nebeneinander stellen, und die frostigen Witze über den romantischen Dombau des Tempels von Jerusalem oder über Julians altgläubige Kabinettsordres ließen den abgeschmackten Einfall nur noch widerlicher erscheinen.

Geistreicher, kräftiger als Strauß schwang einige Jahre nach der Revolution sein Landsmann, der Bonner Historiker Otto Abel die Geißel der Satire, indem er einen — dem preußischen Monarchen unverkennbar verwandten — Charakter schilderte, Theodat, den König der Ostgoten, den gelehrten Schwächling, der durch friedensselige Tatenscheu das glorreiche Erbe großer Vorfahren zerstörte. Abel schrieb nicht mit der Bosheit des Parteihasses, sondern mit tiefem patriotischem Schmerze, er störte seine Erzählung durch kein einziges Wort unmittelbarer Anspielung, und noch heute, da die Halbwahrheit aller solcher historischen Vergleichungen von der ruhigeren Nachwelt längst durchschaut ist, kann seine Schrift als ein kleines Meisterstück historischer Charakteristik mit unbefangener Freude genossen werden. Was Strauß nur in einem übellaunigen Capriccio flüchtig andeutete, das führte der Berliner Historiker Adolf Schmidt in der ganzen Breite gelehrter Pedanterei schwerfällig aus. Seine „Geschichte der Denk- und Glaubensfreiheit" unter den ersten

*) Nach einer brieflichen Mitteilung von J. G. Droysen.

Cäsaren behandelte „das Verhältnis der Monarchie zu den Wirkungen der Aufklärung, Monarchie und Kultus im Bunde gegen die Glaubensfreiheit" — und was der plumpen Andeutungen mehr war. Friedrich Wilhelm und Tiberius, Eichhorn und Sejan erschienen hier wie nahe Gesinnungsverwandte; die auf beiden Füßen hinkenden Vergleichungen, die hämischen Sticheleien und Nutzanwendungen verzerrten das Bild der Vergangenheit gänzlich, aber die von Parteihaß zerwühlte Zeit bewunderte selbst ein so giftiges Buch.

Für das starke Selbstgefühl dieser konstitutionellen Gelehrten war es ein harter Schlag, daß der größte deutsche Historiker ihren Bestrebungen fast ebenso kühl gegenüberstand wie einst Erasmus den Kämpfen Luthers. Ranke genoß der persönlichen Freundschaft König Friedrich Wilhelms und folgte der neuen Regierung mit hoffnungsvollem Vertrauen. Jeder Tendenz, zu allermeist der liberalen, abhold, vollendete er jetzt mit staunenswerter Fruchtbarkeit die deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, das wissenschaftlich wertvollste unter allen seinen bisherigen Werken. Wunderbar, wie wenig die Deutschen von dem folgenreichsten Jahrhundert ihrer Vorzeit noch kannten. Die Schriftsteller der Aufklärung hatten die Zeit der Reformation wenig beachtet oder sie wohl gar, wie König Friedrich tat, ins Platt-Alltägliche hinabgezogen; Schiller, dessen genialer Instinkt die einzige Größe jenes Zeitalters sofort durchschaute, konnte die Tage Luthers nur mit einigen beiläufigen geistvollen Bemerkungen streifen, weil es der Stoff seiner beiden Geschichtswerke so verlangte. Seitdem blieb die Geschichte unseres sechzehnten Jahrhunderts vornehmlich den theologischen Kirchenhistorikern überlassen, die sich denn nach ihrer Weise die weltumgestaltende Bewegung als einen Kampf dogmatischer Systeme zurechtlegten. Ranke zuerst wagte die politische Geschichte des Zeitraums zu schreiben, auf Grund der Reichstagsakten sowie zahlreicher anderer archivalischer Fünde, und er hob die entscheidenden Männer, die bestimmenden Tatsachen aus der Flucht der Erscheinungen so sicher heraus, daß er mit gerechtem Selbstgefühle sagen durfte, „spätere Entdeckungen würden zwar wohl das einzelne näher bestimmen, aber die Grundwahrnehmungen doch zuletzt bestätigen müssen."

Die Mehrzahl der Leser kannte nur die den Aufklärern wie den Jesuiten gleich geläufige Behauptung, daß die Gier nach dem Kirchengute die Politik der deutschen Fürsten wesentlich bestimmt haben sollte; eine neue Welt ging ihnen auf, als ihnen hier das feine Geäder der diplomatischen Verhandlungen bloßgelegt und im einzelnen nachgewiesen wurde, wie die politischen und die kirchlichen Gegensätze einander fort und fort bald bedingt, bald durchkreuzt hatten. Noch stärker fast als die Fülle der neuen Mitteilungen überraschte das selbständige Urteil, das längst bekannten, unverstandenen Tatsachen sofort ihre historische Stellung sicherte; wer hatte vordem je bemerkt, daß die eigentliche Kirchenspaltung, die Bildung

selbständiger Landeskirchen im Reiche, zuerst von den Altgläubigen ausgegangen und die Evangelischen dem verhängnisvollen Beispiele der Gegner nur gefolgt waren? Auch hier behielt Ranke die Universalgeschichte stets im Auge; doch da zu Luthers Zeiten die den Weltteil beherrschende religiöse Bewegung in Deutschland entsprang „und zwar in der echten reinen Tiefe und eingeborenen Macht des deutschen Geistes", so konnte er diesmal bei den Zuständen des Vaterlandes behaglich verweilen. Daß sein neues Werk in künstlerischer Abrundung der Geschichte der Päpste nicht ganz gleich kam, gestand er selbst; denn unter allen historischen Stoffen ist keiner so tiefsinnig, aber auch keiner so formlos wie die deutsche Geschichte. Auch fühlte sich Rankes aristokratische Natur an den feingebildeten Höfen Italiens offenbar heimischer als in dem vollsaftigen, derb humoristischen, bis zur Unfläterei männischen Volksleben unseres sechzehnten Jahrhunderts. Die Massenbewegungen blieben ihm unheimlich; der Vernunft, die in den wilden sozialen Leidenschaften des Bauernkrieges lag, wurde er nicht ganz gerecht.

Er äußerte zuweilen: ich möchte mein Selbst auslöschen, wenn ich die Dinge genau so sehen könnte wie sie waren; und geistlose Schüler, die kein Selbst zu verlieren hatten, beeiferten sich dies Wort, das eben nur den tiefen Wahrheitsdrang des Meisters drastisch aussprach, wohlgefällig umherzutragen, gleich als ob sie damit ihre eigene Blöße verdecken könnten. Doch unzweifelhaft wollte er nicht im Ernst behaupten, das physisch Unmögliche und sittlich Verwerfliche sei ein wissenschaftliches Ideal. In der Reformationsgeschichte war sein Selbst mit nichten ausgelöscht; seine warme und tiefe evangelische Überzeugung verleugnete sich nirgends, und obschon ihm der konservative alte Luther unverkennbar teuerer war als der radikale Himmelsstürmer der ersten Wittenberger Zeiten, so zeichnete er doch die sittliche Größe der deutschen Reformatoren mit so sicherem Verständnis, daß die Ultramontanen ihn seitdem immer als einen gefährlichen Feind gehaßt haben. Eine einfache Stufenfolge menschlicher Entwicklung schien ihm, wie seinem königlichen Freunde, unvereinbar mit der Gerechtigkeit Gottes, und wiewohl er zugab, daß die unerforschliche Schöpferkraft der Geschichte edle und unedle Völker, hoch und niedrig begabte Generationen, darum auch große und kleine Zeiten hervorbringt, so blieb es doch sein Lebensglück, in jeder Zeit einen Strahl der göttlichen Vernunft aufzufinden. Diese recht eigentlich fromme Überzeugung gab allen seinen Werken einen Zug ruhiger Weisheit.

Die Ausländer fanden es fast unbegreiflich, daß grade ein deutscher Gelehrter unternahm, eine bisher ganz der Gottesgelahrtheit anheimgegebene Epoche politisch zu beurteilen. Daheim erlangte Ranke erst durch dies Werk die Stellung, welche ihm in der Weltliteratur schon durch die Geschichte der Päpste gesichert war. Allgemein war die Bewunderung freilich auch jetzt noch nicht. Wenn ein Buch erscheint, das nur Einer schreiben konnte,

dann regt sich überall die Scheelsucht gemeiner Seelen. In Völkern von altbefestigtem Stolze wird solcher Kleinsinn gebändigt durch den nationalen Instinkt, der sich den Einen doch nicht rauben lassen will. In Deutschland bestand diese Schranke des Neides nicht. Mit philosophischem Selbstgefühle blickten die Kritiker der Deutschen Jahrbücher auf Rankes „Halbgedanken" hernieder und belehrten ihn herablassend über historische Tatsachen, deren Dasein sie selber erst aus seinem Werke erfahren hatten. Auch reichgebildete Männer konnten den liberalen Parteihaß nicht überwinden; in den Kreisen Humboldts und Varnhagens stellte man F. v. Raumer, ja sogar den treufleißigen, harmlosen Sammler Preuß weit über den Verfasser der Reformationsgeschichte.

Die abgünstigen Urteile äußerten sich noch dreister, als darauf die Neun Bücher preußischer Geschichte erschienen. Nachdem Stenzel, der gründliche Kenner deutsch-slawischen Grenzerlebens, zuerst versucht hatte, die Geschichte des preußischen Staates von den ältesten Zeiten an gemeinverständlich, im Geiste des gemäßigten Liberalismus darzustellen, wagte sich Ranke an einen ihrer bedeutsamsten Abschnitte, an die Zeiten, da das absolute Königtum den Staat erst im Innern neu gestaltete, dann durch die beiden ersten schlesischen Kriege zur Großmacht emporhob, und wieder erschloß er dem historischen Urteil einen neuen Gesichtskreis. Zur Verwunderung seines königlichen Gönners bewies er zuerst, daß Friedrich Wilhelm I. der schöpferische Organisator unserer Verwaltung war, und sagte schon voraus, welch ein Schatz politischer Belehrung noch zu heben sei, wenn dereinst die Geschichte der preußischen Verwaltung im Zusammenhange, auf Grund umfassender Aktenforschung geschildert würde. Dies Urteil berührte sich zwar mit der Ansicht Schöns, der dem Wiederhersteller Litauens immer dankbare Verehrung bewahrte; die liberale Durchschnittsmeinung jedoch ließ sich das altüberlieferte Zerrbild des rohen, bildungslosen „Naturmenschen" Friedrich Wilhelm so schnell nicht nehmen. Ohnehin zeigte die nach konstitutionellen Formen drängende Zeit wenig Sinn für die großen Tage königlicher Machtvollkommenheit. Das Buch erwärmte niemand; die elegante, kühl diplomatische Erzählung, die über Friedrichs I. auswärtige Politik und andere schwache Stellen unserer Geschichte leicht hinwegglitt, stand in auffälligem Gegensatze zu der grellen Lebenswahrheit der Menzelschen Zeichnungen. So ward denn dies Werk anfangs sehr undankbar aufgenommen; an ihm bewährte sich noch mehr als an den meisten anderen Schriften Rankes, daß seine neuen Ideen immer erst einer Reihe von Jahren bedurften bis sie von der Nation ganz verstanden wurden.

Rankes friedfertigen Geist wähnte man mit spöttischer Geringschätzung abfertigen zu können. Den überschwenglichen Haß der liberalen öffentlichen Meinung aber bekam Stahl zu empfinden, der tapfere Staatsrechtslehrer der strengkonservativen Richtung, der einzige große politische Kopf unter allen

Denkern jüdischen Blutes. Einem Volke, das seit Jahrhunderten seinen nationalen Staat verloren hatte, mußte die lebendige Staatsgesinnung fremd bleiben; selbst die zwei politischen Schriften Spinozas verdankten ihren Ruhm nur ihrer mächtigen dialektischen Kraft, nicht der politischen Einsicht. Stahl dagegen wurde so ganz zum Christen und zum Preußen, daß seine Stammgenossen ihn bald nicht mehr zu den Ihrigen zählen wollten. Er hatte sich, durchaus selbständig, an den Ideen der historischen Rechtsschule gebildet. In seiner Rechtsphilosophie widerlegte er zunächst die unlebendigen Abstraktionen der Naturrechtslehre und erwies schlagend, daß es überall nur ein positives, historisch gewordenes Recht geben kann. Nachdem er also die Gegner überwunden, unternahm er sodann „auf der Grundlage christlicher Weltanschauung" ein System der Staats- und Rechtslehre aufzubauen, und hier verirrte sich sein scharfer und tiefer Geist doch in die Irrwege jener phantastischen Schellingschen Methode, welche dem Denker, sobald er sich zur Idee des Universums erhoben hätte, das Recht zusprach, die höchsten Probleme ohne Beweise, allein aus der Anschauung jener Idee heraus, zu erklären. Stahl erkannte, daß alles Recht seinen Inhalt aus dem nationalen Bewußtsein, sein Ansehen durch sich selbst empfängt, seinen letzten Grund jedoch nur in dem Gebote des lebendigen, persönlichen, das persönliche Leben der Geschichte beherrschenden Gottes haben kann, ganz wie das Gewissen der Völker und der einzelnen, das je nach Zeit und Ort so Verschiedenes aussagt, doch die allen gemeinsame Vorstellung von einem höchsten sittlichen Gute, vom Willen Gottes enthält. Allein er glaubte von diesem Ethos, diesem Gebote Gottes mehr zu wissen, als Sterblichen zu erkennen bestimmt ist; er schrieb dem menschlich notwendigen Staate zugleich einen göttlichen Charakter zu und wollte in den Geschicken des Staates eine mittelbare Einwirkung des göttlichen Willens erkennen, dergestalt daß überall selbst die bestimmten Personen der Obrigkeit göttlicher Weihe teilhaftig sein sollten. So geriet er in das Gebiet des Unbeweisbaren und stellte gerade bei der Erörterung der politischen Grundbegriffe statt wissenschaftlicher Sätze oftmals nur willkürliche subjektive Behauptungen auf, die er freilich mit dem ganzen Nachdruck einer innerlich erlebten religiösen Überzeugung vortrug.

Aber wie gröblich verkannte man ihn doch, wenn man ihn darum einen Mystiker schalt. Wie er einst als bayrischer Abgeordneter die Rechte des Landtags tapfer verteidigt hatte, so blieb er sein Lebelang ein abgesagter Feind aller Staatsstreiche, aller polizeilichen Willkür. Ein ganz moderner Mensch bekämpfte er Adam Müllers theokratische Ideen ebenso entschieden wie Hallers altständische Staatslehre und erklärte geradehin, der innerste Lebenstrieb des Zeitalters bekunde sich überall in dem Drange, den Partikularismus der Stände durch die nationale Einheit, die patrimoniale Staatsanschauung durch die staatliche, konstitutionelle zu überwinden. Obwohl er den Traum eines Staatsideals verwarf, so hielt er

doch die konstitutionelle Monarchie für die tiefsinnigste der bestehenden Staatsformen, wenn sie nur christlich sei, und mit ihr allein befaßten sich die Hauptabschnitte seiner Staatslehre; denn sein praktischer, ganz auf das Wirkliche gerichteter Geist verlangte nach den Kämpfen der Gegenwart. Gelehrte Untersuchungen über die Verfassungsformen der Vergangenheit reizten ihn nicht, auch hätte sein mäßiges historisches Wissen dazu schwerlich ausgereicht. Die Idee des christlichen Staates verstand er in einem großen und freien Sinne; er wollte keineswegs eine Staatskirche, sondern forderte nur, daß der Staat in Verfassung, Rechtspflege und Verwaltung die christliche Wahrheit befolgen, die Kirchen beschützen, in seinen öffentlichen Handlungen sich selbst zum Christentum bekennen und demnach den Nichtchristen zwar alle bürgerlichen, doch nicht die politischen Rechte und Ämter einräumen solle.

Als die Entscheidung der preußischen Verfassungskämpfe herannahte, verlangte Stahl (1845) in dem meisterhaft geschriebenen Büchlein über „das monarchische Prinzip" beschließende, regelmäßig wiederkehrende Reichsstände, damit die Krone nicht durch die Macht der Ereignisse überholt würde. Doch zugleich erwies er, welche Schranken den konstitutionellen Ideen durch Deutschlands monarchische Geschichte gesetzt sind, und mochte er auch über einzelne Fragen allzu ängstlich urteilen, so verdiente er doch wahrlich nicht, daß Dahlmann ihn verspottete; denn weltkundiger als Dahlmann selbst erkannte er gerade die gefährlichsten Irrtümer der herrschenden liberalen Doktrin, Irrtümer, von denen sich erst ein späteres Geschlecht nach schweren Erfahrungen befreit hat. Er zeigte den Aberwitz des unbeschränkten Widerstandsrechts, die Unmöglichkeit einer allgemeinen Steuerverweigerung und erwies siegreich, daß Preußens demokratisierte Gesellschaft weder die Herrschaft der Parlamentsmehrheit ertragen, noch des persönlichen Willens der Krone entbehren kann; was er sodann über die Gefahren der reinen Kopfzahlwahlen sagte, beginnt erst heute ganz verstanden zu werden. Er wünschte einen ständisch gegliederten Reichstag, der alle die großen sozialen Gegensätze der modernen Gesellschaft in sich enthalten, insgesamt aber nicht die Interessen der einzelnen Stände, sondern die einige Nation vertreten sollte, und war also berechtigt, diese ständische Monarchie konstitutionell zu nennen. Unter den systematischen Theoretikern der hochkonservativen Parteien stand Stahl ebenso unvergleichlich da wie Gentz unter ihren Publizisten. Die Zeit war jedoch nicht in der Stimmung, ihm gerecht zu werden. Schon der Name des christlichen Staates genügte, um die vom Judentum beherrschte Presse wider ihn aufzuregen; und allerdings beurteilte er die inner-kirchlichen Fragen von Haus aus weit weniger unbefangen als die politischen. Wohl infolge seiner bayrischen Erfahrungen verlangte er für den Lehrstand der evangelischen Kirche eine Macht, die sich mit der evangelischen Freiheit nicht mehr vertrug. Also beständig ankämpfend wider die öffentliche Meinung,

nachher wider die Unzucht der Revolution wurde der gemäßigte Mann, der in der Polemik auch gehässige Feinde stets würdig behandelte, mehr und mehr in das Lager der Reaktion hinübergedrängt und gelangte schließlich so weit, daß ihm der Gegensatz von Legitimität und Revolution, von Glauben und Unglauben als der einzige Inhalt der wandelreichen Menschengeschichte erschien — eine unlebendige Abstraktion, die er in solcher Härte früherhin nie ausgesprochen hatte.

Wie durch eines Himmels Weite getrennt, stand diesem Denker G. G. Gervinus gegenüber, der jüngste der Göttinger Sieben, dessen Schriften die liberale Welt fast noch stärker ergriffen als Dahlmanns Zwei Revolutionen. Gervinus hatte seine Jugend als Kaufmann zu Darmstadt verlebt und sich nachher in Heidelberg, mächtig angeregt durch Schlossers moralisierende Geschichtsbehandlung, mit eisernem Fleiße zum Gelehrten herangebildet — ein reicher, vielseitiger, aber unharmonischer Geist, voll sittlichen Ernstes und doch lieblos, launenhaft, rechthaberisch; sprudelnd von Einfällen und doch ohne spekulativen Tiefsinn, voll künstlerischer Neigungen und doch ohne jedes Stilgefühl; voll patriotischer Leidenschaft und doch ohne politisches Talent. Frei von Eigennutz und kleiner gesellschaftlicher Eitelkeit behandelte er weiche, anschmiegende junge Männer mit väterlichem Wohlwollen; stärkere Naturen, die schon eigene Gedanken hegten, fühlten sich oft niedergedrückt in seiner Nähe. Er selbst erkannte die seltsamen Widersprüche seiner Begabung niemals; denn sein von Haus aus unbändiges Selbstgefühl wurde noch verstärkt durch zwei Empfindungen, die einander gemeinhin auszuschließen pflegen: durch den Stolz des Autodidakten und den Zunftdünkel des Professors. Als er sich dann durch sein tapferes Verhalten unter den Göttinger Sieben frühen Ruhm erworben hatte und nachher jahrelang fast ohne amtliche Tätigkeit dahinlebte, ohne Kinder, vergöttert von einer liebevollen Frau, verwöhnt durch die Freundschaft weit älterer und größerer Männer, Dahlmanns und der Brüder Grimm, da spann er sich immer tiefer ein in sein erhabenes sittliches Ich und gelangte zu einer doktrinären Unfehlbarkeit, die in einer Zeit weltverwandelnder Geschicke zuletzt notwendig durch eine tragische Demütigung gezüchtigt werden mußte.

Von früh auf hegte er den Ehrgeiz, durch wissenschaftliche Werke praktische Zwecke zu erreichen, die Nation zum sittlich-politischen Handeln anzuregen, und als er zuerst den Plan eines größeren Werkes faßte, da ließ er dem Verleger die Wahl zwischen einer Geschichte der neuesten Zeit, einer Politik und einer Literaturgeschichte. Der Buchhändler wählte das letzte, und so entstand das beste von Gervinus' Werken, die Geschichte der deutschen Dichtung, ein Buch von bleibendem Werte, das die Wissenschaft der deutschen Literaturgeschichte im Grunde erst geschaffen hat. Bisher hatte nur Goethe in Wahrheit und Dichtung von den Anfängen unserer klassischen Literatur ein wahrhaft historisches Bild gegeben. Sonst war die Geschichte deutscher Dichtung nur ästhetisch oder in lexikographischer

Aufzählung behandelt worden, selbst Schlosser ließ die literarische Bewegung und die politischen Machtkämpfe noch ganz unvermittelt nebeneinander hergehen. Erst Gervinus versuchte die Wechselwirkung beider zu begreifen, den Stammbaum unserer literarischen Ideen nachzuweisen, das Werden der Dichtung im Zusammenhange mit den Schicksalen, den Taten, den Empfindungen der Nation, mithin in seiner Notwendigkeit aufzufassen. Indem er also Goethes Spuren folgte, zeigte er einen Weg, den keiner seiner zahlreichen Nachfolger ganz verlassen konnte, und gab auch verwandten Fächern eine heilsame Anregung. Um dieselbe Zeit unternahmen Schnaase und Kugler, beide noch suchend und mit stark subjektivem Urteil, die Kunstgeschichte als ein Ganzes darzustellen. Unausbleiblich mußten bei der ersten Bewältigung eines so massenhaften Stoffes viele Irrtümer mit unterlaufen, und ebenso unvermeidlich war der zweischneidige Erfolg dieser jungen Wissenschaft: den einen erweckte sie ein denkendes Bewußtsein unseres ästhetischen Werdeganges, die anderen bestärkte sie in der Modetorheit des Jahrhunderts der Konversationslexika, in der Neigung, über ungelesene Bücher vorlaut abzusprechen. Leider krankte dies grundlegende Werk an barbarischer Formlosigkeit. Der Kritiker, der alle deutschen Schriftsteller, sogar einen Goethe, wegen ihres Stiles meisterte, konnte selber nicht deutsch schreiben: keuchend, zerzaust und zerfetzt kam der Leser wieder ins Freie, wenn er sich eine Weile durch das Dorngestrüpp der verfitzten Gervinusschen Sätze hindurchgearbeitet hatte. Und welch ein unleidlicher griesgrämischer Ton klang durch das Werk. Die alte norddeutsche Todsünde der Tadelsucht fand in diesem Süddeutschen ihren nie übertroffenen Meister.

Wessen er fähig war im Zanken und Schelten, das hatte er schon vor Jahren bewiesen durch sein abscheuliches Büchlein „über den Goethischen Briefwechsel". Damals, wenige Jahre nach des Dichters Tode, meinte sich der dreißigjährige junge Mann berechtigt, „gegen die wunderliche Goethomanie unserer Tage", die doch nur in sehr engen Kreisen herrschte, zu Felde zu ziehen, und er wagte dem wahrhaftigsten aller Menschen vorzuwerfen, Goethes letzte Schriften und Briefe seien nur geschrieben, „um das Publikum zu mystifizieren", gleich den Memoiren von St. Helena! Wenn der erste unserer Dichter also verleumdet wurde, was konnten die übrigen erwarten? Warmen Dank empfing eigentlich nur Lessing, der als ein Held der Aufklärung bei Gervinus ebenso hoch in Gunst stand wie bei seinem Lehrer Schlosser. Fast alle anderen Dichter mußten einen solchen Schwall von Ermahnungen und Ausstellungen über sich ergehen lassen, daß dem Leser die Freude an der oft treffenden, geistreichen Charakteristik ganz vergällt wurde; nun gar auf die Poeten der neuesten Zeit hagelten die Keulenschläge hernieder. Alles malte er grau in grau. Er konnte keinen historischen Charakter sich frei ausleben lassen; immer mußte er sich selber reden hören, immer die Dattel vom Feigenbaume fordern, immer wuchtig aus-

sprechen, was dieser Mann eigentlich hätte tun oder werden sollen. Der ritterlichen Kampflust eines Hutten oder Lessing verzeiht der Leser alles, selbst wo sie unrecht haben; Gervinus' schulmeisternder Hochmut aber verletzte sogar noch tiefer als Schlossers sittenrichterlicher Eifer, der doch immer ein warmes Herz erkennen ließ. Klassische Werke befreien die Seele, das ist ihr sicherer Prüfstein; sie erheben den Leser, so daß er mit hellerem Kopfe oder mit frischerem Mute in diese schöne Welt hineinschaut. Gervinus' Buch weckte Verdruß und Ärger; das Beispiel seiner grausamen Härte wirkte schädlich auf ein Volk, das ohnehin starke Talente nur ungern anerkannte. Gerade die jungen, schaffensfrohen Dichter, die doch für ästhetische und literarische Werke den natürlichen Leserkreis bilden, verabscheuten Gervinus wie einen persönlichen Feind, wie einen Wüterich, der ihnen die zarten Kinder der Muse schon im Mutterleibe vergiften wollte. Wie anders verstand der junge Friedrich Vischer in seiner Ästhetik produktive Kritik zu üben und durch neue Anschauungen, aus der Fülle des Lebens heraus, zumeist die Künstler zu erfreuen.

Das wissenschaftliche Gebrechen der Literaturgeschichte lag in ihren leichtfertigen Geschichtskonstruktionen. Gervinus stand der Philosophie ebenso fern wie dem religiösen Glauben; gleichwohl vermaß er sich, so recht im Gegensatz zu Rankes weiser Zurückhaltung, eine Geschichtsphilosophie aus dem Ärmel zu schütteln, welche den Lebensnerv der historischen Welt, die persönliche Freiheit zerstörte. Aus der Beobachtung wiederkehrender Ereignisse, die doch auch nicht wiederkehren konnten, aus geistreichen Parallelen und halbrichtigen Vergleichungen leitete er kurzweg historische Gesetze ab. Und gerade das wichtigste dieser Gesetze, das dem ganzen Buche zu Grunde lag, war unzweifelhaft falsch. Gervinus behauptete, die Blütezeiten der Religion, der Literatur, der Politik folgten aufeinander im Laufe der Geschichte, während doch der Augenschein lehrt, daß Kunst und Dichtung ihr eigenes, ursprüngliches Leben führen, das durch die politischen Schicksale wohl beeinflußt, aber nicht bedingt wird. Jedes Volk gestaltet sich seine ästhetischen Ideale unfehlbar aus, sobald ihm neue mächtige Gedanken Herz und Phantasie bewegen; die Engländer verdankten ihrer ungestörten nationalen Entwicklung das beneidenswerte Glück, daß sie sich immer in den Tagen ihres kriegerischen Ruhmes auch zu den höchsten Dichtertaten aufschwangen; Deutsche und Italiener dagegen vollendeten ihre klassischen Kunstwerke unter schweren politischen Mißgeschicken; andere Nationen wiederum fühlten sich nach großen kirchlichen oder politischen Kämpfen so erschöpft, daß ihre literarische Kraft eine Zeitlang erlahmte; und schließlich sind doch Kunst und Dichtung, wenngleich nicht jede Zeit das Größte schaffen konnte, allen Kulturvölkern immer so unentbehrlich geblieben wie das liebe Brot. Für diese freie und doch nicht gesetzlose Mannigfaltigkeit des historischen Lebens besaß Gervinus kein Verständnis; er wollte durchaus dem Seidenwurm zu spinnen verbieten und erklärte

rundweg, daß die deutsche Dichtung seit den klassischen Tagen von Weimar ihre Lebenskraft verloren hätte. Darum behandelte er fast alle, die nach Schiller und Goethe noch zu dichten gewagt hatten, mit schnöder Ungerechtigkeit; darum nannte er unsere gesamte neueste schöne Literatur einen giftigen, stagnierenden Sumpf — ein Jahr etwa nachdem Immermanns Münchhausen erschienen war — und faßte das Ergebnis seiner Forschungen dahin zusammen: „Unsere Dichtung hat ihre Zeit gehabt; und wenn nicht das deutsche Leben stillstehen soll, so müssen wir die Talente, die nun kein Ziel haben, auf die wirkliche Welt und den Staat locken, wo in neue Materie neuer Geist zu gießen ist." So seltsame Paradoxen trieb diese Epoche der Erwartungen hervor: während die Zeitpoeten unser Volk singend vor dem Singen warnten, schrieb dieser gestrenge Gelehrte fünf starke Bände historisch-literarischer Erörterungen, um schließlich zu beweisen, daß unsere alten ästhetischen Ideale heute nichts mehr bedeuteten. Unwissentlich bestärkte er also die jungen Lyriker, die er doch tief verachtete, in ihren politischen Tendenzen.

Überhaupt galt sein Werk für eine politische Tat, ganz wie Schlosser der Moralist von der Masse der Lesewelt wesentlich als ein Prediger des demokratischen Despotenhasses gepriesen wurde. Gervinus' Geschichtskonstruktionen enthielten, trotz so mancher Übertreibung und Gewaltsamkeit, doch den wahren, zeitgemäßen Gedanken, daß dem neuen Geschlechte politische Leidenschaft und Tatkraft nötiger war als ästhetische Beschaulichkeit, und indem er diesen Gedanken unablässig nach allen Seiten hin und her wendete, half er an seinem Teile mit, unser Volk für den nationalen Staat zu erziehen. Von politischer Voraussicht besaß er freilich gar nichts; seine zahlreichen Weissagungen gingen fast niemals in Erfüllung. Die Verfassungsformen des inneren Staatslebens galten ihm mehr als die großen Machtverhältnisse der Staatengesellschaft, denen Ranke sich mit Vorliebe zuwendete; und in Wahrheit kam er nie weit hinaus über den Gedankenkreis der süddeutschen liberalen Kammerredner. Daher hielt er es auch nie der Mühe wert, die beiden politischen Mächte, welche unsere Zukunft trugen, den preußischen Staat und den Zollverein gründlich kennen zu lernen, obgleich er für Preußen die bündische Hegemonie forderte. Doch wie durfte man auch eingehende, sachkundige Belehrungen verlangen von den unzähligen politischen Betrachtungen, die er nebenbei in seine Literaturgeschichte einwob? Hier genügte zunächst das starke patriotische Pathos. Schonungslos, mit dem ganzen Nachdruck seiner Selbstgewißheit hielt er den Deutschen beständig die Unhaltbarkeit ihrer politischen Zustände vor. Radikale Wahrheiten wirken aber am stärksten von den Lippen der Gemäßigten. Wenn dieser Mann, der tapfere Gegner Börnes und der jungdeutschen Radikalen, so grell, so unerbittlich die Schande unserer Zerrissenheit schilderte, dann mußten die Leser sich an die Brust schlagen. Also wurde die Literaturgeschichte eine Macht in den politischen Kämpfen

des Tages, ein Schrecken für alle Reaktionäre; in der Entwicklung der deutschen Wissenschaft behauptet sie eine noch höhere Stelle.

Mit dem Zartsinne des liebevollen Freundes und doch sehr deutlich äußerte Jakob Grimm seine Bedenken gegen diese moralisch-politische Härte, die sogar in unserer alten Tierfabel mehr das sittliche Beispiel oder auch die Satire suchte als das weichere epische Leben; am wenigsten verzieh er dem Freunde die Ungerechtigkeit gegen Goethe, „der doch so gesungen hat, daß ohne ihn wir uns nicht einmal recht als Deutsche fühlen könnten." Grimm selbst gehörte einem anderen Geschlechte an. Er hatte einst als Marburger Student niemals eine Zeitung zu Gesicht bekommen und dann die politische Begeisterung des Befreiungskampfes in warmem Herzen mitempfunden, doch sogleich nach den Kriegswirren sich zurückgewendet zur „stillen Förderung des Volks", zur friedlichen gelehrten Forschung. So taten die Brüder auch jetzt wieder in ihrer neuen Berliner Freistätte; daß man sie wegen der Tat der Göttinger Sieben als politische Helden feierte, war ihnen selber lästig, sie hatten ja nur nach ihrem Gewissen, als eidestreue Männer gehandelt. Wo auf deutscher Erde hätten die beiden sich auch nicht heimisch fühlen sollen? Kinderhand ist leicht gefüllt; ihnen beiden blieb bis zum Grabe neben der Kraft reichen Schaffens die schlichte Einfalt, die frohe Dankbarkeit für jedes Glück des Lebens. Die roten Berge der hessischen Heimat vermißten sie freilich mit Schmerzen; aber dicht vor ihrem Hause rauschten die Wipfel der alten Bäume des Tiergartens; selbst an dem Goldfischteiche des Parks hatte Wilhelm seine kindliche Freude, und als er seiner Bettina das Märchenbuch von neuem zueignete, das er in jeder Auflage reicher und sinniger ausgestaltete, da lobte er die alte Freundin treuherzig, weil sie noch mit der Lust der ersten Jugend in den Kelch einer einfachen Blume schauen konnte. An beiden erfüllte sich was Jakob seinem Neffen schrieb: „die, welche als Studenten toll und wild sind, pflegen später im Leben zahm und matt zu werden, während denen, die eifrig studieren, hernach auch die Kraft und die Freude nicht ausgeht."*)

Grade bevor die Revolution begann, brachte Jakob das vierte seiner großen Werke noch unter Dach: die Geschichte der deutschen Sprache. Hier suchte er sich zu verständigen mit der vergleichenden Sprachwissenschaft, die einst durch ihn selber mitbegründet, im Laufe der Jahre stark und selbständig aufgewachsen war. Er betrachtete das Verhältnis zwischen den Sprachen der zehn Urvölker, die er in Europa annahm, sodann die engere Verwandtschaft von Goten, Hochdeutschen, Niederdeutschen, Skandinaviern, „die sich, je höher man zurücksteigt, desto ähnlicher werden und alle gleichen Ursprungs sind." Mit tiefem Ernst, wie der Wächter eines nationalen Schatzes, hielt er seinen Landsleuten vor, was die Sprache auch für die Macht der Völker bedeutet, denn wie unvergleichlich

*) Jakob Grimm an Rudolf Grimm, 18. Nov. 1848.

stünde heute das Germanentum in der Geschichte, wenn Goten, Burgunden, Franken, Langobarden in den eroberten Römerlanden sich ihre Muttersprache bewahrt hätten; den Deutschen aber, die an diesem Kleinod festhielten, blieb in allem Wandel der politischen Zerwürfnisse das Gefühl des gemeinsamen Volkstums unverloren, sonst hätten die Nachbarn der Donaukelten doch nicht Markmannen heißen können. In einzelnen Zügen poetischer Willkür verriet sich freilich der alte Romantiker. Die ferne Urzeit bezauberte sein Gemüt so mächtig, daß er die Welteroberung der wandernden Germanen fast höher schätzte als alles was sie nachher im seßhaften Staatsleben noch geschaffen hatten; und aus dem Gemüte entsprang doch auch seine unerweisliche Behauptung, daß die getischen Völker des Altertums Goten gewesen wären, er konnte sich die Anfänge der germanischen Welt gar nicht groß und mächtig genug vorstellen. Unterdessen arbeiteten die Brüder schon an einem neuen Werke, dem neuhochdeutschen Wörterbuche. Die wackeren „Weidmänner" Salomon Hirzel und Karl Reimer, die Besitzer der Weidmannschen Buchhandlung in Leipzig übernahmen den Verlag, zunächst um den Vertriebenen über die Sorgen der amtlosen Jahre hinwegzuhelfen, und bald waren mehr als achtzig sammelnde Mitarbeiter gewonnen. Was einst in Frankreich nur durch die Akademie, unter dem Schutze und Zwange einer allmächtigen Staatsgewalt gelungen war, wurde in Deutschland vorbereitet durch die freie Tätigkeit der Gelehrtenwelt; und im Geiste der Freiheit, ganz anders als die französische Akademie, entwarfen auch die Brüder den Plan für ihr Wörterbuch: sie wollten nicht die Sprache an starre Regeln binden, sondern sie durch Selbsterkenntnis zu freiem Leben kräftigen.

Neben dem kühnen Finder Jakob Grimm wirkte in Berlin der scharfe Kritiker Karl Lachmann. Er bildete die lebendige Brücke zwischen der germanistischen und der klassischen Philologie, er erzog die jüngere Wissenschaft in wenigen Jahrzehnten zu der strengen sicheren Methode, die sich die ältere erst durch die Arbeit von Jahrhunderten erworben hatte. Es war ein schönes Geben und Empfangen: die klassischen Philologen ihrerseits lernten von den Germanisten, den antiken Volksdialekten, die man erst seit dem Erscheinen der Böckhschen Inschriftensammlung recht zu beachten anfing, in eindringender Forschung nachzuspüren. Lachmann war durchaus wissenschaftlicher Parteimann, treu, gemütlich, heiter unter den Freunden, unerbittlich gegen die Feinde; er verlangte unbedingte Zustimmung, auch wenn er mit überscharfer Kritik die Ilias oder die Nibelungen gewaltsam in einzelne Lieder zerstückelte, und wie er an sich selber die strengsten Anforderungen stellte, so verdammte er die wissenschaftlichen Irrtümer anderer als unsittliche Schwächen. Das junge Philologengeschlecht, das unter seiner Einwirkung emporkam, trat schroffer, unduldsamer, hochmütiger auf als die ältere, noch in dem Jahrhundert der Humanität erwachsene Generation — und dies in einer Zeit, da die

mit realistischen Notizen überlasteten Gymnasien schon nicht mehr vermochten den klassischen Unterricht ganz auf seiner alten Höhe zu halten. Gleichwohl hat Lachmann der Gestrenge auch als Vermittler gewirkt. Er erreichte, daß der alte Gegensatz der Sach-Philologen und der Grammatiker sich auszugleichen begann; seine genaue Textkritik ruhte stets auf einem breiten Unterbau gründlicher historischer Untersuchungen, und unwillkürlich traten seine Schüler den philologischen Historikern näher als vordem die Schüler Gottfried Hermanns.

Kaum siebzig Jahre waren vergangen, seit F. A. Wolf einst in Göttingen zuerst gewagt hatte sich einen Studenten der Philologie zu nennen, und zu welch einem mächtigen, vielastigen Baume hatte sich der junge Setzling der Theologie seitdem ausgewachsen. Im Zeitalter der Renaissance suchte man die moderne Welt unmittelbar durch die antike neu zu beleben. Palladio baute sein Olympisches Theater genau nach den Vorschriften des Vitruv, Machiavellis Bücher von der Kriegskunst hielten den Florentinern die römischen Kohorten als Musterbilder vor. Die deutsche Philologie hingegen strebte seit Niebuhr, das Altertum dem neuen Geschlechte lebendig zu vergegenwärtigen, sie suchte die antike Welt durch die moderne zu beleben und zu beleuchten, das Ferne und Fremde dem historischen Verständnis der Gegenwart zu erschließen, indem sie die politischen, die wirtschaftlichen, die literarischen Verhältnisse der neuen Zeit zur Erklärung heranzog. Zu den beiden alten Heimstätten der Sprachwissenschaft Berlin und Leipzig trat jetzt Bonn als dritte hinzu; in der rheinischen Hochschule lebte der einst durch Niebuhr geweckte philologische Geist kräftig wieder auf, seit dort neben dem geistvollen Ästhetiker Welcker der Thüringer Friedrich Ritschl seine reiche Lehrtätigkeit begann, ein strenger Kritiker und Hermeneutiker, der beste Kenner altlateinischer Dichtung. —

Neben dem andauernden Glanze der historischen Wissenschaften verblich nach und nach das Gestirn der Spekulation. Die antike Philosophie stand hoch über dem Volksglauben, die christliche steht unter ihm; sie bildet Denker, nicht Weise, sie gelangt nicht hinaus über die erhabene Sittlichkeit der Evangelien. Darum verfiel sie fast immer, nach einer Zeit der Blüte, in einen trügerischen Hochmut, dem dann unausbleiblich ein Rückschlag folgen mußte. Übermütiger als in Deutschland hatte sie sich noch nirgends gezeigt; dahin war es mit ihr gekommen, daß sie auf dem eingeschlagenen Wege nichts mehr beweisen, sondern nur noch sich selber aufheben konnte. Derweil die letzten Hegelianer noch mit der alten Zuversicht, aber von der Nation kaum beachtet, die Formeln des Systems wiederholten, stellte Feuerbach schon die Sätze auf: keine Philosophie, meine Philosophie; keine sinnliche Existenz ist keine Existenz — bis er endlich

gar zu dem trostlosen Unsinn gelangte: der Mensch ist was er ißt. Feuerbachs edle Natur konnte einen idealistischen Zug niemals ganz verleugnen; er glaubte noch an eine Sittlichkeit, die den fremden Glückseligkeitstrieb mit dem eigenen vereinbaren sollte. Im Norden aber trieben allerlei Starkgeister ihre Marktschreierei, zuchtlose junge Leute, die nur den einen Ehrgeiz hegten immer noch „weiter zu gehen". Max Stirners Schrift „der einzige und sein Eigentum" zertrümmerte Geist und Menschheit, Recht und Staat, Wahrheit und Tugend als Götzenbilder der Gedankenknechtschaft und bekannte frei: „Mir geht nichts über Mich." Eine Sekte von Egoisten tat sich auf, die den Berliner Freien nahe stand; sie feierte ihre Gelage in der Kellergesellschaft zu Köthen und sandte als die Revolution ausbrach ihre Getreuen auf die Barrikaden. Angesichts dieser allgemeinen Anarchie und Zersetzung erkannten die ernsten wissenschaftlichen Köpfe unter den Philosophen, daß die Zeit für neue Systeme noch nicht gekommen war; Ritter, Zeller und andere tüchtige Gelehrte begannen die Geschichte der Philosophie gründlich auszubauen, denn die verwilderte Spekulation bedurfte zunächst der Selbstbesinnung.

Die Nation war der Philosophie bis zum Ekel satt. Ihre gesamte Weltanschauung begann sich zu ändern seit auch Deutschland mit der ganzen Kraft seines Genius eintrat in die große Bewegung, welche mit einem Male die Naturwissenschaften von Sieg zu Sieg führte. Wie weit waren sie doch, alle die Jahrtausende hindurch, zurückgeblieben hinter dem Reichtum der Geisteswissenschaften; wie kindlich unwissend standen die Alten vor der Natur, sie, die in Dichtung, Beredsamkeit, Philosophie, Geschichtschreibung Unerreichbares schufen. Ein Grund dieser auffälligen Erscheinung liegt in äußeren Verhältnissen. Wissenschaftlich genaue Beobachtung der Natur setzt einen hohen Stand der Technik voraus, der wieder nur das Ergebnis einer langen Geschichte sein kann; wie viele Jahrhunderte lang mußte die menschliche Kunstfertigkeit arbeiten, bis auch nur das einfache Instrument möglich wurde, mit dem wir die Wärme der Luft messen. Ein anderer Grund liegt tiefer, er liegt in der idealistischen Begabung des Menschengeschlechts. Alle Wissenschaften entstehen ursprünglich um des Nutzens willen, Erfahrungen und Geheimlehren werden von den Barbaren aufbewahrt um den Zwecken des praktischen Lebens zu dienen; in bildsamen Völkern erwacht jedoch sehr früh der von Aristoteles verherrlichte selbständige theoretische Trieb, der das Erkennen um des Erkennens willen sucht, und sobald er erwacht, wendet er sich immer zunächst der idealen Welt der Geisteswissenschaften zu. Wie alle edlen Völker früher Tempel bauen als stattliche Wohnhäuser, früher die hohe Kunst pflegen als die Kleinkunst für das tägliche Behagen, so verlangen sie auch immer zuerst sich Rechenschaft zu geben über ihre Geschichte, ihr Recht, ihre Sprache, über die letzten Gründe alles Erkennens, bevor sie sich ernstlich an die Erforschung der Naturgesetze wagen. Diesen idealistischen Zug des

Menschengeistes erkannte Goethe, der Pfleger und Verehrer der Naturwissenschaften, unbefangen an, als er sagte: „das eigentliche Studium des Menschen ist der Mensch; und der Lehrer, der das Gefühl an einer einzigen guten Tat, an einem einzigen guten Gedicht erwecken kann, leistet mehr als einer, der uns ganze Reihen untergeordneter Naturbildungen der Gestalt und dem Namen nach überliefert." Die Naturwissenschaft kann sich nur dann in ihrer ganzen Kraft zeigen, wenn ihr die Geisteswissenschaften von langer Hand her vorgearbeitet haben, wie auch die Sprache schon zur vollen Verstandesreife gelangt sein muß um die Sätze der Naturerkenntnis bündig auszudrücken. Jetzt war ein solcher Zeitpunkt eingetreten.

Die Philosophie begann zu sinken, aber die Kraft und Geschmeidigkeit des Denkens, die sie der Nation einst geschenkt hatte, blieb auch den Gegnern unverloren, und die neue Bahn der empirischen, voraussetzungslosen Forschung war durch die Historiker schon gewiesen. Der wachsende Reichtum und die nicht minder schnell wachsende wirtschaftliche Not der Kulturvölker, die Fortschritte der Technik, die Bedürfnisse des regeren Verkehrs, die Verbindung mit den neuen Kolonialländern, die wie alle Kolonien der Vorzeit nur die materiellen Güter der alten Kultur gelten ließen, das alles im Verein weckte und schärfte den Drang, die Naturkräfte zu erkennen und zu benutzen, und wie immer in Zeiten großer Wandlungen rief die schöpferische Kraft der Geschichte zur rechten Zeit die rechten Männer hervor. So geschah es, daß die Naturwissenschaften in einem raschen Anlaufe, dessengleichen die Geschichte der menschlichen Erkenntnis kaum je gesehen hat, den weiten Vorsprung der Geisteswissenschaften plötzlich einholten. Die Nachbarvölker gingen bei dieser Umwandlung anfangs den Deutschen voran, denn unser Wohlstand und Verkehr erholte sich nur langsam von schweren Mißgeschicken, und die alte ästhetisch-philosophische Bildung, die auf deutschem Boden ihre größten Erfolge errungen hatte, sträubte sich noch lange gegen die neue Erfahrungswissenschaft.

Als nun endlich auch die Deutschen zum Wettkampfe vortraten und sogleich durch einige Meisterwerke den alten wissenschaftlichen Ruhm der Nation bewährten, da bemächtigte sich vieler Köpfe ein materialistischer Rausch; die Halbgebildeten und manche der Gebildeten überschätzten die große Umwälzung, wie denn jede neue Idee, damit sie durchdringt, zuerst überschätzt werden muß. Die Naturwissenschaften erfüllen unmittelbar, was Baco von aller Erkenntnis forderte, sie geben Macht, ihre Ergebnisse fallen in die Sinne, verwandeln die Sitten und Lebensgewohnheiten. Und gerade in diesen vierziger Jahren, da die Deutschen ihre neuen Eisenbahnen noch wie Wunderwerke bestaunten, verbreitete sich in weiten Kreisen der Wahn, daß die Weltgeschichte ihren alten Inhalt verloren hätte, die historische Größe der Nationen sich nicht mehr in Politik und Krieg, sondern in Maschinen und Dungmitteln offenbare — bis dann plötzlich

in den Revolutionsjahren die Majestät des Staatsgedankens sich jedem wieder unwiderstehlich aufdrängte. Man redete leichthin von der Beherrschung der Natur durch den Menschen, während doch der schwache Sterbliche sich begnügen muß einzelne Kräfte der Natur, indem er sich ihren erkannten Gesetzen fügt, für seine Zwecke zu benutzen. Man rühmte sich den Raum besiegt zu haben, obgleich dieser Sieg noch recht bescheiden blieb: die Schnelligkeit des Rosses hatte der Mensch endlich übertroffen, allein jeder Hecht und jede Schwalbe beschämte ihn noch. Man sprach von den Fortschritten der Technik und der Erleichterung des Verkehrs, als ob sie selber die Kultur ausmachten, während sie doch nur die Mittel darbieten zur Förderung der Kultur; denn die unbestechliche Nachwelt wird dereinst nicht fragen, wie schnell wir uns Briefe senden konnten, sie wird fragen, ob wir uns große menschliche Gedanken mitzuteilen wußten; sie wird auch nicht aufhören, neben dem Maßstabe der Nützlichkeit auch den Maßstab des Schönen und des Guten an die vielgestaltige Geschichte anzulegen und darum gewiß nicht das törichte Urteil fällen, daß eine hell leuchtende, aber geschmacklose moderne Gaskrone ein edleres Menschenwerk sei als eine schlecht brennende aber schöne pompejanische Lampe.

Die Naturwissenschaft errang in der Forschung so große Erfolge und griff so mächtig in das praktische Leben ein, daß sie jetzt schon mit gutem Fug vom Staate eine gleichberechtigte Stellung neben den Geisteswissenschaften verlangen konnte; noch war ja alles erst im Werden, ein öffentliches physikalisches Laboratorium bestand noch nirgends, nur in Berlin hatte Magnus aus eigenen Mitteln schon eine solche Anstalt errichtet, die er den jungen Leuten hochherzig zur Benutzung einräumte. Doch in dem emsigen Getriebe der neuen Volkswirtschaft wuchs auch rasch ein Geschlecht von Nützlichkeitsfanatikern und Allerwelts-Fortschrittsmännern empor, ein dem stillen alten Deutschland ganz unbekannter Menschenschlag, den die Münchener Künstler in ihren Maskenzügen und Witzblättern unter dem Bilde des Mister Vorwärts verspotteten. Diese Leute kannten England oder Amerika, sie beteiligten sich an allen den neuen, oft noch sehr schwindelhaften Eisenbahngesellschaften und Fabrikunternehmungen, sie schätzten nur was sich zählen, messen und wägen ließ. In diesen Kreisen zuerst ward der Ruf erhoben, den die unwissenden Zeitungsschreiber gefällig wiederholten: die naturwissenschaftliche Bildung müsse zur allgemeinen Bildung werden und die sprachlich-historische Bildung, von der sich seit Jahrtausenden alle Kulturvölker ohne Ausnahme genährt hatten, kurzerhand entthronen. Ähnliche Forderungen waren schon mehrmals in der Geschichte ausgesprochen worden: immer in Zeiten da Staat und Sitte verfielen, im Altertum vornehmlich von den Epikureern, den Vertretern der politischen und sittlichen Ruheseligkeit, dann wieder im siebzehnten Jahrhundert; immer mit geringem Erfolge,

weil die Naturwissenschaften stets Fachwissenschaften sind und bleiben, ihre Schriften niemals so vollständig zum Gemeingut aller Gebildeten werden können wie die Werke der Geisteswissenschaften.

Jetzt erhob Jakob Grimm seine warnende Stimme dawider in einer Versammlung der Germanisten. Er erwies kurz und schlagend, daß die Geisteswissenschaften darum die Grundlage der allgemeinen Bildung bleiben müssen, weil sie allein das ganze Menschenleben, auch die Welt der Phantasie und des Herzens umfassen; er zeigte, daß sie weltbürgerlich und national zugleich sind, die Naturwissenschaften weltbürgerlich schlechthin; und nur wo volkstümliche und allgemein menschliche Bildung einander durchdringen, entfaltet sich der ganze Reichtum der Weltgeschichte. Er erkannte freudig an, was unser gesamtes Volksleben, und insonderheit seine geliebte Sprache, der exakten Forschung verdankte. Die jungen Naturforscher schrieben meistens vortrefflich; ihre klare, bestimmte, einfache Prosa nahm den deutschen Geist, der sich so gern zu träumerischen Ahnungen versteigt, in eine strenge, heilsame Zucht; doch sie beherrschte nur einen kleinen Teil des unermeßlichen Sprachschatzes. Der Stil des Naturforschers, der immer von Gesetzen, Begriffen, Gattungen und Arten handelt, legt den Ton auf das starre Hauptwort und kann, in seiner Art vollendet, schließlich doch nicht wetteifern mit dem reicheren Stile des Historikers, der sich frei in der Welt des Werdens, der freien Taten umschaut und darum den Ton auf das erregende, Leben spendende Zeitwort legt. Es blieb auch fernerhin bei dem alten Gesetze, daß die Kultursprachen fortgebildet werden zuvörderst durch den Volksmund und die Dichtung, sodann durch Redner, Historiker, Philosophen; die neuen von den exakten Wissenschaften geschaffenen Kunstausdrücke waren in ihrer Mehrzahl international und zeigten schon durch ihre willkürliche Form, daß sie nicht der Naturgewalt des Sprachgeistes, sondern verständiger Berechnung entsprangen.

Vorderhand blieb die Überhebung, die sich unter den Lobrednern der realistischen Bildung schon hie und da kundgab, noch ganz ungefährlich. Mit gerechtem Stolze freute sich die Nation an den kühnen Entdeckungen ihrer Naturforscher, und der greise Humboldt pries sich glücklich diesen neuen Tag noch zu erleben. Er hatte sein Lebelang, anfangs fast allein, festgehalten an der Methode der gewissenhaften Induktion; nun sah er befriedigt, daß die junge Generation schon gar nicht mehr anders atmen konnte als in der reinen Luft der bewußten Empirie. In dem Kosmos zog er jetzt die große Summe seines Lebens. Schon vor mehr als einem halben Jahrhundert, auf seiner Reise mit Georg Forster, hatte er sich zuerst die Frage vorgelegt, ob es wohl möglich sei, die gesamte Natur als ein geordnetes Ganzes zu begreifen und darzustellen. Als er dann Südamerika für die Wissenschaft entdeckte, den Teil der Erde, der unter allen dem Forscher die mannigfaltigsten Natur-

bilder darbietet, und nachher noch auf neuen Reisen eine unvergleichliche Erfahrung sammelte, da reifte der Gedanke seiner Jugend langsam aus. In seinen ersten Berliner Vorlesungen zeichnete er schon die Umrisse für den Entwurf einer physischen Weltbeschreibung.*) Dann verging wieder eine lange Zeit in umsichtiger Vorbereitung, und als endlich (1844), nach zehnjähriger Drucker-Arbeit, der erste Band des Kosmos erschien, da begrüßte ihn der König mit den Goethischen Versen: so halt' ich's endlich denn in meinen Händen und nenn' es in gewissem Sinne mein.

Diesmal sprach Friedrich Wilhelm allen Deutschen aus der Seele, denn alle fühlten, daß nur ein Deutscher sich zu einer solchen Universalität des Wissens und des Denkens aufschwingen konnte. Humboldt sagte selbst von seinem Werke: „es muß eine Epoche der geistigen Entwicklung der Menschheit, in ihrem Wissen von der Natur darstellen." Er gab zuerst einen Überblick über das Ganze der geschaffenen Welt, von den Himmelsräumen und ihren Nebelsternen an bis herab zu der Geographie der Felsenmoose. In dem zweiten, noch reicheren Bande entwarf er sodann, was noch niemand gewagt hatte, eine Geschichte der Weltanschauung. Er zeigte, wie das Bild der Welt die Jahrhunderte entlang sich im Verstande und im Gemüte der Menschheit widergespiegelt, wie Himmel und Erde sich nach und nach der Wissenschaft, dem Unternehmungsgeiste, dem künstlerischen Gefühle aufgeschlossen hatten. Da der Fortschritt des Menschengeschlechts sich allein im Bereiche der expansiven Zivilisation unzweifelhaft erweisen läßt, so behauptete hier der hoffnungsvolle Optimismus des alten Jahrhunderts, dem Humboldts eigene Bildung entstammte, sein gutes Recht. Er schilderte mit wohltuender Wärme, wie es auf Erden, trotz „dem lästigen Kampfe des Wissens und des Glaubens" doch immer heller geworden war, wie der Gesichtskreis der Menschheit sich beständig erweitert hatte und darum auch noch der Tag kommen müsse, da sie in vollem Ernst das kühne Seherwort der Renaissancezeit wiederholen dürfte: il mondo è poco.

Als er dann im dritten Bande sein Weltenbild im einzelnen auszumalen begann, da schwoll ihm der Stoff unter den Händen an, weil das junge Geschlecht rastlos von Entdeckung zu Entdeckung aufstieg, und er sollte den Abschluß des Werkes nicht mehr erleben. Der Kosmos bezeichnete in der Tat eine Epoche unseres geistigen Lebens — in anderem Sinne allerdings, als Humboldt selbst glaubte — er stand vor- und rückschauend auf der Grenze zweier Zeitalter. Er war, noch ganz im Geiste unserer klassischen Dichtungszeiten, als ein großes Kunstwerk gedacht, das durch die Pracht seiner reichen Schilderungen den Geist anregen, das ästhetische Gefühl befriedigen, „das Gemüt ergötzen sollte"; er war erfüllt von dem

*) S. o. II. 432.

Drange nach allseitiger Bildung, der das alte Jahrhundert beseelt hatte, und von den Gefühlen einer milden Humanität, deren liebenswürdigen Selbsttäuschungen die neue Zeit schon zu entwachsen begann. Die handfesten jungen Historiker konnten dem freundlichen Greise doch unmöglich beistimmen, wenn er die Rousseausche Behauptung aufstellte: „die Natur ist das Reich der Freiheit" — oder wenn er aus der scharfsinnig erwiesenen Einheit des Menschengeschlechts sanft den Schluß zog: „es gibt bildsamere, höher gebildete, durch geistige Kultur veredelte, aber keine edleren Volksstämme; alle sind gleichmäßig zur Freiheit bestimmt." Und doch war dies Buch, das so lebhaft an die Zeiten Herders und Goethes gemahnte, zugleich ein ganz modernes Werk, eine tief durchdachte, umfassende Enzyklopädie alles dessen, was die empirische Naturerkenntnis bisher erforscht hatte. Begeisterte Verehrer nannten den Kosmos das hohe Lied der neuen Wissenschaft und sprachen kurzab von dem Zeitalter Alexander Humboldts. Die vereinzelten Stimmen besorgter Theologen, die vor dem unheiligen Geiste des Buches warnten, beirrten selbst den frommen König nicht und verstummten bald vor der allgemeinen Bewunderung. Das gesamte Europa fühlte, daß ein solches Buch nur einmal, und nur von einem Manne gewagt werden konnte.

Doch derweil Humboldt schrieb, verwandelte sich die Welt bereits wieder, und das so lange geplante Werk stand, als es endlich erschien, schon nicht mehr ganz im Einklange mit dem Geiste der Zeit. Die jungen Naturforscher raunten einander schon oft abschätzige, ungerechte Urteile über den Kosmos zu, zumal die Mathematiker, die dem Alten nicht verziehen, daß er für ihre Wissenschaft so wenig Sinn zeigte. Diese jugendlichen Stürmer und Dränger fragten nichts nach Beschreibungen noch nach historischen Rückblicken; sie verlangten Taten, Entdeckungen, Fünde, immer neue Fünde. Und wahrlich an großen Fünden war die Zeit nicht arm. Im Jahre 1840 ging aus dem kleinen Gießener Laboratorium eine Entdeckung hervor, welche die Landwirtschaft aller Kulturvölker umgestalten sollte, und ihr Urheber war niemals hinter einem Pfluge dahergegangen. Liebig begründete die Lehre vom organischen Stoffwechsel und wendete sie an auf den Ackerbau; er wies nach, welche Stoffe die wachsende Pflanze der Luft entnimmt, welche dem Boden, und zeigte, daß es möglich sein müsse, durch natürlichen oder künstlichen Dünger dem Boden die entzogenen Stoffe vollständig zurückzugeben. Wie furchtbar hatte einst der Raubbau der alten Völker die schönsten Länder der Erde verwüstet; jetzt eröffnete sich die tröstliche Aussicht, daß die Bodenkraft der modernen Kulturländer bei rationellem Ackerbau allezeit unerschöpflich bleiben würde. Nach langjährigen heißen Kämpfen errang die Lehre vom Kreislauf des Lebens einen vollständigen Sieg. Stöckhardts chemische Feldpredigten und andere populäre Schriften verbreiteten sie in weiten Kreisen; der künstliche Dünger, den noch der alte Thaer mit Mißtrauen betrachtet hatte, wurde den deut-

schen Landwirten unentbehrlich. Und wie immer in der Wissenschaft ein Fund den anderen hervorruft, so gab Liebig bald neue, für Theorie und Praxis gleich wertvolle Aufschlüsse über Verbesserung und Erhaltung der Nahrungsmittel. Seine Schuld war es nicht, daß die neue Erkenntnis auch gröblich mißbraucht wurde. Bald nahm eine in aller Geschichte beispiellose Verfälschung der Lebensmittel überhand und schädigte die Gesundheit wie die Sittlichkeit des Volkes so schwer, daß man ernstlich bezweifeln konnte, ob der Fortschritt der Chemie der Menschheit mehr Segen oder mehr Unsegen gebracht hatte. Der Gießener Chemiker erschien den fremden Nationen wie der Herold der deutschen Naturwissenschaft, und die Zeit kam, da der stolze leidenschaftliche Mann zuversichtlich sagen durfte: „ich werde meinen Gegnern durch neue wunderbare Dinge antworten."

Zur selben Zeit, da Liebig über den organischen Stoffwechsel schrieb, begründete ein Schüler Johannes Müllers, der Rheinländer Schwann eine neue Theorie der organischen Entfaltung durch seine Zellenlehre. Er wies nach, daß Struktur und Wachstum der Tiere und der Pflanzen übereinstimmen, daß sämtliche Gewebe und Organe des tierischen Körpers aus Zellen hervorgehen. Der stille, bescheidene, kleine Mann, der bald nachher im katholischen Belgien eine neue Heimat fand und Tag für Tag inmitten der Marktweiber andächtig der Frühmesse beiwohnte, ließ seit jenem großen Wurfe wenig mehr von sich hören; aber durch den einen fruchtbaren Gedanken hatte er der gesamten Pathologie und den verwandten Wissenschaften neue Bahnen gewiesen.

Auch der Ideenkreis der Physiker erweiterte sich inzwischen mächtig, als Dove das Gesetz der Winde fand, die Grundlage für die neue Wissenschaft der Meteorologie. Der heitere, geistreiche Schlesier hatte sich in allen Kreisen der Berliner Gelehrtenwelt längst eingebürgert, und an der Universität durch seine lebensvollen Vorträge eine angesehene Stellung errungen; eine Zeitlang stand er den Hegelianern nahe und schrieb auch unterweilen in ihre wissenschaftlichen Jahrbücher; doch mit freier Sicherheit trat er dem Hochmut der Philosophen entgegen, die ihm das Experiment als Handwerkerarbeit verbieten wollten, und je näher er Humboldt kennen lernte, um so mehr befestigte er sich in der Methode empirischer Forschung. Nun ward ihm die Freude, daß seine große Entdeckung fast ebenso stark wie Liebigs Erfindungen auf die Volkswirtschaft einwirkte. Auf Humboldts Verwendung entstand im Norden eine Anzahl meteorologische Institute, und man durfte hoffen, den Landwirten einen Anhalt für ihre Wetterberechnungen zu geben, die Schiffer auf hoher See vor drohenden Stürmen zu warnen.

Der physikalischen Theorie gelang im Jahre 1847 eine entscheidende Tat. Hermann Helmholtz aus der Mark, ein junger Militärarzt, den die hochmütigen Offiziere des Gardehusarenregiments sehr geringschätzig behandelten, veröffentlichte die kleine Schrift „die Erhaltung der Kraft",

die den kühnen Versuch wagte, den Zusammenhang der gesamten Naturkräfte nachzuweisen, die Physik als Bewegungslehre aufzufassen. Ähnliche Ideen hatte kurz zuvor, ohne daß Helmholtz darum wußte, der Heilbronner Arzt Robert Mayer ausgesprochen, einer jener unseligen, zwischen Genie und Wahnsinn schwankenden Geister, die unter den Erfindern und Entdeckern nicht selten erscheinen. Ermutigt durch Humboldts Beifall, ungeschreckt durch den Spott und den Zweifel vieler anderen Fachgenossen, verfolgte Helmholtz den Gedanken weiter, und es gelang ihm, die noch vorherrschende halbmystische Vorstellung von einem Spiele verschiedener Naturkräfte zu verdrängen durch die klare Erkenntnis eines Kreislaufs der Bewegungen. Er erwies, daß die Natur einen unzerstörbaren und unverlierbaren Vorrat von Energie oder wirkungsfähiger Triebkraft enthält, die in mannigfachen Formen erscheinen kann, bald als gehobenes Gewicht, bald im Schwunge bewegter Massen, bald als Wärme oder chemische Verwandtschaft. Damit war der eigentliche Hauptgedanke der modernen Naturwissenschaft ausgesprochen, ein Gedanke ebenso folgenreich wie einst Newtons Gesetz der Schwere, und es ergab sich die Möglichkeit eines neuen, auf streng erweisbare Beobachtung gegründeten naturphilosophischen Systems, das freilich erst in einer unabsehbaren Zukunft sich runden konnte. Ein philosophischer Kopf, an Kant gebildet, hielt Helmholtz die Grundsätze des bewußten Empirismus immer fest, bis er schließlich zu der Erkenntnis gelangte, daß selbst die Axiome der Geometrie nur Erfahrungstatsachen sind, und Räume, in denen andere Gesetze gelten, sich wohl denken lassen. In allen diesen bahnbrechenden Köpfen der neuen Naturforschung blieb der alte schöne deutsche Idealismus noch lebendig; sie forschten im Bereiche der Erfahrung zu kühn zugleich und zu gewissenhaft, als daß sie sich je hätten vermessen sollen, die Schranken der Erfahrung zu leugnen. Erst ihre kleineren Nachfolger verfielen in materialistische Plattheit.

Die Medizin wurde von dem Aufschwung der Naturwissenschaft vorerst noch wenig berührt. Die große Mehrzahl der Hausärzte befolgte noch die alte rohe Praxis, die durch Brech- und Abführungsmittel, durch Brunnenkuren, durch Haarseile und Fontanelle die gefürchteten bösen Säfte und Krankheitsstoffe aus dem Leibe hinauszutreiben suchte; kein Wunder, daß manche der mißhandelten Kranken sich zu den sanften Mittelchen Hahnemanns und seiner neuen homöopathischen Schule flüchteten. Und wie beschämend dürftig war doch noch die Kenntnis des menschlichen Körpers. Wie viele tausend Kadaver hatte man nun schon zerschnitten, und noch wußte niemand, zu welchen Funktionen eigentlich die Milz oder der Blinddarm bestimmt seien. Selbst Auge und Ohr blieben noch fast unbekannt; die Ärzte mußten erst abwarten, ob ihnen die Physiker vielleicht die Instrumente zur genauen Beobachtung dieser edlen Organe erfinden würden. Nur die Chirurgie hielt gleichen Schritt mit den Naturforschern;

man bewunderte allgemein die Muskeldurchschneidungen Stromeyers, und die Berliner Studenten berichteten stolz, wie glücklich ihr geliebter Lehrer Dieffenbach durch die neue Kunst der plastischen Chirurgie verstümmelte Glieder zu ergänzen wußte.

Also begannen Kunst und Wissenschaft sich überall auf die Wirklichkeit des Lebens zu richten; doch nur zu bald sollte sich zeigen, daß die politische Bildung der Zeit noch sehr weit hinter der geistigen Bildung zurückstand. —

Sechster Abschnitt.

Wachstum und Siechtum der Volkswirtschaft.

Die neue Weltanschauung, die sich in Kunst und Wissenschaft so lebhaft bekundete, wurde, bewußt oder unbewußt, durch die großen Wandlungen des wirtschaftlichen Lebens mit bedingt. Kein Zeitraum der deutschen Geschichte bietet dem Nationalökonomen ein so wechselreiches Bild wie dies neunzehnte Jahrhundert, das in beispiellos rascher Folge zwei gewaltige Umwälzungen der volkswirtschaftlichen Zustände und Parteigegensätze erlebte. Vor einem Menschenalter erst hatte in Preußen eine friedliche Revolution von oben her die feudalen Fesseln der alten Gesellschaft zersprengt; damals glaubten fast alle hellen Köpfe der Nation, mit dem freien Wettbewerb der wirtschaftlichen Kräfte, mit dem unbeschränkten Eigentum und der ungestörten Arbeit jedes einzelnen sei der soziale Frieden und Fortschritt für alle Zukunft gesichert. Noch war die neue wirtschaftliche Freiheit bei weitem nicht überall in Deutschland zum Siege gelangt; Gewerbsbetrieb, Heirat, Niederlassung unterlagen in den meisten Kleinstaaten noch ängstlichen Beschränkungen, welche Preußen nicht mehr kannte. Da begann schon in den vierziger Jahren eine Gegenbewegung; sie wuchs langsam an, unter starken Rückschlägen, und erst nach langen Jahren, als die Deutschen sich ihren nationalen Staat geschaffen hatten, errang sie Erfolge. Wenn die Urheber des preußischen Zollgesetzes unschuldig gehofft hatten, der mäßige deutsche Zollschutz und das ehrliche Anerbieten der Gegenseitigkeit würden genügen, um nach und nach den ganzen Weltteil der allgemeinen Handelsfreiheit anzunähern, so erwies sich diese Erwartung jetzt schon als irrig; der Zollverein geriet bald in schwere wirtschaftliche Machtkämpfe mit Völkern von älterem Reichtum und stärkerem Selbstgefühl, und aus dem Lager seines jungen Gewerbfleißes erklang, hier mit Recht, dort mit Unrecht der Ruf nach Schutz der nationalen Arbeit. Im Innern aber rief der freie Wettbewerb nicht die erhoffte gerechte Gesellschaftsordnung hervor, sondern neue gehässige Klassenkämpfe; das bewegliche Großkapital begann eine gefährliche Übermacht zu erlangen, breite Massen des rechtlich befreiten Volks versanken

in eine wirtschaftliche Abhängigkeit, die oft schwerer empfunden wurde, als vormals die patriarchalische Unfreiheit der alten Gesellschaft, und bald von tobenden Anarchisten, bald von menschenfreundlichen Denkern wurde der Staat gemahnt, daß er mit seiner zwingenden Gerechtigkeit die Schwachen gegen die Starken beschützen müsse.

Die riesigen Kapitalansammlungen, die völlig neuen wirtschaftlichen Mächte, die in diesem Zeitalter der Erfindungen jählings aufschossen, stellten an den Staat Anforderungen, von denen die Gesetzgeber der großen Reformzeit nichts geahnt hatten. Die alte Losung hieß: freie Selbsttätigkeit; jetzt erhob sich der Ruf nach erweiterter Wirksamkeit der Staatsgewalt. Beuth, Hoffmann, Kühne, alle die alten wohlverdienten Beamten, die einst dem Staatskanzler Hardenberg zur Hand gegangen waren, fühlten sich jetzt wie in einer fremden Welt, da ihnen fast alles bezweifelt und bestritten wurde, was sie für den idealen Inhalt ihres Lebens ansahen. Der König aber, der sich über die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse keineswegs täuschte und in seinem weichen Herzen die Leiden der arbeitenden Klassen lebhaft mitempfand, besaß doch weder die Willenskraft noch die Sachkenntnis um den Ansprüchen der verwandelten Zeit gerecht zu werden. So geschah es, daß in diesen Jahren der allgemeinen Enttäuschung auch die preußisch-deutsche Wirtschaftspolitik, die in den beiden letzten Jahrzehnten des alten Königs stolz von Sieg zu Sieg vorgeschritten war, ihre feste Haltung verlor und, obgleich sie die großen Errungenschaften der vorigen Regierung nicht preisgab, doch aus Wirren und Kämpfen, aus Versuchen, Mißgriffen und Plänen selten herauskam.

Die Fortdauer des Zollvereins war schon zur Zeit des Thronwechsels so gut wie gesichert, nachdem Kühne die Bedenken der sparsam rechnenden Finanzpartei widerlegt und der neue König noch als Kronprinz dieser Widerlegung freudig zugestimmt hatte.*) Nun beseitigte Eichhorn, kurz bevor er sein altes Amt verließ noch die letzten Einwendungen und nahm also einen würdigen Abschied von dem Vereine, dem er die besten Jahre seines Lebens gewidmet hatte. Am 8. Mai 1841 wurden die Zollvereinsverträge, mit unwesentlichen Änderungen, für zwölf Jahre erneuert, und alle die verbündeten kleinen Höfe sprachen lebhaft ihre Befriedigung aus. Keinem von ihnen war je der Wunsch aufgestiegen, den geschlossenen Bund zu lösen; die gute Sache hatte überall den guten Geist bündischer Eintracht erweckt, die Zollverwaltung zeigte sich in allen Vereinsstaaten gleich zuverlässig. Die wirtschaftlichen Segnungen des Zollvereins konnte niemand mehr verkennen. Rasch wie eine australische Ansiedlung blühte auf der öden Rheinschanze Mannheim gegenüber die junge Fabrikstadt Ludwigshafen empor, und die vormals so stillen Täler Westfalens

*) S. o. IV 578.

hallten jetzt wider vom Klange der Eisenhämmer. Mit vollem Recht rühmten sich die Deutschen, daß ihre junge Zolleinheit ungleich mehr bedeutete als die längst gesicherte der benachbarten Einheitsstaaten; denn sie war errungen in schweren Kämpfen, sie mußte durch neue Kämpfe noch gesichert und erweitert werden, sie sollte den Eckstein bilden für unsere politische Einheit. Doch je klarer man endlich die vaterländische Bedeutung des Werkes erkannte, um so lebhafter forderte der seit der jüngsten Kriegsgefahr neuerstarkte Nationalstolz, der junge Handelsbund müsse sich auch die Gleichberechtigung neben den fremden Mächten erzwingen.

Und wie unfertig und unförmlich erschien der Zollverein noch gegenüber dem Auslande. In Wahrheit blieb er noch immer ein Binnenland. Von seinen 1089 Grenzmeilen waren nur 129 Seegrenze; und diese pommerisch-preußischen Küsten bildeten bloß für einen Teil der östlichen Provinzen Preußens, nicht einmal für Berlin die natürliche Einfuhrstelle; sie besaßen im Jahre 1843 insgesamt erst 790 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 106000 Last, während der Zollverein im selben Jahre allein an Kolonialwaren 132000 Last einführte. Die große Mehrzahl der Zollvereinsschiffe eignete sich nur für die kurze Fahrt auf der Ostsee, die seit der Entdeckung Amerikas mehr und mehr ein Binnensee geworden war. Zudem wurde die lange Fahrt auch noch durch den Sundzoll erschwert, und selbst das kräftig aufstrebende Stettin beschäftigte im außereuropäischen Handel erst 24 Schiffe mit 3773 Last. So sah sich denn der mächtige Handelsbund mit seinen 25 Mill. Einwohnern fast allein auf die Schiffahrt des Auslandes angewiesen, vornehmlich auf das deutsche Ausland an der Nordsee, das man mit zarter Höflichkeit als Vorland des Zollvereins zu bezeichnen pflegte. Trotzdem wußten die europäischen Nachbarn sehr wohl, was sie von dieser unfertigen Macht zu fürchten hatten. Palmerston nahm, wie gewöhnlich, allen Engländern das Wort vom Munde, als er im Parlament die freundnachbarliche Hoffnung aussprach: der erste Festlandskrieg wird den Zollverein wieder auflösen. Der geistreiche französische Nationalökonom Richelot weissagte traurig, die Deutschen würden, wenn sie sich erst einigten, bald das erste Handelsvolk des Festlands werden; und bei allen seinen handelspolitischen Verhandlungen mit den Nachbarvölkern hatte Preußen eine feindselige Eifersucht zu bekämpfen, deren Stärke unsere tadelsüchtigen Zeitungsschreiber nicht ahnten. In Amerika dagegen, in Rio wie in Neuyork, fragte man höhnisch: wo ist euer Deutschland? wir wissen nur von einer preußischen, einer kniphausener und noch sieben anderen Flaggen, die sich für deutsch ausgeben, aber alle verschiedenen Gesetzen gehorchen; wir kennen weder eine deutsche Flagge noch einen Konsul, der sie vertritt, noch ein Kriegsschiff, das sie verteidigt, und wenn die sogenannten deutschen Schiffe löschen, so tragen ihre Waren fast allesamt englische oder französische Etiketten.

Der treffende Spott verwundete tief; denn traten die Vorhäfen am

deutschen Meere dem vaterländischen Handelsbunde bei, dann gebot das geeinte Deutschland, ohne Österreich, über die zweite Handelsmarine der Welt; Bremen allein besaß zur Zeit mehr große Schiffe von 500 Last und darüber, als das gesamte Frankreich, und eine Nation von solcher Stärke galt jenseits des Ozeans gar nichts. Die stärkste Handelsader des Zollvereins, der Rhein, war ihm ja längst unterbunden, da Holland, auf unabsehbare Zeit hinaus, sich von dem alten Vaterlande getrennt hatte. Um so heftiger ward also verlangt, daß mindestens die Nordseeküsten von der Ems bis zur Elbe, Hannover und die Hansestädte sich endlich dem nationalen Handelsbunde einfügen müßten. Am lautesten erklang diese wohlbegründete Forderung in Süddeutschland, das soeben erst den Segen großer Verhältnisse kennen gelernt hatte und sich nun doch vom Weltmeer gänzlich abgetrennt sah. Jetzt zeigte sich aber, wie schon so oft in der Geschichte des Zollvereins, daß der norddeutsche Partikularismus noch weit schwerer zu überwinden ist als der süddeutsche. Die Finanznot allein hatte einst den Trotz der süddeutschen Höfe besiegt; diese Küstenlande der Nordsee hingegen wähnten sich in ihrem Sonderleben sehr glücklich zu befinden. Mit begreiflichem Stolze rechneten die Hanseaten den Binnenländern vor, wie mächtig ihre Städte ohne Deutschlands Hilfe aufgestiegen waren. Ohne den heilsamen Zwang einer gebietenden Reichsgewalt ließ sich diesem selbstgefälligen Hansetrotze schwerlich die einfache Wahrheit beibringen, daß die deutschen Häfen im Bunde mit dem großen Vaterlande unzweifelhaft noch viel rascher aufblühen mußten.

Die nächste Aufgabe des Zollvereins, die Abrundung seiner Grenzen bis zur See, schien zur Zeit fast unmöglich, und fast ebenso hoffnungslos war auch für jetzt das Verlangen nach einer Verfassungsänderung des Handelsbundes. Es ist die Größe der absoluten Monarchie, daß sie zuweilen eine Politik der Ideen durchzuführen vermag, während der Parlamentarismus immer und überall durch die Klasseninteressen der Gesellschaft beherrscht wird. Nur die absolute preußische Krone hatte die Idee der deutschen Handelseinheit verwirklichen, alle die weitverzweigten geheimen Verhandlungen, welche den Zollverein begründeten, zum glücklichen Ende führen können. Doch kaum bestand diese neue Einheit, so regten sich sofort die sozialen Interessen und wirtschaftlichen Gegensätze. Man verlangte stürmisch Öffentlichkeit der Zollkonferenzen oder auch ein Zollparlament oder Notabelnversammlungen, damit jeder Gewerbszweig seine Anliegen vor der Nation vertreten könne. Aber wie sollten diese durchaus berechtigten und erklärlichen parlamentarischen Wünsche befriedigt werden, da der Zollverein doch kein Staat war?

Also sah die führende Macht des Zollvereins eine Menge neuer, überaus schwieriger Pflichten vor sich. Zunächst gelang ihr eine kleine Erweiterung des Zollgebiets. Nach neunjähriger Anarchie wurde das Großherzogtum Luxemburg jetzt endlich als ein souveräner deutscher Bundesstaat eingerichtet; es erhielt eine selbständige Regierung, am 12. Okt. 1841

auch eine bescheidene landständische Verfassung, an deren Entwürfen Hassenpflug noch mitgearbeitet hatte*), und da die Landschaft nunmehr von dem verkleinerten Königreiche der Niederlande weit abgetrennt lag, so beantragte der König-Großherzog ihre Aufnahme in den Zollverein — zur Freude einiger klugen Fabrikanten, zum Entsetzen der mächtigen belgisch-französischen Partei, die sich noch immer mit dem wallonischen Luxemburg wieder zu vereinigen hoffte. Preußens Finanzen und Volkswirtschaft konnten durch den Anschluß des feindlichen Ländchens durchaus nichts gewinnen; zumal die Gerber in den Grenzstädten Malmedy und St. Veith fühlten sich bedroht und klagten so lange, bis ihnen ihr gütiger König eine Geldentschädigung zahlen ließ. Nur das deutsche Pflichtgefühl und die politische Berechnung zwangen den Berliner Hof, sich auf die Verhandlungen einzulassen; denn wies er die luxemburgischen Anträge ab, so schloß sich das Ländchen entweder dem belgischen Zollwesen an, oder es entstand dicht vor den Toren des Zollvereins eine gefährliche Schmugglerfreistatt. Die Unterhandlungen zogen sich mehr als zwei Jahre hin. Die preußische Regierung wahrte eifersüchtig die nationale Unabhängigkeit des Zollvereins, sie wollte einem fremden Fürsten schlechterdings kein Stimmrecht im Rate des deutschen Handelsbundes einräumen. Sie bestand darauf, daß Luxemburg auf den Zollkonferenzen durch Preußen vertreten würde; die Zolldirektion des Großherzogtums sollte dem preußischen Finanzministerium unterstellt, auch ein Teil der Zollämter unter Mitwirkung der Zollvereinsstaaten besetzt werden, da die Deutschen den gänzlich verwilderten luxemburgischen Beamten nicht trauten. Auf diese Bedingungen hin ward am 8. Aug. 1841 der Anschlußvertrag abgeschlossen, und verabredetermaßen kamen sogleich preußische Beamte nach Luxemburg um das neue Zollwesen, zur Verhinderung von Unterschleifen, plötzlich einzuführen.

Da erhob sich ein völlig unerwarteter Widerstand. Ganz ungleich seinem nüchternen Vater, war der neue König der Niederlande, Wilhelm II. ein unruhiger Kopf, phantastisch, erregbar, wetterwendisch, immer mit hohen Plänen beschäftigt, zugänglich allen Einflüsterungen. Er hatte einst als Prinz von Oranien in dem zehntägigen Feldzuge die belgischen Rebellen zu Paaren getrieben und hoffte noch immer, ihnen dereinst ihren Raub wieder zu entreißen; darum begünstigte er die Katholiken und verkehrte gern mit belgischen Unzufriedenen; von dem glorreichen achtzigjährigen Kriege, der doch die Größe des Hauses Oranien begründet hatte, wollte er gar nicht reden hören. Mit seinem fast gleichalterigen königlichen Vetter in Berlin war er von Kindesbeinen an innig befreundet. Friedrich Wilhelm aber behandelte die Oranier nach der alten Überlieferung wie preußische Prinzen; er sah in der Teilung der Niederlande eine den Hohenzollern selber angetane Schmach, und noch in den wirren

*) S. o. IV. 318 f.; V. 54.

Träumen seiner Todeskrankheit hat ihn das Mißgeschick der oranischen Verwandten oft beschäftigt. Im Vertrauen auf die Herzensgüte seines preußischen Vetters wagte nun der niederländische König eine Tat unerhörter Treulosigkeit; er hatte unterdessen einige Luxemburger von der preußenfeindlichen Partei insgeheim zu Rate gezogen und erklärte plötzlich, ohne einen Grund anzugeben, daß er den Vertrag nicht ratifizieren könne. Vielleicht stand dabei noch ein abenteuerlicher Plan im Hintergrunde. Eben in diesen Septembertagen wurde in belgischen Garnisonen eine orangistische Verschwörung entdeckt, an deren Spitze zwei Generale standen, und man argwöhnte in Brüssel wie im Haag, daß der König geglaubt hätte, jetzt sei die Zeit für eine Gegenrevolution gekommen.*) Genug, der Oranier versagte seine Genehmigung einem Vertrage, den seine Bevollmächtigten genau nach seinen eigenen Weisungen abgeschlossen hatten. Es war nicht gradehin ein Bruch des Völkerrechts, aber eine so unehrenhafte Verletzung des internationalen Anstandes, daß der alte Minister des Auswärtigen, Verstolk van Soelen, sofort entrüstet seinen Abschied nahm und mehrere andere erfahrene Diplomaten dem Monarchen erklärten, unter solchen Umständen könnten sie das Auswärtige Amt nicht übernehmen.

Geschäftssachen unter Freunden geschäftlich nüchtern zu erledigen widerstrebte dem weichen Gemüte König Friedrich Wilhelms immer. In einem brüderlichen Briefe hielt er „seinem lieben Wilhelm" die Torheit und das Unrecht der plötzlichen Sinnesänderung vor und schloß treuherzig: „In Summa, die Nicht-Ratifikation wird uns sehr angenehm sein, aber sie wird ein Unglück für Luxemburg sein und eine unerschöpfliche Quelle von Katzenjammer (déboires) für Dich!" Diesen gemütlichen Ton suchte der Oranier schlau auszunutzen; er erwiderte „seinem lieben Fritz" am 15. Sept.: „ich sehe also mit wahrer Freude, daß Du mir nicht nur nicht die Zunge herausstrecken wirst, sondern daß meine Nicht-Genehmigung Dir sogar sehr angenehm sein wird, da sie Deinen Untertanen Vorteil bringt." Darauf versicherte er, die Luxemburger würden erst nach langer Zeit zu Deutschen werden, und dann nur aus Interesse, wenn Deutschland ihre Unabhängigkeit nicht störte, sondern beschützte.**) Gleich nachher erschien schon der niederländische Bundesgesandte v. Scherff in Berlin und erbat, daß Preußen und der Zollverein den Abfall König Wilhelms von dem geschlossenen Vertrage förmlich genehmigen möchten. Die durchweg belgisch gesinnten Zeitungen Luxemburgs frohlockten schon: die unnatürliche Trennung der beiden Hälften des Landes würde jetzt endlich aufhören.

*) Diese Frage ist noch nicht aufgeklärt. Selbst der immer gründlich unterrichtete de Bosch Kemper wagt darüber nur Vermutungen (Geschiedenis van Nederland na 1830. IV. 56).

**) König Wilhelm II. an König Friedrich Wilhelm, 15. Sept. 1841.

Da regte sich doch der preußische Stolz. General Dumoulin, der alte treue Grenzenhüter der Westmark beschwor das Auswärtige Amt fest zu bleiben; der Anschlag gehe aus von jener Partei, welche seit Jahren darnach trachte „das Land systematisch ganz von Deutschland zu trennen und den letzten Keim deutscher Sitte darin zu vernichten".*) Die Mahnung wirkte. Minister Werther sprach dem Könige nachdrücklich aus: jede Nachgiebigkeit sei unmöglich, es handle sich um die hochpolitische Frage, ob Luxemburg sich an Deutschland oder an Frankreich und Belgien anschließen solle. Nunmehr schrieb Friedrich Wilhelm wieder, diesmal sehr ernst, an den Oranier: „Ich muß also, teurer und vortrefflicher Wilhelm, jede Verantwortlichkeit für die von Dir beabsichtigte Nichtgenehmigung gegenüber den anderen Regierungen des Zollvereins hier auf die feierlichste Weise von mir ablehnen." Dann erinnerte er ihn an die feindselige Politik der Niederlande, die schon seit Jahren so viel Mißtrauen in Deutschland erweckt hätte: „Ach, teurer Wilhelm, könntest Du die große und schöne Rolle des Versöhners spielen!"**) Immer und immer schwankte Friedrich Wilhelm zwischen königlichem Pflichtgefühl und gutmütiger Schwäche. Es tat ihm wehe, mit dem alten Freunde so ganz persönlich aneinander zu geraten. Darum wollte er jetzt den Streitfall, unter Österreichs Vermittlung, dem Bundestage zur Entscheidung vorlegen, und erst durch die dringenden Vorstellungen des Auswärtigen Amts ließ er sich von diesem unglücklichen Gedanken, der unfehlbar alles verdorben hätte, wieder abbringen."***)

Als der niederländische König einsah, daß die Preußen ihn nicht freigaben, versuchte er neue Winkelzüge und sendete zur Unterstützung Scherffs zwei luxemburgische Bevollmächtigte. Die beiden Luxemburger, Simons und Pescatore waren in Berlin als belgische Parteigänger und Feinde Deutschlands übel berüchtigt; sie erklärten, ihr König-Großherzog wolle den Vertrag genehmigen, doch nur auf ein Jahr und mit sechsmonatlicher Kündigung. Ein solcher Vorschlag aus solchem Munde war offenbar frivol. Nur Friedrich Wilhelm bemerkte die Arglist nicht; er dachte schon einzuwilligen, falls Luxemburg sich verpflichtete in den nächsten vier Jahren weder mit Belgien noch mit Frankreich einen Handelsvertrag zu schließen. Seine Minister urteilten anders. Nachdem der widerliche Streit einige Wochen gewährt hatte, entwarfen Thile, Alvensleben, Maltzan einen gemeinsamen Bericht und zeigten dem Monarchen was auf flacher Hand lag: im ersten Jahre bringe eine Zollvereinigung immer mannigfache Verluste; der belgischen Partei in Luxemburg würde es also nicht an Vor-

*) Dumoulin an Werther, 23 Sept. 1841.

**) Werthers Bericht an den König, 29. Sept., König Friedrich Wilhelm an König Wilhelm II., 30. Sept. 1841.

***) Stolberg an Thile, 1. Okt.; Schreiben des Auswärtigen Amts an Thile, 6. Okt. 1841.

wänden fehlen um den Vertrag nach sechs Monaten zu kündigen und das ganze Werk über den Haufen zu werfen. Für Preußen aber stehe Großes auf dem Spiele. Ließe sich die Krone von einem schwachen Nachbarn also verhöhnen, dann müßten die Zollverbündeten alles Vertrauen zu Preußen verlieren, „und auf diesem Vertrauen allein" — so schrieb Thile — „ruht das ganze Gebäude des Zollvereins."*) Diese Gründe überzeugten den König. Er sendete die beiden Luxemburger heim und schrieb nochmals sehr eindringlich an den Freund im Haag (12. Jan. 1842): „Der gegenwärtige Zustand ist und muß sein das physische und moralische Verderben Deines Großherzogtums!!!!!! Rettest Du Dich daraus nach der deutschen Seite hin, so werden Deine Feinde über Unbeständigkeit schreien; wendest Du Dich nach der anderen, der schlechten Seite, so wirst Du ganz Deutschland gegen Dich haben. Und das will etwas sagen, teuerer Wilhelm, seit dem Jahre 1840."**)

Nunmehr gab der Oranier sein Spiel verloren; er wußte, wie verächtlich alle deutschen Höfe über ihn redeten, und er war klug genug, den unehrenhaften Handel jetzt rasch aus der Welt zu schaffen. Darum antwortete er freundlich und sendete seinem königlichen Vetter, der soeben die Taufreise nach England angetreten hatte, alsbald zwei neue Unterhändler nach London, die angesehenen niederländischen Diplomaten Rochussen und van Heekeren.***) Mit diesen beiden verhandelte der König persönlich in Bunsens Hause und genehmigte am 29. Jan. 1842 ein Protokoll, das den Augustvertrag wiederherstellte: Luxemburg trat, zunächst auf vier Jahre, dem Zollvereine bei, die Zahl der anzustellenden preußischen Beamten sollte so gering wie irgend möglich bemessen werden. Hocherfreut meldete er dies Ergebnis dem reuigen Vetter, und da bei dem Versöhnungsfeste auch das Opferlamm nicht fehlen durfte, so verhieß er zugleich in tiefem Geheimnis: sein Gesandter Graf Lottum, der sich mit preußischer Deutlichkeit über den oranischen Biedersinn ausgesprochen hatte, würde nicht wieder in den Haag zurückkehren.†)

Nach solchen Wirren wurde die kleine Westmark dem Zollverein einverleibt, und kaum ein anderes deutsches Land hat aus der nationalen Handelseinheit größeren wirtschaftlichen Vorteil gezogen. Der lange Belagerungszustand in der Hauptstadt und die fast gesetzlose Verwaltung der provisorischen belgischen Behörden draußen hatte das Ländchen von Grund aus verwüstet; Handel und Wandel lagen darnieder, nur der

*) Berichte an den König, von Maltzan 28. Dez. 1841; von Maltzan, Alvensleben und Thile, 3. Jan.; von Thile, 3. Jan. 1842.

**) König Friedrich Wilhelm an König Wilhelm II., 12. Jan. 1842.

***) König Wilhelm II. an König Friedrich Wilhelm, 25. Jan. 1842.

†) Protokoll, London, 29. Jan. 1842, gez. von Rochussen und Heekeren, genehmigt von König Friedrich Wilhelm. Bunsen an Thile, 29. Jan.; König Friedrich Wilhelm an König Wilhelm II., 29. Jan. 1842.

Schmuggel blühte. Nun entstand wieder ein geordneter Verkehr, das fleißige betriebsame Völkchen begann wieder zu hoffen und knüpfte bald einen Geschäftsverkehr mit den östlichen Nachbarn an, der sich zum Erstaunen der Luxemburger selbst als gesund und einträglich erwies. Nicht lange, so empfing das Großherzogtum mehr als eine halbe Million Franken jährlich aus den Kassen des Zollvereins, eine Summe, die über die bescheidene Konsumtion des Ländchens sehr weit hinausging. Gleichwohl dankte niemand den Deutschen für solche Wohltaten. Die Luxemburger wollten nicht vergessen, wie kläglich der Deutsche Bund sie während der Revolutionsjahre preisgegeben hatte, sie haßten die Preußen, die Beschirmer der Bundesfestung, als ihre natürlichen Feinde. Der Großherzog tat auch gar nichts um das Land dem deutschen Leben zu befreunden. Rechtspflege, Verwaltung, Geldwesen blieben belgisch-französisch, sogar die Amtssprache blieb französisch in dem grunddeutschen Lande — lediglich zur Bequemlichkeit der verwelschten Beamten, die sämtlich auf französischen oder belgischen Hochschulen ihre Lehrzeit verlebt hatten und dann daheim alles aufboten um die alten ehrlichen Ortsnamen Klerf und Siebenbrunn in Clervaux und Septfontaines zu verwandeln. Also mästete sich fortan an Deutschlands mächtigem Stamme die ekelhafte Schmarotzerpflanze der Nation luxembourgeoise, ein Blendlingsvolk ohne Vaterland und darum ohne Ehre. —

Mittlerweile eröffnete sich dem Zollvereine ganz unerwartet eine glänzende Aussicht. Der hannoversche Steuerverein, der ihn bisher vom Deutschen Meere absperrte, drohte zu zerfallen. Der Steuerverein hatte anfangs dem großen Zollvereine mancherlei Feindseligkeit erwiesen und namentlich seine preußischen Enklaven sehr gehässig behandelt. Doch seit man sich im Jahre 1837 über ein Zollkartell geeinigt, lebten die beiden Vereine in leidlicher Freundschaft, wenngleich Hannover die Grenzbewachung ziemlich saumselig durchführte; und Preußen beschloß zunächst ruhig abzuwarten, ob nicht das beinahe ringsum von Zollvereinslanden umklammerte Welfenreich freiwillig die Vereinigung beantragen würde. Darauf war freilich kaum zu hoffen. Die mäßigen Finanzzölle des Steuervereins brachten reichlichen Ertrag, wohlfeile englische Fabrikwaren überschwemmten das Land. Daß dieser übermächtige fremde Wettbewerb die hannoversche Industrie ganz darniederhielt, war dem alten Welfenkönige nur willkommen; er liebte die Fabriken nicht, und wie er selbst zum Frühstück sein englisches Mutton-Chop verspeiste, so fand er es auch hoch erfreulich, wenn seine Hannoveraner sich bemühten die Lebensweise künstlicher Engländer zu führen. Sein Volk huldigte derselben Meinung und pflegte den armen Hungerleidern im Zollvereine mitleidig vorzuwerfen, wie viel mehr Bordeauxwein, Zigarren und Kaffee man, dank den niedrigen Zöllen, im Steuervereine verzehre. Diese stolze Behauptung beruhte freilich auf zweifelhaften Schätzungen — denn nachdem Braunschweig späterhin dem Zollvereine

beigetreten war, verminderte sich dort der Verbrauch der Kolonialwaren keineswegs — doch sie wurde allgemein geglaubt, und als die Binnenländer den Anschluß des Steuervereins laut verlangten, da erschien in einer hannoverschen Zeitung ein trutziges Lied, das den ganzen Gedankenreichtum des welfischen Nationalstolzes treu wiedergab:

Wir wollen ihn nicht haben,
Den preußischen Zollverein . .
Wir wollen ferner brauchen
Zum Punsch den echten Rak,
Wir woll'n auch ferner schmauchen
Ein gutes Blatt Tabak!

Zu Anfang 1841 verhandelten die verbündeten Staaten in guter Eintracht über die Verlängerung der Steuervereins-Verträge. Da verlangte Braunschweig zuletzt noch, Hannover solle den mit Preußen gemeinsam begonnenen Bau der neuen Straße von Salzwedel nach Ülzen einstellen, weil dies Unternehmen die alte von Magdeburg über Braunschweig nach Lüneburg führende Straße zu schädigen drohte. Damit muteten die Braunschweiger dem welfischen Königshofe einen offenbaren Treubruch zu, denn jener Straßenbau war auf Hannovers eigenen Wunsch mit Preußen verabredet worden. Gleichwohl nahm der hannoversche Bevollmächtigte den Vorschlag an, seine Regierung genehmigte diesen Schritt ausdrücklich, der Vertrag ward abgeschlossen, und es fehlte nur noch der Austausch der Ratifikationen. Bei näherer Erwägung fand der alte Welfe diese Klausel doch unanständig und verlangte nachträglich noch Änderungen. Er verfuhr also ähnlich wie der König-Großherzog von Luxemburg, nur konnte er für seinen verspäteten Gesinnungswechsel mindestens einen achtungswerten Grund anführen. Darob entbrannte nun der Herzog von Braunschweig in hellem Zorne. Ihm war der hoffärtige Ton, den die Hannoveraner gegen die kleineren Höfe anzuschlagen liebten, längst zuwider; jetzt meinte er durch die Wortbrüchigkeit der Nachbarn „seine Würde, sein Ansehen, sein Recht" gefährdet, und in einem eigenhändigen Briefe kündigte er dem Welfenkönige an, daß er aus dem Steuervereine austrete. Hierauf suchte er Hilfe bei Preußen — weil ihm ein gegen Preußen gerichteter feindseliger Anschlag mißlungen war! Eine so verwegene Schwenkung war neu, selbst in der Geschichte des Zollvereins, die von kleinstaatlicher Dreistigkeit und preußischer Langmut gar viel zu erzählen wußte. In den letzten Märztagen erschien der Finanzdirektor v. Amsberg in Berlin, ein fähiger, in der Volkswirtschaftspolitik wohl bewanderter Staatsmann, der, freier gesinnt als sein Herzog, schon die Zollvereinigung des gesamten Vaterlands ins Auge faßte. Er überbrachte eine Zuschrift des braunschweigischen Staatsministeriums, welche trocken anzeigte, „daß plötzlich eingetretene Hindernisse die Erneuerung unserer Steuervereinigungs-Verträge mit dem Königreich Hannover und dem Großherzogtum Oldenburg un-

tunlich gemacht haben." Daraufhin erbat er sich die Aufnahme seines Herzogtums in den Zollverein.*)

Der preußische Hof fühlte sich nicht berufen den Sittenrichter zu spielen in diesem unerquicklichen Zwiste des Welfenhauses. Er befand sich vielmehr in der tragikomischen Lage, daß er das unwillkommene Anerbieten seines so rasch bekehrten neuen Freundes nicht von der Hand weisen durfte. Das braunschweigische Ländchen allein mit seinen verfitzten Grenzen war durchaus kein Gewinn für den Zollverein. Minister Alvensleben äußerte sich darüber zu dem hannoverschen Gesandten General Berger mit einer freundschaftlichen Offenheit, die der alte Soldat dankbar anerkannte und bemühte sich sogar, die beiden Welfenhöfe miteinander zu versöhnen.**) Vergeblich. Der erboste Braunschweiger erklärte: wenn man ihn nicht in den Zollverein aufnehme, dann bleibe er allein. Also drohte mitten im Zollvereine nochmals ein großes Nest des Schleichhandels zu entstehen, die Krämer in den kleinen Harzstädten sprachen schon frohlockend von der Wiederkehr der alten goldenen Zeit des Schmuggels. Diese Befürchtung zwang die Minister, dem Könige die Aufnahme Braunschweigs zu empfehlen, aber unter der Voraussetzung, daß Hannover, „das wie Braunschweig dem Anschluß an den Zollverein entgegenreife", sich mindestens zu Verhandlungen bereit erkläre.***) Hannover gab diese vorläufige Zusage, alle Staaten des Zollvereins stimmten freudig bei, alle erwarteten, die Kugel komme endlich ins Rollen. In der Tat schien es möglich, daß der Zollverein jetzt mit einem Male bis zu den Mündungen der Elbe, Weser und Ems vordrang und darnach auch die Hansestädte zum Beitritt bewog. Das braunschweigische Land erstreckte sich nämlich in einem schmalen Streifen weit nach Westen, vom Harze bis zur Weser; trat also das gesamte Herzogtum dem Zollvereine bei, dann wurden die Landschaften Göttingen und Grubenhagen, die man in Hannover mit dem erhabenen Namen der südlichen Provinzen schmückte, von der Hauptmasse des Welfen-Königreichs abgeschnitten, und der ohnehin lockere Steuerverein zerstückelt.

Doch was fragte der alte Welfe nach der Volkswirtschaft? König Ernst August verfuhr bei diesen Verhandlungen von Haus aus unredlich; er knüpfte sie nur darum an, weil er hoffte sich noch freien Verkehr mit seinen südlichen Provinzen zu sichern. Seinem Gesandten Kielmansegge in London schrieb er eigenhändig: ich bin gegen den Zollverein und werde selbst im äußersten Falle immer vermeiden Englands Interessen zu schädigen, „was man einem englischen Prinzen nicht übel nehmen kann". Bei seinen wiederholten Besuchen in England versicherte er den Ministern

*) Berichte von Canitz, Hannover 2. April 1841, Wien 4. März 1844. Schreiben des braunschw. Staatsministeriums an das preußische Min. d. A. A., 28. März 1841.

**) Bergers Berichte, 4. 7. 30. April 1841.

***) Werthers Bericht an den König, 8. April, Kabinettsordre an Werther und Alvensleben, 21. April 1841.

beständig — das erfuhr der preußische Gesandte von Lord Aberdeen selbst —: keine Macht der Welt soll mich je zum Eintritt in den preußischen Verein bewegen! Nun gar jetzt sich durch das verhaßte Braunschweig gleichsam zwingen zu lassen — das ging ihm wider die Ehre. Die Briten bestärkten ihn, wie sich von selbst verstand, in solchen Vorsätzen, obgleich Aberdeen dem leichtgläubigen Bunsen treuherzig beteuerte: der Beitritt Hannovers würde die Partei des Freihandels im Zollvereine kräftigen und uns darum willkommen sein.*) Auf seine Hannoveraner konnte der Welfe sich verlassen. In der Presse des Landes polterte widerwärtig der breite niedersächsische Bquernhochmut, der ohne nach dem großen Vaterlande auch nur zu fragen sich wohlgefällig seines gefüllten Magens rühmte und die Hansen suchten diesen Trotz nach Kräften zu nähren.

In Bremen, das allezeit mehr vaterländische Gesinnung zeigte als Hamburg, ward die Verbindung mit dem Zollvereine allerdings schon zuweilen erwogen; doch allein konnte die Weserstadt nichts wagen, sie mußte sonst fürchten ihren gesamten Zwischenhandel an das reichere Hamburg zu verlieren. Dort an der Elbe hatte sich in dem langen hansischen Sonderleben eine Gesinnung herausgebildet, die man ebenso wohl allzu weitherzig wie allzu engherzig nennen konnte, eine rein kaufmännische Auffassung des politischen Lebens, die in dem Staate nur den unbequemen Dränger, den natürlichen Feind des freien Handels sah und überdies mit republikanischem Dünkel auf die angebliche Unfreiheit der preußischen Monarchie herabblickte. Der hansische Handel hatte die Stellung einer Weltmacht behauptet in Zeiten, da das Vaterland tief darniederlag. Kein Wunder, daß man anfing das eigene Verdienst zu überschätzen und die doch leicht begreifliche Blüte dieser Emporien eines gewerbfleißigen, dichtbevölkerten Hinterlandes allein aus der tiefen Weisheit ihrer Handelspolitik herleitete. Man legte sich die Frage kaum noch vor, warum denn London und Liverpool, Neuyork und Marseille unter dem Schutze ihrer nationalen Zollinien gediehen? warum an den Mündungen von Rhein, Maas und Schelde, ebenfalls hinter nationalen Zollschranken, eine ganze Reihe blühender Handelsstädte bestand? Die Natur selbst — das galt in Hamburg als ein Glaubenssatz — hatte Deutschland zu einer ewigen handelspolitischen Selbstverstümmelung bestimmt, sie hatte die Mündungen der Elbe, der Weser, der Trave so ganz absonderlich gestaltet, daß sie immerdar „eine Freiküste" bleiben mußten. Eine Erklärung dieses Naturwunders wußte freilich niemand zu geben.

Der tiefste Grund des hamburgischen Partikularismus lag in der Schwerfälligkeit der Kaufleute, die sich nicht entschließen konnten, eine altgewohnte und meisterhaft betriebene Geschäftsweise rechtzeitig zu ändern. Sie betrachteten noch immer, wie in althansischer Zeit, den Zwischen-

*) Bunsens Berichte, 28. Okt., 10. Dez. 1842, 26. März 1844.

handel als ihre wichtigste Erwerbsquelle, sie hatten ihre Vaterstadt zu einem großen freien Markte für alle skandinavischen Völker erhoben, und wollten nicht sehen, daß ihnen jetzt eine noch reichere Zukunft offen stand, wenn sie mit der neuerdings so mächtig angewachsenen Industrie des Hinterlandes in freien Verkehr traten; ihr nordischer Zwischenhandel konnte ja daneben, in einem wohlgeordneten Freihafen, ungestört fortdauern. Eigensinnig wie vormals die Kaufleute von Leipzig und Frankfurt sträubten sie sich wider ihr eigenes Glück, ganz wie jene rühmten sie die Trennung vom Vaterlande als Handelsfreiheit und verachteten das weiter blickende preußische Beamtentum. Ihre Schriftsteller — nicht bloß die blinden Partikularisten des Hamburger Korrespondenten, sondern auch der gelehrte Patriot Wurm — hatten für die Idee der praktischen deutschen Einheit nur leere Worte. Wenn sie zuweilen sehnsuchtsvoll von der Zolleinigung des Vaterlandes sprachen, dann fügten sie stets den unmöglichen Vorbehalt hinzu: erst müsse Österreich beitreten; und wenn sie Preußens Bemühungen um die Einheit der Münzen und Maße herablassend lobten, dann fiel es ihnen doch gar nicht ein, daß Hamburg mit gutem Beispiele vorangehen, sein lächerliches zweifaches Münzwesen mit der erprobten Talerwährung vertauschen sollte. Es war nicht anders, die große Mehrheit des Volks an der Nordseeküste wollte ihr Sonderleben nicht aufgeben. Klefeker in Hamburg, Berg in Oldenburg, v. d. Horst in Hannover und die wenigen anderen einsichtigen Publizisten, die zum Anschluß mahnten, richteten nichts aus gegen das allgemeine Vorurteil.

König Friedrich Wilhelm hielt in diesen Jahren Hannover und Kurhessen für die beiden nächsten Freunde Preußens im Deutschen Bunde, denn von Bayern her wurde seine Regierung heftig befehdet, und den übrigen Mittelstaaten traute er wenig Widerstandskraft gegen die Liberalen zu. Darum behandelte er seinen welfischen Oheim mit zarter Schonung und setzte sogar bei den widerstrebenden Braunschweigern durch, daß jener Harz- und Weserkreis, der das Welfenkönigreich durchschnitt, vorläufig noch zwei Jahre lang im Steuervereine verblieb, damit der hannoversche Hof Zeit gewönne sich auf den Zollanschluß vorzubereiten. Die Hannoveraner zeigten sich für solche Freundlichkeit wenig dankbar; sie ließen viele Monate verstreichen, bis sie nach wiederholten Mahnungen die zugesagten Verhandlungen endlich begannen, und dann stellten sie alsbald zwei gleich unannehmbare Bedingungen. Sie verlangten, daß der Zollverein seine Zölle auf mehrere der einträglichsten Kolonialwaren beträchtlich herabsetzte und außerdem noch dem Königreiche ein Präzipuum gewährte, einen erhöhten Anteil an den gemeinsamen Einnahmen, zur Entschädigung für die angeblich größere Konsumtion im Welfenlande. Den 2 Millionen Deutschen des Steuervereins zulieb' sollten also die 28 Millionen des Zollvereins sich ihre ergiebigsten Finanzzölle verderben. Die zweite Forderung aber verstieß gegen den Grundgedanken des Zoll-

vereins, die gleiche Verteilung der Einnahmen nach der Kopfzahl. Um dieses Grundsatzes willen hatte die preußische Regierung erst vor drei Jahren den unglücklichen Plan, für sich selber ein mäßiges Präzipuum zu beanspruchen, schleunig wieder aufgegeben. Wie durfte sie jetzt von ihren Zollverbündeten eine noch weit größere Vergünstigung für Hannover verlangen, nachdem Braunschweig soeben, ohne ein Präzipuum zu fordern, eingetreten war?

Den süddeutschen Höfen, die sich so eifrig bemühten ihrer jungen Industrie verstärkten Zollschutz zu schaffen, mußten die hannoverschen Denkschriften wie Stimmen aus der verkehrten Welt klingen. Die Welfenkrone suchte den Nerv der Volkswirtschaft in der üppigen Konsumtion, sie rühmte stolz: der Anschluß des Steuervereins bringt dem Zollverein zwei Millionen so starker Konsumenten und so wenig bedeutender Fabrikanten zu, wie sie bis jetzt im Zollvereine nicht vorhanden sind. Daß diese zwei Millionen durch den Zollverein erst freien Verkehr und die Möglichkeit einer eigenen Industrie erhalten sollten, kam daneben nicht in Betracht. Wohl mochte die Konsumtion von Kolonialwaren mindestens in den eigentlichen Küstenlanden Hannovers etwas höher stehen als in manchen Teilen des Zollvereins; doch über die Geldfrage des Präzipuums ließ sich noch gar nicht verhandeln, solange die volkswirtschaftlichen Ansichten hüben und drüben so weit auseinander gingen. Zudem bewies die Welfenkrone überall ihren bösen Willen durch gehässige Anmaßung. Im Sommer 1843 überbrachte der hannoversche Finanzrat Witte Vorschläge seines Hofes nach Berlin; er stellte dem preußischen Ministerium ohne weiteres die Wahl, anzunehmen oder abzulehnen, er behauptete ungescheut, der Zollverein wolle im Harz- und Weserkreise „ein Schmuggeldepot" gegen Hannover einrichten und drohte mit empfindlichen Repressalien. Eine solche Sprache war in den stürmischen deutschen Zollverhandlungen doch nicht mehr gehört worden seit jenen fernen Tagen, da der Herzog von Köthen einst einen streitbaren Leutnant mit seinem Ultimatum nach Berlin geschickt hatte. Bülow erwiderte kurz, Wittes Zuschrift gestatte ihm keine Antwort, und stellte dem Hannoveraner anheim sofort abzureisen.

Währenddem erhitzte sich auch der braunschweigische Hof mehr und mehr, der alte Haß der beiden Welfenlinien brach wieder durch. Der Landtag stand dem Herzog treu zur Seite; die Mehrzahl der Abgeordneten hatte doch endlich die nationale Bedeutung des Zollvereins begriffen, ihr wackerer Führer K. Steinacker sagte in seiner Streitschrift wider die Hannoveraner hoffnungsvoll: „Vaterland! der Name war lange ein leeres Wort für uns. Jetzt aber wissen wir, daß wir ein Vaterland haben, ein Vaterland, welches im kräftigsten gesundesten Verjüngungsprozesse sich befindet." Wie würdig nahmen sich solche Worte aus neben den wüsten Schimpfreden des Gothaers Zimmermann, der einst schon den hannover-

schen Staatsstreich verteidigt hatte und jetzt wieder unter dem Namen eines Dr. Faber „Politische Dachpredigten" zur Verteidigung Ernst Augusts schrieb. Der verhehlte gar nicht, daß der Welfenhof die Gesinnungen, aus denen einst der Mitteldeutsche Handelsverein entsprungen war, noch keineswegs aufgegeben hatte und den Zollverein selbst bekämpfte; er mahnte die Deutschen, Rücksicht zu nehmen auf das „mächtige Ausland", zumal auf England, und sagte plump: „Ich halte sämtliche Verteidiger einer zweiten Einheit Deutschlands, neben oder außer der im Bunde, entweder für gutmütige Häute oder schlaue Füchse." Diese groben Angriffe nötigten auch den Berliner Hof sich noch offener als bisher über den nationalen Zweck seiner Handelspolitik auszusprechen. Die amtliche Preußische Allgemeine Zeitung erklärte rund heraus: Preußens Aufgabe im Zollvereine wird dann erfüllt sein, wenn der Zollverein das ganze Bundesgebiet umfaßt und also die im Art. 19 der Bundesakte verheißene Handelseinheit vollendet ist. Dabei ward freilich vorsichtig verschwiegen, daß Österreich dem Zollvereine nicht beitreten sollte. An dieser unerläßlichen Bedingung hielt auch König Friedrich Wilhelm für jetzt noch fest. Als sein Gesandter in Wien mit Metternich über den schwebenden Streit gesprochen hatte, erging aus Berlin sofort die gemessene Weisung: ein freundliches Wort Österreichs in Hannover kann nichts schaden; doch irgend eine Vermittlung in Zollvereinssachen werden wir dem kaiserlichen Hofe nie erlauben.*)

Nach fast drei Jahren, zu Anfang 1844 wurden die widerwärtigen Verhandlungen abgebrochen. Braunschweig trat nunmehr mit seinen sämtlichen Kreisen dem Zollvereine bei, und der Steuerverein blieb bestehen, obgleich sein Gebiet zerrissen war. Abermals nach häßlichem Streite erneuerte man dann auch das Zollkartell. Die drei nächstbeteiligten Kabinette suchten ihr Verhalten durch veröffentlichte Staatsschriften zu rechtfertigen, und erbaulich war es nicht, wie die beiden ergrimmten Welfenhöfe ihre schwarze Wäsche vor aller Welt wuschen. Ruhiger redete die preußische Staatsschrift; ihre streng sachliche Darstellung überzeugte ganz Deutschland, nur nicht die unbelehrbaren Hannoveraner und Hansen. Ernst August aber hatte mittlerweile sein altes Vaterland wieder besucht und sogar, nach Ableistung des üblichen Eides, seinen Sitz im Oberhause wieder eingenommen, obgleich Aberdeen selbst ihm vorstellte, dazu hätte sich weder König Leopold noch Prinz Albert je herabgelassen. Sein Verhältnis zu dem englischen Hofe blieb sehr kühl, weil die Königin argwöhnte, ihr feindseliger Oheim würde die Lords gegen sie aufwiegeln. Indes verabredete er mit den Ministern insgeheim einen Schachzug gegen Preußen.**) Am 22. Juli 1844 schloß er mit England einen Schiffahrts-

*) Bülow, Weisung an Canitz, 17. März 1844.

**) Bunsens Bericht, 10. Juni, 10. August 1843.

vertrag, der ihm den Anschluß an den Zollverein auf Jahre hinaus unmöglich machte. Großbritannien gewährte der hannoverschen Flagge einige Begünstigungen, auch für die indirekte Fahrt, und erlangte für seine Schiffe eine Ermäßigung des berüchtigten Stader Elbzolles, den die Hannoveraner soeben wieder, auf den Dresdener Elbschiffahrtskonferenzen von 1842, hartnäckig als einen Seezoll gegen ihre deutschen Landsleute behauptet hatten. Also blieb das deutsche Welfenkönigreich, auch nachdem es sich von der englischen Krone getrennt hatte, noch immer ein Brückenkopf der britischen Handelspolitik auf dem Festlande. —

Den dürftigen Erfolg dieser Verhandlungen mit den Welfenhöfen empfand man in Berlin sehr peinlich; denn Preußens Ansehen im Zollvereine war ohnehin schon erschüttert durch einen wirtschaftlichen Parteikampf, der 1841 durch Lists Buch „das nationale System der politischen Ökonomie" eingeleitet wurde. Die einfache, damals noch viel verkannte Wahrheit, daß die Volkswirtschaftslehre eine historische Erfahrungswissenschaft ist und folglich auch mit den praktischen Erfahrungen der Gegenwart in beständiger Wechselwirkung steht, ließ sich grade in dem Deutschland dieser Tage mit Händen greifen. In allen anderen Wissenschaften hatten wir uns längst unsere eigene Bahn gebrochen; nur die Nationalökonomie verharrte noch in einem seltsamen Anachronismus, sie folgte noch fast blindlings den Lehren des Auslands, weil unser Wohlstand noch so jung, selbst die Einheit des nationalen Marktes noch nicht ganz errungen war, große wirtschaftliche Parteien sich erst zu bilden begannen.

Die sensualistische Philosophie der Schotten war in Deutschland nie zu allgemeinem Ansehen gelangt und schon durch Kant wissenschaftlich überwunden. Gleichwohl herrschte in der deutschen Volkswirtschaftslehre noch die Lehre Adam Smiths, die doch mit dem Sensualismus stand und fiel; sie war seitdem durch Ricardo und Say mit einseitiger Härte weitergebildet worden und durch Bastiats lebendige populäre Schriften auch in weitere Kreise eingedrungen. Sie hatte einst, da es galt die alte feudale Gesellschaftsordnung zu zerstören, als eine zeitgemäße, befreiende Macht gewirkt; jetzt lebte sie auf den deutschen Kathedern nur noch fort als eine gedankenlose Tradition. Ganz nach der unlebendigen Methode des alten Naturrechts, die doch längst kein tüchtiger Jurist mehr gelten ließ, pflegte der Nationalökonom seine Sätze in logischer Folge abzuleiten aus der Abstraktion des billig kaufenden und teuer verkaufenden Einzelmenschen. Aus dem Kampfe der Selbstsucht dieser Einzelwesen, aus dem freien Spiele der sozialen Kräfte sollte dann ganz von selbst die Harmonie aller Interessen, die gerechte und vernünftige Ordnung der Gesellschaft hervorgehen; der tierische Trieb des Eigennutzes vollbrachte mithin

das Wunder, die Menschen über den Zustand der Tierheit zu erheben. Feinere Naturen, die das Undeutsche dieser Lehre empfanden, wollten mindestens der weitblickenden Selbstsucht eine solche Wunderkraft zuschreiben, ohne zu bedenken, daß die Selbstsucht nicht weit blicken kann, von ihren Niederungen aus das Ganze des Volkslebens nicht zu übersehen vermag. Die Theorie beruhte auf einem unhistorischen Optimismus, der zwei Großmächte der Weltgeschichte, die Mächte der Dummheit und der Sünde ganz verkannte und folgerecht zu dem Schlusse gelangen mußte, durch die zunehmende Erkenntnis des eigenen Interesses würde das Verbrechen von selbst aus der Menschheit verschwinden. Wohl lehrten auf den deutschen Universitäten Schmitthenner, Eiselen sowie einige andere wenig hervorragende Anhänger des Schutzzollsystems, und C. H. Rau in Heidelberg, ein besonnener Anhänger der Lehre Smiths, speicherte in seinen gründlichen Lehrbüchern ein reiches statistisches Material auf, um also aus der Fülle der Erfahrung heraus die einzelnen Sätze des Systems zu ergänzen oder einzuschränken. Vorherrschend blieb doch die Meinung, daß die Güterwelt überall und jederzeit unwandelbaren Naturgesetzen unterworfen sei.

In dies Traumleben der theoretischen Abstraktion brach nun Lists Buch wie ein Wetterschlag herein. Mit dem ganzen Pathos seiner vaterländischen Leidenschaft bekämpfte er den Individualismus und, was im Grunde dasselbe sagte, das Weltbürgertum der herrschenden Schule. Er zeigte, daß die Volkswirtschaft jeder Nation ein lebendiges Ganzes bildet, alle ihre Glieder aufeinander angewiesen sind und „die Individuen den größten Teil ihrer produktiven Kräfte von der politischen Organisation der Regierung und der Macht der Nation empfangen". Mit mäßigen historischen Kenntnissen, aber mit einem glücklichen historischen Blicke, der trotzdem meistens das Wesentliche herausfand, schilderte er den wirtschaftlichen Entwicklungsgang der großen Nationen, wie sie sich allesamt in harten Machtkämpfen mit dem Wettbewerb anderer Völker behauptet, ihren heimischen Gewerbfleiß durch Zölle und Monopole geschützt hatten.

Auf dem Grunde dieser historischen Erfahrungen baute er nun sein eigenes Schutzzollsystem auf, das sich von dem alten Merkantilsystem wesentlich unterschied: er suchte den Reichtum der Völker keineswegs in den edlen Metallen, aber er erkannte die von den Freihändlern abgeleugnete Bedeutung der Handelsbilanz wieder an, da sich an dem Werte und der Art der ein- und ausgeführten Waren allerdings die Höhe der wirtschaftlichen Kultur eines Volks annähernd abschätzen läßt; er verlangte Schutzzölle als Mittel der Ermunterung und Erziehung, damit neue produktive Kräfte, immerhin gegen die Aufopferung von Tauschwerten, geweckt würden, die Nationen des Festlands sich von dem Drucke der englischen Handelsübermacht befreiten und schließlich dahin gelangten, „nur von denen zu kaufen, die von uns kaufen." Berauscht von dem Anblick

der jugendlich aufstrebenden nordamerikanischen Welt, sah er in dem Wohlstande, zumal im industriellen Vermögen schlechthin alles und behauptete keck, in gleichem Verhältnis mit dem Reichtum wüchsen überall die Tätigkeit, die Bildung, ja sogar die Sittlichkeit der Nationen. Durch Wohlstand wollte er sein heißgeliebtes Volk zur Freiheit erziehen, ihm die Duckmäuserei, das Philistertum, die Wolkenkuckucksheimer Träume austreiben. „Auf der Ausbildung des deutschen Schutzsystems" — das blieb der Grundgedanke — „ruht die Unabhängigkeit und Zukunft der deutschen Nationalität."

Diesmal täuschte sich sein Seherblick, der sonst selten irrte: Deutschland sollte ohne hohe Schutzzölle sich sein neues Reich erbauen und erst weit später, als seine politische Macht längst gesichert war, bei gänzlich veränderter Lage des Weltmarkts sich dem Schutzsollsysteme zuwenden. Dennoch war seine Schrift ein Markstein in der Geschichte unserer politischen Bildung. Zum dritten Male regte der kühne Mann, wie einst bei der Begründung der Handelseinheit und des Eisenbahnwesens, durch einen weckenden Ruf sein Volk kräftig auf. Er zuerst in Deutschland erschloß die Nationalökonomie, die man bisher fast wie eine Geheimlehre mathematischer Formeln gescheut hatte, durch lebendige, lichtvolle Darstellung dem Verständnis und der Teilnahme aller Gebildeten; er betrachtete sie, grundsätzlich absehend von allen fertigen Doktrinen, allein von dem Standpunkte historischer Erkenntnis und praktischer Geschäftserfahrung; er erwies mit flammender Beredsamkeit und oft stark übertreibend, daß alle großen volkswirtschaftlichen Fragen nationale Machtfragen sind, ihre Lösung über die Selbstbehauptung der Völker entscheidet. Dies letzte Verdienst war das größte; solche Wahrheiten konnten einem Volke, das grade im Handel und Wandel seine fremdbrüderliche Schwachheit zeigte, ausländische Waren würdelos bevorzugte, nicht laut, nicht scharf genug gesagt werden. Darum entsetzten sich auch alle Ausländer, die auf Deutschlands Schwäche rechneten, über Lists Werk. Die englische Presse jammerte scheinheilig: wie sei es nur möglich, daß unter den humanen, gebildeten Deutschen eine so barbarische Gesinnung volkstümlicher Ausschließlichkeit auftauche; und selbst Graf Camillo Cavour nannte, da er die Freihandelslehren noch kurzweg als die rette dottrine bewunderte, das Buch des Schwaben eine krankhafte Ausgeburt des überspannten Nationalstolzes.

Die Fachwissenschaft wurde von Lists Ideen zunächst nur wenig berührt; ihm selbst lag ja auch nichts ferner als der Ehrgeiz des Gelehrten. Es geschieht aber nicht selten, daß die schöpferische Kraft der Geschichte die notwendigen, der Zeit gemäßen Gedanken gleichzeitig aus ganz verschiedenen Quellen hervorspringen läßt. Unabhängig von List, allein durch wissenschaftliches Nachdenken hatte sich mittlerweile der junge Hannoveraner Wilhelm Roscher, der bald in Leipzig heimisch wurde, den Plan ge-

bildet für seine reiche Gelehrtentätigkeit. Er wollte der Nationalökonomie das historische Verständnis erwecken, das die Rechtswissenschaft den Werken Savignys, Eichhorns, Niebuhrs verdankte. In einem kleinen Grundriß für Vorlesungen (1843) zeichnete er zuerst die Umrisse seiner historischen Methode; er faßte die Volkswirtschaft als eine Welt des Werdens auf und suchte überall zu zeigen, daß die Theorie nur relative Wahrheiten finden kann, daß dieselben Institutionen, die das jugendliche Volk erheben, dem gereiften zur Fessel werden. Ein Gelehrter von ausgebreitetem Wissen, ebenso bescheiden, gerecht, friedfertig, wie List trotzig, parteiisch, kampflustig war, stimmte Roscher auch in dem Streite des Tages keineswegs mit dem schwäbischen Agitator überein, da er den freihändlerischen Gedanken weit näher stand. Gemeinsam war den beiden nur der historische Sinn und die Erkenntnis der sittlichen Mächte des wirtschaftlichen Lebens. Während Lists Buch einen leidenschaftlichen Parteikampf entzündete, machte Roschers Grundriß langsam, ganz in der Stille seinen Weg; aus den Anregungen, die hier zuerst gegeben wurden, ging nach und nach eine neue, realistisch-historische Auffassung der Volkswirtschaft hervor, und es entstand im Laufe der Jahre eine deutsche nationalökonomische Schule, die fest auf eigenen Füßen stehend sich dem Auslande bald überlegen zeigte.

List säumte nicht, die Silberbarren seines „Nationalen Systems" in kleine Münzen umzuprägen. Er gründete (1843) das Zollvereinsblatt, und um das Banner dieser streitbaren Zeitschrift scharte sich bald die gesamte Schutzzoll-Partei des Südens, vornehmlich der junge Stand der Fabrikanten und Techniker, der viele auf den neuen Gewerbschulen gut gebildete, tüchtige und rührige Männer in seinen Reihen zählte. In Baden drang die Bewegung tief ins Volk, weil dort die neuen Fabriken meist durch Aktiengesellschaften gegründet waren, viele Bauern und kleine Bürger sich am Aktienkaufe beteiligt hatten. Manche Forderungen der Partei waren sachlich wohl begründet, doch unverkennbar wirkte auch die kleinstädtische Weltanschauung mit. Preußens soziale Freiheit blieb den Süddeutschen noch versagt, und wie sie gewohnt waren für Heirat und Niederlassung stets die Genehmigung der Obrigkeit einzuholen, so erwarteten sie auch in der Handelspolitik alles Heil von oben. In Württemberg zeichnete sich der Eßlinger Fabrikant Deffner durch seinen Eifer aus, in der badischen Kammer der feurige Redner Sander, am Rhein Bergrat Böcking zu Saarbrücken. Das mächtige Bankhaus Haber in Karlsruhe versorgte einen großen Teil der süddeutschen Zeitungen mit schutzzöllnerischen Korrespondenzen, auch Cotta stellte die Allgemeine Zeitung und die Deutsche Vierteljahrsschrift der Schutzzoll-Partei zur Verfügung. Nicht lange, so galt es im Süden für ausgemacht, daß jeder Liberale ein Schutzzöllner, jeder Freihändler ein Reaktionär sein müsse. Wieder einmal zeigte sich, daß List wohl aufregen und beleben, doch nicht Maß

halten, nicht gestalten konnte. Wie er einst gegen das preußische Zollgesetz getobt hatte, das doch seine eigenen Ideale verwirklichte, so schalt er jetzt ungestüm auf die preußische Handelspolitik und untergrub das Vertrauen zu der führenden Macht des Zollvereins, obgleich er die Notwendigkeit der preußischen Hegemonie wohl begriff. In seinem blinden Zorne bemerkte der edle Enthusiast nicht mehr, welche dämonischen Kräfte der Zwietracht und des Bruderhasses er entfesselte. Abel und die ganze Heerschar der bayrischen Ultramontanen stimmten ihm schadenfroh zu, und bald ließ sich auch schon der Ruf hören: statt des unfähigen Preußens müsse Österreich die Führung des Zollvereins übernehmen — eine Forderung, die von List selbst allerdings nie gebilligt wurde.

Mißtrauen zwischen Nord und Süd war unter allen Gefahren, welche den Zollverein bedrohen konnten, die schwerste; denn das vertrauensvolle Einverständnis von Preußen-Hessen und Bayern-Württemberg hatte ihn einst begründet; zerriß dies Band, so ging der erste Anfang praktischer deutscher Einheit verloren. Es war die tragische Schuld in Lists stürmischem Leben, daß dieser begeisterte Patriot, der das ganze Vaterland mit glühender Liebe umfaßte, doch die Kluft zwischen dem Süden und dem Norden gewaltsam erweiterte. Er betrieb die schutzzöllnerische Agitation, die ja ihre guten Gründe hatte, mit einer solchen Erbitterung, daß der im Süden schon halb verblaßte Preußenhaß mächtig wieder aufbrauste. Der Same des Unfriedens, der damals ausgestreut wurde, trug noch nach vielen Jahren arge Früchte; noch bis zum Jahre 1866 ließen sich in der süddeutschen Presse, zumal in den Blättern des Hauses Cotta die Nachklänge dieses rohen Schutzzöllnerhasses vernehmen. Nachdem Preußen nachweislich so große finanzielle Opfer für den Zollverein gebracht hatte, verbreitete man im Süden ein Witzbild, das die Dinge gradezu auf den Kopf stellte: die Kuh des Zollvereins wurde von dem geduldigen süddeutschen Michel festgehalten und von Preußen gemolken. List selbst scheute sich nicht, der preußischen Regierung vorzuwerfen, daß sie den Zollverein zu ihrem Vorteil ausbeute. Er erging sich — und mehr noch sein Anhang — in wüsten, demagogischen Anklagen. Er jammerte, das wehrlose Deutschland würde von der Handelspolitik des Auslands ausgeplündert, und vergaß undankbar, daß der Zollverein die wirtschaftliche Fremdherrschaft im wesentlichen doch schon gebrochen hatte, und jetzt nur noch in Frage stand, ob nicht einzelne Gewerbszweige eines stärkeren Schutzes bedürften.

Diese trockene Geschäftsfrage, wie viel Zoll eine Ware zu ertragen vermöge, wurde mit einer Wut behandelt, als ob nur Landesverräter anderer Meinung sein könnten. Geborene Kämpfer lieben, sich ihre Feinde als Zerrgestalten vor die Augen zu halten. Wie Luther aus dem Cochläus einen Rotzlöffel, aus dem Herzog von Braunschweig einen Hans Worscht machte um dann diese Fratzen nach Herzenslust zu zerzausen, so

bekämpfte List in seinem „Nationalen Systeme" neben der „Rechtspest" der Pandekten ein mythologisches Ungeheuer, das er „die Schule" nannte und jeder erdenklichen Sünde zieh. Neuerdings war sein Popanz die preußische „Bureaukratie, dieser halborientalische Auswuchs, dies schlingpflanzenartige Unkraut" des deutschen Staates; statt der Aktenweisheit des grünen Tisches sollte fortan die lebendige Erfahrung der Gewerbsleute den deutschen Zollbund beherrschen. Gewiß bedurfte die einseitig bureaukratische Leitung des Zollvereins dringend der Ergänzung durch populare Kräfte; so einfach, wie List meinte, lagen die Dinge dennoch nicht. Wer hatte einst den Zollverein gegründet? Das deutsche Beamtentum im Kampfe mit der Torheit der Kaufleute und Fabrikanten. Und wer hinderte jetzt, daß er sich bis zu seinen natürlichen Grenzen ausbreitete? Nicht das Beamtentum, sondern die geschäftskundigen Kaufleute der Hansestädte.

List verschmähte, was doch die nächste Aufgabe jeder fruchtbaren Publizistik ist, sich hineinzudenken in die Lage des von ihm so grausam gescholtenen Staates. Die preußische Regierung sollte einen Verein leiten, der — was Süddeutschland selbst einst dringend verlangt hatte — seinen Tarif nur durch einstimmige Beschlüsse verändern durfte; sie konnte sich mithin keiner der wirtschaftlichen Parteien, die einander bekämpften, willenlos unterwerfen, sondern mußte zwischen ihnen zu vermitteln suchen, damit das Ganze nicht auseinander fiel. Da List sich um die preußischen Zustände leider nie recht bekümmert hatte, so kannte er auch die entscheidenden Männer nicht und wiederholte zuversichtlich, allein die Rücksicht auf England bestimme Preußens Handelspolitik. Der Vorwurf lag nahe; man wußte ja, wie schwärmerisch der neue Hof alles englische Wesen bewunderte. Dennoch entbehrte der Verdacht jedes Grundes; denn die drei eifrigsten Anglomanen in den preußischen Regierungskreisen waren der König selbst, Bülow und Bunsen, und grade diese drei hegten lebhafte Vorliebe für die Gedanken der Schutzzöllner. Kühne hingegen, Beuth und die anderen bureaukratischen Gegner der Zollerhöhung waren stramme Preußen, ganz frei von englischen Neigungen; wenn sie die Pläne Lists bekämpften, so geschah es nur, weil sie tief überzeugt an den Ideen der Hardenbergischen Zeiten festhielten und nicht einsehen konnten, daß ihr durch ein Vierteljahrhundert erprobtes Zollgesetz jetzt doch an vielen Stellen schadhaft wurde.

Wer sollte es nicht menschlich finden, daß die unbändigen Schmähungen der süddeutschen Schutzzöllner auch auf der anderen Seite höchst ungerechten Verdacht hervorriefen? Man konnte in Berlin nicht begreifen, warum der feurige Liberale List jetzt mit den Spießgesellen Metternichs und Abels zusammen ging; die preußischen Gesandten an den süddeutschen Höfen glaubten allesamt, der makellos rechtschaffene Mann lasse sich von Österreich und Bayern bezahlen. Sogar der feine, geistreiche Canitz schrieb: „Verkaufen wird er seine Überzeugung wohl nicht, aber

sie jedem leihen, der gut zahlt. Man gebe ihm Geld und zwar viel, so wird es ihm ziemlich gleichgiltig sein, ob er Eisenbahnen oder Kolonien in Österreich oder Preußen zu verwalten habe.“*) Kühne selbst wahrte seine Amtswürde und antwortete in der Staatszeitung nur auf die sachlichen, nie auf die persönlichen Angriffe des süddeutschen Agitators. Um so heftiger äußerte er sich mündlich über „die Absurdität und Schlechtigkeit“ des Schwaben, über das tolle Treiben der „völlig verrückten Listschen Sünder“. Er begriff nicht, daß Lists Buch ganz neue, fruchtbare Gedanken enthielt, er sah darin nur die Wiederholung alter Irrtümer und fand es „rätselhaft, wie dies so ganz hohle und verbrauchte Merkantilsystem wieder aufleben konnte.“**)

In Norddeutschland stimmte wohl die große Mehrzahl diesem verständnislosen Urteile zu. Hier wurde Lists Lehre fast allein von den Eisenwerksbesitzern Westfalens und einem Teile der schlesischen Fabrikanten willkommen geheißen. Die meisten der altbefestigten Fabriken sahen sich durch die bestehenden Zölle genugsam geschützt; die Handelsplätze vollends und die ackerbauenden Provinzen verlangten nach Freihandel. Während im Süden die schutzzöllnerische Gesinnung für freisinnig galt, herrschte im Nordosten, zumal in Altpreußen, die genau entgegengesetzte Meinung: wer ein fester Liberaler war und die befreiende soziale Gesetzgebung der Stein-Hardenbergischen Tage hochhielt, mußte auch den freien Handel fordern. Selbst der Landadel stimmte in der Wirtschaftspolitik mit seinen alten Gegnern, den Geheimen Räten überein; für seine Bodenfrüchte hatte er ja keinen erdrückenden fremden Wettbewerb zu fürchten, darum wünschte er Erleichterung der Konsumtion, vor allem wohlfeile Maschinen, um die noch tief darniederliegende landwirtschaftliche Technik zu verbessern. Der halbwahre, in vielen Fällen falsche Satz, daß der Konsument allein den ganzen Schutzzoll bezahlen müsse, wurde noch allgemein geglaubt, und niemand fragte, warum denn die englischen Produzenten so gar ängstlich vor jeder Erhöhung der deutschen Garn- und Eisenzölle warnten. Vergeblich rechnete Fritz Harkort, der Volksmann Westfalens, den Grundbesitzern vor: der Pächter einer westfälischen Domäne von 1000 Morgen brauche im Jahre etwa 24 Ztr. Stabeisen und 1 Ztr. Stahl, er zahle mithin für jeden Morgen schlimmsten Falles 1 Sgr. Zoll und könne folglich durch eine mäßige Erhöhung der Eisenzölle nicht schwer getroffen werden. Erst in einer weit späteren Zeit, als der Ackerbau sich selbst durch die Getreideeinfuhr anderer Völker bedroht sah, begannen die Landwirte zu erkennen, daß in der Tat alle Zweige der nationalen Erwerbstätigkeit, trotz der Reibungen daheim, dem Auslande gegenüber eine lebendige Interessengemeinschaft bilden, wie List immer behauptet hatte.

*) Canitz, Bemerkungen zu Bunsens Bericht vom 31. Juli 1846.

**) Nach Kühnes Denkwürdigkeiten.

Nach deutscher Weise wurde die Lehre der freien Konkurrenz bald zu einem geschlossenen Systeme ausgestaltet, und es bildete sich eine Schule radikaler Freihändler, die mit Richard Cobden und den Manchestermännern in Verbindung trat. An ihrer Spitze stand John Prince Smith, ein vornehmer Engländer, der von lange her in Preußen eingebürgert, zu Elbing mit dem handfesten Liberalen van Riesen Freundschaft geschlossen hatte und trotzdem alle rein politischen Fragen mit großer Gleichgiltigkeit betrachtete. Er wollte nichts sein als Freihändler und hielt sich zu den Liberalen nur, weil er durch sie seine wirtschaftlichen Ideale zu erreichen hoffte. Beschränkt und sicher, ein echter Brite, sah er auf der weiten Welt nichts andres als Handel und Wandel; technische Entwürfe und Verbesserungen beschäftigten ihn unablässig; der Staat war ihm nicht mehr als der Produzent der wirtschaftlichen Sicherheit, und als solchen hatte er sein Preußen aufrichtig schätzen gelernt. Die allgemeine Handelsfreiheit mußte — daran blieb ihm kein Zweifel — die Glückseligkeit aller Nationen und zuletzt den dauernden Völkerfrieden begründen; denn waren nur erst überall die Maschinen im Gange, dann konnte ja, wegen der Gefahr einer großen Handelskrisis, kein Staat mehr einen Krieg zu führen wagen. Solche Gedanken verbreitete er — in der persönlichen Polemik immer maßvoll, in seinen Lehrsätzen ganz unfehlbar — durch zahlreiche Flugschriften. Als er sodann nach Berlin übersiedelte, stiftete er einen freihändlerischen Verein, dem sich manche begeisterte junge Männer anschlossen

In dieser Schwärmerei des trockenen Geschäftsverstandes lag ein eigentümlicher Reiz, der grade deutsche Idealisten leicht bestricken konnte. Die Lehre von der ungehemmten Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte berührte sich, freilich nur scheinbar, mit dem ästhetischen Idealismus Wilhelm Humboldts, der einst in seiner Jugendschrift das Recht der freien Persönlichkeit so warm gegen die zwingende Staatsgewalt verteidigt hatte; und wie verführerisch klang doch für edle Naturen der erhabene Satz, daß der gerechte Staat sich niemals durch die Klasseninteressen selbstsüchtiger Fabrikanten beirren lassen dürfe. Nur zu bald sollte sich zeigen, wie stark die Klasseninteressen der Kaufmannschaft und der Börse bei den Lehren der Freihändler selbst mitwirkten. Das abstrakte, vaterlandslose Weltbürgertum ward in dem Vereine immer mächtiger; das radikale Gerede der Berliner Nichts-als-Freihändler bestätigte nachträglich alles, was List einst stark übertreibend „der Schule" Adam Smiths vorgeworfen hatte.

Der feste, sichere Wille, der allein so scharfe Parteigegensätze niederhalten konnte, fehlte in Berlin leider gänzlich. Der König empfand dunkel, daß die Hilferufe der Schutzzöllner aus dem Süden doch nicht ganz unberechtigt waren. Er hatte von jeher, zum Erstaunen seiner romantischen Freunde, viel Verständnis für volkswirtschaftliche Fragen gezeigt und, da

er dem Beamtentum stets mißtraute, schon als Kronprinz oft beklagt, „daß die Masse der Erfahrung, die in dem Handel und Gewerbe treibenden Publikum vorhanden ist, in den obersten Behörden gar keine Vertretung fand".*) Darum gründete er, nach den Plänen seines Vaters, am 16. Januar 1842 das Landes-Ökonomiekollegium, eine beratende technische Behörde, die mit den landwirtschaftlichen Vereinen in Verbindung trat, in allen Provinzen namhafte Grundbesitzer als außerordentliche Mitglieder anstellte und also wohlunterrichtet über die Lage des Landbaues ihre Gutachten abgab. Von ganzem Herzen erfreute er sich an der ersten, durch Beuth veranstalteten großen Gewerbeausstellung, die im Berliner Zeughause 1844 eröffnet wurde; zum Andenken ließ er eine schöne Schaumünze prägen mit dem Bilde der Germania und der Inschrift: Seid einig! Die wiederholten Bitten der Provinziallandtage um Wiedereinsetzung eines Handelsministeriums hatten ihm längst gezeigt, daß er die Gewerbs- und Handelssachen nicht mehr allein dem Finanzminister und der oft rein fiskalischen Gesinnung seiner Räte überlassen durfte.

Als ihm nun der aus London heimgekehrte Minister Bülow vorschlug, ein Handelsamt nach dem Vorbilde des englischen Board of Trade zu gründen, da ging der König freudig auf den Gedanken ein. Den rechten Mann für die Leitung des neuen Amts glaubte er schon gefunden zu haben in dem Ministerresidenten zu Washington, dem Holsten Friedrich Ludwig von Rönne, der schon seit längerer Zeit auf Urlaub in Berlin weilte und hier, von Savigny, Bunsen und dem allezeit still tätigen Senfft v. Pilsach warm empfohlen, dem Monarchen bald näher trat. Rönne hatte in seinen diplomatischen Berichten die volkswirtschaftlichen Verhältnisse immer ausführlich besprochen und sich auch viele deutsche Fabrikanten durch wertvolle Geschäfts-Mitteilungen zu Dank verpflichtet; die Amerikaner behielten die stattliche Erscheinung des liebenswürdigen preußischen Residenten noch lange in gutem Andenken. Er schwärmte für den neuen König, aber auch für das freie Polen und für die Vereinigten Staaten, deren Bundesverfassung er in Deutschland nachzubilden wünschte; und zu verwundern war es nicht, daß der leicht erregbare Enthusiast sich späterhin in die Irrwege einer unfruchtbaren liberalen Opposition verlor. Den Schutzzoll-Theorien Lists stimmte er begeistert zu, und mit dem wahlverwandten Bunsen verhandelte er gern über deutsche Kolonien und gesamtdeutsche Schiffahrt — hochsinnige Pläne, denen nur leider für jetzt jeder Boden fehlte. Geistreich und vielseitig unterrichtet durfte er sich mit Kühnes reicher Erfahrung und Geschäftskenntnis doch nicht von fern vergleichen.

Da dem Könige das Einfache stets am fernsten lag, so konnte er sich nicht entschließen, nach den Wünschen der Provinziallandtage, das untergegangene Handelsministerium wieder ins Leben zu rufen; er fürchtete,

*) So erzählt er selbst in einer Notiz für das Staatsministerium, März 1846.

seltsam genug, dies würde „eine Erschwerung in den Gang der Staatsverwaltung bringen".*) Angeregt durch eine Denkschrift Rönnes entschied er sich für eine unglückliche Halbheit. Er wollte ein Handelsamt unter Rönnes Vorsitz bilden, das gleich dem Landes-Ökonomiekollegium nur technische Gutachten erstatten, sachverständige Kaufleute und Gewerbtreibende zur Beratung zuziehen, auch mit den Handelskammern sich verständigen sollte. Über die also begutachteten handelspolitischen Fragen entschied dann der Handelsrat, der aus fünf Ministern und dem Präsidenten des Handelsamtes bestand und von Zeit zu Zeit unter dem Vorsitze des Monarchen selbst zusammentrat. Das hohe Beamtentum erkannte sogleich, daß damit eine Annäherung an das Schutzzollsystem bezweckt wurde; auch fürchtete man, das Handelsamt könnte, wie vormals die Generalkontrolle, den Ministerien über den Kopf wachsen.**) Bodelschwingh sah sogar in den wirtschaftlichen Notabeln den gefährlichen Keim einer „konstitutionellen Repräsentation". Alle Minister widersprachen dem Plane lebhaft; nur Bülow trat für Rönne ein.***) Dem ungeachtet wurden am 7. Juni 1844 Handelsrat und Handelsamt gesetzlich eingeführt. Die Schutzzollpartei begrüßte das neue Amt mit frohen Hoffnungen†); doch bald mußte sie erfahren, welch einen Mißgriff der König in bester Meinung getan hatte. Da jetzt ein ernster sachlicher Gegensatz vorlag und das begutachtende Handelsamt zudem keine gesicherte Stellung neben den entscheidenden Behörden einnahm, so brach die alte Krankheit des preußischen Beamtentums, der Krieg der Departements wieder heftig aus; die Feindschaft zwischen dem Finanzministerium und dem Handelsamte wurde landkundig, Rönne scheute sich nicht sogar die Zeitungen gegen Kühne aufzuwiegeln, und man spottete laut, Preußens Handelspolitik sei zweiköpfig. —

Weil der erste Handelsvertrag des Zollvereins mit dem Auslande, der niederländische, entschieden mißlungen und nach kurzer Zeit wieder aufgekündigt worden war††), so betrachteten die Süddeutschen fortan alle handelspolitischen Verhandlungen Preußens mit begreiflichem Mißtrauen. Ihr Argwohn stieg aufs höchste, als Preußen am 2. März 1841 einen Schiffahrtsvertrag mit England abgeschlossen hatte — mit diesem England, das in unserem Süden, wahrlich mit Recht, als der Todfeind der deutschen Handelseinheit verwünscht wurde. Da hieß es überall: das sei der erste Versuch, Deutschland ganz den Briten zu unterwerfen und unsere Schutzzölle aufzuheben. Die Allgemeine Zeitung und fast alle Blätter des

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 27. Aug. 1843.

**) Nach Kühnes Denkwürdigkeiten.

***) Thiles erster Plan, Aug. 1843. Thiles Bericht an den König, 19. Nov. 1843. Bülows Berichte an den König, 17. Mai 1844.

†) Rönne an König Friedrich Wilhelm, 16. Febr 1850.

††) S. o. IV. 573.

Südens tobten; List meinte zornig, jeder durch Preußen abgeschlossene Handelsvertrag sei ein öffentliches Unglück für den Zollverein. In Wahrheit war dieser vielgeschmähte Vertrag sehr unschuldig, ja sogar vorteilhaft für Deutschland. England versprach, den Zollvereinsschiffen die Vergünstigungen, welche ihnen bisher nur für die direkte Fahrt zustanden, künftighin auch für die indirekte Fahrt aus den sogenannten Vorhäfen des Zollvereins, aus den Nordseehäfen zwischen Elbe und Rhein, zu gewähren. Die preußische Regierung hatte mithin einen kleinen Schritt vorwärts getan auf der Bahn der nationalen Handelseinheit; sie hatte erreicht, daß England anfing, das gesamte Deutschland in Sachen der Schiffahrt als ein handelspolitisches Ganzes zu behandeln. Dafür gab sie nur das selbstverständliche Versprechen, daß sie auch ihrerseits für die Dauer des Vertrags nichts ändern würde an ihrer Schiffahrtsgesetzgebung, die allerdings weit liberaler war als die englische Navigationsakte und zwischen direkter und indirekter Fahrt keinen Unterschied kannte. Der wüste, ziellose Lärm bewies lediglich, wie viel schroffe Parteigegensätze der Zollverein in sich barg. König Friedrich Wilhelm schwankte einen Augenblick, dann fragte er Kühne um Rat und ließ sich überzeugen.*) Darauf rechtfertigte der streitbare General-Steuerdirektor den englischen Vertrag in der Staatszeitung durch einen lichtvollen Aufsatz, der die Gegner zum Schweigen brachte. —

Weit wichtiger wurden die langwierigen Zollverhandlungen mit Belgien. Hier galt es, nötigenfalls selbst durch wirtschaftliche Opfer, eine ernste politische Gefahr abzuwenden. Schon vor längerer Zeit hatte König Leopold in Berlin leise anfragen lassen, ob Belgien nicht in den Zollverein eintreten könne, und darauf die Antwort erhalten, der Zollverein solle ein ausschließlich deutscher Handelsbund bleiben.**) Es stellte sich bald heraus, daß jene Anfrage eine diplomatische Falle war; denn wäre die preußische Regierung auf das keineswegs ernstlich gemeinte Anerbieten irgendwie eingegangen, so hätte sie das Recht verloren, künftighin gegen einen französisch-belgischen Zollverein Einspruch zu erheben. Und dies für Deutschland bedrohliche Unternehmen wurde im Sommer 1841 wirklich in Angriff genommen; man erfuhr in London, daß der Brüsseler Hof in Paris die Bildung eines Zollvereins, nach dem Vorbilde des deutschen, vorgeschlagen hatte.***) Der Antrag ging, wie der König von Württemberg bald aus sicherster Quelle vernahm†), von Leopold persönlich aus, und Guizot konnte ihn nicht von der Hand weisen, da die Einverleibung Belgiens noch immer der Traum jedes Franzosen war und alle Nachbarmächte die Erfolge der preußischen Zollvereinspolitik mit Eifersucht betrachteten; ein Glück nur,

*) Nach Kühnes Denkwürdigkeiten.

**) Dieses Vorfalls gedenkt Bunsen in seinem Berichte vom 28. Febr. 1843.

***) Schleinitz' Bericht, London 27. Juli 1841.

†) Rochows Bericht, Stuttgart 19. Jan. 1843.

daß viele französische Fabrikanten den Wettbewerb Belgiens fürchteten und durch ihren Einspruch die Verhandlungen erschwerten.

Wollte der Brüsseler Hof die ihm von allen Mächten verbürgte Neutralität gewissenhaft einhalten, so durfte er mit keiner Großmacht einen Zollverein schließen, am allerwenigsten mit Frankreich; denn was die Anwesenheit französischer Zollbeamten im Auslande bedeutete, das hatte Europa im Zeitalter der Kontinentalsperre zur Genüge erfahren. Sicherlich konnte der kluge Coburger diese handgreifliche Wahrheit nicht verkennen. Wenn er den unmöglichen Gedanken eines belgisch-französischen Zollvereins aufwarf, so hegte er offenbar nur die Absicht, nach langem Schaukeln schließlich von beiden Nachbarn günstige Handelsverträge zu erlangen; war doch das belgische Zwischenland mit seinem umfänglichsten Verkehre auf Frankreich, mit seinen wertvollsten Erzeugnissen auf Deutschland angewiesen. Das abgefeimte kaufmännische Spiel währte drei volle Jahre hindurch, so daß Bunsen fast die Hälfte seiner Berichte diesen Nachrichten widmen mußte. Zuweilen verstieg sich der Coburger bis zu Drohungen; einmal sagte er gar: ich scheue nicht den Krieg mit den Ostmächten, die mich gar zu schlecht behandelt haben, dann würde ich mich ganz in Frankreichs Arme werfen.*)

Die preußische Regierung, als die zunächst beteiligte Macht, bot wider diese Zettelungen alles auf; sie verlangte, da der König sich in schwieriger Lage immer gern an das gesamte Europa wendete, daß die Bürgen der belgischen Neutralität auf einer Konferenz gemeinsam erklären sollten, ein neutraler Staat dürfe keinen Zollverein mit dem Auslande schließen. Sie erfuhr jedoch wieder einmal, wie wenig eine europäische Gesamtbürgschaft bedeutet. Jede der Mächte suchte sich hinter den anderen zu verstecken; jede fürchtete durch eine förmliche Erklärung dem Ministerium Guizot Verlegenheiten zu bereiten und also den so mühsam gesicherten europäischen Frieden wieder zu gefährden. Den Grundsätzen Preußens stimmten sie wohl zu; doch von einer Konferenz wollten sie alle nichts wissen, und selbst Nesselrode sprach nur lau.**) Metternich sendete einmal eine scharfe Depesche an den Botschafter in Paris und rühmte sich mit gewohntem Selbstgefühl gegen den preußischen Gesandten: „ich habe diesen Plan getötet;“***) nachher tat er nichts mehr, obwohl der Plan noch lange am Leben blieb. Aberdeen floß von freundschaftlichen Versicherungen über, er beteuerte, daß er den König der Belgier mehrmals schriftlich und mündlich gewarnt hätte; im Notfalle wollte er sogar die Hand bieten zu einer gemeinsamen Erklärung der vier Mächte am Tuilerienhofe; für jetzt schien ihm aber ein solcher Schritt nicht recht zeit-

*) Bunsens Bericht, 11. Nov. 1842.

**) Liebermanns Berichte, 27. Dez. 1842, 11. Jan. 1843 ff.

***) Canitz' Bericht, 8. Dez. 1842.

gemäß (less obvious).*) Überdies war der Lord mit Guizot persönlich befreundet; ein minder befangener Beobachter als Bunsen hätte auch leicht einsehen müssen, daß weder England noch Österreich ernstlich beabsichtigen konnte die Politik des deutschen Zollvereins zu unterstützen. Das Erstarken der Mitte Europas schien allen Mächten gleich bedrohlich.

Der preußische Staat sah sich mithin auf seine eigene Kraft angewiesen, und er besaß, wie die Dinge lagen, nur eine Waffe um den belgisch-französischen Zollverein zu verhindern: er mußte den Belgiern einen Handelsvertrag anbieten, der ihnen die Annahme des französischen Zollsystems unmöglich machte. Zu diesem Zwecke wurden in Brüssel langwierige Unterhandlungen eingeleitet. Ihr Verlauf bewies, daß König Leopold und sein gewandter Minister Rothomb das Schreckbild des französischen Zollvereins wesentlich als ein Mittel benutzten, um auf Deutschland zu drücken. Als die Verhandlung begann, versicherte Leopold seinem Neffen zu Windsor inbrünstig, der französische Plan sei jetzt gänzlich aufgegeben; als sie nachher ins Stocken kam und Preußen sich sogar genötigt sah, die Zollbelästigungen des kleinen Nachbarlandes durch kräftige Retorsionen zu beantworten, da tauchte der französische Zollvereinsgedanke plötzlich wieder auf.**) Dem Coburgischen Voltenschläger konnte niemand so leicht in die Karten sehen, und da er auch auf Frankreichs Hilfe sicher rechnen durfte, so befand sich Preußen in einer schwierigen diplomatischen Lage.

Gesandter in Brüssel war Frhr. Heinrich v. Arnim, einer von den romantischen Jugendfreunden des Königs. Er hatte einst die Salons der Wilhelmstraße durch Geist und Witz, durch beredte Verteidigung der Hallerschen Staatslehre entzückt, neuerdings aber, belehrt durch die Erfahrung, sich liberaleren Anschauungen zugewendet. Von Deutschlands künftiger Macht und Herrlichkeit dachte er immer groß. Ebenso ehrgeizig als talentvoll verstand er in der vornehmen Welt scharf zu beobachten, auch mit Gelehrten gut auszukommen; begabte junge Männer fühlten sich von seiner anregenden Liebenswürdigkeit unwiderstehlich angezogen. Leider lag in seiner Natur ein phantastischer, halb närrischer Zug, der sich gemeinhin nur in sonderbaren naturphilosophischen Liebhabereien und in einem strengen Pietismus bekundete, zuweilen aber auch politisch gefährlich wurde. Arnim liebte die Häfen und die Fabriken zu bereisen und sagte stolz: „Nationalökonomie ist meine Spezialität,“***) obwohl seine volkswirtschaftliche Sachkenntnis nicht weit über das Wissen eines vornehmen Dilettanten hinausging; er stand den Ideen Rönnes nahe und verkehrte auch mit List, der einmal selbst nach Brüssel hinüberkam um bei den Verhandlungen mitzuwirken. Dem Minister Rothomb erklärte Arnim offen, aus politischen Gründen

*) Bunsens Berichte, 12. Juli, 6. Dez. 1842. Aberdeen an Bunsen, 24. Mai 1843.

**) Berichte aus London, von Bunsen 17. Juli 1843, von Thile d. J. 19. April 1844.

***) Arnim an Canitz, 9. Juni 1847.

müsse Preußen die Verständigung durchsetzen, und nach langen Mühen schloß er am 1. Sept. 1844 eigenmächtig den Handelsvertrag ab. Belgien erlangte die Herabsetzung der deutschen Eisenzölle, also eine wichtige Begünstigung grade für seine wallonischen, den deutschen Nachbarn bisher feindlichen Provinzen; der Zollverein aber erhielt die beruhigende Gewißheit, daß der kleine Nachbarstaat für die Dauer des Vertrags keinem Zollvereine beitreten konnte, außerdem wurde die schon früher zugestandene freie Durchfuhr für die Bahnlinie Aachen-Antwerpen abermals anerkannt. Einen wirtschaftlichen Vorteil errang Deutschland mithin durchaus nicht; die Begünstigung des belgischen Eisens widersprach nicht nur den Grundsätzen des Zollvereins, der sonst keine Differentialzölle gewährte, sie schädigte auch den deutschen Bergbau, der dem Wettbewerbe der älteren und reicheren belgischen Eisenwerke noch nicht gewachsen war. König Leopold hatte abermals seine kaufmännische Gewandtheit bewährt, und als er dann (1845) auch mit Frankreich einen günstigen Handelsvertrag schloß, da durfte er sich wohl rühmen, daß seine Schaukelpolitik reiche Zinsen trug.

Die großen Erwartungen, welche Arnim von dem freien Antwerpener Durchfuhrhandel hegte, erfüllten sich nicht. Er hoffte, der Verkehr auf der Schelde würde sich wieder so reich gestalten, wie einst in den fernen Tagen, da die Hansen sich ihr mächtiges Deutsches Haus am Hafen erbaut hatten; Antwerpen sollte das Emporium des deutschen Westens werden, den Rheinhandel von Holland ablenken und also schließlich auch die Hansestädte zwingen, dem Zollvereine beizutreten. Er entwickelte diese Gedanken in einer geistreichen Denkschrift, welche unter dem Titel „Ein handelspolitisches Testament" in zwölf Exemplaren gedruckt und, obwohl die Zeitungen sie gar nicht kannten, von allen Blättern der Schutzzoll-Partei höchlich gerühmt wurde. Arnims letzte Hoffnung war ein deutsches Differentialzoll-System, das doch ohne eine zwingende Reichsgewalt und ohne die Mitwirkung der Hansestädte rein unmöglich blieb; und wieder, solange Deutschland den holländischen Handel nicht durch harte Unterscheidungszölle, zum Schaden unserer Rheinlande selbst, belästigte, konnte sich auch der große Verkehr nicht vom Rheine nach der Schelde hinüberziehen. Genug, der belgische Vertrag brachte dem Zollvereine unmittelbar keinen Gewinn; gleichwohl empfing der Gesandte für sein eigenmächtiges Verfahren das warme Lob seines Hofes. Mit gutem Grunde; die politische Notwendigkeit entschuldigte viel, die Vereinigung Belgiens mit dem französischen Zollsysteme mußte durchaus verhindert werden. Dies leuchtete auch den zollverbündeten Höfen ein; sie waren schon im voraus von der preußischen Regierung darauf hingewiesen worden, daß der Handelsvertrag nur durch Begünstigung des belgischen Eisens zu erlangen sei, und billigten nachträglich alles. König Ludwig vornehmlich freute sich, seinen geliebten Zollverein aus einer schweren Gefahr errettet zu sehen. Zum Glück zeigten sich selbst die süddeutschen Schutzzöllner

versöhnlich; sie lobten den Vertrag, der doch ihren Grundsätzen zuwiderlief — weil List dabei mitgeholfen hatte. —

Wenn Preußens Handelspolitik schon diesem kleinen westlichen Nachbarn gegenüber sich nicht frei bewegen konnte, so war sie vollends im Osten schwer bedrängt. Seit dem Jahre 1836, seit der alte König sich geweigert hatte mit der vertragsbrüchigen Nachbarmacht einen neuen Handelsvertrag abzuschließen, verfuhren Preußen und Rußland an ihrer Grenze beide ganz nach Willkür; es bildete sich dort, wie König Friedrich Wilhelm selbst sagte, „ein unter benachbarten und befreundeten Völkern ganz ungewöhnlicher Zustand.“*) In seinen ersten Regierungsjahren hatte Zar Nikolaus die nationalen Gedanken der Moskowiter fast ebenso mißtrauisch betrachtet wie die liberalen Ideen, weil die Führer der gegen seinen Thron verschworenen Dekabristen ja allesamt altrussischen Adelsgeschlechtern angehörten; nach der Zerschmetterung des polnischen Aufruhrs näherte er sich jedoch mehr und mehr den Bestrebungen der moskowitischen Partei, die ohnehin seinem rohen Bildungshasse zusagten. Er wollte sein heiliges Rußland absperren von den Ideen wie von den Waren des verderbten Westens; seinem preußischen Vertrauten Rauch gestand er offen: ich muß die Grenze geschlossen halten, damit die polnischen Flüchtlinge nicht ihr revolutionäres Gift ins Land bringen.**) Das unterjochte Polen wurde im wesentlichen als eine russische Provinz behandelt, und schon begannen auch die ersten Angriffe auf die alten Landesprivilegien der treuen baltischen Provinzen. Hier in dieser halborientalischen Welt, wo die Religion die Menschen noch fester als der Staat aneinander bindet, war es ein furchtbarer Schlag für das lutherische Deutschtum der Ostseelande, daß jetzt Tausende von esthischen und lettischen Bauern durch gleißende Versprechungen zur orthodoxen Kirche hinübergelockt, binnen wenigen Jahren zwanzig griechische Gotteshäuser auf den Krondomänen erbaut wurden. Die neuen, durch Cancrins Prohibitivsystem künstlich geförderten Fabriken siedelten sich meist um Moskau an, der Schwerpunkt des Reiches verschob sich nach dem Süden hin; eine neue Zeit kündigte sich an, die das Kulturwerk Peters des Großen zu zerstören drohte. Einheit der Sprache, des Rechtes, des Glaubens überall unter dem Scepter des weißen Zaren — so lautete jetzt die Losung, und sie entsprach unzweifelhaft der Gesinnung der herrschenden Klassen.

In dem Jahrhundert der nationalen Ideen und Grundsätze mußte das grausame Gesetz des historischen Undanks, das fast alle Kulturvölker an sich erprobt haben, sehr wirksam hervortreten, zumeist zu Deutschlands Schaden. Wie die Deutschen einst selber, kaum herangereift, ihre Lehrer und Kulturbringer, die Römer aus dem Lande vertrieben hatten, so waren

*) Kabinettsordre an Bülow, 7. Juni 1842.

**) Rauchs Bericht an den König, 8. Dez. 1842.

ihnen im sechzehnten Jahrhundert ihre eigenen Schüler, die skandinavischen Völker trotzig entgegentreten um sich selbst für mündig zu erklären und ein unabhängiges nationales Leben zu beginnen. Jetzt kam die Zeit, da auch die gesamte subgermanische Welt des Ostens, die ihre Gesittung fast ausschließlich den Deutschen verdankte, ihren germanischen Lehrmeistern zu entwachsen versuchte. Der erstarkende Nationalstolz der Magyaren und der Tschechen, der Russen und der Südslawen bekundete sich — das war der notwendige Lauf der Welt — in einem wütenden Deutschenhasse. In Rußland nahmen auch schon die panslawistischen Ideen überhand, phantastische Träume von einer Vereinigung aller slawischen Völker, die sich sämtlich dem weißen Zaren unterordnen sollten. Darum begeisterte sich der russische Adel jetzt für ein Bündnis mit Frankreich, und dieser Gedanke, der schon unter Alexander I. mehrmals aufgetaucht war, fand nunmehr auch in Frankreich manche schwärmerische Anhänger. Man entsann sich wieder der Zeiten, da einst Pozzo di Borgo als russischer Gesandter und französischer Patriot dem Tuilerienhofe seine Ratschläge erteilt hatte. Lamartine, der in seinen überschwenglichen Reden doch zuweilen ein Herzensgeheimnis seines Volkes prophetisch herausfühlte, nannte das französisch-russische Bündnis „den Schrei der Natur", eine geographische Notwendigkeit.

Die Nationen gleichen in ihrem Gemütsleben den einzelnen Menschen weit mehr, als die demokratische Volksschmeichelei zugeben will; die einen wie die anderen lassen sich oft auf lange hinaus durch fixe Ideen, durch unklare Wahnvorstellungen bezaubern. Rußland und Frankreich waren durch keinerlei Gemeinschaft der Interessen aufeinander angewiesen; nur ein einziges Mal, im Siebenjährigen Kriege, hatten sie gemeinsam gegen Deutschland gefochten, und wahrhaftig nicht zu ihrem Ruhme. Was gleichwohl den Gedanken eines französisch-russischen Bündnisses jetzt wieder belebte, war allein der Haß gegen das erstarkende Mitteleuropa; und da diese Empfindung im Westen wie im Osten die Gemüter wirklich beherrschte, so konnte vielleicht dereinst noch eine Zeit kommen, wo der krankhafte politische Plan sich verwirklichte. Bis zu diesem Äußersten freilich wollte Nikolaus den Moskowitern nicht folgen. An dem Bunde der Ostmächte hielt er noch immer ebenso fest wie seine vertrauten Ratgeber Nesselrode und Orlow; den Haß gegen das Julikönigtum und die alte Vorliebe für das preußische Heer gab er auch niemals auf. Deshalb verhöhnten ihn die Panslawisten als einen deutschen Gottorper und benamsten ihn Karl Iwanowitsch — was ihnen nebenbei den Vorteil bot, auf ihren Zaren ebenso ungestraft zu schimpfen wie die radikale Jugend Preußens über ihren „Lehmann" zu spotten pflegte. In der inneren Politik aber waltete unumschränkt das Moskowitertum mit seinem barbarischen Fremdenhasse.

Mit den Jahren wurde die Unordnung an der Grenze doch den Russen selbst lästig. Cancrin zeigte sich, als er zur Zeit des Thronwechsels durch

Berlin kam, und nachher auch gegen den preußischen Gesandten sehr verbindlich, er wünschte einen neuen Handelsvertrag abzuschließen. Die Gelegenheit zu einem solchen Abkommen bot sich bald, da der Kartellvertrag über die Auslieferung der Flüchtlinge im Jahre 1842 ablief. Dies Kartell war für Rußland unschätzbar, weil die leibeigenen Soldaten sehr oft nach Preußen zu desertieren versuchten. Preußen dagegen empfand es nur als eine Belästigung; denn preußische Flüchtlinge gab es kaum, und die russischen wurden, sobald sie der Wachsamkeit der Grenzbehörden entgingen, als kräftige Feldarbeiter von den Grundbesitzern in Posen und Ostpreußen nicht ungern aufgenommen. Wenn der Berliner Hof gleichwohl die Erneuerung des Kartells nicht von der Hand wies, so durfte er sich für einen solchen Beweis freundnachbarlicher Gefälligkeit wohl die Erleichterung des Grenzverkehrs, die in den Ostprovinzen überall stürmisch gefordert wurde, und einige Zollermäßigungen ausbedingen. Deshalb wurden im Frühjahr 1842 Unterhandlungen eingeleitet und das Kartell noch vorläufig auf ein halbes Jahr verlängert.*)

Als der König darauf im Juni selbst nach Petersburg kam**), da bereitete der Zar dem Gaste seines Hauses eine orientalische Überraschung, derengleichen im Abendlande kaum möglich war. Er erklärte, aus reiner Freundschaft für den König wolle er sofort den Grenzverkehr, wie Preußen wünschte, etwas erleichtern, auch mehrere neue Grenzämter einrichten und die Zölle auf einige preußische Waren, Seide, Baumwolle, Eisen erniedrigen. Diese Gewährungen sollten sogleich durch einen Ukas eingeführt werden. Gegenleistungen verlangte er nicht; vielmehr überließ er die Erneuerungen des Kartells und die Herabsetzung der Durchfuhrzölle für russisches Getreide vertrauensvoll „der Billigkeit und den freundschaftlichen Gefühlen des Königs". Die plumpe List konnte bei Friedrich Wilhelms arglosser Hochherzigkeit vielleicht gelingen; doch zum Glück begleiteten ihn zwei nüchterne, geschäftskundige Unterhändler, die Kabinettsräte Uhden und Müller. Beide warnten dringend, und in Berlin erriet man sofort, wo der Zar hinaus wollte. Er rechnete — so schrieb General Thile — „daß es ihm durch die Form einer zuvorkommenden Generosität am sichersten gelingen würde, jede weitere Verhandlung zu umgehen und die Bedingungen der Vereinigung einseitig zu normieren." ***)

Die preußische Regierung behandelte mithin die Gewährungen des Zaren, wie es sich zwischen zivilisierten Staaten ganz von selbst versteht, nur als Vorschläge und verlangte noch einige andere Zugeständnisse.†) Darüber geriet Nikolaus in Wut; es wurmte ihn gar zu tief, daß man ihn durchschaut hatte, grimmig schalt er auf den schnöden Undank der

*) Boyen, Bülow, Rochow und Werther, Bericht an den König, 8. März 1842.

**) S. o. V. 170.

***) Thiles Bericht an den König, 22. Sept. 1842.

†) Bülow, Weisung an Rauch, 20. Aug. 1842.

Preußen. Nach wenigen Wochen lernte der Berliner Hof den Wert der russischen Großmut noch näher kennen; denn als der versprochene Ukas erschien, da ergab sich, daß die Zollerleichterungen ausdrücklich nur für preußische Waren, nicht für Waren des Zollvereins gelten sollten und folglich von Preußen nicht angenommen werden konnten. Allerdings hatte der Zollverein bisher alle russischen Zollverhandlungen allein durch Preußen als den einzigen Grenzstaat führen lassen. Da er aber den inneren Verkehr ganz frei ließ, so mußten alle der preußischen Ausfuhr gewährten Vorteile notwendig dem gesamten Zollvereine zu gute kommen, wie ja auch der russischen Einfuhr nach Überschreitung der preußischen Grenze sofort das ganze deutsche Zollgebiet offen stand; die Behörden waren ohnehin nicht mehr in der Lage, mit Sicherheit preußische Ursprungsscheine auszufertigen. Unmöglich konnte sich ein Staatsmann von Cancrins Sachkenntnis über diese Verhältnisse täuschen; er beabsichtigte freundnachbarlich, neue Vergünstigungen von Preußen zu erpressen, auch wohl Unfrieden im Innern des Zollvereins zu erregen.

In der Tat erhoben die süddeutschen Zeitungen, sobald der Ukas bekannt wurde ein heftiges Geschrei gegen Preußens treulose Selbstsucht. Wieder einmal ein ganz ungerechter Vorwurf gegen die Vormacht des Zollvereins. Der preußische Hof dachte keinen Augenblick an eine Preisgebung seiner Zollverbündeten; er ließ vielmehr alsbald erwidern, daß er die russischen Gewährungen ablehne, wenn sie nicht dem ganzen Zollvereine zu teil würden. Cancrin aber empfing diese Antwort, die doch gar nicht anders lauten konnte, mit so wohl gespielter entrüsteter Verwunderung, daß König Friedrich Wilhelm sich über die Heuchelei des Deutsch-Russen entsetzte und in hellem Zorne schrieb: „Ich möchte ihn anreden mit dem Schluß der Rede des Götz von Berlichingen an den Reichstrompeter!!! Die russische Verpuppung ist bei diesem Deutschen vollendet.“*) Nunmehr erklärte Nesselrode erhaben, sein Kaiser „zögere nicht, auf das Kartell zu verzichten und also ein neues Opfer allen denen, die er sich schon freiwillig auferlegt, hinzuzufügen.“**) Mehrere Monate lang lebten hierauf die beiden Nachbarstaaten ohne jedes Vertragsverhältnis; Preußen beschränkte sich auf die Auslieferung gemeiner Verbrecher.***) Auch der Prinz von Preußen richtete nichts aus, als er im Dezember den russischen Schwager besuchte. Der Zar wetterte und tobte, er verfiel in seinem Grimm auf ungeheuerliche Verteidigungspläne, befahl alle Juden 50 Werst weit von der Grenze wegzuschaffen und dachte sogar, der Westgrenze entlang einen Landstreifen von der Breite eines Kilometers ganz wüst legen zu lassen, um also jede Flucht und jeden Schmuggel zu

*) Randbemerkungen zu Bülows Schreiben an Thile vom 9. März 1843.

**) Nesselrode an den stellvertretenden Gesandten v. Fonton in Berlin, 31. Aug. 1842.

***) Weisung des Ministers des Innern an den Oberpräsidenten Böttticher, 16. Nov.; Kabinettsordre an Boyen, Bülow, Arnim, 23. Nov. 1842.

verhindern.*) Dem Gesandten Liebermann, der freilich mit seiner rechthaberischen Taktlosigkeit den Erbosten nicht zu beschwichtigen verstand, zeigte er deutlich seine üble Laune; dem getreuen Rauch aber sagte er bitter: der wilde Russenhaß, der sich überall in Deutschland bekundet, macht mir jede Freundlichkeit gegen den Zollverein unmöglich.**)

Endlich fühlte er, daß er mit solchem Trotze nicht weiter kam. Die Verhandlungen begannen von neuem, und die preußische Regierung entdeckte einen Ausweg, der dem Zaren erlaubte, sich ohne förmlichen Widerruf zurückzuziehen. Liebermann mußte vorschlagen, der Kaiser brauche seinen Ukas nicht aufzuheben, er brauche nur zu befehlen, die preußischen Ursprungsscheine sollten genügen, wenn sie die einfache Versicherung enthielten, daß die eingeführten Waren aus dem freien Verkehre des Inlands — und dies bedeutete: aus dem Zollvereine — herstammten. Darauf erwiderte Cancrin mit einem Tugendstolze, der aus russischem Munde hoch ergötzlich klang: dieser Vorschlag ist etwas jesuitisch.***) Jedoch begann er bald einzusehen, daß dieser unsittliche Vorschlag ihm eine goldene Brücke baute. Im September 1843 kam Nikolaus selbst nach Preußen und fühlte sich ganz entzückt, als bei den Manövern zwei Armeekorps und 17 Reiterregimenter in den schönen neuen Helmen und Waffenröcken vor ihm erschienen. Hier wurde nochmals wegen des Grenzverkehrs mit ihm verhandelt†), und nun endlich, im Januar 1844, bewilligte er die von Preußen geforderte freiere Fassung der Ursprungsscheine; die Waren aus dem Zollvereine wurden mithin, ohne daß man es förmlich aussprach, den preußischen gleich gestellt. Nachdem Preußen also den nächsten Zweck erreicht hatte, schrieb der König seinem Schwager zärtlich: „Du hast eine gute und große Tat vollbracht, indem Du die neue Form der Zollscheine anordnetest für die Waren, welche, nach Deinen Wohltaten vom vorigen Jahre, Deine Grenzen zu überschreiten wagen. Darum bin ich nicht mehr gezwungen, auf diese Wohltaten für meine Untertanen zu verzichten. Auch Deine Stellung, teuerster Freund, ist Deutschland gegenüber jetzt eine andere geworden, sie ist jetzt gut, sie ist was sie sein soll; und viele Dinge, die ich im vergangenen Jahre nicht zu tun wagte, weil eine achtungswerte öffentliche Meinung sich ihnen widersetzte, sind heute tunlich, denn der Widerspruch des Publikums würde jetzt nicht mehr achtungswert sein und folglich von mir nicht beachtet werden.“ ††) Nunmehr kam man rascher vorwärts. Preußen setzte die Durchfuhrzölle für den Flußverkehr des russischen Getreides etwas herab und erneuerte am 20. Mai 1844 den Kartellvertrag.

*) Berichte des Ministers Graf Arnim an den König, 19. Juli, 10. Aug. 1843.
**) Berichte von Liebermann, 14. Nov., 20. Dez.; von Rauch, 30. Dez. 1842.
***) Liebermanns Bericht, 21. April 1843.
†) Bülow, Rundschreiben an die Gesandtschaften, 20. Sept. 1843.
††) König Friedrich Wilhelm an Kaiser Nikolaus, 4. Febr. 1844.

Auch bei diesen Schlußverhandlungen ließen es die Moskowiter nicht an anmutigen Überraschungen fehlen. Der Zar hatte soeben befohlen, daß alle russischen Juden, wenn sie das Reich ohne Paß verließen, dadurch von Rechts wegen alsbald ihre Staatsangehörigkeit verlieren sollten, und verlangte nun unschuldig, Preußen möge im Kartellvertrage diese Verordnung als rechtsverbindlich anerkennen. So konnte Rußland, nach seinen bewährten Verwaltungsgrundsätzen, den minder liebenswerten Teil seiner Judenschaft einfach nach Preußen abschieben. Die Preußen verbaten sich jedoch diesen neuen Freundschaftsbeweis und setzten durch, daß die Juden in dem Kartellvertrage gar nicht erwähnt wurden.

Das Gesamt-Ergebnis war für Preußen wenig erfreulich. Die russischen Gewährungen bedeuteten nicht viel, und dafür übernahm man wieder die lästigen Kartellpflichten zu Gunsten einer halbasiatischen Nachbarmacht. Der König brachte dies schwere Opfer, das den preußischen Staat allein traf, lediglich um Deutschlands willen, um seinen Zollverbündeten die Gleichberechtigung zu sichern; und doch ward ihm dieser schöne Beweis deutscher Treue von den beharrlich schmähenden schutzzöllnerischen Blättern des Südens niemals angerechnet. Indessen gestaltete sich der Grenzverkehr in den nächsten Jahren etwas menschlicher. Noch bessere Aussichten schienen sich zu erschließen, als Cancrin den Abschied nahm und bald darauf (1845) starb. Mit seinem gewaltigen Urheber — so hoffte alle Welt — mußte auch das verhaßte Prohibitivsystem fallen. Der beste Kenner der russischen Volkswirtschaft, Tengoborski, verlangte entschieden die Herabsetzung der drückenden Zölle und wurde jetzt häufig zu Nesselrode berufen. Nikolaus selbst äußerte sich zuweilen in ähnlichem Sinne, wenn er mit General Rochow zur Parade ritt, dem neuen Gesandten, der ihm als hochkonservativer alter Soldat weit besser gefiel als vordem Liebermann. Aber alle diese guten Absichten, die immerhin etwas mehr waren als leere Vorspiegelungen, trugen keine Frucht. Das alte System blieb aufrecht; denn der Zar konnte sich nicht entschließen einen fähigen Finanzmann in Cancrins Stelle zu berufen, und die mächtigen, bei den neuen Fabriken stark beteiligten Hoffamilien widerstrebten jeder Reform.*) Darum kam Geh. Rat v. Patow, nach langen Beratungen mit Kühne, zu dem Schlusse: wir können keinen Vertrag mit dem Nachbar schließen, weil Rußland doch nichts gewährt oder nichts hält; „die Zeit der Handelsverträge ist überhaupt vorüber, wie Sir Robert Peel sagt und zum Teil weil er es sagt.“**)

Auch sonst im Auslande war Preußens Handelspolitik nicht glücklich. Ein mit den Vereinigten Staaten verabredeter Handelsvertrag wurde durch den amerikanischen Kongreß verworfen. Lange, widerwärtige Verhandlungen mit Dänemark bewirkten schließlich nur eine geringe Ermäßigung des Sund-

*) Rochows Berichte, 11. Nov. 1845, 24. Sept., 4. Nov. 1846.

**) Patow an Canitz, 21. Jan. 1847.

zolls, da weder England noch Rußland noch Schweden den preußischen Hof ernstlich unterstützte, und mit wiehernder Schadenfreude begrüßten die stammverwandten Hansen das Mißgeschick ihrer Konkurrenten an der Ostsee. —

Angesichts dieser geringen Erfolge der auswärtigen Verhandlungen verschärfte sich unausbleiblich der wirtschaftliche Parteikampf im Innern. Der Zollverein mußte jetzt seine Feuerprobe bestehen. Alle Krisen, die er späterhin noch überdauern sollte, wurden veranlaßt oder doch gefördert durch die politischen Hintergedanken der nach Österreich hinüberschauenden Mittelstaaten. Die erste und schwerste Krisis aber kam aus dem Volke. Abel mitsamt seinen ultramontanen Genossen hätte sicherlich den nationalen Handelsbund gern zerstört, es gelang ihm auch den trefflichen, in Preußen beliebten Generalzolldirektor Bever zu beseitigen; König Ludwig jedoch gebot ihm Halt. Der Wittelsbacher blieb selbst in diesen Tagen seiner klerikalen Träume immer gut deutsch gesinnt, er zeigte sich durchaus versöhnlich und sagte zu dem preußischen Gesandtschaftsvertreter: der Zollverein ist unzerstörbar, viel wichtiger als der Deutsche Bund.*) Auch die anderen Höfe hegten keine feindseligen Pläne, sie wurden nur fortgerissen durch die ungestümen Wünsche ihrer Fabrikanten. Nord und Süd drohten sich zu trennen. Zu Preußen hielten alle norddeutschen Zollverbündeten und Darmstadt, zur Partei des Schutzzolls Baden, Württemberg, Nassau und — besonnener als die andern — Bayern.

Leider lagen die Dinge so einfach nicht, wie Bodelschwingh annahm, da er zuversichtlich sagte: das Geschrei nach hohen Schutzzöllen ist künstlich erzeugt; bei niedrigen Zöllen und blühenden Finanzen befindet sich die Mehrzahl des Volkes wohl.**) Der alte Tarif, der im ganzen noch genügte, schädigte unleugbar einzelne wichtige Gewerbszweige. Am schwersten litt die einst so blühende Leinenindustrie Schlesiens. Früherhin hatten die fronenden Bauern den Flachs der Rittergüter zu Leinengarn versponnen. Seit der Aufhebung der Fronden verfiel der Flachsbau, man suchte sparsam Leinsamen und Flachs zugleich auf demselben Felde zu erzeugen, was doch kaum möglich war, und als die unglücklichen Weber nun diesen schlechteren Flachs auf ihren altväterischen Webstühlen mühsam verarbeiteten, sahen sie sich plötzlich bedroht durch den überlegenen Wettbewerb der mechanischen Spinnerei Englands, die im napoleonischen Zeitalter, unter dem Schutze hoher Zölle, mächtig angewachsen war und alle neuen Erfindungen des Maschinenwesens findig ausnutzte. Zur Zeit, da das preußische Zollgesetz erschien, beherrschte die deutsche Leinenindustrie den inländischen Markt noch ganz und die neuen Zölle reichten aus. Bald wendete sich das Blatt; während die deutsche Ausfuhr sich um volle

*) Küsters Bericht, 18. Dez. 1843.

**) Bodelschwinghs Votum, 19. Nov. 1843.

zwei Drittel verminderte, stieg die englische Einfuhr beständig, die des Leinengarns allein wuchs in fünf Jahren (1840—44) auf mehr als das Dreifache an, von 19000 auf 62000 Ztr.

Die Regierung verhielt sich bei alledem fast ganz untätig; sie glaubte noch lange an die alte Unüberwindlichkeit der schlesischen Leinenwaren, und als sie von diesem Irrtum endlich zurückkam, da meinten die Geheimen Räte gleichmütig, gegen die Naturgesetze der Volkswirtschaft könne man nichts ausrichten. Und doch war grade hier, inmitten eines blutarmen, bis zur Willenlosigkeit ermatteten Volkes friderizianische Bevormundung, durchgreifende Staatshilfe ganz am Platze: der Staat mußte Schutzzölle gewähren, Maschinen ankaufen, Spinnschulen und große mechanische Spinnereien errichten, wenn diese halbverhungerten Menschen dem englischen Kapital nicht erliegen sollten. Merckel aber, der tüchtige, um das Wohl Schlesiens unablässig besorgte Oberpräsident, bemühte sich seit Jahren die neuen Agrargesetze gegen den Widerstand der Grundherren durchzuführen, er lebte und webte in den Emanzipationsgedanken der Hardenbergischen Zeiten, Freiheit des Eigentums und der Arbeitskräfte blieb ihm das Höchste. Die schlesische Hausindustrie war längst frei, sie hatte einen Zunftzwang nie gekannt; Merckel begriff nicht, was der Staat dort noch helfen solle, und wollte von dem Jammer im Riesengebirge nichts hören. Festgebannt in seiner volkswirtschaftlichen Theorie verabsäumte er also seine staatsmännische Pflicht und verfiel, gleich vielen seiner besten Amtsgenossen, in eine tragische Schuld, weil er nicht rechtzeitig einsah, daß die befreiende Staatsgewalt in diesem Jahrhundert der wirtschaftlichen Wandlungen auch zu zwingen und zu schützen verstehen mußte. Die Ungunst der Verhältnisse des Weltmarktes und die langjährigen Unterlassungssünden der Regierung hatten jetzt das Elend der schlesischen Leinwandindustrie schon so hoch gesteigert, daß Schutzzölle allein kaum noch viel helfen konnten.

Auch die neuen, zum Teil sehr leichtfertig gegründeten Baumwollspinnereien des Südens verlangten heftig nach stärkerem Schutz, während die Baumwollwebereien den bestehenden Twistzoll, der etwa 6 Prozent vom Werte betrug, schon viel zu hoch fanden. So entbrannte der lange, leidenschaftliche Kampf zwischen Spinnern und Webern. Jeder der verbündeten Höfe suchte, wie billig, das in seinem Lande überwiegende Interesse zu begünstigen; die sächsische Regierung trat an die Spitze der Freihandelspartei, weil die großen Baumwollfabriken des Erzgebirges fast ausschließlich englisches Baumwollengarn verarbeiteten. Im preußischen Finanzministerium bemühte man sich redlich, die beiden feindlichen Interessen gegeneinander abzuwägen und entschied sich endlich gegen die Erhöhung der Garnzölle, da Kühne berechnete, daß die Weberei im gesamten Zollvereine unvergleichlich mehr Arbeitskräfte beschäftigte als die Spinnerei. Aber so mechanisch, nach Zahlen allein, lassen sich die lebendigen Kräfte der nationalen Wirtschaft nicht abschätzen. Die stark übertriebenen

Forderungen der Spinner waren durchaus nicht ganz unberechtigt; wurde der Garnzoll erhöht, so erlitten die Weber zunächst wohl einige Einbuße, auf die Dauer gewannen sie doch selbst, wenn sie ihr Garn von der erstarkten vaterländischen Spinnerei beziehen konnten.

Fast ebenso laut erschollen die Klagen aus den Reihen der Eisenindustrie. Die Nachfrage hatte sich seit dem beginnenden Eisenbahnbau ungeheuer gesteigert, und da die deutschen Werke, die noch gar nicht mit Koks zu arbeiten verstanden, ihr unmöglich entsprechen konnten, so verzehnfachte sich die Einfuhr von Roheisen, Schienen und geschmiedetem Eisen, sie stieg in dem Jahrzehnte 1834—43 von 0,367 auf 3,698 Mill. Ztr. Der Wettbewerb Englands, dessen Eisen- und Kohlenwerke ja allesamt dicht nebeneinander lagen, zeigte seine ganze Macht zu Anfang der vierziger Jahre, als die englische Eisenindustrie, durch eine Krisis heimgesucht, ihre Erzeugnisse massenhaft auf das Festland warf; oft kam das englische Eisen als Ballast in Stettin oder Hamburg an und wurde dann wohlfeil auf den Flüssen landeinwärts versendet. Begreiflich also, daß die schlesischen und einige der westfälischen Bergwerke den König dringend um Zollschutz baten.*) Doch auch hier zeigte sich derselbe Gegensatz der Interessen wie in dem Kampfe zwischen Spinnern und Webern. Von ausländischem Roheisen wurden im Jahre 1843 schon 2,675 Mill. Ztr. im Zollvereine verarbeitet — sechs Jahre vorher nur 0,40 Mill. Ztr. — und die großen Werke an der Ruhr, die an dieser kräftig aufblühenden Gewerbstätigkeit zumeist beteiligt waren, verbaten sich jeden Roheisenzoll ebenso entschieden, wie die zahllosen kleinen Scherenschleifer und Schwertfeger des bergischen Landes.

Gegen diese drei schwachen Stellen des Zolltarifs richtete die Schutzzoll-Partei zunächst ihre Angriffe. Siegte sie hier, so wollte sie weiter gehen; einer ihrer Heißsporne, Moritz Mohl, derselbe, der einst bei der Begründung des Zollvereins seinen wütenden Haß gegen Preußen gezeigt hatte**), schrieb in diesen Jahren ein gelehrtes Buch über Frankreichs Gewerbszustände, zur Verherrlichung des strengen Prohibitivsystems. Die Stimmung im Süden war tief erregt; selbst Nebenius, der allezeit behutsame, verlangte in einer Flugschrift über die Eisenzölle ganz unmäßige Zollsätze. Als die Zollkonferenz im Sommer 1842 zu Stuttgart zusammentrat, forderten Württemberg und Baden sogleich mehrere Zollerhöhungen, ein einstimmiger Beschluß ließ sich jedoch nicht erreichen. Der bisherige Tarif blieb also bestehen, man trennte sich im Unmut, die alte schöne Eintracht des Handelsbundes schien ganz zerstört. Nunmehr brach der Zorn in Süddeutschland so heftig aus, daß die Berliner Finanzpartei selbst für den Bestand des Zollvereins zu fürchten begann und darum

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 20. Febr. 1842.

**) S. o. IV. 365.

sich zu einiger Nachgiebigkeit entschloß.*) Nach neuen, überaus schwierigen Verhandlungen beschloß der Zollverein (1844), seinen Tarif etwas abzuändern: das bisher zollfreie Roheisen zahlte fortan 10 Sgr. vom Zentner, auch die Zölle auf Stab-, Schienen-, Schmiedeeisen, sowie auf Leinenzwirn wurden erhöht. Alsbald begann die Eiseneinfuhr zu sinken, doch war die Wirkung der neuen Zölle nicht ganz so stark, wie die Grubenbesitzer hofften, da Deutschland gleich nachher den Belgiern durch jenen notgedrungenen Handelsvertrag Begünstigungen zugestehen mußte.

Durch diesen halben Sieg wurde die Schutzzoll-Partei zu neuen Angriffen ermutigt, ihre Blätter sprachen täglich heftiger, selbst vor revolutionären Drohungen scheute sie sich nicht mehr. In einer Versammlung badischer Fabrikanten zu Karlsruhe sagte der radikale Schopfheimer Abgeordnete Gottschalck: wenn der Zollverein keinen Zollschutz gewähre, dann sollten die Fabrikanten nur ihre Arbeiter verabschieden und diesen überlassen, ihre Wünsche wirksamer vorzutragen!**) Kündigung des Zollvereins, Anschluß an Österreich! — so riefen die Verblendeten überall, sie wußten nicht mehr was sie sagten. Cottas Allgemeine Zeitung veröffentlichte als gräßliche Enthüllung einige irgendwie verratene Berichte des englischen Gesandten Lord Westmoreland in Berlin; und obwohl der Lord eigentlich nur erzählte, daß die preußischen Minister ihm ihre gemäßigten handelspolitischen Grundsätze mit etwas überschwenglicher Freundlichkeit auseinandergesetzt hatten, so wurden doch diese nichtssagenden, im diplomatischen Verkehre unvermeidlichen Höflichkeiten von List und seinen Leuten so gehässig ausgelegt, als wäre nunmehr klar erwiesen, daß Preußen den Befehlen Englands folgte. Alle Sünden deutscher Zanksucht brachen wieder aus.

Mittlerweile war das preußische Handelsamt gegründet worden, und Rönne kündigte, da er auf die Gunst des Monarchen baute, der Finanzpartei sofort offene Fehde an. Ohne bei dem Finanzministerium auch nur anzufragen***), berief er im Frühjahr 1845 eine Versammlung von wirtschaftlichen Notabeln, die fast allesamt der Schutzzoll-Partei angehörten und mithin eifrig für Zollerhöhungen stimmten. Auch die radikalen Gegner rüsteten sich. Prince Smith widmete der nahenden Zoll-Konferenz ein Schriftchen, das kurz und gut alle Schutzzölle als „Teuerungszölle" verdammte. In ähnlichem Sinne sprachen die ostpreußischen Stände; sie wurden jedoch im Landtagsabschiede sehr ernst dahin bedeutet, daß die Krone durch das alte Zollgesetz selbst verpflichtet sei, den Gewerbfleiß des Inlands zu schützen. Wie gern wäre Friedrich Wilhelm allen Interessen gerecht geworden, er quälte sich ab in gewissenhaften Erwägungen, doch

*) Denkschrift des Finanzministeriums, 5. Jan.; Küsters Bericht, München, 21. Jan. 1844.

**) Radowitz' Bericht, 28. Juni 1845.

***) So versichert Kühne in seinen Denkwürdigkeiten.

wo bot sich ein Ausweg aus diesem Gewoge der Parteien? Sein neuer Finanzminister Flottwell dachte im Herzen, wie damals fast alle Ostpreußen, streng freihändlerisch; Kühne wollte von dem bestehenden mäßigen Tarife nur im Notfall einige Sätze erhöhen; und neben den beiden stand der radikale Schutzzöllner Rönne.

Unter so trüben Aussichten begann im Juli 1845 die Karlsruher Zollkonferenz, die unfriedlichste der gesamten Zollvereinsgeschichte. Sie währte unter wachsender Aufregung fast vier Monate. Eine Menge ausländischer Agenten war zur Stelle; die Engländer vornehmlich drängten sich so roh an die Bevollmächtigten heran, daß giftige Nachreden nicht ausbleiben konnten. Um des Friedens willen erklärte sich Preußen bereit, die Zölle auf Leinen-, Baumwoll- und Kammgarn etwa zu verdoppeln; noch in den letzten Tagen hatte der König seinen neuen Handelsrat nach Stettin berufen und ihm selber die Frage vorgelegt, „bis wohin wir den süddeutschen Begehren nachgeben können".*) Baden und Württemberg aber ließen sich fortreißen von dem wilden Ungestüm ihrer Schutzzoll-Partei, obgleich sie wußten, daß Sachsen und die meisten anderen der norddeutschen Verbündeten die Nachgiebigkeit Preußens schon zu groß fanden; sie verlangten noch mehr und schließlich: alles oder nichts! Sie allein verschuldeten also, daß wieder kein Beschluß zu stande kam und die Konferenz in arger Zwietracht auseinander ging. Die besonnenen Anhänger der nationalen Handelseinheit fühlten sich tief niedergeschlagen; die radikalen Freihändler und die Fremden triumphierten, ja der englische Gesandte Sir A. Malet erfrechte sich sogar die Mitglieder der Konferenz zu einem großen Siegesmahle einzuladen. Dies ward freilich durch Radowitz hintertrieben und nachher vom preußischen Hofe als eine Anmaßung scharf zurückgewiesen.**)

Von neuem, und noch lauter denn zuvor, erhoben jetzt die entrüsteten Schutzzöllner ihren Schlachtruf. Im Stuttgarter Ständesaale wurden Metternichs Mautbeamte als Deutschlands natürliche Beschützer verherrlicht, die Preußen als Schleppträger Englands gebrandmarkt, obgleich Aberdeen gegen Bunsen beständig klagte: die Handelsbeziehungen sind das einzige, was uns von Preußen trennt***) — und grade in diesen Tagen eine Depesche des Lords an Westmoreland bekannt wurde, die sich sehr gereizt über Preußens feindselige Handelspolitik aussprach. Dem Münchener Landtage schilderte der Abgeordnete Neuffer die alte Handelsknechtschaft der Deutschen, die jetzt durch Preußens Schuld wiederkehre. Lists Genossen in der Presse fanden kaum mehr Worte genug für die Dummheit, die Schlechtigkeit der deutschen „Bureaukratie". Aber grade dies Übermaß sinnloser Schmähungen zwang die Bureaukraten, die den Zollverein doch

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 8. Juli 1845.

**) Canitz, Weisung an Radowitz, 10. Okt. 1844.

***) Bunsens Berichte, 26. März 1844 ff.

regierten, sich einander wieder zu nähern. Auf eine ernste Anfrage Preußens, ob der Zollverein fortbestehen solle, antworteten alle Regierungen versöhnlich. Eine treffliche Schrift Kühnes über die Entwicklung des Zollvereins seit 1834 zeigte auch dem großen Publikum anschaulich, was Deutschland an seinem Handelsbunde besaß. Man begann sich zu verständigen, und als im Sommer 1846 die Zollkonferenz zu Berlin wieder zusammentrat, da meinte Canitz sarkastisch: „der Karlsruher Rausch scheint ausgeschlafen." Die Schutzzöllner freilich mußten für ihren lärmenden Übermut büßen. Rönne, der das Getobe sogar durch Indiskretionen gefördert hatte, sah sich jetzt überall zurückgesetzt, er verlangte seine Entlassung, die der König jedoch nicht annehmen wollte; und die neuen Vermittlungsanträge, welche Geh. Rat v. Patow auf der Konferenz glücklich verteidigte, boten der Schutzzoll-Partei etwas weniger als vordem die Karlsruher Vorschläge. Es war die Fabel von den sibyllinischen Büchern. Man einigte sich über eine Erhöhung der Garnzölle, die hinter den Wünschen der Schutzzoll-Partei weit zurückblieb. Die Regierungen aber atmeten auf; gleich ihnen die große Mehrheit der Nation; denn nachdem der Zollverein diese Gefahr überstanden hatte, war sein Bestand auf lange hinaus gesichert. Überdies wurden die Augen der Welt bald durch ernstere politische Kämpfe von den Tarifstreitigkeiten abgelenkt. —

Zu der Wiederversöhnung der Zollverbündeten hatte die Unfähigkeit der Hofburg wider Willen mitgeholfen. Wenn die Fanatiker des Schutzzolls in Süddeutschland beständig einen österreichischen Zollverein verlangten, so mochten manche nur prahlen, viele meinten die Drohung ernst. Denn seit dem Kölnischen Bischofsstreite entstand im Süden ganz in der Stille eine österreichisch-großdeutsche Partei.*) Ihren Stamm bildeten die Klerikalen, dann die preußenfeindlichen Schutzzöllner, endlich die alten Domherrengeschlechter, die der fürstbischöflichen Herrlichkeit noch nicht vergessen konnten und ihre Söhne meist im österreichischen Dienste unterbrachten; erst späterhin schlossen sich auch demokratische Genossen an. List selber wollte so weit nicht gehen; unerschöpflich in Einfällen und Plänen stellte er jedoch die gefährliche Forderung auf, daß Bayern die Führung der deutschen Handelspolitik, dem Oriente und den Donauländern gegenüber, übernehmen müsse. Solcher Stimmungen konnte sich die österreichische Politik, wenn sie klug und kühn verfuhr, leicht bemächtigen. Im Kaiserstaate selbst wurde das harte, durch frechen Schmuggel überall durchbrochene Prohibitivsystem gründlich verabscheut. Einzelne Unzufriedene verlangten Anschluß an den deutschen Zollverein, am eifrigsten Graf Chotek, der Oberstburggraf von Böhmen;**) der Graf fand jedoch in seiner eigenen

*) S. o. IV. 724.

**) Canitz' Bericht, 2. Sept. 1842.

Heimat, dem wichtigsten Industrielande der Monarchie, wenig Zustimmung, die böhmischen Fabrikanten fürchteten alle den deutschen Wettbewerb.

Sogar der alternde Metternich empfand dunkel, daß man das vermorschte Zollwesen zerbrechen mußte. Er hatte einst den werdenden Zollverein, als es schon viel zu spät war, zu vernichten gesucht. Jetzt gingen ihm die Augen auf. Als er im Sommer 1841 seinen Johannisberg wieder besuchte, da fiel ihm auf, wie überall in Deutschland unter dem Schutze der Handelseinheit Verkehr und Wohlstand emporwuchsen; er ahnte, dieser Zollverein würde bald unaufhaltsam um sich greifend das ganze Deutschland verschlingen, und nun endlich verfiel er auf die Frage, ob nicht Österreich selbst beitreten solle um Preußen zu überflügeln. Abel und die anderen klerikalen Freunde in München hatten ihn ja so inbrünstig versichert, ganz Süddeutschland wünsche diesen Beitritt, damit Preußens Hegemonie ein Gegengewicht erhielte. Doch zu Deutschlands Glück war Metternich in allen volkswirtschaftlichen Dingen noch immer ebenso unwissend, wie vor Jahren da Motz über seine handelspolitische Weisheit spottete.

Alles Ernstes behauptete er: im alten deutschen Reiche „galten gleiche Handelsberechtigungen für alle Mitglieder desselben"; und ebenso gründlich wie die deutsche Handelsgeschichte kannte er auch die Verfassung des Zollvereins. Er verlangte lediglich eine Ermäßigung der erdrückenden Prohibitivzölle als „Anfang einer Einlenkung in das deutsche Zollsystem" und begriff nicht, daß Österreich sich durch diese armselige Reform dem Zollvereine kaum ebenso weit genähert hätte wie England oder Frankreich. Hell vor Augen stand ihm nur die Hoffnung, Preußen zu bekämpfen; alles andere war unklarer Dilettantismus. In solchem Sinne schrieb er an den neuen Leiter des Finanzwesens, den Hof-Kammerpräsidenten Kübeck, einen tätigen, brauchbaren Beamten, der als Plebejer von der öffentlichen Meinung anfangs mit großen Erwartungen empfangen wurde, doch bald genug zeigte, daß er weder das unsterbliche Defizit beseitigen noch einen schöpferischen Gedanken finden konnte. Im November 1841 berieten die Minister über eine mögliche Annäherung an Deutschland; aber die Entscheidung wurde vertagt, denn der alte Todfeind jeder Reform, Erzherzog Ludwig führte den Vorsitz, und im stillen sagte sich jeder, daß die nicht deutschen Kronländer solchen Plänen unmöglich folgen konnten. Als Kübeck zwei Jahre darauf den Entwurf eines milderen Zollgesetzes vorlegte, da scheiterte alles an dem Widerspruche der böhmischen Fabrikanten. Das alte „taubstumme System" — so nannte es Canitz — blieb unwandelbar im Zollwesen wie in der gesamten Verwaltung.*) Kamen unterweilen noch einzelne deutsche Verehrer Österreichs nach Wien um wegen möglicher Handelserleichterungen anzufragen, dann empfing sie Metternich freundlich; zuletzt fand er doch immer, das sei Ideologie, und Canitz be-

*) Canitz' Bericht, 13. Dez. 1843.

merkte: „dies Wort ist dem Fürsten recht geläufig, er gebraucht es manchmal statt jeder anderen Widerlegung oder Erklärung.“ *)

Wie hilflos stand doch dies unförmliche Reich mit seinem Völkergemisch zwischen den beiden großen schicksalsverwandten Nationen, die sich in jugendlichem Selbstgefühl zu erheben begannen. Schon längst betrachteten die Italiener den deutschen Zollverein mit schmerzlicher Bewunderung; und noch gab es einzelne gutmütige Patrioten, die nicht ganz an Österreich verzweifelten. Die Annali universali di statistica veröffentlichten (1843) einen Artikel Serristoris, der den italienischen Staaten riet, sich nach und nach ebenso an das österreichische Zollsystem anzuschließen, wie die deutschen Staaten das preußische Zollgesetz angenommen hätten. Und so wunderbar war die Welt schon verwandelt: dieser Aufsatz, der vor einem Vierteljahrhundert seinen Verfasser unfehlbar in den Kerker gebracht hätte, wurde jetzt im Österreichischen Beobachter belobt und übersetzt. Aber wie klein, wie unfruchtbar, wie ängstlich zeigte sich Metternich auch hier. Er sah in der wirtschaftlichen Einigung Italiens nur ein Mittel um die gefürchteten „Sekten“ zu bekämpfen, ganz wie vor zwanzig Jahren viele deutsche Kleinminister den Zollverein als einen Schutzwall gegen die nationale Einheit gepriesen hatten. Ein wirklicher Zollverband erschien ihm auch zu kühn; und allerdings konnte die berüchtigte k. k. Maut mit ihren bestechlichen Beamten und den riesigen venetianischen Schmuggelniederlagen unmöglich die Bewunderung der weltklugen Italiener erwecken. Die Hofburg begnügte sich also, den italienischen Staaten in tiefem Geheimnis einige Handelserleichterungen vorzuschlagen. Allein selbst der getreueste Hof der Halbinsel, der Hof von Neapel hegte gegen die k. k. Handelspolitik, die ihm schon manche ärgerliche Zollstreitigkeiten bereitet hatte, ein starkes Mißtrauen, und die Turiner Regierung lehnte sogar rundweg ab. Dort in Piemont regte sich schon mit Macht der nationale Gedanke. Wenn dort ein Zollverein zwischen Sardinien, Toskana und dem Kirchenstaate erwogen wurde, wenn die Grafen Petitti und Cavour ein italienisches Eisenbahnnetz empfahlen, so richteten alle diese Pläne ihre Spitze gegen Österreich. Was in Italien stark und edel war, bekämpfte den Wiener Hof. Jenseits der Alpen wie jenseits des Riesengebirges konnte der Kaiserstaat nur noch hemmen und stören, nichts mehr schaffen. —

Von der nächsten Zukunft durfte die enttäuschte deutsche Schutzzoll-Partei überhaupt nur wenig erwarten. Der ganze Zug der Zeit war ihr ungünstig. Die unter dem Schirm ihrer Zölle und Schiffahrtsgesetze erstarkte erste Handelsmacht der Welt lenkte eben jetzt in die Bahnen des Freihandels ein. Englands Volkswirtschaft war, wie List bitter sagte, nunmehr so hoch gestiegen, daß sie die Leiter, die ihr emporgeholfen, getrost abbrechen konnte. Die Lehre von dem größten Wohlsein der größten

*) Canitz' Bericht, 20. März 1843.

Zahl, diese einst durch den Vater des englischen Radikalismus Jeremias Bentham zuerst verkündigte Doktrin gewann im britischen Volke immer breiteren Boden; aus ihr ergab sich das Verlangen nach freiem Handel und wohlfeiler Konsumtion. Die Mittelklassen, die seit der Reformbill in das Parlament eingedrungen waren, richteten ihre Angriffe zunächst gegen die Kornzölle, weil sie fühlten, daß die dem alten Adel noch gebliebene Macht zum Teil auf den Korngesetzen ruhte. Die breiten Massen der Arbeiter dagegen betrachteten diese zugleich politische und wirtschaftliche Bewegung mit Argwohn; sie trauten dem Bürgertum noch weniger als den Grundherren und sie befürchteten von der Abschaffung der Kornzölle ein Sinken der Arbeitslöhne, das allerdings von vielen Gegnern der Korngesetze insgeheim erhofft wurde. Seit dem Jahre 1839 begann die von Richard Cobden gestiftete Anti-Korngesetz-Liga durch Versammlungen, Zeitungen und Flugschriften, durch Reiseprediger und Massenpetitionen, durch Aufzüge und Gewerbeausstellungen das Bürgertum zu bearbeiten, die Fabrikanten versorgten sie mit gewaltigen Geldmitteln. Nach sechs Jahren rastloser Agitation hatte sie die große Mehrheit der Mittelklassen, zumal in Manchester und dem gewerbreichen Nordwesten für sich gewonnen, weithin durch das Land scholl der Ruf nach freiem Handel.

In den Schriften der neuen Manchesterschule lebte das alte hierzulande noch niemals wissenschaftlich überwundene Naturrecht wieder auf, dessen Sätze, gleich allen unlebendigen Abstraktionen, von der materialistischen Plattheit ebenso leicht ausgebeutet werden konnten wie von dem überspannten Idealismus. Darum vermochte John Stuart Mill sich gleichzeitig für Wilhelm Humboldt und für den englischen Radikalismus zu begeistern. In den Formeln mit Humboldt übereinstimmend, und doch im denkbar schärfsten Gegensatz zu ihm, betrachtete Cobden den Staat als eine durch die Willkür der Einzelmenschen gegründete Versicherungsanstalt, die lediglich Geschäft und Arbeit vor gewaltsamen Störungen behüten und von den Versicherten möglichst niedrige Prämien verlangen sollte. Die Volkswirtschaft blieb ihm der einzige Inhalt des Menschenlebens, rasches Reisen der Musterreiter und wohlfeile Kattunerzeugung der höchste Zweck jeder Kultur. In vollem Ernst sprach er aus, daß Stephenson und Watt für die Weltgeschichte unvergleichlich mehr bedeuteten als Cäsar oder Napoleon. Wurden nur erst überall Handel und Wandel ihrer natürlichen Freiheit überlassen, dann mußte sich jede Nation unfehlbar den Erwerbszweigen widmen, welche sie mit dem größten Gewinn betreiben konnte, jede arbeitete also allen anderen in die Hände durch eine Ausfuhr, die der Einfuhr immer genau entsprach; die Harmonie der Interessen stellte sich von selber her, der ruchlose Luxus der stehenden Heere hörte auf, die Schwerter verwandelten sich in Pflugscharen nach der Weissagung des alten Propheten, und der ewige Friede brach an. Cobden liebte die Arbeiter aufrichtig, er wollte ihnen durch das billigere Brot eine Wohltat erweisen; er verteidigte sogar den Schulzwang,

weil die arbeitenden „Hände" in den Fabriken nur wenn die Köpfe leidlich erleuchtet waren die größte Gütermasse erzeugen konnten; Fabrikgesetze hingegen verwarf er als einen Eingriff in die persönliche Freiheit.

Ein solches Evangelium des Mammonsdienstes drohte die Menschheit zu verstümmeln, alles Heldentum, alles Schöne und Erhabene, alle Ideale des Gemüts zu vertilgen; dennoch zeigte die Lehre des Voluntarismus, des unbeschränkten, jeden Staatszwang ersetzenden sozialen Wettbewerbs einen Zug kühner Selbstgewißheit, der kräftige, unternehmende Männer bestechen mußte. War doch die ganze Gedankenbewegung des Revolutionszeitalters von dem Kampfe der freien Persönlichkeit wider die Staatsgewalt ausgegangen. Auch Cobden empfand eine fast schwärmerische Begeisterung für den nüchternen Gedanken des improvement, des materiellen Fortschritts, er hielt sich für den auserwählten Apostel des allgemeinen Völkerglücks. Freilich konnten seiner weltbürgerlichen Lehre, da sie von diesem selbstgefälligen, alle Ausländer verachtenden Inselvolke herkam, arglistige kaufmännische Hintergedanken unmöglich fehlen. Er selbst zeigte für fremde Völker mehr Verständnis als die meisten seiner Landsleute, er bewunderte Preußen, sogar die Einheit Deutschlands und Italiens war ihm nicht schreckhaft. Doch schon beim Beginn seiner öffentlichen Wirksamkeit sagte er trocken: „unser einziges Ziel sind die gerechten Interessen Englands, ohne Rücksicht auf die Zwecke anderer Nationen." Seine Doktrin vom allgemeinen freien Warenaustausch beruhte auf der stillschweigenden Voraussetzung, daß England die Großindustrie der weiten Welt beherrschen, anderen Völkern nur die Urproduktion sowie einzelne schwer zu verpflanzende Gewerbszweige überlassen müßte. Wie Canning und Palmerston einst die konstitutionelle Phrase, so schätzte Cobden die freihändlerische Phrase als einen einträglichen Ausfuhrartikel, der die Runde um den Erdkreis machen, alle Nationen für die Interessen der britischen Handelsherrschaft gewinnen sollte. Da die klugen Fabrikanten diesen geheimen Zweck der Freihandelslehren alsbald durchschauten, so schwoll die Bewegung unaufhaltsam an, bis der leitende Staatsmann Robert Peel ihr nicht mehr widerstehen konnte.

Obschon Peel als Sohn eines reichen, durch Fleiß und Klugheit emporgekommenen Baumwollspinners selbst dem Bürgertum angehörte, hatte er doch mit Cobdens Weltanschauung nicht das mindeste gemein. Gleich seinem Vater, dem die Arbeiter für unzählige Beweise werktätiger Menschenliebe immer dankbar blieben, stand er von jeher hoch über der Klassenselbstsucht der Fabrikanten. Er wuchs auf in den Gesinnungen der Torypartei, der Hochkirche, der altüberlieferten gediegenen klassischen Bildung, und sah in Pitt das Ideal des Staatsmannes; der ruhige, erwägsame, vorsichtige Mann erschien wie ein geborener Konservativer. Und doch beschied ihm das Schicksal die Rolle des Reformers. Die rasch schreitende Zeit zwang ihn wieder und wieder die Ansichten seiner Partei

sorgsam zu prüfen, und sobald er einsah, daß sie dem Wohle des Landes nicht mehr entsprachen, dann trat er stets mit hoher sittlicher Kühnheit für die erkannte neue Wahrheit ein, unbekümmert um den Widerspruch alter Freunde, unbekümmert um das engherzige Parteiherkommen, das sich Ethics of party nannte. Selten hat ein Staatsmann seine Meinung über große politische Fragen so oft verändert, ohne doch je sich selber untreu zu werden. Schon als junger Mann wagte Peel im Parlamente, „der Autorität, der er immer gefolgt war", seinem eigenen Vater zu widersprechen, die Wiederaufnahme der Barzahlungen von der Bank von England zu verlangen. Dann erkannte er, wie Wellington, die Notwendigkeit der bisher von allen Torys bekämpften Emanzipation der Katholiken und verteidigte diese Reform, die für alle demokratischen Neuerungen der nächsten Jahrzehnte den Weg öffnete. Der Reformbill selbst widersetzte er sich gleichwohl hartnäckig, bis zum Ende; als aber die Entscheidung gefallen, die Mittelklasse in das Unterhaus eingezogen war, da konnte er sich nicht mehr verhehlen, daß der Schwerpunkt des alten aristokratischen Staatsbaues sich verschoben hatte. Jetzt als Minister entschloß er sich, der unaufhaltsamen Freihandelsbewegung nachzugeben und also die Politik der Reformbill weiterzuführen.

Die Mehrzahl seiner Toryfreunde versagte sich ihm. Im Bunde mit den alten Gegnern, mit den Whigs und den Radikalen schritt er vorwärts, umbraust von den jubelnden Zurufen der Mittelklassen, ein Staatsmann, der die Zeit nicht mit schöpferischen Gedanken beherrschte, sondern gewissenhaft von ihr lernte, auch als Redner nicht glänzend, aber stark durch Rechtschaffenheit, Offenheit und durch den Mut, das Notwendige zu wollen. Die stolzen Herren vom alten Tory-Adel verwünschten den Baumwollspinner, der trotz seines fürstlichen Reichtums doch immer ein Plebejer bliebe und seine Partei ehrlos verriete*), und der junge Heißsporn der Torys Benjamin Disraeli sagte: eine solche konservative Regierung ist nur eine große Heuchelei. Aber schon begannen die Arbeiter sich den sozialistischen Gedanken des Chartismus zuzuwenden, Riesenpetitionen um Erweiterung der Volksrechte bestürmten das Parlament. Der dumpfe Groll der Massen und der Notstand der Gewerbe im Nordwesten zwangen die Regierung zur Tat.

Im Jahre 1842 wurden fast zwei Drittel aller Zollsätze des alten Tarifs aufgehoben oder herabgesetzt. Andere Zollermäßigungen folgten bald. Dann brachte (1845) eine schwere Mißernte unsägliches Elend über das Inselreich, zumal über Irland. Jedermann sah, Großbritannien war zu einem Industrielande geworden, der heimische Ackerbau reichte nicht mehr aus um die mächtig angewachsene städtische Bevölkerung zu ernähren. Nach solchen Erfahrungen wagte Peel den entscheidenden Schritt;

*) Bunsens Bericht, 30. Jan. 1846.

im Mai 1846 wurden die Kornzölle aufgehoben. Die Lords stimmten zu, denn der eiserne Herzog warnte: fügen wir uns jetzt nicht freiwillig, dann wird das Oberhaus späterhin gezwungen oder vernichtet werden. So aussichtslos erschien jetzt schon jeder Widerstand gegen die aufstrebenden Mittelstände. Wenige Wochen nachher mußte Peel zurücktreten. Die alten Gegner hatten ihm zum Siege verholfen, nun rächten sich die geschlagenen Freunde. Löste er das Parlament auf, dann konnte er sicher eine starke Mehrheit erlangen, aber — so sagte er zu Bunsen — nur durch den Beistand der Radikalen, „und mit den Radikalen gehe ich nicht."*). So schied er aus, ein Opfer des Parteigeistes, und noch lange feierte ihn das Bürgertum als den volkstümlichsten aller britischen Staatsmänner. Er wußte daß er, im Geiste seines edlen Vaters, den arbeitenden Klassen eine große Wohltat erwiesen, aber auch die Handelsmacht seines Landes befestigt hatte; denn die rücksichtslose nationale Selbstbehauptung war ihm ebenso heilig wie allen seinen Landsleuten. Für die Zwecke der Handelspolitik verschmähte auch er die kleinen Künste leerer Vorspiegelungen nicht; sagte er doch einmal dem preußischen Gesandten: Ihr müßt euch mit uns über die Zollfragen verständigen, denn sonst könnte leicht ein französisch-amerikanisches Seebündnis die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit des Festlandes bedrohen!**)

Seine Erbschaft übernahmen die Whigs, und sie mußten fortan oft mit den Radikalen zusammengehen, obgleich ihre eigenen Führer fast allesamt den stolzesten und vornehmsten Adelsgeschlechtern angehörten. Lord Palmerston, der wieder in das Auswärtige Amt eintrat, konnte also nunmehr die alte Politik der heimlichen Friedensstörung mit verdoppelter Kraft fortsetzen, er konnte die Bären des Kontinents bald nach der liberalen, bald nach der freihändlerischen Pfeife tanzen lassen. Die Sieger gefielen sich in maßloser Selbstberäucherung. Cobden rief freudetrunken: „Freihandel ist das internationale Gesetz des Allmächtigen; nicht bloß England, sondern die ganze Welt ist für jetzt und für immer an dem Kampfe der Kornliga beteiligt." Seine Anhänger verglichen das Jahr 1846 mit der Revolution von 1688. Und allerdings griff die Aufhebung der Korngesetze sehr tief in alle sozialen Verhältnisse ein, sie demokratisierte die Gesellschaft, wie einst die Reformbill den Staat.

Wenn Cobden in Reden und Schriften den Grundherren stets versichert hatte, sie würden unter der Reform nicht leiden, so erwiesen sich diese Beschwichtigungsversuche alsbald als Irrtum oder als berechnete Täuschung. Die Grundrente sank beträchtlich, und wie der englische Adel sich immer der Zeit zu fügen verstand, so erkannte er auch jetzt schnell, daß er seine Stellung über dem Bürgertum nur noch durch die Machtmittel des Bürgertums

*) Bunsens Bericht, 10. Juli 1846.

**) Bunsens Bericht, 26. Aug. 1844.

selber einigermaßen behaupten konnte. Er begann, da der Grundbesitz nicht mehr genug abwarf, an Eisenbahnen, Banken, industriellen Unternehmungen aller Art teilzunehmen, und nicht lange, so betrieb der Sohn des Herzogs von Argyll, ohne Ärgernis zu erregen, eine einträgliche Weinhandlung. Die alten Ehrbegriffe und Vorurteile des Standes zerstoben vor der Übermacht des Geldes, derweil der deutsche Adel arm, aber ritterlich blieb. Kaufmännische Luft durchwehte das gesamte Leben der Nation. Das unentbehrliche letzte Notmittel gegen die Verwilderung der Gesellschaft, das Duell kam außer Brauch und verschwand bald gänzlich; die Reitpeitsche verdrängte Degen und Pistole, und dieser Sieg der Roheit ward als ein Triumph der Aufklärung gefeiert. Bei aristokratischen Hochzeiten zählten die Zeitungen in einem genauen Konto sorgfältig auf, wie viel jeder Hochzeitsgast an Geschenken oder barem Gelde gespendet hatte; selbst die Jugend betrieb ihren Sport als Geschäft und kämpfte um wertvolle Preise, während die deutschen Studenten sich um der wirklichen oder vermeintlichen Ehre willen ihre Gesichter zerfetzten. Die Kluft zwischen den deutschen und den britischen Sitten erweiterte sich mehr und mehr. Was die Puritaner von Shakespeares fröhlichem altem England noch übrig gelassen hatten, ging nunmehr völlig unter in der Prosa des Geschäftslebens. Demgemäß wurde fortan auch die Haltung des Inselreichs in der Staatengesellschaft noch mehr als bisher durch die Berechnungen der Handelspolitik bestimmt.

Der Umschwung in England erfüllte die Freihändler aller Länder mit Siegeszuversicht, ihre Lehren behaupteten während der nächsten zwei Jahrzehnte fast überall in der gesitteten Welt die Oberhand. Alle die neuen Erfindungen, deren das Jahrhundert sich rühmte, wirkten als völkerverbindende Mächte; sie durch Zollschranken zu hemmen schien fast unvernünftig. Es begann eine lange Zeit wechselseitiger Handelserleichterungen und sie förderte den Wohlstand. Nachher zeigte sich doch wieder, wie viel mehr der innere Markt bedeutet als der Weltverkehr; die Völker des Kontinents erfuhren, daß der freie Wettbewerb die Übermacht des Starken nicht ausgleicht, sondern erhöht, und die halbverschollenen Ideen Lists gewannen neues Ansehen. Zunächst folgte Nordamerika dem Beispiel Englands und erniedrigte einen Teil seiner Zölle.

Deutschland hatte einst, als unsere Industrie noch in den Windeln lag, aus den britischen Kornzöllen Vorteil gezogen, denn sie verhinderten uns damals mit dem übermächtigen Inselreiche gefährliche Verträge zu schließen; jetzt lasteten sie längst schon schwer auf dem deutschen Ackerbau und Getreidehandel. Ihre Aufhebung wurde also überall in Norddeutschland freudig begrüßt. Die Berliner Finanzpartei vernahm mit begreiflicher Genugtuung, daß England endlich nachholte, was Preußen schon vor achtundzwanzig Jahren gewagt hatte. Und wie liebenswert erschien den Deutschen Peels bürgerlich ehrenfestes Wesen; gerade seine stolze Selbständigkeit, die

ihn den Torys verdächtig machte, gefiel unserem noch nicht ganz vom Parteigeist beherrschten Volke. In Elbing, wo Prince Smith so lange gewirkt hatte, beschloß die Kaufmannschaft, dem Reformer einen Glückwunsch zu senden. Peels Antwort zeigte, daß auch ehrliche Engländer, wenn sie mit Ausländern reden, ihren heimatlichen cant schwer aufgeben; er schrieb: „so finden wir im Handel das Mittel die Zivilisation zu befördern, Eifersucht und nationale Vorurteile zu beschwichtigen und einen allgemeinen Frieden herbeizuführen, aus nationalem Interesse sowohl wie aus christlicher Pflicht." Inzwischen löste Cobden seine Liga auf und unternahm eine Triumphreise durch das Festland, um überall den Stamm einer internationalen Freihandelspartei anzusammeln. In Deutschland wurde der schlichte freundliche Mann sehr herzlich empfangen, am wärmsten in Hamburg. Dort feierte, dem großen Briten zu Ehren, der vaterlandslose radikale Freihandel seine Saturnalien. Der Präsident der Kommerzdeputation Ruperti ließ „die Erzeugerin jeder anderen Freiheit, die Handelsfreiheit" hoch leben. Cobden pries die unvergleichliche Handelspolitik der Hansen, dann schloß er weihevoll: „lehret eure Nachbarn eurem Beispiel zu folgen" — und gewiß konnte England sich Glück wünschen, wenn der Zollverein die Bahn hamburgischer Erbweisheit eingeschlagen hätte.

Tief schmerzlich wurde Friedrich List durch die englischen Nachrichten berührt. Er hatte zwar selber, da er ja nur Schutz für die Industrie verlangte, die Kornzölle stets bekämpft; dennoch fürchtete er — mit Unrecht, wie sich bald zeigte — die freihändlerische Wendung der britischen Politik würde der deutschen Volkswirtschaft Verderben bringen. Während die Kornliga ihren Cobden durch eine glänzende Dotation ehrte, belohnten die süddeutschen Fabrikanten ihren unermüdlichen Vorkämpfer nur sehr kärglich — nicht eigentlich aus Geiz, sondern aus kleinstädtischer Unerfahrenheit, weil man in Deutschland eine solche Agitation kaum erst kannte, ihren Wert nicht zu schätzen wußte. Der edle Mann, den alle Gegner für bestochen hielten, kämpfte beständig mit Nahrungssorgen, und es war einer der vielen tragischen Widersprüche seines stürmischen Lebens, daß der Todfeind der Bureaukratie jetzt selbst versuchte eine Stellung im Beamtentum zu erlangen. Doch in der schwäbischen Heimat wie in Bayern speiste man ihn mit schmeichelhaften Worten ab; sein Feuergeist hätte sich in der geregelten Beamtentätigkeit auch schwerlich zurechtgefunden. So trieb er sich rastlos umher. Einmal kam er auch nach Österreich und suchte dann in einem Aufsatze zu erweisen, daß die reichen, dünn bevölkerten Länder der ungarischen Krone das natürliche Gebiet für die deutsche Auswanderung bildeten — lockende Gedanken, denen nur leider jeder historische Boden fehlte; denn die Zeit der großen Ostlandsfahrten war längst vorüber, den modernen Menschen trieb der Drang in die Ferne nach dem amerikanischen Westen.

Als die Entscheidung in England herannahte, eilte List nach London,

und es gelang ihm leicht, den sanguinischen, für neue Gedanken immer empfänglichen Bunsen ganz zu bezaubern.*) Dort verfaßte er einen langen Aufsatz über die Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland — eine seltsame Denkschrift, die sich nur aus seiner leidenschaftlichen patriotischen Besorgnis erklären ließ. Wer hatte schärfer als List die großartige Selbstsucht der britischen Handelspolitik durchschaut? wer klarer erkannt, daß die Engländer in Deutschland ihren gefährlichsten Nebenbuhler sahen? Und dieser selbe Mann suchte jetzt die Briten zu gewinnen durch Lobreden, die der Insulaner als pflichtschuldigen Tribut der verachteten Foreigners stets kaltblütig hinnimmt; er zeigte ihnen, daß sie ihre Überlegenheit gegen Nordamerika und gegen eine drohende russisch-französische Allianz nur dann behaupten könnten, wenn sie sich fest mit Deutschland verbündeten; darum müßten sie, selber beim Freihandel verharrend, darein willigen, daß Deutschland durch hohe Schutzzölle des Zollvereins allmählich erstarkte. In dem Augenblicke also, da die englische Regierung zum Freihandel überging, mutete er ihr zu, in Deutschland ein strenges Schutzzollsystem zu begünstigen, das seine Spitze doch nur gegen Großbritannien richten konnte. Wunderlicher hat ein genialer politischer Kopf kaum jemals geirrt.

Diese Abhandlung sendete List an Peel und Palmerston, unbekümmert um das Kopfschütteln des preußischen Gesandten. Beide Staatsmänner antworteten, wie sich von selbst verstand, höflich ablehnend. Peel erinnerte an den Glaubenssatz der Freihändler, daß jede Nation die Waren erzeugen solle, die sie am billigsten hervorbringe; Palmerston aber sagte mit einer frommen Salbung, die dem alten Schalk ergötzlich anstand: „der Freihandel wie die Wohltätigkeit beginnt zu Hause." Zugleich wurde die Denkschrift nach Berlin geschickt, und List wagte, in einem begleitenden Briefe dem Könige seine Dienste anzubieten, obgleich seine Partei alle diese Jahre hindurch die preußische Politik bis aufs Blut bekämpft hatte. „Es ist falsch", so schrieb er, „wenn man mich für einen Gegner Preußens hält." Er glaube aber, „daß der Geist des erleuchteten Herrschers von Preußen nicht immer der Geist der preußischen Bureaukratie sei." Und „deshalb", fuhr er fort, „bestehe ich getrost das Wagnis, in einer Sache, die das höchste Wohl des Vaterlandes in Frage stellt, von einer befangenen Bureaukratie an die glückliche Geistesfreiheit und Geistesstärke Ew. K. Majestät zu appellieren." Er schloß mit der Erklärung, „daß ich bereit sei, mit Freuden jede Bürde zu tragen, die Ew. K. Majestät in Ihrer Weisheit und zum Besten des Vaterlandes meinen Schultern aufzulasten für gut finden sollten."**)

Brief und Denkschrift mußten dem Monarchen gefallen. Die Ausfälle auf die Bureaukratie taten ihm wohl, und im Grunde des Herzens war er noch immer schutzzöllnerisch gesinnt, gleich dem Prinzen von

*) Bunsens Berichte, 26. Juni, 31. Juli 1846.

**) List an König Friedrich Wilhelm, 31. Juli 1846. S. Beilage XXXII.

Preußen. Nun wies ihm List nach, daß der Zollverein mit dem geliebten England auch dann in guter Freundschaft leben könnte, wenn er strenge Schutzzölle einführte. Was konnte ihm willkommener sein? Friedrich Wilhelm wünschte lebhaft, den durch Bunsen und Rönne warm empfohlenen Verfasser der Denkschrift im preußischen Dienste anzustellen, etwa als General-Inspektor der Eisenbahnen und Fabriken des Zollvereins oder als Leiter der deutschen Kolonisation in Posen, wie Bunsen vorschlug. Freilich konnte eine solche Ernennung nicht sogleich erfolgen, weil der Zwiespalt im hohen Beamtentum noch fortwährte. Als Kühne eben in diesen Tagen für die nochmals erledigte Stelle des Finanzministers vorgeschlagen wurde, da verlangte der König, Kühne müsse sich erst mit List, der nach Berlin berufen werden sollte, über die Grundsätze der Handelspolitik verständigen. Hierauf konnte sich Lists alter Gegner nicht einlassen, und diese Weigerung diente als Grund oder als Vorwand um den liberalen Kandidaten, der sich ohnehin nicht der königlichen Gunst erfreute, vom Ministerrate fern zu halten.*)

Von allen diesen Plänen erfuhr List kein Wort. Er erhielt vorläufig nur ein einfaches Dankschreiben aus Berlin und kehrte fast mutlos in die Heimat zurück. Hier übermannte ihn gänzlich die schreckliche Hypochondrie, die seinen fröhlichen Sinn schon so oft gemartert hatte. Er wähnte sich verfolgt von aller Welt, da ihm die Gegner seine groben Angriffe durch schmähliche Verleumdungen heimzahlten; er fühlte sich unfähig zu jeder Arbeit und obwohl für seine nächste Zukunft noch hinreichend gesorgt war, so meinte er doch die Zeit nahen zu sehen, da seine Feder ihn und seine heißgeliebte Familie nicht mehr ernähren könnte. Völlig krank, von fieberhafter Unruhe gepackt unternahm er noch eine zwecklose Reise, und im November 1846 gab er sich in Kufstein selbst den Tod. Dies schauerliche Ende eines reichen Lebens erschütterte die gesamte Nation. Auf dem Kufsteiner Kirchhofe, dicht an der deutschen Grenze, wurde „Deutschlands Friedrich List" unter einem großen Grabsteine gebettet, Sammlungen der Parteifreunde sicherten den Unterhalt der Hinterlassenen, und manche klagende Stimme nannte ihn ein Opfer deutscher Undankbarkeit. In Wahrheit war sein Tod nur die Folge einer unheimlichen Krankheit, die ihm zuletzt die Freiheit des Willens benahm. Wer darf sagen, ob diese Prophetennatur, die nur wecken, erregen, entflammen, nicht leiten konnte, in einem mächtigen Parlamente glücklicher gewirkt hätte? Das aber ist sicher: das Elend unserer Kleinstaaterei, die einen großen politischen Charakter so gar nicht zu ertragen vermochte, hat ihm sein ganzes Leben vergällt und getrübt. Erst die Nachwelt würdigt ganz was unvergänglich war in seinem Schaffen. —

In allen diesen Zollvereinshändeln sprachen die beiden streitenden

*) Nach Kühnes Aufzeichnungen.

Parteien das Verlangen nach nationaler Macht so stürmisch aus, daß sogar die selbstgenügsamen Hansen nicht umhin konnten, ihre patriotische Gesinnung irgendwie zu betätigen. Schon im Jahre 1841 entwarf Bürgermeister Smidt von Bremen den Plan eines deutschen Schiffahrtsbundes, der allen deutschen und österreichischen Schiffen, dem Auslande gegenüber, eine gemeinsame Heimat (country) sichern sollte. Smidt legte seine Entwürfe dem preußischen Hofe und dem Fürsten Metternich persönlich vor. Um sie zu verteidigen, bereiste sodann der hamburgische Bundesgesandte Karl Sieveking die deutschen Hauptstädte, ein treuer Patriot von hoher Bildung und ernster Frömmigkeit, der, mit Neander und General Gerlach nahe befreundet, als Mitbegründer des Rauhen Hauses allen Kirchlichgesinnten teuer war.

Leider bewies Smidts Denkschrift nur, wie doktrinär auch ein kluger Staatsmann künsteln kann sobald er sich scheut das Notwendige zu wollen. Daß der Bundestag die nationale Schiffahrt nicht zu beschützen vermochte, stand längst außer allem Zweifel; ward aber neben dem Deutschen Bunde und neben dem Zollvereine noch ein Schiffahrtsbund errichtet, so verwirrte sich die deutsche Politik, die dem Auslande jetzt schon kaum verständlich war, bis zum Unerträglichen. Und war es nicht eine naive Zumutung, daß der Zollverein, der mit der einzigen Ausnahme Preußens nur aus Binnenstaaten bestand, durch seine Gesamtmacht der hansischen Schiffahrt Begünstigungen verschaffen sollte — ohne jede handelspolitische Gegenleistung? Nun gar der Vorschlag, auch Österreich in den Schiffahrtsbund aufzunehmen, erschien fast wie eine Bedrohung des Zollvereins selbst. Kurz und schlagend bemerkte Canitz: das einfache Mittel zur Begründung des Schiffahrtsbundes wäre der Eintritt der Hansestädte in den Zollverein; aber dieser Unannehmlichkeit will man entgehen!*) Auch das preußische Auswärtige Amt wollte sich auf nichts einlassen, da Bülow noch auf den Anschluß der Nordseeküste hoffte; überdies, schrieb der Minister (28. März 1843), hat Preußen schon durchgesetzt, daß England die Vorhäfen im wesentlichen wie die Zollvereinshäfen behandelt, „es ist hierdurch ein Teil gewonnen (und wir glauben so viel als das Bedürfnis erfordert) von demjenigen was der vorgeschlagene deutsche Schiffahrtsbund bezweckt."**)

Einige Jahre nachher (1845) nahm Rönne, der in immer neuen Entwürfen schwelgte, den also gescheiterten Plan wieder auf und verband damit den Vorschlag eines Differenzialzoll-Systems, wie es Arnim in seinem Testamente empfohlen hatte. Eine Denkschrift des preußischen Handelsamts verlangte, daß die deutschen Küstenstaaten zu einem Schiffahrtsbunde zusammenträten um die deutsche Schiffahrt zu begünstigen, das

*) Canitz' Berichte, März 1843.

**) Bülow, Weisung an Canitz, 28. März 1843.

Ausland durch kräftige Retorsionen zur Milderung seiner Schiffahrtsgesetze zu nötigen und also die allgemeine Handelsfreiheit vorzubereiten. Freudig ging König Friedrich Wilhelm auf Rönnes Vorschläge ein; sein allezeit begeisterter Bunsen meinte schon, dieser Schiffahrtsbund würde die Briten zur Aufhebung der Navigations-Akte zwingen.*) In den Hansestädten vertrat der Bremische Senator Duckwitz die patriotischen Gedanken mit schönem Eifer; auch durch eine veröffentlichte Denkschrift verteidigte er Rönnes Pläne. Obgleich er selbst weiter blickte als seine Mitbürger, so konnte er sich doch nicht verbergen, daß die Hansen dem Zollvereine so bald nicht beitreten würden, und schrieb also an List beschwichtigend: die Schiffahrtssache sei viel wichtiger als „der elende Hader über Zollanschluß". Auf diesen elenden Zollanschluß kam aber schlechterdings alles an; denn solange die Nordseeküste sich der nationalen Zollgemeinschaft versagte, schwebte der Schiffahrtsbund in der Luft. Mit vollem Rechte erwiderten Kühne, Beuth und die anderen erfahrenen Geschäftsmänner des Finanzministeriums: ein solcher Bund könnte höchstens die deutschen Schiffe einander gleichstellen, nicht aber ihre Ladungen, und dies sei doch das Wesentliche. Zudem hatte der Zollverein bisher alle Unterscheidungszölle verschmäht; der Gefahr feindseliger Retorsionen, welche ein Differenzialzoll-System immer in sich birgt, konnte er sich doch nur aussetzen, wenn die Vorhäfen ihm wirklich gehorchten.

Trotz dieser augenfälligen Bedenken verfolgte Rönne seine Pläne weiter; der Zwiespalt in der Leitung der preußischen Handelspolitik zeigte sich grell. Im Jahre 1847 verhandelte Geh. Rat v. Patow deshalb zu Bremen mit Duckwitz und jenem Hannoveraner Witte, den man erst kürzlich wegen grober Feindseligkeit aus Berlin hatte ausweisen müssen. Er versicherte mit warmen Worten, sein König wünschte durch den Schiffahrtsbund „das Prinzip der deutschen Einheit " zu sichern. Doch mit löblicher Gesinnung allein ließ sich die harte Geschäftssache nicht bewältigen, schließlich scheiterte alles an dem entschiedenen Widerspruche Hamburgs. Die Senatoren Kirchenpauer und Geffcken entwarfen eine gründliche Denkschrift über „das Differenzialzoll-System", die alsbald gedruckt und von der Freihandelspartei mit Jubel begrüßt wurde. Siegreich in der Kritik, wies sie nach, daß Hamburgs Zwischenhandel, wie er war, Unterscheidungszölle in der Tat nicht ertragen konnte. Irgend einen Gegenvorschlag zum Schutze der deutschen Schiffahrt boten die Hamburger freilich nicht, denn nach ihrer Meinung war die schimpfliche Anarchie an unserer Nordseeküste ein beneidenswerter Zustand des „Freihandels"; und frohlockend verkündete Prince Smith im Berliner Freihandelsvereine, daß wieder einmal nichts zu stande gekommen war.

Mittlerweile hatte die preußische Regierung in London sehr nachdrück-

*) Bunsens Berichte, 31. Juli 1846, 11. Aug. 1847 ff.

lich ähnliche Vergünstigungen, wie sie Hannover durch seinen Sondervertrag erlangt, auch für den Zollverein gefordert; sie verlangte, daß England alle Fahrten deutscher Schiffe in der gesamten Nord- und Ostsee als direkte Fahrten behandeln solle. Die Briten weigerten sich, denn inzwischen war Gladstone, der geschworene Feind Deutschlands in das Kabinett eingetreten. Da kündigte der Berliner Hof (1847) den Vertrag von 1841, der einst die Süddeutschen so sehr erbittert hatte, und bewies damit abermals, daß er wirklich nicht gemeint war sich von England ins Schlepptau nehmen zu lassen. Diese Kündigung erregte in Downingstreet heftigen Unwillen, und doch trug sie dazu bei, daß endlich ein Entschluß zur Reife kam, der ohnehin schon längst in dem neuen Whig-Kabinett erwogen wurde. Seit dem Beginne der Freihandelspolitik ließ sich Cromwells Werk, die Navigationsakte kaum noch halten; die übermächtige englische Handelsflotte bedurfte auch nicht mehr dieser Stütze, die ihr volle zweihundert Jahre hindurch so große Dienste erwiesen hatte. Um Weihnachten 1847 ward der Ministerrat einig; die Thronrede kündigte dem Parlamente an, daß die Navigationsakte demnächst fallen solle. Die deutsche Schiffahrt durfte also in naher Zukunft eine lange gewünschte Erleichterung erwarten.

Ungeschreckt durch das Mißlingen seines Schiffahrtsbundes, brachte der unermüdliche Duckwitz doch noch ein für die deutsche Schiffahrt folgenreiches Unternehmen zu stande. Wie kläglich lag unsere Ausfuhr noch darnieder: als der unternehmende Fritz Harkort seinen Dampfer „Rhein" gradeswegs von Köln nach London zu senden wagte (1837), da mußte er das Schiff, damit es nur die See halten konnte, mit Pflastersteinen füllen. Und was für lächerliche Kämpfe hatte Duckwitz vor wenigen Jahren erst gegen die bösen Welfischen Nachbarn führen müssen. Damals beabsichtigte er, auf der oberen Weser bis nach Hameln hinauf eine Dampfschiffahrt einzurichten; daß dies möglich war, hatte Harkort durch eine kühne Probefahrt schon bewiesen. Alle die landesüblichen kleinen Bedenken und Hindernisse waren endlich beseitigt; bei Liebenau aber, auf hannoverschem Gebiete lagen mitten im Strombett einige Felsblöcke, die den Fluß für die gewöhnliche Fahrt der Dampfschiffe sperrten. Diese Liebenauer Steine zu sprengen hielt die hannoversche Regierung für unmöglich; sie wollte auch an das aussichtslose Wagnis kein Geld verschwenden, weil der Flußverkehr der Zollkasse weniger einbrachte als die Frachtfuhren auf den Landstraßen. Da erschien eines Tages bei Duckwitz einer von Harkorts Fahrtgenossen, der Schiffer Rolff aus Preußisch-Minden und erklärte dreist: „wenn Sie mir 250 Taler versprechen, so schaffe ich die Liebenauer Steine weg." Er empfing die Zusage und erwirkte sich auch die Erlaubnis des hannoverschen Amtmannes, der den tapferen Preußen für einen tolldreisten Narren hielt. Nach einigen Wochen kam er wieder nach Bremen und meldete: „die Liebenauer Steine liegen hier im Hafen!" So ward

die obere Weser befreit — für 250 Taler — und die Dampfschiffahrt konnte beginnen. Der welfische Hof aber verwand es nicht, daß ihm die Berechnungen seiner Handelspolitik so freventlich gestört wurden, und ließ gegen Rolff wegen verbotener Steine-Ausfuhr ein Strafverfahren einleiten, das erst nach längerer Zeit wieder eingestellt wurde.

Diese Händel waren kaum beendet, da wagte Duckwitz schon, an eine transatlantische Dampfschiffahrt zu denken. Bisher war erst eine Dampferlinie nach Nordamerika in regelmäßigem Betriebe, die von der englischen Regierung reichlich unterstützte Cunard-Linie zwischen Liverpool und Neuyork. Die schwachen Maschinen der Dampfer arbeiteten freilich noch so unsicher, daß viele Postverwaltungen vorzogen, bei günstigem Passatwinde rasche Segler zu benutzen; denn grade in diesen Jahren erreichte die Segelschiffahrt ihren Höhepunkt, es war die Zeit der gerühmten amerikanischen Klipper. Als nunmehr die Vereinigten Staaten den Plan faßten, eine Dampferlinie nach dem Festlande Europas einzurichten und zu unterstützen, da bewirkte der Konsul Man, angeregt durch Duckwitz und andere Bremer Kaufherren, daß die Weserstadt zum Zielpunkte dieser Linie gewählt wurde. Die Union verständigte sich darauf mit den deutschen Staaten, obgleich England kräftig entgegenzuwirken suchte. Zwei Dampfer, Washington und Hermann wurden ausgerüstet; Amerika zahlte 100 000 Dollars Unterstützung für jedes Schiff, Deutschland insgesamt 286 000, davon Preußen und Bremen je 100 000 Dollars. Und wie reiche Zinsen trug dies Opfer, das die radikalen Freihändler für Verschwendung erklärten. Der regelmäßige Verkehr rief ganz von selbst neue Geschäftsverbindungen hervor; alle deutschen Postverwaltungen bedienten sich der Bremischen Dampfer, so daß sich hier zuerst der Keim eines gesamtdeutschen Postwesens zeigte; und binnen acht Jahren stieg der Wert, der über Bremen nach Nordamerika ausgeführten Industriewaren von 3,3 auf 16 Mill. Tlr. Es war der bescheidene Anfang einer gewaltigen Entwickelung, die schließlich dahin führte, daß Deutschlands überseeischer Handel größer wurde als sein Handel mit dem europäischen Ausland.

Und wie viele andere Unterlassungssünden noch, die man in der langen Zeit binnenländischer Verstockung kaum bemerkt hatte, erschienen jetzt als eine nationale Schmach; die Deutschen besannen sich wieder auf sich selber und gedachten ihrer alten Seeherrschaft. Die Publizisten, List voran, forderten ungeduldig eine deutsche Flagge; mit vollem Rechte, denn die Ausländer wußten kaum, daß es ein Deutschland gebe, und sogar unsere Seeleute, die sich mit den besten der Welt kühnlich messen durften, standen draußen doch in geringem Ansehen, zumal da sie, nach dem bescheidenen alten deutschen Brauche, nur halb so hohen Lohn empfingen wie die englischen. Ebenso lebhaft wurde die Einsetzung deutscher Konsuln verlangt; Preußen besaß ihrer zwar schon 230, doch fast durchweg nur kaufmännische Wahl-Konsuln, und sie durften andere Deutsche nicht vertreten.

Am lautesten aber erklang der Ruf nach einer deutschen Kriegsflotte. Vor einem Menschenalter noch hatte es jedermann ganz in der Ordnung gefunden, daß Preußen die in Antwerpen erbeuteten französischen Kriegsschiffe, als unnütz für Deutschland, einfach den Engländern schenkte; dann waren am Bundestage einmal einige verlorene Worte gefallen über die Ausrüstung deutscher Kriegsschiffe gegen die Barbaresken.*) Jetzt endlich, seit der Zollverein das nationale Selbstgefühl gekräftigt hatte, erkannten die Deutschen mit Scham, welche lächerliche Rolle ihre waffengewaltige Landmacht auf den Meeren spielte. Leider waren die Verhältnisse den patriotischen Flottenplänen sehr ungünstig. Die Hansen, die auch in ihren überseeischen Kommanditen mit den Zollvereinsfirmen sehr schlechte Nachbarschaft hielten, hatten sich durch kaufmännisches Geschick eine leibliche Stellung in den meisten Staaten des Auslands gesichert, und da sie noch ganz in den Überlieferungen der alten unwürdigen Neutralitätspolitik befangen waren, so fühlten sie gar nicht, daß sie doch nur von der Gnade der Fremden lebten. Der Kaufmannsgeist ertötete den nationalen Stolz; an der Hamburger Börse bezweifelte niemand, daß eine deutsche Kriegsflotte den friedsamen Handel der Hansen nur stören könne. Dem preußischen Staate aber war der Sinn für den Wert der Seemacht allmählich ganz abhanden gekommen, da er seine kriegerische Kraft zu Lande, um Deutschlands willen, so übermäßig anspannen mußte.

Das Wasser ist bekanntlich nicht unser Element — so sagte ein tüchtiger Offizier in einer Denkschrift über die Flottenfrage. Mit Neuvorpommern hatte Preußen auch einige schwedische Ruderschaluppen im Strelasunde übernommen; dazu noch zwei leibhaftige Seeoffiziere, die auf der Berliner Parade manchmal als ergötzliche Wundertiere Aufsehen erregten. Unter dem alten Könige wurde der Plan einer Küstenflotte oft und gründlich erwogen, die Sparsamkeit der Minister vereitelte jedoch alle Hoffnungen. Der neue Monarch hatte als Kronprinz lange das pommersche Armeekorps befehligt und in Stettin den alten Oberpräsidenten Sack oft beweisen hören, daß sein Pommern nicht bloß des Küstenschutzes, sondern einer starken, die Ostsee beherrschenden preußischen Flotte bedürfe. Sacks Lehren fielen auf fruchtbaren Boden; Friedrich Wilhelm wurde seit dem Großen Kurfürsten der erste Hohenzollersche Herrscher, der wieder ein Verständnis für die See zeigte. Freilich bloß das Verständnis des geistreichen Dilettanten.

Zur Zeit lebte in Preußen nur ein einziger vornehmer Mann, der das Seewesen in großem Sinne und mit dem Ernst des Fachmanns betrachtete: Prinz Adalbert, der General-Inspekteur der Artillerie. Wie oft entscheiden Jugendeindrücke über ein ganzes Leben. Als Prinz Adalbert zu Fischbach am Fuße des Riesengebirges, unter den Augen seiner

*) S. o. II. 175.

Eltern, des Prinzen Wilhelm und der frommen Prinzessin Marianne heranwuchs, da erzählte ihm ein Spielgefährte, Graf v. d. Gröben oftmals von den Taten seines Ahnherrn, des afrikanischen Helden der Kurbrandenburger; auch der befreundete Nachbar Feldmarschall Gneisenau sprach gern von seinen amerikanischen Wanderfahrten. Seitdem träumte der feurige wageluſtige Prinz von der weiten Ferne. Dann unternahm er große Seereisen, als Gast an Bord englischer, russischer, sardinischer Kriegsschiffe, und lebte sich in den Beruf des Seemanns ein. Er lernte die Welt kennen und begriff, wie eng das binnenländische Leben seiner Heimat war. Für ein wachsendes Volk — so wiederholte er oft — kein Wohlstand ohne Ausbreitung, keine Ausbreitung ohne überseeische Politik, keine überseeische Politik ohne Flotte. Von Halbheiten wollte er jedoch nichts wissen; vielmehr sagte er voraus, daß eine kleine Flotte den großen Seestaaten wie eine aufreizende Anmaßung erscheinen würde; wolle man den kühnen Wurf wagen, dann müsse Deutschlands Seemacht bald stark genug werden um sich zur Schlacht auf die hohe See hinauszuwagen. Solchen Plänen seines jugendlichen Vetters hörte der König gern zu, aber die Bedenken der Minister vermochte er nicht zu besiegen. Zunächst befahl er nur (1842) den Bau des ersten königlich preußischen Kriegsschiffs, der Korvette Amazone, die befehligt von dem dänischen Kapitän Dirckinck-Holmfeld, zur Einübung der Navigationsschüler häufig die Ostsee, zuweilen auch den Ozean befuhr. Dies war, außer einigen königlichen Postdampfern in der Ostsee, vorläufig alles, was den Namen einer deutschen Marine verdiente; denn jedermann wußte, daß Österreichs Flotte, die Erbin Venedigs den Zwecken deutscher Politik niemals dienen konnte. Sehnsüchtig wiederholten die Patrioten die Klage aus Freiligraths „Flottenträumen“:

Sprach irgendwo in Deutschland eine Tanne:
O könnt' ich hoch als deutscher Kriegsmast ragen!
O könnt' ich stolz die junge Flagge tragen
Des ein'gen Deutschlands in der Nordsee Banne! —

Wie dringend Deutschland einer Seemacht bedurfte, das ward grade jetzt sehr schmerzlich empfunden, da die anhaltende Auswanderung, die dem Vaterlande so ganz verloren ging, in weiten Kreisen das Verlangen nach deutschen Kolonien erweckte. Bunsen sprach darüber oft mit seinen englischen Freunden. Unermüdlich ließ er seine politischen Seifenblasen in die geduldige Luft steigen, Peel und Aberdeen standen freundlich lächelnd dabei, hielten ihm das Seifenbecken und schlugen den Schaum. Sobald sich das Gerücht von einer deutschen Nationalflagge verbreitete, sagte Aberdeen zärtlich: das ist ein ausgezeichneter Gedanke; Englands Interesse verlangt, daß sich zwischen der britischen und der französischen Marine einige Zwischen-Seemächte (des marines intermédiaires) bilden.*) Als Bunsen aber den leitenden Minister unschuldig fragte, ob England eine

*) Bunsens Bericht, 20. Juni 1843.

seiner Kolonien an Deutschland abtreten könne um den Gefahren unserer Übervölkerung abzuhelfen, da erwiderte Peel: das ließe sich schwer ausführen; warum wolle Deutschland nicht lieber Puerto Rico erwerben? Diese Insel war freilich viel zu klein, ihr tropisches Klima auch für starke europäische Ansiedlungen ganz ungeeignet; sie besaß jedoch den großen Vorzug, daß sie der Krone Spanien gehörte, die englische Großmut konnte sie mithin ohne schmerzliche Unkosten den Deutschen anbieten.

Aus diesem Gewoge nebelhafter Entwürfe tauchte doch einmal ein Plan auf, der nicht völlig aussichtslos schien. Kalifornien, das wüste Land an der Südsee, dessen Goldschätze damals noch niemand ahnte, war zur Zeit fast herrenlos, die bankrotte Republik Mexiko schien nicht abgeneigt, das wertlose Besitztum für mäßigen Preis zu veräußern. Was konnte den ideenreichen Köpfen Rönnes und Bunsens willkommener sein? Beide hofften dies kalifornische Land für Preußen zu erwerben und in der Bai von San Francisco einen großen Freihafen zu gründen. Aberdeen zeigte sich wieder sehr großmütig; er stimmte fröhlich zu und fragte, ob Preußen nicht gleich weiter nördlich ausgreifen und das Gebiet von Oregon dazu erwerben wolle. Allerdings mußte Bunsen wissen, daß die Vereinigten Staaten, nach der Monroe-Doktrin, eine europäische Kolonie auf ihrem Kontinente nicht dulden würden; er erfuhr sogar aus dem eigenen Munde des amerikanischen Staatssekretärs Mac Lane, daß die Unions-Regierung ernstlich beabsichtigte, die Wirren in Mittelamerika zu benutzen um ihr eigenes Gebiet bis zur Meerenge von Panama auszudehnen. Trotzdem war die Erwerbung Kaliforniens nicht ganz undenkbar, wenn Preußen sich insgeheim mit Mexiko verständigte und — seine Kolonie durch eine Seemacht beschützte! Auch dafür wußte Bunsen Rat; wann wäre er je um einen Einfall verlegen gewesen? Dänemark, der Todfeind der alten Hansa, der Unterdrücker des Deutschtums in Schleswig, war doch Mitglied des Deutschen Bundes und konnte die Kosten seiner Flotte nur schwer erschwingen. Weshalb sollte also der Dänenkönig nicht Großadmiral der neuen Hansa, des Zollvereins werden und als solcher die preußische Kolonie Kalifornien mit seinem Danebrog verteidigen? Dann genügten ein oder zwei preußische Bataillone um das Land im Innern zu sichern. Diese Vorschläge entwickelte der preußische Gesandte seinem Amtsgenossen, dem Grafen Reventlow, einem eifrigen Dänen, der insgeheim den englischen Hof für die Vernichtung der Selbständigkeit Schleswigholsteins zu gewinnen suchte, doch mit Bunsen nahe befreundet war und auch jetzt die zärtlichen Worte nicht sparte. Das Auswärtige Amt aber konnte nicht umhin, die Berichte des erfindungsreichen Diplomaten am Rande mit einigen großen Fragezeichen zu schmücken, und Bunsen fühlte sich tief bekümmert, als seine Ideen von dem natürlichen Tode aller Seifenblasen ereilt wurden.*)

*) Bunsens Berichte, 25. Aug. 1842, 30. Juli 1844, 5. März 1845, 18. Aug. 1846.

Auf solche Torheiten verfielen deutsche Diplomaten, weil sie ohne Flotte überseeische Politik treiben wollten; die Warnungen des Prinzen Adalbert bestätigten sich nur zu sehr. Auch der Hamburger Sieveking konnte gegen Englands Widerspruch nichts ausrichten, als er die neuseeländischen Chatham-Inseln für Deutschland zu erwerben suchte. Zudem hatte sich das öffentliche Urteil über die Bedeutung kolonialen Besitzes noch keineswegs geklärt. Sehr tüchtige deutsche Männer hielten das Zeitalter der Kolonialpolitik für überwunden und abgetan, derweil England fortfuhr, Jahr für Jahr neue zukunftsreiche Pflanzungsländer in allen Weltteilen zu erwerben; sie machten aus der Not eine Tugend und priesen Deutschland glücklich wegen der binnenländischen Beschränktheit seines politischen Lebens. Selbst der beredte Verteidiger der nationalen Handelspolitik Heinrich v. Arnim behauptete: der Zollverein könne eben deswegen günstige Handelsverträge schließen, weil er glücklicherweise keine Kolonien besitze. Seit dem Abfall der Union und des spanischen Amerikas galt es im Lager der radikalen Freihändler für ausgemacht, daß jede zur Reife gelangte Kolonie sich unfehlbar von dem Mutterlande losreißen müsse. Man bemerkte nicht, daß jene beiden großen Revolutionen durch ganz eigenartige historische Verhältnisse bedingt waren und sich nicht notwendig überall wiederholen mußten; man bemerkte noch weniger, wie Großes England und Spanien, trotz des politischen Abfalls ihrer Kolonien, durch die weite Verbreitung ihrer Nationalität, ihrer Sprache und Sitte in der Welt gewonnen hatten. Der Erdkreis war jetzt aufgedeckt, eine neue barbarische Völkerwanderung nicht mehr zu befürchten; die Massenariſtokratie der Europäer begann sich in die Herrschaft der überseeischen Welt zu teilen, und an diesem ungeheueren Kampfe, welcher die zweite Hälfte des Jahrhunderts füllte, nahmen die Deutschen nur einen sehr bescheidenen Anteil.

Die Auswanderung, die ihren Weg noch immer fast ausschließlich nach Nordamerika nahm, verdreifachte sich in kurzer Zeit, sie wuchs in den Jahren 1840—47 von 34 000 auf 110 000 Köpfe. Auch Preußen, das sich bisher durch seine freie soziale Gesetzgebung leidlich geschützt hatte, blieb von der Bewegung nicht mehr unberührt; im Jahre 1846 wanderten mehr denn 16 000 Preußen aus, die Mehrzahl aus den winzigen Landgütern des dichtbevölkerten Regierungsbezirks Trier. Da die Demagogenverfolgung vorläufig aufgehört hatte, so befanden sich jetzt unter den Ausziehenden nur wenige gebildete Männer; alle anderen überragte der Thüringer J. A. Röbling, ein genialer Ingenieur, der durch seine Drahtseilbahnen und Hängebrücken bekannt, nachher durch die Überbrückung des Niagara und des East River weltberühmt wurde. Die kleinen Leute aus den süddeutschen Dörfern, die den Stamm der Auswanderer bildeten, mußten schon auf der Überfahrt viel leiden, weil die elenden Segelschiffe in den Hansestädten keiner strengen Aufsicht unterlagen. Drüben verschwanden sie meist sehr schnell in dem übermächtigen fremden Volkstum; die Turn-

und Gesangvereine, in denen sie noch ihre vaterländischen Erinnerungen pflegten, bedeuteten für die Politik gar nichts. Grade in diesen Jahren zeigten die Yankees den deutschen Einwanderern fast nur Hohn und Verachtung.

In Deutschland war man noch fast ratlos. Einige Redner in den süddeutschen Kammern empfahlen zwar die Auswanderung als letztes Heilmittel wider die angeblich drohende Übervölkerung. Mehrere bedrängte Gemeinden in Sachsen, Hessen, Baden gaben ihren Armen sogar Reisegeld und Wegzehrung für die Fahrt nach dem gelobten Westen. Die Regierungen aber erkannten, welchen unersetzlichen Verlust das Vaterland durch die Auswanderung erlitt, und Minister Bodelschwingh sagte gradezu: wir dürfen dies nationale Unglück mindestens nicht fördern. Andererseits fühlten sie alle, daß sie den unbändigen Wandertrieb nicht hemmen, höchstens die Agenten, deren verlockende Anzeigen schon in jedem Dorfwirtshause Süd- und Mitteldeutschlands aushingen, schärfer beaufsichtigen konnten. Was sollte nun geschehen um die Auswanderer zu beschützen und dem alten Volkstum zu erhalten? Eichhorn suchte die Frage in einer geistvollen Denkschrift zu beantworten (Febr. 1845). Der gewiegte Zollvereinspolitiker sah wohl ein, daß Deutschland ohne Seemacht keine eigenen Kolonien erwerben konnte; trotzdem hoffte er „die Auswanderung dem Vaterlande wieder nutzbar zu machen", wenn sie, durch die preußischen Konsuln geleitet, sich in zusammenhängenden Massen ansiedelte und dann Kirche und Schule, unter Beihilfe des Mutterlandes, für die Erhaltung deutscher Sprache und Sitte wirkten. Selbst diese anspruchslosen Vorschläge schienen dem Auswärtigen Amte gefährlich, und leider waren seine Bedenken nicht ohne Grund. Niemand kann zwei Vaterländer haben, und es frommte wahrlich nicht, den Deutschen, die schon daheim in so unklaren politischen Verhältnissen lebten, den Ernst des Staatsgedankens noch mehr zu verdunkeln. Jede Nationalität wird zum Zwitter, wenn sie sich von ihrem Staate löst; über die abtrünnigen Söhne des Vaterlandes, die freiwillig amerikanische Bürger wurden, durfte Preußen keinerlei Schutzrecht ausüben, sobald die Unionsregierung, wie sich leicht voraussehen ließ, Einspruch erhob.

Verwandte Gedanken regten sich unter den Auswanderern selbst. In Texas entstand ein freimaurerischer Orden Teutonia, der seine Mitglieder zur Wahrung der nationalen Eigenart verpflichtete. Ein höheres Ziel setzte sich der „Verein zum Schutze der deutschen Einwanderung in Texas"; er hoffte eine selbständige Kolonie, vielleicht gar einen deutschen Staat zu gründen, weil Texas, von Mexiko losgerissen, noch nicht zu fester politischer Ordnung gelangt war. Die Herzoge von Nassau, Coburg, Meiningen, der Fürst von Rudolstadt, der Landgraf von Homburg sowie neunzehn Fürsten und Grafen vom mediatisierten Reichsadel gehörten ihm an; Fürst Leiningen, der vielgeschäftige Stiefbruder der

Königin Victoria führte den Vorsitz. Das Vorbild des mildtätigen Friedrich Wilhelm hatte überall im hohen Adel philanthropischen Eifer erweckt; man schwärmte für die Rettung der Notleidenden und suchte, vorerst noch ohne Erfolg, die Hilfe des frommen Königs zu gewinnen.*) Leider ward das wohlgemeinte Unternehmen mit der ganzen Leichtfertigkeit geschäftsunkundiger vornehmer Herren eingeleitet; das Kapital von 80 000 Dollars genügte nicht von ferne; auch die politische Berechnung erwies sich als falsch, da Texas schon 1845 in die Union eintrat. Prinz Karl von Solms-Braunfels, ein phantastischer, gutmütig prahlerischer junger Mann zog selbst hinüber, er gründete die Stadt Neu-Braunfels und eine Ortschaft Sophienburg, nach dem Namen einer deutschen Fürstin, die er glühend verehrte; doch lange hielt er nicht bei der Stange aus. Von den 5000 Auswanderern, die der Fürstenverein in den Jahren 1845 und 46 nach Texas führte, gingen mehr denn zwei Drittel elend zu Grunde; die 1500 welche endlich, unter der kräftigen Führung des Generalkommissärs v. Meusebach, sich selber zu helfen lernten, wurden zu deutsch-englischen Amerikanern, wie alle die anderen deutschen Einwanderer in der Union. Der klägliche Untergang dieses im Jahre 1847 aufgelösten Fürstenvereins war ein Unglück auch für die deutsche Politik; denn die Radikalen, die im stillen überall mit wachsendem Erfolge arbeiteten, bemächtigten sich schadenfroh der traurigen Vorfälle, und noch in den Volksversammlungen des Revolutionsjahres sprachen die Demagogen gern von den Tausenden wackerer Plebejer, die an der Fieberküste von Texas als Opfer fürstlichen Leichtsinns gefallen waren. Es stand nicht anders: solange Deutschland keine Reichsgewalt besaß, gingen alle seine Auswanderer dem Staate, die meisten auch dem Volkstum der Heimat verloren. —

Gewaltig veränderte sich mittlerweile das volkswirtschaftliche Leben durch den fortschreitenden Eisenbahnbau. Die Notwendigkeit der neuen Erfindung zeigte sich schon jetzt so deutlich, daß der Widerspruch mehr und mehr verstummte. Unter den namhaften Politikern Europas blieben nur noch zwei unversöhnliche Widersacher: der Restaurator der Staatswissenschaft K. L. v. Haller und der Deutschrusse Cancrin, der doch nicht hindern konnte, daß schon bei seinen Lebzeiten einige Bahnbauten in dem Zarenreiche begonnen wurden. Im preußischen Heere fanden die skeptischen Ansichten des Generals Aster nur noch wenig Anklang. H. v. Moltke, der jetzt heimgekehrt als Major im Generalstabe stand, trat sogar in den Verwaltungsrat der Berlin-Hamburger Eisenbahn und beantwortete in einem lichtvollen Artikel der Deutschen Vierteljahrsschrift die Frage: „welche Rücksichten kommen bei der Wahl der Richtung von Eisenbahnen in Be-

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 5. Dez. 1843.

tracht?" Auch andere tüchtige Offiziere verlangten, daß die Regierung den Bau der Eisenbahnen nach einem durchdachten Plane leiten müsse.*) Da der König schon als Kronprinz ähnliche Meinungen gehegt hatte, so wurden im Staatsministerium (1842) die Grundzüge eines die gesamte Monarchie umfassenden Eisenbahnnetzes festgestellt; und immer wieder drängte sich die Erwägung auf, ob man nicht kurzweg Staatseisenbahnen bauen solle.

Die Finanzen erfreuten sich einer beneidenswerten Blüte; das blieb immer die starke Seite der Regierung Friedrich Wilhelms. Die Staatsschuld sank bis zum Jahre 1847 auf 137 Mill. Tlr., die Staatsschuldscheine standen sehr hoch im Kurse. Nach der glücklich vollendeten Einziehung der fünfprozentigen Papiere wagte man jetzt schon, die Verzinsung von 4 auf $3^1/_2$ Proz., noch unter den landesüblichen Zinsfuß, herabzusetzen, obwohl Graf Alvensleben in gerechter Besorgnis warnte, diese Politik der peinlichen Zinsenersparnis würde die Staatsgläubiger sehr hart treffen und das Privatkapital vielleicht zu schwindelhaften Unternehmungen verführen.**) Zugleich hob sich der Ertrag der Domänen in den Jahren 1833—48 von 4,2 auf 5,25 Mill. Tlr.; nach der knappsten Berechnung empfing der Staat aus seinem gesamten Vermögen eine Rente von 6,25 Mill. jährlich, während er nur noch eine Zinsenlast von 5 Mill. trug. Trotz des Steuererlasses wuchs auch das Einkommen aus den Abgaben beständig, und im Jahre 1847 bezog die Monarchie schon eine regelmäßige Gesamteinnahme von mehr denn 67 Mill. Tlr. Darum wurden Staatseisenbahnen, wie die Beratungen der Vereinigten Ausschüsse deutlich erkennen ließen,***) in weiten Kreisen für unbedenklich und notwendig gehalten. Unmöglich konnte man doch behaupten, daß Privatbeamte den Eisenbahndienst, der nur strenge Ordnung und Ehrlichkeit verlangt, besser besorgen sollten als das bewährte Staatsbeamtentum; der Stachel des freien Wettbewerbs, der sonst die Privatunternehmungen zu großen Leistungen anspornt, fiel hier hinweg, da die Eisenbahnen tatsächlich ein Monopol besaßen.

Nach alledem begann selbst der alte Minister Rother sich mit dem Gedanken des Staatsbaues zu befreunden. Als er einige Monate nach der Entlassung der Vereinigten Ausschüsse dem Ministerium (21. Febr. 1843) eine große Denkschrift „zur Förderung des Eisenbahnbaues" einreichte, da sprach er offen aus: an sich sei der Staatsbau wohl vorzuziehen, weil der Staat ohnehin schon Herr der Straßen sei, weil er besser verwalte als Aktiengesellschaften und bei dem günstigen Stand der Staatsschuld das Wagnis wohl auf sich nehmen könne. Dem gegenüber aber stand

*) Generalmajor v. Röder an Thile, 12. Mai 1841, nebst Denkschrift des Majors Fischer über die Eisenbahnlinien.

**) Alvensleben an Thile 12. März; Voß an Thile, 13. März 1842.

***) S. o. V. 184 ff.

das alte unüberwindliche staatsrechtliche Bedenken: ohne Reichsstände durfte die Krone keine Anleihen aufnehmen, auch hatte sie den Provinzialständen bereits angekündigt, daß sie für jetzt auf Staatsbahnen verzichte. Deshalb allein empfahl Rother ein vermittelndes System, das offenbar den Übergang zu dem Staatsbahnsystem der Zukunft bilden sollte. Er verlangte, der Staat müsse die Hauptlinien unter seiner Leitung und Aufsicht durch Aktiengesellschaften bauen lassen, und ihnen aus seinen regelmäßigen Einnahmen 2 Mill. Tlr. jährlich zuschießen, auch nötigenfalls eine Verzinsung von $3^1/_2$ Prozent verbürgen, die Zinsen seiner eigenen Aktien aber nebst neuen Überschüssen in einem besonderen Eisenbahnfonds ansammeln um späterhin, nach zwanzig Jahren etwa, die Bahnen selbst anzukaufen. Also erscheine der Staat immer nur als Gläubiger, nie als Schuldner, und das Staatsschuldengesetz von 1820 bleibe unverletzt.*) Obwohl diese letzten Sätze sich mit guten Rechtsgründen anfechten ließen, und mehrere der andern Minister, zumal der sparsame Thile, die Pläne des klugen alten Herrn allzu kühn fanden, so drang er doch bei dem Monarchen durch. Im wesentlichen nach seinen Vorschlägen wurde die Eisenbahnpolitik während der nächsten Jahre gehandhabt.

Das Privatkapital in den mittleren und den westlichen Provinzen zeigte sich gewagten Unternehmungen nur zu sehr geneigt. Jetzt zum ersten Male wurde Berlin von dem Fieber wüsten Aktienschwindels ergriffen, das seitdem noch so oft wiederkehren sollte. Das böse Beispiel gab England. Da die Geschäftswelt von der Überlegenheit großer Eisenbahnen noch nichts ahnte, so drängten sich in Großbritannien die Gründungen. In den zwölf Jahren bis 1844 waren dort 44 Eisenbahngesellschaften entstanden, in dem einen Jahre 1845 bildeten sich 118 neue; geplant waren ihrer noch 1263 mit einem angeblichen Kapitale von 562 Mill. Lstrl.**) und es bedurfte noch vieljähriger schlimmer Erfahrungen, bis sich endlich die große Nordostbahngesellschaft aus der Verschmelzung von 37 kleinen Bahnen bildete. Vor diesem Übermaße des Schwindels blieb Preußen freilich bewahrt, dank seiner Armut und der strengeren Staatsaufsicht. Immerhin ward der Tanz um das goldene Kalb ganz schamlos. Männer aus allen Ständen, selbst Offiziere in Uniform, berühmte Künstler und Gelehrte drängten sich täglich in das winklige Börsengebäude neben dem Dom um mit den Aktien aller Länder zu schachern. Da wurden durch das Gesetz vom 24. März 1844 alle Zeitkäufe über inländische, alle Geschäfte über ausländische Aktienpromessen plötzlich verboten. Das von Bodelschwingh entworfene, strenge aber notwendige Gesetz wirkte furchtbar, weil es ganz unvermutet von der absoluten Krone ausging, und keinerlei ständische Verhandlungen die Geschäftswelt darauf vorbereitet hatten.

*) Rother, Promemoria zur Förderung des Eisenbahnbaues, an Thile übersandt, 21 Febr. 1843.

**) Bunsens Bericht, 18. Nov. 1845.

Die Folge war, daß nach schweren Verlusten das Privatkapital sich scheu zurückzog und alle Börsen über Geldmangel klagten.

Trotzdem schritt der Bahnbau vorwärts. Bis zum Jahre 1847 wurden in Preußen 280 Meilen Eisenbahnen eröffnet und der Staat übernahm eine Zinsbürgschaft für 29 Mill. Tlr. Es wurden vollendet oder der Vollendung nahe gebracht die großen Linien nach Stettin, nach der schlesisch-österreichischen Grenze, nach Sachsen und weiter westlich durch Thüringen. Nachdem Mecklenburg und Hamburg einen beträchtlichen Teil des Anlagekapitals — weit mehr als Preußen selbst — übernommen hatten und der kleinliche Widerspruch der Krone Dänemark endlich überwunden war, kam auch die Berlin-Hamburger Bahn zu stande. Besondere Schwierigkeiten bereitete die wichtige Verbindung Berlins mit den westlichen Provinzen. Ein Glück nur, daß im braunschweigischen Finanzwesen der rührige Direktor v. Amsberg fast unumschränkt schaltete. Der hatte schon seit den zwanziger Jahren, weit vorausschauend, große Pläne für ein nordwestdeutsches Eisenbahnsystem begonnen und dann, als er bei dem welfischen Königshofe nichts durchsetzen konnte, im Jahre 1838 die erste deutsche Staatsbahn, Braunschweig-Wolfenbüttel-Harzburg, gegründet. Die Bahn blühte schnell auf in dem verkehrsreichen Ländchen und bildete den Stamm der großen Straße zwischen Spree und Rhein. Im Osten schlossen sich preußische Linien an; es waren, nach der Weise dieser Zeit, mehrere kleine Gesellschaften, die sich erst mühsam untereinander verständigen mußten: die Magdeburg-Halberstädter und die bis nach Magdeburg ausgedehnte Berlin-Potsdamer Bahn. Im Westen trat Hannover hinzu. König Ernst August sträubte sich lange, doch sobald er die Notwendigkeit erkannte betrieb er den Bahnbau mit gewohnter Tatkraft und bestand nur noch darauf, daß die Linie recht viel hannoversches Land durchschneiden müsse. Preußen forderte eine Bahn von Hannover nordwestwärts über Neustadt, damit von Nienburg aus eine Zweigbahn nach Bremen erbaut und Westfalen also auf dem kürzesten Wege mit dem Weserplatze verbunden würde. Dem widersprach der Welfe; er verlangte die südliche Linie Hannover-Minden, um nachher von irgend einer hannoverschen Station aus eine sehr unbequeme, aber sehr lange und rein-welfische Bahn nach Bremen bauen zu können. Da man den störrischen Alten weder zwingen noch überzeugen konnte, so gab Preußen schließlich nach und bewilligte die Linie Braunschweig-Hannover-Minden.*) Daran schloß sich endlich die große Bahn von Minden nach Köln. So geschah es, daß die gewerbreiche Provinz Westfalen, deren Volksmann Harkort schon vor langen Jahren für den Bahnbau gekämpft hatte, erst sehr spät, seit 1847 in den großen Eisenbahnverkehr eintrat. Ihre Fabriken und Bergwerke hatten unter der langen Säumnis schwer gelitten.

*) Berichte an den König, von Thile, 3. März 1842, von Bodelschwingh, 29. März 1843, von Flottwell und Canitz, 30. Okt. 1845.

Unterdessen mußte die preußische Regierung erfahren, daß sie mit der behutsamen Politik der Unterstützungen und Zinsgarantien nicht zum Ziele gelangte. Die neue französische Ostbahn begann eine große Linie bis zur preußischen Grenze bei Forbach; von der andern Seite her baute die pfälzische Ludwigsbahngesellschaft eine Bahn durch die Berge des Westrichs bis gegen Neunkirchen hin. Kamen diese Bauten zum Abschluß, dann war eine Schienenverbindung zwischen Frankreich und Deutschland — die einzige unmittelbare die damals möglich schien — fast vollständig hergestellt. Nur ein kleiner Streifen preußischen Gebietes trennte noch die beiden Endpunkte, und in ihm lagen die großen, zumeist dem Staate gehörigen Kohlengruben des Saarbrückener Beckens. Da war kein Zaudern möglich; die Krone entschloß sich (1847) zum Bau der ersten preußischen Staatsbahn, der kurzen, für die Volkswirtschaft hochwichtigen Saarbrückener Bahn.

Diese kleine Strecke konnte zur Not noch ohne Anleihe, durch die reichen Überschüsse der Staatseinnahmen gebaut werden; doch mittlerweile trat eine neue, ungleich schwerere Aufgabe an den Staat heran. In dem geplanten Eisenbahnnetze fehlte noch ein wichtiges Glied, die große Ostbahn nach Königsberg; und der König hielt es mit Recht für eine Ehrenpflicht, sein geliebtes, durch die Ungunst der geographischen Lage so schwer bedrängtes Altpreußen baldigst mit der Hauptstadt und dem großen mitteleuropäischen Verkehre zu verbinden. Über die Richtung der Bahn wurde lange gestritten. Rönne, der immer seine absonderlichen Gedanken hegte, empfahl „wegen des Seeverkehrs" die Linie von Stettin durch Hinterpommern; er kannte unseren Osten wenig, er wußte nicht, daß Hinterpommern wesentlich ein Binnenland ist, weil die Ostsee minder tief als andere Meere in das Leben ihrer Uferländer einwirkt. Der König schien anfangs den Vorschlägen dieses vertrauten Ratgebers geneigt. Seine Minister aber hatten von den Erfahrungen der jüngsten Jahre gelernt und sahen ein, daß die Eisenbahnen wo möglich dem Zuge der alten verkehrsreichen Handelswege folgen mußten; sie rieten daher, die Ostbahn über Landsberg die Warthe entlang nach Bromberg und alsdann abwärts am Weichseltale hin zu führen. Diese Meinung siegte, weil auch die ostpreußischen Landstände den König beschworen, seiner alten stolzen Weichselstädte nicht zu vergessen.*) Da versagte sich das Privatkapital. Die Eisenbahngesellschaft, der das große Bankhaus J. Mendelssohn und mehrere der angesehensten Männer Ostpreußens angehörten, erklärte plötzlich: bei dem Geldmangel, der seit dem neuen Aktiengesetze die Börsen heimsuche, vermöchte sie die 32 oder 40 Mill. Tlr. für das gewaltige

*) Rönnes Denkschrift über die Ostbahn, 14. Jan. 1845. Berichte an den König, von Rother 9. Dez. 1844, von Flottwell 16. Jan. 1845. König Friedrich Wilhelm an Flottwell 18. März, 17. Okt. 1845. Eingabe des preußischen Provinziallandtages an den König, 1. Febr 1845. Protokoll des Staatsministers, 13. Nov. 1845.

Unternehmen unmöglich aufzubringen. Jetzt blieb nichts übrig als ein verzweifelter Entschluß; nach so vielen Verheißungen und Vorarbeiten konnte die Krone nicht mehr zurück. Am 16. März 1847 beschloß das Staatsministerium: der Staat müsse nunmehr selber die Ostbahn bauen und von dem demnächst zusammentretenden Vereinigten Landtage sogleich eine große Anleihe verlangen. Der König genehmigte den Antrag; er ahnte nicht, wie seltsam das Schicksal seiner Ostbahn sich noch mit dem Verfassungskampfe verschlingen sollte.*)

Derweil Preußens Handelspolitik also beständig durch staatsrechtliche Bedenken gehemmt wurde, brauchten die kleineren Bundesstaaten, dank ihren Verfassungen, solche Schwierigkeiten nicht zu überwinden. Sie erfreuten sich zudem blühender Finanzen, denn für die Verteidigung des Vaterlandes hatten sie allesamt Preußen allein sorgen lassen, Baden verwendete nur ein Fünftel seiner Staatsausgaben auf das Heerwesen. Darum konnten sie früher als Preußen den Staatseisenbahnbau wagen; die meisten von ihnen sahen sich sogar dazu gezwungen, weil das Privatkapital in Süddeutschland und in Hannover weniger Unternehmungslust zeigte als in Preußen oder Sachsen. Nur Braunschweig und Baden erkannten von Haus aus grundsätzlich die Vorzüge des Staatsbahnwesens.

In Braunschweig spürte man überall die starke Hand Amsbergs, der in diesen Geschäften alle anderen deutschen Staatsmänner überragte. In Baden hatte Nebenius den Staatsbau durchgesetzt; die Ausführung entsprach jedoch dem frei gedachten Plane wenig. Obgleich dies Land seine handelspolitische Bedeutung wesentlich dem Durchfuhrhandel verdankte, so drängten sich doch bald die kleinen örtlichen Interessen anspruchsvoll vor, und man gab den Schienen sogar eine von dem deutschen Normalmaße abweichende Spurweite, damit ja kein fremder Eisenbahnwagen in das Ländle hinüber käme. Die Schwäche des Staatseisenbahnsystems, die Parteilichkeit zeigte sich hier, in dem so lange durch politische Kämpfe zerrütteten konstitutionellen Musterstaate sehr häßlich. Lassen Sie Sich Ihre Bahn durch Ihren liberalen Abgeordneten bauen! — so antwortete Blittersdorff den klagenden Gemeinderäten der verkehrsreichen Fabrikstadt Lahr, die seitab von der Staatsbahn liegen blieb. Die mit dem Großherzogtum Hessen verabredete Main-Neckar-Bahn wurde nicht gradeswegs an den dichtbevölkerten Ortschaften der oberen Bergstraße vorbei nach Heidelberg geführt, aber auch nicht westwärts nach Mannheim, denn beide Städte standen in Ungnade wegen ihrer liberalen Gesinnung; man gründete vielmehr mitten zwischen beiden Orten in der sandigen Rheinebene den lächerlichen Knotenpunkt Friedrichsfelde. In Württemberg begann die Regierung seit 1841 den Staatsbau, weil sie umgangen zu werden fürchtete und das

*) Berichte an den König, von Rother 3. Jan. 1845, vom Staatsministerium 16. März 1847.

Privatkapital sich mutlos zeigte. Sie verfuhr fortan mit großem Eifer, erklärte sich entschieden gegen „die Korruption, die neue Feudalität" der Privateisenbahnen und wagte sogar, wenige Meilen von der Linie Augsburg-Lindau eine Parallelbahn Ulm-Friedrichshafen zu bauen, damit Bayern den Verkehr des Bodensees nicht an sich risse. Auch in Bayern vermochten die kleinen Gesellschaften, welche die Teilstrecken der Linie Augsburg-Hof übernommen hatten, sich nicht zu halten, und der Staat mußte selbst eintreten; nur die wohlhabenden, unternehmenden Pfälzer bauten sich ihre Bahnen durch Privatgesellschaften.

Die sächsische Regierung, die auf diesem Gebiete die reichsten Erfahrungen besaß, wollte sich zunächst die Vorteile des Durchfuhrverkehrs sichern und entwarf einen wohldurchdachten Plan für Bahnverbindungen mit Schlesien, Böhmen, Bayern; doch selbst in diesem gewerbreichen Lande konnte das Privatkapital nur die einträgliche Leipzig-Dresdner Linie, nicht die anderen minder ergiebigen Bahnen festhalten, und nach einigen Jahren sah sich der Staat auch hier gezwungen die Neubauten zu übernehmen. Hannover dagegen besaß, dank seiner erleuchteten Handelspolitik, noch gar keine großen industriellen Kapitalien und mußte daher von Haus aus den Staatsbau wagen. Er wurde eifrig, aber planlos betrieben; die beiden wichtigen Bahnen von Hamburg und Bremen mündeten nicht in der Hauptstadt, sondern einige Stunden entfernt in Lehrte und Wunstorf. Man wußte noch nicht und konnte nur durch die Erfahrung lernen, was ein Knotenpunkt im Bahnverkehr bedeutet. Die Kurhessen trugen sich schon seit vielen Jahren mit großen Bauplänen, sie hofften, daß Kassel den Mittelpunkt des deutschen Eisenbahnnetzes bilden sollte. Der Prinzregent aber verzögerte alles durch Trägheit und bösen Willen. Endlich durfte eine Aktiengesellschaft zur Verbindung von Thüringen und Westfalen zusammentreten; sie gewann die Gnade des Landesherrn, weil sie den stolzen Namen der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn annahm. Die Main-Weserbahn zwischen Kassel und Frankfurt sollte auf Staatskosten, gemeinsam mit Hessen-Darmstadt, gebaut werden; der Landtag bewilligte dazu eine Anleihe von 6 Mill. Tlr. Das Haus Rothschild, das diese Anleihe aufzulegen hatte, überschritt die vereinbarte Summe um 750 000 Tlr. und beanspruchte diesen Überschuß von $12^1/_2$ Prozent für sich selbst als sauer verdiente Provision. Es war ein öffentliches Geheimnis, wie der preußische Gesandte Graf Galen sagte, daß der getreue Hofbankier sich mit dem Kurprinzen in den Gewinn teilte, „daß auf Kosten des Landes der Regent in jüdischer Gemeinschaft gute Geldgeschäfte machte." *) Darum richtete der ehrliche Abgeordnete Wippermann nichts aus, als er in der Kammer den Gaunerstreich Rothschilds zur Sprache brachte.

Von Kiel nach Altona beförderte die königlich dänische Post auf der

*) Galens Bericht, 4. Juli 1846.

soeben erst vollendeten neuen Steinstraße täglich vier bis sechs Personen in dreizehn Stunden, und die schlichten Leute fragten ganz verwundert: was man denn noch mehr verlangen könne? — als in beiden Städten Vereine zur Begründung einer Eisenbahn zusammentraten. Der Plan schien anfangs fast aussichtslos; die Unternehmer baten sogar den Zaren Nikolaus, als dieser durch Holstein kam, um die Zeichnung einiger Aktien, damit das Werk durch den Zauber seines mächtigen Namens gefördert würde. Im Auftrage der Stadt Kiel ging dann Franz Hegewisch (1842) nach Kopenhagen und er behandelte seinen Gönner, den gescheiten, eitlen König Christian VIII. mit ärztlicher Klugheit; er legte ihm genaue Rechnungen vor und dazu den Antrag, daß die Bahn den Namen „König Christian VIII. Ostseebahn" führen solle.*) Eine solche Lockung wirkte in Kopenhagen ebenso unwiderstehlich wie in Kassel. Die Bahn wurde genehmigt und schon nach zwei Jahren dem Verkehr übergeben. Freilich ahnte der König nicht, was sich seine treuen Holsten bei dem Unternehmen dachten; er zeigte sich sehr aufgebracht, als Hegewisch bald nachher auf dem Kieler Ärztetage furchtlos sagte, dieser Schienenweg solle das ungeteilte Schleswig-Holstein fest mit dem deutschen Vaterlande verbinden. Um so mehr war er darauf bedacht, Lübeck niederzuhalten, die alte Feindin Dänemarks, die jetzt auch mit dem aufstrebenden Kiel einen scharfen Konkurrenzkampf führte. Weder eine Hamburg-Lübecker Bahn, noch eine Zweigbahn zum Anschluß an die Berlin-Hamburger Linie wollte er der verhaßten Stadt erlauben, und da auch Mecklenburg, ängstlich besorgt um seine eigenen Seeplätze Wismar und Rostock, einen Schienenweg nach Schwerin nicht gestattete, so blieb Lübeck, allein unter den Hansestädten, noch viele Jahre lang ohne Eisenbahnverbindung.

Bald fühlten die Verwaltungen selbst, daß die naturwüchsige Anarchie dieser kleinen Linien doch einiger Ordnung bedurfte; es entstanden vier große Eisenbahnverbände: eine norddeutsche Gruppe mit Berlin, eine niederrheinische mit Köln, eine südwestliche mit Frankfurt, eine bayrische mit Augsburg als Mittelpunkt. Die Verbände verständigten sich über einige gemeinsame Betriebsgrundsätze, vornehmlich über die Warenbeförderung; denn man begann jetzt schon zu begreifen, daß der Güterverkehr mehr bedeutete als der Personenverkehr, und die Tarifsätze der Eisenbahnen für viele Gewerbszweige wichtiger waren als die Schutzzölle. Trotz so mancher Mißgriffe und Torheiten blieb es doch ein erhebendes Schauspiel, wie tapfer dies Land ohne Hauptstadt dem zentralisierten, reicheren Frankreich vorausschritt. Was auch die Welschen prahlen mochten, die Sonne ging über Europa noch immer nicht im Westen auf. Im Volke regte sich zwar da und dort ein Widerstand. Viele bayrische Städtchen baten ihren König

*) Hegewisch, Entwurf eines königl. Patents über die König Christian VIII. Ostseebahn. März 1842.

dringend sie mit der Eisenbahn zu verschonen; sie ahnten dunkel, daß die neue Erfindung mancher kleinen für Fabrikanlagen ungeeigneten Ortschaft mehr Schaden als Nutzen bringen mußte. In der Presse wurden diese vereinzelten Gegner als törichte Schildbürger verspottet; denn fast überall sah man der neuen Zeit mit überschwenglichen Hoffnungen entgegen. Die Wünschelrute schien gefunden. Die Bürger des hannoverschen Pferdemarktes Peina sangen, als ihre Eisenbahn eröffnet wurde, beim Festmahle feierlich nach der Melodie des Landesvaters: „Peina bricht sich, Peina bricht sich eine neue Lebensbahn!"

Unterdessen hatten der Amerikaner Morse und der Engländer Wheatstone die deutsche Erfindung der elektrischen Telegraphie weiter gebildet und für den täglichen Verkehr nutzbar gemacht. Es ward hohe Zeit. Der alte optische Telegraph arbeitete gar zu unsicher; in nebliger Winterszeit geschah es wohl, daß ein Telegramm von London nach Berlin fünf Tage brauchte. Nun fand sich wieder ein deutsches technisches Genie, das die Arbeit der Fremden fortführte. Der preußische Artillerieleutnant Werner Siemens benutzte einen elastischen Pflanzenstoff, der jetzt zuerst in den Handel kam, die Guttapercha, um die Drähte der Telegraphenleitungen zu umhüllen und zu isolieren; zwischen Berlin und Großbeeren unternahm er den ersten Versuch (1847) und legte also den Grund für das deutsche Telegraphennetz. Die neue Firma Siemens und Halske arbeitete bald für den Weltmarkt. —

Unmöglich konnte die preußische Bank von diesem gewaltigen Umschwunge des Verkehrslebens unberührt bleiben. Sie hatte sich im letzten Jahrzehnt, seit 1837, unter Rothers umsichtiger Leitung kräftig entwickelt, den gefährlichen Effektenhandel eingeschränkt, ihren Wechselverkehr strenger geordnet und das leidige Defizit, das ihr noch von den napoleonischen Zeiten her anhing, wieder um 3,4 Mill. Tlr. vermindert.*) Ihr gesamter Umsatz stieg von 264,7 auf etwa 373,6 Mill. Tlr. Berlin war mit seinen 408 000 Einwohnern und 712 Großkaufleuten jetzt wirklich eine Großstadt, als Knotenpunkt der neuen Bahnen, als Handels- und Industrieplatz mächtig, sogar als Geldmarkt nicht mehr weit hinter Frankfurt zurück. Der Aktienschwindel, den der Staat leider durch die voreilige Herabsetzung seiner Schuldzinsen selbst genährt hatte, wirkte freilich mit; doch im wesentlichen waren die wachsenden Ansprüche an die Bank lediglich die natürliche Folge des erwachten Unternehmungsgeistes. Seit 1838 hatte das Privatkapital über 100 Mill. Tlr. für die preußischen Eisenbahnen aufgebracht, sicherlich mehr als der Staat selbst in so kurzer Zeit aufgewendet hätte.

Wie sollte die Bank den Anforderungen ihres jetzt fast vervierfachten Lombard- und Wechselverkehrs auf die Dauer genügen mit 6 Mill. Kassen-

*) S. o. III. 80 f.

anweisungen und den 2 Mill. bar, die ihr der Staatsschatz überwiesen hatte? Rother verlangte darum, daß die Bank einen um 10 Mill. Tlr. vergrößerten Betriebsfonds erhalten und dafür Noten bis zu demselben Betrage ausgeben müsse. Praktiker durch und durch, war er vom Regimentsschreiber zum Minister aufgestiegen und mit der Geschäftswelt immer in Fühlung geblieben. Wie er einst, zum Entsetzen des zünftigen Beamtentums, den Bankier Schickler in die Staatsschuldenverwaltung berufen hatte, so erklärte er jetzt: die Bankverwaltung bedürfe für ihre Noten des allgemeinen Vertrauens, für ihre erweiterte Tätigkeit einer genauen Kenntnis der augenblicklichen Marktverhältnisse; darum müßten die 10 Mill. durch das Privatkapital aufgebracht und den Inhabern der Bank-Anteilscheine eine stimmberechtigte Vertretung eingeräumt werden. Die Bank sollte mithin eine durch einen königlichen Präsidenten geleitete Staatsanstalt bleiben — denn einer Privatbank wollte Rother die Depositen der Gerichte nimmermehr anvertrauen — doch zugleich so unabhängig gestellt werden, daß sie durch den Ausschuß ihrer kaufmännischen Teilhaber gefährliche Zumutungen eines leichtsinnigen Finanzministers jederzeit abweisen konnte.

Rothers Vorschläge erschienen schüchtern, fast ängstlich gegenüber den Bedürfnissen des so mächtig angeschwollenen Verkehres. Doch ihr Grundgedanke war gesund, er entsprach dem volkstümlichen Geiste dieser Monarchie, die ja immer ihr Bestes geleistet hatte, wenn ihre starke Staatsgewalt mit den freien Kräften der Nation zusammenwirkte. Gleichwohl erhob sich von allen Seiten her leidenschaftlicher Widerspruch gegen die Pläne des Bankpräsidenten. Schön polterte in Briefen, die fast nur noch aus Schimpfwörtern bestanden, wider die Unwissenheit, die Anmaßung, die durch Tollheit grandiose Verrücktheit des Kommis Rother und seiner Juden. Der Grimmige lebte immer noch in den traurigen Erinnerungen des Jahres 1806; er fürchtete, ein Bataillon Franzosen in Trier würde genügen, um die 10 Mill. Banknoten sofort zu entwerten. Andererseits hatte der erfindungsreiche Bülow-Cummerow den Gedanken einer großen privilegierten, aber vom Staate unabhängigen Nationalbank aufgebracht, die mit 25 Mill. Kapital ausgerüstet, Hypotheken-, Giro-, Zettelbank, alles in allem sein sollte. Er verteidigte seinen Plan in zahlreichen Schriften, die er alle durch die gewandte Feder seines Neffen Killisch v. Horn ausarbeiten ließ, und erlangte die freudige Zustimmung Rönnes, dem niemals ein Plan zu nebelhaft war. Auch der Finanzminister Flottwell ließ sich überzeugen, er war Neuling im Bankwesen, wollte für den Staatshaushalt keine gefährlichen Verpflichtungen übernehmen und hörte gläubig zu, wenn ihm einige Berliner Börsenmänner Wunderdinge von der geplanten Nationalbank erzählten. Der König selbst schien anfangs, wie so oft schon, ganz durch Rönnes feurige Beredsamkeit gewonnen zu sein.

Dem alten Rother ward unheimlich zu Mute. Er fühlte längst,

daß sein trocken geschäftliches Wesen den geistreichen Monarchen langweilte, und fragte sogar einmal ehrlich an, ob er das Vertrauen Sr. Majestät noch besitze. Darauf antwortete der König sofort sehr gnädig — denn er wußte wohl, daß er keinen treueren Diener besaß —: „schlagen Sie Sich die Grillen aus dem Kopf und freuen Sie Sich vielmehr des großen Vertrauens Ihres herzlich wohlgeneigten F. W." Zugleich schrieb er, soeben aus dem Theater heimgekehrt, an Thile: „Hier, teuerster Thile, ein Brieflein des alten Rother, welcher raset. Beruhigen Sie ihn einstweilen und beweisen Sie ihm, daß er, chose incroyable, mit seiner Einbildungskraft durchgeht. Ich komme ganz durchbebt von klassisch-hellenischem Weh, von des alten schuldlosen Frevlers Ödipus Laios Sohnes donnerumhallt geheimnisvollem Ende." *) Trotzdem fühlte sich der Minister bedroht. Als im Dezember 1845 der Handelsrat versammelt wurde, um unter dem Vorsitze des Monarchen die Vorschläge Bülow-Cummerows zu vernehmen und alsdann zu entscheiden: ob Staatsbank oder Nationalbank? — da sagte Rother zu seinen Freunden bitter: ich werde nur mitberufen, weil ich ein alter Esel bin.**) Er sollte sehr angenehm enttäuscht werden. Es war doch ein gar zu ungeheuerlicher Gedanke, daß man diese Preußische Bank, die sich zum Ruhme der Monarchie aus hoffnungsloser Zerrüttung so ehrenhaft wieder emporgearbeitet hatte, mitsamt ihren erprobten Beamten und ihren alten Geschäftsbeziehungen jetzt plötzlich aufgeben wollte, um eine ganz neue Schöpfung zu wagen. Und welche Sicherheit bot das neue Unternehmen? Bülow selbst, der reiche, unabhängige Grundherr, hegte unzweifelhaft die besten Absichten, obgleich ihn die Berliner Geheimen Räte als einen gefährlichen Streber verleumdeten; er lebte nach dem guten Wahlspruche des zahlreichsten deutschen Adelsgeschlechts: „alle Bülows ehrlich." Aber die von ihm gegründete Ritterschaftliche Privatbank in Stettin, welcher die Anfänge des pommerschen Chausseebaus zu danken waren, stand niemals ganz fest; ihre Geschäftsführung zeichnete sich weder durch Klugheit noch durch Ordnung aus.

Solche Erwägungen machten auf Friedrich Wilhelm tiefen Eindruck. An seinen übrigen Herrschergaben begann er jetzt schon oft zu zweifeln, doch als ein getreuer Haushalter wollte er immer erfunden werden; seine Pflichten gegen die Staatsfinanzen nahm er sehr ernst, und in diesen Geschäften ging auch sein Urteil selten fehl. Bülow-Cummerows Vorschläge wurden also verworfen, der Bankpräsident schlug den Finanzminister. Die peinliche Frage, ob die 10 Mill. Banknoten nicht eine ungesetzliche Vermehrung der Staatsschuld bedeuteten, blieb vorerst unerledigt. Sie ließ sich jetzt, da der Staat ja nicht alleiniger Eigentümer der Bank bleiben sollte, fast mit gleich guten Gründen bejahen oder verneinen;

*) Rother an den König, 31. Okt.; König Friedrich Wilhelm an Rother 1. Nov., an Thile 1. Nov. 1845.

**) Nach Kühnes Aufzeichnungen.

der Wirrwarr des Verfassungsrechts — jedermann erfuhr es auf Schritt und Tritt — bedurfte endlich einer unzweideutigen Regelung. Am 11. April 1846 befahl eine Kabinettsordre die Neugestaltung der Preußischen Bank, im wesentlichen nach Rothers Vorschlägen; am 5. Okt. erschien demgemäß die neue Bankordnung. Rother erlebte noch die Freude, daß seine Noten, die er mit der äußersten Vorsicht bankmäßig gedeckt hatte, überall, auch im Auslande, unbedenklich wie bares Geld angenommen wurden und selbst in den Stürmen des Jahres 1848 ruhig ihre Geltung behaupteten.

Nach einer solchen Niederlage konnte Flottwell sich nicht mehr im Amte halten. Wie grausam wurde doch diesem ausgezeichneten Beamten durch die Wechselfälle der neuen Regierung mitgespielt. Der König hatte ihn erst, zum Dank für seine musterhafte Verwaltung, von Posen hinweg nach Magdeburg versetzt; er hatte ihn sodann zum Finanzminister ernannt, obgleich Flottwell sich selbst als Nicht-Fachmann bekannte, und nachher noch den Zweifelnden oftmals seines ungeschwächten Vertrauens versichert.*) Nun zeigte sich doch, wie berechtigt Flottwells eigner Zweifel gewesen. Er glaubte trotzdem sich durch einen kühnen Schritt retten zu können. In einer langen Denkschrift (Juni 1846) schlug er dem Monarchen eine Umgestaltung des Ministeriums vor, dergestalt, daß die Bank sowie alle Geldinstitute des Staates dem Finanzminister untergeordnet, Handel und Gewerbe, Bergwerke und Posten hingegen einem neuen Handelsministerium überwiesen würden; denn in seiner gegenwärtigen Stellung sei der Finanzminister „vernichtet". Dies war eine offene Kriegserklärung gegen Rother, dessen Pläne der König soeben erst angenommen hatte. Friedrich Wilhelm brauste auf; er sah in dem Vorgehen des Ministers strafbaren Ungehorsam. Im Juli wurde Flottwell ungnädig entlassen und mußte noch froh sein, als er nachher die Stelle des Oberpräsidenten in Westfalen erhielt.**)

Also war die Stelle des Finanzministers, zum dritten Male seit dem Thronwechsel, erledigt; und da der einzige, der vielleicht als vierter erfolgreich eintreten konnte, Kühne, dem Monarchen mißfiel, so wurde nach langen Erwägungen der erst vorm Jahre entlassene Graf Arnim-Boitzenburg zur Übernahme des Amtes aufgefordert. Der Graf erwiderte, wie vormals Flottwell: vom Finanzwesen verstehe er nichts. Nachdem er dies Bedenken, auf das Zureden des Königs, endlich aufgegeben hatte, erklärte er freimütig: seinen Widerspruch gegen die königlichen Verfassungspläne könne er nicht fallen lassen und sie darum auch nicht vor dem bevorstehenden Landtage verteidigen.***) Seitdem war er unmöglich. Nun

*) Bodelschwingh an Flottwell, 26. Jan. 1845.

**) Flottwell an Thile, 6. Juli; Thile, Bericht an den König 6. Juli, Denkschrift über das Promemoria des Finanzministers 22. Juli 1846.

***) Graf Arnim an Thile, 14. 25. 30. Juli; an den König, 30. Juli, 8. Aug.; Kabinettsordre an Arnim, 3. Aug. 1846.

wurde Geh. Rat v. Düesberg berufen, derselbe, der zuerst die Leitung der Katholischen Abteilung übernommen hatte, ein tüchtiger Jurist, aber auch kein Finanzmann.

Die Reform der Preußischen Bank allein befriedigte die Masse der Kaufleute und Fabrikanten schon darum nicht, weil die Bank in den Provinzen nur erst wenige Kontore und Kommanditen besaß. Für Westfalen berechnete Fritz Harkort den jährlichen Umschlag der fünf wichtigtigsten Gewerbszweige — sicherlich noch zu niedrig — auf 16 Mill. Tlr.; und diese Provinz mit fast $1^1/_2$ Mill. Einwohnern besaß erst drei kleine Bankiers, in Münster und Schwelm, sie mußte ihre Kreditgeschäfte durch Kölner Bankhäuser besorgen lassen. In Wort und Schrift verlangte nun Harkort eine Privatbank für seine Heimat; dann traf er (1845) in Berlin mit Industriellen aus Schlesien, Posen und dem Rheinlande zusammen, die Regierung schlug jedoch alle Bitten ab, weil sie zunächst ihre eigene Bank neu ordnen wollte. Ein neuer Stand von Kapitalisten und Staatsgläubigern wuchs heran; deshalb forderte der geistvolle Nationalökonom Rodbertus-Jagetzow eine große Hauptbank in Berlin mit vielen Filialen, deren Kapital zur einen Hälfte durch freie Zeichnung, zur anderen durch die Provinzen aufgebracht werden sollte. Auch ein ungeheures Schwindelunternehmen zeigte, daß die alte übervorsichtige Bankpolitik sich nicht mehr halten ließ. In Dessau versuchte der Kölner Schulte eine Riesenbank zu gründen mit 100, späterhin gar 200 Mill. Tlr. Kapital, wofür ebenso viel Banknoten ausgegeben werden sollten. Da das Anhaltische Streitländchen noch von den Zeiten des Köthener Zollkrieges her an freundnachbarliche Ausbeutung der preußischen Umlande gewöhnt war, so willfahrte der Dessauer Hof dem Gesuch und zeigte sich tief gekränkt, als Preußen keine Filialen dieses Unternehmens dulden wollte. Späterhin schrumpfte diese wundersame Dessauer Bank zusammen zu einer Landesbank mit $2^1/_2$ Mill. Kapital. Für solche Zeichen der Zeit war der König nicht blind. Als er die neue Bankordnung genehmigte, beauftragte er zugleich Rother, einen Gesetzentwurf über die Privatbanken auszuarbeiten. Hier aber versagte die Kraft des Alten. Rother vermochte sich in den neuen Verkehr nicht recht zu finden und hegte, obwohl ihn Schön schändlicherweise einen Judengenossen schimpfte, unüberwindliche Scheu vor den Gefahren des Bankschwindels. Privat-Zettelbanken wollte er überhaupt nicht dulden; und wenn ja eine Bankgesellschaft für Wechsel-, Lombard- und Depositenverkehr erlaubt würde, dann sollte fünf Meilen im Umkreise keine zweite sich bilden dürfen. So ängstliche Vorschläge konnten unmöglich ausreichen, die Revolution schritt bald über sie hinweg.

Auch in der Verwaltung der Seehandlung, die er einst selbst aus tiefem Verfalle gerettet hatte, wollte Rother jetzt nichts mehr ändern. Die Bank war für den Verkehr der kaufmännischen Welt bestimmt, die Seehandlung für die Geldgeschäfte des Staates, und sie leistete ihm treffliche Dienste,

da sie ihn vor der kostspieligen unmittelbaren Mitwirkung der großen Bankhäuser bewahrte. Es war Rothers Verdienst, daß die Gebrüder Rothschild den preußischen Staat als einen fast unnahbaren Kunden immer mit scheelen Augen ansahen. Neben den Geschäften eines großen Staatsbankierhauses betrieb die Seehandlung, gemäß der friderizianischen Überlieferung, auch einen ausgebreiteten Seehandel, und Rother freute sich seiner schönen fünf Schiffe, die in allen Häfen der Welt bewundert wurden; außerdem besaß sie noch mehrere Landgüter und Fabriken. Die also festgelegten Kapitalien brachten aber wenig ein und beeinträchtigten das Bankgeschäft, das jederzeit über leicht kündbares Kapital verfügen wollte. Sollte die Seehandlung ihren neuen Aufgaben als Staatsbankhaus ganz genügen, so mußte sie unbekümmert um ihren alten Namen, die Seehandels- und Fabrikgeschäfte aufgeben, und zu dieser radikalen Reform konnte sich Rother nicht entschließen. Der letzte Vertreter der alten Hardenbergischen Beamtenschule, stand er dicht vor der Schwelle einer neuen Zeit, die er nicht zu betreten wagte. Ihr Tor jedoch hatte er selbst aufgeschlossen durch seine Bankordnung. Die Preußische Bank brauchte noch zehn Jahre bis sie, nach abermaliger Verstärkung ihres Betriebskapitals, in die Reihe der großen Banken Europas eintrat; die Grundlagen ihrer neuen Verfassung hingegen veränderten sich nicht. Auf dem Zusammenwirken der Staatsgewalt und des Privatkapitals beruht noch heute die deutsche Reichsbank. Und so bleibt dem wackeren Alten, der kein schöpferischer Geist wie Motz, aber ein großer Geschäftsmann war, eine ehrenvolle Stelle in der Geschichte des deutschen Beamtentums gesichert. —

Die Wunden der Kriegsjahre waren endlich ausgeheilt, überall schritt die Industrie jetzt rascher vorwärts als in den letzten zwei Jahrzehnten. Seit dem Erscheinen des neuen Zollgesetzes bis zum Tode des alten Königs hatte sich in Preußen die Zahl der Grob-, Nagel- und Messerschmiede von 59 000 auf 79 000, die der Webstühle für Baumwoll- und Halbbaumwollwaren von 14 000 auf 49 000 gehoben. Unter der neuen Regierung vermehrten sich binnen neun Jahren die Dampfmaschinen der Berliner Fabriken von 29 mit 392 Pferdekräften auf 193 mit 1265 Pferdekräften, und die Kopfzahl der Berliner Metallarbeiter hob sich in 13 Jahren von 3000 auf 4500. Schritt für Schritt suchte der deutsche Gewerbsfleiß den weiten Vorsprung des Auslandes einzuholen. Als die Berlin-Anhaltische Eisenbahn gegründet wurde, bestellte sie in England 15 Lokomotiven und nur 6 bei Borsig; der aber tat sein Bestes mitsamt seinen wohlgeschulten Leuten, die sich stolz als eine Aristokratie in der Berliner Arbeiterschaft fühlten, und in dem Jahrzehnt nach 1842 lieferte er der Bahn schon 19 Lokomotiven, England und Belgien zusammen nur noch 16. Zugleich begannen die Deutschen auch für den übrigen Eisenbahnbedarf selbst zu sorgen, seit Caspar Harkort bei Hagen zuerst Eisenbahnwagenräder gefertigt hatte.

Allein sehr bald zeigte sich auch die Schattenseite des gewaltigen neuen Verkehrs. Unser Stolz war der starke wehrhafte Bauernstand. Deutschland besaß nach Verhältnis fast dreimal mehr Ackerland und sechsmal weniger unproduktiven Boden als Großbritannien, wo der Adel die Bauern großenteils ausgekauft hatte. Die Bevölkerung war in leidlichem Gleichmaß über Stadt und Land verteilt; darum bewahrte sich das deutsche Leben noch immer einen Zug ursprünglicher Kraft und unschuldiger Frische, dessen die urbane Kultur der südlichen und westlichen Nachbarvölker fast ganz entbehrte. Jetzt aber begann auch in Deutschland, erst langsam, dann unaufhaltsam anschwellend, der Zudrang zu den Städten. In Breslau entstand neben den Bahnhöfen nach kurzer Zeit ein neuer Stadtteil; in Hamburg, in Stettin, in Leipzig, selbst in dem stillen Dresden, wo man der Fremden halber die rauchenden Schlote ungern sah, wuchsen die Fabriken heran. Die Hast, die Genußsucht, die Unzufriedenheit des großstädtischen Lebens verbreiteten sich weithin in die kleinen Ortschaften und über das flache Land. Und wie gründlich wurden alle Lebensgewohnheiten durch die Massenproduktion der jungen Großindustrie verändert. Viele der gerühmten neuen Erfindungen, zumal in der Textilindustrie, waren ganz unnütz; sie förderten lediglich die Überproduktion, den wilden Kampf der Konkurrenz, den rastlosen Wechsel der Moden. Die derben alten Tuche, die sich der sparsame Bürgersmann nach vier Jahren noch einmal wenden ließ, kamen allmählich ab; die eleganten und wohlfeilen modernen Stoffe aber überdauerten selten einen Sommer. Der Düsseldorfer Maler wußte längst nicht mehr, womit er malte, und wenn er nachher die herrlich leuchtenden Farben seines Fabrikanten unbegreiflich schnell verbleichen oder gar den Firnis abbröckeln sah, dann beneidete er die schlichten alten Meister, die ihre Farben noch selber rieben und sich's darum auch zutrauten für die Zukunft zu malen. Der Schriftsteller desgleichen konnte sich der angenehmen Erwartung hingeben, daß seine auf dem dünnen, glatten Maschinenpapiere wohlfeil und schnell gedruckten Werke in hundert Jahren buchstäblich unlesbar sein würden.

Kurzlebig, vergänglich war alles, was die neue Industrie hervorbrachte, und es konnte nicht ausbleiben, daß diese Flüchtigkeit der wirtschaftlichen Arbeit auf die ganze Weltanschauung des Zeitalters zurückwirkte. Der große Ehrgeiz, der für die Dauer schaffen will, wird immer nur einzelne starke Geister beseelen; doch kaum jemals in der Geschichte ist die Lehre, daß der Mensch am Tage den Tag lebe, mit solcher Selbstgefälligkeit verkündigt worden, wie in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Die gesamte radikale Literatur der Zeit predigte in mannigfachen Wendungen: mit der schweren alten Wissenschaft sei es vorbei, nur in der leichten Form der Publizistik könne das freie moderne Bewußtsein seinen Ausdruck finden, nur wer den Duft des frisch bedruckten Zeitungspapieres

wie Morgenluft einatme stehe auf der Höhe des Jahrhunderts. Ein neues Geschlecht begann heranzuwachsen, das von Ort zu Ort, von einem Eindruck zum anderen hastete, schnell lernend und schneller vergessend, immer genießend, immer erwerbend, ganz in sich selbst und in das Diesseits verliebt, friedlos und freudlos. In Deutschland verrieten zunächst nur einzelne Anzeichen diese beginnende Umwandlung des sozialen Lebens. Die Macht der materiellen Interessen fand noch ein starkes Gegengewicht an dem hohen Idealismus der politischen Einheitskämpfe; und erst weit später, als die nationale Sehnsucht ihr Ziel erreicht hatte, sollte auch über Mitteleuropa ein Zeitalter des vorherrschenden Erwerbes und Genusses hereinbrechen.

Sehr schwer litt unter den veränderten Verkehrsverhältnissen das deutsche Haus und seine Hüterin, die Frau. Unsere wechselreiche Geschichte hatte nach dem Dreißigjährigen Kriege und sonst noch mehrmals Zeiten gesehen, da die Frau höher stand als der Mann und das verwilderte Männervolk an der guten Sitte des Hauses wieder gesundete; jetzt kamen Tage, da die Frau sich in der verwandelten Welt schwerer zurecht fand als der Mann und an ihrem natürlichen Berufe irr wurde. Die alte vorsorgliche Wirtschaftsweise, die das ehrenfeste Bürgerhaus für die Winterszeit mit reichen Vorräten auszustatten pflegte, verbot sich jetzt von selbst; die weibliche Handarbeit im Hause verlor Sinn und Wert, seit man Wäsche und Kleider im Laden fertig kaufte. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesinde ging zu Grunde, der Wandertrieb der Zeit ergriff auch die Dienstboten. Also kam den Frauen ein guter Teil ihrer gewohnten stillen Wirksamkeit abhanden, sie fühlten sich unglücklich in einem halb zwecklosen Leben. Da überdies die Eheschließung in den höheren Ständen durch den sinkenden Geldwert und die verwickelten Erwerbsverhältnisse erschwert wurde, so wuchs die Zahl der unbefriedigten, der kranken und nervösen Frauen beständig an. Ratlos stand die Welt vor einer „Frauenfrage", welche die einfache Vorzeit nicht gekannt hatte. Frauen drängten sich mit dilettierender Geschäftigkeit in männliche Berufe, und ganz wie einst in den Zeiten der Sittenverderbnis des klassischen Altertums stiegen aus dem Schlamme der Überbildung die Lehren der Weiber-Emanzipation empor.

Unnatürlich früh entstanden, obgleich der allgemeine Wohlstand noch recht bescheiden blieb, schon einzelne riesige Vermögen. Der Reichtum des Hauses Rothschild überbot bei weitem alles, was die römische Kaiserzeit an ungesunden Kapitalanhäufungen gesehen hatte. Es lag im Wesen der neuen Großindustrie, daß sie, um nur zu bestehen, beständig nach Erweiterung trachten mußte. Diesen Wandlungen des sozialen Lebens vermochte der Staat, der ja immer langsamer lebt als die Gesellschaft, längst nicht mehr zu folgen. Von solchen Vermögen, wie sie jetzt über Nacht aufwuchsen, hatten sich Hardenberg und Hoffmann nichts träumen

lassen, als sie vor einem Vierteljahrhundert mit hausväterlicher Sorgsamkeit ihrem verarmten Volke die neuen Steuern auferlegten. In dem reichen Köln entrichteten um 1845 nur fünf Firmen die höchste Gewerbesteuer mit 260 Tlr., und darunter waren die weltbekannten Bankhäuser Sal. Oppenheim und Schaafshausen; die größte der beiden Rhein-Dampfschiffsgesellschaften zahlte nur 91 Tlr. Nun gar die bescheidenen höchsten Sätze der Klassensteuer erschienen diesen Vermögen gegenüber wie Hohn, und mit gerechtem Groll sah der kleine Mann, wie unbillig der Reichtum bevorzugt wurde. Die neuen Kapitalmächte zeigten gar nichts von jener großartigen, gemeinnützigen, ganze Städte schmückenden und darum versöhnenden Freigebigkeit, welche den reichen Leuten des klassischen Altertums durch die Volkssitte aufgezwungen wurde. Sie benutzten nicht nur rücksichtslos ihre Überlegenheit auf dem Markte, sie begannen auch schon, dem Gesetze trotzend, sich gegen die Arbeitskräfte zu verschwören; es kam an den Tag, daß die Bonn-Kölner und die Leipzig-Dresdner Eisenbahngesellschaft sich zur Aussperrung mißliebiger Arbeiter verabredet hatten.

Man bemerkte auch bereits die ersten Anfänge einer internationalen Verbindung zwischen den großen Geldmächten. Im Mittelalter hatten zuweilen deutsche und französische Ritter gemeinsam gegen das Bürgertum gefochten, im sechzehnten Jahrhundert die Religionsparteien aller Länder unbedenklich die Hilfe der fremden Glaubensgenossen angerufen wider die andersgläubigen Landsleute. Es war der Ruhm der neuesten Geschichte, daß die Eigenart des Volkstums sich überall stark und bewußt ausbildete, daß die nationalen Gegensätze allmählich gewichtiger wurden als die Gegensätze der politischen, der ständischen, der kirchlichen Parteiung; die eigentümliche Größe der modernen Kultur lag in der Mannigfaltigkeit ihrer nationalen Gebilde. In dieser gesunden, natürlichen Entwicklung trat nun plötzlich ein unheilvoller Rückschlag ein. Die Börsenmächte aller Kulturländer begannen sich in der Stille über das gemeinsame Geldinteresse zu verständigen, und die neue internationale Partei des Großkapitals fand ihre natürliche Stütze an dem vaterlandslosen Judentum. Einer der Führer der europäischen Judenschaft, der radikale Abgeordnete Cremieux in Paris verkündete bereits triumphierend, welche Riesenschritte Israel getan habe; und der französische Ultramontane A. Toussenel veröffentlichte schon 1847 sein warnendes Buch Les Juifs rois de l'époque. Die wertlose, an törichten Behauptungen überreiche Schrift zeigte immerhin, daß ihr fanatischer Verfasser ein scharfes Witterungsvermögen besaß.

Diesen Kapitalmächten stand die Masse der Arbeiter fast hilflos gegenüber. Wohl erschienen die sozialen Mißstände in der noch unfertigen deutschen Großindustrie bei weitem nicht so entsetzlich wie in Frankreich oder England; der verzweifelte Schlachtruf der französischen Arbeiter: „kämpfend sterben oder arbeitend leben" fand in Deutschland noch keinen Widerhall.

Doch über Hungerlöhne, Kinderarbeit, Mißhandlung und Ausbeutung der Leute wurde schon laut geklagt, viele deutsche Fabrikanten hatten schon das schändliche englische Truckſystem, die Ablöhnung der Arbeiter durch Waren eingeführt; und als der wackere Breslauer Wolff (1843) das grauenhafte Elend in den Arbeiterwohnungen der „Kasematten" seiner Vaterstadt schilderte, da erkannte man mit Schrecken, daß auch Deutschland schon Höhlen des Jammers besaß, die sich mit der Pariser Rue de la misère oder dem Impasse des cloaques vergleichen konnten. Den besitzenden Ständen fehlte noch fast jedes Verständnis für die Empfindungen der Masse. Mancher Fabrikant im Erzgebirge erzählte unbefangen, ohne sich etwas Schlimmes dabei zu denken: sein Arbeiterstamm vermehre sich durch Inzucht in den neuerbauten Arbeiterkasernen; dort mochten die Leute nach Belieben in wilder Ehe beisammen leben, die nachsichtigen Behörden kümmerten sich nicht darum. Welche Kluft die Höhen und die Tiefen der Gesellschaft trennte, das zeigte sich grell an dem Schicksal der Dorfgeschichten. Die Verfasser dieser so volksfreundlich gemeinten Dichtungen machten allesamt die tragikomische Erfahrung, daß ihre Werke dem niederen Volke ganz unverständlich blieben, weil der kleine Mann nur Schriftdeutsch lesen kann. Not und Trägheit setzten den Erziehungsversuchen der Staatsgewalt einen ungeheueren Widerstand entgegen. Nach so langen Jahren eifriger Arbeit war die preußische Unterrichtsverwaltung doch erst dahin gelangt, daß in Posen 61, in der Rheinprovinz 80 Prozent der schulpflichtigen Kinder die Schule besuchten, nur in der Provinz Sachsen schon 93 Prozent; und grade die großen Fabrikstädte zeichneten sich durch die Verwahrlosung der Jugend bedenklich aus: in Elberfeld gingen nur 79, in Aachen gar nur 37 Prozent der Kinder zur Schule.

Der König betrachtete die Beschützung der kleinen Leute als heilige Christenpflicht; Parteilichkeit für das Großkapital lag seiner politischen Gesinnung fern, wieder und wieder beschäftigte ihn die Frage, ob er nicht in seinem geplanten Vereinigten Landtage den Arbeitern eine besondere ständische Vertretung gewähren solle. Er freute sich herzlich und bewilligte reiche Unterstützungen, als in Berlin nach der Gewerbeausstellung von 1844 ein „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen" zusammentrat, der durch Volks-Sparkassen, Schulen, gemeinnützige Schriften zu wirken suchte. In vielen großen Städten entstanden dann ähnliche Vereine; Barmherzigkeit gegen die Armen war die Losung, die von dem frommen Hofe ausging. Doch leider fehlte dem Monarchen alle Kenntnis des praktischen Lebens; seine Beamten aber hielten fast allesamt noch das Anwachsen der neuen Großindustrie für einen Kulturfortschritt schlechthin und scheuten sich die Unternehmer zu belästigen. An eine irgend ernsthafte Beaufsichtigung der Fabriken wagte man noch kaum zu denken. Als die Provinzialstände von Rheinland und Westfalen (1843) ein Gesetz gegen das Truckſystem verlangten, da erwiderte die Krone: im Not-

fall sei sie dazu bereit; es erschien ihr jedoch sehr „zweifelhaft", ob der Gesetzgeber hier schützen könne, „ohne durch zu tiefes Eingreifen in die privatrechtlichen Verhältnisse die Existenz der Arbeiter, besonders in Zeiten gedrückten Fabrikbetriebs, zu gefährden"; sie gab sich vielmehr der unschuldigen Hoffnung hin, „das wucherische Benehmen einzelner Fabrikherren würde, gebrandmarkt durch die öffentliche Meinung, endlich ganz aufhören."

Die in England längst gewährte Freiheit der Assoziation war in Deutschland, dank der Ängstlichkeit der Bureaukratie, den Arbeitern überall versagt. Aus aller Welt zusammengeschneit, heimatlos und doch streng an Ort und Zeit gebunden, vereinzelt, ohne jede ständische Ordnung, ohne kameradschaftlichen Gemeinsinn, ohne Freude an dem Erzeugnis ihres Fleißes, das sie nicht, wie jeder schlichte Handwerker, stolz als ihrer Hände Werk betrachten konnten, gedankenlose Sklaven der Maschinen, nur mangelhaft geschützt durch die hie und da neu gebildeten Fabrikgerichte, blieben die Arbeiter also ganz in der Hand der mächtigen Unternehmer, die ihnen nur den ausbedungenen Lohn zu zahlen brauchten und auch diesen, auf Grund der willkürlich auferlegten Kontrakte, nur zu oft schmälerten. Dem Gesetze zuwider versuchten die Bedrängten sich zuweilen schon durch Arbeitseinstellungen zu helfen, so die Kattunweber in Berlin, die Eisenbahnarbeiter bei Brandenburg und Bohwinkel.

Auch auf dem flachen Lande des Nordostens zeigten sich krankhafte soziale Verhältnisse, seit man die zweischneidige Wirkung der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung zu fühlen begann. Wie zuversichtlich stellte Hardenberg einst an die Spitze seines Verfassungsplanes den Grundsatz: wir haben lauter freie Eigentümer; wie hoffnungsvoll sprach Sack von „dem zweiten und dem dritten Pommern", das durch die Ansiedlung freier Bauern entstehen sollte. Und doch wie anders war alles gekommen. Der ländliche Mittelstand freilich hatte durch die agrarischen Reformgesetze erheblich gewonnen; die Bauern waren jetzt persönlich frei, der grundherrlichen Abgaben entlastet und, nach Abtretung eines Teiles ihrer Besitzungen, unbeschränkte Eigentümer. Sobald der Preis des Getreides wieder stieg, gelangten ihrer viele zum Wohlstand, zumal die besonders günstig gestellten alten Domänenbauern; manche wurden reicher als die benachbarten Rittergutsbesitzer und begannen gleich diesen, ihren Boden nach den Grundsätzen des neuen rationellen Ackerbaues zu bewirtschaften. Die Besitzer der kleinen nicht spannfähigen Stellen hingegen sahen sich durch die Deklaration vom 29. Mai 1816 von der Regulierung ausgeschlossen, weil die Krone damals Bedenken trug, die im Kriege so hart mitgenommenen Grundherren durch Entziehung der gewohnten Handdienste ganz zu Grunde zu richten.*) Seit die Landgüter frei veräußert werden durften, fiel aber auch der alte wohltätige Bauernschutz hinweg, und die Gesetzgeber konnten kaum vorhersehen,

*) S. o. II. 189 (7. Aufl.), III. 381, IV. 559.

wie furchtbar die Freiheit des Auskaufens grade unter den armen Leuten aufräumen sollte. Die Mehrzahl der kleinen Bauernstellen wurde nach und nach eingezogen, und während früherhin die Bauern, Kossäten, Häusler, Einlieger insgesamt dem einen Stande der bäuerlichen Gutsuntertanen angehört hatten, trennte sich jetzt die ländliche Bevölkerung allmählich in zwei Klassen.

Tief unter den Bauern stand fortan ein ländliches Proletariat von freien, wirtschaftlich ganz ungesicherten Tagelöhnern. Der halbfreie kleine Gutsuntertan der alten Zeit war zwar an die Scholle gebunden, aber auch berechtigt diese Scholle zu bebauen; er nahm auch teil an der Gemeindenutzung und der Gutsherr half ihm zuweilen durch. Die neuen Tagelöhner besaßen an Boden wenig oder nichts. Selbst bei der Gemeinheitsteilung gingen die Armen leer aus, weil ihnen die Auftrift nur kraft alter Gewohnheit, nicht von Rechts wegen zustand, und sie klagten bitterlich: jetzt werden die Bauern zu Edelleuten, wir zu Bettlern. Zudem waltete auch im Landvolke der Drang nach persönlicher Unabhängigkeit, der das ganze Jahrhundert wie eine unwiderstehliche Naturgewalt beherrschte. Die Masse der Häusler und die der ganz besitzlosen Einlieger wuchs weit schneller an als die Zahl der neben dem Herrenhofe angesiedelten, oft besser versorgten Gutstagelöhner; man band sich nicht mehr gern für längere Zeit. Inzwischen nahmen die Kartoffelbrennerei und die Runkelrübenwirtschaft überhand, die Schlempe wurde der großen Wirtschaft auf dürrem Sandboden bald unentbehrlich; die Arbeiter hatten in diesen neuen landwirtschaftlichen Industriezweigen oft noch schwerer zu leiden als ihre Genossen in den städtischen Fabriken. In der neuen Gesellschaft fühlten sich die Tagelöhner haltlos, vereinzelt; die patriarchalische Gutsherrschaft bestand nicht mehr, und an den Beratungen der Dorfgemeinde hatten sie keinen Anteil. Das Landvolk besitzt aber ein zähes Gedächtnis. Die längst entschwundenen Zeiten, da jedermann sich im reichen Walde mit Holze laden durfte, blieben noch überall in Deutschland unvergessen, und nirgends wollte der Landmann recht einsehen, daß Waldfrevel wie andere Vergehen bestraft werden sollten. So wußte auch der neue Stand der freien Tagelöhner sehr wohl, daß seine Vorfahren einst ein Stück Land für sich selber bebaut hatten. Er fühlte dunkel, daß er unrecht erlitten hatte, und allerdings war er das Opfer einer mittlerweile veralteten sozialpolitischen Denkweise; denn niemand kann gänzlich aus seiner Zeit heraus, die segensreichen Reformen Steins und Hardenbergs wurzelten doch in der Weltanschauung des achtzehnten Jahrhunderts, das unter dem Volke immer nur die Mittelklassen verstand und von den arbeitenden Massen wenig wußte. Da auf dem Lande der Grundbesitz eines und alles ist, so war den Wünschen der grollenden Tagelöhner ein bestimmtes Ziel gewiesen, und als die Revolution hereinbrach, klang aus aller Munde wie ein Naturlaut die Forderung: der König muß uns Land verschreiben. —

In so bedrohlichen wirtschaftlichen Verhältnissen gediehen die Lehren der sozialen Zerstörung wie die Würmer im Aase. Die kommunistische Partei, die im Auslande ihren Herd, in Deutschland schon überall ihre geheimen Sendboten besaß, bekannte sich jetzt offen zu kosmopolitischen Plänen, sie verlangte den sozialen Umsturz überall in der Welt, wie ja auch die großen Geldmächte schon von Land zu Land ihre Fäden spannen. Die goldene und die rote Internationale, wie eine spätere Zeit sie nannte, begannen sich zu organisieren. Die Kommunisten sagten sich förmlich los von dem politischen Radikalismus, aus dem sie einst selber hervorgegangen waren; sie verhöhnten „den Samen Hambachs", sie belachten „das konstitutionelle Eldorado" und die deutsche Einheit, sie warfen selbst den cynischen Demagogen Fein, der soeben Schöns Woher und Wohin? herausgegeben hatte, geringschätzig zu den „liberalen Amphibien". Unter den deutschen Handwerkern in der Schweiz führte der Schneider Weitling das große Wort, neben ihm ein sehr gewandter Agitator, der schwäbische Gerber Schmidt. Beide standen in Verbindung mit dem Franzosen Cabet, der das gelobte Land der Gütergemeinschaft, Ikarien mitsamt seinem Limonadenmeere so gar rührsam geschildert hatte. Sie gründeten überall radikale Arbeitervereine und berechneten schon hoffnungsvoll, daß fortan alljährlich 600 Handwerksburschen aus der Schweiz heimkehren würden um die Lehren des Kommunismus in Deutschland zu verbreiten. Auch Bakunin tauchte in diesen Kreisen zuerst auf, ein vornehmer Russe, der durch gewissenlose revolutionäre Tatkraft alle die anderen Demagogen übertraf.

Weitling setzte seine schriftstellerische Tätigkeit fort und veröffentlichte neben anderen Brandschriften das Evangelium des armen Sünders, ein blasphemisches, an die Wiedertäufer erinnerndes Buch, das wieder einmal zeigte, wie nahe sich in den kommunistischen Träumen der weltverachtende Idealismus und die gemeine Sinnlichkeit berühren. Da wurde die Gütergemeinschaft der Apostel zur Rechtfertigung der sozialen Revolution, ja sogar des gemeinen Diebstahls verwertet, Jesus galt für einen fröhlichen Lebemann, und die göttliche Macht der Liebe, die der Sünderin Magdalena verzieh, erschien als ein Freibrief für jegliche Unzucht. Das fanatische Schneiderlein hoffte alles Ernstes auf die Zustimmung Lamennais', der seit Jahren schon im Namen Gottes die bestehende Gesellschaft als ein Werk Satans bekämpfte, und sah sich schmerzlich enttäuscht, als der katholische Sozialist entrüstet erwiderte, mit dieser fratzenhaften Verzerrung der evangelischen Wahrheit wolle er nichts gemein haben. Die Schweizer selbst wurden bald besorgt. Die Brandreden der Flüchtlinge wider die Fürsten hatten sie gern ertragen, doch der Kampf gegen das Eigentum widerstrebte ihrem haushälterischen Ordnungssinne, ihre Zeitungen schalten heftig auf „diese deutschen Lausbuben", und im Jahre 1843 wurde Weitling aus der Eidgenossenschaft ausgewiesen. Im Auf-

trage des Kantons Zürich schrieb dann der konservativ-liberale Bluntschli einen verständigen Bericht über die Kommunisten in der Schweiz. Die Veröffentlichung dieser Denkschrift bewirkte freilich, daß die Bestrebungen der Anarchisten erst jetzt in weiten Kreisen bekannt wurden und in den nächsten Monaten an dreihundert deutsche Handwerker der Pariser Kommunistengesellschaft beitraten; einer ihrer Führer, Moses Heß dankte dem Züricher Juristen sogar in einer höhnischen Adresse, weil er der guten Sache so viele neue Anhänger gewonnen hätte.*)

Mittlerweile war in der Schweiz nochmals ein „Junges Deutschland" zusammengetreten, und zum dritten Male erlangte dieser Name eine flüchtige Bedeutung. Der neue Arbeiterbund hatte aber mit den Genossen Mazzinis kaum mehr gemein als mit der gleichnamigen deutschen Literatenschule; er verschmähte alle nationalen Ideen und ging grundsätzlich darauf aus, den Massen den Glauben an das Bestehende, zumal den religiösen Glauben zu rauben. Von den älteren Verschwörern trat nur der Poet Harro Harring bei; der ging jetzt, gleich allen Genossen, in der Arbeiterbluse einher und sang:

Stürzet den Mammon, dann werden versinken
Bald auch die Throne mitsamt ihrer Pracht!

Die neuen Führer waren durchweg unbedeutende Menschen: ein philosophischer Schüler Ruges Döleke, ein Schlosser Standau, ein langbärtiger feierlich blickender Prophet Kuhlmann, ein windiger Hamburger Kaufmannsdiener W. Marr, der nachher, ausgewiesen, seine schweizerischen Heldentaten in einem umfänglichen Buche selbst verherrlichte. Gleichwohl fanden die Demagogen starken Anhang. Der genossenschaftliche Sinn, der so tief im deutschen Wesen wurzelt und weder in den verfallenden alten Zünften noch in den neuen Fabriken Befriedigung fand, konnte sich in den kommunistischen Vereinen betätigen. Auf ihren Rede- und Leseabenden zeigten die Arbeiter viel achtungswerten Bildungsdrang, aber wie schändlich ward er mißleitet durch die Apostel eines den Staat und jede gesellschaftliche Ordnung leugnenden „Anarchismus". So nannte Marr selber seine Doktrin. Ihre atheistischen Grundsätze schöpften die Genossen aus „Feuerbachs Religion der Zukunft", einem Buche, das durch seine schöne Sprache und durch den idealistischen Schwung eines nicht unedlen Gemüts grade die Halbgebildeten bezaubern mußte.

Die Häuptlinge der schweizerischen Anarchisten empfingen geheime Weisungen aus Paris durch den Dr. Ewerbeck.**) Dort an der Seine bestand ein ganzes Nest von kommunistischen Geheimbünden, die sich zumeist von der alten Gesellschaft der Menschenrechte abgezweigt hatten. Längst

*) Graf Arnims Bericht, Paris 26. Sept. 1843.

**) Schreiben des Pariser Polizeipräfekten Delessart an den preußischen Gesandten Graf Arnim, 16. Mai 1845.

verflogen war die religiöse Begeisterung der alten St. Simonisten, längst überwunden ihre idealistische Forderung: jedem nach seiner Fähigkeit, jeder Fähigkeit nach ihren Leistungen. Das junge Geschlecht sagte kurzab: jedem nach seinen Bedürfnissen; nur die Milderen begnügten sich mit der vieldeutigen „Organisation der Arbeit". Da der Geldbeutel unter dem Bürgerkönigtum alles war und die Charte jedes politische Recht an einen hohen Zensus knüpfte, so mußte die radikale Opposition unausbleiblich ihre Angriffe wider das Eigentum selber richten. Ein wütender Haß gegen die besitzenden Klassen beseelte alle diese Parteien, mochten sie sich nun Cabetisten, Egalitäre oder Reformisten nennen; und auch darin zeigte sich der französische Charakter der Bewegung, daß der Name Bourgeoisie längst zum Schimpfwort geworden war, während der Name des deutschen Bürgertums, trotz allen Schmähungen der Radikalen, noch immer in Ehren blieb. In wunderbarer doktrinärer Verblendung wollte Guizot von allen den Anzeichen einer furchtbaren sozialen Revolution nichts bemerken; er wähnte das Volk zufrieden, weil er jederzeit auf die Zustimmung der ergebenen Kammermehrheit, des pays légal sicher zählen konnte; er bestritt sogar, daß ein vierter Stand bestände, da ja sein geliebter Tiers-état nach unten hin rechtlich nicht abgeschlossen war. Ganz so selbstgefällig wie der leitende Staatsmann selbst versicherte das Ministerium des Innern dem preußischen Gesandten: bei „dem lichten und positiven Geiste der Franzosen" fänden die Lehren Proudhons, Cabets, Constants wenig Anklang; die deutschen Arbeiter zeigten sich empfänglicher, denn sie liebten humane und philosophische Träumerei, auch die Lehren der Wiedertäufer und der Illuminaten wirkten unter ihnen noch nach. Was die französische Polizei im einzelnen über den deutschen Kommunistenbund zu berichten wußte, bedeutete nicht viel: sie gab nur an, daß der Verein Hunderte von Mitgliedern zählte, darunter viele Juden und namentlich Arbeiter der feineren Berufszweige, Setzer, Mechaniker, Elfenbeindreher; unter den deutschen Landschaften waren Kursachsen, Thüringen und die Pfalz stark vertreten.*)

Einige der in Paris zusammengeströmten deutschen Literaten, Ruge, Marx, Börnstein, Bernays, Heß, Heine begannen eine Zeitschrift des internationalen Radikalismus, den Vorwärts; es waren, bezeichnend genug, lauter Juden, mit der einzigen Ausnahme Ruges. Der Vorwärts brachte mehrere der schmutzigsten Zeitgedichte Heines, er verherrlichte in Vers und Prosa den Königsmörder Tschech und erfand für den König von Preußen den Namen: Knäs von Rußland — einen Titel, der wegen seiner Albernheit von der gesamten radikalen Welt alsbald freudig nachgesprochen wurde. Kaum ins Leben getreten ward die Zeitschrift schon durch Guizot unterdrückt. Auch ihre Mitarbeiter hielten nicht lange bei einander aus. Als Heine

*) Renseignements sur le communisme Allemand, ausgearbeitet in der Polizeiabteilung des französischen Ministeriums des Innern, 17. Juni 1845 durch Graf Arnim nach Berlin gesendet.

einmal mit Weitling zufällig zusammentraf und von dem Schneider wie ein biderber Kamerad angeredet wurde, da fühlte er sich tief gedemütigt „beim Handwerksgruße des ungläubigen Gnotentums". In Wahrheit war der Gnote gläubiger als der Dichter, der mit allen seinen Überzeugungen nur geistreich spielte; aber Heines künstlerische Empfindung konnte den Verkehr mit der Hefe der Gesellschaft nicht ertragen, und bald zog er sich vorsichtig zurück. Auch Ruge erschrak, als er die letzten Ziele seiner Pariser Kumpanei endlich erkannte. Wie viele Standpunkte hatte der Hohepriester der Junghegelianer mit seiner behenden Dialektik nun schon überwunden; über den Standpunkt der selbständigen Persönlichkeit und ihres Eigentums kam er doch nicht hinaus, obgleich er selber arm blieb. Sein derber pommerscher Menschenverstand und das reizbare Ehrgefühl des alten Burschenschafters bewahrten ihn vor dem Alleräußersten, und sobald er seine Leute durchschaut hatte schrieb er mit gewohnter Kampflust gegen „die Verrücktheit der Theorie und den Schmutz der Gesinnung des Rabbi Moses Heß". Sogar Heinzen, das große Schimpftalent der Demagogen wollte den Kommunisten nicht mehr folgen, als sie den logischen Schluß aus seinen eigenen Lehren zogen. Der politische und der soziale Radikalismus begannen sich zu scheiden.

Die kräftigste Hilfe kam den Kommunisten aus England. Dort hatten die schändlich bedrückten Arbeiter schon 1835 den mächtigen Chartistenbund gebildet. Die große Volkscharte forderte zunächst nur politische Rechte: das allgemeine Stimmrecht mit allem, was dazu gehört. Doch jedermann wußte, daß die gerühmten sechs Punkte der Charte nur die Mittel bieten sollten um das wirtschaftliche Leben gänzlich umzugestalten; und schon nach drei Jahren sprach der Methodistenprediger Stephens das entscheidende Wort: der Chartismus ist eine Messer- und Gabelfrage. In der Arbeiter-Marseillaise der Chartisten wurde König Dampf verflucht, „ein Tyrann, den der weiße Sklave kennt." Um die Macht und die Niedertracht der modernen Großindustrie an der Quelle kennen zu lernen ging der junge Rheinländer Fr. Engels, neben Marx der beste Kopf der deutschen Kommunisten, nach London und schrieb sodann, im einzelnen parteiisch übertreibend, im wesentlichen wahrheitsgetreu, ein geistreiches, gründliches Buch über „die Lage der arbeitenden Klassen in England" (1843). Die drastische Schilderung namenlosen Elends wirkte tief ergreifend; sie schloß mit der Weissagung einer nahen sozialen Revolution, die in England allerdings drohte, jedoch durch den starken Selbsterhaltungstrieb des altbefestigten Staatswesens noch glücklich abgewendet wurde. Späterhin traten Engels und Marx in den großen internationalen Arbeiterbund, der einst durch den Deutschen Schapper in London gestiftet und mittlerweile stark angewachsen war.*) Marx war jetzt schon

*) S. o IV. 607.

so weit, daß er Religion, Staat, Recht, jede göttliche und menschliche Ordnung verwarf. Zu Anfang 1848 entwarfen die beiden Freunde gemeinsam das Manifest der kommunistischen Partei, das den Umsturz der Gesellschaft, Enteignung der Grundeigentümer, Abschaffung des Erbrechts forderte und rundweg aussprach: wir unterstützen jede revolutionäre Bewegung! Das Kernwort lautete: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Das Programm des internationalen Umsturzes war aufgestellt, und seine Urheber waren zwei vaterlandslose Deutsche.

Die deutsche gelehrte Welt wurde auf diese Bewegung zuerst aufmerksam, als der Schleswigholsteiner Lorenz Stein (1842) sein gedankenreiches historisch-kritisches Werk über den Sozialismus und Kommunismus erscheinen ließ. Der große Haufe der Leserwelt wußte freilich mit dem schwerfälligen, scholastisch gehaltenen Buche nichts anzufangen. Er verlangte nach leichterer Kost und er fand sie in dem Gesellschaftsspiegel, den der aus Paris entwichene rheinische Jude Moses Heß eine Zeitlang in dem frommen Wuppertale erscheinen ließ. Dies „Organ für Vertretung der besitzlosen Volksklassen" fand „die einzige Ursache unserer gesamten Leiden in der freien Konkurrenz" und brachte neben törichten radikalen Brandreden auch manche nur allzu wahre Schilderung aus dem Fabrikleben der westlichen Provinzen. Ähnlich redete O. Lüning in seinem Westfälischen Dampfboot und Karl Grün, der aus Baden Vertriebene, in der Trierschen Zeitung. Überall in den Heimatlanden von Marx und Engels wurden die Gedanken der sozialen Revolution umhergetragen; in Köln besaß die Partei allem Anschein nach eine geheime Presse. Die Zensoren aber erwiesen den Organen des westdeutschen Sozialismus mehr Nachsicht als den Blättern der politischen Opposition; sie ahnten nicht, was der kleine Mann bei den leicht verhüllten Anpreisungen der Gütergemeinschaft empfand.

Selbst in dem reichen rheinischen Bürgertum, das im Volke noch immer der kölnische Klüngel hieß, bekundete sich zuweilen eine schwächliche, freilich nur theoretische Vorliebe für den sozialen Radikalismus. Als in Köln ein Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen, nach dem Muster Berlins, gebildet werden sollte, da erklärte Assessor Jung, der Mitarbeiter der untergegangenen Rheinischen Zeitung: dieser Name ist beleidigend, denn wir alle sind Arbeiter — eine Behauptung, die aus dem Munde des verwöhnten Lebemanns allerdings seltsam klang. Er verlangte den Namen: Allgemeiner Hilfs- und Bildungsverein; bei der Verhandlung darüber wurden die Schlagwörter der kommunistischen Zeitschriften so häufig wiederholt, daß Ludolf Camphausen und einige andere gemäßigte Liberale sofort zurücktraten. In Berlin, in Hamburg, Kiel, Magdeburg entstanden Arbeitervereine, in denen das Selbstgefühl des jungen vierten Standes kräftig redete; daneben wirkten überall in den größeren Städten tiefgeheime Vereine, wo man kommunistische Schriften vorlas, überall kleine Meister und Gesellen, die sich den Vertrauten als Sendboten der Pariser Marianne

oder anderer ausländischer Geheimbünde zu erkennen gaben. Der ganze Umfang dieser weitverzweigten unterirdischen Wühlerei wird wohl immer im Dunkel bleiben; wie erfolgreich sie aber arbeitete, das erwiesen die Barrikadenkämpfe des Revolutionsjahres. Auch die Zeitpoeten Freiligrath, Wilhelm Jordan, Karl Beck besangen jetzt schon öfter das soziale Elend als den politischen Freiheitskampf; der Deutschböhme Alfred Meißner klagte:

Denn alle wollen Gold und Metzen,
Paläste, Tafeln, Pferd' und Hetzen,
Das arme Volk will schwarzes Brot!

Weit größere Verbreitung fanden die schlechten Übersetzungen der neuesten aus Schmutz und Blut gemischten französischen Poesie. Die Weltweisheit dieser sozialen Dichtung ließ sich mit dem denkbar geringsten geistigen Aufwande verstehen, man brauchte nur alle Begriffe einfach auf den Kopf zu stellen: Gott ist die Sünde, die Ehe ist Unzucht, Eigentum ist Diebstahl. Eugen Sues Ewiger Jude und die Geheimnisse von Paris wurden in Deutschland massenhaft gelesen; die ekelhaften Bilder des weichherzigen Gurgelabschneiders, der tugendhaften Bordelldirne, des ehrlichen Spitzbuben und des grausamen Wucherers vergifteten Unzähligen die Phantasie. Fast der gleiche romanhafte Reiz lockte die Deutschen auch zu Louis Blancs Geschichte der zehn Jahre, die in einem Jahre dreimal übersetzt wurde. Ein mittelmäßiger, gedankenarmer Kopf, aber ein gewandter Erzähler, wußte L. Blanc die Geldherrschaft der Bourgeoisie mit allen Sünden ihrer Hartherzigkeit anschaulich darzustellen und die empörten Leser dann zu trösten durch das unbestimmte Idealbild einer zukünftigen Organisation der Arbeit, bei dem sich jeder jedes denken konnte. Auch ein Gegner der Radikalen, Lamartine förderte arglos die Bestrebungen der Umsturzpartei. Seine Geschichte der Girondisten verklärte die häßliche Prosa der Revolutionskämpfe durch den Zauber hochpoetischer Schilderungen und trieb mit dem politischen Verbrechen einen sentimentalen Götzendienst, der den deutschen Halbgebildeten besser zusagte als der historische Ernst Niebuhrs, Carlyles oder Dahlmanns.

Derweil also der soziale Unfriede durch unzählige Agenten und Schriften geschürt wurde, erlebte Deutschland auch schon einzelne Fälle gräßlicher Massennot. In Berlin lebten um 1847 etwa 10 000 Almosenempfänger und 30 000 polizeilich überwachte Personen, während die Zahl der wirklich leistungsfähigen Bürger nur auf 20 000 geschätzt wurde. Ostpreußen kam seit den großen Überschwemmungen des Jahres 1845 und wiederholten Mißernten gar nicht mehr aus dem Notstande heraus. Minister Flottwell bemühte sich zwar redlich das Elend in seiner geliebten Heimat zu lindern; mehr als eine Mill. Tlr. wurde nach und nach zur Unterstützung dieser einen Provinz aufgewendet, leider planlos und mit geringem Erfolge.

Im schlesischen Gebirge wagten die verzweifelten Weber offenen Aufruhr. Die Gewerbefreiheit hatte dies zunftfreie Gewerbe zwar nicht unmittelbar geschädigt, wohl aber mittelbar; denn die Zahl der freien Hausweber war seit den neuen Reformgesetzen stark angewachsen, desgleichen die Zahl der Kaufleute und Fabrikanten, und der scharfe Konkurrenzkampf verführte die Unternehmer zu einer grausamen Hartherzigkeit, die unter einem so gutmütigen Menschenschlage teuflisch schien. Ungeheuer war die Macht der Trägheit in diesem entkräfteten, hoffnungslosen Völkchen; die Weber widersetzten sich oft der Einführung verbesserter Arbeitsmethoden, sie entschlossen sich schwer zu anderen, lohnenden Beschäftigungen überzugehen, sie trieben in den Rüben- und Kartoffelfeldern der benachbarten Grundherren unglaubliche Dieberei, und aus ihren überschuldeten Häuschen mochten sie nicht heraus, auch wenn sie anderswo besser und billiger wohnen konnten. Die habgierigen Kaufleute aber wollten ihre Waren lieber zu Spottpreisen von halbverhungerten Hausarbeitern beziehen als aus wohlgeordneten Fabriken. Dem Könige zitterte das Herz, als er bei seinen Besuchen in Erdmannsdorf etwas — leider nur zu wenig — von diesem Elend kennen lernte; er ließ dort und in einigen anderen Orten des Gebirges durch die Seehandlung große Spinnereien errichten, bei denen mancher Unglückliche unterkam. In Breslau bildeten die Grafen Dyhrn, York, Zieten und der Dichter Gustav Freytag einen Hilfsverein, der sich bald in zahlreichen Ortsvereinen über die Provinz verzweigte. Das alles vermochte nichts gegen den gräßlichen Jammer. Oberpräsident Merckel aber und seine Regierungsräte wollten das Dasein eines Notstandes gar nicht eingestehen; sie glaubten felsenfest an die Heilkraft der volkswirtschaftlichen Naturgesetze, die durch Angebot und Nachfrage alles Leid von selber aufheben müßten, und witterten sogar in dem Breslauer Hilfsvereine gemeinschädliche Absichten. Ihr Mißtrauen ward erst beschwichtigt als der Verein vorsorglich militärische Hilfe anrief und den kommandierenden General, den wackeren Grafen Brandenburg in seinen Vorstand erwählte. Erstaunlich doch, wie diese alten in der Schule des Allgemeinen Landrechts aufgewachsenen Beamten so ganz vergaßen, daß der friderizianische Staat auf einer monarchischen Organisation der Arbeit beruht hatte und das Landrecht selbst ein Recht auf Arbeit ausdrücklich anerkannte.

Im Frühling 1844 hörte man in den großen Weberdörfern des Gebirges überall ein neues Volkslied, das Blutgericht singen:

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut,
Ihr höllischen Dämone,
Ihr freßt den Armen Hab und Gut,
Und Fluch wird euch zum Lohne!

An einem Junitage wurde das Haus der Firma Zwanziger in Peterswaldau von den Webern zerstört, und noch zwei Tage lang hauste das

ergrimmte Volk, alles zertrümmernd, selten raubend, in den Fabriken der Nachbarorte. Und es war wirklich nur die Raserei der Not, was diese Tobenden verblendete; von den Schriften der Kommunisten hatten die Armen, die sich abends ihre kalte Stube mit einem Kienspan erleuchteten, nie ein Wort gelesen. Zu spät erkannte Merckel, wie gründlich er sich über die Lage getäuscht hatte. Er eilte selbst herbei; Truppen stellten, nicht ohne Blutvergießen, die Ordnung her, 83 Gefangene wurden abgeführt, die Hauptschuldigen zu schweren Strafen verurteilt. Nun sendete die Krone einen Generalbevollmächtigten, Geh. Rat v. Minutoli, zur Untersuchung des Notstandes, ließ durch die Seehandlung neue Spinnereien errichten, die Erwerbslosen bei großen Straßenbauten beschäftigen, daneben auch mannigfache bare Unterstützungen verteilen.

Doch die Überlegenheit des englischen Wettbewerbs war nach so vielen Unterlassungssünden nicht mehr zu besiegen, auf die Selbsthilfe der Arbeiter konnte man ebenso wenig zählen, wie auf die Einsicht der Unternehmer; die Lage der Weber blieb fast so elend wie zuvor. So war den Angriffen des Radikalismus Tür und Tor geöffnet, und der König befahl strenge Wachsamkeit wider die schlesischen Blätter, „in welchen das Bestreben, die unteren gegen die höheren Stände, die Armen gegen die Wohlhabenden aufzuregen, nicht zu verkennen ist.“*) In Breslau erschien ein halbkommunistisches Blatt, der Volksspiegel; der anrüchige Literat Pelz verfaßte unter dem Namen Treumund Welp aufregende Schriften, und der Düsseldorfer Maler Karl Hübner aus Ostpreußen ließ in Berlin ein Tendenzgemälde „die schlesischen Weber“ ausstellen, dem nachher ähnliche, grob handgreifliche Bilder von Auspfändungen und Wilddieben folgten. Heine aber benutzte die Gelegenheit, um wieder einmal seinen Groll an dem Monarchen auszulassen, der sich doch während dieser traurigen Wirren weit volksfreundlicher gezeigt hatte als sein Beamtentum. Er sang das Weberlied:

Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt
Und uns wie Hunde erschießen läßt.
Wir weben, wir weben!

Einige Monate nachher, im Frühjahr 1845 wurde im Hirschberger Tale eine Eidgenossenschaft entdeckt, die auf den Umsturz von Staat und Gesellschaft hinarbeitete. An ihrer Spitze stand ein Tischler Wurm zu Warmbrunn. Auch er gehörte keinem der auswärtigen Geheimbünde an; er kannte jedoch ihre Schriften und hatte ganz in ihrem Sinne eine Proklamation entworfen, um die Gebirgsbewohner aufzurufen gegen „die Unterdrücker der arbeitenden Klassen — jene verächtliche Klasse von Menschen, die man den Adel nennt, deren Ursprung in den finstersten Zeiten der Barbarei

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, v. D.

ist, deren Vorfahren die Rolle der Straßenräuber, der Mordbrenner so schön spielten ... Wenn die Statuen der Könige in Trümmer stürzen, wird euer Name sich mischen in den Sturm der Elemente und wie Donnergebrüll den letzten Tyrannen erschrecken, in der Mitte seiner gezwungenen Scharwächter, vom Lager, daß er zittere vor der erwachten Menschheit und fliehe wie ein Knabe." Der König sendete sofort den Geh. Rat Mathis als Kommissar hinüber; in dessen Gefolge befand sich der junge schlaue Referendar Stieber, der hier zum ersten Male seinen polizeilichen Spürsinn bewährte. Im Verdachte der Mitwissenschaft stand außer dem unermüdlichen demagogischen Schulmeister Wander*) vornehmlich der Fabrikant Schlöffel in Eichberg, ein grimmiger Radikaler, der mit den Schweizer Flüchtlingen viel verkehrte. Der greise Oberpräsident aber wollte dem angesehenen Fabrikanten eine solche Torheit doch nicht zutrauen; er behandelte Schlöffel gütig, hielt ihn nur kurze Zeit in Haft. Deshalb entspann sich zwischen Merckel und Mathis ein heftiger Streit, und der König, der schon über die saumselige Behandlung der Webernöte aufgebracht war, verfügte nunmehr die Entlassung des Oberpräsidenten. Merckel hatte ihn früher gebeten, er möge es ihm selber sagen, wenn er zu seiner physischen oder moralischen Kraft kein Vertrauen mehr hege. Nun mußte der Minister des Innern kurzweg schreiben: dieser Zeitpunkt ist jetzt eingetreten, Se. Majestät sind von der Unzulässigkeit der bisherigen Verwaltung des Oberpräsidiums ganz überzeugt.**) So trat der Mann zurück, der seit mehr denn einem Menschenalter allen Schlesiern für das natürliche Haupt der Provinz galt und namentlich während seiner zweiten Amtsführung sich das allgemeine Vertrauen erworben hatte. Jetzt feierte man ihn, begreiflich genug, als ein Opfer der Reaktion. In einem gerührten Abschiedsschreiben dankte er für die zahllosen Beweise der Liebe seiner schlesischen „Vaterlandsgenossen". Der Erfolg der Untersuchung schien ihm recht zu geben. Schlöffel wurde freigesprochen, da sich nichts Sicheres erweisen ließ; nur Wurm mußte, zum Tode verurteilt, ins Zuchthaus gehen.

Dann brach über ganz Deutschland eine jener schweren Teuerungszeiten herein, welche in der Geschichte fast regelmäßig den Revolutionen vorangehen. Die Ernte der Jahre 1846 und 47 mißriet so gänzlich, daß der Zollverein, dessen Getreidehandel sonst immer eine starke Mehrausfuhr aufwies, im ersten Jahre fast 2,9 Mill., im zweiten 5 Mill. Scheffel Roggen mehr als die Ausfuhr betrug einführen mußte. Am durchschnittlichen Ertrage der Roggenernte fehlte in Mitteldeutschland fast ein Viertel. Und was für unnatürliche Zustände in den einzelnen Landesteilen! Die halbverhungerten Ostpreußen mußten, weil sie selber nicht zahlen konnten, den

*) S. o. V. 241.

**) Kabinettsordre an Geh. Rat Mathis, 18. März; Schlöffel an Merckel, 18. März, Antwort 19. März; Berichte an den König, vom Minister Graf Arnim 24. März, von Mathis 9. April; Thile, Weisung an Graf Arnim, 26. April 1845.

größten Teil ihrer dürftigen Ernte in das Ausland verkaufen. Bei dem allgemeinen Elend zeigte sich der Bundestag wieder ebenso nichtig wie vor dreißig Jahren, und wieder wie damals verbot Österreich bundesfreundlich sofort die Getreide-Ausfuhr nach den deutschen Nachbarländern.

Aber auch der Zollverein einigte sich nicht rechtzeitig über gemeinsame Maßregeln; man fühlte nur zu schmerzlich, daß der alte König, Motz und Eichhorn nicht mehr umsichtig den nationalen Handelsbund behüteten. Jeder Bundesstaat handelte auf eigene Faust, am klügsten das Königreich Sachsen, das die Ausfuhrverbote des österreichischen Nachbarn nicht erwiderte, sondern mit mäßigen Getreide-Einkäufen und einer sehr milden Beaufsichtigung des Bäckergewerbes leidlich auskam. Hier allein blieb die Ruhe ganz ungestört. Fast überall sonst in den größeren Städten, selbst in dem stillen Stettin mußten Zusammenrottungen der hungernden kleinen Leute mehr oder minder gewaltsam auseinander getrieben werden. Viel zu denken gaben die Unruhen, welche Berlin im April 1847 drei Tage hintereinander heimsuchten. Sie wurden durch die Schlaffheit des greisen Gouverneurs Müffling genährt, dann durch das entschlossene Eingreifen des Generals Prittwitz und seiner Kürassiere gestillt. Es fiel doch auf, wie viele wohlgekleidete Männer sich unter dem hungernden Pöbel umhertrieben; die zahlreichen Verwundeten hielten sich allesamt versteckt, kein einziger meldete sich in den öffentlichen Krankenhäusern. Man konnte sich des Verdachtes kaum erwehren, daß eine verschworene Umsturzpartei die gute Stunde benutzt hatte um die Widerstandskraft der Staatsgewalt einmal auf die Probe zu stellen. Erschreckt durch diese Unruhen, ließ der König, um den Armen das unentbehrlichste Nahrungsmittel zu erhalten, für einige Zeit die Ausfuhr der Kartoffeln und die Branntweinbrennerei untersagen — ein Verbot, das nichts nützte, sondern, wie Kühne vorhersagte, die allgemeine Besorgnis nur steigerte. Der hessische Minister du Thil ließ in Holland Getreide einkaufen und verschaffte sich dazu Kreditbriefe vom Hause Rothschild. Als aber die Mehrzahl der holländischen Verkäufer vorzog sich in Mainz bar bezahlen zu lassen, da wollte der menschenfreundliche Rothschild aus der ungewöhnlichen Landesnot auch noch einen ungewöhnlichen Gewinn ziehen und verlangte Entschädigung für die unbenutzten Kreditbriefe — was du Thil als „eine Unverschämtheit" rundweg zurückwies.*) Also half sich jeder Landesherr wie er konnte; im Volke blieb viel dumpfer Mißmut zurück.

Nur an einer Stelle Deutschlands wütete verheerend die Hungersnot: unter den Wasserpolen Oberschlesiens. Diese blutarmen Bergarbeiter hatten drei Jahre nacheinander die Kartoffelernte mißraten sehen, sie hatten „die Bergmannskuh", die Ziege längst geschlachtet, sie waren entnervt durch die Branntweinspest. Nun da sie schon alle Hoffnung

*) Nach du Thils Aufzeichnungen.

fahren ließen, wurde zugleich von Galizien her der Typhus eingeschleppt. Der Schnitter Tod heimste seine furchtbare Ernte ein, die unwissenden ratlosen Menschen verschlossen sich stumm verzweifelnd in ihren Häuschen. Alles war wie gelähmt, kein einziger Pfarrer berichtete dem edlen Fürstbischof Diepenbrock von dem entsetzlichen Jammer. Als endlich doch die Schreckenskunde nach Breslau gelangte, da kam Hilfe, aber sie kam zu spät. Die Barmherzigen Brüder und Schwestern durchzogen die Dörfer, an freiwilligen Beiträgen liefen 360 000 Tlr. ein, weit mehr als die Weber des Gebirges erhalten hatten. Doch in den Kreisen Pleß, Rybnik, Ratibor mußten Staat und Gemeinden während der nächsten Jahre 4000 hilflose Waisenkinder versorgen; im Kreise Pleß allein waren im Jahre 1847 über 6800 Menschen gestorben, fast dreimal mehr als sonst in Jahresfrist, und darunter wohl 900 vor Hunger. Die neue Zeit und ihr König Dampf hielten auch in Deutschland ihren Einzug über Leichen. Wenn der politische Unmut der Gebildeten und der soziale Groll der Armen sich dereinst zu gemeinsamem Kampfe zusammenfanden, dann war die alte Ordnung der Dinge verloren. —

Siebenter Abschnitt.

Polen und Schleswig-Holstein.

Seit der Meerengen-Vertrag den Weltfrieden notdürftig hergestellt und zugleich alle die alten Allianzen gelockert hatte, blieb die diplomatische Welt mehrere Jahre hindurch fast unbeweglich. In den Kolonien betrieb England, in Innerasien Rußland unausgesetzt die alte Eroberungspolitik; in Europa aber suchten alle Mächte behutsam den Frieden zu wahren. Die einen lähmte die Ahnung der nahenden Revolution, die anderen die Angst vor den Kriegswirren, welche der Tod des alternden Bürgerkönigs heraufzuführen drohte. Wie unberechenbar die Zukunft dieser geraubten Krone war, das fühlten alle tief erschreckt, als der Herzog von Orleans im Juli 1842 aus dem Wagen stürzte und starb. Aufrichtig beweinten die Franzosen ihren Thronfolger. In seinem Testamente ermahnte er seinen Erben, allezeit ein Katholik, ein ergebener Sohn Frankreichs und der Revolution zu bleiben, auch wenn er nie die Krone tragen sollte; und so als ein echter Vertreter des modernen militärisch-liberalen französischen Geistes hatte er sich selber immer gehalten. Eine Welt von ehrgeizigen Hoffnungen ging mit ihm zu Grabe, und Alfred de Musset sang: „doch eine Seite bleibt in der Geschichte leer, ein ganz Jahrhundert, ach, voll Ruhmes kommt nicht mehr!“ Nach heftigen parlamentarischen Kämpfen wurde die Regentschaft für den Fall der Thronbesteigung des minderjährigen Grafen von Paris dem ältesten Oheim, dem Herzog von Nemours übertragen. Diesem Lieblingssohne Ludwig Philipps konnte niemand, wie dem Verstorbenen, kühne kriegerische Pläne zutrauen; das Volk aber liebte den ernsten, steifen, konservativen Prinzen wenig, und wer durfte hoffen, daß eine solche Regentschaft sich halten oder die nationalen Leidenschaften bändigen würde?

Je dunkler also die Aussichten des Julikönigtums erschienen, um so ängstlicher vermieden die Mächte alles was den Bestand dieser gebrechlichen Dynastie irgend gefährden konnte. Darum wurde König Friedrich Wilhelm von den verbündeten Höfen nur mit leeren Worten unterstützt, als er das rechtswidrige Unternehmen des belgisch-französischen Zollvereins bekämpfte und schließlich vernichtete. Ebenso vereinsamt stand er

auch, als er die Mächte aufforderte, die seit zwölf Jahren vertragsmäßig ausbedungene Schleifung der südbelgischen Festungen, die das kleine Königreich gar nicht verteidigen konnte, nunmehr endlich durchzusetzen.*) Diesen „infamen Festungsvertrag" hatte die Pariser Presse seit Jahren immer wieder für null und nichtig erklärt. Die Franzosen betrachteten es als ihr gutes Recht, daß ihnen im Kriegsfalle die festen Plätze des neutralen Belgiens ohne Widerstand geöffnet würden; und — so friedensselig war die Welt — als Preußen jetzt an die alte unbestreitbare Vertragspflicht erinnerte, da zeigten sich Aberdeen, Metternich, Nesselrode allesamt sehr unlustig. Um Preußens willen wollten sie den Tuilerienhof nicht kränken.**) König Leopold aber beschwor die Mächte (31. März 1845), sie möchten ihn nur jetzt nicht an die Verträge mahnen, ihm nur jetzt nicht aus lauter Freundschaft Händel bereiten mit den französischen Nachbarn und den Parteien daheim. „Bisher", so schloß er, „hat man mir freundlich gestattet, selber zu entscheiden, wann die Ausführung der Maßregel zeitgemäß wäre, und ich wünsche sehr, daß man auch diesmal ebenso verfahren möge."***) Die Mächte erhörten seine Bitte, und der kluge Coburger wußte dafür zu sorgen, daß der rechte Zeitpunkt für die Erfüllung der Verträge niemals eintrat.

In solchen Zeiten, da die großen politischen Gegensätze ruhen und kein fruchtbarer neuer Gedanke eine entschiedene Parteistellung erzwingt, pflegt das kleine diplomatische Ränkespiel zu blühen. Trotz der Legende von dem Bunde des freien Westens und trotz der persönlichen Vertraulichkeit der beiden Königshöfe stellte sich das belobte herzliche Einvernehmen zwischen England und Frankreich nie wieder vollständig her. Diesseits wie jenseits des Kanals hatten die letzten Kämpfe ihren Stachel zurückgelassen, die natürliche Eifersucht brach überall hervor. Sie zeigte sich als England das Recht, verdächtige Sklavenschiffe zu durchsuchen verlangte, und wieder als die Missionäre der beiden Nationen auf den Inseln der Südsee sich befehdeten, und nochmals als Frankreich einen Streit mit den bösen marokkanischen Nachbarn, um nur Englands Einmischung zu verhindern, durch einen milden Friedensschluß schleunig beilegte. Alle diese kleinen Händel wurden durch den Parteihaß der Franzosen mit maßloser Übertreibung ausgebeutet; die Pariser Presse blieb dabei, dies Ministerium des Auslands wage nirgends den Fremden die Zähne zu zeigen. Und allerdings pflegte Guizot die berechtigten wie die unberechtigten Aufwallungen der nationalen Empfindlichkeit mit wegwerfender Verachtung abzufertigen; seinen Hörern war dabei zu Mute, als ob er selbst die Fragen der auswärtigen Politik nur mit kalter Hundsnase obenhin be-

*) S. o. IV. 80.

**) Berichte von Liebermann, 27. März 1844; von Bunsen, 18. 31. März 1845; Brunnow an Nesselrode, 8. April 1845.

***) König Leopold von Belgien an v. d. Weyer in London, 31. März 1845.

schnoberte. Auch in England bekundete sich eine gereizte, mißtrauische Stimmung, seit Palmerston (1846) wieder in das Auswärtige Amt eingetreten war. Der Lord konnte seine Streitigkeiten mit Talleyrand nie vergessen, überall in der Welt witterte er Pariser Ränke, sogar das langsame Anwachsen der französischen Seemacht schien ihm bedrohlich. Wie zornig klagte Bunsen, als die Mittelmeermacht Frankreich sich in ihrem Hafen Toulon einige neue Kriegsschiffe erbaute; er meinte, „es wäre eine Wohltat für Europa, wenn England die Anmaßung der Bourbonen im Mittelmeere demütigte!" An der mediterranischen Fremdherrschaft der Briten fand dieser Deutsch-Engländer nichts auszusetzen.*)

Das Bündnis der Westmächte wankte; um so lebhafter bewarb sich Guizot daher um das Wohlwollen des Wiener Hofes. Eifrig, und nicht immer würdevoll beteuerte er der Hofburg seine konservative Gesinnung: er wollte mit allen Mächten gemeinsam die Anarchie bekämpfen, in Italien die Revolution niederhalten, in Spanien die Monarchie wiederaufrichten; er bat dringend, man möge in Wien die Bedeutung der entente cordiale der Westmächte nicht mißverstehen, nicht die „reinen Monarchien" den konstitutionellen feindlich gegenüberstellen. Nicht ohne Schadenfreude empfing Metternich solche beflissene Versicherungen, unter Freunden spottete er wohl: diese Westmächte nennen sich also selber unreine Monarchien!**) Gleichwohl fühlte er sich durch eine geheime Wahlverwandtschaft zu dem bekehrten französischen Doktrinär hingezogen, das alternde Julikönigtum wurde dem österreichischen Regierungssysteme immer ähnlicher. Ganz so tugendstolz wie Metternich nannte Guizot seine Politik des Widerstandes une politique un peu grande seulement, und ganz so starr wie dieser behauptete er seine pensée immuable. Erhaltung des Bestehenden — so lautete der Wahlspruch in den Tuilerien wie in der Hofburg, und bald wußte jedermann in der diplomatischen Welt, daß Metternich das einst verabscheute Bürgerkönigtum jetzt als eine Stütze der europäischen Ordnung behutsam zu schonen suchte.

Derweil Österreich und Frankreich also einander näher traten, bemühte sich Zar Nikolaus die neue Freundschaft mit England zu befestigen. Wohl war er entschlossen, das sogenannte legitime Recht auch in Österreich zu verteidigen; und niemals beirrte ihn die naheliegende Frage, ob er nicht die nationalen Gegensätze des Nachbarreichs für panslawistische Zwecke ausbeuten solle. Als ihm Metternich (1837) die Möglichkeit einer ungarischen Revolution vertraulich vorstellen ließ, da befahl er seinem Kanzler: „Danken Sie dem Grafen Fiequelmont für diese wichtige Mitteilung. Ich bitte Gott, daß er Österreich die Prüfung, die sich vorbereitet, ersparen möge. Ich hoffe, die Maßregeln sind gut getroffen, aber in jedem Falle

*) Bunsens Bericht, 18. Febr. 1847.

**) Guizot an Flahault, April 1844. Canitz' Bericht, 20. April 1844.

kann Österreich auf Rußland zählen" —*) ein Versprechen, das er zwölf Jahre später ritterlich einlöste. Doch ein rückhaltloses Vertrauen zu Metternich hatte er nie gehegt, weil er ihm, sicherlich mit Unrecht, eine geheime Mitschuld an dem Dekabristenaufstande und der polnischen Revolution beimaß. Neuerdings fühlte er sich auch persönlich verletzt. Er wünschte seine schöne Tochter Olga mit dem geistreichen jungen Erzherzog Stephan zu verheiraten, und sendete deshalb sogar seinen Vertrauten Orlow an die Donau (1844); der österreichische Hof aber verlangte, stolzer als die deutschen protestantischen Fürsten, daß die Großfürstin zur katholischen Kirche übertreten müsse. Daran scheiterte alles, und Nikolaus sah sich, da das Geheimnis schlecht gewahrt wurde, ärgerlichen hämischen Nachreden ausgesetzt.**) Gegen Frankreich bewahrte er noch den alten Groll, und seinem preußischen Schwager traute er wenig, schon wegen der reichsständischen Pläne; überhaupt hatte Preußen das hohe Ansehen, das ihm der alte König in den letzten Jahren verschafft, längst eingebüßt, keine der großen Mächte bemühte sich ernstlich um die Freundschaft des unberechenbaren neuen Monarchen.

Für die orientalischen Entwürfe, die den Zaren noch immer unausgesetzt beschäftigten, erschien ihm England als der einzige wertvolle Bundesgenosse; war diese Macht gewonnen, dann folgten die beiden Ostmächte von selbst und Frankreich blieb wieder zur Seite liegen. Schon zweimal, in den Tagen der Navariner Schlacht und soeben wieder durch Brunnows Sendung, hatte er die Briten zur Mitwirkung bei seiner orientalischen Politik verführt; er traute sichs zu, nunmehr auch eine Verständigung über die Zukunft des osmanischen Reiches zu bewirken. Bald nach dem Meerengen-Vertrage überraschte er die Hofburg durch die Anfrage, ob man nicht wohl tue, dem englischen Hofe einen Beweis rückhaltlosen Vertrauens zu geben: der geheime Münchengrätzer Vertrag, der die beiden Kaisermächte verpflichtete, beim Untergange der Türkei nach gemeinsamem Plane zu handeln, sollte dem Londoner Kabinett mitgeteilt werden.***) Metternich aber widersprach; er fürchtete offenbar, eine solche unerwartete Aufrichtigkeit würde den Argwohn der Briten nur verschärfen, und überdies hatte er ja selbst jenem Vertrage nur zugestimmt um Rußland im Oriente zu überwachen. Darauf entschloß sich Nikolaus, durch den Zauber seiner persönlichen Erscheinung zu wirken. Im Mai 1844 verbreitete sich zu Petersburg das Gerücht, der Zar beabsichtige eine große Reise. Ehe man noch etwas über das Ziel der Fahrt vernahm, erschien er schon

*) Brunnow, Aperçu général de nos relations avec les puissances del 'Europe. Ich kenne aus diesem Aperçu nur einige Zitate, welche B. Hehn in seiner Denkschrift „Einblick in die Auswärtige Politik des Kaisers Nikolaus" (Petersburg, März 1857) mitteilt.

**) Liebermanns Berichte über Orlows Sendung, 6. Febr. 1844 ff.

***) S. o. IV. 330.

selber bei den königlichen Verwandten in Potsdam, nach seiner Gewohnheit alle überraschend, und fuhr am nächsten Morgen weiter, um die Königin Victoria zu besuchen.

In England wurde der unerwartete Gast mit Ehrenbezeigungen überschüttet. Man erlaubte ihm sogar, allem britischen Hofbrauche zuwider, in Uniform zu erscheinen; denn in bürgerlicher Kleidung fühlte er sich unbehaglich, als ob man ihm die Haut abgezogen hätte. Die Damen der vornehmen Welt wollten gerade in diesen Tagen, wie alljährlich, einen großen Polenball abhalten mit einer Sammlung zum Besten der Flüchtlinge; nun fragten sie sich ängstlich, ob man unter den Augen des Zaren eine solche Feindseligkeit wagen dürfe. Da richtete Brunnow ein sanftes Brieflein an die Lady Patroneß, die Herzogin von Somerset: „ich bin von Sr. Majestät beauftragt, mich mit jeder Summe zu unterschreiben, deren Sie für Ihren wohltätigen Zweck etwa noch zu bedürfen glauben.“*) So ward die politische Absicht des Festes vereitelt, in aller Höflichkeit und zur großen Entrüstung der polnischen Flüchtlinge. Nikolaus erwies der jungen Königin ritterliche Ehrfurcht, ihren Kindern väterliche Zärtlichkeit, er pries begeistert die Reize Windsors und des englischen Landlebens. Immer sprach er im Tone des offenherzigen Biedermannes: ich weiß es wohl, man nennt mich einen Schauspieler, ich sage aber meine Meinung stets gerade heraus. Dem Lord Aberdeen beteuerte er gemütlich: ich habe den Bund der Westmächte niemals beargwöhnt, sondern ihn immer für eine Bürgschaft des Weltfriedens gehalten.

Wie konnte er hoffen, die nüchternen englischen Rechner durch solche Künste zu täuschen? Und was sollten sie gar denken, wenn er ihnen sagte: ihr haltet die Türkei für todkrank; ich glaube, sie ist schon tot, also müssen wir uns über das Schicksal ihrer Trümmer verständigen. Ich will keine Eroberungen; der Besitz Konstantinopels würde leicht die Einheit Rußlands, die Zukunft der russischen Nation gefährden. Aber ein byzantinisches Reich, wie es König Otto und die Griechen zu erhoffen scheinen, kann ich nicht dulden. Das hieße mich selbst vernichten vor meinem Volke und meiner Kirche. Zu irgend einem anderen Abkommen bin ich bereit, und ich hoffe, daß England mich dabei gegen Frankreich unterstützen wird. Der gradsinnige Peel und der gutmütig beschränkte Aberdeen glaubten wirklich, der Zar sage die Wahrheit; doch auch sie fühlten, wie Prinz Albert und Wellington, den eigentlichen Sinn seiner Worte heraus. Sie erkannten, daß Rußland unter keinen Umständen eine selbständige Macht auf der Balkanhalbinsel zu dulden gewillt sei; und da England stillschweigend entschlossen war, die Bosporuslande nötigenfalls mittelbar oder unmittelbar sich selber anzueignen, so führten die höfischen Gespräche nur zum Austausch nichtssagender Artigkeiten.**) H. v. Moltke schrieb in diesen Jahren: die Teilung

*) Brunnow an die Herzogin v. Somerset, 5. Juli 1844.

**) Berichte von Thile, London 7. 10. Juni, von Bunsen, 2. Sept. 1844.

der Türkei sei wie die Teilung eines Diamantrings; es frage sich allein, wer den Diamanten Stambul erhalten solle. Ebenso dachten die britischen Staatsmänner. Ein Versprechen für die Zukunft wollten sie schlechterdings nicht geben, was der Zar bei besserer Kenntnis der englischen Politik wohl hätte voraussehen müssen. Seine Reise verfehlte ihren Zweck, und wenn ein russisches Rundschreiben nachher von dem glücklich erzielten Einvernehmen sprach, so sollten die vieldeutigen Worte nur die erlittene Niederlage verhüllen.

Und nicht bloß in den orientalischen Verhandlungen verriet sich der Gegensatz, der beide Höfe trennte. Ganz so schroff wie vormals redete Nikolaus allerdings nicht mehr über das Recht der Legitimität; Don Carlos und Heinrich V. waren ihm ja beide widerwärtig wegen ihrer persönlichen Nichtigkeit und ihrer klerikalen Gesinnung. Doch trotz der deutlichen Winke der Königin Victoria wollte er sich auch jetzt noch nicht entschließen, mit ihrem belgischen Oheim einen regelmäßigen diplomatischen Verkehr anzuknüpfen; denn König Leopold hatte ihn erst kürzlich wieder scharf gereizt durch die Aufnahme polnischer Offiziere in das belgische Heer. Nach der Heimkehr versicherte Nesselrode den fremden Gesandten stolz: nunmehr sei die entente cordiale für immer ein leeres Wort.*) In Wahrheit wurde die längst schon unsichere Freundschaft der Westmächte durch die Reise des Zaren weder erschüttert noch gestärkt. Ludwig Philipp witterte gleichwohl Unrat und nach seiner plebejischen Weise beeilte er sich ebenfalls zu „seiner Victoria" hinüberzufahren. Nachdem mittlerweile der Prinz von Preußen dem englischen Hofe einen anspruchslos freundschaftlichen, ganz unpolitischen Besuch abgestattet hatte, erschien im Oktober auch der Bürgerkönig. Auch er wurde hochgeehrt, sogar mit dem Hosenband-Orden geschmückt; der Lordmayor und die Aldermen von London erfreuten sich seiner biderben Ansprachen und seiner kräftigen Handschüttelungen. Dem stolzen Adel aber gefiel er weniger als der Zar, dessen Reise doch schon durch ihre soldatische Keckheit Bewunderung erregt hatte. Die parlamentarischen Staatsmänner überlief es kalt, wenn der redselige Orleans ihnen selbstgefällig erzählte, wie viele Minister er nun schon erhoben und wieder zu Falle gebracht hätte. Robert Peel meinte: er ist ein sehr schlauer und gewandter König, sein System mag gut sein für Frankreich, nicht für England.**)

Nach Frauenart fühlte sich Königin Victoria durch alle diese Huldigungsreisen lebhaft geschmeichelt; sie meinte gerührt, so viele Freunde verdanke sie ihrem geliebten Gatten und dem guten Rufe ihrer glücklichen Ehe. Wie wenig indes die Höflichkeit der Fürsten für die Politik bedeutete, das lehrte der rastlose diplomatische Kampf im Osten, auf den alten

*) Liebermanns Bericht, 26. Okt. 1844.

**) Bunsens Bericht, 16. Okt. 1844.

Tummelplätzen des internationalen Ränkespiels. Was mußte das unglückliche Griechenland leiden unter dem ewigen Gezänk der drei Mächte, die sich wie zum Hohne die puissances créatrices, die Erzeuger des jungen Königreichs nannten. Dem Zaren war die Selbständigkeit des Rebellenstaates und seines katholischen Herrscherhauses von vornherein widerwärtig. Den König Otto hatte er selbst durch die Zusendung eines kaiserlichen Generaladjutanten, die doch sonst überall im Oriente als unfehlbares Überredungsmittel wirkte, nicht für die orthodoxe Kirche zu gewinnen vermocht; und seit der Kronprinz von Bayern gar die Hand seiner Tochter Olga verschmäht hatte*), hegte er einen tiefen Groll gegen alle Wittelsbacher.

Auch wußte die wohl erfahrene russische Diplomatie genau, daß ein großer nationaler Staat auf der Balkanhalbinsel, wenn er überhaupt möglich war, nur durch das hellenische Volkstum geschaffen werden konnte. Welche Lebenskraft bewährte doch immer noch, trotz der starken Blutvermischung und trotz der politischen Ohnmacht dies unverwüstliche Hellenentum, das einst sogar gegen die weltherrschende Roma seine Kultur im Ostbecken des Mittelmeeres behauptet hatte. Die meisten der großen Kaufleute in den Hafenplätzen des Osmanenreiches waren Griechen; sie arbeiteten, wagten und sparten, derweil die Türken in Trägheit verkamen; sie bildeten eine große stille Verschwörung mit den Landsleuten im kleinen Mutterlande, die beständig eine Erweiterung ihrer unerträglich engen Grenzen verlangten. Selbst die zäheste Nationalität des Abendlandes, die italienische, widerstand ihnen nicht, alle die alten venetianischen Geschlechter auf den ionischen und den kykladischen Inseln wurden nach und nach zu Byzantinern. Da der Zar sich selber als den rechtmäßigen Erben des Doppeladlers von Byzanz betrachtete, so sah er sich demnach gezwungen zu einer arglistigen Politik, welche, sobald sie durchschaut war, die Hellenen mit unauslöschlichem Groll erfüllen mußte. Er ließ einerseits, um die Türkei zu schwächen, die ohnmächtige Ländergier der Griechen insgeheim aufstacheln und suchte andererseits die Macht des jungen Königtums zu untergraben. Dies Doppelspiel betrieb mit unheimlicher Gewandtheit der russische Gesandte Katakazi, ein Grieche, der sich der besonderen Gunst Nesselrodes erfreute.**) Katakazi unterhielt geheimen Verkehr mit der orthodoxen Partei der Nappisten, die ihre begehrlichen Blicke zunächst auf Thessalien warf; seine Berichte sprachen mit äußerster Geringschätzung von König Otto, von dessen Umgebung, von dem gesamten griechischen Staatswesen.***)

Ebenso feindselig zeigte sich England, freilich aus ganz verschiedenen Gründen. Sämtliche Parteien des Inselreichs, vor allen die Whigs, glaubten jetzt wieder an die Unantastbarkeit der Osmanenherrschaft; die

*) S. o. IV. 536.

**) Liebermanns Bericht, 21. Nov. 1843.

***) Katakazis-Berichte, 26. April, 27. Mai 1842 ff.

philhellenischen Träume waren verflogen, das junge, durch England selbst mitgeschaffene Königreich wurde als ein Pfahl im Fleische der heiligen Türkei tödlich gehaßt. Als ein getreuer Vertreter dieses eingefleischten Nationalhasses erschien in Athen, durch Palmerston gesendet, Sir E. Lyons. Der rohe Seemann begegnete dem Hofe mit einer Anmaßung, die sogar über das Maß englischer Anmut weit hinausging, er blieb selbst der Geburtstagsfeier des Königs fern*), er verlangte hartnäckig die pünktliche Verzinsung der Anleihe, welche die drei Schutzmächte bei Rothschild aufgenommen hatten, obgleich er wußte, daß dies blutarme Land solchen Forderungen unmöglich genügen konnte, und bald erzählte sich alle Welt, daß er insgeheim die konstitutionelle Partei der Griechen aufwiegelte. Palmerston scheute sich längst nicht mehr, offen auszusprechen, England habe den Beruf, überall, namentlich in dem absolutistischen Südeuropa, die konstitutionellen Bestrebungen zu fördern; dann wird — so sagte er mit gewohnter Selbstgefälligkeit, „die nationale Partei überall von selbst die englische Partei sein".**) In dieser unziemlichen Stellung eines geheimen griechischen Parteihauptes verblieb Lyons selbst während der fünfjährigen Tory-Regierung. Aberdeen wollte den gefährlichen Zänker nicht abrufen; ihm war es willkommen, wenn Griechenland sich durch inneren Hader schwächte. Auch der französische Gesandte Piscatori nahm an den Umtrieben der konstitutionellen Partei eifrig teil, schon weil er dem Briten nicht den Vortritt überlassen durfte; immerhin bewies Frankreich allein unter den drei Schutzmächten dem mißhandelten Schützling noch einiges Wohlwollen und suchte ihm namentlich die Finanznot großmütig zu erleichtern.

Bei solchem Gewirr heimischer und ausländischer Ränke fühlte sich König Otto völlig haltlos. Herrschergaben fehlten ihm so gänzlich, daß schon vor Jahren Armansperg und die englische Partei ernstlich daran gedacht hatten, ihn auf Grund eines ärztlichen Gutachtens für regierungsunfähig zu erklären. Nirgends besaß er persönliche Anhänger; die Hellenen schalten noch immer auf die Bavaresi, obgleich alle Bayern, bis auf einige Vertraute und Diener des Königs, längst heimgezogen waren. Auch seine Gemahlin, die schöne, geistvolle, ehrgeizige Amalie von Oldenburg wurde dem demokratischen Volke bald unleidlich, weil sie ihre königliche Würde sehr hoch hielt. Wie aussichtslos hatte sich doch die Lage dieses einst von ganz Europa verherrlichten und jetzt überall mißachteten Staates gestaltet. Seine Hauptstadt blühte auf, ihre junge Universität wurde von den Söhnen des lernbegierigen Volkes fast allzu eifrig besucht, die reichen Griechen im Auslande schmückten wetteifernd das wiedererstandene Athen mit Prachtgebäuden. Aber je rascher hier ein neuer Mittelpunkt hellenischer Kultur

*) Liebermanns Bericht, 18. Juli 1842.

**) Bunsens Bericht, 6. April 1847.

emporwuchs, um so widersinniger erschien das Verlangen nach einer anderen Metropole, und doch konnte das erhoffte Byzantinerreich seine Hauptstadt nur am Bosporus finden, alle Griechen in der großen Polis blickten verächtlich auf das kleine Athen hernieder. Der kriegerische Geist war völlig erloschen; für die Verstärkung des erbärmlichen Heeres hatten jene großen Kaufherren, welche für Akademien und Bibliotheken Millionen spendeten, keine Drachme übrig. Ohne Geld und Waffen konnte der König, wie lebhaft er es auch selber wünschte, dem nationalen Ehrgeiz unmöglich entsprechen.

An dem österreichischen Gesandten, dem eitlen, federgewandten Prokesch v. Osten fand er auch keine feste Stütze; denn Metternich wollte von dem verabscheuten Staate der Revolution noch immer nichts hören, er sagte scharf: „ich preise mich glücklich, weil ich an der Schöpfung dieser politischen Mißgeburt gar keinen Anteil genommen habe.“*) Der einzige zuverlässige diplomatische Ratgeber Ottos blieb der preußische Gesandte Brassier de St. Simon, ein leichtlebiger, feingebildeter Weltmann, der einst den Berliner Hof durch seine geistreichen Gespräche entzückt hatte, als Dichter der Barkarole „Das Schiff streicht durch die Wellen“ auch in weiteren Kreisen bekannt war. Nebenbei trieb er somnambule Zauberei, wie ja fast alle preußischen Diplomaten dieser politischen Dilettantenzeit, Bunsen, H. v. Arnim und andere, sich mit Homöopathie, Magnetismus und ähnlichen brotlosen Künsten vergnügten. Schon der alte König hatte die griechische Politik der Wittelsbacher immer unterstützt und vor Jahren seinem Neffen Adalbert die Annahme der hellenischen Krone untersagt, weil er den bayrischen Verwandten ihre Zirkel nicht stören wollte. Der Nachfolger war der philhellenischen Jugendträume noch immer eingedenk: er freute sich, daß sein Gesandter dem geliebten Neffen treu zur Seite stand**), und vernahm es gern, wenn König Ludwig immer wieder dankbar aussprach: Preußen allein zeigt sich in diesen schweren Tagen als Bayerns ehrlicher Freund.***)

Freilich galt der preußische Staat, da er nicht einmal ein Kriegsschiff in den Piräus senden konnte, bei den Griechen sehr wenig. Brassier erwarb sich durch sein vertrautes Verhältnis zum Hofe nur den Haß der Parteihäupter, und leider zeichneten sich auch die Ratschläge, die aus Potsdam kamen, keineswegs durch Weisheit aus. Wie die Dinge lagen, durfte König Otto, der doch nur von Volkes Gnaden regierte, den Hellenen die ersehnte Verfassung nicht länger vorenthalten; je früher er den notwendigen Schritt freiwillig wagte, um so sicherer konnte er hoffen die monarchische Macht notdürftig aufrecht zu halten. Der Vater in München aber und der Oheim in Sanssouci beschworen ihn beide, der konstitutionellen Partei nichts zuzugestehen.

*) Canitz' Bericht, 18. Okt. 1843.

**) König Friedrich Wilhelm, Marginalnote für Thile, 6. Dez. 1845.

***) Küsters Berichte, München, 21. Jan., 30. März 1844.

So ging eine köstliche Zeit verloren, die Gesandten der drei Schutzmächte hetzten und wühlten ungestört. Am 15. Sept. 1843 brach endlich eine Soldatenmeuterei aus. Oberst Kalergis, ein erklärter Anhänger der russischen Partei, führte seine Truppe gegen das Schloß, und der erschreckte König ließ sich das Versprechen einer Verfassung abtrotzen. Alsbald ward die Verheißung vom Altane des Palastes herab verkündigt, unter donnernden Zitorufen, in Gegenwart der fremden Gesandten. Beamte und Heer beschworen im voraus das Syntagma, dann trat eine Nationalversammlung zusammen um die beschworene Verfassung nachträglich zu schaffen. Gewiß stand Katakazi hinter der Verschwörung, auch Lyons und Piscatori hatten nachgeholfen; und ebenso gewiß wollten die Empörer den katholischen König entthronen, eine Absicht, die nur durch die rasche Zusage der Verfassung vereitelt wurde. Da der Aufruhr mithin seinen eigentlichen Zweck verfehlt hatte, und der Zar vor der Welt doch unmöglich als Beschützer einer Konstitution erscheinen durfte, so wurde Katakazi unter lauten Kundgebungen des kaiserlichen Zornes abberufen, nachher aber in Rußland ganz unbehelligt gelassen. Der Petersburger Hof gab sich fortan den Anschein, als ob er mit diesen verworfenen Hellenen nichts mehr zu tun haben wollte; er ließ sich in Athen nur noch durch einen Residenten vertreten, und Nesselrode sagte sardonisch lächelnd: die griechische Verfassung wird ganz abscheulich, aber eine, die norwegische, ist doch noch schlechter.*) Inzwischen brachen über das unselige Land alle Plagen der parlamentarischen Korruption herein. Die natürliche Beredsamkeit der Hellenen entlud sich in endlosen Wortkämpfen; eine Schar von Palikaren mußte das Haus der Nationalversammlung bewachen, um die Masse der Gunstjäger und Stellensucher, die sich schreiend und marktend an die Volksvertreter herandrängten, in Ordnung zu halten.

Wie zu erwarten stand, geriet das neue Syntagma ganz nach dem Sinne des unerfahrenen Radikalismus, nach der doktrinären Pariser Schablone. Der russische Ursprung dieser unsauberen Revolution verriet sich jedoch sehr deutlich in dem einstimmig angenommenen Artikel, der von den künftigen Königen das griechische Glaubensbekenntnis verlangte. Allerdings konnte hier in den Heimatlanden des Cäsaropapismus nur ein orthodoxer König als ein wahrhaft nationaler Fürst gelten; dem Hause Wittelsbach war aber das Thronfolgerecht schon ohne konfessionelle Beschränkungen übertragen, durch die Verträge der Schutzmächte und durch die Zustimmung des hellenischen Volks. Wie durfte man solche Verträge jetzt einseitig ändern? König Ottos Ehe blieb kinderlos; der ersehnte Konstantinos kam nie zur Welt. Prinz Luitpold, der nächstberechtigte Bruder, erklärte als treuer Katholik entschieden, daß er weder selbst übertreten, noch seinen Söhnen einen Glaubenswechsel gestatten würde**);

*) Liedermanns Bericht, 16. April 1844.

**) Küsters Bericht, München, 30. März 1844.

und der bekümmerte Vater König Ludwig sendete den Fürsten Wallerstein nach London und Paris, um irgend eine Bürgschaft für das Erbfolgerecht der Wittelsbacher, sowie für die monarchische Gewalt der griechischen Krone zu erlangen. Beide Westmächte gaben nur unbestimmte Zusicherungen, und die Fortsetzung der diplomatischen Reise bis nach Athen unterblieb schließlich, weil Wallerstein selbst einsah, daß die Anwesenheit eines Bavaresen die erhitzten Hellenen noch mehr reizen würde.*) Unterdessen waren die drei Schutzmächte zu einer Konferenz zusammengetreten; und hier sagte Brunnow unschuldig: durch den nachträglichen Beschluß über das orthodoxe Bekenntnis der Hellenenkönige würde das Erbfolgerecht der Wittelsbacher doch nicht beeinträchtigt. Er begriff gar nicht, wie man der griechischen Nationalversammlung das Recht zu solchen Beschlüssen bestreiten könne. Ebenso unschuldig schrieb Nesselrode nach München: „Haben nicht alle unsere Verhandlungen den Zweck gehabt, den Thron Griechenlands den Nachkommen des Königs von Bayern zu sichern? Und würde dieser Gedanke nicht eine neue Verbürgung erhalten, wenn man bestimmte, daß der künftige Souverän sich mit seinem Volke durch die Bande des gleichen Glaubens vereinigen muß? An dem Kaiser von Rußland ist es sicherlich nicht, eine Notwendigkeit zu bestreiten, worüber alle Griechen einstimmig sind."**)

Die Konferenz wußte sich nicht zu helfen, und schließlich riet ihr der König von Preußen, der jeden Eingriff in die Rechte des bayrischen Hauses verhindern wollte, die Schutzmächte möchten die förmliche Entscheidung der konfessionellen Frage vorläufig vertagen.***) So geschah es auch. Die Schutzmächte begnügten sich, einige fromme Wünsche für die Wiederherstellung der Ordnung in Hellas kundzugeben; um so nachdrücklicher sprachen sie die Erwartung aus, daß ihr Schützling seine Geldverpflichtungen erfüllen und auf alle Gebietserweiterungen verzichten müsse. Ihr gemeinsames Kind sollte in seiner Nichtigkeit verharren — in diesem Gedanken fanden sich die drei liebevollen Erzeugermächte zusammen; und salbungsvoll schrieb Aberdeen seinem russischen Freunde: wichtig ist nur, jeden Angriff der Griechen auf die Türkei zu verhindern, darum wollen wir uns beiderseits dem hellenischen Parteitreiben fern halten „und wahr gegeneinander bleiben, mein teuerer Brunnow".†) England und Rußland forderten nunmehr die Abtragung der Schulden so ungestüm, daß der griechische Finanzminister der Nationalversammlung erklären mußte, ein Budget könne er überhaupt nicht vorlegen, und König Otto sich schließlich genötigt sah, sein Heer auf 5000 Mann herabzusetzen. Mehr — meinte

*) Liebermanns Berichte, 26. Dez. 1843, 23. Jan., 13. Juli 1844.

**) Bunsens Bericht, 23. Febr. Nesselrode, Weisung an Viollier in München, 22. Febr. (a. St.) 1844.

***) Thiles Bericht, London, 18. April 1844.

†) Aberdeen an Brunnow, 18. Okt. 1844.

Aberdeen — brauchen die Hellenen nicht, als eine Schutztruppe für den inneren Sicherheitsdienst; und noch deutlicher sagte nachher Palmerston: wir wollen diesem Volke seine byzantinischen Gelüste für immer austreiben!*) Die neue Verfassung, mitsamt dem Artikel über die orthodoxe Thronfolge blieb unverändert, stillschweigend anerkannt von den Schutzmächten. Also hatte Rußland die verschmähte Olga gerächt und sein Spiel mindestens halb gewonnen. Die Wittelsbacher waren zwar nicht entthront, doch jedermann mußte voraussehen, daß König Otto besten Falls nur noch auf Lebenszeit regieren und sein Bruder Luitpold niemals die Krone der Hellenen tragen würde. Mit vollem Rechte lärmten daher die bayrischen Zeitungen, am lautesten die ultramontanen, wider die Feindseligkeit der Moskowiter. Nesselrode zählte aber zu jenen ehrlichen Leuten, denen sich nichts beweisen läßt; er forderte Genugtuung, drohte mit Abbruch des diplomatischen Verkehrs. Endlich ließ sich der Münchener Hof zu einigen Entschuldigungen herbei und verbot seinen Zeitungen, auf Rußland zu schelten.**)

In Griechenland kämpften die Anhänger der drei Schutzmächte noch lange miteinander. Brassier de St. Simon wurde abberufen, weil die Uhr des Absolutismus abgelaufen war. England suchte seine Schuldforderungen mit der äußersten Gehässigkeit, einmal sogar durch die Absendung von Kriegsschiffen einzutreiben. Die Russen sahen diesen rohen Mahnungen mit stiller Schadenfreude zu; König Friedrich Wilhelm aber, der freilich nicht helfen konnte, beklagte bitterlich, wie die Mächte das unselige Land also durch die britische Habgier zu Grunde richten ließen.***) Zuletzt errang Kolettis, der Führer der französischen Partei einen vollständigen Sieg. Palmerston schäumte vor Zorn als er diesen Triumph Guizots erfuhr. Er überhäufte die griechische wie die bayrische Regierung mit groben Schmähungen und suchte auch Preußen gegen die beiden Wittelsbachischen Höfe aufzuregen. „Das Königreich Griechenland", schrieb er nach Berlin, „ist von den drei Mächten nicht geschaffen worden für die persönlichen Vorteile und Vergnügungen eines bayrischen Prinzen, sondern ein bayrischer Prinz ist von den drei Mächten zum König von Griechenland erwählt worden um die griechische Nation zu beglücken und ihr zu nützen"... Es wird noch dahin kommen, daß König Otto „durch unfähige, bestechliche und tyrannische Minister den Griechen ein System der Mißregierung und Unterdrückung auferlegt, das die Stellung eines Untertanen des Königs von Griechenland weniger erträglich macht, als die Stellung eines Rajahs des Sultans."†) Canitz erwiderte trocken: „uns liegt nur an der Unabhängigkeit Griechenlands, darum wollen wir seine Regierung nicht stören;

*) Bunsens Berichte, 11. März 1845, 5. März 1847.

**) Gise an Viollier, 7. Dez. Weisung an Graf Bray in Petersburg, 7. Dez. 1843.

***) Canitz, Weisung an Rochow, 3. Sept. 1846.

†) Palmerston an Westmoreland, 18. Mai 1847.

ehe man so heftige Vorwürfe erhebt, müßte man wenigstens die Stimme der griechischen Nation hören.“*) In Athen erregten Palmerstons Wutausbrüche und die wachsende Anmaßung seines Gesandten Lyons nur Widerwillen.

Kolettis behauptete sich, und unter seiner mehrjährigen Regierung drang die französische Gesinnung den Hellenen in Fleisch und Blut. Den deutschen Philologen, zumal dem geistvollen Otfried Müller, der auf dem Hügel von Kolonos sein frühes Grab fand, widmeten sie wohl einige Hochachtung; ihre Liebe aber schenkten sie, wie alle Orientalen, den Pariser Sitten. Der Tuilerienhof beeiferte sich auch, durch seine freundliche Haltung solche Empfindung zu bestärken, und ganz unwiderstehlich erschien diesem halbgesitteten Volke die Macht der französischen liberalen Phrase. Die beiden Hauptplätze Athens hießen nach dem Pariser Muster der Eintrachtsplatz und der Verfassungsplatz, man lustwandelte abends von der Homonoia zum Syntagma. Doch die Eintracht stand auf ebenso schwachen Füßen wie das Grundgesetz. Die politische Kraft der Hellenen war durch die berechnete Grausamkeit der Schutzmächte, durch inneren Zwist und kaufmännische Waffenscheu auf lange hinaus geschwächt, und die sanfte Schirmherrschaft, welche der französische Gesandte fortan im Schatten der Akropolis ausübte, bedeutete für Europa sehr wenig.

In Athen konnten England und Rußland den Schein der Freundschaft wahren, weil beide das Verderben ihres Schützlings planten. Sonst ließ sich die natürliche Nebenbuhlerschaft der beiden Mächte nirgends mehr im Oriente ganz verhüllen. Nesselrode wiederholte beständig die friedfertigen Beteuerungen, die er schon vor Jahren dem britischen Kabinett gegeben hatte: „die Politik des Kaisers im Oriente wird von denselben Grundsätzen beherrscht, welche sie in Europa leiten. Entfernt von jedem Eroberungsplane hat diese Politik zum einzigen Zweck die Aufrechterhaltung der Rechte Rußlands und die Achtung vor den durch andere Mächte erworbenen legitimen Rechten. Der Gedanke, die Ruhe der englischen Besitzungen in Indien auch nur zu stören, ist dem Geiste unseres erhabenen Herrn niemals nahe getreten.“**) Wenn solche Versicherungen in London eintrafen, dann sagte Robert Peel schwermütig: man darf im öffentlichen Interesse nicht annehmen, daß Rußland seine Versprechungen nicht halten wird. Mittlerweile eroberten die Heere des Zaren nach und nach den Kaukasus, und seit das Waffenglück ihnen günstig wurde, zeigte die Nation lebhafte Freude an dem Kriege. Das Kaspische Meer war bereits ein moskowitischer Binnensee; russische Dampfer, mit persischen Kohlen geheizt, befuhren seine Gewässer, und also im Rücken gedeckt, drangen die nordischen Eroberer weiter und weiter in die transkaspischen Gebiete. Die wieder-

*) Canitz an Westmoreland, 30. Mai 1847.

**) Nesselrode an Pozzo di Borgo, 20. Okt. 1838.

holte Anfrage des Petersburger Hofes, ob man sich über die Abgrenzung der beiden asiatischen Machtbereiche friedlich verständigen könne, wurde in London stets zurückgewiesen, weil die Briten dort im Osten ebenso unersättlich um sich griffen wie ihre Nebenbuhler.

In der Türkei ließ sich dem russischen Hofe sein vertragsmäßiges Schutzrecht über die christlichen Vasallenstaaten nicht mehr bestreiten, und Nikolaus gebrauchte es mit hartem Übermute. Als die Serben (1842) ihren Fürsten Michael Obrenowitsch abgesetzt und den Alexander Karageorgewitsch auf den Thron erhoben hatten, da schrieb der Zar dem Sultan eigenhändig: „Es ist mir sehr schmerzlich zu sehen, wie die Hohe Pforte von dem Wege, welchen die bestimmtesten Satzungen unserer Verträge ihr vorzeichnen, sich entfernt, wie sie der billigen Rücksichten vergißt, die eine Macht mit Recht erwarten konnte, welche soeben erst dem Osmanischen Reiche inmitten der es umringenden Gefahren so glänzende Dienste geleistet hat — und dies um den Triumph der Revolution anzuerkennen, um die Wahl eines Fürsten zu genehmigen, welchen aufrührerische Untertanen die Frechheit gehabt haben mit den Waffen in der Hand auszurufen, endlich um dem gefährlichsten Beispiel die verhängnisvollste Ermutigung zu geben!" Der ganze Wortschwall bezweckte lediglich die Pforte nachdrücklich an ihre Abhängigkeit zu erinnern; der serbische Thronwechsel selbst war dem russischen Hofe gleichgiltig. Der geängstigte Padischah mußte nunmehr den entthronten Fürsten feierlich absetzen; dann wurde der neue Fürst, der inzwischen abgedankt hatte, abermals gewählt. Österreich aber wagte so wenig wie die Westmächte dies höhnische Possenspiel zu verhindern.*)

Am Bosporus selbst war die russische Diplomatie weniger glücklich. Als Gönner der Ägypter und der Griechen mußte Frankreich der Pforte immer verdächtig bleiben. Österreich und Preußen vermochten in Pera nicht viel; Metternich war ganz zufrieden, wenn sein geliebter Großtürke nur unbehelligt blieb, er sagte beruhigt: „der Fall der Türkei ist nicht so nahe wie man glaubt."**) Die aufdringlichen russischen Beschützer aber wurden aus der Gunst des Sultans bald ganz verdrängt durch den neuen britischen Gesandten Stratford Canning, den tüchtigsten Mann, welcher England je im Oriente vertreten hat. Ein geborener Herrscher, menschenkundig, fest, willenskräftig und doch nicht so ungestüm wie sein Vorgänger Ponsonby, hieß Stratford bei den Osmanen der große Elchi, der erste aller Gesandten, und bemächtigte sich gänzlich des nichtigen jungen Padischah, von dem er aufrichtig sagte: ein Mündel ist mir lieber als ein Nebenbuhler; die Pforte vermag ihren eigenen Vorteil nicht zu beurteilen. Gleich vielen seiner Landsleute hatte er einst philhellenische Träume gehegt und dann enttäuscht

*) Zar Nikolaus an Sultan Abdul Medschid, 19. Okt. (a. St.) 1842. Canitz' Bericht, Wien, 7. Aug. 1843.

**) Canitz' Bericht, 13. Dez. 1843.

sich die Meinung gebildet, daß die Türkei von innen heraus verjüngt, der christlichen Kultur angenähert werden müsse. Mit Hilfe seines Freundes Reschid Pascha erreichte er auch einzelne kleine Milderungen der barbarischen Gesetze: die Folter ward abgeschafft, und der Großherr versprach mindestens, daß der Übertritt zum Christentum nicht mehr mit dem Tode bestraft, Christenkinder nicht mehr gewaltsam dem Islam zugeführt werden sollten. Das alles änderte freilich gar nichts an dem Wesen dieser orientalischen Theokratie, an der hoffnungslosen Knechtschaft der Rajah-Völker. Die russenfeindliche liberale Presse Europas aber verherrlichte mit treufleißiger Begeisterung alle die Wundertaten der türkisch-englischen Reformpolitik. Unermeßlich war der Jubel, als ein diplomatisches Prunkmahl abgehalten wurde im Palaste Beglerbeg, in jenen üppigen Kuppelsälen, wo der Harem des Padischahs sich morgens in Gegenwart seines erhabenen Gebieters zu baden pflegte, und der große Elchi den Trinkspruch ausbrachte: die Zivilisation und der Fortschritt in der Türkei, die entente cordiale überall, vornehmlich zwischen Abendland und Morgenland! Nach langen Jahren erst sollte Stratford selbst erkennen, daß er edle Kraft an ein unmögliches Unternehmen verschwendet hatte, daß die Sitten des Harems sich mit der christlichen Kultur doch nicht so leicht vereinigen ließen. Vorläufig behauptete der englische Gesandte am Goldenen Horn eine Herrschaft, die nur selten durch das Erscheinen eines russischen Generaladjutanten unliebsam gestört wurde. Zar Nikolaus wartete seiner Stunde, da er wohl einsah, daß seine Diplomaten es mit Stratfords überlegener Persönlichkeit nicht aufnehmen konnten. Er sagte grimmig: ich tue nichts gegen den Bosporus solange England und Frankreich sich ruhig halten; wagen sie aber etwas, „dann werde ich gewiß der erste in Konstantinopel sein und nicht loslassen." *)

In Deutschland ward das öffentliche Urteil zugleich berichtigt und verwirrt durch die Fragmente aus dem Orient von dem Tiroler Jakob Fallmerayer, ein geistreiches Buch, das den allgemeinen Russenhaß noch stärker aufreizte als vordem Urquharts Portfolio. „Der Kampf zwischen Licht und Finsternis, zwischen persönlicher Freiheit und schmachvollem Russentum, zwischen pfäffisch-demütiger Niederträchtigkeit und freier sittlicher Würde" erschien dem Fragmentisten als der Inhalt der neuen Geschichte. Fallmerayer war auf seinen weiten orientalischen Reisen und durch gründliche Erforschung der byzantinischen Geschichte zu der Überzeugung gelangt, daß geistliche Allmacht und menschliche Erniedrigung überall zusammengehen — einer Ansicht, die sich dort in den Landen des Islams und des Cäsaropapismus allerdings jedem freien Geiste von selber aufdrängt; er bewunderte Konstantinopel als „die Metropolis des Erdbodens, wo die Lose für Europas Zukunft geschrieben würden." Der phantastische

*) Rochows Bericht, 30. Dez. 1846.

Rausch, der die Gesandten in Pera so oft ergreift, überwältigte auch ihn: er wollte auf der weiten Welt nichts mehr sehen als die orientalische Frage.

Da nun das dem Fragmentisten ganz unbekannte Preußen der prosaischen Meinung war, daß die Lose Europas schon seit vierzehnhundert Jahren nicht mehr am Bosporus geschrieben würden und sich demnach an dem diplomatischen Ränkespiele der Metropolis nur wenig beteiligte, so glaubte er, Deutschland sei in schmähliche Ohnmacht versunken. Ebenso hoffnungslos urteilte er über die Neugriechen. Mit einem großen Aufwande historischer Gelehrsamkeit erklärte er sie für ein elendes slawisch-schkypetarisches Mischvolk. Ihm entging ganz, daß die Nationalität durchaus nicht allein durch die Reinheit des Blutes bedingt ist. Fast überall in Europa hatte nach den großen Völkerwanderungen die überlegene Kultur der Besiegten ihre Rache genommen an den barbarischen Siegern; die Slawen waren auf hellenischem Boden ganz ebenso zu Byzantinern geworden, wie die Goten, Langobarden und Burgunden auf Römerboden zu Romanen wurden. Die Hellenen haßten ihren Lästerer tödlich, und König Ludwig fand es ruchlos, daß ein in Bayern längst eingebürgerter Gelehrter in der bayrischen Allgemeinen Zeitung das Lieblingsvolk der Wittelsbacher also um allen Kredit brachte. Russenhaß, Griechenhaß, Zorn über Deutschlands Schwäche, Entrüstung wider den Vibius Egnatius Tartuffius des Priestertums — das waren die vorherrschenden Empfindungen des Fragmentisten. Er nannte sich gern einen Mann von Welt, weil er in Frankreich, in Rußland, in Pera viel in vornehmen Kreisen verkehrt hatte, und spottete über die doktrinäre philhellenische Schwärmerei der deutschen Philologen. In Wahrheit war er selbst ein ganz unpolitischer Kopf, der die Wirkung seiner Worte nicht zu berechnen verstand. Wenn er die Hellenen schonungslos verunglimpfte, so arbeitete er doch den verhaßten Russen in die Hände; auch seine Spöttereien über Egnatius Tartuffius konnten dem Zaren, der ja überall, namentlich in Bayern die Ultramontanen bekämpfte, nur Freude bereiten. Aber er war zugleich ein Stück Poet, und darin lag seine Stärke. Der funkelnde, etwas überladene Stil der Fragmente sprühte von Geist und Leben. Die herrlichen hochromantischen Schilderungen des Komnenenschlosses von Trapezunt, der Waldeinsamkeit am Pontus, der lorbeerumrauschten Klöster auf dem heiligen Berge Athos blieben dem Leser unvergeßlich, und mit der Süßigkeit dieser Landschaftsdichtungen schlürfte er auch das geistreiche politische Kauderwelsch des Fragmentisten begierig ein, das im Grunde doch nur sagte: der Tod ist von den Sünden des Lebens frei, folglich steht der Türke hoch über den Rajah-Völkern. Da das freie England in Pera herrschte, so gaben sich die deutschen Liberalen der tröstlichen Hoffnung hin, die Stadt Konstantins sei vorläufig noch wohl geborgen in den Händen des Großtürken und seiner aufgeklärten Eunuchen. —

Aus diesem ziellosen Gewoge diplomatischer Kämpfe erhob sich endlich wieder eine festere Parteibildung, seit die geheime Arbeit der polnischen Verschwörer die drei Ostmächte zu gemeinsamem Handeln zwang. Die gastfreundliche Unterstützung, welche dieser erklärten Umsturzpartei in England, Belgien und der Schweiz, vornehmlich in Frankreich gewährt wurde, sprach allem Völkerrechte Hohn. Mit erstaunlicher Dreistigkeit pflegte der Tuilerienhof von den Berliner Ministerien Mitteilungen zu erbitten über preußische Untertanen, die in Paris als polnische Märtyrer Unterstützung aus den geheimen Fonds verlangten. Canitz meinte zornig: „Es ist eine eigene Forderung, die jetzt so oft wiederholt wird, daß die preußische Regierung Anweisungen und Legitimationen für Verräter erteilen soll." Gleichwohl wurde die gewünschte Auskunft selten verweigert, weil man auf solche Weise genaue Nachrichten über die Personen der Verräter erhielt.*) Viele der sogenannten Geächteten lebten, gänzlich unverfolgt, aus freiem Willen in der Verbannung, um die jedem polnischen Herzen unwiderstehlichen Reize der Pariser Geselligkeit zu genießen oder um das schlechte Handwerk der Verschwörung unter französischem Schutze sicherer zu treiben. Die drei namhaftesten polnischen Dichter der Zeit, Mickiewicz, Krasinski, Stowaski spielten allesamt, gefühlvoll wie Heinrich Heine, die Rolle freiwilliger Flüchtlinge.

In den Kreisen solcher Ausgewanderten erlangen aber die extremen Parteien stets die Oberhand. Die aristokratische Fraktion, die Gesellschaft vom 3. Mai verehrte noch immer den greisen Fürsten Czartoryski als ihren König Adam I. Czartoryski selbst hielt sich behutsam zurück. Er empfing im Palaste Lambert die polnischen Flüchtlinge mit fürstlicher Gastfreundschaft und nahm auch zuweilen die Huldigungen der Pariser Studenten und Journalisten entgegen. Alljährlich am 29. Nov. zur Feier der großen Woche hielt er seinen Landsleuten eine wohlgesetzte Rede um sie auf den dereinstigen allgemeinen nationalen Aufstand zu vertrösten, aber auch vor radikaler Überstürzung zu warnen. Seine Partei besaß an den Grafen Zamoyski und Walewski zwei rührige, beharrlich umherreisende Agenten, an dem schlauen, reichen Grafen Titus Dzialynski in Posen einen mächtigen geheimen Verbündeten. Sie unterhielt Verkehr mit dem internationalen Priesterkreise zu München**), auch mit dem Posener hohen Klerus, der seit den wohlfeilen Triumphen des Erzbischofs Dunin seine revolutionäre Gesinnung kaum noch verbarg und unter den Bauern das Lied verbreiten ließ:

Sammelt scharenweis euch alle!
Unser Feind, der Deutsche falle!
Ich der Propst verspreche euch
Fest dafür das Himmelreich!

*) Canitz, Bemerkung zu der Note des Marquis de Dalmatie, 24. Nov.; Bodelschwingh an Canitz, 21. Dez. 1846.

**) Notice sur l'émigration polonaise, aus dem Departement des Grafen Orlow, durch Rochow nach Berlin übersendet 26. Dez. 1846 — nur mit Vorsicht zu benutzen.

Die Masse der Schlachtizen aber und die kleinen Pfarrer wollten sich zu den vornehmen Magnaten kein Herz fassen. Nach wüsten Kämpfen zwischen sechs verschiedenen Parteien blieb die Demokratische Gesellschaft obenauf, das Organ der Versailler Zentralisation. Sie bekannte sich zu „rein demokratisch-philosophischen Grundsätzen", radikalen Lehren der Junghegelianer, die dem Kommunismus nahe kamen, und schrieb nicht bloß den Aufruhr, sondern die soziale Revolution auf ihr Banner. In dem wiederhergestellten Polenreiche von 1772 sollten alle sozialen Unterschiede verschwinden, alle Polen wollten Brüder sein, Kinder eines Vaters, Gottes, einer Mutter, des Vaterlandes. Die alte natürliche Wahlverwandtschaft zwischen der polnischen Adelslibertät und dem modernen Radikalismus trat wieder zu Tage. Gelehrig ging der Posener adlige Pan auf diese demagogischen Schlagwörter ein; wenn er in den Agronomischen, den Unterstützungs-, den Lese-Vereinen mit den Bauern, die ihm sonst die Knie zu küssen pflegten, kameradschaftlich zusammensaß, dann verlangte er liebreich, daß man ihn fortan nicht mehr Graf, sondern Bruder nennen solle. Auch den kirchlichen Fanatismus verschmähten die Demokraten nicht. Da der Bischofsstreit beigelegt war, so schalt man auf die Duldung, welche der König den Deutschkatholiken in Schneidemühl gewährte. Es kam dort sogar zu blutigen Händeln, und immer wieder warnten die Kapläne das Bauernvolk: der Preuße will uns die Religion rauben!

Die Seele der Demokratischen Gesellschaft war Ludwig von Mieroslawski, ein echter Vertreter des vornehmen internationalen Demagogentums, in Frankreich geboren und der französischen Sprache mächtiger als der polnischen, nachher im Kriege gegen Rußland geschult; ein leichtes Talent, nicht ganz ohne mathematisch-militärische Kenntnisse, aber noch mehr bewundert als Redner und Improvisator, ritterlich, eitel, geschwätzig, liebenswürdig, nach Sarmatenart bald sanft bald gewalttätig, ein Freund der Weiber, des Tanzes, der Toilettenkünste, so durch und durch frivol, daß er in einem Atem die Jungfrau Maria, das polnische Vaterland und seine eigene Geliebte hoch leben ließ. Daneben bestand noch eine eigentliche kommunistische Partei, die in Posen durch die Schriftsteller der Stefanskischen Buchhandlung vertreten wurde. Kommunismus konnte dort im Osten, wo das bewegliche Kapital so selten war, nichts anders bedeuten als Ackerverteilung. Dies Zauberwort zündete in Posen nur selten; denn hier waren die bäuerlichen Verhältnisse durch die Gerechtigkeit einer wohlwollenden Regierung leidlich geordnet und der Bauer vernahm die freundlichen Reden der vordem so hochmütigen Edelleute mit Argwohn, schon weil er im Verkehre mit den Schacherjuden die Lebensregel gelernt hatte: wer mir schmeichelt will mich betrügen. Furchtbar aber, und ganz anders als die kurzsichtigen Demagogen wähnten, wirkte die kommunistische Propaganda in Galizien, wo das Landvolk längst über die schweren Roboten

und Grundlasten murrte und nunmehr an den grausamen adligen Herren blutige Rache zu nehmen hoffte.

Diese rastlosen, von dem gutmütigen Statthalter, dem Erzherzog Ferdinand kaum bemerkten Umtriebe, die geheimen Sendboten, die in der letzten Freistätte des Polentums, in Krakau beständig aus- und eingingen, und zu allermeist die freche Sprache des Posener Landtags beunruhigten den Wiener Hof lebhaft. Schon im Sommer 1842 fragte Metternich bei den anderen Teilungsmächten vertraulich an, ob es nicht ratsam sei, jetzt auf den geheimen Vertrag vom 14. Okt. 1835 zurückzukommen und das Krakauer Gebiet mindestens in die Zollinie Österreichs aufzunehmen.*) Ehrlich verfuhr er dabei nicht; die vollständige Ausführung jenes Vertrags, die gänzliche Einverleibung der Republik in den Kaiserstaat, erklärte er unter den gegenwärtigen Verhältnissen für „eine Narrheit", der preußische Gesandte Canitz merkte aber bald, daß diese Narrheit grade Österreichs Wunsch war.**) Mit Entsetzen wies König Friedrich Wilhelm solche Anschläge wider sein geliebtes Polen zurück, und da er als Kronprinz von diplomatischen Geheimnissen wenig erfahren hatte, so wollte er nicht einmal glauben, daß jemals ein so schändlicher Vertrag förmlich abgeschlossen worden sei. Sein Petersburger Gesandter Liebermann, der einst bei jenen Geschäften mitgeholfen hatte, belehrte ihn freilich eines Besseren; gleichwohl hielt er seinen Widerspruch aufrecht und forderte entschieden, die alte Verabredung müsse für immer vergessen, die Unabhängigkeit Krakaus gewissenhaft geachtet werden. Zar Nikolaus, der mit Metternich ganz übereinstimmte, wollte doch den Schwager augenblicklich nicht drängen; so vertagte denn der Wiener Hof vorläufig die Ausführung seines Vorhabens***), und Canitz berichtete in heller Freude: „Der Schlag ist abgewehrt. Die Stimme eines seiner erlauchten Beschützer hat das bedrohte Dasein des armen Schützlings gerettet, die Teilung Polens wird nicht kleinlich wiederholt werden durch die Erdrückung seiner letzten Trümmer. Dieser Plan ist verdientermaßen getötet und begraben."†)

Nur zu bald sollte diesen gutmütigen Hoffnungen die Enttäuschung folgen. Die Russen versäumten keine Gelegenheit die ruchlosen Pläne der Polen anzuschwärzen. Als Nikolaus im Oktober 1843 durch Posen kam, da wurde, so hieß es, ein Flintenschuß auf einen Wagen des kaiserlichen Gefolges abgefeuert. Der Zar glaubte wirklich einer Lebensgefahr entgangen zu sein, und sein Hof bejammerte laut l'horrible attentat de Posen. Die Schandtat blieb trotz eifriger Nachforschungen unentdeckt, sie bestand wohl nur in der Phantasie der Moskowiter.††) Schon im

*) S. o. IV. 528.

**) Canitz' Bericht, 8. Dez. 1842.

***) Liebermanns Bericht, 14. Nov. 1843.

†) Canitz' Bericht, Jan. 1843.

††) Liebermanns Berichte, 10. 14. 23. Okt. 1843.

Januar des nächsten Jahres aber wurden in Posen einige Rädelsführer der großen Pariser Verschwörung verhaftet, und seit sie die Wachsamkeit der Behörden erkannten, verlangten die anderen Eingeweihten stürmisch den sofortigen Beginn des Kampfes. Um die Ungeduldigen zu beschwichtigen, eilte Mieroslawski selbst im März 1845 aus Paris herbei; er sah jedoch bald, daß er die Leidenschaft nicht mehr bändigen konnte, und als er im Dezember nach Posen zurückkehrte, da beschloß er, nach einer geheimen Beratung in Krakau, das tolle, so lange geplante Unternehmen alsbald ins Werk zu setzen. Da das Königreich Polen unter den eisernen Griffen seines Statthalters Paskiewitsch wie erwürgt dalag, so sollte diesmal der Aufstand in Posen und Galizien beginnen, dann aber gleich der Lawine wachsend über das Königreich, über Litauen und Kleinrußland, bis zur Düna und zum Dniepr sich ausbreiten — denn wo war eine Schranke für Mieroslawskis Einbildungskraft?

In Krakau wurden die Rollen verteilt, die Befehlshaber für jede der aufständischen Landschaften ernannt; um Mitte Februar 1846 wollte man überall gleichzeitig losschlagen. Sogar Czartoryskis aristokratische Partei wagte jetzt dem Sturme der nationalen Begeisterung nicht mehr zu widerstehen. Auf ihre Bitte erklärte König Adam, er wolle nur das Haupt der Emigration sein und überlasse der Nation, über ihre künftige Verfassung selbst zu entscheiden. Mehr als schöne Worte wußte der müde, ganz in Entsagung versunkene alte Fürst seinem Volke freilich nicht zu bieten.

Indessen war Oberpräsident Beurmann durch einige neue Verhaftungen den Umtrieben auf die Spur gekommen. Als die Posener Verschworenen am 14. Febr. sich in ihren Bazar begaben, um bei einem großen Mittagsmahle die letzten Verabredungen zu treffen, da erfuhren sie schon, daß alles entdeckt war. Der entschlossene Kommandant General Steinäcker hatte soeben die Festung schließen, einige verdächtige Unteroffiziere verhaften lassen; inzwischen wurde Mieroslawski selbst in einem Städtchen der Provinz aufgegriffen und gefesselt nach Posen abgeführt. In der folgenden Woche zog ein Haufe Bauern, den ein Karmelitermönch zum Glaubenskriege aufgestachelt hatte, bei Nacht gegen Preußisch-Stargard; sobald die Leute jedoch merkten, daß sie wider die Obrigkeit kämpfen sollten, liefen sie auseinander. Als am 3. März aufregende Nachrichten aus Krakau eingelaufen waren, flammte das Kriegsfeuer noch einmal empor. Der junge Hitzkopf Dr. v. Niegolewski und ein Oberförster des Grafen Dzialynski unternahmen einen nächtlichen Handstreich gegen die Posener Zitadelle, das Fort Winiary, aber schon an der Brücke der Wallischei wurde die Bande angehalten und großenteils gefangen. Das war das lächerliche Ende einer weitverzweigten Verschwörung, wobei die Demagogen in Paris, London, Brüssel, Leipzig mitgewirkt und die Gesandtschaften der Westmächte schmähliche Botendienste geleistet

hatten. Die Behörden verfuhren überall wachsam, fest und ohne unnütze Härte, so daß der König nachher dem Oberpräsidenten Beurmann wohlverdienten Dank aussprach*), die Truppen blieben unverbrüchlich treu, bis auf eine Handvoll Leutnants und Unteroffiziere. Eine schon im Januar eingesetzte Untersuchungskommission ließ zahlreiche Verhaftungen vornehmen, und nachdem der Belagerungszustand verkündet war schien die Provinz sich schnell zu beruhigen. Dem leichten, fast unblutigen Siege entsprangen aber sofort neue Gefahren. Die Verschwörung war sehr weit verbreitet, der Demokratische Verein zählte mindestens 3000 Mitglieder, dazu in der Provinz noch eine Menge halbeingeweihter Genossen, und da die Verräter die Schärfe der preußischen Waffen nicht ernstlich gefühlt hatten, so glomm das Feuer unter der Asche fort. Auch im russischen Polen wurden nur einige kleine Aufstandsversuche gewagt und alsbald grausam niedergeschlagen.

Weit gewaltsamer verlief der Aufruhr in Galizien. Am 18. Febr. rückte General Collin mit 1000 Mann Österreichern in Krakau ein, weil die republikanischen Behörden selbst erklärt hatten, sie vermöchten sich nicht zu verteidigen. Als der Aufruhr drei Tage später wirklich ausbrach, da verlor der kaiserliche General die Besinnung und räumte die Stadt, die er mit einigem Mute wohl halten konnte; mit ihm flohen auch die rechtmäßige Regierung und die Residenten der drei Schutzmächte. Die elende Republik gab sich selber auf, in ihrem Gebiete schaltete einige Tage lang der Diktator Tyssowski mit seinen Banden. Der Diktator verkündete sofort allen Polen in einem Manifeste: die Stunde der Empörung hat geschlagen, und forderte alle auf, der nationalen Regierung der polnischen Republik unbedingten Gehorsam zu schwören. Krakau sollte den Mittelpunkt des wiederauferstehenden Polenreichs bilden. Da kamen die österreichischen Truppen nochmals heran, diesmal in größerer Anzahl und verstärkt durch Bauernscharen; bald wurden die Aufständischen geworfen. Oberst Benedek, der Falke von der Weichsel legte in diesen Gefechten den Grund für seinen militärischen Ruhm. Am 3. März war die Stadt wieder in den Händen der Österreicher; alsbald ließen auch die beiden anderen Schutzmächte Truppen einrücken, die letzten Flüchtlinge der aufständischen Scharen ergaben sich den Preußen, eine von den drei Residenten beaufsichtigte Regierung stellte die Ordnung her. In den benachbarten Strichen Galiziens tobte unterdessen ein gräßlicher Bauernkrieg. Hier hatten sich die Agenten der polnischen Revolution selber die Rute gebunden. Nicht umsonst war den Bauern seit Jahren das Traumbild kommunistischer Glückseligkeit vorgespiegelt worden. Jetzt kochte die Wut der mißhandelten Fröner auf, sie ergoß sich aber nicht gegen die kaiserlichen Behörden, die der Bauer wenig kannte, sondern gegen die nächsten Bedrücker, die Grundherren und

*) Kabinettsordre an Beurmann, 8. Okt. 1846.

ihre hartherzigen Verwalter, die Mandatare. Im östlichen Galizien, wo nur die Edelleute Polen waren, die Bauern aber dem orthodoxen rotrussischen Volksstamme angehörten, wurde der Adelshaß noch durch kirchliche und nationale Feindseligkeit verschärft; „ins Verderben soll der stolze Pole stürzen", sagte ein Volkslied der Ruthenen. So brausten denn Mordbrand und Plünderung über die Edelhöfe dahin; ein ausgedienter Soldat Szela führte die wütenden Haufen an.

Es war ein echt sarmatisches Schauspiel. Wie einst in den alten polnischen Reichstagen die Anarchie des Liberum Veto an der ärgeren Anarchie der bewaffneten Konföderationen ihre Schranke gefunden hatte, so wurde jetzt die Verschwörung der Edelleute durch die Raserei der Robotpflichtigen gebändigt. In der Hofburg war alles vom Schrecken gelähmt. Selbst die Regimenter zeigten sich nicht durchweg zuverlässig, bis in die Kreise der Offiziere war der Verrat eingedrungen. Die Behörden wußten sich nicht zu helfen und ließen die Mordbanden gewähren; der Kreishauptmann in Tarnow zahlte den Bauern sogar Geldpreise für jeden Edelmann, den sie gefangen einbrachten. Gewiß hatte der Wiener Hof die Zahlung dieser Blutgelder nicht selber anbefohlen, schon weil ihm der Mut fehlte; doch die Schande blieb an ihm haften, daß er die politische Revolution nur durch stillschweigende Duldung der sozialen Revolution bezwungen hatte. Nach einigen entsetzlichen Tagen verrauchte der Blutdurst; die Bauern kehrten heim, zufrieden in dem Gedanken, daß der rote Hahn so vielen Edelleuten aufs Dach geflogen war. Das alte System war mit seiner Weisheit am Ende. Metternich schrieb erleichtert: „der größte, der dickste und durch eine Anzahl von Umständen am meisten begünstigte Versuch der Umsturzpartei hat gescheitert;"*) aber nach solchen Greueln wußte er dem zerrütteten Kronlande keine andere Sühne zu bieten als die Entlassung des kopflosen Statthalters und ein ganz ungenügendes Gesetz über die freiwillige Ablösung der Roboten.

Der Aufruhr war besiegt, die Ruheseligen atmeten auf. Wer weiter sah mußte ahnen, daß eine schwierige diplomatische Verwicklung bevorstand. Selbst der alte Welfenkönig bemerkte zu einem siegesfrohen Berichte seines Berliner Gesandten: „Ich bin nicht der Meinung, daß Alles vorbey ist. Nun ist erst die politische Frage: was soll mit diese Republik werden?"**) In der Tat kam der Wiener Hof, sobald die erste Angst überstanden war, unverzüglich auf seine alten Pläne zurück; das Brutnest aller polnischen Aufstände, die Republik Krakau sollte verschwinden, und gewiß ließ sich den Ostmächten jetzt nicht mehr zumuten, daß sie diesen traurigen Staat, nachdem er tatsächlich zerstört war, künstlich wieder aufrichten sollten. Schon am 25. Februar teilte Metternich seinen Vorschlag dem

*) Metternich an Canitz, 20. März 1846.

**) König Ernst August, Marginalnote zu Knyphausens Bericht vom 8. März 1846.

russischen Gesandten Medem mit und fügte hochmütig hinzu: wenn Preußen widerspricht, so gehen wir darüber hinweg (nous nous passerons de la Prusse). So rücksichtslos wollte der Zar doch nicht verfahren. Er schrieb seinem Schwager: nach allem was geschehen müsse man sich freundschaftlich über die unumgängliche Vernichtung Krakaus verständigen, „um einmal für allemal die verbrecherischen Anschläge zu vernichten;" darum solle sein General Graf Berg, ein ehrenhafter, in Preußen wohlbekannter Deutscher, demnächst nach Berlin kommen.*) Auf Nikolaus' Wunsch kündigte auch Kaiser Ferdinand an, daß er seinen erprobten Unterhändler, den General Ficquelmont in die preußische Hauptstadt absenden wolle, und zugleich suchte Metternich das weiche Gemüt seines königlichen Freundes durch einen lehrhaften Brief zu bearbeiten: „Zu meiner moralischen Gestaltung gehört nebst manch anderen Hin- und Abneigungen die Hinneigung zu den Sachen und die Scheue vor schalen oder gediegen scheinenden aber in der Tat leeren Worten. Zu den letzteren gehört heute der Nationalismus und dessen direkte Anwendung auf den Polonismus. Mit den beiden Worten kann der gesamte Stand aller Weltreiche bis zu den kleinsten politischen Körpern nicht nur in Frage gestellt, sondern aus doktrinellen Gründen über den Haufen geworfen werden." **)

Als die beiden Bevollmächtigten im April zu Berlin eintrafen, fanden sie das Auswärtige Amt schon wieder in anderen Händen. Minister Bülow war an einem Gehirnleiden unheilbar erkrankt, und General Canitz, der bereits seit Monaten in Berlin weilte um bei den reichsständischen Plänen des Königs Rat zu erteilen, hatte ganz unvermutet die erledigte Stelle erhalten. Welche boshafte Tücke des Schicksals! Vor kurzem erst hatte Canitz als Gesandter in Wien eine neue Teilung Polens für unzulässig erklärt, und nun mußte er selbst dabei mitwirken. Die Lehren Metternichs von der revolutionären Wirksamkeit des „Nationalismus" erkannte er ebenso wenig an wie sein König; doch mußte er zugeben, daß die Radikalen das Polentum mißbraucht und gefälscht hatten,***) und da die Wiederherstellung eines Kleinstaates, der seit einem Menschenalter die Pflichten seiner Neutralität schmählich verletzt hatte, offenbar unmöglich war, so genehmigte Preußen in einem geheimen Protokoll vom 15. April die Vorschläge der beiden Kaiserhöfe. Die Republik Krakau sollte dem österreichischen Staate einverleibt werden, weil sie sich selbst vernichtet habe.

Diesen Rechtsgrund hatte Canitz angegeben, denn er wollte jede Erwähnung des geheimen Vertrags von 1835 vermeiden. In welchem Lichte, so sagte er späterhin, ständen wir vor der Welt da, wenn man erführe, daß wir die Vernichtung Krakaus schon vor elf Jahren beschlossen und diesen

*) Zar Nikolaus an König Friedrich Wilhelm, 5. März 1846.

**) Schreiben an König Friedrich Wilhelm von Kaiser Ferdinand 29. März, von Metternich 29. März 1846.

***) Canitz, Observations confidentielles, April 1846.

Beschluß immer feierlich abgeleugnet haben?*) Auf Canitz' Antrag wurde in das Protokoll der Art. 2 aufgenommen: „Diese Einverleibung wird erst ausgeführt werden nachdem alles was damit zusammenhängt geregelt ist, hinsichtlich der Beziehungen der drei hohen vertragschließenden Parteien unter sich und zu den anderen Mächten. Dies wird geschehen durch eine Beratung der nach Wien berufenen Konferenz." General Berg erklärte aber bestimmt und ohne Widerspruch: das solle keineswegs bedeuten, daß „die anderen Mächte" förmlich zustimmen müßten; vielmehr verwahrten sich die drei Schutzmächte ausdrücklich ihr Recht, das Beschlossene unbedingt auszuführen.**) So schien man einig, und frohen Muts sahen die beiden Kaisermächte der Wiener Konferenz entgegen, die in kürzester Frist zusammentreten sollte. Nesselrode dankte der preußischen Regierung lebhaft, weil sie jede „peinliche Verhandlung" vermieden hätte. Er schrieb so ungemein herzlich, daß Canitz verwundert sagte: Die Russen scheinen ja ganz überrascht uns so nachgiebig gefunden zu haben.***)

Allerdings hatte der Zar guten Grund zu freudiger Überraschung. Der Aprilvertrag, den der königliche Gönner des Polentums doch nur widerstrebend genehmigt hatte, mußte nicht bloß die liberale öffentliche Meinung gegen den Berliner Hof aufbringen, er bedrohte auch die Volkswirtschaft Preußens mit schweren Verlusten. Die Krakauer Republik war auf Grund der Wiener Verträge ein Freihandelsgebiet, und die Breslauer Kaufleute wußten diesen Vorteil gründlich auszunutzen. Sie unterhielten in der Republik ihre Kommanditen und sendeten dahin außer deutschen Erzeugnissen auch Massen von Kolonialwaren, die von den Seeplätzen her, nur mit den leichten Durchfuhrzöllen des Zollvereins beschwert, gradeswegs nach der Weichselstadt durchgingen. In Krakau selbst verblieb nur ein kleiner Teil dieser Einfuhr; alles übrige wurde von den Juden, welche den zuchtlosen Kleinstaat wie ein anderes Land Gosen verehrten, nach dem österreichischen und dem russischen Polen hinübergeschmuggelt. Das Geschäft blühte. Von 92000 Zentnern Durchfuhrgut, welche im Jahre 1844 die schlesische Grenze überschritten, gingen fast 78000 über Neu-Berun nach Krakau, von der gesamten schlesischen Ausfuhr etwa die Hälfte; ein einziges großes Breslauer Haus berechnete seinen jährlichen Umsatz in der Republik auf 0,9 Mill. Tlr. Der Zollverein, der weder mit Rußland noch mit Österreich in Zoll-Kartell stand, fand sich nicht bewogen diesen Handel zu stören; er gewann ja nur an den Durchfuhrzöllen, und daß die Waren aus den Krakauer Freilagern wieder über die wohlbewachte deutsche Zollgrenze zurückgepascht wurden, geschah doch ziemlich selten.

*) Canitz, Weisung an Rochow, 24. Jan. 1847.

**) Procès verbal zum Berliner Protokoll vom 15. April 1846.

***) Nesselrode, Weisung an Meyendorff, 20. April; Canitz, Weisung an Rochow, 3. Mai 1846.

Sobald aber das Gebiet der Republik in die österreichische Zollinie eingeschlossen wurde, konnte dieser altgewohnte Geschäftsbetrieb unmöglich fortdauern. Die preußische Regierung durfte also der Einverleibung erst dann endgiltig zustimmen, wenn dem deutschen Handel vorher mindestens einige Entschädigung für die drohenden Verluste unzweideutig zugesichert wurde; sie mußte ihre Bedingungen schnell und entschieden aufstellen, weil der gefährdete Verkehr doch großenteils Schmuggelhandel war, nachträgliche Beschwerden also gewiß nichts erreichen konnten. Canitz fühlte dies auch und ließ alsbald von den sachverständigen Handelspolitikern eine Denkschrift ausarbeiten, die zu dem Schlusse gelangte, drei Zusicherungen mindestens müsse Preußen fordern: zum ersten einen Packhof in Krakau mit milder Kontrolle, zum zweiten Fortdauer der bisherigen niedrigen Durchfuhrzölle im Krakauer Gebiete, zum dritten schleunige Vollendung der längst verheißenen Krakau-Breslauer Eisenbahn nebst Erleichterungen für den Durchfuhrverkehr.*) Diese überaus bescheidenen Bedingungen genügten durchaus nicht, um die schlesischen Geschäftsleute, die seit einem Menschenalter große Kapitalien in dem Krakauer Freihandelsgebiete angelegt hatten, für ihre Einbuße schadlos zu halten, und die Denkschrift selbst gestand, man könne auch noch weit mehr verlangen. Sollte Preußen einen für Krieg und Handel gleich wichtigen Straßenknotenpunkt dicht an seiner Grenze ohne jeden Rechtsgrund den Österreichern übergeben und dafür zum Danke sich den altgewohnten schlesischen Handelszug zerstören lassen?

Da die Einverleibung Krakaus ohne Preußens endgiltige Zustimmung unmöglich war, so konnte der Berliner Hof jetzt einige der Forderungen durchsetzen, welche die bedrängte, zwischen dem Auslande eingeklemmte schlesische Provinz schon seit Jahren aufstellte: freien Verkehr für die alltäglichen Unterhaltungsmittel in den Grenzorten, freie Einfuhr der schlesischen Leinengarne, die in Böhmen verwebt und dann zurückgesendet wurden, vor allem aber Herabsetzung einiger Prohibitivzölle, namentlich für Gewebe. Doch dazu gehörte volkswirtschaftliche Sachkenntnis, und jetzt rächte sich's wieder, daß der erste Diplomat des Zollvereins, Eichhorn in das Kultusministerium versetzt war. Von den obersten Räten des Auswärtigen Amts vermochte keiner die handelspolitischen Folgen der Einverleibung sicher zu beurteilen. Die Kaufmannschaften oder die zunächst beteiligten Gewerbtreibenden wollte man auch nicht befragen, weil der Aprilvertrag ja zunächst tief geheim bleiben sollte. So geschah es, daß Canitz die handelspolitische Frage, die er durch rechtzeitiges Drängen sicher entscheiden konnte, vorläufig in der Schwebe hielt.

An Zeit fehlte es wahrlich nicht; denn der Wiener Hof, der anfangs

*) Promemoria über die Wichtigkeit der dermaligen politischen Verhältnisse der freien Stadt Krakau für den schlesischen Handel. 30. April 1846. (Vermutlich aus dem Handelsamte.)

so eifrig vorgegangen war, zeigte sich jetzt sehr bedachtsam, weil er den Einspruch der Westmächte fürchtete. Preußen und Rußland zogen ihre Truppen aus Krakau zurück, auch die drei Residenten kehrten heim, die Stadt wurde vorläufig von österreichischen Regimentern bewacht; denn die drei Mächte, die sich, etwa mit dem gleichen Rechte wie die Schutzmächte Griechenlands, les puissances créatrices et protectrices de Cracovie nannten, wollten der Welt unzweifelhaft beweisen, daß ihr Schützling augenblicklich gar keine Regierung mehr besäße.*) Gleichwohl ließ Metternich den ganzen Sommer verstreichen, ohne die Gesandten Preußens und Rußlands zu der verabredeten Konferenz zu berufen; er sagte weise: zum Bekennen der Grundsätze bin ich immer rasch bereit, aber zum Handeln warte ich die rechte Zeit ab.**)

Im Juli besuchte König Friedrich Wilhelm den österreichischen Staatskanzler auf der Durchreise in Königswart, und hier bot sich ganz von selbst die Gelegenheit, Preußens handelspolitische Forderungen unbedingt und nachdrücklich auszusprechen. Sie blieb unbenutzt; das politische Gespräch bewegte sich nur um die preußische Verfassungsfrage. Erst nachher, am 28. August, sendete der König an Metternich einen jener unglücklichen, gemütvollen Briefe, wodurch er schon so oft klare diplomatische Geschäftssachen verdunkelt hatte. Er wünsche, so schrieb er, in Krakau den bestehenden Zustand, also auch die Handelsfreiheit bis zu einer neuen Übereinkunft zu erhalten, er wolle jedoch „im Vertrage bleiben und nicht abspringen" und überlasse dem Wiener Hofe vertrauensvoll, den rechten Zeitpunkt für die Einverleibung zu bestimmen. Metternich antwortete (27. Sept.) mit einigen nichtssagenden Beteuerungen: „Heute ist der Moment der Handlung noch nicht gekommen. Ich habe die Herren noch nicht einmal um mich versammelt und bitte Ew. Maj. Sich auf jeden Fall auf mich zu verlassen, denn ich gehöre nicht zu denjenigen, welche Vertrauen zu mißbrauchen die Gefahr laufen."***)

Zu allem Unglück war Preußen augenblicklich in Wien wieder so schlecht vertreten wie einst in den bösen Tagen des Fürsten Hatzfeldt. Unter einer schwachen Regierung pflegt die Diplomatie Nationalstolz und Selbstvertrauen schnell zu verlieren, nirgends schneller als im fremdbrüderlichen Deutschland. Canitz' Nachfolger, Graf Arnim, ein behaglicher Lebemann und Feinschmecker, bekannt unter dem Namen des Kuchen-Arnims, hatte als Gesandter in Paris viele Freundlichkeit erfahren, weil er dem Bürgerkönige immer nach dem Munde sprach; jetzt an der Donau befreundete er sich ebenso rasch mit der k. k. Politik. Alltäglich erschien er morgens und abends in der Staatskanzlei, jeder Ausspruch Metternichs war ihm heilig. Arnim wurde angewiesen, zunächst die drei Punkte jener Denkschrift —

*) Canitz, Weisung an Rochow, 24. Juni 1846.

**) Graf Arnims Bericht, 21. Sept. 1846.

***) Metternich an König Friedrich Wilhelm, 27. Sept. 1846.

den Krakauer Packhof, die freie Durchfuhr, die Eisenbahn — durchzusetzen, sodann in gründlicher Verhandlung noch andere Entschädigungen für den preußischen Verkehr auszubedingen; der endgiltigen Einverleibung sollte er keinesfalls eher zustimmen als wenn die handelspolitische Frage zu Preußens Befriedigung geordnet sei. Er verstand aber von volkswirtschaftlichen Dingen nicht das mindeste und tat auch gar nichts um sich zu belehren.

Zu Ende Oktobers erklärte Metternich plötzlich, nachdem er dem drängenden russischen Gesandten so lange widerstanden hatte: jetzt sei der rechte Augenblick für die Einverleibung gekommen. Die Zeit war gut gewählt, denn die Westmächte hatten sich eben in diesen Tagen wegen der spanischen Thronfolgefrage dermaßen entzweit, daß ein gemeinsamer tatkräftiger Widerspruch von ihnen nicht zu erwarten stand; überdies meldete der kommandierende k. k. General aus Krakau in einem kläglichen Berichte, der natürlich bestellte Arbeit war: die Ordnung lasse sich schlechterdings nicht mehr aufrecht halten, die förmliche Einverleibung nicht länger mehr hinausschieben. Je ängstlicher der Wiener Hof bisher gezögert hatte, um so rascher schritt er nunmehr ans Werk: er hoffte durch die vollendete Tatsache zugleich die Westmächte zu überraschen und das arglose Preußen zu betrügen. Was war die Geschichte des Zollvereins anders als eine Kette österreichischer Niederlagen? Jetzt galt es Rache zu nehmen für so viele Schmach und dem preußischen Nebenbuhler gerade auf dem handelspolitischen Gebiete, wo er bisher immer siegreich gewesen, eine empfindliche Beschämung zu bereiten.

Durch diese fröhliche Hoffnung fühlte sich Metternich wie verjüngt; mit ungewohnter Entschlossenheit bereitete er Schlag auf Schlag die Entscheidung vor. In den ersten Novembertagen berief er Arnim und Medem zur Konferenz. Am 6. Nov. gab er dem Preußen die schriftliche Zusicherung, daß Österreich die drei Punkte jener Denkschrift annehme.*) Über alles Weitere — so sagte er gemütlich, und der Russe stimmte zu — könnten Österreich und Preußen sich ja späterhin noch verständigen. Arnim ließ sich durch dies sanfte Gerede gewinnen, obgleich er soeben noch aus Berlin die erneute Weisung erhalten hatte, er solle die Einverleibung ablehnen, solange nicht die Zusagen des April-Protokolls erfüllt und die Handelsfragen geordnet wären.**) Noch am selben Tage unterzeichneten die drei Bevollmächtigten ein Protokoll, das nochmals aussprach, die Schutzmächte befänden sich in „der Notwendigkeit, eine Schöpfung nicht wieder ins Leben zu rufen und nicht wieder herzustellen, welche, nachdem sie die Langmut ihrer Begründer erschöpft, sich selber aufgelöst hat." Daraufhin wurde der Vertrag vom 3. Mai 1815, der die Republik begründet hatte, zurückgenommen und förmlich verfügt, daß ihr Gebiet, wie vor dem Jahre 1809,

*) Metternich an Arnim, 6. Nov. 1846.

**) Canitz, Weisung an Arnim, 31. Okt. 1846.

wieder mit der österreichischen Monarchie vereinigt werden sollte.*) Wenige Tage nachher verkündigte Kaiser Ferdinand öffentlich die Besitzergreifung und im Januar wurde das k. k. Mautsystem im Krakauer Gebiete eingeführt. Die preußische Regierung war plump überlistet und sah sich zudem dem gerechten Vorwurfe ausgesetzt, daß sie die Interessen ihres Landes töricht preisgegeben hätte.

Die einzig mögliche Antwort auf ein so unerhörtes Verfahren war die Abberufung des pflichtvergessenen Gesandten. An Arnims nichtige Unterschrift brauchte sich die Krone nicht zu binden; freilich hatte sie ihre schärfste Waffe schon selbst aus der Hand gegeben, da ihre Truppen im Sommer aus Krakau abgezogen waren. Der König fand es unritterlich, die Zwietracht im Lager der Ostmächte vor aller Welt zu bekunden, eben jetzt da die gesamte öffentliche Meinung Westeuropas über die neue Teilung Polens zürnte. Graf Arnim blieb, streng getadelt, auf seinem Posten; er bat flehentlich um Verzeihung und suchte sich zu entschuldigen, indem er alle die Märchen über den Krakauer Handel, die ihm die Österreicher vortrugen, gedankenlos nachsprach. Man sagt mir nach, so schrieb er gemütsruhig, daß Metternich mich in der Tasche hätte; das hat man aber auch von allen früheren preußischen Gesandten hier behauptet.**) Er erhielt Befehl, sofort Verwahrung einzulegen und sich weitere Anträge vorzubehalten. Aber die Unterschrift wurde nicht zurückgezogen, das Wiener Protokoll bestand mithin zu Recht. Das Spiel war verloren; verspätete Beschwerden konnten nur zu neuen Beschämungen führen. Als bewährter Diplomat war Canitz anfangs mit großen Hoffnungen begrüßt worden; jetzt zeigte sich doch, daß der König auch diesmal nicht den rechten Mann gefunden hatte. Der geistreiche Minister begann seine neue Laufbahn mit einer schimpflichen Niederlage, und während seiner gesamten Tätigkeit im Auswärtigen Amte sollte ihn das Unglück unablässig verfolgen.

Der Zar stand in diesem Streite von vornherein auf seiten Österreichs. Ihm lag allein an der Bändigung des Polentums; was kümmerten ihn die Interessen der Volkswirtschaft? Ich weiß es wohl, sagte er zu Rauch, die preußischen wie die russischen Untertanen müssen unter der Einverleibung leiden, aber Geldrücksichten gelten nichts neben der politischen Notwendigkeit. „Bei seiner Freundschaft" beschwor er den König, diesen Zank nicht weiter zu treiben, die Eintracht der Ostmächte nicht zu stören. Wie zum Hohne fügte er hinzu, Preußen hätte seine Forderungen früher durchsetzen sollen — obgleich sein eigener Gesandter auf der Wiener Konferenz soeben geraten hatte, die deutschen Mächte möchten sich über die Handelsfrage nachträglich verständigen!***) Also von beiden Kaisermächten

*) Protokoll der Wiener Konferenz vom 6. Nov. 1846.

**) Graf Arnim, Bericht an den König, 7. Nov. 1846, an Canitz, 10. Jan 1847.

***) Rauchs Bericht an den König, 8. Jan. 1847. Nesselrode, Weisung an Meyendorff, 31. Dez. a. St. 1846.

mißhandelt, erging sich Canitz in leeren Drohungen: Sollte die Grenzsperre wirklich eintreten, „so würde nichts übrig bleiben als ein Appell an die Mit- und Nachwelt durch offene Darlegung der Verhandlungen". Und als das Gefürchtete doch geschah, da jammerte er wie ein unschuldig bestrafter Musterschüler: „Trotz diesem Verfahren, welches wir uns gegen keinen mediatisierten Fürsten erlauben würden, haben wir den Fremden gegenüber treulich festgehalten, weil wir Europa nicht den Skandal und unseren Feinden nicht den Triumph geben wollten, daß man uns so schmählich behandelt hätte." *) Metternich konnte seine Schadenfreude kaum verbergen. Er schrieb an den Gesandten in Berlin scheinbar verwundert (7. Jan. 1847): was denn die Preußen eigentlich noch wollten? Österreich hätte ja die drei Punkte jener preußischen Denkschrift angenommen und damit alles erledigt. Wir sind, meinte er trocken, zu gar keiner Entschädigung verpflichtet, da die Handelsverluste sich notwendig aus der Einverleibung ergeben. Darauf erwiderte Canitz: „man kann uns den Vorwurf der Unvorsichtigkeit machen; wir hätten die königlichen Truppen nicht zu früh zurückziehen, wir hätten in die Besitznahme nicht einwilligen sollen;" jedoch wir haben uns auf die Ehrenhaftigkeit des Staatskanzlers verlassen, der unserem Monarchen versprochen hatte sein Vertrauen nicht mißbrauchen zu wollen.**)

Im diplomatischen Verkehre ist aber Unklugheit nicht bloß ein Verstandesfehler, sondern ein sittliches Verbrechen. Metternich konnte diese unwürdigen Klagen nur mit geringschätzigem Hohne vernehmen. Unterdessen brach in Preußen, seit die Einverleibung bekannt wurde, ein Sturm der Entrüstung aus. Die Berliner Kaufmannschaft, die Breslauer Bürger, auch die großen Hüttenbesitzer Schlesiens, die Grafen Hochberg und Renard, beschworen den Minister, für den zerstörten Krakauer Handel mindestens einige Zoll-Erleichterungen zu verlangen. Das Handelsamt stimmte ihnen bei; die Zollvereinsregierungen sprachen ebenfalls ihre Besorgnisse aus. Der Oberbürgermeister von Breslau, Pinder eilte sogar nach Wien um die Interessen seiner Bürgerschaft zu vertreten. Dort war im Dezember auch ein Unterhändler des Auswärtigen Amtes eingetroffen, Legationsrat von Kamptz, der ganz aus der Art geschlagene Neffe des alten Demagogenverfolgers, ein junger Beamter von gründlicher handelspolitischer Sachkenntnis und freier nationaler Gesinnung. Der Unglückliche sollte nachträglich erlangen was leider schon verloren war; er wurde von vornherein mit einer Ungezogenheit behandelt, wie man sie unter dem alten Könige nie gewagt hatte, und bald sogar als Demagog verdächtigt. Zur Unterhandlung verwendete Metternich erst den aller Handelspolitik unkundigen Bundesgesandten Münch, den geschworenen Preußenfeind, der ohne sich

*) Canitz an Arnim, 24. Nov., an Rochow, 26. Dez. 1846.

**) Metternich, Weisung an Trauttmansdorff, 7. Jan.; Canitz, Weisung an Arnim 13. Jan. 1847.

auf irgend eine sachliche Erörterung einzulassen, immer beteuerte: „Österreich und Preußen gespannt, das heißt die Welt aus ihren Fugen treiben" — nachher den Dr. Hock, einen tüchtigen Nationalökonomen, der aber im Staatsdienste noch eine so untergeordnete Stellung einnahm, daß er wichtige Geschäfte unmöglich abschließen konnte. Kamptz merkte bald: man wollte ihn nur hinhalten. Er fragte bitter: „ob es Preußens Aufgabe ist, sich mit den Ansichten an der Donau und Newa, selbst auf Kosten des inneren häuslichen Friedens und des Vertrauens der übrigen deutschen Staaten, unter allen Umständen konform zu halten... Wahrlich, wir haben noch viel zu tun wenn wir das wieder werden wollen, was wir gewesen sind." Nach fast zwei Monaten, zu Ende Januar 1847, reiste Kamptz unverrichteter Dinge heim; er fürchtete geradezu, bei längerem Verweilen ausgewiesen zu werden.*) Im Auswärtigen Amte wurde nochmals erwogen, ob man nicht Arnim abberufen, den diplomatischen Verkehr mit dem Wiener Hofe abbrechen solle;**) aber was konnte das alles noch fruchten, nachdem das Wiener Protokoll unterzeichnet, die Einverleibung Krakaus vollzogen war?

Nach einigen Wochen peinlicher Spannung fand Metternich das rechte Mittel um die erzürnten Preußen zu beschwichtigen. Seit langem schon plagte ihn der Berliner Hof mit Plänen für deutsche Bundesreform, für deutsches Post-, Maß- und Münzwesen — lauter Gedanken, die der Staatskanzler als Utopien des „Nationalismus" still belächelte, aber auch nicht gradehin ablehnen wollte. Nun schickte er im März 1847 seinen vertrauten Hofrat v. Werner nach Berlin um eine ganz allgemein gehaltene Denkschrift über eine mögliche deutsch-österreichische Handelseinigung vorzulegen. Das Auswärtige Amt war angenehm überrascht. Selbst Kamptz der tiefgekränkte riet: jetzt müsse man zuerst diese wichtige nationale Frage erledigen; gelinge das, dann falle die Krakauer Sache von selbst hinweg. Canitz aber schrieb glückselig an Werner: „senden Sie uns bald einen Mann hierher, mit dem wir über die Verkehrsverhältnisse im allgemeinen verhandeln können, so soll er von Krakau gar nichts zu hören bekommen."***) Die große Handelseinigung ging, wie Metternich vorausgesehen, den Weg aller Bundesreformen, sie löste sich bald in Rauch auf; aber der Krakauer Streit war begraben.

Der Wiener Hof hielt sein Mautwesen, das einer Grenzsperre nahe kam, aufrecht, er erfüllte sogar die drei bescheidenen der preußischen Regierung gewährten Bedingungen unredlich: da fortan alle für Österreich bestimmten Waren sofort an der Grenze verzollt wurden, so verlor das

*) Kamptz, Promemoria für Münch. 26. Dez. 1846; Berichte an Canitz, 10. 25. Jan. 1847.

**) Geh. Rat v. Patow, Berichte an Canitz, 13. 25. Jan. 1847.

***) Metternich, Weisung an Werner, 29. März; Kamptz' Denkschrift, 3 April; Canitz an Werner, 8. April 1847.

Krakauer Freilager jeden Wert für den schlesischen Handel. Die deutschen Kaufleute schlossen zumeist ihre Kommanditen, und die alte Krönungsstadt, diese herrliche Schöpfung des deutschen Bürgertums, die mit ihren Erkerbauten so lebhaft an die ostdeutschen Städte Leipzig, Eger, Breslau erinnerte, in ihren Kirchen noch die Königsgräber von Veit Stoß und so viele andere Denkmäler deutscher Kunst bewahrte, verfiel jetzt ganz den Polen und den Juden. Die Vernichtung der letzten Heimstädte sarmatischer Unabhängigkeit beförderte also am letzten Ende das Erstarken des polnischen Volkstums. Schlesien aber berechnete seinen Verlust auf Millionen, und der Unmut hallte noch in den Bewegungen des Revolutionsjahres nach. Ebenso schwach zeigte sich der Berliner Hof auch gegen Rußland. Paskiewitsch, der brutale Statthalter in Warschau verlangte 1846, daß ihm künftighin polnische Staatsverbrecher kurzerhand auf das Gesuch der russischen Gesandtschaft hin ausgeliefert werden sollten. Die preußische Regierung verweigerte die vertragsmäßige Auslieferung nicht, sie forderte nur für jeden einzelnen Fall ein rechtskräftiges Urteil oder eine gerichtliche Anklageschrift. Nach langem Sträuben gewährte sie jedoch selbst dies letzte Zugeständnis, das einem solchen Nachbarn gegenüber mehr als leichtsinnig war. Und das alles geschah unter einem Monarchen, der die Polen bis zur Schwärmerei liebte. —

Gegen das Ausland hielten die drei Teilungsmächte einträchtig zusammen, weil sie wohl fühlten, daß sie nicht auf unantastbarem Rechtsboden standen. Allerdings war das Krakauer Gebiet während des Befreiungskrieges durch Rußland erobert und dann, weil man sich nicht anders zu einigen wußte, durch die drei Teilungsmächte allein als eine neutrale Republik neu gestaltet worden; aber die Haupt-Artikel des Vertrages über die Neutralität und Unabhängigkeit Krakaus hatten nachträglich auch Aufnahme in die Schlußakte des Wiener Kongresses (Art. 6 ff.) gefunden. Was bedeutete dies für das Völkerrecht? Die Ostmächte behaupteten, der von ihnen geschaffene Freistaat könne auch durch sie allein vernichtet werden; die anderen Unterzeichner der Kongreßakte dürften nur verlangen, über solche Änderungen amtliche Nachricht zu erhalten. Diese auch von dem konservativen Bonner Juristen Perthes in einer verständigen Druckschrift verteidigte Ansicht entsprach dem Völkerrechte; denn die Kongreßakte enthielt auch noch eine Menge anderer Einzelverträge, von denen mehrere schon durch freiwillige Übereinkunft der Vertragschließenden anstandslos abgeändert worden waren; überdies stand der Krone Frankreich gewiß kein Einspruchsrecht zu, weil die Sieger sich im Pariser Frieden ausdrücklich vorbehalten hatten, über die Verteilung der eroberten Gebiete allein ohne Frankreichs Mitwirkung zu entscheiden. Immerhin ließen sich mit einigem Scheine Rechtsbedenken erheben, da die Unabhängigkeit Krakaus doch in den Wiener Verträgen verbürgt war. Um so unanfechtbarer waren die politischen Gründe, welche die Ostmächte zwangen, einer diplo-

matischen Mißgeburt, die man niemals hätte schaffen sollen, endlich den Garaus zu machen; und mit gutem Grunde wiederholte Metternich beständig: stat pro voluntate necessitas.

Wenn die Westmächte gegen solche Notwendigkeit die Heiligkeit der Wiener Verträge anriefen, so handelten sie von Haus aus unredlich; denn diese Verträge hatte Frankreich durch die Juli-Revolution, England durch die Anerkennung Belgiens gröblich verletzt, und kein denkender Kopf durfte jetzt noch verkennen, daß die Weltgeschichte vor dieser papierenen Schranke nicht ewig still halten konnte. Und wie frech hatten beide Westmächte gegen das Völkerrecht gesündigt durch die langjährige Begünstigung der polnischen Verschwörer. Dafür gab es gar keine Entschuldigung. Die Versailler Zentralisation trieb ihr Unwesen ungescheut dicht vor der Tür der Tuilerien — was die konservativen Pariser Blätter selbst rügten — und vor kurzem erst hatte der ehrliche Radikale Duncombe im Parlamente enthüllt, daß die englische Regierung das Recht der Briefverbrechung nicht nur besaß, sondern auch handfest ausübte*); es lag also allein an ihrem bösen Willen, wenn die polnischen Rebellen unbehelligt blieben. Schon im März 1846, gleich nach der Besetzung Krakaus mahnte Guizot die drei Höfe salbungsvoll an „die Achtung vor den Verträgen, eine der festesten Grundlagen der konservativen Politik.“**) Nach der Einverleibung legte er (4. Dez.) im Namen Frankreichs feierliche Verwahrung ein: „Frankreich könnte sich einer Tat freuen, welche ihm nach dem Rechte der Gegenseitigkeit erlauben würde, künftighin nur noch der weitsichtigen Berechnung seiner Interessen zu folgen. Und doch ist es Frankreich, das an die treue Beobachtung der Verträge die Mächte erinnert, welche daraus die größten Vorteile gezogen haben“ — und so weiter noch ein langer Wortschwall.***) Mit vollem Rechte spottete Canitz über diese „rauhe Rechtschaffenheit“. Er wußte, welche unsauberen Ränke der tugendstolze französische Minister soeben in Madrid trieb; er wußte auch, wie Ludwig Philipp selbst über Guizots Sittenpredigten dachte. Eifriger denn je bewarb sich der Bürgerkönig jetzt um die Gunst des Wiener Hofes, da er in Spanien mit Englands Feindschaft zu ringen hatte. Mit seiner gewohnten plebejischen Derbheit sagte er zu Apponyi: Ich habe nie etwas Dümmeres gesehen als die Republik Krakau. Sie war das Seitenstück zu jener lächerlichen Phrase von der polnischen Nationalität in unserer Kammer, welche meine Minister trotz meinem Drängen nie zu bekämpfen den Mut hatten.†)

Auch dem englischen Kabinett lagen die spanischen Händel weit näher als der Krakauer Streit, der ja gar kein britisches Interesse berührte.

*) Bunsens Berichte, 17. Juni, 14. Dez. 1844.

**) Guizot, Weisung an Rayneval in Petersburg, 24. März 1846.

***) Guizot, Weisung an den Marquis de Dalmatie, 4. Dez., nebst Begleitschreiben vom 5. Dez. 1846.

†) Apponyis Bericht, 23. Nov. 1846.

Als ergebener Diener der öffentlichen Meinung mußte Palmerston freilich, da die Polen und die Juden zur Zeit die verwöhnten Lieblinge der Londoner Presse waren, sich an dem nationalen Sport beteiligen und sagte im Parlamente schon im August: wenn die Wiener Verträge an der Weichsel nichts mehr gelten sollen, dann gelten sie auch nichts am Rhein und am Po! Aber zu gleicher Zeit besprach er „als guter Freund" mit Brunnow: was denn aus dieser Krakauer „Fliege" werden solle. Man kam gemütlich dahin überein, England müsse protestieren, sobald die Einverleibung erfolgt sei, und der Russe schloß verbindlich: Sie brauchen eine parlamentarische Deckung; wir werden Ihnen seiner Zeit genügendes Material liefern.*) Tief erbittert durch Guizots spanische Umtriebe, wollte der Lord die zärtliche Freundschaft der Russen jetzt am wenigsten zurückweisen. Auch der König von Preußen bemühte sich wieder eifrig, sein England zu den konservativen Mächten hinüberzuziehen, und ließ deshalb durch Leopold Ranke eine Denkschrift ausarbeiten; sein Wunsch war, man sollte sich mit dem Londoner Hofe noch vor der Einverleibung glatt verständigen. Ganz so weit kam man doch nicht. Als die Wiener Konferenz ihre Beschlüsse gefaßt hatte, sprach Palmerston (23. Nov.) den Ostmächten sein Bedauern aus über eine Verletzung der Verträge, „die durch keine genügende Notwendigkeit gerechtfertigt wäre." Die Sanftmut dieser Vorwürfe stach wunderlich ab von dem groben Tone, welchen der Lord sonst in seinen Protestnoten anzuschlagen liebte. Mit Frankreich zusammenzugehen, kam ihm nicht in den Sinn. Vielmehr rühmte er sich vor Bunsen: „die drei Mächte werden sehen, wie freundschaftlich ich in der Krakauer Sache gehandelt und wie ernst ich die heimtückischen Vorschläge des französischen Kabinetts beantwortet habe."**)

Sogar der alte grimmige Russenfeind Lord Ponsonby sagte zu Metternich: man möge nur schnell handeln, durch die vollendete Tatsache der Einverleibung alles erledigen — und König Friedrich Wilhelm schrieb vergnügt an den Rand des Berichts: Noël! Noël! Ouf!***) Nach alledem konnte das unvermeidliche parlamentarische Wehgeschrei die Ostmächte nicht mehr beunruhigen. Als die beiden Häuser im Januar 1847 wieder zusammentraten, zeigte Palmerston „seinem teueren Brunnow" den Satz der Thronrede, der von Krakau handelte, und änderte auf Wunsch des Russen einige Worte. Die drei Gesandten fanden jedoch die Stelle, trotz der Milderung noch ziemlich scharf, und Brunnow schrieb dem Lord in Freundschaft: wir drei wollen lieber nicht (rather not) zur Eröffnung des Parlaments erscheinen, so vermeiden wir einen peinlichen Depeschenwechsel.†)

*) Brunnows Bericht, 28. Aug. 1846.

**) Palmerston, Weisung an Westmoreland, 23. Nov. Bunsens Bericht, 26 Nov.

***) Arnims Bericht, Wien, 9. Nov. 1846.

†) Palmerston an Brunnow, 18. Jan. Brunnows Antwort, 19. Jan. 1847.

Englischer als die englischen Minister zeigte sich Bunsen. Der glaubte alles was die Londoner Presse sagte und versicherte im Ernst, seit Napoleons Gewalttaten hätte nichts mehr die britische Nation so furchtbar erbittert; er wußte nicht, daß Österreich die Krakauer Frage zuerst angeregt hatte, und klagte entrüstet, dieser vergiftete Bissen sei durch Rußland dem Wiener Hofe dargereicht.*) Statt die reiflich erwogene Rechtsanschauung seiner Regierung gegen das Ausland treu zu verteidigen, schickte er nach Berlin eine lange Denkschrift, welche sich ganz dem oberflächlichen Gerede der englischen Zeitungen anschloß und den Beweis zu führen suchte, daß alle Unterzeichner der Kongreßakte über Krakaus Zukunft zu entscheiden hätten.**) Dem Vertrauten des Königs mußte man viel nachsehen. Die Fülle dieser freiwilligen Bunsenschen Denkschriften, die sich nicht bloß über England***), sondern über ganz Europa mit lehrhafter Sicherheit aussprachen, wurde jedoch auf die Dauer dem langmütigen Minister furchtbar. Als praktischer Diplomat war er diesem Gesandten doch immer noch weit überlegen, und er schrieb endlich sanft: „Zuweilen wandelt mich der Gedanke an: ob nicht einstens einmal ein Historiker, wie z. B. Ranke, über unsere Akten kommen und nachsehen könnte, wie diese mit den Zeitungen übereinstimmen oder was noch außerdem über die Geschichte unserer Tage zu finden wäre? Kämen nun einem solchen Manne die von Ew. Exz. über die englischen, französischen, spanischen und polnischen Fragen eingereichten Denkschriften in die Hände, so würde er, nachdem er sich des Fundes erfreut und ihn exploitiert hätte, vielleicht doch auch darnach fragen, was der damalige Minister des Ausw. A. dazu gesagt habe? Scheint es nicht zuweilen, als ob es not getan habe, den Verblendeten zu warnen, daß er nicht alles verderbe und Preußen aus einer glänzende Aussichten gewährenden Stellung in eine verzweiflungsvolle bringe, als ob er inmitten aller Gefahren, welche französische Eroberung, russische Unterdrückung, österreichische Hemmnisse und allseitiges Mißtrauen dem Vaterlande drohen, taubstumm und lahm da gestanden hätte?“†)

In solcher Lage konnten die Ostmächte stolz und sicher auftreten. Canitz entwickelte in einem Rundschreiben an die Gesandtschaften (29. Nov.), was den König zu seinem Verfahren bewogen habe. Er schloß mit der zuversichtlichen Behauptung, daß in Posen gar kein Stoff zu einem Aufstande vorhanden, alle Unruhe nur von außen hereingetragen sei, und „daß es folglich für uns von der größten Wichtigkeit ist, einen Herd dieser Umtriebe an den Grenzen der preußischen Lande nicht zu dulden oder vollends ihn als Schutz- und Pflegebefohlenen neu wieder aufzubauen,

*) Bunsens Berichte, 24. Nov., 15. Dez. 1846.

**) Bunsen, Untersuchung über die Krakauer Frage vom materiellen Standpunkte. 1846.

***) Bunsen, Die Verwicklung in den inneren Zuständen Großbritanniens, 13. Juli 1843.

†) Canitz an Bunsen, 13. Jan. 1847

nachdem er sich im Übermaß rebellischer Frechheit selbst zerstört hatte".*) Ähnlich sagte Metternich in mehreren Rundschreiben, diese Republik habe ihre Begründer gezwungen nur noch zu bedenken was sie sich selbst und ihren Völkern schuldig seien; er stellte sogar die kühne Behauptung auf: „Die Kongreß-Akte wird infolge des Krakauer Ereignisses nur zu gewinnen vermögen!"**) Nesselrode betonte namentlich, daß die polnischen Flüchtlinge den Freistaat von vornherein verfälscht und darauf mit eigenen Händen zerstört hätten.***) Als die drei Mächte dann nochmals (4. Jan. 1847) in gleichlautenden Depeschen ihre Ansicht verteidigt hatten war der diplomatische Kampf zu Ende. Die Redeschlachten, die nunmehr noch in Paris und London entbrannten, bedeuteten nichts mehr. Die Welt begann des polnischen Rührstücks satt zu werden; Lord Bentinck, Disraeli und einige andere beherzte Torys wagten auch schon einzugestehen, daß ihnen die politische Notwendigkeit des Gewaltstreiches einleuchtete.

Trotz dieses leichten diplomatischen Erfolges fühlten sich die beiden deutschen Großmächte beunruhigt. Was sie auch sagen mochten — durch die gewaltsame Vernichtung eines allgemein anerkannten europäischen Staates wurde das unwandelbare legitime Recht, zu dem sie sich selber so oft feierlich bekannt hatten, gröber verletzt als durch irgend eine der Revolutionen und Gebietsveränderungen des letzten Menschenalters. Daher bemächtigte sich der kleinen deutschen Höfe eine wohl begreifliche Angst. Auf festerem Rechtsboden als weiland Krakau standen Meiningen und Sondershausen nicht, und die Macht sich selber zu behaupten besaßen sie eben so wenig. Einige der kleinen Bundesgesandten befragten in ihrer Herzensangst schon den Vertreter Frankreichs Chasseloup-Laubat.†) Metternich empfand selbst, in welche Widersprüche er geraten war. Um die erschreckten Kleinen zu beschwichtigen und zugleich sich selber vor aller Welt das Zeugnis unwandelbarer Überzeugungstreue auszustellen entwarf er nun einen Plan, den ihm nur die starre Selbstgerechtigkeit seines Greisenalters eingeben konnte. Er verabredete mit Canitz nach langen Verhandlungen eine Erklärung folgenden Inhalts: „Jeder rechtsgiltig geschlossene Vertrag hat den Wert gegenseitig gelobter Treue... Ihre Majestäten können jedoch keineswegs einräumen, daß ein Vertrag bestehen könne ohne jene Verknüpfung gegenseitiger Rechte und Verbindlichkeiten, noch daß die Grenzen dieser Rechte und Verpflichtungen willkürlich über den Bereich der Beteiligten hinaus erweitert oder durch Einmischung Nichtbeteiligter beschränkt oder verschoben werden dürfen."††)

*) Canitz, Rundschreiben an die Gesandtschaften, 29. Nov. 1846.

**) Metternich, Rundschreiben an die Gesandtschaften, 18. 29. Nov. 1846, nebst Denkschrift: die Beschlüsse der drei Mächte in Beziehung auf Krakau.

***) Nesselrode, Rundschreiben an die Gesandtschaften, 20. Nov. a. St. 1846.

†) Dönhoffs Bericht, Frankfurt, 12. Dez. 1846.

††) Metternich, Weisungen an Trauttmansdorff, 7. März, 8. April 1847.

Diese Erklärung sollte der Bundestag billigen, wie einst die Beschlüsse des Kongresses von Verona, obgleich der Deutsche Bund an den Krakauer Händeln unmittelbar gar nicht beteiligt war. Aber die Zeiten von Troppau und Verona waren vorüber. Mochte Canitz immerhin versichern, die Erklärung erscheine nötig, weil „der Deutsche Bund für die Bewahrung des Völkerrechts eine sichere Stätte darbiete“ *) — die deutschen Höfe fühlten doch richtig heraus, wie pharisäisch eine solche Verherrlichung gelobter Treue klang eben in dem Augenblicke, da die Wiener Verträge unzweifelhaft geändert wurden, und alle zitterten für ihr eigenes Dasein. Die bayrische Regierung wollte schließlich zustimmen, „da das Wesentliche des Deutschen Bundes vorzugsweise in der Gegenseitigkeit der Vertragsrechte begründet sei,“ aber sie fügte zugleich den unzweideutigen Wunsch hinzu: „daß eine spezielle Billigung dessen, was hinsichtlich des Freistaats Krakau geschehen, ausgeschlossen bleibe, und daß daher die Anerkennung der von Österreich und Preußen aufgestellten Grundsätze nur in ihrer Anwendung auf die Verhältnisse des Deutschen Bundes ausgesprochen werde.“ **) Auch der sächsische Minister Zeschau sagte dem k. k. Gesandten Kuefstein aufrichtig: ich verkenne die Notwendigkeit des Geschehenen nicht; ich erwarte aber „die gegen Krakau angewendete Maßregel wird gegen keinen anderen Staat angewendet werden, und wäre er auch der kleinste.“ Darauf beteuerte ihm Metternich heilig „die tiefe Ehrfurcht des Kaisers vor jedem urkundlich verbrieften Rechte“ und sprach die Hoffnung aus, der Deutsche Bund würde „sich mit Österreich und Preußen in der lauten Huldigung für die ewigen Grundsätze des Völkerrechts vereinigen“ — leere Worte, die dem ehrlichen Sachsen in solchem Augenblicke wie freche Heuchelei klingen mußten.***)

Canitz selbst schämte sich im stillen; er sagte traurig: wir können den Zollvereinsregierungen nicht von Vertragstreue sprechen solange der Wiener Hof das Krakauer Zollwesen ganz nach Willkür handhabt.†) Aus allen deutschen Landen meldeten die Gesandten übereinstimmend, wie schwierig die Stimmung sei; die Konservativen klagten überall noch lauter als die liberalen Polenfreunde, das alte System der unwandelbaren Legitimität sprach sich ja selbst das Todesurteil.††) Ganz einverstanden waren von allen Regierungen der Mittelstaaten nur vier: Hannover, die beiden Hessen und der König von Württemberg, der jetzt nur noch an die Bekämpfung der Revolution dachte.†††) Es bedurfte noch mannigfacher ver-

*) Canitz, Rundschreiben an die deutschen Gesandtschaften, 7. April 1847.

**) Minister v. Maurer, Verbalnote an Bernstorff, 20. April; Weisung an den stellvertretenden Bundesgesandten Blittersdorff, 19. April 1847.

***) Metternich, Weisung an Kuefstein, 26. April 1847.

†) Canitz an Graf Arnim, 12. März 1847.

††) Berichte von Radowitz, Karlsruhe 10. Dez., von Seckendorff, Hannover 14. Dez. 1846, von Bernstorff, München 1. Febr., von Dönhoff, Frankfurt 24. April 1847.

†††) Thuns Bericht, Stuttgart 2. Mai 1847.

traulicher Zureden, bis der Präsidialgesandte am 17. Juni 1847 endlich wagen konnte, die Erklärung der beiden Großmächte dem Bundestage förmlich vorzulegen. Den Abstimmungen ließ sich zumeist deutlich anmerken, wie ungern sie gegeben wurden; der Beschluß lautete ganz unbestimmt dahin, daß der Bund „die Darlegung der Grundsätze gewissenhafter Heilighaltung der Verträge" mit Dank und voller Zustimmung vernommen habe. Die gereizte Stimmung der Tagenden verschärfte sich noch, als der Vorsitzende zum Schluß eine Zuschrift des russischen Gesandten verlas, welche die Zustimmung des Zaren zu den Grundsätzen der deutschen Großmächte erklärte. So ganz im Veroneser Stile wollte sich der Bundestag doch nicht mehr mißhandeln lassen. Er begnügte sich, ohne Dank „die volle Würdigung" der Grundsätze des russischen Kaisers „auszudrücken", und beschloß schließlich gar, diese ganze Verhandlung in einem geheimen Protokolle zu vergraben.*) Die Veröffentlichung des Protokolls wurde den beiden Großmächten anheimgestellt. Sie erfolgte zwar, aber man beachtete sie kaum. Die Absichten des Wiener Hofes waren fast ganz vereitelt; statt einer feierlichen Zustimmung des gesamten Deutschlands hatte er nichts erreicht als eine fast ironisch klingende Erklärung über die Heilighaltung der Verträge. Es ging abwärts; Metternichs Künste verfingen nicht mehr, nicht einmal am Bundestage. Bald nachher wurde das Königreich Polen in die russischen Zollinien aufgenommen — eine Gewalttat, die sich aus den früheren Ereignissen notwendig ergab und der polnischen Volkswirtschaft sogar Vorteil brachte, aber auch von neuem bewies, was von der Vertragstreue der Ostmächte zu halten war. —

Im ganzen Verlaufe dieser polnischen Unruhen hatten die drei Teilungsmächte ihren politischen Charakter unzweideutig offenbart. Im russischen Polen regierte die Faust; die wenigen, die sich einer Schilderhebung erdreisteten, wurden gehenkt oder sie verschwanden — vielleicht in Sibirien. In Österreich sah die Regierung stumpfsinnig mit an, wie das wütende Landvolk die polnischen Rebellen totschlug. In Posen wurde der Aufstand fast ohne Blutvergießen unterdrückt, und die Masse des Volks blieb still. Auf Besitz und Bildung gestützt schritt das Deutschtum, trotz allen polnischen Umtrieben noch immer unaufhaltsam vorwärts. Erst weit später, etwa seit 1861, trat der tragische Rückschlag ein. Durch Preußens Schulen, Preußens Gewerbefreiheit, Preußens Agrargesetze erzogen, wuchs allmählich in Stadt und Land ein polnischer Mittelstand empor, der seine Wohltäter mit dem unvermeidlichen historischen Undank belohnen sollte. Vorderhand schien das Deutschtum noch einer großen Zukunft sicher.

Merkwürdig nun, wie die polnischen Wirren jetzt zum zweiten Male in die Geschichte der preußischen Justizgesetzgebung entscheidend eingriffen. Unter Friedrich Wilhelm II. war einst das längst zurückgelegte friderи-

*) Dönhoffs Bericht, 17. Juni 1847.

zianische Allgemeine Landrecht schließlich nur darum veröffentlicht worden, weil die neuen, durch die Teilung Polens erworbenen Provinzen schlechterdings sofort einer geordneten Rechtspflege bedurften. Dem jetzigen Könige lag das Schicksal der 254 angeklagten Polen, welche die Untersuchungskommission aus der Masse der Verhafteten ausgesondert hatte, schwer auf dem Herzen; er wollte ihnen die Wohltat einer öffentlichen und mündlichen Verhandlung gewähren, um das Verfahren abzukürzen und vor aller Welt zu zeigen, daß in Preußen allein das Recht entscheide. Beratungen über die Einführung des öffentlichen Strafverfahrens schwebten in den beiden Justizministerien schon seit Jahren; aber erst der polnische Aufruhr erzwang die längst als notwendig erkannte Reform. Auf Wunsch des Monarchen ließ der zweite Justizminister Uhden, während Savigny in seinen gelehrten Forschungen versunken war, einen Gesetzentwurf ausarbeiten, kraft dessen das öffentliche Verfahren zunächst bei den Berliner Gerichten eingeführt werden sollte. Unzweifelhaft war es freilich nicht, ob dies geplante Gesetz auf den Polenprozeß, der vor das Kammergericht gehörte, alsbald angewendet werden konnte; er war ja schon vor Monaten in Posen eingeleitet, und durfte man Gesetze mit rückwirkender Kraft erlassen? Der Prinz von Preußen, dem jede Verdunkelung des Rechts entsetzlich war, sprach denn auch seine Bedenken lebhaft aus: „Dergleichen übereilte Schritte, die sogar nach Willkür aussehen, haben in unseren Tagen unberechenbaren Einfluß und sind aufs sorgfältigste zu vermeiden." In gleichem Sinne äußerte sich der alte Kammergerichts-Präsident Kleist.*) Der König aber ward in seinen großmütigen Absichten nicht beirrt und unterzeichnete das Gesetz am 17. Juli 1846. Er wünschte die Entscheidung zu beschleunigen, und seine Minister sahen voraus, daß die polnischen Verschwörer in der Achtung der Welt nur verlieren konnten, wenn sie sich öffentlich verantworten mußten.**)

Im März 1847 wurden die Ergebnisse der schwierigen Untersuchung dem Staatsanwalt des Kammergerichts mitgeteilt, und am 2. August begann im Saale des neuen Moabiter Zellengefängnisses der große Polenprozeß, die erste öffentliche Gerichtsverhandlung in Preußens alten Provinzen, ein Ereignis von „besonderer Bedeutung für uns, für Europa, für die Welt", wie der Verteidiger Deycks pathetisch sagte. Die Zuhörer drängten sich in Massen schon zur frühen Morgenstunde herbei und erwiesen nach Kräften den Angeklagten ihre Huld, da jeder aufgeklärte Berliner verpflichtet war die polnischen Rebellen zu lieben. Der Hauptschuldige Mieroslawski hatte sich schon in der Untersuchungshaft durch den klugen Polizeidirektor Duncker, den Schrecken der Berliner Spitzbuben, umfassende Geständnisse entlocken lassen und mußte nun vor dem Gerichte

*) Prinz von Preußen an König Friedrich Wilhelm, 23. Mai; Kleists Promemoria, April 1846.

**) Uhden, Denkschrift über den Polenprozeß, 8. Okt. 1847.

ziemlich aufrichtig reden, was ihm die Mitangeklagten sehr verargten. Der langmütige Gerichtshof erlaubte ihm sogar — gegen das Gesetz — französisch zu sprechen; denn dieser Führer der polnischen Nation war der polnischen Sprache wirklich nicht ganz mächtig und er berechnete schlau, daß eine französische Rede doch von einem Teile der beifallslustigen Zuhörer verstanden würde, während ein polnischer Vortrag, satzweise verdolmetscht, alle langweilen mußte. Die prachtvollen Schlagworte, die er nunmehr mit hochtheatralischen Armbewegungen in fließendem Französisch vorbrachte, waren freilich mehr für polnische Schlachtizen geeignet, als für überkluge Berliner, die das alles schon aus den Zeitungen kannten. Da fehlte weder der verfluchte Mutterschoß, der der Unterdrückung ein Opfer gebar, noch der Rabe der Verleumdung auf dem polnischen Kreuze, noch die Nation, die ein ganzes Jahrhundert hindurch mit Galle und Essig getränkt am Kreuze schmachten mußte. Gegen Preußen hatte Mieroslawski gar nichts Arges im Schilde geführt; die Einnahme der Festung Posen sollte ihm ja nur als Mittel dienen um das russische Polen zu erobern. Sehr rührsam führte er aus, welche schöne Rolle die Preußen spielen könnten, wenn sie sich entschlössen, zur Entschädigung für die ihnen zugefallenen polnischen Länder, die übrigen den Polen zurückzuerobern: „Preußens Zukunft muß sich befreunden mit der Auferstehung einer Macht, welche einzig imstande ist das drohende Ungeheuer des Panslawismus aufzuhalten."

So stimmte dieser Todfeind Preußens das Sirenenlied an, das seitdem bis zum heutigen Tage nach mannigfachen Weisen den gutmütigen Deutschen immer wieder vorgesungen wurde. Zum Glück richtete der Marquis Wielopolski eben jetzt an Metternich einen offenen Brief, der das genaue Gegenteil aussprach und, nach heftigen Anklagen gegen die elende österreichische Regierung, zu dem Schlusse gelangte: die Polen hätten nur dann noch eine Zukunft, wenn sie sich der großen Familie des Panslawismus anschlössen, wenn sie, statt ihr Land durch eine törichte Emigration zu schwächen, friedlich arbeitend daheim blieben um sich zur rechten Zeit unter die Führung ihrer großmütigsten Feinde, der Romanows, unter das gemeinsame Banner des slawischen Volkstums zu stellen. Dieser offene Brief kam den demokratischen Posener Schlachtizen sehr ungelegen, aber bei den Magnaten des russischen Polens galt der reiche Marquis weit mehr als Mieroslawski, und auch unter dem Warschauer Kleinadel besaß der Panslawismus viele Anhänger. Welchem der beiden polnischen Apostel sollten die Deutschen nun Glauben schenken? Gegen solche Nachbarn war wachsame Strenge die einzig mögliche Politik.

Mieroslawskis Schicksalsgenossen verscherzten sich das Mitleid, das politischen Verbrechern immer entgegenkommt, selber durch würdelose Verlogenheit. Offenbar nach Verabredung leugneten sie fast alles ab, und die anfangs überfüllten Zuhörerbänke leerten sich gegen das Ende der Verhand-

lungen, die bis zum 17. Nov. währten, gänzlich. Das eintönige Schauspiel halsstarriger dummdreister Verneinung und gründlicher Überführung mußte deutsche Zuhörer zuletzt anwidern. Persönliche Teilnahme erregten nur Dr. Libelt, ein gescheiter, bleicher, kleiner Mann, den die Polen ihren Patriarchen nannten, und der feurige junge Niegolewski; sonst zeigten alle die gleiche flache Leichtfertigkeit. Bei manchen, die schon von dem alten Könige Begnadigung erbettelt und erhalten hatten, erschien die Untreue schlechthin ekelhaft. Der Sachverhalt stellte sich klar heraus: unzweifelhaft hatte eine weitverzweigte, ganz törichte, aber auch ganz gewissenlose Verschwörung den Plan verfolgt, Posen und Westpreußen von der Monarchie loszureißen. Der Präsident Koch und die übrigen Richter bewahrten eine ruhige Würde, die sich von dem leidenschaftlichen Tone der politischen Prozesse Frankreichs auffällig unterschied. Auch die Staatsanwaltschaft wurde durch den liberalen Geh. Rat Wentzel sehr stattlich vertreten. Unter den Verteidigern zeichnete sich Anwalt Deycks durch seine maßlose Sprache aus, er sagte geradezu, der preußische Staat hätte die Verbrecher wie das Verbrechen erst geschaffen. Ruhiger redeten Anwalt Lewald, ein erklärter Gegner der „Germanisierungspolitik", und der kluge Crelinger aus dem Jacobyschen Freundeskreise; sie alle suchten zu beweisen, daß die Polen nur dem Beispiele der Preußen selbst gefolgt seien, denn dank der liberalen Mythenbildung war die Tatsache schon halb vergessen, daß der deutsche Befreiungskrieg nicht ein Aufstand, sondern ein regelmäßiger Krieg gewesen war. Am 2. Dez. verkündete der Gerichtshof das Urteil. Er gab den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts eine sehr milde, durchaus nicht unbestreitbare Auslegung und wollte keinen Hochverrat annehmen, weil die gewaltsame Abreißung einiger Landesteile doch nicht gradehin als Umwälzung der Staatsverfassung zu betrachten sei; darum erkannte er nur auf schweren Landesverrat. Acht der Angeklagten wurden zum Tode, 109 zu Zuchthaus- und Festungsstrafen verurteilt, 116 wegen mangelhafter Beweise von der Untersuchung entbunden und nur 18 gänzlich freigesprochen.

Wenn der König jetzt der Gerechtigkeit freien Lauf und mindestens dem frivolen Führer der Rebellen den Kopf vor die Füße legen ließ, so konnte er dem Lande Posen vielleicht Ströme unschuldigen Blutes ersparen. Mieroslawski selbst erwartete auch nichts anderes. Er bat nicht um Gnade, wie man bei Hofe hoffte, sondern sagte rund heraus: der König muß mich hinrichten lassen, ich habe mich zu schwer gegen ihn vergangen; läßt man uns frei, so fangen wir wieder an, ich wenigstens ganz gewiß! Zu solcher Strenge wollte der weichherzige Monarch sich nicht entschließen; er ahnte auch nicht, wie es in Posen stand, er wußte nicht, daß die durch die unblutige Niederlage keineswegs entmutigten Polen sich die Hände rieben und zuversichtlich sagten: Blut läßt der gute König doch nicht fließen! Die Verurteilten blieben vorläufig in Haft, und schon nach wenigen

Monaten sollte Preußen abermals erfahren, wie die Polen der deutschen Großmut dankten. —

Über die polnischen Händel hatte sich Deutschlands öffentliche Meinung noch kein sicheres Urteil gebildet; nationaler Stolz und fremdbrüderlicher Schwachsinn hielten einander noch die Wage. Als aber jetzt auch unsere Nordmark durch die Gewaltstreiche des Auslandes bedroht wurde, da regte sich das jugendliche Selbstgefühl der Nation in schönem Einmut. Im Dezember 1839, kurz vor dem König von Preußen, war der greise Friedrich VI. von Dänemark gestorben, und hier wie dort begann mit dem Thronwechsel eine neue Zeit. Der Verstorbene war der erste rein dänisch gesinnte König des Inselreichs gewesen, aber ein ruheseliger Herr, dem die Parteien den Frieden seiner alten Tage nicht gern stören mochten. Unter seinem Nachfolger Christian VIII. brausten die mühsam verhaltenen nationalen Wünsche sofort kräftig auf.

Auch König Christian, der Zögling Hoegh-Guldbergs, fühlte sich ganz als Däne, obgleich er den Wert deutscher Bildung wohl zu schätzen wußte. Ein schöner Welt- und Lebemann, Freund des Prunkes, der Tafel, des witzigen Gesprächs, bezauberte er alles durch seine einschmeichelnde Liebenswürdigkeit, wenn ihn nicht einmal das hitzige Blut übermannte. Als langjähriger Präsident der Akademie hatte er sich große Verdienste um die Pflege der Künste erworben, die Naturforscher schätzten seine mineralogischen Schriften über den Vesuv; mit vielen Gelehrten wechselte er Briefe, Freiherr v. Rumohr, der Gastronom und Kunstkenner, behagte ihm am besten. Manche Züge dieses beweglichen, vielseitig empfänglichen Geistes erinnerten an Friedrich Wilhelm IV., der ihm auch persönlich teuer und durch den gemeinsamen Freund Rumohr nahe verbunden war. In den ersten Tagen der Hoffnung sagte Humboldt froh, zwei solche Könige seien würdig sich gegenseitig zu schätzen. Aber an die umfassende Bildung und die Gedankenfülle Friedrich Wilhelms reichte der geistreiche Däne doch nicht heran; Dilettant in allem, besaß er auch die Herzensgüte des Deutschen nicht, und während dieser nur zuweilen durch die phantastische Überschwenglichkeit seiner Reden den Eindruck der Schauspielerei erweckte, suchte König Christian wirklich durch berechnete Bühnenkünste zu blenden und zu berücken. Wenn er alljährlich in rotsamtener Phantasie-Uniform, bedeckt mit glitzernden Ordenssternen, zur Eröffnung der Sitzungen des obersten Gerichtshofes fuhr, dann erschien er ganz wie ein Theaterkönig. Die wohlfeilsten Effekte verschmähte er nicht: zu dem Studenten Rudolf Schleiden, der in Nyborg wegen eines harmlosen, unpolitischen Duells auf der Festung saß, trat er plötzlich ins Zimmer, wie der Gott aus der Maschine, um feierlich die Begnadigung zu verkünden.

Niemand beherrschte ihn, denn er glaubte etwas von der geheimnisvollen Königskunst, der Kingscraft der Stuarts zu besitzen, und sah mit stillem Hochmut auf die kleinen Sterblichen hernieder. Der Kabinettssekretär Adler, der ihn von Jugend an auf allen Irrwegen skandinavischer Politik begleitet hatte, blieb sein einziger Vertrauter. Vor kühnem Wagen und raschen Entschlüssen schrak er zurück, aber mit zäher Geduld hielt er seine geheimen Pläne fest um sie, listig die Schwäche der Menschen benutzend, nach und nach zu verwirklichen. Ihm fehlte die Ehrfurcht vor dem Rechte, der Glaube an die sittlichen Mächte der Geschichte und darum auch das Verständnis für die nationalen Empfindungen seiner Völker.

So war er trotz seiner diplomatischen Verschlagenheit doch kein Staatsmann; er dachte ein anderer Waldemar Attertag zu werden, und sein achtjähriges Regiment bereitete die Kämpfe vor, welche den dänischen Gesamtstaat zerschlagen sollten. Er hatte sich einst durch feines Spiel die norwegische Königskrone für wenige Monate errungen und damals, allerdings nicht ganz freiwillig, die Verfassung unterzeichnet, welche fortan das Ideal aller liberalen Skandinavier blieb. Auch nachher stand er noch lange im Rufe radikaler Gesinnung, weil er auf einer Reise zufällig in die neapolitanische Revolution hineingeraten und dort den Verhandlungen der Carbonari nicht ohne Freude gefolgt war.*) In reiferen Jahren gelangte er zu einer Weltanschauung, die sich mit den Ideen König Friedrich Wilhelms nahe berührte. Die Hegelsche Philosophie hielt er für gemeingefährlich, obgleich er selbst wenig religiöse Empfindung besaß; unschädlicher schienen ihm die frommen naturphilosophischen Träumereien seines Landsmanns Steffens. Als Erbe der dänischen Alleingewaltsherrscher wünschte er eine freie starke Krone, die durch ständischen Beirat nur wenig, nur so weit es die Stimme der Zeit durchaus verlangte, beschränkt werden durfte; und da die dänischen Provinzialstände den preußischen nachgebildet waren, so entschloß er sich auch den ständischen Reformplänen seines preußischen Freundes Schritt für Schritt zu folgen. Wie dieser dachte er erst Vereinigte Ausschüsse zu bilden, nachher einen Vereinigten Landtag für die gesamte Monarchie. In einem solchen Reichstage konnte der König teilend herrschen, er konnte die Parteien und die Nationen wider einander ausspielen, den Radikalismus seiner Dänen durch die konservative Gesinnung der Schleswigholsteiner, das Deutschtum der Herzogtümer durch das Dänentum der Inseln niederhalten.

Alle diese Entwürfe schwebten aber in der Luft, solange der Bestand des Gesamtstaates selber nicht gesichert war; die Sorge um die Thronfolge drängte sich dem König gebieterisch auf, seit die Augustenburger ihre Erbansprüche auf Schleswigholstein öffentlich angekündigt hatten.**) Chri-

*) S. o. I. 664; III. 156.

**) S. o. IV. 177.

stians einziger Sohn Friedrich blieb kinderlos; auch die zweite Ehe des Kronprinzen mußte, gleich der ersten, nach wenigen Jahren getrennt werden, weil die Gemahlin die Roheit des Gatten nicht zu ertragen vermochte, und er weigerte sich, zum dritten Male eine fürstliche Heirat zu wagen.*) Außer ihm lebte nur noch ein königlicher Prinz, der bejahrte kinderlose Bruder Christians. Starb Kronprinz Friedrich dereinst, dann erlosch nach menschlichem Ermessen die königliche Linie und der dänische Gesamtstaat barst auseinander; denn in den Herzogtümern gebührte die Thronfolge nach altem Landesrecht dem Mannesstamme, den Augustenburgern, in Dänemark nach dem Königsgesetze dem Weiberstamme. Wenn der König diese Gefahr von seinem Reiche abwenden wollte, so mußte er die eine der beiden erbberechtigten Linien zu freiwilligem Verzicht bewegen, und nach den Überlieferungen seines Hauses wie nach allen Berechnungen der Staatsklugheit konnte er eine solche Zumutung nur dem Weiberstamme stellen. Im vergangenen Jahrhundert hatte der gesamte Norden, Rußland wie die drei Kronen Skandinaviens, dem Hause Holstein-Oldenburg angehört; jetzt waren Schweden und Norwegen verloren, und es erschien wie ein dynastischer Selbstmord, wenn ein oldenburgischer König auch noch versuchte, ein dem Norden fremdes Fürstengeschlecht auf den dänischen Thron zu erheben.

Nächster Erbe aus dem Weiberstamme war — möglicherweise, aber nicht gewiß, da die kognatische Erbfolge immer unsicherer bleibt als die agnatische — des Königs Schwager, der Gemahl der Prinzessin Charlotte, Landgraf Wilhelm und, nach dessen Ableben, sein Sohn, Landgraf Friedrich von Hessen, ein eitler, leerer junger Mensch, der, ernsten Männern und ernsten Gesprächen abhold, seine Zeit in schalen Vergnügungen vergeudete und in Kopenhagen gar nichts galt. Überdies war Landgraf Friedrich auch rechtmäßiger Thronfolger in Hessen-Kassel, und wie konnte ein dänischer König wünschen, die schwierigen Verhältnisse seines Gesamtstaats durch eine Personal-Union mit Kurhessen noch mehr zu verwirren? Bei dem sprichwörtlichen Geize des Hauses Brabant schien es keineswegs unmöglich, den Hessen ihre noch nicht unzweifelhaften Erbansprüche mit einem guten Stück Geldes abzukaufen und also alle Länder der dänischen Monarchie unter dem Mannesstamme des Hauses Oldenburg zusammenzuhalten. Verschaffte man dem Landgrafen durch die Gnade der deutschen Großmächte gar noch den Titel eines Königs von Hessen, die heiß ersehnte Kattenkrone, dann war nahezu sicher, daß er auf Dänemark verzichtete, während die Augustenburger wieder und wieder erklärt hatten, daß sie ihre Ansprüche auf Schleswigholstein niemals aufgeben würden.**)

So einfach lagen die Dinge, wenn der König unbefangen rechnete.

*) Schoultz-Ascheradens Bericht, 10. Mai 1846.

**) Ich benutze hier u. a. eine Denkschrift des klugen und wohl unterrichteten Legationsrats Grafen v. Bülow (Notizen für Kopenhagen, für General von Gerlach, Berlin, Febr. 1848).

Hier aber zeigte sich wieder, wie stark die leitenden Männer und ihre persönlichen Empfindungen in das Schicksal der Völker eingreifen. Christian hegte gegen den Herzog von Augustenburg einen tiefen, menschlich wohl entschuldbaren Haß und liebte ebenso herzlich seine ehrgeizige, ränkesüchtige Schwester, die abgesagte Feindin Schleswigholsteins, Landgräfin Charlotte. Ihr zu Liebe beschloß er, den Gesamtstaat unter dem Hause Hessen aufrecht zu halten. Was galt ihm das Recht? er traute sich's zu, das unmögliche Ziel auf krummen Wegen zu erreichen. Um den hessischen Verwandten einen mächtigen Schutz zu sichern bewirkte er, daß Landgraf Friedrich eine Tochter des Zaren, Großfürstin Alexandrine heiratete. Der feine Plan wurde freilich durch das Schicksal vereitelt. Die Großfürstin starb nach kurzer Ehe, gleich nach dem Tode ihres einzigen Kindes und der Landgraf ließ alsbald die Versteigerung ihres Nachlasses ankündigen; Nikolaus aber konnte den öffentlichen Skandal nur durch geheime Abkaufung verhindern, er vergaß dem Hessen dies Probestück unfürstlichen Geizes niemals und zeigte seitdem nur wenig Teilnahme für die Ansprüche des kinderlosen Schwiegersohnes.

In der inneren Politik verfuhr der neue König zunächst sehr behutsam: er wollte es mit keiner Partei ganz verderben und doch immer die Entscheidung in der eigenen Hand behalten. Die Bitten um Preßfreiheit und Erweiterung der ständischen Rechte, die ihm gleich nach der Thronbesteigung aus dem Königreiche wie aus den Herzogtümern zukamen, wies er gnädig zurück. Die alten Privilegien Schleswigholsteins wurden jedoch ausdrücklich bestätigt, und zum allgemeinen Erstaunen erhielt sogar der Bruder des Herzogs von Augustenburg, Prinz Friedrich v. Noer den Ehrenposten des Statthalters der Herzogtümer, der gut deutsch gesinnte Graf Joseph Reventlow-Criminil den Vorsitz in der schleswigholsteinischen Kanzlei. Aber gleichzeitig bewiesen andere, wichtigere Maßregeln, daß Christian seine deutschen Lande Schritt für Schritt danisieren wollte. Die alten Regimenter wurden in Bataillone aufgelöst, die historischen Fahnen mit den herzoglichen Wappen überall durch den Danebrog verdrängt, ein Teil der schleswigholsteinischen Truppen nach Jütland und den Inseln verlegt. Die Offiziere sollten fortan nicht mehr in ihrem Regimente, sondern in der ganzen Armee aufrücken, und da die Deutschen ohnehin das Kopenhagener Kadettenhaus nur selten besuchen wollten, so bestand binnen kurzem die große Mehrheit des Offizierkorps aus Dänen, wie auch die Marine durchweg dänische Offiziere besaß. Statt der dringend erbetenen Landesbank erhielten die Herzogtümer nur eine Filiale der dänischen Reichsbank in Flensburg; mehr wagte man nicht. Zugleich wurde das dänische Reichsbankgeld eingeführt, der König scheute sich jedoch, einen zwingenden Befehl auszusprechen; darum hielten die Schleswigholsteiner hartnäckig an ihren lübischen Schillingen fest und sendeten die dänischen Kupfermünzen in solchen Massen nach dem Teutoburger Walde, daß Bandel seinem Her-

mann einen Arm anschmieden konnte. Während Preußen den Eintritt Schleswigholsteins in den Zollverein wünschte und deshalb mehrmals vertraulich anfragte, dachte Christian vielmehr die uralte Zollgrenze zwischen Jütland und den Herzogtümern aufzuheben um also die wirtschaftliche Einheit seines Gesamtstaats zu begründen; doch auch dieser Versuch gelangte nicht über Vorarbeiten hinaus. Ebenso wurde die geplante Errichtung einer gemeinsamen obersten Kirchen- und Schulbehörde bald wieder aufgegeben, weil die Deutschen widerstrebten.

Wie wenig kannte der König seine Dänen, wenn er sie durch solches Tasten zu befriedigen wähnte. Gleich der Windsbraut raste die entfesselte nationale Leidenschaft über das Inselreich dahin. Es war, als ob das stolze, von seiner alten Macht schon so tief herabgesunkene kleine Volk den nahen letzten Sturz ahnte und sich mit krampfhafter Anstrengung auf der Höhe zu halten suchte. Wunderbar, wie diese im bürgerlichen Leben so achtbare dänische Nation jetzt in ihrem wilden Deutschenhasse alle Scham, allen Anstand verleugnete: als die Holsten (1840) ihren Volkshelden Gerhard den Großen, ein halb Jahrtausend nach seinem Tode, durch ein Standbild ehren wollten, da trat in Dänemark ein Verein zusammen, der alles Ernstes vorschlug, dem Mörder Gerhards dem Dänen Niels Ebbesen in Randers ein Denkmal zu setzen. Die junge Partei der Eiderdänen verbreitete sich bald über das ganze Land. Ein Dänemark von der Eider bis zum Sund, einig in Sprache, Sitte, Recht — so hieß die Losung. An Holstein wollten sich die Eiferer vorerst noch nicht heranwagen, weil sie den Widerspruch des Deutschen Bundes fürchteten; vielleicht daß späterhin auch dies deutsche Land noch in den erstarkten dänischen Einheitsstaat eintreten konnte. Schleswig aber sollte sofort einverleibt, gänzlich danisiert und als „Morgengabe" Gammel Dannemarks dem Bunde der drei Kronen Skandinaviens dargebracht werden. Der alte Gedanke der Kalmarischen Union, der doch immer wieder an dem starken Nationalhasse der drei „Brudervölker", an der Eifersucht ihrer Hauptstädte gescheitert war, erwachte aufs neue; mancher der jungen Schwärmer dachte insgeheim, das Haus Bernadotte des volksbeliebten, liberalen Königs Oskar von Schweden würde die Oberherrschaft in der skandinavischen Union erlangen.

In dem Entschlusse, das Deutschtum Schleswigs auszurotten, die Verbindung der beiden deutschen Herzogtümer zu zerreißen, war die ganze Partei einig; und drohend rief Orla Lehmann: „Wir sind bereit, unser altes Dänemark sowohl gegen das hochverräterische Geschrei der Nordalbingier als gegen die seekranke Eroberungslust aller deutschen Vogelfänger zu verteidigen. Und sollte es nötig sein, so wollen wir mit dem Schwerte den blutigen Beweis auf ihren Rücken schreiben: Dänemark will nicht!" Aus Lehmanns Worten sprach die wilde Wut des Renegaten; er selbst war ein Schleswiger, der Sohn eines angesehenen schleswigholsteinischen Beamten. Doch um ihn scharte sich bald alles, was Dänemarks

Bürgertum an aufstrebenden Talenten besaß: die unruhige Studentenschaft der Hauptstadt, die verschwiegerten und vervetterten Professorenfamilien, die sich auch in ihrem Erwerbe beeinträchtigt sahen, weil die alte Nebenbuhlerin Kiel allein berechtigt war die jungen Leute für die Ämter Schleswigholsteins vorzubilden, dann die Kaufleute und Reeder, denen die Zeitung Fädrelandet als beredtes Organ diente, endlich fast alle guten Köpfe aus den Kreisen der jüngeren Beamten und Offiziere. Der gelehrte Philolog Madvig, der Hauptmann Tscherning, die Theologen Clausen und Monrad zeichneten sich durch ihren Fanatismus aus; sie alle sprachen aus tiefer Überzeugung und mit dem frohen Bewußtsein, auf der Höhe der Zeit zu stehen.

Wie die Eiderdänen über das historische Recht der deutschen Herzogtümer dreist hinwegstürmten, so verlangten sie auch für ihren dänischen Einheitsstaat eine radikale Neugestaltung. Dieselben demokratischen Kräfte, welche vor hundertundachtzig Jahren durch die Kopenhagener Revolution das Königsgesetz geschaffen, den Adel der Krone unterworfen hatten, trachteten jetzt die Alleingewaltherrschaft des Königsgesetzes durch einen schrankenlosen Parlamentarismus zu verdrängen. Das Vorbild Norwegens und die Schriften der altbefreundeten Franzosen wirkten auf die Ideen dieser jungen skandinavischen Demokratie kräftig ein; mancher hoffte auch wohl im Herzen, einen Teil der Deutschen Schleswigholsteins durch den Zauber liberaler Glückseligkeit zu gewinnen. Da der Adelshaß im dänischen Landvolk tief eingewurzelt und der Name des königlichen „Volksfreundes" Christians II. noch unvergessen war, so spendeten auch zahlreiche Bauernversammlungen den Freiheitslehren der radikalen Hauptstadt ihren Beifall. Die ganze Bewegung zeigte von Haus aus das lärmende, rauschende Wesen, das der lebenslustigsten Stadt Nordeuropas zusagte. Zweckessen und Bankette, Versammlungen und Festgelage, Erinnerungsfeiern und Aufzüge drängten sich in rascher Folge; sogar die Totenfeier für Thorwaldsen wurde so ganz im Geiste des streitbaren Dänentums gehalten, daß die Schleswigholsteiner sich unmöglich beteiligen konnten. In Scharen zogen die Studenten über den Sund um sich mit den schwedischen Kommilitonen zu verbrüdern; dann erwiderten die Schweden den Besuch, festlich begrüßt von Orla Lehmanns neuer Skandinavischer Gesellschaft. Auf der großen skandinavischen Naturforscherversammlung feierte der Prinz von Canino, ein Napoleonide, der sich der internationalen Demokratie in die Arme geworfen hatte, die Union der drei Kronen des freien Nordens; und gewaltig brauste der Jubel auf, als einmal König Oskar selbst auf einige Tage herüberkam.

Als Orla Lehmann seine öffentliche Tätigkeit begann (1837), da trat ihm der verdiente alte dänische Historiker Baden offen entgegen und mahnte den jungen Mann, er möge sich bei seinem gelehrten Vater unterrichten, um also zu lernen, daß es „eine Sünde" sei, Schleswig von Holstein zu

trennen. Solche Stimmen der Gerechtigkeit wagten sich nach wenigen Jahren schon kaum mehr zu äußern. Wohl bestand noch eine konservative Gesamtstaats-Partei, welche die Monarchie, gleichviel unter welchem Herrscherhause, ungeschmälert erhalten und die Sonderrechte der Herzogtümer wenn auch beschränken, so doch nicht zerstören wollte. Zu ihr gehörten fast alle die erfahrenen hohen Beamten, Dänen wie Deutsche; im Volke aber hatte sie keine Wurzeln. Führer ohne Heer, konnten diese Gesamtstaats-Männer sich nur auf den unberechenbaren König stützen, der einmal den Aufwiegler Orla Lehmann vor das sehr mild urteilende oberste Gericht stellen ließ und gleichzeitig anderen Wortführern der dänischen Propaganda sein Wohlgefallen aussprach.

Das nächste Ziel der Eiderdänen war Nordschleswig. Um in diesem stillen Lande dänische Sprache und Gesittung zu verbreiten, wurden in wenigen Jahren sechs verschiedene Vereine gegründet. Ein redefertiger Bauer Laurids Skau leitete die Umtriebe, er reiste rastlos zwischen Flensburg und Kopenhagen hin und her, ward auch von dem Monarchen selbst gnädig empfangen; sieben Kopenhagener Demagogen, die man in Schleswig das Siebengestirn nannte, standen ihm treu zur Seite. Der Erfolg blieb lange aus; die schwerfälligen, gutmütigen Bauern Nordschleswigs hatten ja gar keinen Grund wider die Deutschen zu klagen, und ihr schwunghafter Viehhandel verband sie mit Hamburg. Nach und nach begann der Same des Unfriedens doch aufzusprießen. In der äußersten Nordostecke Schleswigs, auf der Skamlingsbank, einer schönen Waldhöhe am kleinen Belt, die von Jütland und den Inseln zu Schiff leicht erreicht werden konnte, pflegte Laurids Skau seine großen Volksfeste abzuhalten; und mancher harmlose Bauersmann fühlte sich bezaubert, wenn dort die dänischen Nationallieder erklangen oder der dreieinige Norden in feurigen Reden verherrlicht oder ein großer dänischer Patriot mit einem silbernen Trinkhorn beschenkt wurde. Die dänische Partei unter dem nordschleswigschen Landvolke vermochte noch wenig, da dort alle Bildung deutsch war, aber sie wuchs langsam an.

Unmöglich konnten die Landtage von dieser stürmischen nationalen Bewegung unberührt bleiben; schon bisher hatten sie, da sie aus direkten Wahlen hervorgingen, trotz ihrer beschränkten Befugnisse jeden Volkswunsch treulich ausgesprochen. Wenn Preußen selbst, das so viel fester stand, mit seinen Provinziallandtagen kaum noch auskam, wie heillos mußte sich vollends die Lage dieses Mischreichs gestalten, seit seine beiden dänischen Landtage gegen die beiden deutschen ankämpften und der Welt abermals bewiesen, daß in nationalen Streitigkeiten die Völker stets unduldsamer sind als die Kabinette. Die Jüten begannen den Angriff. Als im Schleswiger Landtage (1842) ein dänisch gesinnter Abgeordneter, der schon oft gut deutsch gesprochen hatte, plötzlich dänisch zu reden begann und dafür zur Ordnung gerufen wurde, da legte der jütische

Landtag zu Viborg eine feierliche Verwahrung ein, die ihm gar nicht zuſtand. Der Streit währte lange, ſchließlich befahl der König, daß die ſchleswigſchen Landſtände, nur wenn ſie des Deutſchen nicht mächtig wären däniſch reden dürften, aber die Jüten wurden für ihren verfaſſungswidrigen Übergriff belobt, die Schleswiger wegen ihrer geſetzmäßigen Abwehr ſcharf getadelt. Nach mehrfachen ähnlichen Häkeleien unterſtand ſich der Kopenhagener Bürgermeiſter Allgreen Uſſing (Okt. 1844) auf dem ſeeländiſchen Landtage in Rotſchild zu beantragen: der König möge die erbliche Unzertrennlichkeit des däniſchen Staats öffentlich ausſprechen und jeden Angriff dawider verbieten. Der Vorſchlag wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen; auch Miniſter Oerſted, Dänemarks erſter Juriſt, äußerte ſich im weſentlichen zuſtimmend, obwohl der Antrag offenbar weit über die Befugnis beratender Provinzialſtände hinausſchritt. Damit kündigten die Dänen dem alten Landesrechte Schleswigholſteins offene Fehde an; der Beſchluß war um ſo bedenklicher, da er von einem gemäßigten Geſamtſtaatsmanne, nicht von einem eiderdäniſchen Demokraten ausging.

Dieſe Übergriffe der Nachbarn weckten mit einem Male die ſchlummernde politiſche Kraft Schleswigholſteins, die ſelbſt durch Lornſens Kühnheit nur leiſe erregt worden war. Wie ruhig hatte man hier in dem Lande der glücklichen Ehen bisher dahingelebt, jeder zufrieden im eng bezirkten Kreiſe des Amtes und der Familie, jeder dem anderen bekannt, jeder noch im hohen Alter glücklich wenn man ihm nachſagen konnte, daß er einſtmals im Examen „den zweiten Charakter mit rühmlicher Auszeichnung" erlangt hatte. Als aber das „up ewig ungedeelt" der alten Freiheitsbriefe frech bedroht wurde, da fuhr es wie ein Wetterſchlag in dieſe ſtille Welt, und Deutſchland erfuhr ſtaunend, wie viel ſtarke Leidenſchaft, wie viel Stolz und Talent in dem tapferen Grenzvolke lebte. Früherhin hatten die Schleswigholſteiner die Erbfolgefrage, die ja noch ganz fernab zu liegen ſchien, wenig beachtet; ſelbſt Dahlmann und Falck lebten lange des Glaubens, daß Schleswig der Thronfolgeordnung des Königsgeſetzes unterliege. Jetzt begann man einzuſehen, daß grade die Verſchiedenheit der Thronfolge das rechtliche Mittel darbot um das Deutſchtum vor däniſcher Tyrannei zu bewahren. Ganz zur rechten Zeit (1841) gab Georg Beſeler das nachgelaſſene Werk Lornſens über die Unionsverfaſſung heraus, und mächtig mußte die große Weiſe des unvergeßlichen Mannes jedes deutſche Herz ergreifen: er verlangte ein ſelbſtändiges, nur durch Perſonalunion mit Dänemark verbundenes Schleswigholſtein und dann, ſobald die königliche Linie ausſtürbe, den Eintritt der befreiten Nordmark in den Deutſchen Bund. Nachher veröffentlichte der junge Juriſt K. Samwer eine gründliche Unterſuchung über „das Staatserbfolgerecht der Herzogtümer Schleswigholſtein".

Seitdem vereinigten ſich alle Deutſchen in der Meinung, daß allein

der Mannesstamm in den unzertrennlichen Herzogtümern erbberechtigt sei. Theodor Olshausen und seine radikalen Freunde hatten lange, ohne viel Anklang zu finden, im Kieler Korrespondenzblatte die seltsame, ganz unhistorische Ansicht vertreten, man müsse Schleswig opfern um Holstein desto fester mit dem liberalen Deutschland zu verbinden; doch sobald die Angriffe der Dänen bedrohlich wurden, gaben diese „Neuholsteiner" ehrenhaft ihre Sondermeinung auf und scharten sich um das Banner des Landesrechts. Das ganze Volk war einig, bis auf einzelne Striche Nordschleswigs; erstaunlich schnell drang die Bewegung bis in die Massen hinab. Schon im Juli 1844, noch bevor Allgreen Ussing auftrat, erklang auf dem schleswigschen Sängerfeste zum ersten Male das Lied von Chemnitz: Schleswigholstein meerumschlungen, deutscher Sitte hohe Wacht! Aus den vier Farben Schleswigs und Holsteins wurde, mit Weglassung der gelben, die neue blauweißrote Farbe des einen meerumschlungenen Landes zusammengesetzt — denn drei Farben mußten es sein, ohne eine Trikolore konnte sich diese Zeit einen Freiheitskampf nicht vorstellen — und sie tauchte trotz der Verbote immer wieder auf.

Das Land glaubte fest und ehrlich an seine Selbständigkeit und Unzertrennlichkeit, wie an das Thronfolgerecht des Mannesstammes und in der Tat standen die Erbansprüche der Augustenburger auf so sicherem Rechtsgrunde, als dies irgend möglich war bei Rechten, die in die verworrene Geschichte entlegener Jahrhunderte zurückreichten; denn die alte Unteilbarkeit der Lande war von der Krone Dänemark unzählige Male feierlich bestätigt, das Königsgesetz dagegen und seine neue Erbfolgeordnung niemals in den Herzogtümern als Gesetz verkündet worden. Ernsthafte Rechtsbedenken ließen sich eigentlich nur wegen der Herrschaft Pinneberg und der Grafschaft Rantzau erheben. Dieser Landstrich Holsteins, die Umgegend Altonas hatte an der verhängnisvollen Herzogswahl des Jahres 1460 nicht mit teilgenommen; er hatte damals als freies Allod einer Seitenlinie der alten schauenburgischen Grafen angehört, war dann, bei deren Aussterben (1640), von der königlichen und der Gottorper Linie gemeinsam angekauft worden, späterhin, nach mannigfachen Schicksalswechseln, ganz unter die Herrschaft der königlichen Linie gekommen und schließlich, 1806, dem Herzogtum Holstein einverleibt worden. Hier hausten noch von altersher der Landdrost von Pinneberg und der Administrator der Grafschaft Rantzau, die reichsten unter dem reichen Beamtentum des Landes, die man neben dem Amtmann von Reinbeck die drei Fürsten Holsteins nannte. Hier bot sich allerdings ein ergiebiges Feld für staatsrechtliche Doktordissertationen, hier ließ sich in gutem Glauben der beliebte Juristenbeweis führen, daß zwei ganz gleiche Dinge doch wieder ganz verschieden sind. Es war aber nur menschlich, daß die Schleswigholsteiner sich um den zweifelhaften verfitzten Rechtszustand dieses Ländchens nicht kümmerten. In allem Wesentlichen hatten sie recht. Nur einzelne

ihrer Heißsporne schossen über das Ziel hinaus, indem sie gar noch behaupteten, auch in Lauenburg erbe der Mannesstamm. Davon konnte im Ernst nicht die Rede sein, denn Lauenburg war als Entschädigung für Norwegen an Dänemark gekommen und stand mithin unzweifelhaft unter dem Thronfolgerechte der dänischen Krone. Die Lauenburger wußten dies selbst; sie waren in ihrem altständischen Stilleben niemals durch dänische Willkür gestört worden und ließen sich von den deutschen Nachbarn willig der Schwäche zeihen, weil sie sich an einem Kampfe, der ihr Landesrecht nicht berührte, nur wenig beteiligten.

Der Zorn der Schleswigholsteiner entsprang dem gekränkten Rechtssinne, er ward gestärkt und geadelt durch eine schöne vaterländische Empfindung, durch das stolze Gefühl, daß dies alte Landesrecht zugleich die Sache Deutschlands war. Dynastische Nebengedanken blieben der Volksbewegung fremd. Nichts konnte falscher sein, als die in der Kopenhagener Presse übliche Beschuldigung, das Haus Augustenburg hätte die Unruhen in den Herzogtümern angezettelt. Im Jahre 1786 hatte der jüngere Bernstorff, da die Zukunft des königlichen Hauses gefährdet schien, die Heirat zwischen Herzog Friedrich Christian von Augustenburg, dem Gönner Schillers, und einer Tochter Christians VII. zu stande gebracht; der kluge Staatsmann hoffte dadurch die beiden Linien zu vereinigen und also jeden Erbfolgestreit abzuschneiden. Die Besorgnisse, welche man damals hegte, verschwanden wieder, als bald nachher ein Thronfolger, der spätere König Christian VIII. geboren wurde. Doch seitdem galten die Augustenburger am Kopenhagener Hofe als heimliche Prätendenten und hatten unter der Feindseligkeit der Krone viel zu leiden. Sie wachten auch sehr mißtrauisch über ihren Rechten, sie verwahrten sich als Holstein aus dem Verbande des heiligen Reichs ausschied — ein Schritt dynastischer Vorsicht, der späterhin über Gebühr gepriesen wurde; *) sie dachten sogar ernstlich daran, ihre Erbansprüche auf Oldenburg geltend zu machen, als Napoleon das Fürstenhaus dort entthront hatte.**) Aus jener dänischen Ehe stammten der gegenwärtige Herzog Christian August und sein Bruder Prinz Friedrich v. Noer. Söhne einer Dänin, Enkel einer Engländerin hatten sie beide einen Teil ihrer Jugend im Auslande verlebt und sich jene vaterlandslose Gesinnung, welche so viele Mitglieder der großen europäischen Fürstengemeinschaft betört, von Grund aus angeeignet. Deutschland blieb ihnen immer gleichgiltig, und den liberalen Zug der Zeit betrachteten sie mit Abscheu. Das Recht ihres Hauses war ihnen eines und alles. Darum blieben sie den dänischen Verwandten stets verdächtig, obgleich Christian VIII. aus aufrichtiger Neigung ihre Schwester geheiratet hatte und die gütige Königin Karoline Amalie zwischen den Schwägern immer zu vermitteln

*) S. Beilage XXXIII.

**) Herzog Friedrich Christian v. Augustenburg an den Historiker D. H. Hegewisch, 24. Dez. 1811.

suchte. In vertrauten Briefen äußerte sich der Prinz von Noer aufs gröbste über „unser schwägerliches Schöpsgenie und die übrige Bagage, die meinetwegen zur Hölle fahren mag".

Der Herzog besaß eine gute Bildung, und die Gäste, die er auf Gravenstein oder Augustenburg empfing, rühmten die Liebenswürdigkeit seines ehrbaren Hauses; aber hinter gemessenen, weltmännischen Formen verbarg er eine hoffärtige Selbstgerechtigkeit, die in der langjährigen Einsamkeit des Landlebens schließlich so mächtig anschwoll, daß er jede abweichende Meinung kurzweg für „blühenden Unsinn" ansah. Vertrauen und Liebe fand er nirgends, obgleich er im Schleswiger Landtage taktvoll und verständig auftrat. Seine Gutsuntertanen im Sundewitt und auf Alsen haßten den strengen Grundherrn herzlich, sie waren die eifrigsten Dänen in ganz Nordschleswig. An die sittlichen Mächte des Völkerlebens glaubte er nicht fester als sein königlicher Schwager; der Zufall erschien seinem dürren Verstande als die bewegende Macht der Geschichte.

Ebenso selbstgefällig dachte der Prinz von Noer; der trug seinen maßlosen Dünkel herausfordernd zur Schau, er ließ an niemand, nicht einmal an seinem Bruder, ein gutes Haar und verletzte jedermann durch sein absprechendes, junkerhaftes Wesen. Noch nach dem Kriege rühmte er sich kurzab, „der einzigste konsequente Mensch in der schleswigholsteinischen Sache" zu sein.*) Er prahlte mit seiner kriegerischen Tüchtigkeit und doch fehlte ihm jedes militärische Urteil, auf das preußische Heer sah er aus Himmelshöhen mitleidig hernieder. An unruhigem Ehrgeiz gebrach es ihm nicht. Die Statthalterwürde hatte er seit Jahren für sein Haus erstrebt; nachher wußte er freilich mit dem mehr glänzenden als einflußreichen Amte wenig anzufangen. Außer einigen persönlichen Freunden besaßen die Augustenburger durchaus keine Partei im Lande. Selbst K. Samwer war, als er seine erste Schrift über die Erbfolgefrage herausgab, dem Herzoge noch ganz unbekannt;**) er schrieb nach seiner ehrlichen juristischen Überzeugung und trat erst späterhin mit dem Augustenburgischen Hofe in Verkehr. Zwar verfaßte der Herzog selbst seit dem Ende der dreißiger Jahre eine Menge anonymer Schriften und Zeitungsartikel zur Verteidigung seiner Rechte, und noch manche andere Feder stand ihm zu Diensten. Aber diese emsige Schriftstellerei allein konnte nur wenig ausrichten. Auf die Massen der schlichten Bürger und Bauern wirkte der Name Augustenburg damals eher abschreckend als anspornend; sie waren, ohne viel nach den dynastischen Folgen zu fragen, schlechtweg begeistert für das alte deutsche Recht ihres Landes.

Soeben erst, im Sommer 1844, hatte König Christian gewohntermaßen das Seebad auf Föhr besucht und unterwegs aus dem herzlichen

*) Prinz v. Noer an Franz Hegewisch, 25. Dez. 1853.

**) Dies ergibt sich unzweifelhaft aus den Briefen des Herzogs v. Augustenburg an Franz Hegewisch, 14. März, 3. April 1844.

Empfange, den ihm die Schleswigholsteiner überall bereiteten, zur Genüge lernen können, wie wenig dies treue Volk gemeint war sich von seinem angestammten Herzog leichtfertig loszusagen. Da brachte Allgreen Ussings Antrag alles in Bewegung. Der Itzehoer Landtag war gerade versammelt. Graf Friedrich Reventlow, der Klosterpropst von Preetz, übernahm die Führung, ein hochgebildeter Aristokrat von der guten alten Holstenart, konservativ nach Erziehung und Neigung, aber unbefangen genug um die Berechtigung des anwachsenden liberalen Bürgertums zu würdigen, eine stattliche Erscheinung, stolz und mild zugleich, ganz und gar ein Mann des Rechts. Auf seinen Vorschlag beschloß der Landtag eine Rechtsverwahrung, welche die drei Hauptsätze des schleswigholsteinischen Staatsrechts feierlich aussprach: die Selbständigkeit, die Unteilbarkeit der Herzogtümer und das Erbfolgerecht des Mannesstammes. Entrüstet wiesen die Stände die terroristische Anmaßung des seeländischen Landtags zurück, der selber ganz unbefugt über die Thronfolge der Herzogtümer Beschlüsse faßte, den Deutschen aber verbieten wollte auch nur mitzusprechen; sie erinnerten warnend an Spanien, wo die leichtfertige Änderung der Erbfolgeordnung den Bürgerkrieg hervorgerufen hatte. Da der schleswigsche Landtag nicht versammelt war, so trat die Ritterschaft beider Herzogtümer unter der Führung des Grafen Reventlow-Preetz zusammen und bat den Monarchen in einer würdig gehaltenen Adresse um Wahrung des Landesrechts. Alles vergeblich. Zweimal versuchte der König in diesen Jahren, seinen Schwager zu freiwilliger Entsagung zu bewegen. Der Herzog aber erwiderte, ein Verzicht könne nur der weiblichen Linie zugemutet werden; weiter ging er nicht, denn den Boden des urkundlichen Rechts wollte er nicht verlassen, auch fühlte er wohl, daß er eine Hoffnung auf die Königskrone mindestens nicht offen aussprechen durfte, weil die Dänen ihn allesamt tödlich haßten.

Ermutigt durch den Antrag des Rotschilder Landtags glaubte Christian nunmehr etwas wagen zu können und berief eine Kommission zur Erörterung der schleswigholsteinischen Erbfolgefrage. Drei Deutsche gehörten ihr an: der hochkonservative Bundesgesandte Pechlin, aus dem Auswärtigen Amte der Minister Graf Heinrich Reventlow-Criminil und sein Rat Dankwart, dazu als Vierter der vertraute Kabinettssekretär Adler. Keiner von ihnen war Fachmann im Staatsrechte. Nach langen Beratungen brachten die Vier ein „Kommissionsbedenken" zu stande, das keinen bündigen Schluß enthielt. Sie meinten zwar, der weiblichen Linie gebühre das Erbfolgerecht in einem Teile der Herzogtümer, widerrieten jedoch eine öffentliche Erklärung, solange nicht mit den Agnaten und den Großmächten verhandelt sei. Der König aber wollte vorwärts, in einer feurigen Rede sprach er dem Staatsrate diese Willensmeinung aus. Am 8. Juli 1846 verkündigte er sodann, um „unklaren und unrichtigen Vorstellungen entgegenzutreten", durch einen Offenen Brief, daß

er auf Grund des Kommissionsbedenkens das Erbrecht seiner königlichen Thronnachfolger in Schleswig aufrecht halten werde; in einzelnen Teilen Holsteins sei dies Erbrecht zweifelhaft, er hoffe jedoch, die Hindernisse zu beseitigen und „die vollständige Anerkennung der Integrität des dänischen Gesamtstaates zu Wege zu bringen"; im übrigen sollten die Rechte der Herzogtümer unangetastet bleiben. Das Kommissionsbedenken selbst wurde niemals vollständig veröffentlicht, weil es noch unbestimmter lautete als der Offene Brief selbst. Was davon bekannt ward ließ sich leicht widerlegen. Die Kommission berief sich vornehmlich auf die Tatsache, daß die Ritter und Beamten des gottorpischen Anteils von Schleswig, als dieser 1721 mit dem königlichen vereinigt wurde, dem Könige Friedrich IV. geschworen hatten, „ihm und seinen Erbsucessoren in der Regierung secundum tenorem legis regiae treu, hold und gewärtig zu sein"; es lag aber auf der Hand, daß dieser schon nach seinem Wortlaute vieldeutige „gewöhnliche Erbhuldigungseid", der noch dazu nur einmal im gottorpischen, niemals im königlichen Schleswig geleistet wurde, ohne die Zustimmung der Agnaten und der Landstände an dem Thronfolgerechte des Landes gar nichts hatte ändern können.*)

Der Offene Brief entsprach dem Charakter König Christians. Er war das Werk einer überfeinen Berechnung und eben deshalb eine unkluge Halbheit; er sollte die Schleswigholsteiner freundlich zum Vertrauen auf die landesväterlichen Absichten ihres König-Herzogs ermahnen, aber er vergewaltigte das Recht Schleswigs, er drohte auch das Recht Holsteins zu vergewaltigen und wirkte darum ebenso aufregend wie ein vollendeter Staatsstreich. Bei den Dänen, die den geistreichen Epikureer bisher wenig geliebt hatten, errang sich der König jetzt mit einem Male die allgemeine Volksgunst. Seinen Rotschilder Landständen dankte er für ihre patriotische Gesinnung und fügte nur einen sanften Tadel hinzu wegen der offenbaren Überschreitung ihrer Befugnisse. Unter den Deutschen dagegen war die Entrüstung allgemein. Der Statthalter Prinz v. Noer legte sein Amt nieder, desgleichen der Präsident der deutschen Kanzlei Graf Joseph Reventlow, der Gesandte Reventlow-Altenhof und mehrere andere hohe Beamte; auch der Herzog von Glücksburg verzichtete auf seine Offiziersstelle. An die Spitze der Deutschen Kanzlei wurde nunmehr Graf Carl Moltke gestellt, ein gescheiter, strenger Absolutist, der sich grundsätzlich verpflichtet hielt den Willen des Monarchen auszuführen. Der Statthalterposten blieb unbesetzt, und ganz ohne Einrede schaltete also fortan der neue Präsident der schleswigholsteinischen Landesregierung v. Scheel, ein gemeiner Ehrgeiziger von niederer Abkunft, der sich zu allem hergab und überdies durch seine gallige Unfreundlichkeit die Deutschen abstieß. Den holsteinischen Ständen wurde sofort, noch im Juli, eröffnet, daß der

*) S. o. III. 591

König ihre letzten Beschlüsse mit gerechtem Befremden vernommen habe. Auf den Antrag des Grafen Reventlow-Preetz beschlossen sie sodann eine scharfe Adresse, und als Scheel diese Eingabe kurzerhand zurückwies, richteten sie zur Verwahrung des Landesrechts eine Beschwerdeschrift an den Deutschen Bund. Nunmehr wollte ihnen Scheel alle weiteren Vorstellungen verbieten; da erklärten sämtliche Abgeordnete, bis auf sechs, ihren Austritt. Die Einberufung der Stellvertreter fruchtete nichts, der Landtag war tatsächlich aufgelöst.

Im Oktober versammelte sich auch der Landtag Schleswigs, und hier scharte sich alles um den Präsidenten Wilhelm Beseler wie in Itzehoe um Reventlow-Preetz. Wie immer in Zeiten ernster Volksbewegung fanden sich rasch die geborenen Führer. Beseler war Rechtsanwalt, ein stattlicher Mann von starkem Selbstgefühl und würdiger Haltung, zäh und tapfer, in seinen politischen Grundsätzen ebenso gemäßigt wie Reventlow, nur daß er dem bürgerlichen Liberalismus näher stand. Mehr als hundert Adressen aus dem Herzogtum liefen ein. Die meisten wurden persönlich überreicht, fast alle sprachen scharf gegen den Offenen Brief. Die Beratungen verliefen stürmisch, der Koogbesitzer Tiedemann und der Jurist Gülich bekämpften freimütig das ganze System der Regierung. Dann beantragte der Herzog von Augustenburg eine Adresse, welche den König um die Gewährung einer gemeinsamen schleswigholsteinischen Verfassung bitten sollte. Rechtzeitig überwand er also seinen Widerwillen gegen die liberalen Ideen; denn nach allem was geschehen ließ sich die Selbständigkeit der Herzogtümer unter beratenden Provinzialständen nicht mehr aufrecht halten. Der Antrag wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Scheel aber erklärte, vor allen anderen Vorschlägen müßten zuerst die königlichen Propositionen beraten werden; offenbar beabsichtigte er, durch plötzliche Schließung des Landtags den Ständen ihr verfassungsmäßiges Petitionsrecht ganz zu verderben. Da er nicht nachgab, so verließ endlich der Herzog, unter feierlicher Verwahrung, den Saal, und ihm folgte die große Mehrheit der Versammlung. Damit war auch dieser Landtag aufgelöst, die alte Provinzialstände-Verfassung brach von selbst zusammen. Das Land war ohne Vertretung; darum sendete die Ritterschaft, auf Reventlows Betrieb, nochmals eine Rechtsverwahrung an den König.

Unterdessen hatte Christian wieder seine gewohnte Sommerreise durch die Herzogtümer unternommen, aber er fand ein verwandeltes Volk. Eisige Kälte überall, zu den Empfängen erschien fast niemand außer den Beamten; als er die Truppen musterte, da sangen die Volksmassen dicht neben ihm: Schleswigholstein meerumschlungen! Das wurmte ihn doch. An seinem Geburtstage, am 18. Septbr. erließ er einen zweiten Offenen Brief, der den Deutschen in gemütlich patriarchalischem Tone beteuerte, die Selbständigkeit Holsteins solle nicht im mindesten gefährdet, sondern durch die Unzertrennlichkeit der Monarchie nur gesichert werden. Was

konnten diese leeren Worte wirken, da sie doch nichts zurücknahmen? Graf Reventlow-Preetz wurde im Schlosse Plön nicht vorgelassen, als er noch einmal herbeikam um dem Monarchen die Augen zu öffnen; mit den aufsässigen Landständen Holsteins wollte Christian nichts mehr zu schaffen haben. So hielt denn die Bewegung im Volke an. Schon im Juli beschloß eine große Volksversammlung in Neumünster, auf Antrag des Anwalts Lorentzen: das Land müsse festhalten an den drei Kernsätzen seines alten Rechts und nötigenfalls sich an Deutschland anschließen. Als Th. Olshausen eine zweite große Volkskundgebung bei Nortorf veranstalten wollte, wurde er gefangen nach Rendsburg abgeführt, die Nortorfer Versammlung ging vor der herannahenden bewaffneten Macht ruhig auseinander; Olshausen aber mußte wieder frei gegeben werden, und die Kieler begrüßten ihn bei der Heimkehr wie einen Triumphator.

Der Herzog von Augustenburg hatte unmittelbar vor dem Erscheinen des Offenen Briefs den Kopenhagener Hof besucht um seine Söhne vorzustellen und dort eine überraschend freundliche Aufnahme gefunden; der gnädige König ernannte sogar die beiden jungen Prinzen zu Oberstleutnants, was die Dänen verstimmte und die deutsche Königin bösen Nachreden aussetzte.*) In denselben Tagen aber bereitete Christian den Gewaltstreich gegen die Rechte seiner Agnaten heimlich vor. Als der unerwartete Schlag erfolgt war, legte der Herzog alsbald Verwahrung ein und sendete sodann eine Beschwerde an den Bundestag. Alle Prinzen der augustenburgischen und der glücksburgischen Linie schlossen sich ihm an. Nur der junge Prinz Christian von Glücksburg stellte sich auf die Seite des Königs; der hatte vor kurzem eine Tochter der Landgräfin Charlotte geheiratet und baute auf die Zukunft der hessischen Linie. Der Großherzog von Oldenburg behielt sich ebenfalls feierlich seine Erbansprüche vor.

Auch die Kieler Universität trat sofort wieder auf den Kampfplatz. Sie besaß zwar in ihrem Lehrkörper noch zwei fanatische Dänen, Flor und Paulsen, während in Kopenhagen längst kein Gelehrter mehr ein Wort zu Gunsten der Herzogtümer wagte; aber die deutsche Gesinnung überwog durchaus. Dahlmann selbst, der nach seiner gewissenhaften Weise die schwierige Erbfolgefrage lieber noch vertagt und erst genauer geprüft hätte, konnte nun nicht mehr verkennen, daß der Offene Brief mit der Unteilbarkeit der Lande zugleich die gesamte Verfassung bedrohte, und erklärte sich offen für seine Landsleute. In seinem Sinne lehrten jetzt die jungen Historiker Waitz und Droysen; für das deutsche Recht im Norden einzustehen galt als Ehrenpflicht unter den Kieler Gelehrten. Neun Professoren der Universität, voran der alte Falck, veröffentlichten eine scharfe, in allem Wesentlichen siegreiche Widerlegung des Kommissionsbedenkens, und der König fühlte sich so unsicher, daß er ihnen nur einen sanften Verweis erteilen

*) Schoultz v. Ascheradens Bericht, 28. Juni 1846.

ließ. Zugleich setzte Sammer wieder seine scharfe Feder ein. Dirckinck-Holmfeld, der Historiograph Wegener und die anderen dänischen Publizisten sahen sich bald in die Enge getrieben; sie merkten selbst, wie wenig die Erbhuldigung des Jahres 1721 bedeutete, und suchten andere Ausflüchte. Mit Maulwurfs-Eifer gruben diese Demokraten die unterlassenen Lehensmutungen der Sonderburger Linie aus, ja sie wollten den jungen augustenburgischen Prinzen sogar die Ebenbürtigkeit bestreiten, weil der Herzog und sein Bruder zwei Gräfinnen Danneskiold geehelicht hatten; und doch wußte jedermann, daß die Frage der Mißheirat allein nach den Hausgesetzen und dem Hausbrauche jeder einzelnen Dynastie beurteilt werden darf, und grade im Hause Holstein-Oldenburg waren Ehen mit Frauen vom niederen Adel von jeher häufig vorgekommen. In Schleswig-Holstein ließ sich niemand durch solche Fechterkünste beirren. Das Land hielt zusammen wie eine große Familie, die ihr Hausrecht wahrt, der gemeinsame Kampf führte alle Stände in ungewohnter Herzlichkeit einander näher; und wenn die deutschen Nachbarn früherhin manchmal gutmütig über den Hahnenschritt der holsteinischen Normalmenschen gespottet hatten, so freuten sich jetzt alle an dem schönen Einmut ihrer Nordmark.

Der Offene Brief regte die öffentliche Meinung in ganz Deutschland so mächtig auf wie vor sechs Jahren das Kriegsgeschrei der Franzosen. Damals aber hatte die Nation einem ebenbürtigen Feinde die stolze Stirn geboten; jetzt fühlte sie sich bitterlich beschämt, da ein winziger Nachbar deutsches Recht mit Füßen trat, ohne nach Deutschland auch nur zu fragen, und Geibel nahm allen das Wort vom Munde als er sang:

Mich will's bedünken fast gleich einem Schwanke,
Daß dieses Inselreich, das kleine, schwache,
Aufbäumend wie ein zorn'ger Meeresdrache
Sich wider uns erhebt zu grimmem Zanke.

In einer Masse von Flugschriften und Gedichten, von Versammlungen und Reden entlud sich der Sturm. Die Heidelberger Gelehrten gingen voran, sie sendeten schon im Juli an W. Beseler eine von Gervinus verfaßte Adresse: „es gibt keine größere politische und nationale Sünde als die Selbstversäumnis." Da der ernste nationale Machtkampf zunächst in der Gestalt einer staatsrechtlich-historischen Streitfrage erschien, so trat das Professorentum wieder für einige Zeit in den Vordergrund des deutschen Lebens. Hälschner in Bonn und viele andere Historiker und Juristen erörterten den Erbfolgekampf in gelehrten Streitschriften; der Berliner Helwing verteidigte sogar die wohlgemeinte, aber ganz haltlose Behauptung, daß die Erbfolge in den Herzogtümern dem Hause Brandenburg gebühre. Großes Aufsehen erregte General Radowitz durch sein Schriftchen: Wer erbt in Schleswig? Er verfocht ohne jeden Vorbehalt die Rechtsanschauung der Schleswigholsteiner, da er durch seine Verwandten, die Reventlows, die transalbingischen Verhältnisse gründlich kennen gelernt

hatte, und zeigte hier zum ersten Male öffentlich, wie viel bildsamer er war als die anderen Vertrauten König Friedrich Wilhelms. Unter allen namhaften deutschen Rechtsgelehrten wagte nur einer den Dänenkönig zu verteidigen: Minister Kamptz, der alte Demagogenverfolger, dessen Name schon abschreckend wirken mußte. Der entfaltete in seinen „Bemerkungen über den Offenen Brief" eine reiche, aber ganz verworrene Gelehrsamkeit; die Schleswigholsteiner erklärte er kurzweg für Rebellen, und daß Schleswig die Deutschen gar nichts anging ergab sich ja schon aus der Bundesakte.

Nach diesem Juristenstreit und den alten Pergamenten fragte die Nation wenig, sie kannte die Augustenburger gar nicht. Was die Deutschen entflammte war das nationale Selbstgefühl. Geibel fand wieder das rechte Wort, als er den hohen Sinn des Kampfes dahin zusammenfaßte:

Wir wollen keine Dänen sein,
Wir wollen Deutsche bleiben.

Und dies Gefühl bekundete sich in den leidenschaftlichen Beratungen der kleinen deutschen Landtage so übermächtig, daß selbst die Fürsten sich ihm nicht ganz entziehen konnten; ihr eigenes Heiligtum, das legitime Dynastenrecht wurde ja durch Dänemarks Gewaltstreiche nicht weniger bedroht als die nationale Ehre. Zudem reisten die holsteinischen Prinzen an den Höfen geschäftig umher; auch die Stände der Herzogtümer sendeten Tiedemann und andere Vertrauensmänner zu den kleinen Regierungen um ihnen das Landesrecht der Nordmark ans Herz zu legen. Besonders freundlich zeigte sich, seltsam genug, der alte Welfe. Der hatte bei den Lüneburger Manövern des zehnten Bundesarmeekorps selbst mit angehört, wie die holsteinischen Soldaten, wenn man sie Dänen nannte, heftig erwiderten: wir sind gute Deutsche; er schätzte den Augustenburger persönlich hoch und wurde durch seinen Berliner Gesandten, den Grafen Platen, dessen Verwandtschaft dem holsteinischen Adel angehörte, in seiner guten Gesinnung bestärkt.*) Nach alledem schien den Beschwerden beim Bundestage ein günstiger Erfolg sicher zu sein.

Ganz anders dachten die großen Mächte. Sie bekannten sich alle zu dem unverbrüchlichen Glaubenssatze, die Integrität der dänischen Monarchie sei notwendig für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts. Unschuldige Leute mochten wohl verwundert fragen: warum denn Europas Gleichgewicht erschüttert werden sollte, wenn der kleine Staat am Sund und Belt von drittehalb auf anderthalb Millionen herabsänke? Wer tiefer blickte, konnte jedoch nicht verkennen, daß die Meinung der großen Höfe ernste Gründe hatte; sie wurzelte nicht bloß in der Ruheseligkeit der Zeit, sondern in der allgemeinen Angst vor Deutschlands Erstarken. Das von Dänemark losgerissene Schleswigholstein mußte — niemand bezweifelte

*) Platens Berichte, 6. Juli 1847 ff.

es — sich fest an Deutschland anschließen, zu seiner Sicherung preußische Truppen herbeirufen, vielleicht gar der preußischen Flotte, deren erstes Schiff soeben vom Stapel gelaufen war, den schönsten Hafen der Ostsee einräumen. Ein deutscher Kriegshafen in Kiel !— dieser eine Gedanke genügte um jedes englische Herz zu empören. Aus Haß gegen Deutschland wurden Dänemarks Erbfeinde, die Briten jetzt freundliche Gönner des Kopenhagener Hofes. Gleich nach dem Erscheinen des Offenen Briefs schrieb die Times, damals noch das mächtige Organ der nationalen Meinung: „Die preußischen Staatsmänner können nicht freigesprochen werden von dem Vorwurfe, daß sie mit einer gewissen Bereitwilligkeit eine fieberische, der Ruhe eines Nachbarlandes gefährliche Aufregung lebendig erhalten haben, weil es ihnen einfiel die deutsche Nation angenehm zu unterhalten (to amuse), und weil sie vielleicht deren Aufmerksamkeit von anderen, weit mehr praktischen und der Heimat viel näher liegenden Fragen ablenken wollten." Dann wurde Deutschland gewarnt vor der Ländergier, die schon in der neuen Welt gefährlich, im Herzen Europas verderblich wirke. Mit solcher Heuchelei wagte ein Volk, das sich Jahr für Jahr neue Kolonien aneignete, die Deutschen zu beschimpfen, weil sie bescheiden das Erbe ihrer Väter behaupten wollten! Die Regierung hielt sich noch zurück: sie wünschte zunächst nur, daß der dänische Gesamtstaat zusammenbliebe, gleichviel unter welchem Herrscherhause; denn sie betrachtete ihn, wunderlich genug, als ein Bollwerk gegen Rußland!

Etwas dreister wagte sich Frankreich, der alte treue Bundesgenosse Dänemarks, hervor. Das Verhältnis zwischen den beiden Höfen war sehr herzlich. Ludwig Philipp sendete einmal den halbverschollenen alten Herzog Decazes, bourbonischen Andenkens, der zugleich dänischer Vasall war, als außerordentlichen Botschafter hinüber; der Dänenkönig fühlte sich sehr geschmeichelt und ernannte Guizot zum ersten bürgerlichen Ritter seines Elefantenordens. Unterdessen reiste der französische Gesandte Baron Billing zwischen Kopenhagen, Paris und London geheimnisvoll hin und her um die Pläne König Christians zu befördern; er witterte heraus, sein Beobachtungsposten müsse jetzt zu einem Aktionsposten werden, und erhielt von Guizot Befehl, den Bestrebungen Preußens und Rußlands entgegenzuarbeiten, obgleich die beiden Ostseemächte hier am Sunde keineswegs zusammengingen.*) Alle diese kleinen diplomatischen Zettelungen blieben zunächst ohne Folgen. Der Tuilerienhof betrachtete den dänischen Gesamtstaat als ein europäisches Heiligtum; von näheren Sorgen bedrängt hatte er sich jedoch eine feste Ansicht über die Erbfolgefrage bisher noch nicht gebildet.

Die Westmächte konnten in Schleswigholstein für sich selbst nichts verlangen. Der Petersburger Hof dagegen verriet schon deutlich, daß

*) Schoultz v. Ascheradens Berichte, 16. Jan., 25. 30. Mai, 25. Juni 1846.

er nicht abgeneigt war bei einer Teilung der deutschen Herzogtümer herzhaft zuzugreifen. Die russischen Gottorper hatten zwar durch die Verträge von 1767 und 73 auf das längst verlorene Schleswig förmlich verzichtet und ihren Anteil an Holstein ausgetauscht gegen die Grafschaften Delmenhorst und Oldenburg, die nachher der jüngsten gottorpischen Linie überwiesen wurden. Doch wann war jemals ein russischer Vertrag zu stande gekommen, der nicht nachher irgendwo einen Haken zeigte? Jener Verzicht war erfolgt zu Gunsten des damaligen Königs von Dänemark „und seiner Kronerben". Wer diese Kronerben seien, wurde jetzt streitig. Folglich, so schlossen die Moskowiter mit ihrer eigentümlichen Logik, konnten Rußlands Ansprüche auf den gottorpischen Anteil an Holstein vielleicht wieder aufleben, und zu diesem Anteile gehörte erfreulicherweise auch der Kieler Hafen! Dem preußischen Gesandten sagte Nesselrode mehrmals: wir glauben auf Holstein Ansprüche zu haben; ich habe dem Kaiser abgeraten sie aufzugeben, weil er die Rechte seiner Nachkommen nicht aufopfern darf und sich jedenfalls ein Kompensationsobjekt sichern muß.*) Noch aufrichtiger redete eine Weisung des russischen Kanzlers an den Geschäftsträger in Kopenhagen. Hier belobte er den Offenen Brief als eine weise Maßregel und billigte durchaus die Rechtsanschauung des Dänenkönigs. Schleswig unterliege, nachdem das Haus Gottorp darauf verzichtet, dem dänischen Thronfolgerechte — so schrieb er zuversichtlich, obgleich die Gottorper ein Recht, das ihnen selber nicht zustand, doch sicherlich auch nicht hatten abtreten können. Über Holstein müsse man allerdings noch verhandeln; indes würde der Zar sich aufrichtig freuen, die Ansprüche des Hauses Gottorp in Einklang zu bringen „mit den Lebensinteressen einer Monarchie, deren Aufrechterhaltung und Unteilbarkeit der König mit einer gerechten Besorgnis betrachtet, welche Se. Kais. Majestät in hohem Grade teilt".**) Auf Rußlands Beistand konnte sich Christian mithin verlassen, wenn er nötigenfalls dem Hause Gottorp irgend eine Entschädigung gewährte. Über die Ansprüche der Augustenburger äußerte sich der Zar vorläufig noch nicht abschließend, aber die Haltung der Schleswigholsteiner fand er revolutionär.

Der Wiener Hofburg kam der transalbingische Streit sehr ungelegen; nach der Eigenart ihres Reiches hatte sie ja selbst nichts mehr zu fürchten als die Macht der nationalen Ideen. Von Deutschtum, Dänentum und anderen solchen „Tümern" wollte Metternich gar nichts hören. Er war empört über das Gelichter der deutschen liberalen Partei und ihr Halli-Halloh, er fand die ganze schamlose Agitation künstlich, gemacht, revolutionär und wünschte vornehmlich Bestrafung der frechen Heidelberger Professoren. Aber auch der Krone Dänemark warf er vor, daß sie das

*) Rochows Berichte, 6. 19. 27. Aug., 25. Sept. 1846.

**) Nesselrode, Weisung an den Geschäftsträger v. Ewers, 3./15. Aug. 1846.

liberale Ungeziefer seit Jahren karessiert und jetzt vor der Zeit unreife Pläne verlautbart habe, während man doch sonst die Gäste nicht in die Küche führe, sondern ihnen die Speisen fertig vorsetze. Von Berlin her gewarnt sah er jedoch ein, daß man die ungeheuere Aufregung in Deutschland irgendwie beschwichtigen mußte; und da er, schon wegen der möglichen Verstärkung Preußens, den Zerfall des dänischen Gesamtstaats durchaus verhindern wollte, so gelangte er zu der Ansicht, das beste sei die Aufhebung des Königsgesetzes und die Thronfolge der Augustenburger in allen Kronlanden. Es war sicher der freundlichste Rat, der sich dem Dänenkönige geben ließ. Wenn nur die Menschen nicht Menschen wären! Wenn nur nicht der wilde Deutschenhaß der Dänen grade diesen sichersten Ausweg ganz versperrt hätte!

Wunderlich, fast tragikomisch erschien unter solchen Umständen die Haltung des Berliner Hofes. Alle Ausländer trauten ihm einen Ehrgeiz zu, der ihm durch die Geschichte des preußischen Staates geradezu aufgezwungen wurde und gleichwohl dem sanften Gemüte dieses Königs ganz fern lag. Niemals hat Friedrich Wilhelm die Frage erwogen, ob die transalbingischen Händel nicht benutzt werden sollten um Preußens Machtstellung an der Ostsee zu verstärken; er hielt für unmöglich, daß man ihm so verruchte Pläne auch nur andichten könnte. Wie er den leidlichen Ausgang des Kölnischen Bischofsstreites lediglich dem Trotze Droste-Vischerings verdankte, so wurden auch die notwendigen Kämpfe, welche schließlich unsere Nordmark unter die Krone der Hohenzollern bringen sollten, nicht durch preußische Berechnung, sondern einzig und allein durch die Verblendung Christians VIII. und seiner Dänen herbeigeführt. Eine Regierung ohne Stolz und Tatkraft, welche grundsätzlich nie das Schwert ziehen will, kann sich vielleicht, durch die Macht alter Traditionen, noch eine Zeit lang ein tüchtiges Heer bewahren, ihr Auswärtiges Amt aber muß schnell entsittlicht werden. Welch einen jämmerlichen Anblick bot doch das diplomatische Korps des vierten Friedrich Wilhelm neben jenen kühnen, kriegerischen Gesandten, die einst die Befehle des großen Königs handfest vollstreckt hatten. General Rauch war ein guter Russe, obwohl ihm das preußische Gefühl nicht gänzlich fehlte, Bunsen war ein guter Engländer, Graf Arnim ein guter Österreicher, aber sie alle überbot noch bei weitem Freiherr Schoultz von Aschéraden in Kopenhagen. Einen besseren Patrioten als diesen fremdbrüderlichen preußischen Gesandten hat Gammel Dannemark unter seinen eigenen Landeskindern nie besessen. Schoultz war vor langen Jahren auf dem gleichgiltigen Kopenhagener Gesandtschaftsposten versorgt worden, wo alle Höfe ihre diplomatischen Nullen unterzubringen pflegten, und behielt die Stelle leider auch als sie plötzlich hochwichtig wurde. Er fühlte sich am Sunde ganz heimisch, glaubte den dänischen Ministern, die fast durchweg gebildete, liebenswürdige Männer waren, treulich aufs Wort und berichtete in seinem schauderhaften Französisch, das

den König zuweilen zu sarkastischen Randbemerkungen veranlaßte, höchst gewissenhaft, was der Hof während des größten Teiles des Sommers, pendant la pluralité de l'été, alles vorzunehmen gedenke.*) Als die schleswigholsteinischen Wirren begannen, zeigte er sich ungehalten über die Unbotmäßigkeit der Deutschen; von der unersättlichen Begehrlichkeit, der List, der berechneten Zurückhaltung des augustenburgischen „Prätendenten" sprach er ganz so entrüstet wie seine dänischen Freunde;**) und wenngleich er zuweilen auch die Gehässigkeit der Dänen bitter beklagte, so hatte er doch von dem Sinne des nationalen Kampfes gar keine Ahnung.

Diese lächerlichen Gesandtschaftsberichte konnten das Urteil König Friedrich Wilhelms nicht beirren. Er bedauerte zwar den Haß zwischen Deutschen und Dänen, wie Canitz sagte, als „eine der ärgsten Tollheiten unseres erleuchteten Jahrhunderts"; ***) er wünschte von ganzem Herzen die Fortdauer des dänischen Gesamtstaates und wollte auch seinen königlichen Freund, der ihn soeben, bei einem Besuche in Kopenhagen, mit Zärtlichkeit überschüttet hatte, durchaus nicht kränken. Aber das Recht blieb ihm heilig. Schon im Jahre 1845 ließ er sich von den Juristen Eichhorn und Lancizolle ein Gutachten über die Erbfolgefrage erstatten, und obwohl diese Denkschrift sehr unsicher lautete, so überzeugte er sich doch nach und nach selber von dem besseren Rechte der Augustenburger. Wie Metternich hoffte er den Streit durch einen Verzicht der hessischen Linie und durch die Thronfolge der Agnaten im Gesamtstaate friedlich beizulegen: dann konnten die befreundeten Dänen unter Augustenburgischen Königen bis an das Ende aller Dinge in Kiel und Altona hausen. Freilich war die Übereinstimmung nicht vollständig, denn der Wiener Hof betrachtete die Integrität Dänemarks als das Wesentliche, der Berliner das deutsche Recht der Herzogtümer und der Agnaten. Im Notfalle — das deutete schon jenes Rechtsgutachten an — wollte Preußen selbst ein souveränes Schleswigholstein unter deutschem Fürstenhause anerkennen. Die dänischen, nicht die holsteinischen Landstände, so meinte Canitz, haben den Streit angefangen. Die Dänen sind die Revolutionäre und zudem erfüllt von absurdem Hasse gegen Deutschland. Sie mißbrauchen unehrlich den Gedanken der Nationalität um den politischen Frieden von oben her zu stören, wie die Polen von unten her. Wir wünschen die Integrität der dänischen Monarchie, aber ohne Schädigung deutscher Rechte.†)

Zunächst hatte der Bundestag auf die holsteinischen Beschwerden zu antworten. Metternich behauptete zwar anfangs, diese Sache gehe den Bund gar nichts an, jedoch auf Canitz' lebhaftes Andrängen gab er nach

*) Schoultz v. Ascheradens Bericht, 10. April 1847.

**) Schoultz v. Ascheradens Bericht, 11. Dez. 1846.

***) Canitz an Rochow, 9. Nov. 1845.

†) Canitz an Rochow, 2. 21. Okt. 1847.

und genehmigte, daß ein Bundesbeschluß die Rechte Deutschlands in milder Form verwahren, aber zugleich dem unleidlichen Halli-Halloh der Liberalen scharf entgegentreten solle. Sein getreuer Münch, der ganz dänisch gesinnt war, mußte also, wie Canitz spottete, „diesmal aus dem magischen Kreise der Inkompetenz-Erklärungen hinaustreten" und das Geschäft mit einer in Frankfurt ganz unerhörten Eile betreiben.*) Man konnte nicht anders. Die Landtage, die Presse, zahllose Eingaben aller Art bestürmten den Bundestag. Als „ein ernstes Zeichen der Zeit" erwähnte der preußische Bundesgesandte auch die Zuschrift eines begeisterten Berliner Studenten, der sich späterhin noch einen guten Namen machen sollte. Dieser junge Mann riet dem Bundestage, schleunigst einen Bundeskommissär nach Kopenhagen zu senden und entschuldigte seine Vermessenheit „mit dem Beispiel der Jungfrau von Orleans, die auch nur eine arme Schäferin gewesen sei, aber ihr Vaterland doch gerettet habe." *)

Frhr. v. Pechlin, der dänische Bevollmächtigte, der im Herzensgrunde doch deutsch empfand und dem Offenen Briefe nur sehr ungern zugestimmt hatte, gab die versöhnlichsten Erklärungen: er beteuerte heilig, seinem Könige sei nie in den Sinn gekommen, die Rechte des Deutschen Bundes zu verletzen; er gestand sogar zu, daß die beiden Herzogtümer alle öffentlichen Rechtsverhältnisse — bis auf die Provinzialstände und wenige andere Institutionen — miteinander gemein hätten. Da nun auch der Offene Brief selbst noch nichts anordnete, sondern nur die persönlichen Ansichten des Königs kundgab, so sprach der Bundestag am 17. Sept. die vertrauensvolle Erwartung aus: der König würde bei endgiltiger Feststellung dieser Verhältnisse die Rechte aller und jeder, insbesondere die Rechte des Bundes, der Agnaten und der holsteinischen Landstände beachten. Zugleich forderte er die Regierungen auf, den leidenschaftlichen Ausbrüchen einer anerkennenswerten patriotischen Gesinnung „gehörige Schranken zu setzen". Alle stimmten zu, auch Pechlin selber. Nur Kurhessen wollte die Verwarnung der deutschen Patrioten schärfer gefaßt sehen; der Luxemburger endlich behauptete keine Weisungen zu haben, offenbar weil er fürchtete, bald könnte auch Luxemburg an die Reihe kommen. Wie matt und schüchtern der Beschluß auch klang, ganz leer war er nicht. Der Bundestag hatte sich, allen seinen Gewohnheiten entgegen, doch nicht wieder für unzuständig erklärt, er behielt sich doch ausdrücklich seine Rechte vor und erlangte also zum ersten Male einiges Lob bei den gemäßigten Parteien.

König Christian merkte auch selbst, daß er mit der Politik des Offenen Briefes nicht mehr weiter kam; er fühlte sich tief unglücklich und konnte seine Stimmung sogar vor Schoultz-Ascheradens blöden Augen nicht ganz verbergen.***) Gegen den preußischen General Wrangel beklagte er sich

*) Canitz an Rochow, 7. Sept. Dönhoffs Berichte, Frankfurt, 22. Aug., 2. Sept. 1846.

**) Dönhoffs Bericht, 17. Sept. 1846.

***) Schoultz v. Ascheradens Bericht, 4. Nov. 1846.

bitterlich: wie ihn die Deutschen so ganz verkennen könnten; niemals hätte er daran gedacht, Schleswigholstein von Deutschland loszureißen. Im Juni 1847 sendete er einen alten Freund, den Grafen Löwenstern, der seinem Könige diesen letzten Ritterdienst nicht verweigern mochte, nach Berlin um wegen der Erbfolgefrage Rat einzuholen. Canitz erwiderte: das einzige Mittel den Gesamtstaat zu erhalten sei die Aufhebung des Königsgesetzes und das Königtum der Augustenburger. Das wies der alte Däne weit von sich; am Wiener Hofe aber wurde ihm, offenbar nach Verabredung, gleich nachher dieselbe Antwort erteilt.*) Nunmehr hoffte König Christian sein Ziel auf einem neuen, noch seltsameren Umwege zu erreichen; er wollte seinem Gesamtstaate — nach dem Vorbilde des Preußischen Vereinigten Landtags, dessen Verhandlungen er mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte — einen gemeinsamen Reichstag gewähren. Mit Hilfe der dänisch gesinnten Mehrheit dieses Reichstags dachte er dann späterhin die Thronfolge der weiblichen Linie im ganzen Reiche durchzusetzen. In was für Künsteleien verlor sich wieder die Überklugheit des Monarchen! Nach allem was geschehen, mußte die Thronfolgefrage jetzt vor der Verfassungsfrage entschieden werden; denn solange noch nicht fest stand, ob der Gesamtstaat selber fortdauern würde, konnten die Schleswigholsteiner einer Gesamtstaatsverfassung doch schwerlich zustimmen. Während der nächsten Monate ließ der König seinen Verfassungsplan durch Carl Moltke und den unentbehrlichen Adler ausarbeiten. Da starb er plötzlich nach kurzer Krankheit am 20. Januar 1848, wohl der geistreichste aus der langen eintönigen Reihe der Oldenburgischen Könige, und doch ein Mann des Unheils, ein Herrscher, der die Macht seines Hauses selbst zerstörte, weil er das Recht seiner Völker mißachtete.

Die Todesnachricht erschütterte das Land im Innersten. Die Dänen hofften, die Deutschen fürchteten alles von dem Thronfolger. Nach aller Wahrscheinlichkeit war Friedrich VII. der letzte König seines Stammes; denn er hatte damals schon ein Liebesverhältnis mit der Putzmacherin Rasmussen angeknüpft, und dies gemeine Weib, die natürliche Bundesgenossin der Kopenhagener Demokratie, hielt ihn so fest umstrickt, daß eine dritte fürstliche Heirat fast unmöglich schien. Mit albernem, läppischem Zeitvertreib brachte er seine Tage dahin und fühlte sich wohl in schlechter Gesellschaft, die freilich nicht murren durfte, wenn es ihm plötzlich einfiel den Fürsten herauszukehren. Roh, ungebildet, grob sinnlich, jähzornig, nicht ohne Verstand und derben Humor, lernte er niemals ernsthaft zu arbeiten. Als eingefleischter Däne haßte er alles Fremde; die ausgelassene Lustigkeit der Matrosen, die in der C4's Halle und in den anderen Spelunken an der Kopenhagener Knüppelbrücke ihre Späße trieben, behagte

*) Berichte von Graf Platen, Berlin, 11. Juni; von Graf Arnim, Wien, 14. Juni 1847.

ihm besser als das gemessene Wesen der Schleswigholsteiner. Den liberalen Ideen war er nicht feind, obgleich er eigentlich gar keine politischen Grundsätze besaß. Von seinem Vater hatte er nichts geerbt als die Furchtsamkeit und die unkriegerischen bequemen Gewohnheiten. Frisch und männlich erschien der Schwerfällige nur, sobald er an Bord eines Schiffes trat; wenn ihn irgend etwas begeistern konnte, so waren es die Erinnerungen an die Seekönige des Nordens, und das alte Volkslied: König Christian stand am hohen Mast!

Der alte König hatte noch während seiner letzten Krankheit in einem langen Briefe seine Ratschläge für die neue Regierung niedergelegt. Der Nachfolger zeigte sich zuerst ganz als guter Sohn; er ernannte, nach des Vaters Wunsche, den Grafen Carl Moltke zum Staatsminister und verkündete durch ein Manifest alsbald den Entschluß, die von seinem Vorgänger „beabsichtigte Ordnung der öffentlichen Verhältnisse zu Ende zu bringen". Die den politischen Verbrechern gewährte Amnestie mußte den Herzogtümern freilich wie Hohn klingen, weil dort keiner der zahlreichen Prozesse zu einer Verurteilung geführt hatte. Aber schon am 28. Jan. berief ein königliches Kanzlei-Patent 52 erfahrene Männer, je 26 aus dem Königreiche und aus Schleswigholstein, nach der Hauptstadt um ihr Gutachten abzugeben über die Gesamtstaatsverfassung des verstorbenen Monarchen. Sechzehn davon ernannte der König selbst, die übrigen wurden vom Lande erwählt. Auch die Form war klug berechnet; das Patent sprach immer nur von „Unserem Königreich Dänemark und Unseren Herzogtümern Schleswig und Holstein", es schien also die staatsrechtliche Verbindung der beiden deutschen Lande stillschweigend anzuerkennen. Der Verfassungsplan schloß sich eng an das Vorbild Preußens an; die Provinziallandtage blieben erhalten, doch über ihnen stand künftighin ein Gesamtstaats-Reichstag, der, bald im Königreiche bald in den Herzogtümern tagend, über gemeinsame Gesetze und neue Steuern frei beschließen sollte. Es war das letzte Meisterstück des listigen alten Königs. Die scheinbare Gleichstellung der beiden ungleichen Hälften des Gesamtstaats sollte den Deutschen schmeicheln; und doch konnte die Krone hoffen, durch ihre sechzehn Vertrauensmänner sowohl die Schleswigholsteiner wie die radikalen Eiderdänen niederzuhalten. Hätte König Christian noch gelebt, so war ein Erfolg, freilich nur für den Augenblick, vielleicht denkbar. Doch was ließ sich jetzt erwarten, unter einem Monarchen, dem die Dänen niemals Achtung, die Deutschen niemals Vertrauen schenken konnten?

Sowie der alte König die Augen geschlossen hatte, trat die Kopenhagener Demokratie höchst ungebärdig auf. Eine Schrift der Professoren Clausen und Schouw verkündete sofort in ungestümer, drohender Sprache das eiderdänische Programm: Danisierung Schleswigs, Abtrennung Holsteins. Eine Versammlung von Stadtvertretern, die der alte Heißsporn Etatsrat Hvidt berufen hatte, sendete dem neuen Herrscher eine Deputation ins

Schloß um sofortige Änderung der Verfassung zu verlangen. König Friedrich ließ die Abgesandten nicht vor, aber zugleich berief er seinen Freund Bardenfleth, einen fanatischen Dänen, in das Ministerium. Die Eiderdänen witterten Morgenluft; sie verlangten stürmisch, die erfahrenen Männer müßten nach der Kopfzahl erwählt werden, also je fünf Dänen auf drei Deutsche. Die Schleswigholsteiner hingegen bemühten sich bis zum letzten Augenblicke in den Schranken der Mäßigung zu verbleiben; sie wollten die dargebotene Hand des neuen König-Herzogs nicht von sich stoßen. Auf einer Zusammenkunft in Kiel, wo sich die Landtagsabgeordneten beider Herzogtümer vollzählig einfanden, sprachen Reventlow und Beseler sehr besonnen; man beschloß (17. Febr.), die Wahl der erfahrenen Männer vorzunehmen. Aber jedem der Gewählten wurde anheimgegeben, das deutsche Recht nach Gewissenspflicht zu verwahren. An eine friedliche Verständigung glaubten nur noch wenige; Reventlow und Beseler hatten bereits im letzten Herbst die Möglichkeit eines offenen Kampfes zusammen erwogen. Schon die Einberufung dieser Versammlung selber, die doch nichts anderes war als ein Vereinigter Landtag Schleswigholsteins, zeigte deutlich, wie der alte Gesamtstaat aus den Fugen ging. Die Augustenburger begannen alsbald die Brücken hinter sich abzubrechen. Bei Christians pomphaftem Begräbnis war keiner aus ihrer Linie zugegen; und als ihnen der neue Herrscher, allerdings gegen den Hausbrauch der letzten Jahrzehnte, die Erneuerung ihres Huldigungseides zumutete, da weigerte sich der Herzog sowohl wie der Prinz von Noer. König Friedrich sah in alledem berechnete Auflehnung.*)

So gespannt war die Lage. Jeden Augenblick konnte die nationale Leidenschaft hüben oder drüben losbrechen und das blutige Spiel um Deutschlands Nordmark beginnen. Der König von Preußen bemerkte dies wohl. Er sendete bald nach dem Thronwechsel seinen vertrauten General Gerlach nach Kopenhagen, angeblich um sein Beileid auszusprechen, in Wahrheit um zu beobachten und nötigenfalls zu raten. Canitz ließ den General durch den gescheiten Legationsrat Grafen Hans v. Bülow über die dänischen Verhältnisse genau unterrichten und erteilte ihm selbst (4. Febr.) ausführliche Weisungen, die nur von neuem bewiesen, wie harmlos ehrlich die preußische Regierung verfuhr, aber auch, wie wenig sie den Ernst der Zeit und die Macht der nationalen Gegensätze verstand. Noch immer betrachtete Canitz den Streit zwischen Dänen und Deutschen als bare Torheit; er hielt Dänemark für Deutschlands natürlichen Verbündeten, da seine Flotte ja bei uns keinen Nebenbuhler zu fürchten hätte. Diesen Verbündeten wollte er nicht schwächen; darum verwarf er sowohl die Politik der Eiderdänen, die in blindem Deutschenhaß ihren eigenen Vorteil verkannten, wie den Plan Schleswig für Deutschland zu erobern, einen Plan,

*) Schoultz v. Ascheradens Berichte, 19. 28. Febr. 1848.

der „aus einer unrichtigen, wenigstens unklaren Auffassung des Begriffes der Nationalität entspringe". Er wünschte nach wie vor die Integrität der dänischen Monarchie, womöglich unter dem augustenburgischen Herrscherhause. Aber an den althistorischen Rechten der Herzogtümer hielt er fest: „wir müssen vorangehen; es ist eine von den seltenen Sachen, wo wir auf die Zustimmung der deutschen Bundesregierungen rechnen können." *)

Durch Unwetter aufgehalten, konnte Gerlach erst am 15. Febr. in der dänischen Hauptstadt eintreffen. Unterwegs hatte er Falck, Reventlow sowie andere deutsche Patrioten gesprochen und fühlte sich angenehm überrascht, in diesen Schleswigholsteinern, die doch mit allen deutschen „Wühlern" verbündet waren, so konservative Männer kennen zu lernen. Diese unschuldigen Gespräche, bei denen er streng die Rolle des vorsichtigen Beobachters einhielt, wurden ihm freilich von den Dänen als verräterische Umtriebe angerechnet. In Kopenhagen bemerkte er sogleich, wie alles aus Rand und Band ging. Er durchschaute die vollendete Nichtigkeit Friedrichs VII. und die Zwietracht seiner Räte, die Schwäche des einzigen deutschgesinnten Ministers Heinrich Reventlow; er begriff, daß die Verfassung unmöglich gelingen konnte solange die Erbfolgefrage in der Schwebe blieb; er erkannte sogar, daß weder die Dänen noch die Deutschen mehr an die Integrität des alten Gesamtstaats glaubten. Aber wie scharfsinnig er auch im einzelnen urteilte, eine kühne nationale Politik hielt er für eine Träumerei der „Germanomanen"; an die Möglichkeit einer Machterweiterung Preußens dachte er niemals. Sein letzter Rat ging dahin: Preußen sollte sich zunächst mit Rußland und Österreich verständigen, damit nachher die dänische Thronfolge, wie einst die badische, durch eine europäische Entscheidung friedlich geregelt würde. Als Graf Reventlow-Preetz ihn bestimmt fragte: wird der Deutsche Bund uns Holsten schützen falls Dänemark uns eine Verfassung aufzuzwingen oder Schleswig von uns loszureißen wagt? — da antwortete der General ausweichend, Schleswig gehöre ja nicht zum Bunde, und rechtfertigte sich vor seinem Monarchen also: „Ich glaube nicht, da der Fall mir wenigstens nicht klar ist, durch die Autorität des Abgesandten Ew. Maj. die Opposition der Herzogtümer verstärken zu dürfen." *) Wahrlich, Preußen durfte wie der Sohn des Laios sagen: so, gar nichts ahnend kam ich nun wohin ich kam! Währenddem tobte die gesamte Presse Westeuropas wider la politique envahissante de l'Allemagne; und über König Friedrich Wilhelm, den man aus seinen Reden doch endlich kennen mußte, urteilte Lamartine: das sei ein fürchterlicher Kraftmensch, „fähig alles zu verstehen, alles zu versuchen, alles zu wagen!"

*) Canitz, Weisung an Gerlach, 4. Febr. 1848.

**) Gerlachs Berichte an den König, 16. 19. 28. Febr., 1. März, an Canitz, 24. Febr. 1848.

Der preußische Abgesandte weilte schon seit zwei Wochen am Sunde und dachte noch länger zu bleiben; da kam am 2. März die Nachricht von dem Sturze des Juli-Königtums und zwang ihn zu schleuniger Heimkehr. Kaum hatte er die Insel verlassen, so fand die Pariser Revolution in Kopenhagen einen donnernden Widerhall. Eine stürmische Volkserhebung warf die Gesamtstaatspläne über den Haufen, führte die eiderdänische Partei ans Ruder und zwang den König Friedrich zu einer Gewalttat, die seinen stillen Herzensmeinungen wohl entsprechen mochte. Mit einem Federzuge wurde die vierhundertjährige Einheit Schleswigholsteins vernichtet. Jetzt blieb keine Wahl mehr. Vor dem ehrlichen Radikalismus des Krieges mußte jede Halbheit verschwinden. Unsere Nordmark stand vor der Frage: dänisch oder deutsch? —

Achter Abschnitt.

Der Vereinigte Landtag.

Nach so vielen Enttäuschungen und Niederlagen blickte König Friedrich Wilhelm noch immer sorglos, heiter in das Leben. Wie ein humoristischer Künstler verstand er, sobald der erste Zorn verraucht war, jedes Ärgernis mit einem guten oder schlechten Witze von sich abzuschütteln; und wenn er sich zuweilen selber anklagte, so erhob er sich stets wieder an dem Glauben, daß er kraft der göttlichen Weihe seiner Krone den Lauf der Welt besser übersähe als alle anderen Sterblichen. So schritt er über den Wolken dahin, im Wahne seiner königlichen Unfehlbarkeit. Und wie einsam war es um ihn geworden in kurzen fünf Jahren. An seine staatsmännische Weisheit glaubten nur noch wenige, bei jedem Schritte stieß er auf ein unüberwindliches Mißtrauen; Eichhorn und Bodelschwingh vernutzten ihre edle Kraft im aussichtslosen Kampfe wider eine öffentliche Meinung, die mit all ihrer Torheit doch eine lebendige Macht war.

Der Volksgunst erfreute sich unter allen Ministern nur einer, General Boyen. Der Organisator der Landwehr galt nach der volkstümlichen Legende zugleich für einen Märtyrer liberaler Überzeugungstreue, und sein tapferes Landwehrlied: „Recht, Licht und Schwert", das der König doch selbst mit herzlicher Freude aufgenommen hatte, wurde von den Unzufriedenen sogar zur Verhöhnung der Regierung mißbraucht. Als Eichhorn bei einem Berliner städtischen Feste einen Trinkspruch ausbrachte und auch auf kirchliche Dinge zu reden kam, da unterbrachen ihn die Hörer stürmisch; sie verlangten, daß Boyens Nationallied gespielt würde, und sangen dem Minister unter spöttischem Jubel die Verse zu:

Erfülle treu die Bürgerpflicht,
Dann kümmert mich dein Glaube nicht!

Solche Auftritte kränkten den alten Helden tief, denn immer hatte er hoch über den Parteien gestanden. Je schmerzlicher er fühlte, daß seine rationalistische Frömmigkeit von der kirchlichen Romantik des Königs weit abstand, um so ernster betätigte er überall seine streng monarchische Gesinnung. Vom Herde des Radikalismus flogen dann und wann schon einige Funken

in die Armee hinüber; die Leutnants Anneke, Willich und einige andere junge Offiziere wurden entlassen, weil sie republikanische oder auch kommunistische Lehren mit dreister Unbefangenheit verbreiteten. Sie fanden in der Presse begeisterte Fürsprecher, mehrere von ihnen tauchten nachher als Barrikadenkämpfer wieder auf. Bei diesen Untersuchungen zeigte sich Boyen stets unerbittlich, zum Erstaunen seiner liberalen Bewunderer; er wußte, was die Treue im Heere bedeutet.

Seine zweite Amtsführung brachte der Armee — außer der neuen Uniformierung, die wesentlich des Königs eigenes Werk war — noch eine folgenreiche Reform: nach langjährigen Versuchen und Beratungen wurde (1847) beschlossen, das leichte Perkussionsgewehr, den Dreyseschen Zündnadel-Hinterlader nach und nach bei der gesamten Infanterie einzuführen. Leicht war der Entschluß nicht. Zwar Boyen selbst, der alles in großem Stile trieb und die Gegenwart gern in ihrem historischen Zusammenhange auffaßte, erklärte zuversichtlich, diese Reform entspreche den alten Traditionen des preußischen Fußvolks, das ja immer, schon in den Tagen des Großen Kurfürsten und des alten Dessauers, durch rasches Feuern seine Überlegenheit gezeigt hatte; auch der leicht begeisterte König weissagte der neuen Waffe glänzende Erfolge für das Vaterland. Aber viele tüchtige Offiziere hegten ernste Bedenken; sie hielten für unzweifelhaft, daß eine mit so rasch feuernden Gewehren bewaffnete Truppe sich schon beim Beginn des Gefechts verschießen und bald wehrlos dastehen müsse, denn kein Führer sei im stande, die Mannschaft ganz in seiner Hand zu halten, ihre Blutleckerei oder auch ihre Furcht sicher zu bändigen. Glücklicherweise wurde diese Meinung überall im Auslande geteilt. Niemand mochte dem preußischen Beispiele folgen, am wenigsten die kleinen deutschen Heere, denn die einen hemmte die Bequemlichkeit, die anderen das Mißtrauen gegen alles was aus Preußen kam. So blieb dem preußischen Heere genügende Zeit, die neue Bewaffnung vollständig einzuführen und zugleich die Mannszucht des Fußvolks so streng und sicher durchzubilden, daß jeder Gemeine sein Gewehr mit Überlegung handhabte. Nach neunzehn Jahren sollte die Welt erfahren, welch ein Vermächtnis Boyen seinem Volke mit dieser Waffe hinterlassen hatte.

Aus seiner altväterischen Höflichkeit klang noch der gefühlvolle Ton des Zeitalters der Befreiungskriege heraus. Überkluge Leute meinten wohl, der Alte hätte sich überlebt, und den raschen Wagemut seiner Jugend besaß er allerdings nicht mehr ganz, aber auf neue Ideen ging er noch immer freudig ein. Oberstleutnant Griesheim und andere Offiziere seines Ministeriums dienten ihm als einsichtige Gehilfen, und in den zahlreichen Kommissionsberatungen dieser Jahre erwarb er sich auch, trotz mancher Meinungsverschiedenheit, die Freundschaft und Bewunderung des Prinzen von Preußen. Unter des Prinzen entscheidender Mitwirkung ward ein vereinfachtes Exerzierreglement für die Infanterie vollendet;

auch der fröhliche friderizianische Reitergeist belebte sich wieder und die steifen Paradekünste der langen Friedenszeit gerieten in Verruf, seit General Wrangel auf den Kavalleriemanövern von 1843 gezeigt hatte, was der weit ausholende Angriff großer Reitermassen zu leisten vermag. Inzwischen erhielt die Armee neue Kriegsartikel und ein wohl durchdachtes Militärstrafgesetzbuch, woran die Räte des Justizministeriums und die Offiziere gemeinsam gearbeitet hatten.

Die Organisation des Heeres aber, deren Mängel doch mit jedem Jahre greller hervortraten, blieb leider unverändert. Je stärker die Bevölkerung anwuchs, um so weiter entfernte man sich unwillkürlich von dem großen Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht. Die Masse der Reklamationen, welche bei den Mobilmachungen der dreißiger Jahre und nachher noch bei jeder Landwehrübung einliefen, bewies keineswegs, wie die Schwarzseher behaupteten, daß der opferfreudige Sinn im preußischen Volke erstorben war, sie war vielmehr nur die natürliche Folge der fehlerhaften Heeresverfassung. Mußte der Landwehrmann nicht über Ungerechtigkeit klagen, wenn er von Weib und Kind, von den dringenden Arbeiten seines Geschäfts hinweggerufen wurde, während Tausende jüngerer, wehrkräftiger Männer dienstfrei blieben? Boyen entwickelte die Gedanken, die ihn bei seinem Wehrgesetze geleitet hatten, kurz vor seinem Rücktritt (1847) noch einmal in einer großen Denkschrift „Überblick der preußischen Heerverfassung und ihrer Kosten seit dem Großen Kurfürsten". Er wollte „ein von der übrigen Landesbewaffnung getrennt zu bewegendes stehendes Heer", denn eine reine Linien-Armee sei, wegen der Masse der Beurlaubten, „vor erklärtem Kriege das unbeweglichste Ding von der Welt". Er verlangte, dies stehende Heer müsse zu einem Viertel aus altgedienten Kapitulanten bestehen und so stark sein, daß bei dreijähriger Dienstzeit die gesamte Mannschaft der Landwehr in seinen Reihen ausgebildet würde. Aber wie wenig entsprach die Wirklichkeit diesen wohlberechtigten Grundsätzen! Die stehende Armee war so schwach, daß sie getrennt von der Landwehr nicht wirksam bewegt werden konnte. Nicht zum Kriege, sondern lediglich zur Bewachung seiner Grenzen hatte der Staat nach 1830, unter schwerer Schädigung der Volkswirtschaft, den größten Teil des ersten Aufgebots der Landwehr unter die Fahnen rufen müssen. Die Zahl der Kapitulanten wurde stark herabgesetzt, da bei dem steigenden Arbeitslohn der bürgerlichen Gewerbe der Soldatendienst so wenig lockend erschien; man verlangte ihrer nur noch 720 für die vier Linien-Infanterieregimenter jedes Armeekorps. Doch selbst diesen verringerten Anforderungen wurde nicht von fern genügt; das arme Ostpreußen, das noch die meisten schlecht gelohnten Arbeiter besaß, stellte für sein erstes Armeekorps (1847) nur 449 Kapitulanten, das rheinische Armeekorps zählte ihrer gar nur 150.

Zudem diente die Masse der Mannschaft jetzt nur noch zwei Jahre. Sehr ungern, „allein dem Drange der Umstände" weichend, hatte der alte König

einst dies leidige Auskunftsmittel falscher Sparsamkeit genehmigt und nachher (1837) ausdrücklich verfügt, die Neuerung müsse aufhören, sobald „die Verhältnisse die allgemeine Verlängerung der Dienstzeit bei der Infanterie gestatteten". Seine Befürchtungen rechtfertigten sich nur zu sehr. Die zweijährige Dienstzeit brachte zwar den doppelten Vorteil, daß nunmehr eine stärkere Anzahl von Wehrpflichtigen eingestellt und alle Landwehrmänner im stehenden Heere ausgebildet werden konnten, während im Jahre 1831 noch die größere Hälfte der Landwehr aus mangelhaft oder gar nicht geschulten Landwehr-Rekruten bestanden hatte. Dafür sank die Kriegstüchtigkeit der Linie selbst; die faulen und unlustigen Leute ließen sich gehen, da sie wußten, daß sie doch allesamt nach zwei Jahren entlassen würden, die Offiziere erlagen fast der Last der Arbeit, seit sie Jahr für Jahr die Hälfte ihrer Kompagnie neu ausbilden mußten, und immer wieder mahnte der Prinz von Preußen: die Erfahrung lehre, daß diese unmäßig verkürzte Dienstzeit die Armee verderbe.

Wohl stand das preußische Heer noch immer unter allen deutschen Kontingenten obenan; doch dies wollte leider nicht viel sagen. Sollte Preußen seiner großen Zukunft sicher entgegengehen, so mußte endlich einmal eine starke Ausgabe für das so lange kümmerlich behandelte Heer gewagt werden. Die Finanzen blühten, die wirtschaftliche Kraft des Volks war jetzt genugsam erstarkt. Solches vermochte freilich nur ein starker Wille, denn in diesem Staate hing das Heerwesen mit der gesamten Verfassung innig zusammen. Wenn die Krone den unseligen Verfassungsstreit rechtzeitig abschloß, so daß sie fortan den Eisenbahnbau durch unanfechtbare Anleihen sichern konnte, dann boten ihr die reichen Überschüsse des Staatshaushalts und vielleicht noch ein mäßiger Steuerzuschlag vollauf genügende Mittel, um die gesetzlich dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen und das stehende Heer durch einige Jahrgänge der jüngsten Wehrmänner also zu verstärken, daß die Masse der Landwehr, ihrem ursprünglichen Berufe gemäß, der Regel nach nur in der Heimat zu dienen brauchte. An so kühne Reformgedanken wollte aber Boyen jetzt im hohen Alter nicht mehr herantreten. Ihm verdankte Preußen das Wehrgesetz, und zweimal im Leben einen so großen Wurf zu wagen übersteigt fast die Kräfte eines Mannes. Der friedfertige König vollends war für verwegene militärische Pläne ganz unzugänglich, er hatte sich heilig vorgenommen, die Steuern bei seinen Lebzeiten nie zu erhöhen; und nun gar die öffentliche Meinung, die beständig über die schwere Militärlast klagte, hätte damals eine Verstärkung des Heeres gradezu als Wahnsinn betrachtet, sie bedurfte noch langer, wirrenreicher Jahre, bis sie das Notwendige endlich einsah. So blieb es denn bei der alten Ordnung, das stehende Heer vermehrte sich, trotz der stärkeren Einstellung, nicht um einen Mann. Die Ausgaben für das Heer stiegen in diesen acht Jahren von 25 auf mehr als 28 Mill. Tlr., weil die Neubewaffnung des Fußvolkes, die Um-

arbeitung der Feldgeschütze, die dringend nötigen Soldzulagen für ältere Unteroffiziere großen Aufwand forderten. Dafür suchte man im einzelnen ängstlich, oft zum Schaden des Dienstes zu sparen. Sogar die Übungen der Linientruppen wurden verkürzt, und selbst für den Kriegsfall versprach man sich beträchtliche Ersparungen von einem neu ausgearbeiteten Mobilmachungsplane.*) Als der Kriegsminister zum zweiten Male zurücktrat, da war das Heer treu wie Gold und nach wie vor sehr tüchtig, aber in seiner Organisation so mangelhaft, daß ihm in unruhiger Zeit peinliche Erfahrungen nicht erspart bleiben konnten.

Weil er seine Landwehr überschätzte, hatte Boyen einst zum ersten Male sein Amt aufgeben müssen, und seltsamerweise war er in zwanzig Friedensjahren von diesem alten Lieblingsgedanken noch nicht ganz losgekommen. Nichts lag dem genialen Manne ferner als die laienhafte Schwärmerei für ein ungeschultes Volksheer. Wenn man ihn fragte, warum er nicht einfach die improvisierte Landwehr des Jahres 1813 beibehalten habe, dann antwortete er scharf: „weil ich etwas Besseres wollte als was die Not geboren hatte." Gleichwohl verlangte er, daß die Landwehr, die doch jetzt nur aus gedienten Soldaten bestand, unabhängig neben der Linie stehen müsse. „Es liegt im Geiste der Landwehr," so sagte er noch in seiner letzten Denkschrift, „daß ihre Offiziere bis zum Hauptmann aus ihr selbst hervorgehen;" jungen Leutnants von der Linie wollte er die Führung alter Wehrmänner nicht anvertrauen. Unter den fast durchweg patriotisch und wissenschaftlich gebildeten Landwehroffizieren befanden sich aber nach so langer Friedenszeit nur noch wenige streng militärisch geschulte, und unter diesen wieder nur wenige, die sich jederzeit von den Pflichten ihres bürgerlichen Berufes befreien konnten um der Fahne zu folgen. Da die Landwehr auch an brauchbaren Unteroffizieren Mangel litt, so bedurfte sie durchaus einer großen Zahl abkommandierter Linienoffiziere, zumal für die verantwortlichen Stellen der Kompagnieführer. Darum hatte der alte König immer, gegen Boyens Widerspruch, die geschlossene Einheit des Heeres, die feste Verbindung zwischen Linie und Landwehr zu wahren gesucht. Diese Meinung vertraten auch jetzt noch nachdrücklich der Prinz von Preußen und der vertraute General à la suite v. Forstner. Der neue König aber ließ den Kriegsminister gewähren, und Boyen ernannte, im festen Vertrauen auf die bürgerliche „Intelligenz", nach und nach eine große Anzahl von Landwehrhauptleuten — bis sich dann in den Revolutionsjahren herausstellte, daß grade in den westlichen Provinzen, die sich so gern ihrer überlegenen Bildung rühmten, die Menge der unabkömmlichen oder unverwendbaren Landwehroffiziere besonders groß war.

Erstaunlich doch, wie der preußische Organisator auf diesem Gebiete

*) General v. Reyher, Denkschrift über den Mobilmachungsplan (an Thile), 9. April 1847.

so ganz anders verfuhr als sein Vorbild Carnot. Der Franzose hatte einst das Heer gekräftigt durch die Vereinigung der Linie mit dem Volksaufgebote, der Deutsche suchte beide streng auseinander zu halten. Er erwirkte sogar (1847) einen königlichen Befehl, kraft dessen auch die Landwehrschwadronen künftighin nur im Notfalle durch Linienoffiziere befehligt werden sollten; und doch ließen sich rüstige Landwehrrittmeister noch weit schwerer auffinden als tüchtige Landwehrhauptleute. Er beförderte selbst einzelne Landwehroffiziere in die Stabsoffiziersstellen, was seit 1820 fast nie mehr geschehen war. Auch das übertriebene Lob, das er nach jedem Manöver den Landwehren spenden ließ, wirkte schädlich. In dieser Begünstigung der Landwehr lag die Schwäche seiner zweiten Amtsführung, und es konnte nicht fehlen, daß die Linienoffiziere oft über ihn klagten; selbst General Canitz sprach von dem alten Kriegsminister mit der ärgsten Ungerechtigkeit. Ohnehin hatte der langweilige Frieden in der Armee viel böses Blut aufgeregt. Das Avancement stockte gänzlich; die Hauptleute waren im Durchschnitt älter als vor der Schlacht von Jena, zudem schlechter bezahlt und unvergleichlich stärker beschäftigt. Die Linienregimenter murrten, weil die Garde ihnen die von ihr selbst schlecht ausgebildeten Offiziere zusendete. Über den unmilitärischen Monarchen erlaubten sich selbst die jüngeren königlichen Prinzen zuweilen rücksichtslose Urteile.*) Seit dem Tode Grolmans (1843) war der Prinz von Preußen die Hoffnung der Armee, und von ihm wußte man doch auch, daß er mit dem königlichen Bruder wenig übereinstimmte, obschon er im Kreise der Offiziere stets eine gemessene Haltung bewahrte.

Anhaltende Streitigkeiten zwischen dem Heere und dem Volke sind in einem Staate der allgemeinen Wehrpflicht stets ein Zeichen verschrobener politischer Zustände, und in der Tat ließ es sich nur aus der krankhaften Verstimmung der Zeit erklären, daß unter der Verwaltung eines für liberal gehaltenen Kriegsministers Bürger und Soldaten häufiger als je zuvor miteinander in Händel gerieten. Einige Schuld trugen die Offiziere selbst. Der hochmütige Ton von 1806 wurde oft wieder laut, in Berlin gab der Gouverneur General Müffling durch schnöde Behandlung der Gemeindebehörden ein schlechtes Beispiel. Die größere Schuld trugen jedoch die Parteimänner der Opposition, die in selbstmörderischer Verblendung das Heer reizten und beschimpften, während die französischen Demagogen den Truppen klug zu schmeicheln wußten. Den Flugschriften der Flüchtlinge schien kein Schmähwort zu gemein für die Hundetreue der vertierten Söldlinge, aber auch die Blätter der gemäßigten Liberalen redeten vom Heere mit einer verständnislosen Gehässigkeit, die wir heute kaum noch begreifen. Da hießen die Kadettenhäuser „Mißgeburten einer

*) General v. Thile II., Denkschrift über die Mißstimmung in der Armee, o. D. (etwa 1847).

fernen Zeit", die Kasernen Freistätten des Lasters und der Menschenquälerei, die Offiziere anmaßende Müßiggänger, das ganze Heerwesen ein leeres Spiel, das durch Bürgerwehren oder Milizen ersetzt werden müßte. Das alt hergebrachte Duzen, ja selbst der urgermanische Name der „Gemeinen" wurde als ehrenrührig und kränkend gebrandmarkt. Die preußische Armee galt schon darum für besonders volksfeindlich, weil hier der von den Liberalen verlangte Verfassungseid der Truppen noch unmöglich war. Zu dieser alten Forderung der Gesinnungstüchtigen traten jetzt neue hinzu: außer Reih und Glied sollten die Offiziere keine Uniform, die Soldaten keine Waffe tragen, und — das war das beliebteste Schlagwort des Tages — außer Dienst mußte überhaupt vollkommene Gleichheit bestehen, wie angeblich in Frankreich, nur im Dienste durfte der Offizier Gehorsam und Gruß verlangen. Wenn manche Radikale hofften durch solches Gerede die Mannschaft wider ihre Führer aufzuwiegeln, so sahen sie sich bald enttäuscht: das Band der Kameradschaft hielt fest, das ganze Heer fühlte sich beleidigt durch so mannigfache Zeichen einer Geringschätzung, welche gegenüber den verwahrlosten Truppen vieler Kleinstaaten wohl begreiflich, in Preußen aber nichts als grober Undank war.

In Königsberg überwarf sich General Dohna mit der liberalen Bürgerschaft noch schneller als sein Vorgänger Wrangel. Als einer seiner Leutnants einen Referendar wegen Majestätsbeleidigung in einem öffentlichen Bürgergarten forderte und dann im Zweikampf erschoß, da nahm die gesamte Bürgerschaft für den Erschossenen Partei. Sie verlangte, daß den Offizieren der Besuch des Gartens verboten würde; der kommandierende General, der seine Verachtung gegen die Anhänger Jacobys allerdings sehr schroff aussprach, wechselte mit den Gemeindebehörden gereizte Erklärungen. Seit die Konservativen Königsbergs sich zur Bekämpfung der herrschenden „Jacobyner" ein schlagfertiges Blatt, den „Freimütigen" geschaffen hatten, wurde der allezeit harte Parteihaß der Ostpreußen maßlos heftig. Ähnliche Auftritte spielten in anderen Garnisonen; in Mainz, in Koblenz, in Köln versuchte man mißliebige Offiziere aus den Kasinos auszuschließen; es schien fast, als könnten des Königs Rock und das Bürgerkleid nicht mehr friedlich in einem Saale beisammen weilen. Auf der Kölnischen Kirmes (1847) mußten die Truppen den lärmenden Pöbel mit der blanken Waffe auseinander treiben, wobei ein Faßbinder erstochen wurde; ein prächtiger Leichenzug verherrlichte den Gefallenen, die Bürger traten in Sektionen zusammen um Zeugen zu vernehmen und die Ruhe zu sichern, was den ängstlichen Behörden schon als eine Erinnerung an die Pariser Revolutionszeit ganz ungehörig erschien. Leider verschärfte der König selbst die Mißstimmung, indem er persönlich in diese armseligen Händel eingriff. Die Königsberger Stadtvertreter berief er bei einem neuen Besuche Altpreußens (1845) selber zu

sich und vermahnte sie scharf wegen jenes Duells: „sonst wird von dem was man Gnade nennt nicht mehr die Rede sein.“ Als sie sich verteidigten, belehrte er sie durch den Oberpräsidenten also: „daß die ritterliche Treue gegen den Landesherrn auch in ihrer Übertreibung schön und herzerwärmend sein kann, daß hingegen die auch noch so indirekte Schonung entgegengesetzter Tendenzen und die Verweigerung, die Hand zu einem edlen Werke des Friedens zu bieten unschön und herzerkältend ist.“ Der „skandalöse Koblenzer Kasinobeschluß“ erbitterte ihn tief, und über die Kölner Zwistigkeiten schrieb er gar: „Sollte das Kanaillen-Pack die Oberhand im Kasino behalten, so müssen die Zivil- und Justizbehörden „alle“ auf dem Fleck ausscheiden. Wer etwa nicht will, zeigt dadurch eine so qualifizierte Gesinnung, daß die Erklärung im voraus gerechtfertigt ist: es werde ihr Verharren in einer **solchen** Gemeinschaft als ihr **Abschiedsgesuch** betrachtet werden. Hier gilt's Charakter und Energie zeigen.“*)

Für das Heer hatte Friedrich Wilhelm niemals eine große Umgestaltung beabsichtigt. Die so lange vorbereitete Justizreform hingegen lag ihm nahe am Herzen, und wie wenig entsprach der große Gelehrte, dem er diese Aufgabe anvertraut hatte, seinen Erwartungen. Von der lebendigen Legislation, welche Savignys Freunde erwarteten, ließ sich wenig spüren: das Preßgesetz kam nicht zu stande, das Ehescheidungsgesetz blieb ein Bruchstück. Glänzende wissenschaftliche Namen, wie sie in solcher Fülle noch keinem modernen Gesetzgeber zu Gebote gestanden hatten, wurden nach und nach zur Mitarbeit herbeigerufen: C. F. Eichhorn, Puchta, Homeyer, Stahl, Heffter, Bethmann-Hollweg und andere; und doch wollte nichts gelingen. Niemals hat sich so unwiderleglich die Wahrheit erwiesen, daß alle Rechtspflege eine politische Tätigkeit ist und die Gelehrsamkeit allein für sie nicht ausreicht. Vor langen Jahren schon, alsbald nach dem Erscheinen von Savignys klassischer Schrift über den Beruf zur Gesetzgebung, war ihm sein Schwager Achim Arnim entgegengetreten um das Recht der Gegenwart wider den Historiker zu verteidigen. Selber ganz von der romantischen Weltanschauung erfüllt, kannte Arnim doch als märkischer Edelmann und Gerichtsherr das Leben der kleinen Leute aus der Nähe und bat den gelehrten Schwager, er möge den praktischen Segen einer gemeinverständlichen, deutschen, modernen Gesetzgebung nicht unterschätzen; im Preußischen halte selbst der Bauer das Rechtswesen nicht wie in den Ländern des gemeinen Rechts „für eine geheimnisvolle Geisterbeschwörung und Glücksspielerei, sondern für etwas Treues, Ehrliches und sehr Würdiges“; gleich der lutherischen Bibel würde das Preußische Landrecht im Volke nicht eigentlich gelesen, wohl aber oft und mit gutem Erfolge nachgeschlagen. Solche Laien-Erfahrungen beirrten den genialen Juristen

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 22. Febr. 1844, 23. Febr. 1847.

nicht. Er lebte sich immer tiefer ein in die Vorstellung, daß auf die gründliche wissenschaftliche Durchbildung des Richterstandes alles ankomme; er verkannte, daß es Zeiten gibt, wo die Gesetzfabrikation, die er so tief verachtete, zum notwendigen Übel wird, wo der rasche Wechsel aller sozialen Verhältnisse eine schlagfertige, ja selbst überhastete Tätigkeit der Gesetzgebung geradezu erzwingt. Ihm fehlte die starke, das Leben gestaltende Willenskraft, die den Juristen zum Gesetzgeber macht, der praktische Ehrgeiz eines Schwarzenberg oder Svarez. Die mannigfachen Entwürfe, die er sich durch seine Räte ausarbeiten ließ, stießen stets auf seine Bedenken, weil das Vollkommene doch nicht erreicht war, und als er nach einigen Jahren selbst zu seinen geliebten wissenschaftlichen Untersuchungen zurückkehrte, da stockte die Arbeit in seinem Ministerium so gänzlich, daß der König sogar an der staatsmännischen Kraft des verehrten Lehrers zu verzweifeln begann.

Zum Unglück wurde auch Savigny von der liberalen öffentlichen Meinung mit verunglimpft, als im Jahre 1844 die in Mühlers Ministerium ausgearbeiteten neuen Disziplinargesetze für das Beamtentum erschienen. Das preußische Landrecht sprach nur von der Unabsetzbarkeit der Richter, da in den friderizianischen Zeiten jeder Beamte nur für ein bestimmtes Amt ernannt wurde; auch die Charte der Franzosen verlangte nicht mehr; erst der Art. 100 der belgischen Verfassung stellte die Regel auf, daß der Richter nur mit seiner Einwilligung auf eine andere Stelle versetzt werden dürfe. Dieser völlig neue Grundsatz wurde aber, wie alles was aus Belgien kam, von dem rheinischen Richterstande mit Frohlocken aufgenommen, dann durch den scharfen Westwind dieser Jahre auch in die alten Provinzen hinübergetragen. Da nun die neuen Disziplinargesetze dem Justizminister die Versetzung der Richter, im Interesse des Dienstes oder auch zur Strafe, erlaubten, so erhob der Stadtgerichtsrat Heinrich Simon in Breslau, ein Fanatiker des juristischen Formalismus, seine donnernde Stimme, um mit dialektischer Kunst und zeitgemäßem Pathos zu erweisen, diese Neuerung zerstöre einen Grundpfeiler preußischer Freiheit. Er nahm deshalb seinen Abschied und führte noch einen groben Federkrieg mit dem alten Kamptz, der, begreiflich genug, für das Ministerium auftrat. Ebenso begreiflich, daß die liberale Presse sich für Simon begeisterte. Unbekümmert um das Preußische Landrecht, erklärte sie ihre vernunftrechtlichen Schlagwörter kurzerhand für geltendes Recht, und weil das Mißtrauen gegen jede Regierung für freisinnig galt, so ward dem unglücklichen Könige auch noch angedichtet, daß er die Rechtspflege verfälschen wolle. In Wahrheit blieb die Selbständigkeit des preußischen Richterstandes nach wie vor ganz unangetastet, ja sie wurde nicht selten schon zu Parteizwecken mißbraucht, seit der Geist der Opposition in alle Kreise des Beamtentums unaufhaltsam eindrang. Als das Paderborner Oberlandesgericht den wegen eines radikalen Gedichtes angeklagten Publizisten Lüning freisprach, da fügten die pflichtvergessenen Richter ihrem

höchst anfechtbaren Spruche Entscheidungsgründe hinzu, welche selbst eine boshafte Verhöhnung des Deutschen Bundes und der monarchischen Ordnung enthielten; der König aber stieß das Urteil nicht um, weil er die oberstrichterliche Gewalt seiner Krone nicht mehr gebrauchen wollte, sondern begnügte sich mit einem strengen Verweise. Indes blieb der ärgerliche Streit um die Disziplinargesetze nicht unfruchtbar für die Zukunft. Wie maßlos Simon auch übertrieb, alle Unbefangenen mußten doch einsehen, daß die Versetzbarkeit der Richter in Zeiten politischer Kämpfe leicht zur Willkür führen konnte; der belgische Verfassungssatz, der die Richter gegen unfreiwillige Versetzungen sicherte, wurde zu einem Gemeingute der öffentlichen Meinung und bald nachher in die preußische Verfassung aufgenommen.

Mittlerweile hatte Uhden das Ministerium der Justizverwaltung übernommen, ein Jurist von mäßiger Gelehrsamkeit, in der Politik ganz ebenso konservativ wie sein Lehrer Savigny, aber ein nüchterner Geschäftsmann, der immer auf das Nächste, das Erreichbare ausging, auch seine Leute klug zu wählen verstand und, seit er das handelspolitische Ränkespiel des Zaren so entschlossen durchkreuzt hatte, auf das Vertrauen des Königs sicher zählen konnte. Uhden berief sogleich in die erste Stelle des Departements den liberalen Bornemann, der im Frondienste des verhaßten Ober-Zensurgerichts seinen alten Überzeugungen treu geblieben war. Auch dieser gescheite, entschlossene Praktiker hatte einst, wie die Mehrzahl der preußischen Richter, zu Savignys Füßen gesessen, doch die tiefgründige Gelehrsamkeit des Meisters genügte ihm nicht. Nach so vielen Anläufen und Versuchen wollte er endlich Taten sehen; er gewann sich die Zustimmung seines Ministers und an dem liberalen jungen Assessor Friedberg einen rüstigen Helfer für die Ausarbeitung seiner Entwürfe. Bald begann zwischen den beiden Justizministern ein heftiger Streit, wie zwischen dem Handelsamte und dem Finanzministerium — eine Beamten-Anarchie, die nur unter einem so steuerlosen Regimente möglich war. Die handfesten Geschäftsmänner der Justizverwaltung bereiteten dem Minister der Gesetzgebung eine Niederlage nach der andern; denn der König drängte vorwärts, er entschied fast immer zu Ungunsten seines gelehrten Freundes. Wenige Tage nach jenem folgenreichen Gesetze über das Strafverfahren, das die Öffentlichkeit des Polenprozesses ermöglichte, am 21. Juli 1846 unterzeichnete Friedrich Wilhelm auch eine Verordnung über die Vereinfachung des Zivilprozesses; sie war im gleichen Geiste gehalten und ebenfalls ohne die Zustimmung des Ministers der Gesetzgebung vollendet worden. Im April des nächsten Jahres folgte ein Gesetz über die Kompetenzkonflikte, das den Ansichten Savignys geradezu widersprach. Die Justizreform kam langsam in Gang, die altländischen Juristen näherten sich mehr und mehr den Gedanken des Rheinischen Rechts.

Unterdessen schwoll die konstitutionelle Bewegung im Lande beständig an. Der König hatte im Jahre 1843 den Posener Landständen rundweg erwidert, daß er die Verordnung vom 22. Mai 1815 nicht als rechtsverbindlich ansehe, und dadurch wie durch sein rätselhaftes Zaudern die allgemeine Besorgnis nur gesteigert. Auf den Provinziallandtagen von 1845 zeigte sich schon fast überall eine ungeduldige, gereizte Stimmung. In Münster sagte der junge Freiherr Georg v. Vincke, ein Sohn des alten Oberpräsidenten: Preußen müsse sich, wie im Zollvereine, so auch durch eine freie Verfassung „an die Spitze der deutschen Staaten stellen"; er sprach damit nur aus was die Jugend überall dunkel erhoffte, der preußische Ehrgeiz und der Liberalismus begannen sich zu verbünden. Sein Antrag, die Krone um Verleihung einer reichsständischen Verfassung zu bitten, erlangte zwar bei den konservativen Westfalen noch nicht die gesetzliche Zweidrittelmehrheit, doch seine mächtige Rede hallte weit im Lande wider. Stärkere Zustimmung fand der gleiche Antrag bei den Ständen des Rheinlands; Beckerath, Camphausen, fast alle Führer des rheinischen Bürgertums traten lebhaft dafür ein, und vernehmlich sprach aus ihren Reden die stolze Zuversicht, daß die Institutionen des freien Rheinlands unter dem Schutze der Verfassung dem gesamten preußischen Staate zu teil werden müßten. Dem preußischen Landtage überreichten die radikalen Elbinger eine Petition, welche noch weit über die königlichen Verheißungen hinausging und in starkem, fast drohendem Tone eine alle Klassen umfassende Landesrepräsentation forderte. Wie unwiderstehlich waren doch die Verfassungsgedanken in kurzen vier Jahren erstarkt. Alle Provinziallandtage — nur Brandenburg und Pommern ausgenommen — berieten den Antrag auf Verleihung einer Gesamtstaats-Verfassung, und in allen sechs — mit der einzigen Ausnahme Sachsens — erlangte er die Mehrheit, die Zweidrittelmehrheit freilich nur in Preußen und Posen. Als man im Ministerium die Summe zog, da ergab sich, daß schon die große Mehrzahl aller Provinzialabgeordneten für die reichsständische Idee gewonnen war, und man war ehrlich genug einzugestehen, daß viele aus der Minderheit lediglich aus Ehrfurcht vor der Krone ihre wahre Meinung zurückgehalten hatten.*) Gleichwohl ließ der König, da niemand ihm vorgreifen durfte, alle solche Wünsche abermals kurz abweisen, desgleichen die Bitte der Schlesier um Preßfreiheit und die wiederholten Anträge auf Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen. Er rühmte oft, kein Land der Welt besitze so ganz unabhängige Landstände, und in der Tat war alle Korruption, alle Wahlverfälschung in Preußen noch ganz unbekannt; doch wenn er von seinen Ständen so hoch dachte, wie konnte er dann hoffen, daß sie sich auf die Dauer bei seinem beharrlich wiederholten achtfachen Nein beruhigen würden?

*) Denkschrift des Ministeriums des Innern, 13. Mai 1845.

Auch die Presse befaßte sich wieder lebhaft mit der Verfassungsfrage, seit Johann Jacoby dem jüngsten preußischen Provinziallandtage seine alten Forderungen in einer neuen Druckschrift vorgehalten hatte. Die Sprache des Königsberger Demagogen ward immer gehässiger. Wie ein zeternder Wucherer hielt er der Krone seinen Schuldschein vor; er behauptete, die Verordnung vom 22. Mai, die bekanntlich erst nach der Schlacht von Belle-Alliance erschienen war, sei dem preußischen Volke gegeben worden als „Aufforderung zu neuem Kampfe" und als Preis für frühere Opfer; er erdreistete sich sogar zu versichern, der alte König hätte, seiner Zusage ungeachtet, die provinzialständische Verfassung niemals den Eingesessenen der Provinzen zur Beratung vorgelegt. Die Notabeln-Versammlungen der Jahre 1822 und 23 waren diesem gefeierten Publizisten mithin ganz unbekannt. Überall in der Presse zeigte sich eine erschreckende Unkenntnis der preußischen Verfassungsgeschichte, so tief hatte das öffentliche Leben in den letzten Jahrzehnten geschlummert. Ein liberaler Buchhändler veranstaltete eine Übersetzung der Schrift Benjamin Constants über den Triumph des konstitutionellen Prinzips in Preußen; weder der Verleger noch der Übersetzer noch die Leser wußten, daß dies Büchlein Constants selber nichts anderes war als eine Übersetzung der einst so viel genannten Benzenbergischen Schrift über Hardenbergs Staatsverwaltung.*)

In solcher Lage erwarben sich die schlesischen Historiker Röpell und Wuttke immerhin ein Verdienst als sie einige Aktenstücke zur Geschichte des verschollenen ersten preußischen Verfassungskampfes veröffentlichten. Daraus ließ sich für die Gegenwart doch mehr lernen als aus der Sammelschrift des radikalen Nauwerk, der in wunderbarer politischer Unschuld alle die alten Freiheitsbriefe der Hochmeister und der Herzoge Preußens herausgab, um daraufhin die Notwendigkeit des Repräsentativsystems zu erweisen. Den Grundgedanken der liberalen Opposition sprach der Kammergerichtsrat W. v. Merckel drastisch aus, ein gemäßigter Mann, der in den späteren parlamentarischen Kämpfen stets den Mittelparteien angehörte. Er sagte in seiner Flugschrift „das Gerücht von einer Konstitution in Preußen" (1845) kurzab: „bis jetzt gehören wir der Tat nach bloß der Gnade anderer, also dem Sachenrecht an." Wie ungeheuerlich auch dieser Satz erscheinen mochte, so dachte die liberale Jugend wirklich; sie empfand es als eine Beleidigung der Würde, der Freiheit, der Kultur des preußischen Volks, daß die Verfassung noch ausblieb, und in dieser sittlichen Entrüstung lag die Stärke der Opposition.

Die Anhänger der ständischen Monarchie, die sich gegen Jacobys Genossen wendeten, der allezeit kampflustige Heinrich Leo, der Althegelianer Henning, der geistreiche Bonner Geograph Mendelssohn befanden

*) S. o. III. 227.

sich von vornherein in einer ungünstigen Defensive; siegreich in der Kritik glaubten sie doch selbst nicht recht an die Lebenskraft der halbfertigen ständischen Institutionen. Nun gar die gelehrten Bücher des ehrlichen Lancizolle über Preußens Königtum und Landstände klangen schon fast wie eine Stimme aus dem Grabe; der treue Hallerianer sprach wie vor Zeiten Schmalz und Marwitz, von den verschiedenen „Staaten" des königlichen Hauses, den modernen Staat und seine Rechtseinheit hielt er für eine leere Abstraktion. Schwereren Schaden brachte der Sache des Königs der alte Todfeind der Liberalen Kamptz, der jetzt im Ruhestande seiner schreibseligen Feder freien Lauf ließ und in einer ganzen Reihe staatsrechtlicher Abhandlungen, auch in einer wohlfeilen, für die Masse bestimmten Flugschrift „das wahre königliche Wort Friedrich Wilhelms III." immer wieder bewies: nichts, gar nichts hätte der alte König seinem Volke versprochen. Wußte der ergraute Minister wirklich nicht mehr, daß Hardenberg, der Urheber der Verordnung vom 22. Mai, auf das bestimmteste erklärt hatte, diese Verordnung enthalte eine feierliche königliche Zusage?*) Möglich immerhin, daß er in seinem wilden Fanatismus die Wahrheit zu sagen glaubte; noch gewisser aber, daß die unsäglich groben Schriften des verwünschten Demagogenjägers, der sich eigenmächtig zum Verteidiger der Krone aufwarf, die Liberalen gegen den Monarchen selbst erbitterten.

Zugleich bekundete sich der ungeduldige politische Tatendrang in unzähligen Versammlungen. In Königsberg entstand ein großer Bürgerverein, der zum ersten Male die Handwerker mit den Gelehrten zusammenführte. Als er aufgelöst wurde, da zogen die Genossen, 6000 Köpfe oder mehr, allwöchentlich nach dem Böttchershöfchen draußen vor den Toren, und jeder den der Geist trieb hielt unter freiem Himmel eine europäische Rede. Als die Polizei auch dawider einschritt, ließ Jacoby eine grimmige „Provokation auf rechtliches Gehör" drucken. In Breslau versammelten sich die Liberalen auf den neuen Bahnhöfen, nachher in einer städtischen Ressource; auch hier fehlte es nicht an Auflösungen und Protesten, aber hinter diesen harmlosen Kundgebungen stand schon eine radikale Partei, die einmal, zur Feier des königlichen Geburtstags, durch zuchtlose Frechheit ihr Dasein bekundete. In Halle pflegte die ehrenfeste Bürgerschaft auf der Giebichensteiner Weintraube nationale Erinnerungstage zu feiern; die lichtfreundliche Bewegung begann schon zu ebben, das politische Pathos aber erklang mächtig aus den begeisternden Reden Max Dunckers. In Stralsund hielt der geistreiche Arzt v. Haselberg Vorträge über die Zustände der Gegenwart. Der Kölnische Karneval von 1844 war nichts als eine politische Satire auf die Regierung, die Zensur, die Gesetzbücher, und selbst der furchtlose, liberale General Friedrich Gagern fand, eine solche Anarchie der Geister und der Tendenzen könne nicht lange dauern. Und so

*) S. o. III. 229.

überall. Es ward hohe Zeit, dem erwachenden Bürgertum eine Bühne verantwortlicher politischer Tätigkeit zu eröffnen. —

König Friedrich Wilhelm fühlte dies selbst, die Grundgedanken seines Verfassungsplanes standen auch schon seit langem fest, und gleichwohl vermochte er es noch immer nicht über sich, endlich einmal abzuschließen. Nachdem er im Sommer 1845 den widersprechenden Grafen Arnim entlassen und eine neue Verfassungskommission gebildet hatte, wollte er doch noch einmal Metternichs Meinung hören. Sehr ungern folgte der Österreicher dieser Einladung; er wußte jetzt längst, wie wenig die Ratschläge dritter über den König vermochten, und sah richtig voraus, daß die öffentliche Meinung gleichwohl ihn selbst als Preußens bösen Genius verlästern würde. Im August trafen sich die beiden am Rhein, wo der König den Gegenbesuch der Königin Victoria empfing und seine Freude durch ein unerhörtes Gepränge bekundete. Der große Zapfenstreich im Brühler Schloßhofe, das prächtige Feuerwerk in Köln, die Enthüllung des Beethoven-Denkmals in Bonn und die tausend Salutschüsse, die von den Wällen des Ehrenbreitsteins und den Koblenzer Bergfesten herabdröhnten, erregten auch bei den verwöhnten britischen Gästen Verwunderung, und bis zu Tränen fühlte sich die Königin gerührt, als der erlauchte Schloßherr zu Brühl in einem begeisterten Trinkspruche das Wort feierte, das in britischen und deutschen Herzen hell erklinge, wie einst auf dem Siegesfelde von Waterloo, so jetzt unter den Segnungen des Friedens am schönen Gestade des Rheins: Victoria! Den Deutschen, natürlich mit Ausnahme des coburg-gothaischen Volkes, gefiel die also Verherrlichte wenig; die Rheinländer fanden sie „sehr englisch", und dies war im Volksmunde keineswegs, wie am Berliner Hofe, ein Lobspruch. Auch Friedrich Wilhelm selber fühlte sich nachher etwas enttäuscht; er wünschte so sehnlich, sein geliebtes England fest mit den konservativen Ostmächten zu verbinden, und nun mußte er erleben, daß Victoria, nachdem sie noch die thüringische Heimat ihres Albert gesehen, auf der Heimreise plötzlich vom Wege abbog, um den Bürgerkönig zum zweiten Male in Eu zu besuchen.

Während der rheinischen Feste hatte er mit Metternich, ja sogar mit Aberdeen mehrmals über seine Verfassungspläne geredet. Sein Herz drängte ihn, er mußte sich aussprechen; einen Rat konnte er von dem wohlmeinenden, geistlosen, aller deutschen Dinge unkundigen Lord doch unmöglich erwarten. Der Engländer gestand auch aufrichtig: ich bin aus den Worten des preußischen Monarchen nicht klug geworden. Metternich aber erkannte wieder was er schon längst wußte, daß der König von dem Plane seines Vereinigten Landtags nicht mehr abzubringen war; er sah das alte Preußen schon vernichtet, das neue noch nicht gegründet; ihm war zu Mute als erblickte er den Holbeinschen Totentanz, und zum Abschied weissagte er, was sich bald erfüllen sollte: „daß Ew. Majestät Ihre sechshundert Provinzialabgeordneten als solche einberufen und daß dieselben

als Reichsstände auseinander gehen werden." Vor einigen Diplomaten äußerte er zwar mit gewohnter Ruhmredigkeit: ich habe den preußischen Verfassungsplan getötet. In Wahrheit fühlte er sich beklommen. Die Nachrichten von den Leipziger Unruhen, die grade während der Festlichkeiten auf Stolzenfels einliefen, bekümmerten ihn schwer; er sah darin „ein Vorpostengefecht" der Revolution, eine neue Bestätigung seiner alten Behauptung, „daß das Feuer brennt und das Scheidewasser ätzt," und im November schrieb er warnend an Canitz: „Bei Ihnen ist schrecklich viel auf einmal in Angriff genommen, und wo dies stattfindet besteht Gefahr. Die Dinge wachsen dem kräftigsten Menschen leicht über den Kopf. Ich weiß nun, daß man mir hierauf antworten wird: das preußische Volk ist ein anhängliches, überlegendes, nicht leicht verführbares; und dies eben ist es was ich weder für das preußische noch für kein Volk der Erde — die Beduinenstämme etwa ausgenommen — als vollkommen richtig annehme, denn nur die Wüste und das freie Leben in ihr kann keinen Ersatz finden." Ich bin, so fuhr er fort, in meinem langen Leben „nie stehen geblieben, ich bin stets mit der Zeit gegangen", aber noch niemals habe ich schwerere Gefahren erlebt, denn „heute steht die Revolution entkörpert und durch die Zeit geglättet vor einer Generation wieder da, welche sie in der Periode der lebendigen Kämpfe nicht gekannt hat."*)

Die Verfassungskommission hielt unterdessen, im Juli, dann nochmals seit Ende Septembers, langwierige Beratungen. Fünf Minister, der Fürst v. Solms-Lich und der hochkonservative brandenburgische Landtagsmarschall Rochow-Stülpe gehörten ihr an. Sie alle erklärten, Rochow allein ausgenommen,**) allgemeine Landstände für notwendig; sie wünschten aber, der König möge statt einen unförmlichen Vereinigten Landtag zu berufen, vielmehr die schon vorhandenen Vereinigten Ausschüsse verstärken und mit reichsständischen Rechten ausstatten; so hätte sich alles weit einfacher gestaltet. Besonders lebhaft warnte der alte Rother, „selbst bei zu besorgender Ungnade". Einstimmig verwahrte sich die Kommission gegen die Bildung eines gesonderten Herrenstandes, die der bisherigen Verfassung widerspreche.***) Doch was vermochten Kommissionsbedenken gegen Friedrich Wilhelms selbstherrlichen Willen? Er hielt alle seine Pläne standhaft fest: den Vereinigten Landtag mitsamt der Herrenkurie, deren förmliche Einrichtung er sich für die Zukunft vorbehielt, sodann die ständische Genehmigung aller Anleihen in Friedenszeiten, endlich das Recht der Bewilligung neuer Steuern. Dies alte Recht deutscher Landstände schien ihm ganz ungefährlich, denn an eine Erhöhung der direkten Steuern war, so meinte er, in einer absehbaren Zukunft niemals zu denken, die Zölle aber

*) Metternich an Canitz, 25. Aug., 6. Nov. 1845.

**) Rochow-Stülpe, Denkschrift an den König, 13. Juli 1845.

***) Bericht der Immediatkommission an den König, 13. Okt.; Rother an Thile, 6. Nov. 1845.

und die meisten indirekten Steuern waren durch die Zollvereinsverträge festgelegt. Nur in einem einzigen Punkte gab er seinen Räten nach: die Berufung der Reichsstände nach Brandenburg ließ er fallen; sie hätte Furcht verraten und zudem die Geschäfte unleidlich erschwert.

Da erhob der Prinz von Preußen zum zweiten Male Einspruch. Der Thronfolger war den Beratungen der letzten Monate fern gehalten worden, aber genugsam darüber unterrichtet und fühlte sich nun durch sein Gewissen gedrängt, dem Könige in einem brüderlichen Briefe zu gestehen, „daß er sich seinen Plänen nicht anschließen könne" (20. Nov.). Unerschütterlich in den Grundsätzen übertraf er den Bruder bei weitem durch eine geistige Beweglichkeit, die immer mit den Tatsachen zu rechnen wußte. Da er einsah, der Monarch würde die Dreiheit des Gesamtlandtags, der Vereinigten Ausschüsse und der Provinziallandtage doch nicht aufgeben, so stellte er sich entschlossen auf diesen neuen Boden und faßte nur noch die Frage ins Auge: wie das eine was ihm das Wesen des preußischen Staates war, die lebendige Macht der Krone neben dieser ungefügen dreifachen Gliederung ständischer Körperschaften noch bestehen solle? Seine beigelegte Denkschrift ging aus von der schwierigen Weltstellung, welche der Staat als Großmacht und als deutsches Bundesglied behaupten müsse; „alle Institutionen, die den konstitutionellen sich nähern oder in diese überzugehen drohen, sind daher für Preußen unannehmbar." Um solcher Gefahr vorzubeugen, schlug er vor: der aus etwa 150 Abgeordneten der Provinziallandtage gebildete Allgemeine Landtag solle ausschließlich über den Staatshaushalt beraten, die Vereinigten Ausschüsse ebenso ausschließlich über Gesetzentwürfe; dann könne die Beratung des Staatshaushalts nicht zur Erzwingung neuer Gesetze mißbraucht werden oder umgekehrt. Die doktrinäre Angst vor ständischer Verbürgung der Kriegsanleihen fand er ganz unbegreiflich, weil er die Treue seiner Preußen kannte. Er sagte einfach: für den Beginn eines Krieges besitzt der Staat genügende Mittel; „wird aber im Laufe des Krieges eine Anleihe notwendig, so hat es nicht das geringste Bedenken, die Reichsstände zu berufen." Unverbrüchlich hielt er an den Gedanken seines Vaters fest, der jederzeit nur beratende Stände gewollt hatte. „Alle Beratungen aller drei ständischen Versammlungen" — so schloß er — „sind durchaus konsultativ, von einem Bewilligungsrecht irgend einer Art darf nie die Rede sein."*) Dem Wunsche des Bruders willfahrend ließ der König diese Denkschrift durch die Kommission prüfen und ihm dann deren ablehnendes Gutachten zugehen.**)

Also sah sich der Thronfolger abermals zurückgewiesen. Gleichwohl kam das Verfassungswerk, das im Geiste des Königs schon so lange fest-

*) Prinz v. Preußen an den König, 20. Nov. 1845, nebst Denkschrift.

**) Bericht der Immediatkommission an den König, 8. Dez. 1845.

stand, noch immer nicht zum Abschluß. War es Unentschlossenheit, was den Monarchen hemmte? oder wollte er sein Volk absichtlich an die gepriesene organische Entwicklung gewöhnen? Genug, erst im März 1846 ließ er die Immediatkommission mit sämtlichen Staatsministern zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten, und diese Beratungen währten, mehrfach unterbrochen, noch dreiviertel Jahre. Sogleich zum Beginn, am 11. März, stellte der Prinz als Vorsitzender die Frage, ob eine ständische Zentralvertretung notwendig sei, und gestand aufrichtig, er selber hätte sich von diesem Bedürfnis noch nicht ganz überzeugt. Nachdem sodann alle Anwesenden bis auf zwei die Frage bejaht hatten, sprach er am Schlusse dieser entscheidenden Sitzung ebenso offen aus: nunmehr wolle er die Notwendigkeit anerkennen. Auch die Bildung eines Vereinigten Landtags, die im vorigen Jahre nur von einem einzigen Minister, von Uhden gebilligt worden war, fand jetzt eine Mehrheit von 9 Stimmen. Der Prinz und noch sechs andere widersprachen.*) Er blieb auch fernerhin fast mit allen seinen Anträgen in der Minderheit. Die meisten der übrigen Mitglieder unterdrückten ihre schweren Bedenken. Sie betrachteten sich, nach den Überlieferungen des alten Absolutismus, nicht als selbständige, verantwortliche Ratgeber, sondern hielten jeden grundsätzlichen Widerspruch für aussichtslos, nachdem der Monarch seine Willensmeinung ausgesprochen hatte. Am 17. Dez. 1846 waren die Beratungen nahezu beendigt, die Entwürfe des Königs im wesentlichen angenommen.

Da zeigte der Prinz an, daß er dem Monarchen ein Sondergutachten einreichen würde. Er hatte im vergangenen Sommer den Petersburger Hof wieder besucht und dort Kaiser und Kaiserin aufs äußerste erschreckt durch die ruhige Erklärung, daß er die Fortbildung der ständischen Institutionen für notwendig hielte.**) Aber in den Mitteln, welche sein Bruder wählte, konnte er, zu seinem tiefen Schmerze, „nicht das Heil des Thrones und des Vaterlandes erblicken". Noch am 17. Dez. beendete er eine umfängliche Denkschrift, welche zunächst nochmals auf die unlenksame Schwerfälligkeit einer Versammlung aller acht Provinziallandtage hinwies. Zugleich zeigte er scharfsinnig, was noch niemand bemerkt hatte, daß dieser Vereinigte Landtag unauflöslich sei; denn da der König allgemeine Wahlen, das Fieber der „Urwahlen", wie man damals sagte, unter allen Umständen vermeiden wollte, so konnte er auch einen Vereinigten Landtag, der aus der Gesamtheit der acht Provinziallandtage bestand, unmöglich auflösen. „Somit stehet diese neue beratende preußische Ständeversammlung weit mächtiger da als die konstitutionellen Kammern anderer Staaten, welche alle sich für extreme Fälle die Auflösung und Neuwahlen vorbehalten haben." Darum verlangte der Prinz als starkes Gegengewicht zum mindesten

*) Hauptbericht des Staatsministeriums und der Immediatkommission, 28. April 1846.

**) Rochows Berichte, 1. 2. Juli, 25. Aug. 1846.

ein aus den gesündesten aristokratischen Kräften des Landes gebildetes Oberhaus; sein Soldatenverstand konnte nicht begreifen, warum der König jetzt, da „eine ganz neue ständische Ära geschaffen wird", sich immer noch zaudernd vorbehielt über die Einrichtung der Herrenkurie Weiteres zu bestimmen. Nur in einer gesondert tagenden Ersten Kammer — so schrieb er, sein eigenes Schicksal ahnend — würden die königlichen Prinzen einen angemessenen Platz finden; den Stürmen einer großen Versammlung, wo „alle Wirren der politischen Leidenschaft sich zügellos Luft machen," dürfe man sie nicht aussetzen.

Zum zweiten warnte er nochmals vor dem Steuerbewilligungsrechte der Landstände; das heiße ein Majestätsrecht aufgeben, das seit dem Großen Kurfürsten dem preußischen Throne seine Selbständigkeit, dem Staate seine Macht gesichert habe. Zum dritten verlangte er wiederum, daß alle Finanzsachen ausschließlich dem Vereinigten Landtage zugewiesen würden. Zum vierten endlich warnte er vor den Gefahren des unbeschränkten ständischen Petitionsrechts, das so leicht die europäische Machtstellung des Staates und den Bestand seines Heeres schädigen könne. Hier erinnerte sich der Prinz offenbar des Streites, den er seit so vielen Jahren mit seinem Freunde Boyen führte, und lebhaft schilderte er nun, wie die Bewegungspartei in allen Ländern nach Abschaffung der stehenden Heere strebe, wie sie ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen suche, zunächst Schwächung der Armee, kürzere Dienstzeit für die Linie, seltenere Übungen für die Landwehr verlange. „Daher ist die Neigung unverkennbar, die Landwehr auf Kosten der Linie zu erheben und ihre Trennung von der Linie immer greller zu machen, und zu beweisen, daß die strenge militärische Form und Disziplin ihr nicht nötig sei und sie vielmehr die Stellung einer Nationalgarde einzunehmen habe... Wenn Diskussionen und Petitionen gedachter Natur dem Vereinigten Landtage preisgegeben werden und die Presse noch mehr als bisher schon geschehen entfesselt wird, ist das Bestehen der preußischen Landwehr, wie sie zur wahren Ehre, zur Wohlfahrt und zum Ruhme des Vaterlandes vor zweiunddreißig Jahren geschaffen wurde, eine völlige Unmöglichkeit!!" Kann aber der Staat nicht mehr seine Armee im Kriege verdoppeln oder verdreifachen, „so tritt Preußen auch von der Stelle, auf welche seine Armee es gestellt hat, herab." — So lebendig stand dem Prinzen schon vor Augen, was er nach fünfzehn Jahren selbst erleben und erkämpfen sollte. An die Möglichkeit seiner eigenen Thronbesteigung dachte er jedoch in jenen Tagen niemals. Vielmehr fuhr er fort: es sei seine Pflicht abzuraten, nicht von der Erfüllung der alten Verheißungen selbst, wohl aber von dem eingeschlagenen Wege, der leicht dazu führen könne, daß demnächst eine Konstitution ertrotzt würde, und der König selbst hätte doch „oft ausgesprochen, daß eine Konstitution für Preußen unmöglich sei, weil es mit derselben aufhören würde Preußen zu sein ... Aber noch eine andere Pflicht nötigt

mich dazu, es ist der Blick auf meinen Sohn! Nach dem unerforschlichen Ratschluß Gottes scheint es bestimmt zu sein, daß die Krone sich in meiner Linie vererben soll! Da ist es denn meine heilige Pflicht, darüber zu wachen, daß der Nachfolger auf dem Throne die Krone mit ungeschmälerten Rechten und mit der Würde und der Macht überkomme, wie ich sie heute vor mir sehe." Indem er abermals um die Befragung aller volljährigen Prinzen bat, schloß er „mit tiefbewegtem Herzen, Gottes gnädigen Beistand wünschend."*)

Der König aber war mit nichten gesonnen, sein Schiff so dicht vor dem Hafen noch zu wenden. Die vielfach übertriebenen Befürchtungen des Prinzen überzeugten ihn ebenso wenig wie die tiefen und wahren Gedanken, welche die Denkschrift enthielt; er glaubte ja den Bruder weit zu übersehen. Er verweigerte die förmliche Befragung der Agnaten, wie es sein gutes Recht war, und genehmigte endgiltig die Entwürfe nach den Beschlüssen der Kommission. Sobald die Entscheidung des Monarchen gefallen war, gab der Prinz von Preußen gehorsam seinen Widerspruch auf. Entschlossen blickte er der Zukunft ins Gesicht und sagte in der Kommission: „Ein neues Preußen wird sich bilden. Das alte geht mit Publizierung dieses Gesetzes zu Grabe. Möge das neue ebenso erhaben und groß werden, wie es das alte mit Ruhm und Ehre geworden ist!" Um dem Testamentsentwurfe des Vaters und den Bitten des Bruders doch einigermaßen zu genügen, berief der König dann noch die sämtlichen großjährigen Prinzen seines Hauses um ihnen das Patent, lediglich zur Kenntnisnahme, mitzuteilen. Alle fügten sich gehorsam.

Am 3. Februar 1847, am Jahrestage des ersten Aufrufs von 1813, ließ Friedrich Wilhelm ein kurzes „Patent" veröffentlichen, das die neuen, zum Ausbau des Staatsschuldengesetzes von 1820 und des Provinzialständegesetzes von 1823 beschlossenen „ständischen Einrichtungen" ankündigte. Der Verordnung vom 22. Mai war absichtlich nicht gedacht, weil der König sie für aufgehoben ansah. Dies Patent unterzeichnete der Monarch allein, denn er suchte auch in der Form „jede Ähnlichkeit mit einem Staatsgrundgesetze zu vermeiden"**); er wollte sogar den Zeitungen verbieten, die Namen: Kammern, Volksvertreter, Pairs für die neuen Institutionen zu gebrauchen. Sein Landtag sollte durchaus etwas anderes sein als „eine Volksvertretung in dem modernen Wortsinne", und nur mit Mühe erlangten die Minister, daß dies aufregende Verbot unterblieb.***)

Gleichzeitig mit dem Patente erschienen drei von dem Prinzen von

*) Prinz von Preußen, Denkschrift vom 17. Dez. 1846 mit Nachschrift vom 4. Jan. 1847. S. Beilage XXXIV.

**) Kabinettsordre an das Staatsministerium und die Kommission, 7. Nov. 1846.

***) König Friedrich Wilhelm an Thile, 6. März, an Bodelschwingh und Uhden, 13. März; Berichte von Thile, 8. März, von Bodelschwingh und Uhden, 20. März 1847.

Preußen und dem gesamten Staatsministerium gegengezeichnete königliche Verordnungen über den Vereinigten Landtag, den Vereinigten Ausschuß und die Staatsschuldendeputation. Darnach sollten die gesamten Provinzialstände künftighin zu einem Vereinigten Landtage zusammentreten, so oft der König sie in Friedenszeiten zur Genehmigung von Staatsanleihen oder zur Erhöhung der Steuern oder auch aus anderen Gründen einberiefe. Der Vereinigte Landtag erhielt das Recht der freien Bewilligung neuer oder erhöhter Steuern und das Petitionsrecht in allen inneren Angelegenheiten; er hatte auch, wenn es dem Könige gefiel, über Gesetzentwürfe zu beraten. Innerhalb des Vereinigten Landtags ward ein Herrenstand eingerichtet, der vorläufig aus den königlichen Prinzen und den 72 vornehmsten Mitgliedern der Provinzialstände bestehen und späterhin, nach königlichem Ermessen, noch verstärkt werden sollte; er beriet und beschloß über Finanzsachen mit den drei anderen Ständen gemeinsam, über alle anderen Angelegenheiten für sich allein. Daneben aber blieben die Vereinigten Ausschüsse fortbestehen; sie wurden fortan periodisch, aller vier Jahre, versammelt und erhielten der Regel nach die neuen Gesetze zur Beratung vorgelegt, konnten auch in einzelnen Finanzsachen den Vereinigten Landtag vertreten; und zudem behielt die Krone sich noch vor, allgemeine Gesetze nach Gutdünken den Provinziallandtagen vorzulegen. Die Genehmigung der Kriegsanleihen endlich und die regelmäßige Prüfung der Staatsschulden-Rechnungen wurde einer ständischen Staatsschuldendeputation zugewiesen, die aus acht Mitgliedern — je einem für jeden Provinziallandtag — bestehen und jährlich mindestens einmal tagen sollte.

Also traten des Königs ursprüngliche Entwürfe fast Wort für Wort ins Leben, die langen Verhandlungen seiner Räte hatten an diesem seinem eigensten Werke nichts Wesentliches geändert. Es war ein großer Schritt, größer als der König selbst glaubte. Friedrich Wilhelm wähnte die Zukunft seines Verfassungswerkes noch ganz in seiner Herrscherhand zu halten. Jedoch eine so starke ständische Vertretung mußte, einmal berufen, kraft ihrer eigenen Schwere fortbestehen, und sie besaß schon zwei verbriefte wirksame Rechte; denn ohne Eisenbahn-Anleihen konnte der Staat nicht mehr auskommen, und nach der gewaltigen Änderung aller sozialen Verhältnisse wurde auch eine Umgestaltung des Steuersystems, obgleich der König davon noch nichts ahnte, in naher Zukunft unvermeidlich. Wider Wissen und Willen führte Friedrich Wilhelm seinen Staat in die Bahnen des konstitutionellen Lebens hinüber.

Aber wie eigensinnig verdarb sich der Gesetzgeber sein edel gedachtes Werk durch Künstelei und Willkür! Schien es doch fast, als wollte er absichtlich Rechtsbedenken und Proteste hervorrufen. Weshalb wurde die Verordnung vom Mai 1815, die doch unzweifelhaft noch zu Recht bestand und den späteren ständischen Gesetzen keineswegs widersprach, fast mutwillig

beseitigt? War der Ausdruck „Landesrepräsentation", der in ihr vorkam und doch auch auf den Vereinigten Landtag paßte, wirklich so entsetzlich, daß man um dieses einen Wortes willen ein Gesetz stillschweigend umstoßen durfte? Und mußte nicht der Vereinigte Landtag, solange er seiner regelmäßigen Wiederberufung nicht sicher war, selber bezweifeln, ob er sich für die gesetzmäßige Landesvertretung halten sollte? Und warum nicht ein klares Zweikammersystem statt eines Herrenstandes, der bald mit der Kurie der drei Stände, bald neben ihr tagen sollte? Diese Herrenkurie, an sich gewiß einer der glücklichsten politischen Gedanken des Königs, war doch leider nicht zum Abschluß gekommen und konnte, wie sie war, unmöglich für eine gerechte Vertretung der aristokratischen Kräfte des Landes gelten. Von ihren 72 Stimmen entfiel die größere Hälfte auf Schlesien und Rheinland allein; die große Provinz Preußen erhielt nur fünf Stimmen, Pommern gar nur eine einzige. Mit vollem Rechte fühlte sich also die treue Ritterschaft der alten Provinzen zurückgesetzt und gekränkt. Vergeblich mahnte der Prinz von Preußen in seiner Denkschrift, man müsse die Aristokratie ganz gewinnen indem man sie ehre; vergeblich bat Graf Arnim-Boitzenburg noch in letzter Stunde um die Verstärkung des Herrenstandes*); der König behielt sich geheimnisvoll seine Pläne für die Zukunft vor. Und wozu dann die wunderliche Bestimmung, daß die Gesetzentwürfe nach Belieben bald dem Vereinigten Landtage, bald dem Vereinigten Ausschusse, bald den Provinziallandtagen vorgelegt werden sollten? Offenbar wollte der König durch diese künstliche Verteilung der ständischen Rechte verhindern, daß eine der drei landständischen Körperschaften übermächtig würde. Er übersah nur, daß die natürliche Gewissenlosigkeit jeder vielköpfigen ständischen Vertretung allein durch das Bewußtsein ernster Verantwortlichkeit gebändigt werden kann; dies Gefühl ward aber den Landtagen und Ausschüssen gradezu genommen, wenn sie den Umfang ihrer eigenen Rechte nicht mit Sicherheit kannten. Und warum endlich noch die rechtswidrige und in Wahrheit nutzlose Verkümmerung des Rechtes der Anleihebewilligung?

Alle diese Abweichungen von den alten Gesetzen erschienen so bedenklich, daß der hochherzige Entschluß des Monarchen und selbst die wichtige Gewährung des Steuerbewilligungsrechts nicht recht gewürdigt wurde. Obgleich das Patent jetzt nach dem langen Zaudern fast allen unerwartet kam, so zeigte sich doch nur selten die dankbare Freude, die der König erhofft hatte; die Stimmung blieb gedrückt und unsicher. Wohl sendete Max Duncker mit seinen getreuen Hallensern eine Dankadresse an den Thron, auch die Elbinger und die Thorner bekundeten ihre Freude und selbst der radikale Ruge meinte, die Preußen dürften diese erste Möglichkeit praktischen politischen Wirkens nicht aus der Hand geben. Am Rhein aber, in Schlesien und vornehmlich in Altpreußen verlangten viele Stimmen

*) Graf Arnim-Boitzenburg an den König, 3. Jan. 1847.

Zurückweisung des ungenügenden königlichen Gnadengeschenks. Der Neidenburger Kreistag faßte sogar den Beschluß, die Abgeordneten sollten sich für inkompetent erklären, solange ihnen nicht ihr Recht würde, und im Kreise Strasburg begann der zungenfertige junge Gutsbesitzer v. Hennig seine liberale Laufbahn mit einem ähnlichen Versuche.*)

Das Lärmzeichen für diese Unversöhnlichen gab Heinrich Simon mit seiner Flugschrift: Annehmen oder Ablehnen? Er hatte bei dem Kampfe gegen die Disziplinargesetze Mut und Festigkeit, aber auch viel spitzfindige Advokatenkünste gezeigt; die Juristen schätzten seine brauchbaren, mehr durch Fülle als durch Vergeistigung des Stoffes ausgezeichneten Handbücher über preußisches Staatsrecht. Als Neffe des alten um die rheinische Rechtspflege hochverdienten Gerichtsrats Simon konnte er bei den Liberalen des Westens von vornherein freundliches Gehör erwarten; und da ihn die Juden, trotz der Taufe, noch immer zu ihren Leuten rechneten, so erfreute er sich in allen Zeitungen einer beflissenen Verherrlichung, welche selbst seinem hohen Selbstgefühle genügte. Doch muß auch in seiner Persönlichkeit ein eigentümlicher Reiz gelegen haben, der sich aus seinen trockenen juristischen Schriften nicht erraten läßt. Zwei feindliche Dichterinnen, Ida Hahn-Hahn die geliebte und Fanny Lewald die verschmähte, beteten ihn mit gleicher Inbrunst an, und selbst seinem Gegner Radowitz erschien er bei flüchtiger Reisebekanntschaft sofort als ein ungewöhnlicher Mann. Seine neueste Schrift verdiente freilich ihren Eintagsruhm in keiner Weise, sie brachte nichts vor als das leere Entweder — Oder des Radikalismus. „Wir baten dich um Brot und du gibst uns einen Stein" — so begann er gleich, und entwickelte dann die längst überwundene privatrechtliche Theorie, wonach die ständische Verfassung ein Vertrag zwischen Krone und Volk sein sollte. Er behauptete, was einem gewiegten Juristen doch kaum zu verzeihen war: das Patent „nehme dem Volke seine wenigen staatlichen Rechte"; er lobte sogar das suspensive Veto Norwegens, da „ein einzelner" doch nicht mehr gelten dürfe als der Wille der Millionen, und mahnte den König, er möge brechen mit der Ansicht, daß ihm die Krone von Gott gegeben sei, und sich vielmehr halten an den Wahlspruch: Volkes Stimme ist Gottes Stimme!

Friedrich Wilhelm war empört, er verlangte im ersten Zorne Absetzung der Zensoren, die das „Verbrechen" begangen hätten „solch Buch nicht konfiszieren zu lassen" — bis sich dann herausstellte, daß die Schrift als zensurfreies Zwanzigbogenbuch in Leipzig erschienen war.**) Die grobe Handgreiflichkeit der Simonschen Vertragstheorie mußte viele Halbgebildete überzeugen. Zu weiterer Belehrung ließ dann Simons Verleger noch eine „Parallele der preußischen Verfassung mit den Verfassungen

*) Berichte der Reg.-Präsidenten Wallach, 29. April, und v. Nordenflycht, 7. April 1847 an Bodelschwingh.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 15. März 1847.

von Kurhessen, Norwegen und Belgien" drucken. Diese drei Staaten hatten bekanntlich dem „Zeitgeiste die ihm gebührenden Zugeständnisse gemacht", und da der Zeitgeist alles, die Geschichte nichts galt, so konnte hier jeder gesinnungstüchtige Leser lernen, wie viel glücklicher der freie Kurhesse war als der geknechtete Preuße. Auch die Flüchtlinge warfen ein Libell „das Patent" über die Grenze, das einfach erklärte: „Alle Hoffnungen sind betrogen, alle Täuschungen sind zu Ende. Keine Volksgeltung ohne Volksherrschaft, keine Volksherrschaft ohne Republik! Recht oder — Blut!"

Bei der besonnenen Mehrheit des preußischen Volks konnte ein so törichter, so undankbarer Radikalismus doch nicht durchdringen. Auf einer Versammlung rheinischer Abgeordneten zu Köln wurde, wenn auch unter mannigfachen Bedenken, endlich beschlossen den Versuch einer Verständigung zu wagen, und es zeigte sich bald, daß die Gesamtheit der Provinzialvertreter entschlossen war in alter Treue dem Rufe des Königs zu folgen. Die süddeutschen Liberalen meinten ebenfalls, mit dem starren Verneinen sei nichts getan. Welcker sogar, der alte grimmige Feind Preußens, gelangte in einer unförmlichen, mit allen Schlagwörtern des verendenden Vernunftsrechts ausgeschmückten Abhandlung „Grundgesetz und Grundvertrag" doch zu dem Schlusse, das preußische Volk müsse diese große Gelegenheit mit Freuden benutzen: „gründet die ganze Freiheit wie auch die anderen freien Völker sie haben." Auch Gervinus fühlte sich wieder verpflichtet mitzureden, obgleich er von preußischen Dingen noch weniger als Welcker verstand. Ihm fehlte sogar was der ehrlich polternde Welcker doch einigermaßen besaß, die erste Tugend des Publizisten: die Freiheit des Gemüts, die Sicherheit des fest dem Ziele zugewandten Willens. Schwelgend im Genusse seiner eigenen Vollkommenheit redete er immer nur über die Dinge hin und sagte nicht was er eigentlich wollte. In seinem übellaunigen Büchlein „das Patent vom 3. Februar" überschüttete er Preußen mit einem solchen Gallenerguße, daß sein unschuldiger Freund Jakob Grimm ganz erschrocken antwortete: wenn das alles wahr wäre, wenn bei uns wirklich nur Lug und Trug herrschten, dann müßte ich „um jeden Preis aus einem solchen Lande weichen"! Im Grunde lief der ganze Tadel darauf hinaus, daß Preußen unglücklicherweise Preußen war und nicht Hessen-Darmstadt oder Sachsen-Meiningen; und dabei glaubte Gervinus doch Preußens treuester Freund zu sein. So viel ließ sich aus der Masse der Scheltworte immerhin erraten, daß der Gestrenge nicht geradezu das kahle Ablehnen empfehlen wollte; aber was er tun konnte um die Aussöhnung der Parteien zu hintertreiben, das tat er durch sein Zanken redlich. Neben diesen vielgelesenen Schriften wurde der alte Restaurator Haller kaum beachtet, als er in einer Flugschrift tief besorgt die Krone vor allzu freigebigen Gewährungen warnte.

Also war die Partei der unbedingten Verneinung vorläufig überwunden, doch wirkliche Eintracht mit nichten hergestellt. Diese Regierung

der Mißverständnisse blieb ihrem Charakter treu: der König wähnte mit dem Patente für lange Zeit sein letztes Wort gesprochen zu haben, die öffentliche Meinung sah darin nur den ersten Anfang eines freieren politischen Lebens, und schon jetzt zeigte sich daß der Gegensatz sich zuspitzen mußte zu der einen Frage der periodischen Landtagsberufung. War der Vereinigte Landtag erst seiner regelmäßigen Wiederkehr sicher, dann konnte er sich mit Fug und Recht für die gesetzliche Landesvertretung ansehen; die Vereinigten Ausschüsse verloren dann jede Bedeutung, und auch der Nebenstreit um die Kriegsanleihen und die Schuldendeputation ließ sich leichter erledigen. In der Forderung periodischer Reichsstände fanden sich drei ganz verschiedene Parteien zusammen: zunächst alle die besonnenen Männer, die der Unsicherheit des öffentlichen Rechts ein Ende machen wollten; sodann die entschiedenen Liberalen, die von einem vielköpfigen Parlamente für ihre Parteizwecke mehr erwarteten als von einem kleinen Ausschuß; dazu endlich die hohe Aristokratie, denn durch den Herrenstand des Vereinigten Landtags hoffte sie politische Macht zu gewinnen, während sie in den Vereinigten Ausschüssen nur durch wenige Stimmen vertreten war. Dies erkannte Kühne, er befürchtete eine Coalition monstreuse zwischen den extremen Liberalen und Aristokraten. Mündlich und brieflich stellte er seinem alten Freunde Bodelschwingh vor: diese große Versammlung würde nur dann in Frieden zu Ende gehen, wenn der König rechtzeitig, bevor man ihn zwänge, in der einen entscheidenden Frage nachgäbe und dem Vereinigten Landtage, ebenso wie schon den Vereinigten Ausschüssen, die periodische Einberufung zusagte.*)

Welch eine Last lag jetzt auf Bodelschwingh. Einst im Befreiungskriege hatte eine französische Kugel dem tapferen Kriegsmanne die Lunge durchbohrt, und gerade jetzt packte ihn wieder eine jener schweren Lungenentzündungen, die ihn seitdem schon mehrmals heimgesucht hatten. Er rang mit dem Tode; den ganzen März hindurch blieb er unfähig zur Arbeit. Kaum halb genesen, raffte er sich dann auf, um heldenhaft, fast allein, selber ein parlamentarischer Neuling, dieser stürmischen Versammlung die Stirne zu bieten. Als Minister des Innern und Kabinettsminister zugleich, mußte er die Sache der Krone zunächst vertreten, und es ergab sich auch bald, daß er allein unter allen Ministern ein ungewöhnliches Rednertalent besaß. Er war ein Neffe jenes stolzen Freiherrn Bodelschwingh-Plettenberg, der einst so hartnäckig die ständischen Rechte der Grafschaft Mark verteidigt hatte, ein Liebling Steins und des alten Vincke, Westfale durch und durch, und hatte sich doch in den mannigfachen Stellungen einer beispiellos raschen Beamtenlaufbahn überall Liebe, selbst in der bösen Zeit des Kölnischen Bischofsstreites die Achtung der Rheinländer gewonnen. Die älteren westfälischen Landsleute erinnerte

*) Kühne an Bodelschwingh, 3. April 1847. S. Beilage XXXV.

sein ganzes Wesen an Justus Möser. Höchst unscheinbar gekleidet, fiel er sogleich auf durch seine hohe kriegerische Gestalt und durch den treuherzigen Blick seiner offenen, großen Augen. Ursprüngliche Kraft, unschuldige Frische sprach aus seinem ganzen Wesen, und General Gerlach, der den „liberalen" Minister durchaus nicht liebte, sagte wohl: so ungefähr muß Adam ausgesehen haben. Der letzte hervorragende Vertreter des alten absolutistischen Beamtentums, hielt er sich im Gewissen verpflichtet, die Willensmeinung des Königs, sofern sie nur dem Rechte nicht offenbar widersprach, mit der ganzen Selbstverleugnung eines altgermanischen Vasallen zu verteidigen. Er hatte bei der Beratung des Patents wieder und wieder die Bedenken hervorgehoben, die ihm sein schlichter Geschäftsverstand aufdrängte; und auch jetzt erkannte er, nachdem der Unwille der ersten Überraschung überstanden war, im stillen sehr wohl, wie richtig Kühne urteilte. Aber der Monarch hatte gesprochen, an seinem Willen ließ sich nichts mehr ändern. Bei der Eröffnung des Vereinigten Landtags drückte Bodelschwingh dem treuen Freunde die Hand und sagte bewegt in seinem heimischen Platt: es geht nicht anders; „wir sind davör, wir möt dadör.*)" —

Als die Mitglieder des Vereinigten Landtags zu Anfang Aprils in Berlin eintrafen, da begann der erste große parlamentarische Kampf der deutschen Geschichte, ein Schauspiel, das alle die Händel der kleinen Landtage ganz in den Schatten stellte, und zum allgemeinen Erstaunen ward offenbar, welche gewaltigen staatsbildenden Kräfte Deutschland in diesem Preußen besaß. Die Männer, die hier von der belgischen und der russischen Grenze, von der Ostsee und den thüringischen Bergen her zusammenkamen, fühlten sich allesamt als Söhne eines Volkes, allein das kleine Häuflein der Polen ausgenommen, und trugen mit Stolz den Namen der Preußen. In der langen wohltätigen Stille der Herrschaft des verstorbenen Königs hatten der alte Stammeshaß und die landschaftlichen Sonder-Erinnerungen viel von ihrer Schärfe verloren — ein Ergebnis, das sich bei freierem öffentlichen Leben schwerlich so bald hätte erreichen lassen; dann waren, unter dem aufregenden Regimente des Nachfolgers, überall im Osten wie im Westen neue politische Ideen erwacht, aus denen leicht große gesamt-preußische Parteien hervorgehen konnten. Gleich bei den ersten Vorbesprechungen ward man inne, daß diese neuen Parteigegensätze zwar trennend, aber noch mehr verbindend wirkten; denn der Riß der Parteiung ging mitten durch alle Provinzen, die Mehrheit der Rheinländer und der Ostpreußen bildeten den Kern der Opposition, gerade die entlegensten Landesteile fanden sich in guter Freund-

*) Nach Kühnes Aufzeichnungen.

schaft zusammen. Die Provinzen wie die Stände des Vereinigten Landtags besaßen das Recht, die Sonderung in Teile zu verlangen; aber von dieser gefährlichen Befugnis versuchten nur zweimal, ganz zu Anfang der Tagung, einzelne Heißsporne Gebrauch zu machen. Beide Male vergeblich. Der Landtag wollte ein untrennbares Ganzes bleiben; die Naturgewalt der nationalen Einheit, der Ernst des preußischen Staatsgedankens hielt alle Sondergelüste darnieder. Das war es was Metternich vor allem fürchtete. Er wußte wohl, daß Österreich und Frankreich die geborenen Feinde der deutschen Einheit waren, und warnte Guizot vor den großen Gefahren, welche dieser Landtag den beiden Höfen zu bereiten drohe; er stachelte die partikularistische Angst des Königs von Württemberg gegen das Deutschtum und den „alles oder nichts sagenden Begriff" der Nationalität. Als festes Bollwerk wider das werdende Deutschland dort im Norden empfahl er den Deutschen Bund, die natürliche Stütze des Partikularismus.

Zum ersten Male seit es ein Königreich Preußen gab traten die Stände als eine selbständige Macht der Krone gegenüber; und wie stark und mannigfaltig erschien das nationale Leben, das hier plötzlich Sprache gewann, wie wenig hatte man draußen im Reich von den großen Verhältnissen des wirklichen deutschen Staates gewußt. „Preußen hat wieder einen Adel" — so sagte eine ehrliche liberale Zeitung ganz verwundert; denn das landläufige Zerrbild vom preußischen Junkertum paßte wahrhaftig nicht auf die tapferen, gebildeten, patriotischen Edelleute, die im Vereinigten Landtage, manche als Wortführer des Liberalismus, alle gleich freimütig auftraten; viele von ihnen erklärten sich sogar bereit — freisinniger als der bayrische Adel — auf ihre Patrimonialgerichtsbarkeit zu verzichten. Fast noch mehr überraschte die Deutschen der Kleinstaaten das stolze Selbstgefühl des preußischen Bürgertums, das in der älteren Geschichte der Monarchie fast immer nur eine bescheidene Rolle gespielt hatte, jetzt aber, rasch erstarkt unter dem Schutze des Zollvereins, seine großen wirtschaftlichen Interessen nachdrücklich vertrat. Auch das alte streng protestantische Preußen war nicht mehr; die Parität der Bekenntnisse ward in den Formen überall sorgsam gewahrt, und die aufgeklärten Berliner Katholikenhasser wollten nicht begreifen, warum der Landtag das Fronleichnamsfest als einen Feiertag ehrte.

Überhaupt kam ein neuer, freierer, großstädtischer Zug in das Berliner Leben, seit die Fürsten und Grafen des Westens, die schlesischen Granden und der ostpreußische Adel, der bisher immer still daheim geblieben war, alle bei Hofe erschienen und der König auch die Vertreter der Städte und der Landgemeinden zu seinen Festen lud; erst seit diesen Anfängen der parlamentarischen Kämpfe begann Berlin zur wirklichen Hauptstadt zu werden. Und wie reich war dieser erste Landtag an rednerischen Talenten, an mutigen, erfahrenen, ehrenhaften

Männern. Metternich selbst war erstaunt über die „parlamentarische Gediegenheit" dieser jungen Versammlung; man wußte im Auslande nicht, daß die meisten der Abgeordneten keine Neulinge waren, sondern schon seit Jahren in der bescheidenen Schule der Provinziallandtage die Kunst der Rede und der parlamentarischen Taktik gelernt hatten und jetzt die Fülle der dort gesammelten Erfahrungen zur gemeinsamen Arbeit herbeitrugen. Noch überwog die schöne Beredsamkeit des Herzens, wie es in einer Zeit der Erwartung nicht anders sein konnte; aber auch die Leidenschaft hielt sich fast immer in den Schranken der guten Sitte, und niemals wieder hat Preußen ein so würdevolles Parlament gesehen. Von dem Monarchen sprachen alle mit tiefer Ehrfurcht, manche mit überschwenglicher Bewunderung, ein Redner der Opposition nannte Friedrich II. den größten König, welcher Preußen vor dem Jahre 1840 beherrscht hätte; bei Hofe galt der Name Friedrich der Große fast für unschicklich, die neue Zeit friedlicher Weisheit sollte ja alle Kriegstaten der heldenhaften Altvordern verdunkeln.

Von vornherein zeigten die Männer der Oppositionsparteien das Gefühl entschiedener Überlegenheit; sie trugen in sich das Bewußtsein einer großen Bestimmung, sie hofften den preußischen Staat durch die Ausbildung der ständischen Institutionen mit dem übrigen Deutschland zu befreunden und ihm also die Führung der Nation zu sichern. In den Sälen des Russischen und des Französischen Hofes, wo die Opposition, noch ganz ohne Fraktionszwang, ihre freien Vorbesprechungen zu halten pflegte, fanden sich auch manche Liberale von auswärts ein: Jacoby aus Königsberg, Graf Reichenbach, H. Simon und Stein aus Schlesien, Biedermann aus Leipzig, Beseler und andere Schleswigholsteiner. Sie alle erwarteten von Preußens erstem Reichstage eine Wendung der deutschen Geschicke, auch der junge Julian Schmidt wurde durch die Bewegung dieser Tage von der Literatur zur Politik hinübergeführt. Zu den Sitzungen des Landtags selbst ließ der König keine Hörer zu, aber die Verhandlungen wurden vollständig gedruckt, jetzt endlich mit Nennung der Redner, und obgleich die noch unbeholfenen Stenographen ihren Bericht meistens erst nach acht Tagen fertig stellten, so folgten doch alle Gebildeten dem parlamentarischen Kampfe mit reger Teilnahme. Die Kölnische Zeitung ließ sich ihre Berliner Zeitungspakete von Minden an durch eigene Stafetten zusenden nur um den Rheinländern den Landtagsbericht einen Tag vor den anderen Blättern darzubieten.

Neben der Zuversicht der Opposition erschien die Haltung der Regierung von Haus aus schwächlich und unsicher; die Minister befolgten getreulich die Befehle ihres königlichen Herrn, obgleich kein einziger unter ihnen mit den wunderlichen Plänen des Monarchen ganz einverstanden war. Und so fühlten sich auch die konservativen Abgeordneten, die im Englischen Hofe zusammenkamen, beim besten Willen die Krone zu unter-

stützen doch völlig ratlos. Wo war ein Ausweg aus diesem durch den Monarchen allein verschuldeten Rechtsgewirre? Der König hatte, den Rat des Grafen Arnim verschmähend, sich nicht auf den unangreifbaren Rechtsboden der Gesetze seines Vaters gestellt, sondern den Ständen einerseits alte Rechte genommen, andererseits neue, größere Rechte geschenkt; er hatte — daran hing alles — die Wiederberufung des Vereinigten Landtags durchaus seinem eigenen Ermessen vorbehalten und also das ganze Verfassungswerk, das doch grade abgeschlossen werden sollte, noch in der Schwebe gelassen. Und unmöglich konnte der absolute König, nach so großen freiwilligen Gewährungen, seine neue Gesetzgebung auf den Wunsch der Stände sofort wieder ändern; das Ansehen der Krone und der persönliche Stolz Friedrich Wilhelms hätten unter solcher Nachgiebigkeit zu schwer gelitten.

So stand denn dieser durch und durch königstreue, gemäßigte, besonnene Landtag vor einer fast unlösbaren Rechtsfrage. Die Abgeordneten sagten sich: entweder sind wir die von dem alten Könige verheißene Landesrepräsentation, dann müssen wir auch alle ihre Rechte für uns verlangen; oder wir sind ein nach dem Belieben des neuen Herrschers berufener Ständetag, dann dürfen wir die Rechte der Landesrepräsentation nicht ausüben. Kühne Realpolitiker, wie der junge Deichhauptmann Otto v. Bismarck, der hier zuerst in das öffentliche Leben eintrat, mochten wohl über solche Skrupel lachen, denn mit voller Sicherheit ließ sich vorhersehen, daß der Vereinigte Landtag zu einer dauernden Institution des Staates werden mußte; für den streng gesetzlichen Sinn der Mehrheit aber waren die Rechtsbedenken fast unüberwindlich. Und leider ward die Haltung der Opposition auch durch eine geheime Unwahrheit verdorben. Die Männer, die sich so streng auf den Rechtsboden beriefen, wollten in Wahrheit weit mehr als die alten Gesetze verhießen. Sie trugen durchaus kein Bedenken, das neue Steuerbewilligungsrecht, das ihnen der König, den alten Gesetzen zuwider, geschenkt hatte, gleichsam als gute Prise anzunehmen, denn sie hofften insgeheim den Monarchen Schritt für Schritt auf neue Bahnen zu drängen. Die Mehrzahl der Rheinländer und viele Vertreter der großen Städte des Ostens dachten an eine Verfassung belgischen Stiles, die liberalen Edelleute an eine mächtige ständische Versammlung.

Allen diesen Bestrebungen hatte der König durch die willkürlich dilettantische Behandlung der Rechtsfragen selber Tür und Tor geöffnet. Das Wagnis seiner Politik war um so gefährlicher, da hinter den Ständen noch andere Mächte der Bewegung standen, welche weit über die Ziele des Landtags hinaus strebten. Die radikale Partei, deren Macht im Lande sich doch nicht mehr verkennen ließ, fand auf dem Landtage keinen einzigen Wortführer; nur dann und wann verriet sich in einzelnen Äußerungen der bäuerlichen Abgeordneten ein tiefer, verhaltener

sozialer Groll, der schlesische Erbschulze Krause meinte einmal, er und seine Standesgenossen hätten dreißig Jahre lang geschlafen, jetzt aber wären sie endlich zum Bewußtsein ihrer Rechte erwacht. Unvertreten war auch, nach dem Wahlgesetze, die breite Masse der städtischen Arbeiter, unvertreten endlich der mächtige Stand der eigentlichen Schriftgelehrten. Wenn die Krone mit einem Landtage, der ausschließlich die seßhaften, vermögenden, konservativen Elemente der Gesellschaft vertrat, sich nicht zu verständigen vermochte, dann war eine friedliche Entwicklung des politischen Lebens kaum noch zu erwarten. —

Mit königlichem Pomp, die Reichs-Insignien voran, betrat Friedrich Wilhelm am 11. April den prachtvoll wiederhergestellten Weißen Saal des Schlosses um den Landtag mit feierlicher Ansprache zu eröffnen. Alle königlichen Prinzen scharten sich um ihn; selbst der getreue Gesinnungsgenosse des russischen Schwagers, Prinz Karl, der, grollend über die „chambre monstre", lange in Italien verweilt hatte, war im letzten Augenblicke auf Befehl des Monarchen noch herbeigeeilt.*) Zum letzten Male — wie wenig konnte er das ahnen — redete der König hier mit der vollen Freiheit des unbeschränkten Herrschers zu seinem Volke, aus der Tiefe des Herzens heraus, aufrichtig wie kaum je ein gekröntes Haupt gesprochen hat; es war, als wollte er sich selber an dem Schwung und dem Glanze seines reichen und doch so ganz unpolitischen Geistes weiden. Er erklärte, wie es die Kundigen nicht anders erwarten konnten, das Verfassungswerk seines Vaters nunmehr für vollendet und warnte die Stände, dies Werk „nicht gleich durch ungenügsame Neuerungslust in Frage zu stellen"; er legte ihnen, wie einst schon den Vereinigten Ausschüssen, ans Herz, daß sie nicht „Meinungen zu repräsentieren", sondern nach altem deutschen Brauche ihre eigenen Rechte zu wahren hätten. Er erinnerte sie an die „Erbweisheit ohnegleichen", welche die englische Verfassung, ohne ein Stück Papier geschaffen habe, und obgleich er soeben selbst das beschriebene Blatt des Patents hatte hinausgehen lassen, gab er das feierliche Gelöbnis: „daß es keiner Macht der Erde je gelingen soll mich zu bewegen, das natürliche, grade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu wandeln, und daß ich es nie und nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte Treue zu ersetzen." Sichtlich erregt sprach er von den Angriffen der Presse, die doch so tief unter ihm stand: „von allen Unwürdigkeiten, denen ich und mein Regiment seit sieben Jahren ausgesetzt gewesen, appellier' ich an mein Volk." Und indem er seine getreuen Stände aufforderte zum ge-

*) Knyphausens Bericht, 11. April 1847.

meinsamen Kampfe gegen die Untreue, die bösen Gelüste der Zeit, legte er das Bekenntnis ab: „Ich und mein Haus wir wollen dem Herrn dienen. Ja wahrhaftig!“ Für die Zukunft erhielten die Stände nur die väterlich mahnende Zusage, daß der König sie zur Bewilligung neuer Steuern und Anleihen wieder berufen werde, und auch sonst noch „wenn ich es für gut und nützlich halte, und ich werde es gern und öfter tun, wenn dieser Landtag mir den Beweis gibt, daß ich es könne ohne höhere Regentenpflichten zu verletzen.“

Die Thronrede erschreckte und verwirrte die Hörer. Wohl empfand jedermann die Macht einer ungewöhnlichen Persönlichkeit; der politische Inhalt der hochtönenden, vielfach unklaren Sätze lief jedoch darauf hinaus, daß der König seine deutschrechtlichen Stände vor jeder Annäherung an das konstitutionelle Kammerwesen der kleinen Nachbarstaaten streng bewahren und die Ausbildung dieser ganz eigenartigen Institutionen allein seiner eigenen Weisheit und Gnade vorbehalten wollte. Die Liberalen, die in dem Patente nur die Grundlage für weitere Verhandlungen sahen, fühlten sich tief niedergeschlagen. Manche der heißblütigen Ostpreußen wollten sofort abreisen, da doch keine Verständigung möglich sei, und nur durch das Zureden ihrer weltklugen rheinischen Freunde ließen sie sich zum Bleiben bewegen. Beim Beginn der ersten Sitzung erhob sich nun Graf Schwerin, ein Pommer aus dem altberühmten Soldatengeschlechte, eine breite, gedrungene Gestalt von ungezwungener Haltung, mit einem kräftigen biederen Gesichte, das durch die herabhängenden dunklen Haare den Ausdruck eines fast pietistischen Ernstes erhielt; er hatte sich als Schleiermachers Schwiegersohn mit Arndt und anderen patriotischen Gelehrten befreundet und schon auf der Generalsynode die Ideen eines milden kirchlichen Liberalismus freimütig vertreten. Er stellte den Antrag, die Stände sollten dem Monarchen in einer Adresse ihren Dank, aber auch ihre Rechtsbedenken aussprechen. Den Adreßentwurf verfaßte der gefeierte Redner des rheinischen Provinziallandtags, F. v. Beckerath aus Krefeld. Seine Wiege hatte, wie er gern erzählte, neben dem Webstuhle seines Vaters gestanden; ganz durch eigene Kraft war er zum reichen Kaufherrn geworden. Mennonit und nicht ohne einen Zug quäkerischer Salbung, der ihm trotz der politischen Meinungsverschiedenheit doch immer das Wohlwollen des frommen Königs sicherte, trug er seine gemäßigt liberalen Ansichten mit einem eigentümlichen lyrischen Pathos vor. Die Begeisterung stand ihm wohl an, sie kam aus tiefer Brust und verirrte sich nie gänzlich in Phrasen. „Hier,“ rief er aus, „sei der Pulsschlag eines neuen verjüngten Preußens, eines Preußens, das umgeben von den Sympathien der deutschen Brüderstaaten, das deutsche Volk zu der Stelle hinan führen wird, die ihm unter den Kulturvölkern der Erde gebührt.“

Mit Besorgnis sah Graf Arnim, wie die rechtliche Unklarheit, deren Gefahren er selbst dem Könige so oft vorgestellt hatte, jetzt schon ihre

schlimmen Früchte trug. Beckeraths Adresse enthielt sehr ernste Rechtsverwahrungen. Wenn der König sie zurückwies, dann ging der Landtag noch ehe er recht begonnen hatte schon zu Ende; denn diese Versammlung war unauflösbar — das hatte der Prinz von Preußen seinem Bruder vorher gesagt, und alle fühlten bereits, wie wahr er gesprochen. Kam es zum Bruche zwischen der Krone und den Ständen, so fiel das Patent selbst, und der Staat trieb vielleicht gewaltsamen Erschütterungen entgegen. Darum hielt sich Arnim verpflichtet, ritterlich für die vergeblich gewarnte Krone einzutreten. Er brachte einen Gegenentwurf ein, der die Rechtsbedenken nur leise und schüchtern andeutete. In der langen Verhandlung, die sich nunmehr entspann, traten schon die beiden Redner auf, welche die Regierung fortan als ihre gefährlichsten Feinde fürchtete: der bürgerlich Liberale Hansemann und Vincke der liberale Aristokrat. Hansemann hatte seine große geschäftliche Begabung neuerdings wieder in mannigfachen Eisenbahn-Unternehmungen bewährt; sein Ziel war die konstitutionelle Herrschaft der wohlhabenden Bourgeoisie, wie in Belgien. In ihm verkörperte sich die echt moderne kaufmännische Staatsansicht, die alle politischen Begriffe auf den Kopf stellte und eben deshalb in einer Zeit wachsenden Erwerbes und Genusses unaufhaltsam um sich griff: er betrachtete Heer und Beamtentum als lästige Kostgänger der Kaufleute und Fabrikanten, während doch Handel und Wandel, Geld und Tausch ohne den Staat, sein Recht und seine Waffen gar nicht auf der Welt wären und man also mit gleich guten Gründen behaupten konnte, daß die reichen Börsenmänner zum Teil durch die Arbeit der schlecht bezahlten Staatsdiener ernährt würden. Im Landtage redete er sehr scharf, oft mit plebejischer Plumpheit, er stellte den Ständen kurzab die Wahl: „ob das Gefühl des Rechts in Ihnen lebt oder ob Sie nur von Vertrauen, von Gnade leben wollen."

Ungleich mächtiger sprach Vincke, ein wohlbeleibter, stiernackiger junger Mann, dessen nachlässige Haltung und Kleidung doch den Edelmann nicht verkennen ließen; sein schwerer, von dichtem rotem Backenbart umrahmter Kopf zeigte eine imposante Häßlichkeit, wie sie so oft schon bedeutenden Rednern als Schild und Waffe gedient hat. Er war der größte aller Parlamentsredner der preußischen Geschichte, ganz unvergleichlich in der Kunst rascher, schlagfertiger Debatte, und dennoch kein schöpferischer staatsmännischer Geist, ja nicht einmal ein gewandter Parteiführer. Im Kampfe, im Angriff allein lag seine Kraft. Wie ward ihm wohl, wenn er einen Redner der Gegenpartei lange mit den spöttischen Blicken seiner scharf hinter der Brille hervorlugenden Augen, mit höhnischen Gebärden und Zwischenrufen verfolgt hatte und dann aufsprang, beide Hände in den Hosentaschen, um den Unglücklichen mit scharfer Dialektik, mit grausamen Witzen und tat es not mit stürmischer Entrüstung zu zermalmen. Dem Könige blieb er stets verhaßt; denn Friedrich Wilhelm nahm alles per-

sönlich und konnte sich nicht darein finden, den Sohn des getreuesten aller Westfalen in den Vorderreihen der Opposition zu sehen. Auch der Vater hatte in seinen letzten Lebensjahren die liberale Gesinnung des jungen Landrats und Landstands nicht ohne Sorgen betrachtet. Im Grunde des Herzens hegte der Sohn jedoch weit mehr aristokratischen Stolz als der schlichte volksfreundliche alte Oberpräsident. Er freute sich seines alten Geschlechtes und wollte gleich der langen Reihe seiner Ahnen allezeit „den Acker des Rechtes pflügen". Freilich hatte er sich von seinem unantastbaren Rechtsboden ein ziemlich willkürliches Bild entworfen. Er betrachtete die ständischen Rechte als ein von den Vätern überkommenes Fideikommiß, als „ein eisernes Inventar, das wohl vermehrt, doch nicht vermindert" werden dürfe. Darum nahm er das neu geschenkte Steuerbewilligungsrecht kurzweg an und verlangte trotzdem die Erfüllung aller früheren Zusagen bis auf den letzten Buchstaben. Einen Dank wollte er in der Adresse überhaupt nicht aussprechen, sondern nur eine Rechtsverwahrung, da beides einander ausschlösse. Noch mehrere andere ungewöhnlich begabte Redner erhoben ihre Stimme. So Mevissen, der Mitbegründer der Rheinischen Zeitung, der unterdessen viel gelernt hatte und ganz in Beckeraths Sinne ausführte: wenn nur erst der Vereinigte Landtag alljährlich den gesamten Staatshaushalt prüfe, dann würden die Preußen nicht mehr mit Neid auf ihre kleinen Nachbarn schauen, sondern die Führung Deutschlands erlangen. So auf der anderen Seite Fürst Felix Lichnowsky, der kecke übermütige karlistische Abenteurer, der zum allgemeinen Erstaunen zwar für die Krone, aber durchaus nicht in reaktionärem Geiste sprach und wenn er auch hinter seinem Vorbilde Mirabeau weit zurückblieb, doch unverkennbar Talent, Mut, Tatkraft zeigte.

Großen Eindruck machte eine kurze Ansprache des Prinzen von Preußen. Herausgefordert durch einen Vorwurf Hansemanns gab er als erster Untertan und erster Ratgeber des Königs die feierliche Versicherung: bei der Beratung der Verordnungen vom 3. Febr. hätten er und die anderen Räte der Krone durchaus kein Mißtrauen gehegt, wohl aber die Erwartung, daß „Freiheiten und Rechte der Stände niemals auf Unkosten der Rechte und Freiheiten der Krone" gewährt werden sollten. Der Sinn seiner Rede war versöhnlich, aber ihr Ton klang diktatorisch; der Prinz sprach wie ein des Befehlens gewohnter General, und da der unwissende Haufe nicht einsah, daß der Thronfolger doch gar nicht anders auftreten durfte, so bemächtigte sich der niederträchtige Berliner Klatsch dieser einfachen Worte. Der Prinz war der Liebling des Heeres und darum schon allen Unzufriedenen verdächtig. Die längst verbreiteten Gerüchte von seiner reaktionären Gesinnung wurden durch Varnhagen in den Salons, durch allerhand Unbekannte beim Pöbel umhergetragen; er galt überall für den bösen Dämon seines Bruders, obgleich er zur Zeit gar keinen Einfluß besaß, sondern nur als ehrenhafter Soldat die Sache seines königlichen

Herrn verteidigte. Bei den Straßenaufläufen dieser Apriltage warf ihm der Pöbel die Fenster ein; es war ein Schatten kommender Ereignisse, die liberalen Zeitungen entschuldigten die Heldentat mit der fragwürdigen Versicherung, der Anblick der Spiegelscheiben des bescheidenen prinzlichen Palastes hätte die armen Hungerleider gar zu schmerzlich an ihr eigenes Elend erinnert.

Um die Parteien zu versöhnen, beantragte endlich Alfred v. Auerswald eine neue, etwas schärfere Fassung des Arnimschen Adreßentwurfs. Der treue Mann, der dem Monarchen in jungen Jahren so nahe gestanden hatte, wollte einen Bruch mit der Krone durchaus vermeiden, jedoch auch seine Rechtsüberzeugung nicht aufgeben. In der also umgestalteten Adresse erklärten die Stände nach warmen Dankesworten: sie würden die Ehre und Kraft der Krone, aber auch die ständischen Rechte „beide als unschätzbare Kleinode bewahren und pflegen"; demnach behielten sie sich vor, die Abweichungen des Patents von den früheren Gesetzen noch näher zu erörtern, und baten den Monarchen solche Widersprüche demnächst auszugleichen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen; er gab den Verhandlungen des Landtags von vornherein ihr Gepräge: den Charakter einer ehrfurchtsvollen und besonnenen, aber festen und entschlossenen Oppositionspolitik. In gnädigem Tone ließ der König (22. April) antworten: „Die Gesetzgebung vom 3. Febr. ist in ihren Grundlagen unantastbar, wir betrachten sie aber deshalb nicht als abgeschlossen, vielmehr als bildungsfähig." Darum gab er den Ständen anheim weitere Anträge zu stellen und verhieß sogar von freien Stücken, den Vereinigten Landtag spätestens in vier Jahren wieder zu versammeln. Also wich er schon selbst einen Schritt zurück, was ihm schwer genug fallen mußte, da er doch soeben erst seine Stände vor ungenügsamer Neulingshast gewarnt hatte. Zu dem Versprechen periodischer Einberufung konnte er sich gleichwohl nicht entschließen, und doch fühlten jetzt schon alle Unbefangenen, auch die auswärtigen Diplomaten, daß diese Zusage allein den unseligen Streit abzuschneiden vermochte. Sogar der hannoversche Gesandte Graf Knyphausen wagte in solchem Sinne zu berichten, was der alte Welfe freilich durch die Randbemerkung rügte: „Gelesen, bin aber gar nicht verstänben mit die angeführten Wegen."*)

Die Rechtsfrage blieb also noch immer ungelöst, und Vincke hielt in seinem ungestümen Rechtstrotze nunmehr für geboten, daß der Landtag dem Könige eine feierliche „Erklärung der Rechte" übergäbe. Offenbar schwebte ihm das Beispiel der Bill of rights vor Augen; Dahlmanns Geschichte der englischen Revolution war ja zur Zeit in jedermanns Händen. Aber wie wenig hatten die Zustände Preußens mit der englischen Geschichte gemein. Die englische Erklärung der Rechte wurde einem fremden Usurpator auf-

*) Knyphausens Bericht, 19. April 1847.

erlegt, der seine Krone der Revolution, dem Willen des britischen Volkes verdankte, während die Preußen einem legitimen, absoluten Könige gegenüberstanden, der sich soeben erst freiwillig großer Machtbefugnisse entäußert hatte. Die Briten verteidigten uralte, oft ausgeübte, durch Bürgerkrieg und schweren parlamentarischen Kampf immer wieder errungene Rechte; Vincke vermochte sich nur auf die dürftigen, unzusammenhängenden, noch niemals ausgeführten Verheißungen der leichtfertigen Hardenbergischen Gesetzgebung zu berufen. Darum war die englische Erklärung der Rechte eine weltgeschichtliche Tat, der Versuch sie in Preußen nachzubilden fiel platt zur Erde. Wer unparteiisch draußen stand, konnte sich für diesen zweifelhaften Rechtsboden nicht leicht begeistern. Sogar Stüve, der zähe Verteidiger des strengen Rechts, fand in den Reden und Schriften der unbedingten preußischen Opposition viel „Wortklauberei und Advokaten-Hokuspokus", er spottete über „die eminenten Rechte, die man zu besitzen sich einbilde".*) Im Landtage verweigerten selbst Beckerath und Schwerin ihre Unterschrift zu dem seltsamen Aktenstücke, das in langer Reihe abgerissene Stellen der älteren Gesetze aufzählte. Nur 138 Abgeordnete unterzeichneten, fast drei Viertel davon waren Rheinländer oder Ostpreußen. Der Einmut also, der solchen Gewissensverwahrungen doch allein Nachdruck gibt, fehlte gänzlich; und als die Herrenkurie sich weigerte in die Beratung einzutreten, da mußte die Erklärung der Rechte stillschweigend zurückgezogen werden. Vincke hatte zum ersten Male bewiesen, wie wenig er eine Partei zu leiten verstand.

Sobald der Landtag nunmehr in die Geschäfte eintrat, fühlte er sich auf jedem Schritt durch juristische Bedenken gehemmt, da er nicht wußte, ob er sich selbst als die verheißene Landesrepräsentation ansehen sollte, und der offene Kampf brach aus, als die Regierung den Ständen zweimal die Übernahme finanzieller Verpflichtungen zumutete. Sie verlangte zunächst die ständische Garantie für die neuen Landrentenbanken, welche die Ablösung der grundherrlichen Lasten erleichtern sollten. Sachliche Bedenken gegen dies verständige Gesetz hegte nur ein kleiner Kreis konservativer Grundbesitzer, der die Berechtigten durch die Ablösung zu schädigen fürchtete; den Finanzen drohte auch keine Gefahr, da die Landrentenbriefe ja der Sicherheit erster Hypotheken genossen. Unlösbar aber schien wieder die Rechtsfrage. Vincke eiferte: wie dürfen wir das Land mit neuen Verpflichtungen belasten, solange der Vereinigte Landtag nicht regelmäßig die Lage des Staatshaushalts prüft, und die Regierung ohne unser Wissen Schulden aufnehmen kann? Zum Unglück wagte Bodelschwingh, der fast allein, kaum unterstützt von den schweigsamen anderen Ministern, mit bewunderungswürdiger Geduld die Sache der Krone vertrat, jetzt die unhaltbare Behauptung aufzustellen: eine Bürgschaft dürfe

*) Nach der früher erwähnten handschriftlichen Biographie Stüves.

man doch nicht wie eine Schuld ansehen. Dasselbe hatte er schon vor vier Jahren den Vereinigten Ausschüssen gesagt, damals noch ohne lebhaften Widerspruch.*) Seitdem aber waren die staatsrechtlichen Fragen mannigfach erwogen und durchdacht worden; man erkannte allgemein, das Anleihebewilligungsrecht der Stände verliere jeden Wert, wenn es nicht ganz unzweideutig anerkannt würde. Der Minister sah sich also heftig angegriffen, manche der Abgeordneten gerieten in eine Aufregung, als ob die Krone sie böslich betrügen wollte, und der Gesetzentwurf ward verworfen.

Ähnliche Kämpfe, aber ungleich heftiger und bedeutsamer, erneuerten sich, als die Regierung den soeben erst vollendeten Gesetzentwurf über die Ostbahn nach Königsberg vorlegte. Da das Privatkapital sich versagt hatte, so wollte die Krone selbst den gewaltigen Bau in die Hand nehmen**) und verlangte darum die ständische Bürgschaft für eine Anleihe von 22—25½ Mill. Tlr. Die Notwendigkeit des großen Unternehmens konnte niemand bezweifeln. Es war für die Volkswirtschaft des bedrängten alten Ordenslandes, für die politische Einigung und die militärische Sicherheit der Monarchie geradezu eine Lebensfrage, daß der wilde Weichselstrom, der bisher nur bei Thorn eine elende, dem Verfalle nahe Pfahlbrücke trug, endlich bezwungen wurde und Ostpreußen zu jeder Jahreszeit eine gesicherte Verbindung mit der Hauptmasse des Staates erhielt. Die Vorarbeiten waren längst im Gange; ein genialer Ingenieur, Baurat Lentze hatte schon seit Jahren die Pläne entworfen für die Überbrückung der Weichsel und der Nogat bei Dirschau und Marienburg. Brücken von so riesiger Spannweite kannte man in Europa, selbst in England noch nicht; die Bahn mußte auf weiter Strecke durch die Werder acht Fuß unter dem Wasserspiegel der beiden Ströme geführt werden, und schon waren an 8000 Arbeiter tätig um die ungeheueren Deichbauten auszuführen. Und dies großartige, dem preußischen Staate zu hohem Ruhme gereichende Werk konnte vollendet werden ohne die Steuerzahler irgend zu belasten; die 2 Mill. Tlr., die bereits als jährlicher Staatszuschuß für den Eisenbahnbau angewiesen waren, genügten allein schon, um die Anleihe zu verzinsen und zu tilgen. Trotzdem schien die Bewilligung, wegen der leidigen Verfassungsfrage, den Ständen ganz unmöglich.

Die große Mehrheit der Ostpreußen setzte ihren Stolz darein, dem Lande zu beweisen, daß sie nicht um ihres Vorteils willen die ständischen Rechte preisgeben wollten. Einer ihrer angesehensten Edelleute, Saucken-Tarputschen, ein alter Kämpfer aus den Befreiungskriegen, dessen unverbrüchliche Treue der König selbst wohl kannte, erklärte feierlich: „Wenn ich auch alle Hütten meines Landes durch die Bewilligung des Anlehens

*) S. o. V. 185.

**) S. o V. 497

zu Schlössern verwandeln könnte, so würde ich in dem Glauben, daß mit leichtem und ruhigem Gewissen es sich glücklicher und behaglicher in einer Hütte, als mit einem beschwerten im Palaste selbst wohnen läßt, dagegen stimmen." Und wieder verteidigte Vincke in einer hinreißenden Rede das, was er Recht nannte: „Es gibt Lagen in dem Leben der Staaten, wo der Patriot sein Haupt verhüllt, in sein Inneres zurückgeht und den festen Entschluß faßt, nur der inneren Stimme zu folgen, welche ihm zuruft: tue recht und scheue niemand!" Hansemann aber benutzte die Gelegenheit um auch den Kriegsschatz anzugreifen, der, nach seiner kaufmännischen Weltanschauung, dem Staate in Zeiten der Bedrängnis viel weniger nützte als eine gute Nationalbank, und beantragte, die Krone möge vorläufig 10 Mill. aus dem Staatsschatze für diesen Eisenbahnbau verwenden. Dabei tat er den kühnen Ausspruch, der in der zartbesaiteten Geschäftswelt überall Widerhall fand und alsbald zum geflügelten Worte wurde: „in Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf."

Und war denn das Recht, um dessentwillen so viel Pathos verschwendet wurde, wirklich so unzweifelhaft und so wertvoll? Konnten die Ostpreußen nach Vollendung der Ostbahn wirklich nicht mehr in ihren Hütten und Palästen mit ruhigem Gewissen schlafen — bloß weil der Vereinigte Landtag seine periodische Berufung zwar mit Gewißheit erwarten durfte, aber noch nicht förmlich zugesichert erhalten hatte und das Recht der Bewilligung von Kriegsanleihen noch nicht besaß? Durften die Stände wegen solcher Spitzfindigkeiten das Wohl des Landes mit Füßen treten und ein Gesetz, das sie selber vollkommen billigten, zurückweisen? Otto v. Bismarck wenigstens vermochte diesem Rechtsfanatismus nicht zu folgen. Unter dem lauten Murren der Versammlung warf er den Gegnern vor, sie wollten „gleichsam ein Retentionsrecht an dem Rechte der Anleihebewilligung ausüben"; er fragte, ob sie es nicht selber „mit dem Namen der Erpressung brandmarken" würden, wenn die Regierung ihre administrativen Wohltaten von dem politischen Verhalten der Provinzen abhängig machte? Die Warnung des jungen Feudalen, den man überall nur für einen Heißsporn der Reaktion ansah, fruchtete nichts. Die Anleihe wurde mit Zweidrittel-Mehrheit verworfen, obgleich der gesamte Herrenstand mit einer einzigen Ausnahme dafür stimmte. Da die Stände jedoch den Unsinn dieser Ablehnung selber fühlten, so fügten sie noch die völlig widersprechende Bitte hinzu: der König möge dem nächsten Landtage eine neue Proposition über die Ostbahn vorlegen und bis dahin die begonnenen Arbeiten fortsetzen lassen.

Diese unselige Verhandlung entschied über das Schicksal des Landtags. Sie brachte den König, der die ganze Verwirrung freilich selbst verschuldet hatte, zu der Einsicht, daß er sich mit seinen Ständen nicht verständigen könne. Wie hoffnungsvoll war er in die neue Laufbahn eingetreten. Soeben erst hatte er sich von Cornelius die Zeichnung für

eine schöne Denkmünze vorlegen lassen: da stand, umgeben von den vier Ständen, der Genius Preußens, mit der Gesetztafel des Patentes hoch in der Hand, und der Dämon der Empörung floh hinweg. Und jetzt lohnte ihm seine Lieblingsprovinz eine große königliche Wohltat mit schnöder Verneinung und verführte auch die anderen Provinzen zur Unbotmäßigkeit! Den Ehrennamen der „Preußen" wollte er diesen Undankbaren in Schrift und Rede kaum noch gönnen. In höchstem Zorne schrieb er sofort (8. Juni) an Thile: „Es ist gut, daß den ‚Preußen' die Strafe ihres wahnsinnigen Votierens gewaltiglich vors Angesicht gestellt werde. Es ist mein Wille, daß **augenblicklich alle** Arbeiten an der **Weichselbrücke** und Eisenbahn **eingestellt** werden. Mich macht das Verwerfen der Anleihe nicht kalt und nicht warm. Es soll aber die ‚Preußen' kalt und warm machen." Auch General Boyen war über das Verhalten seiner Landsleute entsetzt und stimmte mit dem Monarchen dahin überein: besser „eine Tat des Ernstes, welche den Ständen andere Taten des Ernstes und der Strenge **ahnden** läßt als eine Antwort ohne Tat auf eine Petition viele Tage nach dem gegebenen Skandal." Als einige der anderen Minister dem Monarchen vorstellten, Vertrauen erwecke Vertrauen, Gereiztheit erwecke Gereiztheit, da erwiderte er heftig: „**Keiner** der angeführten Gründe faßt. Ernstes **Handeln** (nicht Reden) war nach meiner tiefsten Überzeugung hier geboten. Es mußte dem erkrankenden Landtag und den in Ungesetzlichkeit ersoffenen ‚Preußen' in specie ein Eimer kaltes Wasser über den Kopf gegossen werden. Trotz ihres Soffs wissen sie meisterlich das à propos zu treffen. Man muß mit derselben Waffe des à propos und zwar in der Realität der Staatsmacht sie bekämpfen." *)

Der König beharrte bei seinem Willen. Lentze und seine Leute waren gerade in ihrem Maschinenhause feierlich versammelt um zuzuschauen, wie das erste Eisenstück mit dem eingeformten Bergmannsgruße Glückauf! gegossen wurde; in diesem Augenblicke kam der königliche Befehl, alle Arbeiten sofort einzustellen. Welch ein Eindruck! Drei Jahre lang blieb der Brückenbau unterbrochen, nur die Deicharbeiten wurden fortgeführt. Die Provinz, die ja vor kurzem erst so dringend um den Bau der Ostbahn gebeten, empfand den Schlag sehr schwer, und es zeigte sich unzweideutig, daß die 18 Abgeordneten, welche für die Anleihe gestimmt hatten, mindestens unter den schlichten Leuten des flachen Landes mehr Anhänger besaßen als die 65 Verneinenden. Wer konnte auch die überfeinen Rechtsbedenken begreifen, die das Ordensland um eine solche Wohltat gebracht hatten? Volkstümlich, gemeinverständlich war die Haltung der Landtagsmehrheit nicht. Friedrich Wilhelm hatte jetzt alles Vertrauen zu seinen Ständen verloren, er mochte ihre Verhandlungen gar nicht mehr

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, 8. 10. Juni; Randbemerkung zu Thiles Denkschrift vom 10. Juni 1847.

lesen und auf den Hoffesten gab er den Mitgliedern der Opposition sehr deutlich seine Ungnade zu erkennen. Er wünschte nur noch raschen Abschluß der Beratungen, aber die Ehre einer persönlichen Ansprache wollte er den Undankbaren nicht mehr gönnen. —

Noch viele andere hochwichtige Verhandlungen drängten sich in diesen elf kurzen Landtags-Wochen zusammen. Wenn der König gehofft hatte, bei seinen Lebzeiten würden die Stände ihr Steuerbewilligungsrecht niemals ausüben, so erwies sich diese Erwartung jetzt schon als irrig. Eine Erhöhung der Steuern war allerdings nicht nötig, wohl aber schien eine Veränderung des Steuersystems wünschenswert, und auch sie bedurfte jetzt der ständischen Zustimmung. Die Mahl- und Schlachtsteuer, die in den größeren Städten als Ersatz für die Klassensteuer diente, wurde in der Presse als eine Bedrückung der Armen schon von langeher heftig angefeindet; man verlangte statt ihrer die Besteuerung des Einkommens der höheren Stände, und dieser alte Lieblingsgedanke des rheinischen Liberalismus gewann neue Kraft seit die Lehren der Sozialisten sich zu verbreiten begannen. Allerdings waren die Übelstände, welche die Mahl- und Schlachtsteuer bewirkte, im ganzen Lande bekannt; die Belästigung des kleinen Verkehrs an den Stadttoren forderte den Unterschleif geradezu heraus, in manchen Städten kam jährlich schon auf 300, in einzelnen gar auf 200 Einwohner ein entdeckter Übertretungsfall. Gleichwohl hatte sich auch hier wieder die alte Erfahrung bewährt, daß eine theoretisch sehr anfechtbare Abgabe, wenn sie lange besteht und die Abwälzung sich vollzogen hat, im praktischen Leben ohne sonderliche Beschwerde ertragen wird. Die kleinen Leute litten unter dieser verrufenen Steuer wenig oder gar nicht; vielmehr drängten sich die Arbeiter massenhaft gerade in die mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte, weil ihnen die Steuer durch den höheren Arbeitslohn reichlich ersetzt wurde. Und war es denn so sicher, daß die Preise von Brot und Fleisch nach Aufhebung der Steuer beträchtlich sinken mußten? Unbeschränkter Wettbewerb bestand wohl im großen Verkehr, doch nicht im Kleinhandel mit Lebensmitteln, welche der Regel nach in der Nachbarschaft der Kunden hergestellt wurden; fiel die Steuer hinweg, so war es für die geringe Zahl der städtischen Bäcker und Metzger offenbar vorteilhaft, wenn sie einander nicht gegenseitig unterboten, sondern gemeinsam die Preise auf der alten Höhe zu halten suchten.

Die Frage war sehr schwierig. Der erfahrene General-Steuerdirektor Kühne konnte sich von der unbedingten Notwendigkeit der Reform durchaus nicht überzeugen. Aus politischen Gründen hielt er jedoch für ratsam, daß die Regierung aufregenden Anträgen der Stände selbst zuvorkäme durch einen Vorschlag, der als ein Zugeständnis an die liberale öffentliche Meinung freundlicher Aufnahme sicher war und, wenn er doch scheiterte, die bestehende Ordnung des Staatshaushalts nicht gefährden konnte.*)

*) So gesteht Kühne in seinen Denkwürdigkeiten.

Der Versuch war ehrlich gemeint und fand die königliche Genehmigung. Die Regierung schlug dem Landtage die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer vor; zum Ersatze sollte die Klassensteuer für die ärmeren Stände auch in den Städten eingeführt, jedes Einkommen über 400 Tlr. aber mit einer sehr mäßigen Steuer — das fundierte mit 3, alles andere Einkommen mit 2 Proz. — belastet werden. Doch alsbald ergab sich, daß der zukunftsreiche Gedanke der Einkommensteuer, obwohl ihn die Presse so oft besprochen hatte, noch keineswegs zur allgemeinen Anerkennung gelangt war. Vincke, Beckerath, Schwerin und mehrere andere Liberale erklärten sich dawider. Viele der Grundherren scheuten eine neue Belastung, die ihnen ohne jeden Entgelt zugemutet wurde; sie klagten nicht mit Unrecht, die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte sei zumeist dem beweglichen Kapital zu gute gekommen. Vornehmlich aber fürchtete man den fiskalischen Spürsinn, die Aufdeckung der wirtschaftlichen Verhältnisse jedes Haushalts; war doch auch in England die Einkommensteuer höchst unbeliebt, weil niemand gern die Behörden in seine Rechnungsbücher blicken ließ. Der beste politische Kopf der rheinischen Liberalen, Ludolf Camphausen, ein hoch aufgerichteter hagerer Mann mit scharfen Zügen und strengen großen Augen, verteidigte zwar die Vorschläge der Regierung in einer gedankenvollen Rede, und es war ein Zeichen der Zeit, wie unbefangen dieser reiche kölnische Kaufherr, der in der Zollpolitik ganz freihändlerisch dachte, den gesunden Kern der neuen sozialistischen Lehren würdigte. Er gestand — was die englische Manchesterschule durchaus nicht zugab — daß der Mensch, der lebe, auch das Recht habe zu leben, und die Gesellschaft dies Recht in weiterem Umfange als bisher anerkennen müsse; er verlangte die Einkommensteuer, damit die kleinen Leute entlastet, die Wohlhabenden durch die Selbsteinschätzung fühlbar an ihre sozialen und politischen Pflichten erinnert würden. Die Mehrheit ließ sich jedoch nicht überzeugen; der Landtag begnügte sich mit der unbestimmten Bitte, die Regierung möge auf eine Erleichterung der Abgaben der ärmsten Klassen hinwirken.

Heftigeren Streit erregte das neue Judengesetz. Obgleich Friedrich Wilhelm die Juden so wenig liebte und durch Jacobys Königsberger Genossen unaufhörlich gereizt wurde, so hielt er doch für Königspflicht auch ihnen gerecht zu werden. Er beschloß, das milde Hardenbergische Judengesetz vom Jahre 1812, das bisher nur in den alten Provinzen bestand, von den übrigen Provinziallandtagen aber als allzu liberal zurückgewiesen worden war,*) mit einigen Abänderungen in dem gesamten Staatsgebiete einzuführen. Leider verleitete ihn seine Vorliebe für ständische Gliederung dabei zu einem Mißgriff: er dachte die Judenschaften als Korporationen abzuschließen, was doch rein unmöglich war, da grade die

*) S. o. III. 378.

gebildeten, germanisierten Juden nicht wünschen konnten als eine selbständige Nation neben ihren deutschen Mitbürgern aufzutreten. Wurde dieser Fehler noch ausgemerzt, so bot der Gesetzentwurf den Juden in der Mehrzahl der neuen Provinzen unleugbar eine dankenswerte Erleichterung. Sie erlangten fortan vollständige Gleichheit der bürgerlichen Rechte und Pflichten; nur die landständischen Rechte, die eigentlich obrigkeitlichen Ämter und ein Teil der Lehrerstellen blieben ihnen noch versagt.

Preußens Judenschaft bestand aus sehr ungleichen Schichten. Zu ihr zählten die großen und kleinen Geschäftsleute, darunter viele hochgeachtete; sodann die buntgemischte Schar der Gelehrten, Ärzte und Literaten, die zum Teil durch ihre radikale Gesinnung den Behörden lästig, aber bürgerlich achtbar waren. Dazu endlich ein entsetzlicher Pöbel, der außer einigen ehrlichen armen Leuten eine Unzahl von Wucherern und Güterschlächtern, Trödlern und Roßtäuschern, Schnaps- und Bordellwirten, Faktoren und Schadchen, Hausierern und Schnorrern, Hehlern und Stehlern umfaßte; die deutsche Gaunersprache war ja mit hebräischen Worten überladen. Diese Hefe des Judentums saß vornehmlich im Großherzogtum Posen, in ihr hatte sich aller Schmutz der polnischen Geschichte abgelagert; deutsch war an diesen Leuten mit dem stinkenden Kaftan und den Locken des Gesetzes noch nichts als ihre abscheulich verhunzte Sprache. Darum hatte der preußische Staat die Judenschaft Posens von jeher nach besonderen Gesetzen behandelt und sie neuerdings (1833) förmlich in naturalisierte Juden und Schutzjuden eingeteilt. Der Schutzjude durfte weder das Bürgerrecht in den Gemeinden erwerben noch in eine andere Provinz übersiedeln; wenn er aber ein ehrbares bürgerliches Gewerbe trieb oder ein kleines Landgut bewirtschaftete oder seine Wehrpflicht untadelhaft erfüllte oder auch nur von den Ortsbehörden ein Zeugnis der Würdigkeit erhielt, dann erlangte er leicht die Naturalisation und damit alle Rechte der Juden in den alten Provinzen. Diese auf Betrieb des liberalen Oberpräsidenten Flottwell ergangene Verordnung wirkte sehr wohltätig; die besseren der kleinen Posenschen Juden suchten sich an deutsche Sitte und geregelte Arbeit zu gewöhnen um dadurch zur Naturalisation zu gelangen. Währte diese heilsame Beschränkung noch eine Reihe von Jahren hindurch, dann konnte man vielleicht hoffen, die jüdische Einwanderung nach Berlin und den Nachbarprovinzen, die sich auf die Dauer doch nicht abwenden ließ, einigermaßen zu regeln, so daß sie nicht zur offenbaren Landplage wurde. Die Schranke plötzlich hinwegzunehmen war schon darum unratsam, weil die Juden aus dem russischen Polen, die noch viel tiefer standen als ihre Posener Stammgenossen, bereits gierig nachdrängten und ihr Einbruch schwer zu hindern war. Auch die Ausschließung der Juden von den Staatsämtern entsprach unzweifelhaft der im Volke vorherrschenden Gesinnung, denn alle Obrigkeit bedarf des Ansehens und des Ver-

trauens, an die Gerechtigkeit eines jüdischen Richters aber wollten die Bauern schlechterdings nicht glauben.

In den höheren Ständen dagegen war die Meinung neuerdings stark umgeschlagen. Vor zwanzig Jahren noch hatten nicht bloß die christlich-germanischen Burschenschafter und die konservativen preußischen Provinzialstände, sondern auch die süddeutschen Liberalen die Gleichberechtigung der Juden entschieden bekämpft. Noch nach der Juli-Revolution (1831) veröffentlichte Paulus, das Haupt der liberalen Rationalisten, eine sehr scharfe Schrift gegen „die jüdische National-Absonderung". Auch Rotteck, Welcker und ihre Freunde in der badischen Kammer verwarfen damals noch die völlige Gleichstellung — manche wohl nur weil sie sich vor der entschiedenen Abneigung ihrer Wähler fürchteten. Aber nach und nach drang die abstrakte französische Lehre von dem gleichen Staatsbürgertum aller Einwohner auch in Deutschland vor; die jüdischen Zeitungsschreiber verbreiteten sie geschäftig und wußten das klug ersonnene neue Schlagwort „Juden-Emanzipation" geschickt zu verwerten, obgleich mindestens in den alten preußischen Provinzen eine Sklaverei der Israeliten nicht bestand. Kurhessen war das erste deutsche Land, das den Juden (1833) die unbedingte Gleichberechtigung gewährte; der mit Amschel Rothschild so nahe befreundete Prinzregent wagte den Anträgen des liberalen Landtags nicht zu widersprechen. Dieser erste Versuch bewährte sich sehr schlecht. Grade hier kam an den Tag, daß die Sünden des Wuchers und des Truges durchaus nicht bloß Folgen der Unfreiheit, sondern tief eingewurzelte, so leicht nicht zu überwindende jüdische Nationallaster waren; grade hier, wo die Juden nach Belieben jeden Beruf ergreifen konnten, zeigten sie sich als grausame Blutsauger des armen Landvolks, und so wurde diese Wiege der deutschen Judenbefreiung sehr bald zur Heimstätte eines ganz fanatischen Judenhasses. Trotzdem hielt der Luftzug aus dem Westen an, das französische Recht wurde in weiten Kreisen als die geschriebene Vernunft angesehen; der reiche Breslauer Fabrikherr Milde, ein in Frankreich und England gebildeter ehrlicher Vorkämpfer des neuen liberalen Bürgertums, verlangte im Vereinigten Landtage schon kurzweg, man solle nur einfach die napoleonischen Gesetzbücher mit geringen Änderungen in dem gesamten preußischen Staate einführen.

Auch die Kirchenfeindschaft der radikalen Dichter und Philosophen kam den Wünschen der Juden entgegen. Geringschätzung aller religiösen Gefühle galt schon für das Kennzeichen starker Geister, und der ungeheuerlichen Behauptung, daß der Protestantismus dem Judentum näher stehe als der katholischen Kirche, stimmten viele der liberalen Protestanten zu, welche das Wesen ihres Glaubens nur im Kampfe gegen Rom suchten. Argen Mißbrauch trieben die Verteidiger der Juden-Emanzipation mit dem großen Namen Lessings. Das herrliche Märchen von den drei Ringen, dessen tiefsinnige Ironie sich doch leicht erkennen läßt, da ja nur einer

der Ringe echt ist, wurde ganz gedankenlos ausgelegt, als wäre Lessing selber ebenso stumpfsinnig gewesen wie seine Erklärer, als hätte er den gewalttätigen Islam oder das längst zur Mumie erstarrte Judentum wirklich der Religion der Liebe und der Freiheit gleich stellen wollen. In der Hauptstadt herrschte seit dem Adressensturme der Lichtfreunde wieder fast unumschränkt jene selbstgefällige Aufklärung, welche einst, zu Nicolais Zeiten, ihren Ausdruck gefunden hatte in den echt berlinischen Versen: „Daß Gott sei, lehrte Moses schon; doch den Beweis gab Moses Mendelssohn." Humboldt und sein Kreis wollten als unbedingte Verehrer der französischen Revolution in jeder Beschränkung der politischen Rechte der Israeliten nichts sehen als Glaubensdruck und finstere Barbarei. Leider kannte der große Reisende sein eigenes Vaterland weit weniger als Mexiko oder Sibirien. Er übersah, daß in Preußen nach Verhältnis mindestens achtmal mehr Juden lebten als in Frankreich, und daß diese Israeliten dem polnischen Stamme angehörten, nicht, wie damals noch die Mehrzahl der französischen Juden, dem bildsameren, den Abendländern näher stehenden spanischen Judenstamme. Da er selbst mehr Weltbürger als Deutscher war, so entging ihm auch das allerwichtigste Bedenken: daß die Deutschen leider nicht jenen schönen instinktiven Nationalstolz besaßen, der in Frankreich jedes fremde Volkstum zwang sich der nationalen Sitte unbedingt zu unterwerfen.

Unterdessen hatte das deutsche Judentum einen tapferen, beredten Vorkämpfer gefunden an dem Hamburgischen Juristen Gabriel Riesser, einem edlen, vaterländisch gesinnten Manne, dem seine Freunde nachrühmten, in ihm sei das Recht Gemüt geworden. Die Gleichberechtigung seiner Stammgenossen war ihm Herzenssache; seit dem Anfange der dreißiger Jahre vertrat er sie, oft heftig, aber immer ehrenhaft, in seiner Zeitschrift „der Jude" und in zahlreichen Flugschriften. Selber ein gemäßigter Liberaler, faßte er mutig den Stier bei den Hörnern und bekämpfte namentlich die badischen Liberalen. Er wußte wohl, daß seine Stammgenossen nur wenn sie durchaus zu Deutschen wurden das gleiche Recht verlangen durften; doch da er selbst so grunddeutsch empfand wie sein wackerer Freund M. Veit in Berlin und die anderen gebildeten Juden seines näheren Umgangs, so behauptete er kurzweg, die deutschen Juden hätten ihrer alten Nationalität schon längst entsagt. Hier lag die Schwäche seiner Ausführungen; er setzte voraus was zu beweisen war. Wären alle deutschen Juden wirklich so gesinnt gewesen wie dieser begeisterte Patriot, dann hätte ihre Gleichberechtigung in unserem weitherzigen Volke keinen Widerstand gefunden.

Die Landtagsverhandlungen litten, wie noch heute jeder Streit um die Judenfrage, unter einer rechtlichen Unklarheit. Jude im Sinne des Rechts war nur der Bekenner der mosaischen Religion; wer die vollständige Gleichberechtigung der Juden bekämpfte, geriet also leicht in den

falschen Schein, als ob er die religiöse Duldung, den alten Ruhm Preußens beeinträchtigen wollte. Und doch wurde die preußische Gesetzgebung den Juden gegenüber schon seit anderthalb Jahrhunderten allein durch weltlich-politische Gedanken bestimmt. Religiöse Skrupel waren es doch wahrhaftig nicht, welche den königlichen Freigeist Friedrich bewogen, den Namen Moses Mendelssohns von der Kandidatenliste der Akademie zu streichen; und wenn der Staat gegenwärtig die Posener Schutzjuden nur unter gewissen Bedingungen naturalisierte, so verlangte er von ihnen doch durchaus keine Verleugnung religiöser Gesinnungen, er forderte nur, daß sie sich durch ehrliche Arbeit ernähren und die schwierige Kunst des Waschens und des Kämmens nicht gänzlich verabsäumen sollten. Die Staatsgewalt nahm an, und in der Regel mit Recht, daß ein Jude, sobald er sich taufen ließe, damit auch die Absicht bekundete ganz zum Deutschen zu werden; sie glaubte, dies fremde, der Masse der deutschen Nation unzweifelhaft verhaßte Volkstum sei bisher in seiner Gesittung noch nicht genugsam germanisiert, und man könne darum noch nicht wagen, christliche Deutsche unter den Befehl jüdischer Beamten zu stellen. Um diese rein politische Frage bewegte sich in Wahrheit der ganze Streit. Das Gesetz aber durfte die Juden nur als eine religiöse Gemeinschaft ansehen, weil eine andere rechtliche Grenze zwischen Deutschen und Juden sich ohne Willkür nicht feststellen ließ. Darum stützten sich die Verteidiger des bestehenden Rechts auf die Lehre vom christlichen Staate, die, wie geistvoll sie auch neuerdings in Stahls Schriften vertreten wurde, doch die Rechtsbegriffe nur noch mehr verwirren konnte. Denn so gewiß die Deutschen ein christliches Volk, ihr ganzes Leben und mithin auch ihre Gesetze von christlichem Geiste durchdrungen waren, ebenso gewiß war der deutsche Staat eine weltliche Ordnung, die ihren eigenen Rechts- und Machtzwecken lebte und alle religiöse Tätigkeit grundsätzlich den Kirchen überließ. Überdies bestand das Christentum rechtlich nur in der Form bestimmter Konfessionen, geschlossener Kirchen, und da das paritätische Preußen keine Staatskirche kannte, so verloren sich die Verteidiger des christlichen Staates in unbestimmte, allgemeine Behauptungen, denen die Gegner mit ebenso allgemeinen Sätzen über Menschenrecht und Menschenwürde antworteten. Auch allerhand häßliche Nebenrücksichten spielten bei der Verhandlung mit; das Judentum hatte sich in die moderne Gesellschaft schon so tief eingefilzt, daß eine rein sachliche Behandlung der Frage längst nicht mehr möglich war. In der vornehmen Welt wußte jedermann, daß manche der Grundherren im Landtage jüdische Schuldknechte waren und ihre Abhängigkeit von den Berliner Bankiers, die hinter den Kulissen geschäftig arbeiteten, doch nicht gern verraten wollten.*)

So kam es, daß die lange Beratung über das Judengesetz nur wenig fruchtbare Gedanken zu Tage förderte. Im Namen des Christentums

*) Berichte von Knyphausen, 21. Mai, von Platen, 13. Juni 1847.

mahnte Beckerath salbungsvoll: „Lassen Sie uns keinen, dem Gott das unvergängliche Siegel seines Ebenbildes auf die Stirn gedrückt hat, ausschließen aus dem Kreise menschlicher Berechtigung!" Aber das Menschenrecht bestritt den Juden niemand, sondern nur das Recht, Staatsämter in einem christlichen Volke zu bekleiden. Ebenso unglücklich sprach Minister Thile, als er endlich seine schweigsamen Lippen zu einer Rede, die einer Predigt glich, öffnete. Er meinte, der Jude könne niemals ein Deutscher, ein Preuße werden, sein Vaterland sei Zion — eine Behauptung, die doch nur auf die kleine Zahl der streng gläubigen Israeliten zutraf. Auch Eichhorn zeigte sich nicht als wirksamer Redner, als er die Idee des christlichen Staates verteidigte. Diese christlichen Doktrinen überschüttete dann Vincke mit der Lauge seines Hohnes, in einer blendenden, aber höchst unklugen Rede, die gradezu darauf auszugehen schien, den frommen König in seinen heiligsten Gefühlen zu verletzen und im Grunde nur flaches Gespött enthielt. Unter schallendem Gelächter führte er aus: ein christlicher Staat sei doch unmöglich, da die Bibel sage: du sollst nicht töten — und was der Witze mehr war; daß dieselbe Bibel tief ernst von der Notwendigkeit des Krieges und der Hinrichtungen spricht, schien er gar nicht zu wissen. Mit der ganzen Dreistigkeit der Sarmaten empfahl nachher der Pole Jaraczewski die Emanzipation der Juden, damit seine Heimat Posen von der Überzahl ihrer Israeliten entlastet würde; um die geduldigen deutschen Nachbarn zu beschwichtigen sagte er tröstend: die Juden glichen dem Wasser, das aufgestaut leicht versumpfe und das Land verpeste, aber frei durch die Gefilde dahinströmend alle seine wohltätigen Eigenschaften zeige.

Der liberalen Mehrheit behagten die fröhlichen Weissagungen des Polen weit mehr als die Warnungen des Pommern v. Thadden-Trieglaff, der, im schärfsten Gegensatze, „die Emanzipierung der Christen von den Juden" verlangte und namentlich die Wirksamkeit jüdischer Lehrer in christlichen Schulen gefährlich fand. Thadden war eines jener Originale, wie sie in dem erregten Gemütsleben der Erweckten, der Stillen im Lande sich zuweilen ausbilden, ein gottseliger Kriegsmann aus den Befreiungskämpfen, tief fromm, von kindlicher Sittenreinheit, mildtätig bis zur Verschwendung, aber ganz und gar kein Kopfhänger, vielmehr heiter, überaus witzig, vielbelesen, frei von Menschenfurcht und darum gern bereit, den Gegnern seiner hochlegitimistischen Gesinnung jeden Freimut zu gestatten. Wer ihm näher trat mußte den Patriarchen Hinterpommerns lieb gewinnen; die Liberalen aber hielten ihn kurzweg für einen Narren.

Nicht viel höher schätzten sie seinen jungen Liebling Bismarck, der jetzt ebenfalls die Lehre vom christlichen Staate verteidigte. Naiv wie der Genius ist, bekannte sich Bismarck zu der naturwüchsigen Empfindung, die in der Masse des deutschen Landvolks unleugbar vorherrschte: „ich würde mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen, wenn ich mir als Re-

präsentanten der geheiligten Majestät des Königs einen Juden denke." Dann schlug er die tiefen Töne deutschen Stolzes an. Beckerath hatte nach seiner elegischen Weise von einem jüdischen Jüngling gesprochen, der im Befreiungskriege gefallen war und sich also, da die Juden noch immer nicht Minister werden konnten, umsonst aufgeopfert hatte. Gegen diese dünne Gefühlsseligkeit brach nun Bismarck gewaltig los: „Ich kann nicht glauben, daß ein Blut vergebens geflossen ist, welches für die deutsche Freiheit floß, und bisher steht die deutsche Freiheit nicht so niedrig im Preise, daß es nicht der Mühe lohnte dafür zu sterben, auch wenn man keine Emanzipation der Juden damit erreicht." Ein großes Opfer wollte er in einem solchen Tode überhaupt nicht sehen; vielmehr wünschte er den Deutschen „das stolze Gefühl der National-Ehre" das den Engländern und Franzosen verbiete ihre Gesetze dem Auslande nachzubilden.

Auf diese Gedanken kam er auch in anderen Reden beharrlich zurück. Nichts empörte ihn tiefer als das liberale Märchen, daß die Preußen um der erhofften Verfassung willen den Freiheitskrieg geführt hätten. Für diesen Krieg, erwiderte er heftig, brauchte unser Volk keinen „anderen Grund als die Schmach, daß Fremde unserem Lande geboten"; wer das leugnet, „erweist der National-Ehre einen schlechten Dienst." Und als die Liberalen den jungen Mann, der ja die Befreiungskriege nicht mit erlebt hatte, von oben herunter abfertigten, da erwiderte er mit jenem mächtigen Selbstgefühle, dessen Berechtigung erst die Taten der Zukunft erweisen sollten: „Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, die damals bekämpft wurde, im Auslande gelegen habe; soeben bin ich aber belehrt worden, daß sie im Inland gelegen hat, und ich bin nicht sehr dankbar für diese Aufklärung." Über die Macht und Einheit des Vaterlandes hatte schon mancher Redner dieser reichbegabten Versammlung edel und warm gesprochen; aber so kühn, so sicher, mit einem solchen Teutonentrotze wie dieser verrufene märkische Junker sagte doch niemand sonst: Deutschland über alles! Es war die Stimme des Mannes, der einst das Werk der Staufer und der Hohenzollern vollenden sollte.

Die Kurie der drei Stände verlangte noch einige Erweiterung der jüdischen Rechte, sie wollte sogar die Juden Posens den übrigen sofort gleich stellen. Da die Herrenkurie jedoch diesem leichtsinnigen Beschlusse widersprach, so blieb die für alle Teile heilsame Sonderstellung der Posener Juden bestehen, und am 23. Juli 1847 wurde das neue Judengesetz veröffentlicht, das im wesentlichen dem Entwurfe der Regierung entsprach; nur der unglückliche Gedanke der Einrichtung inkorporierter Judenschaften war aufgegeben. Der milde und gerechte Geist des Gesetzes ließ sich gar nicht verkennen, wenn man die Zustände der deutschen Nachbarstaaten verglich: die sächsischen Juden durften ja nur in zwei Städten des Landes wohnen, die mecklenburgischen an manchen Orten nicht einmal übernachten. Aber der Dank blieb aus, die hochherzige Gewährung weckte nur neue

Begehren. Die liberale Presse lärmte, sie forderte die Freiheit wie in Kurhessen, und schon ließ sich vorhersehen, daß die Gedanken des napoleonischen Rechts über lang oder kurz den Sieg erringen würden.

Auch die Polen verlangten von den Ständen „Erhaltung ihrer Nationalität und Sprache." Aber im Vereinigten Landtage zeigten dieselben Männer, die auf ihrem Provinziallandtage so oft zuchtlos getobt hatten, eine auffällige Bescheidenheit, Fürst Radziwill galt in der Herrenkurie sogar für einen warmen Anhänger der Regierung. Die Mäßigung war schlau berechnet; denn der große Polenprozeß stand grade vor der Tür, und die polnischen Abgeordneten fürchteten durch Kundgebung ihrer wahren Gesinnung das Schicksal ihrer angeklagten Landsleute zu erschweren. Die Liberalen erwiesen den Polen, trotz der frechen Empörung des vergangenen Jahres, eine schwächliche, sentimentale Teilnahme. Vincke sprach wieder sehr schön und wieder sehr unklug, ohne jede Sachkenntnis; er empfahl Nachgiebigkeit, damit die Polen „sich ganz deutsch und preußisch fühlten" — woran sie doch selber gar nicht dachten. Wie tief ward diese deutsche Fremdbrüderlichkeit beschämt, als der oberschlesische Pole Wodiczka jede Gesinnungsgemeinschaft mit den Posener Unzufriedenen feierlich zurückwies. Die Polen, rief er aus, sehen uns nicht als polnische Brüder an; und in der Tat waren die schlesischen Wasserpolaken von ihren sarmatischen Nachbarn durch die Verschiedenheit der Geschichte, der Sitten, des Dialekts scharf getrennt und der Krone Preußen dankbar ergeben. „Wir Oberschlesier", so schloß Wodiczka, „wollen nur als deutsche Brüder, als Preußen angesehen und behandelt werden." Der Landtag nahm die Petition der Posener an, obgleich er sich, nach dem Patente, mit Provinzialbeschwerden nicht befassen durfte. Der sechsjährige gemeinsame Kampf gegen die Regierung hatte die Provinziallandtage einander genähert, der Parteigeist überwucherte den alten deutschen Markmannenstolz, die liberalen Polen zu begünstigen galt jetzt selbst in Ostpreußen schon als eine liberale Ehrenpflicht. Der König aber, der seinen Polen auch nichts übel nahm, ließ die Bittsteller gnädig bedeuten, sie sollten ihren Antrag gehörigen Orts, bei ihrem Provinziallandtage oder unmittelbar vor dem Throne einbringen, dann könnten sie wohlwollender Prüfung sicher sein. Nachher wurde die Mehrheit durch ihre Polenschwärmerei noch zu einem höchst unziemlichen Beschlusse verleitet: sie bat den König schon im voraus, gegen die gefangenen polnischen Verschwörer „nach Möglichkeit Gnade walten zu lassen", obgleich doch erst der bevorstehende Polenprozeß erweisen konnte, wie schwer diese Rebellen sich gegen ihre milde Regierung vergangen hatten. Eine Besprechung ward absichtlich unterlassen, weil man die Gefühle der polnischen Abgeordneten, deren Freunde und Verwandte im Kerker saßen, zartsinnig schonen wollte.

Wie hier, so wurden auch in vielen anderen Fällen die kleinlichen Vorschriften der Geschäftsordnung übertreten. Der König stand schon längst auf der schiefen Fläche, vor der ihn Metternich so oft gewarnt hatte.

Ein solcher Landtag, so zahlreich, so stark an Talenten, so tief bewegt von den Ideen einer unruhigen Zeit, mußte gradezu übergreifen, er mußte alles was des Vaterlandes Wohl und Wehe berührte zu besprechen suchen. Nach dem Patente sollte er sich nur mit inneren Angelegenheiten befassen; die Einverleibung Krakaus aber und die langjährige Unterbrechung des Handelsverkehres mit dem revolutionären Spanien hatten in mehreren Provinzen, zumal in Schlesien, Handel und Wandel schwer geschädigt, und wie konnte man diese Landesbeschwerden erörtern, ohne die europäische Politik zu berühren? Minister Canitz erkannte das selbst und versicherte den Ständen, eine taktvolle Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten solle ihnen nicht verboten werden. Wie wenig ahnte er die Wirkung seiner leichthin gesprochenen Worte! Alles jubelte; man nahm an, die Krone wolle den Ständen freiwillig ein neues Recht gewähren. Auch der Marschall der Kurie der drei Stände, Rochow-Stülpe teilte diese Meinung. Er hatte vor kurzem noch in der Verfassungskommission alle reichsständischen Pläne des Königs hartnäckig bekämpft, er war nachher gleichwohl zum Landtagsmarschall ernannt worden und bemühte sich mit großer Selbstverleugnung, sein schwieriges Amt unparteiisch zu handhaben. Jetzt erklärte er einfach: bisher hätte er alle Petitionen über auswärtige Politik als unstatthaft zurückgewiesen, nunmehr würde er sie zulassen.

Darüber gerieten nun der Hof und das gesamte konservative Lager in begreifliche Aufregung. Der Prinz von Preußen bestürmte seinen königlichen Bruder mit ernsten Vorstellungen. Ohnehin kein Freund des sarkastischen Canitz, lebte er ganz in den Gedanken preußischer Großmachtspolitik; und wohin trieb man, wenn dieser Landtag, der nur zu beraten hatte, also keinerlei Verantwortlichkeit trug, die europäische Politik der Krone jederzeit durch leichtfertige Petitionen stören durfte? Der alte Welfe, der dem preußischen Minister als einem Gegner des hannoverschen Staatsstreichs noch von seiner Gesandtschaftszeit her grollte, schrieb hämisch: „Habe mich nicht geirrt auf Dummheit des Canitz.“*) Am Berliner Hofe sagte man laut: Canitz verdiene an demselben Stricke gehenkt zu werden, den er sich selber durch seine Rede gedreht hätte. König Friedrich Wilhelm wollte diesen Minister, der ihm besonders wert war, nicht fallen lassen; er fühlte auch, daß man dem Landtage die auswärtige Politik nicht gänzlich verschließen konnte. Aber solange er selbst in königlicher Weisheit noch nichts geändert hatte, sollten ihm die Stände keinen Schritt weit über die gewährten Rechte hinausgehen. Darum nannte er (20. Mai) die Rede des Landtagsmarschalls „funest“ und sagte: „Das ist gegen mein Gesetz vom 3. Febr. und muß coute que coute repariert werden.“**) Nach einem großen Ministerrate sah sich Canitz genötigt, vor dem Landtage

*) Knyphausens Bericht, 22. Mai 1847, mit Randbemerkung König Ernst Augusts.

**) König Friedrich Wilhelm an Thile, 20. Mai 1847.

seiner ersten Rede eine stark einschränkende Auslegung zu geben. Aber die Schleußen waren geöffnet. Heftige Ausfälle gegen den Deutschen Bund, leidenschaftliche Klagen über die Zerrissenheit des Vaterlandes ließen sich nicht mehr verbieten. Eine Petition um Wahrung des deutschen Rechts in Schleswigholstein wurde sogar förmlich an eine Kommission verwiesen. Deren Bericht kam erst spät zustande, erst in dem Augenblicke, da der Landtag geschlossen werden sollte. Da erhob sich plötzlich Graf Schwerin und verlas eigenmächtig vor dem gesamten Landtage den Kommissionsbericht, der sich sehr warm für die Rechte Nordalbingiens aussprach. Die Versammlung stimmte mit brausendem Zurufe bei, und obwohl der Landtagsmarschall das ungesetzliche Verfahren nachträglich rügte, so vermochte er doch an der geschehenen Kundgebung nichts mehr zu ändern.

Niemand konnte es hindern, alle die lange verhaltenen Wünsche der ungeduldigen Zeit wurden im Landtage laut. Die Stände verlangten Öffentlichkeit der Beratungen der Stadtverordneten, und die Krone konnte nicht umhin, durch eine Kabinettsordre vom 23. Juli 1847 der Forderung zu entsprechen. Sie beschlossen einstimmig, auf Auerswalds Antrag, eine Bitte um Preßfreiheit; eine Debatte hielten sie für überflüssig, denn über die Unmöglichkeit der Zensur waren schon alle Parteien einig. Thadden-Trieglaff veröffentlichte bei dieser Gelegenheit eine ungehaltene Rede, die in dem Satze gipfelte: „die Preßfreiheit, aber der Galgen daneben!" Die Rede enthielt in paradoxer Form manche gesunde Gedanken und fand den Beifall des Prinzen von Preußen. Der freimütige Sonderling sah die Zeit kommen, da die Menschen nicht mehr an Gott, wohl aber an ihre Zeitung glauben würden; er erkannte die allen demokratischen Epochen gemeinsame Gefahr der moralischen Feigheit, die sich in der Scheu vor jeder persönlichen Verantwortlichkeit, in dem Verlangen nach geheimen Wahlen und Anonymität der Presse bekundet. Darum forderte er Aufhebung der Zensur, strenge Bestrafung der Preßvergehen, Unterzeichnung aller Artikel. Aber die Anonymität der Zeitungen war längst mit allen modernen Lebensgewohnheiten verwachsen; die Rede wurde nur verhöhnt und erlangte schon wegen ihres herausfordernden Hauptsatzes ganz unverdientermaßen einen sprichwörtlichen Ruf als Probstück reaktionärer Narrheit. Auf diese Forderung der Preßfreiheit wußten die Vertreter der Krone nichts zu antworten, als daß der Bundestag zunächst sein Preßgesetz ändern würde.

Sichtlich in Verlegenheit gerieten sie auch, als Hansemann mit komischem Pathos von der Rednerbühne herab dem Landtage erst das dünne Heft der preußischen Staatshaushalts-Übersicht, dann die dicken Bände des belgischen, des französischen, des dänischen Budgets vorzeigte. Wohl erwiderte Bodelschwingh der Wahrheit gemäß: wir haben nichts zu verbergen; die geheimen Fonds beziffern sich bei uns nicht, wie im konstitu-

tionellen Frankreich auf Millionen, sondern auf 17000 Tlr. Aber diese im ganzen so sparsame, so peinlich rechtschaffene Finanzverwaltung hatte doch auf Befehl des alten Königs 473000 Tlr. an Don Carlos gezahlt, und was hinderte, daß Ähnliches oder Schlimmeres wieder geschah? Eine gründliche und genaue Prüfung des Staatshaushalts ließ sich den Ständen gar nicht mehr vorenthalten; das war ihr gutes Recht, wenn sie Steuern und Anleihen bewilligen sollten. Während also Wünsche, Beschwerden, Anträge jeder Art auf den Landtag einstürmten, verstand die Opposition doch sehr klug, alles zu vermeiden, was sie selber zerspalten konnte. Über die Dissidenten wurde sehr heftig geredet, jedoch über das Verhältnis des Staates zur römischen Kirche sprach niemand, weil die Liberalen aus dem Osten ihre rheinischen Genossen nicht reizen wollten. Das Elend der schlesischen Weber kam zur Sprache, der Prinz von Preußen, Fürst Lichnowsky und andere Mitglieder der Herrenkurie verwendeten sich lebhaft für die Erhöhung der Garnzölle; aber eine grundsätzliche Erörterung der Zollpolitik wurde behutsam vermieden, weil die schlesischen und die rheinischen Liberalen zum Teil Schutzzöllner waren, ihre Freunde aus den Küstenlanden allesamt Freihändler.

Während der letzten Wochen der Tagung bewegten sich die Verhandlungen wesentlich um die längst vorbereiteten Anträge auf Abänderung der Gesetze vom 3. Februar. In dieser Erweiterung der ständischen Rechte sahen viele Liberale die eigentliche Aufgabe des Landtags; die Unterzeichner der verunglückten Erklärung der Rechte suchten jetzt ihr Ziel auf einem anderen Wege zu erreichen. Die Stellung der Regierung war wieder sehr schwierig, ihr fehlte der sichere Rechtsboden. Savigny selbst mußte die Erfahrung machen, daß der große akademische Redner parlamentarischer Erfolge nicht sicher ist; er überzeugte niemand, als er zu beweisen suchte, die früheren Gesetze verpflichteten den König nicht zur regelmäßigen Berufung der Reichsstände. Als die Minister dann gar behaupteten, die Krone hätte keine Garantie für die preußische Bank übernommen, da verwickelten sie sich in beschämende Widersprüche; auf der Banknote, die ein Abgeordneter entrüstet vorwies, stand doch deutlich zu lesen, daß sie von allen Behörden statt baren Geldes angenommen werden mußte, und der König selbst sah sich genötigt, dies zur Beruhigung seiner getreuen Stände nochmals zu bestätigen. Jedoch auch die Opposition bewegte sich im Kreise, wenn sie immer wieder die unklaren Verheißungen der Hardenbergischen Gesetze für unzweifelhaftes Recht erklärte. „So hoch der Himmel über der Erde" — sagte Vincke — „so hoch steht das Recht über den Nützlichkeitsgründen. Möge die unparteiische Geschichte sagen: der erste Landtag der Krone Preußen, insbesondere die Mitglieder der Kurie der Ritterschaft, der Städte und der Landgemeinden, sie wurden als treue und fleißige Ackerer erfunden auf dem Boden des Rechts, sie sind von diesem Boden nicht um einen Fuß breit abgewichen; nicht um eines Nagels Dicke

haben sie nachgegeben von ihrem guten Rechte; sie haben stets unabänderlich beharrt bei dem alten deutschen Grundsatze unserer Väter: Recht muß doch Recht bleiben!" Stürmischer Beifall folgte seinen Worten, aber die Gegner gewann er nicht.

Es war ein trostloses Silbenstechen, treue Patrioten standen hüben und drüben; und dies ganz erbitterte und erbitternde Gezänk hätte der König durch eine klare, rechtlich unangreifbare Fassung seines Patents so leicht verhindern können. Die Notwendigkeit der periodischen Einberufung des Landtags stellte auch Bismarck nicht in Abrede. Ohne sie fehlte dem Landtage das gesicherte Dasein, und den böswilligen Gerüchten, die überall umliefen, blieb Tür und Tor geöffnet: die allwissenden Berliner behaupteten ja schon längst, der Landtag sei nur eine „Pump-Anstalt" für die geldbedürftige Krone und würde erst wiederkehren, wenn die Finanzen wieder Not litten. Aber der König hatte schon versprochen, die Vereinigten Landstände in spätestens vier Jahren wieder zu berufen; jedermann sah voraus, daß diese Frist sich tatsächlich stark verkürzen würde, und unterdessen sollten ja auch noch die periodischen Vereinigten Ausschüsse zusammentreten. War es klug, in solcher Lage den König zu drängen, ihn jetzt schon zur förmlichen Änderung seiner soeben verkündigten Gesetze zu nötigen? Darüber durften einsichtige Männer wohl verschiedene Meinungen hegen. Bismarck erklärte den Liberalen zu ihrem heftigen Unwillen, er könne die Meinung des preußischen Volks nicht in den Versammlungen des Königsberger Böttchershöfchens vertreten finden; er riet, man möge mindestens das Gras dieses Sommers über den Streit wachsen lassen, ehe man neue Forderungen stelle. Auch die Herrenkurie wollte sich, da die Rechtsfrage so dunkel war, nicht zu einer Rechtsverwahrung verstehen, sondern nur zu Bitten an den König. Sie zeigten sich keineswegs engherzig; die Fürsten Wied, Lichnowsky, Lynar, die Grafen Dyhrn, York, Zieten sprachen entschieden aus, Preußens Herrenstand dürfe nimmermehr dem Beispiel des verblendeten bourbonischen Adels folgen. Bei der Mehrheit aber gab den Ausschlag das Ansehen des Prinzen von Preußen, der nochmals, unbekümmert um die Verleumdungen draußen, für seinen königlichen Bruder eintrat. Immer wieder mahnte er zum Vertrauen: wenn es je einen König von Preußen geben könnte, der die ständischen Rechte willkürlich ändern wollte, „so glaube ich mit Stolz sagen zu können, daß ein solcher König nicht seiner Ahnen würdig dastehen würde. Daß ich diese Gesinnungen meinem Sohne einprägen und sie auf ihn vererben werde, diese Versicherung glaube ich geben zu können, und so Gott will wird es so weiter gehen." So dachte er stets nur an seinen Sohn; seine eigene Zukunft ahnte er nicht.

Nach langwierigen Verhandlungen kamen alle schärferen Anträge zu Falle, und die vier Kurien einigten sich über eine sehr bescheidene Petition: sie baten den König um periodische Einberufung des Landtags und dem-

gemäß um Beschränkung des Wirkungskreises der Vereinigten Ausschüsse; sie baten ihn endlich, „mit Beziehung auf die frühere Gesetzgebung und aus Gründen der Nützlichkeit und inneren Notwendigkeit" die Wahl der Ausschüsse für jetzt auszusetzen. Eine schwüle Stimmung herrschte im Hause, und bei dem letzten Hoffeste auf Sanssouci gedachte Thadden-Trieglaff ahnungsvoll des Liedes: O Richard! o mon roi! l'univers t'abandonne. Des Königs Antwort lautete abschlägig, aber nicht ganz ungnädig, obgleich die Stände den Monarchen mittlerweile durch den unglücklichen Beschluß über die Ostbahn bitter gereizt hatten. Im Stillen fühlte Friedrich Wilhelm längst, daß die periodische Berufung der Vereinigten Stände nunmehr unvermeidlich war; vorher aber mußte alles, was er in den Verordnungen vom 3. Februar anbefohlen hatte, gehorsam ausgeführt werden, dann erst wollte er frei, ungedrängt, nach seiner königlichen Weisheit entscheiden. Deshalb versprach er, die Anträge auf periodische Einberufung des Landtags und auf Beschränkung der Ausschüsse „in sorgsame Erwägung zu ziehen"; dagegen sollten die Ausschüsse jetzt sogleich neu gewählt werden, da er ihnen demnächst den lange vorbereiteten Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs zur Begutachtung vorlegen wollte.

Diese königliche Botschaft erschien am 24. Juni. Schon zwei Tage darauf sollte der Landtag geschlossen werden, der König selbst war inzwischen bereits in tiefem Unmut abgereist. Da galt es denn rasch zu entscheiden, ob man die Wahl vornehmen dürfe, und der Landtag endete, wie er begonnen, mit einem unfruchtbaren Rechtsstreite. Die Vereinigten Ausschüsse waren eine gänzlich verfehlte Künstelei — daran zweifelte eigentlich niemand mehr — aber vor sechs Jahren durch die absolute Krone geschaffen, bestanden sie unzweifelhaft noch zu Recht; der Landtag selbst hatte das nicht bestritten und folglich war er auch zu der gesetzlichen Neuwahl verpflichtet. Daß die Rechte des Landtags beeinträchtigt würden, wenn ein von ihm selbst erwählter Ausschuß ein unmaßgebliches Gutachten über das Strafgesetzbuch erstattete — diese spitzfindige Behauptung konnte sich nur auf gewaltsam herbeigezogene, dem Volke unverständliche Rechtsbedenken stützen. Da jedermann wußte, daß der König geneigt war die periodische Einberufung des Landtags in einer nahen Zukunft zu bewilligen, so gebot schon die monarchische Ehrfurcht, daß man ihn nicht durch störrischen Eigensinn erbitterte; und wenn die Opposition nicht wählte, dann schloß sie sich ja selbst von den Vereinigten Ausschüssen aus.

Alle diese handgreiflichen politischen Bedenken galten dem unaufhaltsamen „Abgeordneten der Grafschaft Mark" gar nichts. In den stürmischen Vorberatungen verlangte Vincke kurzweg, man müsse sich der Wahl enthalten. Das nannte er Recht. Der Ruhm der unbedingten Folgerichtigkeit, der von praktischen, dem Vaterlande dienenden Staatsmännern immer gering geschätzt wird, war ihm eines und alles. Diesmal aber versagten sich seine ostpreußischen Freunde, die ihre strenge Rechtsgesinnung doch

genugsam bewiesen hatten. Einstimmig erklärten sie, daß sie wählen würden, wenn auch unter Vorbehalt der Rechte des Landtags. Das Ergebnis war, daß nur 58 Abgeordnete sich der Wahl enthielten; darunter waren 28 Rheinländer, Hansemann, Mevissen und ihre Anhänger, aber kein einziges Mitglied der Herrenkurie. 157 Mitglieder wählten unter verschiedenen Vorbehalten, die allesamt gesetzlich nichts bedeuteten; 284 wählten unbedingt. Der Versuch, die Erklärung der Rechte zu wiederholen, war also kläglich gescheitert; Vincke hatte abermals seiner eigenen Partei eine Niederlage bereitet. Gleichwohl hinterließ diese vielbestrittene Wahl peinliche Eindrücke. Man trennte sich nicht gradehin in Feindschaft, aber mit dem schmerzlichen Gefühle, daß köstliche Kräfte fast nutzlos vergeudet waren. Bodelschwingh selbst sprach, als er die Sitzungen schloß, tief bewegt aus: „daß die Ergebnisse des Vereinigten Landtags weniger fruchtbringend für das Land gewesen sind als sie es hätten sein können." Im Volke hatten die glänzenden Redner des Landtags viel Bewunderung gefunden; ihnen gegenüber war das gefürchtete Beamtentum, da es eigentlich nur durch Bodelschwingh und einige tüchtige Regierungskommissäre, wie Kühne, würdig vertreten wurde, sehr schwach erschienen, viel schwächer als es wirklich war. Jedoch ein starkes, sicheres Gefühl, sei es des Hasses, sei es der Freude, konnten diese so geistreichen und doch so wunderlich verworrenen Verhandlungen nirgends erregen. Auch die Treuen wußten nicht mehr woran sie sich halten sollten, und solcher ratloser Mißmut war zu allen Zeiten der fruchtbare Nährboden der Revolution. An dieser gefährlichen Verstimmung trug aber niemand größere Schuld als der König, der die Nation so ganz väterlich nach seinen unerforschlichen Ratschlüssen gängeln wollte.

Die Schlußverhandlungen des Landtags steigerten den Unwillen Friedrich Wilhelms aufs Höchste. Er dachte alles Ernstes, die Abgeordneten, welche die Wahl verweigert hatten, aus dem Landtage auszuschließen oder sie wegen Ungehorsams zu bestrafen. Die Oberpräsidenten der unzufriedenen Provinzen aber stellten ihm allesamt dringend vor, solche Maßregeln würden die Mißstimmung verschärfen, und so ward der Plan aufgegeben.*) Besser begründet war der Zorn des Königs wider die Landräte Vincke, Bockum-Dolffs, Bardeleben, Platen, die sich unter den Liberalen hervorgetan hatten. Sobald es ernst ward mit dem ständischen Leben, mußte die Stellung der Regierungsbeamten im Landtage irgendwie geordnet werden. Daß der Landrat Vincke, der Untergebene Bodelschwinghs als Führer einer unversöhnlichen, die gesamte Rechtsanschauung der Minister bestreitenden Opposition aufgetreten war, ließ sich mit der Manneszucht einer geordneten Verwaltung kaum noch vereinbaren. Auf königlichen

*) Berichte an Bodelschwingh von den Oberpräsidenten Wedell, 17. Juli, Eichmann, 8. Juli, Böttticher, 5. Aug. 1847.

Befehl wurden die vier Landräte also befragt, ob sie die Gesetze vom 3. Februar als rechtsverbindlich ansähen und ihnen in ihrer Amtstätigkeit nachleben wollten. Alle vier versprachen, die ständischen Gesetze auszuführen solange es ihr Gewissen erlaube; Vincke fügte hinzu, nötigenfalls würde er rechtzeitig seine Entlassung nehmen. Schon diese Zusage bewies, daß der Rechtsboden, um den man stritt, seinen eigenen Verteidigern nicht so ganz fest erschien. Nunmehr rieten die Minister, von weiteren Maßregeln abzusehen, da weder das Verhalten der Landräte auf dem Landtage noch ihre Gesinnung bestraft werden könnten. Der König ließ es dabei bewenden; doch befahl er Vincke zu bedeuten: „wie mir bei seinen sonstigen guten Eigenschaften und bei meinem besonderen Wohlwollen für seinen verstorbenen Vater eine Umkehr von seinen irrigen Ansichten doppelt erfreulich sein würde." Auch Bardeleben, dessen Antwort etwas unbestimmt gelautet hatte, erhielt noch eine besondere Verwarnung: „ich will ihm Gelegenheit geben, meine wankend gewordene Achtung und mein völlig verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen."*) So milde — weit milder als eine konstitutionelle Regierung verfahren darf — behandelte die absolute Krone ihre Verwaltungsbeamten; doch die wohlweise Väterlichkeit solcher Vermahnungen mußte stolze Männer fast noch schwerer kränken als eine Strafe.

Bei allem Unmut hatte Friedrich Wilhelm keineswegs das Gefühl einer erlittenen Niederlage: Untertanen konnten ihn doch nicht besiegen. Vielmehr glaubte er noch immer, die Zukunft seines Verfassungswerkes fest in seiner königlichen Hand zu halten. In seiner Thronrede meinte er sich ganz unmißverständlich ausgesprochen zu haben. Daher schrieb er an Bunsen: „der sehr kurze Sinn der sehr langen Rede (die ich gesprochen aber nicht gelesen habe) ist der: man wäre ein siebenfaches Rindvieh, 1) eine Verfassung zu fordern, 2) ein noch viel größeres, eine Verfassung zu geben — wenn man schon eine hat. Darum die kurze Hindeutung auf England. Mon chancellier vous dira le reste."**) Um den augenblicklichen Ärger zu vergessen, überließ er sich ganz seiner unruhigen Reiselust. Er ging nach Breslau, wo das Reiterstandbild des großen Königs von Kiß enthüllt wurde, dann nach Pillnitz zu dem geliebten Schwager, dem Prinzen Johann von Sachsen. Freilich, die lustigen Zeiten kehrten nicht wieder, da Kronprinz „Dicky" einst mit seinem Carissimo Sasso di Dante hier am Strande der Elbe „Urküche gegessen" hatte.***) Indes der König fühlte sich wohlauf, und recht von Herzen freute er sich, als ihm hier eine Dankadresse von etwa vierzig Mitgliedern der märkischen Ritterschaft zukam,

*) Kabinettsordre an das Staatsministerium, 24. Juli; Bericht des Staats-Min. 10. Dez. 1847; Kabinettsordre an das Staats-Min., 4. Jan. 1848.

**) König Friedrich Wilhelm an Bunsen, 13. April 1847.

***) Kronprinz Friedrich Wilhelm an Prinz Johann von Sachsen, Dresden, 29. April 1833.

die er sogleich veröffentlichen ließ.*) Nun reiste er nach Ischl zu seiner leidenden Gemahlin, darauf nach Triest und Venedig, dann zurück an den Rhein. Dort verlebte er wieder einen seligen Tag, als er im stillen Waldtale von Altenberg den wiederhergestellten herrlichen Bergischen Dom dem Gottesdienste übergab und damit einen alten Herzenswunsch der Nation, den einst Goethe, Schinkel, Arndt, Harkort und so viele andere ausgezeichnete Männer ausgesprochen hatten, hochherzig erfüllte.

Derweil der König also seinen Mißmut zu vergessen suchte, empfanden seine näheren Freunde sehr schmerzlich das Mißlingen des reichsständischen Unternehmens. Niemand schmerzlicher als der treue Radowitz. Der war den Verhandlungen des Landtags mit Spannung gefolgt und hatte dann und wann aus der Ferne ein Heft „nicht gehaltener Reden" in die Debatten hineingeworfen. Noch vor dem Schlusse der Tagung sah er ein, dies „verstimmte und mißtrauische Geschlecht sei unfähig das Wort seines Königs zu verstehen", und er schrieb ehrlich (13. Juni): „Ich habe mein Leben in historischen Studien zugebracht, aber keinen Regenten gefunden, der mit solcher Zusammensetzung des Herzens und Geistes, so unbefleckt von dem Unrate der politischen Irrlehre, so ernst und so freudig in seinem mühsamen Berufe, einen mächtigen Thron bestiegen hätte. Ew. Königl. Majestät wären der Mann Ihres Volks und der deutschen Nation geworden... dann war der Boden fest gegründet, auf welchem das Gebäude der rechten ständischen Monarchie errichtet werden konnte... Es ist nicht geschehen. Sieben Jahre sind verflossen, die nicht wiederkehren. Im tiefsten Schmerze sorge ich, daß weil das Mögliche nicht versucht worden, jetzt das Unmögliche unternommen werde."**) Er ahnte den Zusammenbruch, und die Stimmung im Lande ward allerdings bedrohlich. Der Landtag selbst ging ziemlich still auseinander. Die Opposition versammelte sich noch einmal zu einem Bankett. Da wurden denn Adressen der liberalen Schwaben und der gesinnungstüchtigen Danziger verlesen, und die 138 Deklaranten gefeiert, die der König zu seinen letzten Hoffesten nicht mehr eingeladen hatte; Fürst Lichnowsky verherrlichte mit gellender Stimme die Eintracht der vier Kurien, Vincke trank auf das Wohl der Ostpreußen, die er für die Zukunft doch nicht missen konnte, obwohl sie ihn bei den Ausschußwahlen allesamt verlassen hatten. In der Heimat wurde nur einigen der Abgeordneten ein festlicher Empfang bereitet, weil das Volk sich über den gerühmten Rechtsboden dieses Landtags kein sicheres Urteil bilden konnte.

Indessen verrieten viele Anzeichen, wie der innere Unfrieden zunahm. In der Presse redeten die enttäuschten Juden täglich frecher. Auf die Dankadresse der brandenburgischen Ritterschaft folgte alsbald eine sehr

*) König Friedrich Wilhelm an Thile, Pillnitz, 17. Juli 1847.

**) Radowitz an König Friedrich Wilhelm, 13. Juni 1847.

grobe, durch den uckermärkischen Liberalen v. Holtzendorff veranlaßte Eingabe märkischer Landleute, welche die Erfüllung der alten königlichen Verheißungen ungestüm forderte. Besonders gefährlich erschien die Mißstimmung im Westen. Einer der rheinischen Landtagsabgeordneten, Stedmann ließ als Manuskript ein Büchlein über das Staatsrecht der rheinischen Herzogtümer drucken, das historisch nachweisen sollte, die Rheinländer hätten früherhin „niemals ein geringeres Maß von persönlicher Freiheit und bürgerlicher Berechtigung genossen" als unter der preußischen Herrschaft. Die Undankbarkeit dieser Westländer, denen der alte König das eiserne Joch Bonapartes vom Halse genommen hatte, wurde nachgrade schamlos. In Mainz entstand ein großer „Rheinischer Verein", der von Krefeld bis nach Karlsruhe hinauf seine Zweigverbände einrichtete und die unbedingte Aufrechterhaltung des französischen Rechts erstrebte. Ein „rheinischer Ausschuß zur Gründung der deutschen Republik" verbreitete massenhaft einen Aufruf „zur Vorbereitung". Das Machwerk konnte, nach der Fülle der Schimpfwörter zu schließen, nur von Heinzen herrühren und schloß mit der Anrede an die Rheinländer: „die Preußen hinaus, oder nieder mit dem Berlinertum."

Friedrich Wilhelm merkte von der dumpfen Luft im Lande sehr wenig. Auf Augenblicke beunruhigten ihn wohl die einlaufenden Berichte über demagogische Umtriebe, und zuweilen geschah es auch, daß lächerliche Kleinigkeiten sein Gemüt tief aufregten. Als der Fürstbischof Diepenbrock ihn auf einen Königsmörder-Verein der Primaner des Neissischen Gymnasiums aufmerksam gemacht hatte, da schrieb er zerknirscht: „Ich fühle mich schuldig, denn vor Gott bin ich für die Bevollmächtigten meiner Autorität verantwortlich. Ich steh' dem Diepenbrock wie ein dummer Junge gegenüber, der das nicht weiß was er **wissen soll**, wenn er ein rechter König ist. Gott besser's!"*) Allein solche Stimmungen verflogen schnell. Noch immer glaubte er seiner Selbstherrlichkeit völlig sicher zu sein. Das zeigte sich deutlich, als General Boyen gleich nach dem Schlusse des Landtags seinen Abschied verlangte. Der alte Held erhielt als Feldmarschall das Kommando des Invalidenhauses und lebte nur noch wenige Monate (bis zum Febr. 1848); ein gütiges Geschick ersparte ihm die Niedertracht der Berliner Revolution noch zu erleben. Das durch Boyens Rücktritt erledigte Präsidium des Staatsministeriums konnte, nach der Meinung von Freund und Feind, niemand sonst erhalten als Bodelschwingh; als Kabinettsminister und Minister des Innern zugleich besaß er ja schon die wichtigste Stellung im Ministerrate, und vor den Landständen hatte er fast allein tapfer den König vertreten. Aber für einen wirklichen Ministerpräsidenten war unter diesem Regimente kein Raum; Bodelschwingh selbst hätte sich solchen Ehrgeizes wohl kaum erdreistet. Savigny erhielt, nach dem Dienst-

*) König Friedrich Wilhelm an Thile und Bodelschwingh, 24. Jan. 1848.

alter, das Amt, das in seinen Händen nur ein Ehrenamt sein konnte und sollte.

So regierte der König in seiner Unumschränktheit weiter, und ganz unmöglich war es, ihn in dem Gange zu stören, den er sich für seine ständische Gesetzgebung vorgezeichnet hatte. Seine Umgebungen unterstanden sich kaum noch zu widersprechen. Höchstens der freimütige General v. Forstner wagte zuweilen, den angebeteten Monarchen über „seine Polen" oder ähnliche Phantasiebilder aufzuklären*); und wenn der liberale Leibarzt, der große Kliniker Schönlein sich mit seiner durch den langen Schweizer Aufenthalt noch gestärkten fränkischen Derbheit einmal ein burschikoses Kraftwort erlaubte, dann lachte Friedrich Wilhelm gemütlich; er kannte das süddeutsche Sprichwort: die Bamberger rauchen keinen feinen! Der ostpreußische Graf Dohna-Lauck, wahrhaftig kein Liberaler, bat ihn im Nov. 1847 flehentlich, die periodische Einberufung des Landtags alsbald auszusprechen, noch bevor eine der vielen ständischen Körperschaften wieder zusammenträte, und zugleich ein einfaches Zweikammersystem einzuführen, so daß die Herrenkurie aus ihrer unerträglichen Mittelstellung herauskäme. Dann würde die ständische Gesetzgebung endlich ihren Abschluß erhalten.**) Es waren dieselben einfachen Gedanken, welche Graf Arnim als Minister so oft verteidigt hatte. Die geheimnisvollen Pläne des Königs standen aber schon fest: zunächst sollten die Stände alles, was er anbefohlen, buchstäblich ausführen, dann erst wollte er den gehorsamen Kindern das letzte Geschenk seiner väterlichen Huld, die periodische Berufung des Landtags ankündigen.

So geschah es auch. Die ständische Staatsschuldenkommission begann befohlenermaßen ihre Tätigkeit, und im Januar 1848 traten die Vereinigten Ausschüsse zur Beratung des Strafgesetzbuchs zusammen. Beckerath erklärte noch im letzten Augenblicke, daß er wegen seiner Rechtsbedenken fern bleiben müsse. Ludolf Camphausen aber erschien, versöhnlicher als die Mehrzahl seiner rheinischen Landsleute; und es machte tiefen Eindruck, als dieser königstreue, durch und durch preußisch gesinnte Patriot den Verlauf der letzten Kämpfe in bewegter Rede, nicht unparteiisch aber auch nicht ungerecht, also schilderte: „Als die Stände bis auf die äußerste Grenze vorrückten und, weit hinübergebogen, die Hand zur Ausgleichung darboten, ist diese Hand im Zorne zurückgestoßen worden. Ein Wort hätte hingereicht, den Verfassungsstreit in Preußen auf immer zu beendigen. Es ist nicht gesprochen worden. Die Folgen müssen getragen werden. Die Geschichte aber wird richten zwischen uns und der Regierung!" Im ganzen zeigte der Vereinigte Ausschuß große Mäßigung, er hielt sich streng an seine nächste Aufgabe. Der Entwurf des Straf-

*) Forstner an Oberstleutnant v. d. Goltz, 15. April 1846.

**) Graf Dohna-Lauck an Bodelschwingh, 28. Juli; dessen Denkschrift „über die gegenwärtige Lage der ständischen Verfassungsverhältnisse", Nov. 1847.

gesetzbuchs war ein ernstes, wohldurchdachtes Werk; nur einzelne seiner Bestimmungen mußten der Empfindung der Zeit allzu hart erscheinen, so die Vorschrift, daß die Todesstrafe in gewissen Fällen durch das Abhauen der rechten Hand und die Aufspießung des Kopfes verschärft werden sollte. Die Rheinländer aber hielten an ihrem Code Napoleon, der im Grunde weit strenger war, eigensinnig fest; ihr „Rheinischer Verein" und ihre kleinen ultramontanen Blätter warnten einträchtig vor „der Schimäre der Verbrüderung, der Zentralisation." Sie wollten nicht sehen, daß es eine Schande war, wenn im Namen desselben Königs von Preußen hier eine Tat für straflos, dort für verbrecherisch erklärt wurde; der sittliche Wert eines gemeinsamen Strafgesetzbuchs blieb ihrem verbissenen Provinzialtrotze ganz unfaßbar. In der Kölnischen Zeitung veröffentlichte der geistreiche Bonner Jurist Ed. Böcking eine scharfe Kritik des Entwurfs, eine Arbeit, die gewiß nicht partikularistisch gemeint war, aber die Rheinländer in ihrem Widerstande bestärkte. Genug, das Gesetz wurde von der liberalen Presse, die den Rheinländern immer nach dem Munde redete, schon im voraus verlästert. Savigny hatte im Landtage nur sehr wenig gesprochen, jetzt führte er die Sache der Krone fast allein und verteidigte mit überlegener Ruhe Punkt für Punkt des verrufenen Gesetzes. Er zeigte, daß nur eine „mißverstandene Humanität" die Todesstrafe oder die Prügelstrafe für Ehrlose bekämpfen könne; er erwies, daß Preußen als ein Glied der großen christlichen Staatengesellschaft verpflichtet sei, auch die im Auslande begangenen Verbrechen zu bestrafen — was die liberale Sanftmut noch bestritt.

Als die Beratungen sich schon zum Ende neigten, kam plötzlich die Nachricht von dem Ausbruch der Pariser Februar-Revolution. Mit einem Schlage verwandelte sich die Welt, alle stillen Wünsche der letzten Jahre gewannen augenblicklich Sprache, und es war nur menschlich, daß der Ausschuß nunmehr beschloß, das Strafgesetzbuch solle nicht eher verkündigt werden, als bis der Vereinigte Landtag auch über die beabsichtigte Reform des Strafprozesses beraten hätte. Schon der letzte Landtag hatte mit gutem Grunde verlangt, das in Berlin bereits eingeführte öffentlich-mündliche Verfahren müßte der gesamten Monarchie zu teil werden. Jetzt schien auch diese Forderung schon überwunden. Das Schwurgericht, das so oft als Bollwerk der Volksfreiheit gefeierte, war in aller Munde, nur durch Geschworene glaubte man die gerechte Handhabung des Strafgesetzes sichern zu können. Savigny aber, der von dem nahenden Sturme noch nichts bemerkte, mahnte bedachtsam: über den Wert der Schwurgerichte gingen die Meinungen doch weit auseinander.

Auch der König ahnte noch nicht, daß eine neue Zeit gekommen war. Er war zufrieden mit dem ruhigen Verhalten seiner Ausschüsse und schloß sie am 6. März persönlich mit einer gnädigen Ansprache. Freudig kündigte er ihnen an: nachdem nunmehr allen seinen Befehlen genügt sei,

wolle er, die Wünsche seiner getreuen Stände genehmigend, die periodische Einberufung des Vereinigten Landtags und demgemäß die Beschränkung der Wirksamkeit der Ausschüsse hiermit anordnen. So war das erlösende Wort endlich ausgesprochen — aber zu spät und darum vergeblich. Ein Jahr früher verkündigt, hätte diese königliche Entschließung den ganzen heillosen Verfassungskampf abgeschnitten und vielleicht sogar bewirkt, daß Preußen mit einem wohlgeordneten, rechtlich gesicherten Ständewesen der Anarchie Trotz bieten konnte. Jetzt erschien die verspätete Zusage, obwohl sie längst beschlossen war, nur wie ein abgedrungenes Zugeständnis. Nach wenigen Tagen schritt die Revolution auch über sie hinweg, und der stolze Herrscher, der seinem Volke Schritt für Schritt den Weg hatte vorschreiben wollen, lag gedemütigt am Boden. —

Neunter Abschnitt.

Der Niedergang des Deutschen Bundes.

Die großen Wandlungen der Geschichte kann der Denker wohl aus ihren Vorbedingungen und Nachwirkungen als notwendig begreifen. Doch niemals vermag er zu erweisen, warum der Umschwung so und nicht anders erfolgen, warum im entscheidenden Augenblicke diese und nicht andere Männer an entscheidender Stelle stehen mußten. Über der Welt der persönlichen Freiheit, über dem Kommen und Gehen der historischen Personen walten Gesetze, deren göttliche Vernunft wir zuweilen ahnen, aber nie ergründen. In Deutschland war die alte fürstliche Selbstherrschaft längst zur Vernichtung reif, und der Übergang zu der notwendigen neuen Ordnung der Dinge konnte noch immer auf friedlichen Wegen erfolgen. Da fügte das Geschick, daß die beiden mächtigsten und geistvollsten Vertreter der monarchischen Vollgewalt, die beiden Herrscher, welche im Hochgenusse ihres königlichen Ichs wie trunken schwelgten, eben zu der Zeit, da eine Versöhnung möglich schien, sich ihrem Volke entfremdeten. Gewiß war es eine furchtbare, eine unausbleibliche Ironie des Schicksals, daß grade die zwei ersten Männer des deutschen Fürstenstandes die Unzulänglichkeit des alten persönlichen Regiments gleichsam am eigenen Leibe erfahren mußten; die einzelnen Auftritte dieser Tragödie des deutschen Absolutismus lassen sich jedoch nur aus persönlichen Erlebnissen und Empfindungen erklären.

In Preußen hatte der König mit der Einberufung der Vereinigten Stände eine Bahn beschritten, welche fast unzweifelhaft zur geordneten ständischen Monarchie zu führen schien; doch ein rätselhafter Eigensinn verbot ihm, seinen hochsinnigen Zugeständnissen zur rechten Zeit die Gewähr zu geben, die ihren Bestand allein sichern konnte; erst als es zu spät war versprach er die periodische Einberufung des Landtags. In Bayern schienen sich zur nämlichen Zeit, um Neujahr 1847, die Verhältnisse ebenso hoffnungsvoll zu gestalten. König Ludwig war aus seinen klerikalen Träumen erwacht. Er hatte während der letzten Monate aus dem demagogischen Getobe der Ultramontanen gelernt, daß diese Partei

die Krone nicht stützen, sondern beherrschen und mißbrauchen wollte.*) Schon waren zwei Mitglieder des verhaßten Ministeriums Abel entlassen; Abel selbst mußte die Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten abtreten und sagte schmerzlich: ich besitze das Vertrauen des Königs nicht mehr. Nicht umsonst hatte der Präsident der Reichsräte, Fürst Leiningen schon im Frühjahr den Monarchen gewarnt: beim Andauern der klerikalen Parteiherrschaft würde die Revolution in Bayern „ein gepflügtes Feld finden.“**) Verliefen die Dinge ruhig, so ließ sich mit Sicherheit hoffen, daß König Ludwig binnen kurzem auch Abel entlassen und die Staatsgewalt wieder in paritätischem Geiste handhaben würde. Der Haß gegen das rohe Parteiregiment der Ultramontanen war sehr hoch gestiegen. Geschah es doch, daß das Münchener Appellationsgericht einen wegen Duells zum Tode verurteilten jungen Polytechniker in zweiter Instanz nur mit kurzer Haft bestrafte und dabei ausdrücklich erklärte: größere Strenge erscheine unbillig, nachdem man die beiden Duellanten Minister Abel und Wallerstein straflos gelassen hätte.

Doch mittlerweile war ein Ereignis eingetreten, das die Stimmungen im Lande plötzlich verwandelte. Im Oktober 1846 erschien die Tänzerin Lola Montez auf dem Münchener Theater, ein verrufenes Weib, das schon in Ostindien, in England, in Paris, in Berlin, in Baden, überall seltsame Abenteuer erlebt hatte. Tochter eines schottischen oder irischen Vaters und einer kreolischen Mutter, besaß sie den Zauber nordischer und südländischer Schönheit zugleich und verdiente es wohl, daß Stieler ihr Bild für die Schönheitsgalerie des Wittelsbachers malte. Eine Künstlerin war sie nicht; aber wenn sie in dem leidenschaftlichen Tanze El Ole allen Liebreiz ihrer üppigen und doch schlanken Glieder zeigte, dann widerstanden die Männer nicht leicht dem Glutblick dieser wundersamen Augen. Frech, schamlos, unersättlich in der Wollust, wie die Sempronia der katilinarischen Verschwörung, verstand sie unter Freunden auch anmutig, ja geistreich zu plaudern; sie tummelte sich gewandt auf feurigen Rossen, sang seelenvoll zur Zither, trug spanische Gedichte lebendig und mit wohltönender Stimme vor; ihren Feinden ging sie herzhaft zu Leibe, mit der Reitpeitsche oder auch mit Ohrfeigen. Den schönheitsfrohen König bezauberte sie auf den ersten Blick vollständig; es war wirklich, so gestand er später selbst, als ob sie ihm einen Minnetrank gereicht hätte. Über ihr vergaß er die Welt, sich selber und seine königliche Würde; und da die wittelsbachische Muse niemals schweigen konnte, so gingen in der klatschsüchtigen Hauptstadt bald erstaunliche Dichtungen von Hand zu Hand, so ein Vers „auf Lolita“, der einen Pentameter vorstellen sollte:

In der Spanierin fand Liebe im Leben ich nur;

so ein anderes Kunstwerk: „Der Dichter, L. M. betreffend. Das Gewölke

*) S. o. V. 323 ff.

**) Fürst Leiningen, zwei Denkschriften über die Reichsräte, April 1846.

ist vergangen, und die Luft ist wieder blau;" so noch ein Stück: „L. M. Wonnemeer die Seelen trinken, tönt zur Zither dein Gesang."

Und seltsam, während eine Schar junger Wüstlinge die gefällige Schöne begehrlich umschwärmte, hielt sich die Neigung des Königs immer noch in gewissen Schranken. Sein alter Verehrer Fürstbischof Diepenbrock in Breslau hatte mit tiefem Schmerz von dem großen Münchener Ärgernis gehört und wagte den geliebten Monarchen geistlich zu ermahnen; der schöne priesterliche Freimut gegen die Gewaltigen dieser Welt ist ja unter den katholischen Prälaten, weil sie sich selbst für die Häupter des ersten aller Stände halten, weit häufiger als in der protestantischen Geistlichkeit. Ludwig nahm die warnenden Worte, da er die edle Gesinnung des Schreibers kannte, ganz unbefangen auf und beteuerte auf sein Ehrenwort, daß er die letzte Liebesgunst von Lola nie verlangt hätte; eine Abschrift dieser Antwort ließ er sogar allen bayrischen Bischöfen zusenden. Dadurch erschien freilich die Macht des dämonischen Weibes nur um so rätselhafter, und Minister Canitz sagte, als ihm der bayrische Gesandte versicherte, diese Liebe sei platonisch, mit der Ruhe des erfahrenen Weltmannes: „das wäre vollends Narrheit!"

Auffällig früh, schon wenige Tage nach Lolas Ankunft, verbreitete sich in München das unsinnige Gerücht, sie sei von den englischen Freimaurern abgesendet um die Jesuiten zu bekämpfen. Grundsätze, gute wie schlechte, waren ihr völlig unbekannt; aber sie wollte herrschen, sie wollte durch die Liebe des Königs auch politische Macht erlangen; und da sie mit ihrer Weiberschlauheit alsbald erkannte, das Ministerium Abel sei verloren, so mochte sie ihre Flagge nicht auf einem sinkenden Schiffe hissen. Auch war es ihr, nach ihren Lebensgewohnheiten, sicherlich unbequem, mit einer Priesterpartei zusammenzugehen, die doch einige Wahrung des äußeren Anstandes verlangen mußte. Ernste sittliche Bedenken hegten die ultramontanen Minister gewiß nicht. So viele Jahre hindurch hatten sie die mannigfachen galanten Abenteuer ihres liebebedürftigen Herrschers mit großer Gelassenheit ertragen; im feindlichen Lager behauptete man sogar — freilich ohne sicheren Beweis — daß sie vergeblich unter der Hand versucht hätten, sich auch diesmal mit der neuen königlichen Geliebten zu verständigen. Gleichviel; schon nach kurzer Zeit gebärdete sich Lola als erklärte Feindin der Klerikalen, sie wollte die neue Esther sein, die das geknechtete Volk der Liberalen vom Druck erlöste, und schenkte sogar den nationalen Bestrebungen des deutschen Liberalismus ihre Gunst. Als Tiedemann und die anderen Abgesandten der schleswigholsteinischen Patrioten in diesen Herbsttagen von König Ludwig empfangen wurden, da bemerkten sie wohl, wie Lolas zierliche Füßchen unter dem Ofenschirm hervorragten.*)

*) Nach Tiedemanns Erzählung.

So geschah das Ärgste was geschehen konnte: der längst schon in ernstem Nachdenken gereifte Entschluß des Königs, mit dem ultramontanen Parteiregimente zu brechen, wurde durch ein gemeines Weib gefördert und erschien, da er endlich zur Ausführung kam, als ein Werk unsauberer persönlicher Ränke. Sobald Lolas Parteistellung entschieden war, brachte die gesamte klerikale Presse Deutschlands, soweit es die Zensur irgend erlaubte, Tag für Tag Schmutzgeschichten vom Münchener Hofe; die Radikalen stimmten mit wiehernder Schadenfreude ein, wie glücklich fühlten sie sich, das Königtum so persönlich entwürdigen zu können, und bald redete alle Welt, als ob der bayrische Staat ganz aus den Fugen ginge. Die bayrische Presse freilich mußte unverbrüchlich schweigen. In Wahrheit lag noch gar keine politische Missetat vor, sondern nur die phantastische Herzensverirrung eines Fürsten, der nach allem was er für Deutschlands Kunst, für den Zollverein, für das bayrische Land getan, doch gewiß ein menschliches Urteil verlangen durfte und grade jetzt im Begriffe stand, sein Volk von einer gehässigen Parteiherrschaft zu befreien. Eben diese Gewißheit ihres nahen Sturzes erbitterte die Ultramontanen aufs äußerste. Sie ließen über Lolas tolle Streiche von Aufpassern genau Buch führen und versuchten noch einmal den König zu warnen durch den Minister Graf Seinsheim, der als alter Freund mit Ludwigs früheren Liebeshändeln sehr genau bekannt war. Seinsheim empfing darauf die scharfe Weisung, sich jeder Einmischung in die Privat-Angelegenheiten des Hofes zu enthalten, und seitdem ward die Sprache der versinkenden Partei mit jedem Tage trotziger.*) Im Januar 1847 übernahm der Eichstädter Graf Reisach das Münchener Erzbistum. Sein erster Hirtenbrief war ein Meisterstück pfäffischer Gleisnerei und Herrschsucht; er mahnte die Gläubigen „euer Prüfstein in allen Dingen sei das Urteil der Kirche", und sprach zugleich von den Tagen Max Josephs, von „den traurigen Zeiten der Zerstörung der Kirche Bayerns" mit einer berechneten Bosheit, welche den König tief verletzte.

Unterdessen konnte die mit Geschenken überhäufte Lola ihre Begehrlichkeit nicht mehr bändigen, sie erbat sich von ihrem hohen Beschützer die Erhebung in den Grafenstand, und er war verblendet genug ihr diese Gnade zu versprechen. Wie töricht immer, ungesetzlich war seine Zusage nicht. Standeserhöhungen gehörten zu den unbestrittenen Prärogativen der Krone; auch galt der Grafentitel in Bayern nicht gar viel, seit Karl Theodor in den Zeiten seines Reichsvikariats so viele arme Ritter gegraft hatte. Als Ausländerin bedurfte Lola aber zugleich der Verleihung des Indigenats, und für diese unbedeutende Förmlichkeit, die gemeinhin ganz glatt ablief, verlangte das Gesetz zunächst die Befragung des Staatsrats, sodann die Unterschrift eines Ministers. Der Staatsrat wagte abzu-

*) Bernstorffs Berichte, 14. Dez. 1846, 2. Febr. 1847.

raten; an dies unmaßgebliche Gutachten war der König jedoch nicht gebunden, und der Hausminister Graf Bray, dessen Unterschrift erfordert wurde, hatte grade einen langen Urlaub angetreten. Da traten die anderen vier Minister, Abel, Seinsheim, Gumppenberg, Schrenck, die an der Sache amtlich gar nicht beteiligt waren, zur Beratung zusammen, und Abel erkannte mit dem Scharfblick des erfahrenen Parteimannes, jetzt sei für ihn die rechte Stunde gekommen, um mit feierlicher Salbung, mit dem ganzen Schmerze tief gekränkter Tugend den längst gebotenen Abschied zu fordern.

Statt dem Könige, wie ihr gutes Recht war, bescheiden vorzustellen, eine solche Standeserhöhung sei ein Ärgernis und müsse auch den Ruf der nicht unmittelbar beteiligten Minister schädigen, überreichten sie ihm am 11. Febr. 1847 ein langes, von Abel verfaßtes Memorandum, das in der Geschichte deutscher Monarchien ohne Beispiel dastand. Unter einem Schwall untertänigster Ergebenheitsversicherungen tadelten sie sein Verhältnis zu Lola mit einer Roheit, die der sechzigjährige Monarch von seinen Dienern nicht hinnehmen durfte. Sie behaupteten: „das Nationalgefühl ist auf das tiefste verletzt, weil Bayern sich von einer Fremden, deren Ruf in der öffentlichen Meinung gebrandmarkt ist, regiert glaubt" — und doch hatte Lola bisher ihren Übermut wohl an einzelnen Polizeibeamten ausgelassen, aber auf den Gang der großen Staatsgeschäfte noch nirgends eingewirkt. Sie versicherten mit ungeheuerlicher Übertreibung: „Eine gleiche Stimmung besteht in Berchtesgaden und Passau, in Aschaffenburg und Zweibrücken, ja sie ist über ganz Europa verbreitet, ja sie ist ganz die gleiche in der Hütte des Armen wie in dem Palaste des Reichen. Es ist nicht bloß der Ruhm und das Glück der Regierung Ew. K. Majestät, es ist die Sache des Königtums, die auf dem Spiele steht." Sie wagten ihrem Könige sogar die offenbare Unwahrheit zu sagen: „auf die Länge würde auch die bewaffnete Macht" dem allgemeinen Unwillen nicht widerstehen, „und wo soll noch eine Hilfe gefunden werden, wenn auch dieses ungeheure Übel einträte, wenn auch dieses Bollwerk schwankte." Allerdings herrschte in den Münchener Kasernen, dank der erbärmlichen Verwaltung des mitunterzeichneten Kriegsministers Gumppenberg, zur Zeit greuliche Unordnung; doch wer sollte glauben, daß diese lebenslustigen, königstreuen bayrischen Soldaten ihrem noch immer geliebten „Ludwigel" wegen einer anstößigen Liebesgeschichte den Fahneneid brechen könnten — wenn sie nicht etwa durch die Priester künstlich aufgewiegelt wurden? Dann drohten die Minister dem Monarchen auch noch mit den „unberechenbaren Folgen" der Verhandlungen des „unter solchen Eindrücken" einzuberufenden nächsten Landtags, der in Wahrheit ziemlich still verlaufen sollte. Zum Schluß baten sie den König, falls er „ihr heißes Flehen nicht erhören" wolle, um ihre Entlassung.

Einige der Unterzeichner mochten vielleicht die Wirkung ihrer Worte

nicht ganz übersehen. Abel jedoch, der seinen königlichen Herrn genau kannte, mußte wissen, daß eine so unehrerbietige, fast drohende Sprache den Selbstherrscher nur reizen konnte. Er wollte brechen und, wie Canitz sarkastisch bemerkte, den unvermeidlichen Rückzug mit allen kriegerischen Ehren antreten. Das Memorandum konnte ebenso wenig geheim bleiben wie vordem Schöns Büchlein Woher und Wohin; nach wenigen Tagen war es auch schon in jedermanns Händen, obgleich alle vier Minister heilig ihre Unschuld beteuerten, und wirkte nunmehr verderblicher als jemals eine demagogische Brandschrift. Auch mancher Unbefangene ließ sich durch den Biedermannston der hochpathetischen Tugendpredigt gewinnen; ihre ganze Fassung war offenbar von Haus aus auf das große Publikum berechnet. Am Münchener Hofe aber blieb den Klerikalen dieser Beweis monarchischer Gesinnung unvergessen; keiner der wittelsbachischen Herrscher seitdem, wie weit auch sonst ihre Neigungen auseinander gingen, hat der ultramontanen Partei je wieder volles Vertrauen gezeigt. Am 16. Febr. wurden die Minister sämtlich entlassen; mit ihnen zugleich mußte auch Hörmann ausscheiden, der Regierungspräsident von Oberbayern, der sich schon vor Jahren in der Mainzer schwarzen Kommission und nachher wieder in München als unerbittlicher Demagogenverfolger ausgezeichnet hatte. Erst seit Abels Memorandum gewann Lola wirkliche politische Macht; war doch nunmehr alles bestätigt was sie ihrem erlauchten Gönner über die Herrschsucht der Ultramontanen gesagt. In ihrem törichten Übermute schrieb sie sogar an die Times: obgleich sie selber bei dem Ministerwechsel nicht mitgewirkt hätte, so glaube sie doch, daß der König durch gerechte Gründe dazu bestimmt worden sei! Mit Ingrimm wendete sich Ludwig von der Partei hinweg, die ihn so lange beherrscht hatte, und sagte in einem alsbald veröffentlichten Sonette:

Ihr die ihr knechten mich gewollt, erzittert!
Ich preis' es, das entscheidende Ereignis,
Das eure Macht auf ewig hat zernichtet.

Sein Zorn ward ganz unbändig, als jetzt auch die ultramontanen Gelehrten ihm entgegentraten. Einer ihrer Heißsporne, der ehrenhafte, tapfere, freimütige Lasaulx beantragte im Senate, die Universität möge den Ministern, die für die Sittlichkeit eingetreten wären, Dank und Anerkennung aussprechen, denn sie sei „die erste sittliche Korporation des Staates" — ein Ehrenname, der nach katholischer Anschauung sicherlich allein der Kirche gebührte. Der Antrag war offenbar ungehörig, da die Universität mit dem politischen Streite nichts zu schaffen hatte, auch dem harten Bureaukraten Abel durchaus keinen Dank schuldete. Einige der Professoren stimmten zu, andere suchten zu vermitteln; ein Beschluß war noch nicht gefaßt, da wurden die Abstimmungen schon durch den untertänigen Rektor Weißbrod dem Hofe mitgeteilt, und nun ließ sich der König sogar durch Lolas Fürbitten nicht mehr halten. Sofort am 1. März wurde

Lasaulx entlassen. Die Studenten, die den phantastischen Philologen doch als anregenden, beredten Lehrer liebten, eilten in Scharen hinaus um von ihm Abschied zu nehmen, dann zogen sie vor das Haus Lolas, die den lärmenden Haufen drunten von ihrem Fenster her verhöhnte. Mitten im Getümmel erschien plötzlich der König, alles machte ihm ehrfurchtsvoll Platz; doch als er nach langer Frist von der Geliebten zurückkehrte, da brach die Frechheit des Pöbels los, und der Schöpfer des neuen Münchens wurde in dieser Stadt, die ihm alles verdankte, persönlich beschimpft. Kalt und ruhig, in königlicher Haltung, schritt er durch den johlenden Haufen. Nun fielen Schlag auf Schlag Gewaltstreiche gegen die Universität, die an die Vertreibung der Göttinger Sieben erinnerten. Rasch nacheinander wurden die beiden Juristen Phillips und Moy beseitigt, dann der Historiker Höfler, dann Döllinger, Deutinger, Sepp, alle die klerikalen Gelehrten, welche Ludwig einst selber berufen hatte um sein München zu einem katholischen Berlin zu erheben. So zertrümmerte er in blindem Unmut sein eigenes Werk. Unter den berühmten ultramontanen Professoren blieben nur zwei verschont: der greise Görres — denn Ludwig befahl: den alten Mann laßt mir in Ruh' — und der getreue Nepomuk Ringseis. Der hatte sich entschieden für Lasaulxs Antrag ausgesprochen; sein alter Freund aber meinte: „der Muckerl meint es gut, er hat mir schon oft bittere Wahrheiten gesagt."

Im Sommer ging Ludwig nach seinem geliebten altfuldischen Schlosse Brückenau. Es bezeichnete seinen künstlerischen Sinn, daß er unter den vielen schönen Stellen seines Landes nicht die übermächtige, das Gemüt so leicht erdrückende Pracht der Alpenlandschaften bevorzugte, sondern die sanfte Anmut dieses stillen vom Waldgebirge der Rhön umschlossenen Wiesengrundes: hier ließ sich's träumen und dichten. Seine Lola folgte ihm bald nach; Kürassiere ritten neben ihrem Wagen um den katholischen Pöbel fern zu halten. Er selbst wurde, als er nachher in die Pfalz reiste, überall mit der alten treuen Herzlichkeit aufgenommen. Unterwegs besuchte ihn der Bundesgesandte Graf Dönhoff, und wie erstaunte der Preuße, den König so verwandelt, so ganz umgetauscht zu finden: über alle die Männer, welche Ludwig einst in München gegen Dönhoff verteidigt hatte, sprach er jetzt mit der äußersten Heftigkeit.*) Dem Würzburger Bischof Stahl hielt er eine ungnädige Rede, die er von zwei Flügeladjutanten niederschreiben ließ: „Der Beschützer der Kirche — als solcher bewies ich mich — ihr Wohltäter — keiner meiner Vorfahren machte aus eigenen Mitteln so viele Stiftungen — der wird von der ultrakirchlichen Partei so schändlich behandelt, daß sie den Jakobinern nichts übrig läßt. Die dem Papste feindliche Partei ist's auch mir. Seit Jahren gingen mir die Augen auf, immer mehr und mehr, und sollten auch alle hell sehenden

*) Dönhoffs Bericht, Aschaffenburg, 20. Aug. 1847.

um mich sich schließen, bleiben meine offen solange ich lebe. Wenn irgend jemand mir Teueren ein Haar gekrümmt wird, werde ich keine Schonung mehr kennen. Daß in Würzburg Umtriebe stattfinden ist mir bekannt. Ich sage nicht, daß Sie teilgenommen, aber damit Sie's sagen. Vor zwei Zeugen rede ich. Wüßte ich daß Sie schuldig, ich würde es Ihnen sagen. Offen und grad ist meine Art, und so hoffe ich zu sterben. Ich spreche nicht von Dankbarkeit und Pflichten gegen den Landesherrn, aber dumm, dumm ist's sich so zu benehmen."*)

Die Leitung des neuen Ministeriums übernahm der Pfälzer Maurer, der einst in der griechischen Regentschaft mit Abel zusammengewirkt, daheim aber den zur ultramontanen Partei übergegangenen alten Freund gänzlich aufgegeben hatte. Er war, zum Entsetzen der Klerikalen, der erste protestantische Minister Bayerns: so lange wirkten, trotz der rechtlich anerkannten Gleichheit, die alten konfessionellen Erinnerungen noch in den meisten deutschen Staaten nach, in Preußen ward erst nach der Revolution der erste katholische Minister möglich. Mit dem Könige hatte Maurer schon als Kind in dem Rohrbacher Schlößchen bei Heidelberg oft zusammen gespielt. Mehr Gelehrter als Staatsmann, aber geschäftstüchtig, erfahren, arbeitsam, übernahm er das peinliche Amt nur aus Pflichtgefühl und mit der redlichen Absicht, die durch eine rohe Parteiherrschaft dem Lande geschlagenen Wunden zu heilen. Die Indigenats-Urkunde für Gräfin Lola Landsfeld mußte er freilich unterzeichnen, obgleich er eine solche Standeserhöhung erst kürzlich im Staatsrate selber für eine große „Kalamität" erklärt hatte; doch jeden persönlichen Verkehr mit der neuen Gräfin verbat er sich ernstlich. Mit gesetzgeberischem Feuereifer, wie einst in Griechenland, arbeitete er nun an der lange geplanten Justizreform und gewann den König für das öffentlich-mündliche Verfahren; nur von Geschworenen wollte Ludwig nichts hören. Die beiden so schwer mißhandelten Liberalen Behr und Eisenmann erlangten endlich ihre Freiheit wieder; die Universitäten erhielten eine neue, etwas verständigere Studienordnung, die Studenten erweiterte Rechte für ihre Verbindungen. Andererseits wurde die Missionstätigkeit der Redemtoristen beschränkt und den Nonnen die Ablegung der ewigen Gelübde erst in reiferem Lebensalter gestattet. Ergebene Anhänger nannten die neue, offenbar ehrliche Regierung schon das Ministerium der Morgenröte.

Der Wiener Hof zeigte sich über das Unglück seiner bayrischen Freunde tief bekümmert. Sein Gesandter Graf Senfft, der so lange mit den Münchener Ultramontanen Hand in Hand gegangen war, gab Feste zu Ehren der gestürzten Minister, er bekam die Ungnade König Ludwigs stark zu fühlen und sah sich schließlich gezwungen, ohne Abschied zu verschwinden. Nachher ließ sich die Hofburg, da sie ihre üble Laune nicht bemeistern

*) König Ludwig, Anrede an den Bischof von Würzburg, Aschaffenburg, Aug. 1847.

konnte, eine Zeitlang nur durch Geschäftsträger vertreten.*) Den protestantischen deutschen Höfen ließ Ludwig die Gründe des Ministerwechsels vertraulich mitteilen und zugleich die Hoffnung aussprechen, nunmehr würde sich das Verhältnis zwischen den Bundesgenossen wieder freundlicher gestalten. Es ward hohe Zeit. Der Münchener Hof stand augenblicklich ganz vereinsamt; alle mieden und beargwöhnten ihn, seit Abel sich erdreistet hatte, die Bischöfe gradeswegs zum Kampfe gegen die Kirchenpolitik der deutschen Regierungen aufzuwiegeln.**) Über ihre Vorgänger sprachen die neuen Minister mit der größten Schärfe. In einer, dem preußischen Auswärtigen Amte mitgeteilten Weisung an den Gesandten Lerchenfeld schilderte Maurer die Politik Abels und fuhr fort: „das unsinnige und strafbare Treiben möchte ganz unbegreiflich erscheinen, wenn man nicht wüßte, daß S. Maj. der König schon seit längerer Zeit an eine Änderung des bisher befolgten Systems gedacht haben, welche nicht bloß den bayrischen Interessen, sondern auch denen des gesamten deutschen Vaterlandes mehr zusagen dürfte.“***) Die meisten der kleinen Höfe antworteten sehr erfreut, auch die Westmächte und der den Ultramontanen allezeit feindliche Zar bekundeten ihre Zufriedenheit; selbst der neue Papst äußerte sich wohlwollend, denn er wünschte kirchlichen Frieden. Der württembergische Resident Graf Degenfeld aber schrieb frohlockend an Thile, jetzt könne Preußen die diplomatische Herrschaft in München erlangen, und warf dem Grafen Bernstorff vor, daß er die Gunst der Stunde noch nicht benutzt hätte.†)

Bernstorffs Zurückhaltung hatte gute Gründe, denn rücksichtslos zuzugreifen, moralische Bedenken über politischen Zwecken zu vergessen, war Friedrich Wilhelms Weise nicht. Nirgends erregten die seltsamen Münchener Liebeswirren so viel Herzeleid wie bei dem bis zur Peinlichkeit sittenstrengen preußischen Königspaare. Dem Könige war überdies die neu emporkommende liberalere Richtung fast ebenso zuwider wie die geschlagene ultramontane Partei, und seine Gemahlin empfand tiefes Mitleid mit ihrer armen Schwägerin der Königin Therese, die ihr hartes Los mit einer fast übermenschlichen Geduld ertrug. Auch Canitz konnte nicht umhin, mit dem eigentümlichen Tugendstolze dieses Hofes auszusprechen: sein eigener allergnädigster Herr hätte durch sein Verhalten gegen die römische Kirche das alte Wort bekräftigt: sui victoria indicat regem. Er freute sich des angekündigten Systemwechsels und der „Bekräftigung eines alten Bündnisses“, aber — so sagte er bedenklich — „die Veranlassung erscheint uns nicht geeignet, darin einen Sieg der Sache, die wir für die unserige halten, zu erkennen“. Noch deutlicher sprach er in einem Begleitschreiben

*) Berichte von Graf Arnim, 1. März, von Bernstorff, 4. Juni 1847.

**) S. o. V. 287.

***) Maurer, Weisung an Graf Lerchenfeld, 1. März 1847.

†) Degenfeld an Thile, 15. Febr. 1847.

an Bernstorff (9. März): „Man bietet uns eine entente cordiale an ohne uns Bedingungen zu machen; man gesteht, daß das bisherige Benehmen einer Änderung bedürfe, die uns nur erwünscht sein kann . . . Ist aber das Verhältnis nicht einigermaßen dem zu vergleichen, wo ein in den Kot gefallener Freund seine Hand ausstreckt?" Darum riet er, „die angebotene Gelegenheit zu benutzen, ohne uns jedoch in den Skandal verflechten zu lassen, damit jeder Schein vermieden werde, als wäre Lola Montez unsere Alliierte oder als drückten wir beide Augen zu um gegen Herrn v. Abel & Co. Vorteile zu gewinnen".*) Und als nun der unglückliche Wittelsbacher tief und tiefer in die Netze seiner Geliebten hinein geriet, auch ihre politische Macht beständig zunahm, da schrieb Canitz (17. Aug.): „Es haben mehrere Könige mit Tänzerinnen gelebt; das ist nicht lobenswert, doch ist es möglich dabei zu bestehen, wenn die Geschichte in gehörigen Schranken bleibt. Aber diese Verknüpfung von Regierungssystem und Verliebtheit in eine vagabundierende Grazie, das ist eine neue Erscheinung; und damit zu bestehen ist ebenso unmöglich wie mit Sonetten in heutiger Zeit zu regieren. Der Würde des Königtums geschieht unberechenbar größerer Schaden durch solchen Unfug als durch allen den, welchen die Demagogen anzetteln."**)

Das Urteil war sehr hart, aber nicht ungerecht. Das dämonische Weib verpestete allmählich das ganze Land, unter solchem Schutze erschienen auch die wohlmeinenden Minister Maurer, Zu Rhein, Zenetti in falschem Lichte. Die beiden Parteien der Ultramontanen und der „Lolamontanen" bekämpften einander mit niederträchtigen Schmähungen. Lola selbst schrieb in die Allgemeine Zeitung: „Müde die Zielscheibe so vieler heimlichen und öffentlichen, mündlichen, brieflichen und gedruckten Bosheiten zu sein, erkläre ich jeden für einen ehrlosen Verleumder, der sich auf irgend eine Weise eine üble Nachrede gegen mich erlaubt ohne sie beweisen zu können." Bei Hoffmann und Campe in Hamburg, den Verlegern der jungdeutschen Radikalen, ließ P. Erdmann eine Verherrlichung der freien Liebe erscheinen: Lola Montez und die Jesuiten. Das Buch begann mit dem Satze: „die Welt ist noch keineswegs darüber im reinen, was denn eigentlich Sittlichkeit sei," und schloß mit einer Betrachtung über den Ausspruch aus Heinses Ardinghello: „wir können uns von dem Krebsschaden der Vorurteile vieler Jahrtausende noch nicht heilen." Von der anderen Seite her kamen Brandschriften wie: „Lola Montez, oder das Menschgehört dem Könige;" Ludwigs Sonett auf „das entscheidende Ereignis" wurde unzähligemal parodiert, eines der Spottgedichte schloß: „die schlechtste Metze hat dich nun gerichtet." Die Schmutzerei ward unsagbar ekelhaft. Welche Verwirrung diese tollen bayrischen Händel überall in den Köpfen an-

*) Canitz, Weisung an Bernstorff, nebst Begleitschreiben, 9. März 1847.

**) Canitz an Bernstorff, 17. Aug. 1847.

richteten, das mußte der einfältig ehrliche Polterer Jacob Venedey in Paris erfahren. Er schrieb als germanischer Tugendbold und Keuschheitswächter einen flegelhaften Aufsatz „die spanische Tänzerin und die deutsche Freiheit." Da die deutschen Zeitungen, der Zensur halber, sein Machwerk nicht aufnehmen konnten, so wendete er sich an Marrast, den Herausgeber des National. Der aber meinte trocken: die Freundin der Liberalen können wir nicht bekämpfen. Nun ging Venedey zu den Fourieristen Considerant und Cantagrel; sie lachten ihn aus: die deutschen Liberalen wären „absurd", wenn sie sich an „die alte Moral" hielten und nach dem Lebenswandel ihrer Beschützerin fragten! Als der deutsche Demagog darauf mit dem ganzen Pathos des alten Burschenschafters ausrief: aus besudelten Händen nehme ich die Freiheit nicht an — da erwiderte ihm Cantagrel, der die Dame noch von ihren Pariser Zeiten her gründlich kannte, siegreich: o nein, Lolas Hände sind sehr rein und schön! Das alles ließ Venedey drucken; er ahnte nicht, wie lächerlich er sich machte. Und doch war es ein unheimliches Zeichen der Zeit, daß ein deutscher König, der Schirmherr der Kirche, also von den Predigern der „neuen Moral" des Kommunismus in Schutz genommen wurde.

Der Landtag, der im Oktober 1847 für kurze Zeit zusammentrat um über eine neue Eisenbahn-Anleihe zu beschließen, hielt sich ruhig: denn über den Skandal, der alle Welt beschäftigte, durfte man auf der Rednerbühne nichts sagen. Auch waren die Liberalen aus den Provinzen, zumal die Pfälzer, herzlich froh der verhaßten klerikalen Herrschaft endlich entledigt zu sein, sie freuten sich des überall umhergetragenen königlichen Wortes: das Jesuiten-Regiment hat aufgehört in Bayern. Der Haß gegen die gestürzte Partei entlud sich nur in einigen stürmischen Auftritten. Von den Reichsräten verlangte Fürst Wrede kurzweg die Ausschließung des neuen Münchener Erzbischofs, der im Germanikum den Jesuiteneid geleistet hätte; Graf Reisach versicherte darauf mit einer alle Sachkundigen erschreckenden Unschuld: daß er der Gesellschaft Jesu nicht angehöre. In der Adresse sprach die zweite Kammer den neuen Räten der Krone ihr Vertrauen aus und zugleich die Hoffnung, daß „die großartige Schöpfung des Zollvereins zu einer noch vollständigeren Vereinigung aller deutschen Volksstämme führen möge". Der also angeschlagene liberale Ton klang mächtig wieder, als ein Antrag auf Preßfreiheit beraten und schließlich selbst von den Reichsräten beinah einstimmig angenommen wurde. Der König willfahrte dem Wunsche, da die so oft besprochene Revision des Bundespreßgesetzes doch noch in weitem Felde lag, und verfügte am 17. Dez. — dem Bundesrechte zuwider — daß fortan nur noch die Artikel über auswärtige Politik der Zensur unterliegen sollten.

Aber ehe das Land noch dieses Geschenkes froh werden konnte, brach das Ministerium Maurer schon zusammen. Es war Ludwigs tragisches Verhängnis, daß ihm seine törichte Liebe jetzt auch seine wohldurchdachten

Reformen verderben mußte. Seit der Heimkehr aus Brückenau gebärdete sich Lola frech als Herrscherin; sie hielt in der lieblichen Villa, die ihr der König auf der Barerstraße erbaut hatte, üppige Gelage, fuhr in prächtigem Gespann durch die Straßen, und überall wo sie sich zeigte gab es Händel, die durch ergebene Geheimpolizisten und Gendarmen mühsam beigelegt wurden. Zunächst wünschte sie Aufnahme zu finden in der vornehmen Gesellschaft, doch alle Türen blieben ihr verschlossen; selbst ein Flügeladjutant des Königs, ein Sohn seines alten Jugendfreundes v. d. Tann weigerte sich die Gräfin zu besuchen. Ludwig fluchte auf die Pfaffen und die alten Weiber, die seiner Geliebten das Leben vergällten, und da auch Maurer den geselligen Verkehr standhaft verweigerte, so mußte der Minister vor der Tänzerin weichen. Am 1. Dezember, alsbald nach Schluß des Landtags, trat eine neue Regierung zusammen, die sogleich den wohlverdienten Namen des Lola-Ministeriums erhielt. Fürst Oettingen-Wallerstein, der Unberechenbare, der in den letzten Jahren, über und über verschuldet, immer mehr zum Abenteurer geworden war, nahm keinen Anstand an die Spitze dieses Kabinetts zu treten, der Leichtsinnige traute sich's zu jede nähere Berührung mit der Tänzerin vermeiden zu können. Allgemeinen Abscheu erweckte sein neuer Amtsgenosse Berks, ein gemeiner Gesell und dreister Schwätzer, der sich bisher nur als Lolas Reisebegleiter Verdienste erworben hatte. Von nun an zeigte die bisher wesentlich durch die Ultramontanen geschürte Münchener Volksbewegung ein verändertes Wesen. Wohl schwoll die Wut der Klerikalen noch immer an, zumal da jetzt zwei ihrer schärfsten Gegner, Hormayr und Fallmerayer an das Archiv und die Universität berufen wurden; aber der Parteihaß war fortan schwächer als das Gefühl menschlichen Ekels. Die tolle Fremde trieb es zu arg, ihre dummdreiste spanische Hoffart empörte schließlich jedermann ohne Unterschied der Partei, nur nicht das Gesindel ihrer Schmarotzer und den noch immer verblendeten König. Das Weib muß fort! — so sagte alle Welt, und es begann ein echt bayrisches Haberfeldtreiben, wobei die Erbosten ganz vergaßen, daß ihre Entrüstung auch den König traf, den sie doch nicht treffen sollte.

An die Spitze dieser nunmehr ganz unpolitischen Opposition trat wieder die Universität. Froh der neugewährten Verbindungsfreiheit, hatten die Studenten die Austreibung so vieler beliebter Lehrer schon vergessen; da bemerkten eines Tages einige Korpsburschen der Palatia beim Durchwandeln der Barerstraße, daß zwei ihrer Leute vergnügt in der verrufenen Villa saßen und Lola sich die Pfälzermütze auf ihr schönes schwarzes Haar gestülpt hatte. Das ging den jungen Männern gegen die Ehre, denn ein ritterliches Gefühl für den makellosen Ruf ihrer Farben haben die deutschen Studentenverbindungen sich allezeit bewahrt. Die beiden Sünder wurden von ihrem Korps ausgeschlossen und traten alsbald mit einigen Geistesverwandten zu einem neuen Korps Alemannia

zusammen, das seine Kneipe im Hinterhause der gräflichen Villa aufschlug. Es waren durchweg schöne Leute, auf Kosten ihrer Freundin elegant gekleidet, im übrigen ein nichtsnutziges, sittenloses Volk; und dieser Auswurf der Universität bildete fortan Lolas Leibwache, wenn sie die Straßen und die Kaffeehäuser durchzog. Die Alemannen zeigten sich jetzt prahlerisch, herausfordernd in den Hörsälen, wo man sie früher nie gesehen, aber sobald eine rote Alemannenmütze auftauchte, begannen die Kommilitonen zu lärmen, zu zischen, zu pfeifen und verließen dann allesamt den Saal. Die Studentenschaft war Mann für Mann entschlossen, eine solche Rotte nicht mehr unter sich zu dulden; und nun erfrechte sich Minister Berks gar noch, auf einem Kommerse die Alemannen als Pfleger der Studien, der Humanität, der Sittlichkeit zu feiern, die Gefolgschaft Lolas der verdorbenen Jugend als Musterbild vorzuhalten. Das war mehr als deutsche Burschen vertragen konnten; selbst Thiersch, der allbeliebte neue Rektor, vermochte durch seine väterlichen Anreden den Grimm der Jugend nicht mehr auf die Dauer zu bändigen.

Mitten in diesen akademischen Wirren starb Görres (29. Jan. 1848). Glücklicher konnte er nicht enden, denn grade jetzt ward er als unbeugsamer, freimütiger Feind einer verachteten Regierung überall gepriesen. Noch auf dem Sterbebette sagte er: „der Staat regiert, die Kirche protestiert." Auch die ehrlichen Gegner fühlten, daß dieser phantastische Geist auf seinen weiten Irrfahrten vom Jakobinertum bis zur klerikalen Partei doch eigentlich sich selber niemals untreu geworden war; für die Nation blieb er der gewaltige Redner des Rheinischen Merkurs. Sein Begräbnis gestaltete sich zu einer drohenden Kundgebung gegen das neue Regiment, und die ganz von Lola abhängige Polizei reizte Bürger und Studenten noch mehr auf durch allerhand plumpe Eingriffe. Am 7. Febr. 1848 erfüllten lärmende Massen den stillen Platz vor dem neuen Universitätsgebäude am Siegestore, die Alemannen traten ihren Feinden mit erstaunlicher Frechheit entgegen. Am 9. wiederholten sich die unruhigen Auftritte, diesmal heftiger; auf der langen Ludwigsstraße vom Siegestore bis zum Hofgarten tummelten sich tobende Volkshaufen, ein Alemanne zückte den Dolch gegen einen Kommilitonen und floh dann noch rechtzeitig mit seinen Gesellen. Da erschien plötzlich Lola selbst in den Arkaden des Hofgartens, wildes Geheul empfing sie, mit Kot und Steinen beworfen mußte sie in der nahen Theatinerkirche Schutz suchen.

Nun hielt sich Ludwig nicht mehr. Noch am nämlichen Tage befahl er die Universität sofort bis zum Winter zu schließen. Dieselbe Strafe hatte er schon vor siebzehn Jahren einmal über seine unruhigen Studenten verhängt.*) Damals war die Übereilung in der Stille wieder zurückgenommen worden; jetzt aber durchflog die Nachricht wie ein Lauf-

*) S. o. IV. 241.

feuer die erregte Stadt. Die Bürger murrten laut, viele lebten ja von den Professoren und Studenten; auf ihre dringenden Bitten wich der König einen Schritt zurück und versprach, die Universität bereits im Sommer wieder eröffnen zu lassen. Das genügte schon nicht mehr. Am 11. Febr. tagte eine große Bürgerversammlung auf dem Rathause, drunten auf dem Schrannenplatze stand das Volk Kopf an Kopf. Nach heftigen Reden wurde beschlossen, sofort eine neue Bitte dem Monarchen vorzutragen, die Masse drängte den Abgesandten zum Schlosse nach. Man fürchtete das Ärgste, da der Pöbel durch die Bierkrawalle der jüngsten Zeit schon an Unfug gewöhnt, auch über manche Roheit der Gendarmen erbittert war. Endlich trat Fürst Wallerstein in das Portal des Schlosses und verkündete, die Bitte sei genehmigt, die Vorlesungen an der Universität sollten sofort wieder beginnen. Zugleich erzählte er den Umstehenden, die Gräfin Landsfeld würde noch heute die Stadt verlassen. Unter wildem Freudengeschrei eilte nun die Masse nach der Barerstraße um Lolas Abreise abzuwarten. Plötzlich ging der Torweg auf, und der Wagen der Gräfin jagte in rasendem Laufe davon. Der enttäuschte Pöbel stürmte sodann in die Villa und begann alles zu zerschlagen. Mit einem Male kam der König und befahl kurz mit lauter Stimme: schonet mein Eigentum! Augenblicklich ward alles still, die Häupter entblößten sich, einer aus dem Haufen hub an: „Heil unserm König, Heil", und die Masse sang das Lied nach, derweil Ludwig schweigend hinwegschritt.

So schien der Spuk verflogen, der wüste Zigeunertanz beendigt. Fromme Zeichendeuter erkannten schon den Finger Gottes, denn genau am Jahrestage des Abelschen Memorandums hatte die Unholdin das Feld räumen müssen. Alle Verständigen rechneten jetzt sicher auf inneren Frieden; sie wußten im voraus, daß die leichtlebigen Münchener ihrem Ludwig seine Wanderungen im Irrgarten der Liebe nicht splitterrichterlich nachtragen würden; leicht und ohne Kleinsinn zu verzeihen war ja von jeher gut bayrische Art. Ludwig selbst dachte anders. Er hatte sich im Herzen von seiner Lola noch nicht losgesagt und hoffte noch immer auf ihre Wiederkehr; er empfand die gehässige Undankbarkeit seiner Münchener sehr bitter und fühlte sich durch die abgezwungenen Zugeständnisse so tief gedemütigt, daß er schon ernstlich die Frage erwog, ob er nicht die Krone seinem in jeder Hinsicht kleineren Thronfolger überlassen solle. Derweil er also noch mit sich selber kämpfte, kamen die Nachrichten von der Pariser Revolution. München geriet abermals in Bewegung, das schon erschütterte Ansehen des Thrones ward abermals bedroht, und in blindem Unmut entschloß sich Ludwig ganz ohne Not zu der Abdankung, die ein Unglück werden sollte für Deutschland und für Bayern. —

Von diesen doch fast zufälligen Verirrungen und Parteikämpfen konnten sich die volksbeliebten Wittelsbacher immerhin bald wieder erholen. Weit tiefer und nachhaltiger wurde das Ansehen des deutschen Fürsten-

standes geschädigt durch die fortschreitende Entartung des hessischen Kurhauses. Wie viele Diplomaten ganz verschiedenen Schlages hatten nun schon den preußischen Hof in Kassel vertreten: erst Hänlein, der schwerfällige Regensburger Reichsjurist, dann dessen lebenslustiger Sohn, darauf der sarkastische Canitz, der über seine geliebte hessische Heimat doch so mild wie möglich urteilte, dann Stach v. Goltzheim, ein beschränkter Kopf, jetzt endlich der streng klerikale westfälische Graf Galen, der einst wegen des Kölnischen Bischofsstreites aus dem diplomatischen Dienste ausgeschieden, unter dem neuen Könige jedoch wieder eingetreten war. In einem aber stimmten alle preußischen Gesandtschaftsberichte vollständig überein: in der Entrüstung über dies gewissenlose Fürstengeschlecht, das am Berliner Hofe doch stets als treuer Bundesgenosse betrachtet wurde. Der Kurprinz-Mitregent schien selbst zu ahnen, wie die Nachwelt dereinst über ihn richten würde; er ließ alle wichtigen Akten über sein Regiment so sorgfältig beseitigen, daß sich heute im Marburger Archiv schlechterdings nichts über diese Zeiten vorfindet. Mit gewaltsamer Selbstüberwindung bewahrte sich das hessische Volk seine dynastische Treue; zum höchsten Geburtstage sang ein patriotischer Dichter: „ein Lebehoch erschall' im Jubeltone dem teuren Vater und dem teuren Sohne!" Der teuere Sohn war aber dermaßen verhaßt, daß Stach v. Goltzheim tief betrübt gestehen mußte: ich kenne keinen einzigen aufrichtigen Anhänger und Verehrer des Kurprinzen."*) Das Volk begann schon sich nach dem Vater zurückzusehnen, der immer noch grollend außer Landes weilte.

Als die unglückliche Kurfürstin Auguste starb und der alte Herr nunmehr sofort seine Reichenbach heiratete (1841), da bat ihn der Kasseler Magistrat durch eine streng geheim gehaltene Adresse, er möge mit seiner ehelichen Gemahlin in seine Hauptstadt zurückkehren.**) Nicht lange darauf starb auch die Gräfin Reichenbach, und nun schloß der Kurfürst eine dritte Ehe mit einer Tochter des Landes, einer Freiin von Berlepsch, die zur Gräfin Bergen erhoben wurde. Da er mit dieser achtungswerten liebenswürdigen Frau fortan ganz ehrbar zu Frankfurt in seiner schönen Villa am Mainufer lebte und nur noch zuweilen einmal zu der nahen Homburger Spielbank hinüberfuhr, so waren die Kurhessen jetzt bereit, ihren gebesserten Landesvater mit offenen Armen aufzunehmen. Der Sohn aber zitterte vor der Rückkehr des Vaters, er bat die beiden Großmächte flehentlich um Schutz und reiste einmal selbst nach Schlesien zu König Friedrich Wilhelm um sich der preußischen Hilfe zu versichern. Unnötige Angst. Der alte Kurfürst war mit nichten gemeint sein Stillleben aufzugeben; die vielen Liebesbeweise aber, die ihm jetzt aus der Heimat zukamen, taten ihm wohl, in seinen letzten Jahren söhnte er sich mit den Land-

*) Stachs Bericht, 4. Nov. 1841.

**) Stachs Bericht, 21. Aug. 1841.

ständen und der meuterischen Hauptstadt wieder leidlich aus. Unterdessen tat der Sohn das Menschenmögliche um die Sehnsucht nach dem Vater wach zu halten. Die dem Lande geraubte Rotenburger Quart behielt er für sich,*) und nachdem der Bundestag sich für inkompetent erklärt hatte, fruchteten alle Klagen der Stände nichts mehr.

Dem Landtage, der allerdings mehrmals wieder aussichtslose Ministeranklagen versuchte, trat Minister Scheffer mit Geringschätzung, noch höhnischer fast als vordem Hassenpflug, entgegen. Er verlangte die Schlüssel des Ständehauses und ließ, als sie ihm verweigert wurden, die Türen erbrechen, die Schlösser verändern; er verjagte die neu angestellten Stenographen, obgleich die Verfassung öffentliche Beratungen verlangte; einmal löste er den Landtag mitten während einer Sitzung auf, mit den barschen Worten: meine Herren, Sie sind entlassen! Es war als ob er Händel suchte und geflissentlich immer neue Streitfragen aufspürte. Ganz unerwartet stellte er die Forderung auf, daß jeder Abgeordnete der drei in der einen Kammer vereinigten Stände seinem Stande wirklich angehören müsse. Dies war in der Verfassung nicht vorgeschrieben und bisher auch nicht befolgt worden. Doch die neue Berliner Lehre von der ständischen Gliederung hatte jetzt auch in Kassel ihre Gläubigen gefunden. Die Regierung behauptete hartnäckig, jeder Abgeordnete vertrete nur die Rechte seines Standes, und nach langem widerwärtigem Streit erreichte sie in der Tat, daß zwei Mißliebige dem Landtage fern bleiben mußten.

Den Klerikalen war der Mitregent nicht hold; er selbst glaubte freilich nur an einen Gott, den Mammon, und liebte die reaktionären Pietisten, die sich an ihn herandrängten, sehr wenig, noch weniger aber die römische Kirche, die so leicht einen Staat im Staate bilden konnte. Darum hatte der Bischof von Fulda beständig, und meist mit Recht, über kleinliche bureaukratische Quälerei zu klagen. Am allerwenigsten jedoch wollte Friedrich Wilhelm von den neuen freigeisterischen Kirchen wissen. Metternich, um dessen Gunst er sich eifrig bemühte, weil er seiner Gemahlin den österreichischen Fürstenhut zu verschaffen hoffte, hatte ihn bei einem Besuche auf dem Johannisberge über die staatsgefährlichen Pläne der Deutschkatholiken gründlich belehrt; und es war nur ein lächerlicher Zufall, daß eben jetzt die Bonner Gelehrten Sybel und Gildemeister, die das Märchen vom heiligen Rock so gründlich beleuchtet hatten, an die Marburger Universität berufen wurden. Die literarischen Sünden der beiden waren ihm von seinen Räten sorgfältig verborgen worden.**) Der Kurprinz verfolgte die deutschkatholische Sekte streng, unbekümmert um die Vorstellungen des Landtags, verwehrte ihr durchaus Gemeinden zu bilden, obgleich sie im ganzen Lande kaum hundert Anhänger zählte; er ließ sogar auf dem

*) S. o. IV. 623.

**) Nach einer freundlichen Mitteilung von H. v. Sybel.

Hanauer Kirchhofe die Leiche eines unbescholtenen deutschkatholischen Bürgers wieder ausgraben und dann an der Mauer verscharren. Die Narrenstreiche der hessischen Zensur fanden jetzt, da man überall milder ward, nur noch in Österreich ihresgleichen. Über die Geschenke, welche die Mutter des Kurprinzen der Stadt Kassel vermacht hatte, durften die längst gezähmten Zeitungen kein Wort sagen. Ein liberaler Marburger Buchhändler konnte von der Regierung nicht erlangen, daß sie ihm für eine geplante statistische Zeitschrift einen Zensor gab, und mußte schließlich, zum allgemeinen Ergötzen, eine „Klage auf Bestellung eines Zensors" einreichen, denn ohne Zensur durfte das Blatt nicht erscheinen. Besonders aufreizend erschien der Polizei das alberne bei den jungdeutschen Radikalen beliebte Zerrbild des deutschen Michels. Wo immer dies Bild sich zeigte, in Zeitungen oder Flugschriften, da ward es unnachsichtlich konfisziert, und der witzige liberale Rechtsanwalt Friedrich Oetker sah sich genötigt, einmal im Auftrage mehrerer Buchhändler eine Beschwerdeschrift „wegen sieben deutscher Michel" auszuarbeiten.

Doch was wollten solche Lächerlichkeiten bedeuten neben dem furchtbaren, das ganze Land erregenden Schicksale Silvester Jordans. Viele Jahre lang hatten die Polizeibehörden insgeheim Stoff gesammelt, um dem Vater der hessischen Verfassung nachzuweisen, daß er bei dem Frankfurter Wachensturme und den anderen Verschwörungen jener längst verschollenen Tage mitgewirkt hätte; als sie endlich der Beweise genug zu haben glaubten, wurde Jordan (Aug. 1839) unter der Anklage des Hochverrats auf das Marburger Bergschloß abgeführt. Da saß er nun in langer, schwerer Haft und blickte hernieder auf die Stadt, die ihn einst mit fürstlichen Ehren empfangen hatte. Noch einmal fiel er in eine Grube, die er sich mit eigenen Händen gegraben. Er selber hatte einst, um verfassungsfeindliche Minister sicher zu knebeln, in die Verfassung den Art. 126 hineingebracht, der bei Anklagen auf Verfassungsverletzung sowohl die Niederschlagung wie die Begnadigung untersagte; folglich konnte das Verfahren gegen ihn selbst, einmal begonnen, nicht mehr aufgehalten werden. Da seine Gesundheit in dem Turme droben schwer gelitten hatte, so erlaubte man ihm endlich, unter strenger Bewachung in der Stadt zu leben, doch erst im Jahre 1843 erfolgte der Richterspruch, der ihn „wegen Nichthinderung hochverräterischer Unternehmungen" verurteilte. Er appellierte, und das allezeit nach oben wie nach unten furchtlose Oberappellationsgericht sprach ihn im Oktober 1845 gänzlich frei.

Die Belastungszeugen waren meist verdächtige Leute, und ganz unzweifelhaft ergab sich, daß die windigen deutschen und polnischen Demagogen, die zu jener Zeit bei ihm eingekehrt waren, seinen sowie viele andere geachtete Namen mißbraucht hatten um neue Genossen zu werben. Von einigen törichten Anschlägen mochte er damals wohl gehört haben; doch wie durfte man ihn tadeln, wenn er diese hirnverbrannte Rederei keiner Be-

achtung wert gehalten hatte? Und welch ein Ergebnis! Sieben Jahre nach dem angeblichen Verbrechen ward er gefangen gesetzt; darauf sechs Jahre schwerer Untersuchungshaft, und dann vollständige Freisprechung. Die Unhaltbarkeit des alten geheimen Verfahrens wurde durch diesen Prozeß, eben weil keine Gewalttätigkeit, keine Verletzung des formalen Rechts nachzuweisen war, noch deutlicher erwiesen als einst durch Weidigs unheimliches Geschick. Eine ganze Schar liberaler Schriftsteller, voran der unaufhaltsame Welcker, bemächtigte sich auch alsbald des Hergangs um die geheime Justiz zu brandmarken. Die „Wanderungen aus meinem Gefängnisse", welche Jordan in seinem Bergschlosse schrieb, redeten noch in dem alten burschikos liberalen Tone gegen die stehenden Heere, gegen die Barbarei der Todesstrafe, gegen alle Halben und Vermittler. Doch als der Unglückliche endlich frei kam, da war er gebrochen an Leib und Seele, seine weiche Natur hatte so vielem Jammer doch nicht stand gehalten, er zeigte sich fortan sehr friedfertig, fast bis zum Übermaße.

Im November 1847 starb der alte Kurfürst, und unter gesunden Verhältnissen hätte der Kurhut ganz ebenso unmerklich auf den Sohn übergehen müssen, wie in Sachsen die Königskrone auf den ehrenhaften Mitregenten, den Prinzen Friedrich August übergegangen war. Der Kurprinz hatte ja schon vor sechzehn Jahren die Regierungsgeschäfte übernommen und damals eidlich gelobt, „die Staatsverfassung des Kurstaats aufrechtzuhalten". Aber nach der neuen höfischen Doktrin, die im Welfenreiche so glänzend gesiegt hatte, stand es jedem Fürsten frei, sobald er die Regierung kraft eigenen Rechtes antrat, die Landesverfassung anzuerkennen oder nicht. Niemand bekannte sich zu dieser Lehre freudiger als der neue Kurfürst; an den Verfassungseid, den er einst als Regent geleistet, fühlte er sich nicht mehr gebunden, ein Gewissen kannte er so wenig wie Falstaff die Ehre. Seit Jahren schon plante er, bei seiner Thronbesteigung das verabscheute Staatsgrundgesetz über den Haufen zu werfen; wenn er sich nur nicht gar so sehr gefürchtet hätte! Diese Neigungen des Sohnes mochte der Vater wohl kennen. Schon im Jahre 1841, als er eben anfing sich mit seinem Lande auszusöhnen, hinterlegte der Alte bei einem Frankfurter Anwalt ein testamentarisches Schreiben an seine Landstände, das „den Unwürdigen" Verzeihung zusagte für „die Ausbrüche roher Leidenschaft" und zugleich den Landtag ermahnte, „den Geist des Widerspruchs, mit der Bezeichnung Opposition beschönigt, zu verbannen... und so die Aufrechthaltung der von Uns gegebenen Verfassung zu sichern."

Der Wink war deutlich, und die Stände beeilten sich, den nachgelassenen Brief, sobald er ihnen kund geworden, dem Nachfolger nebst einer Beileids-Adresse zu überreichen. Sie wurden jedoch nicht vorgelassen. Der neue Herr schwankte noch. Er forderte soeben von seinen Truppen einen neuen Fahneneid, für seine Person allein; da zeigte sich's, wie schwer die unsinnige liberale Erfindung des zweifachen Eides die Gewissen ehrenhafter

Soldaten bedrücken mußte. Viele der Offiziere hatten vor Jahren den Verfassungseid nur mit Widerstreben geleistet; nun da er längst geschworen war fühlten sie sich wieder von der anderen Seite her bedroht. Einige gingen zu den Obersten Uxff und Gerland, den Kommandanten der Leibgarde und der Artillerie um sich Rates zu erholen, und als diese beiden tapferen Männer dem Kurfürsten darauf die Bedenken ihrer Kameraden aussprachen, da empfingen sie den mürrischen Bescheid: natürlich bleibe der alte Verfassungseid in Kraft, die neue Verpflichtung bedeute ja nur, daß die Person des Landesherrn sich geändert hätte.*) Nunmehr leisteten die Truppen den Eid; der Kurfürst aber zeigte sich noch übellauniger als sonst seine Art war und ließ einige der Offiziere, die ihre Zweifel geäußert hatten, zur Strafe versetzen. Unterdessen begannen wieder jene häuslichen Zänkereien, welche jeden Schicksalswechsel der hessischen Landesgeschichte unfehlbar begleiteten. Der alte Kurfürst hatte sein großes Vermögen außer Landes untergebracht, teils in Österreich, teils bei Amschel Rothschild oder sonstwo in Frankfurt. Sein Sohn argwöhnte sofort, man könne ihm etwas vorenthalten und sendete Gendarmen nach Frankfurt hinüber, worauf der Senat der freien Stadt entrüstet seine Souveränität verteidigte. Dann suchte Friedrich Wilhelm gegen Deines, den Vertrauensmann seines Vaters, vorzugehen, der war aber schon längst österreichischer Untertan geworden; auch die Rechnungen über das Vermögen der Reichenbachschen Kinder hatte der Alte vorsichtig verbrennen lassen, und da der Hausfideikommißfonds nicht angetastet war, so konnte der liebevolle Sohn nichts ausrichten. Nun schickte er Kommissäre in die Villa am Main um die Gräfin Bergen daraus zu vertreiben und befahl seinem Bundesgesandten, schleunigst dort Wohnung zu nehmen, weil dieser, nach dem Rechte der Exterritorialität, so leicht nicht wieder verdrängt werden konnte; die tapfere Gräfin aber jagte die Eindringlinge hinaus und erwies ihnen durch ein vorgezeigtes Aktenstück, daß sie die rechtmäßige Erbin des Hauses war. So ging es weiter, immer im gewohnten kurhessischen Familienstile.**) Kaiser Ferdinand, dem der alte Kurfürst die Oberaufsicht über die Ausführung des Testaments übertragen hatte, lehnte den Auftrag ab; denn Metternich fand es bedenklich, daß sich sein Herrscherhaus mit diesem kurhessischen Schmutze befassen sollte.***) Am Bundestage stand der neue Kurfürst in schlimmem Rufe, da er soeben einen widerlichen Streit mit Waldeck wegen angeblicher lehnsherrlicher Rechte begonnen hatte; die Bundesgesandten nahmen sämtlich an, daß er lediglich bezweckte sich seine Ansprüche abkaufen zu lassen.†)

Die Entscheidung über die hessische Verfassung lag in Wien und

*) Galens Berichte, 8. 11. Dez. 1847.

**) Dönhoffs Berichte, Frankfurt, 20. Nov. 1847 ff.

***) Berichte von Dönhoff, 31. Dez., von Galen, 22. Dez. 1847.

†) Dönhoffs Bericht, 22. April 1847.

Berlin; denn ohne die sichere Hilfe der beiden Großmächte wollte der Kurfürst nichts wagen, von Metternich hatte er sich auch sogleich, wie schon oftmals früher, brieflich Rat erbeten. König Friedrich Wilhelm schwankte keinen Augenblick, er nannte den Hessen kurzweg einen bösen Mann und wollte mit diesen Umsturzplänen nichts zu schaffen haben. Einer Wiederholung des welfischen Staatsstreichs war die aufgeregte Zeit wahrlich nicht günstig. Demgemäß sendete Canitz schon am 30. Nov. eine Weisung an Galen, die dem hessischen Hofe mitgeteilt wurde. Sie warnte dringend vor ungesetzlichen Schritten: fände der neue Herr einzelne Sätze der radikalen Verfassung ganz unerträglich, so möge er den Bundestag um die Verbürgung des Grundgesetzes bitten; dann böte sich von selbst die Gelegenheit, mit den Landständen über einige Veränderungen friedlich zu verhandeln. Canitz' Rat war ebenso wohlgemeint, wie seine gleichzeitigen Mahnungen an den dänischen Hof; er konnte, rechtzeitig befolgt, dem hessischen Lande traurige Kämpfe ersparen. Doch in Kassel wie in Kopenhagen waren die Menschen stärker als die Vernunftgründe. Einen brutalen Staatsstreich mit Beihilfe der beiden Großmächte hätte der Kurfürst wohl gewagt, aber zu schwierigen Verhandlungen mit dem Bundestage und den Landständen zugleich besaß er weder den Mut, noch den Verstand, noch den guten Willen. In Canitz' Sinne sprach auch General Gerlach, der die Beileidsbezeigung des Königs überbrachte; der gewann einen sehr traurigen Eindruck vom Kasseler Hofe, er fürchtete, dieser Fürst hätte „ein böses Herz, absolutistische Gesinnung, Habsucht und Mangel an Liebe zu seinem Lande". Noch während er in Kassel weilte, erschien, am 11. Dez., Hofrat Philippsberg aus Wien mit der Antwort Metternichs und einem begleitenden Gutachten. Diese österreichische Denkschrift stimmte fast wörtlich mit Canitz' Depesche überein und war also vermutlich mit dem Berliner Hofe verabredet.*) Welch ein Wandel der Zeiten! Im Jahre 1831 hatte Metternich eine Bundesgarantie für diese radikale Verfassung entschieden zurückgewiesen **), und ein an den Höfen allgemein geglaubtes Gerücht behauptete, daß er auch später noch mit dem Prinzregenten wegen eines Staatsstreiches verhandelt hätte. Und jetzt riet er dem neuen Kurfürsten selbst, die Bürgschaft des Bundes für das Grundgesetz nachzusuchen, allerdings unter Bedingungen, die sich noch nicht absehen ließen. Von einem gewaltsamen Umsturz wollte er nichts mehr hören. Durch diese Erklärungen der beiden Großmächte war der hessische Staatsstreich vorläufig abgewendet; ein mahnender Brief, den der Prinzgemahl Albert am 12. Dez. an den König von Preußen sendete, traf erst lange nach der Entscheidung ein.

Sichtlich enttäuscht beschied der Kurfürst wenige Stunden nach Ein-

*) Galens Berichte, 4. 8. 11. 12. Dez. 1847.

**) S. o. IV. 137.

gang der österreichischen Antwort die Vertreter des Landtags zu sich um ihre Beileidsadresse endlich entgegenzunehmen. Er empfing sie freundlich, und die Stände nahmen stillschweigend an, daß er den beim Antritt der Regentschaft geschworenen Eid auch jetzt noch als bindend ansähe. Darüber sprach sich der neue Herr nicht offen aus, doch gab er zu verstehen, die Verfassung bedürfe einerseits der Sicherung andererseits mehrerer Verbesserungen.*) Seine Absicht war also, den Rat der Großmächte zu befolgen und die Bürgschaft des Bundestags nachzusuchen; er berief auch alsbald eine Kommission von drei Beamten, welche die notwendigen Abänderungen der Verfassung vorschlagen sollte. Aber die Arbeit stockte bald, es fehlten Einsicht und Ehrlichkeit. In diesem sonderbaren Zustande, unter einem verabscheuten Fürsten, den allein die Warnungen der Großmächte vom Eidbruche zurückgehalten hatten, wurde das unglückliche Land von den Stürmen der Revolution getroffen. —

Der alte Welfe konnte unterdessen seines gelungenen Staatsstreichs nicht recht froh werden. Das neue Landesverfassungsgesetz war durch Lug und Trug endlich zu stande gekommen, und der gefährlichste Mann der Opposition, Stüve mußte dem Landtage fern bleiben, da er in einem gehässigen politischen Prozesse wegen Verjährung des Vergehens zwar nicht verurteilt, aber auch nicht förmlich freigesprochen worden war. Folglich, so entschied die Regierung, war Stüve nicht mehr unbescholten. Dantons Grundsatz, daß jeder Verdächtige als schuldig zu behandeln sei, fand nirgends treuere Schüler als an diesem reaktionären Hofe; auch nach seinem Siege verschmähte Ernst August die Geschlagenen durch eine Amnestie zu versöhnen. Sein Verhältnis zu dem neuen Landtage blieb immer unfreundlich, schon weil der Staatsstreich sich sehr bald auch als eine staatswirtschaftliche Torheit erwies. Die gewaltsam wiederhergestellte Kronkasse kam mit ihren Einkünften nicht aus und mußte immer wieder ständische Beihilfe erbitten, die nur unter heftigen Klagen gewährt wurde. Die liberalen Ideen der Zeit drangen unaufhaltsam selbst in diesen verstümmelten Landtag ein; sogar einige Mitglieder der Lüneburgischen Ritterschaft verlangten jetzt — wer hätte das früher gedacht? — eine Vertretung des Bauernstandes. Das Volk schwieg mürrisch und war im Grunde nur mit einer Tat des Königs ganz zufrieden: mit seinem Kampfe wider den Zollverein. Im Partikularismus fanden sich der welfische und der hannoversche Eigensinn zusammen. „Man will eben nicht" — so erklärte Stüve einfach die Stimmung des Landes — Hannover, Hildesheim, Celle fürchten sich vor Braunschweig, die Osteroder Tuchmacher vor Quedlinburg, die Bremer und Lüneburger Bauern vor der Trennung von Hamburg und Bremen.**) Auch in anderen Fällen zeigte sich der Welfe höchst

*) Galens Bericht, 16. Dez. 1847.

**) Nach Stüves Biographie.

ungebärdig gegen den preußischen Nachbarn. Ich empfange keinen katholischen Diplomaten aus Preußen — so sagte er trotzig, als ihm die Ernennung des Grafen Westphalen zum preußischen Gesandten angekündigt wurde. Der eingefleischte Papistenhaß des alten Orangemannes mochte dabei wohl mitwirken; entscheidend blieb doch, daß Westphalen der Schwiegersohn des verabscheuten Canitz war. Da König Friedrich Wilhelm nach preußischer Überlieferung sich diese grundsätzliche Verschmähung eines Katholiken nicht bieten lassen durfte, so mußte der Gesandtschaftsposten in Hannover längere Zeit unbesetzt bleiben.*) Noch hochmütiger verfuhr Ernst August gegen die kleinen Nachbarfürsten. Wie tobte er, als der Kabinettsrat des Großherzogs von Oldenburg Starklof in einem Romane den Gedanken ausgeführt hatte: ein blinder Bauernsohn dürfe nirgends den väterlichen Hof erben, noch viel weniger also ein blinder Königssohn die Krone. Er ließ nicht ab bis Starklof entlassen war.

Dieser Roman verletzte ihn in seinen teuersten Gefühlen; denn das blieb sein besonderer Stolz, daß er, gegen die Gesetze der Natur, gegen das Reichsrecht, gegen den alten Hausbrauch der Welfen selbst, seinem Sohne die Krone gesichert hatte. So oft er verreiste, übertrug er dem Blinden die Regierungsgeschäfte; die Welt sollte wissen, im Welfenlande sei auch das Unmögliche möglich. Der Kronprinz zeigte sich jetzt schon als würdiger Abkomme der Stuarts, er sprach mit unheimlicher Selbstüberhebung von dem Lehen Gottes, das ihm dereinst zufallen würde, von der ewigen Dauer des Welfenreichs. Mit derselben lästerlichen Zuversicht, nur ohne Salbung redete der Vater. Im April 1847 wagten ihn seine getreuen Stände um Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen anzugehen; sogar die erste Kammer hatte beinahe einstimmig beigepflichtet, so weit war der Wind schon umgeschlagen. Da erschien am 21. April eine von Falcke gegengezeichnete königliche Antwort. Der alte Minister Scheele war mittlerweile gestorben, aber der allen welfischen Schriftstücken eigentümliche brutale Ton hatte sich nicht verändert. Mit einem Schwall ungnädiger Worte hielt der König seinen Ständen vor: die Öffentlichkeit des Landtags würde nur unerreichbare Wünsche erwecken, eine erkünstelte öffentliche Meinung bilden, die Massen aufregen und verblenden. Dann schloß er: „Wir haben demnach unabänderlich beschlossen, eine Öffentlichkeit der Sitzungen der Kammern niemals zu gestatten.“ So sprach der Welfe sein Niemals — wenige Tage nachdem König Friedrich Wilhelm dem Vereinigten Landtage sein Nie und nimmermehr! zugerufen hatte. Nur ein Jahr, und der Oheim wie der Neffe sollte erfahren, daß auch Könige dem lebendigen Gott seine Wege nicht vorschreiben können.

Selbst das stille Mecklenburg blieb von der liberalen Zeitströmung nicht mehr unberührt. Die bürgerlichen Grundherren verlangten, mit

*) Knyphausens Bericht, 7. Okt. 1847.

guten Gründen, aber noch ganz vergeblich die vollständige Teilnahme an allen landständischen Rechten, die ihnen vom Adel bestritten wurde; und tief bekümmert klagte der alte Großherzog Georg von Strelitz seinem preußischen Neffen: „Sie wissen, daß unsere bürgerlichen Gutsbesitzer leider — wenigstens die bedeutende Mehrzahl derselben — zu der liberalen Partei gehören, welche immer mehr und mehr und um so schmerzlicher hervortritt, als die Fortschritte, die wir in wünschenswerten Dingen machen, keineswegs gleichen Schritt mit diesem sogenannten Fortschritt halten.“ *) Die Sache der Bürgerlichen führte sehr würdig der Rostocker Germanist Georg Beseler, der Bruder des Schleswigholsteiners, für den Adel schrieb mit gewohnter Derbheit der alte Minister Kamptz, der den mecklenburgischen Edelmann nie vergessen konnte. Was dieser Adel unter wünschenswertem Fortschritt verstand, das zeigte ein Landtagsbeschluß, der die beiden Serenissimi um Preßfreiheit bat, weil die Frechheit der liberalen Zeitungen nicht durch schlaffe Zensur, sondern nur durch empfindliche Strafen bekämpft werden könne.

Ein ganz anderes und doch auch ein unheimliches Bild boten die sächsischen Zustände. Der gute König Friedrich August bemühte sich redlich, den inneren Frieden wiederherzustellen, und von schwerem Druck ließ sich, einige Zeitungsverbote abgerechnet, auch nichts spüren. Aber der unselige Leipziger Straßenkampf hatte im Volke sehr viel Groll zurückgelassen. Die Opposition im Landtage, die von der nationalen Gesinnung des süddeutschen Liberalismus wenig besaß, bemühte sich was ihr an Talent fehlte durch ungeschliffene Grobheit zu ersetzen; sie hintertrieb die dringend nötige, durch das Bundesgesetz gebotene Organisation der Armeereserve, sie verlangte wiederholt, daß die Truppen auf die Verfassung vereidigt werden müßten, und suchte durch kleinliche, oft lächerliche Beschwerden die Soldaten gegen ihre Vorgesetzten aufzuwiegeln. Ihrer besonderen Gunst erfreuten sich die Turnvereine, die in Sachsen bald ganz dem Radikalismus anheimfielen und zu einer Pflanzschule des Barrikadenkampfes wurden. Der Vorschlag, die militärische Volkserziehung durch die Turnerei zu ersetzen — ein Gedanke, dem der Prinz von Preußen sogar im preußischen Staatsministerium hatte entgegentreten müssen — war hierzulande gang und gäbe. Einmal ließ der Kriegsminister Nostitz-Wallwitz, ein kurz angebundener Soldat, ein Kommißbrot gradeswegs aus der Kaserne in die Kammersitzung bringen und zwang die Liberalen, sich persönlich von der Schmackhaftigkeit dieses unmäßig gescholtenen Leckerbissens zu überzeugen.

Das war ein Lichtblick in dem unerquicklichen Einerlei dieser aufgeregten und doch inhaltlosen Landtagsverhandlungen. Unterdessen wuchs im Volke, gefördert durch Robert Blum und die Unzahl der Advokaten, eine unklare radikale Verstimmung, und auch in dem stillen Thüringen

*) Großherzog Georg v. Strelitz an König Friedrich Wilhelm, 23. Sept. 1844.

blühte die republikanische Phrase, ohne die dynastische Gesinnung im mindesten zu beeinträchtigen. In Weimar führten der wenig begabte, aber rechtschaffene Großherzog Karl Friedrich und seine edle wohltätige Gemahlin, die einst von Schiller besungene Maria Paulowna eine harmlose patriarchalische Herrschaft, desgleichen in Meiningen Herzog Bernhard Erich Freund, und in Gotha begann der junge Herzog Ernst II. mit großem Geräusch ein liberales Regiment, das dem Landadel schon viel zu weit ging. Wildschäden gab es freilich in Menge, und der Unterhalt so vieler Höfe verschlang ganz unverhältnismäßige Summen, doch dafür war auch das ganze Waldgebirge ein wohlgepflegter schöner Wildpark zur Freude des Volks, und von den Ausgaben der Höfe wurde doch ein großer Teil väterlich zum Wohle des Landes verwendet. Die Lächerlichkeit ihrer machtlosen Scheinstaaten empfanden die Thüringer durchaus nicht; was die Gemüter erregte war ein unbestimmter, durch die Eintönigkeit der langen Friedenszeit genährter Tatendrang und eine vorlaute Zuchtlosigkeit, welche die schwachen Regierungen nicht zu bemeistern verstanden. —

Weit reicher erschien das öffentliche Leben im Südwesten; dieser Winkel Deutschlands wurde für einige Jahre zum Herde der nationalen Idee. In Württemberg feierte König Wilhelm (1841) den fünfundzwanzigsten Jahrestag seiner Thronbesteigung, und als er am Festtage allein durch die Straßen seiner Hauptstadt ritt, da umringte ihn das Volk mit donnerndem Jubel. Das ganze Land wetteiferte in freudigen Huldigungen, fast in jeder größeren Ortschaft ward eine Wilhelmslinde, eine Königseiche gepflanzt, in Stuttgart sollte zur Erinnerung eine hohe Trajanssäule vor dem Schlosse errichtet werden. Seitdem rechnete Wilhelm sicher auf die Dankbarkeit seines Volkes, die er sich auch durch die Wohltaten einer geordneten, sorgsamen Verwaltung verdient hatte; er wußte jetzt alles am besten, da kein anderer Fürst eine so reiche konstitutionelle Erfahrung besaß, und nannte seine Minister selbst zuweilen geringschätzig „meine Doktrinäre". Die deutschen Höfe schätzten ihn als einen klugen, der Herrschaft kundigen Fürsten, Vertrauen und Liebe fand er wenig. Mit dem preußischen Gesandten General Rochow, der hier im Süden weit nützlicher wirkte als späterhin in Rußland, verkehrte er sehr viel; er freute sich, daß sein Neffe Prinz August in der Berliner Garde so ganz zum Preußen geworden war, und wünschte lebhaft, Preußen möge statt des morschen Österreichs die Führung des Deutschen Bundes übernehmen. Rochow wußte jedoch, daß der Schwabenkönig dem österreichischen Gesandten gegenüber ganz ebenso gehässig über Preußen sprach, und berichtete freimütig: „in seinem Wesen ist die bekannte württembergische Hausphysiognomie stets ausgeprägt." *)

Preßfreiheit, Volksbewaffnung, öffentliche Rechtspflege — so lautete

*) Rochows Berichte, 12. Jan. 1840, 25. Sept. 1843 ff.

das neue liberale Programm, das jetzt in Süddeutschland die Runde machte. König Wilhelm aber hatte mit den Gedanken seiner Jugend längst gebrochen und urteilte über diese Volkswünsche scharf: „ich bin durch eine lange Erfahrung von der Unausführbarkeit überzeugt." Zumal die Preßfreiheit war ihm ein Greuel; und allerdings sah er sich auch persönlich in den Brandschriften, die aus der Schweiz herüberflogen, schändlich angegriffen. Er unterhielt um jene Zeit ein zartes Verhältnis mit einer Schauspielerin Stubenrauch; die Sache war nicht der Rede wert, denn wie hätten Weiber diesen kalten, trockenen, selbstischen Mann je beherrschen können? — die demagogischen Pamphletisten aber stimmten ein Wutgeschrei an, als ob auch Württemberg von einer Lola regiert würde. In den allerheftigsten Worten äußerte sich der König über diese feile Dirne, die Presse, die gleich dem Branntwein trinkenden Matrosen sich zuletzt nur noch beim Scheidewasser wohl fühle. „Nie und nimmer", so sagte er im Nov. 1842 zu Rochow, könne man auf die Zensur verzichten, am wenigsten in den konstitutionellen Staaten; und als der Preuße einwarf, sachliche Besprechungen seien doch notwendig, da ward ihm die Antwort: nein, die Politik der Bundesstaaten kann nur in den Behörden der Regierungen liegen, wer den Zusammenhang nicht kennt, hat kein Urteil. So ward auch in Stuttgart ein Niemals! ausgesprochen, glücklicherweise nicht öffentlich, und es sollte hier noch schneller als in Berlin und Hannover durch die Macht der Tatsachen widerlegt werden. Ganz in der kleinlichen Weise des Ministeriums Abel, das er doch selbst verabscheute, behandelte der König seine Zeitungen. Über württembergische Zustände durften sie kein freies Wort wagen, auf die Großmächte mochten sie ungestraft schelten, während die preußische Zensur angewiesen war, die Besprechungen auswärtiger Verhältnisse strenger zu behandeln als die Artikel über das Inland. Und dabei beklagte er sich beständig, wenn die schwäbischen Liberalen, die daheim nicht reden konnten, in der Kölnischen Zeitung oder in anderen preußischen Blättern ihre Empfindungen kundgaben. Rochow meinte: „man wünscht geschont zu werden, schont aber andere nicht; man klagt über andere und vergißt, daß man selbst zu Beschwerden Anlaß gibt." *)

Des Königs einziger Vertrauter blieb sein alter Freund Frhr. v. Maucler, der als tatsächlich unverantwortlicher Präsident des bloß beratenden Geheimen Rates bei den meisten Beamten-Ernennungen das entscheidende Wort sprach. Die Verwaltung des Innern führte, umgeben von einem Stabe klug ausgewählter tüchtiger junger Räte, Minister Schlayer, noch immer in seiner alten streng bureaukratischen Weise, aber geschickt und sorgsam; an der Spitze des Justizwesens stand der gestrenge Prieser, der gleich manchen anderen verhaßten Beamten Süddeutschlands seine Schule in der Mainzer schwarzen Kommission durchgemacht hatte. Gehorsam

*) Rochows Berichte, 30. Nov. 1842, 20. Febr. 1843

und Ruhe ward unbedingt gefordert. Darum blieb der ungläubige, den Klerikalen so feindselige König auch den Tübinger Hegelianern immer gram; er hielt sie für Friedensstörer und verbot dem Ästhetiker Vischer für einige Zeit die Vorlesungen, als die Geistlichkeit wegen der pantheistischen Antrittsrede des neuen Professors Lärm schlug. Noch kleinlicher verfuhr er gegen Vischers Amtsgenossen Robert Mohl, der sich doch durch sein Württembergisches Staatsrecht als ein würdiger Nachkomme des alten J. J. Moser bewährt hatte. Mohl bewarb sich um einen Sitz in der Kammer und richtete an einen seiner Wähler ein nicht einmal für die große Öffentlichkeit bestimmtes Schreiben, das die Gebrechen des Regierungssystems scharf beleuchtete; daraufhin wurde er an eine kleine Verwaltungsstelle versetzt, er forderte seinen Abschied und die Schwaben mußten ihren ersten Staatsrechtslehrer nach Heidelberg ziehen sehen.

In den Landtagsverhandlungen hallten die hannoverschen Gewalttaten noch lange nach. Der welfische Staatsstreich hatte die süddeutschen Konstitutionellen unbeschreiblich erbittert, und selbst Rochow, der mit Wolfgang Menzel vertraulich umging, konnte sich dieser Stimmung seiner Umgebungen nicht entziehen; er meinte, „es heiße mit dem deutschen Fürstenworte Hohn treiben", wenn der Bund in einer solchen Sache gar nichts täte.*) Der Bundestag blieb freilich unbelehrbar. Die schwäbische Oppositionspartei bemerkte bald, welch einen Fehler sie durch ihren Rückzug aus der Kammer begangen hatte. Seit dem Jahre 1845 traten mehrere ihrer Mitglieder wieder ein, voran Römer, der erste Redner des Landtags. Er bekämpfte vornehmlich die Härte der Zensur und gelangte bei diesen berechtigten Angriffen immer wieder zu dem unhaltbaren Schlusse, daß die Landesverfassung den Bundesgesetzen vorgehen müsse. Partikularist war er darum doch nicht; vielmehr unterhielt er mit den badischen und rheinischen Freunden lebhaften Verkehr und erwog mit ihnen, wie dem Jammer des Bundestags endlich abzuhelfen sei. Großen Unmut erregte im Lande die Verlobung des Kronprinzen Karl mit der bildschönen, in Bayern wie in Österreich verschmähten Großfürstin Olga. Der leere, nichtige, dem klugen Vater ganz ungleiche Thronfolger stand ohnehin in schlechtem Rufe; als die Großfürstin in mädchenhafter Überschwenglichkeit ihm schrieb, sie hoffe seiner wert zu sein, da meinte Rochow, der die beiden Brautleute gründlich kannte: „Das ist zu viel! Ich kann ihr nicht Glück wünschen." Der König, der doch vor Jahren selbst eine Großfürstin heimgeführt hatte, gab jetzt, unter ganz veränderten Verhältnissen, nur zögernd seine Einwilligung, und im Volke äußerte sich überall der Widerwille gegen diese russische Familienverbindung. Der Zar selber ließ sich durch den herkömmlichen Einzugsjubel keineswegs täuschen. Oft äußerte er ingrimmig zu Rochow: wir gelten in Deutschland heute gar

*) Rochow, Promemoria über die hannoversche Verfassung, März 1842.

nichts, der Haß ist zu groß; ich werde mich in Stuttgart jedes politischen Ratschlages enthalten, das könnte nur schaden. Er urteilte richtig. Die von der Presse beständig gebrandmarkte moskowitische Oberherrschaft bestand zur Zeit nur in der Einbildung der Liberalen: weder König Friedrich Wilhelm noch der Bundestag noch die Höfe der Mittelstaaten ließen sich in ihrer inneren Politik durch Petersburger Machtsprüche leiten. Nikolaus tröstete sich über solche unliebsame Wahrnehmungen, indem er drohend sagte: „wenn man mich aber brauchen sollte, dann bin ich da und werde gern helfen!“ *) In der Tat sollte nur zu bald, nach der Revolution, eine Zeit erscheinen, da der von den Liberalen so oft an die Wand gemalte moskowitische Teufel plötzlich lebendig wurde.

Nun kamen die Hungerjahre, sie brachten dem zerstückelten, überschuldeten Kleingrundbesitze Württembergs zahllose Zwangsversteigerungen und entsetzliches Elend. Im Mai 1847 rottete sich der Stuttgarter Pöbel zu einem Hungerkrawall zusammen. Der König ritt hinaus, allein, wie einst an seinem Jubeltage, er dachte durch sein Erscheinen die Tobenden zu beschwichtigen. Wie ward ihm aber, als ihn die Massen mit Verwünschungen und Steinwürfen empfingen. Rasch entschlossen führte er selbst seine Truppen zum Angriff vor, und der Auflauf wurde nicht ohne Blutvergießen unterdrückt. Diese Stunde blieb dem Könige unvergeßlich; seit er die Launen der Volksgunst also durch persönlichen Schimpf erfahren hatte, befestigte er sich mehr und mehr in seiner harten Menschenverachtung. Tief empört sagte er nachher zu Radowitz: „Ein solcher Undank nach einer dreißigjährigen Regierung!“ Er glaubte fest — so blind war sein Zorn — daß Römer, Murschel und andere Liberale einen großen Aufstand beabsichtigt hätten, und bedauerte nur die Verräter nicht überführen zu können.**) Als Römer im Febr. 1848 diese Vorfälle im Landtage zur Sprache brachte und die Frage stellte, wann die Anwendung von Waffengewalt erlaubt sei, da wollten selbst viele seiner Freunde dem Führer der Opposition nicht mehr folgen, und Minister Schlayer erwiderte: das heiße sich gleichsam auf die Seite der Umsturzpartei stellen. Alle zitterten vor der Revolution. Nur wenige Tage, und sie brach auch über das Schwabenland herein. —

In Baden hatte die Regierung seit Blittersdorffs Sturz für längere Zeit allen Halt verloren. Weder Böckh noch der gelehrte Rebenius, der wieder in das Ministerium zurückgerufen wurde, vermochte mit dem Landtag auszukommen. Hinter und neben ihnen wirkten im hohen Beamtentum Männer von entschieden reaktionärer Gesinnung wie Rüdt v. Collenbach und Rettig; und dazu währten am Hofe die geheimen Zwistigkeiten fort, da Großherzog Leopold in seiner unentschlossenen Schwäche überall um Rat

*) Rochows Berichte, Petersburg, 28. Jan. 4. Febr., 12. Aug., 14. Sept. 1846.
**) Radowitz' Bericht, 27. Mai 1847.

anfragte. Hier zuerst in Deutschland tauchte das Schreckwort „Kamarilla" auf, das nachher in den Zeiten der Revolution eine so große Rolle spielen sollte. Die Schwarzwälder Bauern dachten sich darunter irgend ein bösartiges Frauenzimmer. Was diese verrufene Kamarilla eigentlich trieb, das ließ sich aus der Masse der umlaufenden Klatschereien allerdings nicht erkennen; gewiß war nur, daß die Großherzogin Sophie und der kommandierende General Markgraf Wilhelm einander bekämpften, desgleichen daß auch ultramontane Ränke sich zuweilen an diesen protestantischen Hof heranwagten. Mehrere der hohen Hofbeamten waren alte Emigranten. Als die beiden ältesten, noch sehr jugendlichen Söhne des Großherzogs 1843 den Wiener Hof besuchten, da sollte Jarcke als politischer Lehrer für sie angeworben werden; so hatte Blittersdorff geraten. Ihr Begleiter, Oberst Roggenbach aber erkundigte sich zunächst bei dem preußischen Gesandten Canitz; der Preuße schenkte ihm reinen Wein ein und erklärte es für durchaus unziemlich, die Erziehung protestantischer Prinzen diesem fanatischen Konvertiten anzuvertrauen, der schon den jungen Herzog von Nassau ganz in österreichisch-klerikalem Geiste unterrichtet hatte. So unterblieb der Versuch.*)

Die Kammern zeigten, nachdem sie über Blittersdorff triumphiert, ein unermeßliches Selbstgefühl, sie glaubten an der Spitze der deutschen Nation zu stehen und nährten die Überhebung im Volke dermaßen, daß bald nachher die badischen Demagogen alles Ernstes hoffen konnten, die deutsche Republik von dieser Ecke des Vaterlandes her dem übrigen Volke aufzuerlegen. Radowitz meinte: „Baden wird von der gesamten subversiven Partei Deutschlands als das Terrain betrachtet, auf welchem die Hauptschläge geschehen." **) In diesen Tagen wurde das geheime Schlußprotokoll der Wiener Konferenzen von 1834 zuerst in einer deutsch-amerikanischen Zeitung veröffentlicht und, obgleich jene Beschlüsse fast ganz wirkungslos geblieben waren, doch von der gesamten liberalen Welt mit Abscheu begrüßt. Welcker druckte sodann das unheimliche Aktenstück nochmals ab und dazu die vollständigen Protokolle der Karlsbader Konferenzen, die er aus Klübers Nachlaß erhalten hatte. Diese „Wichtigen Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation" (1844) blieben jahrelang die große Fundgrube für die liberale Zeitungspolemik und halfen vollends zerstören was von dem Ansehen des Bundestags noch übrig war. In einer donnernden Kammerrede übergab Welcker die Wiener Konferenzbeschlüsse feierlich „dem Gottesgerichte der öffentlichen Meinung". Auch über die Mißhandlung Weidigs und Jordans, über die Zensur, über die geheimen Bundesprotokolle, über alles was sonst noch faul war im Deutschen Bunde, erging er sich strafend in Schrift und Rede; es schien zuweilen,

*) Canitz' Bericht, 15. Jan. 1843.

**) Radowitz' Bericht, 19. April 1844.

als ob der höchste Gerichtshof der deutschen Nation in der Karlsruher Kammer tagte. Mit demselben erhabenen Pathos, wie die großen Anliegen des deutschen Volkes, besprach man aber auch die kleinlichsten badischen Ortsbeschwerden, so die polizeiliche Abwandlung zweier Bürger, die im Wirtshause einen Polizeibeamten „scharf angeschaut und sich anzügliche Bemerkungen über seine Nase erlaubt hatten". Der wohlmeinende liberale Minister v. Dusch erwiderte zwar auf die Warnungen des konservativen Nachbarn du Thil: „wir regieren mit der öffentlichen Meinung und durch sie." *) In Wahrheit hatte sich Blittersdorffs hartes bureaukratisches Regiment auch jetzt noch kaum geändert. Der Muster-Zensor Uria-Sarachaja erlaubte sich grade damals, unter dem schwachen Ministerium Nebenius, die frechste Willkür. Mannigfache Roheiten der Polizeibehörden reizten das Volk, zumal in Mannheim; dort war der Pöbel der Neckarvorstadt, „der Neckarschleim" ohnehin zu Unruhen geneigt, und einmal wurde sogar der Gemeinderat, als er einen keineswegs ungesetzlichen politischen Beschluß fassen wollte, durch die Truppen auseinander gejagt. Die Regierung schwankte zwischen halb liberalen Neigungen und polizeilicher Seelenangst; in den langen stürmischen Kammerverhandlungen kam schließlich nichts zu stande als das neue Strafgesetzbuch, ein tüchtiges Werk des Staatsrats Jolly.

Da stellte Zittel (Dez. 1845), angeregt durch die deutschkatholische Bewegung, seinen Antrag auf Gleichberechtigung der christlichen Religionsparteien.**) Dieser unverfängliche Antrag, der kaum mehr verlangte als was König Friedrich Wilhelm bald nachher den Dissidenten gewährte, bot nun der jungen klerikalen Partei den Vorwand um ihre Kraft zu erproben und nach bayrischer Art eine mächtige Kundgebung des katholischen Volkszornes zu veranstalten. Der vormals radikale Freiburger Professor Buß, der als Gelehrter gar nichts galt, aber durch seine freche Stirn schwache Leute zu erschrecken vermochte, leitete die pfäffische Wühlerarbeit im Oberlande. Auch Major Hennenhofer, der verrufene Günstling des alten Großherzogs Ludwig, tauchte wieder aus der Vergessenheit auf um den Klerikalen im Breisgau beizuspringen. Die Religion ist in Gefahr — oder: wollt ihr katholisch bleiben? — so erklang es in zahllosen Flugschriften und Volksversammlungen. Die Schwarzwälder Bauern, die noch kaum aufatmeten von den wütenden Wahlkämpfen der Blittersdorffischen Zeit, sahen sich plötzlich in eine wilde kirchliche Aufregung hineingehetzt; es war als ob alle Parteien des Landes sich verschworen hätten, dies erregbare, aber gutherzige und keineswegs zuchtlose Volk nie mehr zur Besinnung kommen zu lassen. Auf der anderen Seite lärmten die Juden, die Deutschkatholiken, die werdende radikale Partei. Als der klerikale

*) du Thils Aufzeichnungen, Wildbad, Mai 1846.

**) S. o. V. 348.

neue Erzbischof Vicari um diese Zeit zuerst nach Konstanz kam, da gerieten seine Anhänger mit den Gegnern in wüste Raufhändel.

Erstaunt über den Sturm der klerikalen Petitionen aus dem Oberlande, entschloß sich der Großherzog nunmehr zu einem unbegreiflichen Mißgriff. Er löste im Febr. 1846 die Kammer auf, ohne jeden genügenden Grund, wohl in der Hoffnung die liberale Opposition zu schwächen. Die Rechnung trog gänzlich. Nach einem abermaligen heftigen Wahlkampfe gewannen die Klerikalen nur einen einzigen neuen Abgeordneten, den unglücklichen Buß; der aber wurde durch Mathy an seine radikale Vergangenheit so nachdrücklich erinnert, und als er dreist ableugnete, so schmählich überführt, daß ihn die Kammer fortan kaum noch anhören mochte. Stärker denn je zuvor kehrten die Liberalen in den Landtag zurück, und sie traten, wie billig, der ratlosen Regierung sehr scharf entgegen. Mit der nahenden Revolution zu drohen, war in dieser Kammer schon von langeher üblich, Welcker vornehmlich pflegte solche Schreckbilder fast in jeder Rede vorzuführen. Jetzt aber warnte auch Mathy, der nie ein unbedachtes Wort sprach, als der Antrag auf Preßfreiheit zum neunten Male gestellt wurde: „Ich kann mich der Ahnung nicht entschlagen, daß diesem neunten Antrage nicht eine gleiche Anzahl folgen, daß die Zeit nicht mehr fern sein werde, wo über Tag oder Nacht, über Leben oder Tod die Entscheidung fällt." Mochte auch Nebenius diesen „unwürdigen Ton" entrüstet zurückweisen, am Hofe selbst ahnte man doch endlich, daß die unverkennbar liberale Gesinnung des Landes nur durch ein liberales Ministerium befriedigt werden konnte. Das wohlhabende Land blieb von den Hungerkrawallen dieser Teuerungsjahre fast ganz verschont, gleichwohl fühlte jedermann die allgemeine Aufregung. Sogar Blittersdorff äußerte sich von Frankfurt her in diesem Sinne; seine Hoffnung war freilich, die Liberalen würden ihre Unfähigkeit zum Regieren bald zeigen und dann, rasch vernutzt, einem reaktionären Ministerium weichen müssen. Auch Radowitz, dessen Rat der Großherzog immer wieder einholte, widersprach nicht gradezu, obgleich er auch jetzt noch in dem Wahne lebte, man könne auf gesetzlichem Wege zu einer Verfassungsänderung gelangen.*) Entscheidend jedoch war, daß Nebenius selbst wünschte, das Ruder des Staates an kräftigere Hände abzugeben.

So wurde denn endlich (Dez. 1846) Staatsrat Bekk, der schon seit einiger Zeit dem Ministerium angehörte, an die Spitze der Regierung gestellt, ein tüchtiger Jurist und wirksamer Kammerredner von gemäßigt liberaler, aufrichtig katholischer Gesinnung; er gehörte zu der alten guten Winterschen Beamtenschule und hatte sich durch Gerechtigkeit und Milde allgemeine Achtung erworben. Die gröbste Willkür der Zensoren und der Polizeibehörden hörte nunmehr auf; es war Bekks Verdienst, daß die Ge-

*) Radowitz' Bericht, 10. Dez. 1846.

bildeten endlich wieder einiges Vertrauen zu der Staatsgewalt gewannen — so weit dies in dem tief zerwühlten und zerklüfteten Lande noch möglich war. Ohne dies kurze versöhnende Regiment, das nur leider allzu spät eintrat, wäre Baden nach menschlichem Ermessen wohl schon im Frühjahr 1848 ganz der Anarchie anheimgefallen.

Bekks Regierung bewirkte, daß hier zuerst in Deutschland die liberale Partei sich von der radikalen abzulösen begann. Überall sonst hatte man bisher alle, die dem herrschenden Systeme widerstrebten, ohne Unterschied zur Opposition gezählt. In Preußen wurden Dahlmann und Jacoby, Vincke und H. Simon noch allgemein als Gesinnungsgenossen angesehen, da die radikale Partei im Vereinigten Landtage gar nicht vertreten war also noch nie Farbe bekannt hatte. Auch in Baden hatte der Liberalismus während der wilden Wahlkämpfe seine Bundesgenossen genommen wo sie sich fanden: neben den erfahrenen Führern saßen jetzt im Landtage einige junge Demokraten, der gewandte Rabulist Brentano, der feurige Volksredner Hecker, der noch von seinen Burschentagen her den Namen des Krassen führte, und andere. Sobald aber die Regierung selbst treu im Geiste der Verfassung zu handeln begann, da zeigte sich sofort, daß viele der gefürchteten älteren Kammerredner, die in Radowitz' Gesandtschaftsberichten fast allesamt als Demagogen erschienen, in Wahrheit sehr gemäßigte Ansichten hegten. Solange die Liberalen in einer aussichtslosen Opposition standen, hatten sie, begreiflich genug, oft über den Strang geschlagen. Jetzt gestand Bassermann, er sei des unfruchtbaren Widersprechens müde und würde sich freuen eine ehrlich konstitutionelle Regierung zu unterstützen. Mathy aber sagte schon wenige Wochen nach dem Wahlkampfe von 1846: „das Volk ist bescheidener als jene Koterien, welche den Ausdruck seiner Gesinnungen bei den Wahlen zu fälschen bemüht waren." Auch Welcker war der Wüterich nicht, den die tiefbeleidigten Bundesgesandten verlästerten. Über die Gemeinplätze parlamentarischer Redner urteilt der ruhig Zurückschauende leicht ungerecht; Trivialität bleibt doch das sicherste Mittel um einen politischen Gedanken zum Gemeingute aller zu machen. Ohne die ewigen Wiederholungen der Kraftreden Welckers wäre die Überzeugung von der Unhaltbarkeit der alten Bundesverfassung nicht so tief ins Volk gedrungen; über ein deutsches Parlament aber gingen die Wünsche des grimmigen Polterers selber nicht hinaus. Von den Neugewählten schloß sich vornehmlich der Mannheimer Anwalt v. Soiron, ein fähiger, beredter Jurist, diesem bürgerlichen Liberalismus an.

Von der anderen Seite her eröffnete Struve den Streit, der bald mit der ganzen Gehässigkeit verfeindeter Brüder geführt wurde. Verbittert durch seinen langen Kampf gegen den Muster-Zensor hatte Struve sich dem wilden Radikalismus angeschlossen und donnerte nunmehr in seiner neuen Zeitschrift, dem Deutschen Zuschauer wider „die Halben", die Paradehelden, die Kammermandarinen. Seine „Ganzen" fanden

Bundesgenossen an dem jungen Demagogen Karl Blind und vielen fremden Agenten, deren das Grenzland sich schwer erwehren konnte. Zugleich ward der Abhub der Schweizer und der Pariser Presse Tag für Tag über den Rhein gefahren. Das französische Kommunistenschimpfwort Bourgeois klang auch in Baden wieder, wo es doch gar keinen Sinn hatte, und auf einer radikalen Volksversammlung zu Offenburg (Sept. 1847) wurde außer den längst landesüblichen Volkswünschen auch schon die Forderung aufgestellt: Ausgleichung zwischen Kapital und Arbeit. Eine soziale Bewegung kündigte sich an. Völlig hoffnungslos sprach Radowitz über „die ganz infizierte Atmosphäre" dieses Landes. Unheil erwartete er auch von den soeben wieder zugelassenen Freimaurerlogen, die allerdings in Baden, wie in allen katholischen Ländern, dem kirchlich-politischen Liberalismus weit näher traten als im protestantischen Norden; dies konnte der König, nach den Traditionen seines Hauses, freilich nicht ruhig hinnehmen, und er rügte scharf: „Welche krasse Unkenntnis der wahren Tendenz der Maurerei!! Wer sie kennen lernen will, trete in sie ein!" *) Nach mannigfachen Händeln und Versöhnungsversuchen maßen sich die beiden Parteien endlich im offenen Kampfe, bei den Ergänzungswahlen im Herbst 1847. Struve unterlag, mit ihm einige seiner radikalen Freunde.

So begann die längst schon gebotene Klärung des Parteiwesens, auch sie leider viel zu spät um die deutsche Nation noch rechtzeitig zu belehren. Niemand litt unter dem Windzuge dieser neuen Zeit schwerer als der alte Adam v. Itzstein, der so lange alle Kräfte der Opposition mit diplomatischer Kunst zusammengehalten hatte. Jetzt mußte er die tüchtigsten Männer seiner Gefolgschaft rechts abschwenken sehen, während ihn selber die Wucht der tausendmal wiederholten radikalen Phrase nach links hinüberzog. Fortan war er ein toter Mann. Die Schärfe der neuen Parteigegensätze zeigte sich noch einmal grell in den ersten Wochen des Jahres 1848, als die drei größten Fabriken des Landes in Waghäusel, Ettlingen, Karlsruhe durch den Sturz des großen Bankhauses Haber und andere Unglücksfälle schwer gefährdet wurden und die Regierung vorschlug ihnen durch eine Staatsunterstützung zu Hilfe zu kommen. Da verwendete sich Mathy, der vor kurzem noch so gefürchtete Demagog, lebhaft für den Antrag der Minister; Hecker aber überreichte eine Petition von 63 Arbeitern, welche Macht gegen Macht den 63 Abgeordneten entgegentraten und sich jede Begünstigung des Großkapitals trutzig verbaten. Unterdessen berieten die Liberalen über die Zukunft des Deutschen Bundes. An dem nahen Zusammenbruche zweifelte niemand mehr, aber niemand wußte auch einen sicheren Weg der Rettung. Nur der eine Gedanke, den Welcker schon vor anderthalb Jahrzehnten in dieser Kammer ausgesprochen hatte, schien allen unzweifelhaft: ohne die Mitwirkung populärer Kräfte konnte

*) Radowitz' Berichte, 4. Jan., 6. Aug. 1847.

der Bundestag nicht mehr bestehen. Noch war die Revolution nicht ausgebrochen, da begründete am 12. Febr. 1848 Bassermann mit einer tief ergreifenden Rede seinen Antrag auf Berufung des deutschen Parlaments: „Der Weltfriede steht auf zwei Augen. An der Seine und an der Donau neigen sich die Tage, und nur das Gute und das Rechte sind die Träger aller Herrschaft.“ —

Mit freundnachbarlichem Groll betrachtete der dauerhafteste aller deutschen Minister, du Thil, diese Badener, die ihm namentlich durch die freche Mannheimer Presse sein stilleres Hessenland beständig aufwiegelten. Seit die Demagogenverfolgung endlich abgeschlossen war, regierte er ruhig in seiner alten Weise, verständig, ehrlich, sorgsam, aber im strengsten bureaukratischen Geiste. Es war ihm gelungen, das dem Südwesten eigentümliche System des Beamten-Parlamentarismus zur denkbar höchsten Ausbildung zu vervollkommnen. Im Jahre 1845 befanden sich unter den 50 Abgeordneten der zweiten Kammer 34 Staats- und 8 Gemeinde-Beamte; und da die Amtsdisziplin in Hessen weit kräftiger gehandhabt wurde als in Baden, so konnten die unglücklichen acht titellosen Volksvertreter wenig ausrichten. In der deutschen Politik, zumal in den Zollvereinshändeln hielt sich du Thil immer treu auf Preußens Seite. Selbst der liberale Hofprediger Zimmermann gewann sich den Beifall des Königs von Preußen, da er im Gustav-Adolf-Vereine für die Ausschließung des Freidenkers Rupp stimmte; und als dem Prälaten darauf „von einigen Lichtscheuen“ durch die Post eine tote Fledermaus zugesendet wurde, da befahl Friedrich Wilhelm: „Diese Anekdote muß in die Zeitung kommen, mit einem kurzen Wort über die Würdigkeit des Handelns und der Gesinnung der Pro-Ruppianer.“*)

Leicht wurde dem klugen Minister seine preußische Haltung nicht. Denn Prinz Emil, der ungleich begabtere Bruder des wohlmeinenden Großherzogs Ludwigs II. hegte als alter napoleonischer General einen natürlichen Widerwillen gegen das preußische Heer, zumal gegen dessen ersten Mann, den Prinzen von Preußen. Mußte es sein, so wollte der hochkonservative Prinz sein Rheinbundsland immer noch lieber in Österreichs Obhut geben. Auch russische Ränke ließen sich spüren, seit die Prinzessin Marie den Großfürsten-Thronfolger geheiratet hatte. Der erklärte Günstling des Prinzen Emil, der rohe, ungebildete, im Stalle aufgewachsene, aber energische und gescheite Prinz August Wittgenstein, der selber einem halbrussischen Geschlechte angehörte, vertrat bei Hofe mit Eifer die moskowitisch-reaktionären Gedanken. Hier allein und im nahen Nassau, dessen junger Herzog Adolf kürzlich eine Großfürstin heimgeführt hatte, behauptete Zar Nikolaus einige Macht, während der preußische Schwager allen Warnungen taub blieb und die anderen deutschen Höfe allesamt dem Petersburger

*) Bockelbergs Bericht, 2. Nov. 1845, mit Randbemerkung.

Kabinett ein ängstliches Mißtrauen zeigten. Unterdessen begann auch die ultramontane Partei ihre Netze im Großherzogtum auszuwerfen. du Thil hielt seine Augen offen; er freute sich aufrichtig, als ihm eines Tags aus Schaffhausen ohne Namen eine Flugschrift zugesendet wurde: „die Operationen der ultramontanen und absolutistischen Partei in Süddeutschland "— ein Büchlein, das offenbar aus den Kreisen der liberalen Priesterschaft hervorgegangen war und mit gründlicher Sachkenntnis nachwies, wie tief sich die klerikale Partei schon an den Höfen des Südens eingenistet hatte. In Hessen war der Kanzler Linde ihre beste Stütze. Der hatte, aus dem kurkölnischen Herzogtum Westfalen gebürtig, sein neues Vaterland Preußen bald unmutig verlassen und nach einer kurzen erfolgreichen juristischen Lehrtätigkeit das Kanzleramt der Universität Gießen sowie einige andere hohe Staatsämter erlangt. Er gründete die Gießener katholische Fakultät, die mit Freiburg und Tübingen wetteifernd sich um die wissenschaftliche Bildung des südwestdeutschen Klerus große Verdienste erwarb. Den strengen Ultramontanen blieb er stets verdächtig, weil er die Verehrung für seinen alten Lehrer Hermes nie ganz verleugnete; und doch wirkte er mit ihnen zusammen, weil er sie als unversöhnliche Widersacher Preußens schätzte. Jeder starke Charakter zieht an und stößt ab, das gilt von den Staaten wie von dem einzelnen. Wie der preußische Staat von jeher große Talente aus dem übrigen Deutschland an sich gezogen und mit seinem Geiste erfüllt hatte, so mußte er jetzt auch erleben, daß die klerikale Partei des Südens ihre wildesten Preußenfeinde allesamt aus Preußen selbst erhielt: Görres, Jarcke, Phillips, Linde. Als Erzherzog Max von Österreich-Este, der reiche, im stillen mächtige Gönner der Jesuiten, den Südwesten bereiste, da war in Hessen sein erster Gang zu Linde, und du Thil meinte bitter: „er wußte, an wen er sich zu wenden hatte." Auch in Biebrich, wo Jarcke schon vorgearbeitet hatte, scharte sich um den Freiherrn v. Loë eine klerikale Hofpartei, die dem sogenannten „nassauischen Rattenkönige", der Vetterschaft der mächtigen Familie Dungern, die Herrschaft zu entreißen trachtete.

Zwischen so mannigfachen höfischen Parteien wußte du Thil sich tapfer zu behaupten; er besaß das volle Vertrauen des Großherzogs und verteidigte nach außen hin die Würde seines Fürstenhauses noch immer mit der alten Eifersucht. Welche Freude, als er nach vieljährigen Kämpfen endlich durchgesetzt hatte, daß Hessen-Homburg nicht einen Anteil an der Bundestagsstimme der Darmstädtischen Vettern enthielt, sondern mit einem Platze unter den Kleinen der sechzehnten Kurie vorlieb nehmen mußte; sonst wäre ja die großherzogliche Virilstimme zu einer Kuriatstimme „degradiert" worden! Als den gefährlichsten Mann der liberalen Opposition fürchtete man den alten Präsidenten Jaup, der einst bei der Entstehung der Verfassung mitgeholfen hatte und jetzt schon längst als verdächtig zur Ruhe gesetzt war. Er galt bei Hofe, schon wegen der cynischen Ein-

fachheit seiner Erscheinung, für einen argen Demagogen, obgleich seine Wünsche nicht über die Grenzen eines sehr bescheidenen Liberalismus hinausgingen, und es gelang, den Gefürchteten jahrelang der Kammer fern zu halten. Als er im Jahre 1847 doch gewählt wurde, da verweigerte die Regierung dem längst Verabschiedeten den Urlaub, und er sah sich vom Landtage wiederum ausgeschlossen. „Herr Jaup", so sagte der Großherzog einst zu du Thil, „wird mir nie als Minister aufgedrungen werden; kommt es dahin, so habe ich vorher abgedankt."*) Er ahnte nicht, wie bald sich diese Weissagung buchstäblich erfüllen sollte. Durch die deutschkatholische Bewegung kam der geheime höfische Parteikampf an den Tag. Prinz Emil und Linde verlangten scharfe Unterdrückung, Linde bekämpfte die neue Sekte auch in geharnischten Schriften. du Thil aber verfuhr milder, nach Preußens Vorbilde. Infolge dieser Zerwürfnisse nahm Linde endlich, im Dezember 1847 seinen Abschied — um bald nachher den Kampf gegen Preußen auf einer größeren Bühne von neuem zu beginnen.

In dem stillen Landtage ward es erst wieder lebendiger, als die Regierung ein neues bürgerliches Gesetzbuch vorlegte, das großenteils, aber nicht vollständig dem Code Napoleon nachgebildet war. Grundes genug für die Rheinhessen, um den alten Haß gegen die rechtsrheinischen Starkenburger wieder einmal zu bekunden; nicht einen Buchstaben von dem heiligen Kodex des fremden Eroberers wollten sie missen. Gefördert durch den neuen Rheinischen Verein, begann eine starke politische Bewegung auf dem linken Ufer. Der Mainzer Gemeinderat schämte sich nicht, dem Großherzog in einer Petition zu sagen: der Code Napoleon verbinde die Rheinhessen mit 50 Mill. Belgiern und Franzosen und müsse also auch auf dem rechten Ufer eingeführt werden. Da der Landtag gleichwohl den Gesetzentwurf annahm, so fühlten sich die Rheinhessen tief beleidigt. Mainz zeigte sich wieder einmal als die Stadt der Klubisten, in allen Weinhäusern erklangen Hochrufe auf die Franzosen, und mit den Preußen der Bundesgarnison, die man als Feinde Frankreichs verabscheute, suchten die radikalen Schoppenstecher beständig Händel. Durch diesen rheinhessischen Streit wurde auch Heinrich v. Gagern in das öffentliche Leben zurückgeführt. Seit jenem Tage, da er die feierliche Frage gestellt hatte: „wo ist bei uns was der Freiheit gleicht?" — seit vollen zehn Jahren war er den Kammern fern geblieben. Jetzt trat er zunächst mit einer Druckschrift für „die Rechtsverfassung Rheinhessens" ein. Es war doch ein Zeichen grundverderbter Zustände, daß dieser redliche deutsche Patriot das fremde Recht verteidigte. War die französische Rechtseinheit des linken Rheinufers vorzuziehen oder die halbfranzösische Rechtseinheit des hessen-darmstädtischen Reichs? — über diese Frage konnte man wohl streiten; in dem Chaos unserer Kleinstaaterei ward alles unklar. Nachher ließ sich Gagern

*) Nach du Thils Aufzeichnungen.

(1846) auch in den Landtag wählen, und da er sogleich mit dem Untersuchungsrichter des Weidigschen Prozesses, dem allgemein verachteten Georgi in einen leidenschaftlichen persönlichen Zwist geriet, so scharte sich die schwache Opposition alsbald um den schönen ritterlichen Mann als um ihren natürlichen Führer. Er aber hatte nie verhehlt, daß er zuerst ein Deutscher sei, dann erst ein Hesse. Gleich seinem Freunde, dem Niersteiner Wernher sah er den Zusammenbruch des Bundestags voraus und suchte sich mit den Gesinnungsgenossen der Nachbarlande über die Zukunft des großen Vaterlandes zu verständigen. —

Derweil es also überall gärte und eigentlich niemand mehr an die Dauer der bestehenden Ordnung glaubte, sank der Bundestag tiefer und tiefer; es schien, als wollte er noch zuletzt beweisen, wie reif er zum Untergange sei. Seit die Kriegsgefahr verschwunden war, zeigten alle Bundesstaaten, mit der einzigen Ausnahme Preußens, wieder die alte frevelhafte Gleichgiltigkeit gegen die Wehrbarkeit des Vaterlandes. Die zweite Bundes-Inspektion im Jahre 1846 bewies nur, daß die erste wenig geholfen hatte; das luxemburgische Kontingent war noch immer „sehr weit davon entfernt formiert zu sein". Im übrigen gebar die neue Einrichtung nur neue unwürdige Zänkerei. Jeder Souverän, auch wenn er gar keinen General in seinem Vermögen hatte, verlangte nach dem Hochgenusse, andere Staaten zu inspizieren; selbst die Senate von Hamburg und Lübeck erklärten nachdrücklich: wir bilden mit Oldenburg eine Brigade und zahlen Zuschuß für den Brigadegeneral, folglich müssen wir „als an der Aktiv-Inspektion beteiligt, sei es auch nur durch ein et caetera hinter Oldenburg aufgeführt werden." Aber gegen dies et caetera verwahrte sich Oldenburg mit dem ganzen Stolze des Hauses Gottorp.*)

Auf den Toren und den Geschützen der neuen Bundesfestungen wollte König Friedrich Wilhelm Bundesfahnen und Bundeswappen anbringen lassen, und der Wiener Hof fand begreiflicherweise nichts dawider einzuwenden, wenn das althistorische gelbschwarze Reichsbanner auf den Wällen von Ulm und Rastatt prangte. Ebenso begreiflich, daß König Ludwig von Bayern davon nichts hören wollte. Er schlug die schwarzrotgoldenen Farben der Burschenschaft vor, um also „der revolutionären Partei eine Waffe zu entreißen"**); doch wußte er sicherlich im voraus, daß nunmehr gar nichts beschlossen wurde. Etwas günstiger verliefen die Beratungen über das Bundeswappen. Einige der Kleinen wünschten alle Schilder der achtunddreißig Souveräne in einem schönen Kranze zu vereinigen mit der Um-

*) Dönhoffs Berichte, 25. Juni, 6. Juli 1846.

**) Dönhoffs Bericht, 24. Juni 1846.

schrift: „Einigkeit trägt ein"; alsbald erwies sich aber, wie wenig dieser sinnige Wahlspruch zutraf. Die Reihenfolge der Wappenschilder war ja seit langem streitig, und die Einstimmigkeit, die für einen solchen „organischen Beschluß" verlangt wurde, mithin ganz undenkbar. So mußte man denn auf den Doppeladler zurückkommen, der in den Jahrhunderten des Verfalles dem alten Reiche als Wappen gedient hatte. Der bayrische Bundesgesandte Oberkamp aber meinte: „der Adler war nie ein Zeichen deutscher Nationalität, sondern ein dem Heidentum entstammendes Symbol römischer Imperatorenwürde und Weltherrschaft." Nach langen Verhandlungen gab Bayern endlich nach. Der Adler durfte jedoch weder Krone noch Scepter noch Schwert tragen, das hätte die Souveränität der Bundesstaaten zu schwer beeinträchtigt; und König Friedrich Wilhelm ließ dem Bundestage durch seinen Gesandten sagen: „auf den Schutzwällen des Bundes würde der entwaffnete Reichsadler den Franzosen zu vieler Kurzweil Veranlassung geben; ich sei wahrhaft glücklich daran unschuldig zu sein."*) Als Preußen sich sodann erbot, die 1450 Mann, welche Waldeck und die beiden Lippe zur Kriegsbesatzung von Luxemburg zu senden hatten, selber zu stellen und dafür die drei Heere in die Festungen Wesel und Minden aufzunehmen, wo sie viel sicherer waren, auch durch ihre Unzucht weniger Schaden anrichten konnten, da erklärten die drei Fürsten übereinstimmend: dieser Vorschlag sei „unangemessen", denn in Luxemburg ständen ihre Truppen unter einem Bundesgeneral — der freilich auch ein Preuße war — in Wesel und Minden dagegen „zur Disposition eines Nachbarstaats".**)

Noch tiefer fühlten sich die Kleinen beleidigt, als König Friedrich Wilhelm sich bereit erklärte, die einzige preußische Spielbank, die Aachener aufzuheben und vom Bundestage für die Zukunft ein Verbot aller öffentlichen Spielbanken verlangte. In allen den Badeorten der Frankfurter Umgegend blühten die Spielhöllen; die vornehmen Gauner Europas gaben sich hier ein Stelldichein, der Pariser Boulevardier rechnete Homburg und Bade-Bade einfach zu Frankreich, und die östlichen Nachbarn spotteten nicht mit Unrecht, in diesen Spielbädern könne man die vielgerühmte deutsche Sittlichkeit kennen lernen. Das Unwesen wurzelte sehr tief. Die Spielpächter Benazet in Baden und Blanc in Homburg zählten mit Rothschild, Cotta und Taxis zu den mächtigen Kaufhäusern, welche sich in der Eschenheimer Gasse besonderer Gunst erfreuten, sie waren mit Blittersdorff und anderen Bundesgenossen nahe befreundet, den kleinen Landesvätern brachten sie erkleckliche Einnahmen und von den Bewohnern der Badestädte wurden sie als Wohltäter der ganzen Umgegend wie Heilige verehrt. Der Gesandte Graf Dönhoff mußte also bald erfahren, in

*) Dönhoffs Bericht, 7. Mai; Gise, Weisung an die Gesandtschaft in Berlin, 5. Juni 1846.

**) Dönhoffs Bericht, 3. April 1847.

welches Wespennest er gestochen hatte. Nassau wollte wohl die kleinen Spielhöllen in Schlangenbad und Schwalbach preisgeben, die große in Ems aber sollte fortbestehen, solange die Homburger dauere. Baden und Homburg wiesen das Ansinnen entrüstet zurück; vorher müßten erst alle Lottos und Staatslotterien vom deutschen Boden getilgt werden.*) Das Ende des mehrjährigen Zankes war, daß eine einzige der größeren deutschen Spielbanken unterging, die Köthener; und sie starb eines natürlichen Todes, da das Land nach dem Erlöschen der Köthener Linie (1847) mit Dessau vereinigt wurde. Also verschwand das historisch merkwürdigste der deutschen Fürstentümer, das in seltener Vollständigkeit sämtliche Reize germanischer Kleinstaaterei entfaltet hatte. Was war hier nicht alles binnen vierzig Jahren geleistet worden: erst der Moniteur de l'Empire Anhaltin-Coethien, dann der große Schmuggelkrieg gegen Preußen, dann die Jesuitenstation mitten im altprotestantischen Lande, dann endlich die Spielbank; mehr konnten die Lobredner deutscher Vielherrschaft unmöglich verlangen.

In solcher Nichtigkeit schleppten sich die Frankfurter Dinge dahin. Der Bundestag ist eine Leiche, ein Gaukelspiel, er ist der Indifferenzpunkt der deutschen Politik — so hieß es übereinstimmend in den Berichten der großen wie der kleinen Gesandten. Metternich aber, dem doch dieser Bund ganz unschätzbar sein mußte, fuhr fort, die Versammlung in der Eschenheimer Gasse mit der äußersten Geringschätzung zu behandeln. Dem Grafen Münch rechneten seine Amtsgenossen nach, daß er von den 23 Jahren seiner Präsidentschaft 13 in Wien, nur 10 in Frankfurt verbracht hatte, und für die jüngste Zeit stellte sich die Rechnung sogar noch ungünstiger. Allerorten in Deutschland — so gestanden die Bundesgesandten selber — ward über die Zukunft des Vaterlandes gesprochen, nur nicht in Frankfurt. Ein Rausch der Feste ging durch das deutsche Land, das doch zu jubeln so wenig Ursach hatte. Wie zur selben Zeit die schicksalsverwandten Italiener, so suchten die Deutschen in unzähligen brüderlichen Zusammenkünften ihrer nationalen Einheit froh zu werden. Den Naturforschertagen folgten die Zusammenkünfte der Philologen, der Landwirte, der Anwälte, der Sänger, der Schriftsteller. Überall wurde die neue Trikolore Schleswigholsteins mit Frohlocken begrüßt; und auch die vom Bundestage verschmähte schwarzrotgoldene Fahne tauchte trotz der Verbote immer wieder auf, sie galt schon allgemein als das nationale Banner.

Von lang nachwirkender Bedeutung waren unter diesen Versammlungen nur die beiden, zuerst durch den Schwaben L. Reyscher angeregten Germanistentage, die in Frankfurt 1846, ein Jahr darauf in Lübeck zusammentraten. Sie wurden als „geistiger Landtag des deutschen Volks" gepriesen, denn hier vereinigte sich die Blüte des Professorentums, das neuerdings

*) Dönhoffs Berichte, 7. Jan. 1845 ff.

durch den welfischen Staatsstreich und den schleswigholsteinischen Streit wieder ein hohes politisches Ansehen errungen hatte und nunmehr in gründlicher wissenschaftlicher Erörterung die großen politischen Lebensfragen der Nation besprach. Eine andere Bühne stand den Deutschen noch nicht offen, und es war nur der Lauf der Welt, daß die Männer dieses geistigen Landtags nachher in allzu großer Zahl für das wirkliche Parlament gewählt wurden. In Frankfurt ward die schleswigholsteinische Frage von Dahlmann, Waitz, Droysen so ernst und umsichtig beleuchtet, daß seitdem ein Zweifel an dem guten Rechte unserer Nordmark kaum noch möglich schien. In Lübeck sodann gelangte der alte Streit um die Neugestaltung des Strafverfahrens zu einem vorläufigen theoretischen Abschluß; auch Georg Beseler, der kürzlich in seiner Schrift „Volksrecht und Juristenrecht" die Ruheseligkeit der historischen Schule bekämpft und das altdeutsche Schöffengericht verteidigt hatte, bekehrte sich jetzt zu der sehr bestreitbaren, aber von der Mehrzahl gebilligten Ansicht Dahlmanns: das Schwurgericht sei das gediegenste politische Bildungsmittel für das Volk. So stimmten die Gelehrten mit den volkstümlichen Wünschen überein. Es waren doch glückliche Tage; eine schwärmerische, hoffnungsfrohe Begeisterung verjüngte auch die Alten. Uhland meinte, die alten Kaiser sprängen leibhaftig aus ihren Rahmen heraus, als er im alten Römersaale die vaterländische Beredsamkeit der Tagenden anhörte; und im Lübecker Rathause fiel der greise Jakob Grimm dem Freunde Dahlmann überwältigt in die Arme mit dem Ausruf: er habe nie etwas so sehr geliebt wie sein Vaterland. Nur zu bald sollte die Zeit mit ehernen Sohlen über solche unschuldige Gefühle hinwegschreiten. Die Gelehrten empfanden das selbst; sie verabredeten miteinander ein gemeinsames Werk über die neueste deutsche Geschichte, ein Unternehmen, das bestimmt war, der Nation das Bewußtsein ihrer jüngsten Entwicklung zu erwecken, ihr die Einsicht zu schärfen für kommende Taten. Auch dieser Plan ward nachher durch die Revolution vereitelt; nur einige Bruchstücke, das Leben Steins von Pertz und Wippermanns kurhessische Geschichte, kamen zustande.

Solche Versammlungen konnten nur vorbereiten; unmittelbar der Politik des Tages galten aber die vertraulichen Beratungen, welche alle diese Jahre hindurch zwischen den liberalen Abgeordneten Westdeutschlands gehalten wurden. Die Ratlosigkeit und die Zwietracht der Kronen zwangen die Nation, den Anstoß zu einer Bundesreform nur noch von unten her zu erwarten. Im Oktober 1847 versammelten sich zu Heppenheim mehrere der angesehensten Liberalen des Westens: Mathy, Bassermann, Soiron aus Baden, Römer aus Württemberg, Hergenhahn aus Nassau, Heinrich v. Gagern aus Hessen, Hansemann und Mevissen aus dem preußischen Rheinlande; auch der alte Itzstein war erschienen, doch merkte er bald, daß seine Stimme unter diesen gemäßigten Liberalen nichts mehr galt. Hier wurde nun der Gedanke des deutschen Parlaments, der

jetzt schon überall als Volkswunsch galt, ernstlich erwogen, und sobald man den Dingen näher trat, drängte sich auch schon gebieterisch die Frage der Zukunft hervor, die Frage: Preußen oder Österreich? Mathy erwies mit seinem überlegenen Verstande: ein Reichstag ohne eine wirkliche Staatsgewalt sei ein Unding, ja er würde neben dem Bundestage die deutsche Anarchie nur vollenden; der Zollverein hingegen besitze schon eine gemeinsame Verwaltung, eine leidliche Organisation, also müsse den Zollkonferenzen ein Zollparlament beigeordnet werden, das ernsthafte nationale Geschäfte ernsthaft beriete ohne in leeren Phrasen unterzugehen. Es war ein befreiendes Wort. Verfolgte man diesen Weg weiter, so gelangte man unfehlbar zu der Erkenntnis, daß die deutsche Einheit nur unter Preußens Führung und mit Ausschluß Österreichs möglich war. Gagern stimmte dem Badener zu, desgleichen Hansemann, der schon den Rheinischen Provinzialständen und dem Vereinigten Landtage die Berufung eines Zollparlaments empfohlen hatte, und man trennte sich in Eintracht. Als die Tagenden heimkehrten, da bemerkten sie freilich bald, daß der nüchterne Gedanke des Zollparlaments den leidenschaftlich erregten, nach einem unbestimmten Glücke verlangenden Gemütern der Patrioten nicht genügte. Das deutsche Parlament blieb das einzige Schlagwort der Einheitspartei, das die Massen begeistern konnte. Darum stellte Bassermann im Karlsruher Landtage seinen Antrag auf Berufung einer gesamtdeutschen Volksvertretung, obgleich der einsichtige Mann wohl wußte, wie wenig dieser nebelhafte Vorschlag den Kern der Sache traf.

Schon vorher, im Juli 1847, war ein Unternehmen begonnen worden, das den gemäßigten Liberalen für die nationale Politik die geistige Führung sichern sollte. Der Plan einer großen, für die gesamte Nation bestimmten Zeitung beschäftigte den König von Preußen seit seiner Thronbesteigung und wurde auch jetzt noch durch Professor Lohbauer wieder aufgenommen, doch er konnte unmöglich gelingen; denn wo ließen sich die Publizisten finden, die, wie Friedrich Wilhelm wünschte, zugleich ganz freimütig und ganz im Geiste des Berliner Hofes schrieben? Diesen alten Lieblingsgedanken rissen die badischen Liberalen dem Könige aus den Händen, sie beschlossen auf einer Durlacher Versammlung (1846) die Gründung einer großen „Deutschen Zeitung". Bassermanns Buchhandlung in Mannheim übernahm den Verlag, Gervinus die Leitung, und seinem unermüdlichen Eifer gelang es bald, nicht nur beträchtliche, nach deutschen Verhältnissen ganz unerhörte Geldzeichnungen zu erlangen, sondern auch fast alle guten Namen des gemäßigten Liberalismus im Süden und Westen für die Mitarbeit anzuwerben. Nur Dahlmann hegte von Haus aus Bedenken; er blieb dabei, „daß auf preußischem Boden erscheinen muß was in Preußen Wurzeln fassen soll," während Gervinus in seinem kleinstaatlichen Dünkel glaubte, der Süden solle seinen konstitutionellen Geist von außen her in Preußen einpflanzen und, den Preußen nur die Aus-

führung überlassend, in der deutschen Politik stets vorangehen. Von den Radikalen schon im voraus als Professorenblatt verhöhnt, brachte die Deutsche Zeitung eine überraschende Fülle von ernsten, wohldurchdachten Leitartikeln; selbst ihre Korrespondenzen glichen oft mehr doktrinären Abhandlungen als tatsächlichen Berichten, obgleich die Redaktion klagte: unsere Korrespondenz ist noch nicht überall ganz im Systeme. Von unzähligen Staatsmännern, Abgeordneten, Gelehrten liefen treffliche Beiträge ein. Unter den ersten Mitarbeitern bewährte sich namentlich Mathy als rühriges journalistisches Talent, neben ihm der Heidelberger Historiker Ludwig Häusser, ein junger Elsasser, in dem sich alle schönen Charakterzüge des süddeutschen Volkstums vereinigten: gesunder Menschenverstand, fröhliche Tatkraft, warme Begeisterung und eine selbst die Gegner zuweilen gewinnende Liebenswürdigkeit. Nachher sind noch viele andere tüchtige Publizisten durch die Deutsche Zeitung für das journalistische Handwerk erzogen worden: Kruse, Aegidi, Heller, Marggraff.

Die Deutsche Zeitung wirkte — so erfolgreich, wie späterhin nur noch die Kreuzzeitung — für die Durchbildung einer ganz bestimmten Parteigesinnung, aber freilich nur in einem engen Kreise. Fast alle die wackeren Gelehrten, welche nachher im Frankfurter Parlamente den Ausschlag gaben, die Anhänger der konstitutionellen Monarchie und der preußischen Hegemonie, verdankten den Artikeln dieses Blattes einen Teil ihrer politischen Bildung. Allein in die Masse der Lesewelt drang die Deutsche Zeitung niemals ein. Sie schwebte von vorn herein in der Luft, da sie weder einen landschaftlichen Boden unter den Füßen hatte noch die Klasseninteressen eines mächtigen Standes vertrat; der Ton ihrer Aufsätze war gewöhnlichen Lesern zu hoch, und den wirksamen Wucher mit aufregenden Neuigkeiten verschmähte sie stolz. Das Schlimmste blieb doch, daß sie in Preußen selbst so wenig Mitarbeiter und Leser fand; sogar der alte Schön schrieb gar nichts, obgleich er seinen gefeierten Namen unter die Ankündigung des Blattes gesetzt hatte. Zu dem Heidelberger leitenden Ausschuß gehörte auch Geh. Rat Fallenstein, ein alter Lützower Jäger, der nach einer entbehrungsreichen Jugend im preußischen Staatsdienste emporgestiegen und kürzlich unmutig ausgeschieden war weil er sich mit Kühnes diktatorischem Wesen nicht vertragen konnte — einer jener seltenen Männer, welche mehr durch die Macht einer ursprünglichen Persönlichkeit als durch ihre Taten wirken, ein urkräftiger Teutone, fest, freimütig, bedürfnislos wie alle die Recken der Blücherschen Tage. Er blieb seinem Gervinus in treuer Freundschaft zugetan, und doch ward dem tapferen Preußen oft schwül zu Mute, wenn die Deutsche Zeitung das theoretisch geliebte Preußen Tag für Tag praktisch mißhandelte und ihm immer von außen her, meist ohne jede Sachkenntnis, Lehren der Weisheit und Tugend gab. Gervinus selbst entschuldigte sich einmal: unser wärmerer Tadel gegen Preußen ist nur ein Zeichen unserer wärmeren

Liebe; aber Liebe zu erweisen verstand der ewig Ungnädige wenig. Auf die Dauer ging es nicht an, also außerhalb Preußens preußische Politik zu predigen, und es war doch nur menschlich, daß König Friedrich Wilhelm, der ohnehin den liberalen Ideen so fern stand, die allezeit tadelnden „Mannheimer und Heppenheimer" als seine geschworenen Feinde betrachtete. Preußen ist ein ganz deutscher Staat geworden — in diesem beständig wiederholten Satze lag das bleibende Verdienst der Deutschen Zeitung, jedoch außerhalb der Gelehrtenwelt fand die neue Erkenntnis vorerst nur wenig Anklang.

Die Nichtigkeit des Bundestags erschien so hoffnungslos, daß selbst Blittersdorff jetzt auf Reformgedanken geriet. Reiner Partikularist war er ja nie gewesen, er wünschte eine starke Bundespolitik. In seinem ungeduldigen Ehrgeiz unternahm er einmal sogar mit dem Grafen Dönhoff anzuknüpfen und gab ihm zu verstehen, bei der vollendeten Gleichgiltigkeit Österreichs bleibe nichts mehr übrig als der Anschluß der kleinen Staaten an Preußen. Diese Schwenkung des alten Gegners war doch zu verdächtig; selbst der allezeit arglose König warnte seinen Gesandten: „das kann eine Falle sein, deren H. v. B. wohl fähig ist." *) Also von Preußen abgewiesen, wandte sich Blittersdorff wieder dem geliebten Österreich zu und bestürmte seit dem Herbst 1847 den Grafen Münch mit einer langen Reihe von Denkschriften, die allesamt unfreiwillig und eben deshalb unwiderleglich erwiesen, daß die Hofburg ihre Herrschaft in Deutschland nur noch durch Betrug und Rechtsverdrehung zu erweitern vermochte. Mit dürren Worten gestand Blittersdorff ein, Österreich könne weder „ein nationales Deutschland mit zentraler Aktion" dulden, noch selber in den Zollverein eintreten; folglich, so schloß er, müsse der Wiener Hof, mit gewandter Benutzung des nichtssagenden Art. 64 der Wiener Schlußakte, alle die zwischen den Bundesstaaten abgeschlossenen Sonderverträge über Zoll-, Münz-, Postwesen usw. „unter den Schutz des Bundestags" stellen und dergestalt „die politische Leitung" aller gemeinnützigen deutschen Bestrebungen, insbesondere des Zollvereins selber in die Hand nehmen. Welch ein naives Geständnis! Von den Pflichten des deutschen Zollverbandes sollte die Hofburg frei bleiben, aber das Recht der Herrschaft gebührte ihr, damit nur ja niemals „ein nationales Deutschland" entstände! Anschaulicher ließ sich der Löwenvertrag, der zwischen Österreich und Deutschland bestand, nicht schildern. Zum Glück blieb das alles verlorene Arbeit. Zu irgend einem kräftigen Entschlusse konnten sich weder Metternich selbst noch seine ebenso altersmüden Genossen aufraffen. Als du Thil dem Grafen Münch Bundesreformen oder mindestens strengere Handhabung der bestehenden Bundesgesetze empfahl, da erwiderte der Österreicher: „Warum soll ich mich, nachdem ich mich so lange abgeplagt habe,

*) Dönhoffs Bericht, 8. April 1845 mit Randbemerkung.

zu guter Letzt vollends ganz unpopulär und verschrien machen?" Der Hesse aber dachte ahnungsvoll: Après nous le déluge!*)

Ehrlicher gemeint waren einige Reformvorschläge des Fürsten Karl v. Leiningen. Ein Halbbruder der Königin Victoria hatte er einen Teil seiner Jugend in England verlebt, mannigfache Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt und den Segen einer starken nationalen Einheit aus der Nähe kennen gelernt; ohnehin betrachtete er, gleich der Mehrzahl der mediatisierten Fürsten, die deutschen Dynastien mit skeptischen Blicken, denn warum sollten die Häuser Lippe oder Reuß unantastbarer sein als Leiningen oder Fürstenberg? Seit er den Vorsitz im bayrischen Reichsrate mit gutem Anstande führte glaubte er sich auch an die großen Aufgaben der nationalen Politik wagen zu können. Leider fehlten dem warmherzigen Patrioten Ruhe, Stetigkeit, ausdauernder Fleiß; alle seine Arbeiten waren formlos, halb ausgereift, sie verrieten die lässige Hand des vornehmen Dilettanten. In einer schwungvollen Denkschrift mahnte er seine mediatisierten Standesgenossen, auf die verhaßten Abgaben und obrigkeitlichen Rechte, die ihnen noch geblieben, rechtzeitig zu verzichten und sich dafür in den Landtagen eine politische Machtstellung zu sichern.**) In zwei anderen Aufsätzen betrachtete er sodann die deutsche Frage und erklärte sich offen für Preußens Hegemonie; die Hofburg dachte er, soviel sich erraten ließ, mit einer Ehrenstellung abzufinden. Die einst so heiß erstrebte Souveränität der deutschen Dynastien — so führte er aus — sei einerseits durch den Zollverein, andererseits durch die Landstände und das Beamtentum, kurz durch die wachsende Macht des Mittelstandes schon so gründlich beeinträchtigt, daß sie auch noch stärkere Einschränkungen wohl ertragen könne; darum müßten die Fürsten sich der beiden bewegenden Elemente der Zeit, der Ideen der konstitutionellen Freiheit und der Nationalität bemächtigen, die Nation nach diesen Zielen hinführen, das Übergewicht Preußens zugleich anerkennen und fest begrenzen. „Wie aber", fuhr er nachdenklich fort, „wenn sich Preußen auch in politischer Beziehung an die Spitze der Ideen und Bestrebungen jenes schon so mächtigen Mittelstandes stellt und die Erreichung jenes Zieles, nach dem die deutsche Nation so mühselig strebte, ihr plötzlich als ganz nahe zeigt?"***)

Die eine dieser Denkschriften, die auch am Bundestage und an den kleinen Höfen bald bekannt wurden, sendete der Fürst seinem Schwager, dem Prinzen Albert, und der Prinz-Gemahl entschloß sich alsbald mit der ganzen Dreistigkeit des künstlichen Engländers, den König Friedrich Wilhelm über deutsche Politik zu unterrichten. Wunderbar doch, in welchen holden Selbsttäuschungen diese glückhaften Coburger dahinlebten! Die lächerliche,

*) du Thils Aufzeichnungen, Juni 1846.

**) Fürst von Leiningen, Denkschrift über die Mediatisierten, Frühjahr 1846.

***) Fürst v. Leiningen, zwei Denkschriften über Deutschlands Lage, o. D., etwa im Januar und im Juli 1846 geschrieben.

nur durch eine heuchlerische Hof-Etikette notdürftig verdeckte Ohnmacht des englischen Königtums blieb ihnen ganz verborgen, und Herzog Ernst von Coburg meinte alles Ernstes, die Stellung seines Bruders sei „dem Könige von Preußen wohl gewachsen"! Die deutsche Fremdbrüderlichkeit aber ertrug willig eine Anmaßung, welche jedes andere Volk den verlorenen Söhnen des Vaterlandes stolz verbietet. Wie unsere Liberalen sich von den Deutsch-Amerikanern dankbar belehren ließen, so fanden es auch unsere Höfe nicht unwürdig, daß dieser Coburger, der seinem Vaterlande gleichmütig den Rücken gewendet hatte, immer noch in deutschen Dingen mitreden wollte. Was würde Königin Victoria gesagt haben, wenn König Friedrich Wilhelm ihr im Tone des Lehrers Anweisungen für die innere Politik Englands gegeben hätte? — diese einfache Frage legten sich die bescheidenen Deutschen noch nicht vor. Prinz Albert stand der partikularistischen Dynastengesinnung viel näher als sein deutscher Schwager, und namentlich der Gedanke der preußischen Hegemonie blieb ihm unheimlich. Darum eignete er sich einige gute Gedanken der Leiningenschen Denkschrift an, um ihnen sogleich behutsam die Spitze abzubrechen. Er verlangte, wie sein Schwager, das konstitutionelle Regiment und die deutsche Einheit, aber obgleich er selber zugab, daß Österreich jede Reform grundsätzlich hindere, so forderte er doch, Preußen müsse im Einverständnis mit Österreich vorgehen und den Bundestag dermaßen stärken, daß alle die Zoll- und Post- und Münzvereine in Frankfurt unter dem Schutze des Bundes vereinigt würden, allerdings mit Zuziehung gewählter Abgeordneten und mit voller Öffentlichkeit. Seine Ratschläge stimmten also am letzten Ende mit Blittersdorffs österreichischen Denkschriften überein; nur stellte er, in seltsamem Widerspruche, immer wieder die Bedingung, daß Preußen die Leitung der Frankfurter Reformpolitik allein in seiner Hand behalten müsse. Wie aber dies Wunder möglich werden, wie Preußen in Frankfurt jemals eine sichere Mehrheit erlangen sollte? — darauf gab der Prinz keine Antwort. Es war doch eine recht schwache Arbeit, diese im Vetternkreise vielgerühmte Denkschrift von Arbverikie vom 11. Sept. 1847; sie bewies nur von neuem, daß ein vaterlandsloser Mann vaterländische Politik nicht verstehen kann.

Mit massiver Offenheit, da er ja hier am heimischen Hofe kein Blatt vor den Mund zu nehmen brauchte, erklärte sich Lord Palmerston wider die Pläne des Prinz-Gemahls. Er wünschte zwar den Deutschen alles Gute und wiederholte geläufig die zeitgemäßen Redensarten von dem natürlichen Bunde zwischen England und Deutschland. Aber von deutscher Zolleinheit wollte er nichts hören; kein englischer Minister, so sagte er feierlich, könne jemals zugeben, daß Hannover und die Hansestädte dem Zollvereine beiträten, diese westdeutsche Freihandelsküste biete ja den Briten das einzige Mittel um ihre Fabrikwaren nach Deutschland hinüberzuschmuggeln. Schade nur, daß dies herzinnige englische Geständnis in

Deutschland nicht bekannt wurde. Aber auch der getreue Stockmar, der zur Zeit in Coburg weilte, war unzufrieden; sein deutscher Stolz, den er trotz seiner seltsamen internationalen Stellung doch nie verleugnete, lehnte sich wider die Zudringlichkeit des Prinz-Gemahls auf, und er schrieb freimütig: wer sich so lange dem Vaterlande entfremdet hätte, der verliere das Recht mitzuraten. Dann redete er dem geliebten Zögling, dessen starren Dynastendünkel er wohl kannte, kräftig ins Gewissen: die deutschen Fürstenhäuser bedürften heute vor allem ernster Selbsterkenntnis, denn sie hätten durch Verrat und Ungehorsam das alte Reich zerstört, das Vaterland zerrissen; sie würden von einem großen Teile der Nation als Feinde der deutschen Einheit gehaßt, sie müßten endlich einsehen, daß die anti-dynastische Gesinnung sich in immer weiteren Kreisen verbreite. Goldene Worte. Doch der Prinz ließ sich nicht beirren; er sendete seine und seines Schwagers Denkschriften durch Bunsens Vermittlung dem Berliner Hofe.

Da ergab sich denn alsbald, daß der allein rettende Ruf: los von Österreich, daß die Rückkehr zur friderizianischen Politik von niemand tiefer verabscheut wurde als von König Friedrich Wilhelm selbst. Durch Leiningens Vorschläge wurde er, wie er an Bunsen schrieb, „fast empört. Der Schwager will Österreich aus dem Bunde sachte entfernen, einen Bund im Bunde gegen den Bund (also Treubruch!), und dieser Wirtschaft soll ich quasi gezwungen werden mich anzunehmen und den Wünschen dieser Esel von Liberalen vorauseilend, das Banner des Fortschrittes erheben.“ Dies blieb seine heilige Überzeugung, und sie sollte für den Verlauf der deutschen Revolution verhängnisvoll werden. Durchaus nur als der Zweite, als kaiserlicher Feldhauptmann und Erzkämmerer wollte er in dem kaiserlosen Deutschen Bunde auftreten; was der große König einst darüber hinaus geplant hatte war dem Nachkommen eitel Verrat; „ich will Österreich den Steigbügel halten,“ sagte er oft. Besser gefielen dem Könige die friedfertigen und unbestimmten Gedanken des Prinz-Gemahls, obgleich er eine scharfe Bemerkung über das Sitzen am Tische fern von Deutschland nicht unterdrücken konnte. Nur gegen zwei Vorschläge verwahrte er sich ernstlich. Auch er wollte die deutsche Freiheit, doch nimmermehr im Sinne der Liberalen. „Eine einzige wunderbare Kunst versteht der vulgäre Liberalismus à la Hansemann und Konsorten, die nämlich, ein Volk dumm und böse zu machen. Darin hat er, wie überhaupt in so vielem, von den Jesuiten gelernt und übertrifft sie bei weitem. Der Liberalismus, der namentlich jetzt Deutschland verstänkert, ist eine Gattungs-Religion, eine Durchgangs-Religion, die sich auf das Christentum aufsetzt, wie man einst Ludwig XVI. die Galeerensklaven-Mütze aufsetzte um seine Salbung zu verwischen; und sie ist ein Aberglaube verächtlichster Art, da sie eine Volkswillens-Anbetung als ihr Wesen predigt, ein Götzendienst hundertmal ärger als der des Baal und der Astarte, denn

bei der Verehrung dieser war das Volk doch durch falsche Wunder und Gaukeleien verführt. Der Volksanbetung aber widersagt brüllend die Geschichte der Menschheit seit 6000 Jahren!!!" Zum zweiten erklärte der König für unmöglich, daß Deutschlands Fürsten und Fürstchen jemals etwas von ihren Souveränitätsrechten aufgeben könnten: „Das tun nun einmal die Herren nicht. Für den Bund sollten sie es allerdings, für Preußen sollen sie es so wenig und noch weniger als für Österreich."*) Er glaubte also, seine Bundesreformpläne, die doch allesamt eine starke Beschränkung der Territorialgewalten voraussetzten, würden sich ganz von selbst verwirklichen, durch die freie Übereinstimmung aller 38 Souveräne.

In gleichem Sinne antwortete Canitz. Er spottete über „den Aufsatz, welcher als das beste Mittel zur Kräftigung des Deutschen Bundes die Amputation seines mächtigsten Gliedes anrät; diese Kur würde, wie manche allopathische Mixtur, viel schlimmer sein als das zu heilende Übel." Dann gab er dem Vermittler Bunsen den deutlichen Wink: „daß unter allen jetzt lebenden Regenten keiner weniger fremder Ideenlieferanten bedarf, als der König unser allergnädigster Herr."**) Die Berechtigung der durch den Vereinigten Landtag so mächtig angeregten Ideen der Nationalität und der ständischen Verfassung stellte er nicht in Abrede; doch leider seien sie durch Deutschlands innere Feinde zu einem Losungsworte der Umwälzung geworden; darum hoffe sein König, „daß die deutschen Fürsten im festen Zusammenhalten und Anschließen an die mächtige Stütze des Bundes keine Gefahr, sondern vielmehr die Gewähr für ihre eigenen Rechte erkennen mögen."***)

So unsicher stand der preußische Hof der anschwellenden nationalen Bewegung gegenüber: voll guten Willens freilich, aber ohne Verständnis für die Macht der liberalen Ideen, und — was in der Politik aller Schande Anfang ist — ohne hohen Ehrgeiz. Mit der freien Zustimmung Österreichs und aller Souveräne hoffte der König „die teure Institution des Deutschen Bundes, die letzte Stütze der Zukunft" — wie sein Radowitz sich ausdrückte — zur Erfüllung „ihrer welthistorischen Aufgabe" in den Stand zu setzen.†) Unablässig brütete er über diesen Entwürfen; es lag aber in der Natur der Dinge, daß sie noch viel langsamer reiften als seine ständischen Pläne. Seit langem schon verhandelte Canitz mit Metternich über die Bundespolitik, bald brieflich, bald mündlich durch den Baron v. Werner, den die k. k. Staatskanzlei jetzt „wie das liebe Brot brauchte. Er gehört", so schrieb sein greiser Gönner, „zu den Treuen, aber zugleich

*) König Friedrich Wilhelm an Bunsen, 11. Nov. 1847.

**) Canitz an Bunsen, 9. Nov. 1847.

***) Canitz an Radowitz, 16. Aug. 1847.

†) Radowitz' Bericht, 5. Jan. 1847.

zu den Intellektuellen. Er versteht mich und wird Sie also auch verstehen, und heute kommt es wohl mehr als nie auf Verständigung unter denen an, welche noch Kopf und Arme haben und nicht zu den Acephalen und den Paralytikern gehören.“*) In Wahrheit war Werner nur ein brauchbarer Bureaukrat des gewöhnlichen Schlages, ohne Ideen, ohne Tatkraft, und selbst ein größerer Mann konnte die breite Kluft, welche die beiden Staaten trennte, nicht mehr überbrücken. Noch immer geängstigt durch die Leipziger Unruhen, verlangte Metternich scharfe Maßregeln gegen die neuen Sekten. Canitz aber berief sich standhaft auf die bewährten Traditionen seiner Monarchie: „Die Glaubensfreiheit, wie sie in Preußen besteht, ist ein Produkt unserer Geschichte, in der die sechsundvierzigjährige Regierung Friedrichs II. ausradiert werden müßte, wenn wir ihren Begriff so interpretieren wollten, wie Kaiser Joseph II. ihn, von seinem Standpunkt aus mit vollem Rechte, feststellte.“**)

Ebenso wenig konnte man sich über die Presse einigen. Der Österreicher forderte, um das tief erkrankte Deutschland zu heilen, unnachsichtliche Durchführung des Karlsbader Preßgesetzes, das sich doch so unwirksam gezeigt hatte. Der Preuße erwiderte, indem er auf Metternichs „Lieblingsgleichnis“ ironisch einging: „Der Kranke wird nicht dadurch gesund, daß er an die Vorschriften erinnert wird, deren Befolgung ihn vor dem Fieber, das ihn schüttelt, hätte bewahren können.“***) Canitz verlangte jetzt Preßfreiheit mit einem strengen Repressivsysteme, denn durch die kläglichen Erfahrungen des neuen Ober-Zensurgerichts hatten der König und Savigny endlich gelernt, daß man mit der Zensur nicht mehr auskam.†) Auf das heftigste widersprach Metternich: In England und Frankreich kenne ich keinen Staatsmann, der die Preßfreiheit nicht für ein Übel hält, „da sie ihrer Natur gemäß nur deren Lizenz zu sein vermag. Alle Maßregeln, welche dem Juste Milieu zwischen dem Leben und dem Tode, welche also dem Siechtum angehören, bieten keinen Stoff zu Normalgesetzen.“ Sein preußischer Freund aber antwortete: Unser Vorschlag ist ein Juste Milieu zwischen Leben und Tod nur in demselben Sinne „wie es das menschliche Leben in dieser gebrechlichen Welt überhaupt ist. Es wäre ein allzu strenges Urteil über unser Vaterland, wenn man behaupten wollte, in Deutschland könne die Gewalt der Presse nur verderblich wirken, wenn eine strenge ängstliche Zensur sie nicht lähmte.“††) Der greise, in seinen Gedanken jetzt ganz fest eingerostete Staatskanzler konnte den Widerspruch der Preußen gar nicht begreifen. Nach erneutem Schriftenwechsel sendete er im Frühjahr 1847 seinen Hofrat Werner nach Berlin um mit

*) Metternich an Canitz, 25. Aug. 1845.

**) Canitz an Metternich, 29. Aug. 1845, 14. Febr. 1846.

***) Canitz an Metternich, 1. Nov. 1845.

†) Savigny an Thile, 28. März 1845.

††) Metternich an Canitz, 16. April, Antwort 26. April 1846.

den bewährten Künsten österreichischer Anbiederung die preußischen Bundesreformpläne und zugleich den Krakauer Streit zu beseitigen.*)

Aber noch während Werner am preußischen Hofe verweilte, ließ Canitz durch ein Rundschreiben vom 4. April 1847 allen deutschen Regierungen den längst vorbereiteten Entwurf für ein Bundespreßgesetz zugehen. Da er die bundesgesetzliche Zensur in Preußen schlechterdings nicht mehr aufrechthalten wollte und doch einsah, daß Österreich, Hannover, Kurhessen sich zu einer solchen Reform nie freiwillig entschließen würden, so lautete der § 1 seines Entwurfs ganz bescheiden: „Jedem deutschen Bundesstaate wird freigestellt die Zensur aufzuheben und Preßfreiheit einzuführen." Dann wurden die „Garantien" aufgezählt, welche die zur Preßfreiheit entschlossenen Staaten ihren Bundesgenossen zu geben hätten: ein strenges Konzessionswesen für Buchdrucker und Zeitungsherausgeber, harte Strafen für Preßvergehen, endlich noch ein rechtsgelehrtes Bundessyndikat, das nach freiem Ermessen gemeingefährliche Schriften für ganz Deutschland verbieten sollte. Wie ängstlich auch diese Beschränkungen erscheinen mochten, die Aufhebung der Zensur war doch, wenn sie gelang, eine entscheidende Tat; denn daß die übrigen Staaten, außer Österreich, dem guten Beispiel Preußens bald folgen mußten, lag auf der Hand. Am Bundestage zeigten sich Sachsen, Baden, Weimar, selbst das konservative Darmstadt günstig gestimmt. Mit besonderem Eifer ging Württemberg auf die preußischen Vorschläge ein. König Wilhelm hatte sich, wie er dem Grafen Dönhoff gestand, durch die leidenschaftlichen Klagen seines Landtags von der Unmöglichkeit der Zensur endlich überzeugen lassen; als erfahrener Soldat räumte er den verlorenen Posten und nahm das zornige Niemals! das er vor kurzem erst der Preßfreiheit entgegengeschleudert hatte, entschlossen zurück.**) Er forderte nunmehr Aufhebung der Zensur und Einführung des Repressivsystems in ganz Deutschland.

Aber wieder scheiterte alles an dem bösen Willen der Hofburg. Seltsam, wie die Gedanken in dem Kopfe des alternden Staatskanzlers sich mehr und mehr verwirrten. Metternich pflegte grade in diesen Tagen, da ihn die italienischen Unruhen lebhaft beschäftigten und die Franzosen sein Kaiserreich als eine italienische Macht bezeichneten, nachdrücklich und nicht ohne Gereiztheit zu versichern: „Österreich ist ein Reich, das unter seiner Herrschaft Völker von verschiedener Nationalität umfaßt, aber als Reich hat es nur eine Nationalität. Österreich ist deutsch", so sagte er zum Grafen Arnim, „deutsch durch die Geschichte, durch den Kern seiner Provinzen, durch seine Zivilisation."***) Gleichwohl wähnte er, diese deutsche Macht erfülle ihre Pflichten gegen Deutschland am sichersten durch vollkommene Untätigkeit. Sein getreuer Münch schob die Verhandlung über

*) S. o. V. 553.

**) Dönhoffs Bericht, 15. Aug. 1847.

***) Graf Arnims Bericht, 20. Juli 1847.

den preußischen Antrag von Monat zu Monat hinaus, und als sie im September endlich doch stattfand, da beantragte er, wie üblich, die Einholung von Instruktionen.*) Darüber mußten wieder viele Monate vergehen, und die vereinzelten Abstimmungen, welche nach und nach einliefen, bewiesen genugsam, daß man sich nicht einigen konnte. Bayern erklärte (Jan. 1848), ein Bundesgesetz scheine überflüssig, für Bayerns Presse genüge die freie bayrische Verfassung vollkommen. Also ward auch dies vaterländische Unternehmen in den großen Schiffbruch des Bundes hineingerissen.

Nicht minder vergeblich arbeiteten Württemberg und Preußen selbander für eine andere nötige Verbesserung. König Wilhelm hatte während der Teuerung des letzten Winters erfahren, wie beklommen sich die stolze Hofburg vor der Öffentlichkeit fühlte. Damals war dem nach Württemberg bestimmten österreichischen Getreide der Ausgang auf der Donau plötzlich gesperrt, aber nach langem Streite augenblicklich frei gegeben worden sobald Württemberg drohte den Hergang zu veröffentlichen. Auf Grund dieser Erfahrung entschloß sich der kluge Schwabenkönig, in Frankfurt (26. März 1847) die Veröffentlichung der wichtigsten Bundesprotokolle zu beantragen. Wieder suchte Münch die Beratung hinzuhalten; Dönhoff aber erstattete im September einen Ausschußbericht, der noch über Württembergs bescheidenen Antrag hinausging. Der Preuße erwähnte, daß selbst der Regensburger Reichstag seine Sitzungsberichte stets herausgegeben hatte, und verlangte kurzweg Rückkehr zu der alten Ordnung, wie sie vor dem Jahre 1824 bestanden: also die Öffentlichkeit als Regel, mit Vorbehalt einzelner Ausnahmen. Der gesamte Ausschuß stimmte ihm zu — so mächtig drang der Luftzug der öffentlichen Meinung schon in den Bundestag ein. Nur Österreich widersprach. Münch gehörte dem Ausschuß selber an, hatte aber keiner einzigen Sitzung beigewohnt. Jetzt erklärte er im Namen seines Hofes: die Geheimhaltung sei entschieden vorzuziehen, allerhöchstens könne man zugeben, daß die Protokolle nach sorgfältiger Auswahl am Ende jeder Sitzungsperiode veröffentlicht würden, aber nicht in den Zeitungen, sondern in einer besonderen Sammlung. Nun wurde wieder die Einholung von Instruktionen beschlossen, und der Antrag blieb liegen — bis zum Zusammenbruch. Die Könige von Preußen und Württemberg aber erfuhren handgreiflich den Unsegen des Bundesgeheimnisses; über alle ihre ehrlichen Reformbestrebungen verlauteten in der Nation nur unbestimmte Gerüchte.**)

Auch außerhalb des Bundestags bemühte sich der Berliner Hof um gesamtdeutsche Reformen. Auf seinen Betrieb versammelte sich zu Dresden im Spätjahr 1847 eine deutsche Postkonferenz, die aber wenig zu stande

*) Dönhoffs Berichte, 23. Juli, 9. Sept. 1847.

**) Dönhoffs Bericht, 13. Sept. 1847.

brachte, weil die partikularistische Eifersucht sich noch nicht überzeugen ließ. Man blieb im wesentlichen bei den Sonder-Postverträgen, welche zu Anfang der vierziger Jahre zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Baden, Taxis abgeschlossen waren. Ungleich günstiger verlief die zur nämlichen Zeit, ebenfalls auf Preußens Aufforderung, berufene Wechselrechts-Konferenz. Der Gedanke war schon seit einem Jahrzehnt von Württemberg auf den Zollkonferenzen angeregt, damals aber noch als unmöglich abgewiesen worden. Jetzt konnte man die Bedürfnisse des so mächtig angewachsenen Handelsverkehrs doch nicht mehr ableugnen, und da diese Rechtseinheit das Heiligtum der Souveränität durchaus nicht antastete, so wagte die preußische Regierung, nicht bloß die Zollverbündeten, sondern alle Bundesstaaten zu den Verhandlungen einzuladen. Zum Versammlungsort konnte nur Leipzig gewählt werden; denn hier in dem großen Meßplatze ließen sich die Mißstände der bestehenden Rechtszersplitterung an der Quelle kennen lernen; hier war auch neuerdings durch Einert, Treitschke und andere tüchtige Juristen eine neue Wechselrechtslehre ausgebildet worden, die sich vom römischen Rechte lossagte und den Anforderungen des modernen Handels gerecht zu werden suchte. Ein preußischer Entwurf, bei dem Savigny selbst mitgewirkt hatte, wurde den Beratungen zu Grunde gelegt. Geh. Rat Bischoff, ein Harzer, der den alten Juristenruhm der Heimatlande Eicke von Repgows wieder einmal bewährte, verteidigte den Entwurf mit siegreichem Scharfsinn und gewandter Liebenswürdigkeit; auch der sächsische Bevollmächtigte, der geistreiche alte Präsident Einert half treulich mit, obgleich die Konferenz sich die Grundgedanken seiner Theorie nicht aneignen wollte. Schon am 9. Dez., nach einer Beratung von fünfzig Tagen, wurde die Deutsche Wechselordnung vollendet, ein Werk aus einem Gusse, wie es unter parlamentarischer Mitwirkung sicherlich nie gelungen wäre, ein Gesetz, das kurz und scharf, so wie es einst Savigny in seiner Jugendschrift verlangte, nur die leitenden Rechtsgrundsätze aufstellte ohne sich in weitläufige Kasuistik zu verlieren. Es war ein juristisches Meisterwerk; wohl nur eine seiner Vorschriften, die ganz unbeschränkte allgemeine Wechselfähigkeit, ließ sich ernstlich anfechten. Eine boshafte Tücke des Schicksals fügte aber, daß dies einzige gute gesamtdeutsche Gesetz, das unter der Herrschaft des Bundestags je zu stande kam, nicht durch ihn verkündet wurde. Die Unruhen der nächsten Monate verhinderten den Abschluß, und erst im Herbst 1848 wurde die Wechselordnung durch die neuen Reichsgewalten bekannt gemacht, so daß sie den Uneingeweihten als ein Geschenk der Revolution erscheinen mußte. Der Bundestag hatte wieder seinen Lohn dahin.

Das alles war in Friedrich Wilhelms Augen nur Vorarbeit für den umfassenden Bundesreformplan, den er zu Ende Novembers 1847 durch General Radowitz dem Wiener Hofe überreichen ließ. Radowitz blieb in diesen deutschen Geschäften sein nächster Ratgeber, da die Minister

ihre nüchternen Geschäftsbedenken, einige auch ihre Furcht nicht überwinden konnten, General Gerlach aber alle „Germanomanie" bekämpfte. In einer großen Denkschrift vom 20. Nov. stellte Radowitz die Gedanken seines königlichen Herrn zusammen. Sie verurteilte in scharfen Worten das bisherige Bundessystem. Da hieß es rundweg: „Auf die Frage: was hat der Bund seit den 32 Jahren seines Bestehens, während eines beispiellosen Friedens getan für Deutschlands Kräftigung und Förderung? — ist keine Antwort möglich. Die gewaltige Kraft der Gegenwart, die Nationalität ist die gefährlichste Waffe in den Händen der Feinde der öffentlichen Ordnung geworden." Darum verlangte Preußen Kräftigung der Bundesgewalt nach drei Seiten hin. Zum ersten Sicherung der Wehrhaftigkeit des Bundes durch Inspektionen, gemeinsame Übungen, Vereinbarung über die Reglements, das Kaliber usw. — aber ohne Umsturz der bestehenden Heeresverfassung. Zum zweiten gesicherten Rechtsschutz, also ein Bundesgericht für staatsrechtliche Streitigkeiten, Einheit des Strafrechts, des Handelsrechts, des Heimatsrechts mit voller Freizügigkeit. Zum dritten Förderung der materiellen Interessen durch Einheit der Münzen und Maße, durch eine Post- und Eisenbahn-Ordnung, durch Bundeskonsulate, endlich durch „Ausdehnung des Zollvereins auf den Bund".

Hochsinnig, gedankenreich, formvollendet wie alles was aus Radowitz' Feder floß, litt die Denkschrift doch an der traumhaften Unklarheit, welche die ganze Nation, mit sehr vereinzelten Ausnahmen, noch befangen hielt; sie lief doch hinaus auf die unmögliche Hoffnung, daß ein Bund von souveränen Staaten, zu denen drei undeutsche Mächte gehörten, die Macht einer nationalen Staatsgewalt ausüben sollte. Und konnte der König, der bisher der Hofburg jede Einmischung in seine Zollpolitik standhaft verweigert hatte, jetzt im Ernst beabsichtigen, das größte Werk seines Vaters zu zerstören und den Zollverein, wie Metternich längst wünschte, dem Bundestage unterzuordnen? Und dies in einem Augenblicke, da die Hofburg sich soeben anschickte die alten Zollschranken zwischen Ungarn und den deutsch-böhmischen Kronländern aufzuheben und mithin unzweideutig bekundete, daß Österreich selbst dem Zollvereine nicht beitreten wollte? Friedrich Wilhelm ahnte auch dunkel, in welche Widersprüche er sich verwickelte. Darum ließ er in der Radowitzschen Denkschrift aussprechen, daß er zunächst eine Verständigung mit dem Wiener Hofe versuchen, und wenn sie gelänge, die genauere Verabredung über die geplanten Reformen entweder einem Fürstenkongresse oder dem Bundestage unter Österreichs Führung überlassen wollte. Käme er in Wien nicht zum Ziele, dann dachte er sich, schweren Herzens freilich, allein an den Bundestag zu wenden. Mißlänge auch dieser Versuch, dann sollte Preußen „den Geist der Nation" anrufen, die öffentliche Meinung über seine nationalen Pläne aufklären und mit den gleichgesinnten Bundesstaaten gemeinnützige Sonderverträge,

nach dem Vorbilde des Zollvereins abschließen, Verträge, welche späterhin dem gesamten Vaterlande zu gute kommen müßten. Also schien der König endlich zu begreifen, daß die Erfüllung der nationalen Einheitswünsche jetzt die erste Pflicht konservativer Politik war; er schien sich den kühnen Gedanken zu nähern, welche zur selben Zeit Mathy in Heppenheim aussprach. Aber es schien auch nur so. Friedrich Wilhelm wußte nichts, er wollte nichts wissen von der radikalen Schärfe der großen Gegensätze deutscher Politik, er wollte in tiefem Frieden, ohne mit Österreich zu brechen, sein Ziel erreichen; er ahnte nicht, daß der Zollverein dem partikularistischen Grundgedanken der Bundesakte ebenso vollständig widersprach, wie einst der Schmalkaldener Bund dem Wesen des heiligen römischen Reichs, und die Hofburg folglich ein System preußisch-deutscher Sonderverträge unmöglich gelassen hinnehmen konnte. Die Schlacht von Pharsalus, die einst König Friedrich den Deutschen geweissagt hatte, mußte geschlagen werden, und niemand glaubte an diese Notwendigkeit weniger als Friedrichs Erbe.

Mit solchen Aufträgen ging Radowitz nach Wien, wo man ihn mit der gewohnten nichtssagenden Höflichkeit aufnahm. Kaum begonnen wurden die Verhandlungen schon abgebrochen, da die italienischen Unruhen die Hofburg in Verlegenheit brachten. Als abgesagter Feind der friderizianischen Politik verabscheute Friedrich Wilhelm den „heidnischen" Grundsatz des großen Königs, daß man die Bedrängnis des Gegners zum entscheidenden Schlage benutzen müsse; auch hielt er das Haus Österreich nicht für einen Gegner, sondern für einen treuen, nur leider etwas schwerfälligen Freund. Metternichs peinliche Lage zu mißbrauchen, schien ihm unchristlich. Außerdem hatte er Radowitz beauftragt, sich mit dem Staatskanzler über die gemeinsame Bekämpfung des schweizerischen Radikalismus zu verständigen; und diesen unseligen Interventionsgedanken hielten beide Mächte für so wichtig, daß die deutsche Politik dahinter zurückstehen mußte. Um die Schweizer Frage zuerst ins reine zu bringen mußte der General im Dezember nach Berlin heimkehren und nachher noch nach Paris reisen. So ging für die deutsche Bundesreform wieder eine unschätzbare Zeit verloren. Erst im Februar 1848 nahm der König seine Bundespläne wieder auf. Am 1. März erhielt Radowitz die Weisung, nochmals nach Wien zu gehen und dort die sofortige Einberufung eines deutschen Fürstenkongresses zu beantragen, der über die Bundesreform so wie über die Kriegsgefahr des Augenblicks beraten sollte. Da inzwischen die Nachrichten von der Pariser Revolution eingetroffen waren, so genehmigte Metternich am 10. März den preußischen Vorschlag. Aber schon nach wenigen Tagen stürzte das alte System in Wien wie in Berlin zusammen. Die letzte Möglichkeit einer friedlichen Bundesreform war versäumt, und da die Welt von den tiefgeheimen Verhandlungen dieses Winters kein Wort erfahren hatte, so erschien der längst geplante Fürstenkongreß wieder

nur wie ein abgedrungenes Zugeständnis an die Revolution. Wie einst der dritte Friedrich Wilhelm durch alle die löblichen Pläne seiner ersten Regierungsjahre den Tag von Jena nicht hatte abwenden können, so mußte auch sein Sohn erfahren, daß Vorsätze und Entwürfe in dem harten Handwerk der Politik gar nichts bedeuten. Belastet mit einem nur halb verdienten schlimmen Rufe trat der König in die Zeit des Aufruhrs ein. —

Zehnter Abschnitt.

Vorboten der europäischen Revolution.

Wenn eine vermorschte politische Gewalt dem Untergange entgegenreift, dann wird sie durch ein gerechtes Schicksal immer gezwungen, am Rande des Grabes ihre sittlichen Gebrechen noch einmal handgreiflich, sinnenfällig vor aller Welt zu offenbaren. Schwer hatte Europa seit den Länderverkäufen des napoleonischen Zeitalters und des Wiener Kongresses unter der Willkür dynastischer Politik gelitten, so schwer, daß die republikanischen Parteien, trotz der uralten monarchischen Überlieferungen unseres Weltteils, einiges Recht gewannen. Nun sollte sich, kurz bevor das alte System stürzte, noch einmal zeigen, welcher Nichtswürdigkeiten die dynastische Staatskunst fähig war, und dies ekelhafte Schauspiel wurde aufgeführt von den beiden Fürstengeschlechtern, die sich selber für besonders freisinnig und volksfreundlich erklärten, von den Häusern Coburg und Orleans. Zufrieden in dem Wahne, daß die wachsende Verstandesbildung jeden Fortschritt der Menschheit in sich schließe, wähnte die neue Zeit allen früheren Jahrhunderten auch sittlich überlegen zu sein. Die Historiker redeten von jenem berüchtigten cynischen Briefwechsel, welchen einst Ferdinand der Katholische und der Tudor Heinrich VII. wegen der Verheiratung ihrer Kinder geführt hatten, mit einer Verwunderung, als wäre eine solche hochfürstliche Gaunerei nur unter den Zeitgenossen Machiavellis möglich gewesen. Jetzt mußten sie lernen, daß die Zivilisation wohl die Sitten verfeinert, aber an der Sündhaftigkeit der menschlichen Natur gar nichts ändert; sie mußten zugestehen, daß jene beiden gewaltigen alten Tyrannen neben den modernen konstitutionellen Höfen von London, Paris und Madrid nur wie zwei unschuldige, kreiselspielende Knaben erschienen.

Die Tage waren dahin, da die Welt sich an der glorreichen Quadrupelallianz der freien Völker des Westens erbaut hatte. Jetzt da das unglückliche Spanien vom Bürgerkriege zerfleischt darnieder lag, begann man überall zu fühlen, daß die mutwillige Zerstörung der monarchischen Thronfolge ein Verbrechen ist, weil sie den Grund alles Rechts vernichtet; und die Frage, wie das zerrüttete Land wieder eine gesicherte Dynastie

erlangen sollte, beschäftigte alle Höfe. Metternich ergriff nun den nahe liegenden Gedanken, durch die Verheiratung der jugendlichen Königin Isabella mit Don Carlos' Sohne, dem Grafen Montemolin die beiden feindlichen bourbonischen Linien zu versöhnen und also die gestörte Legitimität auf einem Umwege wiederherzustellen. Der greise Staatskanzler hegte und pflegte diesen Einfall mit Zärtlichkeit, er nannte ihn mon idée*) und König Friedrich Wilhelm erklärte als begeisterter Legitimist seine freudige Zustimmung. Der Plan war theoretisch ebenso vortrefflich, wie der Vorschlag, den deutsch-dänischen Streit durch ein augustenburgisches Königtum abzuschneiden, doch leider auch ebenso unausführbar; die beiden Parteien haßten einander zu ingrimmig, unmöglich konnte Don Carlos, obgleich er zu Gunsten seines Sohnes soeben abgedankt hatte, das Thronfolgerecht seiner Nichte förmlich anerkennen.

Also mußte man nach einem anderen Stammhalter für Spanien suchen. Nach coburgischer Weltanschauung gebührte aber jede auf dem Erdkreise erledigte Krone von Rechts wegen den Genossen des großen Brüsseler Heiratsgeschäfts, und längst schon hielt König Leopold seinen Neffen, den Prinzen Leopold von Coburg-Kohary für den spanischen Thron bereit. Der wurde schon 1841, als Königin Isabella kaum elf Jahre alt war, den preußischen Gästen am Londoner Hofe allgemein als künftiger König von Spanien bezeichnet.**) Ganz aussichtslos schienen diese Anschläge nicht; denn da das Haus Coburg nach so vielen glückhaften Heiraten dem französischen Hofe ebenso nahe stand wie dem englischen, so konnte man wohl auf die Zustimmung Ludwig Philipps hoffen. Nur unter dieser Voraussetzung wollte der belgische König, der mit beiden Westmächten in Freundschaft leben mußte, diesen Heiratsentwürfen beipflichten. Am Tuilerienhofe erwachten dennoch bald Bedenken. Portugal wurde bereits von einem Coburger regiert und von der englischen Handelspolitik mit der äußersten Roheit mißhandelt; unwillkürlich regte sich die Befürchtung, daß ein coburgisches Königtum in Madrid die gesamte pyrenäische Halbinsel der englischen Herrschaft überantworten müßte.

Trotz ihrer liberalen Redensarten blieben die Höfe der Westmächte ganz befangen in den Gedanken der alten Kabinettspolitik. Im spanischen Erbfolgekriege hatte Europa einst Ströme von Blut nutzlos vergeudet, weil die Höfe glaubten, daß Spanien unter bourbonischen Königen zu einer französischen Provinz werden müsse — eine Annahme, die doch nachher keineswegs zutraf. So rechnete auch Ludwig Philipp, obgleich er Spanien kannte, durchaus nicht mit dem furchtbaren Fremdenhasse dieser Nation, der eine ausländische Herrschaft auf die Dauer rein unmöglich machte. Nach den Gefühlen des Volkes, dessen Schicksal entschieden werden

*) Canitz' Bericht, 12. April 1845.

**) S. o. V. 132.

sollte, fragte er so wenig wie der englische Hof; ihm genügte die Befürchtung, daß ein Coburger in Madrid der französischen Diplomatie vielleicht lästig werden könnte. Andererseits verlockte ihn die Hoffnung, seiner geraubten Krone durch eine große bourbonische Familienverbindung Glanz und Herrlichkeit zu verschaffen. Feierlich berief er sich auf den Utrechter Frieden, kraft dessen nur ein Nachkomme Philipps V. die spanische Krone tragen durfte, und verlangte die Hand Isabellas für einen Bourbon aus dem spanischen oder dem neapolitanischen Königshause; die Schwester der Königin, Luise wünschte er mit seinem jüngsten Sohne, dem Herzog von Montpensier zu vermählen. Dawider verwahrte sich ebenso entschieden der englische Hof, denn nach dem Utrechter Vertrage hätten alle Bourbonen, die nicht zum Stamme Philipps V. gehörten, insbesondere die Orleans jedem Erbanspruche auf die spanische Krone entsagt. Welch ein Übermaß politischer Heuchelei! Der Utrechter Vertrag war ja längst in Fetzen gerissen, und durch wen? Durch die beiden Westmächte selbst! Sie hatten durch ihre Quadrupelallianz das auf dem Utrechter Vertrage ruhende salische Gesetz vernichtet, das den direkten Nachkommen Philipps V. ausschließlich die Thronfolge zuerkannte, und nun beriefen sich beide wetteifernd auf diesen Vertrag, den sie selber zerstört hatten. Wahrlich, Metternich hatte guten Grund, über die vollendete Verlogenheit dieser konstitutionellen Musterhöfe zu spotten.

So lagen die Dinge, als Königin Victoria nach ihrer deutschen Reise (1845) nochmals in dem gastlichen Schlosse Eu vorsprach. Sie hegte den weiblichen Wunsch, mit jedermann freundlich zu stehen und wurde von dem Bürgerkönige mit väterlicher Zärtlichkeit behandelt. Da ließen sich denn die Königin und der Prinzgemahl — so gestand Prinz Albert selbst im tiefsten Vertrauen seinem Bruder dem Herzog Ernst — das unbedachte Versprechen abschmeicheln, daß sie allen ihren Einfluß gebrauchen würden, um eine Heirat zwischen Isabella und einem Bourbonen zu stande zu bringen.*) Dafür verhieß Ludwig Philipp, sein Sohn Montpensier solle mit der Infantin Luise erst später Hochzeit halten, nicht eher als bis Königin Isabella Kinder hätte — offenbar eine ganz sinnlose Zusage, die nur von neuem bewies, wie wenig diese liberalen Höfe von den Empfindungen der Völker verstanden; denn das ließ sich doch mit Sicherheit erwarten, daß die Spanier, wenn die Ehe ihrer Königin kinderlos blieb, einstimmig und stürmisch die Verheiratung der jüngeren Schwester fordern mußten. Beide Teile hielten ihre sonderbaren Versprechungen unredlich. Prinz Albert hoffte, die bourbonische Heirat würde sich noch

*) Diese Dinge hat erst Herzog Ernst von Coburg (Aus meinem Leben I. 151 f.) mit deutscher Ehrlichkeit aufgeklärt. Er gesteht, wie begreiflich, nicht die ganze Wahrheit; aber er gesteht viel mehr als Stockmar, Bulwer, Martin und andere englisch-coburgische Berichterstatter, und er sagt genug, um unbefangenen Deutschen ein gerechtes Urteil zu ermöglichen.

irgendwie zerschlagen, und arbeitete insgeheim für seinen Vetter. Im Frühjahr 1846 erschien der coburgische Freier Leopold — ganz zufällig — am Londoner Hofe und besuchte sodann — wieder ganz zufällig — mit seinem Vater die coburgischen Verwandten in Lissabon; zur selben Zeit unternahm Herzog Ernst von Coburg — wieder zufällig — eine Reise nach Spanien. Dem Bürgerkönige war es doch nicht zu verargen, daß er, ohnehin keine gläubige Seele, an so viele coburgische Zufälle nicht recht glauben wollte und sich nun auch seinerseits aller Zusagen entbunden hielt.

Die gehoffte bourbonische Heirat ward aber durch die spanischen Parteihändel sehr erschwert. Seit dem Sturze der Karlisten war das Land in die beiden Heerlager der Progressisten und der Moderados zerteilt. Espartero, der Führer der Progressisten, bekannte seine englische Gesinnung unverhohlen; er hatte die Garden aufgelöst — was der Oberpräsident Schön seinem Freunde Boyen als leuchtendes Vorbild liberaler Gesinnungstüchtigkeit anpries — er hatte die Königin Mutter Marie Christine persönlich gedemütigt, sie der Regentschaft beraubt und eine Zeitlang nach Frankreich vertrieben. Als Marie Christine dann aus dem Exile heimkehrte, blieb sie den Progressisten feind und hielt sich, wenn auch nicht unbedingt, zu der französisch gesinnten Partei, dem General Narvaez und seinen Moderados. Unter den drei bourbonischen Prinzen aber, welche allein auf die Hand Isabellas hoffen konnten, wurde der eine, ein neapolitanischer Bruder der Königin Mutter, bald als unmöglich aufgegeben. So blieben nur noch zwei spanische Infanten: der ältere, der beschränkt bigotte Herzog Franz von Cadix war ein fanatischer Moderado, der jüngere Bruder, Herzog Heinrich von Sevilla, hatte sich sehr tief in progressistische Umtriebe eingelassen und sich durch seine radikale Frechheit mit beiden Königinnen gänzlich überworfen. Begreiflich also, daß der Bürgerkönig den französisch gesinnten Moderado Franz begünstigte.*)

So begann denn am Madrider Hofe ein wilder Parteikampf; die beiden Gesandten Bresson und Bulwer, beide gleich hitzig und gleich zanksüchtig, befehdeten einander mit allen erdenklichen schlechten Künsten. Und nun ward plötzlich noch ein dritter Faden in diesen verfitzten diplomatischen Knäuel eingeflochten — durch Lord Palmerston, der soeben in das Kabinett eingetreten war. Wenn der Lord ruhig rechnete, so mußte er die coburgische Kandidatur unterstützen, die für England doch vielleicht vorteilhaft werden konnte. Körperlich war der frische, kräftige Coburger den beiden traurigen spanischen Infanten weit überlegen. Darum entschloß sich Marie Christine in einem Anfall mütterlicher Zärtlichkeit, ihre französischen Neigungen zu überwinden; sie schrieb selbst an den Herzog von

*) Die Erzählung des Herzogs Ernst stimmt hier ganz überein mit einem offenbar zuverlässigen Berichte, welcher dem preußischen Auswärtigen Amte am 25. Nov. 1846 von einem Madrider Agenten erstattet wurde.

Coburg, um seinem Neffen die Hand ihrer Tochter förmlich anzubieten. Trat der junge Coburger nunmehr rasch entschlossen als Freiwerber auf, so konnte ihm der Sieg nicht fehlen. Palmerston aber hegte noch von den orientalischen Händeln her einen unversöhnlichen Haß gegen Ludwig Philipp und Guizot. Auf das Haus Coburg gab er nichts; der Prinzgemahl war ihm eher widerwärtig, weil dessen höfischer Einfluß doch zuweilen die Allmacht des Kabinetts zu beeinträchtigen drohte, und so schien ihm auch der coburgische Heiratskandidat als naher Verwandter Ludwig Philipps hochverdächtig. Er wollte Frankreich bekämpfen, um jeden Preis, und, gewohnt wie er war, nur mit dem nächsten Augenblicke zu rechnen, sprach er sich entschieden für den Herzog Heinrich von Sevilla aus, weil dieser zur Zeit von der englisch-progressistischen Partei unterstützt wurde. Dergestalt ward Englands Diplomatie gelähmt, das königliche Haus und das Auswärtige Amt verfolgten verschiedene Ziele; und alsbald zeigte sich, wie wenig die britische Krone für sich allein noch vermochte. Gegen Palmerston und Ludwig Philipp zugleich wagten die Coburger nicht vorzugehen; nach langen Familienberatungen wurde Herzog Ernst bevollmächtigt, der Königin Mutter zu erwidern, daß die coburgische Heirat angesichts der französischen Feindschaft nicht ratsam scheine. Also war Prinz Leopold beseitigt, der doch vielleicht vermocht hätte, ein äußerlich anständiges Hauswesen am Madrider Hofe zu begründen und das tief gesunkene Ansehen des spanischen Königtums etwas zu heben.

Zum ersten Male seit die Coburger die Politik der gesegneten Hymenäen trieben, mußten sie einen fein eingefädelten Hochzeitsplan aufgeben; entscheidend war, daß der altbewährte Ehestifter des Hauses, König Leopold, im Wettstreite mit Frankreich seine untrüglichen Vermittlungskünste nicht frei entfalten durfte. Aber auch Palmerston erlitt fast im selben Augenblick eine Niederlage. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit hatte er der jungen Isabella einen Gatten seiner Wahl aufzuzwingen gedacht; doch beide Königinnen erklärten wie aus einem Munde, von dem Rebellen Heinrich von Sevilla wollten sie nichts hören. Mithin blieb nur noch der lächerlichste der drei Freier übrig, Ludwig Philipps Kandidat, Franz von Cadix; und nun enthüllte sich erst das allerschmutzigste Geheimnis dieser schmutzigen Händel. Der Jämmerling Franz, wie Isabella ihn nannte, konnte niemals auf Nachkommenschaft hoffen, schon der schrille Klang seiner Fistelstimme war der jungen Königin unerträglich. Ebendeshalb hatte ihn Ludwig Philipp auserkoren. Isabellas Ehe sollte kinderlos bleiben, damit nachher ihre Schwester Luise und die Nachkommen Montpensiers die Krone erhielten. Dies üppige, von Sinnenlust glühende, blutjunge Weib, die Tochter einer Marie Christine, an einen Mann, der kein Mann war, anzuschmieden — zu einer solchen Teufelei hatten sich der ehrbare Bürgerkönig und sein tugendhafter Minister Guizot entschlossen.

Sie siegten. Im Oktober 1846 wurde Isabella dem Infanten Franz

vermählt, der zur Verherrlichung des Possenspiels auch noch den Königstitel erhielt. Noch am selben Tage, aber ein wenig später ließ sich die Infantin Luise mit dem Herzog von Montpensier trauen, so daß der Tugendheld Guizot unschuldig versichern konnte, die beiden Hochzeiten hätten nicht gleichzeitig stattgefunden! Nun kam was jeder Menschenkenner voraussehen mußte. Die junge Königin jagte ihren elenden Gatten schon nach wenigen Wochen aus dem Palaste und entschädigte sich sodann reichlich mit verschiedenen Günstlingen; die Kinder blieben nicht aus, und da diese Sprößlinge ihr Thronfolgerecht doch nur von der Mutter herleiten konnten, so kam auf die Väter wenig an. Spaniens französische Gönner bewirkten also, daß diese Krone, die nach so vielen Freveln vornehmlich der sittlichen Kräftigung bedurfte, ganz in den Kot sank und das Madrider Schloß als eine Stätte geschmackloser Ausschweifungen allgemein verhöhnt wurde. Von einem politischen Einfluß des französisch gesinnten sogenannten Königs war keine Rede, Isabella schwankte haltlos zwischen den beiden hadernden Parteien; Montpensier aber und seine Söhne konnten als Fremdlinge niemals irgend ein Ansehen erlangen. Der nächste politische Zweck der mit so schnöden Mitteln erstrebten Doppelheirat war mithin ganz verfehlt, und für den eitlen Glanz der großen bourbonischen Familienverbindung zeigte das konstitutionelle Frankreich auch nur wenig Sinn.

Gewaltig wirkte die Komödie der spanischen Irrungen auf Europas gesamte Politik zurück. Die gerühmte Entente cordiale, die auch nach den orientalischen Wirren noch notdürftig zusammengehalten hatte, ging plötzlich ganz aus den Fugen. In offener Feindschaft standen die beiden Westmächte einander fortan gegenüber. Ludwig Philipp schloß sich noch enger als bisher der reaktionären Politik der Hofburg an; Palmerston aber zeigte sich jetzt erst ganz als Lord Feuerbrand, überall in der Welt suchte er den Aufruhr gegen die konservativen Mächte anzuschüren. Der heiligste politische Grundsatz aller Briten, der Satz, daß nur England berechtigt ist andere Mächte zu belügen, war durch die abgefeimten Pariser Spieler gar zu gröblich verletzt worden, und mit der ganzen Entrüstung des betrogenen Betrügers ließ Palmerston nunmehr seine Presse wider die französische Treulosigkeit losfahren. Im Grunde hatten sich beide Höfe bei der gemeinsamen Mißhandlung ihres spanischen Schützlings gleich würdelos betragen, Frankreich allerdings noch etwas unsäuberlicher als England. Da der Tuilerienhof jedoch den Preis davon getragen hatte, so erschien er den Unkundigen als der allein schuldige Teil; die wütenden Anklagen der englischen Zeitungen hinterließen selbst in Frankreich einen so starken Eindruck, daß der längst geschädigte Ruf des Juli-Königtums nun vollends zu Grunde ging, und das Selbstlob der Guizotschen Blätter „überall ist Frankreich geliebt und gefürchtet" auch den Franzosen wie Hohn klang.

In seinem blinden Zorne verfiel Palmerston sogar auf den ungeheuerlichen Gedanken, die Ostmächte zur Verteidigung des Utrechter Vertrages, den er selber einst frevelhaft zerrissen hatte, aufzufordern; sie sollten gemeinsam mit England erklären, das Haus Montpensier dürfe nie die spanische Krone tragen, die sich vielmehr fortan wieder nach dem salischen Gesetze im Mannesstamme des neuen Scheinkönigs vererben müsse!*) Das salische Gesetz erst unter allen Greueln des Bürgerkrieges aufheben und es dann für die unberechtigte Weiberlinie wieder einführen — das nannte man im frommen England Recht! Nicht ohne Ironie nahmen die Höfe des Ostens diese wundersame Einladung auf. Sie waren dem Utrechter Frieden nur allzu treu geblieben und hatten das Thronfolgerecht Isabellas noch immer nicht anerkannt. Wenn aber Palmerston jetzt behauptete, die spanische Doppelheirat sei das Frechste, was Frankreichs Ländergier seit dem ersten Napoleon je gewagt, so konnten solche Übertreibungen doch nur Lächeln erregen; denn der Herzog von Montpensier war der jüngste von fünf Brüdern, die zum Teil schon Söhne besaßen, also lag die Möglichkeit, daß die Kronen Frankreichs und Spaniens jemals auf einem Haupte vereinigt würden, noch ganz außerhalb aller menschlichen Berechnung.

Der Zar, der von jeher die spanischen Wirren gering schätzte, meinte hochmütig: dieser Hochzeitszwist biete doch keinen Anlaß, um jetzt die illegitime Isabella anzuerkennen, und sein Nesselrode witterte sogleich heraus, daß der befremdliche Annäherungsversuch des englischen Hofes seinen Grund allein in Palmerstons augenblicklicher Gereiztheit hätte.**) Fast noch kühler hielt sich Metternich. Der wollte, wie Canitz bald erriet, in Krakau als Löwe, in Spanien als Lamm auftreten, um den Bürgerkönig nur desto fester an sich zu ketten und in Italien wie in der Schweiz gemeinsam mit Frankreich zu handeln; er bewahrte also, wie er sich selbst rühmte, eine verständig abwartende Haltung.***)

Etwas bereitwilliger zeigte sich der Berliner Hof, dem der getreue Bunsen andächtig berichtete: in Spanien mächtig, würde Frankreich auch am Po und am Rhein anmaßend auftreten, so versicherten alle englischen Minister.†) Die Hoffnung auf die traumhafte englische Allianz war gerade jetzt in Berlin sehr lebendig; immer wieder sprach Canitz in seinen Weisungen von der Erneuerung des alten Vierbundes.††) Der König erklärte sehr lebhaft: „Montpensiers Kinder werden Orleans und Montpensiers und keine Infanten von Spanien sein; folglich können sie **rechtlich** nie in Spanien folgen;" er ließ sich sodann noch durch Leopold Ranke

*) Bunsens Bericht, 26. Okt. 1846.

**) Rochows Berichte, 22. Sept., 14. Dez. 1846.

***) Canitz an Rochow, 6. Dez. 1846.

†) Bunsens Bericht, 11. Sept. 1846.

††) Canitz an Rochow, 6. Dez., an H. v. Arnim in Paris, 13. Dez. 1846.

ein historisches Gutachten ausarbeiten, das dieser wohlbegründeten Rechtsansicht durchaus zustimmte.*) Schließlich drang doch Canitz durch mit seinem nüchternen Rate: wir wollen nicht Frankreichs Vorgehen billigen, „aber auch uns nicht von Palmerston ins Schlepptau nehmen lassen" in einer Sache, die England unter aller Kritik behandelt hat.**) Die Unsauberkeit dieser spanischen Händel mußte den stolzen Höfen des Ostens, die den politischen Anstand doch immer gewahrt hatten, durchaus ekelhaft erscheinen, und Canitz schrieb verächtlich: „Der Ehrenkönigstitel für den, wie man sagt, schlechten Beschäler der Königin von Spanien ist auch eine Geburt der Jetztzeit."***)

Also ward Palmerston von den Ostmächten kalt abgewiesen, und nunmehr entschloß er sich, wie er dem allezeit gläubigen Bunsen sagte, den diplomatischen Krieg gegen Frankreich auf einer breiteren Basis zu führen, auf der Basis der bürgerlichen und religiösen Freiheit, welche Canning vor zwanzig Jahren auf sein Banner geschrieben hätte.†) Seine Wut gegen Guizot zeigte sich in der Krakauer Zwistigkeit, wo er jeden gemeinsamen Protest der Westmächte hintertrieb, sie zeigte sich in Pera und Athen, wo die Gesandten der beiden Mächte beständig miteinander rangen, sie zeigte sich am deutlichsten in Portugal, wo Palmerston einen neuen Aufstand gegen die gute Königin Maria sogar mit den Waffen unterstützte und schließlich die grausame Handelsherrschaft Englands fester denn jemals aufrichtete. —

Aber auch Mitteleuropa bot der Stellen genug, wo der Lord Feuerbrand die Minen der Revolution legen konnte. Gerade die Macht, die bisher in der Staatengesellschaft ein unnatürliches Übergewicht behauptet hatte, zeigte sich jetzt unter allen am schwächsten; in den anderen Großmächten bekämpften sich nur Parteien, in Österreich schien der Bestand des Gemeinwesens selber bedroht. Die alte Wahrheit, daß ein lebendiges Nationalgefühl die sicherste Grundlage aller politischen Freiheit bleibt, mußte sich an dem Völkergemisch des Donaureichs noch viel greller offenbaren als an dem dänischen Gesamtstaate; sobald der alte Absolutismus erschlaffte und die konstitutionellen Ideen sich regten, erwachten auch notwendig die zentrifugalen Kräfte in diesem Gemeinwesen, von dem die Lombarden sagten: es ist kein Staat, sondern nur eine Familie. Unter allen den Nationalitäten, welche dem Kaisertum angehörten, gebot keine, nicht einmal die Gesamtheit der Slawenstämme, auch nur über die Mehrheit der Kopfzahl, und unter allen waren nur zwei gut österreichisch gesinnt: die Deutschen, die doch kaum ein Viertel der Gesamtheit ausmachten,

*) König Friedrich Wilhelm, Marginalnote für Thile, 25. Sept.; L. Ranke, Denkschrift über den Utrechter Frieden, Nov. 1846.

**) Canitz an Rochow, 21. Okt. 1846.

***) Canitz an Rochow, 31. Okt. 1846.

†) Bunsens Bericht, 6. April 1847.

und das kleine Ruthenenvolk in Galizien. Während die subgermanischen Stämme der Magyaren, der Slawen, der Walachen, die ihre ganze Kultur den Deutschen verdankten, jetzt, zu jugendlichem Selbstgefühl erwacht, ihre alten Lehrer mit dem unvermeidlichen historischen Undank belohnten, besaßen die italienischen Provinzen längst ihre selbständige, der deutschen ebenbürtige Kultur, sie blieben dem Gesamtstaate ganz fremd und waren nicht einmal, wie die Donaulande, durch eine geographische Notwendigkeit auf die anderen Kronländer angewiesen.

In Preußen hatte der kurze Vereinigte Landtag das Bewußtsein der Staatseinheit wunderbar gekräftigt; in Österreich konnten dieselben Gedanken, welche den nationalen Staat Preußen stärkten, dem Bestande des Reichs nur gefährlich werden. Diesen einfachen Unterschied verkannte Metternich ganz, da er von nationalen Empfindungen nichts wissen wollte; er betrachtete Preußen, Österreich-Ungarn, Schweden-Norwegen, Dänemark-Holstein als wesentlich gleichartig zusammengesetzte Staaten, deren Einheit nur durch die Gesamtregierung dargestellt würde. Freiherr v. Andrian aber, ein Tiroler Edelmann von gemäßigt-liberaler Gesinnung, der „die Hervorrufung einer österreichischen Nationalität" dringend wünschte, sprach in seinem vielgelesenen Buche „Österreich und dessen Zukunft" (1841) ehrlich aus: was in Österreich Macht hat ist nicht das Volk und die öffentliche Meinung, nicht der Adel, auch nicht die Bureaukratie, am wenigsten von allen der Kaiser, sondern die Gewohnheit. So stand es wirklich. Das greisenhafte Triumvirat der Staatskonferenz, das im Namen des blödsinnigen Kaisers regierte, gab kaum noch ein Lebenszeichen von sich. Der bequeme Erzherzog Ludwig fand Metternichs lange lehrhafte Vorträge sehr lästig, Graf Kolowrat aber begegnete dem Staatskanzler mit einem Hasse, der sich kaum noch in den Schranken gesellschaftlicher Höflichkeit hielt. Nach stillschweigender Übereinkunft der Triumvirn wurden die Beratungen der Staatskonferenz immer seltener, die Dinge schleppten sich weiter ohne eine wirkliche Regierung. Die Nichtigkeit der Zentralgewalt war so unheilbar, daß der Statthalter des Küstenlandes, der geistreiche Graf Franz Stadion sich endlich entschloß, seinem Kronlande auf eigene Faust die dringend nötige neue Gemeindeordnung zu verleihen, weil aus Wien doch keine Antwort kam. Zugleich wuchs am Hofe die Macht der streng ultramontan gesinnten Damen. Die beiden bayrischen Schwestern, die Kaiserin Witwe und die Erzherzogin Sophie gewannen auch die bescheidene Gemahlin des regierenden Kaisers für sich; sie bewirkten, daß die Verlobung des Erzherzogs Stephan mit der Großfürstin Olga nicht zu stande kam, weil sie keine akatholische Erzherzogin dulden wollten*); sie erzwangen, daß Metternich, ganz gegen seine früheren

*) Diese an den Höfen allgemein verbreitete Ansicht wird auch in du Thils Denkwürdigkeiten ausgesprochen.

Grundsätze, die Jesuiten in Innsbruck und anderen Städten zuließ; sie übergaben die Erziehung des jungen Thronfolgers, des Erzherzogs Franz Joseph, den klerikalen Grafen Bombelles und Grünne.

Die althergebrachte Finanznot verschlimmerte sich beständig, da die geheime Polizei und die militärische Bewachung der Lombardei, Venedigs, Galiziens ungeheure Summen verschlang und niemand die Steuerkraft der fruchtbaren Kronländer zu wecken verstand. Schon in den ersten fünfundzwanzig Jahren seit dem Wiener Kongresse vermehrte sich die Staatsschuld, nach Abzug der Tilgungen, um 441 Mill. Gulden — ohne einen Krieg, ohne irgend welche produktive Staatsausgaben. Und so ging es weiter. Der getreue Wiener Rothschild, das große, durch die Getreideaufkäufe der Teuerungsjahre unermeßlich bereicherte Bankhaus Sina und andere Börsenfürsten brachten den Staat in eine schimpfliche Knechtschaft, und die lachlustigen Wiener sprachen gern das neue Pariser Witzwort nach: die Börse hält den Staat so wie der Strick den Gehenkten hält. Als die bedrängte Staatskonferenz den Aufkauf der Privateisenbahn-Aktien einzustellen beschloß, da erschien Rothschild mit einigen Genossen persönlich beim Erzherzog Ludwig und beteuerte, sie könnten die ausbedungenen Einzahlungen auf die letzte Anleihe nicht mehr leisten, ja sie müßten Hungers halber alle ihre k. k. Staatspapiere an der Börse verkaufen — worauf dann sofort der Beschluß gehorsam zurückgenommen wurde.*)

Währenddem begann selbst der adlige niederösterreichische Landtag, in dem die Städte gar kein Stimmrecht besaßen, eigene Gedanken zu äußern. Die Zeit war nicht mehr, da jedermann behaglich das große Wort Bäuerles wiederholt hatte: 's gibt nur a Kaiserstadt, 's gibt nur a Wien. Die liberalen Ideen aus Deutschland drangen unaufhaltsam ein, obschon eine wirkliche Kenntnis deutscher Zustände den Österreichern noch immer gänzlich fehlte; die Zollbehörden selber hatten ihre stille Freude daran, wenn die Grenzboten und der Rotteck-Welcker über die Grenze gepascht wurden. In den wissenschaftlich verwahrlosten Gelehrtenschulen herrschte ein ganz oppositioneller Geist, die Schüler wurden für die Studentenpolitik der Revolutionszeit gradezu erzogen. Diesen volkstümlichen Stimmungen und zumal der zungenfertigen großstädtischen Kritik der Wiener konnten sich die Stände Niederösterreichs auf die Dauer nicht mehr entziehen. Seit 1845 etwa unterstanden sie sich zuweilen zu reden, was sie seit zweihundert Jahren nicht mehr gewagt hatten, sie verlangten eine landwirtschaftliche Kreditanstalt, dann eine angemessene Vertretung der Städte, endlich gar ein Recht des Beirats bei neuen Gesetzen. Das alles ward doch bekannt, obgleich die Zeitungen nichts melden durften, Metternich und seine Beamten sich in tiefes Schweigen hüllten.

Canitz selbst, damals noch Gesandter, konnte sich nicht enthalten dem

*) Graf Arnims Bericht, 25. Sept. 1847.

Fürsten vorzustellen: Müßiggang ist aller Laster Anfang, dies war bisher das Los der Landtage Österreichs; diese ersten Regungen ständischen Willens sind ein Zeichen politischer Gesundung; eine konservative Politik muß die Rechte der Stände anerkennen und gesetzlich regeln, damit sie als Stütze, nicht als Hemmnis dienen.*) Auf Augenblicke fühlte auch Metternich, daß man mit dem alten Systeme der Totenstille nicht mehr weiter kam. Durch Preußens Vorgang ermutigt, veranstaltete die Regierung (1845) die erste österreichische Gewerbeausstellung; in der kläglichen Eröffnungsrede des armen Kaisers war freilich weder von Österreich noch von einer Staatsgesinnung die Rede. Gleich nachher erschien ein Folioband „Statistische Tabellen der österreichischen Monarchie", natürlich nur in wenigen Exemplaren für die hohen Beamten; doch da die fremden Gesandten sich sehr wißbegierig zeigten, so verfiel Metternich schon auf die verwegene Frage, ob man den Band nicht dem Buchhandel anvertrauen solle.**) Es war vorbei mit der alten patriarchalischen Gemütlichkeit. Selbst der Tiroler Landtag hallte von lebhaften Reden wider seit die Klerikalen sich zu einer geschlossenen Partei geschart hatten. Galizien blieb seit der Einverleibung Krakaus in allen Tiefen aufgewühlt; drohender denn je erklang das altnationale Sprichwort: solange die Welt Welt bleibt, wird der Pole nie des Deutschen Bruder.

Weit folgenreicher noch wurde die zugleich nationale und liberale Bewegung in Böhmen. Die Tschechen waren aus ihrem Schlummer längst erwacht. Sie wendeten, wie alle wiedererstehenden Völker, ihre phantastische Sehnsucht der ältesten Vorzeit zu und schwärmten, froh ihrer neu entdeckten, echten und gefälschten Geschichtsquellen, für ihre Königin Libussa, für die siegreichen Bauernschlachten der Hussitenkriege, für König Podiebrad und alle die anderen Helden des vormals ruhmreichsten aller Slawenvölker; sie fanden in dem evangelischen Pfarrer Johann Kollar ihren ersten Apostel, dann in Schaffarik, Hanka, Palacky begeisterte patriotische Gelehrte, in Havlicek einen gewandten Publizisten, der durch herzzerreißende Schilderungen des irischen Elends die Zensur zu täuschen verstand, obgleich alle seine Leser wußten, daß er unter Irland immer das Tschechenland meinte. Viele der mächtigen Kondottierengeschlechter, welche Kaiser Ferdinand II. einst in das unterworfene Böhmen verpflanzt hatte, wendeten sich dem Tschechentum zu, desgleichen ein großer Teil des Klerus, der ja immer, von seinem sicheren Machtgefühle geleitet, für das minder gebildete Volkstum eintritt. Den Deutschen aber gereichte zum Unheil, daß die Juden sich meist zu ihnen hielten und nun der wütende Judenhaß des ausgewucherten tschechischen Landvolks den Deutschenhaß noch verschärfte. Auf ihrer weit in das deutsche Land hineingeschobenen Vorpostenstellung

*) Canitz' Bericht, 15. Mai 1845.

**) Canitz' Bericht, 31. Mai 1845.

fühlten sich die Tschechen nicht sicher, und da der Zar mit dem Papste die Eigentümlichkeit teilte, daß die Nationen ihn um so mehr verehrten, je weiter sie von ihm entfernt lebten, so wurde Böhmen die Pflanzstätte des Panslawismus. Mit der Begeisterung für die Wenzelskrone und den weißen Löwen verbanden sich unklare Träume von der unermeßlichen Zukunft der großen slawischen Völkerfamilie, die jetzt erst ihren Morgen erlebe, während die Deutschen schon in das Mittagslicht, die Romanen schon in die Abenddämmerung ihrer Geschichte eingetreten seien. Derweil dieser nationale Kampf den Landfrieden bedrohte, fanden sich die beiden feindlichen Völker in den liberalen Zeitwünschen doch immer wieder zusammen. Der Prager Landtag forderte Reform des Hypothekenwesens, Ablösung der Roboten, Aufhebung des Lottos, ja sogar eine sehr bescheidene Preßfreiheit, er wagte mehrmals seine Beschwerden durch Abgesandte dem Kaiser selbst zu überreichen, was seit einem halben Jahrhundert nicht mehr geschehen war. Solche Lebenszeichen der alten, schon ganz tot geglaubten Postulatenlandtage erschreckten den Staatskanzler, und er beschäftigte sich wieder mit der Frage, die er schon vor dreißig Jahren aufgeworfen hatte, ob man nicht den Ständen aller Kronländer in einem kleinen Ausschusse eine unschädliche gemeinsame Vertretung schaffen müsse. Doch auch jetzt wagte er nicht den alten Gedanken zu verwirklichen.

Das alles bedeutete noch wenig neben dem Sturme der nationalen Leidenschaften, der die Länder der Stephanskrone durchtoste und die waffengewaltigere Hälfte der Monarchie von dem Kaiserstaate loszureißen drohte. Obgleich Metternich seit seiner Ehe mit Melanie Zichy den ungarischen Magnaten etwas näher getreten war, so hielt er doch nie für nötig die Nationalitäten des Kaiserreichs in ihrer Eigenart kennen zu lernen; er urteilte über die subgermanischen „Bedientenvölker" mit demselben verständnislosen Hochmut wie die Wiener Possendichter, die jeden Ungarn als einen Tölpel, jeden Tschechen als einen kriechenden Schuft verhöhnten. Dem preußischen Gesandten sagte Metternich oft: eingefleischte Dummheit ist der eigentliche Nationalcharakter der Ungarn. Und doch verstand der in langen Kämpfen parlamentarisch geschulte magyarische Adel sein Übergewicht über die anderen Völker der Stephanskrone mit maßlosem nationalem Hochmute und zugleich mit der erfahrenen Klugheit eines Herrenvolkes zu behaupten. Weder die Südslawen in den Nebenlanden, die schon von einem dreieinigen Königreich Illyrien träumten, noch die Slowaken in den Karpathen noch die Deutschen zeigten sich der magyarischen Herrscherkunst gewachsen. Nur die treuen protestantischen Sachsen Siebenbürgens und die Kolonisten im Banat hielten fest an ihrem deutschen Volkstum, die Schwaben des westlichen Ungarns hatten sich allezeit durch fremdbrüderlichen Schwachsinn ausgezeichnet. Die Juden aber, die hier im Lande der wirtschaftlichen Sorglosigkeit für unentbehrlich galten, witterten schon woher der Wind wehte und drängten sich an die Magyaren heran.

Noch im Jahre 1833 hatte der Reichstag die Frage aufgeworfen, ob nicht zur Besprechung der großen gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen eine Notabelnversammlung aus Ungarn und den deutsch-böhmischen Kronländern einberufen werden sollte; die Staatskonferenz war jedoch über diesen Vorschlag, der für die Einheit des Kaiserstaates vielleicht folgenreich werden konnte, mit gewohntem Stumpfsinn hinweggegangen, und seitdem zog Ungarn ganz seines eigenen Weges. Ungarn war nicht, sondern wird erst, so sagte der gefeierte „größte der Ungarn", Graf Stephan Szechenyi. Mit bestimmter politischer Absicht und mit bewunderungswürdiger Tatkraft, so wie einst die Holländer ihren Seemannsdialekt zur Schriftsprache ausgebildet hatten, suchten die Magyaren durch eine rührige Literatur, durch Schulen, Theater, Zeitungen, durch zahllose gemeinnützige Unternehmungen ihr unfertiges Volkstum zu der Höhe der Kulturvölker emporzuheben, das deutsche Ofen ward bald von dem magyarisch-jüdischen Pest weit überflügelt. Der ungarische Parlamentarismus erlebte seine Blütezeit. Große Rednertalente traten auf: neben Szechenyi der geistreiche politische Schriftsteller Graf Eötvös, dann der schlichte kleine Landedelmann Franz Deak, der bald allgemein als das gute Gewissen der Nation verehrt wurde, und, alle übertobend, der feurige Demagog Ludwig Kossuth. Drei Ziele standen der nationalen Partei mehr oder minder deutlich vor Augen: Herrschaft des Magyarentums, Selbständigkeit der Stephanskrone neben den westlichen Kronländern, endlich Umwandlung der schwerfälligen avitischen Ständeverfassung in ein modernes Repräsentativsystem. Auf dem Reichstage von 1843 errang sie, wesentlich durch Kossuths Verdienst, den entscheidenden Erfolg: die neutrale lateinische Staatssprache, die seit Jahrhunderten die Völkerschaften der Stephanskrone in erträglichem Frieden beisammen gehalten hatte, wurde beseitigt und durch die Sprache des magyarischen Herrenvolkes ersetzt. Die gute Zeit war dahin, da der Bauer den Edelmann mit dem altgewohnten: bonum matutinum domine! begrüßte. Obgleich das Deutsche sich nach dem unzerstörbaren Rechte der überlegenen Bildung noch immer als die allgemeine Verkehrssprache behauptete, so sollten doch die Deutschen, die Slawen, die Rumänier sich fortan einer ihnen ganz unbekannten, erst halb entwickelten Amtssprache bedienen, und im Reichstage konnte die wort- und bilderreiche nationale Beredsamkeit, die bisher durch das schwerfällige Latein doch einigermaßen gedämpft worden war, sich fortan in der eigentümlich rollenden, polternden Heftigkeit magyarischer Sprechweise ganz ungezügelt ergehen.

Ein Krater nationaler Zwietracht tat sich auf, die nichtmagyarische Mehrheit des Königreichs fühlte sich tödlich beleidigt, der Agramer Sonderlandtag verlangte für sich sofort die kroatische Sprache. Die siegestrunkenen Magyaren aber eilten vorwärts, von einer nationalen Forderung zur anderen. In dem streng calvinischen Kleinadel ward der alte Haß gegen

das katholische Herrscherhaus nochmals lebendig; man entsann sich wieder der schrecklichen Zeiten, da halb Ungarn gerufen hatte: lieber türkisch als österreichisch. Gut kaiserlich dachte nur noch ein Teil der Magnaten und des hohen Klerus; dazu noch mit halbem Herzen die Kroaten und die siebenbürgischen Sachsen. Zu allem Unglück starb im Januar 1847 der greise Palatinus Erzherzog Joseph, den die Hofburg von langeher wie einen anderen Rebellen Rakoczy beargwöhnte; er hatte, seit einem halben Jahrhundert in Ungarn heimisch, mit bescheidenem Talent aber ehrlichem Wohlwollen die nationalen Gegensätze doch noch leidlich unter der Glocke gehalten. Als Nachfolger war nur sein Sohn Erzherzog Stephan möglich, ein liebenswürdiger, gutherziger, in allen erdenklichen Wissenschaften als Dilettant bewanderter junger Herr. Viele hielten ihn, da das kaiserliche Haus an Talenten so arm war, für einen großen Staatsmann und dachten ihm dereinst die Stelle des kläglichen Trauwirn Erzherzogs Ludwig zu; doch er geizte nach Volksgunst, es war kein fester Kern in ihm, und nicht ohne schwere Besorgnis ließ Metternich den Unerfahrenen in dies Chaos nationaler Leidenschaften hinüberziehen. Im November 1847 wurde der Reichstag durch den traurigen Kaiser-König zum ersten Male in magyarischer Sprache eröffnet; aber obwohl der König sich zu mehreren verständigen Reformen erbot, so begann doch Kossuth sofort einen wütenden Kampf gegen das bettelhafte Privilegium der adligen Steuerfreiheit, und die Mehrheit des Hauses zeigte sich der Krone entschieden feindlich. In halbbarbarischen Ländern verbreiten sich die Gedanken des Widerstandes mit geheimnisvoller Schnelligkeit; Ungarn war, ohne daß man es zu Wien noch ahnte, im Frühjahr 1848 schon ebenso reif für einen großen Aufstand, wie späterhin im Sommer 1866.

Was vermochte der Hof den gewaltigen zentrifugalen Kräften aller dieser Nationen entgegenzustellen, die noch dazu, mit einziger Ausnahme der Magyaren, sämtlich sehnsuchtsvoll nach den Stammgenossen jenseits der Reichsgrenzen hinüberschauten? Wahrhaftig nicht die deutsche Bildung, die, im geselligen Leben allezeit unentbehrlich, doch unter dieser Regierung ihre eigenste Kraft niemals frei entfalten durfte. Noch weniger die Bureaukratie. Sie wurde von Metternich belobt, weil sie keinen solchen „Überfluß an schoflen Elementen" enthielte wie das preußische Beamtentum; und allerdings konnten die k. k. Hof- und Gubernialräte unmöglich irgend eines eigenen Gedankens verdächtigt werden, doch wer durfte sich in Tagen der Gefahr auf dies seelenlose, nachlässige, bestechliche Schreibervolk verlassen? Die kräftigste Stütze des Reichs blieb das Heer, das sich auch unter Metternichs unmilitärischem Regimente den alten Stolz bewahrte. Zumal die deutschen Offiziere, die aus den Kleinstaaten und aus Preußens katholischen Provinzen noch immer herbeikamen, kannten keine andere Heimat als die schwarzgelben Fahnen; nur auf die magyarischen und einige der polnischen Regimenter ließ sich nicht mehr mit Sicherheit rechnen.

Auf diesem Heere ruhte für jetzt Österreichs ganze Zukunft. Das zeigte sich nirgends greller als in Italien, das schon seit Jahren tatsächlich nur durch einen beständigen Belagerungszustand im Zaume gehalten werden konnte. Ein erhebender Anblick, wie nunmehr die beiden großen Nationen Mitteleuropas zu gleicher Zeit der Erfüllung ihrer Geschicke, dem leuchtenden Ziele der nationalen Einheit zustrebten, beide durchdrungen von dem stolzen Gefühle, daß sie den Idealismus in der Menschheit vertraten. Diesseits wie jenseits der Alpen zeigte die nationale Bewegung manche verwandte Züge: die gleiche jugendliche Begeisterung und die gleiche phantastische Unklarheit. Die Macht und die Berechtigung der republikanischen Erinnerungen in diesem klassischen Lande der Städte erschwerte den Italienern mehr als den Deutschen die Wahngebilde des Radikalismus zu durchschauen, der hier noch immer in Mazzini einen unvergleichlich kühnen und geistvollen Apostel besaß. Andererseits konnten sie schneller als die Deutschen den letzten Grund ihrer Leiden erkennen. Deutschland litt unter einer verhüllten Fremdherrschaft, deren tiefe Unwahrheit erst von wenigen hellen Köpfen ganz gewürdigt wurde. Italien schmachtete unter dem Drucke einer auswärtigen Macht, welche der alten Kultur der Halbinsel immer fremd bleiben mußte; unter allen seinen Fürstengeschlechtern war nur eines, das Haus Savoyen italienisch. Jeder Patriot hörte mit brennender Scham die Mahnung Cäsar Balbos: die Unabhängigkeit ist für eine Nation was die Schamhaftigkeit für ein Weib — bis endlich Giusti allen aus dem Herzen sang: Delenda Carthago! Wir wollen keine Österreicher!

Seit die Trikolore des Königreichs Italien die Parteifarben der Carbonari ganz verdrängt und die ernsten, tatkräftigen Stämme des Nordens, Piemontesen und Lombarden, den hitzköpfigen Südländern die Leitung der nationalen Politik aus der Hand genommen hatten, begannen die Köpfe sich zu ernüchtern. Piemont, das geschmähte Böotien der Halbinsel war endlich erwacht und schenkte den Italienern ihre wirksamsten politischen Schriftsteller. Der Abbate Gioberti predigte in seinem Buche vom Primat Italiens eine neue welfische Lehre: er feierte das von allen Patrioten seit Dantes und Machiavells Zeiten verwünschte Papsttum als eine gloria italiana, genau so wie viele deutsche Enthusiasten, König Friedrich Wilhelm voran, den natürlichen Feind der nationalen Einheit, das Haus Österreich noch immer als das heilige Erzhaus verehrten. Dennoch förderten diese traumhaften neoguelfischen Doktrinen die politische Erziehung der Nation: sie zeigten doch zum ersten Male die Möglichkeit, daß Italien auf gesetzlichem Wege, ohne gewaltsamen Umsturz, durch einen Fürstenbund unter dem Primat des Papstes, wieder erstarken könne. Darum mochten auch die beiden tapferen piemontesischen Edelleute, die jetzt über Italiens Hoffnungen schrieben, den Gedanken des phantastischen Abbate nicht gradehin widersprechen: Graf Cäsar Balbo mahnte mit alt-

römischer Strenge seine Landsleute zu sittlicher Ermannung, zu kriegerischer Abhärtung, Massimo d'Azeglio verlangte angesichts der Unruhen in der päpstlichen Romagna verständige Reformen in Rechtspflege und Polizeiverwaltung.

Nun fügte es ein ironisches Spiel des Schicksals, daß alle die seltsamen Träume der Neoguelfen sich plötzlich zu erfüllen schienen. Nach dem Tode Gregors XVI., im Sommer 1846 bestieg Kardinal Mastai Ferretti als Pius IX. den römischen Stuhl, ein weichmütiger, wohlwollender, eitler, gedankenarmer Mann von schwachem politischem Verstande, italienisch gesinnt, soweit ein Papst es durfte, ehrlich gemeint mit aller Welt in Frieden zu leben. Er begann seine Regierung mit einer hochherzigen Amnestie, und da die Erscheinung eines Papstes, der seine Feinde nicht auf die Galeeren schickte, seit langem unerhört war, so entwarf sich die ungeduldige Nation alsbald ein Idealbild von dem liberalen und nationalen Papste, ganz so wie die Deutschen sich den alten Erzherzog Johann wegen eines halbmythischen Trinkspruchs idealisiert hatten. Seit jenem Tage, da die Amnestierten mit Palmenzweigen in den Händen den Wagen des „Engels der Freiheit" durch den festlich geschmückten Korso geleiteten, lebte Rom anderthalb Jahre hindurch wie in einem ewigen Rausche. Immer wieder führte der Pöbelkönig, der Vetturin Ciceruacchio mit der dreifarbigen Fahne sein Römervolk dem vergötterten Pontifex vor. Auch die Fremden widerstanden dem allgemeinen Taumel nicht; einmal trug der Sohn des Historikers, Marcus Niebuhr, der bei König Friedrich Wilhelm in besonderer Gnade stand, an der Spitze der deutschen Kolonie die schwarzrotgoldene Fahne feierlich auf das Kapitol. Der Ruf Evviva Pio Nono wurde bald zum Losungsworte aller Patrioten. Metternich klagte, dieser Hohepriester würfe den Pechkranz in das Gebäude der sozialen Ordnung, und nicht lange, so erschien sogar ein Gesandter des liberalen Sultans um dem liberalen Papste die Verehrung des Großtürken auszusprechen.

Bisher hatte Pius nur einmal die Gelegenheit gehabt einen politischen Entschluß zu fassen: vor langen Jahren schon, da er als Bischof in der Romagna den Umsturzplänen der jungen Prinzen Napoleon tapfer entgegengetreten war. Jetzt stand er, obwohl ihm die Kundgebungen der Volksgunst in tiefster Seele schmeichelten, ängstlich und ratlos vor schweren Aufgaben, welche weit über das Maß seiner Begabung hinausgingen. Wer hätte damals geahnt, daß aus diesem guten Manne dereinst noch der hochmütigste aller Päpste werden sollte? Er ahnte dunkel, daß einige Reformen unvermeidlich waren, etwa im Sinne des Bunsenschen Memorandums vom Jahre 1831, das die großen Mächte dem römischen Stuhle so oft zur Beherzigung vorgehalten hatten*); doch er war Papst und durfte den Laien niemals in vollem Ernst die Gleichberechtigung mit den Priestern gewähren. Noch

*) S. o. IV. 68.

weniger wollte er sich an die Spitze eines italienischen Bundes stellen. Solche nationale Ideen hatten wohl einst, als die römische Kirche noch die allgemeine Kirche des Abendlandes war, einen Alexander III., einen Julius II. begeistert; nunmehr aber seit der ganze Norden Europas längst der Ketzerei verfallen war, mußte der Gedanke der kirchlichen Selbstbehauptung allen nationalen Rücksichten vorgehen. Am allerwenigsten dachte Pius den Aufklärern und Freigeistern in der Kirche entgegenzukommen. Er lebte und webte in streng klerikalen Anschauungen, wenngleich er die Härte der Partei Lambruschinis tadelte, und zum ersten Male ward er mißtrauisch gegen die römische Volksgunst, als seine Verehrer den Ruf: nieder mit den Jesuiten! anstimmten. Seitdem, seit dem Herbst 1847 klagte er oft, man mißbrauche seinen Namen, und mahnte eindringlich zum Gehorsam gegen jede bestehende Obrigkeit.

In seiner Verlegenheit erbat sich Pius den vertraulichen Rat der großen Mächte, und Metternich säumte nicht, schon im Juli 1846 vor allen „Konzessionen" zu warnen; zwischen den Zeilen seiner Denkschriften ließ sich herauslesen, daß die Hofburg nicht einmal die Ausführung des Bunsenschen Memorandums ernstlich wünschte.*) Dem ungarischen Landtage begegnete der Staatskanzler sehr nachgiebig, in Frankfurt suchte er alles gemächlich hinzuhalten; denn er rechnete, daß Österreichs Herrschaft in Ungarn durch die geographische Lage, in Deutschland durch die Macht alter Erinnerungen und die heillose Wirrnis des Parteilebens doch einigermaßen gesichert war. In den Italienern hingegen sah er schlechtweg Feinde, und wie er 1820 und 1831 auf dieser verwundbarsten Stelle des österreichischen Machtgebietes sofort mit den Waffen eingeschritten war, so hielt er sich auch jetzt bereit, die drohende neue Erhebung Italiens alsbald niederzuschlagen. Haß gegen Österreich — das witterte er sogleich — war das gemeinsame Feldgeschrei aller Patrioten der Halbinsel, und da er wußte, daß sein Kaiserstaat einem nationalen italienischen Fürstenbunde niemals beitreten konnte, so erklärte er kurzab, die einzig mögliche Form der Einheit Italiens sei die eine und unteilbare Republik. Immer wieder ließ er die Höfe warnen: kein italienischer Fürst könne jemals hoffen die Krone der Halbinsel zu tragen; die Bewegung müsse notwendig im allgemeinen sozialen Umsturz ausmünden, da die begnadigten Flüchtlinge allesamt als vollendete Revolutionäre heimkehrten; Gioberti, Balbo, Azeglio, Petitti und die anderen sogenannten Gemäßigten unterschieden sich von Mazzini nur wie der Giftmischer von den Totschlägern. Von der Klärung der Geister, die sich in dem edlen Volke nach und nach vollzog, wollte er nichts bemerken. Wie zum Spott wiederholte er jetzt (Aug. 1847) in einer allen Großmächten mitgeteilten Depesche das frevelhafte Wort vom Wiener Kongresse: Italien ist nur ein geographischer Begriff.

*) Graf Arnims Bericht, 14. Juli 1846.

Als ob er jede friedliche Verständigung abschneiden wollte, ließ er sich an dem wichtigsten Hofe der Halbinsel, in Turin, erst durch den unerträglich anmaßenden Fürsten Felix Schwarzenberg vertreten, der sich nachher auch in Neapel allgemein verhaßt machte, dann gar durch den Grafen Buol, der an Übermut seinem Vorgänger nichts nachgab und außerdem noch mit einer ganz ungewöhnlichen Geistlosigkeit behaftet war. Über den Turiner Hof, der zwischen zwei Großmächten eingepreßt doch wahrlich keinen leichten Stand hatte, urteilte Metternich ganz ebenso hochmütig und verständnislos wie über das schicksalsverwandte Preußen; und als die Piushymne zu Ehren des neuen Pontifex gar nicht verstummen wollte, da sagte er ingrimmig: „ein liberaler Papst ist ein unmögliches Wesen." Da er den Wandel der Zeiten nicht zu erkennen vermochte, so verschanzte er sich, nach seiner Gewohnheit, hinter großen Grundsätzen. „Nichts in dieser Welt ist bleibend", schrieb er dem Gesandten Lützow in Rom; „nur die Grundsätze bleiben, sie sind dem Wechsel nicht unterworfen, weil die Wahrheit immer dieselbe ist und bleiben wird." Die eine, unwandelbare Wahrheit lautete aber dahin, daß Italien zum Vorteil der Hofburg in alle Ewigkeit zerrissen, unfrei, verachtet bleiben mußte; und für diese Gedanken geist- und herzloser Völkerbedrückung fand Metternich eine kräftige Stütze in der deutschen Presse, die sich doch sonst seiner Herrschaft schon zu entziehen begann. Das Haus Cotta stellte seine Allgemeine Zeitung der italienischen Politik der Hofburg unbedingt zur Verfügung, vielleicht um sich dadurch für die Besprechung deutscher Dinge etwas mehr Freiheit zu sichern, und mit schimpflicher Emsigkeit brachte das Augsburger Blatt fortan ungezählte k. k. Lügen über das verworfene italienische Sklavenvolk. Diese feilen Federn beschworen die Erinnerung an die Romfahrten unserer Kaiser gewaltsam wieder herauf und prahlten, als ob der Schatten Barbarossas durch die Raizen, Jazygen und Hannaken der österreichischen Regimenter schritte, als ob der „besiegelte" Stock der kaiserlichen Profosen die Kultur nach Italien brächte. Viele deutsche Zeitungen, denen die Mittel fehlten eigene Verbindungen in Italien zu unterhalten, druckten alle diese Unsauberkeiten getreulich nach; selbst in den Kreisen der preußischen Offiziere wiederholte man oft den sinnlosen, auf die deutsche Ritterlichkeit wohl berechneten Lieblingssatz der k. k. Kameraden: am Po verteidigen wir den Rhein! Der Name der Tedeschi, der ohnehin schon für jede Prügelei der kroatischen Soldaten, für jeden Verrat der welschtirolischen Spione des Hauses Österreich geduldig herhalten mußte, geriet durch diese ungerechte, erst spät gesühnte Gehässigkeit der deutschen Presse bei allen Italienern, zumal bei den Lombarden gänzlich in Verruf. Die Lüge der verhüllten Fremdherrschaft vergiftete auch unser Verhältnis zu dem Volke, das uns unter allen am nächsten stand.

Auf unbedingte Zustimmung konnte Metternich in Deutschland gleichwohl nicht zählen. Ein großer Teil der Liberalen schwärmte, wie billig,

für den freisinnigen neuen Papst, und in allen Parteien fanden sich doch viele geistreiche Männer, welche die Wahlverwandtschaft des deutschen und des italienischen Genius erkannten. Die Zeit lag ja noch nicht weit zurück, da alle hochgebildeten Deutschen zwei absolute ästhetische Ideale schlechthin verehrt hatten: Italien und Shakespeare. Niemand vielleicht empfand diese ästhetische Bewunderung für Italiens Land und Leute so lebhaft wie König Friedrich Wilhelm. Gleich den romantischen Malern der Cornelianischen Schule dachte er sich unter den Römern ein „Königsvolk" von angeborenem Adel. Alles dort im schönen Süden erschien ihm edler, vornehmer, als die grobe nordische Welt, sogar der italienische Liberalismus, der doch, nach romanischer Weise, weit tiefer als die deutschen Liberalen in den Banden der gefürchteten „Ideen von 89" befangen war. Der König liebte „den herrlichen Pontifex" und pries Pius glücklich, weil er nicht wie Deutschlands Fürsten mit der Macht der Gemeinheit zu ringen habe. Seinem Bunsen schrieb er: „Was sich dort Liberalismus nennt, wie es nach Azeglios Werkchen erscheint, das ist allerdings mein eigenes Glaubensbekenntnis, und ich bin ein warmer Anhänger der italienischen Bewegung. Aber die Azeglioschen Liberalen wären in Deutschland auf der äußersten Rechten der vernünftigen, vorwärts wollenden Konservativen." Darum ließ er durch seinen Gesandten Usedom, der gleich ihm selber für den Papst und die Italiener begeistert war, den römischen Stuhl zu bedachtsamen Reformen ermuntern; als die Hofburg gegen den liberalen Papst schärfer auftrat und sogar, kraft zweifelhafter Rechtstitel, die Grenzstadt Ferrara besetzen ließ, da bemühte sich Friedrich Wilhelm redlich in dem Streite zu vermitteln. Von der Glut des nationalen Hasses, von der Notwendigkeit des nahenden Unabhängigkeitskrieges ahnte er nichts, und daß Preußen je mit Piemont gemeinsam gegen Österreich vorgehen könnte, lag gänzlich außerhalb seines Gedankenkreises. Wie er den mit Österreich verketteten Deutschen Bund für eine hocherfreuliche Institution hielt, so wollte er auch durchaus nicht begreifen, warum die Italiener nicht ebenfalls mit dem weisen Hause Österreich in Frieden leben sollten. Über die geheiligten Wiener Verträge durften seine geliebten Welschen nimmer hinausgehen. Als die revolutionäre Leidenschaft nun doch unaufhaltsam anschwoll, da klagte er schmerzlich: „Schon regt sich der gemeine, der schmeißfliegliche Liberalismus, und wir erleben dort Trauriges, und bald!"*) Indessen blieb er in der Rolle des wehmütigen Beobachters.

Weit näher ward Frankreich durch die italienischen Unruhen bedrängt. Seit die Entente cordiale zersprengt war und Palmerston Rache schnob wegen der spanischen Heiraten, bewarb sich Ludwig Philipp noch zudringlicher denn zuvor um Österreichs Gunst. Zweimal während dieser letzten bangen Monate sendete er den von Braunschweig her berüchtigten geheimen

*) König Friedrich Wilhelm an Bunsen, 11. Nov. 1847.

Agenten Klindworth nach Wien um ein vollständiges Einverständnis vorzubereiten, und im Kampfe gegen Italiens Einheit waren die beiden Höfe allerdings einig. Wie die Hofburg ihr lombardo-venetianisches Königreich nur bei fortdauernder Unmündigkeit der Italiener behaupten konnte, so hielten die Tuilerien fest an dem altfranzösischen Grundsatze, daß Frankreichs Macht auf der Nichtigkeit seiner Nachbarvölker beruhe; und zu Metternichs Wohlgefallen beschwor Guizot die Reformpartei der Halbinsel, der Bewegung einen römischen, toskanischen, piemontesischen Charakter zu bewahren, denn eine italienische Frage wäre die Revolution! Gleichwohl konnte die Staatskunst des französischen Neides mit der Politik der österreichischen Herrschsucht nicht vollkommen übereinstimmen; der begehrliche Wetteifer der beiden Nachbarmächte um die Vergewaltigung der Halbinsel wurzelte zu tief in einer alten Geschichte. Auch vermochte Ludwig Philipp, obgleich er jetzt immer „die Politik des Niederhaltens" im Munde führte, den revolutionären Ursprung seines Regiments doch nicht ganz zu verleugnen. „Diese Regierung," so sagte Metternich zu Canitz, „kann nicht stark sein, wenn es die Revolution zu bekämpfen gilt; sie kann sich nicht mit uns auf eine Linie stellen, das wäre wider die Natur."*) Und diesen Argwohn gab er trotz der zur Schau getragenen hochkonservativen Gesinnungen des Tuilerienhofs niemals ganz auf; noch im Herbst 1847 nannte er den Bürgerkönig und seinen Minister beide „Utopisten". In der Tat blieb Ludwig Philipps Haltung gegenüber den Italienern immer zweideutig. Er versammelte zum Schutze der westlichen Herrschaft des Papsttums insgeheim an der piemontesischen Grenze das kleine Heer, das zwei Jahre darauf wirklich in Rom einrücken sollte, und ließ den König Karl Albert von Sardinien, den er als geborenen Träger des italienischen Einheitsgedankens fürchtete, an den kleinen Höfen gründlich verdächtigen. Zugleich sendete er Flinten für die römische Nationalgarde und empfahl den Kabinetten der Halbinsel konstitutionelle Reformen. In Rom vertrat ihn Graf Rossi, ein hochsinniger Carrarese, der in der Schweiz und in Paris als Staatsmann und Gelehrter im Sinne der französischen Doktrinäre gewirkt hatte und jetzt die sonderbare Rolle eines Gesandten im eigenen Vaterlande spielte. Rossi hoffte auf den italienischen Fürstenbund unter päpstlichem Primat und mochte dem geliebten Pius wohl zuweilen mehr sagen, als sein Minister billigen konnte. In Wien galt er für einen nichtswürdigen Jakobiner, und schon dieser eine Mann machte ein festes Einverständnis zwischen den beiden Höfen unmöglich.

So konnte denn Palmerston prahlerisch als großmütiger Beschützer Italiens auftreten. Auch er wurde von dem hilflosen Pius um Rat angegangen, und der große katholische Kanzelredner Londons, Bischof Wiseman, der die Anfrage überbrachte, deutete leise an, daß der Papst

*) Canitz' Bericht, 5. März 1845.

weder dem Wiener noch dem Pariser Hofe ganz trauen könne. Sofort schickte der Lord seinen Freund, den radikalen Querkopf Earl Minto als Gesandten nach Turin, dann auch mit geheimen Aufträgen nach Rom, wo Großbritannien sich auf Grund seiner alten Gesetze nicht amtlich vertreten lassen durfte, und sagte höhnisch zu Bunsen: das wird Metternich nicht gefallen, aber eine englische Flotte in der Adria wird ihm noch weniger gefallen.*) In Mintos Gefolge befand sich eine ganze Schar amtloser junger Leute, die mit erstaunlicher Unbescheidenheit überall an den Höfen die nahende Revolution ankündigten. Nichts lag diesen vornehmen Demagogen ferner als eine ehrliche Teilnahme für Italiens Unglück; sie wollten nur Palmerstons Feinden Metternich und Guizot entgegenwirken und den für Englands Handelspolitik so einträglichen Unfrieden auf dem Festlande nähren. Bunsen freilich, dem niemals eine englische Arglist zu plump war, ließ sich auch diesmal täuschen, und schrieb begeistert: der Kampf um Verfassungen werde zu „einer politischen Religionsfrage, wobei England hohenpriesterliche Stellung einnehme.“**) Palmerston als Hoherpriester! — dieser spaßhafte Gedanke konnte allerdings nur in dem fremdbrüderlich begeisterten Haupte des preußischen Gesandten entstehen, und Canitz wollte nicht glauben, daß in einem Volke, das bisher auf seinen gesunden praktischen Verstand stolz gewesen, „ein politischer Fanatismus zu einem dauernden System gemacht werden sollte.***) Sein König aber meinte, als er die unleidliche Zänkerei der westmächtlichen Diplomaten kennen lernte: „die englischen Gesandten in Piemont und Hellas scheinen mir, um recht höflich zu sein, zum Tollhaus reif, überreif.“†) Mit gutem Grunde klagte Metternich: der Lord Feuerbrand nehme die alte „Canningsche Äolus-Politik“ wieder auf; der Staatsmann, der am lautesten wider die Interventionspolitik gescholten, mische sich überall ein, er sei le plus intervenant de tous. Was der englische Hof tun konnte um den allgemeinen Weltbrand zu schüren das tat er nach Kräften.

Also zwischen den großen Mächten hin und her geschleudert brachte der gequälte Papst in anderthalb Jahren nur eine wichtige Reform zu stande — die gefährlichste von allen: er schuf die Nationalgarde, die sich so leicht gegen den heiligen Stuhl selber wenden konnte. Auch eine weltliche Consulta trat zusammen, aber wie war es möglich, daß Kardinäle sich der Aufsicht der Laien wirklich unterwerfen sollten? Nun gar der weltliche Ministerrat, der auf Rossis Bitten endlich berufen wurde, krankte von Haus aus an einem unheilbaren Übelstande. Alle große Politik der Kurie war kirchlich, die armseligen Interessen des Kirchenstaates fielen

*) Bunsens Bericht, 28. Sept. 1847.
**) Bunsen an Canitz, 16. April 1847.
***) Canitz an Bunsen, 25. Sept. 1847.
†) König Friedrich Wilhelm an Bunsen, 8. Okt. 1847.

daneben kaum ins Gewicht, folglich mußte der Kardinal-Staatssekretär, der entschlossene, scharf verständige, klerikale Antonelli für sich allein mehr bedeuten als alle Laien-Minister insgesamt. Auch ein schwacher Anlauf bündischer Politik wurde gewagt. Im Oktober 1847 vereinbarten sich die Höfe von Rom, Turin und Florenz — die drei Reformstaaten, wie man sie hoffnungsselig nannte — vorläufig über die Bildung eines Zollvereins, und Palmerston, der alte Feind des deutschen Zollvereins ließ diese Verhandlungen durch Minto kräftig fördern — immer unter der Voraussetzung, daß die Verbündeten die allein wahren Grundsätze des Freihandels annähmen. Er sah in dem Plane zunächst nur einen Schachzug gegen Frankreich und Österreich, er hoffte sodann, dem englischen Handel ein neues Absatzgebiet zu gewinnen, da die Großindustrie Italiens noch weit hinter der deutschen zurückstand. Der Zollverein konnte aber nur dann ins Leben treten, wenn auch das mitteninne liegende Modena sich anschloß. Metternich gab alsbald eine deutliche Antwort; er schloß im Dezember mit Modena, dann auch mit Parma einen Vertrag, kraft dessen Österreich jederzeit bei drohender Gefahr die beiden Herzogtümer besetzen durfte. Befriedigt schrieb er nach Berlin: „wir haben die Form eines Verteidigungsbündnisses gewählt um das von den Kabinetten so streng verdammte Wort Intervention zu vermeiden.“ Zudem blieb der Großherzog von Toskana trotz seiner liberalen Anwandlungen doch immer ein unschädlicher Erzherzog, die Bourbonen von Neapel waren durch den geheimen Vertrag von 1815 verpflichtet an dem absoluten Königtum nichts zu ändern, und auch Karl Albert von Piemont hatte einst in den Tagen der Bedrängnis gelobt, seinem Lande niemals eine Verfassung zu gewähren.

Wie leicht konnten diese künstlichen Stützen der Fremdherrschaft zusammenbrechen. Die nationale und die liberale Idee begannen sich zu verbünden, und wie stark dies junge Bündnis schon war, das erfuhr der Staat, der Italiens Zukunft trug, der einzige, den die Hofburg fürchtete, Piemont. Halb Mönch halb Soldat, nach seiner Herzensneigung hochkirchlicher Legitimist und doch begeistert für Italiens Einheit, bedroht von der Schokolade der Jesuiten und dem Dolche der Demagogen, schwankte der König Zauderer Karl Albert lange, bis er sich entschloß, den Namen des Königs von Italien, den ihm einst die österreichischen Offiziere höhnend zugerufen hatten, zu Ehren zu bringen. In vielem dem ungleich geistvolleren Friedrich Wilhelm ähnlich, besaß er doch was dem Hohenzollern fehlte, starken dynastischen Ehrgeiz, und angesichts der drohenden Weißröcke dicht an seiner Grenze, konnte er sich nicht wie jener in holdem Wahne über Österreichs Gesinnung täuschen. Im Oktober 1847 entließ er den hochkonservativen Minister Solaro, gewährte den Kommunen die Wahl ihrer Gemeinderäte und der Presse, nach preußischem Muster, freiere Bewegung. Unermeßlicher Jubel begrüßte diese „albertinischen Reformen“, denn jede Reform in Piemont war ein Schlag gegen Österreich.

Nirgends wußte man das besser als im Hauptquartiere des Feldmarschalls Radetzky. Der greise, im menschlichen Verkehre stets liebenswürdige Kriegsmann behandelte das schöne Doppelkönigreich, das er für seinen Kaiser behüten sollte, schlechthin als Feindesland; weder er noch seine Offiziere wollten in den Italienern jemals Mitbürger und Landsleute sehen, und auch General Ficquelmont, der im Sommer 1847 zur Unterstützung des schwachen Vizekönigs, des Erzherzogs Rainer nach Mailand gesendet wurde, stimmte mit dem Feldmarschall dahin überein, daß hierzulande nur Waffen und wieder Waffen helfen könnten. Trotz der Umtriebe der Agenten Mazzinis begannen sich selbst in diesem geknechteten Volke gemäßigte Parteien zu bilden, und Giusti sagte, so oft er die Glocken des Mailänder Doms zum Begräbnis oder zur Taufe läuten hörte: „ein Brigant stirbt, ein Liberaler wird geboren." Alle diese Selbstbesinnung, all das tiefe patriotische Leid der Lombarden war den heimatlosen Landsknechten des k. k. Heeres nur lächerlich, selbst der feingebildete General Schönhals beschimpfte die Welschen als Verräter und Feiglinge. „Nicht die Stärke der Nationen" — so schrieb Radetzky in diesen Tagen dem preußischen General Wrangel — „sondern die Schwäche der Fürsten erzeugt die Revolution. Der hochgefeierte Pius ist ein schwacher, eitler Pfaffe, vielleicht ein guter Mensch, sonst nichts."

Die Masse des Volks fühlte von dem Drucke der Fremdherrschaft wenig. Was sollten aber die Signoren empfinden? Ein scheußliches Spionenwesen vergiftete jedes Haus, die gefangenen Verschwörer wurden grausam mißhandelt, die Presse geknebelt, die Brutalität der stockprügelseligen Beamten erschien eben so unleidlich wie der hochmütige Wachstubenton der Truppen, jedes nationale Gefühl ward grundsätzlich verhöhnt. Versöhnung war unmöglich. „O ihr geliebten Brüder, auch euer Tag wird tagen" — so sangen die Florentiner und die Romagnolen den Brüdern im Norden zu. Nur auf den Kongressen der Landwirte und der gelehrten Welt, die hier wie in Deutschland das Erwachen des Einheitsgedankens ankündigten, durften Lombarden und Venetianer sich ungestört ihres Volkstums erfreuen. Wo aber die Pushymne erklang, da schritten die k. k. Truppen ein, schon floß Blut in kleinen Straßenkämpfen, schon wurden die Universitäten von Padua und Pavia geschlossen, weil man die Studenten nicht mehr bändigen konnte. Die Stunde der Abrechnung kam heran. Am 12. Jan. 1848 wehte die Trikolore auf den Türmen von Palermo; Sizilien sagte sich los vom Hause Bourbon. Noch glaubte man in der Hofburg wie in den Tuilerien das Bestehende halten zu können. Guizot erklärte, die Bourbonen hätten gar nicht das Recht auf die Insel zu verzichten; auf Metternichs Wunsch war er bereit, „den ehrgeizigen, ränkesüchtigen, furchtsamen" König Karl Albert zu überwachen und nötigenfalls Rom zu besetzen. Er wollte, daß die vier Großmächte des Festlands sich gemeinsam für den Besitzstand in Italien verbürgen

und nachträglich auch England zuziehen sollten. Keine Zugeständnisse! — so lautete auch jetzt noch sein letztes Wort.*) Doch fast im selben Augenblicke siegten die Konstitutionellen auch in Neapel, in Florenz, und wenige Tage bevor sie in Frankreich ruhmlos unterging, wurde die Charte des Juli-Königtums in Turin als Statut des Königreichs Sardinien ausgerufen. Die Fremdherrschaft auf der Halbinsel war der Vernichtung nahe. —

In Italien mußte Österreich jede nationale und liberale Regung niederdrücken, um seinen alten, längst schon unhaltbaren Besitzstand zu verteidigen. Wenn die Hofburg und die anderen Großmächte des Festlands aber auch in der Schweiz dieselben Gedanken nationaler Reform mit der äußersten Heftigkeit bekämpften, so konnten sie sich nicht mehr auf irgendeine Rücksicht politischer Zweckmäßigkeit berufen, sondern lediglich auf die starre Doktrin eines unbelehrbaren Legitimismus. Die inneren Verhältnisse des kleinen republikanischen Staatenbundes, der seit Jahrhunderten eine Anomalie in dem monarchischen Europa bildete, bedeuteten für den Weltteil sehr wenig; eine nüchterne Politik durfte der Klugheitsregel nicht vergessen, die sich die Monsignoren des Vatikans nach so manchen Proben eidgenössischen Trotzes gebildet hatten: man muß die Schweizer bei ihren Bräuchen und Mißbräuchen lassen. In der Wiener Kongreßakte (Art. 74) war ausdrücklich nur „die Integrität" der verbündeten Kantone „als Grundlage des helvetischen Systems anerkannt" und der Eidgenossenschaft die Neutralität verbürgt worden. Die Mächte hatten damals die noch widerstrebenden Kantone aufgefordert, um des gemeinen Wohles willen sich der Bundesverfassung anzuschließen, und dafür den Dank „der schweizerischen Nation" entgegengenommen. Folglich konnte dieser schweizerischen Nation auch nicht verwehrt werden, ihre Bundesverfassung umzugestalten und die Grenzen zwischen Bundesgewalt und Kantonalgewalt gesetzlich zu verändern, wenn nur die Integrität der Kantone, die in Wahrheit niemand anzutasten dachte, gewahrt blieb. Die Frage, wie weit die Souveränität der Kantone durch die Bundesgewalt beschränkt werden solle, war eine rein schweizerische Angelegenheit, und die Mächte hatten dabei ebenso wenig mitzusprechen, wie bei der deutschen Bundesreform, die ja auch nur durch Einschränkung der Territorialgewalten möglich war. Gleichwohl bestand an den großen Höfen der Glaubenssatz, daß die traurige schweizerische Bundesverfassung mit ihrer schrankenlosen Kantönli-Souveränität eine unabänderliche Ordnung sei, so unzerstörbar wie der Contrat social der radikalen Doktrinäre.

Unverkennbar waltete über den scheinbar so verworrenen Parteikämpfen

*) Arnims Bericht, Paris, 8. Febr. 1848.

dieses klassischen Landes föderativer Staatsbildung eine historische Notwendigkeit: die Natur der Dinge drängte dahin, daß die Schweiz jede Verbindung mit dem Auslande auflöste und den alten Unterschied von Stadt und Land, von Herrenlanden und Untertanenlanden beseitigte. Dies zweifache Ziel war im Jahre 1815 nahezu erreicht: die Eidgenossenschaft bestand nur noch aus zweiundzwanzig gleichberechtigten Kantonen. Nunmehr begann eine ebenso notwendige demokratische Bewegung; die tüchtigen, um die alte Schweiz so hochverdienten Patriziergeschlechter vermochten nur noch in Basel, in Neuenburg und wenigen anderen Kantonen ihre geistige und wirtschaftliche Überlegenheit zu behaupten, der Mittelstand drängte sich überall kräftig empor. Seit der Juli-Revolution ließ sich schon deutlich erkennen, daß die Schweiz der repräsentativen Demokratie zustrebte; der aristokratische Kleine Rat verlor fast allerorten an Ansehen, die Kantonalgewalt geriet mehr und mehr in die Hände der Volksvertretung, des demokratischen Großen Rates. Die aufstrebende Demokratie verlangte zugleich eine stärkere Bundesgewalt, wie sie schon einmal, unter der napoleonischen Mediationsakte, zum Heile des Landes bestanden hatte.

Aber diese im wesentlichen notwendige Veränderung des schweizerischen Lebens betrachteten die großen Mächte von vornherein ungerecht, mit legitimistischer Verblendung. Sie waren sämtlich, nicht mit Unrecht, erbittert über die unzuverlässige, bald harte, bald schlaffe Haltung, welche die Eidgenossen gegenüber den Flüchtlingen gezeigt hatten. Sie nahmen kurzweg an, daß der schweizerische Radikalismus, der in seinem Kerne ganz national war und alles ausländische Wesen fast unduldsam abwies, mit den Umsturzparteien des gesamten Weltteils zusammen arbeitete. Überdies standen die alten Herrengeschlechter der Schweiz, deren große Zeit jetzt zu Ende ging, allesamt mit den großen Höfen in persönlicher Verbindung. Die katholischen Konservativen unterhielten durch Haller, Hurter, Bernhard Meyer und andere fanatische Ultramontane vertrauten Verkehr mit Metternich; die Genfer Patrizier waren Guizots und Broglies alte Freunde, die Neuenburger Aristokraten das getreue Lehensvolk der Krone Preußen. Schon der Name der Radikalen, der in der Schweiz doch etwas ganz anderes bedeutete als in den benachbarten Monarchien, schreckte die Diplomaten ab; die fremden Gesandten verkehrten ausschließlich mit schweizerischen Konservativen, weil ihnen der Wirtshauston der radikalen Gesellschaft nicht zusagte, und erstatteten ihren Höfen stets parteiisch gefärbte Berichte. Was die Höfe von Paris und Wien so gehässig gegen die Schweizer stimmte, war doch vornehmlich die Angst vor Deutschlands Erstarken. Metternich zitterte bei dem Gedanken, daß die deutschen Patrioten sich an den schweizerischen Radikalen ein Beispiel nehmen könnten; Guizot sprach mit Entsetzen von „dem Großstaats-Ehrgeiz" der Schweizer, von der Möglichkeit einer furchtbaren helvetischen Einheitsrepublik, gleich als ob Frankreich vor der Schweiz zittern müßte; und König Friedrich

Wilhelm ließ sich durch die legitimistische Seelenangst der befreundeten Höfe dermaßen betören, daß er gar nicht mehr bemerkte, wie nahe seine eigenen deutschen Bundesreformpläne sich mit den allerdings derberen Gedanken der schweizerischen Radikalen berührten.

Zu allem Unheil ward der politische Parteikampf noch vergiftet durch die konfessionelle Feindschaft, die hier, in dem Lande althistorischer Parität, nur Verderben stiften konnte. Da der klerikalen Partei seit dem Kölnischen Bischofsstreite überall in der Welt die Schwingen gewachsen waren, so wagten die katholischen Freiämter des überwiegend protestantischen Kantons Aargau einen Aufruhr. Der Aufstand mißlang, und zur Strafe wurden die mit den Rebellen eng verbündeten Mannsklöster des Kantons geschlossen. Damit verletzten die Radikalen zuerst die Bundesverfassung, welche den Bestand der Klöster ausdrücklich gewährleistete. Der ganz von der klerikalen Demokratie beherrschte Kanton Luzern antwortete alsbald durch eine mutwillige Herausforderung: er berief die Jesuiten, die allerdings schon in Freiburg und anderen Kantonen angesiedelt, aber in der protestantischen Schweiz unbeschreiblich verhaßt waren. Diese Tat gab das Signal zum Bürgerkriege, obgleich sie dem Buchstaben der Bundesverfassung nicht widersprach. Während der nächsten Jahre begann sich die Eidgenossenschaft in zwei Feldlager zu scheiden. In Genf, in der Waadt, in Bern, in Solothurn, in Zürich gelangte die radikale Partei zur Herrschaft, während in Wallis die Klerikalen mit Luzerns Beihilfe einen blutigen Sieg errangen. Von den benachbarten radikalen Kantonen unterstützt versuchte die unzufriedene Luzerner Minderheit durch zwei Freischarenzüge das Priesterregiment zu stürzen (1844/45), und nachher wurde der Führer der Luzerner klerikalen Volkspartei, der Bauer Leu durch einen gedungenen Mörder umgebracht. Den zweiten dieser Freischarenzüge führte Anwalt Ochsenbein von Bern, ein Radikaler vom rohesten Schlage, der sich allem Anschein nach in das Treiben der demagogischen Flüchtlinge sehr tief eingelassen hatte. Er entblödete sich nicht, in einer Druckschrift den Bundesfriedensbruch zu verherrlichen als „eine so großartige Erscheinung, wie sich einer ähnlichen keine andere Nation rühmen könne"; er sah in allen diesen Bürgerkämpfen nur den ewigen „Widerstreit zwischen dem geschichtlichen und dem Vernunftrecht, den Kampf zwischen geistiger Knechtschaft und freiem geistigem Aufschwung." Ochsenbein wurde von dem eidgenössischen Generalstabe, dem er als Hauptmann angehörte, verdientermaßen aus den Listen gestrichen, doch gleich darauf (1846) war er erwählter Stadtschultheiß von Bern und als solcher Vorsitzender der Eidgenossenschaft, da Bern für die nächsten zwei Jahre Vorort der Schweiz wurde.

Unterdessen hatten die sieben katholischen Kantone der inneren Schweiz einen Sonderbund geschlossen, angeblich nur zum Schutze der Bundesverfassung und der Kantonalsouveränität. In Wahrheit widersprach der Sonderbund dem Bundesrechte, das alle der Eidgenossenschaft oder ein-

zelnen Kantonen feindlichen Bünde ausdrücklich verbot, und noch mehr der durch so viele bürgerliche Kriege teuer errungenen kirchlichen Parität. Dieselben Kantone, welche einst den Kampf gegen Zwingli geführt und nachher unter Österreichs Schutze den Borromäischen Bund gestiftet hatten, bildeten den Kern des neuen Sonderbundes, und an ihrer Spitze standen die fanatischen Luzerner Klerikalen Siegwart Müller und Bernhard Meyer. Es zeigte sich wieder, daß die Schweiz in manchem Sinne das konservativste Land Europas ist; der Eidgenossenschaft drohte ein Religionskrieg, wie er bei anderen Völkern des Weltteils längst nicht mehr möglich war. Wider den Sonderbund bot nun die radikale Partei jedes Mittel auf; Bluntschli und seine Züricher Konservativ-Liberalen unterlagen, für Vermittler war kein Raum mehr, Ochsenbein und die radikalen Berner behaupteten die Führung, und nach einer Staatsumwälzung im Kanton St. Gallen ward endlich die knappe Mehrheit der Tagsatzung für die Gegner des Sonderbundes gewonnen. Douze voix font loi, jubelten die Radikalen.

Die zwölf Stimmen der Mehrheit waren entschlossen, die Jesuiten als Störer des konfessionellen Friedens aus der Eidgenossenschaft zu vertreiben, den Sonderbund aufzulösen, die Bundesgewalt zu verstärken. Zu so durchgreifenden Beschlüssen verlangte aber das Bundesrecht Einstimmigkeit oder Dreiviertelmehrheit der Tagsatzung; hier wie im Deutschen Bunde ward jede ernste gesetzliche Reform durch ein unvernünftiges Grundgesetz verhindert. Auf den Buchstaben des Bundesrechts konnte sich mithin keine der beiden Parteien berufen; die Radikalen kämpften jedoch, was sie auch durch Parteihaß gesündigt haben mochten, für den berechtigten, konservativen Gedanken der schweizerischen Bundeseinheit, die durch den Sonderbund unfehlbar zerstört werden mußte. Darum boten auch, als der Bürgerkrieg nahte, der konservative General Dufour von Genf und die gleichgesinnten Obersten Burckhardt, Ziegler, Donats der radikalen Zwölfermehrheit sofort ihre Dienste an; und zu den erklärten Radikalen, Ochsenbein von Bern, Druey vom Waadtlande gesellten sich republikanische Staatsmänner von gemäßigter bürgerlich-demokratischer Gesinnung, wie Munzinger von Solothurn, Furrer von Zürich, Näff von St. Gallen, Kern und andere. Einheit oder Zerfall? — so stand die Frage. Der Ausgang des Krieges konnte kaum zweifelhaft sein, da die Kantone der Zwölfermehrheit den Sonderbund von allen Seiten her umklammert hielten, an Geldmitteln und Kopfzahl ihn fast um das Vierfache übertrafen; die Zeit war auch längst dahin, da die vier Waldstädte in den Scharen ihrer kampferfahrenen alten Reisläufer die beste kriegerische Kraft der Schweiz besessen hatten.

Mit einer blinden Gehässigkeit, die an die Tage der Karlsbader Beschlüsse erinnerte, beurteilten die Höfe von Wien, Berlin und Paris diese für Ausländer wahrlich schwer verständlichen schweizerischen Wirren. Der Zar hielt sich etwas zurück, er wollte mit England nicht brechen,

solange der ersehnte allgemeine Vernichtungskrieg gegen die Revolution noch unmöglich schien. Palmerston aber harrte ungeduldig des Augenblicks, da er der Verblendung Metternichs und Guizots eine lächerliche Beschämung bereiten konnte. Am Wiener Hofe wurde die Möglichkeit einer bewaffneten Einmischung schon seit dem Jahre 1845 ernstlich erwogen. Metternich verdammte die Aufhebung der Aargauer Klöster kurzweg als einen Raub, er wünschte seinen Luzerner Getreuen feierlich Glück zur Vertreibung der Freischaren, und obgleich er die Berufung der Jesuiten nach Luzern bedenklich fand, so behauptete er doch von vornherein: der kirchliche Streit sei nur Vorwand, die wirkliche Absicht dieser schamlosen Radikalen gehe dahin, die Schweiz unter dem Schutze ihrer Neutralität zu einem Herde der europäischen Anarchie zu machen, die eine und unteilbare helvetische Republik der jakobinischen Zeiten mit einer revolutionären „Zentralregierung" wiederherzustellen. Diesem „unterwühlenden und brandstiftenden Systeme" traute er jede Nichtswürdigkeit zu, zumal seit der verrufene Ochsenbein an die Spitze der Eidgenossenschaft getreten war.*)

In Wahrheit wurde der unmögliche Gedanke eines helvetischen Einheitsstaates nur von einzelnen Heißspornen der Jungschweizer gehegt; die Masse der Radikalen lebte in den föderalistischen Ideen, die hierzulande in der Luft lagen, sie wollte die Integrität der Kantone nicht gefährden und auch die Souveränität der Kantonalgewalten nicht zerstören, sondern, wie nachher der Erfolg zeigte, nur ernstlich beschränken. Aber auch diese gemäßigten Pläne mußten — wie Metternich die Dinge ansah — den Deutschen ein gefährliches Beispiel geben. Darum war in den Wiener Hofkreisen jedermann für den Sonderbund begeistert. Der karlistische Landsknecht Fürst Friedrich Schwarzenberg stellte den Urkantonen seinen Degen zur Verfügung, und selbst der alte Erzherzog Johann, den die deutschen Liberalen wegen seines sagenhaften Trinkspruchs als Gesinnungsgenossen bewunderten, verlangte heftig bewaffnetes Einschreiten gegen ein Prinzip, das alles umstürze. Die Sonderbundskantone schämten sich nicht, die Nachbarmächte um Geld und Waffen gegen ihre eigenen Landsleute zu bitten. Bernhard Meyer — der Blut-Bäni, wie die Schweizer ihn nannten — erlangte im Herbst 1846 glücklich eine Flintensendung von König Karl Albert — kaum ein Jahr bevor der Piemontese umschwenkte und mit den albertinischen Reformen die italienische Revolution einleitete. Zwei andere Waffensendungen des Wiener und des Pariser Hofes wurden aufgefangen, auch die dem Sonderbunde durch den Vizekönig Erzherzog Rainer übermittelten 50000 Fr. trafen nicht mehr zur rechten Zeit ein. Zugleich ließ der Wiener Hof eine Brigade an der Vorarlbergischen Grenze zusammenziehen, in der ausgesprochenen Absicht, die Zwölfermehrheit entweder einzuschüchtern oder sie zur Teilung ihrer Streitkräfte zu nötigen.**)

*) Berichte von Canitz, 19. Jan., 12. 24. April; von Bunsen 15. März 1845.

**) Graf Arnims Bericht, 29. Sept. 1847.

Feldmarschall Radetzky erhielt Befehl sich jederzeit zum Einmarsch in den Kanton Tessin bereit zu halten, und als die Bevollmächtigten der Kantone im April 1847 in Wien zu einer Postkonferenz zusammenkamen, da scheute Metternich sich nicht, die Sonderbundskantone in feierlicher Ansprache zur Ausdauer aufzufordern.

Also verletzten die Mächte, noch bevor der Bürgerkrieg begonnen hatte, gröblich die der Eidgenossenschaft zugesicherte Neutralität; sie erklärten sich von Haus aus für die eine der streitenden Parteien, deren Recht doch mindestens zweifelhaft blieb; sie merkten nicht, daß sie gerade durch ihre ungerechte Feindseligkeit den Haß der gesamten liberalen Welt Europas herausforderten und dem nationalen Verfassungskampfe ein weltbürgerlich-radikales Gepräge gaben, das ihm eigentlich fremd war. Der alte Metternich gebärdete sich zuweilen wie ein Unsinniger; er meinte, als der Krieg herankam: die Geschichte kenne kein Beispiel einer so vollkommenen Negation der Grundlagen der sozialen Ordnung! — und doch, was verlor Europa, wenn der Stier von Uri gezwungen wurde, seine scharfen Hörner vor dem historisch ebenso ehrwürdigen Kreuzbanner der Eidgenossen etwas einzuziehen? Zum Glück war alles, was Metternich jetzt noch unternahm, greisenhaft, halb, schwächlich; über geheime Aufreizungen und klägliche Almosen ging er nicht mehr hinaus. So viele Jahre daher hatten die Mächte in unzähligen Noten den Eidgenossen Eintracht, Ruhe, Mäßigung gepredigt. Da kündigten im Oktober 1847 die Gesandten des Sonderbundes der Tagsatzung den Frieden auf; der Bürgerkrieg war erklärt.

Sofort entwarf Guizot eine Vermittlungsnote im Namen der fünf Mächte, deren Gesandte mehrenteils den Vorort Bern schon verlassen hatten, weil sie mit Ochsenbeins radikaler Plumpheit nicht in Berührung kommen wollten. Guizot selbst dachte über die Schweizer Wirren ganz wie Metternich, desgleichen der streng klerikale Gesandte Graf Bois le Comte. König Ludwig Philipp aber, der in Frankreichs auswärtiger Politik doch stets den Ausschlag gab, zeigte sich bedenklicher, er hoffte das freundliche Einvernehmen mit England womöglich wiederherzustellen und wünschte jedenfalls eine bewaffnete Einmischung in der Schweiz zu vermeiden. Guizots Note verlangte, daß die Ausweisung der Jesuiten der Entscheidung des Papstes unterbreitet werden sollte, der, den Vätern der Gesellschaft Jesu wenig günstig, doch nur ungern in diese heiklen Händel sich einließ; sie forderte ferner sofortige Entwaffnung beider Teile und Anerkennung der Souveränität der Sonderbundskantone. Sie sollte mithin den Ausbruch des Bürgerkriegs verhindern und konnte nur dann etwas wirken, wenn sie der Tagsatzung noch vor Beginn der Feindseligkeiten eingehändigt wurde.

Welch eine köstliche Gelegenheit für Palmerston, endlich Rache zu nehmen für die spanischen Heiraten! Er brauchte nur die diplomatische

Entscheidung, die bei der weiten Entfernung der fünf Höfe ohnehin viel Zeit erforderte, noch ein wenig hinzuhalten, bis der Sonderbund durch die Waffen der Zwölfermehrheit vernichtet war. Schon im September hatte sein getreuer Lord Minto, auf der Reise nach Turin, sich mit Ochsenbein besprochen und mit Freuden erfahren, daß der radikale Freischarenführer zu raschen Schlägen entschlossen war.*) Auch der preußische Gesandte Sydow beurteilte die Lage richtig; er berichtete heim: jeder Tag Zeitverlust beschleunige nur den Untergang des Sonderbundes. Als nun der Herzog von Broglie den Notenentwurf Guizots vorlegte, da vermochte Palmerston im ersten Augenblicke seine Schadenfreude nicht mehr zu bemeistern, und in einem höhnischen Brieflein gab er zur Antwort: er bewundere die Fassung des Aktenstückes; er sehe wohl, es handle sich um eine zweite Auflage der Krakauer Sache, und könne nie seine Hand dazu bieten, daß die Schweiz polonisiert würde. Darob allgemeine Entrüstung an den großen Höfen; König Friedrich Wilhelm schrieb an Bunsen: „Dieser Witz Ihres whiggistischen Freundes schmeckt nach Übergenuß von Austern und Champagner. Er ist das Kind des Guizot-Metternich-Hasses, d. h. der schlechtesten Erscheinung auf dem diplomatischen Horizonte seit den Juli-Tagen.“**) Indes lenkte der schlaue Lord alsbald scheinbar ein und erklärte sich bereit über eine gemeinsame Note zu verhandeln. Darüber mußten wieder viele Tage vergehen, und währenddem ließ der englische Gesandte in der Schweiz, der junge mit Ochsenbein persönlich befreundete Sohn Robert Peels, den General Dufour vertraulich auffordern, er möge so schnell wie möglich losschlagen. Abermals hohe Entrüstung an den großen Höfen, als diese neue Treulosigkeit ruchbar wurde; Friedrich Wilhelm wollte gar nicht begreifen, daß dieser „Peelbube“ der Sohn des Mannes sei, der den Sinn eines Herzogs und das Herz eines Bürgers habe.***) Aber hatten Österreich und Frankreich redlicher gehandelt als sie den Sonderbund mit Geld und Waffen unterstützten? Das alte System der bevormundenden Kongresse zeigte sich noch einmal in seiner ganzen Unwahrheit. Die Staaten Europas waren durch zu mannigfache Interessen miteinander verkettet, der hohe Gerichtshof der Pentarchie konnte in irgend ernsten Streitfällen niemals ganz unparteiisch verfahren.

General Dufour bedurfte der englischen Mahnungen nicht. Er sah mit sicherem Soldatenblick, daß er seine große Übermacht sofort ganz einsetzen mußte um den Sonderbund in raschem Anlaufe niederzurennen. So ward der Sieg gesichert, eidgenössisches Blut gespart, die Einmischung der Fremden abgewendet. Die Truppen der Tagsatzung entwaffneten zunächst den Kanton Freiburg, sie zogen sodann gegen die Hauptstadt des

*) Bunsens Bericht, 28. Sept. 1847.

**) Graf Arnims Bericht, 22. Nov.; König Friedrich Wilhelm an Bunsen, 8. Dez. 1847.

***) König Friedrich Wilhelm an Bunsen, 4. Dez. 1847.

Sonderbundes und erzwangen sich den Einmarsch in Luzern durch ein kurzes Gefecht an der Reußbrücke bei Gislikon (23. Nov.); darauf wurden die Urkantone besetzt, endlich auch das Wallis unterworfen. Das alles war das Werk weniger Tage. Über alle Erwartung schwach zeigte sich die Widerstandskraft des Sonderbundes, nach so mächtigem Parteigetöse; er verlor in den sämtlichen kleinen Gefechten dieses kurzen Krieges nur 50 Tote und 175 Verwundete, die Sieger nahezu das Doppelte. Die unbeschränkte Kantonalsouveränität hatte keine Wurzeln mehr im Volke; in den großen Verhältnissen des modernen Verkehrs erschien der heimische Kanton selbst den Urner und Schwyzer Bauern klein und eng, sie wollten für diese versinkende Gewalt nichts mehr opfern. Die nationale Idee siegte auch mit geistigen Waffen; die sittliche Ohnmacht des Partikularismus wurde hier so unwiderleglich erwiesen, wie späterhin im Mainfeldzuge des Jahres 1866. Einige der alten ruhmreichen Herrengeschlechter der Schweiz, die Salis, Kalbermatten, Courten versuchten im Heere des Sonderbundes noch einmal eine Rolle zu spielen. Doch ihre Zeit war vorüber; das Kriegsglück war ihnen nicht mehr hold. Am wenigsten dem unfähigen Oberbefehlshaber, dem Protestanten Salis-Soglio und seinem Adjutanten, dem Landsknecht Friedrich Schwarzenberg.

Nach dem Siege konnte der wackere Dufour den wilden kirchlichen Haß, der in dem politischen Kampfe mitwirkte, doch nicht überall bändigen; in Freiburg zumal wurden Kirchen und Klöster mit bilderstürmerischer Wut geschändet und geplündert. Manchen der siegreichen protestantischen Kantone erschien dieser Krieg wie eine Vergeltung für die Niederlage, welche die Sonderbundskantone vormals dem Reformator Zwingli bereitet hatten; so zäh wurden hier dreihundertjährige Erinnerungen bewahrt. Darum ließen sich die Züricher von den geschlagenen Luzernern die einst auf dem Schlachtfelde von Kappel erbeuteten Waffen Zwinglis wieder ausliefern. Im Vergleich mit anderen Bürgerkriegen erschien die gewalttätige Roheit der Sieger doch nicht unerträglich und nach kurzer Zeit war die Ordnung überall wieder gesichert. Unter dem Schutze der eidgenössischen Bajonette wurden nunmehr in allen Kantonen des Sonderbundes neue Wahlen vollzogen. Die also wiederhergestellte Tagsatzung bestand fast durchweg aus Radikalen, sie beschloß sofort, ohne daß der Papst zu widersprechen wagte, die 274 schweizerischen Jesuiten aus dem Lande zu weisen und begann sodann an der Reform der Bundesverfassung zu arbeiten.

Wie lächerlich erschien jetzt, nachdem die Entscheidung längst gefallen war, die endlich vereinbarte Vermittlungsnote der großen Mächte, die am 7. Dez. überreicht wurde. Palmerston hatte seinen Zweck erreicht und erlaubte sich zuletzt noch einen seiner boshaften Scherze. Der große Elchi aus Pera, Lord Stratford Canning war mittlerweile als außerordentlicher Bevollmächtigter in der Schweiz erschienen und bemühte sich mit englischer Sittsamkeit, einerseits die Gesandten der Großmächte milder zu stimmen,

andererseits die Tagsatzung vor der Propaganda des europäischen Radikalismus zu warnen. Er erhielt den geheimen Befehl, die von Palmerston mit unterzeichnete Vermittlungsnote nicht zu überreichen, falls der Sonderbund unterdessen vernichtet wäre. So blieb England fern, und Palmerston erlebte die Freude, daß die vier anderen Mächte allein durch eine höflich ablehnende Note der Tagsatzung dahin belehrt wurden: eine Vermittlung sei überflüssig, da die zwei Parteien der Eidgenossenschaft nicht mehr beständen. Mit lautem Hohne begrüßte der Liberalismus überall diese Abfertigung der großen Mächte; sie hatten es durch ihre Parteilichkeit dahin gebracht, daß der Untergang des Sonderbundes wie eine Niederlage der alten europäischen Ordnung erschien. Thiers sagte in der Kammer, die Haltung Guizots sei die lebendige Kontrerevolution. Aus Frankreich, aus Süddeutschland, aus Sachsen erhielt die Tagsatzung Glückwunsch-Adressen; auch Jacoby mit seinen Königsbergern sprach den Schweizern feierlich seinen Dank aus; und Freiligrath sang:

Im Hochland fiel der erste Schuß,
Im Hochland wider die Pfaffen.
Da kam, die fallen wird und muß,
Ja die Lawine kam in Schuß.
Drei Länder in den Waffen!
Die Freiheit dort, die Freiheit hier,
Die Freiheit jetzt und für und für,
Die Freiheit rings auf Erden!

Spott und Hohn brachten die schweizerischen Händel allen Mächten des Festlands, dem Könige von Preußen aber auch noch eine schwere persönliche und politische Demütigung. An geheimen Waffen- und Geldsendungen sich zu beteiligen war Friedrich Wilhelm zu stolz und zu ehrlich. Um so eifriger verlangte er das offene Eintreten des gesamten Europas für das bedrohte Bundesrecht der Eidgenossenschaft. Der schweizerische Radikalismus, der im Grunde den Anschlägen der weltbürgerlichen Propaganda wenig geneigt war, erschien ihm wie der unheilschwangere Mutterschoß der europäischen Anarchie. Schon im Sommer 1846 ließ er nach London schreiben: „Die Kantonalsouveränität, wie sie die bestehenden Verträge schützen, aufrecht zu halten ist für Preußen wegen Neuenburgs durchaus notwendig.“ Als sich sodann die zweizüngige englische Politik enthüllte, da beschwerte er sich bitter, daß Großbritannien seinen besten und treuesten Alliierten, Preußen preisgäbe, und Canitz klagte: „Teils leidenschaftlicher Haß gegen Guizot und Metternich, teils grundsätzliches Interesse für jeden Kampf gegen die bestehende Ordnung unter dem Vorwande des Fortschritts ist das Prinzip des britischen Kabinetts, und Bankrott der Legitimität seine Firma.“*) Wunderbar wie der geistreiche König sich selber ins Gesicht schlug. In Wien und Frankfurt vertrat er ehrenhaft die deutsche Bun-

*) Canitz an Bunsen, 27. Juli 1846, 25. Sept. 1847.

desreform, und in der Schweiz bekämpfte er leidenschaftlich politische Gedanken, die doch schließlich auf dasselbe Ziel hinausgingen. Wie oft hatte sein Vater einst jeden Eingriff der Westmächte in die deutsche Bundespolitik tapfer zurückgewiesen, obgleich die Hauptartikel der Deutschen Bundesverfassung doch auch in der Wiener Kongreßakte verzeichnet standen; und nun verlangte der Sohn gemeinsamen Kampf der Großmächte für die unbeschränkte Souveränität von Uri, Schwyz und Unterwalden! Selbst General Gerlach, der die „germanomanischen" Bundesreformpläne seines königlichen Herrn schon viel zu kühn fand, konnte die unabweisbare Frage nicht unterdrücken: mit welchem Rechte dürfen wir die Westmächte der deutschen Bundesreform fern halten, wenn wir sie selbst zur Einmischung in die schweizerischen Bundeshändel auffordern?

Während der König also von einem großen Kreuzzuge der europäischen Legitimität wider die radikalen Eidgenossen träumte, verabsäumte er seine nächsten landesherrlichen Pflichten gegen das Juraländchen, das seinem Herzen am teuersten war und seine schweizerische Politik doch wesentlich bestimmte. Mit überschwenglichen Worten lobte er „das wahrhaft erbauliche Betragen, die herrliche reine christliche Gesinnung, die verehrungswürdigste Haltung meines teueren geliebten Neuenburger Landes."*) Und er hatte Grund sich dieser Getreuen zu freuen. Das kleine Fürstentum lebte glücklich dahin, eine Aristokratie mit demokratischen Formen, gleich dem alten Rom, musterhaft verwaltet, mit allgemeinem Stimmrecht für den gesetzgebenden Körper, aber mit unentgeltlichen Ämtern, die demnach ganz in den Händen der reichen Herrengeschlechter blieben. Die Freiheit der Niederlassung und des Gewerbebetriebs war so unbeschränkt wie nirgends sonst in der Schweiz; eine Menge von Fremden, zumeist Schweizer, hatten sich in den Fabrikstädten Locle und La Chaux de Fonds angesiedelt; ein volles Drittel der Bevölkerung, mehr als in irgend einem anderen Kanton bestand aus Ausländern. Die alten, durch Talent und überlieferte Herrscherkunst ausgezeichneten Familien verdienten sich ihre Machtstellung täglich durch neue Opfer; Armenhäuser, Irrenanstalten, gemeinnützige Stiftungen jeder Art bezeugten den Bürgersinn der Pourtalès, Meuron, Rougemont. Der Führer der Aristokratie, Baron Chambrier, der langjährige Gesandte des Fürstentums bei der Tagsatzung, galt bei Freund und Feind für einen der ersten politischen Redner der Schweiz. Mit rührender Liebe hingen diese ehrenfesten Royalisten an ihrem Herrscherhause; sie brachten den Namen des Legitimismus, der in Frankreich und Spanien durch so mannigfache Sünden entwürdigt war, wieder zu Ansehen, und selbst als sie nachher von ihrem Fürsten preisgegeben wurden, haben sie kaum jemals öffentlich ein Wort des Vorwurfs gegen die Hohenzollern geäußert. Aber jene so gastfrei aufgenommenen Fremden bildeten

*) König Friedrich Wilhelm an Bunsen, 11. Nov. 1847.

den natürlichen Kern einer im stillen wachsenden demokratischen Opposition, die den dynastischen Sinn der Eingeborenen als unschweizerisch, den aristokratischen Staatsrat als reaktionär verhöhnte.

Als der neue König nach dem Dombaufeste das Fürstentum besuchte, da jubelte ihm das freie Volk überall so herzlich entgegen, daß jeder Unbefangene fühlen mußte, eine Republik Neuenburg wäre eine ebensolche historische Ungeheuerlichkeit wie etwa ein Herzogtum Bern oder ein Fürstentum Luzern; auch die Gesandten Muralt und Ruchet, welche dem Könige die Grüße der Tagsatzung überbrachten, nahmen aus dem wohlgeordneten und zufriedenen Ländchen sehr günstige Eindrücke mit hinweg. Nachdem der staatsmännische Plan, dem Fürstentum wieder die althistorische Stellung eines zugewandten Ortes zuzuweisen, durch Metternichs Gedankenlosigkeit leider vereitelt worden war*), geriet der fürstliche Kanton auf der Tagsatzung bald in eine tragische Lage. Er stimmte stets untadelhaft nach dem Buchstaben des Bundesrechts und hielt treulich das alte Versprechen, das die Vertreter der Eidgenossenschaft alljährlich neu beschwören mußten: „mit allen Kantonen als gute Verbündete und Freunde zu leben." Strenge Gerechtigkeit bleibt immer ehrwürdig; doch in Zeiten, die nach der Neugestaltung eines verlebten Rechts verlangen, wird sie politisch unfruchtbar, ja sie ward hier schlechthin unmöglich, seit der kirchliche Streit sich so verhängnisvoll mit dem politischen verkettete. Für die rechtswidrige Vergewaltigung der Sonderbundskantone durften die Neuenburger Konservativen nicht eintreten, schon weil die radikale Mehrheit die hohenzollernsche Fürstengewalt offen oder heimlich bekämpfte; doch ebenso wenig konnte dieser altprotestantische Kanton, dies Land wo einst der Reformator Farel gelehrt hatte, die Partei der Jesuiten ergreifen. So blieb nichts übrig als eine gefährliche Neutralität, die auch vom Berliner Hofe gebilligt wurde. Als nun in der Tagsatzung der Krieg verlangt ward, da sagte Chambrier in feuriger Rede (29. Okt. 1847): in diesem gottlosen Kampfe handelt es sich weniger um eine Kriegsfrage als um Vernichtung (d'une question de meurtre); und doch wollte er sich auch nicht für den katholischen Sonderbund erklären, sondern forderte für seinen Kanton Neutralität, Befreiung von der Pflicht eidgenössischer Heeresfolge. Die Bitte ward natürlich abgeschlagen; vor den Waffen schwiegen die Gesetze.

Auf diesen entscheidenden Wendepunkt der Geschicke Neuenburgs mußte man in Berlin bei einiger Voraussicht längst vorbereitet sein. Dort wurden aber die Angelegenheiten des kleinen Fürstentums mit sündlicher Sorglosigkeit behandelt. Das neuenburgische Departement des Auswärtigen Amts, dem auch der tüchtige Friedrich Chambrier der Jüngere angehörte, erledigte die laufenden Geschäfte des Kantons mit der gewohnten preußischen Beamten-Pünktlichkeit. Der einzige Preuße im Kanton, der Gou-

*) S. o. IV. 519.

verneur General Pfuel bekleidete sein jetzt so wichtig gewordenes Amt noch immer nur als ein Nebenamt neben seinem westfälischen Kommando und kam nur von Zeit zu Zeit herüber. Er sah seit Jahren richtig voraus, daß eine Versöhnung mit den fanatischen Luzerner Ultramontanen unmöglich, eine Katastrophe unvermeidlich war*), und konnte sich doch als Liberaler kein Herz fassen zu den konservativen Royalisten. Canitz aber lebte, wie sein König, ganz in den Berechnungen einer großen europäischen Restaurationspolitik, und über solchen erhabenen Plänen vergaß er das Nächste, die militärische Sicherung des gefährdeten Landes. Schon seit Jahren hatten die beiden deutschen Großmächte über einen möglichen Einmarsch preußischer Truppen hin und her verhandelt; Metternich aber kam immer wieder zurück auf den überklugen Satz: eines großen Krieges sind diese 80 000 Neuenburger nicht wert, und ein kleines Korps hilft doch nichts.**) So unterblieb denn jede Rüstung; für die friedensselige Politik dieses Königs war das Wort nicht geschrieben, daß um der Ehre willen selbst eines Strohhalms Breite verfochten werden muß.

Die Neutralität des Kantons ließ sich von Rechts wegen gar nicht anfechten; sie ward auch von den altehrwürdigen Kommunalverbänden des Landes, den vier Bourgeoisien gut geheißen mit der feierlichen Erklärung, daß man sich von dem angestammten Fürstenhause niemals trennen wolle. Zur Teilnahme an einem Bürgerkriege, bei dem beide Teile das Recht offenbar verletzten, durfte der Fürst von Neuenburg rechtlich nie gezwungen werden; jetzt hieß es einfach: Not kennt kein Gebot. Eine Neutralität aber, die nicht durch die Waffen geschützt wird, ist lächerlich, völkerrechtswidrig, eines Königs unwürdig. Und wie leicht konnte Friedrich Wilhelm, falls er nur die Augen offen hielt, seine Fürstenpflicht erfüllen! Wenn er seine Neuchateller Gardeschützen mit noch einigen anderen Bataillonen rechtzeitig bereit hielt und im Augenblicke der Neutralitäts-Erklärung alsbald einrücken ließ, dann war er seines unbestreitbaren Rechtes vollkommen sicher; er konnte dann je nach Umständen entweder sein Fürstentum wieder in die freiere Stellung eines zugewandten Orts zurücktreten lassen oder sich der neuen demokratisierten Bundesverfassung der Eidgenossen anschließen — was unter einigen Vorbehalten wohl möglich war, da der Fürst in Neuenburg ja nur sehr bescheidene Rechte ausübte. Die befreundeten Höfe von Darmstadt und Karlsruhe mußten seinen Truppen, wenn er es ernstlich verlangte, den Durchzug unweigerlich gestatten; nur weil Preußen nicht kräftig auftrat, zeigte sich auch Baden ängstlich. Selbst Frankreich, das unter anderen Umständen die Anwesenheit preußischer Truppen dicht vor seiner Grenze wohl ungern gesehen hätte, war als erklärter Feind der Zwölfermehrheit jetzt nicht im stande, zu widersprechen.

*) Pfuels Bericht an den König, 25. Juni 1845.
**) Canitz' Berichte, 5. März 1845 ff.

Der alte König hatte nach der Juli-Revolution fast sein ganzes Heer auf Kriegsfuß gesetzt um Deutschlands Neutralität zu schützen; der Sohn wagte für die Neuenburger Royalisten nicht einmal eine Brigade aufzubieten und jammerte dann noch über seine Ohnmacht. Daß die große Mehrheit der Neuenburger die schützenden Truppen ihres Fürsten mit offenen Armen aufgenommen hätte verstand sich von selbst; die Tagsatzung aber konnte nimmermehr wagen zugleich gegen den Sonderbund und gegen Preußen zu kämpfen. Solange die Eidgenossen noch nicht wußten, was man diesem Könige bieten durfte, hüteten sie sich sorgfältig seine mächtige Krone zu beleidigen. General Dufour weigerte sich entschieden, das Fürstentum zu besetzen, obgleich der König es unbeschützt ließ, und selbst der grobe Ochsenbein wagte nicht offen zu widersprechen, als der preußische Gesandte Sydow zu Anfang Novembers mündlich die tatsächliche Schonung der Neutralität Neuenburgs verlangte.*) Die beiden Schweizer wollten ersichtlich abwarten, was das Kriegsglück bringen würde; vor Waffen konnten aber nur Waffen sichern.

Als nun die Eidgenossen siegten, da war der König tief beschämt. Nichts, gar nichts hatte er getan um die Neutralität seines Landes zu beschirmen — was doch in ähnlichen Fällen selbst schwache Staaten wie Belgien nie verabsäumten. Auch seine Diplomatie verfuhr unbegreiflich langsam. Erst am 26. Nov. überreichte Sydow eine Note, welche der Tagsatzung ankündigte, daß der König jede Verletzung der Neutralität als Friedensbruch und Feindseligkeit gegen sich selbst betrachten müsse; zugleich erbot sich Friedrich Wilhelm zur Vermittlung und lud die Eidgenossen ein, auf einem europäischen Kongresse, der in der neutralen Stadt Neuenburg abgehalten werden sollte, ihre Klagen und Gegenklagen vorzulegen. Was konnte ein solcher Vorschlag fruchten — zwei Tage nachdem Luzern gefallen und der Sonderbund so gut wie vernichtet war? Die Tagsatzung lehnte die Vermittlung ab und bestritt dem Könige das Recht in den inneren Angelegenheiten der Schweiz mitzureden. Nunmehr mußte auch der Kanton für die Schlaffheit seines Fürsten büßen; er wurde von der Tagsatzung verurteilt, etwa 440000 Fr. Strafe für die unterlassene Heeresfolge zu zahlen, und schutzlos wie er war konnte er sich den völlig widerrechtlichen Forderungen der Sieger nicht widersetzen. Dabei verfuhr die Tagsatzung noch immer mit einiger Schonung, weil sie den König nicht zu sehr verletzen wollte und weil die rechtschaffene Haltung der Neuenburger Royalisten doch selbst die radikalen Gegner zur Achtung zwang. Der Kanton blieb von eidgenössischer Einquartierung verschont; die Strafsumme wurde niedrig bemessen, weit niedriger als die schweren, den Sonderbundskantonen auferlegten Brandschatzungen, und überdies, um die Form zu wahren, nur zur Unterstützung der Verwundeten und Hinterbliebenen

*) So erzählte Canitz an Knyphausen (dessen Bericht, 12. Nov. 1847).

aus dem Sonderbundskriege bestimmt. Aber indem der König die Zahlung dieser Buße genehmigte, hob er doch selbst seine Neutralität tatsächlich auf und stellte seinen fürstlichen Kanton wieder unter die Obergewalt der Tagsatzung. Gleich darauf, zu Weihnachten 1847, reiste der Gouverneur Pfuel heim; der letzte Preuße verließ das Land, und sogar der hannoversche Gesandte Knyphausen, der ganz auf Seiten der preußischen Krone stand, fand eine solche freiwillige Unterwerfung „wenig ruhmvoll".*)

Leider entsprach auch die Haltung des preußischen Volkes während dieser Wirren seinem alten Rufe nicht. In einer monarchischen Nation muß jeder fühlen: meines Königs Ehre ist die meine; sonst bricht der Thron in Stücke. Von diesem Schweizerländchen aber wußte die große Mehrzahl der Preußen gar nichts. Die liberale Presse beeiferte sich, die einfache Sachlage durch staatsrechtliche Bedenken zu verwirren, da der Kanton ja nur dem Königshause, nicht dem preußischen Staate angehörte; und nachdem der Monarch so blindlings für den Sonderbund Partei genommen, verbreitete sich überall die törichte Meinung, die treuen protestantischen Neuenburger seien Jesuitenknechte. Nicht bloß die Königsberger Radikalen jubelten den Siegern von Gislikon zu; auch in Berlin spotteten Varnhagen und alle Aufgeklärten über den pfaffenfreundlichen König, ein Witzbild stellte ihn mit einem Jesuiten zusammengebunden dar. Daß Republikaner einem Fürsten gegenüber immer recht haben müßten, galt in diesen unruhigen Tagen für ausgemacht. Ein ritterlicher Zorn über die dem Hause Hohenzollern und mithin auch dem preußischen Volke bereitete Demütigung zeigte sich nur in engen Kreisen.

Derweil der König also an Ort und Stelle gar nichts tat um seine fürstlichen Rechte zu verteidigen, träumte er noch immer von der Einmischung aller legitimen Mächte. Der große europäische Kongreß in Neuenburg, der die Eidgenossen friedlich zu ihrer alten Bundesverfassung zurückführen sollte, erschien ihm als der Anker der Rettung; und wie sollten solche Pläne jetzt noch gelingen, nachdem die Sonderbundskantone sich bereits ergeben und der radikalen Mehrheit gehorsam angeschlossen hatten? In leidenschaftlichen Briefen an Bunsen verlangte er den Beistand der großen Mächte, zumal des geliebten Englands, damit ihm sein Neuenburg erhalten bliebe; sonst würde er „kompromittiert". Daß er schon längst kompromittiert war, fühlte er nicht. Auch durch höchst unvorsichtige vertrauliche Briefe suchte er die Königin Victoria und den Prinzen Albert zu gewinnen. „J'y joue cartes sur table", sagte er einmal, „das tut aber nicht gut außer mit Seinesgleichen;"**) und doch konnten fürstliche Schreiben solchen Inhalts nach englischem Hofbrauche dem feindseligen

*) Knyphausens Bericht, 26. Dez. 1847.

**) König Friedrich Wilhelm an Bunsen, 13. April 1847.

Whigministerium unmöglich verborgen bleiben. Bunsen selbst war jetzt ganz begeistert für die liberalisierende Politik Palmerstons, den er doch früherhin wenig geliebt hatte; er fühlte sich glückselig in den fürstlichen Schlössern der großen Whigfamilien, er merkte nicht, wie derb diese gütigen Gastgeber ihn wegen seines ägyptischen, kirchlichen, philologischen, politischen Allerweltsdilettantismus verspotteten, und sprach von der unauflöslichen englisch-preußischen Allianz mit einem solchen Feuereifer, daß Canitz ihn schließlich sehr ernst zurechtweisen mußte: „Wenn man in Paris, in Wien, in St. Petersburg glaubt, daß wir dem Einverständnis mit England zu Liebe gemeinschaftliche Sache mit dem dermaligen britischen Minister in den schweizerischen, italienischen, überhaupt in allen den Händeln machen, wo der Radikalismus seine Fahnen aufpflanzt, so ist es meine unzweideutige Schuldigkeit dafür zu sorgen, daß man wisse: das sei nicht die Politik des Königs und Seines Kabinetts, folglich solle und könne es auch nicht die Seiner Gesandten sein.“ *)

Währenddem war Radowitz, als es längst zu spät war, in Wien eingetroffen, um die Berufung der Neuenburger europäischen Konferenz durchzusetzen und zugleich die deutschen Bundesreform-Vorschläge seines königlichen Herrn zu überreichen. Die deutschen Pläne blieben schließlich liegen, um der schweizerischen Händel willen. Über diese aber verständigte man sich leicht: nötigenfalls sollte die Einmischung der Großmächte durch eine Handelssperre, ja durch die Besetzung der Grenzkantone Tessin, Genf, Basel unterstützt werden. Nach solchen Abreden kehrte Radowitz um Mitte Dezembers mit dem Grafen Colloredo zurück um nochmals die Willensmeinung des Königs entgegenzunehmen. Friedrich Wilhelm war Feuer und Flamme. Er hatte soeben den verdienten Historiker Monnard sowie andere durch die Radikalen des Waadtlandes Vertriebene gastlich in Preußen aufgenommen und urteilte über sie: „alle sind sie liberale Schweizer; was allerdings etwas anderes wie liberale Deutsche heißt, da erstere freisinnige Ehrenmänner, letztere meistens ohne Ausnahme konstitutions- und majoritäts-anbetende Schöpse oder Intriguants sind.“ **) Maßlos, bis zur Wut erregt, sah er in Bern das Zentrum des europäischen Radikalismus, der durch seine Genossen in ununterbrochener Kette bis nach Königsberg wirke; im schlimmsten Falle, so sagte er zu Colloredo, müßten Österreich und Preußen allein das Brutnest der Revolution ausnehmen. Zu Weihnachten erschienen die beiden Bevollmächtigten sodann in Paris um den Boden zu erkunden; Radowitz überbrachte ein Schreiben seines Herrschers, das den Bürgerkönig als den erhobenen Arm der europäischen Monarchien verherrlichte.

Mit diesem überschwenglichen Gruße stimmten die unheimlichen

*) Canitz an Bunsen, 16. Jan. 1848.

**) König Friedrich Wilhelm an Bunsen, 8. Dez. 1847.

Eindrücke, welche Radowitz in Paris empfing freilich nicht überein. Die preußische Gesandtschaft, Heinrich Arnim so gut wie sein erster Rat Graf Hatzfeldt, beobachtete mit Entsetzen, wie verblendet dies tugendstolze und tugendlose Regiment alle Zeichen der Zeit mißachtete. Die lärmenden Reformbankette der Radikalen bekundeten laut den Groll der unvertretenen Volksklassen gegen das allein herrschende pays légal; der schmähliche Fall des Ministers Teste, die Ermordung der Herzogin von Praslin und so viele andere Skandäle in der vornehmen Welt bezeugten, wie tief diese Herrschaft des Geldbeutels schon in ihren sittlichen Grundlagen zerfressen war. In der Kammer sprach Alexis v. Tocqueville das Kassandra-Wort: Sehen Sie denn nicht, daß die politischen Leidenschaften sozial geworden sind? wir schlafen auf einem Vulkane! Angesichts solcher Anzeichen sagte Guizot erhaben: Es gibt hier nur zwei wichtige Dinge: freie Vollmacht von seiten des Königs und die Stimmkugeln der Kammer. Ich habe beides, und wenn man sich draußen den Kugeln der Kammer nicht unterwirft, so habe ich Kartätschen um ihren Entscheidungen Achtung zu verschaffen. Und im Tone vollendeter Selbstgewißheit gab er den Preußen die gute Lehre: sie müßten, nachdem sie den Vereinigten Landtag geschaffen, nunmehr als Gegengewicht das Präfekturſystem einführen; ihre kollegialischen Regierungsbehörden seien zu langsam und zu unabhängig.*) Ebenso verblendet zeigte sich der Bürgerkönig selbst. Eines Tages wies er dem preußischen Gesandten wohlgefällig den Plan von Paris vor: wie die Stadt von den neuen Forts so gänzlich eingeschlossen sei; beim Straßenkampfe müsse die Nationalgarde vorangehen; zeige sie sich unzuverlässig, so würde sie von den nachfolgenden Linientruppen niedergeschossen. Arnim dachte im stillen: wenn diese ruchlos zuversichtliche Regierung dauert, dann lebt kein Gott im Himmel mehr! Er verglich dies ideenlose, allein auf die scheinbare Gesetzlichkeit des Jahres 1830 und auf die bewaffnete Macht gestützte Regiment einer verdorbenen Uhr, deren Schlüssel verloren gegangen sei.**)

Ähnlicher Befürchtungen konnte auch Radowitz sich nicht enthalten. Indessen wurde am 18. Jan. 1848 von Frankreich, Preußen und Österreich eine gemeinsame Note unterzeichnet, welche die Eidgenossen aufforderte die Sonderbundskantone zu räumen und deren Unabhängigkeit anzuerkennen — was im wesentlichen schon geschehen war. Sodann verlangten die Mächte, eine Veränderung der Bundesverfassung dürfe nur durch einstimmigen Beschluß erfolgen. Was wollte diese Forderung jetzt noch bedeuten? Der Radikalismus herrschte ja schon in der Tagsatzung, und außer Neuenburg besaß nur noch der konservative Halbkanton Basel-Stadt den Mut, der siegreichen Partei zu widersprechen. Das ver-

*) Hatzfeldts Berichte an Canitz, 21. Juli 1847.
**) H. v. Arnims Bericht, 13. Febr. 1848.

legene Schriftstück bekundete nur die Ratlosigkeit des alten Systems. Etwas kräftiger redete nachher eine russische Note vom 13. Febr.; sie schloß sich den Erklärungen der anderen Festlandsmächte an und drohte, bei längerem Widerstande würde der Zar die Neutralität der Eidgenossen nicht mehr anerkennen. Die Tagsatzung antwortete wiederum ablehnend, sie berief sich auf ihr Recht die schweizerischen Angelegenheiten allein zu ordnen. Durch diesen Notenkrieg wurde Friedrich Wilhelms Lieblingsplan, der europäische Kongreß in Neuenburg, rein unmöglich, und nun blieb nichts mehr übrig als die angedrohte Besetzung der Grenzkantone; doch ehe man darüber einig werden konnte, brach die Revolution herein.

Furchtbar mußte König Friedrich Wilhelm für die Fehler dieser törichten Interventionspolitik büßen. Seine Neuenburger Royalisten erwarteten das Beste von der Einmischung Europas, sie hofften nunmehr bald friedlich aus der Eidgenossenschaft ausscheiden zu können, weil sie in ritterlicher Begeisterung ihren Monarchen für unüberwindlich hielten. Wie gänzlich verkannten diese Getreuen doch die Lage! Die Tagsatzung selber wünschte freilich den gefährlichen Streit mit dem Könige von Preußen zu vermeiden. Aber hinter ihr standen die siegestrunkenen Radikalen. Sie brannten darauf, die verunglückten Luzerner Freischarenzüge glücklicher zu erneuern; sie kannten jetzt Friedrich Wilhelms Mut; sie ersehnten den Augenblick, da sie über den unverteidigten fürstlichen Kanton herfallen und die letzte fremde Gewalt, die noch dazu monarchisch war, aus der Eidgenossenschaft hinausfegen konnten. Und dieser Augenblick kam, als die Kunde von der Pariser Februar-Revolution eintraf. Am 29. Februar bildete sich in La Chaux de Fonds, dem Mittelpunkte der ausländischen Bevölkerung, eine provisorische Regierung. Durch Zuzüge aus den Nachbarkantonen verstärkt, rückte ein Haufe von Freischärlern gegen die Hauptstadt heran; der alte Verschwörer Courvoisier, ein Adjutant Ochsenbeins, führte den Haufen. Königliche Truppen, die den Aufruhr mit leichter Mühe niederschlagen konnten, waren nicht zur Stelle, das kleine Schutzbataillon des Kantons vermochte nichts auszurichten und ward aufgelöst. Am 1. März war das Neuenburger Schloß in den Händen der Rebellen. Der radikale Vorort Bern aber trat die alten Verträge der Eidgenossen mit Füßen; er verweigerte dem Baron Chambrier den nachgesuchten pflichtschuldigen Beistand und nahm schamlos Partei für den schlechthin frevelhaften Bundesbruch. Mit seiner Hilfe wurde die Fürstenherrschaft und ihr Staatsrat gestürzt, die ehrwürdigen vier Bourgeoisien zerstört, die uralte Gemeindefreiheit vernichtet und durch ein hartes Präfektensystem ersetzt; auch die Akademie mußte fallen, denn sie vertrat die Wissenschaft und war mithin aristokratisch. Eine rohe Demokratie verdrängte das alte etwas steife, aber gerechte, ehrliche, gebildete aristokratische Regiment.

Und diesem häßlichen Rechtsbruche mußte der unglückliche Fürst, der alles selbst verschuldet hatte, jetzt mit gefalteten Händen zuschauen,

da die Wogen der Revolution nunmehr auch über ihm zusammenschlugen! Länderverluste und Ländervertauschungen hatte Preußen, wie jeder große Staat, in den Wirren schwerer Kriegszeiten schon mehrmals ertragen müssen. Das aber war neu, daß ein Hohenzoller sich mitten im Frieden ein schönes Land von meineidigen Eidgenossen und einem Haufen Aufrührer ungestraft rauben ließ, daß er sich und seine Krone einer verdienten Verachtung aussetzte, die noch heute in den Hohnreden der sieglosen Sieger fortlebt. Wie oft hatte dieser König in überschwenglichen, fast lästerlichen Worten seinen Untertanen die angestammte Treue gepredigt! Und was bot er selbst den Treuesten seiner Treuen in ihrer Todesnot? Bitten und Klagen, zerknirschte Briefe, unfruchtbare Verwahrungen, phantastische Träume europäischer Reaktionspolitik — doch wahrlich nicht die schlichte Treue des deutschen Mannes, nicht die Treue des Königs, der den Degen des großen Friedrichs führte. Aus Schwäche hatte er den Neuenburgern die Treue nicht gehalten; und alsbald beschied ihm ein grausames Geschick, daß er selber die Untreue des Berliner Pöbels erfahren mußte. Der Sturm brach los; und wie viele Leiden und Kämpfe noch bis sich die Königsmacht der Hohenzollern nach tiefem Fall wieder frei aufrichtete. —

Beilagen.

XXVI. Zur Geschichte der Burschenschaft.

Zu Bd. II. 535 ff.

Aus den Akten des großh. sächs. Geh. Staatsarchivs in Weimar, die ich für die vierte Auflage des 2. Bds. benutzen durfte, berichte ich hier noch einige Einzelheiten zur Geschichte des Jahres 1819.

Da die Höfe sich schon seit Stourdzas Schrift und dem Aachener Kongreß sehr besorgt wegen der Universitäten zeigten, so benutzte Großherzog Karl August, um sein geliebtes Jena vor Ärgerem zu bewahren, einen von Hannover beim Bundestage angeregten Gedanken und ließ am 11. März 1819, noch vor Kotzebues Ermordung, durch seinen Bundesgesandten v. Hendrich den Antrag stellen: der Bund möge Vorschriften über die Disziplin der Universitäten erlassen, aber ohne Beeinträchtigung der uralten akademischen Freiheit Deutschlands. Im Mai sendete er sodann noch den Geh. Rat Conta nach Frankfurt um diesen Antrag nachdrücklich zu befürworten. Nach Sands Tat ließ er durch den Staatsminister Graf Edling dem Bundesgesandten schreiben: „Alle Vorfälle, die seit einigen Jahren den unter den Studierenden zu Jena herrschenden Geist im Auslande verdächtig gemacht haben, sind durch Ausländer bewirkt worden." Sand sei nur ein neuer Beleg dafür. (Edling an Hendrich, 28. März 1819.) Demgemäß erließen der Großherzog und Herzog August von Gotha am 30. März ein Reskript an die Universität, worin sie aussprachen, in den Jahren 1816 und 17 hätte die Jugend das Vertrauen der Nutritoren nicht getäuscht. Aber seitdem nehme der Geist der Studierenden „zu Unserem großen Mißfallen hier und da eine verderbliche Richtung." Diese Gesinnung „drohe sich täglich mehr auszubreiten. Von ausländischen Universitäten und fremden Schulen komme viel dieses Giftes nach Jena"; darum sollten bis auf Weiteres Ausländer nur mit besonderer Erlaubnis ihrer Regierung zugelassen werden.

„Da die bei der Akademie hierauf angestellte Untersuchung unter der Leitung des Senats Schwierigkeiten zu unterliegen scheint", so ernannte der Großherzog am 29. März eine besondere Kommission zur Nachforschung nach Sands möglichen Mitschuldigen. Sie bestand aus dem Kammerherrn v. Könneritz und dem Regierungsassessor Emminghaus. Beide Beamte verfuhren als gebildete, der akademischen Bräuche kundige Männer, gewissenhaft und wohlwollend, aber auch sehr gemütlich nach der behaglichen thüringischen Weise; es ließ sich nicht verkennen, daß die Regierung die großsprecherischen jungen Leute nach Möglichkeit schonen wollte, und mancher von ihnen mag wohl auf einen leisen Wink rechtzeitig abgereist sein. Von vornherein wurde die Untersuchung verdorben durch die Zersplitterung der deutschen Rechtspflege; denn zur selben Zeit war auch in Mannheim eine Kommission zusammengetreten, um den Mörder selbst sowie dessen vermutliche Mitwisser zu verhören. Beide Kommissionen handelten ganz selbständig, sie verkehrten miteinander nur durch einen umständlichen Briefwechsel, und die Weimarische Kommission beschwerte sich (12. Mai), daß sie die badischen Protokolle nicht erhielte, während sie selbst ihre Protokolle nach Mannheim sendete.

Der Verdacht richtete sich zunächst gegen Sands besten Freund, den stud. theol. Gottlieb Asmis aus Mecklenburg. Der war schon am 27. März, sobald die Schreckens-

nachricht in Jena eingetroffen war, nach Wunsiedel abgereist um Sands unglückliche Eltern zu unterrichten, und man begnügte sich vorläufig, ohne jeden Erfolg, eine Haussuchung bei ihm vorzunehmen. Erst am 7. April, mehrere Tage nach seiner Rückkehr, stellte sich Asmis der Kommission — so gemütlich ging alles zu. Er erklärte unschuldig, das Verfahren gegen ihn hätte ihn „frappiert", darum komme er so spät. Die Kommission nannte ihn ganz richtig einen gutmütigen, unbedeutenden, sehr unbeholfenen, treuherzigen Menschen, der den Mörder herzlich liebe und als politischer Schwärmer wohl zu mancher Tollheit fähig sei. Für einige Zeit wurde er zur Untersuchungshaft in das Karzer abgeführt. Bei den späteren Verhören stellte sich aber ganz unzweifelhaft heraus, daß der junge Mann von den Mordplänen seines Freundes nicht das mindeste geahnt hatte, sonst hätte er sie sicherlich vereitelt; „Mord bleibt Mord" sagte er ehrlich.

Ganz anders verlief die Untersuchung gegen Dr. Karl Follen (oder Follenius, wie er sich damals noch nannte). Follen trat fest und trotzig auf, mit der Sicherheit eines gewandten Advokaten; bei heiklen Fragen zeigte er stets eine erstaunliche Gedächtnisschwäche, die dem berechnenden, willensstarken Manne wunderlich anstand; er spielte mit der Kommission wie die Katze mit der Maus. In diesem kleinen Robespierre lag eine starke terroristische Kraft. Die Briefe der Freunde nannten ihn oft „einen überwiegenden Menschen", der jeden anderen sittlich zermalmen und zerknirschen könne; einmal baten sie ihn, einen hitzköpfigen jungen Genossen von unvorsichtigen politischen Äußerungen abzuhalten, er allein vermöge das. Da Follen im ersten Verhöre (2. April) sich an nichts mehr recht erinnern konnte, so wurde sofort Haussuchung bei ihm gehalten. Er sah ruhig mit an, wie der Universitätssekretär und ein Registrator seine Papiere zusammensuchten. Plötzlich nahm er ein Papier aus dem Haufen — ein an ihn selbst adressiertes Schreiben aus Eisenach vom Februar — steckte das Schriftstück in die Tasche und erklärte: dieser Brief gehöre seinem Bruder — was sich späterhin als unwahr erwies. Dann eilte er aus dem Zimmer und kehrte erst nach einigen Minuten zurück. Nunmehr führten ihn die erschrockenen Beamten alsbald wieder vor die Kommission. Hier versprach er seinen Bruder um die Erlaubnis zur Herausgabe des Briefes zu bitten, er ging hinweg und überbrachte nach längerer Frist die Meldung: sein Bruder verweigere die Auslieferung. Jetzt endlich gelangte die Kommission zu dem weisen Schlusse: der Brief sei wohl schon vernichtet, und man müsse in Eisenach dem wahrscheinlichen Absender nachforschen. Follen blieb auf freiem Fuße und benutzte die Zeit um mit Asmis zu verhandeln. Einige Leute auf der Gasse sahen ihn, wie er aus einem dichtbenachbarten Hause, aus dem Fenster des stud. v. Wintzingerode mit dem gefangenen Asmis im Karzer sprach; ein Student stand mit am Fenster, mehrere der Zeugen glaubten, das wäre Wintzingerode selbst gewesen. Selbst die Kommission konnte sich jetzt der Vermutung nicht erwehren, daß dort Kollusion getrieben worden sei. Follen aber behauptete, er hätte den Gefangenen nur freundschaftlich begrüßt, und als man ihn sodann nach jenem Studenten, dem einzigen Ohrenzeugen des Zwiegesprächs befragte, da wurde er wieder von seiner krankhaften Gedächtnisschwäche befallen (Protokoll vom 3. Mai). Er konnte sich auf den jungen Mann schlechterdings nicht besinnen, und das Gespräch war doch erst vor wenigen Tagen abgehalten worden. Tags darauf, am 4. Mai wurde er von dem Universitätssekretär nochmals vernommen; wieder konnte er sich an nichts mehr erinnern, indes versprach er bis zum Ende der Woche mitzuteilen, ob ihm der Name inzwischen eingefallen wäre. Am 7. Mai schrieb er in der Tat an die Kommission: er wisse nichts; „die Sache war mir damals so unbedeutend, und mein Gedächtnis ist für solche mir unbedeutende Dinge so schwach." Der geniale Gedanke, nunmehr Wintzingerode selbst zu befragen, scheint der Kommission nicht aufgestiegen zu sein; die Protokolle wenigstens sagen nichts darüber.

Bei einem so urgemütlichen Verfahren hatte die grundsätzliche Verlogenheit der Unbedingten leichtes Spiel. Aus verschiedenen Anzeichen und Aussagen ergab sich mit höchster Wahrscheinlichkeit, daß Follen, obgleich er selbst in beschränkten Verhältnissen

lebte, dem Mörder das Geld für die letzte Reise gegeben, auch ein Paket mit Papieren, die nachher zum Teil in den Zeitungen erschienen, von Sand zur Aufbewahrung erhalten hatte. Besonders auffällig war dabei der Umstand, daß Sand, der sonst alle seine kleinen Schulden peinlich genau in ein besonderes Schuldbüchlein eintrug, diesen letzten und größten Schuldposten nicht verzeichnet hatte. Follen wußte wieder, dank seinem schwachen Gedächtnis, nichts Sicheres anzugeben Sand aber versicherte in den Mannheimer Verhören, daß er das Reisegeld von Asmis empfangen und diesem auch das Paket übergeben hätte. Das war dem armen Asmis doch zu arg. In höchster Erregung, unter strömenden Tränen beteuerte er wieder und wieder: ich kann das nicht zugeben, „selbst wenn ich Sand einen Gefallen damit täte." Die Verzweiflung des ehrlichen Jungen war offenbar ungeheuchelt, und die Kommission geriet jetzt endlich auf die Mutmaßung, welche minder gemütliche Leute wohl schon früher gefaßt hätten: daß die Eingeweihten mit ihrem Lügenspiele nur bezweckten, den Kopf ihres Häuptlings Follen um jeden Preis aus der Schlinge zu ziehen. Am 28. Mai schrieb sie daher an die Mannheimer Kommission: „Könnte Sand nicht vielleicht den Verdacht von anderen, die nach seiner Ansicht als kluge umsichtige Männer bei wichtigen Gelegenheiten für Deutschland brauchbar und von Bedeutung werden könnten, abwenden wollen und vorziehen, einen gewöhnlichen unbedeutenden Menschen, von dem er künftig nichts Großes erwartet, vorzuschieben?" Oder Sand hoffe vielleicht, Asmis würde die Schuld freiwillig auf sich nehmen — was bei dessen Schwärmerei nicht unmöglich sei — und Asmis hätte die Absicht nur nicht verstanden?!

Unterdessen wurde Follen, da sein hartnäckiges Lügen und seine beispiellose Gedächtnisschwäche doch verdächtig schienen, am Morgen des 11 Mai endlich verhaftet und nach Weimar abgeführt, wo die Kommission jetzt tagte. Bei einer zweiten Haussuchung fand man einen langen, überschwenglichen Brief von Sands Mutter an Follen. Die unglückliche, verblendete Frau verglich „unseren reinen, großen Märtyrer" mit Martin Luther und schrieb: „In vieler Hinsicht hat er auch gewiß mit diesem ehrwürdigen Reformator in gleichem Schritt aber nur verschieden gewirkt." Das Grab in Mannheim wollte sie mit Blumen schmücken lassen „bis vielleicht einst Deutschland dankbar eine Säule setzt" [was bekanntlich seitdem geschehen ist]. Zu Follen sagte sie: „Gott segne es Ihnen, der Sie sein Leben mit starker Hand schützen." Diese Worte bezogen sich auf den im Kreise der Unbedingten oft erwogenen törichten Plan der gewaltsamen Befreiung des Mörders. Follen aber erklärte zu Protokoll: das geht auf meine Absicht, für die Tat zu schreiben, „eine Verteidigung dadurch, daß sie in subjektiver Hinsicht, nach Sands dabei gehabter Meinung dargestellt würde." In dem Verhöre vom 11. Mai wiederholte sich das alte Spiel; Follens Gedächtnis blieb unverbesserlich schwach. Als ihm Könneritz endlich vorhielt, es spreche nicht zu seinen Gunsten, wenn er auch jetzt noch beständig versichere, „daß er sich dieses nicht erinnern könne," da erwiderte Follen frech: „das sei ihm ein ganz neuer kriminalrechtlicher Grundsatz," und protestierte gegen die gesamte Untersuchung. Der ganze Hergang beweist schlagend die Vorzüge des öffentlich-mündlichen Verfahrens; vor einem heutigen Gerichte hätte sich ein Mann von Follens Ruf und Bildung ein solches Spiel auf die Dauer nicht erlauben können. Schon Tags darauf, 12. Mai, verlangte Follen durch ein Schreiben an die Kommission seine sofortige Freilassung, da er seine Kollegien nicht versäumen wolle, und setzte mit kasuistischer Geschicklichkeit auseinander, man könne ihm doch höchstens Unterlassung der Anzeige vorwerfen, und diese sei straflos Infolge dieses Schreibens wurde er noch am selben Tage mit Asmis konfrontiert, doch wieder ließ ihn sein Gedächtnis im Stiche Nun ward er freigegeben. In den späteren Verhören (23 Mai, 8. 10. Juni) nochmals das gleiche Possenspiel; immer wieder hieß es, „eine genaue Erinnerung ginge ihm nicht bei." Als Sand endlich einiges von seinen Lügen zurücknahm, da meinte Follen, Sand müsse wohl nicht bei Sinnen gewesen sein, und erbot sich zu beschwören, daß er jenes Paket von Sand nie erhalten hätte — ein Eid, der ihm nach dem Grundsatze der Unbedingten nicht schwer fallen konnte. Über die Unbedingten sagte er harmlos,

wie um die Kommission zu verhöhnen: „ein Unbedingter ist ein Mensch, der unbedingt nach Ausbildung strebt und unbedingt nach seiner Überzeugung handelt."

Auch der Philosoph Fries wurde verhört (3. April ff.). Er hatte von der radikalen Partei in der Burschenschaft keine Ahnung und wollte nicht einmal glauben, daß ein engerer Bund bestanden hätte. Aber seltsam, wie stark die Moral der subjektiven Empfindung, welche die Köpfe der Jugend verwirrte, auch diesen Lehrer betörte. Er meinte ganz unbefangen: Sand war von vielen Kommilitonen überzeugt, daß sie zu allem was sie für ebenso gut und heilsam erkännten, ebenso wie er, stündlich und mit Aufopferung ihres Lebens bereit seien. Die Verwirrung der Begriffe war allgemein, und nur wenige dachten so nüchtern, wie der alte Frommann, der (28. März) seinem Sohne, dem Burschenschafter schrieb: „Und nun unsere jungen Solone und Aristarche! Wie sind sie so selig in einer Reihe von Trugschlüssen und Inkonsequenzen; wie verirren sie sich in halb- und mißverstandenen Kollegiensätzen; wie fertig sind sie über alle Verhältnisse des Lebens und des Staates. Es betrübt mich aufs innigste, es schmerzt mich tief, denn wahrlich, so gehen wir einer besseren Zeit nicht entgegen." Der turnfreundliche Mediziner Kieser wußte auch nichts auszusagen und erging sich schon in jener sinnigen Theorie, welche seitdem zum medizinischen Sport geworden ist; er vermutete, Sand wäre wohl geisteskrank, vielleicht gar erblich belastet. (Kieser an den Akad. Senat, 4. April.) Ebenso fruchtlos blieb ein mit dem jungen Heinrich Leo angestelltes Verhör (3. April). Auch der Vorstand der Burschenschaft wurde, auf Befehl Karl Augusts, vernommen, und da die Burschenschaft als solche mit den Unbedingten nichts zu schaffen hatte, viele ihrer Mitglieder nicht einmal das Dasein des Geheimbundes kannten, so berichtete die Kommission schon am 28. April dem Großherzog: „Wir können jetzt mit voller Überzeugung aussprechen, daß die Burschenschafts-Verbindung und ihre Grundsätze gewiß auch nicht den entferntesten Einfluß auf die Sandsche Tat gehabt haben, daß die Burschenschaft noch in ihrer ursprünglichen Reinheit besteht, ja daß dieselbe selbst vielleicht in der letzten Zeit, wo sie einen größeren Umfang, der Zahl der Mitglieder nach, bekam, einen mehr heiteren, der Jugend und der Beziehung, in welcher sie zum Staate steht, angemesseneren Charakter annahm." Diese wohlwollenden Worte standen allerdings nicht recht im Einklang mit dem Urteil des edlen Fürsten selbst, der erst fünf Wochen früher öffentlich ausgesprochen hatte, der Geist der Studierenden nehme in der neuesten Zeit hie und da eine verderbliche Richtung. Schließlich wurde dem Dr. Follen mit Sicherheit nur das eine nachgewiesen, daß er dem Mörder das Reisegeld gegeben hatte; und damit ließ sich juristisch nichts anfangen. Zur weiteren Kennzeichnung der damaligen Zustände deutscher Rechtspflege diene dann noch die Tatsache, daß Geh. Rat Conta, nachdem er von Frankfurt aus die Mannheimer Kommission besucht hatte, die dorthin gesendeten Weimarischen Akten in seinem Wagen wieder heimbrachte, weil man solche Papiere der Turn- und Taxisschen Post doch nicht gut anvertrauen konnte. (Contas Bericht an den Großherzog, 4. Mai 1819.) Es kann nicht die Aufgabe des Historikers sein, nachträglich die Rolle des Staatsanwalts zu spielen. Das Urteil aber, das ich früherhin über Follens Charakter und politische Wirksamkeit ausgesprochen habe, muß ich bis auf das letzte Wort noch aufrecht halten, seit ich die Weimarischen Protokolle kenne. — —

Aus mannigfachen Briefen und Erzählungen ist bekannt, wie früh schon der unglückliche Sand sich mit unbestimmten Träumen von einem heroischen Opfertode getragen hat. Als weiterer Beleg folgt hier ein Stammbuchblatt, dessen Original mir ein befreundeter Leser mitteilt:

Unser Tod ist Heldenlauf; Kurzer Sieg, früher Tod! Thut nichts, wenn wir nur wirklich Helden sind. Wenn wir nur rege im steten Aufschwung und Gebet zum heil'gen Vater, und in frischer Begeistrung leben, für das, was sein Wille ist. Siegen werden wir immer wenn wir nur selbst tüchtig und frisch sind. Früher Tod bricht nicht die Siegesbahn, wenn wir nur auf ihr als Helden sterben. So sei denn unser Wahlspruch: Frommen Glauben an Gott, demüthig bewahren im Herzen, und thätig

lieben seine Sache hier auf Erden, thätig lieben unser Volk und Vaterland. Frei müßen wir leben, oder frei zu den glücklichen Vätern gehen. Walte Gott mit uns!

Wenn Du einst fest Fuß faßest im Voigtlande, so gedenke Deines in gleichem Streben begriffnen Nachbars im Fichtelgebirge, und halte deutsche Freundschaft zum Frommen des Vaterlandes mit Deinem

Jena, d. 21. Juni 1818. Karl Ludwig Sand,
der G. G. Beflissener aus Wunsiedeln. — —

Die unschuldigen patriotischen Hoffnungen, welche die Jugend zur Zeit des Wartburgfestes bewegten, finden sich treulich ausgesprochen in einer Weisung, die der Kieler Franz Hegewisch seinem jungen Freunde, dem Kieler Studenten Justus Olshausen — dem späterhin berühmten Orientalisten und langjährigen Referenten für die preußischen Universitäten — auf die Wartburgsfahrt mitgab. Hegewisch war damals 34 Jahre alt, ein gescheiter, menschenkundiger Arzt. Seine Grundsätze erinnern an das bekannte „Glaubensbekenntnis" des Philosophen Fries; nur sind sie weit klüger, besonnener, politischer. Immerhin beweisen sie, in was für verschwommenen hochsinnigen Träumen die ganze Zeit noch lebte.

Vorschlag

zu einigen Beschlüssen, welche am 18. October auf der Wartburg gefaßt und ausgesprochen werden mögen.

(Gerechtigkeit muß werden auf Erden!)

Gegen den gefährlichsten, gehäßigsten Feind ward gekämpft von den Deutschen, mit Anstrengung, mit Glück, mit Seegen. Aber wofür ward gekämpft? für eine beßere Zeit. Die Zeit der Gerechtigkeit soll werden. Nicht vergebens sey das Blut der deutschen Jünglinge geflossen; willig und freudig ward es gegeben, damit das Recht sicher sey vor Gewalt, nicht nur von außen, sondern auch von innen. Wir dürsten nach Gerechtigkeit und Ordnung; wir wollen, daß gute Gesetze herrschen.

Deutschland ist fruchtbar an heldenmüthigen Jünglingen, welche froh in den Kampf gingen mit dem Feinde der Deutschen, dem Feinde aller Tugend und Wahrheit. Aber nimmer wäre der Sieg gelungen, wenn nicht die kampfbegierigen Jünglinge geordnet worden, und die gesammelten Kräfte ordnungsmäßig zur rechten Stunde und am rechten Orte gewirkt hätten.

Deutschland ist voll von wohlgesinnten und wohlunterrichteten Jünglingen, deren Herz schwellt von Wünschen für das Wohl des Ganzen, deren Ungeduld zu wirken im Guten von Tag zu Tage wächst. Soll aber nicht unfruchtbar und ohnmächtig seyn der reine Wille und die tüchtige Kraft, so müssen diese nicht in's unbestimmte Allgemeine streben, sondern sie müßen geordnet und auf bestimmte Ziele gerichtet seyn. Künftig müßen und werden gesetzliche Wege seyn, auf welchen die Wünsche braver unterrichteter Männer des Landes zum Fürsten, zur Oeffentlichkeit gelangen. Das wird künftig seyn. Da es jetzt noch in dem allergrößten Theile Deutschlands an den gesetzlichen Wegen fehlt, da der 13te Artikel der Bundesacte in dem größten Theile Deutschlands noch nicht zur Ausführung gebracht wird, so geschehe das Nützliche durch freie Vereinigung der Gesinnungen und Kräfte an gewißen Uebergangspuncten aus der alten in die neue Zeit, so geschehe das Nothwendige auf ungewöhnlichem Wege durch freie Beschlüsse der versammelten deutschen Jugend am frei gewählten heiligen Orte. Unsere Wünsche und Begehren laßt in bestimmte Sätze gefaßt werden, denen die abwesenden Gutgesinnten sich nach und nach anschließen mögen. Dieser unvollständige Versuch, von dem der Verfasser glaubt, daß er nichts enthält was mit dem guten Geist der deutschen Bundesacte in Widerspruch steht, wird als Vorarbeit bekannt gemacht, damit durch Berathung und Beiträge Vieler ein vollständiges Glaubensbekenntniß der gegen weltliche Tyrannen Protestirenden zum künftigen 18. October zu Stande komme.

Grundsätze vom 18. October.

Die Gelegenheit ist flüchtig, das Leben voll Schwierigkeit; der Geist verduftet; darum laßet in guter Stunde gute Entschlüße gefaßt und als gemeinschaftliche Beschlüße bekannt gemacht werden.

Wir an der Wartburg versammelten Jünglinge aus vielfachen Gegenden Deutschlands (hier werden die hauptsächlichsten Flüße und Berge benannt, aber keine politischen Bezeichnungen,) haben wohl überlegt, sind überzeugt, stimmen überein, und haben beschloßen, wie folgt:

1. Ein Deutschland ist; soll seyn und bleiben. Wir können nicht glauben, daß Deutschland aus 38 Inseln bestehe. Wir Deutsche sind Brüder, wir wollen Freunde seyn. Wenn auf dem Schlachtfelde Deutsche gegen Deutsche kämpfen, so ist's Brudermord. Wer deutsche Krieger gegen deutsche Krieger führt, der ist des Brudermords schuldig.

Wir versprechen uns gegenseitig, daß wir uns nie mit den Waffen im Felde gegenüberstehen wollen; wir versprechen, daß wir nie gegen unsere deutschen Brüder im Felde fechten wollen; und machen uns anheischig, allenthalben, so weit wir vermögen, die Lehre zu verbreiten und zu verstärken, daß Kampf deutscher Krieger gegen deutsche Krieger fluchwürdiger Brudermord sey.

2. Wir vergeßen der für deutsche Freiheit gefallenen Kämpfer nicht. Wir sind überzeugt, daß, wenn je in Deutschland die Dankbarkeit gegen diejenigen, durch welche Gott uns errettete vom Joch des fremden Tyrannen, erlöschen würde, die Deutschen wiederum reif seyn würden, in fremde Knechtschaft zu sinken. Die Pflicht, den 18. October zu feiern, ist Pflicht jedes ehrlichen und frommen deutschen Mannes, jedes ehrlichen und frommen deutschen Fürsten.

3. Die Lehre von der Spaltung Deutschlands in Norddeutschland und Süddeutschland ist irrig und falsch, ist Lehre aus dem Munde eines bösen Feindes. Wir versprechen uns gegenseitig, diese Lehre zu bekämpfen, und das unsrige zu thun, um diese falsche Lehre und alles was künstlicherweise die Theilung Deutschlands noch mehr befördern könnte, zu bekämpfen und zu unterdrücken.

4. Wir, des heiligen ungeschriebenen und des geschriebenen deutschen Bundes, welchen die hohen Fürsten und die freien Städte Deutschlands abgeschloßen haben, theilhaftige Jünglinge bekennen, von der Wahrheit dieses Satzes und dieser Schlußfolge überzeugt zu seyn: Wird ein Theil des deutschen Landes angegriffen, von West oder Ost, von Süd oder Nord, so wird Deutschland angegriffen, so müße der Krieg ein Krieg aller Deutschen seyn. Wir sehn ein, daß wenn Oder und Rhein nicht sicher sind, keine Sicherheit um Elbe und Donau seyn kann.

5. So viel uns Gelegenheit gegeben wird, wollen wir, jeder in seinem Kreise, dahin wirken, daß Landwehr und Landsturm in Ehren gehalten, ihrer Pflicht immer lebhafter bewußt, und in den Waffenübungen tüchtig werden.

6. Wir wollen, soviel an uns liegt, ehren die Könige und Fürsten und Oberhäupter der monarchischen Staaten, als dem Ehre gebührt, als welche das Beste ihres Landes wollen und nichts anderes wollen können, als von welchen kein Unrecht kommen kann. Wir bekennen uns zu der Lehre, daß wenn nichts destoweniger Unrecht im Namen des Fürsten geschieht, die Schuld davon auf die obersten Beamten fällt, welchen Haft und Strafe, dem Unrecht angemeßen, gebührt.

7. Dem gerechten, dem edlen Großherzog von Weimar bringen wir unsere Huldigung dar. Möge das Lob der Jugend, welche noch nicht verlernt hat, das Gute und Schöne zu lieben, das Haßenswerte zu haßen, ihm eine Vorbedeutung seyn für das Lob, welches die aller Furcht vor den jetzt lebenden Feinden des Guten entbundene Nachwelt ihm geben wird. Er zuerst hat aus tiefer Erkenntniß und Werthschätzung des deutschen Volkes, ohne Zwang, ohne Widerwillen, ohne unedle Rücksichten und Aengstlichkeiten das in Wien, zur Zeit der Gefahr, gegebene Wort der deutschen Fürsten gelößt, und in seinem

Lande eine verbeßerte Verfaßung gestiftet, welche das meiste Musterhafte für alle deutschen Lande enthält. Wir Jetztlebenden wollen täglich rufen den Spruch: Gott segne Blücher und Weimar!

8. Wenn in fast allen andern deutschen Landen noch gezögert wird, das heilige Versprechen des 13ten Artikels der deutschen Bundesacte in Ausführung zu bringen, so wollen wir doch nimmermehr verzweifeln an dem feierlich gegebenen Worte der Fürsten und Herrscher. Wir wollen vertrauen und eben deswegen mahnen. Das Unheil der unabsehlichen Verzögerung werde nicht den Fürsten zur Last gelegt, sondern die Schuld davon müßen die Minister tragen. Welcher Minister dem Fürsten anrathen möchte, Eid und Wort, schnell oder langsam, zu brechen, der wäre Hochverräther. Das Volk hat das Recht und die Pflicht, zu bitten, daß der Fürst solchen Minister, der sich des Hochverraths schuldig macht, entferne.

9. Wir wollen gehorchen dem Gesetz, dem vom Oberhaupt des Staates sanctionirten und ausgeübten, zuvor von erwählten Abgeordneten des Volks öffentlich geprüften und berathenen Gesetze; im provisorischen Zustande der ohne Zuziehung der Volksvertreter ausgeübten Gesetzgebung wollen wir uns alles sträflichen Ungehorsams enthalten.

10. Wir erklären, daß wir mit dem Worte „Souveränität", das vom Rheinbunde herstammt, nicht den Begriff von Despotie verbinden können, noch wollen. Wir erklären auch, daß wir keine andere wünschenswerthe Gleichheit kennen, als die Gleichheit vor dem Gesetz, wie sie in England längst bestanden, und für Frankreich in der constitutionellen Charte von Ludwig XVIII. wirklich ausgesprochen ist.

11. Wir bekennen, daß wir von der Wahrheit des in der Vorzeit Deutschlands begründeten Satzes: nicht Auflagen sondern Abgaben! überzeugt sind; so wie auch von der Wahrheit, daß die Bewilligung der Abgaben nur von erwählten Abgeordneten des Volks geschehen könne, und zwar nur für ein Jahr. Wir bekennen, daß wir überzeugt sind von der Richtigkeit dieser Schlußfolge: Was jemand besitzt, ist sein Eigenthum, weil es sein ausschließliches Eigenthum ist; Schutz des Eigenthumsrechtes ist der Hauptzweck des Staates; dieser Zweck würde vernichtet, wenn dem Oberhaupt des Staates das Recht zustände, nach Willkür Steuern zu fordern; also kann dem Staatsoberhaupt nicht das Recht zustehn, nach Willkür jedem Bürger jedweden Theil seines Vermögens abzufordern. Was kann derjenige sein nennen, dem ein anderer abfordern kann, wie viel, wann, wie oft er will?

12. Wir erkennen, daß den Besitzern größerer Güter eine ganz vorzügliche Stimme gebührt in Berathung über Landesangelegenheiten, entweder nach dem Muster der Weimarschen Verfaßung, oder in eignem Senate, worin jedoch nicht Deputirte aller größern Gutsherrn seyn dürfen.

13. Wir sprechen laut unseren Abscheu aus vor den Banden der Leibeigenschaft, welche noch jetzt auf deutschem Boden unter dem Schein des Rechts besteht. Wir sind überzeugt, daß kein Seegen über unser Vaterland kommen kann, solange solcher Schandfleck besteht.

14. Wir erkennen, daß die Gerechtigkeit nicht gebannt ist, noch gebannt werden kann in ein anderes deutsches Buch; aber auch daß sie nicht gebannt ist in ein älteres Buch, welches entsprang bei einem Volk, daß in den beßeren Zeiten, der Mehrzahl nach, aus Sklaven bestand, und in der späteren Zeit gänzlich. Wir bekennen die Meinung, das sicherste Mittel zur Förderung des einheimischen Rechts möchte ein Verbot seyn, das Römische Recht vor Gericht zu citiren. Wir bekennen, daß wir als wesentliche Verbeßerungen betrachten und hoffen: die Einrichtung von Geschworenengerichten, die öffentliche Gerichtspflege, die Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände (mit Ausnahme der etwaigen Senatoren).

15. Wir versprechen, daß wir den geistlichen Stand ehren wollen, und das unsrige thun wollen, damit dieser Stand wieder zu der ihm gebührenden Achtung gelange. Wir wollen den arbeitenden Bürger ehren. Wir wollen dem Stolz müßiger Gelehrsamkeit, wenn sie nicht mit Thatkraft verbunden ist, keine Nahrung geben durch übertriebene

Werthschätzung. Wir begreifen, daß die gegenwärtige Zeit mehr das Studium der Moral und Politik erfordere als das der Metaphysik.

16. Wir gestehen, nicht zu begreifen, warum noch jetzt in manchen Theilen Deutschlands die Abgaben ebenso hoch sind, als die Abgaben an den siegreichen Fremden waren, zur Zeit unserer Knechtschaft.

17. Wir versprechen, daß, wenn einige von uns künftig Staatsämter bekleiden werden, kein einziger von uns jemals irgend ein Amt annehmen wolle, welches einer geheimen Polizey diene, noch eine Stelle bei der Gensdarmerie, noch eine Stelle in einer außerordentlichen, widergesetzlichen, richterlichen Commission, noch das Amt eines Büchercensors, noch jemals sich dazu brauchen laßen wolle, das Siegel fremder Briefe zu erbrechen, den Fall des Krieges ausgenommen.

18. Wir versprechen, wenn wir künftig in Aemter gelangen, das Unsrige zu thun um freiere Gemeindeverwaltungen einzuführen, um sichere Polizey, ohne Gensdarmerie, einzurichten, um gleiche Münze und Gewicht und beßere Wege und Postordnung in Deutschland zu schaffen.

19 Wir erklären, daß wir uns gänzlich enthalten wollen der Titel: Edelgeboren, Hochedelgeboren, Wohlgeboren, so wie auch, daß wir die Namen Mamsell und Madame nicht gebrauchen wollen von Frauenzimmern, die unbescholtenen Rufes sind.

20. Wir erkennen, daß die Deutschen berechtigt sind, anderen Völkern das, was sie uns thun, zu vergelten, und daß für das Verhältniß der Völker der oberste Grundsatz ist: Maaß für Maaß, so im Krieg, so in diplomatischen Verhandlungen, so in Handelsverhältnißen.

21. Ebendeswegen erkennen und erklären wir, daß es nicht mit der Gerechtigkeit übereinstimmt, wenn eine äußere fremde Gewalt die Regierungsform eines Volkes bestimmen will.

22. Wir erkennen, daß Deutschland als Wahlreich unglücklich geworden, daß Erbreich große Uebel entfernt. Aber so wie die Krone das Eigenthum einer Familie sey, so sey jedes Eigenthum heilig. Die Krone gibt das höchste Recht, weil sie die höchste Pflicht auferlegt. Recht und Pflicht müßen immer gleichen Schritt gehen. Wo Recht behauptet wird, ohne Pflicht, da ist Vorrecht, das ist, Unrecht. Wo Bevorrechtete sind, da sind auch Beeinträchtigte. Der Fürst hat aber das Recht der Krone, weil er die Pflicht hat, zu sorgen, daß kein Bürger durch den andern beeinträchtigt werde. Wenn alle Bürger die Pflicht haben, die Waffen für das Vaterland zu tragen und diese Pflicht erfüllen, so gebührt auch allen das Recht, welches mit Erfüllung dieser Pflicht verbunden seyn soll.

23. Wir wollen uns eines friedfertigen Wandels befleißigen und die Streitigkeiten untereinander so viel wie möglich schiedsrichterlich entscheiden laßen. Wir erkennen, daß weder ernstlicher Zweikampf um kleinlicher Ursachen willen, noch spielender Zweikampf wegen schwerer Kränkungen rühmlich ist. Wir versichern, daß wir keiner geheimen Gesellschaft irgend einer Art angehören wollen, noch die Errichtung einer geheimen Gesellschaft auf einer hohen Schule dulden wollen.

24. Wir erkennen es für eine der hauptsächlichsten Pflichten jedes deutschen Mannes und Jünglings, die eben jetzt dringender ist als je: die Wahrheit zu sagen und laut zu sagen, weil und so lange die versprochenen regelmäßigen Wege, auf welchen die Fürsten die Wahrheit über den Zustand der Völker erfahren können, noch nicht eröffnet sind, und weil wir keine geheimen Gesellschaften eingehen wollen.

25. Wir empfehlen der Weisheit der Regierungen die Betrachtung der Frage: ob nicht die größten Schwierigkeiten und Gefahren vermindert würden, wenn der Adel wiederum begrenzt würde auf den ältesten des Geschlechts. Ein Edelmann zeugt Einen Edelmann. Wir beschwören die Fürsten, sich nicht allein mit solchen Rathgebern zu umringen, welche vom Kastengeist beherrscht, und dadurch unwillig und unfähig werden, über die billigen Wünsche und Verlangen des Volkes die Wahrheit zu melden.

26. Wir bekennen, überzeugt zu ſeyn, daß ein großer Theil der Gräuel der franzöſiſchen Revolution den Jakobinern zur Laſt fällt, daß aber ein vielleicht nicht geringerer Theil der Schuld auf denen ruht, welche ſich bemühten, die politiſchen Veränderungen und Verbeßerungen, welche die Zeit forderte, zu hindern. Wir bekennen auch die Meinung und Ueberzeugung, daß ein ſehr großer Theil des Unrechts und des Uebels in der Welt aus der geduldigen und trägen Schwäche derer entſpringt, welche Unrecht leiden ohne die gerechten Mittel, welche ihnen zu Gebot ſtehen, zu ihrem Schutz zu gebrauchen.

27. Wenn ein gemeinſchaftlicher Kampf der Deutſchen gegen den Feind bevorſtände, ſo wäre gewiß ein gemeinſchaftliches Zeichen zu wünſchen; welche Farben können paßender ſeyn als die Farben des Ernſtes und der Reinheit, welche Blücher trägt?

XXVII. Denkwürdigkeiten des Prinzen Emil von Heſſen.

Zu Bd. III. 63. V. 681.

Prinz Emil von Heſſen begann im Jahre 1823 Aufzeichnungen aus ſeinem Leben niederzuſchreiben, ließ das Unternehmen jedoch leider nach wenigen Bogen wieder liegen. Einige mir daraus gütig mitgeteilte Bruchſtücke ſcheinen lehrreich zur Charakteriſtik des Prinzen ſelbſt und der rheinbündiſchen Höfe.

— — — die Unzuverläſſigkeit dieſes Erben [des Kronprinzen Ludwig von Bayern], eine Seite, welche nicht leicht jemand mehr wie ich zu erkennen Gelegenheit hatte. Enthuſiasmirt, oder wenigſtens anſcheinend, für die Franzoſen, hatte er verlangt, mit den Bayern den Feldzug gegen Preußen im Jahre 6 mitzumachen. Im Jahre 9 marſchierte er ebenſo gegen die Oeſterreicher im Tyrol. In dieſem Jahre ſah ich ihn in das Hauptquartier des Kaiſers Napoléon nach Schönbrunn kommen, wo ich mich auch befand. Letztern im Vorzimmer mit hunderten von Marſchällen, Generalen und anderen Offizieren erwartend, erſchien der Kaiſer nicht ſobald, als der Kronprinz auf ihn losging und ihm die Hand küßte. Napoléon umarmte ihn hierauf und ſagte: „Ah, bonjour Louis, comment cela va-t-il?“ Worauf er weiter zur Parade ging — Dieſes Benehmen war nun gerade nicht im vollkommenſten Einklang mit dem anno 14 gehaltenen. Da war Frankreich und Napoléon eine Abſcheulichkeit, der Kronprinz ein teutſcher Mann und alle diejenigen, welche, ſich ſelbſt achtend, das gefallene Idol nicht mit Füßen treten wollten, Verräther oder verdächtige Menſchen. So erzeigte dieſer enthuſiasmierte Held auch mir die Ehre, ſich im Jahre 15 über mich zu äußern, er wundere ſich, wie man mir ein Commando anvertrauen könne, da ich doch ein bekannter Franzoſenfreund ſey. — Und dies am Tiſch gehaltene propos fiel in die Zeit, wo der Kronprinz mich mit Freundſchaftsverſicherungen überhäufte, bei mir zu Mittag aß uſw. Als man mir dies propos hinterbrachte, konnte ich mir nicht verſagen, obige Anekdote dem Erzähler, einem Anhänger des Kronprinzen, mitzutheilen, hinzufügend: „Zwar bin ich der bekannte Franzoſenfreund, aber mich ſo zu erniedrigen wäre ich nicht fähig geweſen.“ — Nach geendigter Campagne, wo ich den Thereſen- und St. Georgs-Orden erhalten hatte, ſah ich den Kronprinzen zu Paris. Eines Morgens kam er zu mir mit gewöhnlicher Freundſchaft mich in ſeinem ſtotternden ziſchenden Organ verſichernd, wie ſehr ihn meine Successe freuten. Ich erwiederte ihm: „Ihre Wünſche ſind mir um ſo werther, als ich Sie verſichern kann, daß es Menſchen gab, die niederträchtig genug waren, das mir ertheilte Commando als gefährlichen Händen anvertraut zu behaupten.“ Se. K. H. bekam einen rothen Kopf und replicierte: „In Ihre militäriſchen Eigenſchaften hat gewiß niemals jemand Zweifel geſetzt.“ „Nein, aber in meine Ehre, und das war deſto ſchlechter“ war meine Antwort.

— — — Hierbey erneuert sich in mir das Andenken an meinen Aufenthalt zu Achen, der von nicht unbedeutenden Folgen für mich war. Nach dem Fall Napoléons war ich in dem delirirenden Teutschland eine von den Personen, welche als bestimmte Anhänger des Kaisers und Frankreichs angesehen und angefeindet wurden. Es läßt sich dieses zum Theil durch das Wohlwollen Napoléons gegen mich erklären, welcher gern sah, daß junge Leute, namentlich Prinzen, mit Eifer ihre Pflichten als Soldat zu erfüllen suchten, theils aber auch durch die vom Enthusiasmus verworrenen Begriffe. Fast allgemein nämlich sah man Verrath gegen Napoléon als etwas sehr verdienstvolles an. Da ich nun vom Großherzog meinem Vater, dem ich, und nicht den Franzosen diente, keinen Befehl zum Uebergehen in die feindlichen Reihen hatte, so konnte mir natürlich ein solcher Gedanke nur als verächtlich und meiner Ehre vollkommen unwürdig erscheinen. Und doch war es wegen dieser Unterlassungssünde, und daß ich vorzog, meine Pflicht erfüllend, als Soldat mich fechtend in Leipzig gefangen nehmen zu lassen, daß man mich anfeindete. Nun hatte ich mich späterhin gegen den Kaiser Alexander über mein Benehmen erklärt und war so glücklich seinen vollkommenen Beyfall deshalb zu erlangen. Auch der Kaiser von Oestreich und die Oestreicher überhaupt hatten mich mit viel Auszeichnung behandelt. In den zwei mit den Alliirten gegen Frankreich gemachten Feldzügen hatte ich das Großkreuz des Leopolds-, das kleine M. Theresien- und das Cor Kreuz des St. Georgen Ordens erhalten. Demohngeachtet waren noch eine Menge bedeutende Personen sehr gegen mich eingenommen. Ich hielt daher die Vereinigung zu Achen für sehr geeignet zu beweisen, daß ich fest auftreten könnte, ohne irgend jemand scheuen zu müssen. Ich entschloß mich rasch, gegen die Mitte des Congreß nach Achen zu reisen: —

Den andern Morgen machte ich sogleich die nötigen demarchen, dem Kaiser von Oestreich und dem König von Preußen aufzuwarten. Ersterer empfing mich mit besonderer Gnade, die sich auch während meinem ganzen Aufenthalt erhielt und selbst steigerte, so daß ich alle Woche gewiß zweimal zur Tafel geladen wurde und überhaupt von dem K. sowohl wie von allen seinen Umgebungen mit einer vorzüglichen Auszeichnung und der Herzlichkeit behandelt wurde, die den Oestreichern eigen ist. — Der König von Preußen, von Natur wenig demonstrativ, konnte noch immer nicht ganz von der früher gegen mich gefaßten prevention zurückkommen und blieb ziemlich steif. Vielleicht gelang es mir während meines Aufenthaltes durch meine Unbefangenheit sowohl als durch Erläuterungen, die ich mehrern von seinen Umgebungen über meine frühern Verhältnisse gab, diesen Einbildungen zu begegnen. Wenigstens war bei jeder spätern Gelegenheit der Empfang herzlicher und wohlwollender. Es ist unglaublich, wie Leute von Verstand verbreiteten Gerüchten Glauben beimessen können, welche nur in Pamphlets Platz greifen können und den Stempel der Unrichtigkeit mit sich tragen. Dahin gehört die Erzählung, Napoléon habe mir in der Schlacht von Lützen zugerufen: „En avant, roi de Prusse!“ So ungereimt und lächerlich diese Angabe war, fand sie doch Glauben und wurzelte, wie es scheint, im Gemüth des Königs, welches sich mir, und vorzüglich nach meiner Gefangennehmung zu Leipzig, stets abgeneigt bewieß. — Kaum war ich 8 Tage in Achen, als in der Antwerpner Zeitung dieses Mährchen neu aufgetischt wurde. Ich nahm indeß von diesem unangenehmen, vielleicht durch Bosheit herbeigeführten Ereigniß Gelegenheit, F. Metternich, Fürst Hardenberg und vielen andern über die Wahrheit meiner Verhältnisse zu den Franzosen zu sprechen über mein eingehaltenes Benehmen und hatte den großen Triumph, nicht nur die Zustimmung aller dieser Männer zu erlangen, sondern von dieser Zeit eine Art von Geneigtheit zu beobachten und, was mehr war, eine Achtung, die zu erlangen mein Bestreben von Anlang an seyn mußte.

XXVIII. Die Ermordung des Studenten Leſſing.

Zu Bd. IV. 606.

Über die rätſelhafte Ermordung des angeblichen Spions Leſſing (1835) konnte ich im 4. Bande nur ein Non liquet ausſprechen, da mir die dürftigen Ergebniſſe der überaus nachläſſig geführten gerichtlichen Unterſuchung ebenſo unzuverläſſig ſchienen wie die leidenſchaftlichen Behauptungen der zahlreichen infolge der Bluttat erſchienenen Parteiſchriften. Neuerdings habe ich jedoch im Berliner Geh. Staatsarchiv eine Reihe von Aktenſtücken aufgefunden, welche mindeſtens über Leſſings Perſönlichkeit und politiſche Haltung ſichere Auskunft geben. Hier der weſentliche Inhalt.

Von dem Frankfurter Attentate war der preußiſche Polizeiminiſter ſchon mehrere Monate vorher unterrichtet; er machte darüber dem Auswärtigen Amte ausführliche Mitteilungen, die nach Frankfurt weitergegeben wurden. „Bei aufmerkſamer Beobachtung" hätte alles entdeckt werden können; ſo ſagten die Miniſter Kamptz, Mühler, Rochow in ihrem nachträglichen Berichte an den König vom 26. Mai 1834. Sie erwarteten, „daß die Frankfurter Behörden Sicherheitsmaßregeln treffen würden. Dies war aber keineswegs der Fall. Selbſt nach den beſtimmten und ausführlichen Anzeigen, welche dem Magiſtrat in Frankfurt a. M. am Tage der Meuterei zugingen, konnte derſelbe zu keinen angemeſſenen Maßregeln bewogen werden." Hier wird alſo die von mir (IV. 300) ausgeſprochene Vermutung beſtätigt, daß der Wachenſturm vom 3. April 1833 nicht durch die argliſtige Berechnung der Bundesgeſandten gefördert, ſondern einfach durch die Schlaffheit der Frankfurter Behörden ermöglicht wurde. Angeſichts dieſer Schwäche der ſüddeutſchen Polizei, meinte die preußiſche Regierung ſich umſo mehr zur Wachſamkeit verpflichtet. Schon am 14. April 1833 wurden die Miniſter Wittgenſtein, Lottum, Brenn durch Kabinettsordre beauftragt, wegen des Frankfurter Attentats „in fortlaufende vertrauliche Beſprechungen zu treten."

Nachdem verſchiedene polizeiliche Maßregeln getroffen waren, berichtete Miniſter Brenn: der wegen politiſcher Umtriebe verhaftete stud. Ludwig Leſſing, jüdiſcher Religion, aus Freienwalde a. O. hätte ſich am 6. Nov. gegen den Polizeipräſidenten zu Protokoll erboten, „Entdeckungen" zu machen. Der König verfügte darauf (Kabinettsordre an Brenn, 9. Nov. 1833): bewahrheiten ſich die Mitteilungen des Leſſing, „ſo will Ich demſelben Befreiung von aller Strafe und Unterſtützung zur Fortſetzung ſeiner Studien zuſichern." Nun folgten lange Vernehmungen. Am 11. Jan. 1834 wurde berichtet, daß Leſſing die gewünſchten, zuverläſſigen Anzeigen erſtattet hätte. Alsbald befahl der König (Kabinettsordre vom 18. Jan. 1834 an Brenn, Kamptz, Mühler), 200 Tlr. für das laufende Studienjahr Leſſings zu zahlen, und genehmigte zugleich, daß er „in der von Ihnen vorgeſchlagenen Art verwendet werde". Leſſing wurde dann am 11. Febr. aus der Unterſuchungshaft entlaſſen (Schlußprotokoll vom 11. Febr.) Der Polizeipräſident Gerlach vermahnte ihn, über die Unterſuchung zu ſchweigen und ſich von Umtrieben fernzuhalten; er gab ihm einen Miniſterialpaß nach Karlsruhe und bemerkte dazu kurz, daß Leſſing ſpäter vielleicht nach der Schweiz, nach Italien oder Frankreich reiſen würde. (Gerlachs Bericht an Brenn, 10. März 1834.)

Demnach ſteht außer Zweifel, daß Leſſing ein preußiſcher Spion war, wie der berüchtigte Conſeil ein Spion Ludwig Philipps, und die Verſammlungen des jungen Deutſchlands in der Schweiz nur beſuchte um auszuhorchen und Bericht zu erſtatten. Mit großer Wahrſcheinlichkeit läßt ſich ferner ſchließen, daß Leſſings Ermordung wirklich — wie man ſogleich in weiten Kreiſen annahm — eine Tat politiſcher Rache des jungen Deutſchlands geweſen iſt. Allerdings wurde die Leiche beraubt aufgefunden. Aber unter den Genoſſen des jungen Deutſchlands in Zürich befanden ſich mehrere ganz verkommene Leute; unmöglich iſt es alſo nicht, daß der oder die Mörder, indem ſie einen politiſchen

Feind vernichteten, nebenbei die Gelegenheit zu einem kleinen Raube benutzt haben. Des Mordes angeklagt wurde der württembergische Jude Aldinger, ein verworfener Mensch, der sich unter dem Namen eines Barons v. Eyb in Zürich umhertrieb und zu den eifrigsten Mitgliedern des jungen Deutschlands gehörte. Trotz starker Verdachtsgründe konnte jedoch kein zwingender Beweis erbracht werden.

Das Erstaunlichste bei diesen widerwärtigen Vorfällen ist aber die Tatsache, daß die preußische Gesandtschaft in der Schweiz kein Wort von Lessings polizeilicher Tätigkeit wußte. Am 2. Nov. 1834 übersendete Legationsrat v. Olfers aus Bern dem Auswärtigen Amte eine Liste der bei den schweizerischen Umtrieben beteiligten Deutschen. Darin stand als Nr. 9 der stud. L. Lessing, Hauptleiter der Handwerksvereine; und dazu die unschuldige Bemerkung: „einige der Handwerker sehen ihn für einen Polizei-Spion an." Nach Lessings Ermordung berichtete der Gesandte Rochow (Zürich, 6. Nov. 1835) ganz unbefangen über die unheimliche Tat und sagte: man behaupte, der Ermordete sei ein Preuße, die Gesandtschaft wisse aber nichts darüber, da er sich nie bei ihr gemeldet hätte. Lessing muß also seine Berichte hinter dem Rücken der Gesandtschaft gradeswegs nach Berlin gesendet haben, vielleicht an den bekannten Geh. Rat v. Tzschoppe, dessen Name auch in diesen Akten — allerdings nur bei Gelegenheit formaler Geschäftssachen — mehrfach vorkommt. Auch nachher verblieb Rochow noch lange in seiner glücklichen Unwissenheit. Als sich herausstellte, daß Lessing ein Preuße war, und die Berliner Regierung, aus guten Gründen, diesen Mord alsbald für eine politische Rachetat erklärte, da wurde der Gesandte beauftragt, die Verfolgung des Verbrechens nachdrücklich zu betreiben (Schreiben der drei Minister an Ancillon, 31. Jan. 1836). Er beklagte sich bitter über die unglaublich schlechte, fast unehrliche Untersuchung; er meinte, der Untersuchungsrichter bemühe sich mehr, zu erfahren wer Lessing gewesen sei als wer ihn ermordet hätte. Erst ganz zuletzt, als der Prozeß mit der bedingten Freisprechung des Angeklagten Aldinger geendet hatte, scheint Rochow, der sonst über schweizerisches und süddeutsches Parteileben gut Bescheid wußte, endlich einen leisen amtlichen Wink erhalten zu haben. Jetzt schrieb er: die radikalen Schweizer hielten den Ermordeten für einen Spion und Agent provocateur Preußens, „indessen wird das Publikum keine Beweise gegen Lessing, sondern nur Verdachtsgründe finden. Besondere Gründe — politische Verbindungen einflußreicher Männer mit politischen Sekten" — haben den schlechten Gang der Untersuchung verschuldet. (Rochows Bericht, 13. Aug. 1837.) Der ganze Briefwechsel zeigt anschaulich, daß die Regierung eines ehrenhaften Staates ihre eigenen Beamten hintergehen muß, wenn sie das immer zweischneidige Mittel der geheimen politischen Polizei anwendet. —

XXIX. Europäische Politik des Zaren Nikolaus.

Zu Bd. V. S. 118.

Meinem Freunde Th. Schiemann verdanke ich die Kenntnis des merkwürdigen Rechenschaftsberichtes über Rußlands auswärtige Politik, welchen Graf Nesselrode zum fünfundzwanzigsten Jahrestage der Thronbesteigung des Zaren Nikolaus erstattete. Soeben ist zwar, wie ich höre, in der „Russkaja Starina" eine russische Übersetzung des Aktenstückes erschienen; da die Denkschrift jedoch in solcher Gestalt den Deutschen so gut wie verborgen bleibt, so wird die Mitteilung des noch ganz unbekannten französischen Originals meinen Lesern willkommen sein.

1825—1850.

Sire, Vingt-cinq années viennent de s'écouler depuis que V. M. a pris en main le timon de l'Empire.

Elles ont été riches et fécondes en événemens politiques importans pour le monde et pour la Russie.

Ouvert au dedans sous les auspices de la fermeté et du courage personnel, Votre règne s'annonçait non moins digne au dehors.

Le premier acte politique de V. M. I. fut dicté par la religion et l'humanité.

Vos correligionnaires de Grèce allaient succomber à la ruine inévitable dont les menaçait le glaive Égyptien. Un protocole mémorable est venu les sauver d'une guerre d'extermination, leur assurer une administration indépendante, et préparer les transactions successives qui, depuis, ont apellé la Grèce au rang des nations.

La Perse qui, dès Votre avènement au trône, avait rompu sans aucun motif les noeuds du traité de Gulistan, forcée par une suite d'exploits rapides, à signer la paix de Tourkmantchay; la Turquie châtiée également, après deux campagnes victorieuses, de ses injustes provocations, la bataille de Koulewtcha, le passage hardi des Balkans, l'entrée de nos troupes à Adrinople, suivi presque immédiatement du traité qui porte ce nom, ce sont là des faits dont l'histoire ne perdra point le souvenir. Elle proclamera plus haut encore la modération avec laquelle V. M. I. voulut bien user de Ses succès. Bientôt les bouleversemens amenés en 1830 par la chûte de la branche aînée des Bourbons ont ouvert une période nouvelle à la politique de V. M. Ils ont imprimé à Son règne le véritable caractère qui le distinguera dans l'avenir. A la suite de ces révolutions, Elle est devenue pour le monde le représentant de l'idée Monarchique, le soutien des principes d'ordre et le défenseur impartial de l'équilibre Européen. Mais de laborieux efforts, une lutte sans cesse renaissante étaient attachés à ce noble rôle. V. M. I. a su accepter avec constance les travaux qu'il Lui imposait. Entraîné par l'exemple contagieux de la France et de la Belgique, le Royaume de Pologne s'était révolté contre l'autorité légitime. Il a été réduit à l'obéissance et rattaché au corps de l'Empire par un lien désormais moins précaire et plus solide. La Hollande était sacrifiée, dans son conflit avec les Belges, à l'extrême partialité de la France et de l'Angleterre. Si notre éloignement géographique et la timidité de nos alliés n'ont malheureusement pas permis qu'elle conservât la possession intacte des provinces qui formaient jadis avec elle le Royaume des Pays-Bas, au moins l'appui de V. M. et Son insistance énergique ont-ils servi à obtenir au Roi de meilleures conditions territoriales, allégé le poids de ses sacrifices pécuniaires, modifié ce que les clauses qu'on voulait lui imposer présentaient de trop onéreux pour ses intérêts financiers et commerciaux. Partout où chancelaient les trônes, où la société minée fléchissait sous l'effort des doctrines subversives, le bras puissant de V. M. se fait deviner ou sentir. Dans les questions révolutionnaires qui tant de fois ont agité l'Espagne, le Portugal, l'Italie, la Suisse, l'Allemagne, Elle a combattu pour la même cause, prenant tour à tour l'iniative ou l'abandonnant à Ses alliés, selon les lieux et la distance, suivant le plus ou moins d'extension que comportait Son action matérielle. Neutraliser autant que possible l'alliance funeste qui s'était établie entre la France de Juillet et l'Angleterre libérale; s'opposer à la mise en pratique de ce principe de non-intervention, que, tout en le violant elles-mêmes les premières, les deux puissances prétendaient imposer aux Cabinets conservateurs, toutes les fois qu'une insurrection éclatait dans leur voisinage: soutenir le courage vacillant des deux grandes Cours monarchiques; arrêter de concert avec eux un système d'action commune, en y ralliant sous leur influence les États du second rang, telle a été la tâche constante qu'a poursuivi V. M. C'est dans ce but qu'ont été conçues les mémorables transactions de München-Graetz et de Toeplitz — transactions qui, plusieurs années de suite, ont opposé une digue

aux flots de la démocratie toujours croissante, écrasé l'insurrection polonaise à Cracovie, en Galicie, à Posen, chaque fois qu'elle se réveillait, et maintenu le repos intérieur des États plus immédiatement placés dans le rayon d'influence morale de la triple alliance monarchique.

Mais, à coté des questions sociales, s'élevaient vers le même temps de graves affaires politiques et dans ces dernières le rôle de V. M. I. n'a été ni moins actif ni moins éminent. Elle achevait l'œuvre importante de la création de la Grèce, lui donnait un gouvernement monarchique, un roi, une dynastie héréditaire, des frontières, des moyens d'existence, qu'Elle augmentait par une émission successive des diverses séries de Sa quote part de l'emprunt. Elle s'occupait des mesures à prendre pour régler l'ordre de succession au trône et pour mettre en harmonie le culte religieux du Monarque avec celui de ses sujets. Elle défendait le nouvel état contre les exigences, fondées quelquefois, plus souvent rigoureuses, du Cabinet Britannique; réprimait les velléités envahissantes de la Grèce et cherchait à la maintenir en bonne intelligence avec sa voisine, la Turquie. C'est à cette période également que se rattachent de pénibles et âpres discussions avec l'Angleterre, au sujet des affaires de l'Affghanistan, et les efforts heureux de V. M. I. pour reconcilier cette puissance avec la Perse, comme aussi pour empêcher celle-ci de rompre avec le Sultan. Mais de toutes les questions Orientales que cette époque a fait surgir, soit en Asie, soit en Europe, celles qui concernent l'Empire Ottoman ont nécessairement occupé, Sire, Vos plus vives sollicitudes. Évitant avec soin de se lier par une garantie territoriale vis-à-vis un État en décadence, pour ne point enchaîner d'avance l'avenir de la Russie, le principe de V. M. a toujours été de maintenir dans le présent l'intégrité des possessions Ottomanes. — le voisinage de cet État, dans la situation d'infériorité comparative où nos conquêtes antérieures l'ont laissé, offrant, dans les circonstances actuelles, la combinaison la plus favorable à nos intérêts commerciaux et politiques. Étrange effet des reviremens amenés par la fortune dans les positions respectives. La Puissance qu'on regardait jadis comme l'ennemi naturel de la Turquie en est devenu le plus ferme soutien et l'allié le plus fidèle.

Deux fois à six ans d'intervalle, assailli par l'ambition d'un vassal révolté, l'Empire Ottoman s'est vu menacé d'une dissolution presque inévitable. Deux fois il a dû son salut à l'intervention décisive de V. M. La première de ces deux crises a donné au monde un spectacle inouï dans l'histoire: elle a montré nos guerriers Russes campant en libérateurs sur les rives du Bosphore, en face de cette même capitale, que tant de fois, et naguère encore, ils avaient fait trembler dans ses murs. La seconde, moins brillante peut-être, a produit des résultats plus solides. Elle a expulsé de la Syrie, pour la confinir désormais dans les limites restreintes de l'Égypte, cette nouvelle puissance Arabe que les ennemis de la Russie avaient un moment songé à substituer sur le Bosphore au pouvoir déchu de la Porte Ottomane, pour en faire dans l'avenir une tête de pont contre nous. Le traité d'Unkiar-Skélessi, contre lequel avaient en vain protesté la France et l'Angleterre, annulé en apparence, a été perpétué réellement sous une autre forme. En interdisant l'entrée des Dardanelles aux vaisseaux de guerre étrangers, le nouvel acte qui l'a remplacé, reconnu par toutes les Puissances, nous assure dorénavant contre toute attaque maritime. Enfin, un résultat des plus importants pour nous à cette époque est sorti de cette complication d'Orient. C'est la dissolution de cette Alliance Anglo-Française, si hostile à nos intérêts politiques, si fatale pour la situation des gouvernements conservateurs. Rompue sous les Whigs en 1840, renouée plus tard avec effort par le Ministère Tory, elle n'a plus trainé dès lors qu'une vie précaire et in-

offensive et n'a végété quelque temps sous le nom spécieux d'entente cordiale, que pour se briser de nouveau avec plus d'éclat encore, contre la question des mariages Espagnols.

De cette époque à 1847 un état de calme comparatif a regné sur la société Européenne, et V. M. avait puissamment à l'affermir, en supprimant, de concert avec Ses Alliés de Prusse et d'Autriche, la république de Cracovie, ce perpétuel foyer des conspirations polonaises.

Mais le feu révolutionnaire, un moment dérobé aux yeux par la question d'Orient et ses suites, n'était qu'endormi sous la cendre. Les instances de V. M. ne purent engager les Puissances à le réprimer par la force en Suisse, et en 1847, évoqué tout-à-coup en Italie par un imprudent Pontife, on l'a vu, l'année suivante, éclater avec une telle force que non seulement le trône de Juillet a disparu dans cette explosion soudaine, mais que les Monarchies les plus vieilles et en apparence les mieux assises en ont été bouleversées jusque dans leurs fondements.

Et pourtant, Sire, de cette crise devastatrice qui menaçait notre tranquillité intérieure, qui nous laissait sans Alliés en Europe parmi les peuples et les Gouvernements, datera pour V. M. I. une position plus grande et plus forte que celle même qu'Elle occupait jusqu'alors. Cette mission conservatrice, ce rôle de sauveur de l'ordre que dès l'année 1830 la Providence Vous avait assigné, les événements de 1848 n'auront servi qu'à l'ágrandir. Ce résultat est dû au coup d'œil calme avec lequel V. M., sans précipitation, comme sans faiblesse, a laissé passer les premiers effets de la tempête Européenne, attendant pour entrer en scène le jour et l'heure que Sa haute sagesse Lui avait marqués. Restée seule debout sur les ruines des vieux États du continent, Elle receuillait Ses forces en silence, pour les employer, s'il le fallait, à défendre d'abord vigoureusement l'intégrité de Son territoire et les faire servir plus tard au salut des autres Gouvernements. Tandis que la Grande Bretagne, égarée par une politique égoiste, profitait du chaos général pour y semer de nouveaux germes de désordre et ne signalait sa puissance que par l'oppression des petits États, V. M. n'employait la Sienne qu'à calmer et à tempérer, interposant Sa voix énergique en faveur du droit et de la faiblesse, et quand Elle ne pouvait les soutenir par Ses armes, leur prêtant Son appui moral; proclamant le respect des traités et de l'état de possession qu'ils consacrent; évitant sagement d'ajouter, par des provocations gratuites, à l'effervescence des passions; mais aussi agissant avec promptitude du moment qu'elle pouvait agir, et frappant l'anarchie là où elle pouvait être frappée. C'est ainsi qu'en dépit de l'Angleterre, en dépit de la Porte elle-même, aveuglée sur ses propres intérêts, Elle a réprimé en Valachie par la force des armes une insurrection qui, dirigée en apparence contre nous-mêmes, menaçait en réalité la sécurité de l'Empire Ottoman. C'est ainsi que par la seule puissance de Sa parole, Elle a maintenu, en Italie, l'intégrité du Royaume des Deux-Siciles contre le mauvais vouloir du Gouvernement Britannique, et dans le Jutland et les Duchés celle de la monarchie Danoise, contre les prétentions arrogantes de la démocratie Allemande, et l'ambition moins ouverte du Gouvernement Prussien. C'est encore ainsi que récemment Elle plaidait hautement la cause de l'indépendance de la Grèce, comme celle de Naples, et de la Toscane, attaquées par les procedés arbitraires du chef de la politique Anglaise, et faisait rentrer l'Angleterre en elle-même, en lui adressant à la face de l'Europe un language réprobateur. Par sa simple et seule attitude envers la France et la Grande-Bretagne, Elle mettait l'Autriche en état de reconquérir sans entraves le royaume Lombardo-Vénitien, la sauvant de sa propre faiblesse en refusant de prendre part à tout projet de médiation qui l'eût dépouillée d'une

partie de ses possessions Italiennes, assurait d'abord ses derrières dans sa lutte contre l'insurrection Madjare, jusqu'à ce qu'enfin apparaissant armée sur les champs de bataille de Hongrie, Elle a relevé sur sa base l'unité de la Monarchie Autrichienne, rétabli de ce côté l'équilibre qui chancelait et rendu au cabinet de Vienne sa pleine liberté d'action pour revendiquer sa part légitime dans le travail de réorganisation qui agite en ce moment l'ancienne Confédération Germanique.

Enfin, Sire, par les négociations entamées sous Vos yeux à Varsovie, V. M. vient de mettre le sceau à ce caractère de modérateur que les événements Lui déférent, et que l'Europe se sent contrainte ou empressée à Lui reconnaître. Elle y a vu les deux grandes puissances de l'Allemagne La prendre pour juge de leurs différends et pour arbitre de leur cause. Ses conseils, ses exhortations, les conditions qu'Elle a mises à Son concours ont eu presque immédiatement pour effet d'opérer un rapprochement entre des droits ou des prétentions jusque-là restés inconciliables; et si les passions populaires ne viennent point troubler l'accord prêt à s'établir entre les Gouvernements, V. M. aura eu l'honneur d'avoir préservé tout à la fois l'Allemagne d'une nouvelle guerre de trente ans et l'Europe d'une conflagration générale.

J'ose donc ici le répéter: depuis 1814 la position de la Russie et de son Souverain n'a été ni plus belle ni plus grande.

Associé par les fonctions qu'a daigné me continuer V. M. en succédant à Son Auguste Frère à l'histoire des vingt-cinq années, dont je viens d'esquisser les principaux traits: humble instrument de Ses desseins et organe de Ses pensées politiques, j'aurais désiré, Sire, en Vous soumettant ce tableau rapide et succinct, lui donner l'étendue, et tous les détails qu'il exige. Absorbé par les négociations qui en dernier lieu ont déplacé le siège ordinaire du Cabinet de V. M. I., je n'ai pu à mon grand regret y vouer l'attention et le temps nécessaires. A défaut d'un historique plus long et plus circonstancié du passé, qu'il me soit du moins permis d'appuyer ici principalement sur le résultat satisfaisant de ces mêmes négociations et d'en offrir à V. M. mes félicitations respectueuses. Elle ne pouvait clôre plus dignement le cycle des vingt-cinq ans que célèbre aujourd'hui l'Empire tout entier, s'unissant de tous les points de sa vaste étendue à la joie de l'Auguste Famille Impériale.

Dans le cours de ces vingt-cinq ans, V. M. aura acquis plus d'un titre à la reconnaissance de l'Europe. Mais, je ne crains pas de le dire, dans la carrière qu'Elle a fournie, l'année même de Son jubilé aura été la plus glorieuse, si la véritable gloire des Souverains est principalement fondée sur la bienfaisante influence qu'ils exercent dans l'intérêt du repos et de l'humanité sur les destinées du monde.

Que la Providence, qui jusqu'ici Vous a si visiblement protégé, continue, Sire, à répandre ses bénédictions sur Votre règne et daigne ajouter à Votre passé de nombreuses années encore pour le bien des peuples qu'elle Vous a confiés. C'est le vœu qu'ose humblement déposer aux pieds du trône de V. M. I. un vieux serviteur, dont la vie entière s'est usée au service de sa patrie et de Ses maîtres.

Je suis avec le plus profond respect,

Sire,

de Votre M. I.

le plus soumis et fidèle sujet

Nesselrode.

St. Pétersbourg,
le 20. Novembre 1850.

Diesen Bericht übersendete der Kaiser dem Großfürsten-Thronfolger und schrieb darunter: „Hier hast Du meinen Rechenschaftsbericht für 25 Dienstjahre. Gebe Gott, es möchte mir gelingen, Dir Rußland so zu übergeben, wie ich bestrebt war es hinzustellen: stark, selbständig, wohltätig — uns zum Heil — niemand zum Übel." — Der Ausdruck „Dienstjahre" war ein Lieblingswort des Zaren, nach dem Vorbilde König Friedrich Wilhelms I. Mit den Worten „ich habe Dienst" pflegte er fremde Besucher zu entlassen. — Beiläufig ergibt sich aus dieser Denkschrift auch, daß die deutschen Patrioten vollkommen im Rechte waren, wenn sie die Tage von Warschau und Olmütz als einen Triumph Rußlands und eine Demütigung Preußens betrachteten — —

Minder wichtig, aber auch bedeutsam für russische Weltanschauung ist eine Denkschrift Brunnows für den Zaren v. J. 1838, woraus ich hier noch einige Stellen abdrucke. (Sie ist nicht identisch mit dem V. S. 527 erwähnten Aperçu général.)

Considérations générales sur les principes qui servent de base à notre politique 1838.

1. La politique de l'Empereur peut se résumer en trois mots: „noli me tangere!"

7. Le ministère Whig, parvenu au pouvoir, a cru que pour se maintenir il n'avait d'autre parti à prendre que de s'unir au Gouvernement Français.

C'est cette grande erreur du ministère Anglais qui a doublé le mal causé par la révolution de Juillet. Par là, tout le système politique de l'Europe s'est trouvé complètement dérangé. Les relations des états ne se règlent plus d'après leurs vrais i n t é r ê t s, mais d'après les s y m p a t h i e s de l'opinion publique. Ainsi, l'Europe s'est divisée en deux camps.

D'après cela, l'Empereur, au lieu de fonder ses espérances sur l'Angleterre qui nous échappe a pensé qu'il fallait avant tout sauver ce qui nous reste de l'Alliance.

Il a reconnu, qu'en retirant son appui à l'Autriche et à la Prusse, il avait fait précisément ce que desirent nos adversaires. Maintenir entre nous et la France cette barrière morale, formée par des puissances amies et par des monarchies solidement fondées sur des principes analogues aux nôtres, voilà quel est l'intérêt véritable, l'intérêt permanent de la Russie.

11. On dirait qu'Elles nous aimeraient davantage, si elles sentaient moins vivement combien nous influons sur leur position.

Ils nous croient toujours disposés à les précipiter dans une guerre, dont ils seraient exposés à ressentir les premiers effets et dont ils redoutent les conséquences. Cette crainte s'est manifestée surtout à Berlin.

En 1833, l'attitude passive de la Prusse dans les affaires de Hollande faisait l'objet de mes entretiens avec M. Ancillon.

„Que voulez-vous, me dit-il, nous ne pouvons pas changer de conduite, nous ne pouvons pas risquer de nous mettre en guerre avec la France, à moins que cette guerre ne devienne une affaire nationale pour nous. Nous ne pouvons pas l'entreprendre tant que l'opinion publique ne la soutiendra point."

13. Les trois Cabinets alliés, dans leurs réunions successives de 1833 et 1835 ont résolu de ne pas s'ingérer dans les affaires intérieures de la France quelque regrettables qu'elles puissent être, mais de ne point tolérer non plus que celle-ci dépasse par une aggression quelconque les limites qui lui sont prescrites, ni qu'elle protège en dehors les doctrines subversives qu'elle renferme dans son sein.

15. S'il survient une difficulté en Italie, en Suisse, en Allemagne, notre cabinet ne se trouve pas dans l'obligation de se prononcer le premier. Il laisse aux cours de Vienne et de Berlin le soin de prendre l'initiative.

Il en est autrement des questions qui concernent directement la Russie. Tel est nommément le cas des affaires de la Pologne et de la Turquie.

Assurément, l'attitude adoptée alors par nos alliés leur a été fortement conseillé par leur propre intérêt, car leur cause se trouvait liée à la notre et le triomphe de l'insurrection à Varsovie aurait porté un coup sensible à l'autorité de la Prusse en Posnanie comme à celle de l'Autriche dans la Gallicie.

Mais cette considération quelque juste qu'elle soit ne doit pas nous faire perdre de vue les obligations réelles que nous devons à nos Alliés. Car eux, de leur côté avaient des risques à courir en nous soutenant dans notre lutte, le secours qu'ils nous prêtaient les compromettait évidemment envers nos adversaires politiques en Angleterre et en France.

La fidélité que les cours de Vienne et de Berlin nous ont prouvée à cette époque mérite d'autant plus d'être appréciée que nous possédons le secret de leur faiblesse!

16. Premièrement: „ne comptons-nous pas la force de nos Alliés pour moins qu'elle ne pèse réellement dans la balance de nos intérêts?“ —

En effet, pour être complètement dans le vrai convenons que depuis huit ans la Russie, au milieu de circonstances très-difficiles, n'est parvenu à maintenir la paix générale que parce qu'elle a réussi à opposer le système conservateur de la triple alliance aux efforts réunis des deux cours maritimes. Tant que l'Autriche et la Prusse seront p o u r n o u s, ce simple fait arrêtera les projets ambitieux de la France et déconcertera les dessins malveillants de l'Angleterre.

Toutes les deux, il faut le dire, croient l'union des puissances continentales plus forte qu'elle ne l'est en réalité, et ce prestige a sauvé l'Europe d'une commotion générale.

La Prusse, de son côté renferme en elle des dangers de discorde et d'agitation intérieure. Les questions religieuses qui se rattachent à la destitution récente de l'archevêque de Cologne contribuent à donner à ces germes de désunion civile et morale un fâcheux développement.

Le triomphe des idées révolutionnaires sur les bords du Danube et de l'Oder nous regarderait de bien plus près que le bill de réforme et les barricades de Juillet. Voilà pourquoi nous devons considérer la cause de la royauté en Prusse et en Autriche comme une cause qui ne nous est pas étrangère, mais comme une question qui concerne directement la Russie. C'est là ce qui explique le p r i x réel que nous devons attacher à nos Alliances, parceque leur intérêt et l e n ô t r e ne font moralement qu'un.

Secondement: N e d e m a n d o n s p a s à n o s A l l i é s p l u s q u e l e u r a m i t i é n ' e s t e n é t a t d e t e n i r.

Il y a deux choses surtout que nous ne devons pas attendre de nos Alliés. 1° Nous ne devons pas leur demander, dans leurs relations directes avec la France un degré de c o u r a g e m o r a l qui est toujours l'effet de la force et qui conséquemment ne saurait résider ni à Berlin, ni à Vienne.

2° Une autre règle de conduite que nous devons observer dans nos relations avec nos Alliés pour ne pas nous exposer à un mécompte regrettable, c'est qu'il ne faut attendre d'eux aucune coopération a c t i v e s'il survenait quelque complication entre nous et les puissances maritimes à l'égard des affaires d'Orient.

Sous ce rapport les intentions de la Cour de Berlin nous sont connues. Aussi l'Empereur ne lui demande rien au delà de ce qu'il est équitable d'en attendre.

XXX. Römische Verhandlungen des Grafen Brühl.

Zu Bd. V. S. 278 ff.

In E. Friedbergs lehrreicher Schrift: Die Grundlagen der preußischen Kirchenpolitik unter König Friedrich Wilhelm IV, Leipzig 1882, sind die preußisch-römischen Verhandlungen der Jahre 1840 und 41 zum ersten Male auf Grund authentischer Aktenstücke dargestellt worden. Der Verfasser kannte aber nur einen Teil der Quellen. Durch ein hochherziges Vertrauen, das mich zu warmem Danke verpflichtet, habe ich nun den gesamten politischen Nachlaß des Grafen Brühl, soweit er sich auf die drei römischen Sendungen bezieht, kennen gelernt; demnach konnte ich die Erzählung Friedbergs in mancher Hinsicht ergänzen. Alles Wesentliche ist im Texte schon gesagt: nur einige kleine Züge, welche die Darstellung zu sehr belastet hätten, gebe ich hier noch an

Graf Brühl gewann im Vatikan sofort einen sehr ungünstigen Eindruck von der Stellung seiner Krone und sagte schon am Schlusse seines ersten Berichtes (20. Aug. 1840): „Rom hat offenbar gewonnen, hat sich durch die Meinung erkräftigt und will das Erlangte nicht verletzen; Preußen hat verloren, will aber den Schein retten." Er bemerkte alsbald, daß der leidenschaftliche Lambruschini vor allen anderen die feindseligen Kleriker in Deutschland haßte: so die Hermesianer, die doch bei der preußischen Krone gar nichts mehr galten, so das ruchlose, „infame" Kölner Domkapitel, das seinen Oberhirten verraten hätte, so den milden Sedlnitzky, der von jeher ein schlechter Katholik gewesen sei. Für die willkürliche Behandlung des Breslauer Fürstbischofs sollte Brühl sofort kategorisch eine Genugtuung verlangen; er wagte es aber nicht, weil er, leider mit Recht, fürchtete, dann die ganze Verhandlung zu verderben (Bericht v. 21. Aug. 1840), und weil einem Prälaten, der sich selber aufgab, von Staats wegen nicht mehr zu helfen war. Von dem neuen Könige sprachen die Monsignoren alle mit vertrauensvoller Verehrung; Lambruschini sagte feierlich: sollte Frankreich je die Revolution an den Rhein tragen, dann wird Rom seine Schuldigkeit tun, und ich selbst werde mit dem Kreuze in der Hand erscheinen (Bericht v. 4. Sept. 1840). Gegen „die sogenannten Ratgeber" Friedrich Wilhelms aber hegten die Kardinäle ein tiefes Mißtrauen. Eichhorn galt ihnen offenbar nicht mehr als Altenstein. Wie seltsam die Zeiten sich geändert hatten, das zeigte namentlich Lambruschinis glühender Haß gegen Niebuhr, der doch einst mit Papst Pius und Consalvi so friedlich ausgekommen war. Dem großen Historiker konnte man im neuen Rom gar nicht verzeihen, daß er einst die Listenwahl für die Bistümer abgelehnt und seiner Krone das Recht der Exclusiva gesichert hatte. Leider hatte die Krone dies wertvolle Recht mit unbegreiflicher Torheit gehandhabt, ihren Todfeind selbst auf den Kölnischen Stuhl berufen: und Brühl konnte nur wenig einwenden, als Lambruschini ihm später höhnisch vorhielt: „Droste war eine Kreatur der königlichen Regierung" und hätte bei freier kanonischer Wahl die erzbischöfliche Würde nie erlangt! (Bericht vom 30. Dez. 1840.)

Sehr deutlich verriet Lambruschini gleich in den ersten Gesprächen den Wunsch der Kurie, daß Preußen einen katholischen Gesandten nach Rom schicken möge. Dem konnte der treue Freund des Königs unmöglich beipflichten. Brühl meinte, ein Kleriker würde an solcher Stelle ganz für den Vatikan gewonnen, ein freisinniger Katholik bald unhaltbar werden (Brühls Notizen zum Bericht v. 21. Aug. 1840). Noch weit lebhafter, in mannigfachen Wendungen, befürworteten die Kardinäle den Vorschlag, Preußen möge in Berlin einen beglaubigten päpstlichen Residenten zulassen, der natürlich nur der Vorläufer eines Nuntius sein sollte. Die Gründe, welche der milde Kardinal Capaccini dafür anführte, ließen sich wohl hören. Er sagte ganz richtig: was wir heute hier über Preußen erfahren, stammt nur aus Zeitungsartikeln oder aus gehässigen, oft schmutzigen Denunziationen (Nachtrag zum Bericht v. 3. Sept. 1840). Die großen Bedenken aber, welche sich aus Preußens verwickelten Parteiverhältnissen ergaben, waren

so leicht nicht zu beseitigen. Am auffälligsten war dem Preußen, wie eifersüchtig man den Supremat des Papstes gegenüber „der sogenannten Emanzipation der Bischöfe" zu behaupten suchte (Bericht v. 27. April 1841). Daß Droste so gleichmütig preisgegeben wurde, hatte seinen Grund zum Teil in dem Amtswürden-Gefühle des Papstes, der sich durch den Eigensinn des deutschen Freiherrn beleidigt fühlte.

Dem gegenüber erscheint die Nachgiebigkeit der Krone Preußen grenzenlos. Schon bei der ersten Verhandlung (1. Sept. 1840) wurde die unglaubliche Zusage gegeben: der König wolle, wenn man sich vertrüge, nur Männer, welche das Vertrauen des Papstes besäßen, in die Katholische Abteilung berufen. So ging es fort, bis zu den geringsten Angelegenheiten herunter. Der König erbot sich von freien Stücken, Garnisonskirchen zur abwechselnden Benutzung für beide Konfessionen zu erbauen, in Berlin eine besonders schöne. Da dies dem Vatikan noch immer nicht genügte, so wurde endlich die Michaeliskirche für die katholischen Soldaten allein errichtet.

Wenn man unbefangen betrachtet, wie die Krone Preußen dem Vatikan die Ausgleichung des Streites über die gemischten Ehen, die Aufhebung des Plazets, die Katholische Abteilung, den freien Verkehr der Bischöfe und noch viele andere, bisher ganz unerhörte Zugeständnisse freiwillig entgegenbrachte und gleichwohl erst nach dreizehn Monaten widerwärtiger Verhandlungen eine notdürftige Verständigung mit dem römischen Stuhle erlangte — dann kann man nur mit der äußersten Verwunderung die zuversichtliche Behauptung A. v. Reumonts lesen: „Diesen guten Willen hat man römischerseits in vollem Maße an den Tag gelegt. Momentane Schwierigkeiten sind viel mehr als von Rom von Berlin ausgegangen, wo man verschiedene Kombinationen ventilierte, bevor man zu derjenigen kam, welche glücklicherweise angenommen wurde. Daß in Rom allerlei Einflüsse sich geltend machten, vielleicht Intrigen gesponnen wurden, um dem beiderseitigen Verständnis Hindernisse zu bereiten, darf nicht wunder nehmen. Aber sie sind völlig untergeordneter Natur gewesen." Diese Versicherung schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Wie ist sie zu begreifen? Ich finde nur zwei mögliche Erklärungen. Entweder Reumont dachte selbst so fanatisch, daß ihm die unerschöpfliche Nachgiebigkeit der Krone noch immer nicht genügte. Das glaube ich nicht; denn Reumont war, obwohl streng klerikal gesinnt, doch auf seine Weise ein guter Preuße und namentlich ein glühender Verehrer des königlichen Hauses. Oder Reumont hat von den Einzelheiten dieser Verhandlungen viel weniger erfahren, als er in seiner bekanntlich sehr starken Eitelkeit sich einbildete. Dies scheint mir die richtige Erklärung. In den sämtlichen Papieren Brühls, auch in den Privatbriefen, wird Reumont nicht ein einziges Mal genannt, während der Name des Residenten v. Buch häufig vorkommt. Wenn Reumont also, wie er angibt, „dem Grafen Brühl während seiner Mission beigegeben war", so hat sich seine Tätigkeit wahrscheinlich auf formale Geschäfte beschränkt, wie dies auch seiner damaligen bescheidenen Amtsstellung entsprach.

XXXI. Das Märchen vom Flüchtling Heine.

Zu Bd. V. S. 379.

Der Götzendienst, welcher heute in vielen deutschen Zeitungen mit H. Heine getrieben wird, hat weder mit der Wissenschaft, noch mit dem künstlerischen Gefühle irgend etwas gemein; er ist einfach Geschäft. Leider lassen sich auch manche ernste Gelehrte durch diese lärmende Betriebsamkeit einschüchtern; sie begnügen sich nicht, dem Dichter den Künstlerruhm zu spenden, der ihm für einen Teil seiner Gedichte gebührt; sie wagen auch, ihn, der in allem das Gegenteil eines Helden war, als einen politischen Märtyrer darzustellen, und verleumden — ohne je einen Beweis auch nur zu versuchen

— den preußischen Staat wegen grausamer Verfolgung des Poeten. Die einfache Wahrheit ist: nicht Heine hat sich über Preußen zu beklagen, das ihn persönlich nie verfolgte, sondern Preußen hat sich über Heine zu beklagen, der sein Vaterland unablässig mit Kot bewarf.

Heine war ein freiwilliger Flüchtling, ganz so wie die polnischen Dichter Mickiewicz, Krasinski, Stowaski und noch viele andere Revolutionäre aus Deutschland, Polen, Italien, die sich jahrelang gänzlich unverfolgt in Paris aufhielten. Einige von ihnen lebten in Frankreich aus Furcht vor möglicher Verfolgung, andere, um unter französischem Schutze ihre Verschwörungspläne sicherer zu betreiben, andere wieder um die Reize der Weltstadt zu genießen; sie alle spielten mit hochtragischem Pathos die Rolle politischer Dulder, und an diesem frivolen Sport der radikalen Partei beteiligte sich auch Heine. Die einzige Unbill, die ihm von seiten der preußischen Behörden je widerfuhr, war das törrichte Verbot seiner Schriften. Dies Schicksal teilte er mit vielen anderen Schriftstellern, und er konnte es, wie er selbst erzählt, sehr leicht nehmen, da der Absatz seiner Werke durch das Verbot eher gefördert als erschwert wurde. Für seine persönliche Sicherheit hatte er nichts zu besorgen, noch weniger sogar als A. Ruge, der trotz seiner Kämpfe mit der Preßpolizei doch in seinem Hause unangefochten blieb. Die Regierung beurteilte Heine richtig; sie fürchtete nur seine Feder, als Demagog schien er ungefährlich.

Daß er niemals polizeilich verfolgt wurde, läßt sich jetzt auch durch ein amtliches Zeugnis erweisen. Als der französische Gesandte Graf Bresson in Guizots Auftrag bei dem Berliner Hofe vertraulich anfragte, was die Folge sein würde, wenn Heine sich in Frankreich naturalisieren ließe, da erkundigte sich das Auswärtige Amt zunächst beim Ministerium des Innern und erwiderte dann (17. Febr. 1843) in trockenem, geringschätzigem Tone: Von Amts wegen wisse man gar nicht, ob Heine noch preußischer Untertan sei; aucune mesure de police n'a été prise contre sa personne. Wolle er Franzose werden so habe die preußische Regierung nichts dawider und würde ihm dann die Rechte eines Franzosen einräumen. Darauf erörtert das Schreiben noch das Verbot der Heinischen Werke und kommt zu dem Schlusse: Da Heine im Auslande lebe und selber keinen Schritt getan habe, um eine Milderung zu erlangen, so könnten die bestehenden Anordnungen nur im Gnadenwege geändert werden, et il n'existe pour les autorités du Roi aucun motif de faire d'office des démarches dans ce bût. Beiläufig scheint das Ministerium nicht gewußt zu haben, daß Heines Schriften fast sämtlich dem Verlage von Hoffmann und Campe angehörten; dieser Verlag war aber schon nach dem Hamburger Brande durch königlichen Gnadenerlaß wieder freigegeben worden (s. o. V. 181).

Wie bisher, so blieb Heine auch ganz unbehelligt von den preußischen Behörden, als er i. J. 1844 sein Vaterland wieder besuchte. Nachher änderte sich die Lage etwas, als seine „Zeitgedichte" erschienen, deren unflätige Majestätsbeleidigungen in einem monarchischen Staate unmöglich straflos bleiben konnten. Obgleich auch jetzt keine Verfolgung eingeleitet wurde, so mußte Heine doch nunmehr befürchten, beim Betreten des preußischen Bodens unter schwerer Anklage vor Gericht gestellt zu werden. Er fühlte das selbst, und da er im Jahre 1846 nach Berlin reisen wollte, um Freunde wiederzusehen und Dieffenbach zu konsultieren, so erbat er sich Humboldts Verwendung, damit der Monarch die Vergangenheit in der alten Registratur begrübe. Diese Vergangenheit war freilich allerjüngste Gegenwart. Der so roh beleidigte König zeigte sich nicht abgeneigt, das Buch der Lieder ließ ihn alles vergessen. Die Polizeibehörde aber erklärte nach ihrer Amtspflicht, es stehe nicht in ihrer Macht, die Straflosigkeit schwerer Majestätsbeleidigungen im voraus zuzusichern. Der König allein konnte die Sache niederschlagen; doch bevor noch eine Entscheidung erfolgte, hatte Heine schon aus anderen Gründen seine Pläne geändert und die Berliner Reise aufgegeben. Auch damals also geschah ihm von Preußen her kein Leid, und dabei blieb es bis zu seinem Tode. Die

weinerliche Erzählung von Heines „Exil" ist weiter nichts als eine häßliche Lüge, deren jeder gewissenhafte Historiker sich schämen sollte.

Jene Anfrage des Grafen Bresson konnte natürlich nur den einen Grund haben, daß Heine sich vorher in Paris um die Naturalisation beworben hatte. Ist diese Naturalisation dann wirklich erfolgt? Allem Anschein nach, ja! Das einzige rechtliche Hindernis, das ihr entgegenstehen konnte, war durch die bündige Erklärung des preußischen Auswärtigen Amtes beseitigt, und die französische Regierung behandelte Heine fortan amtlich als Franzosen. Als im Januar 1845 Guizot die Mitarbeiter der unterdrückten radikalen Zeitschrift Vorwärts, sämtlich Ausländer, auszuweisen beschloß, da wurde nur der Franzose Heine ausgenommen. A. Ruge, der damals beständig mit ihm verkehrte, schrieb in einem Briefe v. 26. Jan. 1845: „Heine ist naturalisiert, also nicht auszuweisen," und das nämliche sagt er in seinen „Studien und Erinnerungen aus den Jahren 1843—45" (Sämtliche Werke V. 401). Ist es wahrscheinlich, daß Heines nächste Freunde über eine solche Frage, die im Augenblicke geradezu eine Lebensfrage war, nicht Bescheid gewußt hätten? Ist es glaubhaft, daß die französische Regierung, die vor kurzem wegen Heines Naturalisation einen diplomatischen Schriftwechsel geführt hatte, sich über die Staatsangehörigkeit dieses Mannes, dessen Name in den Listen ihrer geheimen Pensionäre stand, gröblich geirrt haben sollte? Diesen handgreiflichen Anzeichen steht schlechterdings nichts entgegen als die Behauptung Heines selbst, der im Jahre 1854 öffentlich erklärte: er hätte zwar alle Vorbereitungen zur Naturalisation getroffen, aber, gehindert durch „den närrischen Hochmut des deutschen Dichters", sie niemals ausgeführt. Wie viel das Wort Heines gelten soll? — darüber mag jeder nach seiner Empfindung entscheiden. Meinerseits glaube ich: die Versicherung Heines, daß er niemals Franzose geworden sei, hat für die historische Wissenschaft genau denselben Wert, wie seine ebenso inbrünstige Beteuerung, daß er „wegen seiner Liebe zu Deutschland dreißig Jahre im Exile verlebt" hätte.

XXXII. List an König Friedrich Wilhelm.

Zu Bd. V. S. 482.

Euerer Kön. Majestät

Gesandter am hiesigen Hofe, Chevalier Bunsen, versichert mich, Allerhöchstdieselben würden es nicht ungnädig aufnehmen, wenn ich Ihnen schriftlich die Gefühle jener tiefen Verehrung aussprechen würde, von welchen ich gegen Allerhöchstdieselben längst durchdrungen bin.

Schon im Sommer 1835 stand mir das Glück bevor Ew. K. Majestät nahe zu kommen. Damals in Berlin anwesend in der Absicht, eine große Compagnie zur Unternehmung sämmtlicher preußischer Eisenbahnen zu stiften, war ich mit dem damaligen Major Willisen, Ew. K. Maj. Adjutant, bekannt, und durch ihn ward Einleitung getroffen, daß mir die Gnade einer Audienz bei Allerhöchstdemselben zu Theil werden sollte. Leider aber wurden Allerhöchstdieselben am Abend vor dem hierzu anberaumten Tage durch Dienstverhältnisse nach Pommern gerufen, und damit habe ich einen Unstern erfahren, der mir von den vielen, die mich in meinem bewegten Leben betroffen haben, nachher oft als der unglücklichste erschienen ist, weil ich dadurch wahrscheinlich des Privilegiums beraubt worden bin, mein seitheriges Thun und Lassen bei Ew. Königl. Majestät unmittelbar zu rechtfertigen.

Es ist falsch, wenn man mich für einen Gegner Preußens hält. Giebt es in Deutschland Patrioten, und ich glaube ihre Zahl ist nicht gering, die von der Ueberzeugung durchdrungen sind, Preußen habe die hohe Bestimmung, durch Reaction gegen

die stationären und retrograden Tendenzen altersschwacher Mächte dem Vaterlande die Convulsionen einer Revolution oder die Schmach einer abermaligen Unterjochung zu ersparen — giebt es in Deutschland Patrioten, die der festen Meinung sind, nur durch Preußen könne das Vaterland zur Wiedergeburt gelangen, so gehöre gewiß auch ich in diese Classe. Opponiren aber Männer solcher Art gegen Preußen, so kann es nur geschehen, weil sie der Meinung sind, daß der preußischen Bureaukratie nicht immer jenes hohe Ziel vor Augen schwebe und daß der Geist des erleuchteten Herrschers von Preußen nicht auch immer der Geist der preußischen Bureaukratie sei.

Ich weiß sehr wohl, daß meine weit mehr auf Erfahrung und Selbstdenken, als auf blinden Glauben an fremde Theorien gegründeten nationalökonomischen Ideen nicht minder als meine amtlose Persönlichkeit gelehrten Pedanten und eingebildeten Bureaukraten von jeher ein Gegenstand des vornehmen Absprechens und der metaphysischen Verdammung gewesen sind. Ich weiß aber auch, daß Ew. Majestät vermöge der Ihnen angeborenen Genialität von jeher Sich von allen jenen, einer solchen Aburtheilung zu Grunde liegenden Vorurtheilen Ihrer Diener freizuhalten gewußt haben, und bestehe deßhalb getrost das Wagniß, in einer Sache, die das höchste Wohl des deutschen Vaterlandes in Frage stellt, von einer befangenen Bureaukratie an die glückliche Geistesfreiheit und Geistesstärke Ew. Majestät zu appelliren.

Ich überlasse mich somit der schmeichelhaften Hoffnung, Ew. Majestät werde die Tendenz in Gnaden beurtheilen, die meinem Streben zu Grunde liegt, Allerhöchstdieselbe werde die Erklärung in Gnaden aufnehmen, daß ich bereit sei, mit Freuden jede Bürde zu tragen, die Ew. Königl. Majestät in Ihrer Weisheit und zum Besten des Vaterlandes meinen Schultern aufzulasten für gut finden sollte.

Indem ich mich Ew. Königl. Majestät zu Gnaden empfehle, beharre ich in tiefster Ehrfurcht und Unterthänigkeit

Ew. Königl. Majestät
allerunterthänigster

London, 31. Juli 1846. F. List.

XXXIII. Graf Christian Bernstorff und Schleßwigholstein.

Zu Bd. V. S. 573.

Durch das bekannte Werk von Droysen und Samwer über die Herzogtümer Schleswigholstein ist zuerst die Erzählung verbreitet worden, daß Graf Christian Bernstorff nach dem Untergange des heiligen Reichs beabsichtigt hätte, Holstein gänzlich in Dänemark einzuverleiben, auch das Erbfolgerecht des Königsgesetzes dort einzuführen, und nur der Herzog von Augustenburg diesen Plänen siegreich entgegengetreten sei. Dem gegenüber habe ich schon im 3. Bande (S. 592 der 3. Aufl.) kurz nachgewiesen, daß Christian Bernstorff sich in dieser Krisis durchaus ehrenhaft, als ein Vertreter des guten deutschen Rechts gehalten hat. Da jene patriotisch gemeinte Legende aber noch immer, selbst in gediegenen historischen Werken wiederholt wird, so halte ich mich verpflichtet, hier an einige authentische Aktenstücke zu erinnern, welche E. F. Wegener in seinem längst verschollenen Buche „Beiträge zur Geschichte Dänemarks im 19. Jahrhundert" (Kopenhagen 1851. I. 332 ff.) mitgeteilt hat. Nachdem Holstein aufgehört hatte ein deutsches Reichslehen zu sein, mußte das staatsrechtliche Verhältnis des Landes durch ein königliches Patent neu geordnet werden; und die national-dänische Partei am Kopenhagener Hofe wollte die Gelegenheit benutzen, um unter der Hand die Erbfolge des Königsgesetzes in Holstein einzuführen. Christian Bernstorff aber, der Minister des Auswärtigen, schrieb seinem Bruder Joachim (Kiel 26. Aug. 1806):

„In diesem Patent wird, meines Dafürhaltens, dem wesentlichen Inhalt nach gesagt werden müssen: Daß, nachdem durch die Losreißung eines großen Theiles der Stände vom Reiche und durch die Niederlegung der Kaiserkrone der Reichsverband aufgelöst und die Verfassung Deutschlands erloschen sei, auch das Band, welches Holstein bisher an das Reich gebunden habe, gelöst sei, und diese Provinz von allen Beziehungen und Verpflichtungen, welche sie bisher gegen das Reich gehabt, entbunden, dagegen aber auf das Engste mit dem Staatskörper der der dänischen Königskrone unterworfenen Lande, von welchem selbige hinfort einen in allen Verhältnissen und Beziehungen völlig ungetrennten Teil ausmachen werde, vereinigt werde.

Mich däucht, daß man nicht mehr, als durchaus nöthig ist, weder in der bisherigen Verfassung ändern, noch in dem Patente sagen müsse. — Der Kronprinz wünscht noch immer das Königsgesetz ausdrücklich eingeführt und dadurch das Erbrecht an Holstein auch der weiblichen Descendenz zugewandt zu sehen. Mir scheint solches nicht nur bedenklich, sondern auch in Beziehung auf den vorliegenden Zweck völlig überflüssig zu sein.

Nachschrift. Was die Einführung des Königsgesetzes betrifft, so hat der Kronprinz seine Meinung darüber aufgegeben."

Bernstorff stimmte mithin vollständig überein mit dem Herzog von Augustenburg, der sich im Staatsrate, am 3. Sept. 1806 also aussprach:

„Nach allem bisher Angeführten bin ich also des unterthänigen Dafürhaltens, daß Holstein nach jetzt aufgelöstem Reichsverbande zum souverainen Herzogthum erklärt werde, dessen politische Verhältnisse und Beziehungen mit denen der Krone Dänemark aufs genaueste vereinigt und folglich nur von letzterer abhängig wären, jedoch unbeschadet der in Holstein bestehenden Successionsordnung."

Wenn dem Herzog demnach das Verdienst bleibt, daß er die Erbfolgerechte seines Hauses rechtzeitig wahrte, so war die Gefahr doch nicht groß, da der leitende Minister Dänemarks selbst auf seiner Seite stand. Das Patent erhielt nunmehr die von C. Bernstorff verlangte unverfängliche Fassung, und Joachim Bernstorff schrieb nachher (1. Nov. 1806) dem schwedischen Gesandten Oxenstierna:

Qu'on feroit tort à Sa Majesté en supposant qu'en fixant les rapports futurs de Holstein avec le Dannemarc Elle ait voulu aller au delà de ce que des événemens imprévus et indépendans de Sa volonté avaient rendu nécessaire.

Demnach leuchtet ein, daß C. Bernstorff ganz schuldlos verleumdet worden ist. —

Beiläufig hier noch ein Wort über eine andere augustenburgische Legende. In den Aufzeichnungen des Prinzen von Noer, deren Unzuverlässigkeit freilich von Freund und Feind anerkannt ist, wird S. 16 f. geschildert, wie sehr der Prinz im Jahre 1842 durch seine Ernennung zum Statthalter überrascht worden sei. An diese Überraschung kann ich nicht recht glauben. Daß die Augustenburger schon von langeher die Statthalterwürde für ihr Haus wünschten, versteht sich von selbst und ist auch durch verschiedene Aktenstücke längst erwiesen. Da der Herzog sich durch seine Opposition im Landtage unmöglich gemacht hatte, so war der Prinz v. Noer zur Zeit der einzige Kandidat des Hauses. Eine harmlose Erzählung aus den Tagebüchern von Franz Hegewisch beleuchtet den Sachverhalt genauer. Hegewisch reiste im März 1842 von Kiel nach Kopenhagen, um von König Christian die Genehmigung der Altona-Kieler Eisenbahn zu erbitten — ein Unternehmen, das schließlich nur durch eine kleine Kriegslist gelang (s. o. V. 500). Am Bord des Dampfers traf er den Prinzen v. Noer, mit dem er seit Jahren wohl bekannt war. Unterwegs erzählte ihm der Prinz vertraulich, er denke den König um den erledigten Statthalterposten zu bitten. Da fuhr Hegewisch erschrocken zurück und sagte: „Dann bin ich verloren; wenn der König Ew. Durchlaucht zuerst empfangen hat, dann wird er verstimmt sein und meine Bitte um die Eisenbahn entweder gar nicht oder ungnädig anhören." Der Prinz sah das ein und zeigte sich sehr liebenswürdig. Die beiden verabredeten, daß Hegewisch zuerst um eine Audienz bitten und der Prinz erst

nachher bei Hofe erscheinen solle. So ging alles glatt ab. Diese ganz unbefangene, lange vor den Aufzeichnungen des Prinzen niedergeschriebene Erzählung eines treuen Anhängers der Augustenburger beweist doch wohl, daß der Prinz sich schon auf jener Kopenhagener Reise mit ehrgeizigen Plänen trug. Als er dann die Statthalterwürde erlangt hatte, verstand er freilich nicht sie zu gebrauchen. —

XXXIV. Der Prinz von Preußen und die Verfassungspläne.

Zu Bd. V. S. 606 ff.

Der Prinz von Preußen trat zur Zeit der Königsberger Huldigung allen Verfassungsplänen, welche dem Testamentsentwurfe seines königlichen Vaters widersprachen, nachdrücklich entgegen. Er verlangte sodann, als der König die Vereinigten Ausschüsse bildete, daß diese Institution sogleich völlig ausgestaltet und mit ihr das ständische Reformwerk abgeschlossen werde. Er erhob endlich, im Januar 1845, lebhaften Einspruch, als der Plan des Vereinigten Landtags sich enthüllte, und wurde deshalb von seinem königlichen Bruder sehr hart angelassen.

Die natürliche Folge von alledem war, daß der Prinz in die neue Immediatkommission, welche im Sommer und Herbst 1845 über die Entwürfe des Monarchen beriet, nicht berufen wurde. Als diese Verhandlungen geschlossen waren, fühlte er sich aber verpflichtet, nunmehr seine Ansicht über die künftige Gestaltung des ständischen Wesens ausführlicher darzustellen. Am 20. November 1845 schrieb er dem Könige: „Du wirst es natürlich finden, daß ich in Erfahrung gebracht habe, wie Du in diesem Sommer eine Commission ernannt hast, welche Deine ständischen Pläne ausarbeiten mußte.“ Dann erinnerte er an seinen Brief vom Januar und fuhr fort: „Mehr als ich darin gesagt, erlaubt mir mein Gewissen nicht nachzugeben. Ich glaube es in meiner Stellung verlangen zu können, daß mein Plan geprüft werde. Er giebt kein Recht der Krone aus den Händen; er bezeichnet jeder Corporation ihre Rechte, und vermeidet, die Finanzfrage, die gefährlichste von allen, in regelmäßiger Wiederkehr zu agitiren. Zugleich gewährt er, unter Beibehaltung des jetzigen ständischen Fundaments, die Provinzialstände, gewährt in den Ausschüssen die verheißene Generalberathung des Gesetzes von 1823 und löset die Schwierigkeit des Gesetzes der Staatsschulden von 1820. Brüderlichst lege ich diese große Angelegenheit Dir an's Herz, das tief ergriffen davon ist, daß es sich Deinen Plänen nicht anschließen kann.“

Die beigelegte Denkschrift zeigt schon jene glückliche Mischung von Festigkeit und Beweglichkeit, welcher der Prinz dereinst als König so große Erfolge verdanken sollte. Ohne die leitenden politischen Grundsätze seines Lebens je aufzugeben, stellte er sich doch immer rasch auf den Boden der veränderten Verhältnisse. Er hatte einst gehofft, die letztwillige Verfügung seines Vaters über die Reichsstände würde ausreichen. Als dann die Vereinigten Ausschüsse geschaffen wurden, nahm er das Geschehene alsbald an und riet, diese neue Versammlung zu einem ständischen Reichstage auszugestalten. Jetzt verkündigte der König seine Absicht, neben den Vereinigten Ausschüssen und den Provinziallandtagen noch eine Zentralvertretung zu schaffen. Der Prinz erkannte, sein königlicher Bruder werde sich von diesem verwickelten Plane nicht mehr abbringen lassen; er ging daher auf den Grundgedanken der neuen Entwürfe sofort ein, obgleich er ihn schwerlich ganz billigen mochte, und faßte nur die praktische Frage ins Auge: wie das eine, was ihm das Wesen des preußischen Staates war, die lebendige Macht der Krone neben dieser ungefügen dreifachen Gliederung ständischer Körperschaften noch bestehen solle?

Die Denkschrift begann: „Preußens politische und geographische Lage als Großmacht im europäischen Staatenbunde und zugleich als Theil des deutschen Bundes erlaubt nicht,

daß dessen Monarch durch constitutionelle Institutionen in seinem freien Bewegen behindert werde. Aber auch alle Institutionen, die den constitutionellen sich nähern oder in diese überzugehen drohen, sind daher für Preußen nicht annehmbar." Um dieser Gefahr vorzubeugen und zugleich die Verheißungen der Jahre 1820—23 zu erfüllen, hält der Prinz für nötig, daß die gesetzgeberische Tätigkeit der Stände und die Beratung der Finanzfragen streng voneinander getrennt und verschiedenen ständischen Körperschaften zugewiesen werden. Der Allgemeine Landtag soll mithin ausschließlich über den Staatshaushalt, die Vereinigten Ausschüsse ebenso ausschließlich über die Entwürfe neuer Gesetze beraten. Werden also „die Attributionen scharf auseinandergehalten", dann kann die Beratung der Steuervorlagen nicht zum Erzwingen neuer Gesetze mißbraucht werden oder umgekehrt. Demnach sollen bestehen: eine reichsständische Versammlung, aus etwa 150 Abgeordneten der Provinzialstände gebildet, mit der Befugnis, über neue Steuern und Anleihen zu beraten; ferner die bisherigen Vereinigten Ausschüsse mit dem Rechte der Gesetzesberatung, das weiterer Ausdehnung fähig ist und doch unschädlich bleibt, „da die gefährliche Geldfrage ihnen entzogen ist"; endlich als Fundament der ständischen Verfassung die Provinziallandtage.

Dann erörtert die Denkschrift noch, wie es in Kriegszeiten mit den Anleihen zu halten sei. Diese Frage erschien bekanntlich den Räten des Königs sehr schwierig. Der Prinz fand sie ganz einfach, weil er seine Preußen kannte. Er meinte: bei einem bevorstehenden Kriege kann man allerdings, des notwendigen Geheimnisses wegen, die Reichsstände nicht um eine Anleihe angehen; für diesen Fall genügen der Staatsschatz und Revirements mit den großen Geldinstituten des Staates. „Wird aber im Laufe des Krieges eine Anleihe nothwendig, so hat es nicht das geringste Bedenken, die Reichsstände zu berufen." In Friedenszeiten dürfen Anleihen nur im äußersten Notfalle abgeschlossen werden, so daß jeder die Notwendigkeit einsieht und die Schande auf den Verneinenden fällt. Kostspielige große Unternehmungen, wie die Eisenbahnen, überlasse man den Privaten. Unverbrüchlich hält die Denkschrift daran fest, daß der verstorbene König jederzeit nur beratende Stände in Aussicht gestellt hatte. Sie schließt mit den Worten: „Alle Berathungen aller drei ständischen Versammlungen sind durchaus consultativ, von einem Bewilligungsrecht irgendeiner Art darf nie die Rede sein."

Dem Wunsche des Bruders willfahrend ließ der König diese Denkschrift durch die Immediatkommission begutachten (Dezbr. 1845). Ihre Mitglieder, voran Thile, Savigny, Uhden, Canitz, sprachen sich gegen den Thronfolger aus: denn die Vereinigung aller Provinziallandtage sei bereits durch Se. Majestät beschlossen, und ein beschränktes Steuerbewilligungsrecht lasse sich den Ständen nicht versagen, wenn sie die Bürgschaft für Anleihen übernehmen sollten.

Im Frühjahr 1846 wurde der Prinz endlich von Amts wegen zur Mitwirkung berufen. Der König verordnete, daß die Immediatkommission mit sämtlichen Staatsministern zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten solle, um die Entwürfe endlich abzuschließen. Als Vorsitzender des Staatsministeriums hatte der Prinz diese Verhandlungen zu leiten. Sogleich zum Beginn, am 11. März, stellte er die Frage, ob eine ständische Zentralversammlung notwendig sei, und gestand aufrichtig, er selber habe sich von diesem Bedürfnis noch nicht ganz überzeugt. Nachdem sodann alle Anwesenden ausführlich ihre Meinung begründet hatten, sprach er am Schlusse dieser entscheidenden Sitzung ebenso offen aus: nunmehr werde er die Frage bejahen. Hierauf ward mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, daß eine reichsständische Versammlung berufen werden solle. Die späteren Verhandlungen zogen sich sehr in die Länge. Der Prinz blieb fast mit allen seinen Anträgen in der Minderheit; die übrigen Mitglieder hielten jetzt jeden Widerspruch für aussichtslos, obgleich die meisten im stillen schwere Bedenken hegten. Am 17. Dezember 1846 war die Beratung nahezu abgeschlossen, und der Prinz zeigte an, daß er seinem königlichen Bruder ein Sondergutachten einreichen werde.

Noch am selben Tage beendete er eine neue Denkschrift für den König. Er hob

an mit dem schmerzlichen Geständnis, daß er in den beschlossenen Institutionen „nicht das Heil des Thrones und des Vaterlandes erblicken könne", und faßte alsdann seine Bedenken in vier Hauptpunkten zusammen. Zum ersten wendete er sich gegen die verfehlte Zusammensetzung des Vereinigten Landtages: und wer mag heute noch bezweifeln, daß diese unförmliche Versammlung von mehr als 600 Köpfen als dauernde Institution unmöglich fortbestehen konnte? Der Prinz erhob dawider einen gewichtigen Einwand, der, so nahe er lag, seltsamerweise noch von keinem der vielen Mitratenden bemerkt worden war; er sagte einfach: „Diese ständische Versammlung ist theils unlenksam, theils unauflöslich." Allgemeine Wahlen im ganzen Königreiche — Urwahlen, wie man damals sagte — wollte der König unter allen Umständen vermeiden. Er hielt sie — hierin mit dem Bruder ganz übereinstimmend — für einen Fieberzustand, wovor man das Volk bewahren müsse, und rühmte als einen Vorzug seines Vereinigten Landtages, daß dieser nicht aus allgemeinen Wahlen, sondern aus den Provinzialständen hervorgehe. Nun wies der Prinz schlagend nach: der Vereinigte Landtag solle ja nicht aus gewählten Deputierten der Provinzialstände bestehen, dann könnte „aufgelöst und in den Provinzial-landtagen neu gewählt werden"; er solle vielmehr die Gesamtheit der acht Provinzial-landtage selber umfassen und könne folglich nie aufgelöst werden, wenn man nicht in allen acht Provinzen zugleich Neuwahlen ausschreiben wolle. „Somit stehet diese neue berathende preußische Ständeversammlung weit mächtiger da als die constitutionellen Kammern anderer Staaten, welche alle sich für extreme Fälle die Auflösung und Neuwahlen vorbehalten haben."

Eine solche Versammlung, so fuhr die Denkschrift fort, lasse sich nur dann in Schranken halten, wenn ihr ein Herrenstand als selbständige, gleichberechtigte Macht gegenüberstehe. Der Plan, die Spitzen der Aristokratie zu einer besonderen ständischen Bank zu vereinigen — unzweifelhaft einer der glücklichsten politischen Gedanken Friedrich Wilhelms IV. — war leider nicht zur vollen Reife gelangt; der König hatte bisher, zum lebhaften Unwillen der Ritterschaft des Ostens, nur eine kleine Anzahl erblicher Herren berufen und behielt sich noch vor, über die Organisation des Herrenstandes Weiteres zu bestimmen. Dem praktischen Sinne des Prinzen war dies Zaudern unbegreiflich. Er sagte: „Es will nicht einleuchten, wie es in irgend einer Weise zu rechtfertigen wäre, wenn eine ganz neue ständische Aera geschaffen wird, man diese Institutionen nicht gleich ganz und komplett schafft, sondern in einem Paragraphen sich die wichtigste Einrichtung zu creiren noch vorbehält." Auch fand er es ungerecht, den treuen Adel der alten Provinzen durch Zurücksetzung zu kränken. Sein Rat war, der König möge sogleich ein geordnetes Zweikammersystem einführen, etwa 82 Fürsten und Grundherren in das Oberhaus berufen und diese nach freiem Ermessen durch Virilstimmen verstärken: ein solcher Herrenstand würde ein starkes Gegengewicht bilden gegen die zweite Bank.

Zum zweiten wendet sich die Denkschrift gegen das Recht des Vereinigten Landtags, neue Steuern zu bewilligen. Das Steuerbewilligungsrecht der alten Stände ist nach und nach untergegangen, „weil es die Nothwendigkeit so mit sich brachte. Preußen wäre seit dem Großen Kurfürsten nie das geworden, was es ist, wenn es von diesem Rechte abhängig geblieben wäre." Darum erklärt das Allgemeine Landrecht das Besteuerungsrecht für ein Majestätsrecht; auch die Gesetze von 1815 und 1823 verheißen den Landständen nur die Beratung, nicht die Bewilligung der Steuergesetze. „Ich halte die Aufgabe des Steuererhebungsrechts durch die Krone für eine solche Beeinträchtigung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Thrones, daß ich mich nicht für ermächtigt halte, allein in die Aufgabe dieses Majestätsrechtes zu willigen."

Zum dritten mißbilligt die Denkschrift, daß der Staatshaushaltsplan auch den Vereinigten Ausschüssen vorgelegt werden solle. Dies kann nur zum Mißbrauch des Petitionsrechtes führen: „daher werden Concessionen des Gouvernements unerläßlich werden, selbst gegen die bessere Ueberzeugung desselben." Alle Finanzsachen gehören vielmehr ausschließlich vor den Vereinigten Landtag.

Zum vierten wird das dem Landtage wie den Ausschüssen gewährte unbeschränkte Petitionsrecht angefochten. Petitionen über Finanzfragen erregen nur Unzufriedenheit; „Niemand räumt ein, daß er zu viel des Geldes besitzt; Jeder räumt ein, daß er dessen zu wenig habe." Auch höhere Politik, die innere wie die auswärtige, eignet sich nicht für ständische Petitionen. Sie wird ohnehin erschwert durch Preußens Doppelstellung als europäische und als deutsche Macht. Schon mehren sich in der Presse die Ausfälle gegen die anderen deutschen Staaten. Wie bald kann auch „das enge Band zwischen Preußen, Rußland und Oesterreich, welches durch seine Macht bisher den Frieden aufrecht hielt", durch Angriffe der Stände gefährdet werden!

Am allerwenigsten darf sich das Petitionsrecht der Stände auf das Heerwesen erstrecken. In allen Ländern strebt die Bewegungspartei nach Abschaffung der stehenden Heere; sie sucht ihr Ziel auf Umwegen zu erreichen, verlangt Schwächung der Armeen, Kommunalgarden statt der Truppen. Für Preußen sind diese Bestrebungen besonders gefährlich wegen unserer Landwehr. „Daher ist die Neigung unverkennbar, die Landwehr auf Kosten der Linie zu erheben und ihre Trennung von der Linie immer greller zu machen, und zu beweisen, daß die strenge militärische Form und Disziplin ihr nicht nöthig sei und sie vielmehr die Stelle einer Nationalgarde einzunehmen habe." Die Bewegungspartei wird also versuchen, die Dienstzeit der Linie zu verkürzen und leicht eine Mehrheit finden, da alle Welt Ersparnisse verlangt; selbst die Konservativen werden den versteckten Plan nicht erkennen. Dieser Plan geht dahin, daß der Soldat die strenge Subordination sich nicht mehr fest einprägen, die Übungen der Landwehr möglichst selten stattfinden sollen. Dazu die Feindseligkeit gegen die Offiziere, die Auflockerung der Standesehre, namentlich bei den Offizieren der Landwehr. „Wenn Discussionen und Petitionen gedachter Natur dem Vereinigten Landtage preisgegeben werden und die Presse noch mehr als bisher schon geschehen entfesselt wird, ist das Bestehen der preußischen Landwehr, wie sie zur wahren Ehre, zur Wohlfahrt und zum Ruhme des Vaterlandes vor 32 Jahren geschaffen wurde, eine völlige Unmöglichkeit!!" Kann aber Preußen nicht mehr seine Armee im Kriege verdoppeln oder verdreifachen, „so tritt Preußen auch von der Stufe, auf welche seine Armee es gestellt hat, herab." — So lebendig stand dem Prinzen schon vor Augen, was er nach fünfzehn Jahren selbst erleben und durchkämpfen sollte.

Auch das Petitionsrecht über ständische Verhältnisse wollte er den Landständen versagen: zu nahe liege die Gefahr, daß sie dies Recht mißbrauchten, um beständig überzugreifen und, von der Presse unterstützt, die Erweiterung ihrer Befugnisse zu verlangen. Werde die Regierung dann widerstehen können? „Somit steht das ganze Gebäude der ständischen Verfassung in Frage — eine Lage, die gewiß Niemand wollen kann, und der zu entgehen man heute noch vollkommen die Macht hat." Im wesentlichen wollte die Denkschrift also die Tätigkeit der Stände auf die Beratung der vorzulegenden Gesetzentwürfe beschränken.

Nach alledem erklärt sich der Prinz „zu seiner tiefsten Betrübniß" außer stande, das Patent über die Berufung des Vereinigten Landtages zu unterzeichnen. Er sei nicht gegen die Fortentwicklung der ständischen Gesetzgebung, denn die alten Verheißungen müßten erfüllt werden; er sei auch nicht gegen den gewählten Augenblick, nur gegen die Art und Weise der Erfüllung. Er sehe „die Rechte, die Würde und die Macht der Krone gefährdet", er ahne die Gefahr, daß demnächst eine Konstitution ertrotzt werde. „Da Ew. Majestät es oft ausgesprochen haben, daß eine Constitution für Preußen unmöglich sei, weil es mit derselben aufhören würde, Preußen zu sein, so müssen auch alle Mittel und Wege vermieden werden, welche unfehlbar zu diesem Ziele führen müßten."

Dann fuhr er fort — denn an die Möglichkeit seiner eigenen glorreichen Regierung hat er in jenen Tagen nie gedacht: — Es ist meine Pflicht, auf die Gefahren aufmerksam zu machen. „Aber noch eine andere Pflicht nöthigt mich dazu, es ist der Blick auf meinen Sohn! Nach dem unerforschlichen Rathschluß Gottes scheint es bestimmt zu sein, daß die Krone sich in meiner Linie vererben soll! Da ist es denn meine heilige Pflicht,

darüber zu wachen, daß der Nachfolger auf dem Throne die Krone mit ungeschmälerten Rechten und mit der Würde und mit der Macht überkomme, wie ich sie heute vor mir sehe." Endlich bittet er den Bruder, die volljährigen Prinzen zu einer Beratung zu berufen, wie sie durch das Testament des Vaters vorgeschrieben und vom Könige selbst im Jahre 1840 beabsichtigt worden sei. Sollten die Agnaten seine Bedenken nicht teilen, so behalte er sich weitere Überlegung vor. So schließt er „mit tiefbewegtem Herzen, Gottes gnädigen Beistand wünschend."

Am 4. Januar 1847 fügte er eine Nachschrift hinzu, da die Entwürfe mittlerweile noch einige Änderungen erlitten hatten. Auf Befehl des Königs hatte die Kommission den Zusatz angenommen, daß auch die königlichen Prinzen in den Vereinigten Landtag eintreten sollten. Der Thronfolger fand dies nur dann unbedenklich, wenn man den Herrenstand selbständig, für sich allein tagen ließe: den Stürmen einer großen Versammlung, wo „alle Wirren der politischen Leidenschaften sich zügellos Luft machen" würden, dürfe man die Prinzen nicht aussetzen. Auch die inzwischen beschlossene Verstärkung der Herrenkurie genügte ihm nicht: Man muß die Aristokratie ganz gewinnen, indem man sie ehrt; „denn nur wenn bei ständischen Institutionen, wie sie jetzt geschaffen werden sollen, das Zweikammersystem angenommen wird, ist Heil und Segen noch für die Zukunft des Vaterlandes zu erwarten." —

Als der Vereinigte Landtag versammelt war, stand der Prinz nicht an, sich selber jenem Sturme politischer Leidenschaften, wovor er kürzlich noch gewarnt, auszusetzen und verteidigte ritterlich die Regierung seines königlichen Bruders. Mit der gleichen Selbstverleugnung fügte er sich ein Jahr nachher in die konstitutionelle Staatsform; und die Welt weiß, wie er dann als Herrscher verstanden hat, das neue Preußen noch höher zu erheben, als das alte, Geist und Macht des alten preußischen Königtums auch unter der neuen Verfassung lebendig zu erhalten. —

XXXV. Kühne an Bodelschwingh.

Zu Bd. V. S. 614.

Verehrteste Exzellenz.

Ich möchte gar zu gern Sie in diesen wichtigen Tagen nur auf eine viertel Stunde — denn die wird's wohl kosten — sprechen dürfen, wahrhaftig nicht meinetwegen, sondern Ihretwegen und der Sache wegen. —

Ich bin keiner der bange machen will oder leicht bange wird, das müssen Sie mir zutrauen, sonst zerreißen Sie diesen Brief, dann werde ich zu Hause bleiben d. h. nicht zu Ihnen kommen, aber doch mitfahren, wo es befohlen wird; aber mit welcher Hoffnung auf Erfolg? Das hängt viel von der Unterredung ab, die ich mir erbitte.

Ob der König das Recht hat zu sagen „so hab ich's befohlen und so soll's sein oder nicht sein" darüber streite ich niemals, das sind Ideologien, um die ich mich nicht kümmere. Aber was ist gut, was zweckmäßig, was gegenüber einer von Grund auf durchwühlten und unterwaschenen Masse durchzuführen?

Da bin ich denn so frei, den Unterschied zwischen der Periodicität des vereinigten Landtags und der vereinigten Ausschüsse auch für kaum etwas mehr als für eine Ideologie zu halten. Sie sind gut und edel und wollen Ihre Zwecke nur mit entsprechenden Mitteln (entsprechend dieser Ihrer Gesinnung) durchführen. — Wie aber sind Ihre Gegner? Sie sind im Vertrauen auf die gute Sache, der Sie sich geweiht haben, tapfer und unerschrocken in der Vertheidigung der Stellung die Sie einmal eingenommen haben (oder haben einnehmen müssen) und in den Angriffen gegen die, die Sie daraus vertreiben wollen.

Wie aber sind die Leute beschaffen, auf deren Unterstützung Sie dabei rechnen? Wenn Ihnen die Folgen deutlich vor Augen stehen, die aus der monströsen Allianz erwachsen würden; mögen Sie voraussetzen, daß die Leidenschaftlichkeit der in sich entgegengesetzten Parteien gleiche Voraussicht bewahren würde? — Preußens Zukunft, die Frage über das Sein oder Nichtsein des Staates, dem wir beide mit gleicher Innigkeit zugethan sind, beruht darauf, daß diese Versammlung der vereinigten Landtage mit Ruhe und Ordnung in Frieden und Einigkeit mit der Regierung zu Ende geführt werde und daß die Versammlung, wenn nicht mit dem Erfolge, doch mit der sichern Hoffnung auseinandergeht, daß mit ihr und durch sie ein gedeihlicher Grund zum Besserwerden gelegt sei. — Mißlingt dies, dann haben wir — das spreche ich nochmals als meine innerste Ueberzeugung aus, kein Mittel mehr, um zu regieren. —

Ich bin wie der Jude Lipke, der von Ihnen lieber eine Ohrfeige als von Andern einen Händedruck hinnimmt! aber selbst wenn es zu solchem Extreme käme, so zerreißen Sie doch lieber diesen Brief nicht, damit er ein Beweis bleibe, daß ich vielleicht noch zu rechter Zeit gewarnt habe.

In treuester Anhänglichkeit und

ehrerbietigst

Kühne.

B. d. 3. April 47.

Druck von August Pries in Leipzig.

Von Heinrich von Treitschke erschienen ferner:

Briefe

Herausgegeben
von
Max Cornicelius

Band I: 1834—1858. Geh. M. 21.60, geb. M. 36.—
Band II: 1859—1866. Geh. M. 21.60, geb. M. 36.—
Band III: 1866—1896. Geh. M. 24.—, geb. M. 40.80

Politik

Vorlesungen, gehalten an der Universität zu Berlin
Herausgegeben von Max Cornicelius
4. Aufl. 2 Bände. Preis: Geheftet M. 27.—, gebunden M. 47.—

Ausgewählte Schriften

7. Aufl. 2 Bände. Preis: Geheftet M. 10.10, gebunden M. 15.95

Bilder aus der deutschen Geschichte

7. Aufl. 2 Bände. Preis: Geheftet M. 10.10, gebunden M. 15.95

1813

Auswahl aus dem ersten Bande der deutschen Geschichte
12. bis 14. Tausend Preis: Kartoniert M. 5.20

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Von Heinrich von Treitschke erschienen ferner:

Historische und politische Aufsätze

4 Bände

I. Band: Charaktere, vornehmlich aus der neuesten deutschen Geschichte.
8. Aufl. Geheftet M. 15.60, gebunden M. 20.40

II. Band: Die Einheitsbestrebungen zerteilter Völker.
7. Aufl. Geheftet M. 15.60, gebunden M. 20.40

III. Band: Freiheit und Königtum.
7. Aufl. Geheftet M. 15.60, gebunden M. 20.40

IV. Band: Biographische und historische Abhandlungen vornehmlich aus der neueren deutschen Geschichte.
2. Aufl. Geheftet M. 15.60, gebunden M. 20.40

Zum Gedächtnis des großen Krieges

Rede bei der Kriegserinnerungsfeier der Kgl. Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 19. Juli 1895 gehalten.
9. und 10. Tausend Preis: M. —.95

Gustav Adolf und Deutschlands Freiheit

Vortrag, gehalten am 9. Dezember 1894 in der Singakademie zu Berlin. Preis: M. 1.60

Gustav Freytag und Heinrich von Treitschke im Briefwechsel.

Herausgegeben von Alfred Dove. Preis: Geh. M. 6.40, geb. M. 8.—

Reden im deutschen Reichstage 1871–1884

Mit Einleitung und Erläuterung herausgegeben von Otto Mittelstädt
Preis: Geheftet M. 4.—, gebunden M. 5.70

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

DD 203 .T78 1917 v.3 SMC
Treitschke, Heinrich von,
Deutsche Geschichte im
neunzehnten Jahrhundert
47086197